

ISSN 2966-5752

Voltaire

Internationale Nachrichten

2023

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°22 - 6. Januar 2023

Die Mehrheit der UN-Generalversammlung wechselt auf die russisch-chinesische Seite

Der Konflikt zwischen dem post-sowjetischen und dem westlichen, sich feindlich gegenüberstehenden Weltsystemen, hat sich mit der Konfrontation in der Ukraine in drei Monaten verschärft : auf der einen Seite eine Welt, die von westlichen Regeln regiert wird, auf der anderen Seite eine Welt, die durch das Völkerrecht stabilisiert wird.

Niemand sagte etwas, als die NATO ohne Zustimmung des Sicherheitsrates Serbien angriff. Niemand protestierte, als die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich den Sicherheitsrat belogen haben, um ihre Aggression gegen Afghanistan, den Irak und Libyen zu rechtfertigen.

Seitdem Russland jedoch dem syrischen Volk und jetzt dem ukrainischen Volk gemäß der Resolution 2202 zu Hilfe gekommen ist, werden die Sachen klarer.

Heute schwören beide Seiten Recht zu haben, aber der Westen hört nicht mehr, was die zweite Seite sagt. Nicht umgekehrt.

Der Westen arbeitet derzeit daran, Russland aus allen zwischenstaatlichen Organisationen auszuschließen. Er hat dies bereits im Europarat erreicht und dachte, er würde auch bei den Vereinten Nationen Erfolg haben, so wie er 1939 die UdSSR aus dem Völkerbund ausgeschlossen hatte. Dazu muss er zunächst die UN-Charta ändern, was noch vor drei Monaten wie ein Kinderspiel erschien.

Am 13. Oktober verurteilten noch 143 Staaten die "Invasion" Russlands in der Ukraine und nur 35 begrüßten seine Umsetzung der Resolution 2202.

Am 30. Dezember wechselte die Mehrheit jedoch die Seiten.

Es waren 87 Staaten, die nun dafür stimmten, dass der Internationale Gerichtshof (IGH), d.h. das interne Tribunal der UNO, die Besetzung der palästinensischen Gebiete für illegal erklären sollte, gegen 26 Staaten, für die die nach westlichen Regeln regierte Welt sich seit 75 Jahren mit Gesetzlosigkeit begnügt.

AMERIKA

US-Sabotagen in Russland werden seit 2017 vorbereitet

Laut [Jack Murphy](#) wurden Sabotageoperationen in Russland und Weißrussland von Präsident Barack Obama kurz vor dem Ende seiner Amtszeit präventiv genehmigt. Sie werden von Offizieren des *Special Activities Center* der CIA koordiniert, die dem Europäischen Missionszentrum der CIA zugeordnet sind. Vot Ort werden sie niemals von US-Bürgern durchgeführt. Mehrere Jahre lang haben nicht-amerikanische CIA-Agenten verschiedene Standorte des russischen und weißrussischen militärisch-industriellen Komplexes mit Sprengsätzen versehen. Sie wurden erst nach der russischen Intervention in der Ukraine aktiv, die dann schwere Schäden verursachten.

Was die Twitter-Dateien enthüllen

In der neuesten Ausgabe der [Twitter Files](#), die von ihrem CEO Elon Musk zusammengestellt wurden, erfahren wir, dass das FBI Twitter nicht nur gebeten hat, Informationen über den Fall Hunter Biden zu zensieren, sondern ihm auch 3,5 Millionen Dollar dafür bezahlt hat. Die CIA nahm an den Treffen teil, um zu bestimmen, was zensiert werden sollte. Dieses Verhalten der Geheimdienste gegenüber US-Bürgern sucht seit den Jahren 1953-54, der Zeit der "Hexenjagd" des McCarthyismus, ihresgleichen. Die Aktien von Elon Musks Unternehmen fallen weiterhin an der Börse, einige seiner Investoren lassen ihn für sein politisches Engagement für die Meinungsfreiheit bezahlen.

Eric Schmidt subventioniert Forscher der FAS und bezahlt Beamte bis ins Weiße Haus

Laut [Politico](#) sind zwei Dutzend Forscher der *Federation of American Scientists* (FAS), einer angesehenen Friedensgruppe, bei der Biden-Regierung im Rat der Wirtschaftsberater des Weißen Hauses, im Umweltrat des Weißen Hauses, im Energieministerium, im Bildungsministerium und im Gesundheitsminister, in Sozialdiensten, im Verkehrsministerium, im Sicherheitssekretariat des Vaterlandes und in der Eidgenössischen Handelskommission angestellt. Sie werden nicht von der Biden-Administration bezahlt, sondern vom Milliardär Eric Schmidt. Der ehemalige Präsident von Google und dann von Alphabet, Eric Schmidt, ist laut [Bloomberg](#) das 54. größte Vermögen der Welt. Er ist ein starker Befürworter von Investitionen des Bundes in Technologie. Er ist vor allem Mitglied der Trilateralen Kommission und des Bilderberg-Clubs.

Im Allgemeinen schwächen Booster-"RNA-Impfstoffe" die Patienten

Laut Dr. Robert Malone, Erfinder der von Pfizer und Moderna verwendeten Boten-RNA-Prozesse, werden Menschen, die mehrere Auffrischungen von Anti-Covid-"Impfstoffen" erhalten haben, häufiger reinfiziert und sterben, als diejenigen, die nur eine Injektion erhalten haben.

[The Epoch Times](#) hat dieses scheinbare Paradoxon in 17 der 18 US-Staaten bestätigt, für die Statistiken verfügbar sind.

Die neuesten Spekulationen der Rand Corporation

Der historische Think Tank des militärisch-industriellen Komplexes der USA, die *Rand Corporation*, hat eine kurze Prognosestudie veröffentlicht : [Reaktion auf einen begrenzten russischen Angriff auf die NATO während des Ukraine-](#)

Krieges.

Rand sieht vor, dass Moskau Ziele in Europa wie den US-Stützpunkt in Ramstein angreifen könnte, dass es aber niemals das Außenministerium in London und das Pentagon in Washington bombardiert, wie der ehemalige russische Botschafter bei der NATO es erwähnt hatte.

Auf der Suche nach neuen Teilen der Hunter Biden-Affäre

Ein auf die Übermittlung offizieller Dokumente spezialisierter Anwalt aus Colorado, Kevin D. Evans, reichte im März eine Klage gegen den Justizminister ein, um ihn zu zwingen, 400 Dokumente offenzulegen, die er über Hunter Bidens finanzielle Angelegenheiten und seine beruflichen Beziehungen in Russland, der Ukraine und China besitzt.

Das *Informationsfreiheitsgesetz* (*Freedom of Information Act FOIA*), inspiriert vom schwedischen Beispiel, verlangt von Bundesbehörden, ihre Dokumente offenzulegen.

Ron DeSantis gegen Wokismus

Floridas Gouverneur [Ron DeSantis](#) seiner widmete seine Neujahrsansprache der Verteidigung der Freiheit und gegen den Aufstieg der "Woke"-Ideologie, die in Städten und Staaten im ganzen Land Fuß gefasst hat. "Wir suchen Normalität, nicht philosophischen Wahnsinn (...) Wir werden nicht zulassen, dass Realität, Fakten und Wahrheit fakultativ werden. Florida ist der Ort, wo der Wokismus sterben wird", sagte er.

Herr De Santis soll die Führung der Republikanischen Partei übernehmen.

Der Zementhersteller Lafarge wurde im Zivilverfahren wegen desselben, im Strafverfahren verhandelten Sachverhalts, angeklagt

Zwei Familien von Matrosen und eine von einem US-Marines, die jeweils in Syrien, Irak

und Libyen starben, haben eine Klage gegen *Lafarge-Holcim* wegen Komplizenschaft mit Al-Qaida (Al-Nusra-Front) und Daesch eingereicht.

Im Jahr 2022 hatte sich Lafarge schuldig bekannt und 778 Millionen Dollar an die US-Justiz für den strafrechtlichen Teil gezahlt, obwohl seine Verbindungen zur CIA bekannt sind. Diesmal geht es um zivilrechtliche Schäden.

Die US-Verfahren unterscheiden sich von Verfahren in anderen Ländern, wie in Frankreich, wo der Kassationsgerichtshof entschied, dass Lafarges Beteiligung an den Aktionen der Geheimdienste (DGSE) [Lafarge](#) nicht von der Strafverfolgung wegen Mittäterschaft an Terrorakten befreie. [Holcim](#), die 2015 mit Lafarge fusioniert hatte, gab umgehend bekannt, dass sie sich von ihrem unangenehmen Verbündeten trennen werde.

Bolivianische Ustascha wegen bolivianischem Putsch 2019 strafrechtlich verfolgt

Der Gouverneur und Oppositionsführer von Santa Cruz, Luis Fernando Camacho, wurde wegen seiner Beteiligung am Putsch 2019 inhaftiert.

Camacho, dessen Slogan lautet : "Bolivien gehört Christus !" ist der ehemalige Präsident der Jugendunion von Santa Cruz, einer kroatischen Einwandererorganisation, die mit Franjo Tuđmans Kroatischer Christdemokratischer Partei (HDZ) verbunden ist. Er ist ein Nachfolger der [Ustascha](#)-Faschisten und Antisemiten, die sich mit den Nazis verbündet hatten und dann mit Hilfe der Angelsachsen in Lateinamerika Zuflucht suchten. Camacho's Gruppe ist bekannt für ihre Verfolgung der Aymara-Indianer. Er spielte eine zentrale Rolle bei den Unruhen, die zur Flucht des wiedergewählten Präsidenten Evo Morales und zur Machtübernahme durch Präsidentin Jeanine Áñez führten. Damals berichtete die

internationale Presse, die Wahlen seien manipuliert worden, aber das Volk habe den Diktator besiegt. Die Abfolge der Ereignisse hatte jedoch gezeigt, dass dies nicht der Fall war, was durch eine statistische [MIT-Studie](#) bestätigt wurde.

Ein jetzt offengelegtes [UK-Dokument](#) zeigte seinerseits mit Belegen, dass Boris Johnsons Vereinigtes Königreich den Verschwörern geholfen hatte, Lizenzen zur Ausbeutung bolivianischen Lithiums zu erhalten. Präsidentin Jeanine Áñez wurde bereits verhaftet und zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt.

Kolumbien knüpft wieder mit Venezuela an

Kolumbiens neuer Präsident Gustavo Petro und sein venezolanischer Amtskollege Nicolás Maduro eröffneten die Brücke zwischen dem kolumbianischen Bundesstaat Norte de Santander und Táchira. Er war 2016 fertiggestellt, aber aufgrund der Opposition von Präsident Ivan Duque gegen seinen venezolanischen Amtskollegen nie eingeweiht worden.

Venezuela schickt sich an, das Blatt Juan Guaidó zu wenden

Die venezolanische Opposition versucht, die Schattenregierung von Juan Guaidó loszuwerden. Sie wurde schließlich nur von fünfzig Staaten anerkannt, die alle mit Washington verbunden sind. Sie ist jetzt von einer Aura der Korruption befleckt und hat nicht das geringste Ergebnis erzielt. Eine Umfrage schätzt, dass 57% der Venezolaner ihre Auflösung fordern und nur 6% im Land sie unterstützen.

Präsident Nicolás Maduro sagte in einem Interview am 1. Januar, sein Land sei "völlig bereit", die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu normalisieren.

EUROPA

Großbritannien bereit, Revolutionsgarden zu "Terroristen" zu erklären

General [Ken McCallum](#), Direktor des MI5, macht keinen Hehl daraus, dass die iranischen Revolutionsgarden Operationen in Großbritannien vorbereiten, sowohl gegen iranische Staatsangehörige als auch gegen Briten. Er plädiert dafür, diese Organisation zum "Terroristen" zu erklären.

Der Iran hat eine lange Tradition der Ermordung seiner politischen Gegner im Ausland, schon vor der Islamischen Republik. London runzelte nicht immer so die Stirn, als es Teheran unterstützte. Zum Beispiel während der Ermordung des revolutionären Soziologen 'Ali Shari'atí durch den Savak von Shah Reza Pahlevi in Southampton im Jahr 1977. Shari'atí war ein Freund von Jean-Paul Sartre und Frantz Fanon.

Das Vermächtnis von Papst Benedikt XVI.

Der ehemalige Papst Benedikt XVI. ist gestorben. Seine dunkle Seite liegt in der Art und Weise, wie er gegen Befreiungstheologen in Lateinamerika kämpfte oder Homosexualität unterdrückte, als er Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre war. Dieser große Intellektuelle jedoch förderte die katholische Theologie, indem er die modernen Sünden der Anhäufung von übermäßigem Reichtum, des Drogenkonsums oder des Drogenhandels, der Umweltverschmutzung, der Genmanipulation, der menschlichen Experimente, der Verursachung sozialer Ungerechtigkeit oder Armut, Abtreibung und Pädophilie anprangerte.

Die Polemik, die seine Worte in Regensburg (2006) über das muslimische Konzept der Transzendenz eröffnete, hat es letztlich ermöglicht, einen permanenten Dialog zwischen

Christentum und Islam herzustellen. Er entschied, auf sein Amt zu "verzichten" (und nicht "zurückzutreten" oder "abzudanken"), nicht aus gesundheitlichen Gründen, wie seine Biographen behaupten, sondern weil er sich weigerte, der Erpressung nachzugeben.

Die CIA zensierte das Internet, um Emmanuel Macron zu schützen

Die Twitter-Dokumente bestätigen, dass die CIA bei Twitter, Yahoo, Twitch, Cloudflare, LinkedIn und Wikimedia intervenierte, um angebliche "russische Desinformation" zu zensieren, die Präsident Emmanuel Macron während seiner Wiederwahlkampagne 2022 verunglimpfte.

François Hollande bestätigt, dass die Minsker Vereinbarungen nur ein Manöver des Westens waren

In einem Exklusivinterview mit dem [Kyiv Independent](#) bestätigte der ehemalige französische Präsident François Hollande die Äußerungen der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel gegenüber der [Zeit](#).

Auf die Frage "Glauben Sie auch, dass die Minsker Verhandlungen darauf abzielten, den russischen Vormarsch in der Ukraine zu verzögern?" antwortete er: "Ja, Angela Merkel hat in diesem Punkt Recht".

Der ehemalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko erklärte sofort nach der Unterzeichnung dieser Abkommen seinerseits ebenfalls öffentlich, dass er sie niemals umsetzen werde.

Nur der vierte Unterzeichner, Wladimir Putin, glaubte an den guten Willen seiner Partner. Die Tatsache, dass er dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen Vorschlag unterbreitete und die Resolution 2202 verabschiedete, die diese Abkommen billigte, zeugt jedoch davon, dass er dem Westen nicht mehr glaubte und dann begann, die aktuelle Intervention vorzubereiten. Diese Resolution

gibt ihm das Recht, als Garant der Minsker Vereinbarungen aufgrund seiner "Schutzverantwortung" einzugreifen.

Belgien und Luxemburg stellen Vermögenswerte westlicher Unternehmen frei, die in Russland tätig sind

Belgien und Luxemburg, die die Kompensationsbanken *Euroclear* und *Clearstream* beherbergen, erlaubten ihnen, die Gelder, die im Namen der "Sanktionen" gegen Russland eingefroren worden waren, an 5 Millionen Investoren zurückzugeben. Zu den geschädigten Kunden gehörten westliche Unternehmen, die in Russland tätig waren, wie Amazon oder Netflix. Die Aufhebung dieser Sanktionen durch diese beiden Staaten hat es einigen russischen Kunden nebenbei ermöglicht, ihre Vermögenswerte wiederzuerlangen. Die Aufhebung gilt nur für Operationen, die vor der Ankündigung der "Sanktionen" begonnen haben.

Polen verbündet sich mit Italien gegen das deutsch-französische Projekt des europäischen Föderalismus

In einem Interview mit [La Stampa](#) kündigte der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki an, sich mit der Regierung von Giorgia Meloni gegen das deutsch-französische Projekt einer supranationalen Europäischen Union zusammenzuschließen. Für ihn gilt: "Die EU wurde geschaffen, damit sich einzelne Staaten nach besten Kräften entwickeln konnten, einige schneller als andere, aber immer unter Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Bedingungen (...) Wir haben die Wahl zwischen echter Solidarität gleichberechtigter Staaten oder dem Modell eines einzigen Superstaates, in dem die Karten letztendlich in einigen der größten Hauptstädte verteilt werden, unter Ausschluss anderer Länder."

Polen bestellt Beobachtungssatelliten bei Frankreich

Polen hat zwei Pléiade-Neo-Satelliten und eine Bildverarbeitungsstation bei [Frankreich](#) im Gesamtwert von 575 Millionen Euro bestellt. Jede Maschine kann täglich 500 000 km² fotografieren. Solche Bilder werden eine Auflösung von 30 cm haben.

Polen zieht seinen Protest gegen ukrainische integrale Nationalisten zurück

Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki twitterte am 1. Januar, in dem er gegen die Feierlichkeiten der ukrainischen Behörden zum 114. Geburtstag des Verbrechers gegen die Menschlichkeit, Stepan Bandera, protestierte. Zeremonien, die er als "inakzeptabel" bezeichnete.

Er entfernte diesen Tweet jedoch am nächsten Tag.

Stepan Bandera, geboren am 1. Januar 1909, wird von integralen Nationalisten als Vater der Ukraine angesehen. Er organisierte das Massaker von Millionen Ukrainern vor und während des Zweiten Weltkriegs.

Ungarn fordert Auflösung des Europäischen Parlaments

Auf seiner Jahrespressekonferenz am 21. Dezember sagte der ungarische Ministerpräsident [Viktor Orbán](#) : "Die Ungarn möchten, dass das Europäische Parlament in seiner jetzigen Form aufgelöst wird (...) Und [die europäischen Partner] kennen offensichtlich unsere politische Position : Der Sumpf muss trockengelegt werden."

Brüssel weigert sich, Budapest 6,3 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt 2021-2027 und 5,8 Milliarden Euro aus dem Post-Covid-Wiederaufbauplan zu zahlen.

Die Europäische Union gibt die von ihr beschlagnahmten russischen Düngemittel frei

Nach acht Monaten Blockade, hat die Europäische Union ihre als "Sanktionen" bekannten Maßnahmen zur wirtschaftlichen Kriegsführung gegen Russland überarbeitet, um den Transfer von russischem Dünger nach Afrika zu erlauben. Bisher verboten die am 8. April angenommenen Texte (bekannt als "5. Sanktionsrunde") die Einfuhr russischer Düngemittel in die EU. Dies galt auch für europäische Schiffe, die Düngemittel zu außereuropäischen Häfen transportieren, und für europäische Versicherungsgesellschaften, die diesen Transport unabhängig von ihrem Beförderer und Bestimmungsort garantieren. Russland hatte angekündigt, die in den Häfen der Europäischen Union blockierten 260 000 Tonnen Düngemittel an afrikanische Staaten zu liefern, die für den Transport bezahlen würden, aber westliche Sanktionen hinderten diese Boote daran, europäische Häfen zu verlassen, und diese Staaten daran, russische Schiffe zu bezahlen.

Die [Financial Times](#) prangerte diese kafkaeske Situation an.

Unter der Annahme durchschnittlicher Wetterbedingungen wird erwartet, dass die achtmonatige Blockade russischer Düngemittel durch die Europäische Union im Jahr 2023 zu einem Rückgang der weltweiten Getreideproduktion um etwa 20% führen wird. Diese wird 2024 selbst zu einer Hungersnot führen.

Korruption im Europäischen Parlament : der Sacharow-Preis in Frage

Laut [Le Soir](#) aus Brüssel, haben belgische Ermittler gerade eine neue Spur in der Korruptionsaffäre im Europäischen Parlament entdeckt : den Sacharow-Preis für Denkfreiheit. Es scheint, dass im Jahr 2021 die Kandidaturen von Sultana Khaya (Saharai Republik) und der

Bolivianerin Jeanine Áñez nach geheimen Zahlungen an Abgeordnete des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten zugunsten der des Russen Alexei Nawalny abgelehnt wurden. Während klar ist, dass Marokko Sultana Khaya zum Scheitern brachte, ist unklar, wer Jeanine Áñez eliminiert hat.

Mitten im Bürgerkrieg, im Jahr 2022, als Russland militärisch intervenierte, um die Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrates durchzusetzen, wurde der Sacharow-Preis an das "ukrainische Volk" als Ganzes verliehen.

Sehr hohe Spannungen zwischen Serbien und Kosovo

Die Situation zwischen Serbien und dem Kosovo ist am Rande des Krieges. Viele kosovarische Beamte traten aus Protest gegen die Entscheidung ihrer Regierung zurück, ihre serbischen Bürger zu zwingen, ihre Fahrzeuge nicht mehr in Serbien zuzulassen.

Präsident Aleksandar Vučić befahl seinem Verteidigungsminister, General Milan Mojsilović, die serbische Armee in Kampfposition zu bringen. Am Ende scheint sich die Situation etwas entspannt zu haben und die Barrieren zwischen den beiden Ländern wurden beseitigt, aber die Kosovo-Serben haben einen Plan mit demen in Serbien ausgearbeitet. Im Falle eines neuen Problems mit Pristina werden sie jegliche Kommunikation mit dem Kosovo unterbrechen.

Das Kosovo erklärte seine Unabhängigkeit ohne Referendum während des Sieges der NATO über Serbien. Es wurde von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union anerkannt, aber nicht von den Vereinten Nationen. In seinen frühen Jahren war der Kosovo als Ganzes nur eine US-Militärbasis.

Ukrainische Armee integriert türkischsprachige Söldner aus Asien

Die Kiewer Behörden haben ein neues muslimisches Bataillon in ihre Armee integriert :

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

"Turan". Es besteht aus ehemaligen Söldnern aus Zentralasien, die 2014 unter dem Kommando des Kirgisen Almaz Kudabek uulu am Bürgerkrieg im Donbass teilnahmen. Wahrscheinlich um die Türkei in Verlegenheit zu bringen, hebt die ukrainische Presse die Anwesenheit von Mitgliedern der türkischen Grauen Wölfe unter ihnen hervor.

Präsident Selenskyj ernennt Sexualwissenschaftlerin zum Botschafter

Präsident Wolodymyr Selenskyj hat eine Person ohne diplomatische oder staatliche Erfahrung zum Botschafter in Bulgarien ernannt, seine Freundin und Sexologin Olesya Ilashchuk. Diese Persönlichkeit, Gründerin des Juweliers Jemma, präsentiert sich als Spezialistin für Hypnose. Die Firma Jemma gehört dem Milliardär Ivan Rynzhuk. Die Polizei beschlagnahmte dort im Rahmen einer Geldwäscheuntersuchung 650 000 US-Dollar in bar.

Das Bündnis zwischen ukrainischen "integralen Nationalisten" und israelischen "revisionistischen Zionisten" funktioniert nicht

Während der Abstimmung der UN-Generalversammlung über den IGH, um zu beurteilen, ob das Westjordanland von Israel besetzt ist oder nicht, rief Israels neuer Premierminister Benjamin Netanyahu Präsident Wolodymyr Selenskyj an, um ihn um Hilfe zu

bitten. Letzterer bestätigte, dass er ihn unterstützen würde, wenn Tel Aviv mit Naftali Bennetts Politik brechen und ihm schließlich Waffen liefern würde. Netanyahu antwortete, Israel könne sich nicht mit Russland verwerfen, ohne die Möglichkeit zu verlieren, iranische Stellungen in Syrien zu bombardieren, aber dass er sehen würde, was er tun könnte. Schließlich nahm die Ukraine an der Abstimmung nicht teil.

Ukraine bereitet einen "Friedensgipfel" gegen Russland vor

Außenminister Dmytro Kuleba bereitet einen Friedensgipfel am 24. Februar 2023 vor, d.h. dem Jahrestag des Einmarsches der russischen Armee in sein Land. Er sagte, Russland könne nicht daran teilnehmen, bis es wegen seiner Verbrechen vor ein internationales Tribunal gestellt werde. Er vermehrt seine Bemühungen, um sicherzustellen, dass UN-Generalsekretär António Guterres anwesend ist und dass die Frage des Ausschlusses der Russischen Föderation aus den Vereinten Nationen öffentlich diskutiert wird.

Russland weitet Gasförderung aus

Präsident Wladimir Putin hat mit der Ausbeutung des Kowykta-Gasfeldes (Ostsibirien) begonnen. Es wird die Gaspipeline Force of Siberia beliefert, die nach China führt. Seine Kapazität beträgt 1800 Milliarden Kubikmeter. Am nächsten Tag gab Rosneft die Entdeckung einer großen Kohlenwasserstofflagerstätte während geologischer Prospektionsarbeiten in der Republik Sacha bekannt. Sie umfasst mehr als 9,5 Milliarden Kubikmeter Gas und mehr als 1,5 Millionen Tonnen Öl.

Die politische Instabilität auf dem westlichen Kohlenwasserstoffmarkt deutet auf eine kommende sehr ernste Energiekrise hin

Laut dem stellvertretenden russischen Ministerpräsidenten Alexander Nowak führt die westliche Politik der Energiesanktionen dazu, dass multinationale Unternehmen in diesem Sektor aufhören zu investieren und ihre Gewinne in Dividenden nicht mehr verteilen. Daher wird der Mangel an Investitionen ihrerseits in 5 bis 10 Jahren spürbar sein und eine tiefe Krise im Westen verursachen.

Der Standpunkt von Sergej Lawrow

Der Außenminister Russlands, Sergej Lawrow, gab der [Nachrichtenagentur Tass](#) ein Interview. Er erklärt, dass Moskau angesichts seines Verhaltens nicht wieder mit der Europäischen Union in Verbindung treten will.

"Natürlich wird es mit solchen Akteuren kein 'Business as usual' mehr geben. Wir wollen nicht an eine verschlossene Tür klopfen oder gemeinsame Projekte initiieren. Gott sei Dank ist die EU für uns nicht das Zentrum des Universums. Wir haben viele politische Freunde in anderen Teilen der Welt. Wenn Europa aus der gegenwärtigen russophoben Wut erwacht und es nach einer Ausnüchterung national orientierte Politiker geben wird, die die Vorteile einer gleichberechtigten und für beide Seiten vorteilhaften Partnerschaft mit Russland verstehen, versichere ich Ihnen, dass es von unserer Seite kein Problem geben wird", sagte er.

Ebenfalls im selben Interview kommentierte Lawrow den von [Newsweek](#) erwähnten Pentagon-Plan.

"Einige 'anonyme Beamte' im Pentagon haben tatsächlich damit gedroht, dem Kreml einen 'Enthauptungsschlag' zuzufügen, aber das ist tatsächlich eine Drohung einer körperlichen Eliminierung des russischen Staatsoberhauptes. Wenn solche Ideen tatsächlich von jemandem

entwickelt werden, sollte diese Person sehr sorgfältig über die möglichen Konsequenzen solcher Pläne nachdenken.", sagte er. "Was die Dauer des Konflikts betrifft", sagte Lawrow auch, "liegt der Ball im Feld des Regimes und Washingtons. Sie können einen sinnlosen Widerstand jederzeit stoppen. Der Feind kennt unsere Vorschläge zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der vom Regime kontrollierten Gebiete, zur Beseitigung der von ihm ausgehenden Bedrohungen für die Sicherheit Russlands, einschließlich unserer neuen Gebiete - der Regionen der DVR, LVR, Cherson und Saporischschja. Es genügt, sie einfach aus freiem Willen umzusetzen. Andernfalls wird dieses Problem vom russischen Militär gelöst. Entgegen einer älteren Vorstellung hat die Niederlage des Asowschen Bataillons das "Nazi"-Problem nicht gelöst, da integrale Nationalisten die Kontrolle über die Haupthebel des Staates immer noch innehaben und Denkmäler, Stadien und Straßen immer noch die Namen banderistischer Kriegsverbrecher tragen.

Russland zieht sich von allen Verpflichtungen gegenüber dem Europarat zurück

Russland, das nicht mehr Mitglied des Europarates ist, sollte sich ebenfalls aus den mit dieser Institution unterzeichneten Verträgen und Abkommen zurückziehen. Dies gilt bereits für die Internationale Kooperationsgruppe für Drogen und Sucht ; das Teilabkommen von 1990 zur Einsetzung der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (die sogenannte "Venedig-Kommission") ; das teilweise offene Abkommen über die Vorhersage, Verhütung und Unterstützung von Natur- und Technologiekatastrophen. Dies wird demnächst auch für den Europäischen Förderfonds für die Koproduktion und den Vertrieb von Kinofilmen und audiovisuellen

Werken gelten ; für die Europäische Audiovisuelle Informationsstelle ; für das erweiterte Teilübereinkommen des Europarats über den Sport ; für das erweiterte Teilabkommen über Kulturrouten und für die Beobachtungsstelle für Geschichtsunterricht in Europa.

Präsident Putin verbietet Ölverkäufe an die EU und Australien

Präsident [Wladimir Putin](#) erließ ein Dekret über das Ausfuhrverbot von Erdöl und Erdölprodukten in Länder, die Preisobergrenzen festgelegt haben. Derzeit begrenzen nur die Europäische Union und Australien den Preis für russisches Öl auf 60 US-Dollar pro Barrel. Diese Anordnung gilt vom 1. Februar bis zum 30. Juni 2023. Ausnahmen können von Fall zu Fall genehmigt werden.

Ringe zur Symbolisierung der GUS

Auf dem Gipfel der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) überreichte Präsident Wladimir Putin einen goldenen Ring, auf dem Neujahrsgrüße eingraviert waren. Bei dieser Gelegenheit räumte er ein, dass es einige Meinungsverschiedenheiten zwischen den Teilnehmern gab, aber dass alle ihre schmutzige Wäsche innerhalb der Familie wuschen. Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko steckte sofort den Ring auf seinen Finger.

Tatarstan integriert sich vollständig in die Russische Föderation

Das Parlament der Republik Tatarstan hat beschlossen, den Titel seines Vorsitzenden bei der nächsten Wahl zu ändern. Er wird nicht mehr "Präsident" sein, sondern "Raïs" wie in den arabischen Ländern.

Tatarstan war der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) im Dezember 1991 beigetreten, hatte sich aber geweigert, den Vertrag vom März 1992 zur Regelung der Beziehungen

innerhalb der Russischen Föderation zu unterzeichnen, und stattdessen per Referendum mit 62 Prozent für seine Souveränität gestimmt. Am Ende hatte Tatarstan eine größere Autonomie ausgehandelt als die anderen Regionen, was 1994 zu einem separaten Vertrag führte. Dieser wurde 2017 nicht erneuert. Die Aufgabe des Titels "Präsident" bringt Tatarstan wieder auf eine Linie mit den anderen Regionen der Russischen Föderation, die aufgehört haben, ihren Führer direkt zu wählen. Sie werden nun auf Vorschlag des Bundespräsidenten von ihrem Gemeindeparlament gewählt.

Sabotage in Werften

Eine Sabotage fand während der Reparatur des einzigen russischen Flugzeugträgers, Admiral Kuznetsov, statt. Ein Feuer brach aus, während er sich im Trockendock befand.

Russische Marine Weltmeister in Atom-U-Booten

Die russische Marine erhielt ein Atomgetriebenes U-Boot, *Generalissimo Suworov*. Es ist das sechste der Borei-A-Klasse, ohne Äquivalent in der Welt. Diese U-Boote sind mit 20 strategischen ballistischen Raketen *Bulawa* ausgestattet. Jede trägt 6 bis 10 Gefechtsköpfe, die konventionell oder nuklear mit 100 bis 150 Kilotonnen geladen werden können.

AFRIKA

Algerien erhält 20 Milliarden Dollar zurück, die von Saïd Bouteflikas Clan veruntreut wurden

Präsident Abdelmajid Tebbun enthüllte während seiner Ansprache zum Jahresende, dass er 20 Milliarden Dollar an Vermögenswerten korrupter Figuren des okkulten Regimes von Saïd Bouteflika zurückgewonnen habe. Angesichts der Skepsis seiner Wähler veröffentlichte Justizminister Abderraschid Tabi einen 1400-seitigen Katalog mit 4200

Immobilien und 6000 Bankkonten, die die Behörden versichern, beschlagnahmt zu haben. Der Bericht enthält auch 2 Flugzeuge sowie Yachten, mehr als 11000 Fahrzeuge sowie Schmuck, Luxusuhren und Bargeld. Die algerischen Behörden verhandeln jedoch immer noch mit Gerichten in befreundeten Ländern, um ins Ausland geflohenes Eigentum zu beschlagnahmen.

Algerien gibt dem Druck der USA nach

Präsident Abdelmajid Tebbun sagte [*Le Figaro*](#) über das private russische Militärunternehmen Wagner in Mali : "Das Geld, das diese Präsenz kostet, wäre besser platziert und nützlicher, wenn es in die Entwicklung der Sahelzone investiert würde." Sofort wurde seine Reise nach Moskau abgesagt.

Algeriens Haushalt 2023 zeigt einen Rückgang der den Streitkräften zugewiesenen Mittel von 20% auf, aufgrund der Aussetzung der US-Hilfe.

Zusammenstöße im Südsudan

Bei Zusammenstößen zwischen den Stämmen der Nuer und Murle kamen mindestens 57 Menschen im Großraum Pibor ums Leben. 30 000 Menschen wurden vertrieben. Dieser Vorfall folgt dem, der sich Mitte November im Bundesstaat Upper Nile ereignete.

Nach Angaben der Vereinten Nationen werden 9,4 Millionen der am stärksten gefährdeten Menschen im Südsudan im Jahr 2023 dringend lebensrettende Hilfe und Schutz benötigen.

ASIEN

Benjamin Netanyahus Versprechen

Premierminister Benjamin Netanjahu hat sich gegenüber seinen Verbündeten öffentlich folgendermaßen verpflichtet :

Den Paragraph 7a, der offen rassistischen Parteien die Kandidatur verbietet, aus dem Grundgesetz zu streichen.

Änderung des Antidiskriminierungsgesetzes, um

geschlechtsgetrennte Veranstaltungen oder Strukturen zu finanzieren und die Verweigerung von Dienstleistungen auf der Grundlage des Glaubens zu ermöglichen.

die lokalen Behörden zwingen, ultraorthodoxe Schulen zu finanzieren, auch wenn sie nicht unter der Kontrolle der Zentralregierung stehen und sich nicht an ihre Lehrpläne halten und sich weigern, grundlegende weltliche Fächer wie Mathematik und Englisch zu unterrichten.

die Zuteilung von Lebensmittelgutscheinen an das Sozialministerium zu streichen und sie dem Innenministerium anzuvertrauen. Es wird als Kriterium für die Verteilung die Tatsache gelten, dass sie keine Steuern zahlen, wissend, dass die Ultraorthodoxen unabhängig von ihren Mitteln davon befreit sind.

Der Premierminister wollte sich jedoch von seinen Verbündeten distanzieren. So erklärte er :

dass er niemals zulassen würde, dass jemand seinen Glauben benutzt, um einem israelischen Bürger Dienste zu verweigern.

"Am Schabbat wird es Strom geben. Es wird [gemischte] Badestrände geben. Wir werden den *Status quo* beibehalten. Es wird kein Land geben, das von der Halacha regiert wird"

"Es wird keine Änderung des Rückkehrgesetzes geben" (die Verbündeten des Premierministers verlangen von jedem Rückkehrer den Nachweis, dass er einen jüdischen Elternteil im strengen Sinne des Wortes hat).

Er desavouierte seinen Sohn Yair Netanyahu, für den die Richter, die ihn anklagten, als er noch Premierminister war, Verräter sind und als solche bestraft werden müssen.

Schließlich ließ er den einzigen offen schwulen Abgeordneten, Amir Ohana, zum Sprecher der Knesset wählen.

Sephardische Rabbiner gegen Knesset Sprecher

Rabbi Meir Mazuz, Leiter der tunesischen Gemeinde in Israel, sagte, Knesset-Sprecher

Amir Ohana sei "mit einer Krankheit infiziert". Der ehemalige sephardische Oberrabbiner Shlomo Amar verurteilte die Gesetzgeber, die für die Ernennung gestimmt hatten, und sagte, es sei "eine beispiellose Schande".

Der Außenminister ist nicht jener, der angesagt wurde

Das Außenministerium entfiel für ein Jahr an den ehemaligen Wirtschafts- und Geheimdienstminister Eli Cohen, dann für die nächsten zwei Jahre an den ehemaligen Geheimdienst- und Finanzminister Yisrael Katz und erneut an Eli Cohen, wenn die Regierung bis dahin im Amt bleibt.

In der Praxis ist es Ron Dermer, der ehemalige Botschafter in Washington, der das Ruder des Ministeriums für strategische Angelegenheiten übernehmen wird. Diese Abteilung, die von den Regierungen von Bennett und Lapid aufgelöst worden war, befasst sich offiziell nur mit dem Kampf gegen die BDS-Bewegung (*Boycott, Desinvestition und Sanktionen*).

Änderung des Status des Militär-Oberrabbiners

Ein Gesetzentwurf der Regierungskoalition sieht vor, den militärischen Oberrabbiner nicht mehr dem Generalstabschef der Streitkräfte, sondern einem zivilen Rabbinerkomitee zu unterstellen. Darüber hinaus würde er in den Rang eines Generalmajors befördert werden, was gleichbedeutend damit ist, ihn dem Stabschef gleichzustellen. Gleichzeitig sollte das Gesetz alle jungen Haredi-Männer vom Militärdienst befreien.

Netanjahu-Regierung wird Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen nicht ratifizieren

Die neue Netanjahu-Regierung wird die Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (2011), bekannt als "[Istanbul-](#)

Konvention", nicht ratifizieren.

Sie wurde von 45 Staaten und der Europäischen Union angenommen, aber die Türkei zog sich zurück.

Die Regierungskoalition bestreitet folgende Punkte :

- die Gewährung eines Aufenthaltsstatus für Gewaltopfer, die diesen nicht haben ;
- die Verpflichtung des Staates, Opfer von Gewalt in Situationen zu entschädigen, in denen weder der Täter noch die Versicherungsgesellschaft eine Entschädigung zahlen ;
- die Möglichkeit, gewalttätige Ehen aufzulösen ;
- Gewährung von Asyl in geschlechtsspezifischen Fällen ;
- und die Definition des Anwendungsbereichs des Übereinkommens unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Westjordanland nicht unter israelischer Souveränität steht.

Noam erstellt Listen schlechter Bürger

Laut *Yedioth Aharonot* hat die Noam-Partei, die sich gegen all jene einsetzt, die das ultraorthodoxe jüdische Familienverständnis bedrohen, eine Liste von Schwulen erstellt, die in den Medien arbeiten, und eine andere Liste von Mitarbeitern des Justizministeriums, die eine Ausbildung bei Verbänden erhalten haben, die sich für die Integration arabischer Israelis einsetzen (*Association for Civil Rights in Israel* (ACRI), *The Nazareth Nurseries Institute, Israel Women's Network, Center for International Migration and Integration, Israel Union for Environmental Defense* (Adam Teva V'Din), *Movement for Quality Government in Israel* und *Kav LaOved*).

Israel verlor seinen Vertrag mit Pfizer

Laut *i24News*, hat das Gesundheitsministerium vor Gericht behauptet, dass es die mit dem Pharmaunternehmen Pfizer unterzeichnete Vereinbarung über den Austausch epidemiologischer Informationen über Coronavirus-Impfstoffe nicht finden konnte, und

sagte sogar, es wisse nicht, ob die Vereinbarung unterzeichnet worden sei.

"Wir haben keine unterzeichnete Vereinbarung gefunden", sagte die Anwältin Ahava Berman von der Staatsanwaltschaft im Namen des Gesundheitsministeriums. "Wir haben alle Orte durchsucht, auch das Büro des CEO und die Rechtsabteilung."

6 Millionen Israelis erhielten kostenlose Injektionen von Pfizer-Boten-RNA im Austausch für die Übermittlung ihrer Gesundheitsdaten, die bisher unter die ärztliche Schweigepflicht fielen, an das Pharmaunternehmen.

Ben-Gvir auf Sharons Spuren auf dem Tempelberg

Unter Verstoß gegen die Regeln des Ortes ging der Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, am 3. Januar 2023 allein für zehn Minuten in den muslimischen Teil des Tempelbergs / Edles Heiligtum.

Der muslimische Teil des Tempelbergs / Edlen Heiligtums untersteht der Gerichtsbarkeit Jordaniens, nicht Israels. Er ist nur für Muslime und ihre Gäste zugänglich, wie der jüdische Teil nur für Juden und ihre Gäste zugänglich ist.

Innerhalb weniger Minuten verurteilten Ägypten, Frankreich, Jordanien, die Organisation für Islamische Zusammenarbeit, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, die Vereinigten Staaten und Palästina die Operation.

Der sephardische Oberrabbiner Yitzhak Yosef schrieb an den Pfarrer und erinnerte ihn daran, dass die Oberrabbiner diesen Verstoß gegen die Regeln des Gotteshauses strengstens verboten hätten.

Die Hamas hatte im Voraus wissen lassen, dass sie auf die Provokation mit "explosiver" Gewalt reagieren werde.

Der Islamische Dschihad hat seinerseits angeboten, jeden Palästinenser mit Handfeuerwaffen und Munition zu bewaffnen,

um der neuen Netanjahu-Regierung zu widerstehen.

Am 28. September 2000 löste der Besuch des Abgeordneten Ariel Sharon die zweite Intifada aus.

UNO beordert ihr internes Gericht, die israelische Besetzung palästinensischer Gebiete für illegitim zu erklären

Premierminister Benjamin Netanyahu twitterte : "Dies sind die grundlegenden Richtlinien der nationalen Regierung, die ich führe : Das jüdische Volk hat ein exklusives und unbestreitbares Recht auf alle Gebiete des Landes Israel. Die Regierung wird die Siedlung in allen Teilen des Landes Israel fördern und entwickeln – in Galiläa, im Negev, auf den Golanhöhen, in Judäa und Samaria."

Das ging aber ins Auge : Die Generalversammlung der Vereinten Nationen nahm mit 87 Ja-Stimmen (rund um Russland und China), 26 Nein-Stimmen (einschließlich der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Australiens, Österreichs, Kanadas, Deutschlands und Italiens) und 53 Enthaltungen (darunter Frankreich, Brasilien, Dänemark, Finnland, Japan, die Niederlande, Schweden, die Schweiz und die Ukraine) die Resolution (A/77/400) an, in der der Internationale Gerichtshof (d.h. der interne Gerichtshof der Vereinten Nationen) ersucht wird, über die israelische Besetzung der palästinensischen Gebiete zu statuieren.

Der Text fragt :

"a) Welche rechtlichen Folgen hat Israels fortgesetzte Verletzung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, seiner Besetzung, Kolonisierung und verlängerte Annexion des seit 1967 besetzten palästinensischen Gebietes, einschließlich der Maßnahmen zur Veränderung der demographischen Zusammensetzung, des Charakters und des Status der Heiligen Stadt Jerusalem, und Israels Verabschiedung damit verbundener diskriminierender Gesetze und Maßnahmen ?

b) Welche Auswirkungen haben die in Ziffer 18 a) genannten Politiken und Praktiken Israels auf den rechtlichen Status der Besetzung, und welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich für alle Staaten und die Vereinten Nationen ? »

Im Jahr 2004 erklärte der Internationale Gerichtshof israelische Siedlungen auf palästinensischem Gebiet und Teile der Trennmauer auf palästinensischem Gebiet für illegal. Die Antwort des IGH ist kaum zu bezweifeln. Sie sollte die Besetzung der palästinensischen Gebiete, einschließlich Ostjerusalems, für illegal erklären.

Als Reaktion darauf sagte Premierminister Benjamin Netanyahu : "Das jüdische Volk ist kein Besatzer seines eigenen Landes und ist nicht Besatzer seiner ewigen Hauptstadt Jerusalem. Keine UN-Resolution wird diese historische Wahrheit verzerren."

Der Abgeordnete der Jewish Force, Zvika Fogel, schlussfolgerte : "Die Besetzung ist nicht mehr vorübergehend, sie ist dauerhaft."

Umgeben von zahlreichen Polizeikräften bleibt Riad Salamé Gouverneur der Bank des Libanon

Die europäische Justiz, die die Veruntreuung libanesischer Gelder in Höhe von 330 Millionen Dollar und 5 Millionen Euro untersucht, die zwischen 2002 und 2021 begangen wurden, wird Richter und Polizei entsenden, um im Libanon zu ermitteln.

Derzeit hat *EuroJust* bereits 120 Mio. EUR in Deutschland, Frankreich, Liechtenstein, Luxemburg und der Schweiz beschlagnahmt. Die Ermittlungen drehen sich um den Gouverneur der libanesischen Zentralbank und seine unzähligen Geliebten, die ihm als Strohmänner dienen.

Im Libanon, wo er angeklagt ist, genießt Riad Salamé ein Privileg der Immunität. Er weigert sich, der Justiz Rede und Antwort zu stehen, der er vorwirft, politisiert zu sein. Letzte Woche verhafteten die für den Fall zuständigen

Ermittler die Schauspielerin und MTV-Moderatorin Stephanie Saliba, die angeblich dem Gouverneur "nahe" steht. Kurz zuvor war es Anna Kosakova, eine ehemalige Geliebte von Riad Salamé, die vorgeschlagen hatte.

Die europäische Mission stützt sich auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption. Sie sollte unter der Aufsicht libanesischer Richter stattfinden, die allein die Befugnis zur Vorladung und Anhörung haben. Herr Salamé, der dem Hariri-Clan angehört, galt als außergewöhnlicher Gouverneur. Im Jahr 2021 erschien sein Name jedoch in den *Pandora Papers* zusammen mit dem anderer libanesischer Persönlichkeiten (Bankier Marwan Kheireddine, Premierminister Najib Mikati, stellvertretender Gouverneur der Bank von Libanon Muhammad Baasiri und ehemaliger Premierminister Hassan Diab).

Seinen Kritikern zufolge hat Riad Salamé ein System der Geldwäsche lateinamerikanischer Kartelle eingerichtet. Durch seine Nichte schmiedete er ein Bündnis mit einer großen Mafiafamilie in New York.

Frankreich, die USA und Katar wollen dem Libanon ihren Präsidentschaftskandidaten aufzwingen

Frankreich, die Vereinigten Staaten und Katar bereiten in Paris ein Treffen zum Libanon vor. Es könnte den nächsten Präsidenten der Republik aussuchen, wie es 2008 der Fall war. Der glückliche Gewinner würde bei einem Treffen libanesischer politischer Parteien in Katar bestätigt und dann vom Parlament in Beirut ernannt werden. Es könnte entweder Armeechef General Joseph Aoun oder ein Überraschungskandidat, der ehemalige Finanzminister Jihad Azour sein. Letzterer ist kürzlich in Katar, Saudi-Arabien, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten aufgetreten. Er wird bald Ägypten besuchen. Im Jahr 2008 hatte Frankreich die Kandidatur von Michel Sleiman vorangetrieben, der

Gegenstand einer Untersuchung der Justiz in Paris war und auf den man daher politischen Druck ausüben konnte. Er wurde in Beirut inthronisiert, nicht von seinem Vorgänger, sondern vom Emir von Katar im Parlament in Anwesenheit des französischen Außenministers, der nicht auf den Bänken der Öffentlichkeit, sondern auf denen der libanesischen Regierung saß. Diese Wahl verstieß gegen die Verfassung, die eine Wartezeit vorschreibt, bevor ein Armeechef Präsident der Republik werden kann.

Die Unfähigkeit des libanesischen Parlaments, einen Präsidenten der Republik zu wählen, beeinträchtigt die Möglichkeit der Ausbeutung von Kohlenwasserstoffen in Hoheitsgewässern, trotz der Unterzeichnung des israelisch-libanesischen Abkommens. Es unterbricht die Suche nach neuen Ressourcen. Es stört die gesamte Region, weil die Ausbeutung von Kohlenwasserstoffen Pipelines erfordert, die nur gebaut werden können, wenn alle Akteure vor Ort sind.

Der französisch-amerikanisch-katarische Plan wird wahrscheinlich wenig Chancen haben sich zu verwirklichen, selbst wenn Gibran Bassil, Schwiegersohn von Präsident Michel Aoun, der Kandidatur von Jihad Azour zustimmt.

Tatsächlich forderte Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah am 3. Januar eine libanesishe Lösung, die vom Ausland bestätigt wird und nicht umgekehrt. Zum Präzedenzfall von Michel Sleiman widersetzte er damit den von Michel Aoun.

858 Millionen US-Dollar, um Syrien mit Captagon zu verbinden

Präsident Joe Biden unterzeichnete am 23. Dezember 2022 das Gesetz zur *Bekämpfung des Proliferationshandels und des Sammelns von Betäubungsmitteln von Assad (Countering Assad's Proliferation Trafficking And Garnering Of Narcotics Act)*, im Akronym "CAPTAGON Act" (H. R. 6265).

Offiziell geht es darum, den Handel mit dieser synthetischen Droge zwischen dem Libanon und Saudi-Arabien zu stoppen. Inoffiziell geht es darum, einen neuen Vorwand für die Unerbittlichkeit der Vereinigten Staaten gegenüber der Arabischen Republik Syrien zu finden.

In den letzten zwei Jahren, als die Vereinten Nationen Syriens Hilfe gegen Schmuggler erhalten haben, haben zahlreiche Presseartikel den Handel von libanesischem Captagon mit dem syrischen Präsidenten Bashar al-Assad in Verbindung gebracht.

Diese Droge wurde von der NATO in den Nahen Osten eingeführt, um den Dschihadisten ein Gefühl der Unbesiegbarkeit zu geben. Es besteht aus einem Amphetaminmolekül, das durch eine Ethylbrücke mit einem Theophyllinmolekül verbunden ist.

Nachdem die Vereinigten Staaten den durch Dschihadisten geführten Krieg verloren hatten, begannen sie einen neuen, diesmal wirtschaftlichen Krieg gegen die Arabische Republik Syrien unter dem Vorwand, dass sie Folter in großem Maßstab praktiziere (*Caesar Act*). Das Land wird belagert, so dass es selbst für humanitäre NGOs und die Vereinten Nationen unmöglich ist, etwas in das Land zu importieren. Da die Lieferungen aus Russland durch Sanktionen gegen Moskau unterbrochen wurden, haben die Syrer keinen Treibstoff und Strom (außer 2 Stunden am Tag) und beginnen zu hungern. Es ist daher nicht möglich, die Komponenten des Captagons dorthin zu schicken. Unter diesen Bedingungen sieht man nicht, wie das "Regime" sie herstellen könnte. Das CAPTAGON-Gesetz sieht eine internationale Pressekampagne vor, um diese Droge entgegen aller Logik mit Präsident al-Assad in Verbindung zu bringen und die Idee zu popularisieren, dass die Arabische Republik Syrien nur ein Drogenstaat ist. Darüber hinaus wird die US-Regierung Berichte zu diesem Thema erstellen müssen. Diese

Manipulierungskampagne wurde mit einem Budget von 858 Millionen Dollar ausgestattet.

Türkisch-syrische Normalisierung steht bevor

Die türkischen und syrischen Verteidigungsminister Hulusi Akar und Ali Mahmoud Abbas trafen sich in Moskau in Anwesenheit ihres russischen Amtskollegen Sergej Schoigu. Im Mittelpunkt der Gespräche standen "Wege zur Lösung der Syrienkrise und der Flüchtlingsfrage" sowie "gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung extremistischer Gruppen". Dies ist der erste türkisch-syrische Ministergipfel seit 11 Jahren.

Seit September haben sich die Geheimdienstchefs beider Länder, Ali Mamlouk und Hakan Fidan, mehrfach in Damaskus getroffen. Sie nahmen am Moskauer Gipfel teil. Im November sagte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, ein Gipfel mit seinem syrischen Amtskollegen Baschar al-Assad sei möglich.

Die Türkei hat die syrischen Oppositionsorganisationen, die dort Zuflucht suchen, gewarnt, dass sie sich bald aus den von ihr besetzten syrischen Gebieten zurückziehen wird. Diejenigen, die sich dieser Versöhnung widersetzen, wurden aufgefordert, das Land zu verlassen. Gemeinsame Aktionen Russlands, Syriens und der Türkei gegen PKK-Terroristen werden erwartet und schließlich auch ein Gipfel der beiden Staatschefs.

Über Oman boten die Vereinigten Staaten Syrien an, die Sanktionen gegen das Land teilweise aufzuheben, wenn es seine Gespräche mit der Türkei unterbricht. Damaskus lehnte ab.

Baschar al-Assad empfängt Abdullah bin Zayed al-Nahyan

Trotz des US-Verbots reiste der Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Abdullah bin Zayed al-Nahyan, nach Damaskus, um den syrischen Präsidenten Bashar al-Assad zu

treffen.

Die Vereinigten Arabischen Emirate leisten Syrien sehr wichtige Unterstützung.

Der Gipfel findet statt, da der für letzte Woche geplante Besuch des iranischen Präsidenten Ebrahim Raissi "verschoben" wurde.

Katar plant, den Export von Gas in die EU einzustellen

Katar erwägt, die Gaslieferungen an die Europäische Union als Vergeltung für die belgische Antikorruptionsoption einzustellen. Die asiatische Nachfrage reicht aus, um die Kunden zu wechseln.

Katar tritt in jemenitischen Konflikt ein

Während Saudi-Arabien in Abwesenheit der jemenitischen Regierung heimlich und direkt mit den Huthis verhandelt, organisiert Katar im Oman am 9. Januar in Washington eine Konferenz mit dem Titel "[Auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden und Demokratie im Jemen](#)".

Sie wird offiziell von der *Tawakkol Karman Foundation* und *Democracy for the Arab World Now* eingerichtet. Die Muslimbruderschaft wird sich zahlreich an ihr beteiligen. Gleichzeitig versichern Katars internationale Medien, angeführt von *Al-Jazeera*, dass zwischen Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten nichts mehr gut läuft.

Die Türkei stellt die Beziehungen zu Israel wieder her

Israel und die Türkei haben die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt, die vor vier Jahren unterbrochen wurden. Präsident Recep Tayyip Erdoğan empfing Botschafterin Irit Lillian und bat sie, Premierminister Benjamin Netanyahu die Glückwünsche seines Landes für seine Wahl zu übermitteln.

Im Jahr 2018 brach Ankara mit Tel Aviv, das die Muslimbruderschaft der Hamas in Gaza bombardierte. Heute interpretiert die Türkei ihr

osmanisches Erbe neu. Sie sieht sich nicht mehr als Anführer der Bruderschaft und hat daher ihre Hauptambitionen in der arabischen Welt aufgegeben, sondern als Beschützer der türkischsprachigen Völker.

Iran passt sich an Chinas Ankunft in der arabischen Welt an

Die chinesisch-arabische Annäherung von Riad klang wie ein Donnerschlag in Teheran. Sicherlich ist China ein tausendjähriger Verbündeter des Iran und unterstützt ihn heute in nuklearen Angelegenheiten, aber es ist nicht blind. China sprach für die arabische Seite im Konflikt um drei Golfinseln zwischen Teheran und Abu Dhabi. Darüber hinaus beschloss es, seine Seidenstraßen unabhängig von den Persern auf die gesamte arabische Welt auszudehnen.

Indien beginnt, ohne den Dollar auszukommen

Indien beginnt, seinen internationalen Handel nicht mehr in Dollar, sondern in Rupien zu organisieren. Die Zentralbank von Neu-Delhi hat eine spezielle Abteilung eingerichtet, um die für diese Überweisungen benötigte Liquidität zu binden.

Rahul Gandhi stellt sich hinter Washington

Rahul Gandhi sagte, China habe die gleiche Haltung gegenüber Indien eingenommen wie Russland gegenüber der Ukraine. Der ehemalige Vorsitzende der Kongresspartei warf der Regierung von Narendra Modi vor, Chinas Bestreben nicht erkannt zu haben. Ihm zufolge bereitet sich China darauf vor, Indiens Geographie in Ladakh und Arunachal (Pradesh) zu verändern.

Myanmar lässt 7000 Gefangene frei

Anlässlich des 75. Jahrestages der Unabhängigkeit veranstaltete die myanmarische

Armee in Naypyidaw eine Machtdemonstration. Die Freilassung von 7012 Gefangenen wurde angekündigt, obwohl nicht klar war, ob es sich um strafrechtliche oder politische Gefangene handelte. Eine Parlamentswahl wurde angekündigt, aber es ist nicht klar, ob das derzeitige Ein-Runden-Wahlssystem beibehalten wird. Die Vereinigten Staaten haben sie präventiv als "Schwindel" bezeichnet. Medaillen wurden an Persönlichkeiten verliehen, darunter der buddhistische Mönch Wirathu, Verkünder der Massaker an Nicht-Buddhisten. Im Jahr 2020 gewann die Nationale Liga für Demokratie (NLD) die Wahlen, aber sie wurden sofort abgesagt und ihre Vorsitzende, Sonderberaterin Aung San Suu Kyi, wurde verhaftet. Sie wurde am 30. Dezember hinter verschlossenen Türen zu 33 Jahren Gefängnis verurteilt. Sie bleibt inhaftiert, könnte aber wieder unter Hausarrest gestellt werden.

Nordkorea wird immer stärker

Nordkorea feuerte kurz vor Jahresende 3 Mittelstreckenraketen ab. Sie stiegen auf eine Höhe von 100 Kilometern und fielen 370 Kilometer von den Ufern entfernt in internationale Gewässer. Im Jahr 2022 feuerte Nordkorea dreimal mehr Raketen ab als im Vorjahr. Es hat die Spannungen um die Ukraine genutzt, um sein Arsenal an taktischen Atomwaffen, neuen Interkontinentalraketen, Hyperschall-Gleit Sprengköpfen, atomgetriebenen U-Booten und Aufklärungssatelliten deutlich zu verbessern. Der Oberste Führer Kim Jong-Un gab am 27. Dezember bekannt, dass er eine neue Sicherheitsstrategie angenommen habe, die jedoch noch nicht veröffentlicht wurde. Am 1. Januar forderte er eine "exponentielle Erhöhung des Atomwaffenarsenals", um der wachsenden westlichen Bedrohung zu begegnen.

China ändert seine Covid-Politik

Die chinesische Gesundheitsbehörde gab am 26. Dezember 2022 bekannt, dass sie die Covid-19-Infektion ab dem 8. Januar 2023 von Klasse A auf Klasse B herabstufen wird. Es wird daher keine Quarantäne mehr für Menschen geben, die ins Land einreisen, keine obligatorische Unterbringung für Covid-19-Patienten und keine Isolation von Hochrisikogebieten mehr. Chinas Zentralverwaltung geht davon aus, dass es zwei Wochen dauert, bis ihre nationalen Richtlinien auf lokaler Ebene umgesetzt sind.

Gemeinsame chinesisch-russische Manöver

Die chinesische und russische Marine führten eine gemeinsame Übung im Chinesischen Meer durch, *Joint Sea 2022*. Beteiligt waren : auf chinesischer Seite die Zerstörer *Baotou* und *Jinan*, die Fregatten *Binzhou* und *Yancheng*, das Versorgungsschiff *Gaoyouhu*, ein U-Boot, Starrflügel-Frühwarnflugzeuge, Anti-U-Boot-Patrouillenflugzeuge und Schiffshubschrauber ; und auf russischer Seite der Raketenkreuzer *Varyag*, die Fregatte *Marschall Shaposhnikov*, die Korvetten *Aldar Tsydenzhapov* und *Sovershennyy*, sowie Flugzeuge und Hubschrauber.

Taiwan verlängert Militärdienst

Taiwan wird Ende 2023 die Wehrpflicht von derzeit 8 Monaten auf 1 Jahr verlängern. Die rebellische chinesische Provinz will sich auf eine Militäroperation Pekings vorbereiten.

Vier Minister der Regierung Kishida treten zurück

Kenya Akiba, Minister für Wiederaufbau, reichte am 26. Dezember seinen Rücktritt ein. Er ist der vierte Minister unter Fumio Kishida, der die Regierung innerhalb von zwei Monaten verlässt, nach Daishiro Yamagiwa (Minister für wirtschaftliche Wiederbelebung, zurückgetreten am 25. Oktober), Yasuhiro Hanashi (Justizminister, 11. November) und Minoru

Terada (Minister für innere Angelegenheiten und Kommunikation, am 17. Dezember). Alle vier gaben zu, entweder öffentliche Gelder veruntreut oder von der Moon Sekte korrumpiert worden zu sein.

Japan verstärkt Verteidigung gegen China

Außenminister Yoshimasa Hayashi sagte seine geplante Reise nach Peking ab, nachdem Tokio seine *nationale Sicherheitsstrategie* veröffentlicht hatte, in der China als "die größte strategische Herausforderung" bezeichnet wurde.

Im Jahr 2005 versuchte die japanische Regierung, die Verfassung zu ändern, um die Rolle der Streitkräfte international auszuweiten. Dieser Gesetzentwurf wurde jedoch nicht angenommen. Nach mehreren Versuchen und trotz des einstimmigen Widerstands der Anwälte des Landes interpretierte das Kabinett 2014 Artikel 9 der Verfassung neu. Von nun an ermächtigt er "kollektive Verteidigungsoperationen".

In diesem Zusammenhang hat die Kishida-Regierung beschlossen, sich mit "Gegenangriffs"-Fähigkeiten gegen China auszustatten. Sie hat auch gerade die Verteidigung der Nansei-Inseln verstärkt, einschließlich Yonaguni, wo sie eine Boden-Luft-Raketeneinheit installiert hat. Diese Basis ist 110 Kilometer von der chinesischen Rebellenprovinz Taiwan entfernt.

Schließlich erstellt die Regierung von Kishida eine Liste von 600 strategischen Orten, um sie und die Umgebung überwachen zu können. Sie hat gerade die ersten 58 enthüllt.

Die Olympischen Spiele in Tokio waren korrupt

Der Vorsitzende des Komitees für die Olympischen und Para-Olympischen Spiele in Tokio, Haruyuki Takahashi, wurde wegen Korruption angeklagt. Er wurde gegen eine Kaution von 80 Millionen Yen (563.000 Euro)

nach vier Monaten Untersuchungshaft freigelassen. Er soll 198 Millionen Yen (1,39 Millionen Euro) von der Baufirma Aoki Corporation erhalten haben.

OZEANIEN

Australien versucht wieder mit China anzuknüpfen

Handelsminister Don Farrell sagte, Canberra könnte seine WTO-Beschwerde gegen China zurückziehen, wenn Peking die von ihm so bezeichneten "Sanktionen" gegen australische Waren aufhebt.

China praktiziert keine "Wirtschaftssanktionen". Es führte Zölle auf Gerste, Wein, Fleisch und Hummer ein.

Die Anzeichen für eine australisch-chinesische Entspannung mehren sich : Premierminister Anthony Albanese traf im November Präsident Xi Jinping beim G20-Gipfel auf Bali. Die australische Außenministerin Penny Wong besuchte Peking im Dezember, um ihren Amtskollegen Wang Yi zu treffen.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Die neuen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat

Die nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sind nun :

- Für ein weiteres Jahr : Albanien, Brasilien, Gabun, Ghana und die Vereinigten Arabischen Emirate.
- Für zwei Jahre : Ecuador, Japan, Malta, Mosambik, Schweiz.

Dokumentations ergänzung

1- Politikwissenschaftliche Zeitschriften

Hinweis : Diese Artikel sind sehr teuer. Nur sehr wenige sind Open Access. Viele Universitätsbibliotheken bieten jedoch freien Zugang an. Glücklicherweise macht die [Sci-Hub-Website](#) sie der Öffentlichkeit zugänglich. Normalerweise dauert es mehrere Wochen, nachdem sie veröffentlicht wurden. In einigen Ländern ist diese Seite verboten und kann nur mit einem VPN oder manchmal mit der [Tor-Software](#) aufgerufen werden.

AFGHANISTAN

« Remembering a Road : How One U.S. Development Project Provides Insight into America's Complicated Legacy in Afghanistan », Colonel Nicholas O. Melin, *Studies in Conflict & Terrorism*

<https://doi.org/10.1080/1057610X.2022.2151095>

« 'The Fall of Afghanistan : An American Tragedy' », Robert S. Snyder, *Small Wars &*

Insurgencies

<https://doi.org/10.1080/09592318.2022.2159738>

« Al-Qa'ida and the Taliban ; Are They on Diverging Paths ? », Antonio Giustozzi, *The RUSI Journal*

<https://doi.org/10.1080/03071847.2022.2149123>

« Why Did Rebuilding the Afghan and Iraqi Armies Fail ? », Colin D Robinson, *The RUSI Journal*

<https://doi.org/10.1080/03071847.2022.2149124>

AUSTRALIA

« Australia's AUKUS 'bet' on the United States : nuclear-powered submarines and the future of American democracy », Brendon O'Connor, Lloyd Cox & Danny Cooper, *Australian Journal of International Affairs*

<https://doi.org/10.1080/10357718.2022.2163977>

« [Transmission interrupted : Australia's international television broadcasting](#) » (Open access), Rodney Tiffen, *Australian Journal of International Affairs*

BULGARIA

« Bulgarian antisemitism in the 21st century », Rumyana Marinova-Christidi, *Israel Affairs*
<https://doi.org/10.1080/13537121.2023.2162266>

« Planning and truth : the Bulgarian 1963 reform and the problem of profitability », Todor Hristov, *Southeast European and Black Sea Studies*
<https://doi.org/10.1080/14683857.2022.2155292>

BOTSWANA

« Election campaign financing in Botswana : a case for comprehensive regulation for fairness and to avert illicit financial flows », Lawrence Ookeditse & Onneetse Kym Makhumalo, *Journal of Contemporary African Studies*
<https://doi.org/10.1080/02589001.2022.2151577>

CANADA

« [Did Brexit change perceptions of the EU and the UK in Canada ? An analysis of Canadian newspaper commentaries](#) » (Open access), Achim Hurrelmann, Sarra Ben Khelil, Asif Hameed, Akaysha Humniski & Patrick Leblond, *Canadian Foreign Policy Journal*

CHINA

« Political Events and Cultural Othering : Impact of Protests and Elections on Identities in Post-Handover Hong Kong, 1997–2021 », Francis Lap Fung Lee & Chi Kit Chan, *Journal of Contemporary China*
<https://doi.org/10.1080/10670564.2022.2159756>

« [Does Comprehensive Geopolitical Risk Deter FDI Outflows : Evidence from China](#) » (open access), Bing Lu & Wenge Liu, *Defence and Peace Economics*

« Chinese Defense Industry Reforms and Military Firm Performance : Evidence from the Civil—Military Integration Strategy », Zeng Yang, Changyuan Xia, Shuai Zhao & Daiguo Fu, *Defence and Peace Economics*
<https://doi.org/10.1080/10242694.2022.2154926>

« In the Pursuit of the Constructed Truth : Courtroom Questioning as a Persuasive Genre of Talk », Kege Li, *Journal of Contemporary China*
<https://doi.org/10.1080/10670564.2022.2153017>

CZECH REPUBLIC

« [Nativist with\(out\) a cause : a geographical analysis of the populist radical right in the 2017 and 2021 Czech parliamentary elections](#) » (Open access), Jonáš Suchánek & Jiří Hasman, *Territory, Politics, Governance*

EUROPEAN UNION

« [European Dreams of the Cloud : Imagining Innovation and Political Control](#) » (Open access), Andreas Baur, *Geopolitics*

« Strategic cultures between the EU member states : convergence or divergence ? », Xue Mi, *European Security*
<https://doi.org/10.1080/09662839.2022.2159384>

« [Voting under EMU : economic perceptions, responsibility attribution and EU politicisation](#) », Roberto Pannico & Marina Costa Lobo, *Journal of European Public Policy*

« [Supranational detectives ? Transnational market abuse and the politics of surveillance delegation in the EU](#) » (Open access), Miles Kellerman, *Journal of European Public Policy*

« [Mainstream party agenda-responsiveness and the electoral success of right-wing populist parties in Europe](#) » (Open access), Simon D. Brause & Lucy Kinski, *Journal of European Public Policy*

« [How does delegation structure shape agent discretion in EU foreign policy ? Evidence from the Normandy Format and the Contact Group on Libya](#) » (Open access), Monika Sus, *Contemporary Security Policy*

« [Global perspectives on European Union public diplomacy : an introduction](#) » (Open access), Weiqing Song & Evangelos Fanoulis, *Journal of Contemporary European Studies*

« [Silent revolution/passive revolution : Europe's COVID-19 recovery plan and green deal](#) » (Open access), J. Magnus Ryner, *Globalizations*

« Is Brexit an outlier ? Euroscepticism and public support for European integration », Brandon Malloy, Zeynep Ozkok & Jonathan Rosborough, *European Politics and Society*
<https://doi.org/10.1080/23745118.2022.2148917>

« The European Union's failure to address the autocracy crisis : MacGyver, Rube Goldberg, and Europe's unused tools », R. Daniel Kelemen, *Journal of European Integration*
<https://doi.org/10.1080/07036337.2022.2152447>

FRANCE

« The Renewal of Alsatian Nationalism », Etienne B. Schmitt, *Nationalism and Ethnic Politics*
<https://doi.org/10.1080/13537113.2022.2153494>

GEORGIA

« [Opportunities Matter : The Evolution of Far-Right Protest in Georgia](#) » (Open access), Tamta Gelashvili, *Europe-Asia Studies*

GERMANY

« [From the city of steel to Germany's 'China City' : economic restructuring, the EU-China transcontinental railway and infrastructure-led development in Duisburg](#) » (Open access), Kean Fan Lim & Kristin Limbach, *Regional Studies*

GHANA

« [Special prosecutor : Panacea or facade to institutionalised corruption in Ghana ?](#) » (Open access), Olivia Anku-Tsedede, Reginald Arthur & Majoreen Osafroadu Amankwah, *Cogent Social Sciences*

GREECE

« A new alliance in Europe : the September 2021 defence agreement between Greece and France as a case of embedded alliance formation », Elie Perot, *European Security*
<https://doi.org/10.1080/09662839.2022.2162821>

HUNGARY

« From democracy to hybrid regime. Democratic backsliding and populism in Hungary and Tunisia », Daniela Huber & Barbara Pisciotta, *Contemporary Politics*
<https://doi.org/10.1080/13569775.2022.2162210>

INDIA

« 'Strategising' the India-EU Partnership », Manoj Babu Buraga, *Strategic Analysis*
<https://doi.org/10.1080/09700161.2022.2157508>

INDONESIA

« Indonesia's hedging plus policy in the face of China's rise and the US-China rivalry in the Indo-Pacific region », Dewi Fortuna Anwar, *The Pacific Review*
<https://doi.org/10.1080/09512748.2022.2160794>

INDO-PACIFIC

« US perspectives on the power shift in the Indo-Pacific », Zack Cooper & Emily Young Carr, *The Pacific Review*
<https://doi.org/10.1080/09512748.2022.2160793>

« Navigating international order transition in the Indo Pacific », Kai He & Huiyun Feng, *The Pacific Review*
<https://doi.org/10.1080/09512748.2022.2160798>

« International order transition and US-China strategic competition in the indo pacific », Kai He & Huiyun Feng, *The Pacific Review*
<https://doi.org/10.1080/09512748.2022.2160789>

« Quad and the Indo-Pacific : Examining the Balance of Interest Theory in Quad Coalition », Adarsh Badri, *Strategic Analysis*
<https://doi.org/10.1080/09700161.2022.2149981>

IRAQ

« Financing of Non-State Armed Groups in the Middle East : Iraqi Popular Mobilization Forces (PMF) as a Case Study », Kardo Rached, *Studies in Conflict & Terrorism*
<https://doi.org/10.1080/1057610X.2022.2161136>

IRLAND

« [Cultivating ‘the heavies or opinion-forming press’ : nation branding, Irish economic development and the British press, 1958–1966](#) » (Open access), Mark O’Brien, *Irish Political Studies*

ISRAEL

« The Israelization of Jew-hatred and the concept ‘antisemitism-light’ », Evyatar Friesel & Monika Schwarz-Friesel, *Israel Affairs*
<https://doi.org/10.1080/13537121.2023.2162258>

« Factors associated with self-harm behaviors during military service in the Israel Defense Forces, rates of such behaviors and their outcomes », Leah Shelef, Ishai Nir, Lucian Tatsa-Laur, Nirit Yavnai, Niv Gold, Gadi Cohen & Ariel Ben Yehuda, *Military Psychology*
<https://doi.org/10.1080/08995605.2022.2151815>

« Peripheral implications of national innovation : insights from the Israeli experience », Raphael Bar-El & Liran Maymoni, *European Planning Studies*
<https://doi.org/10.1080/09654313.2022.2156272>

« [Facing an Uncertain Future : Post-Election Israel](#) » (Open access), Chuck Freilich, *Israel Journal of Foreign Affairs*

« How the Israel Defense Forces Seek to Defeat Non-State Actors », Ehud Eilam, *The RUSI Journal*
<https://doi.org/10.1080/03071847.2022.2150418>

ITALY

« Italy at the polls. Four lessons to learn from the 2022 general election », Alessandro Chiaramonte, *Contemporary Italian Politics*
<https://doi.org/10.1080/23248823.2022.2163453>

« The 2022 general Italian elections. The long-awaited victory of the right », Gianfranco Pasquino & Marco Valbruzzi, *Journal of Modern Italian Studies*
<https://doi.org/10.1080/1354571X.2022.2150805>

« Towards an inadequately rational bicameralism. The Italian Senate ‘reform’ (1948–1963) », Salvatore Mura, *Journal of Modern Italian Studies*
<https://doi.org/10.1080/1354571X.2022.2148398>

« [Giorgia Meloni in the spotlight. Mobilization and competition strategies in the 2022 Italian election campaign on Facebook](#) » (Open access), Antonio Martella & Franca Roncarolo, *Contemporary Italian Politics*

JAPAN

« Japan in the Indo-Pacific : domestic politics and foreign policy », Hiro Katsumata & Daiki Shibuichi, *The Pacific Review*
<https://doi.org/10.1080/09512748.2022.2160795>

« Hosting Olympic Games under a state of emergency : are people still proud of their country ? », Takuya Shimokubo, *International Journal of Sport Policy and Politics*
<https://doi.org/10.1080/19406940.2022.2162102>

JORDAN

« [Displacement as Heterotopic Space : The Syrian Refugee Crisis in Jordan](#) » (Open access), Filippo Dionigi, *Geopolitics*

« Corruption or Culture ? Evaluating Elite Definitions of “Wasta” in Jordan », Ahmad Asem Al-Hiari, *Public Integrity*
<https://doi.org/10.1080/10999922.2022.2154954>

KOSOVO

« Costs of International Recognition : Palestine’s and Kosovo’s Struggle with Negotiated Statehood », Shpend Kursani, *Geopolitics*
<https://doi.org/10.1080/14650045.2022.2151903>

KURDISTAN

« Abdullah Öcalan’s Anti-Zionism », H. Bahadır Türk, *Israel Affairs*
<https://doi.org/10.1080/13537121.2023.2162262>

MALAYSIA

« Parliamentary motions under a semi-authoritarian regime : evidence from Malaysia », Ariff Aizuddin Azlan & Muhamad M. N. Nadzri, *Parliaments, Estates and Representation*
<https://doi.org/10.1080/02606755.2022.2148505>

MAROCCO

« Is Morocco operating a grey zone in Ceuta and Melilla ? », Josep Baqués-Quesada, *Defence Studies*
<https://doi.org/10.1080/14702436.2022.2159815>

OCEANS

« Facing a New Ocean Decade : Geopolitical Change and Challenges in Ocean Governance », Juan Luis Suarez de Vivero & Juan Carlos Rodríguez-Mateos, *Geopolitics*
<https://doi.org/10.1080/14650045.2022.2151901>

PALESTINE

« The long trail of Palestinian antisemitism », Efraim Karsh, *Israel Affairs*
<https://doi.org/10.1080/13537121.2023.2162259>

« Palestinian Islamic Jihad : Between Nationalism and Religion », Shaul Bartal, *The Journal of the Middle East and Africa*
<https://doi.org/10.1080/21520844.2022.2146400>

« The Formation of the National Palestinian Ethos », Gadi Hitman, *Ethnopolitics*
<https://doi.org/10.1080/17449057.2022.2154959>

PORTUGAL

« The 2021 Portuguese Presidential Elections under extraordinary circumstances : Covid-19 and the rise of the radical right in Portugal »,

Sofia Serra-Silva & Nelson Santos, *Mediterranean Politics*
<https://doi.org/10.1080/13629395.2022.2156713>

ROMANIA

« The 2020 county elections in Romania : More nationalization, less regionalization », István Gergő Székely, *Regional & Federal Studies*
<https://doi.org/10.1080/13597566.2022.2152441>

RUSSIA

« The End of “Putin’s Empire ?” Ontological Problems of Russian Imperialism in the Context of the War against Ukraine, 2022 », Ruslan Zaporozhchenko, *Problems of Post-Communism*
<https://doi.org/10.1080/10758216.2022.2158873>

« [The patterns of political career movements in the Russian Federation : the case of regional governors, 1991–2021](#) » (Open access), Elena Semenova, *Regional & Federal Studies*

« The Politics of Pseudoscience : Power and Knowledge in Contemporary Russia », Dima Kortukov, *Problems of Post-Communism*
<https://doi.org/10.1080/10758216.2022.2158874>

« [‘We Have Conversations’ : The Gangster as Actor and Agent in Russian Foreign Policy](#) » (Open access), Mark Galeotti, *Europe-Asia Studies*

« When the Guns Fall Silent : Richard Cobden’s Principles of Liberal Internationalism and Russian Reconciliation », Richard R. Moeller, *Peace Review*
<https://doi.org/10.1080/10402659.2022.2159758>

« [Methods in Russian studies : overview of top political science, economics, and area studies journals](#) » (Open access), Lanabi La Lova, *Post-Soviet Affairs*

« Strategic Comrades ? Russian and Chinese Media Representations of NATO », Lutgard Lams, Hedwig De Smaele, Fien De Coninck, Charlotte Lippens & Lisbeth Smeyers, *Europe-Asia Studies*
<https://doi.org/10.1080/09668136.2022.2152556>

« Plus ça change : getting real about the evolution of Russian studies after 1991 », Regina Smyth, *Post-Soviet Affairs*
<https://doi.org/10.1080/1060586X.2022.2161232>

« How the pandemic affected interregional inequality in Russia », Marina Malkina, *Area Development and Policy*
<https://doi.org/10.1080/23792949.2022.2137538>

« Coordinated Voting Against the Autocracy : The Case of the ‘Smart Vote’ Strategy in Russia », Mikhail Turchenko & Grigorii V. Golosov, *Europe-Asia Studies*
<https://doi.org/10.1080/09668136.2022.2147485>

« Survey research in Russia : in the shadow of war », Bryn Rosenfeld, *Post-Soviet Affairs*
<https://doi.org/10.1080/1060586X.2022.2151767>

SLOVAKIA

« “With courage against the system.” The ideology of the people’s party our Slovakia », Jakub Drábik, *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*
<https://doi.org/10.1080/25739638.2022.2164119>

SLOVENIA

« [Barricades and ballots : exploring the trajectory of the Slovenian left](#) » (Open access), Ivaylo Dinev, *East European Politics*

SOUTH KOREA

« South Korea's 'Unfriendly' corporate governance disclosure to foreign investors », Minhye Zoh, *Asian Journal of Political Science*
<https://doi.org/10.1080/02185377.2022.2158578>

« The US-led security network in the Indo-Pacific in international order transition : a South Korean perspective », Jae Jeok Park, *The Pacific Review*
<https://doi.org/10.1080/09512748.2022.2160790>

SRI LANKA

« Counter-terrorism, intelligence and policing in Sri Lanka : a case study of the 2019 easter terror attacks », Ryan Shaffer, *Journal of Policing, Intelligence and Counter Terrorism*
<https://doi.org/10.1080/18335330.2022.2153613>

TAIWAN

« High-Level Visit and National Security Policy : Evidence from a Quasi-Experiment in Taiwan », Austin Horng-En Wang, Charles K. S. Wu, Yao-Yuan Yeh & Fang-Yu Chen, *International Interactions*
<https://doi.org/10.1080/03050629.2023.2162512>

« A contextual analysis of the evolution of transitional justice : the story of Taiwan », Yi-Li Lee & Wen-Chen Chang, *The International Journal of Human Rights*
<https://doi.org/10.1080/13642987.2022.2153120>

TÜRKIYE

« The making of Turkish exceptionalism : the west, the rest and unreconciled issues from the past », Lerna K. Yanık, *Turkish Studies*
<https://doi.org/10.1080/14683849.2022.2159816>

« "Patience and Persistence" : Ambiguous Turkish-Israeli Relations in the 1960s », Efrat Aviv, *The Journal of the Middle East and Africa*
<https://doi.org/10.1080/21520844.2022.2146407>

« Measuring the disproportionality of Turkish elections », Jack Jacovou, *Southeast European and Black Sea Studies*
<https://doi.org/10.1080/14683857.2022.2153401>

UKRAINE

« Do the EU and Ukraine speak the same language ? The various notions of resilience before the military intervention », Kateřina Kočí, Marianna Gladysch & Oksana Krayevska, *Journal of Contemporary European Studies*
<https://doi.org/10.1080/14782804.2022.2163991>

« The art of partial commitment : the politics of military assistance to Ukraine », Alexander Lanoszka & Jordan Becker, *Post-Soviet Affairs*
<https://doi.org/10.1080/1060586X.2022.2162758>

« Back-to-normality outsiders : Zelensky's technocratic populism, 2019–2021 », Oleksii Viedrov, *East European Politics*
<https://doi.org/10.1080/21599165.2022.2146092>

UNITED KINGDOM

« Crisis management, new constitutionalism, and depoliticisation : recasting the politics of austerity in the US and UK, 2010–16, » Dillon Wamsley, *New Political Economy*
<https://doi.org/10.1080/13563467.2022.2153358>

UNITED NATIONS

« Sanctions, Aid, and Voting Patterns in the United Nations General Assembly », David Lektzian & Glen Biglaiser, *International Interactions*

<https://doi.org/10.1080/03050629.2023.2155151>

UNITED STATES

« Trump's Legacy and the Liberal International Order : Why Trump Failed to Institutionalise an Anti-global Agenda », Andrea Locatelli & Andrea Carati, *The International Spectator*

<https://doi.org/10.1080/03932729.2022.2156226>

VENEZUELA

« Autocratization and public administration : the revolutionary-populist regime in Venezuela in comparative perspective », Wolfgang Munro & Héctor Briceño, *Asia Pacific Journal of Public Administration*

<https://doi.org/10.1080/23276665.2022.2148262>

VIET NAM

« The political economy of special economic zones : the cases of Ethiopia and Vietnam », Keyi Tang, *Review of International Political Economy*

<https://doi.org/10.1080/09692290.2022.2152073>

ANTISEMITISM

« The apartheid and racism campaigns - the NGO contribution to antisemitism », Gerald M. Steinberg, *Israel Affairs*

<https://doi.org/10.1080/13537121.2023.2162256>

« Iran's antisemitism and anti-Zionism : eliminationist or performative ? », Ofira Seliktar, *Israel Affairs*

<https://doi.org/10.1080/13537121.2023.2162260>

« 'The Jews are our Misfortune !' Contemporary antisemitism as a hydra-headed phenomenon », Ben Cohen, *Israel Affairs*

<https://doi.org/10.1080/13537121.2023.2162254>

CIVIL CONFLICT

« The Effects of Social Media, Elites, and Political Polarization on Civil Conflict », Lance Y. Hunter & Glen Biglaiser, *Studies in Conflict & Terrorism*

<https://doi.org/10.1080/1057610X.2022.2163461>

CORRUPTION

« Revisionist Approaches to Corruption : From "Cynical Conservatism" to Radical Realism », Doron Navot, *Public Integrity*

<https://doi.org/10.1080/10999922.2022.2155358>

DECOLONISATION

« Afro-Asia as method : Bandung, the production of postcolonial space, and the cruel optimism of the 1960s », Christopher J. Lee, *The Global Sixties*

<https://doi.org/10.1080/27708888.2022.2157988>

« The neo-imperialism of decolonisation : John le Carré and Cold War India », Paul M. McGarr,

Intelligence and National Security

<https://doi.org/10.1080/02684527.2022.2151759>

ECOLOGY

« Eco-Fascism Online : Conceptualizing Far-Right Actors' Response to Climate Change on Stormfront », Imogen Richards, Callum Jones & Gearóid Brinn, *Studies in Conflict & Terrorism*

<https://doi.org/10.1080/1057610X.2022.2156036>

ECONOMY

« [Legal diffusion as protectionism : the case of the U.S. promotion of antitrust laws](#) » (Open

access), Melike Arslan, *Review of International Political Economy*

« Who votes for free trade and when ? Geopolitics as the source of legislative preferences on free trade agreements », Sung Eun Kim & Joonseok Yang, *Review of International Political Economy*
<https://doi.org/10.1080/09692290.2022.2144927>

ENERGY

« [Toward Dangerous US Unilateralism on Solar Geoengineering](#) » (Open access), Jennie C Stephens, Prakash Kashwan, Duncan McLaren & Kevin Surprise, *Environmental Politics*

GENOCIDE

« Between mneme and anamnesis : on the memory and forgetting of the Roma Holocaust », Slawomir Kapralski, *Journal of Baltic Studies*
<https://doi.org/10.1080/01629778.2023.2156565>

« 'Part of the Civilized World Community' : Holocaust in Historical Politics of the Unrecognized Republics of Transnistria and Donbas », Alexandr Voronovici, *Ethnopolitics*
<https://doi.org/10.1080/17449057.2022.2150397>

HISTORY

« X and X : on the containment and liberation of cold war histories », Christopher J. Lee, *The Global Sixties*
<https://doi.org/10.1080/27708888.2022.2153204>

INTELLIGENCE

« [The politics of intelligence failures : power, rationality, and the intelligence process](#) » (Open access), Tom Lundborg, *Intelligence and National Security*

PEACEKEEPING

« Non-Democratic Regimes and Participation in UN Peacekeeping Operations », Andrew Levin, *International Peacekeeping*
<https://doi.org/10.1080/13533312.2022.2160712>

« [A Perturbed Peace : Applying Complexity Theory to UN Peacekeeping](#) » (Open access), Adam Day & Charles T. Hunt, *International Peacekeeping*

« Verification of Peace Accords and Military Expenditures in Post-Conflict Societies », Wakako Maekawa, *Defence and Peace Economics*
<https://doi.org/10.1080/10242694.2022.2158648>

POLITICS

« Do Partisans Follow Their Leaders on Election Manipulation ? », Devin McCarthy, *Political Communication*
<https://doi.org/10.1080/10584609.2022.2150728>

POPULISM

« Populist attitudes towards politics and science : how do they differ ? », Jakob-Moritz Eberl, Robert A. Huber, Niels G. Mede & Esther Greussing, *Political Research Exchange*
<https://doi.org/10.1080/2474736X.2022.2159847>

« The winner takes all the trust : populism, democracy, and winner-loser gaps in political trust in Central and Southern Europe », Marta Kołczyńska, *Journal of Contemporary European Studies*
<https://doi.org/10.1080/14782804.2022.2162486>

« [It's a hoax ! The mediating factors of populist climate policy opposition](#) » (Open access), Maurits J. Meijers, Yaël van Drunen & Kristof Jacobs, *West European Politics*

RELIGIONS

« [Secularisation as the fragmentation of the sacred and of sacred space](#) » (Open access), Marietta van der Tol & Philip Gorski, *Religion, State and Society*

STRATEGY

« [Is empathy a strategic imperative ? A review essay](#) » (Open access), Claire Yorke, *Journal of Strategic Studies*

TERRORISM

« Terror through the Looking Glass : Information Orientations and the Lens of Web Search Engines », Christopher Whyte, *Terrorism and Political Violence*
<https://doi.org/10.1080/09546553.2022.2151905>

« [Jihadi Kitsch : The Promesse de Bonheur of Islamist Terrorism](#) » (Open access), Mehmet Ümit Necef & Henriette Frees Esholdt, *Studies in Conflict & Terrorism*

« [Fighting against Jihad ? Blood Revenge and Anti-Insurgent Mobilization in Jihadist Civil Wars](#) » (Open access), Huseyn Aliyev & Emil A. Souleimanov, *Studies in Conflict & Terrorism*

SANCTIONS

« Constraining Compliance ? Reconsidering the Effect of Veto Players on Sanctions Success », Tiziana Corda, *Defence and Peace Economics*
<https://doi.org/10.1080/10242694.2022.2158288>

WEAPONS

« Noncompliance and punishment : lessons from multilateral chemical, biological, and nuclear arms control », Robert J. Hughes, *The Nonproliferation Review*
<https://doi.org/10.1080/10736700.2022.2128579>

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltaire.net

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltaire.net

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°23 - 13. Januar 2023

Washington versucht den Krieg in Syrien fortzusetzen

Der Sprecher des US-Außenministeriums, Ned Price, sagte : "Wir fordern die Staaten auf, die grausame Menschenrechtsbilanz des Assad-Regimes in den letzten zwölf Jahren sorgfältig zu untersuchen, da es dem syrischen Volk weiterhin Gräueltaten zufügt und den Zugang zu lebensrettender humanitärer Hilfe verweigert."

Syrien ist jetzt bereit, die diplomatischen Beziehungen zur Türkei wieder aufzunehmen. Es würde so der Wirtschaftsblockade entkommen, die es seit dem Krieg, den die Vereinigten Staaten mittels der Dschihadisten geführt haben, erleidet. Heute ist das Land fast vollständig ohne Energie : Es kann nur zwei Stunden Strom pro Tag und sehr wenig Benzin liefern.

Abgesandte des US-Außenministeriums trafen in Ankara ein, um der Türkei einen Deal mit kurdischen Terroristen anzubieten.

Gleichzeitig verabschiedete der Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 2672, mit der humanitäre Unterstützung für die von Dschihadisten kontrollierten Gebiete im Nordwesten Syriens genehmigt wurde. Russland hat diesen Text jedoch nur für sechs Monate angenommen, während die Vereinigten Staaten hofften, ihn ein Jahr lang zu verabschieden.

Nach Angaben der Vereinten Nationen leben dort 4,1 Millionen Menschen (hauptsächlich Ausländer), aber diese Zahl ist wahrscheinlich übertrieben und so weit von der Realität entfernt wie diejenigen, die während des Krieges bereitgestellt und später dementiert wurden. Die statistischen Angaben unterschieden sich damals 10fach, die einzige Möglichkeit für den Westen, glauben zu machen, dass die Mehrheit der Syrer gegen die Republik war.

AMERIKA

Republikaner Kevin McCarthy zum Vorsitz des Repräsentantenhauses gewählt

Die Wahl von Kevin McCarthy (Kalifornien) zum Präsidenten des Repräsentantenhauses wurde von der Republikanischen Partei heiß diskutiert und erforderte 15 aufeinanderfolgende Wahlgänge. Es scheint, dass die Abgeordnete Marjorie Taylor Greene (Georgia) und der ehemalige Präsident Donald Trump eine große Rolle dabei gespielt haben, seine Gegner innerhalb der Partei zu überreden.

Die republikanischen Abgeordneten legten eine gemeinsame Plattform fest, die darauf hindeutet, dass sie kämpfen würden, um "Antworten für das amerikanische Volk auf Präsident Bidens Inflationspolitik, die 87 000 Steuerbeamten der Demokraten, auf die elterlichen Rechte in der Bildung, die Bedrohung durch die Kommunistische Partei Chinas, die Sicherheit in US-Städten, auf die Grenzkrise und Bidens Politik der offenen Grenzen, auf den katastrophalen Rückzug aus Afghanistan, die Ursprünge von COVID und die Zensur von Big Tech zu erhalten."

Der Abgeordnete Mark Green aus Tennessee wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses für Heimatschutz ernannt, während der Abgeordnete Jason Smith aus Missouri das Komitee *Ways and Means*, das sich mit Steuern befasst, leiten wird.

Eine neue Kommission wurde eingerichtet, die sich dem "strategischen Wettbewerb zwischen den Vereinigten Staaten und der Kommunistischen Partei Chinas" widmet. Sie soll von Mike Gallagher (Wisconsin) geleitet werden und Walt Disneys CEO, Bob Iger und NBA-Commissioner Adam Silver, zur Anhörung vorladen.

Der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses, Mike Rogers, sagte, er werde die Woke-Politik

innerhalb des Pentagons und des Militärs untersuchen.

Eröffnung der parlamentarischen Untersuchung gegen die Biden-Familie

Der Sprecher des Repräsentantenhauses Kevin McCarthy leitete die Untersuchung des Kongresses über die illegalen Aktivitäten der Familie von Präsident Joe Biden ein.

Eine erste Kommission wird von James Comer (Kentucky) geleitet, der bereits die Aktivitäten von Hunter Biden aufgedeckt hatte. Comer sagte, seine Voruntersuchungen hätten bereits ein "Muster von Einflussnahme, nationalen Sicherheitsrisiken und politischer Vertuschung" festgestellt. Eine zweite Kommission wird von Jim Jordan (Ohio) geleitet. Sie wird sich auf die Militarisierung der Biden-Regierung konzentrieren, um die Medien zu zensieren und diese zahlreichen Fälle zu vertuschen.

Um nicht der politischen Rache bezichtigt zu werden, werden die Republikaner sehr schnell entscheidende Beweise vorlegen müssen.

Antrag auf Amtsenthebung des Heimatschutzministers

Der republikanische Abgeordnete Pat Fallon (Texas) hat einen Gesetzentwurf zur Amtsenthebung von Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas eingereicht, weil er die operative Kontrolle über die Grenze zu Mexiko nicht aufrechterhalten hat.

Die illegalen FBI-Überwachungen

Das *Cato Institute* konnte sich das Handbuch der FBI-Regeln (906 Seiten) beschaffen. Obwohl ganze Seiten unlesbar sind, scheint es, dass die Agentur seit einem Jahrzehnt mit der NSA und der CIA zusammenarbeitet, um bestimmte US-Bürger ohne Gerichtsverfahren zu "bewerten". Laut dem *Cato Institute* spioniert das FBI nicht nur US-Bürger aus, es dringt auch in zivilgesellschaftliche Organisationen ein und versucht, deren Handeln zu beeinflussen.

Die *American Civil Liberties Union* (ACLU) hat beschlossen, sich Republikanern und Libertären anzuschließen, um gegen FBI-Missbrauch zu kämpfen.

Hillary Clinton wechselt den Beruf

Die ehemalige Außenministerin und erfolglose Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton hat sich der Columbia University angeschlossen. Dort werde sie "herausragende politische Denker aus der ganzen Welt zusammenbringen, um innovative politische Lösungen zu entwickeln".

Eine gerichtliche Untersuchung gegen Präsident Joe Biden

Laut [CBS](#) "Eine kleine Anzahl von Dokumenten mit klassifizierten Markierungen" wurde bei der Reinigung der Büros des *Penn-Biden-Center for Diplomacy and Global Engagement* entdeckt, wo Joe Biden nach seinem Rücktritt als Vizepräsident im Jahr 2017 ein Büro hatte.

Der Fall kommt, nachdem das FBI das Privathaus des ehemaligen Präsidenten Donald Trump in seiner Abwesenheit durchsucht und ein Verfahren gegen ihn wegen Hehlerei geheimer Dokumente eingeleitet hat. Das Justizministerium hat eine Untersuchung zu diesem neuen Biden-Fall eingeleitet.

Die Vereinigten Staaten gegen Wagner

Der stellvertretende ständige Vertreter der USA im UN-Sicherheitsrat, Richard Mills, hat das private russische Militärunternehmen Wagner scharf kritisiert. Er wurde sofort von Frankreich und dem Vereinigten Königreich unterstützt. Die drei Länder prangerten die Untauglichkeit des russischen Modells im Kampf gegen den Terrorismus an, insbesondere in Mali, Burkina Faso und Nigeria.

Sie konnten auf die Vertreterin des Generalsekretärs für Westafrika und die Sahelzone, die Burundierin Giovannie Biha, zählen.

Einer nach dem anderen beenden afrikanische Staaten ihre Sicherheitskooperation mit Frankreich und den USA und appellieren an Russland.

Der militärisch-industrielle Komplex der USA am Rande der Erschöpfung

Laut [Defence One](#) sagte Marineminister Carlos Del Toro, dass, wenn die US-Rüstungsindustrie die Produktion nicht innerhalb von sechs Monaten signifikant erhöht, es nicht mehr möglich sein wird, sowohl den Bedarf der USA als auch der Ukraine zu decken.

Verwirrung in Brasilien

Etwa 5000 Anhänger des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro, der in ein Spital der Vereinigten Staaten eingeliefert wurde, griffen das Parlament in Brasilia an. Es gelang ihnen auch den Obersten Gerichtshof und den Präsidentenpalast zu stürmen. Mehr als 1500 Demonstranten wurden festgenommen. Ein Richter ordnete die Verhaftung von Anderson Torres an, dem ehemaligen Justizminister von Präsident Bolsonaro, der zum Leiter der öffentlichen Sicherheit von Brasilia geworden war. Ihm wird vorgeworfen, den Putschversuch geplant zu haben. Die Vereinigten Staaten und Russland haben die verfassungsmäßige Ordnung unterstützt. Bei den Präsidentschaftswahlen spaltete sich Brasilien in zwei Teile. Die Unterstützer des Kampfes gegen die Armut stehen hinter Lula da Silva, die der Ordnung gegen die Drogenkartelle hinter Jair Bolsonaro.

Darüber hinaus ist Brasilien wieder der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) beigetreten, die 2011 vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez gegründet wurde.

Verwirrung in Peru

Der Generalstaatsanwalt hat eine Untersuchung wegen der blutigen Unterdrückung von

Demonstrationen zur Unterstützung des gestürzten Präsidenten Pedro Castillo eingeleitet. Seine Ermittlungen wegen "Völkermord und Mord" richten sich gegen die neue Präsidentin Dina Boluarte, ihren Premierminister Alberto Otarola, und ihre Minister Jorge Chavez (Verteidigung) und Victor Roja (Inneres).

Der ehemalige bolivianische Präsident und Verbündete von Pedro Castillo, Evo Morales, wurde von peruanischem Territorium verbannt.

Kolumbianisch-venezolanische Aussöhnung

Anlässlich des Besuchs des kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro in Caracas, versprach sein venezolanischer Amtskollege Nicolás Maduro, zum Frieden und zur innerkolumbianischen Versöhnung beizutragen.

Venezuela erhält seine Botschaft in Washington wieder zurück

Im Vorfeld der Aussöhnung Venezuelas mit den Vereinigten Staaten stimmte nun die Opposition für ein Amtsenthebungsverfahren von Juan Guaidó. Sie nominierte die ehemalige Abgeordnete Dinorah Figuera für den Vorsitz der 2015 gewählten Nationalversammlung, deren Mandat 2020 endete. Frau Figuera lebt in Spanien.

Die Regierung von Präsident Nicolás Maduro hat alle Mitarbeiter der Botschaft in Washington entlassen, die ausnahmslos den alternativen Präsidenten Juan Guaidó unterstützt hatten. Sie bekam ihr Gebäude zurück, eröffnete aber ihre Botschaft nicht wieder.

EUROPA

Martin Griffiths ist ein MI6-Agent

Laut [*Declassified UK*](#), arbeitet der ehemalige Sondergesandte des UN-Generalsekretärs für den Jemen, der Brite Martin Griffiths, eng mit dem Geheimdienst Ihrer Majestät zusammen. Martin Griffiths gründete mit Jonathan Powell,

dem ehemaligen Stabschef von Premierminister Tony Blair, eine Firma, Inter Mediate. Sie beschäftigt verschiedene ehemalige MI6-Offiziere und hat 4 Millionen Pfund vom Außenministerium erhalten.

Frankreich und seine Verbündeten simulieren Krieg gegen Russland

Frankreich und seine NATO-Verbündeten haben mit der Übung "Orion" begonnen. Dies sind die größten Militärmanöver seit dem Kalten Krieg. Ziel ist es, alle Waffen (Luft, Land, Marine und Weltraum) zu mobilisieren, um einen Krieg in "Arnland" (d.h. Ukraine) gegen "Merkur" (bzw. Russland) zu simulieren. Die Vereinigten Staaten beteiligen sich mit ihrem Flugzeugträger *USS George H. W. Bush* und 7000 Mann ; Deutschland, Belgien, Spanien, Italien und das Vereinigte Königreich ebenfalls. Frankreich mobilisiert 12 000 Mann. Diese Übung war seit zwei Jahren in Vorbereitung, d.h. noch vor dem Krieg in der Ukraine.

Der ukrainische Milliardär Kostyantyn Zhevago wird nicht von Frankreich ausgeliefert

Der Milliardär und ehemalige ukrainische Abgeordnete Kostyantyn Zhevago wurde freigelassen, nachdem er eine Kaution von 1 Million Euro hinterlegt hatte. Er wurde am 28. Dezember 2022 in Courchevel [Frankreich] auf Ersuchen der ukrainischen Behörden festgenommen, die ihn beschuldigen, 113 Millionen Dollar veruntreut zu haben. Herr Zhevago behauptet, für das was ihm vorgeworfen wird, nicht schuldig zu sein, und 15-mal in drei Jahren vergeblich darum gebeten habe, von der Justiz seines Landes angehört zu werden. Er hatte sich mit der Partei "Diener des Volkes" von Präsident Wolodymyr Selenskyj zerstritten.

Spanisch-marokkanische Aussöhnung in Sicht

Am 1. und 2. Februar wird in Rabat ein spanisch-marokkanisches Gipfeltreffen stattfinden. Premierminister Pedro Sanchez wird mit 12 Ministern dorthin reisen. Damit soll der Streit beendet werden, der während des Krankenhausaufenthalts des Präsidenten der Demokratischen Arabischen Republik Sahara in Spanien entstand.

Die Dinge änderten sich, als Washington die Sahara-Republik im Stich ließ und Marokko unterstützte.

Italien setzt auf afrikanische Kohlenwasserstoffe

Der CEO der ENI-Gruppe, Claudio Descalzi, erklärte der *Financial Times*, dass die Europäer einen Fehler machten, wenn sie russische Kohlenwasserstoffe mit amerikanischen kompensieren wollen. Da ENI in Afrika sehr gut etabliert ist, versichert er, dass der afrikanische Kontinent Europa versorgen könne.

ENI hat gerade sehr wichtige Abkommen mit Algerien (Sonatrach) und Ägypten (Egyptian Electricity Holding Company, Egyptian Natural Gas Holding Company) unterzeichnet. ENI beginnt mit der Ausbeutung von Lagerstätten in der Republik Kongo, Mosambik und der Elfenbeinküste. Sie interessiert sich auch für andere Projekte in Angola und natürlich in Libyen.

Ein Arzt in Deutschland verurteilt, weil er nicht an die Maske gegen Covid glaubt

[*Associated Press*](#) berichtet, dass ein deutscher allgemeiner Arzt zu 2 Jahren und 9 Monaten Gefängnis, einer Geldstrafe von 28 000 Euro und einem dreijährigen Berufsverbot verurteilt wurde, weil er mehr als 4000 Bescheinigungen ausgestellt hat, die seine Patienten berechtigen, während der Covid-19-Pandemie keine Maske zu tragen.

Der Arzt argumentiert, dass die Maske nicht vor

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Kontamination schützt, da sich Covid, wie alle anderen Atemwegsviren, durch Aerosole ausbreitet.

Schweden wird der NATO nicht in naher Zukunft beitreten

Ministerpräsident Ulf Kristersson sagte, sein Land werde das Versprechen an die Türkei nicht halten können, Mitglieder der Organisation von Fethullah Gülen und der PKK auszuliefern. Diese beiden Organisationen werden von Stockholm nicht als terroristisch eingestuft. Infolgedessen blockiert die Türkei immer noch Schwedens NATO-Beitritt.

Die Europäische Union setzt auf die NATO

Die Europäische Union und die NATO haben eine [gemeinsame Erklärung](#) unterzeichnet. Die EU bestätigt, dass sie sich beim Schutz vor der russischen "Bedrohung" auf die NATO verlässt.

Dieses Engagement wurde in Europa nicht kommentiert. Es wurde in den Vereinigten Staaten von Anhängern des Imperialismus applaudiert und von Nationalisten angeprangert.

Kanadische Dokumente hinterfragen die Geschichte des Bosnienkrieges

Die Studie über die Depeschen der [kanadischen UN-Truppe in Bosnien](#), die Anfang 2022 von

der kanadischen Regierung freigegeben wurde, bestätigt, dass die Vereinigten Staaten die den Serben zugeschriebenen Operationen, die den Krieg rechtfertigten, unter falscher Flagge organisiert haben.

UN-Friedenstruppen waren auch Zeugen der von Saudi-Arabien koordinierten iranisch-türkischen Operation zur Unterstützung Bosniens. Dieser Punkt ist insofern wichtig, als die westliche Darstellung fälschlicherweise behauptet, der revolutionäre Iran sei immer ein Feind des Westens gewesen. Die iranischen Revolutionsgarden kämpften nämlich damals mit Elementen der libanesischen Hisbollah an der Seite der NATO.

Die Friedenstruppen bezweifeln den Ursprung des Massakers auf dem Markale-Markt, das den Serben zugeschrieben wurde, aber ihrer Meinung nach wahrscheinlich unter falscher Flagge von den Bosniern organisiert wurde.

Nato will das Spiel zwischen Serbien und Kosovo nicht beruhigen

Serbien bedauerte die Weigerung der NATO, Soldaten in den Kosovo zu entsenden, um seine Grenze zu stabilisieren. Internationale Abkommen erlauben Serbien, bis zu 1000 Mitglieder seiner Sicherheitskräfte dort zu stationieren, aber dies ohne den Schutz der NATO zu tun, würde sicherlich die Feindseligkeiten zwischen den beiden Ländern wieder anfachen.

Präsident Selenskyj setzt die „Ukrainisierung“ [Ent-russifizierung] seines Landes fort

Präsident Selenskyj unterzeichnete das Dekret Nr. 4/2023. Damit hat er Sanktionen gegen [119 russische Kulturschaffende](#) verhängt, von Opernsängern bis hin zu Philosophen. Darüber hinaus hat die Ukraine im Rahmen ihrer Ukrainisierungs-Politik der Religion 13 orthodoxen Bischöfen und Priestern die Staatsbürgerschaft entzogen.

Ukraine stärkt Beziehungen zu den Angelsachsen

Die Ukraine hat die Untertanen Seiner Majestät Karl III. von Einreisevisa befreit.

Darüber hinaus kamen etwa hundert ukrainische Soldaten in Fort Sill (Oklahoma) an, um den Umgang mit Patriot-Raketen zu trainieren, die die Vereinigten Staaten ihnen liefern sollen.

Georgien weigert sich, Krieg in der Ukraine zu führen

Georgien hat nicht die Absicht, die Buk-Raketen, die es 2008 von der Ukraine erhalten hatte, an sie zurückzugeben, geschweige denn seine US-Panzerabwehrraketen Javelin aufzugeben. Georgien beabsichtigt nicht, sich an diesem Konflikt zu beteiligen.

Darüber hinaus sind seit der "Rosenrevolution" im Jahr 2003 eine Million Georgier (von 5 Millionen Einwohnern) aus dem Land geflohen.

Armenien distanziert sich von Russland

Premierminister Nikol Paschinjan kritisierte die Passivität der russischen blauen Chapkas, die Aserbaidshans die Kontrolle über den Korridor zwischen Armenien und der Republik Arzach (Bergkarabach) überlassen haben. Infolgedessen sagte er, dass die nächsten Manöver der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) nicht in seinem Land stattfinden sollten.

Nikol Paschinjan ist ein Mann von George Soros.

Stabilisierung der russischen Wirtschaft

Der Rubelkurs hat sich stabilisiert. Er ist auf das Niveau von 2019 zurückgegangen : weniger als 70 pro Dollar. Bis 2021 war er über 75 Rubel/Dollar gestiegen, und während der Militäroperation in der Ukraine war er sogar auf mehr als 140/ Dollar gestiegen.

Moskau befürchtet, dass Washington Ukro-Nazis in anderen Teilen der Welt einsetzt

Der russische Sekretär des Sicherheitsrats, Nikolai Patruschew, sagte, Moskau befürchte, dass die USA ukrainische Neonazi-Schlüsselfiguren in anderen Ländern recyceln würden, wie sie es mit den Nazis nach dem Zweiten Weltkrieg gemacht hatten.

Westliches Militär besorgt über russische Waffen

Die [Frankfurter Rundschau](#) ist besorgt über russische Hyperschallraketen, auch wenn ihre Leistungsfähigkeit noch nicht feststeht. Laut der Tageszeitung ist Russland der einzige Staat, der diese Technik beherrscht. Es besitzt solche, die von Flugzeugen (Kinzhal), vom Boden (Avangard) und jetzt von Schiffen (Zirkon) abgefeuert werden können. Sie können mehr als 500 Kilometer weit, mit einer Geschwindigkeit gesendet werden, die 8-mal höher ist als die Schallgeschwindigkeit [ungefähr 1000km/h], aber dennoch manövrierfähig bleiben. Sie können also nicht abgefangen werden und haben in den NATO-Generalstäben Panik ausgelöst.

Das chinesische Militär hat gesagt, auch solche zu besitzen.

„Einiges Russland“ nutzt künstliche Intelligenz, um seine Anhänger zu sichern

Laut [Wedomosti](#) verwendet Russlands größte Partei, Einiges Russland, eine Software, um die Social-Media-Posts ihrer Anhänger zu analysieren und diejenigen aus ihrer Datenbank zu entfernen, die sich gegen die Militäroperation in der Ukraine aussprechen.

Ziel ist, eine Datenbank mit 30 Millionen treuen Unterstützern für die Präsidentschaftswahl 2024 zu haben.

Roman Abramowitsch schützte sein Vermögen schon vor den Sanktionen

Laut dem [Guardian](#), der russische Milliardär Roman Abramowitsch vermachte sein Vermögen seinen sieben Kindern, kurz nachdem atlantische Führer über mögliche Sanktionen gegen russische Oligarchen gesprochen hatten, aber bevor sie noch in Kraft traten.

Die Sanktionen, die Kanada gerade gegen eines seiner Unternehmen verhängt hat, wären daher nicht anwendbar.

Die ersten zuvor strafrechtlich verurteilten Wagner-Soldaten können nun amnestiert werden

Laut Jewgeni Prigoschin, Gründer des privaten Militärunternehmens Wagner, hat die erste Gruppe von strafrechtlich Verurteilten, die sich als Soldaten vor 6 Monaten zum Kampf in der Ukraine gemeldet haben, ihre Freilassung erreicht. Laut [Kommersant](#) kann die Aufhebung ihrer Strafe nur vom Präsidenten der Russischen Föderation ausgesprochen werden, was von Kreml-Sprecher Dmitri Peskow bestätigt wurde, ohne zu sagen, ob Präsident Putin dies bereits getan hat oder nicht.

Scheitern der russisch-japanischen Friedensverhandlungen

Der stellvertretende Außenminister Andrej Rudenko sagte, Japans neu angenommene antirussische Politik verdränge die Aussicht auf ein Friedensabkommen zwischen den beiden Ländern.

Der territoriale Konflikt des Zweiten Weltkriegs ist noch nicht vorbei.

AFRIKA

Der Krieg gegen Russland fördert schließlich Algeriens Wunsch den BRICS beizutreten

Energie-Lieferverträge von Algerien nach Europa werden Einkünfte von 50 Milliarden Dollar im Jahr 2023 (gegenüber 20 Milliarden im Jahr 2020) schaffen.

Algerien beabsichtigt nun, den BRICS beizutreten.

Ägypten wertet sein Pfund ab

Auf Ersuchen des Internationalen Währungsfonds hat Ägypten seine Währung abgewertet. Das Pfund wird jetzt zur Hälfte des Wertes gehandelt, den es im März hatte. In einem Jahr stiegen die Lebensmittelpreise um 37,9%. Im Jahr 2022 beliefen sich allein die jährlichen Zinsen für Ägyptens Schulden auf 42 Milliarden Dollar.

Der IWF fordert "einen endgültigen Übergang zu einem freien Wechselkursregime" und eine "Geldpolitik, die darauf abzielt, die Inflation schrittweise zu senken".

Ägypten privatisiert die Umgebung des Suezkanals

Angesichts sehr ernster wirtschaftlicher Probleme beschloss die Regierung, einige Vermögenswerte des Suezkanals in einen Verwaltungsfonds zu übertragen, um sie zu privatisieren. Wenn es notwendig ist, die Einrichtungen rund um den Kanal zu modernisieren, gibt die Möglichkeit, Unternehmen, Stationen, Häfen, Arsenale und Grundstücke rund um den Kanal zu privatisieren, Anlass zu ernsthaften Bedenken, dass Ägypten die Souveränität über seine wichtigste wirtschaftliche Ressource verlieren könnte.

Der wichtigste potenzielle Käufer stammt aus den Vereinigten Emiraten : die Häfen von Abu Dhabi.

Die ägyptische Regierung hat eine Politik der

Schaffung von Mitteln eingeleitet, die von dem Staatshaushalt nicht gedeckt sind.

MI6 bringt Muslimbruderschaft und Hizb ut-Tahrir näher zusammen

Während sich die Muslimbruderschaft in einem Debakel befindet, versucht der britische MI6, sie Hizb ut-Tahrir näher zu bringen.

Hizb ut-Tahrir ist eine Abspaltung der Bruderschaft. Sie ist in 70 Ländern präsent und beansprucht die Wiederherstellung eines Weltkalifats, dessen Prinzip mit dem Osmanischen Reich von Mustafa Kemal Atatürk gestürzt worden war. In Zentralasien wird sie direkt vom MI6 kontrolliert. Im Jahr 2017 war es dieser, der die "[Mohammed-Karikaturen-Affäre](#)" und die dadurch provozierten internationalen Demonstrationen organisiert hatte.

Frankreich versucht Burkina Faso zu beruhigen

Die französische Staatssekretärin für Entwicklung, Chrysoula Zacharopoulou besuchte Ouagadougou, nachdem sie einen Brief der burkinischen Behörden erhalten hatte, in dem die Entlassung des französischen Botschafters Luc Hallade gefordert wurde. Frau Zacharopoulou hat versucht, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu entschärfen.

Burkina Faso wird jetzt von der Übergangsregierung von Kapitän Ibrahim Traoré regiert, einem Revolutionär, der sich auf Thomas Sankara beruft, der 1987 von Blaise Compaoré, wahrscheinlich auf Anweisung von François Mitterrand, ermordet wurde.

Aussöhnung zwischen Mali und Elfenbeinküste

Der malische Präsident Assimi Goïta begnadigte die 46 ivoirischen Soldaten, die wegen "Angriffs und Verschwörung gegen die Regierung und Untergrabung der äußeren Sicherheit des

Staates" zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden waren. Sie kehrten in ihr Land zurück, wo sie von Präsident Alassane Ouattara empfangen wurden.

Der ivoirische Präsident lud seinen malischen Amtskollegen nach Abidjan ein.

Sudan dringt in äthiopisches Territorium ein

Der Sudan nutzte den Tigray-Krieg und drang in das Al-Fashanga-Dreieck ein, das bis dahin unter äthiopischer Herrschaft stand.

Ethnische Auseinandersetzungen im Südsudan

Die Weiße Armee des Propheten Makuach Tut (Nuer-Volk) griff ein Flüchtlingslager des Schilluk-Volkes an, tötete hundert Menschen und stahl Vieh.

Tschad vereitelt einen Putsch

Die tschadische Regierung gab bekannt, einen Putschversuch vereitelt zu haben. Die Verschwörung wurde von Baradine Berdei Targuio, Präsident der tschadischen Menschenrechtsorganisation (OTDH), angeführt. Elf Offiziere wurden verhaftet und angeklagt.

Westen weist Ruanda in die Schranken

Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union forderten Ruanda plötzlich auf, die Unterstützung der M23-Rebellen (Tutsis von Nord-Kivu) im Kongo einzustellen.

Ex-Präsident Abdelaziz von Mauretanien und seine Mitarbeiter wegen illegaler Bereicherung vor Gericht

Elf Angeklagte, darunter der ehemalige Präsident Mohamed Ould Abdelaziz, die ehemaligen Premierminister Mohamed Salem Ould Bashir und Yahya Ould Hademine, der ehemalige Ölminister Taleb Ould Abdi Vall, der ehemalige Generaldirektor von *Snim*, Mohamed Abdullahi Ould Oudaâ und der ehemalige

Präsident der *Nouadhibou Free Zone Authority* Mohamed Ould Daf, werden am 25. Januar vor Gericht erscheinen. Ihnen werden "Korruption, Geldwäsche, illegale Bereicherung, Verschwendung öffentlichen Eigentums, Gewährung ungerechtfertigter Vorteile und Behinderung der Justiz" zur Last gelegt. Der ehemalige Präsident Abdelaziz versteckte sich hinter der Immunität des Präsidenten, um die Herkunft seines Vermögens nicht zu rechtfertigen.

ASIEN

Israelische Vergeltung für die propalästinensische Abstimmung der Vereinten Nationen

Als Reaktion auf das Votum der UN-Generalversammlung, die Situation in Palästina an den Internationalen Gerichtshof zu verweisen, widerrief Israel die Reisegenehmigung des palästinensischen Außenministers Riad Malki. Premierminister Benjamin Netanyahu hat die Steuereinnahmen der PA blockiert und palästinensischen Beamten alle ihre Privilegien entzogen. Ein Teil dieser Mittel wird an israelische Familien gespendet, die Opfer des palästinensischen Terrorismus sind. Der Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, verbot die Verwendung der palästinensischen Flagge in der Öffentlichkeit.

Der Tod des irischen Friedenstruppensoldaten im Libanon war kein politischer Akt

Der Armeegeheimdienst hat seine Untersuchung über den Tod des jungen irischen UNIFIL-Friedenstrupps und die Verletzungen von drei seiner Begleiter durchgeführt. Sie arbeiteten mit den Vereinten Nationen, Irland und der Hisbollah zusammen. Ihnen zufolge verirrte sich das UNIFIL-Fahrzeug und fuhr versehentlich in das Aaqibiye-Gebiet ein, das es nicht betreten durfte. Es kam auf ein Feld, auf

dem junge Leute die Fußballweltmeisterschaft verfolgten. Die Menge, die wütend darüber war, dass ein leichtes gepanzertes Fahrzeug bei ihr auftauchte, blockierte es. Die Passagiere bekamen Angst. Es wurden Schüsse ausgetauscht, darunter einer, der den irischen Soldaten tötete. Das Fahrzeug, das Libanesen überfahren hatte, überschlug sich und verletzte die anderen drei Insassen.

Die Hisbollah übergab Mohammad Ayyad, der mit einer Maschinenpistole auf den Panzer geschossen hatte, dem Gericht.

Alle Betroffenen betonen, dass es sich um einen Vorfall handle, der auf beiden Seiten auf Angst zurückzuführen ist und keine politische Bedeutung habe.

Irakische Justiz verfolgt Donald Trump

Der Präsident des Obersten Richterrates, [Faiq Zaidan](#), gab bekannt, dass er einen Haftbefehl gegen den ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump wegen der Ermordung von General Qassem Soleimani und dem Führer der "Volksmobilisierung" Abu Mahdi Al-Muhandis erlassen habe.

Im April 2022 sagte der Marinekommandeur der iranischen Revolutionsgarden, Ali Reza Tangsiri, dass die Aufgabe der Rache für den Mord an Soleimani, im Austausch für die Aufhebung der Sanktionen, eine "Illusion" sei.

Das Negev-Forum setzt das Abraham-Abkommen fort

Das zweitägige Negev-Forum brachte 150 Vertreter aus Israel, Ägypten, Marokko, den Vereinigten Arabischen Emiraten, den Vereinigten Staaten und Bahrain zusammen, um über ihre gemeinsame Sicherheit nach dem Abraham-Abkommen zu diskutieren. Dies ist das wichtigste arabisch-israelische Treffen seit der Madrider Konferenz 1991.

Auf der Konferenz kündigten die Vereinigten Arabischen Emirate an, dass sie den Unterricht der Nazi-"Endlösung" in den Lehrplan für

Schulgeschichte aufnehmen würden. Sie hatten bereits 2021 eine Ausstellung zu diesem Thema in Dubai veranstaltet.

Tochter des ehemaligen Präsidenten Rafsandschani inhaftiert

Die Tochter des ehemaligen iranischen Präsidenten Rafsandschani, Faezeh Hashemi, wurde während der Proteste verhaftet. Sie wurde wegen "Propaganda gegen das System" zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Sie war bereits 2012 inhaftiert worden.

Todesurteile im Iran folgen aufeinander

Demonstranten versammelten sich vor dem Gefängnis Radschai Shahr (Karadsch), um die bevorstehende Hinrichtung von Mohammad Ghobadlu und Mohammad Borughani anzuprangern, die wegen "Korruption auf Erden" zum Tode verurteilt wurden. Beide Männer behaupteten, dass ihre Geständnisse falsch wären und unter Folter erzwungen wurden. Dennoch wurden sie hingerichtet. Die iranische Justiz verurteilte auch Saleh Mirhashemi, Majid Kazemi und Said Yaghubi wegen "Krieges gegen Gott" zum Tode. Ihnen wird vorgeworfen, eine Rolle beim Tod von drei Mitgliedern der Sicherheitskräfte gespielt zu haben.

Weitere 109 Demonstranten werden wegen Verbrechen angeklagt, auf die Todesstrafe steht.

Darüber hinaus ernannte Ayatollah Khamenei General Ahmadreza Radan zum Chef der nationalen Polizei.

Iran verurteilt Karikaturen von Ayatollah Khamenei

Die iranische Regierung schloss ein französisches Institut in Teheran, nachdem das französische Satiremagazin *Charlie Hebdo* Karikaturen des Revolutionsführers Ayatollah Ali Khamenei veröffentlicht hatte.

Auch die libanesische Hisbollah verurteilte die

Veröffentlichung als Beleidigung für Millionen von Gläubigen, die den Ayatollah als spirituellen Führer betrachten.

Indien investiert in Wasserstoff

Die Regierung von Narendra Modi hat beschlossen, 2,3 Milliarden Dollar zu investieren, um Indien zum Wasserstoff-Hub der Region zu machen.

Die "internationale Gemeinschaft" wird Pakistan nicht helfen

Am 9. Januar fand in Genf die Internationale Konferenz für Pakistan und die Resilienz gegenüber dem Klimawandel statt. UN-Generalsekretär António Guterres wollte 8 Milliarden Dollar aufbringen, d.h. die Hälfte des Bedarfs Pakistans nach den Überschwemmungen. Abgesehen von der Islamischen Entwicklungsbank, die über drei Jahre 4,2 Milliarden Dollar zusagte, gaben die anderen Teilnehmer nur ein paar hundert Millionen.

Die pakistanische Armee und Saudi-Arabien

Der neue Armeechef, General Asim Munir, hat Saudi-Arabien ausgiebig besucht. Abgesehen von den erhaltenen elf Milliarden Dollar an Finanzhilfe für sein Land (einschließlich 8 Milliarden Dollar von der Islamischen Bank) versprach er, 1000 Soldaten nach Saudi-Arabien zu schicken.

Verteidigungsminister Khurram Dastgir Khan weigerte sich, deren Mission dem Parlament zu erklären, das drohte, ihn wegen "Verachtung" strafrechtlich zu verfolgen. Die pakistanischen Abgeordneten wollen Zusicherungen, dass ihre Soldaten nicht im Jemen kämpfen werden. Es scheint, dass die Pakistaner die Saudis für ihren Krieg im Jemen ausbilden sollten.

Südkoreas Plan zur Wiedervereinigung

Der südkoreanische Wiedervereinigungsminister Kwon Young-se wird auf dem Davos-Forum einen Entwicklungsplan für Nordkorea im Austausch für den Verzicht auf Atomwaffen vorschlagen.

VAE mobilisieren die muslimische Welt, um China zu unterstützen

Eine große Delegation des *World Muslim Communities Council* besucht China, im Xinjiang. Sie ist befugt, Anschuldigungen der Vereinigten Staaten zu untersuchen, die von der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, Minuten vor Ablauf ihres Mandats wiedergegeben wurden. Die Delegation traf sich mit vielen muslimischen Persönlichkeiten und hat immer noch keine Spur von der anti-uirgischen Niederschlagung gefunden. Zum anderen wurde die Delegation über die Rolle der Dschihadisten, ihre Angriffe und die gezielte Repression der chinesischen Regierung aufgeklärt.

Der *World Muslim Communities Council* ist eine von den Vereinigten Arabischen Emiraten gegründete Organisation.

Qin Gang entlässt den "Wolfskrieger"

Chinas neuer Außenminister, Qin Gang, ist der ehemalige Botschafter in Washington. Einer seiner ersten Schritte war es, seinen Sprecher Zhao Lijian loszuwerden und ihn als stellvertretenden Direktor der Abteilung für Grenz- und Seeangelegenheiten einzusetzen. Berichten zufolge veröffentlichte seine Frau Nachrichten im Internet, in denen sie die Anti-Covid-Politik des Zentralkomitees kritisierte. Zhao Lijian ist bekannt für seine beleidigenden Äußerungen zum Rassismus in den USA oder zu den [Anschlägen vom 11. September](#), sodass er den Spitznamen "Wolfskrieger" erhielt.

China will die Kontrolle über den Elektrolysen-Markt übernehmen

China investiert in die Herstellung von Elektrolyse-Apparate, also Maschinen, die Wasserstoff aus Wasser herstellen können. China stellt derzeit 40% der Weltproduktion her. Es wird jedoch erwartet, dass diese Produktion in den kommenden Jahren mit 90 multipliziert wird. Peking hofft, der weltweit führende Anbieter zu werden und diesen Markt zu erobern, wie es bereits für Solarmodule geschehen ist.

Taiwan lässt seine Raketen in der Volksrepublik China reparieren

Laut der [*South China Morning Post*](#) schickte die Rebellenprovinz Taiwan einige ihrer Raketen zur Reparatur in die Volksrepublik China. Das National Chung-Shan-Institute of Science and Technology (NCSIST) hat bestätigt, dass die defekten Teile 2021 in der Schweiz bei Leica gekauft wurden und keine Spionageausrüstung hinzugefügt wurde.

Darüber hinaus kam der ehemalige Generalsekretär der NATO, der Däne Anders Fogh Rasmussen, nach Taipeh, um für die Einheit der Demokratien angesichts autoritärer Regime zu plädieren.

Japans Wiederaufrüstung wird weiter diskutiert

Die Ankündigung des Erwerbs von Gegenangriffswaffen gegenüber China und Nordkorea spaltet die Bevölkerung. Die Hälfte ist dafür, die andere dagegen. Auf der anderen Seite besteht ein Konsens, die Steuern nicht zu erhöhen, um diese Akquisitionen zu finanzieren.

Der Vorsitzende der Konstitutionellen Demokratischen Partei, Kenta Izumi, sprach sich gegen eine Wiederbewaffnung aus. Darüber hinaus werden US-Marines eine schnelle Eingreiftruppe in Okinawa einrichten,

um die japanischen Inseln im Rahmen des bilateralen Verteidigungsabkommens zwischen den USA und Japan zu verteidigen.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltaire.net

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltaire.net

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Dokumentations beilage

2 - Amtliche Veröffentlichungen

COMMONWEALTH

[Organisational structures of Commonwealth entities : a quick guide](#), Philip Hamilton, Parliament of Australia Library

CUBA

[Cuba : U.S. Policy in the 117th Congress](#), Mark P. Sullivan, USA Congressional research service

ETHIOPIA

[Ethiopia : War in Tigray - Background and state of play](#), Eric Pichon, European Parliament

EUROPEAN UNION

[Setting the table : More than half a century of US EU relations](#), Bruce Stokes, European Parliament

FRANCE

[Quelles politiques pour favoriser l'évolution de la société vers la sobriété ?](#), Albert Ritzenthaler, Conseil économique, social et environnemental

GERMANY

[Ihre Bundesregierung. Der Bundeskanzler und die Mitglieder seines Kabinetts](#)

[Der Bundeskanzler und das Bundeskanzleramt, Bundesregierung](#)

INDIA

[Building EU-India Synergy : Allying sustainable modernisation and strategic autonomy](#), Pooja Jain-Grégoire, Raphaëlle Khan, Arnaud Koehl, Swati Prabhu, Mihir S. Sharma, & John-Joseph Wilkins, Institut de recherche stratégique de l'École militaire (IRSEM)

IRAN

[2022 Iran protests : Human rights and international response](#), Philip Loft, UK House of Commons Library

[Proteste gegen das Mullah-Regime im Iran und innenpolitische Auswirkungen](#), Antwort der Bundesregierung

ISRAEL/PALESTINE

[Israël - Palestine : redonner un horizon politique au processus de paix](#), Commission des Affaires étrangères, de la Défense et des Forces armées, Sénat français

ITALY

[Italy : 2022 general election and new government](#), Stefano Fella, UK House of Commons Library

LATIN AMERICA

[Latin America and the Caribbean : U.S. Policy and Key Issues in the 117th Congress](#), Mark P. Sullivan, USA Congressional research service

LIBYA

[Libia : recenti sviluppi e prospettive](#), Osservatorio di politica internazionale

NIGER

[Die Bedeutung Nigers für die deutsche Militärpräsenz in der Sahelzone](#), Antwort der Bundesregierung

RUSSIA

[Sanctions against Russia](#), Claire Mills, UK House of Commons Library

TÜRKIYE

[Les drones militaires, porte d'entrée de la puissance turque en Afrique](#), Charles Joseph, Institut de recherche stratégique de l'École militaire (IRSEM)

[Turkey \(Türkiye\) : Background and U.S. Relations In Brief](#), Jim Zanott & Clayton Thomas, USA Congressional research service

UKRAINA

[Military assistance to Ukraine since the Russian invasion](#), Claire Mills, UK House of Commons Library

[Tribunal for the crime of aggression against Ukraine - a legal assessment](#), Olivier Corten and Vaios Koutroulis, European Parliament

[Department of State, Foreign Operations, and Related Programs \(SFOPS\)](#)

[Supplemental Funding for Ukraine : In Brief](#), Emily M. McCabe, USA Congressional research service

UNITED KINGDOM

[The Crown and the constitution](#), David Torrance, UK House of Commons Library

[Deprivation of British citizenship and withdrawal of passports](#), CJ McKinney, Melanie Gower & Terry McGuinness, UK House of Commons Library

[The coronation - history and ceremonial](#), David Torrance, House of Commons Library

[Scottish independence referendum : legal issues](#), David Torrance, UK House of Commons Library

[Voting systems in the UK](#), Neil Johnston, UK House of Commons Library

[The Royal Navy's surface fleet](#), Louisa Brooke-Holland, UK House of Commons Library

[Imports \[in UK\] of fossil fuels from Russia](#), Paul Bolton, UK House of Commons Library

[UK defence policy : from aspiration to reality ?](#), International Relations and Defence Committee, UK House of Commons

[In our hands : behaviour change for climate and environmental goals](#), Environment and Climate Change Committee, UK House of Commons

UNITED STATES

[La garde nationale dans le système fédéral Américain](#), Thibault Delamare, Institut de recherche stratégique de l'École militaire (IRSEM)

ANTISEMITISM

[Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben](#), Bundesregierung

[Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben](#), Bundestag

ARTIFICIAL INTELLIGENCE

[Trends in AI from Red and Blue Team](#)

[Perspectives : Synthetic Data in a Data-Driven](#)

[Society vs Sentiment Analysis](#), Gundars

Bergmanis-Korāts, Alec Winshel, James

Ostrowski, Kevin Zerussen, Omar Ali,

Anastasija Cuikina, Alexander Gegov & Djamila

Ouelhadj, Nato Strategic Communications

Center of Excellence

COMMUNICATION

[Information Laundering via Baltnews on](#)

[Telegram : How Russian State-Sponsored](#)

[Media Evade Sanctions and Narrate the War](#),

Martha Stolze, Nato Strategic Communications

Center of Excellence

[Die „strategische Kommunikation“ der](#)

[Bundesregierung und der Umgang mit](#)

[„Desinformation“ im Ukraine-Krieg](#), Antwort

der Bundesregierung

[La proposition de législation européenne sur la](#)

[liberté des médias](#), Constance Le Grip et Joëlle

Mélin, Commission des Affaires européennes,

Assemblée nationale française

COVID-19

[Impact of COVID-19 measures on democracy](#)

[and fundamental rights - Best practices and](#)

[lessons learned in the Member States and third](#)

[countries](#), Joelle Grogan, European Parliament

ENERGY

[Accelerating the transition from fossil fuels and](#)

[securing energy supplies](#), Environmental Audit

Committee, UK House of Commons

[The role of hydrogen in achieving Net Zero](#),

Science and Technology Committee, UK House of Commons

[Verbindungen und Aktivitäten der](#)

[rechtsextremen „Neue Stärke Partei“](#); Antwort

der Bundesregierung

[Förderung des Projekts „Vollkontakt“ und](#)

[linksextreme Mitarbeiter](#), Antwort der

Bundesregierung

INTELLIGENCE

[Vertreter ausländischer Staaten in Deutschland](#)

[und geheimdienstliche Agententätigkeit durch](#)

[diplomatisches und konsularisches Personal in](#)

[Deutschland](#), Antwort

der Bundesregierung

TERRORISM

[Nachfragen zu Angriffen auf kritische](#)

[Infrastrukturen unter See, insbesondere zu Nord](#)

[Stream 1 und 2](#), Antwort der Bundesregierung

[Anschläge auf die Pipelines Nord Stream 2 und](#)

[Nord Stream 1](#), Antwort der Bundesregierung

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°24 - 20. Januar 2023

Iranisch-saudische Normalisierung könnte Frieden in den Nahen Osten bringen

Israel setzt alle seine Lobbyisten in Washington ein, um die USA dazu zu bringen, ihm Waffen zu liefern, um den Iran anzugreifen zu können. Diese jedoch stellen sich taub. Die Atomverhandlungen zu Iran sind nach Angaben des Direktors der Internationalen Atomenergiebehörde, Rafael Grossi, gescheitert.

Der stellvertretende iranische Außenminister Hosein Amir Abdullahyan kündigte auf einer Pressekonferenz in Beirut an, dass die iranisch-saudischen Beziehungen nun mit der Eröffnung ihrer jeweiligen Botschaften wieder aufgenommen werden.

Nach den vier geheimen Treffen in Bagdad kam der Normalisierungsvorgang der iranisch-saudischen Beziehungen im April 2022 zum Erliegen. Gerade wurde eine Einigung für iranische Pilger in Mekka erzielt. Die Vereinigten Staaten und Israel versuchen mit allen Mitteln, die Normalisierung einzudämmen, die ihre Hegemonie über die Region behindern würde, während Russland und China auf Frieden drängen.

AMERIKA

Washington entzieht der EU russische Kohlenwasserstoffe, importiert sie aber selbst

Während Washington den Kauf russischen Öls seiner gesamten Bevölkerung und seinen Verbündeten verboten hat, importiert es das jedoch in großer Menge, ohne seine sogenannten antirussischen "Sanktionen" zu verletzen, berichtet [*The Telegraph of India*](#).

Indien kauft täglich 1,7 Millionen Barrel russisches Öl. Dieses Öl wird von *Nayara Energy* und *Reliance Industries* raffiniert und dann legal an die Vereinigten Staaten verkauft, die somit ihre strategischen Reserven auffüllen.

In der Praxis betrifft der Wirtschaftskrieg der Vereinigten Staaten also nicht mehr Russland, sondern ausschließlich seine Verbündeten in der Europäischen Union, die die einzigen sind, denen russische Kohlenwasserstoffe vorenthalten werden. Diese Feststellung muss mit der Sabotage der Pipelines

Nord Stream 1 und *Nord Stream 2* relativiert werden : Somit wird die Europäische Union ihrer hauptsächlichlichen Energiequellen beraubt.

Kontroverse um Schauspieler Steven Seagal

CNN sendete einen Bericht, der versichert, dass der amerikanische Schauspieler russischer Herkunft Steven Seagal, der Russland auf der Krim unterstützt und die russische Staatsbürgerschaft erhalten hatte, nun "Putins Verbrechen in der Ukraine" anprangert. Berichten zufolge wurde er wegen der Verbreitung falscher Nachrichten zu einer Geldstrafe von 30.000 Rubel (439 US-Dollar) verurteilt und wäre aus Russland geflohen. Er soll in der Europäischen Union Zuflucht gesucht haben.

Für Kanye West sind Schwarze die wahren Nachkommen der Hebräer

Rapper Kanye West (160 Millionen verkaufte CDs und Empfänger von 22 Grammy Awards, 31 Millionen Follower in sozialen Netzwerken) hat angekündigt, dass er 2024 für das Präsidentenamt kandidieren werde. Dann machte er viele polemische und oft antisemitische Bemerkungen und verlor die Unterstützung seiner Sponsoren Adidas, Gap und Balenciaga.

Er wirbt für einen 3h1/2-stündigen Dokumentarfilm, der 2018 produziert wurde, *Hebrews to Negroes : Wake Up Black America*, nach dem schwarze Amerikaner die wahren Nachkommen der Hebräer der *Bibel* sind, während die heutigen sogenannten Juden nur Betrüger sind.

Präsident Biden sät geheime Dokumente

Ein erster Stapel geheimer Dokumente wurde am 2. November 2022 in einer Residenz von Präsident Joe Biden entdeckt, aber der Fall wurde erst am 9. Januar 2023 bekannt gemacht. Ein zweites Paket wurde später in seiner Garage

in Wilmington gefunden, gefolgt von der Entdeckung eines dritten Teils in seiner persönlichen Bibliothek und dann eines vierten Teils in seinem Haus.

Das Vorhandensein von geheimen Dokumenten in den Häusern von US-Staatsmännern wurde zum ersten Mal bei der ehemaligen Außenministerin Hillary Clinton erwähnt, dann ein zweites Mal bei dem ehemaligen Präsidenten Donald Trump und diesmal bei dem amtierenden Präsidenten Joe Biden.

Big Pharma stützte sich auf Twitter, um ihre Superprofite zu schützen

In der neuesten Ausgabe der *Twitter Files* zeigt der Journalist von *Intercept*, Lee Fang, dass die großen Pharmafirmen eingegriffen haben, um jegliche Debatte über ihre Gewinnmargen zu zensurieren.

Republikanische Gesetzesvorlagen

Die Republikaner haben eine Regel wieder eingeführt, die dem Kongress erlaubt, das Gehalt jedes Bundesangestellten zu kürzen. Sie beabsichtigen, die Regel vor allem gegen den Sonderermittler Jack Smith einzusetzen, der für die Untersuchung des ehemaligen Präsidenten Donald Trump zuständig ist, besonders über seinen Besitz geheimer Dokumente.

Die Republikaner schwimmen in einem Meer von Gesetzesvorlagen. Die populärste ist diejenige, die von der Abgeordneten Kat Cammack aus Florida eingeführt wurde, um die Befugnisse der Präsidentschaft einzuschränken, indem sie dem Kongress ein Vetorecht über jede wichtige Regulierung erteilt, die eine Regierung versucht zu veröffentlichen.

Antony Blinken unterstützt Gewissensfreiheit

Zur Feier des 237. Jahrestages der Unterzeichnung des Virginia-Statuts für Religionsfreiheit (1786) gab Außenminister [Antony Blinken](#) eine Pressemitteilung heraus, in

der er die Gewissensfreiheit lobte.

Dies ist eine bedeutende Entwicklung der Position der Bundesregierung, die bisher nur die Religionsfreiheit verteidigte.

Der Unterschied liegt darin, die Wahl eines Staatsbürgers, zu glauben oder nicht zu glauben, und sich auf keinen Gott mit all den damit verbundenen Konsequenzen zu berufen, zu akzeptieren. Die US-Justiz betrachtet zum Beispiel die Zeugenaussagen von Anhängern oder ehemaligen Anhängern einer Religion gegen ihre Kirche, als unzulässig.

Douglas Wise erkennt seinen Fehler nicht an

Der ehemalige stellvertretende Direktor der *Military Intelligence Agency*, Douglas Wise, versicherte *The Australian*, dass, während vieles von dem, was Hunter Bidens Computer zugeschrieben wird, echt sei, aber dass die russische Desinformation derart funktioniere, indem sie Falsches mit Wahrem vermischt. Er war jedoch nicht in der Lage, ein Beispiel dafür zu geben, was im Inhalt dieses Computers falsch wäre.

Im Jahr 2020 unterzeichnete Douglas Wise mit 50 Geheimdienstmitarbeitern einen offenen Brief, in dem er versicherte, dass die Existenz des Computers und nicht sein Inhalt russische Desinformation sei.

Pentagon-Koordination mit ukrainischen Armeen

General Mark A. Milley, Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs, traf zum ersten Mal mit seinem ukrainischen Amtskollegen, General Valery Zaluzhnyi, zusammen. Die beiden Männer tauschten sich aus, während die ukrainische Seite beim Gipfel der NATO-Generalstabschefs nicht vertreten sein wird.

Ehemaliger Sekretär von Präsident Felipe Calderon in den USA vor Gericht gestellt

Der ehemalige Minister für öffentliche Sicherheit des mexikanischen Präsidenten Felipe Calderon, Genaro Garcia Luna, steht in den Vereinigten Staaten vor Gericht, weil er während seiner Amtszeit Millionen Dollar von dem Sinaloa-Kartell erhalten hat.

Während seines Prozesses im Jahr 2018 hatte der Pate "El Chapo" enthüllt, ihm 3 Millionen Dollar Bestechungsgelder gezahlt zu haben. Derselbe "El Chapo" hatte auch enthüllt, Präsident Felipe Calderon bestochen zu haben, der jedoch nicht vor Gericht steht.

Anschlagsversuch auf Francia Márquez

Sieben Kilo Sprengstoff wurden auf dem Weg entdeckt, den Vizepräsidentin Francia Márquez einschlagen sollte.

Diese Persönlichkeit ist die erste Afrokolumbianerin der Regierung.

Anderson Torres soll einen Putsch in Brasilien geplant haben

Bei einer Durchsuchung des Hauses von Anderson Torres wurde ein Entwurf für einen Ausnahmezustand gefunden.

Der ehemalige Justizminister unter Präsident Jair Bolsonaro, Anderson Torres, wurde nach der Wahl von Präsident Lula da Silva Sicherheitschef in Brasilia. Er hatte Pro-Bolsonaro-Demonstranten offizielle Gebäude in der Hauptstadt angreifen lassen. Er wird beschuldigt, einen Putsch geplant zu haben, und wurde angeklagt.

Venezuela verfolgt pro-westliche Rebellenpolitiker

Venezuelas Generalstaatsanwalt Tarek William Saab hat drei internationale Haftbefehle gegen Oppositionsführer erlassen. Es handelt sich um Dinorah Figuera, nach Spanien geflohen, und Marianela Fernandez und Auristela Vasquez, in die Vereinigten Staaten geflüchtete. Die drei Frauen bilden das Amt einer von mehreren westlichen Staaten anerkannten

Nationalversammlung, die behauptet, die einzige demokratische Vertretung des Landes zu sein.

Wenn diese Versammlung auch tatsächlich 2015 gewählt wurde, endete ihr Mandat im Jahr 2020. Die Nichtanerkennung der folgenden Wahlen verleiht ihr jedoch keine Legitimität. Der Westen unterstützt weiterhin diese aufständischen Politiker, während er aber den Handel mit Venezuela wiederherstellt.

EUROPA

Frankreich belehrt Russland

Als Reaktion auf die Anklage des ständigen Vertreters Russlands im Sicherheitsrat, Vassily Nebenzia, beschuldigte sein französischer Amtskollege, Nicolas de Rivière, Moskau, durch die Instrumentierung der Religions- und Glaubensfreiheit in der Ukraine eine Ablenkung zu schaffen. Ihm zufolge behauptet Moskau, die "Religionsfreiheit" zu verteidigen, während es der Zivilbevölkerung während orthodoxer christlicher religiöser Feiertage, insbesondere in Dnjepro, keine Atempause gewährt hat. Herr de Rivière sprach vor den Enthüllungen des strategischen Kommunikationsberaters von Präsident Zelensky (siehe unten).

Die französische Linke gegen die Reichen

Marine Tondelier, Generalsekretärin von *Europe Ecologie Les Verts* (Grüne), erklärte unter dem Applaus begeisterter Aktivisten beim Treffen der Linken-Koalition *Nupes*: "Wir behaupten, dass wir keine französischen Milliardäre mehr wollen. Wir wollen ein Frankreich ohne Milliardäre."

Belgien schränkt Korruptionsermittlungen der EU-Einrichtungen ein

Die belgische Staatsanwaltschaft hat eine sehr positive Einigung mit dem ehemaligen Europaabgeordneten Pier Antonio Panzeri

erzielt. Seine unrechtmäßig erworbenen Gewinne werden konfisziert, aber er wird nicht ins Gefängnis gehen und nur mit einem elektronischen Armband unter Hausarrest gestellt werden.

Belgien beabsichtigt, den Korruptionsfall im Europäischen Parlament so schnell wie möglich abzuschließen, indem es sich auf das katarische und marokkanische Netzwerk konzentriert und vor allem andere Erweiterungen vermeidet.

Deutsche Industrie hofft, den Munitionsbedarf der NATO zu decken

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht trat nach einer Reihe von Fehlern zurück. Ihr Nachfolger, Rechtsanwalt Boris Pistorius, sollte die Produktionskapazitäten von Waffen, insbesondere Munition, rasch ausbauen. Deutschland hofft, bald Ausrüstung zur Bewaffnung der ukrainischen Streitkräfte und zur Auffüllung der Bestände des Atlantischen Bündnisses zu haben.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Polen fürchtet russischen Sieg in der Ukraine

Premierminister Mateusz Morawiecki warnte, dass die Niederlage Kiews bei Soledar den Weg für einen russischen Sieg nicht nur im Donbass, sondern auch über die Ukraine ebnete. Ihm zufolge "könnte die Niederlage der Ukraine ein Auftakt zu einem Dritten Weltkrieg werden". Die Westeuropäer empfinden diese Aussagen als

unnötig Alarm schlagend, nur um Druck auf sie auszuüben. Aber in Polen befürworteten einige Politiker eine militärische Intervention außerhalb von "Artikel 5" des NATO-Vertrags. Die polnische Armee würde ukrainische integrale Nationalisten retten, wie es das Regime von Marschall Józef Piłsudski 1920 tat. Wenn man sich jedoch auf diesen historischen Präzedenzfall bezieht, wurden Polen und die ukrainischen integralen Nationalisten von den Sowjets schnell besiegt.

Europäische Union und NATO planen massive Erhöhung der Militärausgaben

Mehrere NATO-Mitgliedstaaten, darunter Großbritannien, Polen und die baltischen Staaten, setzen sich dafür ein, das Ziel der Militärausgaben von 2% des BIP auf 3% zu erhöhen.

Republika Srpska denkt nicht wie die EU

Anlässlich ihres Nationalfeiertags verlieh die Republika Srpska (Teil der Föderation Bosnien und Herzegowina) ihre höchste Auszeichnung dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Die Europäische Union verurteilte diese pro-russische Demonstration unverzüglich und erklärte, falls die Republika Srpska darauf beharre, sie den Weg zum Beitritt Bosnien und Herzegowinas versperren würde.

Zensur wegen der Bombardierung eines zivilen Gebäudes in Dnjepro

Die russische Rakete, die am 14. Januar ein Wohnhaus in Dnepropetrowsk/Dnjepro traf, 44 Menschen tötete, 75 weitere schwer verletzte und 236 Wohnungen zerstörte, wurde von der ukrainischen Luftabwehr abgeschossen. Der Sonderberater von Präsident Wolodymyr Selenskyj für strategische Kommunikation, [Oleksii Arystowitsch](#), enthüllte dies. Dann änderte er seine Meinung und bestätigte sie schließlich doch. Er wurde sofort seines Amtes enthoben.

Tod des ukrainischen Innenministers

Innenminister Denys Monastyrskyi, ein Mitglied der Partei von Präsident Selenskyj, und mehrere Mitglieder seines Kabinetts starben bei einem Hubschrauberabsturz nahe Kiev.

Es ist möglich, dass der Unfall durch schlechte Wetterbedingungen und das Fliegen in geringer Höhe verursacht wurde, aber die Hypothese einer internen Abrechnung ist am wahrscheinlichsten.

Ukrainische Armee verteilt gefälschtes Dokument, das fälschlicherweise der orthodoxen Kirche zugeschrieben wurde

Das Psychologische Informations- und Operationszentrum (TsIPSO) der ukrainischen Spezialeinheiten verteilte eine einem angeblich orthodoxen Metropoliten von Brjansk zugeschriebene "Note an einen russischen Krieger". Dieses gefälschte Dokument stammt vom März 2022. Sie ruft dazu auf, "die ukrainische Nation zu zerstören". Sie wurde nach dem Verbot der orthodoxen Kirche, die dem Patriarchen von Moskau treu ergeben war, wieder in Umlauf gebracht.

Die CIA behauptet rückblickend, Präsident Selenskyj gerettet zu haben

In seinem Buch *The Fight of His Life – Inside Joe Biden's White House* (Scribner-Ausgaben) versichert der Journalist Chris Whipple, der bekanntermaßen den US-Geheimdiensten nahesteht, dass CIA-Direktor William Burns kurz vor der russischen Militärintervention Präsident Wolodymyr Selenskyj in Kiev traf. Er soll ihn über einen russischen Plan informiert haben, den Flughafen Antonow einzunehmen, und einen weiteren, um ihn physisch zu eliminieren.

Der russische Generalstabschef übernimmt das Kommando der Operation in der Ukraine

General Waleri Gerassimow, Stabschef der russischen Streitkräfte, wurde zum Kommandeur der militärischen Sonderoperation in der Ukraine ernannt, während General Sergei Surovikin sein Stellvertreter wurde.

Sergej Surovikin hat eine Strategie umgesetzt, die Kiew die Energie und damit die Fähigkeit zur Fortsetzung des Krieges entzieht. Nachdem er Kommandostrukturen bombardiert hatte, griff er Kraftwerke an. Er verfolgte damit den gleichen Ansatz (Theorie der fünf Kreise) wie der US-General John A. Warden III während des ersten Golfkrieges. Der nächste Schritt wird die Zerstörung physischer Kommunikationsmittel, Straßen, Eisenbahnen und Flughäfen sein.

Wagner erobert Soledar

Am 11. Januar gab der Chef des privaten Militärunternehmens Wagner, Jewgeni Prigoschin, bekannt, dass seine Männer die Stadt Soledar, die für ihre riesigen Salzminen bekannt ist, eingenommen hätten. Dieser Sieg wurde zwei Tage später von dem Vereinigten Stab bestätigt.

Soledar ist ein Riegel, um die Stadt Bachmut/Artemowsk zu kontrollieren und von dort aus den gesamten Donbass zu kontrollieren, dessen Bevölkerung in einem Referendum für den Beitritt zur Russischen Föderation gestimmt hat.

Kontroverse der Affäre russischer Soldaten, die in Makijiwka getötet wurden

Bei der Beerdigung der 89 russischen Soldaten, die bei der Bombardierung ihrer Kaserne in Makijiwka ums Leben kamen, beschuldigten in Samara die Mütter der Helden, die kulturell einen Sonderstatus haben, die militärische

Voltaire Netzwerkanalyse

« [Die Weltordnung ist bereits im Jahr 2022 gekippt](#) », von Thierry Meyssan

Es ist eine Konstante der Geschichte : Änderungen sind selten, aber schlagartig. Diejenigen, die den Preis zahlen, sind normalerweise die letzten, die sie kommen sehen. Sie nehmen sie erst zu spät wahr. Entgegen dem im Westen herrschenden statischen Bild, haben sich die internationalen Beziehungen im Jahr 2022 grundlegend geändert, hauptsächlich zum Nachteil der USA, Großbritanniens und Frankreichs, oft zum Vorteil Chinas und Russlands. Der Westen, mit seinem starren, auf die Ukraine gerichteten Blick, nimmt die Umverteilung der Karten nicht wahr.

„[Die imperialistische Gerechtigkeit zerfällt](#)“, von Thierry Meyssan,

Sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten geschieht die westliche Herrschaft über den Rest der Welt, ebenso wie die der Vereinigten Staaten über ihre Verbündeten, durch die Instrumentierung des Rechts. Daher versuchen die internationalen Gerichtshöfe nicht, Gerechtigkeit zu sprechen, sondern die Ordnung der Welt zu bestätigen und diejenigen zu bestrafen, die sie anfechten. Das US-Recht und das europäische Recht dienen auch dazu den Rest der Welt zu zwingen, die Politik Washingtons und Brüssels zu respektieren. Dieses System beginnt nun zu verblassen.

„[Die Verbrechen, die Julian Assange enthüllte](#)“, von Manlio Dinucci,

Anthony Albanese's Australien scheint in der Lage zu sein, mit Joe Bidens Vereinigten Staaten über die Freilassung von Julian Assange zu verhandeln.

Hierarchie der Inkompetenz. Ihnen zufolge seien die Offiziere fahrlässig gewesen, als sie alle ihre Soldaten im selben Gebäude unterbrachten.

Zudem wirft die Opposition dem Verteidigungsministerium vor, die Zahl der Opfer zu minimieren. Ihr zufolge gab es nicht 89 Tote, sondern 400. Letztere Zahl ist höchst unwahrscheinlich : Die überwiegende Mehrheit der in Makijiwka stationierten Soldaten stammte aus Samara. Und es gab tatsächlich 89 Tote unter den Wehrpflichtigen dieser Stadt.

Unsicherheit um das russische Gesetz, das homosexuelle Propaganda kriminalisiert

Während das Gesetz, das homosexuelle Propaganda für Minderjährige verbietet, nur verabschiedet wurde um Extremfälle zu verbieten, ist seine Umsetzung viel restriktiver als erwartet. Listen von Büchern, die aus Buchhandlungen entfernt werden sollten, wurden von wer weiß wem an Buchhändler geschickt, die dies dann auch taten. Manche Buchhändler widersetzen sich diesem Druck, indem sie Bücher in Plastikfolie legten oder ihre Kunden aufforderten, einen Nachweis ihrer Volljährigkeit vorzulegen.

Russische Fluggesellschaften fallen westlichen "Sanktionen" zum Opfer

Airbus und Boeing liefern keine Ersatzteile mehr unter dem westlichen Wirtschaftskrieg, der als "antirussische Sanktionen" bekannt ist. Infolgedessen sind russische Unternehmen gezwungen, geparkte Flugzeuge zu "kannibalisieren", während sich die Luftzwischenfälle vervielfachen.

Untersuchung der Massaker von Mariupol

Eine russische Vereinigung, der [Internationale Sozialgerichtshof für die Ukraine](#), untersuchte die Massaker, die während der Einnahme von

Mariupol stattfanden. Nach den gesammelten Zeugenaussagen und Dokumenten verursachte nur das Asow-Bataillon absichtlich zivile Opfer.

Russland nimmt nukleare Unterwasserdrohnen in Dienst

Russland hat ein Atom-U-Boot der Oscar-II-Klasse, die Belgorod, mit nuklearen Torpedodrohnen bewaffnet ; genannt Poseidon. Nach Angaben des *US Naval Institute* ist die Poseidon "eine nuklear angetriebene Waffe, die eine theoretisch unbegrenzte Reichweite besitzt. Sie kann sowohl eine strategische als auch eine taktische Atomwaffe sein, während sie nicht unter die Definitionen des New START-[Entwaffnungs-]Vertrags fällt."

Umgestaltung der russischen Armee

Verteidigungsminister General Sergej Schoigu bestätigte eine tiefgreifende Transformation der russischen Streitkräfte in den nächsten drei Jahren. Die Anzahl der Männer wird auf 1,5 Millionen erhöht. Diese Aufstockung des Personals muss mit der Lieferung von Waffen, Ausrüstung und militärischem und speziellem Material, dem Aufbau von Infrastruktur für den Einsatz von Truppen und der Bereitstellung geeigneter Mittel synchronisiert werden.

Andrej Kartapolow, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der Duma, schlug vor, das Alter für die Einberufung in die Streitkräfte von 27 auf 30 Jahre anzuheben.

Die russische Armee, die aus der Sowjetzeit geerbt wurde, hatte gravierende Alkoholprobleme. Wladimir Putin entließ massiv mehr als 500 000 Offiziere, stellte dann seine Truppen wieder auf und trainierte sie für den Kampf in Syrien.

Russland will Angela Merkel und François Hollande vor ein neues Nürnberg-Gericht stellen

Der Sprecher der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, hat ein internationales Militärtribunal

vergleichbar mit Nürnberg gefordert, um die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin Merkel und den ehemaligen französischen Präsidenten François Hollande zu verurteilen.

"Die Geständnisse des Vertreters des Kiewer Regimes und der ehemaligen Führer Deutschlands und Frankreichs sollten als Beweismittel vor einem internationalen Militärtribunal verwendet werden. Diese Führer planten, einen Weltkrieg mit vorhersehbaren Folgen zu beginnen. Und sie verdienen, für ihre Verbrechen bestraft zu werden", sagte er. Angela Merkel hatte in einem Interview mit *Die Zeit* versichert, dass sie die Minsker Vereinbarungen ausgehandelt und unterzeichnet habe, nicht um Frieden in der Ukraine zu schließen, sondern um der ukrainischen Armee Zeit zu geben, sich auf den aktuellen Krieg vorzubereiten. François Hollande hatte ihr in einem Interview mit *Kyiv Independent* Recht gegeben.

Das Völkerrecht betrachtet "Verbrechen gegen den Frieden" als das schwerwiegendste aller Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Vereinten Nationen haben jedoch nie klar definiert, was sie bestraft werden sollen. Die Nichtumsetzung der Minsker Vereinbarungen verlängerte den Bürgerkrieg in der Ukraine um 8 Jahre und tötete mindestens 20 000 Menschen.

Russland ist nicht in die Ukraine einmarschiert, sondern hat eine spezielle Militäroperation zur Umsetzung der Resolution 2202 des Sicherheitsrates gestartet ; eine Resolution, die die Minsker Vereinbarungen bestätigt.

Wer ist der Spion Paul Whelan ?

Die Vereinigten Staaten versuchen, den vierfachen Staatsbürger Paul Whelan (ebenfalls Ire, Brite und Kanadier) auszutauschen, der in Russland wegen Spionage inhaftiert ist. Whelan wurde zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt. Er gehöre dem unsichtbaren Netzwerk des

Pentagon an (und nicht der CIA). Moskau scheint ihn nicht freilassen zu wollen.

AFRIKA

CIA besorgt über Anwesenheit von Wagner-Truppen in Libyen

CIA-Direktor [William Burns](#) besuchte Libyen. Er traf nacheinander den Premierminister der tripolitanischen Regierung, Abdul Hamid Dbeibah, und Feldmarschall Khalifa Haftar, den Kommandeur der Libyschen Nationalarmee von Kyrenaika. Ohne über die Zukunft Libyens zu sprechen, wollte die CIA über Russlands Rolle im Land und insbesondere die Rolle des privaten Militärunternehmens Wagner diskutieren.

Tunesische Opposition verstärkt sich nicht nach den Wahlen

Nach der beispiellosen Enthaltung bei den Parlamentswahlen durfte nun die Opposition zum 12. Jahrestag des Sturzes von Präsident Ben Ali demonstrieren. Aber sie hat keine neuen Vorschläge gemacht und wiederholt endlos ihre gleichen Slogans.

ASIEN

Bezalel Smotrich zeigt seine Homophobie

In einer veröffentlichten Aufnahme macht sich Israels Finanzminister Bezalel Smotrich keine Sorgen über die Auswirkungen seiner homophoben Positionen bei seinen Sponsoren. Er sagt : "Ein sephardischer [Geschäftsmann] oder ein traditioneller Jude, glauben Sie, dass er sich um Homosexuelle kümmert ? Es ist ihm egal. Er sagte : 'Glaubst du, es kümmert mich, dass du [Smotrich] gegen sie bist ?' ».

Israelischer Oberster Gerichtshof fordert Rücktritt des Shaas-Parteimitglied Ministers

Der Oberste Gerichtshof Israels verabschiedete einen Antrag mit 10 von 11 Stimmen, in dem er erklärte, dass die Ernennung von Aryeh Deri zum Minister äußerst unangemessen sei. Herr Deri, einer der Gründer von Shaas, wurde letztes Jahr wegen Steuerdelikten verurteilt und im Rahmen eines Plea-Deals auf Bewährung gesetzt. Er sagte, er werde nicht zurücktreten. Benjamin Netanjahus Regierung plant eine Justizreform, die den Obersten Gerichtshof der meisten seiner Vorrechte berauben wird.

Katar lehnt Versöhnung zwischen Hamas und Syrien ab

Der Empfang einer Hamas-Delegation durch den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad führte zu großen Erklärungen zur arabischen Aussöhnung. Das Hamas-Büro in Damaskus ist jedoch immer noch nicht geöffnet. Darüber hinaus schloss Katar als Vergeltung sein humanitäres Büro in Gaza.

Zu Beginn des Krieges gegen Syrien griff die Hamas, geführt von israelischen Mossad-Elementen, die palästinensische Stadt Jarmuk am Stadtrand von Damaskus an, um PFLP-Führer zu ermorden.

UN-Generalversammlung verurteilt israelische Vergeltungsmaßnahmen gegen die Palästinensische Autonomiebehörde

Bei den Vereinten Nationen verabschiedete die Generalversammlung eine Resolution, in der Israel aufgefordert wird, die Sanktionen gegen die Palästinensische Autonomiebehörde unverzüglich aufzuheben, nachdem am 30. Dezember 2022 eine weitere Resolution verabschiedet wurde, in der der Internationale Gerichtshof (IGH) aufgefordert wurde, die israelische Besatzung für illegal zu erklären. Deutschland, das gegen die erste Entschließung

gestimmt hatte, stimmte nun für die zweite. Fünfzehn Staaten der Europäischen Union, die sich bei der ersten Abstimmung der Stimme enthielten, stimmten nun doch für die zweite. Das Überleben der Palästinensischen Autonomiebehörde steht auf dem Spiel mit der Blockade der Steuern, die Israel gemäß den Oslo-Abkommen für sie erhebt. Vertraulich bezeichnen die Diplomaten diese Abkommen übrigens schon als todgeweihet.

Israelische Geisel Abera Mengistu lebt noch

Die Hamas veröffentlichte ein 43-Sekundenlanges Video einer israelischen Geisel, Abera Mengistu. Damit brach sie mit ihrer Doktrin, keine Beweise für das Leben einer Geisel zu geben ohne Gegenleistung. Abera Mengistu ist ein äthiopischer Jude, der an einer psychiatrischen Erkrankung leidet und 2014 die Grenze zum Gazastreifen überquerte und von der Hamas gefangen genommen wurde. Es ist nach 8 Jahren Abwesenheit nicht möglich, die Authentizität des Videos mit Sicherheit zu bestätigen.

Die Hamas fordert immer noch die Freilassung von 60 Gefangenen im Austausch für dessen Freistellung. Die aufeinanderfolgenden israelischen Regierungen haben wenig getan, um ihn zu befreien, wahrscheinlich weil er schwarz ist.

Griechenland verurteilt israelisches Unternehmen Intellexa

Die griechische Datenschutzbehörde hat das israelische Spyware-Unternehmen *Intellexa* mit einer Geldstrafe von 50 000 Euro belegt, das die *Predator*-Software entwickelt hat. Das Unternehmen, das einem ehemaligen israelischen Geheimdienstoffizier, Tal Dilian, gehört, wird beschuldigt, bei einer laufenden Untersuchung über den Einsatz von Spyware in Griechenland nicht kooperiert zu haben.

Danny Danon bereitet die Annexion des Westjordanlandes vor

Der ehemalige israelische UN-Botschafter Danny Danon hat angekündigt, dass er an einem Gesetzentwurf zur Annexion des Jordantals, eines Drittels der Westbank, arbeitet.

Drogenhandel bedroht die Sicherheit des Libanon

Bei einem Besuch in einem Militärkrankenhaus sagte der Oberbefehlshaber der Armee, General Joseph Aoun, der Drogenhandel sei "gefährlicher als Terrorismus". Seit dem Zusammenbruch libanesischer Banken ist das Land zu einer Drehscheibe für den Drogenhandel geworden.

Hisbollah wird bald 200 000 Milizionäre haben

Der Generalsekretär der Hisbollah sagte, die Partei Gottes habe zusätzlich zu ihren 90 000 Mahdi-Spähern und 100 000 Soldaten, 9000 neue Kämpfer rekrutiert.

Katar sagt eine Rückkehr von russischem Gas in die EU voraus

Saad Sherida al-Kaabi, Katars Energieminister und Chef von *Qatar Energy*, sagte auf einem Energieforum in Abu Dhabi : "Russisches Gas wird meiner Meinung nach, nach Europa zurückkehren", auch wenn es jetzt "eine viel größere Vielfalt" an Versorgungsquellen hat. "Die Europäer sagen jetzt, dass davon keine Rede ist, aber die Dinge werden sich im Laufe der Zeit ändern."

VAE Öl-Direktor wird die COP 28 leiten

Die Nachfolge-Klimakonferenz, COP 28, wird von Sultan Ahmad al-Jaber, Direktor des Ölgiganten ADNOC (Abu Dhabi National Oil Company), geleitet werden. Entgegen der landläufigen Meinung wurden die Pariser Abkommen von 2015 nicht vom Vorsitzenden, dem Franzosen Laurent Fabius,

entworfen, sondern vom Amerikaner Brian Deese, damals ein Senoir-Berater von Präsident Barack Obama. Anschließend wurde dieser Mann Senior-Manager des BlackRock Investment Fund. Heute ist er Vorsitzender des Nationalen Wirtschaftsrates des Weißen Hauses.

Der Iran nähert seine Marine der Küste der Vereinigten Staaten

Die iranische Marine hat nun ein Kommando für den Indischen Ozean, ein zweites für den Pazifischen Ozean und ein drittes für den Atlantischen Ozean. Laut seinem Kommandeur, Konteradmiral [Shahram Irani](#), setzte sich die iranische Marine durch, trotz des Widerstands Frankreichs und Australiens, die ihre Bewegungen beabsichtigten einzuschränken, unter Verletzung der von ihnen selbst erlassenen Regeln. Obwohl sie die Präsenz ausländischer Armeen im Nahen Osten als Ursache für die Destabilisierung der Region ansieht, nähert sich die iranische Marine nun den Küsten der Vereinigten Staaten und wird durch den Panamakanal fahren.

Neue Version der Ermordung von Mohsen Fakhrizadeh

Der Iran hat einen ehemaligen hochrangigen Beamten des Verteidigungsministeriums, Ali Reza Akbari, hingerichtet, welcher Konteradmiral Ali Shamkhani, dem derzeitigen Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, nahestand. Herr Akbari, der in den 2000er Jahren die Nummer 2 im Verteidigungsministerium gewesen war, zog nach Großbritannien, wo er die Staatsbürgerschaft erwarb. Er war angeblich, vor Verhandlungen mit dem Westen, für eine Bewertung in den Iran eingeladen worden. Es war eine Falle. Er wurde verhaftet und beschuldigt, bei der Ermordung von Mohsen Fakhrizadeh, dem Chef des Atomprogramms, den britischen Geheimdienst unterstützt zu haben.

Zuvor hatte der Iran Israel für das Attentat verantwortlich gemacht, während die *New York Times* behauptet hatte, es sei mit einem satellitengesteuerten Robotergerät durchgeführt worden.

Iranische Armeen erwerben russische Kampffjets

Shahriar Heydari, Mitglied des Ausschusses für nationale Sicherheit und Außenpolitik, sagte, die iranischen Streitkräfte würden bis Ende März eine "bestimmte Anzahl" von *Su-35* "Flanker E"-Kampfflugzeugen erhalten. Diese russischen Flugzeuge waren ursprünglich für Ägypten bestimmt.

Russlands *Su-35* "Flanker E" Mehrzweck-Kampffjets sind ihren NATO-Gegenstücken weit überlegen. Etwa fünfzig ihrer Komponenten werden von amerikanischen, kanadischen, japanischen, schweizerischen, taiwanesischen und chinesischen Unternehmen hergestellt, was antirussische oder antiiranische "Sanktionen" als verwunderlich erscheinen lässt.

Erzwungener Rücktritt des vietnamesischen Präsidenten

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Vietnams hat Präsident Nguyen Xuan Phuc nach 539 Korruptionsfällen zum Rücktritt gezwungen.

Spannungen zwischen Südkorea und Iran

Der südkoreanische Präsident Yoon Suk Yeol besuchte die Vereinigten Arabischen Emirate, um Waffen zu verkaufen. Nebenbei bezeichnete er den Iran als die größte Gefahr für die Emirate.

Teheran bestellte sofort den südkoreanischen Botschafter ein und warnte ihn vor einer möglichen Überprüfung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Seoul bestellte daraufhin den iranischen Botschafter ein, in der Hoffnung, die Lage zu beruhigen. Obwohl es in Südkorea keine Iraner gibt, hat

Seoul einen Farsi-sprachigen Fernsehsender, der eine westliche Sichtweise im Iran ausstrahlt. Darüber hinaus friert Seoul 7 Milliarden iranische Dollar in seinen Banken unter westlichen "Sanktionen" ein.

Chinas Bevölkerung schrumpft, aber das Wirtschaftswachstum geht weiter

Nach Angaben des Nationalen Statistik-Büro ging Chinas Bevölkerung (ohne Hongkong, Macau und Taiwan) zum ersten Mal seit 61 Jahren zurück, da es im letzten Jahr 850 000 weniger Geburten als Todesfälle gab. Sie seien nun 1411,75 Millionen Chinesen.

Die Behörden interpretieren diesen Rückgang damit, dass die Bevölkerung Geburten während der Covid-Epidemie aufgeschoben habe. Die Bruttoinlandsproduktion wuchs 2022 um 3%. Dies ist weit entfernt von dem zweistelligen Wachstum der 2000er Jahre.

Washington versucht, Exporte aus Xinjiang zu verbieten

Die Vereinigten Staaten versuchen viele verbündete Staaten dazu zu bringen, das Äquivalent ihres *uigurischen Gesetzes zur Verhinderung von Zwangsarbeit (Uyghur Forced Labor Prevention Act)* zu verabschieden. Es geht darum, alle Importe von Waren zu verbieten, die in der chinesischen Region Xinjiang hergestellt werden, die Washington beschuldigt, durch Zwangsarbeit von 2 Millionen seiner Bürger auszubeuten.

Die Europäische Union hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der derzeit im Europäischen Parlament diskutiert wird. Aber er unterscheidet sich sehr vom US-Gesetz, da letzteres *a priori* alles, was in Xinjiang produziert wird, als aus Arbeitslagern stammend betrachtet und die Beweislast des Gegenteil dem guten Willen der Importeure überlässt, während Brüssel die Xinjiang-Produktion *a priori* als normal betrachtet, sofern nicht von den nationalen Regierungen etwas anderes bewiesen

wird.

Europaabgeordnete wie die französischen grünen Senatoren Mélanie Vogel und Guillaume Gontard versuchen, die US-Version in ihren Ländern durchzusetzen.

Peking gestaltet seine Beziehungen zu Washington neu

Der chinesische Vizepremier Liu He traf sich mit der Präsidentin der *Federal Bank US*, Janet Yellen, in Zürich und plädierte für die schrittweise Rückkehr seines Landes zum freien Unternehmertum. Damit würde er eine wirtschaftliche Entspannung mit den Vereinigten Staaten anstreben, obwohl diese angeblichen Freihandel-champions ihn nicht wirklich respektieren.

Politisch beschuldigt Peking die USA jedoch weiterhin, die Covid-19-Pandemie verursacht und Russlands Krieg gegen die Ukraine ausgelöst zu haben.

Fumio Kishida bereitet den nächsten G7 Gipfel vor

Der japanische Premierminister Fumio Kishida unternahm eine Reise durch die G7-Mitgliedsländer. Er setzt auf den US-Atomschirm und hat dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron gesagt, dass die Sicherheit Europas und des Indopazifiks unteilbar sei. Er unterzeichnete ein Abkommen über den gegenseitigen Zugang für Truppen mit dem britischen Premierminister Rishi Sunak und vereinbarte mit der italienischen Premierministerin Giorgia Meloni die Verbesserung der Verteidigungsbeziehungen.

Japan sammelt um sich Anhänger gegen China

Vortrag an der Johns Hopkins University, Während seines Besuchs in den Vereinigten Staaten betonte der japanische Premierminister [Fumio Kishida](#) : "Es ist absolut notwendig, dass Japan, die Vereinigten Staaten und Europa bei

der Gestaltung unserer jeweiligen Beziehungen zu China vereint bleiben."

Fehler-Korrektur

- In den ersten Ausgaben unserer Nummer 23 datierten wir den Fall der Mohammed-Karikaturen auf 2017. Er fand im Jahr 2005 statt.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Dokumentations ergänzung

3- Think Tanks

ALGERIA

« [Algeria's cautious return to the world stage](#) », Francis Ghilès, *CIDOB*

ARTIC

« [China's Strategy and Activities in the Arctic. Implications for North American and Transatlantic Security](#) », Stephanie Pezard, Stephen J. Flanagan, Scott W. Harold, Irina A. Chindea, Benjamin J. Sacks, Abbie Tingstad, Tristan Finazzo & Soo Kim, *Rand Corporation*

« [Understanding China–Russia Cooperation in the Arctic](#) », Bipandeep Sharma & Uttam Kumar Sinha, *Manohar Parrikar Institute for Defence Studies and Analyses*

BANGLADESH

« [Bangladesh's Seaports : Securing Domestic and Regional Economic Interests](#) », Sohini Bose, *Observer Research Foundation*

CHINA

« [Outspokenly Unspoken : The Chinese People's 'White Paper Revolution'](#) », Bart Dessen & Jasper Roctus, *Egmont Institute*

« [CCP's 20th Congress : Xi's Return and Implications for the People's Liberation Army](#) », Amrita Jash, *Observer Research Foundation*

« [Navigating Stormy Seas in US-China Relations](#) », Rena Uphoff, *Center for Security Studies*

« [China's Loosening Covid Policy : Lessons from India and Singapore](#) », Pan Xingjun & Lee Jonghyuk, *S. Rajaratnam School of International Studies*

« [The Xi Plan : The Political Factors Driving China's COVID-19 Strategy](#) », Kalpit A Mankikar, *Observer Research Foundation*

« [National Defense and Global Industries : Taiwan and the Game of Diversification in the Global Semiconductor Supply Chain](#) », Dr. Lin,

Christina, *Institute for Strategic, Political, Security and Economic Consultancy* (ISPSW)

EUROPEAN UNION

« [La sidérurgie européenne se prépare pour être à la pointe de la décarbonation](#) », Sylvie Cornot, *Institut français des relations internationales* (IFRI)

« [Décorrélér les prix de l'électricité de ceux du gaz : mission impossible ?](#) », Nicolas Goldberg & Antoine Guillou, *Terra Nova*

« [Assessment of market design options for the European Electricity and Gas Market](#) », *EPICO*

« [De quelle universalité les valeurs européennes sont-elles le nom ?](#) », Thierry Chopin, *Institut Jacques Delors*

« [Pro- and anti-competitive provisions in the proposed European Union Data Act](#) », Bertin Martens, *Bruegel*

« [Up, Up and Away ? A Price Stability Guide for Policymakers](#) », Jürgen Matthes, Michael Grömling, Markus Demary, Björn Kauder, Berthold Busch, Gero Kunath & Thomas Obst, *Wilfried Martens Centre for European Studies*

« [The state of economic convergence in the Eurozone](#) », Adriaan Schout, *Netherlands Institute of International Relations 'Clingendael'*

FIJI

« [Fiji's Vote for Change](#) », Dr. Schleich, Anne-Marie, *Institute for Strategic, Political, Security and Economic Consultancy* (ISPSW)

GERMANY

« [Challenges of Combatting Extremism Financing in Germany](#) », Schindler, Hans-Jakob, *Institute for Strategic, Political, Security and Economic Consultancy* (ISPSW)

« [Higher Renewable Energy Targets in Germany : How will the Industry Benefit ?](#) », Gilles Lepasant, *Institut français des relations internationales* (IFRI)

INDIA

« [India's Energy Transition in a Carbon-Constrained World](#) », *Vivekananda International Foundation*

« [A Conceptual Relook at the Indian Army's Terminal Air Defence](#) », Ashok Kumar, *Observer Research Foundation*

« [Green Hydrogen : An Opportunity for India-Africa Cooperation](#) », Apoorva Lalwani, *Observer Research Foundation*

INDO-PACIFIC

« [The Future of Cyber Warfare in the Indo-Pacific](#) », Bart Hogeveen, *Observer Research Foundation*

« [Maritime Road to 2030 : EU's Indo-Pacific Footprint and India](#) », *Hague Center for Strategic Studies*

IRAN

« [Is There an Alternative Strategy in Response to Iran's Nuclear Progress ?](#) », Shimon Stein, *Institute for National Security Studies* (INSS)

ISRAEL

« [Behind the Visits by US Officials to Israel : Signs of Cooperation or Confrontation ?](#) », Eldad Shavit, *Institute for National Security Studies* (INSS)

« ["The Day after Abbas" : Strategic Implications for Israel](#) », Udi Dekel & Noa Shusterman, *Institute for National Security Studies* (INSS)

« [The UN General Assembly Refers Israel to The Hague](#) », Pnina Sharvit Baruch & Ori Beeri, *Institute for National Security Studies* (INSS)

« ["War Game" : Outbreak of Violence on Temple Mount](#) », Udi Dekel, *Institute for National Security Studies* (INSS)

« [Regulation of Social Media in Israel](#) », Tamir Hayman, David Siman-Tov & Amos Hertz, *Institute for National Security Studies* (INSS)

« [Whither the China Policy of the Sixth Netanyahu Government ?](#) », Assaf Orion, *Institute for National Security Studies* (INSS)

LEBANON

« [“Narcos,” Syria-Lebanon Style](#) », Carmit Valensi & Orna Mizrahi, *Institute for National Security Studies* (INSS)

MYANMAR

« [Crowdfunding a War : The Money behind Myanmar’s Resistance](#) », *International Crisis Group*

NATO

« [How allied Sweden and Finland can secure Northern Europe](#) », Anna Wieslander, Eric Adamson & Jesper Lehto, *Atlantic Council*

RUSSIA

« [Russlands Eroberungskrieg – verhandeln worüber ?](#) », Dr. Olshausen, Klaus, *Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung* (ISPSW)

SAUDI ARABIA

« [US–Saudi Tensions : Implications for the Petrodollar System](#) », Adil Rasheed, *Manohar Parrikar Institute for Defence Studies and Analyses*

« [Two to Tango : Xi Jinping’s Visit to Riyadh](#) », Md. Muddassir Quamar, *Manohar Parrikar Institute for Defence Studies and Analyses*

TANZANIA

« [The political economy of energy production in post-independence Tanzania. A review](#) », Japhace Poncian & Rasmus Hundsbæk Pedersen, *Danish Institute for International Studies*

UKRAINE

« [Open-Source Intelligence and the War in Ukraine](#) », TZ & Tamir Hayman, *Institute for National Security Studies* (INSS)

« [Ukraine : „Unterstützen, so lange wie nötig!“](#) », Olshausen, Klaus, *Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung* (ISPSW)

« [Responding to a Limited Russian Attack on NATO During the Ukraine War](#) », Bryan Frederick, Samuel Charap & Karl P. Mueller, *Rand Corporation*

UNITED STATES

« [The Russia–Ukraine War at One Year : The Biden Administration Owes the 118th Congress More Answers](#) », Victoria Coates, *Heritage Foundation*

« [The Border Zone Next Door, and Its Out-of-Control Police Force. Recommendations for the Biden Administration to Rein in « Customs » and Border Protection](#) », Katherine Hawkins, *Project on Government Oversight* (POGO)

« [The Constitution’s Disqualification Clause Can Be Enforced Today](#) », Liz Hempowicz & David Janovsky & Norman Eisen, *Project on Government Oversight* (POGO)

« [Operational Imperative. Investing Wisely to Bolster U.S. Air Bases Against Chinese and Russian Attacks](#) », Christopher Lynch, Rachel Costello, Jacob L. Heim, Andrew Karode, Patrick Mills, Robert S. Tripp & Alan J. Vick, *Rand Corporation*

« [The Science of Gun Policy. A Critical Synthesis of Research Evidence on the Effects of Gun Policies in the United States](#) » (updated), Rosanna Smart, Andrew R. Morral, Rajeev Ramchand, Amanda Charbonneau, Jhacova Williams, Sierra Smucker, Samantha Cherney & Lea Xenakis, *Rand Corporation*

« [Forging a Post-Pandemic Policy Agenda : A Road Map for COVID-19 Congressional](#)

[Oversight](#) », Robert Moffit & Doug Badger, *Heritage Foundation*

ENERGY

« [The 2023 Global Energy Agenda](#) », Landon Derentz, Christine Suh, Ameya Hadap & Paul Kielstra, *Atlantic Council*↵

« [The State of Carbon Dioxide](#) »↵

« [Carbon Farming Co-benefits. Approaches to enhance and safeguard biodiversity](#) », Aaron Scheid, ↵

Hugh McDonald, Julia Bognar, Laure-Lou Tremblay, *Ecologic Institute*↵

« [Towards Socially and Ecologically Sustainable Energy Markets. Options to reform energy pricing in the G20](#) », Michael Jakob & Nora Kögel, *Ecologic Institute*↵

CYBER

« [Cyber Sovereignty : In Search of Definitions, Exploring Implications](#) », Madhuvanthy Palaniappan, *Observer Research Foundation*↵

MIGRATIONS

« [Measuring Good Migration Governance with an Indicator Approach](#) », Francesco Pasetti & Elaine Lebon-McGregor, *CIDOB*↵

SOCIAL SECURITY

« [Towards Universal Social Security : Priorities for the G20](#) », Debosmita Sarkar & Soumya Bhowmick, *Observer Research Foundation*↵

TERRORISM

« [Counter Terrorist Trends and Analyses](#) » (CTTA) – Volume 15 Issue 01, Kumar Ramakrishna, Benjamin Mok, Abigail Leong, Muhammad Saiful Alam Shah Bin Sudiman, Abdul Basit & Iftekharul Bashar, *S. Rajaratnam School of International Studies*↵

« [Killing of al-Zawahiri : U.S. Counter-terrorism Operations, Future of Al Qaeda and](#)

[Implications for Taliban, Pakistan, other Stakeholders and India](#) », PK Mallik, *Vivekananda International Foundation*↵

TRADE

« [The impact of the Ukraine crisis on international trade](#) », Zsolt Darvas & Catarina Martins, *Bruegel*↵

TRANSPORT

« [Transport maritime, premiers bilans 2022 et perspectives 2023](#) », *Institut supérieur d'économie maritime (ISEMAR)*↵

WEAPONS

« [Reevaluating Bioweapons Amid Global Political Fragility](#) », Shambhavi Naik, *Observer Research Foundation*↵

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°25 - 27. Januar 2023

Israel besitzt den Schlüssel zum Ukraine-Konflikt

Während sich die Welt um den Krieg in der Ukraine herum, der vom Westen als zentral und vom Rest der Welt als regional wahrgenommen wird, neugestaltet, könnte die Entwicklung des Staates Israel die Situation umkehren.

Wenn, laut dem ehemaligen US-Außenminister Mike Pompeo, Israel auch in der Gesamtstrategie der Vereinigten Staaten von größter Bedeutung ist, hat es nun nicht mehr die Unterstützung der jüdischen Gemeinschaft der USA. Letztere hat sich gegen die Pläne der neuen Netanjahu-Regierung gestellt, während eine kleine Hälfte der Israelis über ein religiös-autoritäres Abdriften besorgt ist. Zum ersten Mal brach ein ehemaliger Verteidigungsminister, General Moshe Ya'alon, ein Tabu, indem er das, was heute in Israel geschieht, mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus verglich.

Israels neue Verbündete in der arabischen Welt wissen nicht mehr, wie es weitergehen soll.

Die Umkehr Israel's Innenpolitik könnte eine Umkehr in der Außenpolitik vorwegnehmen.

Vorerst bleibt die Netanjahu-Regierung bei der Position seines Vorgängers Naftali Bennett, dass keine israelischen Waffen an die Nachfolger der ukrainischen integralen Nationalisten geliefert werden, die vor und während des Weltkriegs 1,6 Millionen Juden massakrierten. Wenn Benjamin Netanjahu seine Mehrheit mit den Pro-Amerikanern und nicht mehr mit den Anhängern der Halacha wiederherstellen würde, könnte er zum Bündnis mit den ukrainischen Judenmördern zurückkehren, das sein Vater, der Historiker Benzion Netanjahu, verkörperte. Diese Änderung würde den Westen endlich davon überzeugen, dass es in der Ukraine keine Nazis gibt und dass Russland sie bedroht.

AMERIKA

US-Sicherheitsrat erklärt Wagner-Gruppe zu "krimineller Organisation"

Der [US-Sicherheitsrat](#) hat das private Militärunternehmen Wagner als internationale kriminelle Organisation eingestuft. Sein Sprecher sagte, Wagner erhalte Waffen aus Nordkorea und wetteifere mit dem russischen Verteidigungsministerium.

Gegen die Verwendung von Gas im Haushalt

Die Biden-Regierung hat ihren Plan, mit Gas betriebenen Küchen und Heizungen zu verbieten, aufgegeben. Dennoch ist dieses Verbot in ihren Augen unerlässlich, um gegen die "globale Erwärmung" zu kämpfen. Allerdings haben bereits 85 Großstädte die Gasheizung verboten und die New Yorker Gouverneurin Kathy Hochul hat angekündigt, dass ab 2025 Mehrfamilienhäuser nicht mehr an das Gasnetz angeschlossen würden.

Jeffrey Zients nächster Stabschef des Weißen Hauses

Man erwartet, dass der Stabschef des Weißen Hauses, Ron Klain, nach der Rede zur Lage der Nation durch [Jeffrey Zients](#) ersetzt werde. Was beide Männer gemeinsam haben, ist, dass sie Juden sind und, daher gegenüber der neuen Netanyahu-Regierung misstrauisch sind (siehe unten). Jeffrey Zients war Präsident Joe Bidens Koordinator für Anti-Covid-Politik.

CSIS empfiehlt, russische und chinesische Banken zu sanktionieren

Das *Center for Strategic and International Studies* (CSIS) hat einen [Bericht](#) über Korea veröffentlicht.

Er stellt fest, dass Pjöngjang die Ablenkungen von Covid und dem Krieg in der Ukraine genutzt habe, um seine Atomwaffen wiederzubeleben und zu entwickeln. Es rät der

Biden-Regierung, russische und chinesische Banken und Unternehmen zu sanktionieren, die mit der Demokratischen Volksrepublik zusammenarbeiten.

US-Juden um Netanjahus Regierung besorgt

Das [Jewish Democratic Council of America](#) sagte : "Wir unterstützen die Israelis, die sich über extremistische Mitglieder der gegenwärtigen israelischen Regierung Sorgen machen. Ihre sektiererischen Aussagen und die Politik, die sie verfolgen, laufen unseren gemeinsamen Werten zuwider. Wir fordern die neue israelische Koalition auf, diesen Werten treu zu bleiben, einschließlich der Verteidigung der Demokratie und der Minderheitenrechte, und den Zehntausenden Israelis, die gegen die Politik der neuen Regierung protestieren, die mit diesen Werten unvereinbar ist, beizustehen. ».

54 wichtige US-Journalisten von George Soros bezahlt

Das Media Research Center hat den zweiten Teil seiner Studie über den [Einfluss von George Soros auf die US-Medien](#) veröffentlicht. Die Studie zeigt, dass 54 Persönlichkeiten finanziell mit dem Milliardär verbunden sind, darunter die Redakteure der Nachrichtenagenturen *Bloomberg News*, *Associated Press* und *Reuters*, sowie die Tageszeitung *Washington Post* oder die Vizepräsidentin der *New York Times*.

Kongress weitet seine Untersuchungen der Social-Media auf TV-Sender aus

Der Telefonriese AT & T hat den konservativen NewsMax-Kanal über sein Kabelnetz DirecTV gekappt. 41 republikanische Abgeordnete hatten einen Brief an AT&T geschickt, um NewsMax zu unterstützen. Sie schrieben : "Der Kongress beabsichtigt, eine umfassende Aufsicht darüber durchzuführen, inwieweit die Demokraten des Repräsentantenhauses und die Beamten des

Bundesamt sich mit privaten Unternehmen abgesprochen haben, um die Rechte des Ersten Verfassungszusatzes einzuschränken, zu behindern und zu umgehen ... Diese Untersuchungen werden nicht auf Social-Media-Unternehmen beschränkt sein."

US-Uranmunition für die Ukraine

Das Pentagon plant, der Ukraine Uranmunition zu liefern. Projektile, die mit abgereichertem metallischem Uran, Abfällen aus Kernkraftwerken, beschichtet sind, haben eine erhöhte Durchschlagskraft bei Panzern. Wenn diese Munition eingesetzt wird, setzt sie durch Reibung verdampfte Uranpartikel frei und verschmutzt die nahe Umwelt. Die Vereinigten Staaten haben diese Munition im Kosovo, im Irak und kürzlich in Syrien ausgiebig eingesetzt. Ihr Einsatz in der Ukraine wird die ukrainischen Kampfgebiete unbewohnbar machen.

Die Biden-Administration gegen wettbewerbswidrige Praktiken von Google

Das US-Justizministerium hat mit Unterstützung von acht Bundesstaaten eine kartellrechtliche Klage gegen *Google/Alphabet* eingereicht. Dieser Prozess findet statt, weil *Alphabet* im dritten Quartal 2022 mehr als 54,5 Milliarden US-Dollar an Werbeeinnahmen erzielte, aber gerade bekannt gab, dass es 12000 Mitarbeiter entlassen werde.

Migrationsdruck in den USA

Im Jahr 2022 nahmen Grenzschutzbeamte 2,4 Millionen illegale Einwanderer an der mexikanischen Grenze fest. Schätzungsweise möchten 140 Millionen Lateinamerikaner sich in den Vereinigten Staaten niederlassen.

Waffenausstellung in Las Vegas

Mehr als 52000 Fachleute aus der ganzen Welt kamen, um bei der *ShotShow* im *Venetian Resort and Casino* in Las Vegas Waffen einzukaufen. 2500 Rüstungsunternehmen hielten dort Stände. Der militärisch-industrielle Komplex der USA ist der Hauptnutznießer des Krieges in der Ukraine.

Eine Militärdelegation aus Nordkorea besuchte den Salon unter den wachsamen Augen der US-Spionageabwehr.

Der Dollar immer noch zentral

Gemäß einer Studie der *Crédit Suisse Bank* mit dem Titel *Die Zukunft des Geldsystems*, bleibt der Dollar die erste Referenzwährung. Er entspricht 60% der Währungsreserven, verglichen mit 80% zur Zeit der Sowjetunion und 90% der Transaktionen auf dem Devisenmarkt. Viele Staaten beginnen jedoch, in ihren lokalen Währungen anstelle von Dollar zu handeln.

Lula entlässt Brasiliens Generalstabschef

Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hat den Stabschef der Streitkräfte, General Julio Cesar de Arruda, entlassen, der am Ende der Amtszeit des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro sein Amt angetreten hatte. Lula hat auch ein Dutzend hochrangige Offiziere entlassen, die er verdächtigt, mit Demonstranten zusammenzuarbeiten, die das Parlament gestürmt hatten.

Entgegen den Befürchtungen der Linken verzichtete das Militär während Bolsonaros Präsidentschaft jedoch auf jede politische Rolle. General de Arruda hatte sich geweigert, die Demonstranten zu verhaften, da ein Eingreifen der Armee für ihn einer blutigen Konfrontation gleichgekommen wäre.

Lula verurteilt russische "Besetzung" der Ukraine

Präsident Luiz Ignacio Lula da Silva hat Russlands "Besetzung" der Ukraine verurteilt. Er ist der erste BRICS-Staatsmann, der sich dem westlichen Narrativ anschließt, dass Moskau die Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrates nicht umsetzt, sondern die Ukraine besetzt, um sie zu annektieren. Diese Kehrtwende ist umso unerwarteter, als Lulas Vorgänger Jair Bolsonaro das Prinzip eines neutralen Brasiliens im Ukraine-Konflikt gesetzt hatte.

Fernández und Lula für eine gemeinsame argentinisch-brasilianische Währung

In einem gemeinsamen Artikel, der anlässlich des Gipfeltreffens der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) in Buenos Aires veröffentlicht wurde, forderten die argentinischen und brasilianischen Präsidenten Alberto Fernández und Luiz Ignacio Lula da Silva die Schaffung einer gemeinsamen Währung, des *Sur*. CELAC wurde vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez als Gegengewicht zur Washingtoner Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gegründet. Der derzeitige venezolanische Präsident Nicolás Maduro konnte wegen des von argentinischen Gerichten gegen ihn ausgestellten Haftbefehls nicht am Gipfel in Buenos Aires teilnehmen. Nach seiner Gründung wird der *Sur* voraussichtlich auch von Uruguay und Paraguay übernommen, um die gemeinsame (aber nicht einzige) Währung des Gemeinsamen Marktes des Südens (Mercosur) zu werden. Dieses Projekt scheint gelinde gesagt ehrgeizig zu sein, da die beiden Volkswirtschaften Argentiniens und Brasiliens sehr unterschiedlich sind.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

EUROPA

Das Vereinigte Königreich ist auf Staatsstrieche spezialisiert

Laut [Declassify UK](#) bezeugen britische Archive, dass das Vereinigte Königreich seit dem Zweiten Weltkrieg an mindestens 42 Staatsstreich in 27 verschiedenen Ländern beteiligt war.

Große französische Journalisten, die von Präsident Macron heimlich eingeladen wurden

Laut der *Europe 1*-Journalistin Eve Roger hat der französische Präsident Emmanuel Macron 10 Leitartikler von *BFM*, *Le Monde*, *Le Figaro*, *RTL*, *France TV*, *France Inter* und *Les Échos* zum Mittagessen eingeladen, um ihnen sprachliche Elemente zugunsten seiner Rentenreform zu diktieren.

Große Proteste in Frankreich gegen Rentenreform

Mehr als eine Million Bürger, nach Angaben der Polizei, nahmen am 19. Januar an Demonstrationen gegen das Rentenreformprojekt teil. Nach Ansicht des *Conseil d'orientation des retraites* (COR) bestehe keine Dringlichkeit für eine Reform, auch wenn es in einigen Jahren ein kleines Defizit geben werde. Da die Regierung kurzfristige Finanzierungslösungen ausgeschlossen hat, und langfristig auch auf

einen Ansporn zu mehr Geburten verzichtet, plant sie lediglich eine Anhebung des Rentenalters. Im Hintergrund steht jedoch das Projekt des Übergangs von einer umlagefinanzierten Rente zu einer kapitalgedeckten Rente, wie Larry Fink, CEO von BlackRock, es während eines diskreten Treffens im Élysée während der ersten Amtszeit von Präsident Emmanuel Macron wünschte.

Bruno Le Maire sperrt die Bankkonten von RT France

Der französische Finanzminister Bruno Le Maire ließ die Bankkonten des Unternehmens des bereits verbotenen russischen Nachrichtensenders *RT France* sperren. Das Finanzministerium erklärt diese Entscheidung durch das 9. Sanktionspaket der Europäischen Union.

Jahrestag des Élysée-Vertrags

Frankreich und Deutschland feierten gemeinsam den 60. Jahrestag der Aussöhnung zwischen den beiden Ländern (Élysée-Vertrag). Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz nahmen an einer Zeremonie an der Sorbonne teil. Wie üblich zeigte sich der Kanzler sympathisch, beschränkte sich aber auf Allgemeinplätze. Wenn die Institutionen auch ein starkes Koordinierungssystem zwischen Frankreich und Deutschland vorsehen, scheint die Trennung des "Paares" unvermeidlich. Nach der Sabotage der Nord Stream-Gaspipelines durch den großen US-Verbündeten verlässt sich Deutschland weniger auf seine westlichen Partner und wendet sich China zu.

Frankreich wird seinen Militärhaushalt auf NATO-Standards anheben

Präsident Emmanuel Macron kündigte in seinen Grußworten an die Streitkräfte eine Erhöhung ihres Budgets um ein Drittel oder 400 Milliarden über sieben Jahre an. Es geht darum, die Ausrüstung zu aktualisieren, um den

Haushalt auf die von der NATO geforderten 2 % des BIP zu bringen.

Wenn die französischen Armeen im Kampf mit geringer Intensität auch Wunder vollbringen, sind sie schlecht ausgerüstet und würden nach Angaben des Verteidigungsausschusses der Nationalversammlung im Falle eines Krieges mit hoher Intensität nur zwei Tage durchhalten.

Spanien und Frankreich unterzeichnen einen Freundschaftsvertrag

Spanien und Frankreich haben den Vertrag von Barcelona unterzeichnet, der eine Stärkung der bilateralen Beziehungen in den Bereichen Migration, Verteidigung, Energie und Jugend vorsieht. Madrid unterzeichnete einen vergleichbaren Vertrag nur mit Lissabon, während Paris dies mit Berlin und Rom tat. Der Zwiespalt der beiden Länder über das Gaspipeline-Projekt "Midcat" wurde mittels eines anderen Projekts, der "grünen" Wasserstoffpipeline zwischen Barcelona und Marseille "H2Med", aufgehoben.

Die spanische Rechte vereint gegen Pedro Sánchez

Rechte Parteien demonstrierten vereint gegen die linke Regierung hinter dem Banner "Für Spanien, Demokratie und Verfassung". Sie verurteilen den Wunsch des Premierministers Pedro Sánchez, das Verbrechen des Aufbruchs abzuschaffen, um unabhängige katalanische Führer, einschließlich des flüchtigen Carles Puigdemont, zu amnestieren. Darüber hinaus fordern sie eine Reform der Bestrafung von Sexualverbrechen, die die Vergewaltigung härter bestraft und weniger hart die anderen.

Deutschland schickt schwere Panzer in die Ukraine

Die deutsche Regierung genehmigte schließlich die Entsendung von Leopard-2-Panzern an die Ukraine und die Übermittlung von *Leopard-2* Panzern durch Drittländer, die sie gekauft

hatten. Die Koalition von Olaf Scholz war gespalten. Manche Minister befürchteten, dass diese Waffen von Russland als Kriegseintritt angesehen werden könnten.

Polen hatte beschlossen, seine Unterschrift zu ignorieren und *Leopard-2* Panzer mit oder ohne Genehmigung des Herstellerlandes zu transferieren, wenn es andere Staaten findet, die dazu auch bereit sind, was bei Finnland der Fall war. Spanien, die Niederlande und Norwegen sollten folgen. Die Vereinigten Staaten ihrerseits haben angekündigt, Abrams-Panzer zu schicken.

Die Bedienung von *Leopard-2* (13 Millionen Euro pro Stück) wird in 6 Monaten gelehrt, aber die ukrainische Armee sollte sich mit einer vereinfachten Ausbildung von 2 Monaten begnügen.

Da der Appetit mit dem Essen kommt, bat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj nun Frankreich, ihm Rafale-Flugzeuge (78 Millionen Euro pro Einheit) abzutreten.

Dänemark weiß nicht, wie es die Erhöhung seines Militärbudgets finanzieren soll

Die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen hat ihren Vorschlag zurückgezogen, den 4. Freitag nach Ostern nicht mehr als Feiertag (den von König Karl V. im siebzehnten Jahrhundert eingeführten "großen Gebetstag") zu betrachten. Sie beabsichtigte, dass dieser zusätzliche Arbeitstag die Erhöhung des Budgets der Streitkräfte finanzieren würde, um es auf die von der NATO geforderten 2% des BIP zu bringen. Alle Gewerkschaften und Oppositionsparteien lehnten diese Maßnahme einstimmig ab.

Schweden wird der NATO nicht beitreten, solange die Türkei dagegen ist

Am 21. Januar veranstaltete der libertäre Anwalt Rasmus Paludan einen Protest vor der türkischen Botschaft, bei dem er, wie er es

angekündigt hatte, einen *Koran* in Brand steckte. Der schwedische Außenminister Tobias Billstrom hatte zuvor gesagt, es wäre "äußerst unangemessen", eine Demonstration zu verhindern, selbst wenn dabei ein *Koran* verbrannt würde, nachdem der schwedische Botschafter vom türkischen Außenministerium einbestellt worden war.

"Es ist klar, dass die, die vor der Botschaft unseres Landes eine solche Schande verursacht haben, von uns kein Wohlwollen mehr in Bezug auf ihren Antrag auf NATO-Mitgliedschaft erwarten sollten", sagte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan in einer Fernsehansprache.

Unterdessen rief die Kairoer Al-Azhar-Universität, die Autorität der sunnitischen Muslime, zu "einem Boykott schwedischer und niederländischer Produkte" auf.

Finnland wird der NATO nicht beitreten, solange Schweden es nicht kann

Als Reaktion auf die Erklärung von Präsident Recep Tayyip Erdoğan zur türkischen Weigerung für Schwedens Beitritt in die NATO, erzog der finnische Außenminister Pekka Haavisto, den finnischen Antrag vom schwedischen Ansatz zu entkoppeln. Nach der Intervention des schwedischen Außenministers und des Generalsekretärs der NATO machte Haavisto jedoch einen Rückzieher. Die türkischen Präsidentschaftswahlen am 14. Mai könnten seiner Meinung nach die Karten neu mischen.

Ungarn weitet seinen ideologischen Kampf aus

Das Mathias Corvinus Collegium (MCC) veranstaltet eine internationale Konferenz zum Thema "The Future of Publishing". Bei dieser Gelegenheit beabsichtigt die ungarische Regierung von Viktor Orbán, ihre Netzwerke zu erweitern. Unter den Rednern sind Rod Dreher (*American Conservative*) sowie Jean Sébastien

Ferjoui (*Atlantico.fr*) oder Yair Netanyahu (Benjamins Sohn) vorgesehen.

G7- und EU-Unternehmen bleiben massiv in Russland

Eine Studie der Professoren Simon Evenett von der Universität St. Gallen und Niccolò Pisani vom IMD-Lausanne mit dem Titel : „[Less than Nine Percent of Western Firms Have Divested from Russia](#)“ zeigt, dass seit Beginn der Militäroperation in der Ukraine nur 8,5% der Unternehmen von EU- und G7-Ländern Russland verlassen haben.

Europäische Union durch das Votum des Parlaments gegen die Revolutionsgarden gestört

Der Rat der Europäischen Union zögert, die iranischen Revolutionsgarden zu einer "terroristischen Organisation" zu erklären, wie es das Europäische Parlament fordert. Niemand hat über die Folgen einer solchen Maßnahme nachgedacht : Da die Revolutionsgarden eine Armee der Islamischen Republik sind, bedeutet das nun, dass der iranische Staat eine terroristische Organisation ist ? Vor allem der Oberbefehlshaber der Revolutionsgarden, General Hossein Salami, sagte dem Majlis, dass er im Falle einer solchen Entscheidung im Gegenzug die im Nahen Osten präsenten Armeen der Europäischen Union als "Terroristen" betrachten würde. Des Risikos bewusst, das dann Soldaten eingehen könnten, die Mitglieder von UN-Missionen sind oder Botschaften zugeteilt sind, hat Josep Borell, der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, sich auf die Notwendigkeit zurückgezogen, sich auf eine Gerichtsentscheidung zu stützen. Teheran hatte Sanktionen gegen mehrere europäische Parlamentarier und Militärs, den französischen Lobbyisten Bernard-Henri Lévy und Mitarbeiter des französischen Satiremagazins *Charlie Hebdo* verhängt, das

kürzlich Karikaturen veröffentlichte, die iranische Kleriker lächerlich machen.

Zwei Staaten der Europäischen Union streben den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Russland an

Das estnische Außenministerium ging in den Beziehungen zu Russland einen Schritt weiter und bestätigte die Entlassung des russischen Botschafters in seinem Land, worauf das russische Ministerium reagierte, indem es den estnischen Botschafter anwies, Russland spätestens am 7. Februar zu verlassen. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen, einschließlich der Entlassung von Botschaftern und der Schließung von Botschaften, ist der letzte Schritt vor Kriegsbeginn.

Dies ist die jüngste Runde eines Konflikts, der mit der Ausweisung russischer Diplomaten begann, um das Personal der russischen und estnischen Botschaften "gleichzustellen" (nur 8 Diplomaten und 15 entsandte Angestellte), in Wirklichkeit eine Vergeltungsmaßnahme nach der russischen Militärintervention in der Ukraine. Dann wies Russland estnische Diplomaten aus den Konsulaten in St. Petersburg und Pskow aus "Gegenseitigkeit" mit den Ausweisungen aus, die es erlitten hatte. Im Dezember 2022 begann die estnische Zentralbank mit Zustimmung der Europäischen Zentralbank mit der Verteilung einer 2-Euro-Gedenkmünze, die sie im Juli geprägt hatte. Auf ihrem Rücken befindet sich in einer Hommage an die unabhängige Ukraine ein Nazi-Slogan. Tatsächlich proklamierte am 30. Juni 1941 der "integrale Nationalist" Stepan Bandera mit Unterstützung der Nazis die Unabhängigkeit der Ukraine.

Am 23. Januar kündigte Tallinn die Überweisung von 113 Millionen Euro estnischer Militärhilfe an die ukrainischen Streitkräfte an, darunter "alle FH-70 155-mm-Haubitzen" sowie 122-mm-D-30-Haubitzen, Artilleriegranaten und Carl Gustaf M2-

Panzerabwehrgranatwerfer.

Seit dem 9. Januar erwägt Estland, seine "ausschließliche maritime Zone" durch die Schaffung einer "zusammenhängenden See Zone" zu erweitern, in der seine Küstenwache jedes Schiff beschlagnahmen kann. Angesichts der Enge der Ostsee würde Tallinn damit völkerrechtswidrig die Ein- und Ausfahrt des Hafens von St. Petersburg, der zweitgrößten Stadt Russlands, blockieren.

1939 versuchte die Sowjetunion, mit Finnland über ein Mittel zu verhandeln, um Leningrad (das heutige St. Petersburg) durch die Inseln des Finnischen Meerbusens vor einer Nazi-Invasion zu schützen, aber die Finnen wiesen die sowjetische Besorgtheit zurück. Tödlich bedroht, drang die UdSSR in einen Teil Finnlands (Karelien) ein ("Winterkrieg"), was vom Westen genutzt wurde, um Russland aus dem Völkerbund (Vorläufer der heutigen UNO) auszuschließen.

Nach dem Beispiel Estlands kündigte nun Litauen die Ausweisung des russischen Botschafters an.

Serbien will nicht mehr der EU beitreten

Nach den Spannungen mit dem Kosovo und der Weigerung einer Intervention der Europäischen Union sei Serbien weniger begeistert als in der Vergangenheit, der EU beizutreten, erklärte der serbische Präsident Aleksandar Vučić auf dem Forum in Davos.

Für Präsident Selenskyj ist Wladimir Putin bereits tot

Präsident Selenskyj sprach auf dem Forum in Davos von der Hypothese, dass sein russischer Amtskollege Wladimir Putin bereits tot sei.

Emese Fajk, berühmte Betrügerin und Sprecherin der Ukrainischen Fremdenlegion

Laut *Daily Mail* soll die Australierin ungarische General Kyrylo Budanov verurteilte den Mord

Voltaire Netzwerk Analysen

- „[Krieg in der Ukraine : um die Europäische Union unter Vormundschaft zu halten](#)“, von Thierry Meyssan,

Es ist zwar schwer einzugestehen, aber die Angelsachsen verbergen es nicht einmal. Um ein berühmtes Zitat des ersten Generalsekretärs des Bündnisses zu paraphrasieren, wurde die NATO entworfen, um "Russland draußen, die Amerikaner drinnen und die Europäische Union unter Vormundschaft zu halten". Es gibt keine andere mögliche Interpretation der Fortsetzung nutzloser "Sanktionen" gegen Moskau und der vergeblichen tödlichen Kämpfe in der Ukraine.

- "[Ganz Europa ist ein Schlachtfeld](#)" von Manlio Dinucci

Der gesamte europäische Kontinent beherbergt jetzt Waffenvorräte, die für eine globale Konfrontation, für einen Weltkrieg bestimmt sind.

eines "Helden" durch eine Fraktion der Regierung.

Umfassende Umbildung der ukrainischen Regierung

Die Enthüllungen des Journalisten Juri Nikolow ([Nashi Groshi](#)) vom 21. Januar, wonach die ukrainische Verteidigung die Preise bestimmter für Soldaten bestimmte Lebensmittel künstlich aufgebläht habe, wurden zunächst am 22. Januar dementiert, bevor eine umfangreiche Antikorruptionsoperation eingeleitet wurde. Am 23. Januar kündigte Präsident Selenskyj an, dass Beamte nicht mehr ins Ausland reisen dürften, außer für Regierungsgeschäfte.

Er bezog sich auf den Fall des stellvertretenden Generalstaatsanwalts Oleksij Simonenko, der unter Missachtung des Gesetzes, das jedem Mann im wehrfähigen Alter verbietet das Land

zu verlassen, Urlaub nach Spanien machte. Letzterer trat sofort zurück.

Seitdem haben vierzehn weitere Rücktritte stattgefunden. Fünf Regionalgouverneure (Valentin Reznichenko (Dnipropetrowsk), Oleksandr Staruch (Saporidschdschia), Dmytro Zhivvtsky (Sumy), Jaroslav Januschewitsch (Kherson) und Oleksij Kuleba (Kiev)), vier stellvertretende Minister (darunter Viacheslav Schapowalow (Defence) und Vasyl Losinsky (Infrastruktur)) und zwei Leiter einer Regierungsbehörde verließen ihre Posten, zusätzlich zum stellvertretenden Leiter der Präsidentialverwaltung (Kyrylo Timoschenko) und dem stellvertretenden Generalstaatsanwalt (Oleksij Simonenko).

Korruption war bereits in Friedenszeiten die Geißel der Ukraine. Sie wurde insbesondere in einem [Bericht](#) des Rechnungshofs der Europäischen Union vom 20. Juli 2021 angeprangert.

Im Jahr 2019 wurde Wolodymyr Selenskyj gegen Petro Poroschenko für sein Antikorruptionsprogramm zum Präsidenten gewählt. Aber er selbst war auch anlässlich der Veröffentlichung der [Pandora Papers](#) geschnappt worden.

Die aktuellen Rücktritte werden alle offiziell im Zusammenhang mit Korruptionsfällen präsentiert, aber einige von ihnen wurden noch vor Juri Nikolows Artikel angekündigt. Es wird angenommen, dass sie auf die internen Rivalitäten zurückzuführen sind, die letzte Woche zum Rücktritt des Kommunikationsberaters von Präsident Zelensky, dem sehr beliebten Oleksij Arestovitsch, geführt haben.

Russland bewaffnet die wichtigsten offiziellen Gebäude in Moskau

Als Reaktion auf den möglichen Transfer von US-Waffen, die die Krim angreifen könnten, beschloss Russland, [Verteidigungssysteme in Moskau zu installieren](#). Zwischen der russischen

Hauptstadt und der ukrainischen Grenze liegen ja nur 840 Kilometer. Diese Waffen können nicht nur verwendet werden, um die Krim, sondern auch Moskau anzugreifen. Pantsir-Raketen wurden auf den Dächern verschiedener offizieller Gebäude installiert, darunter der Kreml und das Verteidigungsministerium.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte erklärt seine Zuständigkeit für Russland

Während sich die Russische Föderation aus dem Europarat und seinem Gerichtshof, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, zurückzog, erklärte sich dieser für zuständig, mögliche Verletzungen russischer Rechte zu verurteilen ([Rechtssache Swetowa u. a. gegen Russland](#)).

Diese Entscheidung ebnet den Weg für eine *Verurteilung* Russlands in Abwesenheit, auf Antrag ukrainischer Parteien.

AFRIKA

US-Interessen in Libyen

Nach den Besuchen von CIA-Direktor William Burns und AfriCom-Kommandeur General John D. Lamontagne scheint es, dass der Druck der USA darauf abziele, die Ölfelder zu stabilisieren und die Bedingungen für einen Rückzug des russischen privaten Militärunternehmens Wagner zu schaffen.

Teiltreffen der Arabischen Liga in Tripolis

In Tripolis fand ein Treffen der Außenminister der Arabischen Liga statt. Nur Tunesien, Algerien, Sudan, Komoren, Oman und Katar nahmen daran teil. Da Saudi-Arabien, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate die Regierung in Tripolis nicht anerkennen, haben sie es boykottiert. Die Außenministerin der Regierung von Tripolis, Najla Mangoush,

bedauerte, dass das Quorum der Lega nicht erreicht worden sei.

Verhaftung eines tunesischen Islamistenführers

Sefedin Makluf, Führer der islamistischen Partei Al-Karama, wurde während eines Protests am Flughafen von Tunis festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, Polizeibeamte beleidigt zu haben. Am Tag der Republik, dem 25. Juli 2021, löste der säkulare Präsident Kais Saida das islamistisch dominierte Parlament auf. Gleichzeitig entließ er seine Regierung. Seitdem versucht der Präsident, sowohl Islamisten als auch die allgegenwärtige Korruption zu bekämpfen, die ihn zu einem gewissen Autoritarismus zwingt.

Die unzureichende Hilfe der libyschen Muslim-Brüder für Tunesien

Die libysche Regierung in Tripolis hat humanitäre Hilfe nach Tunesien geschickt. Der Beitrag der Muslimbruderschaft besteht ausschließlich aus Nahrung. Er entspricht überhaupt nicht den Bedürfnissen Tunesiens, das gebeten hatte, Arbeitskräfte entsenden zu können. Die Strategie der Brüder ist einfach. Sie entspricht der Art und Weise, wie sie Präsident Zine El Abidine Ben Ali mit Hilfe der CIA zu Fall brachten : die Menschen zu ernähren, ohne ihre Probleme zu lösen.

Das marokkanische Parlament gegen das Europäische Parlament und Frankreich

Das marokkanische Parlament reagierte heftig auf die Annahme einer Entschließung des Europäischen Parlaments mit dem Titel "[Die Lage der Journalisten in Marokko, insbesondere der Fall Omar Radi](#)" (P9_TA(2023)0014) — und auf die Vorwürfe, dass marokkanische Behörden Europaabgeordnete bestochen hätten. Während der Debatten verurteilten marokkanische Gesetzgeber die Rolle

Frankreichs, "eines Landes, das als Freund und sicherer Partner galt, das aber bei dem Geruch von Gas den Verstand verlor".

Marokko bestreitet, eine US-Militärbasis beherbergen zu wollen

Die marokkanische Regierung hat dementiert, über die Einrichtung einer US-Militärbasis zu verhandeln. Alles deutet jedoch darauf hin, dass Kontakte in dieser Richtung stattgefunden haben und dass die Frage bis zur Bewertung der Position des US-Kongresses verschoben wurde. Die Vereinigten Staaten haben bereits eine große Basis in La Rota, Spanien, unweit von Marokko. Aber sie müssen noch vor dem Ausbruch des Krieges, den sie in der Sahelzone geplant haben, in Marokko Stellung beziehen. Derzeit gewährt Marokko den US-Streitkräften freien Zugang zu seinen Kommunikationsbasen, beherbergt aber nicht dauerhaft US-Truppen.

Burkina Faso beendet militärische Zusammenarbeit mit Frankreich

Nach malischem Vorbild forderte die burkinische Übergangsregierung von Hauptmann Ibrahim Traoré Frankreich auf, seine Truppen innerhalb eines Monats aus dem Land abzuziehen.

Separatisten in Kamerun

Nigerianische Hirten stießen mit kamerunischen Separatisten zusammen, die eine revolutionäre Steuer forderten. Sechs Menschen starben, und Tausende flohen. Die Regierung von Jaunde schickte Truppen vor Ort.

Gabun besorgt über bevorstehende spanische Militärbasis in Äquatorialguinea

Gabun wurde sein Wahlrecht bei den Vereinten Nationen entzogen, weil es seine Jahresbeiträge nicht bezahlt hatte.

Der gabunische Präsident Ali Bongo besuchte Äquatorialguinea in Begleitung einer

Delegation. Er protestierte bei seinem Amtskollegen Teodoro Obiang Nguema Mbasogo gegen die bevorstehende Schaffung einer spanischen Militärbasis an der Grenze zwischen den beiden Ländern.

Der gabunische Außenminister Michaël Moussa-Adamo starb plötzlich an einem "Herzinfarkt", kurz nachdem er aus Äquatorialguinea zurückgekehrt war, als er auf dem Weg zum Ministerrat war.

Eritrea zieht sich aus Äthiopien zurück

Nach dem Waffenstillstandsabkommen vom November zogen sich die eritreischen Truppen, die äthiopische Streitkräfte gegen die Rebellen in Tigray unterstützten, aus dem Land zurück. Die Tigray-Rebellen wurden von den Vereinigten Staaten unterstützt. Diese akzeptierten den Waffenstillstand, forderten aber den Rückzug der Eritreer.

Der Prozess der britischen Investition in Nigeria

Die Regierung von Präsident Muhammadu Buhari wirft der Gesellschaft *Process and Industrial Developments Ltd* (P&ID) vor, hochrangige Beamte und Anwälte bestochen zu haben, um einen Schiedsspruch zu ihren Gunsten zu erwirken. Sie weigert sich daher, die 6,6 Milliarden Dollar, zu denen sie 2017 verurteilt wurde, und die 2,5 Milliarden Dollar Zinsen, die seitdem laufen, zu zahlen. Der Prozess wird in London einen Monat lang dauern.

Die Buhari-Regierung will beweisen, dass der Beschluss des Baues einer Gasaufbereitungsanlage, die Nigeria 20 Jahre lang kostenlos mit Erdgas versorgen soll, nur ein Lockvogel war. P&ID hatte die juristische Direktorin des Ministeriums für Erdölressourcen mit 100 000 Dollar bestochen, um den Betrug zu unterstützen. Dann wandte sich P&ID gegen den nigerianischen Staat, dem vorgeworfen wurde, seine Verpflichtungen nicht eingehalten zu haben, und erwirkte ein Schiedsverfahren zu

P&IDs Gunsten, durch Bestechung der Anwälte, die das Land vertraten.

Seit diesem Fall ist der CEO von P&ID gestorben und die Schulden seines Unternehmens wurden von Lismore Capital und VR Capital aufgekauft, die das Vermögen beanspruchen.

Massaker in der Demokratischen Republik Kongo

42 Opfer, darunter sechs Kinder, wurden von UN-Truppen aus einem Massengrab im Dorf Nyamamba (Ituri) exhumiert, während die Leichen von sieben weiteren Männern in einem anderen Dorf, Mbogi, gefunden wurden. Es wird angenommen, dass diese jüngsten Massaker auf eine Gruppe der ethnischen Gruppe der Hema zurückzuführen sind.

Noch ein Tod eines Gegners von Präsident Kagame

Der Journalist John Williams Ntwali, Herausgeber von *The Chronicles*, starb bei einem seltsamen Autounfall. Er kritisierte besonders die Regierung von Paul Kagame. Präsident Kagame hat den Ruf, seine Gegner zu eliminieren, indem er ihre Morde verkleidet.

Marinemanöver von China-Russland-Südafrika

Südafrika wird im Februar an den [chinesisch-russischen Marinemanövern](#) teilnehmen.

Russland wird seine Fregatte *Admiral Gorshkov* schicken, die mit Hyperschall-Zirkonraketen bewaffnet ist.

Pretoria empfing den russischen Außenminister Sergej Lawrow. Südafrika behauptet, im Ukraine-Konflikt neutral zu sein. Sie führt militärische Manöver mit einem Land durch, nicht mit einem Verbündeten, sondern mit einem "Freund".

Der russische Außenminister Sergej Lawrow reiste nach Pretoria, um seine Amtskollegin Naledi Pandor zu treffen. Von diesen

Gesprächen ist nichts bekannt, aber Südafrika übernimmt die Präsidentschaft der BRICS zu einer Zeit, in der Brasilien sich von Russland und China entfernt und neue Partner (Algerien, Iran, Argentinien, Türkei, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate) der Organisation beitreten wollen.

ASIEN

Benjamin Netanjahu beugt sich vor dem Obersten Gerichtshof und bereitet seine Reform vor

Israels stellvertretender Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Inneres, Aryeh Deri, wurde von Benjamin Netanyahu auf Empfehlung des Obersten Gerichtshofs nach verschiedenen Korruptionsfällen seines Amtes enthoben.

Dann gingen Premierminister Benjamin Netanyahu, mehrere seiner Minister und Knesset-Sprecher Amir Ohana in das Büro des Shaas, Aryeh Deri's Partei, um die "Arroganz" und das "Gefühl der Überlegenheit" des Obersten Gerichtshofs anzuprangern.

Israels Generalstaatsanwalt gegen Beibehaltung des Premierministers

Israels Generalstaatsanwältin Gali Baharav-Miara berät darüber, ob das vom derzeitigen Premierminister Benjamin Netanyahu vor drei Jahren unterzeichnete Justizabkommen ihm erlaubt, seine Aufgaben zu erfüllen.

Dieser Vertrag, der es Netanyahu ermöglichte, trotz der Klagen gegen ihn, Premierminister zu bleiben, besagt, dass er nicht in der Lage sein wird, richterliche Ernennungen vorzunehmen oder sich in legislative Fragen einzumischen, die sich auf seine laufenden Prozesse auswirken könnten. Aber während Netanyahu vor dem Jerusalemer Bezirksgericht wegen Betrugs, Bestechung und Vertrauensbruchs vor Gericht steht, setzt seine Regierung umfassende Gesetze

zur gerichtlichen Überprüfung durch, die Gesetze enthalten, die sich auf seine rechtliche Stellung auswirken könnten.

Reform des israelischen Medienrechts

Kommunikationsminister Shlomo Karhi plant eine Reform der audiovisuellen Regulierungsbehörden. Darüber hinaus sollte ein Gesetz verabschiedet werden, das die Verbreitung von schriftlichem, Audio- oder Videomaterial verbietet, das in die Privatsphäre eingreifen. Fast alle Dokumente, die Staatsangelegenheiten offenbaren, enthalten jedoch Passagen, die sich auf das Privatleben beziehen. In der Vergangenheit hat Benjamin Netanyahu versucht, die Presse zum Schweigen zu bringen, indem er das Verleumdungsgesetz änderte. Es war ihm nicht gelungen. Laut Fachleuten fühlen sich israelische Journalisten heute bedroht und unterwerfen sich zunehmend der Selbstzensur.

Protest in Israel gegen Reformpläne des Premierministers

Netanjahus Justizreformplan besteht aus vier Phasen, von denen die erste der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

- Phase I beinhaltet (1) die Gesetzgebung über eine Überschreibungsklausel, die es der Knesset ermöglichen würde, Gesetze ein zweites Mal mit einfacher Mehrheit zu verabschieden, die vom Obersten Gerichtshof abgelehnt wurden ; (2) den Standard der Angemessenheit gerichtlicher Entscheidungen zu beseitigen ; (3) Stärkung der Macht der Regierungskoalition im Ernennungsausschuss für Richter ; und (4) den Status von Rechtsberatern innerhalb der Abteilungen zu schwächen.

- Phase II würde das *Grundgesetz über Menschenwürde und Freiheit* zu einem bloßen Text machen, der nicht mehr Wert hat als jedes andere Gesetz. Es könnte daher leicht ersetzt werden.

- Phase III würde das Recht einschränken, beim

Obersten Gerichtshof Berufung einzulegen.
- Phase IV würde die derzeitigen Befugnisse des Generalstaatsanwalts aufteilen. Eine zweite Instanz, ein "Chefankläger", wäre die einzige Instanz, die fähig wäre, Politiker vor Gericht zu bringen.

130.000 Menschen, darunter die ehemaligen Verteidigungsminister Benny Gantz und Moshe Ya'alon, demonstrierten am 21. Januar in Jerusalem, Be'er Sheva, Haifa und Tel Aviv, um gegen die erste Phase des Regierungsplans zur Reform der Justiz zu protestieren.

General Ya'alon zog eine Parallele zwischen der gegenwärtigen Netanjahu-Regierung und dem Nazi-Regime und sagte : "Das jüdische Volk zahlte einen hohen Preis dafür, weil bei demokratischen Wahlen in Deutschland eine Regierung an die Macht kam, die die Demokratie beseitigte, und das Erste, was sie beseitigte, war das grundlegende demokratische Prinzip der Unabhängigkeit der Justiz."

Pentagon unterstützt Tsahal, aber nicht den Bombardierungsplan vom Iran

Die Tatsache, dass die USA munter in ihr Arsenal in Israel greifen, um die Ukraine zu bewaffnen, wird in Tel Aviv nach Washingtons Prioritäten interpretiert : Ukraine zuerst, Israel später. Die Netanjahu-Regierung hat kein US-Erlaubnis, um den Iran anzugreifen. Eine solche Initiative wäre im derzeitigen Stand der US-Waffenbestände sehr gefährlich.

Präsident Bidens Sicherheitsberater Jake Sullivan hat Israel und Palästina besucht. Er traf sich mit Premierminister Benjamin Netanjahu und Präsident Mahmoud Abbas. In Israel ging es bei den Gesprächen um einen möglichen Angriff des Iran und die Pläne der Regierung für Palästina.

Jedoch starteten 6400 US-Militärangehörige mit 1100 israelischen Soldaten am 21. Januar sehr wichtige Militärmanöver, *Juniper Oak 23*, im Mittelmeer.

Mike Pompeo verurteilt Benjamin Netanjahu

In seinem neuen Buch *Never Give an Inch : Fighting for the America I Love* schreibt der ehemalige US-Außenminister Mike Pompeo, dass die Beziehungen zwischen Washington und Jerusalem (der von den USA anerkannten israelischen Hauptstadt) von vorrangiger Bedeutung sind, aber fragiler als Londons Beziehungen zu Tel Aviv (der von Großbritannien anerkannten Hauptstadt). Er berichtet auch, dass Benjamin Netanyahu absichtlich ein nicht existierendes Versprechen, aus politischen Gründen einen formellen Verteidigungsvertrag zwischen den USA und Israel voranzutreiben, durchsickern ließ.

Fundraising in den USA für israelische Extremisten

Eine israelische extremistische Organisation, [Shlomo Asiraich](#), organisiert große Spendenaktionen in den Vereinigten Staaten. Sie wurde von Rechtsanwalt Chanamel Dorfman, einem der wichtigsten Assistenten des Ministers für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, geschaffen. Offiziell werden diese Gelder verwendet, um Israelis zu unterstützen, die wegen rassistischer Morde und des Attentäters des Labor-Premierministers Yitzhak Rabin inhaftiert sind.

Jordanien um israelische Haltung gegenüber "edlen Heiligtümern" besorgt

Jordaniens Botschafter in Israel wurde von der israelischen Polizei der Zugang zur Al-Aqsa-Moschee verweigert. Rechtlich hat Jordanien die Verantwortung für die "Edlen Schreine" (d.h. den muslimischen Teil des Tempelbergs). Der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu stattete Jordanien am 23. Januar überstürzt einen Besuch ab. Er versicherte König Abdullah II., dass sein Land den Status von "edlen Schreinen" nicht in Frage stellen werde.

Der israelische Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, sagte jedoch nach dem Treffen, dass er bei allem Respekt für König Abdallah, nicht die Absicht habe, seine Politik zu ändern und seine Besuche auf dem Tempelberg / den edlen Schreinen, fortsetzen werde.

Gipfeltreffen rund um Ägypten und Jordanien

In Kairo fand ein Dreiergipfel mit dem ägyptischen und dem palästinensischen Präsidenten sowie dem jordanischen Monarchen statt. Unmittelbar darauf folgte ein weiterer in [Abu Dhabi](#), wiederum mit dem ägyptischen Präsidenten und dem König von Jordanien, aber auch mit den Staatsoberhäuptern der Vereinigten Arabischen Emirate, Bahraains, Katars und Omans.

Bei diesen Gipfeln scheint es um Ägyptens und Jordaniens Ängste vor den Plänen der israelischen Regierung zu gehen. Beobachter spekulieren, um die Gründe für die Abwesenheit Saudi-Arabiens und Kuwaits beim zweiten Treffen zu erklären. Was den Liquiditätsbedarf Ägyptens betrifft, scheint es, dass Kuwait und Riad nun Gegenleistungen für jegliche Wirtschaftshilfe verlangen.

Frankreich bereitet einen Gipfel für seinen Kandidaten im Libanon vor

Um die politische Situation im Libanon zu entschärfen und einen für sie akzeptablen Präsidentschaftskandidaten zu wählen, plant Frankreich, in Paris einen Gipfel mit den wichtigsten libanesischen Parteien und Drittländern. Paris besteht darauf, Saudi-Arabien miteinzubeziehen und versucht seinen ägyptischen Verbündeten daran teilnehmen zu lassen, um seine Position zu stärken.

Der Libanon hat seit dem Ende der Amtszeit von Michel Aoun am 31. Oktober keinen Präsidenten mehr, und seine Regierung kann nur die anfallenden Angelegenheiten abfertigen.

Irans Hilfe für Syrien

Der iranische Außenminister Amir-Abdollahian begab sich nach Damaskus, um den Besuch von Präsident Ebrahim Raissi vorzubereiten. Bei dieser Gelegenheit wurden Wirtschaftsabkommen zwischen den beiden Ländern erneuert.

Russland versucht, das Kurdenproblem in Syrien zu lösen

Russland rekrutiert unter den arabischen Stämmen Nordsyriens, um die Region gegenüber den Vereinigten Staaten zu stabilisieren. Gleichzeitig organisierte das russische Versöhnungszentrum ein Treffen mit den kurdischen Behörden von Kobanê/Ain Arab, um ihren Schutz nach der Unterzeichnung des Abkommens mit der Türkei zu gewährleisten.

Gefährliche Rivalität zwischen irakischen Kurden

Die Rivalität zwischen den Clans Barzani (pro-israelische Demokratische Partei Kurdistans) und Talabani (Patriotische Union Kurdistans, pro-chinesisch) verwandelt sich in gegenseitige Denunziation. Die Bitterkeit, die sich seit der US-Intervention angesammelt hat, steht kurz vor dem Ausbruch. Alle Beobachter warnen vor einer bewaffneten Konfrontation.

Irakischer Premierminister schwenkt der US-Seite zu

Der irakische Premierminister Mohammed Chia al-Sudani überraschte seine Anhänger, als er plötzlich für die Präsenz von US-Streitkräften im Land Stellung nahm und den Golf als "arabisch" und nicht mehr als "persisch" bezeichnete.

Die USA stützen sich auf seine Regierung, um sehr starken Druck auf irakische, hauptsächlich schiitische Banken auszuüben, damit sie aufhören, Dollar in den Iran, nach Syrien und in den Libanon zu überweisen. Infolgedessen

entsteht unter den schiitischen Parteien eine Bewegung gegen Premierminister Mohammed Chia al-Sudani. Letzterer, der gerade den Gouverneur der Bank of Iraq entlassen hat, wird bald Washington besuchen.

Saudi-Arabien erwartet israelische Gesten gegenüber den Palästinensern

Der saudische Außenminister Faisal bin Farhan sagte auf Twitter : "Eine echte Normalisierung [mit Israel] und eine echte Stabilität werden nur kommen, wenn wir den Palästinensern Hoffnung und Würde geben, was erfordert, ihnen einen Staat zu geben."

Eine Satellitenkonstellation des Iran

Der Iran hat mit dem Start seiner Satellitenkonstellation "General Soleimani" begonnen.

Narendra Modi von seiner Vergangenheit gestört

Indien hat angekündigt, die Internet-Ausstrahlung des zweiten Teils der [BBC-Dokumentation](#) über die Haltung von Narendra Modi zu verbieten, dem damaligen Gouverneur von Gujarat, während der Unruhen von 2002. Er hatte damals die Massaker an Muslimen übersehen.

Philippinen wollen sich mit China vereinbaren

Der philippinische Präsident Ferdinand Marcos Jr. sagte im Fernsehen, er bereite Verhandlungen mit China auf der Ebene der Außenminister vor, um den Territorialstreit beizulegen.

Schwierige Werbung von Südkorea

Der südkoreanische Präsident Yoon Suk Yeol besuchte die Vereinigten Arabischen Emirate, wo er Verträge im Wert von 30 Milliarden Dollar unterzeichnete, und nahm dann am Davos-Forum teil, um für sein Land zu werben. Sein Besuch im Nahen Osten war von einer

unnötigen Kontroverse über die "bedrohliche" Rolle des Iran geprägt, für die er den Iran gegenüber den Emiraten verantwortlich machte. Tatsächlich verdankt Dubai sein Vermögen der Umgehung des westlichen Embargos gegen den Iran und der territoriale Konflikt zwischen Abu Dhabi und Teheran wird derzeit über Peking beigelegt.

China am Südpol

China will eine führende Polarmacht werden. War es schon lange natürlich am Nordpol präsent, so ist es nun auch am Südpol, wo es bereits über vier wissenschaftliche Stationen verfügt.

Das Pentagon befürchtet, dass diese Einrichtungen für militärische Zwecke genutzt werden könnten, unter anderem um die Macht des chinesischen Militärs zur Zerstörung von Satelliten zu erhöhen.

Der Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses in Taiwan

Der Sprecher des US-Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy, kündigte an, Taiwan noch in diesem Jahr zu besuchen.

Der Besuch seiner Vorgängerin Nancy Pelosi hatte zu starken Spannungen zwischen Washington und Peking geführt, die sich nicht aufgelöst haben.

OZEANIEN

Jacinda Ardern gibt ihr Amt auf

Die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern hat angekündigt, dass sie sich nicht mehr zur Wiederwahl stellen werde und daher ihre Amtszeit am 7. Februar beenden wird. Die Labour Party hat den Minister für Bildung, Polizei und öffentliche Dienste, Chris Hipkins, als Nachfolger ernannt.

Am 23. September 2022 hielt Jacinda Ardern vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Rede gegen Desinformation in

sozialen Netzwerken. Sie war der Ansicht, dass die Meinungsfreiheit als Kriegswaffe manipuliert werden könnte, und forderte, dass sie reguliert wird. Seitdem zeigen Umfragen, dass ihre Partei die Parlamentswahlen verlieren wird.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

Jahresabonnement : 150 Euro

Monatsabonnement : 15 Euro

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Dokumentations ergänzung

4- Bücher

DEUTSCH

Ausnahmezustand : Geopolitische Einsichten und Analysen unter Berücksichtigung des Ukraine-Konflikts, Wolfgang Bittner, Print & Online 19,90 € (288 s.)

Die Krake von Davos : Angriff des WEF auf die Demokratie, Miryam Muhm, Europa Verlag 22 € (288 s.)

Revanche. Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat, Michael Thumann, C.H.Beck 25 € (288 s.)

Feinde Fremde Freunde : Polen und die Deutschen, Rolf Nickel, Langen-Müller 24 € (312 s.)

Die große Energiekrise : ... und wie wir sie bewältigen können, Fritz Vahrenholt, Langen-Müller 22€ (140 s.)

ENGLISH

The Big Con : How the Consulting Industry Weakens Our Business, Infantilizes Our Governments, and Warps

Our Economies, Mariana Mazzucato & Rosie Collington, Penguin \$28 (352 p.)

The Undertow : Scenes from a Slow Civil War, Jeff Sharlet. Norton, \$28.95 (302 p.)

Crash Landing : The Inside Story of How the World's Biggest Companies Survived an Economy on the Brink, Liz Hoffman, Crown, \$30 (304 p.)

Crack-Up Capitalism : Market Radicals and the Dream of a World Without Democracy, Quinn Slobodian, Metropolitan, \$29.99 (352 p.)

Impossible Takes Longer : 75 Years After Its Creation, Has Israel Fulfilled Its Founders' Dreams ?, Daniel Gordis, Ecco, \$32.99 (368 p.)

Playing God : American Catholic Bishops and the Far Right, Mary Jo McConahay, Melville House, \$27.99 (336 p.)

The New Crusades : Islamophobia and the Global War on Muslims, Khaled Beydoun. Univ. of California, \$26.95 (378 p.)

The Point of No Return : American Democracy at the Crossroads, Thomas Byrne Edsall, Princeton University Press \$32 (448 p.)

Bottoms Up and the Devil Laughs. A Journey Through the Deep State, Kerry Howley, Penguin \$28 (256 p.)

Warren Buffett : Investor and Entrepreneur, Todd A. Finkle, Columbia Business School Publishing \$27.95 (296 p.)

Traffic : Genius, Rivalry, and Delusion in the Billion-Dollar Race to Go Viral, Ben Smith. Penguin Press, \$28 (352 p.)

Cold Peace : Avoiding the New Cold War, Michael Doyle. Liveright, \$30 (288 p.)

On Nixon's Madness : An Emotional History, Zachary Jonathan Jacobson, Johns Hopkins Univ., \$29.95 (448 p.)

Pegasus : The Story of the World's Most Dangerous Spyware, Laurent Richard & Sandrine Rigaud, Macmillan (336 p.)

Sanctions : A Wrecking Ball in a Global Economy, Sara Flounders for the Sanctions Kill campaign, World View Forum

Never Give an Inch : Fighting for the America I Love, Mike Pompeo, \$20.99 Broadside Books (464 p.)

Stealing Your Vote : The Inside Story of the 2020 Election and What It Means for 2024, Christina Bobb, Skyhorse \$26.99 (288 p.)

ESPAÑOL

Toda una vida, Miguel Ángel Revilla, Espasa 18,90 € (344 p.)

Democracia de trincheras : Por qué votamos a quienes votamos, Lluís Orriols, Ediciones Península 17,95 € (216 p.)

La guerra de Ucrania II : De la conquista de Lugansk a la contraofensiva ucraniana, Guillem Colom Piella & Beatriz Cózar Murillo, Los libros de la Catarata 16,15 € (208 p.)

Los dueños del planeta, Cristina Martín Jiménez, Ediciones Martínez Roca 18,90 € (256 p.)

Eta, ni olvido ni perdón, Jesús Longueira, SND editores 21,75 € (340 p.)

De votantes a hooligans : La polarización política en España, Mariano Torcal, Los libros de la Catarata 17,57 € (256 p.)

Terror global, Lucas Martín Serrano, Kindle 22,36 € (236 p.)

Salvemos la democracia : Para entender la política hoy, Marcelo López Cambronero, Ediciones Encuentro 15,67 € (115 p.)

Revista Naves en Llamas N° 20 : Crónicas y análisis desde el fin de Occidente, Raúl González Zorrilla, 4,26 € (145 p.)

FRANÇAIS

682 jours, Roselyne Bachelot, Plon 20,90 € (288 p.)

Ces guerres qui nous attendent, volume 2, La red team, Des Equateurs 22 € (204 p.)

Les ambitions inavouées : Ce que préparent les grandes puissances, Thomas Gomart, Taillandier 22,50 € (336 p.)

L'Emprise, Macron pris au piège d'une nouvelle guerre froide économique, Marc Endeweld, Points 22,50 € (504 p.)

Le conflit sino-américain pour la domination mondiale, Christian Saint-Étienne, Alpha 10,50 € (419 p.)

Le Frérisme et ses réseaux, Florence Bergeaud-Blackler, Odile Jacob ed 24,90 € (416 p.)

Une brûlante inquiétude, Bruno Colmant, La Renaissance du livre 18 € (178 p.)

Crimes sans châtiment : Aux sources du poutinisme, Dina Khapaeva, Editions de l'Aube 24 € (245 p.)

Le mirage sahélien, Rémi Carayol, La Découverte 22 € (380 p.)

Macky Sall face à l'histoire : Passage sous scanner d'un pouvoir africain, Cheikh Yérim Seck, L'Harmattan 25 € (262 p.)

Les grands fauves, Christophe Labarde, Plon 22 € (496 p.)

Démocraties d'en haut, démocraties d'en bas : Dans le labyrinthe du politique, Olivier Mongin, Seuil 25 € (480 p.)

On a les Politiques qu'on mérite, Chloé Morin, Fayard 19 € (336 p.)

ITALIANO

C'era un volta la politica. Parla l'ultimo democristiano, Pier Ferdinando Casini, Piemme 17,95 € (255 p.)

La saggezza e l'audacia. Discorsi per l'Italia e per l'Europa, David Sassoli, Feltrinelli 18,05 € (336 p.)

Ucraina : La vera storia, Nicolai Lilin, Piemme 17 € (107 p.)

La strage di Bologna. Bellini, i Nar, i mandanti e un perdono tradito, Paolo Morando, Feltrinelli 19 € (336 p.)

Il gioco sporco. L'uso dei migranti come arma impropria, Valerio Nicolosi, Rizzoli 18,05 € (288 p.)

I nuovi barbari. In Occidente è vietato pensare (e parlare) ?, Giulio Meotti, Lindau 13,30 € (128 p.)

La fine del cristianesimo : La morte di Dio al tempo del mercato globale e di Papa Francesco, Diego Fusaro, Piemme 18,90 € (453 p.)

Una storia italiana, Gianni Barbacetto, Kindle 18,05 € (291 p.)

L'inquilino : Da Monti a Meloni : indagine sulla crisi del sistema politico, Lucia Annunziata, Feltrinelli 23,75 € (575 p.)

La rivolta ideale 1993-1995. Nascita e tramonto del Movimento Sociale Italiano. Le radici, l'identità e l'opposizione al sistema (Vol. 1), Pietro Cappellari & Italo Linzalone, Passaggio al Bosco 19 € (420 p.)

ACADEMIC STUDIES

AFGHANISTAN

American and Canadian Counterinsurgency Strategies in Afghanistan, Federmán Rodríguez, Palgrave Macmillan 97 € (238 p.)

AFRICA

Democracy and Political Governance in South Africa. The African Peer Review Mechanism, Isioma Ile, Omololu Fagbadebo, Springer 97 € (192 p.)

Africa in a Multilateral World. Afropolitan Dilemmas, Edited by Albert Kasanda & Marek Hrubec, Routledge 36,99 £ (270 p.)

An Emerging Africa in the Age of Globalisation, Robert Mudida, Routledge 36,99 £ (156 p.)

Decolonising Political Communication in Africa. Reframing Ontologies, Edited by Beschara Karam & Bruce Mutsvairo, Routledge 36,99 £ (254 p.)

The Routledge Handbook of EU-Africa Relations, Edited by Toni Haastrup, Luís Mah & Niall Duggan, Routledge 39,99 £ (396 p.)

ASIA

Exchanges and Mutual Learning Among Asian Civilizations, Linggui Wang, JIANGLIN Zhao, Springer 137 € (299 p.)

Asian Geopolitics and the US-China Rivalry, Edited by Felix Heiduk, Routledge 36,99 £ (254 p.)

Explaining Contemporary Asian Military Modernization. The Myth of Asia's Arms Race, Sheryn Lee, Routledge 36,99 £ (198 p.)

AUSTRALIA

Australia in the Anthropocene. War Against China, Erik Paul, Palgrave Macmillan 86 € (166 p.)

BENELUX

The Success and Failure of Right-Wing Populist Parties in the Benelux Countries, Léonie de Jonge, Routledge 36,99 £ (224 p.)

BOLIVIA

Internal Colonialism and International Relations. Tracks of Decolonization in Bolivia, Ana Carolina Teixeira Delgado, Routledge 36,99 £ (206 p.)

CAMBODIA

Cambodia-China Comprehensive Strategic Partnership Towards a Community with a Shared Future, Sok Touch, Linggui Wang, Kin Phea, Jianglin Zhao & Jiayun Gu, Springer 93 € (179 p.)

Cambodia's China Strategy. Security Dilemmas of Embracing the Dragon, Chanborey Cheunboran, Routledge 36,99 £ (250 p.)

CHINA

The Palgrave Handbook of Globalization with Chinese Characteristics. The Case of the Belt and Road Initiative, Paulo Afonso B. Duarte, Francisco José B. S. Leandro & Enrique Martínez Galán, Palgrave Macmillan 160 € (791 p.)

China-US Competition. Impact on Small and Middle Powers' Strategic Choices, Simona A. Grano & David Wei Feng Huang, Palgrave Macmillan 43 € (351 p.)

Great Power Competition as the New Normal of China-US Relations, Jinghao Zhou, Palgrave Macmillan 86 € (283 p.)

China's Belt and Road Initiative. The Impact on Sub-regional Southeast Asia, Edited by Christian Ploberger, Soavapa Ngampamuan & Tao Song, Routledge 36,99 £ (192 p.)

China's Energy Security and Relations With Petrostates. Oil as an Idea, Anna Kuteleva, Routledge 36,99 £ (164 p.)

EGYPT

The Suez Canal : Past Lessons and Future Challenges, Carmela Lutmar & Ziv Rubinovitz, Palgrave Macmillan, 53 € (264 p.)

EUROPEAN UNION

Governments' Responses to the Covid-19 Pandemic in Europe. Navigating the Perfect Storm, Kennet Lynggaard, Mads Dagnis Jensen, Michael Kluth, Palgrave Macmillan, 107 € (475 p.)

The EU between Federal Union and Flexible Integration. Interdisciplinary European Studies, Antonina Bakardjieva Engelbrekt, Per Ekman, Anna Michalski & Lars Oxelheim, Springer 97 € (283 p.)

The EU Political System After the 2019 European Elections, Olivier Costa & Steven Van Hecke, Palgrave Macmillan 106 € (519 p.)

The Politics of the European Neighbourhood Policy, Agnieszka K. Cianciara, Routledge 36,99 £ (198 p.)

The Routledge Handbook of Critical European Studies, Edited by Didier Bigo, Thomas Diez, Evangelos Fanoulis, Ben Rosamond & Yannis A. Stivachtis, Routledge 39,99 £ (578 p.)

Poland and Germany in the European Union. The Multidimensional Dynamics of Bilateral Relations, Edited by Elżbieta Opiłowska & Monika Sus, Routledge 36,99 £ (334 p.)

Dynamics of EU Renewable Energy Policy Integration, Mariam Dekanozishvili, Palgrave Macmillan, 97 € (238 p.)

The Making of European Security Policy. Between Institutional Dynamics and Global Challenges, Edited by Roberta Haar, Thomas Christiansen, Sabina Lange & Sophie Vanhoonacker, Routledge 36,99 £ (254 p.)

Asian Foreign Direct Investment in Europe, Edited by Prana Krishna Biswas & Robert Dygas, Routledge 36,99 £ (146 p.)

China-EU Relations in a New Era of Global Transformation, Edited by Li Xing, Routledge 36,99 £ (310 p.)

Brexit and the Future of the European Union. Firm-Level Perspectives, Edited by Marian Gorynia, Barbara Jankowska & Katarzyna Mroczek-Dąbrowska, Routledge 36,99 £ (168 p.)

English and Translation in the European Union. Unity and Multiplicity in the Wake of Brexit, Alice Leal, Routledge 36,99 £ (228 p.)

European Economic Legal Order After Brexit. Legacy, Regulation, and Policy, Enzo Cardì, Routledge 36,99 £ (224 p.)

European Sovereignty, Legitimacy, and Power, Bart M.J. Szewczyk, Routledge 36,99 £ (240 p.)

EAST TIMOR

Political Continuity and Conflict in East Timor. A History of the 2006 Crisis, Ruth Nuttall, Routledge 36,99 £ (258 p.)

FINANCE

A History of International Monetary Diplomacy, 1867 to the Present. The Rise of the Guardian State and Economic Sovereignty in a Globalizing World, Giulio M. Gallarotti, Routledge 36,99 £ (120 p.)

China in the Asian Financial Crisis, Peter Nolan, Routledge 36,99 £ (352 p.)

Pricing Carbon Emissions. Economic Reality and Utopia, Aviel Verbruggen, Routledge 36,99 £ (262 p.)

GERMANY

How Memory Divides. The Search for Identity in Eastern Germany, Jeremy Brooke Straughn, Routledge 36,99 £ (228 p.)

GREECE

Parliamentary Elites in Transition. Political Representation in Greece, Manina Kakepaki & Fani Kountouri, Palgrave Macmillan 97 € (263 p.)

HUNGARY

Politics and Society in Hungary. (De-)Democratization, Orbán and the EU, Ellen Bos & Astrid Lorenz, 68 € (244 p.)

Changing Legal and Civic Culture in an Illiberal Democracy. A Social Psychological Survey of the Hungarian Legal System, István H. Szilágyi, László Kelemen & Sam Gilchrist Hall, Routledge 16,99 £ (140 p.)

INDIA

India and the Arab Unrest. Challenges, Dilemmas and Engagements, Prasanta Kumar Pradhan, Routledge 36,99 (200 p.)

India's Grand Strategy and Foreign Policy. Strategic Pluralism and Subcultures, Bernhard Beitelmaier-Berini, Routledge 36,99 £ (212 p.)

Global India. The Pursuit of Influence and Status, Edited by Chris Ogden, Routledge 34,99 £ (278 p.)

INDO-PACIFIC

Routledge Handbook of the South China Sea, Edited by Zou Keyuan, Routledge 39,99 £ (540 p.)

IRAN

Ayatollah Khomeini Through the Lens of the Iran-Iraq War, Meysam Tayebipour, Palgrave Macmillan 97 € (233p.)

Power of Bonding and Non-Western Soft Power Strategy in Iran. Comparing China and India's Engagement, Nazmul Islam, Palgrave Macmillan 97 € (356 p.)

The Geopolitics of Iran, Francisco José B. S. Leandro, Carlos Branco & Flavius Caba-Maria, Palgrave Macmillan 72 € (612 p.)

Iran's Green Movement. Everyday Resistance, Political Contestation and Social Mobilization, Navid Pourmokhtari, Routledge 36,99 £ (238 p.)

IRAQ

Nationalism and Islamism in the Kurdistan Region of Iraq. The Emergence of the Kurdistan Islamic Union, Mohammad Salih Mustafa, Routledge 36,99 £ (234 p.)

IRLAND

The EU, Irish Defence Forces and Contemporary Security, Jonathan Carroll, Matthew G. O'Neill & Mark Williams, Palgrave Macmillan 96 € (443 p.)

Nationalism in Internationalism. Ireland's Relationship with the European Union, Michael Holmes & Kathryn Simpson, Palgrave Macmillan 33 € (138 p.)

Constitutional Change and Popular Sovereignty. Populism, Politics and the Law in Ireland, Edited By Maria Cahill, Colm Ó Cinnéide, Seán Ó Conaill & Conor O'Mahony, Routledge 36,99 £ (334 p.)

Secularization of Islam in Post-Revolutionary Iran, Mahmoud Pargoo, Routledge 36,99 £ (182 p.)

ISRAEL

Birth-Throes of the Israeli Homeland. The Concept of Moledet, David Ohana, Routledge 36,99 £ (240 p.)

JAPAN

Japan Decides 2021. The Japanese General Election, Robert J. Pekkanen, Steven R. Reed & Daniel M. Smith, Springer 27 € (400 p.)

Japan's Security Policy, Edited by Keiji Nakatsuji, Routledge 34,99 £ (240 p.)

KARABAKH

The Karabakh Conflict Between Armenia and Azerbaijan. Causes & Consequences, M. Hakan Yavuz & Michael M. Gunter, Palgrave Macmillan 97 € (257 p.)

LEBANON

Lebanese Political Parties. Dream of a Republic, Christian Thuselt, Routledge 36,99 £ (256 p.)

MIDDLE-EAST

Elites and Arab Politics. New Perspectives on Popular Protest, Ian Kelly, Routledge 36,99 £ (230 p.)

Middle Eastern Monarchies. Ingroup Identity and Foreign Policy Making, Anna Sunik, Routledge 36,99 £ (258 p.)

Human Rights in Islamic Societies. Muslims and the Western Conception of Rights, Ahmed E. Souaiaia, Routledge 36,99 £ (204 p.)

Islam as Power. Shi'i Revivalism in the Oeuvre of Muhammad Husayn Fadlallah, Bianka Speidl, Routledge 36,99 £ (202 p.)

Routledge Handbook of Citizenship in the Middle East and North Africa, Edited By Roel Meijer, James N. Sater & Sahra R. Babar, Routledge 39,99 £ (514 p.)

NATO

Beyond 2%—NATO Partners, Institutions & Burden Management. Concepts, Risks & Models, Anessa L. Kimball, Palgrave Macmillan 94 € (247 p.)

NATO and Transatlantic Relations in the 21st Century. Foreign and Security Policy Perspectives, Edited by Michele Testoni, Routledge 36,99 £ (244 p.)

NORTH KOREA

Routledge Handbook of Contemporary North Korea, Edited by Adrian Buzo, Routledge 39,99 £ (308 p.)

OSCE

Securitization and Democracy in Eurasia. Transformation and Development in the OSCE Region, Anja Mihr, Paolo Sorbello & Brigitte Weiffen, Springer 42 € (411 p.)

QATAR

Sustainable Qatar. Social, Political and Environmental Perspectives, Logan Cochrane & Reem Al-Hababi, Springer 42 € (380 p.)

RUSSIA

Complaints to the Authorities in Russia. A Trap Between Tradition and Legal Modernization, Elena Bogdanova, Routledge 36,99 £ (250 p.)

Russia and the 2018 FIFA World Cup, Edited by Richard Arnold, Routledge 36,99 £ (222 p.)

Russian Public Diplomacy. From USSR to the Russian Federation, Marina M. Lebedeva, Routledge 16,99 £ (78 p.)

SAUDI ARABIA

Saudi Interventions in Yemen. A Historical Comparison of Ontological Insecurity, Caroline F. Tynan, Routledge 36,99 £ (164 p.)

TÜRKIYE

Apparatchiks and Ideologues in Islamist Turkey. The Intellectual Order of Islamism and Populism, Doğan Gürpınar, Palgrave Macmillan, 33€ (175 p.)

Constituting the Political Economy of the Kurds. Social Embeddedness, Hegemony, and Identity, Omer Tekdemir, Routledge 36,99 £ (216 p.)

LGBTI Politics and Value Change in Ukraine and Turkey. Exporting Europe ?, Maryna Shevtsova, Routledge 36,99 £ (196 p.)

UNITED NATIONS

Model United Nations. A Practical Guide, Anna-Theresia Krein, Springer 51 € (216 p.)

Cultural Internationalism. The Logic of a New International Governance, Edited by Guo Shuyong, Routledge 36,99 £ (198 p.)

Non-Governmental Organisations and the United Nations Human Rights System, Fiona McGaughey, Routledge 16,99 £ (104 p.)

UNITED KINGDOM

Protecting National Security. A History of British Communications Investigation Regulation, Phil Glover, Routledge 36,99 £ (334 p.)

UNITED STATES

SCOTUS 2022. Major Decisions and Developments of the US Supreme Court, Morgan Marietta, Palgrave Macmillan 22 € (213 p.)

Trump and the Bureaucrats. The Fate of Neutral Competence, Stuart Shapiro, Springer 105 € (133 p.)

Trump and the Politics of Neo-Nationalism. The Christian Right and Secular Nationalism in America, Jeffrey Haynes, Routledge 16,99 £ (122 p.)

The Basics of American Politics, Gary Wasserman & Elliott Fullmer, Routledge 29,99 £ (350 p.)

VENEZUELA

Venezuela – Dimensions of the Crisis. A Perspective on Democratic Backsliding, Miguel Angel Latouche, Wolfgang Muno & Alexandra Gericke, Springer 97 € (214 p.)

CLIMATE

Climate Governance across the Globe. Pioneers, Leaders and Followers, Edited by Rudiger K.W. Wurzel, Mikael Skou Andersen & Paul Tobin, Routledge 36,99 £ (300 p.)

COMMUNICATION

Understanding Political Public Relations Techniques. An Exploration of Their Value and Function for Political Communication, Albina Gayoso, Palgrave Macmillan 107 € (333 p.)

A Gossip Politic, Andrea McDonnell & Adam Silver, Palgrave Macmillan 94 € (179 p.)

Secrecy in Public Relations, Mediation and News Cultures. The Shadow World of the Media Sphere, Anne M. Cronin, Routledge 44,99 € (138 p.)

Extreme Crisis Leadership. A Handbook for Leading Through the Unpredictable, Charles Casto, Routledge 29,99 £ (104 p.)

Apocalyptic Narratives. Science, Risk and Prophecy, Hauke Riesch, Routledge 36,99 £ (198 p.)

Cultures of Transparency. Between Promise and Peril, Edited by Stefan Berger, Susanne Fengler, Dimitrij Owetschkin & Julia Sittmann, Routledge 36,99 £ (242 p.)

Islamic State's Online Propaganda. A Comparative Analysis, Miron Lakomy, Routledge 36,99 £ (264 p.)

Russia Today and Conspiracy Theories. People, Power and Politics on RT, Ilya Yablokov & Precious N Chatterje-Doodly, Routledge 16,99 £ (116 p.)

State Secrecy and Security. Refiguring the Covert Imaginary, William Walters, Routledge 36,99 £ (190 p.)

DEMOCRACY

Electoral Participation in Newly Consolidated Democracies. Turnout in Africa, Latin America, East Asia, and Post-Communist Europe, Elvis Bisong Tambe, Routledge 36,99 £ (252 p.)

Parliamentary Candidates Between Voters and Parties. A Comparative Perspective, Edited by Lieven De Winter, Rune Karlsen & Hermann Schmitt, Routledge 36,99 £ (258 p.)

Political Incivility in the Parliamentary, Electoral and Media Arena. Crossing Boundaries, Edited by Annemarie S. Walter, Routledge 36,99 £ (264 p.)

The Condition of Democracy. Volume 1 : Neoliberal Politics and Sociological Perspectives, Volume 2 : Contesting Citizenship, Volume 3 : Postcolonial and Settler Colonial Contexts, Edited By Juergen Mackert, Hannah Wolf, Bryan S. Turner, Routledge 36,99 £ each volume.

DIPLOMACY

Network Diplomacy. Contributing to Peace in the 21st Century, Vladimir M. Morozov, Palgrave Macmillan, 86 € (254 p.)

Why International Organizations Hate Politics. Depoliticizing the World, Marieke Louis & Lucile Maertens, Routledge 36,99 £ (222 p.)

The Spectrum of International Institutions. An Interdisciplinary Collaboration on Global Governance, Edited by Kenneth W Abbott & Duncan J Snidal, Routledge 36,99 £ (302 p.)

GLOBALIZATION

Global Governance in the New Era. Concepts and Approaches, Springer 106 € (261 p.)

INTERNATIONAL LAW

Freedom of Navigation and the Law of the Sea. Warships, States and the Use of Force, Cameron Moore, Routledge 16,99 £ (128 p.)

Territorial Disputes and State Sovereignty. International Law and Politics, Jorge E. Núñez, Routledge 36,99 £ (230 p.)

The Routledge Handbook on Responsibility in International Relations, Edited by Hannes Hansen-Magnusson & Antje Vetterlein, Routledge 39,99 £ (504 p.)

The Treaty Prohibiting Nuclear Weapons. How it was Achieved and Why it Matters, Alexander Kmentt, Routledge 36,99 £ (272 p.)

POPULISM

Religions and the Global Rise of Civilizational Populism, Ihsan Yilmaz & Nicholas Morieson, Palgrave Macmillan 94 € (308 p.)

Populist Challenges to Constitutional Interpretation in Europe and Beyond, Edited by Fruzsina Gárdos-Orosz & Zoltán Szente, Routledge 36,99 £ (346 p.)

The Inter- and Transnational Politics of Populism. Foreign Policy, Identity and Popular Sovereignty,

Thorsten Wojczewski, Palgrave Macmillan 94 €
(352 p.)

Memory Politics and Populism in Southeastern Europe,
Edited by Jody Jensen, Routledge 36,99 £ (218
p.)

*Europe in the Age of Post-Truth Politics. Populism,
Disinformation and the Public Sphere*, Maximilian
Conrad, Guðmundur Hálfðanarson, Asimina
Michailidou, Charlotte Galpin, Niko Pyrhönen,
Palgrave Macmillan 43 € (259 p.)

SECURITY

*Critical Security Studies in the Digital Age. Social
Media and Security*, Joseph Downing, Palgrave
Macmillan 94 € (265 p.)

*Mobilization Constraints and Military Privatization.
The Political Cost-Effectiveness of Outsourcing Security*,
Eugenio Cusumano, Palgrave Macmillan 97 €
(240 p.)

Lawfare. Waging War through Law, Cristiano
Martins, Valeska Martins & Rafael Valim,
Routledge 16,99 £ (110 p.)

*The Conduct of War in the 21st Century. Kinetic,
Connected and Synthetic*, Edited By Rob Johnson,
Martijn Kitzen & Tim Sweijs, Routledge 36,99
£ (324 p.)

War and International Relations. A Critical Analysis,
Balazs Szanto, Routledge 36,99 £ (268 p.)

TERRORISM

*The Nuclear Terrorism Threat. An Organisational
Approach*, Brecht Volders, Routledge 36,99 £
(204 p.)

REFERENCE WORK

The Statesman's Yearbook 2023, Springer, 406,59 €
(1405 p.)

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°26 - 3. Februar 2023

Die große Säuberung hat in der Ukraine begonnen

Eine Delegation des Pentagons, des Außenministers und von USAID besuchte letzte Woche die Ukraine. Sie war es, die die sogenannte laufende Antikorruptionsoption organisierte. Sie bestimmte, wer entfernt wird und wer an Ort und Stelle bleiben sollte. Laut dem [Generalinspekteur](#) der Verteidigung bestand ihre Mission darin, sicherzustellen, dass das Geld der US-Steuerzahler nicht verschwendet werde.

In diesem Zusammenhang befand sich der ehemalige Sponsor von Präsident Wolodymyr Selenskyj, der Milliardär Ihor Kolomojskyj (Privat-Gruppe), im Zentrum einer Untersuchung des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU). Nach Angaben der Ermittler stahl er während der Verstaatlichung seiner Kohlenwasserstoffunternehmen *Ukrnafta* und *Ukratnafta* im November 2022 40 Milliarden Griwna (etwa 1 Milliarde US-Dollar). Hunderttausende Dollar in Bargeld, Uhren und Luxusautos wurden bei der Durchsuchung seines Hauses gefunden.

Im Jahr 2010 versuchte Ihor Kolomojskyj, die Kontrolle über den Europäischen Rat der jüdischen Gemeinschaften zu übernehmen. Er musste sich angesichts des Aufstands europäischer jüdischer Führer, die seine Mafiakarriere missbilligten, zurückziehen. Nach dem Putsch von 2014 finanzierte er "integrale nationalistische" bewaffnete Gruppen, darunter die Bataillone Aidar, Donbass, Dnipro 1 und Dnepr 227. Ab 2020 war er der Hauptsponsor von Präsident Wolodymyr Selenskyj und seiner Partei *Diener des Volkes*. Er war der Eigentümer der Firma Burisma Holding, deren Verwalter Präsident Joe Bidens Sohn Hunter Biden und der Sohn des ehemaligen Außenministers John Kerry, Devon Archer, wurden.

Er überwarf sich vor einigen Monaten mit seinem Schützling Wolodymyr Selenskyj, der ihm die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen hätte.

(…)

(...) Ein Komplize von Kolomojskyj, der ehemalige Innenminister Arsen Awakow, wird seinerseits beschuldigt, beim Kauf von Hubschraubern Bestechungsgelder von Airbus erhalten zu haben.

Auf Anraten der USA richtet der SBU daher die Konsequenzen dieses Verfahrens gegen Deutschland und Frankreich. Übrigens könnte Awakow für die Ermordung von Innenminister Denys Monastyrskyi vor einigen Tagen an Bord eines dieser berühmten Hubschrauber strafrechtlich verfolgt werden.

AMERIKA

Pfizers Experimente mit Covid-Virus vor einem neuen Ausbruch

Ein [Video von Project Veritas](#) zeigt Jordon Trishton Walker, Direktor für mRNA-Forschung und -Entwicklung, strategische Operationen und wissenschaftliche Planung im Pharmaunternehmen Pfizer, der behauptet, dass sein Unternehmen im Voraus einen Weg erforschen sollte, Covid zu "mutieren", um die Entwicklung zukünftiger "Impfstoffe" zu antizipieren.

Das Interview legt nahe, dass Pfizer Gesundheitsrisiken eingegangen sei und gegen US-Gesetze verstoßen habe, um seine Forschung durchzuführen.

In fünf Tagen war die Aufzeichnung bereits 41 Millionen Mal auf Twitter angesehen worden, als Pfizer dann eine Erklärung abgab. Ohne die Authentizität der Aufnahme in Frage zu stellen, sagte das Unternehmen, dass es keine Forschung über den Funktionsgewinn durchgeführt habe. Es fügte hinzu : "In einer begrenzten Anzahl von Fällen, in denen ein vollständiges Virus keine bekannten" Funktionsgewinn "- Mutationen enthält, kann dieses Virus modifiziert werden, um die Beurteilung der antiviralen Aktivität in Zellen zu ermöglichen." Zu diesem Zeitpunkt ist unklar, ob Pfizer das

Virus gefährlicher gemacht hat, bevor es seinen "Impfstoff" entwickelt hat.

Darüber hinaus sieht sich das Pharmaunternehmen bereits mit Anklagen konfrontiert, dass es die ganze Zeit bereits wusste, dass sein Impfstoff nicht vor einer Übertragung [Kontaminierung] schützt, aber hat, ohne einzugreifen, Regierungen handeln lassen, als ob es nicht so wäre.

Die USA wissen nicht mehr, wie sie die Religionsfreiheit in der Ukraine verteidigen sollen

Der [Gipfel für internationale Religionsfreiheit](#) (30. Januar bis 1. Februar 2023) brachte viele politische Führer der USA um den ehemaligen Senator und damaligen Gouverneur von Texas, Sam Brownback, und Führer religiöser Organisationen zusammen.

Internationale Religionsfreiheit ist traditionell ein politisches Ziel der Vereinigten Staaten von Amerika, die "City upon the Hill". In diesem Jahr sollten sie das Verbot der orthodoxen Kirche durch die ukrainische Regierung rechtfertigen, aber es ist ihnen nicht gelungen.

Biden-Regierung weigert sich, ihre Politik an der mexikanischen Grenze zu erklären

Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas verbot den vier Grenzbeamten zu Mexiko, vor dem Kongress auszusagen.

Der republikanische Abgeordnete James Comer aus Kentucky, und republikanischer Vorsitzender des *House Oversight Committee*, erwägt, sie vorzuladen.

Ein aktiver US-General erwähnt einen bevorstehenden Angriff Chinas

General Mike Minihan, Kommandeur des *Air Mobility Command*, das die Flotte von Tank- und Frachtflugzeugen der Luftwaffe überwacht, schickte ein Memorandum an seine 110 000 Soldaten, das von CBS enthüllt wurde. Er warnt

vor einem möglichen chinesischen Angriff in 2025.

Das Pentagon erwägt offiziell keinen Krieg gegen China.

Die Rockefeller gegen Gasherde

Laut Anwalt Christopher C. Horner, der den liberalen Diskurs über die globale Erwärmung seit Jahren anprangert, fand im Juli 2019 ein zweitägiges Treffen in der Villa der Rockefeller-Familie in Pocantico statt. Es brachte viele Regierungsbeamte und Umweltorganisationen zusammen, darunter das *Rocky Mountain Institute*. Auf der Tagesordnung standen "Carbon Pricing Strategies". Bei dieser Gelegenheit wurde der Plan ausgearbeitet, Gasheizungen und Gasherde in Küchen zu verbieten.

Die Federation of American Scientists ist nicht mehr das, was sie einmal war

Der Vorstand der *Federation of American Scientists* (FAS), der sehr angesehenen amerikanischen pazifistischen Vereinigung, hat den Zeiger ihrer Uhr auf 90 Sekunden vor dem Atomkrieg gesetzt. Ihr Bulletin prangert Russland, China, Iran und Nordkorea an.

In unserer Ausgabe Nr. 22 stellten wir fest, dass laut *Politico* die prestigeträchtige FAS unter die Kontrolle von Eric Schmitt (Alphabet/Google) geraten sei und ihre Mitarbeiter in die US-Regierung, einschließlich in das Weiße Haus, gesetzt habe.

Wird der Kongress die Obergrenze für die US-Staatsverschuldung anheben ?

Ein Gesetz, das 2021 verabschiedet wurde, legt die maximale Staatsverschuldung der Bundesregierung auf 31400 Milliarden US-Dollar fest. Das Finanzministerium hat nun diese Grenze mit 100 Milliarden Dollar bereits überschritten. Die Frage ist, ob der Kongress die von ihm festgelegte Grenze erhöhen wird oder ob die Regierung die Ausgaben einschränken muss.

Die Vereinigten Staaten haben die höchste Staatsverschuldung der Welt. Ihre Hauptgläubiger sind Japan, China und das Vereinigte Königreich.

Zum Vergleich : Das russische Finanzministerium hat in den 2000er Jahren den größten Teil seiner Schulden zurückgezahlt. Sie wären jetzt nur noch etwa 400 Milliarden Dollar.

Das Ende der Benzinautos in den USA bedeutet eine Zerstörung der globalen Umwelt

Der Übergang der USA zu Elektrofahrzeugen mit Lithiumbatterien bis 2050 erfordert dreimal mehr Lithium als seine gesamte derzeitige globale Produktion. Er wird die globalen ökologischen und sozialen Ungerechtigkeiten im Zusammenhang mit dem Bergbau verschärfen, so der *Guardian*.

Hunter Biden fordert Strafverfolgung von Rudolph Giuliani und Steve Bannon wegen Verletzung seiner Privatsphäre

Präsident Joe Bidens Sohn, Hunter Biden, fordert föderale Strafverfolgung all jener, die in seinem vom FBI beschlagnahmten Computer stehenden privaten Informationen, veröffentlicht und weitergegeben haben.

Der Kongress ist bereit, eine parlamentarische Untersuchung über den verblüffenden Inhalt dieses Computers einzuleiten, von dem eine Kopie an alle Bundestagsabgeordneten geschickt wurde.

Pentagon testet erfolgreich kleine Hyperschallrakete

Das Pentagon hofft seinen technologischen Rückstand zum russischen Militär wett zu machen. Es hat gerade erfolgreich eine kleine Hyperschallrakete, die HAWC, getestet, die fähig ist, auf 60 000 Fuß Höhe zu steigen und mit 7-facher Schallgeschwindigkeit zu fliegen. Russland und China verfügen bereits über

Hyperschallraketen, die die Atmosphäre verlassen und nach sehr langen Strecken wieder in sie einzutreten, ohne durch Luftreibung gebremst zu werden.

Mexiko wird keine Waffen in die Ukraine schicken

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador hat gesagt, sein Land werde keine Waffen in die Ukraine schicken. Während seiner Pressekonferenz kritisierte er die deutsche Demokratie und bemerkte, dass die Regierung in diesem Punkt gegen die Meinung der Bevölkerung ihrer Presse nachgegeben habe.

Wer hat in Peru einen Putsch gemacht ?

Das peruanische Parlament weigert sich immer noch, Parlamentswahlen auszurufen, obwohl bereits 57 Menschen während der Proteste getötet wurden.

Der gestürzte Präsident der Republik, Pedro Castillo, ist immer noch inhaftiert und die westliche Presse ist überzeugt, dass er einen Staatsstreich vorbereitet habe. Sie kann daher nicht verstehen, dass es im Gegenteil, die Verhaftung des Präsidenten war, die ein Staatsstreich war, noch kann sie die Volksdemonstrationen erklären.

Kolumbien wird keine Waffen in die Ukraine schicken

Präsident [Gustavo Petro](#) lehnte die Bitte der USA ab, Waffen russischer Herkunft, die Kolumbien besitzt, in die Ukraine zu schicken. Er sagte : "Keine russischen Waffen, die von Kolumbien gekauft wurden, werden im bewaffneten Konflikt in der Ukraine eingesetzt."

Jair Bolsonaro bleibt in den USA

Der ehemalige brasilianische Präsident Jair Bolsonaro hat einen Antrag auf einen weiteren sechsmonatigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten gestellt. Gegen ihn wird in seinem Land ermittelt, um seine Rolle bei der Einnahme des

Kongresses, des Obersten Gerichtshofs und des Präsidentenpalastes durch seine Anhänger zu beurteilen.

Brasilien wird keine Waffen in die Ukraine schicken

Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, der letzte Woche die "russische Invasion" der Ukraine verurteilte, weigerte sich, Waffen vor Ort zu schicken. Er plädierte für strikte Neutralität ; Eine Position, die bereits von seinem Vorgänger vertreten worden war.

Argentinien wird keine Waffen in die Ukraine schicken

"Argentinien und Lateinamerika denken nicht, Waffen in die Ukraine oder an einen anderen Konfliktort zu schicken", sagte der argentinische Präsident Alberto Fernández.

EUROPA

Entlassung des Vorsitzenden der britischen Konservativen Partei

Der britische Premierminister Rishi Sunak hat am 29. Januar den Vorsitzenden der Konservativen Partei und Gründer des Meinungsforschungsinstituts YouGov, Nadhim Zahawi, wegen "schweren Verstoßes" gegen den Ministerkodex entlassen. Er hätte heimlich eine unbezahlte Steuer von fast 5 Millionen Pfund beglichen, während er schon für die Staatskasse des Landes verantwortlich war. Nadhim Zahawi hätte die Steueruntersuchung, der er unterzogen wurde, erklären und auch seine Interessenerklärung aktualisieren müssen, sobald sein Streit mit den Steuerbehörden beigelegt war.

Rishi Sunak, dessen sehr reiche Frau keine Steuern zahlte, ist selbst von der Opposition in eine Affäre einer Party während der Covid-Epidemie und wegen Fahrens ohne Sicherheitsgurt verwickelt.

Wenn Rishi Sunak sich als Vorbild der Tugend

präsentiert, könnte seine Reaktion gegen Nadhim Zahawi mit einem bevorstehenden Skandal seines stellvertretenden Premierminister Dominic Raab in Verbindung gebracht werden. [24 hohe Beamte](#), die mit ihm zusammenarbeiten oder gearbeitet haben, werfen ihm "Einschüchterung" vor.

Nach Merkel und Hollande bestätigt Boris Johnson, dass die Minsker Vereinbarungen nicht auf Frieden in der Ukraine abzielten

Nach der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem ehemaligen französischen Präsidenten François Hollande war es der ehemalige britische Premierminister Boris Johnson, der bestätigte, dass die Minsker Vereinbarungen nur ein Mittel für den Westen gewesen seien, um Zeit zu gewinnen. Sie hätten nie versucht, den Bürgerkrieg in der Ukraine zu stoppen.

Derselbe Boris Johnson behauptete in einem von der BBC am 29. Januar ausgestrahlten Dokument, Präsident Putin habe ihn kurz vor dem Krieg bedroht und ihm gesagt, dass Moskau ihn in London mit einer Rakete in nur einer Minute töten könne. Die jüngsten Vorwürfe wurden vom Kreml zurückgewiesen, die er als "bewusste Lügen" bezeichnete.

Das Vereinigte Königreich hat 83 Kriege geführt seit 1945

Der Historiker [Mark Curtis](#) hat seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mindestens 83 britische bewaffnete Interventionen gezählt, die Teilnahme an Friedenssicherungseinsätzen nicht mitgerechnet. Diese offiziellen oder geheimen Kriege, zielten alle darauf ab, das zu erhalten, was noch von der Kolonialmacht übrig blieb.

Die britische Regierung managt den Brexit schlecht

[140 000 EU-Bürger](#) mit Wohnsitz im Vereinigten Königreich erhielten

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Sozialleistungen, auf die sie seit dem Austritt des Königreichs aus der Union keinen Anspruch mehr hatten.

Polnischer Premierminister diskutiert Teilung der Ukraine

Eine Kontroverse wurde mit dem polnischen Premierminister Mateusz Morawiecki nach einem Interview mit dem ehemaligen Minister und Atlantiker Radosław Sikorski auf [Radio Żet](#) ausgelöst. Er versicherte, dass die Regierung gleich zu Beginn des Krieges einen russischen Vorschlag zur Teilung der Ukraine erhalten habe und dass sie aber zehn Tage gezögert habe, ihn abzulehnen.

Vor einigen Jahren hatte Sikorski in einem Interview mit [Politico](#) gesagt, dass der Vorsitzende seiner Partei, Donald Tusk, während eines Besuchs in Moskau einen Vorschlag von Wladimir Putin erhalten habe, die Ukraine zu teilen.

Polnische Persönlichkeiten diskutieren über die Unabhängigkeit Tschetscheniens

Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki von der regierenden Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) sagte [Le Figaro](#) : "Es gibt Teile Russlands, die Gefängnisse für andere Nationen sind. Diese Teile Russlands könnten befreit werden, wie zum Beispiel Tschetschenien. Sie könnten unabhängig werden. Sie haben

jahrhundertlang für ihre Freiheit gekämpft und in den letzten Jahrzehnten mit großer Motivation gekämpft. Ich glaube, dieses Land verdient seine Unabhängigkeit."

Der ehemalige Verteidigungsminister Radosław Sikorski von der oppositionellen Partei Bürgerplattform (PO) sagte [Krytyka Polityczna](#) : "Ich glaube nicht, dass Russland [ein Zerfall] droht, vielleicht irgendwo an der Grenze, wie in Dagestan oder Tschetschenien – vielleicht wird ein sehr geschwächtes Russland gezwungen sein, sich auf sein Ursprungsgebiet zurückzuziehen. Aber ich sehe keinen Teil Russlands im eigentlichen Sinne, keine Republik oder ein Gebiet, das der strategischen Achse Moskau-Petersburg widerstehen würde."

Diese Erklärungen leiten den [Plan für die Auflösung Russlands](#) ein, der auf dem Forum Freier Nationen Russlands in diesem Sommer in Prag ausgearbeitet wurde.

Polen wirft Russland den Bau neuer Lager vor und lädt es nicht zu den Auschwitz-Feierlichkeiten ein

Anders als in den Vorjahren lud Polen Russland nicht ein, an den Feierlichkeiten zur Befreiung des Lagers Auschwitz durch die Rote Armee teilzunehmen.

1 Million Juden, 80 000 nichtjüdische Polen, 25000 Roma und 20 000 sowjetische Soldaten wurden von den Nazis in Auschwitz ermordet, laut dem Lagermuseum.

Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki beschuldigte Russland in einer Rede auf der Grundlage eines Berichts des UN-Generalsekretärs, "neue Lager" in der Ukraine zu bauen und 400 Menschen dort verschwinden lassen zu lassen.

Die Ukrainer haben selbst ihr Land nach der Unabhängigkeit zerstört

Im selben Interview mit [Krytyka Polityczna](#) kritisiert Radosław Sikorski die ukrainischen Eliten. Er stellt fest, dass die Ukraine die UdSSR

zu einer Zeit verließ, als Polen die Freiheit erlangte, und dass Kiew damals reicher war als Warschau. Aber die Ukrainer haben dieses Erbe vergeudet. Kurz vor dem Krieg war ihr BIP viermal niedriger als das von Polen.

Ungarn nominiert Recep Tayyip Erdoğan für Friedensnobelpreis

Der ungarische Außenminister Peter Szijjarto kündigte an, Recep Tayyip Erdoğan für den Friedensnobelpreis in Anerkennung seiner Vermittlungsbemühungen in der Ukraine zu nominieren.

Voltaire Netzwerkanalyse

"Zwei Wahrnehmungen des Krieges in der Ukraine" von Thierry Meyssan

Die militärische Intervention in der Ukraine wird im Westen keineswegs so interpretiert wie in Russland. Dies ist ein Fall fürs Lehrbuch. Diese unterschiedlichen Vorstellungen sind nicht auf gegensätzliche materielle Interessen zurückzuführen, sondern auf unterschiedliche Auffassungen davon, was den MENSCHEN ausmacht und was das LEBEN bedeutet. Für die Einen versucht der Feind, die Größe des Zarenreiches oder der Sowjetunion wiederherzustellen, während für die Anderen, der Feind sich vorstellt das Gute zu verkörpern.

General Petr Pavel neuer tschechischer Präsident

General Petr Pavel wurde zum Präsidenten der Tschechischen Republik gewählt. Er war Chef des Generalstabs der tschechischen Armee (2012-15), dann Vorsitzender des NATO-Militärausschusses (2015-18). Dieser Zentrist präsentierte sich als Kandidat "der Wahrheit, der Würde, des Respekts und der Demut". Vor zwei Jahren präsentierte er einen Plan zur Bekämpfung von Covid.

Er wurde von der slowakischen Präsidentin Zuzana Čaputová und dem ukrainischen

Präsidenten Wolodymyr Selenskyj beglückwünscht.

Der Atlantiker Petr Pavel befürwortet Friedensverhandlungen in der Ukraine

In einem Interview mit der [BBC](#) deutete der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses und neue tschechische Präsident, Petr Pavel, an, dass, wenn die NATO die Ukraine nicht unterstützt, die Ukraine wahrscheinlich den Krieg verlieren werde und dass die Ukraine bereits verdient habe, dem Bündnis beizutreten. Er hat sich für Friedensgespräche mit Russland ausgesprochen.

Kroatien wird keine Waffen in die Ukraine schicken

Der kroatische Präsident [Zoran Milanović](#) kritisierte scharf den Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland in der Ukraine und die Asienreise des NATO-Generalsekretärs. Er erklärte, dass die Ukraine nie wieder dieselbe sein würde und dass der Hass der westlichen Bevölkerungen auf die Russen schlimmer sei als der der Kroaten auf die Serben. Ihm zufolge seien Kroatiens Partner in der NATO entschlossen, es [Kroatien] als einen Zirkuspudel anzusehen, der tun müsse, was ihm gesagt wird.

Die Europäische Union versteht den Unterschied nicht zwischen "internationalem Recht" und "regelbasierter internationaler Ordnung"

Der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, [Josep Borell](#), blickt auf seinem Blog auf seine Reise ins südliche Afrika zurück. Dies ist eine Gelegenheit für ihn, seine Vision des Konflikts in der Ukraine vorzustellen. Er schreibt : "Was wir von Südafrika und allen Ländern verlangen, ist, zu den Prinzipien und Werten der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts zu stehen. Nicht mehr und auch nicht weniger. Die

EU betrachtet Südafrika als wichtigen Partner bei der Aufrechterhaltung und Wiederbelebung einer regelbasierten internationalen Ordnung." Der Hohe Kommissar scheint die Begriffe "Völkerrecht" und "regelbasierte internationale Ordnung" für gleichwertig zu halten. Im Gegensatz zu dem, was er sagt, verbietet die UN-Charta, die den Rahmen für das Völkerrecht festlegt, eine russische Intervention in der Ukraine jedoch nicht. Im Gegenteil, Artikel 42 sieht vor, dass der Sicherheitsrat die Ordnung mit militärischen Mitteln wiederherstellen kann, und die Resolution 2202 hat diese Verantwortung in der Ukraine Deutschland, Frankreich und Russland übertragen.

Die NATO ist für den Weltkrieg bereit

Der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, der niederländische Admiral Robe Bauer, sagte im portugiesischen Fernsehen, die NATO sei nun für eine direkte Konfrontation mit Russland bereit.

Das geheime Interesse des Pentagons an der Ukraine

Laut dem Magazin [Newsweek](#) war der einzige Grund, der die Pentagon-Generäle davon überzeugte, die Ukraine gegen Russland zu unterstützen, ihre kolossalen Titan-Reserven, einem Metall, das für Rüstung und Luftfahrt unerlässlich ist.

Russland von Olympiaspielen ausgeschlossen ?

Mit Unterstützung Großbritanniens und Dänemarks hat Präsident Wolodymyr Selenskyj gefordert, Russland von den Olympischen Spielen auszuschließen. Tatsächlich wurde vielen russischen Athleten seit der Intervention der russischen Armee in der Ukraine verboten, an internationalen Wettkämpfen teilzunehmen. Obwohl das Internationale Olympische Komitee erklärt hat, dass "kein Athlet allein

aufgrund seines Passes vom Wettkampf ausgeschlossen werden sollte", hat es das Problem nicht lösen können.

Kreml klassifiziert seine Wirtschaftsstatistiken

Angesichts des westlichen Wirtschaftskriegs hat Präsident Wladimir Putin beschlossen, Russlands Wirtschaftsstatistiken zu klassifizieren.

Für Russland geht es darum, den Westen daran zu hindern, Wege zur Schwächung der Wirtschaft des Landes zu finden.

Die Europäische Union befindet sich an ihrem neunten Paket antirussischer Maßnahmen, die sie weiterhin als "Sanktionen" bezeichnet, obwohl sie nach internationalem Recht illegal sind.

Auflösung der Moskau-Helsinki-Gruppe

Ein Moskauer Gericht ordnete die Auflösung der [Moskau-Helsinki-Gruppe](#) wegen Überschreitung ihres Status an. Die NGO, als regionaler Verband deklariert, war im ganzen Land aktiv.

Lettisches Medienunternehmen Meduza in Russland verboten

Die Generalstaatsanwaltschaft Russlands erklärte, dass die Aktivitäten der russischsprachigen lettischen Nachrichtenseite [Meduza](#) "eine Bedrohung für die Grundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung und Sicherheit der Russischen Föderation darstellen". *Meduza*, das bereits als "ausländischer Agent" galt, wurde auf die Liste der "unerwünschten Organisationen" gesetzt, die es russischen Bürgern verbietet, daran teilzunehmen oder sich darauf zu berufen.

Seit Juli 2022 hatte *Meduza* es sich zur Spezialität gemacht, das private Militärunternehmen Wagner in Frage zu stellen.

Blagodatnoje im Donbass befreit

Laut TASS ist die Siedlung Blagodatnoje in der Nähe von Soledar in der Ostukraine unter die Kontrolle russischer Streitkräfte gekommen, sagte Jewgeni Prigoschin, Gründer des privaten Militärunternehmens Wagner, am 29. Januar.

Westliche Sanktionen begünstigen Moskau

Russland hat seine Flüssiggaseinnahmen dank westlicher Sanktionen verdoppelt, berichtete die [South China Morning Post](#).

AFRIKA

Ägyptisch-indische Annäherung

Der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sissi war Ehrengast am 26. Januar, Tag der indischen Republik. Der indische Premierminister Narendra Modi bezeichnete dessen Besuch als "historisch". Die ägyptisch-indischen Beziehungen waren am toten Punkt, als Kairo Mitte 2021 Covid-Impfstoffe nach Neu-Delhi schickte und Neu-Delhi im Gegenzug 2022 ihm Weizen schickte.

1955 nahmen der indische Premierminister Jawaharlal Nehru und der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser an der Bandung-Konferenz teil und gründeten 1961 die Bewegung der Blockfreien.

Auflösung der Algerischen Liga der Verteidigung der Menschenrechte

Die [Algerische Liga zur Verteidigung der Menschenrechte](#) (LADDH) wurde aufgrund der Vakanz ihrer Leiter aufgelöst.

Sie hatte sich zuvor in drei verschiedene Gruppen aufgeteilt. Ihre Finanzierung war besonders obskur.

Sudanesisch-äthiopische Aussöhnung

Der äthiopische Premierminister [Abiy Ahmed](#) besuchte den Sudan, wo er vom Vorsitzenden

des Souveränitätsrates, Abdel Fattah al-Burhan, empfangen wurde. Die beiden Männer legten ihren Streit über den Großen Renaissance-Staudamm bei.

Französische Diffamierung gegen Kenia und Tansania

Die Firma Air-France-KLM gab eine Passagierwarnung heraus, dass der Verkehr in Tansania und Kenia aufgrund von "zivilen Unruhen" gestört sein werde.

Der kenianische Verkehrsminister Kipchumba Murkomen sagte am 28. Januar, er habe bei der Fluggesellschaft gegen "diese unbegründeten, falschen und irreführenden Informationen, die Kenia in einem schlechten Licht darstellen", protestiert.

Tansanias Minister für öffentliche Arbeiten und Verkehr, Mbarawa, sagte : "Diese Aussage ist grundlos, alarm-schlagend, unbegründet, unüberlegt und hat unnötige Angst und Panik verursacht."

Air-France-KLM entschuldigte sich. Lokale Kommentatoren sehen in dem Fall den Beginn eines hybriden Krieges von Seiten Frankreichs.

Pentagon eliminiert einen Daesh-Führer in Somalia

US-Verteidigungsminister [Lloyd Austin](#) hat eine Operation begrüßt, bei der Bilal al-Sudani, ein Führer von Daesh, eliminiert wurde, nachdem er die Verantwortung für zwei Autobombenanschläge übernommen hatte, bei denen 15 Menschen getötet wurden.

M23 nimmt Kitschanga in der Demokratischen Republik Kongo ein

Die [M23](#) übernahm die Kontrolle über die Stadt Kitschanga (60 000 Einwohner) in der Demokratischen Republik Kongo, wie sie es seit Monaten versucht hatte. Sie behauptet, interveniert zu haben, um einen "Völkermord" an den Tutsis zu verhindern.

Die [UN-Mission](#) verurteilte den M23-Angriff.

Ruanda hat jede Beteiligung bestritten.

Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union haben Ruanda letzten Monat davor gewarnt, die M23 zu unterstützen.

Ruanda schießt kongolesisches Flugzeug ab

Die ruandische Regierung behauptete, eine Suchoi Maschine der Demokratischen Republik Kongo abgeschossen zu haben, die ihren Luftraum verletzt hätte. Die Demokratische Republik Kongo behauptet stattdessen, dass sich ihr Flugzeug immer noch im Kongo befinde. Ruanda unterstützt die Tutsi-Rebellen der M23.

ASIEN

Israelisch-palästinensische Eskalation

Israelisch-palästinensische Angriffe folgen aufeinander und wachsen an.

Israelische Truppen töteten neun Palästinenser bei einem Überfall in Dschenin und eine weitere Person bei anschließenden Zusammenstößen in Ramallah.

Die Hamas feuerte fünf Raketen auf Israel ab, von denen nur eine auf Israel einschlug, und noch dazu auf einem unbewohnten Gebiet.

Premierminister Benjamin Netanyahu sagte, Israel versuche nicht die Situation zu eskalieren, obwohl er den Sicherheitskräften befohlen hatte, in Alarmbereitschaft zu sein.

Benjamin Netanjahu will Waffen an israelische jüdische Zivilisten verteilen

Premierminister Benjamin Netanyahu sagte auf einer Kabinettsitzung am 29. Januar, dass die Regierung daran arbeite, die Waffenlizenzierung für Tausende von israelischen Bürgern nach aufeinanderfolgenden Angriffen in Jerusalem, bei denen sieben Menschen getötet wurden, auszuweiten und zu beschleunigen.

Die arabische Hadash-Ta'al-Partei betonte, dass dies "eine unverantwortliche Entscheidung ist, die zu Blutvergießen und einer Zunahme von

Fällen von Gewalt und Mord führen wird", und fügte hinzu, dass die Partei zwar die Tötung von Zivilisten beider Seiten verurteile, aber "die Besatzung ist der Ursprung der Gewalt, die gestoppt werden muss".

Israelische Ökonomen gegen Benjamin Netanjahus Politik

Eine Petition, die ursprünglich von 370 Ökonomen unterzeichnet wurde, warnte vor den wahrscheinlichen wirtschaftlichen Folgen einer Transformation des politischen Regimes Israels. Ihnen zufolge würde dies zu einer Herabstufung der Kreditwürdigkeit Israels, einem Rückgang ausländischer Investitionen, einer Verlagerung von Aktivitäten von High-Tech-Unternehmen ins Ausland, einem *Braindrain* und einem langfristigen Schlag für das Wirtschaftswachstum und die Lebensqualität der Israelis führen.

Premierminister Benjamin Netanyahu rief Wirtschaftsführer zusammen, um sie zu beruhigen. Aber nichts half.

Am 29. Januar führte diese Prognose zu einem Rückgang der [Börse von Tel Aviv](#) um 4,3%.

Es gab auch viele Abhebungen von Bankeinlagen. Es liegen jedoch keine Zahlen vor, da die Banken sich weigern, sie herauszugeben.

Richter des Obersten Gerichtshofs gegen Benjamin Netanjahus Politik

Auf einer gemeinsamen Konferenz der Tageszeitung *Ha'aretz* und der Bürgerrechtsvereinigung in Tel Aviv sagte der ehemalige Richter des Obersten Gerichtshofs, Menachem Mazuz, am 29. Januar : "Die [israelische] Öffentlichkeit ist nicht dumm und kauft nicht ab, was ihr gesagt wird. Die Öffentlichkeit versteht, dass es hier einen Putsch gibt, der Konsequenzen in allen Lebensbereichen haben wird."

Auch die ehemalige stellvertretende Generalstaatsanwältin Dina Zilber sagte auf der

Konferenz : "Dies ist kein ‚Schrei nach einem Wolf‘, es ist roter Alarm - ein echter Alarm. Alle Vergleiche sind korrekt und nicht übertrieben."

Russland schätzt die israelische Neutralität in der Ukraine

Russlands stellvertretender Vertreter im UN-Sicherheitsrat, Dmitry Polyanskiy, sagte gegenüber *Kann News* : "Wir begrüßen Israels ausgewogene Linie in Bezug auf keine Waffenlieferungen an die Ukraine. Ich denke, es ist sehr wichtig, sich nicht in diesen Konflikt einzumischen."

Wer steckt hinter Benjamin Netanjahus Politik ?

Laut [Ha'aretz](#) verlassen sich religiöse Zionisten auf zwei Denkfabriken, das *Kohelet Policy Forum* und das *Law and Liberty Forum*.

Letztere sollte Israel die gleiche Revolution bringen, die in den Vereinigten Staaten anlässlich der Anschläge vom 11. September 2001 durchgeführt wurde. Dieser zweite Think Tank ist inspiriert von der *Federalist Society*, die den USA *Patriot Act* im Voraus entworfen hat. Er wird vom Tikvah-Fonds finanziert, der ihn gegründet hat und dem der israelisch-amerikanische Neokonservative Elliott Abrams vorsitzt (bekannt für seine Rolle in der Iran-Contras-Affäre und vielen Staatsstreich in Lateinamerika).

Ebenfalls laut [Ha'aretz](#) sind die libertären Milliardäre Jeffrey Yass und Arthur Dantchik (Gründer der *Susquehanna International Group*) Spender des *Kohelet Policy Forum* und gleichzeitig des *Shalom Hartman Institute*, das ultrakonservative jüdische Schulen hat.

Auf dem Weg zu einer drastischen Einschränkung des Streikrechts in Israel

Ein Gesetzentwurf, der vom Anwalt Simcha Rothman (religiöser Zionist), Treuhänder des Tikvah-Fonds und des *Kohelet Policy Forum*, eingebracht wurde, zielt darauf ab, das

Streikrecht auf Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber zu beschränken und nur dann, wenn es die Öffentlichkeit nicht stört.

OPCW wirft Syrien

Chemiewaffeneinsatz im Jahr 2018 vor

Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) hat ihren Bericht über den Angriff 2018 in Duma, Syrien, veröffentlicht. Ihr zufolge "gibt es vernünftige Gründe zu glauben", dass die "Tiger-Kräfte" zwei gelbe Zylinder mit Chlor aus einem Hubschrauber abwarfen und 43 Menschen töteten. Sie stellt fest, dass russische Streitkräfte auf dem Flugplatz anwesend waren, von dem der Hubschrauber startete.

Wikileaks veröffentlichte interne OPCW-E-Mails, die bestätigten, dass die gegenteiligen Ansichten von Ian Henderson, einem Experten der Agentur, aus frühen Berichten entfernt worden waren. Diese E-Mails, die zunächst vom Direktor der Agentur dementiert wurden, wurden später von ihrem ehemaligen Direktor, dem brasilianischen Botschafter José Bustani, bestätigt. Diese Fälschung wurde angeblich vom Stabschef des Generaldirektors der Organisation, dem Franzosen Sébastien Braha, angeordnet.

Syrien und Russland haben wiederholt auf die gegen sie erhobenen Vorwürfe reagiert und sogar die Vernehmung von 17 Augenzeugen in Den Haag arrangiert.

Frankreich organisierte daraufhin eine Änderung der Satzung der OPCW.

Regimewechsel in Turkmenistan

Turkmenistan hat die Rolle seines Oberhauses, des Volksrates (Halk Maslahaty), geändert. Der ehemalige Präsident der Republik und "Volkschützer", Saparmyrat Nyýazow, wurde Präsident und erhielt den Titel "Nationalführer". Er wird alle Entscheidungen treffen können. Er und seine Familie werden Immunität vor Strafverfolgung haben. Erst

wenn seine Gesundheit es ihm nicht mehr erlaubt, seine Aufgaben zu erfüllen, wird ihn der derzeitige Präsident der Republik ersetzen. Und dieser Präsident ist kein anderer als sein Sohn Serdar Berdimuhamedow.

Kirgisistan bereit, Radio Free Europe/Radio Liberty zu verbieten

Die kirgisischen Behörden bereiten sich darauf vor, den kirgisischen Dienst von *Radio Free Europe/Radio Liberty*, bekannt als *Radio Azattyk*, zu verbieten. Sie werfen ihm vor, eine falsche Version der Ereignisse vom September an der tadschikischen Grenze verbreitet zu haben. *Radio Free Europe/Radio Liberty* behauptet, ein "unabhängiges" Medium zu sein, erkennt aber an, dass es von der *US-Agency for Global Media* "überwacht" und finanziert wird.

Pakistanisch-russische Aussöhnung

Der pakistanische Außenminister Bilawal Bhutto Zardari reiste offiziell nach Moskau. Er hat die Vereinbarungen wiederbelebt, die vor einem Jahr von Premierminister Imran Khan getroffen wurden, bevor er durch eine bunte parlamentarische Manipulation unter der Führung des von der CIA kontrollierten Stabschefs General Qamar Javed Bajwa gestürzt wurde.

Pakistan wird von billiger russischer Energie profitieren. Es scheint, dass Washington dem neuen Premierminister Shehbaz Sharif erlaubt habe, einen Deal abzuschließen, den es seinem Vorgänger verweigert hatte. Diese Kehrtwende kann entweder als Geste Washingtons gegenüber Moskau interpretiert werden oder als Wunsch, den pro-amerikanischen Shehbaz Sharif leichter an der Macht zu halten.

Bhutan-China-Gespräche

Bhutan und China, die keine diplomatischen Beziehungen unterhalten, haben Grenzgespräche aufgenommen. Laut Abschlusskommuniqué stünden sie kurz vor

einer Einigung.

Sofort begab sich Indiens Außenminister Vinay Mohan Kwatra nach Bhutan. Indien ist sehr besorgt über einen möglichen Landtausch zwischen Bhutan und China, der es China ermöglichen würde, den "Siliguri-Korridor" zu dominieren und Indien den Zugang zum Doklam-Plateau zu erschweren.

Rauschgift-Entwicklung in Myanmar

Nach Angaben des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung ist die Drogenproduktion in Myanmar seit dem Sturz von Aung San Suu Kyi um 33% gestiegen. Myanmar ist der weltweit zweitgrößte Produzent von Opium und Heroin, weit hinter Afghanistan.

NATO überzeugt Südkorea gegen Russland mehr zu tun

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg stattete Südkorea einen offiziellen Besuch ab, wo er mit Außenminister Park Jin, Verteidigungsminister Lee Jong-sup und Präsident Yoon Suk Yeol zusammentraf.

In einer Rede am *Chey Institute for Advanced Studies* in Seoul dankte er Südkorea für die fortgesetzte Lieferung nicht-tödlicher Hilfe (medizinische Ausrüstung, kugelsicherer Westen und Lebensmittelrationen) an die Ukraine, aber forderte es auf, mehr zu tun, da sie einen "dringenden" Bedarf an Munition habe.

In einem überraschenden Abkommen, das im August angekündigt wurde, stimmte Seoul zu, eine massive Lieferung von NATO-Standardwaffen Warschau zu liefern : 980 K2-Kampfpanzer, 648 K9 155-mm-Panzerhaubitzen und 48 FA-50-Kampffjets. Im Oktober wurden noch 288 K239 Chunmoo Multi-Launch-Raketensysteme (ähnlich dem US-amerikanischen HIMARS) zu diesem Ganzen hinzugefügt.

Zum Vergleich : Die britische, französische und

deutsche Armee verfügen insgesamt nur über 715 Panzer.

Südkorea tritt dem Club der weltweit führenden Waffenlieferanten bei.

Chinas Volksbefreiungsarmee erhöht das Niveau ihrer Luftwaffe

Das chinesische Militär hat angekündigt, seine alten *Chengdu JF-17 Thunder*-Kampffjets aus dem Dienst zu nehmen. Sie werden alle durch J-18, J-19 und vor allem durch *Chengdu J-20 Mighty Dragon* ersetzt. Letztere sind Stealth-Flugzeuge der fünften Generation, die US-Flugzeugen entsprechen. Ihr Tarn-System wurde aus den Trümmern einer *Lockheed Martin F-117 Nighthawk* kopiert, die während des Kosovokrieges von der jugoslawischen Armee abgeschossen wurde.

"Mondneujahr" oder "Chinesisches Neujahr" ?

Mit westlichen Staaten entwickelt sich eine Kontroverse über das chinesische Neujahrsfest. Die Angelsachsen nennen es "Lunar New Year", um es von ihrem Neujahr zu unterscheiden und zu betonen, dass es auch in Vietnam und Korea gefeiert wird. Dieses Fest hat jedoch seinen Ursprung in China und es gibt verschiedene Mondkalender auf der ganzen Welt.

OZEANIEN

Streit um den *Australian Day*

Die australischen Ureinwohner haben dieses Jahr den *Australian Day* stark bestritten. Dieser Nationalfeiertag wird am 26. Januar gefeiert, dem Jahrestag der Proklamation der britischen Souveränität an der Ostküste des damaligen Neuholland. Auch viele linke Organisationen haben diesen "Tag der Invasion" angeprangert. Die australischen Ureinwohner haben besonders unter dem Kolonialismus gelitten.

Premierminister Anthony Albanese würdigte die traditionellen Besitzer des Landes und kündigte

ein Referendum über die Schaffung eines "One Voice"-Beirats an, der die Ureinwohner und Torres-Strait-Insulaner im Parlament vertritt.

Der chinesische Präsident Xi Jinping wendet sich an Australier

Anlässlich des *Australian Day* wandte sich der chinesische Präsident Xi Jinping per Video an das australische Volk. In Bezug auf die jüngsten bilateralen Kontakte sagte er : "Die beiden Länder haben die Vergangenheit überprüft und in die Zukunft geblickt und aktive Anstrengungen in die richtige Richtung unternommen, um die Beziehungen zwischen China und Australien zu verbessern und zu entwickeln."

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

Jahresabonnement : 150 Euro

Monatsabonnement : 15 Euro

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Dokumentations ergänzung

1- Politikwissenschaftliche Zeitschriften

AUSTRALIA

[Climate change and Australia's national security](#), Tobias Ide, *Australian Journal of International Affairs*

Framing the Australian extreme right : proposing a threefold typology with consideration of legislation and listing regulations, Kristy Champion, Mark Nolan & Nick O'Brien, *Journal of Policing, Intelligence and Counter Terrorism*
<https://doi.org/10.1080/18335330.2023.2165136>

BALKANS

The Western Balkans and Geopolitics : Leveraging the European Union and China, Danijela Jaćimović, Joel I. Deichmann & Kong Tianping, *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*
<https://doi.org/10.1080/19448953.2023.2167164>

BRAZIL

Weak Participation and Ideological Exemption : The Latest Stage of EIA Simplification in

Brazil ?, Alberto Fonseca, *Impact Assessment and Project Appraisal*

<https://doi.org/10.1080/14615517.2023.2172644>

BRICS

BRICS countries' annual intergovernmental declaration : why does it matter for world politics ?, Adeelah Kodabux, *Contemporary Politics*

<https://doi.org/10.1080/13569775.2023.2167340>

CANADA

Environmental conflict and the expansion of renewable energy in Central America : exploring Canadian participation, Paulina Larreátegui Benavides, *Canadian Journal of Latin American and Caribbean Studies*

<https://doi.org/10.1080/08263663.2023.2166267>

CHINA

The strategic and instrumental use of verbal violence by protesters : political swearing in Hong Kong's Anti-Extradition Movement, Matthew Ming-tak Chew, *Social Movement*

Studies

<https://doi.org/10.1080/14742837.2023.2171384>

Rising Income and Wealth Inequality in China : Empirical Assessments and Theoretical Reflections, Zhao Simon Xiao Bin, Wong David Wai Ho, Shao Chen Han & Liu Kai Ming, *Journal of Contemporary China*

<https://doi.org/10.1080/10670564.2023.2172553>

[Defending the islands, defending the self : Taiwan, sovereignty and the origin of the Diaoyu/Senkaku Islands dispute as ontological security-seeking](#), Nina C. Krickel-Choi & Ching-Chang Chen, *The Pacific Review*

CYPRUS

Cyprus : Korea by Transposition ?, Panayiotis Papadopoulos, *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*

<https://doi.org/10.1080/19448953.2023.2167178>

Understanding Cypriot youth views on peace : bottom-up experiences of everyday peace, Cihan Dizdaroglu, *Southeast European and Black Sea Studies*

<https://doi.org/10.1080/14683857.2023.2170722>

Back to Basics : The Re-Securitization of Cyprus by Turkey After Crans Montana, Hüseyin Ergüven & Nur Köprülü, *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*

<https://doi.org/10.1080/19448953.2023.2167341>

EGYPT

Polar Silk Road Challenge to Sino-Egyptian Economic Relations in the Belt and Road Era, Cem Yilmaz, *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*

<https://doi.org/10.1080/19448953.2023.2167181>

ETHIOPIA

Policy and political implications of government responses to COVID-19 in Ethiopia, Tefera Assefa & Wadajo Wami, *Territory, Politics,*

Governance

<https://doi.org/10.1080/21622671.2022.2156917>

EUROPEAN UNION

[Decarbonisation and Critical Materials in the Context of Fraught Geopolitics : Europe's Distinctive Approach to a Net Zero Future](#), Sophia Kalantzakos, Indra Overland & Roman Vakulchuk, *The International Spectator - Italian Journal of International Affairs*

Sustainable Development : A Common Denominator for the EU's Policy Towards the Eastern Partnership ?, Maryna Rabinovych & Anne Pintsch, *The International Spectator - Italian Journal of International Affairs*

<https://doi.org/10.1080/03932729.2023.2165774>

Between processes and norms. Understanding EU development cooperation beyond EU institutions, Martina Chiara Tallarita, *Journal of European Integration*

<https://doi.org/10.1080/07036337.2023.2171343>

Differentiated cooperation as the mode of governance in EU foreign policy, Maria Giulia Amadio Viceré & Monika Sus, *Contemporary Security Policy*

<https://doi.org/10.1080/13523260.2023.2168854>

Candidate Countries' Engagement with European Union Agencies – Alternative Modes of EU Integration ?, Michael Kaeding & Marko Milenković, *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*

<https://doi.org/10.1080/19448953.2023.2167349>

[Weaponisation of finance : the role of European central banks and financial sanctions against Russia](#), Lucia Quaglia & Amy Verdun, *West European Politics*

[The COVID-19 pandemic and the European Union : politics, policies and institutions](#), Lucia Quaglia & Amy Verdun, *Journal of European Public Policy*

[Maintaining the EU's compound polity during the long crisis decade](#), Maurizio Ferrera, Hanspeter Kriesi & Waltraud Schelkle, *Journal of European Public Policy*

[The end of negative market integration : 60 years of free movement of goods litigation in the EU \(1961–2020\)](#), Jan Zgliniski, *Journal of European Public Policy*

[Drivers of Consensus : Responses to Brexit in Germany, France, Ireland and Poland](#), Paul Taggart, Kai Oppermann, Neil Dooley, Aleks Szczerbiak & Susan Collard, *German Politics*

FRANCE

“Health Dictatorship” and “Civil Disobedience” : Political Extremists and French Debates on Democracy during Covid-19, Ruth Amossy, *Journal of the European Institute for Communication and Culture*
<https://doi.org/10.1080/13183222.2023.2162287>

The French Council of State, adviser to the government, Catherine Bergeal, Parliaments, *Estates and Representation*
<https://doi.org/10.1080/02606755.2023.2169354>

GEORGIA

Bandwagoning by stealth ? Explaining Georgia's Appeasement Policy on Russia, Bidzina Lebanidz & Kornely Kakachia, *European Security*
<https://doi.org/10.1080/09662839.2023.2166404>

GERMANY

[The mobilisation potential of anti-containment protests in Germany](#), Sophia Hunger, Swen Hutter & Eylem Kanol, *West European Politics*

GREECE

[The 10-year anniversary of intense protest in Greece and the role of Facebook](#), Venetia Papa & Maria Ioannou, *Journal of Information Technology & Politics*

INDIA

Heights of madness : diagnosis, suspicion & military discipline on the Siachen glacier, Sanaullah Khan, *Critical Military Studies*
<https://doi.org/10.1080/23337486.2023.2170529>

Shock and Reconciliation ? The Case of India–Pakistan, 1962–63, Surinder Mohan, *Peace Review*
<https://doi.org/10.1080/10402659.2023.2166785>

[Adoption of digital technologies amidst COVID-19 and privacy breach in India and Bangladesh](#), Mansi Babbar, Shruti Agrawal, Dilshad Hossain & M. Mustahid Husain, *Policy Design and Practice*

The Nasr and India's nuclear command structure, strategy and doctrine, Sanjana Gogna, *Comparative Strategy*
<https://doi.org/10.1080/01495933.2022.2158029>

[India and order transition in the Indo-Pacific : resisting the Quad as a 'security community'](#), Kate Sullivan de Estrada, *The Pacific Review*

INDO-PACIFIC

AUKUS and Australia–UK Strategic Reconvergence : Return to Oz ?, Ian Hall, *The RUSI Journal*
<https://doi.org/10.1080/03071847.2022.2159514>

[Strategy, Tactics and Tilts : A Networked Approach to UK Influence in the Indo-Pacific](#), Jamie Gaskarth, *The RUSI Journal*

IRAN

Producing Territory, Resisting the State : Embodiment, Discourse, and Symbolism in Street Demonstrations in Iranian Kurdistan, Sanan Moradi, *Geopolitics*
<https://doi.org/10.1080/14650045.2022.2160711>

The Quranic concept of war and bounded instability : Understanding Iran's strategy and tactics in the Middle East, Bianca L. Adair,

Comparative Strategy

<https://doi.org/10.1080/01495933.2022.2158028>

IRELAND

[Public policy accumulation in Ireland : the changing profile of ministerial departments 1922–2022](#), Muiris MacCarthaigh, John Biggins & Niamh Hardiman, *Irish Political Studies*

The legislative agenda in Ireland, 1922–2021, Conor Little, *Irish Political Studies*

<https://doi.org/10.1080/07907184.2022.2160277>

ITALIA

Radical-Right Surge in a Deinstitutionalised Party System : The 2022 Italian General Election, Alessandro Chiamonte, Vincenzo Emanuele, Nicola Maggini & Aldo Paparo, *South European Society and Politics*
<https://doi.org/10.1080/13608746.2022.2160088>

Yet Another Populist Party ? Understanding the Rise of Brothers of Italy, Gianfranco Baldini, Filippo Tronconi & Davide Angelucci, *South European Society and Politics*
<https://doi.org/10.1080/13608746.2022.2159625>

LEBANON

Salafism in Lebanon : the significance of Fathi Yakan and Al-Jama‘a Al-Islamiyya, Zach Battat, Ronen A. Cohen & Dan Naor, *Middle Eastern Studies*
<https://doi.org/10.1080/00263206.2023.2172405>

Rethinking the Beirut bombing, rethinking terrorism : theorising counterviolence, Nicole Nguyen & Yazan Zahzah, *Critical Studies on Terrorism*
<https://doi.org/10.1080/17539153.2023.2170737>

NETHERLANDS

The Relational Dimension of Radicalization : Context and Tie Formation in Dutch Salafi-Jihadi Networks, Casper S. van Nassau & Christianne J. de Poot, *Terrorism and Political*

Violence

<https://doi.org/10.1080/09546553.2022.2158083>

NIGERIA

[Forces of Terror : Armed Banditry and Insecurity in North-west Nigeria](#), John Sunday Ojo, Samuel Oyewole & Folahanmi Aina, *Democracy and Security*

NORTH MACEDONIA

Constitutions Octroyées And International State-Building : The Macedonian Case in Focus, Biljana Vankovska, *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*
<https://doi.org/10.1080/19448953.2023.2167179>

NORWAY

[Paradoxes of Norway’s energy transition : controversies and justice](#), Marius Korsnes, Bradley Loewen, Ragnhild Freng Dale, Markus Steen & Tomas Moe Skjølsvold, *Climate Policy*

PAKISTAN

Deception and Manipulation in an Intelligence Liaison Relationship : U.S.–Pakistani Negotiations and the 1980s Afghan Program, Diana I. Bolsinger, *International Journal of Intelligence and CounterIntelligence*
<https://doi.org/10.1080/08850607.2022.2157687>

QATAR

[The contingent home : how second-generation Arab migrants negotiate belonging in Qatar ?](#), Osaid Yousef & Nabil Khattab, *Journal of Ethnic and Migration Studies*

RUSSIA

The grassroots of Putin’s ideology : civil origins of an uncivil regime, Ivan Grek, *East European Politics*
<https://doi.org/10.1080/21599165.2023.2164849>
[The Night Wolves : Evidence of Russian Sharp Power and Propaganda from the Victory Roads’](#)

[Itinerary](#), Jan Kleiner, Miloš Gregor & Petra Mlejnková, *Problems of Post-Communism*

Rise and fall : social science in Russia before and after the war, Margarita Zavadskaya & Theodore Gerber, *Post-Soviet Affairs*
<https://doi.org/10.1080/1060586X.2022.2164450>

Russian Front Organizations and Western Academia, Olga Bertelsen, *International Journal of Intelligence and CounterIntelligence*
<https://doi.org/10.1080/08850607.2022.2147807>

President Putin : A holy mad man or a brave but trapped chicken in Ukraine ?, Viljar Veebel & Illimar Ploom, *Comparative Strategy*
<https://doi.org/10.1080/01495933.2022.2158030>

[Risk acceptance and offensive war : The case of Russia under the Putin regime](#), Jonas J. Driedger, *Contemporary Security Policy*

RWANDA

[The rule of law and armed conflict reconstruction implementation practices : A human right-based analysis of the Rwandan experience](#), Harry Amankwaah, *Cogent Social Sciences*

SAUDI ARABIA

The Saudi Arabia of Mohammed Bin Salman : Adapting to the Changing World and Preserving the Monarchy, Samuel Willner, *Israel Journal of Foreign Affairs*
<https://doi.org/10.1080/23739770.2022.2162251>

SERBIA

Serbia in Light of the Global Recomposition, Mirjana Dokmanović & Neven Cvetičanin, *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*
<https://doi.org/10.1080/19448953.2023.2167162>

SOUTH AFRICA

South Africa enters the second wave of xenophobic violence : the rise of anti-immigrant organisations in South Africa, Mondli

Hlatshwayo, *Politikon - South African Journal of Political Studies*
<https://doi.org/10.1080/02589346.2023.2171720>

[Religion and Political Parties in South Africa : A Framework and Systematic Review](#), David Jeffery-Schwikkard, *Journal of Southern African Studies*

SOUTH KOREA

Intercrisis learning in disaster response network : experience of Korea from MERS and COVID-19, Ran Kim, Hyunjae Shin & Phil Kim, *Asian Journal of Political Science*
<https://doi.org/10.1080/02185377.2022.2157295>

SPAIN

The Spanish Council of State : a panoramic view, Ángel J. Sanchez-Navarro, *Parliaments, Estates and Representation*
<https://doi.org/10.1080/02606755.2023.2169408>

[Two Steps Forward, One Step Back : The Evolution of Democratic Digital Innovations in Podemos](#), Marco Meloni & Fabio G. Lupato, *South European Society and Politics*

[The challenge of establishing the impact of terrorist organisations : development of a database on ETA's activities](#), Kathryn Loosemore & Matthew Johnson, *Critical Studies on Terrorism*

SYRIA

Promoting defections through non-violent resistance tactics - the case of the Syrian uprising, Adi Levy, *Critical Military Studies*
<https://doi.org/10.1080/23337486.2023.2170528>

[The Dimensions and Attributes of State Failure in Syria](#), Samer Bakkour & Rama Sahtout, *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*

SWEDEN

[A new right : the Swedish parliamentary election of September 2022](#), Nicholas Aylott & Niklas Bolin, *West European Politics*

SWITZERLAND

[The utility of the psycholexical approach for identifying military core values : Illustrated in a sample of Swiss career officers and NCOs](#), Nadine Eggimann Zanett, Willibald Ruch & Hubert Annen, *Military Psychology*

TÜRKIYE

The integrity of digital policies and political participation in Uganda : a tale of dissent and digital repression ?, Andrew Matsiko & Norbert Kersting, *Commonwealth & Comparative Politics*

<https://doi.org/10.1080/14662043.2022.2159140>

Turkey as a restrained middle power, H. Tarık Oğuzlu, *Turkish Studies*

<https://doi.org/10.1080/14683849.2023.2171870>

Historic missed opportunities and prospects for renewal : Turkey-EU relations in a post-Western order, Ziya Öniş, *Turkish Studies*

<https://doi.org/10.1080/14683849.2023.2168192>

Engaging minorities under emergency : Turkish modular emergency and the Kurdish case revisited, Alper Kaliber & Matthew Whiting, *Southeast European and Black Sea Studies*

<https://doi.org/10.1080/14683857.2023.2170725>

A hundred years of flux : Turkish political regimes from 1921 to 2023, Ersin Kalaycıoğlu, *Turkish Studies*

<https://doi.org/10.1080/14683849.2022.2161374>

Transnational securitization and violence : the discursive mechanism behind the pro-AKP diaspora's repression of the dissident diaspora groups in the West, Ihsan Yilmaz, Erdoan Shipoli & Ahmet Dogru, *Democratization*

<https://doi.org/10.1080/13510347.2022.2164272>

The Rise of the Right-Wing Good Party (İYİP) in Turkey : Authoritarian Turn, Anomie, and Regulatory Nostalgia, Fatih Çağatay Cengiz, *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*

<https://doi.org/10.1080/19448953.2023.2167183>

Turkish–Israeli Relations in the 1960s : Trade, Trade Unions, and the Arab–Israeli War, Efrat Aviv, *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*

<https://doi.org/10.1080/19448953.2023.2167343>

UGANDA

The integrity of digital policies and political participation in Uganda : a tale of dissent and digital repression ?, Andrew Matsiko & Norbert Kersting, *Commonwealth & Comparative Politics*

<https://doi.org/10.1080/14662043.2022.2159140>

UKRAINE

Devolution or Decapitation ? Decentralization During Conflict in Ukraine, Elliot Dolan-Evans, *Journal of Intervention and Statebuilding*

<https://doi.org/10.1080/17502977.2022.2147318>

Ukraine, World Power and Imperialism, Roger van Zwanenberg, *International Critical Thought*

<https://doi.org/10.1080/21598282.2023.2163364>

Ukraine Conflict as a Case of the Political Contradictions of Contemporary Imperialism, Jeff Noonan,

International Critical Thought

<https://doi.org/10.1080/21598282.2022.2163416>

UNITED KINGDOM

[UK–ASEAN Relations and the Balance of Power in Southeast Asia](#), Laura Southgate, *The RUSI Journal*

US Perspectives and Expectations Regarding the UK's Tilt to the Indo-Pacific, John F Bradford, *The RUSI Journal*

<https://doi.org/10.1080/03071847.2022.2158628>

[UK–Japan Relations and the Indo-Pacific Tilt : The Cornerstone](#), Philip Shetler-Jones, *The RUSI Journal*

[COVID-19 and 'the public' : U.K. government, discourse and the British Political Tradition](#),

Alan Finlayson, Lee Jarvis & Michael Lister,
Contemporary Politics

[International order transition and the UK's tilt to the 'Indo-Pacific'](#), Shaun Breslin & Peter Burnham, *The Pacific Review*

UNITED STATES

'Profile : the diffusion of global protests after George Floyd's murder', Jeremy Pressman & Elannah Devin, *Social Movement Studies*
<https://doi.org/10.1080/14742837.2023.2171980>

[What is a territory ? Comparative federalism and state formation in North America](#), Jerald Sabin,
Territory, Politics, Governance

The Trump vote and Covid-19 vaccination across US states, US counties, and Connecticut towns, James W. McGuire, *Regional & Federal Studies*
<https://doi.org/10.1080/13597566.2023.2168268>

Universality, Black Lives Matter, and the George Floyd Uprising, Jason C. Mueller, *Distinktion : Journal of Social Theory*
<https://doi.org/10.1080/1600910X.2023.2168717>

[The \(il\)legality of the Iraq War of 2003 : An Analytical Review of the Causes and Justifications for the US-led invasion](#), Nsama Jonathan Simuziya, *Cogent Social Sciences*

YEMEN

[Liquid or Solid Warfare ? Autocratic States, Non-State Armed Groups and the Socio-Spatial Dimension of Warfare in Yemen](#), Max Mutschler & Marius Bales, *Geopolitics*

ANTISEMITISM

[The social psychology of contemporary antisemitism](#), Rusi Jaspal, *Israel Affairs*

COMMUNICATION

[The link between social media exposure and students' moral reasoning and environmental concern : A generational analysis in Chile](#), Gustavo Barrera-Verdugo, *Cogent Social Sciences*

Does democracy fuel corruption in developing countries ? Understanding Ghanaians' perspectives, Joseph Yaw Asomah, *Democratization*
<https://doi.org/10.1080/13510347.2023.2173178>

Crooked Hillary and Sleepy Joe : name-calling's backfire effect on candidate evaluations, Aaron Dusso & Sydnee Perkins, *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*
<https://doi.org/10.1080/17457289.2023.2168677>

Polarisation vs consensus-building : how US and German news media portray climate change as a feature of political identities, Robin Tschötschel, *Environmental Politics*
<https://doi.org/10.1080/09644016.2022.2164410>

[Next slide please : the politics of visualization during COVID-19 press briefings](#), William L. Allen, Justyna Bandola-Gill & Sotiria Grek, *Journal of European Public Policy*

DEMOCRACY

The geography of autocracy. Regime preferences along the rural-urban divide in 32 countries, Alina Zumbrunn & Markus Freitag, *Democratization*
<https://doi.org/10.1080/13510347.2023.2171995>

Defending the watchdogs : How citizens and courts protect the press, Jonathan A. Solis & Kelebogile Zvobgo, *Journal of Human Rights*
<https://doi.org/10.1080/14754835.2022.2151834>

[Public administration in authoritarian regimes](#), B. Guy Peters, *Asia Pacific Journal of Public Administration*

Vision Documents, Nation Branding and the Legitimation of Non-democratic Regimes, Petra Alderman & Kristin Anabel Eggeling, *Geopolitics*

<https://doi.org/10.1080/14650045.2023.2165441>

Upgrading Authoritarianism During the Arab Uprisings : Armed Non-State Actors' Confessional Alliances and Aborted Democratization in Syria, Shaimaa Maged, *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*
<https://doi.org/10.1080/19448953.2023.2167175>

ECONOMY

[The emergence of the 'rentocrat'](#), Samuel Rogers, *New Political Economy*

ENERGY

A saliency mapping approach to understanding the visual impact of wind and solar infrastructure in amenity landscapes, Mehrnoosh Mohammadi, Yan Chen, H. M. Tuihedur Rahman & Kate Sherren, *Impact Assessment and Project Appraisal*
<https://doi.org/10.1080/14615517.2023.2169460>

The failures of COP26 : using group psychology and dynamics to scale up the adoption of climate mitigation and adaptation measures, Myriam Gicquello, *Transnational Legal Theory*
<https://doi.org/10.1080/20414005.2023.2170957>

Eastern Mediterranean Energy Geopolitics Revisited : Green Economy Instead of Conflict, Andreas Stergiou, *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*
<https://doi.org/10.1080/19448953.2023.2167163>

EXTREMISM

Public political tolerance of the far right in contemporary Western Europe, Lise Bjånesøy, Elisabeth Ivarsflaten & Lars Erik Berntzen, *West European Politics*
<https://doi.org/10.1080/01402382.2023.2167046>

[Beyond anger : the populist radical right on TikTok](#), Daniele Albertazzi & Donatella Bonansinga, *Journal of Contemporary European Studies*

[A Diachronic Cross-Platforms Analysis of Violent Extremist Language in the Incel Online Ecosystem](#), Stephane Baele, Lewys Brace & Debbie Ging, *Terrorism and Political Violence*

Who Becomes a Foreign Fighter ? Characteristics of the Islamic State's Soldiers, Andrea Michelle Morris, *Terrorism and Political Violence*

<https://doi.org/10.1080/09546553.2022.2144730>

Dark web jihad : exploring the militant Islamist information ecosystem on The Onion Router, Miron Lakomy, *Behavioral Sciences of Terrorism and Political Aggression*
<https://doi.org/10.1080/19434472.2022.2164326>

FREEDOM OF RELIGION

A decade of revitalizing UN work concerning freedom of religion or belief (2010–2020), Hans Morten Haugen, *Journal of Human Rights*
<https://doi.org/10.1080/14754835.2022.2158724>

GENOCIDE

[Genocide and Genocide Prevention](#), Yehuda Bauer, *Israel Journal of Foreign Affairs*

INTELLIGENCE

A scoping analysis of the counter terrorism command policing structure and its impact on intelligence sharing between the police and the security services, Eric Halford, *Journal of Policing, Intelligence and Counter Terrorism*
<https://doi.org/10.1080/18335330.2023.2171309>

The Optimal Analyst : Balancing the Width and Depth in Strategic Intelligence, Olli J. Teirilä, *International Journal of Intelligence and CounterIntelligence*
<https://doi.org/10.1080/08850607.2022.2152765>

A Most Mysterious CIA Spy Scandal : The 1963 Georgiev Case in Bulgaria, Brian J. Boeck, *International Journal of Intelligence and CounterIntelligence*
<https://doi.org/10.1080/08850607.2022.2154180>

Coercive disclosure : The weaponization of public intelligence revelation in international relations, Ofek Riemer & Daniel Sobelman, *Contemporary Security Policy*
<https://doi.org/10.1080/13523260.2022.2164122>

LIBERALISM

Hayek's theory of mind and the origins of the neoliberal critique of modern liberalism, Tom McDowell, *Critical Policy Studies*
<https://doi.org/10.1080/19460171.2023.2169838>

POLITICS

Assembly dissolution powers and incumbency advantages in coalition formation, Petra Schleiter & Cristina Bucur, *West European Politics*
<https://doi.org/10.1080/01402382.2023.2165356>

Introducing digitalisation to strengthen evaluation systems for democracy in African parliaments, M. Kgothatso Semela, Tefo Mosienyane, Aisha J. Ali & Caitlin A. Blaser Mapitsa, *South African Journal of Political Studies*
<https://doi.org/10.1080/02589346.2023.2172531>

Local government elections and the illusion of pragmatism, Mabutho Shangase, *South African Journal of Political Studies*
<https://doi.org/10.1080/02589346.2022.2161445>

[Councils of State in Europe in their advisory and legislative functions : France, Belgium, Spain, Italy and Luxembourg](#), Nadim Farhat & Philippe Poirier, *Parliaments, Estates and Representation*

Coalition agreements and governments' policy-making productivity, Matthew E. Bergman, Mariyana Angelova, Hanna Bäck & Wolfgang

C. Müller, *West European Politics*
<https://www.tandfonline.com/doi/epdf/10.1080/01402382.2022.2161794?needAccess=true&role=button>

[The ABC of resistance : towards a new analytical framework](#), Baaz Mikael, Mona Lilja, Michael Schulz & Stellan Vinthagen, *Journal of Political Power*

[The formalisation of minority governments](#), Maria Thürk & Svenja Krauss, *West European Politics*

Did the Arab Spring generate affective polarization ? Experimental evidence from five Arab countries, Mazen Hassan, Engi Amin, Sarah Mansour & Andreas Nicklisch, *Democratization*
<https://doi.org/10.1080/13510347.2022.2163992>

STRATEGY

[Comparative strategy – A new framework for analysis](#), Håkan Edström & Jacob Westberg, *Comparative Strategy*

TERRORISM

Institutional counterinsurgency frameworks in the Lake Chad Basin : the case of the Multinational Joint Task Force against Boko Haram, Gershon Adela, *Defense & Security Analysis*
<https://doi.org/10.1080/14751798.2023.2166520>

The position of the special operations forces soldiers on the so-called global war on terrorism. A survey report, Marcin Lason, *Defense & Security Analysis*
<https://doi.org/10.1080/14751798.2023.2157942>

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°27 - 10. Februar 2023

Ukrainische und russische Truppenverhältnis und Kriegsverluste laut Mossad

Laut der türkischen Website [Hürseda Haber](#) unter Berufung auf Daten des israelischen Mossad, ist das Kräfteverhältnis zwischen der ukrainischen Armee und der russischen Armee 1 zu 8.

Die russische Armee hat 418.000 Berufssoldaten plus 3,5 Millionen Reservisten. Während die ukrainische Armee 734.000 Berufssoldaten und 100.000 Reservisten hat.

Die festgestellten Verluste sind :

	Ukraine	Russland
Tote	157 000	18 480
Verletzte	234 000	44 400
Gefangene	17 230	323
Verlorene Hubschrauber	212	56
Verlorene Panzerfahrzeuge	6 320	889
Verlorene Artilleriestücke	7 360	427
Verlorene Flakstücke	497	12

AMERIKA

Die chinesische Ballonaffäre

Washington entdeckte am 28. Januar einen chinesischen Wetterballon, der in sehr großer Höhe über den Aleuten-Inseln (Alaska) abtrieb. Nach mehr als 7 Tagen Überlegung kam es zu dem Schluss, dass dieser Ballon keine Gefahr für die Bevölkerung darstelle, aber dass er möglicherweise ein Spionageinstrument war, der die nationale Sicherheit bedroht. Also beschloss es, ihn abzuschießen. Zu diesem Zweck setzte das Pentagon einen F-22-Tarnkappenjäger ein, der über dem [atlantischen] Ozean eine AIM-9X Sidewinder-Rakete auf den Ballon abfeuerte. Der Flugverkehr in der Gegend wurde während der Operation unterbrochen. Die Küstenwache wurde

vor Ort geschickt, um die Trümmer des Ballons zu bergen.

Washington erklärt seine unglaublich lange Reflexionsdauer, und versichert, dass es wartete, bis der Ballon den Kontinent überquert hatte und über dem Atlantischen Ozean ankam, um ihn ohne Risiko zerstören zu können. Dies erklärt jedoch nicht, warum er ihn am 4. Februar nicht schon in Alaska, sondern in South Carolina abgeschossen hatte.

Laut einem [Bericht der Washingtoner Secure World Foundation](#) aus dem Jahr 2021 könnten Cyberangriffe von Wetterballons aus gegen Bodenstationen gestartet werden, die zur Kommunikation und Steuerung von Satelliten im Raum verwendet werden. Der Bericht besagt, dass mehrere Angriffe auf die Satelliten-Kommando- und Kontrollzentren der NASA von 2007 bis 2009, China zugeschrieben wurden.

Laut dem chinesischen Fernsehen setzte die Volksbefreiungsarmee im September 2018 Ballons ein, um kleine Hyperschallraketen abzufeuern ; Ultraschnelle Manövrierraketen, die daher aktuellen Luft- und Raketenabwehrsystemen entgehen können. China versichert, dass dieser Ballon zivil und nicht militärisch war und dass sein Abdriften ungewollt war.

China hat die US-Seite mehrmals über diesen Vorfall informiert, sich aber geweigert, seinen Verteidigungsminister mit dem US-Amtskollegen darüber sprechen zu lassen, weil die Mission dieses Ballons ausschließlich zivil war. Es war überrascht über die unverhältnismäßige Reaktion der Vereinigten Staaten und wunderte sich über die exorbitanten Kosten der Ballon-Zerstörung (etwa 400.000 Dollar). Schließlich stellt China fest, dass die Zerstörung eines Flugzeugs in Not eine feindliche Handlung sei, und behält sich daher das Recht vor, Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen.

Wetterballons haben eine Ausrüstung, die von ihrer Funktion abgelenkt, zum Ausspionieren eines Territoriums verwendet werden kann.

Diese Ballons lassen sich jedoch nicht einfach fernsteuern und werden daher auch nicht dafür verwendet. Das Pentagon selbst nutzt sie nicht, und es ist nicht klar, warum China dies tun würde.

Die *Defense Advanced Research Projects Agency* (DARPA) erforscht, wie man einen Ballon immobilisieren, aber nicht wie man ihn fernsteuern kann.

Während eines Briefings hinter verschlossenen Türen durch Gesetzgeber des *House Armed Services Committee* versicherte das Pentagon, China spioniere seit Jahren mit Ballons auf fünf Kontinenten. Was die Vereinigten Staaten betrifft, sind chinesische Spionageballons bereits über Texas, Florida, Hawaii und Guam geflogen, berichtet die [Washington Post](#).

Der Oberbefehlshaber von NorthCom und Norad, General Glen VanHerck, sagte, mehrere solcher Übergriffe hätten während Trumps Amtszeit stattgefunden, aber das Militär habe sie nicht entdeckt. Sie wurden erst später bekannt. Die US-Streitkräfte sind sich ihrer Rückständigkeit in diesem Bereich bewusst und verfügen nun über angemessene Kontrollmittel. Das Fliegenlassen des Ballons ermöglichte es, seine Funktionsweise zu beobachten und seine Kommunikation zu überwachen.

Hochrangige nationale Sicherheitsbeamte der Trump-Regierung haben ihrerseits bestritten, während des Dienstes von chinesischen Spionageballoneinfällen gehört zu haben. Der ehemalige Präsident Donald Trump sagte in seinem sozialen Netzwerk, dass China während seiner Amtszeit niemals solche Übergriffe begangen hätte, weil es zu viel Achtung für ihn gehabt habe.

Nach der Ballonaffäre sagte das Außenministerium den Besuch von Antony Blinken in Peking ab. Er ist der Ansicht, dass ein

Besuch eines Außenministers nicht dazu diene, die diplomatischen Beziehungen zu einem Land zu verbessern, sondern ihm "ein Geschenk zu machen".

US-Justiz im Dienste der Ukraine

Die Vereinigten Staaten beschlagnahmten Vermögenswerte des russischen Oligarchen Konstantin Malofejew im Wert von 4,5 Millionen Dollar, wegen Umgehung des Embargo. Das Justizministerium wies darauf hin, dass sie an die Ukraine gegeben werden sollten.

Konstantin Malofejew ist ein orthodoxer Finanzier, der 2014-15 Söldner in den Donbass geschickt hatte. Er war vom Kreml scharf zurechtgewiesen und zu ihrem Rückzug gezwungen worden. Er hat den gleichen geistlichen Berater wie Präsident Wladimir Putin, Bischof Tichon Schewkunow. In Prinzip sind Beschlagnahmungen nach US-Recht aber nicht für einen fremden Staat, sondern für US-Steuerzahler bestimmt.

Republikanische Vergeltung im Kongress

Der Präsident des Repräsentantenhauses Kevin McCarthy nutzte sein Privileg und verbot den Demokraten Adam B. Schiff (Kalifornien) und Eric Swalwell (Kalifornien) im Geheimdienstausschuss mitzuarbeiten. Die republikanische Mehrheit hat der Demokratin Ilhan Omar (Minnesota) verboten in den Unterausschüssen des Auswärtigen Ausschusses zu sitzen. Sie beschuldigt sie für ihre "antiisraelischen und antisemitischen Aussagen". Dies sind Vergeltungsmaßnahmen gegen die frühere Entfernung republikanischer Vertreter in vorherigen Sitzungen des Kongresses.

Republikaner gegen Gasherddverbot

Das Energieministerium schlägt Effizienzstandards für Gas- und/oder Elektrokochherde vor, aber derzeit kein Verbot. Der demokratische Senator Joe Manchin III

(West Virginia) eröffnete seine erste Anhörung als Vorsitzender des Energieausschusses des Senats, indem er die Debatte über Erdgasherde in den Vordergrund rückte.

Der republikanische Senator Ted Cruz (Texas) hat ein Gesetz zum Schutz von Gasherden eingebracht.

Floridas republikanischer Gouverneur Ron DeSantis hat vorgeschlagen, Bundessteuern auf Gasherde zu verbieten.

Brian Deese verlässt das Weiße Haus

Brian Deese, der Direktor des *National Economic Council*, ist zurückgetreten. Er spielte eine zentrale Rolle bei der COP 2015 und galt als der wahre Autor des Pariser Klimaabkommens. Er führte damals den gleichen Kampf innerhalb des Investmentfonds BlackRock, der dazu führte, dass dieser nicht mehr in fossile Brennstoffe investierte.

Laut seinen Gesprächspartnern stellt Brian Deese die kohlenstoffarme Wirtschaft entweder als ökologische Notwendigkeit oder als Fortschritt in Bezug auf die kapitalistische Wettbewerbsfähigkeit dar.

US-Amerikaner beurteilen die Auswirkungen der Biden-Regierung negativ

Laut dem [*Monmouth University Polling Institute*](#) sagen 59% der Amerikaner, dass die derzeitige Regierung in Washington negative Auswirkungen auf das Leben der meisten Menschen habe. Insgesamt sagten nur 16 Prozent der Öffentlichkeit, dass Washington einen positiven Einfluss habe und 22 Prozent, dass es ohnehin wenig Einfluss habe. (Vgl. Anfrage Nr. 19)

Demokraten unterstützen keine neue Biden-Kandidatur mehr

Laut einer [*Umfrage des NORC-Center for Public Affairs Research / Associated Press*](#) unterstützen die demokratischen Wähler die Idee einer

Wiederwahl von Präsident Biden nicht mehr. Sie waren noch vor den Zwischenwahlen 57%, jetzt sind es nur noch 37%.

Seltsame "Rede zur Lage der Nation"

Präsident Joe Biden hielt die jährliche Rede zur Lage der Nation. An keiner Stelle bezog er sich auf al-Kaida, ISIS, Iran oder Nordkorea, offizielle Feinde der Vereinigten Staaten. Im Gegenteil, er lobte seine Politik und griff seine Opposition an. Zum ersten Mal wurde der Präsident durch Rufe wie "Es ist deine Schuld !" und "Lügner !" unterbrochen.

Pro-israelische US-Gesetzgeber warnen vor Benjamin Netanyahus Politik

Drei demokratische Parlamentarier schlugen Alarm wegen der Entwicklung Israels. Der Abgeordnete Jerry Nadler (New York), ehemaliger Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, schrieb in *Ha'aretz*, dass Benjamin Netanyahus Justizreform die Werte untergraben würde, die den Beziehungen zwischen den USA und Israel zugrunde liegen. Der kalifornische Abgeordnete Brad Sherman, ein überzeugter Unterstützer Israels, warnte vor dem Schaden für die Position des Landes unter den Demokraten. Schließlich warnte Senator Peter Welch (Vermont) davor, dass die Netanyahu-Regierung die Demokratie in Frage stelle.

CIA sagt israelisch-palästinensischen Konflikt voraus

CIA-Direktor [William Burns](#) sagte vor Studenten der Georgetown University in Washington einen zukünftigen Konflikt in Israel voraus.

Ehemalige Twitter-Führungskräfte leugnen, FBI gefolgt zu haben

Der ehemalige *Rechtssachen Direktor* von Twitter, Vijaya Gadde, der ehemalige stellvertretende General Counsel des Unternehmens, James

Baker, und der ehemalige *Chief Security Officer* des Unternehmens, Yoel Roth, wurden vom *House Oversight and Accountability Committee* angehört. Sie bestritten „en bloc“ die direkte Zensur von Beiträgen über Hunter Bidens Computer auf Geheiß des FBI, trotz gegenteiliger Dokumente.

EUROPA

Treffen von Papst Franziskus mit den Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und Wladimir Putin verschoben

Nach seiner Rückkehr aus Afrika sagte Papst Franziskus, er sei zu einem Treffen mit den ukrainischen und russischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und Wladimir Putin bereit. Seinerseits, der britische Erzbischof Paul Richard Gallagher, Sekretär des Heiligen Stuhls für die Beziehungen zu den Staaten, erklärte, der Papst werde den russischen Patriarchen Kyrill I. nur in einer friedlichen Situation treffen, ohne Kriegseinmischung.

Russia Today stellt Betrieb in Deutschland und Frankreich ein

Der in Deutschland und Frankreich bereits verbotene Fernsehsender *Russia Today* kündigte an, seine Aktivitäten endgültig in beiden Ländern einzustellen. Die Zensur russischer Medien im Westen begann vor der russischen Militärintervention in der Ukraine, um sicher zu sein, dass die westliche Öffentlichkeit den russischen Standpunkt zu diesem Krieg nicht hören kann.

North-Stream wurde von den USA zerstört

Der US-Journalist [Seymour Hersh](#), der als Erster über die Informationen über das Massaker von Mỹ Lai in Vietnam oder über die Folterungen in Abu Ghraib oder über den gefälschten Sarin-Gasangriff in Syrien berichtet hatte, hat gerade enthüllt, wie die Nord Stream-Gaspipelines sabotiert wurden.

Taucher der US Navy hatten im vergangenen Sommer (während der NATO-Operation Baltops 22 vom 5. bis 17. Juni 2022) Sprengkörper an den Nord Stream-Gaspipelines angebracht, die die Norweger drei Monate später, am 26. September, mittels einer abgeworfenen Boje aktivierten, welche dann die Pipelines in die Luft jagte.

Die Operation wurde von Jacob Sullivan (Nationaler Sicherheitsberater), Antony Blinken (Außenminister) und Victoria Nuland (Unterstaatssekretärin für politische Angelegenheiten) geleitet. Diese drei Persönlichkeiten gehören zu dem sehr kleinen Kreis der Schüler des Philosophen Leo Strauss. Ihre Planung begann im Dezember 2021, d.h. zwei Monate vor der russischen Militärintervention in der Ukraine (von der NATO-Propaganda als "Invasion" dargestellt), eine der Resolution 2202 des Sicherheitsrats entsprechenden Militärintervention.

Am 7. Februar 2022 erklärte Präsident Joe Biden beim Empfang des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz : "Wenn Russland einmarschiert... wird es Nord Stream 2 nicht mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen."

Im Juni 2022 verabschiedete das norwegische Parlament ein Militärabkommen mit den Vereinigten Staaten, das ihnen das Recht auf unbegrenzten Zugang und Nutzung in vier Gebieten seines Hoheitsgebiets gewährt. Die Operation wurde von der US-Marine in einer Weise durchgeführt, die vermied, dem Kongress Bericht zu erstatten, während das *Special Operation Command* (SOCOM) dazu gezwungen ist.

Diese Sabotage ist die größte terroristische Aktion seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Opfer sind die Eigentümer der Pipelines, das russisch-deutsch-niederländisch-französische Unternehmen mit Sitz in der Schweiz, die *Nord Stream AG*. Diese Sabotage hat die Wirtschaft der Europäischen Union verwüstet und zu einem atemberaubenden Anstieg der

Energiepreise und zu einer Reihe von Insolvenzen geführt.

Europäische Union verbietet Kauf von russischem Öl

Die EU hat westlichen Versicherungen, Schifffahrts- und anderen Unternehmen verboten, russisches Rohöl oder raffinierte Erdölprodukte zu finanzieren, zu versichern, zu handeln oder zu transportieren, es sei denn, sie würden zu oder unter dem festgelegten Höchstpreis (60 USD pro Barrel) gekauft. Vor dem Krieg importierte die EU 1 Million Barrel pro Tag aus Russland. Sie kauft weiterhin russisches Flüssiggas (LNG).

Es gibt jedoch drei vorübergehende Ausnahmen. Die erste für Verträge, die vor dem 5. Februar geschlossen wurden, wobei die Einführer nur 55 Tage Zeit haben werden, um sie in der Union zu liefern. Die zweite betrifft die Einfuhr von Rohöl per Pipeline in Mitgliedstaaten, die aufgrund ihrer geografischen Lage von russischen Lieferungen abhängig sind und keine tragfähige Alternative haben. Die dritte ist für den Kauf per Boot über Bulgarien.

Die EU hofft mit diesem Verbot, Russland 160 Mio. EUR an Einnahmen pro Tag damit entziehen zu können.

Bisher waren jedoch die westlichen "Sanktionen", nachdem sie die russische Wirtschaft in den ersten zwei Monaten schwer gestört hatten, für sie weitgehend vorteilhaft.

In den letzten Monaten hat Indien das überschüssige russische Öl importiert und raffiniert, so dass es unmöglich ist, seine Herkunft zu bestimmen, und hat es dann in die Europäische Union und die Vereinigten Staaten exportiert, damit diese ihre strategischen Vorräte auffüllen. Darüber hinaus hat Russland hundert Geister-Frachtschiffe erworben, d. h. solche, die im Ausland registriert sind, mit denen Öl auf See in Tanker umgeladen werden kann, die für die Lieferung in der Europäischen

Union zugelassen sind.

Es wird nicht möglich sein zu erfahren, welche Folgen die jüngsten europäischen Maßnahmen haben werden, weil der Kreml beschlossen hat, seine Wirtschaftsstatistiken zu klassifizieren. Man erinnere sich daran, dass EU-Maßnahmen völkerrechtlich keine "Sanktionen" sind, sondern "einseitige Zwangsmaßnahmen" (UCM), die gegen die Charta der Vereinten Nationen und die beiden Zusatzprotokolle verstoßen. Sie verstoßen zweifellos gegen die [Resolution A/RES/77/214](#) der Generalversammlung vom 15. Dezember 2022.

EU stellt 1 Mrd. EUR für den Wiederaufbau der Ukraine bereit

Die EU, die der Ukraine bereits rund 50 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt hat, kündigte auf dem Gipfel in Kiew an, noch 1 Mrd. EUR für den raschen Wiederaufbau bereitzustellen.

EU will die Vermietung schlecht isolierter Gebäude verbieten

Die Europäische Kommission arbeitet an einem Mietverbot, für 2030, von Gebäuden, die ihre Dämmstandards nicht erfüllen. Bei Annahme dieser Bestimmung wäre ein Drittel der derzeit gemieteten Immobilien nicht mehr nutzbar. Zusätzlich zum Ruin vieler Hausbesitzer würde es eine sehr ernste Wohnungskrise verursachen.

Beschuldigung für Organhandel in Moldawien und der Ukraine

Eine moldawische Quelle beschuldigt den ehemaligen Oligarchen Vladimir Plahotniuc, mit Organen aus den Kliniken zu handeln, deren Besitzer er noch ist. Verschiedene Zeugen bezeugen, dass viele schwerverletzte Ukrainer in diese Einrichtungen gehen. Vladimir Plahotniuc (bekannt als "der Puppenspieler" nach dem Spitznamen, den ihm Premierminister Vlad Filat gegeben hatte) floh 2019 aus Moldawien, nachdem die derzeitige

Präsidentin Maia Sandu sein Erpressungssystem einer großen Anzahl von Politikern bei der Justiz angeprangert hatte. Er ist jetzt Flüchtling im türkisch besetzten Teil Zyperns. Er steht derzeit in Chisinau [Moldawien] in Abwesenheit vor Gericht, weil er eine kriminelle Organisation gegründet und mehr als 1 Milliarde Dollar vom moldauischen Staat gestohlen hat.

Bereits 19 Millionen Bücher aus ukrainischen Bibliotheken gestrichen

Jewgenija Krawtschuk, Vorsitzende des Unterausschusses für Informationspolitik und europäische Integration der ukrainischen Werchowna Rada, kündigte ein Treffen mit den zuständigen Gremien an und sagte, dass bereits im vergangenen November 19 Millionen Bücher aus ukrainischen Bibliotheken entfernt worden seien.

Davon wurden 11 Millionen eingestampft, weil sie von russischen Autoren aller Epochen stammen.

Dieses Programm, das im Juni 2022 begann, zielt darauf ab, 100 Millionen Bücher russischer Kultur zu zerstören. Das ist also erst der Anfang. Dies ist das größte Zensurprogramm seit dem Zweiten Weltkrieg. Mehrere EU-Staats- und Regierungschefs hatten sich jedoch für einen Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union "so bald wie möglich" ausgesprochen.

Ukrainische Familien um ihre Männer besorgt

Laut dem russischen Diplomaten Dmitri Poljanski bitten ihn Familien ukrainischer Soldaten, die von Russland gefangen genommen wurden, sie nicht auszutauschen. In der Tat, sobald sie freigelassen werden, werden sie an die Front zurückgeschickt, wo sie als Kanonenfutter benutzt würden.

Der CIA-Friedensplan in der Ukraine

Laut der *Washington Post* unternahm CIA-Direktor William Burns im Januar eine geheime

Reise nach Kiew. Laut der deutsch-schweizerischen Tageszeitung *Neue Zürcher Zeitung* ging er auch nach Moskau. Unter Berufung auf deutsche Diplomaten versichert die *NZZ*, dass Burns einen Friedensplan vorgeschlagen habe, um den Beitritt des Donbass zur Russischen Föderation anzuerkennen, nicht aber den von Novorossia. Die Biden-Regierung hat die Schweizer Unterstellungen zurückgewiesen, die jedoch glaubhaft erscheinen. William Burns, ehemaliger US-Botschafter in Moskau, ist ein Gegner der drei Sullivan/Blinken/Nuland Straussianer.

Ukraine erklärt Wagner zur "kriminellen Organisation"

Am 6. Februar erklärte die Werchowna Rada das private Militärunternehmen Wagner zur "kriminellen Organisation". Das US-Finanzministerium hatte dies bereits am 26. Januar nach der Reise von CIA-Direktor William Burns nach Libyen getan. Von nun an unterliegt eine Zusammenarbeit mit Wagner einseitigen US-Zwangsmaßnahmen (von der atlantischen Propaganda als "Sanktionen" bezeichnet). Dieses System wird allmählich auf den gesamten Westen ausgeweitet.

Einsatz chemischer Waffen durch eine ukrainische Einheit

Am 5. und 6. Februar wurden chemische Waffen von einer ukrainischen Einheit mittels Drohnen an der Frontlinie von Soledar und Artjomowsk abgeworfen. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich zu sagen, ob der Einsatz dieser verbotenen Waffen eine Entscheidung des Kiewer Generalstabs oder eine Initiative dieser Einheit ist. Die Behörden des Donbass haben den verwendeten Wirkstoff noch nicht identifiziert. Yan Gagin, Berater des Chefs der Volksrepublik Donezk (DVR), sagte der TASS-Agentur, dass

die Opfer unter "starkem Schwindel, Übelkeit und Erbrechen" litten.

Wladimir Putin verurteilt deutsche Unterstützung der Ukro-Nazis

Anlässlich des 80. Jahrestages der Schlacht von Stalingrad sagte Präsident Wladimir Putin : "Jetzt sehen wir leider, dass die Ideologie des Nationalsozialismus in ihrer modernen Erscheinung, in ihrer modernen Fassung, wieder eine direkte Bedrohung für die Sicherheit unseres Landes darstellt. Wir sind gezwungen, die Aggression des Westens als Ganzes wieder und wieder abzuwehren. Unglaublich, aber in Wahrheit werden wir wieder von deutschen, mit gemaltem Balken-Kreuz tragenden Leopard-Panzern bedroht, wieder auf dem Territorium der Ukraine, Russlands."

Patriarch Kyrill I. war ein Informant der UdSSR

Laut dem Zürcher *Tages-Anzeiger*, unter Berufung auf sowjetische Archive, informierte in den 1970er und 80er Jahren der derzeitige orthodoxe Patriarch von Moskau, Kiril I. den sowjetischen KGB über die Aktivitäten des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Genf.

Dieser Rat wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von der Sekte geschaffen, der die wichtigsten Generäle des Pentagons angehörten, die von Abraham Vereide ("Die Familie") geschaffen wurde. Ziel war es, den religiösen Charakter der atlantischen Streitkräfte angesichts des atheistischen Charakters der Sowjetunion hervorzuheben. Die russisch-orthodoxe Kirche nahm jedoch an diesem Konzil teil, weil Josef Stalin sich mit ihr versöhnt hatte, um das Vaterland während des Nazi-Angriffs besser zu verteidigen. Im Widerspruch zu einem anachronistischen Bild gab es damals in der UdSSR keine religiöse Verfolgung mehr. Alle Priester des Moskauer Patriarchats, ob sie nun im Land wohnten oder nicht, waren Angestellte

des sowjetischen Staates geworden. Ein Teil der Mitglieder des ÖRK wusste es nicht.

Fortsetzung der russischen Untersuchung von US-Biolabors in der Ukraine

Das russische Verteidigungsministerium setzt seine Untersuchung der zivil-militärischen Laboratorien der USA in der Ukraine und auf der ganzen Welt fort. General Igor Kirillov sagte, er habe mehrere Leiter dieses geheimen Programms identifiziert :

Karen Saylor, Geschäftsführerin von *Labyrinth Global Health* und ehemalige Leiterin der *Metabiota*-Programme in Zentralafrika. Seit 2016 arbeitet Saylor als Senior Consultant für das U-P10-Projekt, das die Übertragungswege der Afrikanischen Schweinepest in der Ukraine studiert.

Colleen Johnson ist Mitarbeiterin an der University of Tennessee und Direktorin des *Host-Pathogen System Research Institute*. Sie leitete das UP8-Projekt zur Untersuchung der Verbreitungsgebiete des Krim-Kongo-Fieber-Erregers und des Hantavirus in der Ukraine. Johnson leitete die Sammlungsoperation biologischer Proben von ukrainischen Soldaten und vermittelte zwischen US-Auftragnehmern und dem öffentlichen Gesundheitszentrum des Gesundheitsministeriums in der Ukraine.

Lewis von Thaler ist Präsident und Direktor von Battelle, einem wichtigen Auftragnehmer des Pentagon und des Energieministeriums. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums erlauben die öffentlich-privaten Partnerschaften der USA dem Kunden, dem Pentagon, zu leugnen, dass es das gesamte Programm durchführt. Während des Kalten Krieges wurde die biologische Forschung der US-Armee von der Marine durchgeführt. Sie hatte zahlreiche Laboratorien im Ausland eingerichtet, um verschiedene Viren zu probieren, zu untersuchen und auszuwählen. Im Jahr 1977 ließ das *U.S. Navy Biological Warfare*

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Laboratory in Kairo das Rift-Valley-Fieber-Virus entkommen und verursachte damit eine schwere Epidemie. Das Virus war verändert worden und die Krankheit war schwerwiegend geworden.

Das Labor wurde verlegt.

Im Jahr 2010 wurde das *US Navy Biomedical Center* in Jakarta wegen eines

"Interessenkonflikts" und zahlreicher

Unregelmäßigkeiten suspendiert. Die USA führten Arbeiten in dieser Einrichtung außerhalb des vereinbarten

Forschungsprogramms durch, nahmen nicht autorisierte biologische Proben und weigerten sich, die indonesische Regierung über den Zweck der durchgeführten Arbeiten und die erzielten Ergebnisse zu informieren. Es stellte sich heraus, dass die Bilder im Auftrag des mit dem Pentagon verbundenen

Pharmaunternehmens Gilead Science, der ehemaligen Firma von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, verwendet wurden, die ihre Medikamente unter anderem in der Ukraine und in Georgien testete.

USA nehmen Abrüstungsverhandlungen von New Start mit Russland wieder auf

Der stellvertretende russische Außenminister Sergej Rjabkow nahm die Verhandlungen über die Aktualisierung des NEW START-Vertrags über die Reduzierung strategischer Waffen mit der US-Botschafterin in Moskau, Lynne Tracy wieder auf. Wenn sich die US-Rüstung auch seit der Unterzeichnung des Vertrags nicht viel

weiterentwickelt hat, besitzt Russland alle Arten von neuen Atomwaffen, die nicht mehr in den aktuellen Rahmen passen.

AFRIKA

Tunesische Justiz will die Wahrheit über die Morde von 2013 herausfinden

Das tunesische Justizministerium hat auf direkten Befehl von Ministerin Leila Jaffal eine Sonderkommission eingesetzt, um die Ermordung von Chokri Bilaid und Boubaker El Hakim aufzuklären. Sie wären von dem franko-tunesischen Dschihadisten Mohammed Brahmî im Auftrag der Muslimbruderschaft getötet worden.

Präsident Kais Saied entlässt seinen Außenminister

Der tunesische Außenminister Othman Jerandi wurde von Präsident Kais Saied auf der Stelle entlassen, weil er seinen syrischen Amtskollegen Faisal Mekdad angerufen und Syrien sein Mitgefühl nach dem Erdbeben ausgedrückt hatte, was eine Provokation den USA gegenüber war.

Mali macht sauber

Der russische Außenminister Sergej Lawrow besuchte Bamako, um den Vorsitzenden der Übergangsregierung, Oberst Assimi Goïta, zu treffen. Er ist der erste russische Beamte dieses Ranges, der nach Mali reist. Die Übergangsregierung hat dem Chef der MINUSMA 48 Stunden Zeit gegeben, das Land zu verlassen. Sie wirft der MINUSMA vor, die Vertreter der Zivilgesellschaft, die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angehört wurden, voreingenommen ausgewählt zu haben. Die Übergangsregierung hat deutschen MINUSMA-Soldaten verboten, Drohnen auf ihrem Territorium einzusetzen. Seit Oktober fordert sie Zugang zu allen Bildern dieser Maschinen. Eine Einigung schien erreicht zu

sein, aber [Berlin](#) weigerte sich hartnäckig, diese Aufnahmen auszuhändigen.

Sergej Lawrow überholt die EU im Sudan

Die [Botschafter der Europäischen Union](#), die den Sudan, wie lange im Voraus geplant, besuchten, waren fassungslos, als sie den russischen Außenminister Sergej Lawrow dort antrafen.

Drei christliche Hierarchen im Südsudan

Papst Franziskus, der Erzbischof von Canterbury und globale Führer der Anglikanischen Gemeinschaft, Justin Welby, und der Moderator der Generalversammlung der Church of Scotland, Iain Greenshields, besuchten den Kongo und den Südsudan. Dies ist das erste Mal, dass christliche Hierarchen eine gemeinsame Reise unternehmen.

Die drei Männer prangerten Tribalismus und Korruption an. Sie riefen zum Frieden auf. Stammesgewalt ist sicherlich ein Übel, aber Tribalismus mit einem Fehler gleichzusetzen, bedeutet eine Art politischer Organisation zu verurteilen.

Praktiziert oder bestraft Uganda die Folter ?

Uganda wird das Mandat des UN-Menschenrechtsbüros im Land nicht verlängern. Regelmäßig werden Beschwerden über Fälle willkürlicher Inhaftierung und Folter eingereicht. Die Regierung von Präsident [Yoweri Museveni](#) argumentiert jedoch, dass sie gegen diese Praktiken kämpft. So verfolgte sie Hunderte von Menschen wegen Folterungen, was von den Vereinten Nationen anerkannt wurde.

Demokratische Republik Kongo weist ruandische Soldaten aus EACRF aus

Die Demokratische Republik Kongo (DRK) hat den Abzug ruandischer Soldaten aus der

multinationalen Truppe angekündigt. "Wenn man einerseits die Demonstrationen gegen die EACRF [East African Regional Force] und andererseits die sich in der öffentlichen Meinung entwickelnde negative Wahrnehmung gegenüber Ruanda betrachtet, folgt daraus, dass die Sicherheit der drei Offiziere [der ruandischen Verteidigungskräfte, RDF] nicht mehr gewährleistet ist", sagte der kongolesische Generalstabschef, General Christian Tshiwewe Songesha.

Übrigens wurde die für den 23. Januar in Katar geplante Vermittlung zwischen den verschiedenen kongolesischen Parteien abgesagt.

ASIEN

Netanjahu-Regierung fördert illegale Siedlungen

General Avi Bluth, Befehlshaber der israelischen Streitkräfte im besetzten Westjordanland, verteilte ein Buch an seine Offiziere : *Ours in Tabu : The Secrets of Land Redeemers From Our Father Abraham to the Young Settlements* [Unsere Tabu : Die Geheimnisse der Landerlöser von unserem Vater Abraham an die jungen Siedlungen]. Es stellt den Kauf palästinensischen Landes durch Juden seit Abraham bis zu den illegalen Siedlungen als göttlichen Willen dar.

56 Ökonomen gegen Benjamin Netanjahus Programm

56 weltbekannte Ökonomen, darunter 11 Nobelpreisträger, haben einen [offenen Brief](#) veröffentlicht. Sie schrieben darin : "Israels Regierungskoalition erwägt eine Reihe von Gesetzesakten, die die Unabhängigkeit der Justiz und ihre Macht, Regierungsmaßnahmen einzuschränken, schwächen würden. Viele israelische Ökonomen äußerten in einem offenen Brief, dem sich einige von uns anschlossen, die Besorgnis, dass eine solche

Reform der israelischen Wirtschaft schaden würde, indem sie die Rechtsstaatlichkeit schwächen und damit Israel in Richtung Ungarn und Polen bringen würde“.

Frankreich versucht den Libanon zu seinem Vorteil neu zu organisieren

Saudi-Arabien, Ägypten, die Vereinigten Staaten, Frankreich und Katar trafen sich in Paris, um über die Zukunft des Libanon "frei von jeglichem ausländischen Einfluss" (sic) zu diskutieren.

Frankreich präsentierte die Kandidatur von General Joseph Aoun für die Präsidentschaft der Republik und die von Botschafter Nawaf Salam für den Posten des Premierministers, ohne zu erreichen, dass Saudi-Arabien Stellung dazu nimmt.

Gouverneur Riad Salamé kandidiert für seine eigene Nachfolge an der Spitze der libanesischen Zentralbank

Der scheidende Premierminister Najib Mikati und der Präsident der Nationalversammlung Nabih Berri, manövrieren für die Wiederernennung des Gouverneurs der libanesischen Zentralbank, Riad Salamé. Letzterer, der wegen Veruntreuung von Geld in organisierter Bande unter internationalen Ermittlungen steht, ist seit fast 30 Jahren an der Spitze der libanesischen Wirtschaft mit den katastrophalen Ergebnissen, die man kennt.

Syrien und Russland bekräftigen ihren Widerstand gegen Chemiewaffen

Die russischen und syrischen Außenminister Sergej Lawrow und Faisal Mekdad gaben eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie sagten : "Russland und Syrien bekräftigen die kategorische Unzulässigkeit des Einsatzes chemischer Waffen durch jeden, überall und unter jedem Vorwand."

Die beiden Länder wollten erneut auf Vorwürfe des Einsatzes von Chlorbomben in Duma 2018

reagieren, nachdem ein Bericht der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) veröffentlicht worden war, gefolgt von einer gemeinsamen Erklärung des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Deutschlands.

Es sei daran erinnert, dass seit der von Frankreich unternommenen Statutenänderung der OPCW, dieses Organ kein neutrales Gremium mehr ist.

US-Sanktionen verhindern Hilfe für syrische Erdbebenopfer

Präsident Baschar al-Assad rief seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin an, um ihm für Russlands Hilfe für das syrische Volk nach dem Erdbeben, das ihn schwer getroffen hat, zu danken. Russland brachte viel Ausrüstung und schickte 300 Soldaten und 60 militärische Pioniereinheiten, um Überlebende aus den Trümmern zu holen.

Nur fünfzehn andere Länder haben den Syrern Hilfe gebracht (Algerien, China, Ägypten, Deutschland, Indien, Iran, Irak, Libanon, Libyen, Neuseeland, Oman, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate). Einige andere haben ihr Beileid ausgesprochen (Armenien, Venezuela...), ohne die Möglichkeit zu haben, Nothilfe zu leisten. Während es in der Türkei einen Wettlauf gibt, um den Opfern des Erdbebens zu helfen, wollen im Allgemeinen nur wenige den syrischen Opfern helfen, auf die Gefahr hin, sich den Vereinigten Staaten zu widersetzen.

Die "unilateralen Zwangsmaßnahmen" (MCU) der Vereinigten Staaten ("Caesar"-Gesetz), fälschlicherweise als gesetzliche "Sanktionen" dargestellt, verbieten de facto den Versand von Medikamenten und Pioniergeräten, die für die Bekämpfung der Folgen von Erdbeben unerlässlich sind. Diese Maßnahmen gelten nicht für das von Dschihadisten besetzte Gouvernorat Idlib.

Der Sprecher des US-Außenministeriums, Ned

Price, sagte, ein Erdbeben als Gelegenheit zu nutzen, um dem "syrischen Regime" die Hand zu reichen, wäre "ironisch".

Türkei exportiert US-Ausrüstung nach Russland

Laut dem [*Wall Street Journal*](#) exportieren 15 türkische Unternehmen in den Vereinigten Staaten gekaufte Ausrüstung im Wert von 18,5 Millionen Dollar an ein Dutzend russischer Unternehmen, die einseitigen US-Zwangsmaßnahmen unterliegen (von der atlantischen Propaganda als "Sanktionen" bezeichnet).

Biden-Regierung gelingt es nicht, Türkei zu zwingen, "Sanktionen" gegen Russland durchzusetzen

[Brian Nelson](#), US-Unterstaatssekretär für Terrorismus und Finanzaufklärung, führte eine Delegation nach Ankara. Er übte Druck auf die Türkei aus, den Handel mit Russland einzustellen, zumindest was die US-Ausrüstung betrifft. Einseitige Zwangsmaßnahmen der USA sind nur wirksam, wenn alle ihre Verbündeten sie umsetzen.

Die Veröffentlichung israelischer Zahlen über ukrainische Verluste durch die türkische Presse vereitelte jedoch den Versuch der USA.

Sadat Peker verschiebt seine Enthüllungen

Der türkische Mafiaboss Sedat Peker, jetzt Flüchtling in den Vereinigten Arabischen Emiraten, sagte, er werde seine Enthüllungen erst nach den türkischen Parlamentswahlen machen. Er hatte zuvor erklärt, dass er es zwei Monate vor diesen Wahlen tun würde. Sedat Peker machte 2021 Schlagzeilen, als er den Sohn des ehemaligen Innenministers Mehmet Ağar und des ehemaligen Premierministers Binali Yıldırım beschuldigte, eine kasachische Studentin vergewaltigt und ermordet zu haben. Er enthüllte auch, dass die

SADAT-Firma eines Beraters von Präsident Recep Tayyip Erdoğan, General Adnan Tanrıverdi, von der Regierung benutzt worden sei, um Waffen an die Dschihadisten in Syrien zu liefern.

Teheran erinnert Paris, dass es Israel die Atombombe gegeben hat

Das iranische Außenministerium kritisierte die Worte des französischen Präsidenten Emmanuel Macron : "...die Fortsetzung des iranischen Atomprojekts (...) werde unweigerlich Konsequenzen haben“. Es erinnerte daran, dass sein Land vor mehr als vierzig Jahren aufgegeben hatte, eine Atombombe zu erwerben, und hat dem französischen Präsidenten die historische Rolle seines Landes in Erinnerung gebracht. "Die französische Seite sollte die Welt darüber informieren, wie der terroristische zionistische Staat eigentlich Atomwaffen erhalten habe, anstatt oberflächlich seine Besorgnis über die friedlichen nuklearen Aktivitäten des Iran zum Ausdruck zu bringen." Es waren in der Tat die hohen französischen Beamten der Vierten Republik, die das Knowhow ihrer Wissenschaftler für den Bau des Kraftwerks Dimona an Israel geliefert haben.

Mohammad Chatami kehrt in den Dienst zurück

Der ehemalige iranische Präsident Mohammad Chatami bemerkte die weit verbreitete Unzufriedenheit seines Volkes und rief dazu auf, den Staat mit gewaltfreien Mitteln zu zwingen, seinen Ansatz zu ändern und Reformen einzuleiten. Mohamed Chatami hatte vor der Farbrevolution 2009 George Soros in den Vereinigten Staaten gegen Präsident Mahmoud Ahmadinejad getroffen.

Angriffe auf Militärstützpunkte im Iran

Ende Januar 2023 verursachten nicht identifizierte Drohnen eine Reihe von Explosionen in iranischen Militärstützpunkten,

darunter in Isfahan. Die Behörden haben die Fakten heruntergespielt.

Voltaire Netzwerkanalyse

"Die Hunter Biden / Ihor Kolomojskyj Affäre"

von Thierry Meyssan

Die Biden-Regierung reagiert endlich auf die Skandale, die durch den Computerinhalt des Sohnes des Präsidenten, Hunter Biden, entstanden sind. Dieser totale Versager, von dem nur Junkie- und Zuhälter-Aktivitäten bekannt sind, schaffte es, Direktor eines großen Gasunternehmens zu werden ; Ein Job, von dem er nichts versteht. Als Strohhalm unterzeichnete er alle möglichen großen Verträge in verschiedenen Ländern, wohin er – ohne Anrecht – in offiziellen US-Flugzeugen reiste. Sein Vater startet jetzt eine Operation, um seine Affäre zu ersticken, die ihn vor kurzem dazu veranlasst hat, die ukrainische Regierung zu säubern.

Imran Khan versucht, die pakistanische Justiz zu diskreditieren

Der ehemalige Premierminister Imran Khan rief seine Anhänger auf, die Gefängnisse zu füllen. 500 Mitglieder seiner Partei versammelten sich vor jedem Gefängnis und baten darum, eingesperrt zu werden. Es geht darum, das Straf- und Justizsystem zu diskreditieren, das Mitarbeiter von Herrn Khan verhaftet hat. Imran Khan wurde vom Parlament im ersten wirksamen Misstrauensantrag der Geschichte Pakistans gestürzt. Die neue Regierung rief jedoch keine Neuwahlen aus. Sie scheint nicht in der Lage zu sein, ihre Versprechen zu halten und die Probleme der Bürger zu lösen. Stattdessen besteht sie nun aus 78 Ministern, von denen 30 ohne Geschäftsbereich sind.

Indien verfügt nun über zwei Flugzeugträger

Indien bereitet sich auf den Start seines zweiten Flugzeugträgers, den *INS Vikramaditya*, vor. Im Gegensatz zum ersten, dem in Indien hergestellten *INS Vikrant*, ist dieser zweite ein ehemaliges sowjetisches Schiff, die *Baku*, komplett renoviert und modernisiert.

Philippinen akzeptieren vier neue US-Militärbasen

US-Verteidigungsminister General Lloyd Austin hat sich mit dem philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos Jr. auf vier neue Militärstützpunkte geeinigt.

Chinas Ballonstrategie

Die chinesische Volksbefreiungsarmee hat den militärischen Einsatz von Wetterballons ausführlich untersucht. Sie stützte sich auf das traditionelle Drachenfliegen.

Laut der zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift *Aerospace Electronic Warfare*, die vom Institute 8511 der *China Aerospace Science and Industry Corp.* herausgegeben wird, können Ballons verwendet werden, um die Atmosphärenschicht unter ihnen zu überwachen ; das heißt, um Drohnen zu erkennen, die nicht unbedingt vom Boden sichtbar sind. Wenn man Störsender in den Ballon platziert, kann man dann die Signale der Satelliten stören, mit denen man die Drohnen betreibt.

Laut einem Bericht der chinesischen National Defense University aus dem Jahr 2009 können Ballons für "psychologische Angriffe" auf eine Weise verwendet werden, die langfristige Angst erzeugt. Laut einem chinesischen Militärbericht aus dem Jahr 2013 können Ballons US-Aufklärungsdrohnen entgegenwirken, einschließlich der *Global Hawk* und *Stealth Sentinel* der Luftwaffe.

Laut einem Bericht von vier Technikern des *Aerospace Information Research Institute* der

Chinesischen Akademie der Wissenschaften aus dem Jahr 2020 sind Ballons viel wirtschaftlicher und langlebiger als Satelliten.

Prozess gegen Anführer prowestlicher Proteste in Hongkong

47 Anführer der Proteste 2019-20 gegen die Änderung des Auslieferungsgesetzes werden in den nächsten drei Monaten in Hongkong vor Gericht gestellt werden. Ihre Bewegung wurde von der "Regenschirmrevolution" von 2014 und der "Fischbällchen-Revolution" von 2016 inspiriert, die von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich organisiert wurde. Die Änderungsanfrage zielte darauf ab, die Triaden (Mafia) und die hundert Milliarden der Stadt zu kontrollieren. Sie wurde als Beherrschung der Bevölkerung missinterpretiert, im Zusammenhang mit den Vorwürfen, dass Peking 1 Million Uiguren interniert hätte.

Einigen der Angeklagten droht lebenslange Haft.

Hongkongs Bevölkerung, obwohl ethnisch chinesisch, ist kulturell eher britisch.

China unterstützt russische Rüstungsindustrie

Nach [Angaben des Center for Advanced Defense Studies](#) (C4ADS) exportiert China die für dessen Militärindustrie benötigten elektronischen Teile nach Russland. Moskau ersetzt praktisch sofort die in der Ukraine zerstörten Waffen trotz einseitiger (von der atlantischen Propaganda als "Sanktionen" bezeichneten) US-Zwangmaßnahmen.

OZEANIEN

US-Strategie in der Ukraine und Taiwan

Vor dem [US-Ausschuss für die Republik](#) erläuterte der australische Diplomat John Lander, ehemaliger Direktor des chinesischen Dienstes des Außenministeriums, wie die USA

Australien in den Stellvertreterkrieg verwickeln, den sie gegen China planen. AUKUS entpuppte sich schnell nicht als Verteidigungsbündnis, sondern als Falle, sagte er. Washington schwächt einerseits Russland in der Ukraine und versucht dasselbe in Taiwan mit China zu tun, im ersten Fall zum Nachteil der Europäischen Union, im zweiten Fall zu dem von Australien und Japan.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
[thierry.meyssan@voltaire.net.org](mailto:thierry.meyssan@voltaire.net)

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
[serge.marchand@voltaire.net.org](mailto:serge.marchand@voltaire.net)

46 Ausgaben pro Jahr.

Jahresabonnement : 150 Euro

Monatsabonnement : 15 Euro

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Dokumentations ergänzung

2- Offizielle Dokumente

AFGHANISTAN

[Warriors and nation builders : development and the military in Afghanistan](#), Andy Tamas, Canadian Defence Academy

AZERBAÏDJAN

[Situation actuelle entre l'Azerbaïdjan et l'Arménie](#), Comité permanent des affaires étrangères et du développement international, Parlement du Canada ([EN](#))

BALKANS

[Western Balkan Foreign and Security Ties with External Actors](#), Marina Vulović, Stiftung Wissenschaft und Politik

[Außen- und sicherheitspolitische Beziehungen der Westbalkanländer mit externen Akteuren](#), Marina Vulović, Stiftung Wissenschaft und Politik

BALTIC

[Geopolitik im Ostseeraum](#), Göran Swistek & Michael Paul, Stiftung Wissenschaft und Politik

CANADA

[Rapport spécial sur les activités d'Affaires mondiales Canada en matière de sécurité nationale et de renseignement](#), Comité des parlementaires sur la sécurité nationale et le renseignement, Parlement du Canada
[Special report on the national security and intelligence activities of Global Affairs Canada](#), National Security and Intelligence Committee of Parliamentarians, Parliament of Canada

CHINA

[Cina e Indo-Pacifico](#), Filippo Fasulo, Osservatorio di Plicia Internazionale (Italia)

[PLA Logistics and Sustainment : PLA Conference 2022](#), United States Army War College

[La région autonome ouïghoure du Xinjiang](#),
Comité permanent des affaires étrangères et du
développement international, Parlement du
Canada

[China's Green Development in the New Era](#),
State Council (People's Republic of China)

COLLECTIVE SECURITY TREATY ORGANIZATION

[L'Organisation du traité de sécurité collective en
état de mort cérébrale ?](#), Stéphan Samaran,
Institut de recherche stratégique de l'École
militaire (IRSEM) (France)

CYPRUS

[Exogenous factors underpinning the Cyprus
problem : shifting political and societal
ramifications](#), Isabelle Ioannides & Dilek Lati,
Stiftung Wissenschaft und Politik

FRANCE

[La stratégie française pour l'Indopacifique : des
ambitions à la réalité](#), Cédric Perrin, Rachid
Temal, Hugues Saury, Jacques Le Nay, André
Gattolin et Joël Guerriau, commission des
Affaires étrangères, de la Défense et des Forces
armées, Sénat (France)

[La réforme du corps diplomatique](#), Arnaud Le
Gall & Vincent Ledoux, Assemblée nationale
(France)

[Frankreichs Atomwaffen und Europa](#), Lydia
Wachs & Liviu Horovitz, Stiftung Wissenschaft
und Politik

GERMANY

[Szenarien für ein klimaneutrales Deutschland.
Technologieumbau, Verbrauchsreduktion und
Kohlenstoffmanagement](#), Elisabeth Dütschke,
Berit Erlach, Manfred Fishedick, Sabine Fuss,
Oliver Geden, Jörn Gierds, Ulrike Herrmann,
Patrick Jochem, Christoph Kost, Gunnar
Luderer, Karsten Neuhoff, Mirko Schäfer, Kurt
Wagemann, Frauke Wiese, Jenny Winkler,

Bastian Zachmann & Lin Zheng, Deutsche
Akademie der Technikwissenschaften

[Germany's Fragile Leadership Role in European
Air Defence](#), Sven Arnold & Torben Arnold,
Stiftung Wissenschaft und Politik

[Deutsche Cybersicherheit in Europa, 14490
Suchergebnisse wurden gefunden](#), Annegret
Bendiek, Stiftung Wissenschaft und Politik

ISRAEL

[Israel's Anti-liberal Coalition](#), Peter Lintl,
Stiftung Wissenschaft und Politik

SAHEL

[Den MINUSMA-Einsatz der Bundeswehr rasch
aber geordnet in diesem Jahr beenden - Unser
zukünftiges Engagement im Sahel mit einer
Gesamtstrategie auf eine solide und tragfähige
Grundlage stellen](#), CDU-CSU, Deutscher
Bundestag

TURKIYE

[The Post-Erdoğan Vision of Turkish
Opposition : Opportunities and Limitations](#),
Edgar Şar, Stiftung Wissenschaft und Politik

UKRAINE

[Ukraine conflict : An overview](#), Carl Baker, UK
House of Commons Library

[Military assistance to Ukraine since the Russian
invasion](#), Calire Mills, UK House of Commons
Library

[Ukraine : UK aid and humanitarian situation
2022-23](#), Philp Loft, UK House of Commons
Library

[Ukraine : Russia's "red line"](#), Claire Mills, UK
House of Commons Library

[Das Völkerrecht und der Ukraine-Krieg](#), Die
Linke, Deutscher Bundestag

[Deutschlands Verantwortung für Frieden in Europa gerecht werden - Eine Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland](#), AfD, Deutscher Bundestag

[Maßnahmen der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg](#), Antwort der Bundesregierung, Deutscher Bundestag

[Russia's war on Ukraine : Western-made tanks for Ukraine](#), Sebastian Clapp, European Parliamentary Research Service

[Waffenlieferungen an die Ukraine](#), Christian Schaller, Stiftung Wissenschaft und Politik

[Ukraine : un an de guerre. Quels enseignements pour la France ?](#), Cédric Perrin & Jean-Marc Todeschini, commission des Affaires étrangères, de la Défense et des Forces armées, Sénat (France)

=====

ARTIFICIAL INTELLIGENCE

[Trusting AI : Integrating Artificial Intelligence into the Army's Professional Expert Knowledge](#), C. Anthony Pfaff, Christopher J. Lowrance, Bre M. Washburn & Brett A. Carey, United States Army War College

[Face à l'explosion des données : prévenir la submersion](#), Office parlementaire d'évaluation des choix scientifiques et technologiques (France)

CLIMATE

[International climate finance and COP27 : a quick guide](#), Angela Clare, Research Paper, Parliament of Australia

COMMUNICATION

[Defense Strategic Communications N°11](#), NATO Strategic Communications Centre of Excellence

[Protección del secreto profesional del periodismo](#), Departamento de Documentación, Congreso de los diputados (España)

[„Propaganda Awareness“ - Operation der Bundeswehr](#), Die Linke, Deutscher Bundestag

COVID

[The effect of communication and disinformation during the COVID-19 pandemic](#)

Cécile Jacob, Pierre Haussemer, Adam Zagoni-Bogsch & Audra Diers-Lawson, Policy Department for Economic, Scientific and Quality of Life Policies, European Parliament

[Parliamentary oversight of governments' response to the COVID-19 pandemic :](#)

Literature review, European Parliamentary Research Service

ENERGY

[Europas Energiekrise und der östliche Mittelmeerraum](#), Moritz Rau, Stiftung Wissenschaft und Politik

INTELLIGENCE

[Möglicher Einsatz von Produkten der Firmen Intellexa bzw. CYTROX durch deutsche Sicherheitsbehörden](#), Die Linke, Deutscher Bundestag

[Pegasus and the EU's external relations](#), Policy Department for Citizens' Rights and Constitutional Affairs, European Parliament

[Legal loopholes and the risk of foreign interference](#), Kate Jones, European Parliament, Directorate General for External Policies of the Union

STRATEGY

[The comprehensive approach to operations : international perspectives](#), Dave Woycheshin & Miriam de Graaff, Canadian Defence Academy

Overcoming leadership challenges : international perspectives, Douglas Lindsay & Dave Woycheshin, Canadian Defence Academy

"By, with, through" : a SOF global engagement strategy, Emily Spencer, Canadian Defence Academy

Professional ideology & development : international perspectives, Jeff Stouffer & Justin C. Wright, Canadian Defence Academy

The same yet different : continuity and change in the Canada-United States post-9/11 security relationship, Bernard James Brister, Canadian Defence Academy

- Les forces d'opérations spéciales : établir des partenariats mondiaux, Emily Spencer, Académie canadienne de la Défense

- Special operations forces : building global partnerships, Emily Spencer, Canadian Defence Academy

The Scylla and Charybdis of strategic leadership, J.R. McKay, Canadian Defence Academy

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°28 - 17. Februar 2023

Military Balance 2023

Das in London ansässige Internationale Institut für Strategische Studien hat die Ausgabe 2023 seines Jahresberichts *Military Balance* veröffentlicht. Es versucht zu zeigen, dass Russland in der Ukraine besiegt wurde. Es basiert auf zwei Argumenten : erstens Panzerverluste und zweitens Verluste von Menschenleben. Das Problem ist, dass diese Zahlen nicht zwischen den alten sowjetischen Panzern, die es ihm ermöglichten, seine Truppen zu transportieren, und seinen neuen Panzern, die im Kampf eingesetzt wurden, unterscheiden. Ebenso sind die Zahlen der menschlichen Verluste, die von AFP (100.000 ukrainische Tote und 180.000 russische Tote), die sehr weit von der Realität entfernt zu sein scheinen, vom Mossad widerlegt werden (157.000 ukrainische Tote und 18.480 russische Tote).

AMERIKA

Wie das FBI den Mythos der "russischen Desinformation" verbreitete

In seiner ersten Sitzung hörte der Unterausschuss des Repräsentantenhauses zur Militarisierung der Bundesregierung den republikanischen Senator Charles E. Grassley (Iowa) an. Dieser sagte aus, dass er, als er 2019 den Vorsitz des Finanzausschusses des Senats führte, dem FBI eine Anfrage nach Dokumenten über eine verdächtige Transaktion geschickt hatte, an der die Biden-Familie beteiligt war. Das FBI kam sofort, um ihn über "russische Desinformation" zu informieren. Dann wurde ein Leck organisiert, um glauben zu machen, dass seine Anfrage das Ergebnis dieser Fehlinformation war.

Twitter und die Zensur der Ärzte

Während der Anhörung ehemaliger Twitter-Führungskräfte im Kongress war die republikanische Abgeordnete Nancy Mace (South Carolina) empört, dass sie Informationen über Covid von seriösen Spezialisten, Absolventen der Universitäten Stanford und Harvard, zensieren konnten. Keiner dieser Twitter-Führungskräfte besitzt ein medizinisches Studium.

Beginn der parlamentarischen Untersuchung der Biden-Familie

Der Abgeordnete James Comer (Kentucky) schrieb in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses für Aufsicht und Reform (*Committee on Oversight and Reform*) an Hunter Biden (den Sohn des Präsidenten), an James Biden (den Bruder des Präsidenten) und an Eric Schwerin (einen Mitarbeiter von Hunter Biden). Er bat sie um eine lange Liste von Bankdokumenten.

Hunter Bidens Anwalt, Abbe Lowell, weigerte sich, sie durchzugeben und bot an, mit den Mitgliedern des Ausschusses zu diskutieren, welches Material für sie in ihrer parlamentarischen Arbeit wirklich nützlich wäre.

US-Wirtschaftszahlen

Nach Angaben des *Congressional Budget Office* haben die Biden-Regierung und die demokratische Mehrheit das US-Bundesdefizit in den beiden Jahren 2021-22 [12,4% und 3,9%] um insgesamt 3,1 Billionen [3100 Milliarden] Dollar erhöht.

Die Inflation wird in diesem Jahr 3,8% betragen, gegenüber 6,3% im letzten Jahr, aber immer noch fast doppelt so hoch wie das Objektiv der Federal Reserve von 2%.

Die Arbeitslosenquote wird in diesem Jahr von 3,6% auf 4,7% steigen und 4,9% im Jahr 2024 erreichen.

Fortsetzung der "Chinesischen Spionageballons"

Die Vereinigten Staaten und Kanada schossen drei neue nicht-identifizierte Objekte über ihrem Luftraum ab. Bis heute ist nicht bekannt, was diese Objekte waren.

Die NED gegen Republikanische Medien

The Global Desinformation Index, eine NGO, die von der [National Endowment for Democracy](#) [NED] und über George Soros' Netzwerk finanziert

wird, verbreitet eine schwarze Liste von US-Mainstream-Medien, auf die es nicht ratsam ist, Anzeigen zu schalten. Die Liste enthält republikanische Medien, denen vorgeworfen wird, "Desinformationslieferanten" zu sein.

Für die Demokratin Ocasio-Cortez sei es faschistisch, seine Feinde zu lieben

Zwei christliche Anzeigen liefen während des Super Bowl. Die zweite, "Liebe deine Feinde", zeigte Schwarz-Weiß-Fotos von Menschen, die bei Protesten zusammenstießen, mit der Überschrift "Jesus liebte die Menschen, die wir hassen". Die demokratische Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez sah darin eine "faschistische" Anzeige.

Neuer demokratischer Senator gegen Benjamin Netanjahus Politik

Der demokratische Senator Dick Durbin aus Illinois, Vorsitzender des Justizausschusses des US-Senats und ein langjähriger Unterstützer Israels, sagte, der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu "stellt seine eigenen engen politischen und rechtlichen Interessen - und die der beunruhigenden Extremisten in seiner Koalition - gefährlich über die langfristigen Interessen und Bedürfnisse der israelischen Demokratie".

Nikky Haley kandidiert für das Präsidentenamt

Die ehemalige Botschafterin von Präsident Donald Trump bei den Vereinten Nationen und ehemalige Gouverneurin von South Carolina, Nikky Haley, hat angekündigt, dass sie 2024 für das Präsidentenamt kandidieren werde.

Ihr erster Vorschlag ist die Einführung eines Fähigkeitstests für alle gewählten Amtsträger. Präsident Biden (80 Jahre alt) mache jeden Tag Ausrutscher und grobe Fehler, bis zu einem Punkt, dass ein Fernsehsender ihm ein wöchentliches Programm widmet.

Joe Biden in Polen

Präsident Biden wird vom 20. bis 22. Februar nach Polen reisen. Er wird dort mit den Staats- und Regierungschefs Bulgariens, der Tschechischen Republik, Estlands, Ungarns, Lettlands, Litauens, Polens, Rumäniens und der Slowakei zusammentreffen... und von der Ukraine.

David Malpass verlässt die Weltbank

Weltbankdirektor David Malpass hat angekündigt, dass er sich nicht um eine Wiederwahl bemühen werde. Er freute sich, in mehreren Entwicklungsländern, darunter Afghanistan, Erfolge erzielt zu haben, die die Afghanen nicht bemerkten.

David Malpass ist notorisch ein Klimaskeptiker. Er wird von Demokraten, darunter dem ehemaligen US-Vizepräsidenten Al-Gore, beschuldigt, Produzenten fossiler Brennstoffe unterstützt zu haben.

Nicaragua weist 200 "Verräter" in die USA aus

Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega stellte 200 "Heimatverräter" frei und wies sie in die Vereinigten Staaten aus. Laut der *New York Times* könnte diese Geste des "guten Willens" Washington dazu bringen, einige der einseitigen Zwangsmaßnahmen, die Washington gegen das Land ergriffen hat, abzuschwächen.

Ein katholischer Bischof, Bischof Roland Alvarez, der sich weigerte, in die Vereinigten Staaten zu fliegen, wurde zu 26 Jahren Gefängnis verurteilt.

EUROPA

Rücktritt von Nicola Sturgeon

Die schottische Erste Ministerin und Vorsitzende der *Scottish National Party*, Nicola Sturgeon, hat ihre Kollegen und Beobachter am 15. Februar mit der Ankündigung schockiert,

dass sie zurücktreten werde, sobald ihr Nachfolger gewählt sei. Dafür gibt es keinen Grund.

Die Presse verband den Rücktritt mit der Kontroverse um das vom britischen Parlament zensierte Geschlechtergesetz. Frau Sturgeon hatte gedacht, dass ein Vergewaltiger, der sich als weibliches Geschlecht identifiziert hatte, von einem Gefängnis für Männer in ein anderes für Frauen verlegt werden sollte.

So schockierend diese Affäre für einige Schotten auch ist, sie kann diesen Rücktritt nicht erklären.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Unwürdige französische Parlamentarier

Während der Debatte über die Pensionsreform wurden drei Abgeordnete des *Rassemblement National* telefonisch informiert, dass eines ihrer Kinder ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Der Zweck dieser falschen Appelle bestand darin, dass sie nicht im Plenarsaal anwesend waren, als ihre Anwesenheit erforderlich war, um den von ihnen mitunterzeichneten Referendumsantrag zu prüfen.

Anschließend hat sich ein Abgeordneter von *La France Insoumise*, Thomas Porcher, fotografieren lassen, wo sein Fuß stolz auf einem illustrierten Ballon mit einer Reproduktion des geköpften Chefs des für die Rentenreform zuständigen Ministers Olivier Dussopt steht. Er weigerte sich, sich zu entschuldigen und wurde für 15 Tage aus der Nationalversammlung ausgeschlossen.

Das Rentenreformprojekt der Regierung wird inkohärent

Während Demonstrationen von mehr als einer Million Menschen aufeinander folgen, modifiziert die Regierung von Elisabeth Borne ihr Rentenreformprojekt, bis es inkohärent geworden ist.

Personen, die mit 16 Jahren angefangen haben zu arbeiten, erhalten nicht die Leistungen, die denjenigen gewährt werden, die mit 17 und 18 Jahren begonnen haben. Von der Ankündigung einer Mindestrente von 1200 Euro pro Monat, die mehr als 1,2 Millionen Rentner betreffen sollte, werden nur 40 000 profitieren.

Hollywood und das französische Militär

Der französische Verteidigungsminister Sébastien Lecornu hat einen Mainstream-Spielfilm, der Misshandlungen durch französisches Militär in Afrika zeigt, scharf kritisiert. Ein französischer Minister (nicht Herr Lecornu) muss sich vor den Vereinten Nationen für seine Handlungen verantworten.

Das Verteidigungsministerium ist umso besorgt, weil es kein russischer, sondern ein amerikanischer Film ist ; ein Blockbuster aus den Marvel Studios, *Black Panther : Wakanda Forever*.

Frankreich fürchtet russische Invasion der Ukraine durch Weißrussland

Der französische Außenminister gab folgende Erklärung ab : "Im Zusammenhang mit der bewaffneten Offensive Russlands gegen die Ukraine und der Schließung des belarussischen Luftraums wird von jeder Reise nach Belarus formell abgeraten. Französische Staatsangehörige in Belarus werden aufgefordert, das Land unverzüglich auf der Straße über Grenzübergänge zu Litauen, Polen oder Lettland zu verlassen."

Ein neuer EU-Abgeordneter in Untersuchungshaft

Der belgische sozialistische Europaabgeordnete Marc Tarabella, der von seinem Kollegen Pier Antonio Panzeri denunziert worden war und dessen parlamentarische Immunität von seiner Versammlung aufgehoben worden war, wurde im Rahmen der Korruptionsermittlungen im Europäischen Parlament verhaftet und inhaftiert.

Kirche von England erlaubt Segnungen für gleichgeschlechtliche Paare

Die Nationalversammlung der Kirche von England hat ihren Priestern erlaubt, gleichgeschlechtliche Ehen und zivile Partnerschaften zu segnen, während sie weiterhin religiöse Ehen für dieselben Paare verbietet. Die Bischöfe schlugen die Kompromissmaßnahme nach fünfjährigen Diskussionen über die Position der Kirche zur Sexualität vor. Sie wurde von der Generalsynode der Kirche, die sich aus Bischöfen, Klerus und Laien aus dem ganzen Land zusammensetzt, nach achtstündiger Debatte, die sich über zwei Tage bei einem Treffen in London erstreckte, genehmigt. Die ursprünglichen Christen der Orient-Kirchen segneten homosexuelle Paare (*Adelphopoiesis*).

Veröffentlichung des Berichts 2023 der Münchner Sicherheitskonferenz

Die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) schickte allen Gästen ihren [Jahresbericht](#) vor ihrer Sitzung am 17. und 19. Februar. Die Vereinigten Staaten wollen die MSC zu einem internen Treffen des westlichen Lagers machen, während die Europäer wollen, dass sie ein Forum der Reflexion bleibt, in dem jeder Redner seinen Standpunkt äußert, anstatt einfach Washingtons Rede zu wiederholen.

Rumänien widerspricht Wolodymyr Selenskyj

Das ukrainische Verteidigungsministerium behauptete, dass zwei russische Raketen in den rumänischen Luftraum eingedrungen seien und die erste russische Verletzung des NATO-Luftraums verursacht hätten.

Das [rumänische Verteidigungsministerium](#) wies diese Vorwürfe jedoch zurück : "Das Luftüberwachungssystem der rumänischen Luftwaffe entdeckte am Freitag, den 10. Februar, ein Flugobjekt, das vom Schwarzen Meer aus von einem Schiff der Russischen Föderation in der Nähe der Halbinsel Krim gestartet wurde, höchstwahrscheinlich ein Marschflugkörper, der sich im Luftraum der Ukraine, der Republik Moldau bewegte, und dann in den ukrainischen Luftraum zurückkehrte, ohne den Luftraum Rumäniens zu irgendeinem Zeitpunkt zu durchqueren".

Unabhängig davon hat der ukrainische Präsident [Wolodymyr Selenskyj](#) seine Version der Ereignisse beibehalten.

Die Ukraine stellt eine mögliche Befreiung Transnistriens als Angriff auf Moldawien dar

Letzte Woche enthüllte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, dass seine Geheimdienste russische Pläne zur Zerstörung Moldawiens abgefangen hätten. Moldawien bestätigte diese Vorwürfe. Die moldauische Präsidentin Maia Sandu sagte, Russland plane, Regierungsgebäude anzugreifen, Geiseln zu nehmen und die Nation "Russland zur Verfügung zu stellen", um sie daran zu hindern, der Europäischen Union beizutreten.

Moldawien erhielt im vergangenen Juni den Status eines EU-Beitrittskandidaten, am selben Tag wie die Ukraine.

Seitdem Russland seine Operation auf Neurussland ausgedehnt hat, verberge es nicht seinen Wunsch, Odessa einzunehmen und auch [Transnistrien](#) einzuschließen,

das nach Angaben der moldauischen Regierung eine rebellische moldauische Provinz ist.

Von der NATO weltweit beschlagnahmte Waffen kommen in die Ukraine

Die großen Waffenlieferungen, die von der NATO in verschiedenen Teilen der Welt beschlagnahmt wurden, werden nicht mehr von den Vereinigten Staaten vernichtet, sondern nach Polen transportiert, um sie in die Ukraine zu bringen.

Dies ist der Fall bei den 3000 chinesischen Sturmgewehren vom Typ 56-1, den Karabinern VPO-158N-06, Maschinengewehren und mehr als einer halben Million Schuss Munition sowie 23 Panzerabwehrsystemen, die den Huthis im Jemen bestimmt, von der französischen Marine im Golf von Oman beschlagnahmt wurden. Sie wurden über den Stützpunkt Al Dhafra (Vereinigte Arabische Emirate) nach Rzeszów (Polen) transportiert.

Elon Musk erlaubt nicht mehr, Drohnen mittels Starlink zu betreiben

Elon Musk hat für die ukrainischen militärischen Drohnen die Nutzung von Starlink abgeschaltet.

Russland erlaubt zu sagen, dass es in die Ukraine einmarschiert sei, unter der Bedingung...

Auf Einladung der russischen Delegation im UN-Sicherheitsrat, verurteilte der Mitbegründer von Pink Floyd, Sänger und Antikriegsaktivist Roger Waters, sowohl die russische Invasion in der Ukraine als auch die Verantwortung derjenigen, die sie provoziert haben.

Die NATO koordiniert ihre Satellitensysteme

17 von 30 NATO-Verteidigungsministern (Belgien, Bulgarien, Ungarn, Deutschland, Griechenland, Spanien, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Polen,

Portugal, Rumänien, Türkei, Frankreich und Vereinigtes Königreich) und dem von Schweden haben ein gemeinsames Satellitenaufklärungsnetz geschaffen. Die Unterzeichner werden "Folgendes untersuchen : das Potenzial für den Austausch von Daten von nationalen Überwachungssatelliten ; Datenverarbeitung, -nutzung und -verbreitung im Rahmen nationaler Kapazitäten ; und die Finanzierung für den Kauf von Daten bei kommerziellen Unternehmen." Das Netz wird ab 2025 einsatzbereit sein.

Die NATO wird zur „Koalition der Willigen“

Die Verteidigungsminister der Nordatlantikvertrags-Organisation sind in Brüssel zusammengelassen, um ein Änderungsübereinkommen zum Bündnisstatut zu unterzeichnen.

Von nun an wird die NATO in der Lage sein, außerhalb von Artikel 5 in den Krieg zu ziehen, das heißt, ohne dass eines ihrer Mitglieder angegriffen wird, und zwar nicht mehr einstimmig, sondern mehrheitlich. Ziel ist es, die Organisation zu einer "Koalition der Willigen *à la carte*" zu machen. In der Schusslinie : Russland und China.

In der Praxis war dies bereits seit dem Angriff auf Libyen der Fall. Aber damals handelte die NATO gegen ihre eigenen Statuten.

NATO-Koordinierungszentrum ist von Erdbeben in der Türkei und Syrien ferngehalten worden

Das Euro-Atlantische Koordinierungszentrum (NATO) wurde nur von Island und Aserbaidschan gebeten, der Türkei Hilfe zukommen zu lassen. Andererseits koordinierte das Europäische Katastrophenschutzverfahren (das der Europäischen Kommission von ECHO angegliedert wurde) die Hilfe von etwa zwanzig Staaten für die Türkei, nicht aber für Syrien.

Laut SVR rekrutiert das Pentagon asiatische und kaukasische Dschihadisten

In einer Erklärung vom 13. Februar beschuldigte der Auslandsgeheimdienst der Russischen Föderation (SVR) das Pentagon, Mitglieder dschihadistischer Gruppen zu rekrutieren, die mit Daesch und al-Kaida verbunden sind, um "Terroranschläge in Russland und den GUS-Ländern zu begehen". 60 Dschihadisten "aus dem Nordkaukasus und Zentralasien" würden sich einer "beschleunigten Ausbildung auf der US-Militärbasis al-Tanf in Syrien" unterziehen.

Russen sparen jetzt auch in VAE-Währung

Die Verteilung der russischen Ersparnisse besteht aus 45% Rubel, 25% Reservewährungen (Dollar und Euro), 25% Yuan und 5% Dirham der Vereinigten Arabischen Emirate.

AFRIKA

Tunesien setzt Rechtsunterwerfung der Muslimbruderschaft fort

Die tunesische Polizei hat den Bau-Magnaten Kamel Eltaief festgenommen, einen ehemaligen Vertrauten des gestürzten Präsidenten Zine El Abidine Ben Ali, der sich den Islamisten angenähert hat. Ihm wird "Verschwörung gegen die Staatssicherheit" vorgeworfen.

Eltaief war an dem Putsch von 1987 beteiligt, der den ehemaligen Präsidenten Habib Bourguiba aus "medizinischen Gründen" von der Macht verdrängte. Er soll bis zu seinem Sturz 1992 eine Schattenregierung geführt haben. Er war bereits 2012 verhaftet und dann auf Intervention der Muslimbruderschaft wieder freigelassen worden.

Im Rahmen derselben Ermittlungen verhaftete die tunesische Polizei auch Abdelhamid Jelassi, ein hochrangiges Mitglied der islamischen

Ennahda-Partei ; und Khayam Turki, einen ehemaligen Führer der Sozialdemokratischen Partei Ettakatol ; Nouredine Bhiri, ein Führer der tunesischen islamischen Ennahdha-Partei ; und Nouredine Boutar, Direktor des wichtigsten privaten Radiosenders *Mosaïque FM*.

Algerische Armee arbeitet mit russischem Gegenstück zusammen

Nach Angaben von [Algérie Part](#) führte die algerische Armee Übungen mit ihrem russischen Gegenstück in der Region Béchar aus. Algier hatte die öffentlich angekündigten Übungen für November 2023 abgesagt und sie im Januar-Februar 2023 durch diese ersetzt.

Algier ist der einzige afrikanische Staat, der an den Übungen "Wostok 2022" im September 2022 in Sibirien teilgenommen hat, und dann die russische Marine im Hafen von Algier im Oktober 2022 anlegen hat lassen.

Was Sergej Lawrow im Sudan ausgehandelt hat

Die sudanesishe Übergangsregierung hat die Bedingungen des im November 2020 geplanten Abkommens mit Russland präzisiert. Es wird dort einen kleinen Militärstützpunkt am Roten Meer bekommen. Er wird nur vier Schiffe und 300 Soldaten dauerhaft beherbergen können. Dieses Abkommen, das vom russischen Außenminister Sergej Lawrow ausgehandelt wurde, während die Botschafter der Europäischen Union vor Ort anwesend waren, muss noch von einer gewählten Versammlung ratifiziert werden, sobald die Zivilregierung im Amt ist.

Malawi lässt Anklage gegen Martha Chizuma fallen

Malawi hat die Anklage gegen die Generaldirektorin des Antikorruptionsbüros, Martha Chizuma, fallen gelassen. Sie hatte zwei hochrangige Beamte beschuldigt, die daraufhin eine Beschwerde wegen Verleumdung gegen sie

einreichten.

Washington hatte für sie interveniert.

ASIEN

Die Politik der Koalition von Benjamin Netanjahu

Das Sicherheitskabinett genehmigte am 12. Februar die sofortige Legalisierung von neun Siedlungsaußenposten im Westjordanland und leitete Prozesse zur Legalisierung weiterer Siedlungen ein. Der nationale Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir und Verteidigungsminister Bezalel Smotrich hatten die Legalisierung von 77 von ihnen gefordert. Das Kabinett beschloss auch eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen, darunter die Stärkung der Präsenz der Grenzpolizei in Jerusalem und die Intensivierung der Polizeieinsätze gegen Aufstachelung und Unterstützung des Terrorismus.

Premierminister Benjamin Netanyahu hat sich der Position des Sicherheitsestablishments angeschlossen, keine Schließungen zu verhängen oder auf kollektive Bestrafung zurückzugreifen.

Die Regierungskoalition wird der Knesset einen Gesetzentwurf zur Genehmigung vorlegen, der jeden, der an Terroranschlägen beteiligt ist, enteignet und ausgewiesen werden könnte, und schließlich, wenn er die israelische Staatsbürgerschaft hat, sie seiner Familie entzogen werden könnte.

Israelischer Protest gegen Benjamin Netanjahus Koalition

Die Proteste in Israel dauern seit sechs Wochen an. Israelische Araber, die bis dahin nicht Partei ergriffen hatten, begannen, sich der Bewegung israelischer Juden anzuschließen. Nach Ansicht der Demonstranten würde die Reform des Justizsystems das Ende der Machtverhältnisse in einem Land bedeuten, dessen Organisation

nicht durch eine Verfassung, sondern durch 12 Grundgesetze festgelegt ist.

Präsident Isaac Herzog intervenierte am 12. Februar dringend im Fernsehen, um eine Vermittlung vorzuschlagen.

80.000 bis 100.000 israelische Bürger demonstrierten am 13. Februar 2023 vor der Knesset. Es wäre die sechstgrößte Demonstration in der Geschichte Israels. Der Bürgermeister von Tel Aviv, Ron Huldai, betonte, wenn ein Regime diktatorisch werde, könne es erst nach Blutvergießen enden. In der Zwischenzeit verabschiedete der Rechtsausschuss in der Knesset zwei Gesetze. Das erste verhindert, dass der Oberste Gerichtshof Änderungen der Grundgesetze des Landes blockiert, das zweite ändert die Zusammensetzung des Richterausschusses. Die extrem hitzige Sitzung wurde von Simcha Rothman (religiöse zionistische Partei) geleitet.

Arabische Liga verurteilt Benjamin Netanjahus Koalitionspolitik

An einem Treffen der Arabischen Liga am 12. Februar in Kairo nahmen der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sissi, König Abdullah II. von Jordanien und der palästinensische Präsident Mahmud Abbas sowie zahlreiche Außenminister und hochrangige Beamte teil. Die Redner verurteilten Israels einseitige Aktionen in Jerusalem und im Westjordanland, einschließlich Hauszerstörungen und Siedlungserweiterungen. Sie verurteilten auch Besuche israelischer Beamter an der umstrittenen heiligen Stätte der Stadt, die für Juden und Muslime heilig ist. Schließlich drückten sie ihre Unterstützung für Jordaniens Rolle als Hüter der Al-Aqsa-Moschee, der drittheiligsten Stätte des Islam, aus.

Israel mischte sich in 33

Präsidentenwahlen im Ausland ein

Laut *Radio France*, *Ha'aretz* und *TheMarker*, hat sich die Firma *Advanced Impact Media Solutions*, kurz AIMS, gegründet von einem "ehemaligen" Mitarbeiter des Geheimdienstes der israelischen Armee, Tal Hanan (bekannt als "Jorge" oder "Michael", "Joyce Gamble" oder "Coral Jaime"), darauf spezialisiert, Zehntausende von gefälschten Konten im Internet zu erstellen. Sie bietet ihren Kunden an, in die E-Mails ihrer Gegner einzudringen und im Netz zu verbreiten, um dann virale, die gewünschten wahren oder falschen Unterstellungen zu machen. Sie soll in 33

Präsidentenwahlkampagnen interveniert haben und 27 ihrer Kandidaten seien gewählt worden. Sie hat Komplizen in etwa dreißig großen Zeitungen, darunter *Le Monde*, *Der Spiegel* und *El País*. Die Enthüllung, dass der Journalist Rachid M'Barki für sie beim BMFTV arbeitete, veranlasste die Redaktion sofort, ihn von seinen Aufgaben zu suspendieren.

Jüdischer Weltkongress entsetzt über Äußerungen von Benjamin Netanjahus Koalition

Die religiöse, rechte Wochenzeitung *Olam Katan* veröffentlichte einen Artikel von Rabbi Shmuel Eliyahu. Er beschreibt darin das regionale Erdbeben als göttliche Strafe für die Araber: "Gott richtet alle Nationen um uns herum, die in unser Land eindringen und uns ins Meer werfen wollten." Er fährt fort: "Es besteht kein Zweifel, dass diejenigen, die die Ägypter im Meer ertrinken sahen und sich nicht von Anfang bis Ende an das ganze Ereignis erinnerten, mit großem Mitleid für sie gewesen wären und versucht hätten, sie vor dem Ertrinken zu retten, aber die Israeliten sangen Lieder, weil sie die Ägypter kannten und verstanden, dass diese Ertrinkenden einige von ihnen töten und weiter versklaven wollten. Sie sangen Lieder, weil sie verstanden, dass es hier

göttliche Gerechtigkeit gab, um die Ägypter zu bestrafen, die die Kinder des Volkes Israel im Nil ertränkt hatten, damit alle Bösen der Welt sehen und Angst haben würden",
Der Jüdische Weltkongress verurteilte die Bemerkungen des Rabbiners, der dem nationalen Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir nahesteht.

China verurteilt US-Verhalten gegenüber syrischen Erdbebenopfern

Viele Staaten haben ihren Wunsch geäußert, dass der Westen seine einseitigen Zwangsmaßnahmen gegen das syrische Volk sofort aufhebt und die Entsendung von Hilfsgütern an die Opfer des Erdbebens erleichtert. Der UN-Generalsekretär ignorierte die völkerrechtliche Rechtswidrigkeit dieser sogenannten "Sanktionen" und sagte : "Dies ist ein Moment, in dem alle sehr deutlich sagen müssen, dass keinerlei Sanktionen die Flüchtlingshilfe für die syrische Bevölkerung beeinträchtigen sollten."

In einem Tweet begrüßte US-Außenminister Antony Blinken die Tatsache, dass die USA der "größte humanitäre Geber" seien und dass ihre Hilfe "an das syrische Volk gehen wird, und nicht an das Regime". Er sagte : "Wir fordern das Assad-Regime auf, sofort die Einfuhr von Hilfsgütern über alle Grenzübergänge zuzulassen, die Verteilung von Hilfsgütern an alle betroffenen Gebiete zu ermöglichen und humanitären Helfern ausnahmslos Zugang zu allen Menschen in Syrien zu gewähren, die in Not sind."

Worauf die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, Hua Chunying, antwortete : "Warum sind sie also in Schwierigkeiten ? Sie haben sie bombardiert, bestraft und bestohlen, und jetzt gratulieren Sie sich selbst für Ihre Wohltätigkeit ? ».
Humanitäre Organisationen, die Syrern außerhalb des von den Dschihadisten besetzten kleinen Gebiets Hilfe leisten, werden sofort

sanktioniert, ihre Bankkonten werden geschlossen. Die Vereinigten Staaten fordern, nach Syrien einreisen zu können, um die Dschihadisten und ihre Familien allein zu retten.

Der neue UN-Unterstaatssekretär für humanitäre Angelegenheiten ist ein MI6-Offizier

Der UN-Unterstaatssekretär für humanitäre Angelegenheiten, Martin Griffiths, traf sich mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad. Die britischen Historiker von *Declassified UK* haben gezeigt, dass Martin Griffiths ein Agent des britischen Geheimdienstes (MI6) war. Er forderte die Öffnung von Grenzübergängen an der türkischen Grenze, um vom Erdbeben betroffene Syrer retten zu können. Präsident Assad kündigte sofort die Eröffnung der Stellungen Bab Al-Salam und Al Raae für drei Monate an.

Irak versucht, Syrern mit seinem Öl zu helfen

Der Irak hat Syrien 60 000 Tonnen Kohlenwasserstoffe gespendet, das Syrien selbst in der al-Mikhtaf-Zone in irakischen Hoheitsgewässern holen soll.
Saudi-Arabien hat ein Rettungsflugzeug nach Syrien geschickt. Seit Kriegsbeginn 2011 war kein saudisches Flugzeug mehr nach Damaskus geflogen.

Laut Senatorin Diana I. Şoşoacă hätten die USA das Erdbeben in der Türkei und in Syrien verursacht.

Die rumänische Senatorin Diana Ivanovici Şoşoacă stellte am 8. Februar im rumänischen Parlament fest :

1 Minute bevor Seismographen das Erdbeben registrierten, unterbrachen türkische Gas- und Öl-pipelines ihren Durchsatz (Anmerkung. Wir konnten diese Imputation nicht prüfen).

24 Stunden vor dem Erdbeben zogen 10 westliche Länder ihre Botschafter von Ankara

ab.

5 Tage vor dem Erdbeben erteilten mehrere westliche Länder, darunter Rumänien, ohne Motivation eine Kontraindikation für Türkeireisen.

Das Erdbeben in der Türkei und in Syrien führte zu mehr als 150 Nachbeben, wobei das zweite (nicht das erste) das größte war. Anders als üblich hatte es keinen Ursprung, sondern fand entlang einer Spalte über mehrere hundert Kilometer statt. Derzeit gibt es weitere Möglichkeiten für Repliken, unter anderem in Istanbul.

Außerdem :

- [15 türkische Unternehmen](#) exportieren in den Vereinigten Staaten gekaufte Ausrüstung im Wert von 18,5 Millionen US-Dollar an ein Dutzend russischer Unternehmen, die einseitigen US-Zwangsmaßnahmen unterliegen.
- Die Türkei warf den US-Unterstaatssekretär für Terrorismus und Finanzaufklärung, [Brian Nelson](#) hinaus, der ein Ende der türkischen Militärexporte nach Russland und das Ende des Widerstands gegen Schwedens NATO-Beitritt forderte.
- Während des Zweiten Weltkriegs testeten die Vereinigten Staaten erfolgreich die Mittel, um Tsunamis zu verursachen, wie aus freigegebenen [neuseeländischen Dokumenten](#) hervorgeht.
- Am Ende des Vietnamkrieges beschlossen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, keinen Umweltkrieg mehr zu führen. Sie unterzeichneten ein "Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder sonstigen feindlichen Anwendung von Umweltmodifikationstechniken" (1976). Nach diesem Vertrag (der nicht von Frankreich unterzeichnet wurde) sind "[alle Techniken verboten, die dazu bestimmt sind, durch die absichtliche Manipulation natürlicher Prozesse die Dynamik, Zusammensetzung oder Struktur der Erde zu verändern](#)", was eindeutig Erdbeben einschließt.
- Als sich die Sowjetunion auflöste, holten sich

die Vereinigten Staaten ihre Wissenschaftler, die am erfolgreichen erdbebenverursachenden Pamir-Programm beteiligt waren.

Wir hatten die Frage bereits 2010 während des [Erdbebens in Haiti](#) gestellt, das dem Beginn der Übung des Pentagons zur Koordinierung und Entsendung privater Hilfsgüter in Katastrophengebieten entsprach.

Senatorin Diana Ivanovici Șoșoacă geht noch weiter und interpretiert diese Elemente, um zu behaupten, dass das Erdbeben in der Türkei und in Syrien von den Vereinigten Staaten verursacht wurde.

Präsident Recep Tayyip Erdoğan bat seinen Geheimdienst (MIT), die Unterstellungen dieser rumänischen Senatorin zu überprüfen.

Israel hilft erdbebengeschädigten Türken

Der israelische Außenminister Eli Cohen besuchte den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Ankara.

Israel war einer der ersten ausländischen Staaten, der türkischen Erdbebenopfern Hilfe leistete.

Iran weiht unterirdischen Luftwaffenstützpunkt ein

Anlässlich des 44. Jahrestages der Islamischen Revolution weihte der Iran seinen unterirdischen Luftwaffenstützpunkt Eagle 44 ein. In einem veröffentlichten Video sieht man riesige Tunnel, in denen Kampffjets zirkulieren. Laut dem TV-Kommentator ist diese Basis vor Bombenangriffen geschützt, auch gegen US-bunkerbrechende Bomben.

Ibrahim Raissi in Peking

Der iranische Präsident Ibrahim Raissi besuchte Peking. An der Seite des chinesischen Präsidenten Xi Jinping war er Zeuge der Unterzeichnung von 20 Kooperationsabkommen, unter anderem über Handel und Tourismus.

CIA holt alle Gegner des iranischen Regimes zurück, einschließlich der Nazis

Die CIA hat gerade eine Koalition von Iranern im Exil um den Sohn von Schah Reza Pahlevi und die Volksmudschaheddin gebildet.

Die ehemalige Nummer 2 der SAVAK, Parviz Sabeti, demonstrierte in Los Angeles für den Sturz der Macht im Iran.

Die SAVAK wurde nach dem Vorbild der Gestapo vom Premierminister geschaffen, der Mohammad Mossadegh gestürzt hatte, Nazi-General Fazlollah Zahedi. Anlässlich des Sturzes von Schah Reza Pahlevi wurden westliche Journalisten eingeladen, das geheime Museum dieser politischen Polizei zu besichtigen, wo Körperstücke vieler Opfer in Formaldehyd aufbewahrt waren.

China blendet philippinische Grenzsoldaten.

Philippinische Grenzsoldaten stießen vor dem Zweiten Thomas-Shoal-Atoll (Spratly-Inseln) mit der chinesischen Volksbefreiungsarmee zusammen. Die Chinesen benutzten eine Laserwaffe, um die Philippinen zu blenden, die dann lange Zeit an Blindheit litten.

Das US-Außenministerium bekräftigte unter Bezugnahme auf ein [Abwesenheitsurteil](#) des Haager Schiedsgerichts aus dem Jahr 2016, dass China kein Recht auf diese Atolle habe. Nun ist sie in dieser Angelegenheit jedoch nicht zuständig.

Wer wird Kim Jong-Un nachfolgen ?

Der "Oberste Führer der Demokratischen Volksrepublik Korea", Kim Jong-Un, stellte seine Tochter Kim Ju-Ae bei verschiedenen offiziellen Veranstaltungen vor. Eine Briefmarke zeigt sie umgeben von Militärtrompeten, mit ihrem Vater an ihrer Seite und einer Interkontinentalrakete im Hintergrund. Viele Kommentatoren glauben daher, dass sie die nächste Regierungschefin des Landes sein wird. Andere, die auf Nordkoreas sehr männliche

Kultur verweisen, neigen stattdessen zu Kim Jong-Uns heimlichem Sohn, dessen Name nicht einmal bekannt ist.

Voltaire Netzwerkanalysen

• "[Die Niederlage der Ukraine wird deutlicher](#)",

von Thierry Meyssan

Es ist ein offenes Geheimnis : Kiews Regierung verliert militärisch gegen die russische Armee. Letztere schreitet ohne Eile voran und baut die Verteidigung der Regionen auf, die Moskau per Referendum beigetreten sind. Aber diese unerbittliche Realität verbirgt andere. Zum Beispiel die Tatsache, dass die Türkei, immer noch Mitglied der NATO, nun Russland unterstützt und es mit Ersatzteilen für seine Armee versorgt. Das Atlantische Bündnis verliert nicht nur, sondern es zerbröckelt.

• "[Ukraine : Rezitation und Realität](#)", von

Manlio Dinucci

Ohne Scham spielt der Humorist Wolodymyr Selenskyj, der Präsident der Ukraine wurde, die Rolle von Che Guevara im Dienste der NATO. Er nimmt an allen westlichen internationalen Konferenzen und allen wichtigen westlichen Kunstveranstaltungen teil.

Es ist nicht wichtig, dass die Sache, die er verteidigt, darin besteht, die Resolution 2202 des Sicherheitsrates nicht umzusetzen, und dass er dabei sich seine Taschen vollfüllt.

Japan gegen "chinesische Spionageballons"

Japan erwägt, die Anforderungen für den Einsatz von Waffen gegen Flugapparate, die den Luftraum des Landes verletzen, zu lockern, inmitten der Frage, wie Tokio auf Einfälle von mutmaßlichen chinesischen "Spionageballons" und anderen unbemannten Objekten reagieren kann.

Laut Wang Wenbing, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, habe China umso mehr Grund, auf die westliche Hysterie zu

Spionageballons zu reagieren, weil die Vereinigten Staaten sie mindestens zehnmal über chinesisches Territorium fliegen ließen, darunter über Tibet und Xinjiang.

Anhörung Chinas durch den UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hörte eine chinesische Delegation an, die ihre Ansichten zur Verbesserung der Menschenrechte in China darlegte. Botschafter Chen Xu und etwa vierzig Diplomaten beantworteten Fragen der Experten.

In seiner Eröffnungsrede sagte Botschafter Chen : "Niemand kann eine perfekte Bilanz des Menschenrechtsschutzes für sich beanspruchen, da es immer Raum für Verbesserungen gibt. China steht immer noch vor zahlreichen Problemen und Herausforderungen bei der Förderung und dem Schutz wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte", darunter eine "offenkundig unausgewogene" Entwicklung und "Stolpersteine" in einigen Reformbereichen, darunter Bildung, Beschäftigung, medizinische Versorgung, Wohnraum und Umweltschutz.

Erratum

In einigen Ausgaben unserer Ausgabe n° 27 behaupteten wir, Venezuela habe Syrien sein Beileid ausgesprochen, sei aber nicht in der Lage gewesen, Hilfe nach Syrien zu schicken. Das war ein Fehler. Caracas schickte ein Frachtflugzeug mit 15 Tonnen humanitärer Hilfe und ein Team von 25 Rettungskräften. Das Flugzeug kam am dritten Tag der Katastrophe in Damaskus an.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltaire.net.org

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltaire.net.org

46 Ausgaben pro Jahr.

Jahresabonnement : 150 Euro

Monatsabonnement : 15 Euro

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Dokumentations ergänzung

3- Think Tanks

AFGHANISTAN

[Les réfugiés afghans en Iran et au Pakistan : la disparition d'un espace de protection](#), Nassim Majidi et Cyrus Ettihadieh, Institut français des Relations internationales (IFRI)

AFRICA

[How the U.S. Can Better Support Africa's Energy Transition](#), Katie Auth, Carnegie Endowment for International Peace

[The African Union and security sector reform partnerships](#), Chido Mutangadura, Institute for Security Studies (ISS)

[Villes nouvelles, villes politiques. Diversification des acteurs et recentralisation du pouvoir étatique dans le cas de Diamniadio au Sénégal](#), Sina Schlimmer, Institut français des Relations internationales (IFRI)

[Tech in Pandemic Response, But Many Left Behind : Lessons from Africa](#), Ritu Srivastava, Observer Research Foundation

ANGOLA

[Angola : situación política, dilema económico y relaciones bilaterales con España](#), Ainhoa Marín Egoscozabal, Real Instituto Elcano

ARMENIA

[Averting a New War between Armenia and Azerbaijan](#), International Crisis Group

ARTIC

[The Disruption of Arctic Exceptionalism. Managing Environmental Change in Light of Russian Aggression](#), Kai Kornhuber, Kira Vinke, Evan T. Bloom, Loyle Campbell, Volker Rachold, Sara Olsvig & Dana Schirwon, German Council on Foreign Relations

ASIA

[2023 Asia Power Index - Key Findings Report](#), Susannah Patton, Jack Sato & Hervé Lemahieu, Lowy Institute

CHINA

[China Pathfinder : H2 2022 update](#),
GeoEconomics Center & Rhodium Group,
Atlantic Council

[China and the new globalization](#), Franklin D.
Kramer, Atlantic Council

[Atomic Strait : How China's Nuclear Buildup
Shapes Security Dynamics with Taiwan and the
United States](#), Jacob Stokes, Center for a New
American Century (CNAS)

[In the Grey Zone : Debating China's Peaceful
Development in Recent Years](#), Tiong Wei Jie, S.
Rajaratnam School of International Studies
(RSIS)

[CCP's 20th Congress : Xi's Return and
Implications for the People's Liberation Army](#),
Amrita Jash, Observer Research Foundation

[Implicaciones económicas y geopolíticas del
parón demográfico en China](#), Mario Esteban,
Real Instituto Elcano

EUROPEAN UNION

[European Democracy Support Annual Review
2022](#), Richard Youngs, Elena Ventura, Ken
Godfrey, Erin Jones, Zselyke Csaky, Kinga
Brudzińska, Evelyn Mantoiu, Ricardo Farinha,
Carolin Johnson & Ellen Leafstedt, Carnegie
Endowment for International Peace

[Preparing for the next winter : Europe's gas
outlook for 2023](#), Ben McWilliams, Simone
Tagliapietra, Georg Zachmann & Thierry
Deschuyteneer, Bruegel

[Europe's Strategic Technology Autonomy From
China. Assessing Foundational and Emerging
Technologies](#), Tim Rühlig, German Council on
Foreign Relations

FRANCE

[Le marin français : un emploi stratégique](#),
Institut Supérieur d'Économie Maritime

GERMANY

[A new momentum : Recalibrating Germany's
foreign policy toward the Gulf monarchies](#),
Sebastian Sons, Middle East Institute

GREECE

[The Greek Defence Sector : Turning the Page ?](#),
Antonis Kamaras, Hellenic Foundation for
European and Foreign Policy (ELIAMEP)

INDIA

[India's G20 Presidency : Opportunity to
Resume Engagement in the Arctic](#), Anurag
Bisen, Manohar Parrikar Institute for Defence
Studies and Analyses

[Slow, Not Steady : Assessing the Status of India-
Eurasia Connectivity Projects](#), Ayjaz Wani,
Observer Research Foundation

[Defending the Digital Domain : The effort to
build a cyber resilient India](#), Adam Meszaros,
Kamalaeswari Raghu, Hana Masood,
Konstantijn Rondhuis, Siddhardha
Kollabathini, Praveen Naidu Vummadisetty,
Alessandra Barrow & Michel Rademaker, The
Hague Centre for Strategic Studies

INDO-PACIFIC

[How the West builds a coalition of the like-
minded in the Indo-Pacific](#), Andreas Bøje
Forsby, Danish Institute for International Studies
(DIIS)

[Expanding Army Cooperation Between the
United States and France in the Indo-Pacific](#),
Stephanie Pezard, Rand Corporation

[Quad in the Indo-Pacific : Role of Informality
in Countering China](#), Ash Rossiter & Brendon J.
Cannon, Institute for Security and Development
Policy

IRAN

[The Unfulfilled Promise of EU Foreign and
Security Policy towards Iran](#), Riccardo Alcaro

with Steven Blockmans, Akin Ünver & Sine Özkaraşahin

IRAQ

[The Future of the Iraqi Popular Mobilization Forces. Lessons from Historical Disarmament, Demobilization, and Reintegration Efforts](#), Daniel Egel, Trevor Johnston & Ben Connable, Rand Corporation

ISRAEL

[Netanyahu's coalition isn't built to last : Expect high sparks within and fragile prospects for Israel's incoming government](#), Shalom Lipner, Atlantic Council

[The "Chips Alliance" : How will the Global Technology War Affect Israel ?](#), Ariel Sobelman, Institute for National Security Studies (INSS)

[The Palestinian Authority's Collapse Will Not Stop Terrorism](#), Udi Dekel, Institute for National Security Studies (INSS)

[Israël et la Chine, un test de loyauté pour les États-Unis ?](#), Jean-Loup Samaan, Institut français des Relations internationales (IFRI)

[Israelis' evolving pushback to democratic erosion under Netanyahu](#), Nimrod Goren, Middle East Institute

JAPAN

[The People Powering Japan's Startup Ecosystem](#), Kenji Kushida, Carnegie Endowment for International Peace

[Japan's Defence Industrial Policy Reform : Debates and Implications for International Cooperation](#), Titli Basu, Manohar Parrikar Institute for Defence Studies and Analyses

NORWAY

[Technology will save the climate ! Attitudes towards Norway's climate policy in four social groups](#), Åsta Dyrnes Nordø, Gisle Andersen & Christine Merk, Kiel Institute for the World Economy

NIGERIA

[Mitigating Risks of Violence in Nigeria's 2023 Elections](#), International Crisis Group

PALESTINE

[Managing Palestine's Looming Leadership Transition](#), International Crisis Group

PHILIPPINES

[US-Philippines Base Deal aimed to Check China](#), Rajaram Panda, Vivekananda International Foundation

RUSSIA

[La Russie en guerre et le monde musulman](#), Marlène Laruelle, Institut français des Relations internationales (IFRI)

[Russia's Evolution Toward a Unified Strategic Operation. The Influence of Geography and Conventional Capacity](#), Clint Reach, Alyssa Demus, Michelle Grisé, Khrystyna Holynska, Christopher Lynch, Dara Massicot & David Woodworth, Rand Corporation

[Avoiding a Long War. U.S. Policy and the Trajectory of the Russia-Ukraine Conflict](#), Samuel Charap & Miranda Priebe, Rand Corporation

[Russia's War Economy. How Sanctions Reduce Military Capacity](#), András Rácz, Ole Spillner & Guntram Wolff, German Council on Foreign Relations

SAUDI ARABIA

[After Oil-for-Security : A Blueprint for Resetting US-Saudi Security Relations](#), Bilal Y. Saab, Middle East Institute

SINGAPORE

[Operation Inherent Resolve : Understanding Singapore's Participation in Multilateral Overseas Operations](#), Ian Li Huiyuan & Thomas Lim, S. Rajaratnam School of International Studies (RSIS)

SOUTH ASIA

[The State of Opposition in South Asia](#), Paul Staniland & Milan Vaishnav, Carnegie Endowment for International Peace

SYRIA

[חימום היחסים ביטורקיה-לסוריה-תרגיל טורקי ?](#), Institute for National Security Studies (INSS)

SWITZERLAND

[Relations Between the EU and Switzerland : Too Much to Lose, Too Little to Negotiate ?](#), Wilfried Martens Centre for European Studies

TUNISIA

[Civil Society in Tunisia : Resetting Expectations](#), Sabina Henneberg, The Washington Institute for Near East Policy

TÜRKIYE

[Turkey's Kurds : Kingmakers in the upcoming elections ?](#), Evangelos Areteos & Ekrem Eddy Güzeldere

[Turkey's government is prioritizing politics over policy in its earthquake response](#), Howard Eissenstat, Middle East Institute

UKRAINE

[Nuclear deterrence in the Ukraine war : Diplomacy of violence](#), Jyri Lavikainen, Finnish Institute of International Affairs (FIIA)

[„Manifest für Frieden“. Frieden – ohne eine souveräne Ukraine ?](#), Klaus Olshausen, Institute for Strategic, Political, Security and Economic Consultancy (ISPSW)

[The Ukraine Conflict : Pathways to Peace](#), Ajay Bisaria & Ankita Dutta, Observer Research Foundation

[Lecciones de la guerra en Ucrania, piedra, papel o tijera](#), Mira Milosevich Juaristi, Real Instituto Elcano

[From Buffer to Frontier : Ukraine and the EU](#), Sven Biscop, Egmont

UNITED KINGDOM

[The UK's Leadership Transition in Context](#), Anandita Bhada, Manohar Parrikar Institute for Defence Studies and Analyses

UNITED STATES

[What a failed response to the Chinese spy balloon should tell state leaders](#), Tommy Waller & Christopher Holton, Center for Security Policy

« [États-Unis : une renaissance ferroviaire ?](#) », Antoine Pecqueur, Institut français des Relations internationales (IFRI)

[The State of the Union and the Middle East](#), Eric Feely, The Washington Institute for Near East Policy

[US Critical and Emerging Technology Strategy](#), Saroj Bishoyi, Vivekananda International Foundation

=====

CLIMATE

[Annual Outlook 2023 : Warmer Climes Ahead](#), Alexis A. Crow, Observer Research Foundation

[Climate versus trade ? Reconciling international subsidy rules with industrial decarbonisation](#), David Kleimann, Bruegel

CORRUPTION

[Authoritarian kleptocrats are thriving on the West's failures. Can they be stopped ?](#), Francis Shin & Ben Judah, Atlantic Council

DEMOCRACY

[Artificial Intelligence and Democracy](#), Wilfried Martens Centre for European Studies

ECONOMY

[The State of Prosperity in the West](#), Johnny Patterson, Legatum Institute

FOOD

[Le bio en baisse : simple ralentissement ou véritable décrochage ?](#), Suzanne Gorge, Terra Nova

INTERNATIONAL RELATIONS

[Four Contending U.S. Approaches to Multilateralism](#), Stewart Patrick, Carnegie Endowment for International Peace

[The "Rules-Based Order" : Conflicting Understandings](#), Rena Uphoff, Center for Security Studies

HIGH TECHNOLOGY

[Avoiding the success trap : Toward policy for open-source software as infrastructure](#), Stewart Scott, Sara Ann Brackett, Trey Herr, Maia Hamin with the Open Source Policy Network, Atlantic Council

[Souveraineté numérique : politiques européennes, dilemmes américains](#), Mathilde Velliet, Institut français des Relations internationales (IFRI)

[Software Supply Chain Attacks : An Illustrated Typological Review](#), Rena Uphoff, Center for Security Studies

[Finding a Broadly Practical Approach for Regulating the Use of Facial Recognition by Law Enforcement](#), Samuel Peterson, Brian A.

Jackson, Dulani Woods & Elina Treyger, Rand Corporation

[Domestic Politics and the US-China Chip War](#), Manoj Harjani & Stefanie Kam, S. Rajaratnam School of International Studies (RSIS)

[A.I. Systems as Digital Public Goods : Exploring the Potential of Open-Source A.I.](#), Gaurav Sharma, Observer Research Foundation

[The hidden inequalities of digitalisation in the post-pandemic context](#), Cristiano Codagnone & Maria Savona, Bruegel

WEAPONS

[Integrated Rocket Force : A Timely Idea](#), Akshat Upadhyay, Manohar Parrikar Institute for Defence Studies and Analyses

[Resilient and Robust : Climate-Proofing the Military for Increased Military Effectiveness](#), Irina Patrahau, Laura Birkman, Michel Rademaker, Tom Middendorp & Ella MacLaughlin, The Hague Centre for Strategic Studies

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°29 - 24. Februar 2023

Chinas Auffassung der internationalen Beziehungen

Das chinesische Außenministerium hat seine *globale Sicherheitsinitiative* veröffentlicht. Es ist ein Dokument, in dem die sechs Verpflichtungen aufgezeigt werden, die für friedliche internationale Beziehungen eingehalten werden müssen. Sie gelten für Friedensverhandlungen, auch für die Ukraine.

1. Der Vision einer gemeinsamen, umfassenden, kooperativen und nachhaltigen Sicherheit verpflichtet bleiben.
2. Sich weiterhin dafür einsetzen, die Souveränität und territoriale Integrität jedes Landes zu achten.
3. Den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet bleiben.
4. Entschlossen bleiben, die legitimen Sicherheitsbedenken jedes Landes ernst zu nehmen.
5. Sich weiterhin für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Ländern durch Dialog und Konsultation einsetzen.
6. Sich weiterhin für die Aufrechterhaltung der Sicherheit sowohl in traditionellen als auch in nicht-traditionellen Bereichen einsetzen.

Im reinsten versöhnlichen chinesischen Stil geschrieben, folgen diesen sechs Prinzipien etwa zwanzig Anwendungspunkte, die verärgern. Das Papier schließt mit einem Aufruf, die Rolle internationaler Foren zu stärken.

Was die Ukraine betrifft, erkennt China an, dass das Problem entstanden ist, weil die Vereinigten Staaten sowohl die "Orangene Revolution" (2004) als auch den "Maidan-Putsch" (2014) unter Verletzung der UN-Charta organisiert haben (siehe &3). Sie ist auch der Ansicht, dass die russische Forderung nach der Abwesenheit der NATO in seinem unmittelbaren Umfeld für seine Sicherheit notwendig ist (vgl. 4 und 6).

Der Veröffentlichung dieses Textes folgt der einer Studie über "*US-Hegemonie und ihre Gefahren*". Seit der Zerstörung der chinesischen Ballons hat sich der Ton deutlich geändert. Von nun an wird Washingtons Politik als destruktiv für alle dargestellt.

AMERIKA

Laut Washington lebt der neue Emir von al-Kaida im Iran

Nach Angaben der Vereinigten Staaten ist der neue Führer von al-Kaida Saif Al-Adl. Er wurde nicht zum Emir erklärt, um die Taliban nicht zu beleidigen, die die Ermordung von Ayman Al-Zawahiri in Afghanistan im Jahr 2022 nicht anerkannten.

Saif Al-Adl würde friedlich... im Iran leben.

Fortsetzung der undurchsichtigen US-Präsidentschaftswahl 2020

Die Grand Jury von Georgia, die mit der Untersuchung von Donald Trumps Vorwürfen des Wahlbetrugs beauftragt ist, hat ihre Ergebnisse vorgelegt. Natürlich fand sie keine Beweise, die dem ehemaligen Präsidenten Trump Recht geben, und, was noch überraschender ist, fand sie keine falschen Zeugenaussagen, auf die sie sich hätte stützen können. Dieses Verfahren sollte mit einer Anklage von Donald Trump enden. Man erinnere sich, dass das Problem nicht darin besteht, wer gelogen hat, sondern dass die Auszählung der Stimmen nicht öffentlich stattgefunden hat, wie es die Demokratie erfordert.

Wie könnten die Vereinigten Staaten Wagner verurteilen ?

Der republikanische Senator Lindsey Graham (South Carolina) schlägt vor, paramilitärische Organisationen als Terroristen zu betrachten. Es geht darum, das russische private Militärunternehmen Wagner zu verurteilen, ohne die vielen US-Privatarmeen wie Academi (ehemals Blackwater) zu verurteilen.

Joe Biden ist im Stande, Präsident zu sein

Dr. Kevin O'Connor, Arzt des Weißen Hauses, gab seinen Jahresbericht ab. Er bestätigt, dass

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Präsident Joe Biden für das Amt geeignet sei. Sein Vorgänger Dr. Ronny Jackson, der unter den Präsidenten Barack Obama und Donald Trump diente, verurteilte jedoch eine Vertuschung der Wahrheit. Ihm zufolge konstatieren alle Leute eine Verschlechterung der kognitiven Fähigkeiten des Präsidenten.

Christlicher Aufschwung in den USA

Seit dem 8. Februar ist der wöchentliche Gottesdienst an einer christlichen Universität in Wilmore, Kentucky, zu einer ununterbrochenen Gebetsübertragung über das Internet geworden, die insgesamt Millionen Aufrufe hat. Junge Leute kommen aus den ganzen Vereinigten Staaten, um sich ihm anzuschließen. Es ist die größte christliche Bewegung im Land seit den 70er Jahren. Genau hier begann die charismatische Bewegung jener Jahre. Die Vereinigten Staaten, das "Licht auf dem Hügel", haben eine starke Tradition des kollektiven Gebets und der Evangelisation.

Die US-Schlacht der Gasherde

US-Energieministerin Jennifer Granholm schlägt vor, den Energieverbrauch von Gasherden um ein Drittel zu senken und ihn mit elektrischen Herden auf Augenhöhe zu bringen. Hersteller von Kochgeräten versichern, dass diese Reform die Kochzeit verdoppeln werde. Angesichts des Aufschreis hat die Biden-Regierung versichert, dass es nicht in Frage komme, Gasherde zu verbieten.

Sinaloa-Kartell übersiedelt nach Arizona

Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy aus Kalifornien, sagte, das Sinaloa-Kartell sei jetzt der größte Arbeitgeber in Cochise County, Arizona.

Parlamentarische Untersuchungen über den Abzug aus Afghanistan

Die Ausschüsse für Aufsicht des Repräsentantenhauses und für auswärtige Angelegenheiten haben jeweils ihre Untersuchungen zum Abzug aus Afghanistan begonnen. Dieser Fall war bereits Gegenstand des Berichts des republikanischen Senators James E. Risch (Idaho), [*Left Behind*](#), und des Abgeordneten Michael T. McCaul (Texas), [*Strategic Failure*](#).

Parlamentarische Untersuchung der Biden-Familie

James Comer, Vorsitzender des Aufsichtsausschusses des Repräsentantenhauses, bestellte den ehemaligen Präsidenten der UN-Generalversammlung Vuk Jeremić aus Serbien ein.

Der berühmte Diplomat arbeitete nämlich für das chinesische Unternehmen, das Hunter Biden anstellte. Von ihr wurde er beauftragt, Kontakte zu Persönlichkeiten auf globaler Ebene herzustellen. Die Kommission vermutet, dass die Kommunistische Partei Chinas das Unternehmen benutzt hat, um sich den Bidens zu nähern.

Protest in Washington gegen den Krieg in der Ukraine

Der erste bedeutende Protest gegen den Krieg in der Ukraine fand in Washington um die ehemalige hawaiianische Abgeordnete Tulsi Gabbard, den ehemaligen demokratischen Abgeordneten Dennis Kucinich (Ohio) und den ehemaligen republikanischen Abgeordneten Ron Paul (Ohio) statt. Viele Organisationen aus dem gesamten politischen Spektrum nahmen

daran teil.

Die Redner sprachen sich nicht nur gegen zusätzliche finanzielle Unterstützung für die Ukraine aus, sondern befürworteten die Kürzung des Pentagon Haushalts, die Auflösung der NATO, das Ende der CIA und Julian Assanges Freilassung.

Das Treffen zwischen Blinken und Wang

Außenminister Antony Blinken traf sich mit dem chinesischen Außenminister Wang Yi. "Ich habe ihm sehr deutlich gemacht, dass China seinen Überwachungsballon über die Vereinigten Staaten schickt ... sollte nie wieder passieren", sagte Blinken gegenüber CBS's *Face the Nation*. Nachdem Wang darauf bestanden hatte, dass der Ballon zivil und nicht militärisch sei, sagte er Reportern auf der Münchner Sicherheitskonferenz : "[Pentagons] Vorgehen zeigen nicht, dass die Vereinigten Staaten groß und stark sind, sondern beschreiben genau das Gegenteil (...) Es gibt so viele Ballons auf der ganzen Welt, also werden die USA sie alle abschießen ? ».

Die USA müssen ihre militärische Nutzung des Weltraums überdenken

General B. Chance Saltzman, Kommandeur der Weltraumoperationen, sagte am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz, dass die Vereinigten Staaten ihre Investitionen in den Weltraum überdenken müssten. Tatsächlich hat China Anti-Satelliten-Raketen, bodengestützte gerichtete Energiewaffen und Fähigkeiten zum Abfangen von Robotersatelliten im Orbit entwickelt. China konzipiert den Krieg als Angriff auf Aufklärungs-, Kommunikations-, Navigations- und Frühwarnsatelliten, um seine Feinde zu blenden und taub zu machen.

US-Gesetzgeber gegen Benjamin Netanjahus Politik

Einer nach dem anderen stellen sich pro-israelische US-Parlamentarier gegen die Politik

von Benjamin Netanjahus Koalition. Diese Woche sagte :

der demokratische Abgeordnete Jamie Raskin aus Maryland : "Der Kampf zur Verteidigung der Gewaltenteilung, der Unabhängigkeit der Justiz und der Rechtsstaatlichkeit in Israel ist jetzt ein wichtiger Teil dieser globalen Verteidigung der demokratischen Freiheit gegen korrupte Plutokraten und Autokraten, die um jeden Preis Macht wollen."

der demokratische Senator Ben Cardin (Maryland) : "Ich habe keinen Zweifel daran, dass die israelische Demokratie ihre Widerstandsfähigkeit zeigen wird. Wenn Herr Netanjahu echte Stärke und Mut zeigen will, bitte ich ihn, sein Land nicht von der Demokratie abzubringen, sondern zu den Wurzeln und Werten zurückzukehren, die sein Land gedeihen und wachsen ließen. Es ist noch Zeit, den Kurs zu ändern und die langfristige Gesundheit der israelischen Demokratie über die kurzfristige persönliche Macht zu stellen."

Biden-Verwaltung auf Münchner Sicherheitskonferenz

Die Biden-Administration war auf der Münchner Sicherheitskonferenz mit überwältigender Mehrheit durch ihre Spitzenbeamten vertreten. Sie alle sprachen sehr harte Worte gegenüber Präsident Wladimir Putin. In ihren Ausführungen sagte US-Vizepräsidentin Kamala Harris : "Seit den frühen Tagen dieses unprovokierten Krieges haben wir gesehen, wie russische Streitkräfte schreckliche Gräueltaten und Kriegsverbrechen begangen haben. Ihre Handlungen sind ein Angriff auf unsere gemeinsamen Werte, ein Angriff auf unsere gemeinsame Menschlichkeit. Und lassen Sie uns klar sagen : Die russischen Streitkräfte führten einen weit verbreiteten und systematischen Angriff auf die Zivilbevölkerung durch – sie begingen schreckliche Morde, Folter, Vergewaltigungen und Deportationen. Morde mit Hinrichtung, Schlägen und Stromschlag (...)

In diesem Fall des russischen Vorgehens in der Ukraine haben wir die Beweise geprüft. Wir kennen die rechtlichen Normen. Und es besteht kein Zweifel, dass dies Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind."

Das Völkerrecht verurteilt "Verbrechen gegen die Menschlichkeit", betrachtet aber als noch schwerwiegender die "Verbrechen gegen den Frieden", d.h. die Vorbereitung eines Krieges. Der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat aber in diesem Zusammenhang in München nun zugegeben, dass der Krieg in der Ukraine... im Jahr 2014 begonnen habe, was Harris' Vorwurf, der Krieg sei "unprovokiert" gewesen, zu Nichte macht.

Ecuadorianischer Präsident beschuldigt, mit Kartellen in Verbindung zu stehen

Der ecuadorianische Präsident Guillermo Lasso, Banker und Mitglied des Opus Dei, hat gerade beim Referendum vom 5. Februar eine empfindliche Niederlage erlitten. Seine 8 Fragen erhielten alle ein "Nein". Er hat daher nicht mehr die Mittel für seine Politik.

Da enthüllte *La Posta*, dass die Geheimdienste einen 145-seitigen Bericht über die Beziehung zwischen Rubén Chérrez und seinem Freund Danilo Carrera, dem Schwager von Präsident Guillermo Lasso, und der albanischen Mafia geschrieben haben. Kopien dieses Berichts wurden soeben von *La Posta* an Parlamentarier verteilt.

Sie untersuchen bereits die Encuentro-Affäre, ein Netzwerk von Korruption in der Verwaltung. Präsident Lasso, der sich von einer Knieoperation erholt, konnte der Vorladung des Parlaments nicht folgen.

Darüber hinaus reichte die Generalstaatsanwältin Diana Salazar Méndez eine Klage gegen den ehemaligen Präsidenten Lenín Moreno und 36 weitere Personen ein. Sie stehen im Verdacht, ein riesiges Korruptionssystem rund um das

Wasserkraftprojekt Coca Codo organisiert zu haben. Lenín Moreno lebt heute in Paraguay.

Wiederaufnahme des Bürgerkriegs in Kolumbien

Der Oberbefehlshaber der kolumbianischen Nationalen Befreiungsarmee (ELN), Eliecer Chamorro Vargas (alias "Antonio García"), twitterte : "Die Tötung von 9 Kämpfern durch die Streitkräfte der Regierung, während sie wehrlos waren, stellt ein Kriegsverbrechen dar, das gegen das Völkerrecht verstößt."

Darüber hinaus "Sergeant Libey Danilo Bravo, der von der ELN in Arauca gefangen genommen wurde, ist ein Kriegsgefangener, sein Status als Gefangener und seine Rechte als Opfer werden respektiert, wie es im HVR (Internationales Humanitäres Recht) festgelegt ist. Er wird lebend und unter Achtung seiner Integrität und Würde freigelassen."

Die Verhandlungen zwischen der katholischen Befreiungsbewegung und der Regierung des neuen Präsidenten Gustavo Petro, einem ehemaligen Guerillamitglied der Bewegung 19. April (M-19), waren im November 2022 in Caracas wieder aufgenommen worden. Sie wurden am 30. Januar unterbrochen.

Fortsetzung des Putsches gegen den peruanischen Präsidenten Pedro Castillo

Die Anwälte des ehemaligen peruanischen Präsidenten Pedro Castillo argumentieren, dass die Verhaftung ihres Mandanten in "flagrante delicto" nicht der rechtlichen Definition von "flagrante delicto" entspreche. Sie seien daher null und nichtig. Sie stellen auch fest, dass die peruanische Generalstaatsanwältin Patricia Benavides die Staatsanwältin Bersabeth Revilla entlassen habe, weil sie die Verbindungen ihrer Schwester Emma Benavides Vargas zu Drogenkartellen untersucht hat. ein Fall, in dem Präsident Pedro Castillo interveniert hätte. Demonstrationen folgen aufeinander zur Unterstützung des ehemaligen Präsidenten

Pedro Castillo und gegen den "Usurpator", Präsidentin Dina Boluarte. Die Demonstrationen werden hauptsächlich von den Indianern gemacht. Die Polizei wurde angewiesen, sie brutal zu unterdrücken. Die Todesfälle sind zahlreich.

Laut einer aktuellen Umfrage wollen 73% der Bevölkerung, dass die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahr 2023 und nicht im Jahr 2026 stattfinden. Aber die Debatten zu diesem Thema sind im Kongress blockiert worden.

EUROPA

Papst Franziskus greift die Frage der Fundamentalisten auf

Papst Franziskus hat die von seinem Vorgänger Benedikt XVI. verfügte Liberalität aufgehoben und es den örtlichen Bischöfen ermöglicht, die Messe auf Latein zu feiern und Pfarrgemeinden nach diesem Ritus zu bilden. Diese Einschränkung soll die Bildung einer "Parallelkirche" verhindern.

Der Heilige Stuhl beabsichtigt, einen Ritus zu übernehmen, der oft mit rechtsextremer Politik verbunden ist. Viele Praktizierende der lateinischen Messe teilen diesen Standpunkt jedoch nicht und verstehen nicht die Unerbittlichkeit, die dieser spezifische Ritus erhält.

Stay-behind : Der ehemalige dänische Verteidigungsminister angeklagt

Der ehemalige Verteidigungsminister Claus Hjort Frederiksen, der 2020 enthüllte, dass er 1992 [dänische Geheimdienste autorisiert hatte, deutsche, französische, norwegische und schwedische Staatsmänner im Auftrag der US-amerikanischen NSA auszuspionieren](#), wurde am 14. Januar 2023 wegen Preisgabe von Staatsgeheimnissen angeklagt. Es handelte sich um das letzte Missgeschick der

Stay-behind-Netzwerke der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs. Sie haben nie aufgehört, ihre NATO-Verbündeten auszuspionieren und die Verantwortung für Operationen von einem zum anderen zu verlagern, wenn die Skandale auffliegen. Da Claus Hjort Frederiksen nun Mitglied des Parlaments ist, weigerte sich das Parlament, seine parlamentarische Immunität aufzuheben.

Tschechien versorgt die ukrainische Armee

Die Tschechische Republik beginnt mit der Montage von hundert Toyota-Geländefahrzeugen, die mit zwei Schnellfeuer-Maschinengewehren ausgestattet sind, die gegen Drohnen eingreifen können. Diese Waffen, die für die Ukraine bestimmt sind, werden von den Niederlanden bezahlt.

Ungarn reorganisiert seine Armeen

Der ungarische Verteidigungsminister Kristóf Szalay-Bobrovniczky hat mit einer Generalüberholung der Streitkräfte begonnen. Seit dem 17. Januar wurden viele leitende Offiziere in den Ruhestand versetzt. Alle Offiziere über 45 Jahre wurden aufgefordert, ihre Fähigkeiten geltend zu machen oder sonst zurückzutreten.

Diese plötzliche Reform überrascht mitten im Krieg in der Ukraine insofern, als sie die Armeen kurzfristig stört.

Drastischer Anstieg der Asylanträge in der Europäischen Union

Die Zahl der Asylsuchenden in der Europäischen Union, Norwegen und der Schweiz hat sich allein im Jahr 2022 auf 966 000 verdoppelt.

Norwegen versinkt im Krieg

Der Jahresbericht des norwegischen Auslandsgeheimdienstes (Etterretningstjenesten) warnt vor dem Einsatz russischer Schiffe in der

Ostsee, die mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet sind.

Norwegen, das laut Seymour Hersh aktiv an der Sabotage der Nord Stream-Gaspipelines beteiligt war, hat bisher stark von diesem Krieg profitiert. In 2 Jahren hat es den Wert seiner Gas- und Öllexporte vervierfacht (auf fast 166 Milliarden Euro im Jahr 2022, verglichen mit 37 Milliarden Euro im Jahr 2020).

Dem Westen geht die Munition aus

Laut dem Generalsekretär des Atlantischen Bündnisses, Jens Stoltenberg, verwendet die Ukraine heute ein Vielfaches an Munition, die die gesamten NATO-Verteidigungsindustrien produzieren.

Ukroboronprom hat angekündigt, mit der Produktion von 120-mm-Granaten zu beginnen.

In seiner Ansprache an die Nation stellte der russische Präsident Wladimir Putin fest, dass Munitionslieferungen auch ein Problem für das russische Militär seien. Er kündigte einen Plan an, um ihre Produktion schnell zu erhöhen.

Präsident Selenskyj spricht über seine mögliche Niederlage im Donbass

In einem Interview mit [Corriere della Sera](#) sagte Präsident Wolodymyr Selenskyj, dass, wenn die ukrainischen Verluste weiter steigen, Bachmut möglicherweise aufgegeben werden müsse. Es ist eine völlige Kehrtwende seiner Rede, die bisher versicherte, dass die Ukraine den Donbass zurückerobern würde.

Chinesische Äußerungen auf der Münchner Sicherheitskonferenz

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz kündigte der chinesische Außenminister Wang Yi an, dass er ein Dokument veröffentlichen werde, in dem Chinas Position dargelegt und eine Friedensinitiative für die Ukraine vorgeschlagen werde.

"Ich schlage vor, dass alle, besonders unsere

Freunde in Europa, ruhig darüber nachdenken, welche Anstrengungen wir unternehmen können, um diesen Krieg zu stoppen, [zumal einige Kräfte anscheinend nicht wollen, dass die Verhandlungen erfolgreich sind oder der Krieg bald endet... Sie kümmern sich nicht um das Leben und den Tod der Ukrainer, [oder] um den Schaden, der Europa zugefügt wird", sagte er.

Vorsichtsmaßnahme im Aserbaidshchan-Armenien-Konflikt

Der [Internationale Gerichtshof](#) entschied vorsorglich, bis zur endgültigen Entscheidung, dass Aserbaidshchan verpflichtet sei, "alle ihm zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um den ungehinderten Personen-, Fahrzeug- und Warenverkehr entlang des Latschin-Korridors in beide Richtungen zu gewährleisten".

Nachrichten von Jewgeni Prigoschin

Jewgeni Prigoschin, der Besitzer der privaten Militärfirma Wagner, gab zum ersten Mal zu, auch Besitzer der *Internet Research Agency* (bekannt als "die Trollfarm") in St. Petersburg zu sein. Diese Agentur wird von Westmächten beschuldigt, Fehlinformationen in sozialen Netzwerken zu verbreiten. Er kritisierte auch scharf die "Bürokratie", die seiner Meinung nach die Einnahme von Bachmut verhindert habe, und stellte direkt die Untätigkeit des Generalstabschefs der Streitkräfte, Waleri Gerassimow, und des Verteidigungsministers Sergej Schoigu in Frage, um sogar von "Verrat" zu sprechen.

Die Enthüllungen von Wladislaw Surkow

Wladislaw Surkow, die ehemalige graue Kreml-Eminenz, sagte, er habe nicht die Absicht, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, als er für sie verantwortlich war. Für Russlands Gegner macht dies die identischen Worte der ehemaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela

Merkel und des ehemaligen französischen Präsidenten François Hollande zunichte. Im Gegenteil, für diejenigen, die seine Worte genau gelesen haben, beweist es, dass der Kreml nicht lange gebraucht hat, um die westliche Doppelzüngigkeit zu erkennen.

Die E-Mails von Wladislaw Surkow, die vom ukrainischen Geheimdienst enthüllt wurden, bezeugen, dass der Sonderberater von Präsident Putin bereits 2015 die aktuelle Reaktion Russlands auf die NATO vorbereitete. Wie auch immer man die E-Mails von Wladislaw Surkow interpretiert, der Auslöser für den Konflikt war der Sturz des demokratisch gewählten Präsidenten Viktor Janukowitsch durch den Westen ; ein Putsch, den Victoria Nuland im Namen der Vereinigten Staaten öffentlich beanspruchte.

Russland überdenkt seine Teilnahme am neuen START-Abrüstungsvertrag

Präsident Wladimir Putin hat gesagt, dass Russland seine Teilnahme am nuklearen Abrüstungsabkommen New START aussetze, sich aber nicht davon zurückziehe. Das heißt, Russland setzt seine Teilnahme an den Verhandlungen über die Modernisierung des Vertrags aus. Washington wollte Peking hinzufügen, aber China weigerte sich. Moskau will, dass Paris, London und die Nato sich daran beteiligen.

Der neue START-Vertrag ist der einzige nukleare Rüstungskontrollmechanismus, der noch in Kraft ist.

AFRIKA

Mögliche Lösung in Libyen

Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Aguila Salah Issa, schlug vor, die beiden rivalisierenden Regierungen von Tripolitanien und Kyrenaika aufzulösen und eine Dritte, der nationalen Einheit zu bilden. Sie würde sich aus 15

repräsentativen Persönlichkeiten jeder Gruppe und 15 unabhängigen Persönlichkeiten zusammensetzen.

Dieser Vorschlag für eine Regierung der nationalen Einheit ist eine Voraussetzung für die Organisation nationaler Wahlen, aber der Vorschlag für ihre Zusammensetzung in drei Gruppen ist nicht einstimmig.

Tunesische Justiz bereit, Rached Ghannouchi anzuklagen

Die tunesische Anti-Terror-Staatsanwaltschaft hat Berichten zufolge eine Videoaufzeichnung eines Treffens von Ansar al-Scharia-Führern mit Rached Ghannouchi, dem Führer von Ennahda, erhalten. Aus gesundheitlichen Gründen konnte Herr Ghannouchi nicht an der Vorladung des Richters teilnehmen, bei der eine Einheit der Nationalgarde bereit war, ihn zu verhaften. Eine zweite Vorladung wurde erlassen.

Ansar al-Scharia ist der tunesische Zweig von al-Kaida. Als Muslimbruder übt Rached Ghannouchi Autorität über alle tunesischen Dschihadisten aus.

Friedensmediation in der Ukraine der Brazzaville Foundation

Die Brazzaville-Stiftung, die dem senegalesischen Präsidenten Macky Sall nahesteht, organisierte zwei Missionen, eine nach Moskau, die andere nach Kiew. Am Rande des Gipfeltreffens der Afrikanischen Union bereitete sie eine Vermittlungsmision von sechs afrikanischen Staatsoberhäuptern vor (dem Senegalesen Macky Sall, dem Kongolesen Denis Sassou Nguesso, Ugander Yoweri Museveni, dem Ägypter Abdel Fatah al-Sisi, dem Südafrikaner Cyril Ramaphosa und dem Komoren Azali Assoumani).

Die Stiftung Brazzaville wird vom Franzosen Jean-Yves Ollivier geleitet. Dieser Geschäftsmann, der dem ehemaligen Präsidenten Jacques Chirac nahe stand, spielte

viele Jahre lang eine diskrete diplomatische Rolle für Frankreich. Er hat keine politischen Verbindungen mehr zu Frankreich.

Mali reagiert auf Charles Michels Vorwürfe

Die malische Übergangsregierung bestellte den Botschafter der Europäischen Union nach den Bemerkungen auf *France5* von Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates, ein. Er hatte gesagt: "Die Übergangsbehörden in Mali, die aus Staatsstreichen hervorgegangen sind, haben beschlossen, mit den traditionellen Partnern und insbesondere mit den europäischen Partnern weitgehend zu brechen, und die Folge ist ein Staat, der gerade zusammenbricht, mit Terroristen, die immer mehr Raum in der Region besetzen."

Burkina Faso gegen den Terrorismus

Der Krieg geht immer weiter in Burkina Faso, wo die Dschihadisten am 17. Februar 51 Soldaten und am 20. Februar 19 weitere ermordet haben.

Der Übergangspräsident Ibrahim Traoré, der bereits 90 000 Freiwillige für die Verteidigung des Vaterlandes (VDP) rekrutiert hat, hat gerade beschlossen, 4000 Wasser- und Forstbeamte einzustellen, um am Kampf gegen den Terrorismus teilzunehmen. Es wird mindestens anderthalb Jahre dauern, um sie auszubilden.

Afrikanische Union weist israelischen Botschafter aus

Die südafrikanische Delegation wies Botschafterin Sharon Bar-Li, stellvertretende Direktorin der Afrika-Abteilung des israelischen Außenministeriums, während der Eröffnungszeremonie der Sitzung aus dem Hauptquartier der Organisation der Afrikanischen Union aus.

Israel hat Südafrika des Antisemitismus beschuldigt. Die Akkreditierung des israelischen Beobachters war jedoch dem Botschafter in

Addis Abeba und nicht Sharon Bar-Li erteilt worden. Vor allem der Beobachterstatus Israels wäre von der Generalversammlung der Afrikanischen Union noch nicht bestätigt worden.

ASIEN

Ehemalige Verbündete von Benjamin Netanjahu protestieren gegen seine neue Politik

- Der ehemalige Likud-Justizminister und stellvertretende Premierminister unter Netanyahu, Dan Meridor, sprach am 20. Februar beim Hauptprotest vor der Knesset. Er sagte : "Wer hätte gedacht, dass wir die Demokratie in Israel verteidigen müssen, aber sie wird angegriffen !"
- Der ehemalige Direktor des Mossad, der von Benjamin Netanjahu ausgewählt wurde, Tamir Pardo, ist jetzt einer der Koordinatoren der Proteste. In einem Interview auf dem öffentlichen Radio *Kan* warf er dem Premierminister vor, die Justiz nur zu reformieren, damit er persönlich fliehen könne. Zudem warf er Teilen der Regierungskoalition vor, "einen rassistischen und schrecklichen Staat aufbauen zu wollen, der nicht überleben kann".
- Der ehemalige Shin Bet-Direktor Yoram Cohen, der ebenfalls von Benjamin Netanyahu ausgewählt wurde, sagte in einer rechten Demonstration : "Die vorgeschlagene Reform wird die Regierungsstruktur in Israel verändern, da die Exekutive - angeführt vom Premierminister - unbegrenzte Macht haben wird. Die für eine demokratische Gesellschaft notwendigen Kontrollmechanismen werden verschwinden. Jeder Bürger muss von einer solchen Situation betroffen sein, unabhängig von seiner politischen Zugehörigkeit. Die Reform in ihrem gegenwärtigen Zustand, mit Brutalität erzwungen und ohne Dialog mit allen

Teilen der Nation ausgearbeitet, könnten zu einer Katastrophe führen. »

Pfizer-Dokumente über Verpflichtungen der israelischen Regierung

Während des Pfizer-Falls zitierte ein Anwalt des Pharmaunternehmens übrigens die Existenz einer vom israelischen Gesundheitsministerium unterzeichneten Vertragsänderung, die eine strikte Vertraulichkeit vorschreibt. Eine zivile Partei verlangte daraufhin, dass ihm dieses Dokument ausgehändigt wird. Was schließlich getan wurde.

Dieses Dokument, das noch untersucht wird, scheint zu beweisen, dass das Labor die israelische Bevölkerung als Versuchskaninchen benutzte.

Israel greift Nablus an

Israelische Truppen drangen tagsüber in Nablus (Westjordanland) ein, um 3 Verhaftungen nach der Tötung eines israelischen Soldaten vorzunehmen. Sie verursachten 102 Schwerverletzte, darunter 6 mit lebensbedrohlicher Prognose, und 10 Tote. Israel hat aus einem gepanzerten Fahrzeug gemachtes Filmmaterial veröffentlicht, das eine Menschenmenge zeigt, die seine Truppen steinigt. Die Palästinenser veröffentlichten ihrerseits Aufnahmen einer Überwachungskamera mit Zeitstempel, die zeigt, wie Israelis zwei junge Menschen töten. Seit dem Amtsantritt der Koalitionsregierung von Benjamin Netanjahu und der Ankündigung neuer illegaler israelischer Siedlungen in den palästinensischen Gebieten haben sich die Zusammenstöße vervielfacht.

Benjamin Netanyahu bereit, den Iran zu bombardieren

Premierminister Benjamin Netanyahu antwortete auf eine Frage zum Iran : "Das Einzige, was Schurkenstaaten zuverlässig daran gehindert hat, Atomwaffen zu entwickeln, ist

eine glaubwürdige militärische Drohung oder Aktion. Dies kann mit Wirtschaftssanktionen kombiniert werden, ist aber keine ausreichende Bedingung. Eine notwendige und oft hinreichende Bedingung ist eine glaubwürdige militärische Aktion." Je länger Sie warten, desto schwieriger wird eine solche Aktion. Wir haben mehr als genug gewartet."

Washington ist bereit, Netanyahu zu verurteilen, um eine "Zwei-Staaten-Lösung" zu retten

Die Vereinigten Staaten hatten dem Sicherheitsrat einen Resolutionsentwurf zu Palästina vorgelegt. Sie verurteilten die israelischen Siedlungen und forderten ihren sofortigen Stopp. Dieses Projekt wurde jedoch von denselben Vereinigten Staaten zurückgezogen, die mit Israel und Palästina über eine diplomatische Lösung verhandeln. Das US-Außenministerium tut alles, um Tel Aviv zu zwingen, die "2-Staaten-Lösung" nicht aufzugeben.

Libanesischer Parlamentarier in Damaskus

Eine Delegation des libanesischen Parlaments reiste nach Damaskus, um den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad zu treffen. Sie sagte, ihre Versammlung wolle dauerhafte Beziehungen mit dem syrischen Volk aufnehmen.

Kontroverse zwischen Nasrallah und Netanyahu

Hisbollah-Generalsekretär Sayyed Hassan Nasrallah sagte in einer Radioansprache : "Zum ersten Mal in der Geschichte des zionistischen Gebildes [Israel] seit seiner unglücklichen Gründung hören wir den Stabschef der IDF, ehemalige Premierminister, Yair Lapid, Naftali Bennet, Ehud Olmert, Ehud Barack, ehemalige Verteidigungsminister und ehemalige Generäle, über das Herannahen eines Bürgerkriegs

Analysen des Voltaire-Netzwerks

• "[Die Niederlage der Ukraine bedeutet nicht das Ende des Krieges](#)", von Thierry Meyssan
Man denkt zu Unrecht, dass die Niederlage von Präsident Selenskyj in den Gebieten Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja das Ende der Kämpfe bedeuten könnte. Angesichts des Widerstands, dem Moskau bei der Umsetzung der Resolution 2202 des Sicherheitsrates begegnet ist, sagte Präsident Putin, er müsse die Region Odessa noch befreien und Transnistrien anschließen. Genau das ist es, was das Pentagon seit 2019 anstrebt. Es bereitet sich bereits auf eine zweite Schlacht in Moldawien vor. Nicht, weil es die Ukrainer verteidigen will, und dann die Moldauer, sondern weil er seine eigenen Verbündeten schwächen und dann ausrauben will.

• Video (nur auf Französisch) : "[Rede von Präsident Wladimir Putin](#)". Show von Claude Janvier und Eric Montana für ADP-TV, mit Jean-Michel Vernechet und Thierry Meyssan

sprechen. Sie sprechen von der Möglichkeit, dass Blut vergossen wird und dass es keine Lösung für die neuen Herausforderungen der Regierung von Benjamin Netanjahu gibt." Der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu antwortete ihm : "Ich sage Nasrallah : Rechnen Sie nicht mit einem Bruderkrieg. Das wird nicht passieren, weil wir wirklich Brüder sind."

Israelische Bombardierung von Damaskus

Israelische Kampfflugzeuge zerstörten mehrere Gebäude des Sicherheitsdienstes in Damaskus. Wie üblich übernahmen die israelischen Behörden nicht direkt die Verantwortung für die Aggression, sondern rechtfertigten sie. Ihnen zufolge zielte sie auf iranische Interessen ab, was höchst unwahrscheinlich ist.

Seit etwa dreißig Jahren hat Israel sich das

Recht gegeben, Syrien anzugreifen, wann immer es will. Tel Aviv versichert stets, dass diese Bombenanschläge gegen die libanesische Hisbollah oder den Iran gerichtet seien ; nicht überprüfbare Erklärungen, mit denen sich die internationale Gemeinschaft zufrieden gibt. Das Hauptziel war ein Gebäude im Wohngebiet von Kafar Sousse (Damaskus). Es ist dasselbe Gebäude, in dem der militärische Führer der Hisbollah, Imad Moughniyah, lebte, als er am 12. Februar 2008 von Israel ermordet wurde. Aller Wahrscheinlichkeit nach zielte die israelische Aktion darauf ab, Führer des Widerstands zu ermorden, die dort in den vorangegangenen Minuten ein Treffen abhielten. Die israelische Luftwaffe tötete keinen von ihnen, sondern ausschließlich Zivilisten.

Baschar al-Assad im Oman

Der syrische Präsident Baschar al-Assad besuchte Oman, wo er von Omans Sultan Haitham Bin Tarik empfangen wurde. Oman hat abgesehen von Verständigungserklärungen, eine lange Tradition als diplomatischer Vermittler und Gastgeber vieler geheimer Verhandlungen.

Frage zum Erdbeben in der Türkei und Syrien

Nach Angaben des Damaskus-Instituts für Seismologie stimmt der blaue Blitz, der kurz vor dem Erdbeben in der Türkei und Nordsyrien beobachtet wurde, nicht mit früheren Beobachtungen überein.

Diese Beobachtung stärkt die Hypothese, dass dieses Erdbeben nicht natürlich war, sondern verursacht wurde.

Erinnern wir uns daran, dass nach den sowjetischen Experimenten, die darauf abzielten, kleine Erdbeben zu erzeugen, um große Erdbeben vorwegzunehmen, und den US-Experimenten, die darauf abzielten, Stürme zu verursachen, ein Abrüstungsvertrag, das *Übereinkommen über das Verbot des militärischen oder*

sonstigen feindlichen Einsatzes von Umweltveränderungstechniken, wurde 1976 zwischen den beiden Ländern unterzeichnet. Es wurde seitdem von 48 anderen unterzeichnet und ratifiziert. Als die Sowjetunion aufgelöst wurde, wurden die russischen Wissenschaftler des Pamir-Projekts vom US-amerikanischen HAARP-Projekt (High frequency active auroral research program) übernommen.

Erklärung der Türkischen Raumfahrtbehörde zum Erdbeben

Auf einer früheren Konferenz beschrieb der Leiter der türkischen Raumfahrtbehörde, Serdar Hüseyin Yıldırım, eine Waffe, die die Vereinigten Staaten entwickelten :

"Es gibt militärische Satelliten, die 10-Meter-Titanlegierungsstäbe aus dem Weltraum auf jedes Ziel der Welt senden können. Sie dringen 5 Kilometer tief in den Boden ein und erzeugen ein Erdbeben der Stärke 7-8."

Dieser Auszug aus seiner Rede tauchte im Zusammenhang mit dem Erdbeben wieder auf. Serdar Hüseyin Yıldırım hat darauf gesagt : "Dieses kurze Video ist ein Auszug aus einem Vortrag, den ich vor langer Zeit an einem Strategieinstitut [dem Stratejik Düşünce Enstitüsü] gehalten habe. Ich habe das Waffensystem erklärt, das eine kleine Stadt auslöschen kann, wenn es vom Erdorbit aus eingesetzt und verwendet wird. Seine Funktion ist nicht, geologische Spalten auszulösen oder tektonische Erdbeben zu erzeugen. Daher hat es nichts mit der Maraş-Katastrophe zu tun, bei der es sich um ein tektonisches Erdbeben handelt, das sich an einer bekannten geologischen Spalte ereignete. Ich möchte nicht, dass das missverstanden wird. Die Wirkung dieser Waffe ist vergleichbar mit einem Meteoriteneinschlag."

Es versteht sich von selbst, dass die Türkiye den Krieg hätte erklären müssen, wenn er etwas anderes gesagt hätte.

Saudi-Arabien spricht von einer bevorstehenden Normalisierung mit Syrien

Nach dem Treffen zwischen dem saudischen Außenminister Prinz Faisal Bin Farhan und dem UN-Sondergesandten für Syrien, dem Norweger Geir Pedersen, scheint der Weg zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Al-Riad und Damaskus frei.

Der Prinz sagte auf dem Münchner Sicherheitsgipfel, es habe keinen Sinn, Syrien weiter zu isolieren, und alle Araber hätten die Pflicht, den Opfern des Erdbebens zu helfen.

Auf dem Weg der Abschaffung von Irakisch-Kurdistan ?

Die Tageszeitung *As-Sabah* veröffentlichte eine Umfrage des Akademischen Zentrums für das Referendum und die Analyse, die bestätigt, dass die Mehrheit der Iraker die Auflösung von Irakisch-Kurdistan und die Rückkehr zur zentralisierten Macht Bagdads als einzige Lösung für die anhaltende Krise zwischen den beiden kurdischen Clans, den Barzani (pro-israelisch) und den Talabani (pro-chinesisch) betrachtet.

Diese Veröffentlichung war insofern eine Bombe, als sie den Misserfolg der Verfassung und den Plan von Senator Joe Biden von 2007, das Land in drei separate Einheiten aufzuteilen, feststellte.

Das Treffen zwischen dem Präsidenten der Regionalregierung von Irakisch-Kurdistan, Nechirvan Barzani, und dem irakischen Ministerpräsidenten, Mohammad Shia' al-Sudani, auf dem Münchner Sicherheitsgipfel hat nichts gegeben.

Die Regierung von Irakisch-Kurdistan (Barzani-Clan) reagierte, indem sie die Durchführung der Wahl kritisierte und daran erinnerte, dass die Bewohner ihrer Provinz am 25. September 2017 per Referendum für die Unabhängigkeit gestimmt haben. Dies geschah nicht angesichts der Drohungen aus Bagdad, Ankara und

Teheran.

Das föderale Bundesgericht hat im Februar 2022 ein Urteil gefällt, in dem festgestellt wird, dass das Gesetz über natürliche Ressourcen des Territoriums Kurdistan-Irak von 2007 verfassungswidrig ist und dass seine Ölexporte und -verträge illegal sind. Darüber hinaus stellte es im Januar 2023 fest, dass keine der Übertragungen aus dem zentralen Haushalt in den Regionalhaushalt rechtmäßig sei. Irakisch-Kurdistan kann daher nicht mehr über Ressourcen verfügen.

Kambodscha erhält den durch Douglas Latchford gestohlenen Schmuck wieder

77 kambodschanische Juwelen aus der Sammlung des berühmten Sammlers und Antiquitätenhändlers Douglas Latchford sind in ihr Herkunftsland zurückgekehrt. Die Sammlung umfasste Objekte "wie Gold- und andere Edelmetallstücke aus der Zeit vor Angkor und zur Zeit von Angkor, darunter Kronen, Halsketten, Armbänder, Gürtel, Ohrringe und Amulette".

Douglas Latchford, der im August 2020 starb, wird beschuldigt, kambodschanische Antiquitäten geplündert zu haben. Die Übertragung wurde vom Abgeordneten Hun Many, Sohn von Premierminister Hun Sen, vermittelt.

Gefahr einer Hungersnot in Nordkorea

Die Arbeiterpartei Koreas (WPK) wird voraussichtlich in zwei Monaten eine zweite Plenarsitzung abhalten, um zu entscheiden, wie die drohende Nahrungsmittelkrise gelöst werden kann.

Nordkorea erlebte während des "Mühsamen Marsches" der 1990er Jahre eine schreckliche Hungersnot. Die Westländer, die damals den Weltgetreidemarkt verwalteten, hatten diese Katastrophe willentlich verschlimmert. Im Norden des Landes herrscht derzeit Nahrungsmittelknappheit.

Wiederaufnahme direkter chinesisch-japanischer Gespräche

China und Japan haben ihre im Jahr 2019 unterbrochenen Verteidigungsgespräche über die Senkaku/Diaoyu-Inseln wieder aufgenommen. Diese unbewohnten Inseln werden von Japan, China und Taiwan beansprucht.

Die Frage der drei "Spionageballons", möglicherweise chinesischen, die über Japan geflogen wären, wurde ebenfalls diskutiert.

China beherrscht aerobe Motoren

Laut einem Bericht der Changsha National University of Defense Technology (Hunan) ist es chinesischen Militärforschern gelungen, einen Prototyp eines aeroben Motors mit festem Brennstoff zu betreiben. Er hätte "einen Wirkungsgrad von 79% bei sechsfacher Schallgeschwindigkeit". Es soll die Reichweite von Hyperschallraketen erweitern und ihre Letalität verdoppeln.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltaire.net.org

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltaire.net.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Dokumentations ergänzung

4- Bücher

AFGHANISTAN

La guerra nascosta. L'Afghanistan nel racconto dei militari italiani, Massimo De Angelis & Giampaolo Cadalanu, Laterza (18,05 €)

BRAZIL

Foundations, US Foreign Policy and Anti-Racism in Brazil. Pushing Racial Democracy, Elizabeth Cancelli, Gustavo Mesquita & Wanderson Chaves (120 £)

CHINA

China's New Imperialism. Nature, Causes, and Rationalization, Yu-Ping Chang, Routledge (36 99 £)

China : El retorno del Imperio del Centro, Jiang Shigong (12,99 €)

CONGO

Cobalt Red : How the Blood of the Congo Powers Our Lives, Siddharth Kara, St Martin Press (\$26,99)

EUROPEAN UNION

European Lobbying An Occupational Field between Professionalism and Activism, Christian Lahusen, Routledge (120 £)

L'Europa in guerra, Fabio Mini, PaperFIRST (15,20€)

Europa sovrana. La rivincita dei nazionalismi, Angela Mauro, Feltrinelli (16,15 €)

FRANCE

Le clan des seigneurs : Immersion dans la caste d'État, Paul Antoine Martin, Max Milo (12,99 €)

GERMANY

Der Osten : eine westdeutsche Erfindung : Wie die Konstruktion des Ostens unsere Gesellschaft spaltet, Dirk Oschmann, Ullstein (19, 99 €)

Führung und Verantwortung : Angela Merkels Außenpolitik und Deutschlands künftige Rolle in der Welt, Christoph Heusgen, Siedler Verlag (24 €)

GREECE

Public Discourses and Attitudes in Greece during the Crisis. Framing the Role of the European Union, Germany and National Governments, Edited by Dimitris Katsikas, Routledge (36,99 £)

INDIA

Politics, Ethics and Emotions in 'New India', Ajay Gudavarthy, Routledge (120 £)

India's Southeast Asia Policy during the Cold War. Identity, Inclination and Pragmatism 1947-1989, Tridib Chakraborti & Mohor Chakraborty, Routledge (34,99 £)

Historicizing Myths in Contemporary India. Cinematic Representations and Nationalist Agendas in Hindi Cinema, Edited by Swapna Gopinath & Rutuja Deshmukh, Routledge (34,99 £)

IRAQ

Confronting Saddam Hussein : George W. Bush and the Invasion of Iraq, Melvyn P. Leffler, Oxford University Press (\$27,95)

ITALY

Anticostituzione. Come abbiamo riscritto (in peggio) i principi della nostra società, Gherardo Colombo, Garzanti (15,20 €)

Guerra alla guerra. Guida alle idee e alle pratiche del pacifismo italiano, Matteo Pucciarelli, Laterza (17,10 €)

Fratelli di Giorgia. Il partito della destra nazionale-conservatrice, Salvatore Vassallo & inaldo Vignati, Il Mulino (17,10 €)

L'inquilino : Da Monti a Meloni : indagine sulla crisi del sistema politico, Lucia Annunziata, Feltrinelli (25,75 €)

JAPAN

Japan's Threat Perception during the Cold War. A Psychological Account, Eitan Oren, Routledge (120 £)

MYANMAR

Reflections on Myanmar. Identity, Heritage, Aspirations, Reshmi Banerjee, Routledge (34,99 £)

POLAND

The Politicization of Social Divisions in Post-War Poland, Piotr Borowiec, Palgrave Macmillan (93 €)

RUSSIA

Revanche. Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat, Michael Thumann, C.H.Beck (25 €)

Jenseits von Putin : Russlands toxische Gesellschaft, Gesine Dornblüth, Verlag Herder (20 €)

SOUTH KOREA

Two-Track Democracy in South Korea. The Interplay Between Institutional Politics and Contentious Politics, Seongyi Yun, Routledge (\$120)

SPAIN

La realidad geopolítica de España. Hacia el estatus de actor estratégico, Josep Baqués Quesada & José Enrique Fojón Lagoa, Uned (10 €)

Soldados : La condición militar en España, Juan Carlos Domingo Guerra, Almuzara (21,85 €)

Vox, el retorno de los ultras que nunca se fueron, Xavier Rius Sant, Ediciones Akal (17,10 €)

De votantes a hooligans : La polarización política en España, Mariano Torca, Los libros de la catarata (17,57 €)

Las cloacas del 11M : 49, Ignacio López Brú, Última Línea (23,95 €)

TÜRKIYE

Military Innovation in Türkiye. An Overview of the Post-Cold War Era, Edited By Barış Ateş, Routledge (120 £)

UKRAINE

Digital Blood on Their Hands. The Ukraine Cyberwar Attacks, Andrew Jenkinson, Routledge (26, 99 £)

Come l'Occidente ha provocato la guerra in Ucraina, Benjamin Abelow, Fazi (9,50 €)

Scemi di guerra. La tragedia dell'Ucraina, la farsa dell'Italia. Un paese pacifista preso in ostaggio dai nopax, Marco Travaglio, PaperFIRST (16,15 €)

La guerra dell'Est : l'attacco di Putin all'Ucraina europea, Stefano Poma, Gianluca Aime, Mirko Campochiari, Alex Onica, Arianne Gherzi, Gianluca Notari, Danilo Morisco, Marco Cencio & Marco Mensi, L'Universale editore (7,99 €)

La guerra de Ucraina II : De la conquista de Lugansk a la contraofensiva ucraniana, Guillem Colom Piella & Beatriz Cózar Murillo, Los libros de la catarata (16,15 €)

UNITED STATES

New Directions in the American Presidency, Edited By Lori Cox Han, Routledge (34,99 £)

Justice After Stonewall. LGBT Life Between Challenge and Change, Edited by Paul Behrens & Sean Becker, Routledge (120 £)

US Environmental Policy in Action, Sara R. Rinfret & Michelle C. Pautz, Palgrave Macmillan (105 €)

Trust the Plan : The Rise of QAnon and the Conspiracy That Unhinged America, Will Sommer, Harper (\$28,99)

Soldier Secretary : Warnings from the Battlefield & the Pentagon about America's Most Dangerous Enemies, Christopher C. Miller, Center Street (\$21,99)

People vs. Donald Trump : An Inside Account, Mark Pomerantz, Simon & Schuster (\$26,99)

Overrun : How Joe Biden Unleashed the Greatest Border Crisis in U.S. History, Todd Bensman, Bombardier Books (\$18,90)

Woke Army : The Red-Green Alliance That Is Destroying America's Freedom, Asra Q. Nomani, Bombardier Boks (\$16)

Grand Delusion : The Rise and Fall of American Ambition in the Middle East, Steven Simon. Penguin Press, \$32

The Shadow Docket : How the Supreme Court Uses Stealth Rulings to Amass Power and Undermine the Republic, Stephen Vladeck. Basic (\$30)

UNESCO

UNESCO, Cultural Heritage and Conflict in Yemen, Syria and Iraq, Joanne Dingwall McCafferty, Springer (147 €)

COMMUNICATION

Zwischen Gut und Böse : Wie ich mich endlich der Kreml-Propaganda entgegenstellte, Marina Owsjannikowa, Langen-Müller (20 €)

Message Control : Was Sie schon immer über Politik und Medien wissen wollten, Gerald Fleischmann, Edition A (26 €)

Die Wokeness-Illusion : Wenn Political Correctness die Freiheit gefährdet, Alexander Marguier, Verlag Herder (16 €)

Leadership. Teorie, tecniche, buone pratiche e falsi miti, Gianluca Giansante, Carocci (14,25 €)

Infocrazia : Le nostre vite manipolate dalla rete, Byungchul Han, Einaudi (11,87 €)

ECOLOGY

Non dobbiamo salvare il mondo : Dall'auto elettrica al bio, tutti i falsi miti della religione green, Francesco Vecchi, Piemme (17,57 €)

ECONOMY

The Brandt Commission and the Multinationals. Planetary Perspectives, Bo Stråth, Routledge (120 £)

It's OK to Be Angry About Capitalism, Senator Bernie Sanders, Crown (\$30)

Le regole del caos : Riflessioni sul disordine economico mondiale, Giorgio Arfaras, Paesi edizioni (13,30 €)

The Chile Project : The Story of the Chicago Boys and the Downfall of Neoliberalism, Sebastian Edwards, Princetown University press (\$32)

ENERGY

Brexit and Energy Law. Implications and Opportunities, Edited by Ana Stanič & Silke Goldberg, Routledge (125 £)

Die große Energiekrise : ... und wie wir sie bewältigen können, Fritz Vahrenholt, Langen-Müller (22 €)

HEALTH

Covid 19, ce que révèlent les chiffres officiels : Mortalité, tests, vaccins, hôpitaux, la vérité émerge, Pierre Chaillot, L'artilleur (22 €)

INTERNATIONAL RELATIONS

Diaspora Organizations in International Affairs, Edited by Dennis Dijkzeul & Margit Fauser, Routledge (36,99 £)

Regional Approaches to the Responsibility to Protect. Lessons from Europe and West Africa, Jochem Rietveld, Routledge (120 £)

Advocacy Networks and the Responsibility to Protect. The Politics of Norm Circulation, Sarka Kolmasova, Routledge (120 £)

Deep State. L'ombra del quarto Reich, Germana Leoni, Manlio Dinucci (Prefazione), Nexus Edizioni (23,75 €)

La diplomazia del terrore. 1967-1989, Valentine Lomellini, Laterza (20,90 €)

MILITARY AFFAIRS

The Military Balance 2023, The International Institute for Strategic Studies (IISS) 625 £

Conduire la guerre, Benoist Bihan & Jean Lopez, Perrin (14,99 €)

La guerra in casa : Come e perché la corsa al riarmo riguarda tutti noi, Roberto Arditti, Rai Libri (17,58 €)

POLITICAL IDEAS

Can War Be Justified ? A Debate, Andrew Fiala & Jennifer Kling, Routledge (26,99 £)

Evidence Contestation. Dealing with Dissent in Knowledge Societies, Karin Zachmann, Mariacarla Gadebusch Bondio, Saana Jukola & Olga Sparschuh, Routledge (120 £)

Conservatism and Grace. The Conservative Case for Religion by Establishment, Sebastian Morello, Routledge (120 £)

The Nature and Practice of Trust, Marc A. Cohen, Routledge (120 £)

The Crisis of Democratic Capitalism, Martin Wolf, Penguin (\$25,15)

Die Psychologie des Totalitarismus, Mattias Desmet, Europa Verlage (24 €)

Il fantasma della nazione. Per una critica del sovranismo, Alessandro Campi, Marsilio (14,25 €)

POLITICS

Populist Parties and Democratic Resilience. A Cross-National Analysis of Populist Parties' Impact on Democratic Pluralism in Europe, Edited by Ben Crum & Alvaro Oleart, Routledge (34,99 £)

Political Parties Abroad. A New Arena for Party Politics, Edited by Tudi Kernalegenn & Emilie van Haute, Routledge (36,99 £)

Sinistra ! Un manifesto, Aldo Schiavone, Einaudi (11,40 €)

Libertax : El origen de una sociedad libertaria, Sharan Lalwani Shahdadpuri & Alejandro Gutiérrez Gil, (10,36 €)

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°30 - 3. März 2023

400 israelische Siedler zerstören ein palästinensisches Dorf

Mehr als 400 israelische Siedler aus Har Bracha starteten eine Strafexpedition auf das palästinensische Dorf Huwara im Westjordanland, nachdem zwei von ihnen getötet worden waren. Sie steckten Hunderte Autos und 36 Häuser in Brand. Sie vergriffen sich an den Einwohnern, machten 400 Verletzte und töteten einen Mann vor den Augen der israelischen Armee, die das Dorf umstellte, ohne in ihre Misshandlungen einzugreifen.

Die Randalierer skandierten "Rache !" und "Land Israel !" (*Eretz Israel*). Sie sangen : "Ich habe vollkommenen Glauben an das Kommen des Messias." Sie versuchten, die israelischen Journalisten zu verscheuchen, indem sie auf sie schossen, damit niemand ihre Ausschreitungen bezeugen konnte.

Finanzminister Bezalel Smotrich und der nationale Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir unterstützen die jüdische Vorherrschaft und die Annexion palästinensischer Gebiete. Herr Smotrich hatte den Arabern gesagt : "Es war falsch, dass Ben-Gurion das Werk [die Nakbah] nicht beendet und euch 1948 nicht vertrieben hat. Nach der Straf-Operation hat er erklärt : „Das Dorf Hawara muss zerstört werden. Ich denke, dass der Staat Israel es tun muss und nicht – Gott behüte uns – Zivilisten." Ben-Gvir hatte seinerseits im vergangenen Dezember einen Soldaten unterstützt, der wegen Bedrohung jüdischer Friedensaktivisten bestraft worden war.

Sechs Randalierer wurden von der Armee festgenommen. Fünf wurden freigelassen und einer zu vier Tagen Hausarrest verurteilt.

Das Arabische Höhere Überwachungs- Committee der israelisch-arabischen Gemeinde organisierte in Sakhnin einen Protestmarsch gegen den jüdischen Terrorismus.

AMERIKA

USA rufen ihre Staatsangehörigen aus Russland zurück

Die US-Botschaft in Moskau schickte eine E-Mail an alle in Russland ansässigen Staatsangehörigen. Sie schrieb ihnen : "US-Bürger, die in Russland leben oder in Russland reisen, müssen sofort fortgehen. Sie müssen wegen der Gefahr einer ungerechtfertigten Inhaftierung besonders vorsichtig sein."

US-Armeen finden nicht genug Rekruten

Den US-Streitkräfte gelingt es nicht mehr Personal einzustellen. Von den 60 000 offenen Stellen wurden 2022 nur 15 000 besetzt. Dies ist das schlechteste Ergebnis seit der Abschaffung der Wehrpflicht im Jahr 1973. Nur das Marine Corps erreichte sein Ziel.

Laut Armeestabschef General James McConville sind nur 23 Prozent der Amerikaner zwischen 17 und 24 Jahren rekrutierbar, während 57 Prozent psychische Probleme wegen ihrer möglichen Einberufung befürchten. 20% der Kandidaten sind fettleibig. Nur 21 Prozent des derzeitigen Militärpersonals sind Kinder von Zivilisten.

Ajay Banga nächster Direktor der Weltbank

US-Präsident Joe Biden hat Ajay Banga zum nächsten Direktor der Weltbank ernannt. Herr Banga ist ein US-Bürger und gehört der Sikh-Religion an, der Direktor von Mastercard war und derzeit stellvertretender Vorsitzender des General Atlantic Investment Fund ist.

Republikanische Vorwahlen

Die *Conservative Political Action Coalition* (CPAC) veranstaltet eine Debatte mit dem Titel "Protect America Now" mit Kandidaten für die republikanische Nominierung im *Gaylord National Resort & Convention Center* in einem Vorort von Maryland. Der ehemalige Präsident

Donald Trump wird erwartet. Die ehemalige Botschafterin Nikki Haley wird sich ihm stellen, ebenso wie der Anti-Woke-Biotech-Tycoon Vivek Ramaswamy. Weder der ehemalige Vizepräsident Mike Pence noch Floridas Gouverneur Ron DeSantis werden teilnehmen. Letzterer wird an einer konkurrierenden Veranstaltung im *Club for Growth* in Palm Beach, Florida, teilnehmen, einer Gruppe, die Bundessteuern feindlich gegenübersteht.

US-Finanzministerium blockiert Dokumente, die Hunter und James Biden belasten

James Comer, Vorsitzender des *House Oversight and Accountability Committee*, lud Isabella More, *Deputy Assistant Secretary of the Treasury for Oversight*, vor, um die Verzögerungen bei der Bereitstellung von Dokumenten, die von Parlamentariern angefordert wurden, zu erklären.

150 Berichte über verdächtige Aktivitäten im Zusammenhang mit Hunter Biden wurden vom Finanzministerium seit einem Monat blockiert. Laut James Comer entdeckten die Gesetzgeber "ein Muster von Einflussnahme, nationalen Sicherheitsrisiken und politischer Vertuschung", das von der Biden-Familie und der Beteiligung des derzeitigen Präsidenten der Vereinigten Staaten begangen wurde.

Das Repräsentantenhaus verlangt von hochrangigen nationalen Sicherheitsbeamten Beweise für Aufrichtigkeit

Die Vorsitzenden des *House Law and Intelligence Committees*, Jim Jordan und Michael R. Turner, haben an 29 ehemalige hochrangige nationale Sicherheitsbeamte geschrieben. Sie fordern sie auf, unverzüglich die Beweise vorzulegen, auf die sie sich stützten, um mitten im Präsidentschaftswahlkampf zu erklären, dass der Artikel der *New York Post* über Hunter Bidens Computer "russische Desinformation" sei.

Die USA exportieren ihr Know-how nach China

Das US-Handelsministerium hat in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 Verkäufe sensibler Technologie in Höhe von 23 Milliarden US-Dollar an China genehmigt, trotz einer von der Biden-Regierung angekündigten Politik, die verhindern sollte, dass US-Know-how zur Stärkung des chinesischen Militärs verwendet wird.

US-Experte zeigt Kongress, dass die Volksrepublik China den Kapitalismus zerstören will

Donald Trumps ehemaliger stellvertretender nationaler Sicherheitsberater, Matthew Pottinger, präsentierte während seiner Anhörung vor dem Sonderausschuss des Repräsentantenhauses, einen dreiminütigen Film über die Kommunistische Partei Chinas. Er stützte sich auf US-Geheimdienstquellen und zeigte, dass die KPCh seiner Meinung nach tatsächlich marxistisch sei und daher versuche, den Kapitalismus zu zerstören.

Die Volksrepublik China manipuliert Hollywood

Laut den Majoren [Morgan A. Martin und Clinton J. Williamson](#) sei es der Volksrepublik China gelungen, viele Hollywood-Filme zu korrigieren. Die beiden Navy-Soldaten studierten 147 Filme, die in Koproduktion mit chinesischen Unternehmen gedreht wurden. Mehr und mehr sei es China gelungen, sein Image beim westlichen Publikum zu verbessern.

Mark Zuckerberg hat das Wahlsystem beeinflusst

Das *Honest Elections Project* hat festgestellt, dass Mark Zuckerberg (Meta / Facebook) dem County DeKalb 2 Millionen US-Dollar gezahlt habe, um es mit dem Personal und der Ausrüstung auszustatten, die es für die Durchführung von Wahlen während der

COVID-19-Pandemie brauchte.

Georgien verbietet jedoch die Finanzierung von Wahlen von außen. Daher wurde eine Beschwerde eingelegt.

Honest Elections Project ist mit dem Anwalt Leonard Leo verbunden, einem konservativen Anwalt, der Donald Trump nahesteht.

Russiagate-Betreiber selbst verurteilt

Der ehemalige russische Diplomat Sergej Schestakow und der ehemalige Chef der FBI-Spionageabwehr in New York, Charles McGonigal, werden beschuldigt, geheime Zahlungen des russischen Oligarchen Oleg Deripaska im Austausch für eine Untersuchung gegen einen seiner Rivalen angenommen zu haben.

Sie stehen wegen Verschwörung und Verletzung von US-Sanktionen und Geldwäsche vor Gericht.

Charles McGonigal hatte eine wichtige Rolle bei den FBI-Ermittlungen zu Donald Trumps angeblichen Verbindungen zu Russland gespielt (Operation Crossfire Hurricane). Jetzt ist er es selbst, der sich für die gleiche Anklage verantworten muss.

Ursprung von Covid-19

Laut dem *Wall Street Journal*, wurde ein vertraulicher Bericht von der Direktorin des Nationalen Geheimdienstes, Avril Haines, an die Mitglieder des Kongresses verteilt. Er aktualisiert die Positionen der verschiedenen Behörden zum Ursprung von Covid-19. Das Energieministerium, das bisher unentschieden war, sagt an Seite des FBI, dass das Virus aus einem Leck aus dem Wuhan-Labor stamme. Alle bis auf vier Geheimdienste kommen zum gleichen Schluss.

Als Reaktion auf den *WSJ*-Artikel betonte das Weiße Haus, dass es keine Einstimmigkeit unter den Behörden gäbe.

Die Grenzen der Großzügigkeit der USA

Auf Initiative des republikanischen Abgeordneten Joe Wilson (Texas) verabschiedete das Repräsentantenhaus eine Resolution ([H. Res 132](#)), die die US-Unterstützung für die türkischen und syrischen Opfer des Erdbebens bekräftigt. Dieser Text legt das Verbot des Handels mit Syrien (Caesar-Gesetz) als Maßnahme zur Unterstützung des syrischen Volkes aus.

Bürgermeister von New York gegen Trennung von Kirche und Staat

Der vegane demokratische Bürgermeister von New York City, Eric Adams, sagte : "Sprechen Sie mir nicht über die Trennung von Kirche und Staat. Der Staat ist der Körper. Die Kirche ist das Herz. Wenn Sie das Herz aus dem Körper entfernen, stirbt der Körper (...) Als wir die Gebete in Schulen eliminierten, drangen Gewehre in die Schulen ein ... Ich kann meinen Glauben nicht abtrennen, weil ich ein gewählter Mann bin. Wenn ich politische Richtlinien festlege, setze ich sie mit einem göttlichen Ansatz um. So bin ich."

Die US-Kammer gegen die Verpflichtung zu ethischen Investitionen

Das Repräsentantenhaus verabschiedete ein Gesetz, das eine Bestimmung der Biden-Regierung streicht, die besagte, dass Pensionsfonds die Einlagen ihrer Mitglieder nur ethisch anlegen dürfen (Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien - ESG). Es ist unwahrscheinlich, dass dieses Gesetz den Senat passieren wird, der die Woke-Politik unterstützt.

EUROPA

EU akzeptiert endlich Brexit

Premierminister Rishi Sunak unterzeichnete in Windsor ein Abkommen mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission ; Ursula von der

Leyen. Es zielt darauf ab, den Brexit zu beenden, indem die Regeln, die sich daraus ergeben, gelockert werden. Europäische Produkte können weiterhin über Nordirland nach Großbritannien eingeführt werden, aber britische Produkte können jetzt über dasselbe Nordirland in die EU eingeführt werden, während bisher eine Zollgrenze in der Irischen See bestand.

In der Praxis ist das Vereinigte Königreich wieder dem europäischen Binnenmarkt beigetreten, nicht aber seinen politischen Gremien. Das war der Sinn des Brexit, während Brüssel den gemeinsamen Markt an die Europäische Union angebunden hatte. Das einzige verbleibende Problem ist die anhaltende Autorität des Europäischen Gerichtshofs über Nordirland. Die Europäische Kommission hat ihre Wette verloren, das Vereinigte Königreich für seinen Austritt aus der EU zahlen zu lassen.

Frankreich reorganisiert seine Militärbasen in Afrika

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat eine Verlegung französischer Armeen in Afrika angekündigt. Diese sollte mit einer Reduzierung der Truppen einhergehen. Es geht jedoch nicht um einen militärischen Rückzug, sondern um die Umwandlung permanenter Stützpunkte in Militär-Akademien, in denen französische Ausbilder lokale Armeen ausbilden. Die Basis in Dschibuti ist von dieser Verlegung nicht betroffen, da sie, obwohl sie sich auf afrikanischem Territorium befindet, dem Indischen Ozean zugewandt ist. Seit dem Zweiten Weltkrieg sind französische Militärstützpunkte ein Garant für den Machterhalt derjenigen, die die Länder verwalteten, die sie beherbergen. Laut einer IFOP-Umfrage für die *JDD (Journal du dimanche)* wünschen 55% der Franzosen die Schließung der franz. Militärbasen in Afrika und den Abzug von allen franz. Soldaten.

Drohende Rezession in Deutschland

Deutschlands Wirtschaft sei um 0,4% (statt 0,2%) des PIB im letzten Quartal 2022 zurückgegangen. Diese Zahlen lassen Zweifel aufkommen, wie Europas größte Ökonomie der Rezession entkommen und die Energiekrise überwältigen wird.

Petition und Demonstration in Deutschland gegen den Krieg in der Ukraine

Auf Initiative der feministischen Journalistin Alice Schwarzer und der Linken-Bundestagsabgeordneten Sahra Wagenknecht sammelte eine [Friedenspetition](#) 700.000 Unterschriften, darunter die vieler Intellektueller. Es kam am 25. Februar zu einer Demonstration in Berlin, an der nach Angaben der Polizei 13000 Menschen teilnahmen, 50 000 nach Angaben von Beobachtern. Die Präsenz des Magazins *Compact* des souveränistischen Journalisten Jürgen Elsässer, von der Linken beschuldigt, der extremen Rechten nahezustehen, wurde scharf kritisiert und seine Gruppe durch den Sicherheitsdienst der Demonstration ausgeschlossen.

Deutschland gegen die Politik der israelischen Koalition

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock äußerte sich beim Empfang ihres israelischen Amtskollegen Elie Cohen besorgt über den Plan der israelischen Regierung, das Justizsystem zu lähmen. Sie sagte auch, sie sei "besonders besorgt" über die Bemühungen der Regierungskoalition, die Todesstrafe für Palästinenser einzuführen, die wegen tödlicher Angriffe auf Israelis verurteilt wurden, und über die jüngste Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts.

Vor drei Wochen äußerte sich der deutsche Botschafter in Israel, Steffen Seibert, zur Behauptung des Ministers für öffentliche Diplomatie, Galit Distal Atbaryan, dass Proteste

gegen die Justizreform der Regierung vom Iran oder Deutschland finanziert würden, sei eine „Täuschung“.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Deutsche Liberale gegen Verbot von Benzinfahrzeugen

Die deutschen Liberalen (FDP) haben wissen lassen, dass ihr Verkehrsminister Volker Wissing die Abstimmung des Europäischen Rates über den Vorschlag des Europäischen Parlaments, den Verkauf von Benzinfahrzeugen ab 2035 zu verbieten, ablehnen wird.

Demonstration in Zürich gegen den Krieg in der Ukraine

In Zürich fand eine Demonstration statt, um die Neutralität der Schweiz im Ukraine-Konflikt zu wahren. Die Teilnehmer protestierten gegen die Angleichung der Schweiz an die einseitigen Zwangsmaßnahmen der EU (sogenannte Sanktionen).

Mehr als 10 000 Menschen versammelten sich im Zentrum der Stadt.

Dänemark schafft einen Feiertag zur Finanzierung seiner Verteidigung ab

Das Folketing genehmigte die Abschaffung des Feiertags des Store Bededag. Die Einsparungen werden dem Verteidigungshaushalt zugewiesen werden.

Alle Kirchen hatten sich gegen den Plan der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen ausgesprochen, den von der Evangelisch-Lutherischen Kirche Dänemarks im

siebzehnten Jahrhundert während der Regierungszeit Christians V. eingeführten Store Bededag (Großer Gebetstag) abzuschaffen.

Polen schließt schrittweise seine weißrussische Grenze

Polen hat seine Grenzen für den belarussischen Güterverkehr geschlossen. Seit dem 10. Februar haben Warschau und Minsk auf Initiative Polens schrittweise Beschränkungen für den Grenzübertritt von Lastwagen verhängt.

Die öffentliche Meinung beurteilt den Krieg in der Ukraine nicht auf die gleiche Weise.

Laut einer Studie des European Council on Foreign Relations (ECFR) [United West, divided from the rest. : Global public opinion one year into Russia's war on Ukraine](#), wenn sich die westlichen Bevölkerungen auch beim Krieg in der Ukraine hinter ihren Regierungen vereinen, hofft der Rest der Welt auf einen russischen Sieg, um die westliche Hegemonie zu beenden und die internationalen Beziehungen multipolar neu zu organisieren.

Der Westen gegen TikTok

Après les gouvernements états-unien et canadien, l'administration de l'Union européenne a interdit à tous ses employés de placer l'application chinoise TikTok sur leurs téléphones portables.

Washington, Ottawa et Bruxelles craignent que le Parti communiste chinois utilise cette application pour pénétrer des secrets d'État, à moins qu'il ne s'agisse de protéger les réseaux sociaux occidentaux.

Washington, Ottawa und Brüssel befürchten, dass die Kommunistische Partei Chinas die App nutzen wird, um in Staatsgeheimnisse einzudringen, es sei denn, sie wollten nur westliche soziale Netzwerke schützen.

Ein [Bericht aus dem Jahr 2021](#) des *Citizen Lab* der University of Toronto zeigte, dass TikTok

und Facebook ähnliche Mengen an Benutzerdaten sammeln, einschließlich Geräte-Kenn-Nummern, die zur Verfolgung eines Benutzers verwendet werden können.

TikTok ist bereits in Afghanistan, Armenien, Aserbaidschan, Bangladesch, Indien, Iran, Pakistan und Syrien verboten.

Finnland bereitet sich auf NATO-Mitgliedschaft vor

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg reiste nach Finnland, um die Chefs der verschiedenen politischen Parteien zu treffen, bevor das Parlament über den Beitritt des Landes zum Atlantischen Bündnis debattiert.

Bisher war der Beitritt Finnlands an den Beitritt Schwedens geknüpft. Das scheint nicht mehr der Fall zu sein.

EGMR könnte "beschlagnahmtes" russisches Eigentum konfiszieren

Rinat Achmetow, der reichste Mann der Ukraine und Besitzer der Asowstal-Fabrik in Mariupol, reichte im Juni eine Klage gegen Russland wegen Zerstörung seines Eigentums ein. Er fordert 18 Milliarden Dollar Entschädigung vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Russland gehört diesem Gericht nicht mehr an, hält aber die Klage dennoch für zulässig, weil der Sachverhalt stattgefunden hat, als Russland noch Mitglied des Europarates war.

Das Verfahren zielt darauf ab, russisches Vermögen, das in den Mitgliedstaaten des Europarates beschlagnahmt wurde, zu konfiszieren und es als Entschädigung Rinat Achmetow zuzuteilen. Theoretisch ist ein Gericht nicht befugt, beschlagnahmtes Eigentum zu konfiszieren.

US-Finanzministerium könnte "beschlagnahmte" russische Vermögenswerte konfiszieren

US-Finanzministerin Janet Yellen besuchte Kiew. Die Diskussionen konzentrierten sich auf "Sanktionen" (einseitige Zwangsmaßnahmen), die darauf abzielen, die russische Wirtschaft zu schwächen, sowie die Möglichkeit, eingefrorene russische Vermögenswerte zu konfiszieren, um die wirtschaftliche Erholung der Ukraine zu unterstützen.

Ukraine greift St. Petersburg an

Die Ukraine griff Russland mit Drohnen an, nicht mehr im Grenzgebiet von Brjansk und Belgorod, sondern weiter im Landesinneren. Die Drohnen erreichten 60 Kilometer vor St. Petersburg und sabotierten mehrere Infrastrukturen. Der russische Präsident Wladimir Putin hat eine strengere Flugsicherheit angeordnet.

AFRIKA

Zwei politische Parteien in Algerien verboten

Die algerischen Behörden lösten die *Youth Action Group* (RAJ) und die linke *Bewegung für Demokratie und Sozialismus* auf. Ihnen zufolge sammelten die beiden Organisationen "Kräfte, um das Land zu destabilisieren", was sie beide bestreiten.

Iran, Algerien wollen Mauretanien gegen Marokko benutzen

Algerien und sein Verbündeter Iran unterstützen die Demokratische Arabische Republik Sahara gegen Marokko. In dieser Hinsicht organisierte Algerien die Reise des iranischen Außenministers Hossein Amir-Abdollahian nach Mauretanien. Es geht darum, den Weg für eine Militäroperation ab diesem Land zu ebnen.

Tunesien wird rassistisch

Die Äußerungen des tunesischen Präsidenten Kais Saied zur Einwanderung aus Subsahara-Afrika haben dem hemmungslosen traditionellen Rassismus Tür und Tor geöffnet. Ein Jahrtausend lang entführten und versklavten die Araber die Bantu. Dieses Verhalten hörte erst mit Muammar al-Gaddafi im benachbarten Libyen auf. Der Führer zielte darauf ab, alle Afrikaner unabhängig von ihrer Hautfarbe zu versöhnen. Aber heute, nach dem Sieg der NATO in Libyen, wird dort wieder Sklaverei praktiziert.

Gefahr einer Hungersnot im Tschadseebecken

Die 3 Millionen Menschen, die in der Tschadseeregion (Kamerun, Nigeria, Niger und Tschad) aufgrund der Angriffe von Boko Haram vertrieben wurden, sind von einer schweren Hungersnot bedroht.

Boko Haram verfügt nun über Waffen, die ursprünglich für die Ukraine bestimmt waren.

Sudanesische Macht spaltet sich

Die beiden Chefs der sudanesischen Macht sind sich nicht einig. Jetzt führen der Präsident des Übergangsrates, Abdel Fattah al-Burhan, und sein Stellvertreter, Mohamed Hamdan Dagolo (bekannt als "Hemedti") getrennte Verhandlungen mit den Nachbarländern. Es scheint, dass Hemedti Russland näherstehe, während Präsident al-Burhan der Muslimbruderschaft und den Vereinigten Staaten näherstehe.

Der israelische Außenminister Eli Cohen besuchte Khartoum. Er wurde von Präsident al-Burhan empfangen, aber traf Hemedti nicht. Er schloss ein Normalisierungsabkommen mit Ersterem ab, während die Mehrheit der politischen Klasse dagegen war.

Undurchsichtige Wahlen in Nigeria

Nigerias Wahlkommission hat den Sieg des Kandidaten des *All Progressives Congress* (APC), Bola Ahmed Tinubu, bei den Präsidentschaftswahlen mit mehr als sieben Millionen Stimmen bekannt gegeben. Die Oppositionsparteien fochten dieses Ergebnis sofort an und stellten fest, dass die Zahlen aus den Wahllokalen nicht mit denen der Wahlkommission übereinstimmten. Die Wahl war geprägt von weitverbreiteten Verzögerungen, Problemen mit Wahlmaschinen, Gewalt und Zwang in einigen Gebieten. Viele Beobachter, darunter die EU-Mission, sagten, die Abstimmung sei nicht transparent gewesen und hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die beiden größten Oppositionsparteien forderten die Annullierung dessen, was sie eine "Scheinwahl" nannten. Bola Ahmed Tinubu wurde mit nur 37% der Stimmen zum Sieger erklärt und rief zur nationalen Einheit auf.

ASIEN

Washington zwingt Präsident Abbas die Verfolgung der "2-Staaten-Lösung" auf

Während seiner Reise nach Palästina forderte US-Außenminister Antony Blinken von Präsident Mahmud Abbas, dass er auf internationale Institutionen, insbesondere den Internationalen Strafgerichtshof verzichte, um Anklage gegen Israel zu erheben. Er wiederholte, dass Washington an die Zwei-Staaten-Lösung glaube, aber dass es im Moment nicht möglich sei, sie voranzutreiben. Präsident Abbas sagte, er sei bereit, mit der US-Regierung zusammenzuarbeiten und die Sicherheitskoordination und Verhandlungen mit dem Besatzungsstaat wieder aufzunehmen, um die "Zwei-Staaten-Lösung" zu erreichen, wissend, dass diese Verhandlungen dreißig Jahre

dauerten und zur Ansiedlung von 800 000 israelischen Siedlern führten.

Laut Zeugen habe Antony Blinken kalt das Gespräch beendet, dass Präsident Abbas ersetzt werde, wenn er nicht gehorche.

Rücktritt des stellvertretenden Ministers für jüdische Identität

Avigdor "Avi" Maoz, stellvertretender Minister für jüdische Identität, trat nach 7 Wochen vom Amt zurück. Er war bekannt für seinen Hass auf Homosexuelle und seine Weigerung, Enkeln von Juden die israelische Staatsbürgerschaft zu gewähren.

Hisbollah hat nichts mit der Ermordung von Scheich Rifai zu tun

Wie üblich wurde die Hisbollah für die Ermordung des sunnitischen Scheichs Ahmad Chaib Rifai, zunächst als Operation zur Eliminierung eines ihrer Gegner, verantwortlich gemacht. Die Polizei verhaftete jedoch schnell den Drahtzieher, seinen Cousin und Rivalen, Sheikh Yehia Rifai, Bürgermeister von Karkaf.

Neue Enthüllungen zur Veruntreuung von Riad Salamé

Laut der *Sonntags Zeitung* fanden rund 500 Millionen Dollar, vom Gouverneur der libanesischen Zentralbank, Riad Salamé unterschlagen, Zuflucht bei 12 Schweizer Banken.

Riad Salamé richtete im Auftrag des verstorbenen Rafik Hariri und mit Zustimmung der Vereinigten Staaten ein riesiges Geldwäschesystem südamerikanischer Kartelle ein, das von Washington autorisiert wurde. Einen Teil dieses Geldes veruntreute er mit seinem Bruder Raja Salamé und seiner Assistentin Marianne Hoyek. Seit zwei Jahren wird gegen ihn wegen Korruption und Veruntreuung öffentlicher Gelder auf der ganzen Welt ermittelt. Er bleibt jedoch Gouverneur der libanesischen Zentralbank und

genießt als solcher richterliche Immunität. Die *Sonntag Zeitung* enthüllte, dass er durch eine Offshore-Firma mit Sitz auf den Britischen Jungferninseln, Forry Associates, 250 Millionen Dollar auf das Schweizer Konto seines Bruders bei der HSBC Bank in Genf überweisen ließ.

Arabische Interparlamentarische Union durchbricht Syriens Isolierung

Die Interparlamentarische Arabische Union hat auf ihrer Tagung am 25. Februar in Bagdad (Irak) ihre Solidarität mit Syrien bekundet. Sie bildete eine Delegation von Parlamentariern aus verschiedenen arabischen Ländern (Ägypten, Emirate, Irak, Jordanien, Libanon, Libyen, Oman und Palästina), die sich mit dem syrischen Präsidenten Bashar al-Assad trafen.

Saudisch-syrische Verhandlungen

Saudi-Arabien, das der Gastgeber des nächsten Gipfels der Arabischen Liga sein wird, erwägt die Wiedereinführung Syriens. Riad ermutigte daher den Besuch des ägyptischen Außenministers Sameh Shukri in Damaskus, nach dem Besuch des Außenministers der Vereinigten Arabischen Emirate, Abdullah Bin Zayed, und der Delegation der Arabischen Interparlamentarischen Union.

Drei Staaten, Kuwait, Marokko und Katar, müssen noch von dieser Wiedereinführung überzeugt werden.

Die Liste der saudischen Anforderungen würde umfassen :

- Grenzkontrollen zur Verhinderung des Drogenhandels ;
- der Rückzug der iranischen und Hisbollah-Truppen von der jordanischen und israelischen Grenze ;
- die Einstellung der iranischen strategischen Investitionen

Zusätzlich zu diesen drei Bedingungen gäbe es vier weitere, die Washington sich vorgestellt hat und die vergessen werden könnten :

- die Freilassung von Kriegsgefangenen

- die Garantie einer sicheren Rückkehr der Exilanten
- die Aufnahme der ins Ausland geflüchteten Opposition in die politischen Gremien
- die Abhaltung freier Wahlen.

Voltaire Netzwerkanalyse

- "[Der ukrainische Konflikt in Bezug auf die Verantwortung der Regierungen](#)", von Thierry Meyssan

Das Atlantische Bündnis verherrlicht die Ukraine anlässlich des ersten Jahrestages der **russischen** Militärintervention auf seinem Territorium. Vor unseren Augen sehen wir, wie es auf die trügerischste Propaganda zurückgreift und geschickt mit Auslassungen und manchmal Lügen umgeht. Im Gegensatz zu dem, was es behauptet, war dieser Krieg nie illegal, auch wenn er heute nicht mehr notwendig erscheint und gestoppt werden sollte. Die Ursachen des Krieges bleiben jedoch bestehen und der Kreml erwartet eine „zweite Runde“, nicht um die Ukraine oder Moldawien zu annektieren, sondern um Transnistrien zu retten.

- "[Der neunte Jahrestag des Krieges in der Ukraine](#)", von Manlio Dinucci

Vor unseren Augen stellen ukrainische integrale Nationalisten die Symbole des Nationalsozialismus wieder her. So verlieh Präsident Wolodymyr Selenskyj am 14. Februar 2023 der 10. Separaten Gebirgsangriffsbrigade den "Ehrentitel Edelweiß". Edelweiß bezieht sich auf die 1. Nazi-Gebirgsdivision, die Kiew, Stalino, die Dnjepr- und Charkow-Grenzübergänge "befreite".

Die heutige Ukraine feiert immer noch das Dritte Reich als ihren "Befreier".

Riad und Kuwait-City verlangen von dem arabischen Militär sich von der Wirtschaft zurückzuziehen

Saudische und kuwaitische Wirtschaftler haben Tweet und Artikel geschrieben, worin sie von

Ägypten verlangen, den FMI-Forderungen zu folgen und sich von Militär-geführten Firmen zurückzuziehen. Es scheint, dass Saudi-Arabien und Kuwait die Trennung der Armee von der Wirtschaft als notwendige Bedingung für ihre Hilfe betrachten, sei es in Ägypten oder anderswo.

Neue Divisionen in Irakisch-Kurdistan

Während sich die beiden irakisch-kurdischen Stämme, die Barzanis und die Talabani, ständig streiten, befinden sich letzterer seit dem Tod von Jalal Talabani in einer Machtkrise. Die beiden Cousins Bafel Jalal Hussam Eddin und Lahur Sheikh Jangi baten ein Gericht, zwischen ihnen zu entscheiden. Am Ende erklärte es beide zu Ko-Präsidenten der Patriotischen Union Kurdistans (PUK).

Saudi-Arabien hilft den Einwohnern der Ukraine und bald des Donbass

Saudi-Arabien sagte, es sammle humanitäre Hilfe, um sie bald auf Ersuchen der Kiewer Regierung in die Ukraine zu schicken. Es erklärte, dasselbe für die Menschen im Donbass zu tun, wenn es darum gebeten würde.

Beschwerde gegen Aktivitäten von TotalEnergie im Jemen

Der Schweizer Verein *MENA Rights Group* hat im Namen von zwei Jemeniten, die angeblich in einem geheimen emiratischen Gefängnis im Werk Balhaf (Jemen) inhaftiert und gefoltert wurden, Anzeige gegen TotalEnergie eingereicht. TotalEnergie lässt wissen, dass es nur ein Drittel dieser Anlage besitzt, die von *Yemen LNG* und nicht von ihr verwaltet werde.

Die türkische öffentliche Meinung wendet sich gegen Präsident Erdoğan

Der Schaden durch das Erdbeben wird auf 34 Milliarden Dollar geschätzt.

Der Türkische Rote Halbmond verkaufte angeblich "zum Selbstkostenpreis" 2050 Zelte

für Überlebende an die gemeinnützige NGO Ahbap für 46 Millionen türkische Lira (2,4 Millionen Dollar).

Demonstrationen gegen die Trägheit der Regierung Erdoğan, den Opfern zu helfen, mehren sich in den Fußballstadien. In einem ersten Spiel skandierten Fenerbahçe-Fans : "Lügen, Betrug, seit 20 Jahren, Rücktritt !" Bei einem Match Besiktas gegen Antalyaspor hieß es dann : "Regierung Rücktritt !"

Präsident Recep Tayyip Erdoğan bat um "Vergebung" für die Verspätung seiner Regierung bei der Bereitstellung von Hilfsmaßnahmen. Er bestätigte, dass die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 14. Mai stattfinden werden, obwohl 14 Millionen Menschen vom Erdbeben betroffen sind und es nicht klar ist, wie die Wahllokale in den verwüsteten Regionen organisiert werden können.

EU mischt sich in Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan ein

Die Europäische Union hat eine Beobachtermission an die Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan entsandt. Sie drängte sich auf und informierte die russischen Eingreiftruppen nicht über ihr Kommen.

Neuer Einbruch des iranischen Rial

Die iranische Währung stürzt auf 600.000 Rial pro Dollar. Die Inflation erreicht 53,4%.

Angriffe auf Mädchenschulen im Iran

Unbekannte vergifteten Schüler in Schulen in mehreren Regionen des Iran. Ihr Angriff richtete sich nur gegen Mädchenschulen. Die Presse vergleicht diese Angriffe mit denen der Taliban und Boko Haram auf Mädchenschulen.

Irakische Vermittlung zwischen Saudi-Arabien und Iran

Im Rahmen der Vermittlung zwischen dem Iran und Saudi-Arabien besuchten der ehemalige

irakische Premierminister Mustafa al Kazemi und der ehemalige irakische Präsident Barham Saleh, Teheran. Nach ihrer Rückkehr informierten die beiden Männer den derzeitigen irakischen Premierminister Mohammed Shia' as-Sudani über die erzielten Fortschritte. Der Irak hat ein großes Interesse daran, dass der Konflikt nachlässt und der Frieden in die Region zurückkehrt.

Indische verdeckte Operationen gegen Pakistan

Die NGO *EU DisinfoLab* (verbunden mit dem US-amerikanischen NED) hat einen [Bericht](#) veröffentlicht, der die Nachrichtenagentur Asian News International (ANI) beschuldigt, nicht existierende Quellen zu zitieren, um ihrer Hetzkampagne gegen Pakistan Substanz zu verleihen. Dieselbe NGO hatte im Dezember 2020 einen [weiteren Bericht](#) verfasst, in dem Indien beschuldigt wird, über die Srivastava-Gruppe gefälschte NGOs zu unterhalten, die bei den Vereinten Nationen akkreditiert sind, um Pakistan und China zu diskreditieren. Diese Operationen laufen Berichten zufolge seit mehr als 15 Jahren.

Pakistan versucht, das Problem des Tehrik-e-Taliban Pakistan mit Afghanistan zu lösen

Der pakistanische Außenminister Bilawal Bhutto Zardari sagte letzte Woche auf der Münchner Sicherheitskonferenz, Afghanistan müsse seine Versprechen halten und keine Terroristen mehr in Pakistan stationieren.

Der pakistanische Verteidigungsminister Khawaja Muhammad Asif und der Generaldirektor des *Inter-Services Intelligence* (ISI), Nadeem Anjum, haben seitdem Kabul besucht. Sie präsentierten dem stellvertretenden Taliban-Premierminister Abdul Ghani Baradar, dem Verteidigungsminister Mullah Yaqoob und dem Innenminister Sirajuddin Haqqani Beweise dafür, dass die Terrorgruppe *Tehrik-e-Taliban*

Pakistan einen Stützpunkt in seinem Land hat. *Tehrik-e-Taliban Pakistan* hat die Verantwortung für die meisten Anschläge in Pakistan in den letzten zehn Jahren übernommen, darunter zuletzt den Angriff auf eine Polizeimoschee in Peshawar am 30. Januar und auf die Generalinspektion in Karatschi am 17. Februar.

Ein neues Team für Vietnam

Nach dem Rücktritt des vietnamesischen Präsidenten Nguyen Xuan Phuc und zweier seiner vier Vizepräsidenten wird erwartet, dass die Kommunistische Partei Vo Van Thuong zu seinem Nachfolger wählen wird. Er sollte sich auf Nguyen Phu Trong, den Antikorruptionsbeamten verlassen, der den ehemaligen Präsidenten zu Fall gebracht hat.

US-Vertreter fordern Ende des Koreakriegs

Der demokratische Abgeordnete Brad Sherman (Kalifornien) hat im US-Repräsentantenhaus einen Gesetzentwurf eingebracht, um das Ende des Koreakrieges zu erklären ([H.R.3446](#)). Obwohl die militärischen Feindseligkeiten 1953 endeten, dauert der Krieg immer noch an.

Gefahr einer Hungersnot in Nordkorea

Die Kommunistische Partei Nordkoreas hielt ihr zweites hochrangiges Treffen ab, um die Nahrungsmittelknappheit anzugehen. Es wurde beschlossen, alles zu tun, um die Produktivität des landwirtschaftlichen Systems zu steigern. Es wurde ein Plan ausgearbeitet zur Stärkung der Bewässerung und um die Länder mit hocheffizienten Maschinen auszustatten. Die Partei hat die Steigerung der Getreideproduktion zur Priorität Nr. 1 ihrer Politik gemacht.

Japan macht Hilfe für Nordkorea abhängig

Die japanische Regierung wird nur dann humanitäre Hilfe nach Nordkorea schicken,

wenn es japanische Staatsbürger zurückgibt, die es in den 70er und 80er Jahren entführt hat oder ihre Leichen zurückerstattet, sagte Premierminister Fumio Kishida.

Chinas 12 Vorschläge für Frieden in der Ukraine

Chinas "[12 Vorschläge](#)" um den Krieg in der Ukraine zu lösen, befriedigen nur Russland. In der Tat, wenn Peking die Einstellung der Feindseligkeiten fordert, fordert es auch den Rückzug der NATO und das Ende einseitiger Zwangsmaßnahmen (von der atlantischen Propaganda als Sanktionen dargestellt). Washington drückte sofort seine Missbilligung aus und betonte, dass Peking die russische Invasion in der Ukraine nicht verurteilt habe. Aber Kiew, Minsk, Paris und Brüssel (EU) haben Interesse gezeigt. Washington hat Peking vor militärischer Unterstützung für Russland gewarnt. Es wurden Kontakte aufgenommen, auch mit G7-Mitgliedern, um die Möglichkeit zu prüfen, "einseitige Zwangsmaßnahmen" (die fälschlicherweise als "Sanktionen" dargestellt würden) gegen China zu erlassen.

Erratum

In unserer vorherigen Ausgabe haben wir Ron Paul fälschlicherweise als Vertreter von Ohio bezeichnet. Er wurde in dem 14. Distrikt von Texas gewählt.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltaire.net

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltaire.net

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Dokumentations ergänzung

1- Politikwissenschaftliche Zeitschriften

Hinweis : Diese Artikel sind sehr teuer. Nur sehr wenige sind Open Access. Viele Universitätsbibliotheken bieten jedoch freien Zugang an. Glücklicherweise macht die [Sci-Hub-Website](#) sie der Öffentlichkeit zugänglich. Normalerweise dauert es mehrere Wochen, nachdem sie veröffentlicht wurden. In einigen Ländern ist diese Seite verboten und kann nur mit einem VPN oder manchmal mit der [Tor-Software](#) aufgerufen werden.

AFGHANISTAN

China and the Taliban : Past as prologue ?, Luke Encarnation, & C. Christine Fair, *Journal of Strategic Studies*
<https://doi.org/10.1080/01402390.2023.2177988>

Bayesian Inferences for Counterterrorism Policy : A Retrospective Case Study of the U.S. War in Afghanistan, Kevin D. Dayaratna, Chandler Hubbard & Mary Catherine Legreid, *Terrorism and Political Violence*

<https://doi.org/10.1080/09546553.2022.2156044>

AFRICA

[Age and Political Participation in Africa's Electoral Regimes](#), Elvis Bisong Tambe & Elizaveta Kopacheva, *Representation - Journal of Representative Democracy*

ALGERIA

Profile : Crisis and transformation in post-Bouteflika Algeria, Fred H. Lawson, *Mediterranean Politics*

<https://doi.org/10.1080/13629395.2023.2176615>

ARMENIA

[Turkey and 'Turks' in Postwar Armenia : Anxieties, Meanings, and Politics After the 2020 Karabakh War](#), Hrag Papazian, *Ethnopolitics*

ASIA

[Potential Implications of the Russia–Ukraine War for Northeast Asia](#), Paul K. Davis, *Journal for Peace and Nuclear Disarmament*

BALTIC STATES

[Revisionist national narratives in the memoirs of Estonian and Latvian Waffen-SS Legionnaires](#), Karl Stukli, *Journal of Baltic Studies*

BOSNIA-HERZEGOVINA

[“Adding fuel to the fire” : Unconditional early release of perpetrators convicted by the ICTY, views from Bosnia and Herzegovina](#), Priyamvada Yarnell, *Journal of Human Rights*

BRAZIL

[Ripples and their returns : tracing the regulatory security state from the EU to Brazil, back and beyond](#), Anna Leander, with Cristiana Gonzales, Luisa Lobato & Pedro dos Santos Maia, *Journal of European Public Policy*

BURKINA-FASO

Hybrid Security Provision in African Post-colonial Settings : The Cases of Burkina Faso and Sierra Leone, Kwesi Aning & Ilana Zelmanovitz Axelrod, *The International Spectator - Italian Journal of International Affairs*
<https://doi.org/10.1080/03932729.2023.2176603>

CHINA

Promoting China out of self-interest : Chinese diaspora diplomacy in Chile, Jiangnan Zhu & Weijia Chen, *Journal of Ethnic and Migration Studies*
<https://doi.org/10.1080/1369183X.2023.2184294>

Territorial disputes, the role of leaders and the impact of Quad : a triangular explanation of China-India border escalations, Ghulam Ali, *The Pacific Review*

<https://doi.org/10.1080/09512748.2023.2185662>

Guerrilla Protest : Understanding Social Movements from a Civil War Framework with the Case of Hong Kong 2019, Frankie Ho Chun Wong, *Civil Wars*

<https://doi.org/10.1080/13698249.2023.2167043>

The economic and institutional dynamics of China’s growing financial influence : a “structural power” perspective, Efe Can Gürcan & Can Donduran, *The Japanese Political Economy*
<https://doi.org/10.1080/2329194X.2023.2184387>

China and the Logic of Illiberal Hegemony, Darren J. Lim & G. John Ikenberry, *Security Studies*

<https://doi.org/10.1080/09636412.2023.2178963>

[China’s defence semiconductor industrial base in an age of globalisation : Cross-strait dynamics and regional security implications](#), Ming-Chin Monique Chu, *Journal of Strategic Studies*

The Divisive Past and the Conflicted Other : How Chinese Netizens View Russia, Yi Wang, *Journal of Contemporary China*

<https://doi.org/10.1080/10670564.2023.2183768>

The Political Leadership of Xi Jinping : Narratives of Integrity Through Ordeal, Paul Nesbitt-Larking & Alfred L. Chan, *Journal of Contemporary China*

<https://doi.org/10.1080/10670564.2023.2184201>

Bridge or base ? Chinese perceptions of Central Asia under europeanisation, Pengfei Hou, *Central Asian Survey*

<https://doi.org/10.1080/02634937.2023.2178386>

[Redirecting the diaspora : China's united front work and the hyperlink networks of diasporic Chinese websites in cyberspace](#), Kendrick Chan & Chris Alden, Political Research Exchange

China's foreign policy rhetoric between orchestration and cacophony, Sabine Mokry, *The Pacific Review*
<https://doi.org/10.1080/09512748.2023.2175895>

Critical Nationalists : A Discourse Analysis of Quotidian Nationalist Expression Among Chinese Elite Urbanites, Binglian Guo, *Journal of Contemporary China*
<https://doi.org/10.1080/10670564.2023.2174800>

The Chinese path to modernisation : Its universality and uniqueness, Shouying Liu & Xuefeng Xiong, *Economic and Political Studies*
<https://doi.org/10.1080/20954816.2023.2173993>

[US-China Relations and Nuclear Weapons in Northeast Asia](#), Gregory Kulacki, *Journal for Peace and Nuclear Disarmament*

Coordinating and doxing data : Hong Kong protesters' and government supporters' data strategies in the age of datafication, Yao-Tai Li & Katherine Whitworth, *Social Movement Studies*
<https://doi.org/10.1080/14742837.2023.2178404>

China's Minimalist Global Military Posture : Great Power Lite ?, Andrew Scobell, *Asian Security*
<https://doi.org/10.1080/14799855.2023.2178084>

The limits of strategic partnerships : Implications for China's role in the Russia-Ukraine war, Nien-Chung Chang-Liao, *Contemporary Security Policy*
<https://doi.org/10.1080/13523260.2023.2174702>

DENMARK

New (types of) parties and government : the Danish general election 2022, Karina Kosiar-Pedersen, *West European Politics*
<https://doi.org/10.1080/01402382.2023.2174742>

EGYPT

[On the Sino-Egyptian Geo-Relations in the Perspective of the Belt and Road - Based on Event Data Analysis](#), Mo Bi, Zhenke Zhang, Guoen Wei & Binglin Liu, *Cogent Social Sciences*

EUROPEAN UNION

European Defence Policy : Prospects and Challenges, Keith Hartley, *Defence and Peace Economics*
<https://doi.org/10.1080/10242694.2023.2185425>

[EU Eastern Partnership, Ontological Security and EU- Ukraine/Russian warfare](#), Christian Kaunert & Joana de Deus Pereira, *Journal of Contemporary European Studies*

The Spectrum of Strategic Autonomy in EU Defence Supply Chains, Mitja Kleczka, Laurens Vandercruysse, Caroline Buts & Cind Du Bois, *Defence and Peace Economics*
<https://doi.org/10.1080/10242694.2023.2180588>

[Leadership in European crisis politics : France, Germany, and the difficult quest for regional stabilization and integration](#), Lucas Schramm & Ulrich Krotz, *Journal of European Public Policy*

[FortressEurope integrating through division : an actantial narrative analysis](#), Gian-Louis Hernandez, Jolanta A. Drzewiecka & Sara Greco, *Journal of Contemporary European Studies*

European Foreign Policy Towards Hybrid Actors in the Middle East and North Africa : An Exploration of Diplomatic Practices, Sharon Lecocq, *Geopolitics*

<https://doi.org/10.1080/14650045.2023.2174432>

Beyond the regulatory state ? The European Defence Fund and national military capacities, Catherine Hoeffler, *Journal of European Public Policy*

<https://doi.org/10.1080/13501763.2023.2174581>

The security state in Europe : regulatory or positive ?, Philipp Genschel & Markus Jachtenfuchs, *Journal of European Public Policy*

<https://doi.org/10.1080/13501763.2023.2174580>

Weaponising Europe ? Rule-makers and rule-takers in the EU regulatory security state, Kaija Schilde, *Journal of European Public Policy*

<https://doi.org/10.1080/13501763.2023.2174582>

FINLAND

Examining the geopolitical threat theory by comparing New Zealand's and Finland's soft power use, Judit Trunkos & Robert H. Cox, *Journal of Political Power*

<https://doi.org/10.1080/2158379X.2023.2185370>

External democracy promotion in times of internal rule-of-law crisis : the EU and its neighbourhood, Olga Burlyuk, Assem Dandashly & Gergana Noutcheva, *Journal of European Public Policy*

<https://doi.org/10.1080/13501763.2023.2181381>

FRANCE

[Riding the Eurosceptic tiger vs taming it by technocracy : the UK and France as two ideal types of how to manage hard Euroscepticism](#), Andrew Glencross, *Journal of European Integration*

The private and political heritage of the Algerian War among French youth, Paul Max Morin, *Modern & Contemporary France*

<https://doi.org/10.1080/09639489.2022.2158792>

GERMANY

Solidarity or self-reliance ? German mainstream party ideology and the European integration of core state powers, Christian Freudlsperger & Martin Weinrich, *Journal of European Public Policy*
<https://doi.org/10.1080/13501763.2023.2174584>

Geopolitics of Technological Futures : Warfare Technologies and Future Battlefields in German Security Debates, Linda Ruppert, *Geopolitics*
<https://doi.org/10.1080/14650045.2023.2174431>

Defending democracy against the 'Corona dictatorship' ? Far-right PEGIDA during the COVID-19 pandemic, Sabine Volk & Manès Weisskircher, *Social Movement Studies*
<https://doi.org/10.1080/14742837.2023.2171385>

INDIA

Territorial disputes, the role of leaders and the impact of Quad : a triangular explanation of China-India border escalations, Ghulam Ali, *The Pacific Review*
<https://doi.org/10.1080/09512748.2023.2185662>

[Researching political parties at the grassroots in India](#), Andrew Wyatt, *Commonwealth & Comparative Politics*

The local roots of communist support in Kerala, Balu Sunilraj, *Commonwealth & Comparative Politics*
<https://doi.org/10.1080/14662043.2023.2177038>

Bangladesh in India's maritime strategy towards the Bay of Bengal : Towards a comprehensive Indo-Pacific outlook, Sayantan Halder, *Maritime Affairs : Journal of the National Maritime Foundation of India*

<https://doi.org/10.1080/09733159.2023.2176545>

The Soft Homogenisation of Democracy in India : Studying the Role and Long-Term Impact of Right-Wing Demagoguery During the Covid-19 Pandemic, Siddharth Dubey, *Javnost - The Public - Journal of the European Institute for Communication and Culture*

<https://doi.org/10.1080/13183222.2022.2162292>

IRAN

Towards a non-Western model of security assistance : How Iran assist militaries, Abdolrasool Divsallar & Hamidreza Azizi, *Mediterranean Politics*

<https://doi.org/10.1080/13629395.2023.2183661>

[#MahsaAmini : Iranian Twitter Activism in Times of Computational Propaganda](#), Hossein Kermani, *Social Movement Studies*

On Shaky Ground : Iran between Israel and Pan-Arabism, 1930s–1970s, Firoozeh Kashani-Sabet, *Middle Eastern Studies*

<https://doi.org/10.1080/00263206.2023.2165490>

IRAQ

Navigating the COVID-19 Pandemic in Consociational Systems : The Cases of Lebanon and Iraq, Rosita Di Peri & Irene Costantini, *The International Spectator - Italian Journal of International Affairs*

<https://doi.org/10.1080/03932729.2023.2173913>

ISRAEL

Legal competence in Shari'a courts in Israel, Oren Asman & Ido Zerkovitz, *Israel Affairs*

<https://doi.org/10.1080/13537121.2023.2182091>

From Partition to Peace ? A Retrospective on Religion and Reconciliation in Palestine/Israel,

Michael J. Schumacher, *Peace Review - A Journal of Social Justice*

<https://doi.org/10.1080/10402659.2023.2178842>

ITALY

Political equality in unequal territories : the impact of territorial inequalities on voter turnout in Italy's regional elections, Linda Basile, *Regional & Federal Studies*

<https://doi.org/10.1080/13597566.2023.2179040>

[The Italian Party System before the crash : parties and the challenge of renewal in the 1980s](#), Lucia Bonfreschi & Pepijn Corduener, *Journal of Modern Italian Studies*

[Voting, fast and slow : ballot order and likeability effects in the five-star movement's 2012 online primary election](#), Francesco Marolla, Angelica Maineri, Jacopo Tagliabue & Giovanni Cassani, *Contemporary Italian Politics*

Neofascist "Thugs," Pandemic Protests, Populisms : Giorgia Meloni's Cerchiobottismo and the Rise of Fratelli D'Italia During the Pandemic, Pamela Pietrucci, *Javnost - The Public - Journal of the European Institute for Communication and Culture*

<https://doi.org/10.1080/13183222.2023.2168444>

LEBANON

Navigating the COVID-19 Pandemic in Consociational Systems : The Cases of Lebanon and Iraq, Rosita Di Peri & Irene Costantini, *The International Spectator - Italian Journal of International Affairs*

<https://doi.org/10.1080/03932729.2023.2173913>

LIBERIA

[Hybrid security governance in Liberia in the aftermath of UN intervention](#), Mariam Bjarnesen, *Conflict, Security & Development*

MALI

Legislative Elections Amid Civil Wars : Micro-Case Studies from Mali, Alex Thurston, *Civil Wars*

<https://doi.org/10.1080/13698249.2023.2177053>

MIDDLE EAST

[Understanding Arab social TV viewers' perceptions of virtual reality acceptance](#),

Mohammed Habes, Mokhtar Elareshi, Amjad Safori, Amer Khaled Ahmad, Waleed Al-Rahmi & Javier Cifuentes-Faura, *Cogent Social Sciences*

MALAWI

Hastings Kamuzu Banda of Malawi : Post-Presidency Experiences, 1994–1997, Paul Chiudza Banda, *Journal of Southern African Studies*
<https://doi.org/10.1080/03057070.2023.2176044>

NEPAL

The Trajectory Between Territorial Disputes, Nationalism, and Geopolitics : A Case Study of the Kalapani Border Dispute Between India and Nepal, Saroj Kumar Aryal & Manish Jung Pulami, *Geopolitics*

<https://doi.org/10.1080/14650045.2023.2182680>

NETHERLANDS

[Cyber-attacks and the right of self-defense : a case study of the Netherlands](#), Ferry Oorsprong, Paul Ducheine & Peter Pijpers, *Policy Design and Practice*

NEW ZEALAND

Examining the geopolitical threat theory by comparing New Zealand's and Finland's soft power use, Judit Trunkos & Robert H. Cox, *Journal of Political Power*

<https://doi.org/10.1080/2158379X.2023.2185370>

[New Zealand's alliance obligations in a China-Australia war](#), Robert Ayson, *Australian Journal of International Affairs*

NIGERIA

China–Nigeria relations in crude oil production and local initiatives for petroleum refining, Nathaniel Umukoro, *Journal of Contemporary African Studies*

<https://doi.org/10.1080/02589001.2023.2177626>

'Biafra is made in heaven' : exploring the religious framing of the neo-Biafra secessionist movement in Nigeria, George C. Nche, *Politikon - South African Journal of Political Studies*

<https://doi.org/10.1080/02589346.2023.2171833>

PAKISTAN

[Assessing the security of Pakistan's nuclear weapon programme](#), Tahir Mahmood Azad & Karl Dewey, *Defense & Security Analysis*

China's Security Strategy in Pakistan : Lessons for Washington, Yelena Biberman, Jared Schwartz & Farhan Zahid, *Asian Security*

<https://doi.org/10.1080/14799855.2023.2176224>

PALESTINE

From Partition to Peace ? A Retrospective on Religion and Reconciliation in Palestine/Israel, Michael J. Schumacher, *Peace Review - A Journal of Social Justice*

<https://doi.org/10.1080/10402659.2023.2178842>

POLAND

Religious statistics in Poland. Legal status, problems, challenges, Sławomir Romański-Cebula, *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*

<https://doi.org/10.1080/25739638.2023.2182501>

RUSSIA

The making of rivals and strange bedfellows :
Patterns of Turkish and Russian security
assistance in the Syrian and Libyan civil wars,
Abdullah Al-Jabassini & Emadeddin Badi,
Mediterranean Politics

<https://doi.org/10.1080/13629395.2023.2183663>

Moscow and the Egyptian-Israeli Camp David
Accords, Anoop Kumar Gupta, *Israel Affairs*
<https://doi.org/10.1080/13537121.2023.2182087>

The use of the OSCE Moscow mechanism and
international humanitarian law in the Russian
aggression against Ukraine, Agnieszka Szpak &
Julia Kolodziejska, *Journal of Contemporary
European Studies*
<https://doi.org/10.1080/14782804.2023.2177841>

“Conservative” voting in Russia : the religiosity
and the political choice of orthodox believers,
Yulia Karpich, *East European Politics*
<https://doi.org/10.1080/21599165.2023.2176304>

Countering Kaliningrad’s Threat to NATO,
William DiRubbio, *The RUSI Journal*
<https://doi.org/10.1080/03071847.2023.2176917>

The Bear in the Labyrinth : First Impressions of
Russia’s Performance in Ukraine, Guillem
Colom-Piella, *The RUSI Journal*
<https://doi.org/10.1080/03071847.2023.2177193>

[Russia’s Nuclear Deployment, Posture and Alert
Status in NEA in the Context of the Ukraine
Situation](#), Anastasia Barannikova, *Journal for
Peace and Nuclear Disarmament*

Building voting coalitions in electoral
authoritarian regimes : a case study of the 2020
constitutional reform in Russia, Paul Chaisty &

Stephen Whitefield, *Post-Soviet Affairs*
<https://doi.org/10.1080/1060586X.2023.2172945>

SRI LANKA

[“Life After Death” Remembering the “Tamil
Tigers” in North-East Sri Lanka](#), Georg Frerks,
Civil Wars

Can Small Island States Escape China’s
Influence ? The Cases of Sri Lanka and Fiji,
Dalbir Ahlawat & Mark Shawn Cogan,
Geopolitics
<https://doi.org/10.1080/14650045.2023.2174852>

TUNISIA

[The intensifying effects of polarised populisms :
opposed Islamist and Bourguibist discourses in
post-revolutionary Tunisia](#), Helen L. Murphey,
The Journal of North African Studies

TÜRKIYE

[Turkey’s security role in the Gulf region :
exploring the case of a newcomer](#), Ali Bakir,
Turkish Studies

Only game in town ? the persistence of
competitive authoritarian regimes in modern
Turkey, Onur Bakiner, *Turkish Studies*
<https://doi.org/10.1080/14683849.2023.2184261>

The making of rivals and strange bedfellows :
Patterns of Turkish and Russian security
assistance in the Syrian and Libyan civil wars,
Abdullah Al-Jabassini & Emadeddin Badi,
Mediterranean Politics
<https://doi.org/10.1080/13629395.2023.2183663>

Turkey’s asylum policies over the last century :
continuity, change and contradictions, Kemal
Kirişçi & Ayselin Yıldız, *Turkish Studies*
<https://doi.org/10.1080/14683849.2023.2178306>

Facing new security threats in an era of global transformations : Turkey's challenges of energy security, climate change and sustainability, Şuhnaz Yılmaz, *Turkish Studies*
<https://doi.org/10.1080/14683849.2023.2179918>

The historical roots of right-wing populism in Turkey : a spatial examination of the DP, ANAP, and AKP governments, Kursat Cinar, *Southeast European and Black Sea Studies*
<https://doi.org/10.1080/14683857.2023.2176195>

UKRAINE

Development for whom ? The case of USAID in Ukraine's Donbas, Oleksandr Svitych, *Review of International Political Economy*
<https://doi.org/10.1080/09692290.2023.2170444>

[The Geopolitical Chess Game : Ukraine's Interactions with the EU and Russia at the Onset of the War in Donbas](#), Alina Nychyk, *Problems of Post-Communism*

[Causes of the Crisis in Ukraine](#), Michael Dunford, *International Critical Thought*

UNITED ARAB EMIRATES

[Security assistance to surrogates – how the UAE secures its regional objectives](#), Andreas Krieg, *Mediterranean Politics*

UNITED KINGDOM

[Riding the Eurosceptic tiger vs taming it by technocracy : the UK and France as two ideal types of how to manage hard Euroscepticism](#), Andrew Glencross, *Journal of European Integration*

[The UK's new free trade agreements in the Asia-Pacific : how closely is it adopting US trade regulation ?](#), Christopher M. Dent, *The Pacific Review*

UNITED STATES

Presidential Partisanship and Legislative Cooperation in the U.S. Senate, 1993–2021, Lukas K. Alexander & Nicholas F. Jacobs, *Congress & the Presidency*
<https://doi.org/10.1080/07343469.2023.2167136>

Nothing to See Here : Republican Congressional Members' Twitter Reactions to Donald Trump, C. Danielle Vinson & Jacob M. Lollis, *Congress & the Presidency*
<https://doi.org/10.1080/07343469.2023.2174613>

Twenty years on : Intelligence and Security Committee and investigating torture in the 'war on terror', Peter Gill, *Intelligence and National Security*
<https://doi.org/10.1080/02684527.2023.2178606>

Counterinsurgency as fad : America's rushed engagement with irregular warfare, Thomas A. Marks & David H. Ucko, *Journal of Strategic Studies*
<https://doi.org/10.1080/01402390.2023.2179616>

The Trump era and counter migrant smuggling : a new geopolitical order on the US–Mexico borders ?, Nikolas Kouloglou, *Canadian Journal of Latin American and Caribbean Studies*
<https://doi.org/10.1080/08263663.2023.2174305>

[US-China Relations and Nuclear Weapons in Northeast Asia](#), Gregory Kulacki, *Journal for Peace and Nuclear Disarmament*

COMMUNICATION

An Agenda for Studying Credibility Perceptions of Visual Misinformation, Yilang Peng, Yingdan Lu & Cuihua Shen, *Political Communication*

<https://doi.org/10.1080/10584609.2023.2175398>

[Aligning populist worldviews of citizens to media preferences : peculiarities of an illiberal political context](#), Mojca Pajnik, Nejc Berzelak & Ajda Šulc, *East European Politics*

[How Rally-Round-the-Flag Effects Shape Trust in the News Media : Evidence from Panel Waves before and during the COVID-19 Pandemic Crisis](#), Erik Knudsen, Åsta Dyrnes Nordø & Magnus Hoem Iversen, *Political Communication*

Fairy Tales in War and Conflict : The Role of Early Narratives in Mass Psychology of Political Violence, Sophia Moskalenko, *Peace Review - A Journal of Social Justice*

<https://doi.org/10.1080/10402659.2023.2181662>

Exploring emotional discourses : The case of COVID-19 protests in the US media, Jill Yordy, Anna Durnová & Christopher M. Weible, *Administrative Theory & Praxis*

<https://doi.org/10.1080/10841806.2023.2176074>

‘Entangled in War Stories’ – Affect and Representations of War Narratives in Fanvids, Aleksandra Jaworowicz-Zimny, *Journal of War & Culture Studies*

<https://doi.org/10.1080/17526272.2023.2176405>

Positioning a Personal Political Brand on YouTube with Points of Different Visual Storytelling, Vagia Mochla, George Tsourvakas & Maro Vlachopoulou, *Journal of Political Marketing*

<https://doi.org/10.1080/15377857.2023.2165214>

DEMOCRACY

Can't buy me love : billionaire entrepreneurs' legitimization strategies in transnational climate governance, Marielle Papin & Philippe

Beauregard, *Environmental Politics*

<https://doi.org/10.1080/09644016.2023.2180909>

Alternative science, alternative experts, alternative politics. The roots of pseudoscientific beliefs in Western Europe, Fabio Bordignon, *Journal of Contemporary European Studies*

<https://doi.org/10.1080/14782804.2023.2177838>

ECONOMY

[Market making for the planet : the Paris Agreement Article 6 decisions and transnational carbon markets](#), Stephen Minas, *Transnational Legal Theory*

INTELLIGENCE

There Is No Such Thing as Open Source Intelligence, Joseph M. Hatfield, *International Journal of Intelligence and CounterIntelligence*

<https://doi.org/10.1080/08850607.2023.2172367>

Advancing intelligence analysis : using natural language processing on East Pakistani intelligence documents, Ryan Shaffer & Benjamin Shearn, *Intelligence and National Security*

<https://doi.org/10.1080/02684527.2023.2170744>

[Critical Intelligence Studies : A new framework for analysis](#), Samantha Newbery & Christian Kaunert, *Intelligence and National Security*

The Zerkani Network and the 2015 Paris and 2016 Brussels Attacks : An Illustration of Counter-Terrorism Dysfunction in Europe, Christine Andreeva, *Studies in Conflict & Terrorism*

<https://doi.org/10.1080/1057610X.2023.2178078>

MILITARY AFFAIRS

[Conceptualizing Civil War Complexity](#), Johan Brosché, Desirée Nilsson & Ralph Sundberg, *Security Studies*

Strategic studies and cyber warfare, Samuel Zilincik & Isabelle Duyvesteyn, *Journal of Strategic Studies*
<https://doi.org/10.1080/01402390.2023.2174106>

Grand strategy or grant strategy ? Philanthropic foundations, strategic studies and the American academy, Jeffrey H. Michaels & Matthew C. Ford, *Journal of Strategic Studies*
<https://doi.org/10.1080/01402390.2023.2174107>

'Hybrid warfare' as an academic fashion, Chiara Libiseller, *Journal of Strategic Studies*

The Impact of Diasporas on the Tactics of Rebel Groups : The Case of the IRA and Noraid, Ronit Berger Hobson & Ioana Emy Matesan, *Studies in Conflict & Terrorism*

The Need for a Commander, Henrik Syse, *Journal of Military Ethics*

Notes from the Underground : Profiles and Mobilization Dynamics of Pro-Russia Western Fighters in the Donbas—Insights from Italy, Francesco Marone, *Terrorism and Political Violence*
<https://doi.org/10.1080/09546553.2023.2171868>

How Peacekeepers Fight : Assessing Combat Effectiveness in United Nations Peace Operations, Paul D. Williams, *Security Studies*
<https://doi.org/10.1080/09636412.2023.2178965>

Proportionality in cyberwar and just war theory, Fredrik D. Hjorthen & James Pattison, *Ethics & Global Politics*

Just Coups : A Reconsideration of Domestic Military Action, E. Stefan Kehlenbach, *Journal of Military Ethics*
<https://doi.org/10.1080/15027570.2023.2176983>

NATIONAL SECURITY

The impact of security issues on government evaluation : evidence from the Arab World, Alon P. Kraitzman & Jessica Genauer, *Democratization*

POLITICS

Do Voting Advice Applications Affect Party Preferences ? Evidence from Field Experiments in Five European Countries, Micha Germann, Fernando Mendez & Kostas Gemenis, *Political Communication*

An empirical perspective on improving trust in a polarized age, Diana C. Mutz, *Critical Review of International Social and Political Philosophy*
<https://doi.org/10.1080/13698230.2023.2183598>

Segmenting Voters by Motivation to Use Social Media and Their Lifestyle for Political Engagement, Vagia Mochla, Georgios Tsourvakas & Iakovos Stoubos, *Journal of Political Marketing*
<https://doi.org/10.1080/15377857.2023.2168831>

Populism and crisis : Evidence from the periphery of Europe, Şenol Arslantaş & Düzgün Arslantaş, *Mediterranean Politics*
<https://doi.org/10.1080/13629395.2023.2180604>

Hostile terrain : on the spatial and affective conditions for revolution, Gastón Gordillo, *Territory, Politics, Governance*
<https://doi.org/10.1080/21622671.2023.2172450>

Learning from precedent : how the British Brexit experience shapes nationalist rhetoric outside the UK, Marco Martini & Stefanie Walter, *Journal of European Public Policy*

Did the pandemic spread populism ? comparative study on the transformations of citizen movements in Chile and Hong Kong,

Juan Enrique Serrano-Moreno & Susana
Alejandra Osorio Solano, *Social Movement Studies*
<https://doi.org/10.1080/14742837.2023.2178405>

We don't need no education ? Education policies
of Western European populist radical right
parties, Anne Espeland Berg, Jens Jungblut &
Anders Ravik Jupskås, *West European Politics*
<https://doi.org/10.1080/01402382.2023.2177010>

TERRORISM

Insurgent and terrorist groups' participation in
politics reduces violence, Michelle Black & Rula
Jabbour, *Dynamics of Asymmetric Conflict*
<https://doi.org/10.1080/17467586.2023.2182445>

The uninvited guest : understanding Islamic
State's alliances and rivalries in the Afghanistan-
Pakistan region, Amira Jadoon, Nakissa
Jahanbani & Emma Fruchtman, *Asian Security*
<https://doi.org/10.1080/14799855.2023.2173581>

Why do some terrorist campaigns escalate to
civil wars but others do not ?, Ibrahim
Kocaman, Isa Haskoğlu & Mustafa Kirisci,
Dynamics of Asymmetric Conflict
<https://doi.org/10.1080/17467586.2023.2182446>

Successful for whom ? : an examination of the
general deterrent impact of the targeted killing
of terrorist leaders on global terrorist fatalities,
Daren Fisher & Michael H. Becker, *Behavioral
Sciences of Terrorism and Political Aggression*
<https://doi.org/10.1080/19434472.2023.2172444>

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°31 - 10. März 2023

Wer definiert die geheime geopolitische Agenda des Westens ?

Der chinesische Präsident Xi Jinping erklärte auf beiden Parlamentssitzungen, dass die Vereinigten Staaten den gewaltigsten Angriff der Geschichte auf China gestartet haben, den seiner "Eindämmung". Er erinnerte an den Vorwurf des Völkermords der Uiguren und der Zerstörung des Islam, während 150 Millionen Touristen selbst überprüfen konnten, dass der Islam eine Kultur in China wie jede andere ist und dass es keine Infrastruktur gebe, um 1,5 Millionen Menschen einzusperren.

Der chinesische Außenminister [Qin Gang](#) hat öffentlich von einer "unsichtbaren Hand" gesprochen, die auf die Verlängerung und Eskalation des West-Ost-Konflikts drängt, indem sie die Ukraine-Krise nutzt, um bestimmten geopolitischen Agenden zu dienen.

Peking stimmt damit der Analyse Moskaus zu, die seit Februar 2022 das Vorgehen einer "[Bande von Drogenabhängigen und Neonazis](#)" anprangert.

Entgegen der gängigen Interpretation dieses Ausdrucks bezog sich der russische Präsident Wladimir Putin nicht nur auf ukrainische "integrale Nationalisten", sondern auch und vor allem auf die amerikanischen "Straussianer". Sie, und nur sie sind es, die die geheime geopolitische Agenda des Westens definieren.

Unter diesen Bedingungen muss der Putsch in Israel nach dieser geopolitischen Agenda interpretiert werden, weil er von den US-Straussianern angeführt wird. Bis jetzt waren Farbrevolutionen und andere Staatsstriche geheime Operationen sehr großer Mächte, um sich die Vorteile von Kriegen zu sichern, ohne sie zu führen. Dennoch scheint es, dass der [Regimewechsel in Israel](#) ausschließlich das Werk einer nichtstaatlichen US-Gruppe ist.

AMERIKA

Die Demokraten sind viel imperialistischer als die Republikaner

Laut einer Gallup-Umfrage :

- 20% der amerikanischen Erwachsenen denken, dass die Vereinigten Staaten "die führende Rolle"

in der Weltpolitik übernehmen sollten.

- 45% von allen denken, dass die Vereinigten Staaten "eine wichtige Rolle" in globalen Angelegenheiten spielen sollten ; 39% der Republikaner, 42% der Unabhängigen und 56% der Demokraten stimmen dem zu.
- 27% von allen glauben, dass die Vereinigten Staaten "eine kleinere Rolle" in der Weltpolitik spielen sollten.
- 7% von allen glauben, dass die Vereinigten Staaten "keine Rolle" in der Weltpolitik spielen sollten.

US-Ureinwohner umgehen das Bureau of Indian Affairs

Ein Indianerstamm von etwa 600 Menschen, die Muwekma Ohlone aus Kalifornien, versucht, die Anerkennung des Bundes zu erlangen, nachdem er 1927 für "ausgestorben" erklärt wurde. Anstatt jedoch sich an das Bureau of Indian Affairs zu wenden, ging dieser Stamm zum Kongress, was andere Indianer wütend machte.

Die föderale Anerkennung eröffnet alle Arten von Rechten, einschließlich des Rechts, steuerfreie Casinos einzurichten. Nur 574 Stämme sind anerkannt. Indianergruppen spalteten sich von ihrem Stamm ab, um zu versuchen, die wertvollen Vorteile für sich zu erlangen.

Daher müssen die Antragsteller beim Bureau of Indian Affairs eine Akte einreichen, aus der hervorgeht, dass ihre Gruppe als eigenständige und kontinuierliche Gemeinschaft seit 1900 existiert, dass sie politischen Einfluss oder Autorität ausgeübt hat und dass ihre Mitglieder von einem historischen Indianerstamm abstammen und nicht anderen Stämmen angehören.

Mit seinem verfassungsmäßigen Vorrecht kann der Kongress dieses Verfahren außer Kraft setzen.

Biden schlägt Stimmrechtsreform vor

Präsident Joe Biden hat vorgeschlagen, die Wahlgesetze jedes Staates zu ändern, um sie zu harmonisieren. Der Gesetzentwurf würde sie verpflichten, die Wählerregistrierung am Tag ihres Antrags anzunehmen, den Wahltag zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen und 15 Tage vorzeitige Stimmabgabe vorzuschreiben. Er würde auch eine universelle Briefwahl erfordern, ein vom Steuerzahler unterstütztes öffentliches Finanzierungssystem für die Repräsentantenhaus-Wahlen und die Fähigkeit der Staaten, neue Wahlbezirke zu zeichnen, einschränken.

Gleichzeitig besteht ein Prozess zwischen dem Kongress von North Carolina und der Bundesverwaltung vor dem Obersten Gerichtshof. Es geht darum, dass die Bundesverwaltung nicht für die Organisation von Wahlen zuständig ist, sondern ausschließlich der Landesgesetzgeber.

10 Minuten Diskussion zwischen Blinken und Lawrow

Staatssekretär Antony Blinken sprach zehn Minuten mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow am Rande des G20-Außenministertreffens in Neu-Delhi. Laut der US-Presse ermahnte er ihn wegen der Invasion der Ukraine. Laut Lawrows Sprecherin Maria Sacharowa läutet diese Inszenierung nur die Wahlen in den USA ein.

Ein Präsidentschaftskandidat verlangt von jedem seiner Wähler 1 Dollar

Der Vegan-Kandidat für die republikanische Präsidentschaftsnominierung, Vivek Ramaswamy, hat eine Spendenkampagne gestartet, bei der er von jedem Wähler, der an seine Anti-Woke-Plattform glaubt, nur einen Dollar verlangt.

Steve Bannon denunziert Rupert Murdoch

Steve Bannon war der am meisten beklatschte Redner beim republikanischen CPAC-Treffen am vergangenen Wochenende. Er konzentrierte seine Rede auf eine Anprangerung des "Verrats" des australisch-britischen Rupert Murdoch, des Eigentümers von Fox News. Er warf ihm vor, die Kandidatur des ehemaligen Präsidenten Donald Trump zugunsten des Gouverneurs von Florida, Ron DeSantis, entgleisen lassen zu wollen.

Angebliche US-Waffenlieferungen an die Ukraine abgesagt

Laut dem Sprecher der russischen Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, lässt Washington, gegen allen Anschein, den Krieg in der Ukraine durch seine Verbündeten finanzieren. Die USA sind erst der zwölfte Staat, der die Rechnung mit 0,37% ihres BIP bezahlt, der erste ist Polen mit 2,1% seines BIP. Darüber hinaus müssen die europäischen Staaten, und nur sie, die Konsequenzen ihrer einseitigen Zwangsmaßnahmen tragen. Die Vereinigten Staaten werden die Abrams-Panzer, die sie der Ukraine versprochen haben, nicht schicken. Diese seien für dieses Terrain ungeeignet, sagte der Nationale Sicherheitsberater Jacob Sullivan. Ihm zufolge hatte Washington ihre Lieferung nur angekündigt, um seine Verbündeten davon zu überzeugen, dasselbe zu tun. Sobald sie zugestimmt hatten, konnte das Versprechen widerrufen werden.

Kriegsmachtgesetz in Frage gestellt

Der republikanische Abgeordnete Matt Gaetz (Florida) hat zwei Gesetzesentwürfe ([H.Con. Res.20](#) und [H.Con. Res.21](#)) eingebracht, die Präsident Biden verpflichten, innerhalb von 15 Tagen oder 3 Monaten die in Syrien stationierten US-Truppen abzuziehen. Diese militärische Präsenz ist nach US-

amerikanischem Recht legal (*War Powers Resolution*, verabschiedet während des Vietnamkrieges), während sie nach internationalem Recht illegal ist. Sie werden nächste Woche im Plenum debattiert.

Offizielle Version des Kapitol-Angriffs in Frage gestellt

Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy, hat neue Videoaufnahmen der Erstürmung des Kapitols am 6. Januar 2021 entdeckt. Einige Clips wurden vom Reporter Tucker Carlson auf *Fox News* ausgestrahlt. Sie zeigen, dass die seitdem Festgenommenen nicht den Kongress stürmten, sondern sich, von der Polizei eskortiert, frei bewegten. Diese Videos untergraben die Version des Untersuchungsausschusses des vorherigen Kongresses, ohne jedoch alle Teilnehmer an diesem Tages freizusprechen.

Die von NYT dargestellte Sabotage von Nord Stream

Die *New York Times* wies die Enthüllungen von Seymour Hersh zurück und behauptete, der US-Geheimdienst habe die pro-ukrainische Gruppe identifiziert, die angeblich die Nord Stream-Pipelines sabotiert hat.

Die Zeit und die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender ARD und SWR glaubten, das Boot identifiziert zu haben, das den Sprengstoff gebracht hat. Die deutsche Staatsanwaltschaft ließ es durchsuchen, aber ohne Erfolg. Die ukrainische Präsidentschaft bestritt, an der Sabotage beteiligt gewesen zu sein.

US-Amerikaner trauen Joe Bidens Ukraine-Politik nicht

Laut einer Umfrage des *Associated Press-NORC Center for Public Affairs Research* vertrauen 19 Prozent der Amerikaner Biden, mit der Situation in der Ukraine fertig zu werden, 37 Prozent sagen, dass sie nur teilweise Vertrauen

haben, und 43 Prozent haben praktisch kein Vertrauen.

Kongress droht Mexiko mit militärischem Angriff

Die Senatoren Lindsey Graham (South Carolina) und John Kennedy (Louisiana) haben einen Gesetzentwurf eingebracht, der neun mexikanische Kartelle zu "ausländischen Terrororganisationen" erklärt und den Einsatz von US-Militärgewalt autorisiert.

Seit dem neunzehnten Jahrhundert haben die Vereinigten Staaten oftmals Kriege gegen Mexiko geführt.

Der Kampf um Gasherde geht weiter

Die *Consumer Product Safety Commission* erwägt, wie Gasherde verboten werden könnten. Der Streit dreht sich nicht mehr um die Emission von Methan [Hauptbestandteil des Erdgas], das die globale Erwärmung verursachen soll, sondern um die Gefahr für die Nutzer des Gases. Es wäre also eine Frage der Gesundheit.

Industrielle reagierten mit der Veröffentlichung einer Studie, die zeigt, dass gesundheitsschädliche Partikel in einer Küche nicht vom Gas, sondern von gekochten Lebensmitteln kommen.

Argentinien stellt leoninische Abkommen des Falklandkrieges in Frage

Der argentinische Außenminister Santiago Cafiero informierte seinen britischen Amtskollegen James Cleverly am Rande des G20-Außenministertreffens in Neu-Delhi über die Aussetzung des Abkommens von 2016. Am Ende des Falklandkrieges zwang das Vereinigte Königreich Argentinien einen leoninischen Frieden auf. Dazu gehörte eine Vereinbarung, die nie veröffentlicht wurde, die es der argentinischen Luftwaffe verbot, über den Süden des Landes zu fliegen und die die Flugsicherheit dieser riesigen Region der Royal Air Force anvertraut. Damit kontrolliert London

einen Großteil der Antarktis und der Ozeane. In einer Erklärung sagte Santiago Cafiero : "Argentinien hat versucht, bei konkreten Themen wie Luftfahrt, wissenschaftlichen Aktivitäten in der Antarktis oder der Erhaltung und dem Schutz der Fischereiresourcen zusammenzuarbeiten, ohne dass der von Argentinien gezeigte Wille erwidert wurde."

EUROPA

Bericht über den Bombenanschlag von Manchester Arena

Der [dritte Band](#) der Untersuchung des Bombenanschlags von Manchester Arena (22. Mai 2017) ist erschienen.

Er hebt die Mängel des MI5 hervor, der, wie es scheint, die tausend Verwundeten hätte verhindern können.

Der Terrorist Salman Abedi war der Sohn des [MI6-Agenten Ramadan Abedi](#), der eine wichtige Rolle beim Arabischen Frühling und dem Sturz der Libysch-Arabischen Dschamahirija spielte.

Weder der damalige Premierminister David Cameron noch der Direktor des MI6, Sir Alex Younger, wurden von der Untersuchungskommission angehört. Sie beantwortet keine der wichtigen Fragen, die gestellt wurden.

Großbritannien erwägt Gesetz gegen illegale Einwanderung

Premierminister Rishi Sunak hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der jedem, der illegal nach Großbritannien einreist, den Aufenthalt dort verbietet. Personen, die illegal per Boot einreisen, können in ihr Land oder in ein Drittland zurückgeschickt werden.

BBC-Moderator Gary Lineker wurde zur Ordnung gerufen, nachdem er erklärt hatte : "Dies ist einfach eine Politik der unermesslichen Grausamkeit, die sich gegen die am stärksten

gefährdeten Menschen richtet, mit einem Vokabular, das nicht weit von dem entfernt ist, das Deutschland in den 30er Jahren verwendete."

Die britische Innenministerin Suella Braverman sagte gegenüber Sky News : "Wir sind zuversichtlich, dass die gestern angekündigten Maßnahmen im Einklang mit unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen stehen, einschließlich der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Europäischen Menschenrechtskonvention."

Franzosen gegen Macrons Renten-Reform

Zwischen 1,5 und 3 Millionen Franzosen demonstrierten diese Woche gegen das Rentengesetz von Präsident Macron. Das ist beachtlich, aber erschüttert den Élysée-Palast nicht, der seine Reform so fortsetzen will, als wäre nichts geschehen.

82% der Franzosen im Berufsalter sind gegen diese Reform und sagen, sie seien "sehr wütend".

Deutschland jetzt unabhängig von russischen Kohlenwasserstoffen

Deutschland hat bei Gas, Kohle und Öl die Unabhängigkeit von Russland erreicht. Bundeskanzler Olaf Scholz sagte : "Vor einem Jahr hat niemand damit gerechnet, dass wir wirtschaftlich aus einer Situation herauskommen, in der es keine Gasversorgung aus Russland nach Deutschland und in weite Teile Europas geben würde."

Deutschland beschuldigt Iran zu Unrecht

Bei einem Besuch im Irak warf die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock dem Iran Raketenangriffe außerhalb seiner Grenzen vor. "Diese Angriffe gefährden sowohl die Zivilbevölkerung als auch die Stabilität der Region", sagte sie. Der Sprecher des iranischen

Außenministeriums, Nasser Kanaani, antwortete : "Anstatt grundlose Anschuldigungen gegen den Iran zu erheben, um die Verbrechen der ehemaligen deutschen Regierung zu verbergen, welche Saddams [Hussein] Regime unterstützte und es mit chemischen Waffen für den Einsatz gegen iranisches und irakisches Militär und wehrlose Zivilisten versorgte, erwartet man eher, dass sich der deutsche Außenminister in erster Linie für den beschämenden Umgang der Bundesregierung gegenüber dem iranischen und irakischen Volk in der Vergangenheit entschuldigt."

Seit Ayatollah Khomeini ist es eine ständige Militärdoktrin der iranischen Armeen, niemals Massenvernichtungswaffen einzusetzen, die Zivilisten erreichen könnten.

Olaf Scholz im Einzelgespräch mit Joe Biden

Bundeskanzler Olaf Scholz traf sich mit US-Präsident Joe Biden im Weißen Haus. Das Interview ohne Zeugen dauerte eine Stunde. Der Kanzler bestand absolut darauf, privat mit Präsident Biden zu sprechen. Am Ende dieses Treffens wurde kein Kommentar abgegeben. Die beiden Männer haben möglicherweise die Sabotage der Nord Stream-Gaspipelines durch die Vereinigten Staaten und Norwegen und die katastrophalen Folgen für die deutsche Wirtschaft angesprochen.

Norwegen profitiert von Nord Stream-Sabotage

Norwegen hat seit der Sabotage der russisch-deutsch-französisch-niederländischen Nord Stream-Pipelines seine Öleinnahmen verdreifacht. Im Jahr 2022 verdiente es 1457 Milliarden Kronen oder 131 Milliarden Euro. Seymour Hersh enthüllte, dass das Weiße Haus Norwegen für diese Sabotage benutzt hatte.

Johannes Paul II. hat pädophile Priester nicht denunziert

Das polnische Fernsehen TVN24 nannte drei pädophile Priester, die der spätere Papst Johannes Paul II., damals bekannt als Monsignore Karol Wojtyla, in den 1970er Jahren zwischen Pfarreien wechselte oder in ein Kloster schickte, darunter einen, der nach Österreich geschickt wurde.

Wojtyla war von 1964 bis 1978 Erzbischof von Krakau, als er Papst Johannes Paul II. wurde. Er starb 2005 und wurde 2014 heiliggesprochen.

Ungarn für einen Waffenstillstand in der Ukraine

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sagte, die wichtigste Errungenschaft des Krieges sei, dass "Europa sich aus der Debatte zurückgezogen hat".

Der ungarische Außen- und Handelsminister Peter Szijarto sagte, die 10 Sanktionspakete der EU gegen Russland seien nutzlos. Ihm zufolge muss das vorrangige Ziel darin bestehen, das Massaker zu stoppen. Dies kann nur durch einen Waffenstillstand erreicht werden.

Europäische Staaten und Israels Entwicklung

In einer gemeinsamen Erklärung verurteilten die Außenminister Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Polens, Spaniens und des Vereinigten Königreichs scharf "die wahllose Gewalt israelischer Siedler gegen palästinensische Zivilisten, einschließlich der Zerstörung ihrer Häuser und ihres Eigentums". Sie forderten Israel auf, die Täter vor Gericht zu stellen. Sie erinnerten daran, dass israelische Siedlungen auf palästinensischem Gebiet nach internationalem Recht illegal seien. Sie betreffen heute 750 000 Siedler.

Dagegen bereitet Ungarn, das Benjamin Netanjahus Sohn zu einer Konferenz eingeladen hatte, die Verlegung seiner Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem vor. Es wäre das fünfte

Land, das dies nach den Vereinigten Staaten, Guatemala, Honduras und dem Kosovo tun würde.

Die EU und die Produktion von 155-mm-Granaten

Der EU-Kommissar für den Binnenmarkt, der Franzose Thierry Breton, erwägt einen Plan zur Unterstützung der Munitions-Hersteller von 155-mm-Granaten. Es geht sowohl um die Versorgung der Ukraine als auch um die Auffüllung der Bestände der EU-Armeen. Aufgrund von Outsourcing-Problemen können diese Bemühungen erst in einem weiteren Jahr geregelt werden.

Die Schweiz hebt anti-syrische "Sanktionen" auf

Die Schweiz, Sitz des Internationalen Roten Kreuzes, hat beschlossen, ihre einseitigen Zwangsmassnahmen gegen Syrien aufzuheben, um die Arbeit humanitärer Organisationen mit Erdbebenüberlebenden zu erleichtern.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Glencore verurteilt

New Yorker Richterin Loma G. Schofield verhängte der transnationalen *Glencore* eine Geldstrafe in Höhe von 428,5 Millionen US-Dollar und eine Strafkonzisierung von 272,2 Millionen US-Dollar wegen Korruption im Ausland. Die Geldbuße wird auf drei Begünstigte aufgeteilt : 262,6 Millionen US-Dollar für die Vereinigten Staaten, 136,2 Millionen US-Dollar für das Vereinigte

Königreich und 29,7 Millionen US-Dollar für die Schweiz, wo Glencore seinen Hauptsitz hat. Glencore ist der weltweit größte Rohstoffbroker mit einem Umsatz von 256 Milliarden US-Dollar im Jahr 2022. Es gilt als "das verantwortungsloseste multinationale Unternehmen der Welt" und machte Schlagzeilen. Sein Gründer, Marc Rich, wurde wenige Stunden vor dem Ende seiner Amtszeit von Präsident Bill Clinton amnestiert. Sein Referenzaktionär ist Katar.

Serbien wird Kosovo nicht anerkennen

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić wollte nach einem Treffen mit dem kosovarischen Premierminister Albin Kurti in Brüssel seine Mitbürger beruhigen. Er sagte dem serbischen Radio und Fernsehen : "Solange ich Präsident bin, werde ich keine offizielle oder inoffizielle Anerkennung des Kosovo unterzeichnen oder akzeptieren, dass der Kosovo der UNO beitrifft."

Die kosovarische Seite warf ihm daraufhin vor, böswillig zu verhandeln.

Die große Säuberung in der Ukraine geht weiter

Präsident Wolodymyr Selenskyj entließ Vasil Luzhynskiy, stellvertretender Minister für kommunale Entwicklung, wegen des Verdachts, Bestechungsgelder erhalten zu haben und Verträge zu überhöhten Preisen für Lebensmittel für das Militär abzuschließen. Mit dem Dekret Nr. 130/2023 wurde Oleksandr Yakushev als stellvertretender Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) entlassen.

Mit dem Dekret Nr. 131/2023 wurde Oleksandr Provorotov als Leiter der Abteilung für wirtschaftliche Aktivitäten der SBU-Agentur entlassen.

Mit dem Dekret Nr. 132/2023 wurde Ihor Nosko seines Amtes als Leiter der SBU-Abteilung zum Schutz von Staatsgeheimnissen

enthoben. Durch das Dekret Nr. 135/2023 wurde er durch Oleh Khramov ersetzt. Durch die Dekrete Nr. 133/2023 und 134/2023 wurden Borys Bezrukyi und Eduard Fedorov von ihren Ämtern als Leiter der Büros Saporischschja und Sumy des SBU entlassen. Letzterer wurde durch das Dekret Nr. 136/2023 von Oleh Krasnoshapka ersetzt.

Voltaire Netzwerkanalyse

- "[Der Strauss'sche Putsch in Israel](#)", von Thierry Meyssan
Obwohl Beobachter einen Krieg Israels gegen einen seiner Nachbarn vorhersagten, wird der jüdische Staat jedoch von niemandem angegriffen. Er hat Gegner, aber keinen Feind, außer sich selbst. Seine politische Organisation, die durch keine Verfassung definiert ist, ist umso leichter zu stürzen. Die Straussianer, die im Außenministerium und im Weißen Haus an der Macht sind, führen nun den Wechsel seines Regimes durch. Demonstrationen folgen aufeinander im ganzen Land, um zu verhindern, dass dieses Land in den Worten eines ehemaligen Mossad-Direktors "zu einem rassistischen und gewalttätigen Staat wird, der nicht überleben kann". Aber wahrscheinlich ist es schon zu spät.

- "[Kriege der NATO : die verschwiegene Geschichte](#)" von Manlio Dinucci
Die atlantische Kommunikation über den Krieg in der Ukraine ignoriert die Geschichte der NATO : die illegalen Kriege in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien und noch mehr die Osterweiterung des Bündnisses.

Belarussische Präsidentchaftskandidatin in Abwesenheit verurteilt

Die ehemalige Präsidentchaftskandidatin [Svetlana Tichanowskaja](#) wurde nach einem Prozess in Abwesenheit wegen Verschwörung zum Sturz der Regierung zu 15 Jahren

Gefängnis verurteilt.

Sie hatte 10% der Stimmen erhalten und war nach Litauen geflohen und beklagte sich über Verschwörung.

Die Angriffe auf russischen Boden des "Russischen Freiwilligenkorps in der Ukraine"

Am 2. März wurden in Brjansk zwei Zivilisten getötet und ein Kind verletzt. Die Behörden meldeten einen Einfall ukrainischer Terroristen, den Kiew energisch bestritt und die Russen beschuldigte, ihre eigene Bevölkerung einschüchtern zu wollen. Das russische Außenministerium warf den Angreifern daraufhin vor, "NATO-Waffen" eingesetzt zu haben, und warf damit die Frage nach der Rolle des Atlantischen Bündnisses bei dieser terroristischen Operation auf.

Am 3. März erteilte die *Financial Times* jedoch einem deutschen Neonazi-Aktivisten, Denis Kapustin (gebürtiger Russe), vom russischen Freiwilligenkorps (KDR) in der Ukraine das Wort, der die Verantwortung für den Angriff übernahm und sagte, er habe ihn in Koordination mit Kiew durchgeführt. Dies ist die Gruppe, die die Verantwortung für die Ermordung von Darya Dugina (der Tochter von Alexander Dugin) im August 2022 in Moskau übernommen hatte.

Der FSB sagte auch, dass er ein Strafverfahren gegen das Freiwilligenkorps wegen eines versuchten Mordes an dem Milliardär Konstantin Malofejew im August 2022 eingeleitet habe. Kurz nach dem Putsch 2014 in Kiew finanzierte Konstantin Malofejew eine Kosakenformation im Donbass. Nach der Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen stellte er jedoch jegliche Einmischung in ukrainische Angelegenheiten ein.

Beziehungen zwischen der russischen Armee und der Wagner-Gruppe

Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu diskutierte in Mariupol mit den Leitern der an der militärischen Sonderoperation beteiligten Einheiten die Situation im Einsatzgebiet und die nötigen Pläne für die nächste Etappe. Er betonte die Notwendigkeit, "alle notwendigen Bedingungen zu schaffen, um den Einsatz von Personal in den Bereichen der militärischen Operationen zu ermöglichen, sowie die gesamte Unterstützung dieser Truppen zu organisieren, einschließlich der Arbeit der medizinischen Einheiten und Unterstützungseinheiten, die sich von der Front zurückziehen".

Jewgeni Prigoschin nahm an diesem Treffen nicht teil. Am nächsten Tag veröffentlichte er ein Video, das einen möglichen Rückzug seiner privaten Militärfirma, der Wagner-Gruppe, von der Bachmut-Front nahelegte.

Die Spannungen zwischen der russischen Armee und der Wagner-Gruppe beziehen sich eindeutig auf die mögliche Teilnahme der Wagner-Gruppe an den strategischen Sitzungen des Generalstabs.

Beziehungen zwischen Wolodymyr Selenskyj und dem Chef seiner Streitkräfte

Laut der deutschen Zeitschrift *Bild* wollte der Oberbefehlshaber der ukrainischen Armeen, General Valery Zaluschny, seine Truppen vor drei Wochen aus Bachmut abziehen, als Krasna Hora fiel. Es war Präsident Selenskyj, der ihm befahl, die Stellung unabhängig von den ukrainischen Opfern aufrechtzuerhalten.

Transparency International in Russland verboten

Der Generalstaatsanwalt Russlands erklärte die Aktivitäten der NGO Transparency International (TI) auf dem Territorium der Russischen Föderation für unerwünscht.

Obwohl TI seinen Hauptsitz in Berlin hat, ist die NGO notorisch ein Ableger der US-Regierung.

Russland führt vereinfachte Visa ein

Russland hat ein vereinfachtes Visasystem mit Bahrain, Oman, Saudi-Arabien, Bahamas, Barbados, Haiti, Sambia, Kuwait, Malaysia, Mexiko und Trinidad und Tobago eingeführt. Es wird gerade auf Angola, Indien, Indonesien, die Philippinen, Syrien und Vietnam ausgedehnt.

"Wir können gemeinsam mit anderen Ländern den letzten Nagel in den Sarg der neokolonialen Bestrebungen der westlichen Welt schlagen"

Der ehemalige Präsident und derzeitige stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates Russlands, [Dmitri Medwedew](#), sagte : "Die scharfe Klinge der Turbulenzen in den internationalen Beziehungen hat den Abszess der alten Probleme unserer Welt geöffnet. Viele Jahrzehnte lang wurden sie mit "politischen Pflastern" behandelt, anstatt die Ursachen der Krankheit zu beseitigen. Ein Abszess kann jedoch nicht ewig dauern. Die Zeit ist reif für internationale Operationen, um den bösartigen Tumor der kolonialen Vergangenheit zu entfernen."

"Das Vereinigte Königreich wird niemals den Chagos-Archipel an Mauritius abgeben, und Frankreich wird niemals Mayotte an die Union der Komoren oder die Epars-Inseln an Madagaskar abgeben. Daher haben sie erst in jüngster Zeit die Richtigkeit des Widerstands gegen die Überreste neokolonialer Praktiken und die Auferlegung perverser kultureller Einstellungen aus ehemaligen westlichen Metropolen verstanden."

AFRIKA

Marokko positioniert sich auf dem Markt des Cannabis-Extrakt

Die *Bio Cannat* Kooperative in Marokko hat die Einweihung der ersten Cannabisverarbeitungsanlage und die Gewinnung von Materialien für die Lebensmittel- und Medizinindustrie (Cannabidiol, Cannabigerol, Cannabinol und andere) angekündigt.

Cannabis ist eine traditionelle Produktion im Maghreb. Marokko nutzte die Prohibition im Westen aus und wurde zum Hauptexporteur nach Europa. Dieser Markt wird jedoch durch die Entkriminalisierung in vielen europäischen Ländern in Frage gestellt.

Malische Imame gegen den Verfassungsentwurf

Die malische Liga der Imame und Gelehrten für islamische Solidarität in Mali (Limama) rief am 19. März dazu auf, gegen den Verfassungsentwurf der Übergangsregierung von Oberst Assimi Goïta zu stimmen. Ihr zufolge "muss dieses Wort Säkularismus in all seinen Formen vom grundlegenden Text gereinigt und durch den multikonfessionellen Staat ersetzt werden. Wir vertrauen den Übergangsbehörden, wir vertrauen auf ihren patriotischen Geist, ihre Intelligenz, um den Wunsch von 95% der Malier wahrzunehmen, indem sie unsere Bitte annehmen."

Zentralafrikanische Republik verurteilt westliche Plünderungen

Auf einem UN-Gipfel in Katar sagte der Präsident der Zentralafrikanischen Republik, Faustin-Archange Touadéra : "Seit ihrer Unabhängigkeit ist die Zentralafrikanische Republik systematischen Plünderungen ausgesetzt, die durch die politische Instabilität einiger westlicher Länder [und] durch bewaffnete terroristische Gruppen, deren Führer

ausländische Söldner sind, erleichtert wird (...)
Die wiederholten Angriffe [durch bewaffnete Gruppen] zielen darauf ab, das Land unregierbar zu machen und den Staat daran zu hindern, sein Recht auf Souveränität über Naturschutzgebiete und sein legitimes Recht auf Selbstbestimmung auszuüben."

Er verurteilte auch "das ungerechte und illegitime Waffenembargo gegen die zentralafrikanischen Streitkräfte und für zentralafrikanische Diamanten" sowie "die Desinformations- und Dämonisierungskampagnen bestimmter ausländischer Medien, um Investoren abzuschrecken".

François Bozizé von Washington abgedeckt

Der Abgang des ehemaligen Präsidenten der Zentralafrikanischen Republik, François Bozizé, wurde vom US-Außenministerium organisiert. In N'Djamena nahm er einen von Tschads Übergangspräsident Mahamat Idriss Déby Itno gebuchten Sonderflug nach Guinea-Bissau, wo ihm von Präsident Umaro Sissoco Embaló Asyl gewährt wurde.

Emmanuel Macrons schwierige Reise in den Kongo

Etwa zwanzig politische Parteien und 150 NGOs haben Erklärungen abgegeben, in denen sie erklären, dass der französische Präsident Emmanuel Macron in Kinshasa nicht willkommen sei. Tatsächlich hat Frankreich, das die militärische Unterstützung Ruandas für die separatistische Gruppe M23 wiederholt verbal verurteilt hat, nie etwas gegen Kigali unternommen.

Seit 40 Jahren folgen Kriege in der Region der Großen Seen (Kongo, Burundi, Uganda, Ruanda) ohne Unterbrechung aufeinander und forderten insgesamt mindestens sechs Millionen Tote. Sie werden von westlichen Mächten (Frankreich, USA, Israel, Großbritannien)

bewusst aufrechterhalten, um den außergewöhnlichen Naturreichtum dieser Region plündern zu können.

In Kinshasa erklärte dann Präsident Macron : "Seit 1994 ist es nicht die Schuld Frankreichs, Sie waren nie in der Lage, die militärische, sicherheitspolitische oder administrative Souveränität Ihres Landes wiederherzustellen. Es ist eine Realität. Man darf Schuldige nicht draußen suchen."

Deeskalation zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda

Angola, das von der Afrikanischen Union (AU) ernannt worden war, um die Deeskalationsbemühungen zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda zu leiten, gab bekannt, dass es sich mit der M23 auf eine Einstellung der Feindseligkeiten am 7. März Mittag geeinigt habe.

Russland schenkt Malawi Dünger

Seit Beginn der einseitigen Zwangsmaßnahmen gegen Russland (von der atlantischen Propaganda als "Sanktionen" dargestellt), hat Russland 260 000 Tonnen Dünger nach Afrika exportiert und oft gespendet. Moskau hat Malawi gerade 20 000 Tonnen geschenkt.

Südafrika verkleinert seine Botschaft in Tel Aviv

Das südafrikanische Parlament verabschiedete eine Resolution, in der die Regierung aufgefordert wurde, ihre Vertretung in Israel angesichts der politischen Entwicklungen zu reduzieren. Es ist der erste Staat, der Schlussfolgerungen aus dem Plan der Koalition von Benjamin Netanjahu zur Reform der Institutionen zieht.

Israel ist seit langem der einzige Verbündete des südafrikanischen Apartheidregimes. [Diese Allianz](#) wurde von Yitzhak Rabin und Shimon Peres ausgehandelt.

ASIEN

Israelische Armee bedrängt ehemaligen Knesset-Sprecher

Die israelische Armee hinderte eine Demonstration von Juden daran, das Dorf Huwara zu betreten, um Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung auszudrücken, nachdem das Dorf von 400 jüdischen Siedlern zerstört worden war. Der ehemalige Knesset-Sprecher Avraham Burg wurde von Soldaten gestoßen, die ihn zu Fall brachten.

UN-Menschenrechtsrat lenkt Untersuchung der Explosion des Hafens von Beirut ab

Eine Gruppe westlicher Staaten, angeführt von Australien, forderte auf der 52. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats eine unparteiische Untersuchung ohne politische Einmischung in die Explosion im Hafen von Beirut am 4. August 2020.

Die verschiedenen Richter, die bisher ermittelt haben, wollten zeigen, dass eine der Gemeinden außerhalb von ihnen für dieses Chaos verantwortlich war. Daher stritten sie sich untereinander wie während der Ermittlungen zur Ermordung von Rafik Hariri. In beiden Fällen übersahen sie die offensichtlichsten Hinweise. Die Explosion des Hafens verursachte eine pilzförmige Wolke, die in keinem Fall vom Dünger stammen kann. Es ist eine einfache Beobachtung, die alle Zündwerker und Feuerwehrleute vergeblich erklärt haben. Die australische Erklärung kann daher nur zur Verwirrung beitragen, da sie festlegt, dass die Untersuchung keine politische Spur berücksichtigen darf.

Selbstkritik der Hamas

Die Hamas hat eine tiefe Selbstkritik unternommen. Sie gab zu, dass die Muslimbruderschaft sie von ihrem Ziel, das

palästinensische Volk zu befreien, abgebracht habe. So unterhält die Türkei, die die Bruderschaft schützt, gute Beziehungen zu Israel, während Syrien, das gegen die Bruderschaft kämpft, immer noch Krieg mit Tel Aviv führt. Viele arabische Staaten haben beschlossen, ihre Botschaften in Damaskus wieder zu öffnen, weshalb die Hamas auch den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad besucht hat. Die Chefs des Politbüros der Hamas, Khaled Mesh'al, und dann Ismail Haniyya, lehnten die Neuorientierung ab. Sie werden nun durch Yahya Sinwar ersetzt, der schon 2017 die Notwendigkeit angekündigt hatte, sich wieder mit Syrien zu verbinden.

Chef des Vereinigten US-Generalstabs besucht Syrien illegal

Syrien hat den illegalen Besuch des Vorsitzenden des US-Generalstabs, General Mark Milley, auf seinem Hoheitsgebiet aufs Schärfste verurteilt.

Die Vereinigten Staaten besetzten das nordöstliche Viertel des Landes, wo sie 900 Mann unterhalten. Sie beaufsichtigen kurdische Söldner, die einen autonomen Staat, Rojava, ausgerufen haben. Gemeinsam beuten sie die Ölfelder aus. Die Hälfte der Einnahmen wird Söldnern zugeschrieben, die andere Hälfte der CIA. Diese ist somit ein schwarzer Fonds, mit dem sie Operationen auf der ganzen Welt finanziert, ohne dem Kongress Bericht zu erstatten. Der Gesamtwert des von den Vereinigten Staaten aus Syrien gestohlenen Öls liegt jetzt bei 107 Milliarden Dollar. Auch die Türkei hat auf diese starke Unterstützung kurdischer Terroristen reagiert. Das Außenministerium bestellte den US-Botschafter in Ankara, Jeff Flake, ein, um eine Erklärung zu verlangen.

Israel bombardiert Vorräte für syrische Erdbebenopfer

Israel bombardierte den Flughafen von Aleppo und stoppte die Flüchtlingshilfe. Die Versorgung mit Hilfsgütern erfolgt weiterhin über die Straße.

Saudi-Arabien nähert sich Syrien

Laut *Intelligence Online* wird über einen Besuch des saudischen Außenministers in Damaskus verhandelt. Es würde das Ende der Isolierung Syriens in der arabischen Welt und seine bevorstehende Wiedereingliederung in die Arabische Liga bedeuten. Aus syrischer Sicht wird die Liga jedoch insofern wenig Hilfe bringen, da sie sich der Politik der Eindämmung (*containment*) der Vereinigten Staaten nicht widersetzen kann.

Die türkisch-syrische Normalisierung würde jedoch nicht vor den türkischen Präsidentschaftswahlen am 14. Mai stattfinden.

Alkohol im Irak verboten

Als Zeichen der Islamisierung des Landes hat die irakische Regierung beschlossen, ein Gesetz aus dem Jahr 2016 umzusetzen, das den Import, die Produktion und den Verkauf von Alkohol unter Androhung einer hohen Geldstrafe verbietet.

Nach Ansicht einiger Juristen wäre dieses Gesetz verfassungswidrig, weil es die individuellen Freiheiten verletzt. Anderen zufolge wäre die Freiheit, Alkohol zu trinken, verfassungswidrig, weil die Verfassung jedes Gesetz verbietet, das dem Islam widerspricht. Aber der Koran verbietet keinen Alkohol.

Die autonome Region Irakisch-Kurdistan hat bereits angedeutet, dass sie diese Bestimmung nicht anwenden wird.

Royal Navy beschlagnahmt dem Jemen bestimmte Waffen

Die Royal Navy fing ein kleines Boot ab, das vom Iran in den Jemen fuhr. Es transportierte

iranische 9M133 Kornet

Panzerabwehrlenkraketen und in Iran fabrizierte Dehlavihs für die Huthis. Die Ausrüstung wurde beschlagnahmt.

Türkische Opposition vereint sich

Die Bürgermeister von Istanbul und Ankara weigerten sich, bei den Präsidentschaftswahlen am 14. Mai anzutreten. Nach vielem Hin und Her haben die sechs größten

Oppositionsparteien der Türkei mit dem Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei (CHP), dem säkularen Sozialdemokraten Kemal Kılıçdaroğlu, einen gemeinsamen Kandidaten nominiert.

Die Türkei ist jetzt zweigeteilt. Herr Kılıçdaroğlu ist kein Sunnit, sondern Alevit, die türkische Version der syrischen Alawiten.

EU wird demnächst iranische Revolutionsgarden zu Terroristen erklären

Laut dem litauischen Außenminister Gabrielius Landsbergis, der von *Axios* zitiert wird, bereitet sich die Europäische Union darauf vor, die iranischen Revolutionsgarden wegen "ihrer Unterstützung für Russland in seinem Krieg in der Ukraine" als "terroristische Organisation" zu bezeichnen.

IAEO unterzeichnet Abkommen mit Iran

Der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO), Rafael Grossi, traf sich in Teheran mit dem iranischen Präsidenten Ebrahim Raissi. Die beiden Männer einigten sich auf eine Vereinbarung über die Bedingungen für die Überwachung des Iran durch die Agentur.

Untersuchung der Vergiftung junger Iranerinnen

Nachdem das iranische Haupt, Ayatollah Ali Khamenei, die Vergiftung von Schulmädchen als "großes unverzeihliches Verbrechen"

bezeichnet hatte, verhaftete die Polizei fünf Personen. Nach Angaben eines Parlamentariers wurden landesweit mehr als 5000 Schülerinnen in Mädchenschulen vergiftet, wovon 900 ins Spital eingeliefert wurden, und kein Todesfall zu beklagen ist.

Brand in einem Flüchtlingslager in Bangladesch

Ein Feuer hat ein Rohingya-Flüchtlingslager in Bangladesch verwüstet. Mehr als 2000 Zelte wurden zerstört und 12000 Menschen sind obdachlos.

Kem Sokha inhaftiert

Nach einem dreijährigen Prozess wurde der kambodschanische Oppositionsführer Kem Sokha wegen "Hochverrats" zu 27 Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte 2017 zugegeben, Geld von der National Endowment for Democracy (NED) erhalten zu haben, um eine Farbrevolution zu organisieren.

Premierminister Hun Sen ist seit 24 Jahren an der Macht, in denen er ein Dutzend Dokortitel in Politikwissenschaft, Recht, Wirtschaft und Bildung erworben hat.

Kambodscha entwickelt seine Unabhängigkeitspolitik. Der stellvertretende Premierminister Prak Sokhonn besuchte Japan, während Premierminister Hun Sen China besuchte.

Das Außenministerium gab eine Erklärung heraus, in der es heißt : "Der beste Weg, die Unabhängigkeit eines kleinen Landes wie Kambodscha zu gewährleisten, besteht darin, eine ausländische Macht daran zu hindern, sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen oder eine Partei gegen die andere zu unterstützen."

Südkorea exportiert Waffen

Südkoreas Waffenexporte stiegen 2022 um 140% auf einen Rekordwert von 17,3 Milliarden US-Dollar. Seoul liefert keine Waffen

an die Ukraine, sondern füllt das westliche Waffendefizit, insbesondere in Munition.

Nordkorea warnt vor Abfangen seiner Raketen

Jegliches Abfangen von Raketen während ihrer Testphasen über dem Pazifischen Ozean "wird eindeutig als Kriegserklärung an die DVRK [Demokratische Volksrepublik Korea] angesehen", sagte Kim Yo Jong, Schwester des Obersten Führers.

Frage zur Nachfolge in Nordkorea

Der südkoreanische Geheimdienst hat behauptet, dass die Tochter des Obersten Führers, Kim Ju-Ae, sein zweites Kind sei. Das erste wäre ein Junge und das Geschlecht des dritten ist unbekannt. Wenn ersterer bei guter Gesundheit wäre, wäre es an ihm, Kim Jong-Un nachzufolgen.

Ehemaliger Bürgermeister von Hiroshima für universelle Verpflichtung, zuerst keine Atombombe einzusetzen

Hiroshimas ehemaliger Bürgermeister Tadatashi Akiba hat die G7-Mitglieder aufgefordert, ihr Versprechen vom vergangenen Mai einzuhalten, zu erklären, dass sie niemals die Ersten sein würden, Atomwaffen einzusetzen. Dieses Beispiel würde Russland den Weg ebnen und die Festlegung einer allgemeinen Erklärung zu diesem Zweck ermöglichen.

Wilde Tiere kehren wieder in Fukushima ein

Mindestens ein Drittel der Wildtiere ist zwölf Jahre nach dem Atomunfall in das verstrahlte Gebiet von Fukushima zurückgekehrt. Laut Wissenschaftlern, die viele Exemplare obduziert haben, gibt es keine Spur davon, dass diese wilden Tiere bestrahlt wurden, auch wenn das Gebiet noch bestrahlt ist.

Japan verhandelt Entschädigungsabkommen für koreanische "Trostfrauen" und Zwangsarbeiter

Im Jahr 1965 führte ein Abkommen zwischen Japan und Südkorea nach jahrelangen Verhandlungen über den Betrag für die Entschädigung von Zwangsprostitution und Zwangsarbeit, zu Subventionen und subventionierten Krediten von rund 800 Millionen Dollar an Südkorea. Die Regierung in Seoul nahm das japanische Geld an, zahlte es aber nicht aus. Stattdessen nutzte sie die Mittel als Kapital, um die südkoreanische Wirtschaft aufzubauen.

In einer Vereinbarung von 2015 bot Shinzo Abe koreanischen "Trostfrauen", die in japanischen Militärbordellen dienten, eine solche an. Die meisten überlebenden Frauen stimmten dem Abkommen zu, aber die Moon-Regierung for den Fonds aufgrund des Widerstands einer kleinen Gruppe von Opfern ein.

Im Jahr 2018 haben sich diese langwierigen Streitigkeiten von einem historischen Streit zu einem noch ungeordneteren Kampf in den Bereichen Recht, Wirtschaft und Sicherheit entwickelt. Südkoreanische Gerichte haben zwei japanische Unternehmen, Mitsubishi Heavy Industries und Nippon Steel, angewiesen, Koreaner zu entschädigen, die während des Zweiten Weltkriegs gezwungen wurden, für sie zu arbeiten. Als Unternehmen sich nicht daranhielten, beschlagnahmten Gerichte ihre in Korea ansässigen Vermögenswerte als Entschädigung.

Washington versucht, Südkorea und Japan so schnell wie möglich zu versöhnen, um seinen Krieg gegen China zu führen. Doch die südkoreanischen Opfer erwarten keine finanzielle Entschädigung, sie fordern eine öffentliche Entschuldigung Japans, von der Tokio nichts wissen will.

Wie die japanische Regierung die Rundfunkmedien kontrolliert

Hiroyuki Konishi von der Konstitutionellen Demokratischen Partei veröffentlichte ein 78-seitiges Dokument, das während der Zeit von Premierminister Shinzo Abe geschrieben wurde. Es zeugt davon, wie er sich dafür einsetzte, das Rundfunkgesetz neu zu interpretieren, um Journalisten zu kontrollieren. Abe hätte beschlossen, die Unparteilichkeit eines Mediums nicht mehr anhand seiner gesamten Produktion, sondern nur noch anhand eines einzigen Falles zu beurteilen und einen Fehler mit einer redaktionellen Politik gleichzusetzen.

Die Ministerin für wirtschaftliche Sicherheit, Sanae Takaichi, versicherte dem Parlament, dass dieses Dokument gefälscht worden sei, bevor sie sich vor den Parlamentariern zurückzog und zugab, gelogen zu haben. Die Opposition forderte ihren Rücktritt. Die Kommunalwahlen finden am 23. März statt.

Taiwan spielt, um sich selbst zu erschrecken

Der taiwanesischer Verteidigungsminister Chiu Kuo-cheng warnte, dass die Insel in diesem Jahr in höchster Alarmbereitschaft sein müsse, um möglicherweise einem "plötzlichen Eindringen" der Volksbefreiungsarmee in Gebiete in der Nähe ihres Territoriums Stand zu halten. US-Armeeministerin Christine Wormuth und General Charles Flynn, Oberbefehlshaber der US-Armee im Pazifik, sagten jedoch vor dem American Enterprise Institute, dass China nicht über die Mittel verfüge, die Überquerung der Taiwanstraße und die Landung seiner Truppen zu organisieren.

General Charles Flynn ist der Bruder des ehemaligen Nationalen Sicherheitsberaters Michael T. Flynn.

Taiwan entdeckt die Folgen der Verlagerung von TSMC

Das taiwanesisches Parlament debattiert weniger über die chinesische Gefahr, als über den Bau der riesigen Fabrik der *Taiwan Semiconductor Manufacturing Company* (TSMC) in den Vereinigten Staaten. Wurde das Unternehmen unter Druck gesetzt oder wurde sein Management korrumpiert? Wie auch immer die Antwort sein mag, diese Verlagerung macht Taiwan mittelfristig in den Augen seines US-Beschützers, der in Bezug auf elektronische Chips autonom werden wird, nutzlos.

Deutschland wird Taiwan nicht verteidigen

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, sagte bei ihrem Besuch in Taipeh, Deutschland werde keine Waffen an Taiwan liefern. Die Situation der Insel unterscheidet sich von der der Ukraine. Deutschland ist der wichtigste europäische Waffenlieferant für Kiew.

Erhöhung des Budgets der chinesischen Volksbefreiungsarmee

China wird die Verteidigungsausgaben im Jahr 2023 um 7,2 Prozent erhöhen, was einem prognostizierten Wirtschaftswachstum von 5 Prozent entspricht. Peking hat das zweitgrößte Militärbudget, nach dem der Vereinigten Staaten. Es stellt nur etwa ein Drittel der USA dar.

China verschärft seinen Ton gegenüber den Vereinigten Staaten

Der chinesische Präsident Xi Jinping sagte während der Parlamentssitzung: "Westliche Länder, angeführt von den Vereinigten Staaten, haben eine umfassende Eindämmung, Einkreisung und Unterdrückung gegen uns eingeführt, die die Entwicklung unseres Landes vor Herausforderungen von beispielloser

Schwere stellt."

Der chinesische Außenminister und ehemalige Botschafter in Washington, Qin Gang, sagte: "Wenn die USA weiterhin den falschen Weg einschlagen und nicht bremsen, können keine Sicherheitsvorkehrungen die Entgleisung [der Beziehungen] verhindern ... Wer wird die katastrophalen Folgen tragen? ».

Als Antwort auf Reporter fügte er hinzu: "Ich denke nur, dass das, was die Beziehungen zwischen China und den USA bestimmt, gemeinsame Interessen, gemeinsame Verantwortlichkeiten und Freundschaft zwischen den beiden Völkern sein sollten [und nicht] die US-Innenpolitik und diese Art von hysterischem Neo-McCarthyismus."

Und weiter: "Die USA sagen, dass sie versuchen, China zu 'unterdrücken', aber keinen Konflikt suchen ... Doch in Wirklichkeit bedeutet ihr sogenannter 'Wettbewerb', China in jeder Hinsicht einzudämmen und zu unterdrücken und die beiden Länder in ein Nullsummenspiel einzusperren."

China nimmt an US-Militärübungen Cobra Gold 2023 teil

Die [chinesische Volksbefreiungsarmee](#) nimmt symbolisch an den *Cobra Gold 2023*-Übungen des US-Militärs und 30 seiner Verbündeten teil. Die Nachricht wird weder auf der Pentagon-Website noch auf der von IndoPaCom bekannt gegeben.

OZEANIEN

Australien erwirbt Atom-U-Boote

Der australische Premierminister Anthony Albanese wird voraussichtlich in zwei Wochen die Vereinigten Staaten besuchen. Präsident Joe Biden sollte ankündigen, dass sein Land im Rahmen der AUKUS-Allianz atomgetriebene U-Boote liefern werde.

Diese Entscheidung kehrt die atomare US-Nichtverbreitungspolitik um. Washington hat

solche U-Boote nur an seinen privilegierten Verbündeten, das Vereinigte Königreich, geliefert. Es kehrt auch Australiens Anti-Atom-Haltung um.

Indonesien reagierte, indem es den Vereinten Nationen die Schaffung einer friedlichen atomwaffenfreien Zone vorschlug.

Die Staaten der Region sind der Ansicht, dass Australien keine souveräne Politik mehr verfolgt und zu einem Helfer des Pentagons geworden ist.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

John McCains Witwe leitet das Welternährungsprogramm

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, hat die Witwe des US-Senators John McCain, Cindy McCain, zur Leiterin des Welternährungsprogramms, der weltweit größten humanitären Organisation, ernannt. Zuletzt war sie US-Botschafterin beim Welternährungsprogramm und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

Jahresabonnement : 150 Euro

Monatsabonnement : 15 Euro

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Dokumentations beilage

2- Amtliche Dokumente

AUSTRALIA

[Prayers in Parliament : a chronology](#), Lisa Richards, Australia House of Commons

BALTIC STATES

[Geopolitics in the Baltic Sea Region : The “Zeitenwende” in the context of critical maritime infrastructure, escalation threats and the German willingness to lead](#), Göran Swistek & Michael Paul, Stiftung Wissenschaft und Politik

CANADA

[UP TO THE TASK : STRENGTHENING CANADA'S SECURITY POSTURE IN RELATION TO RUSSIA](#), Report of the Standing Committee on Public Safety and National Security, Canada House of Commons

CHINA

[USA und China auf Kollisionskurs](#), Hanns W. Maull, Angela Stanzel & Johannes Thimm, Stiftung Wissenschaft und Politik

[China's Belt and Road Initiative in the East African Community. Shaping a China-Centric Regional Order](#), Cliff Mboya, Stiftung Wissenschaft und Politik

EUROPEAN UNION

[From Competition to a Sustainable Raw Materials Diplomacy : Pointers for European Policymakers](#), Melanie Müller, Christina Saulich, Svenja Schöneich & Meike Schulze, Stiftung Wissenschaft und Politik

[France's Nuclear Weapons and Europe. Options for a better coordinated deterrence policy](#), Liviu Horovitz & Lydia Wachs, Stiftung Wissenschaft und Politik

[European defence partnerships : Stronger Together](#), Jan Joel Andersson, European Union Institute for Security Studies (EUISS)

GERMANY

[Zensur und Reichweiteneinschränkung der Social-Media-Kanäle von Politikern und Parteien](#), Antwort der Bundesregierung

IRAN

[Aktivitäten und Straftaten der sogenannten islamischen Revolutionsgarde in Deutschland](#), Antwort der Bundesregierung

[Zeit für eine andere Iranpolitik. Wie Deutschland Weichen für einen feministischen Ansatz stellen kann](#), Azadeh Zamirad, Stiftung Wissenschaft und Politik

JAPAN

[A New Course for Japan's Security Policy : The Historic Decision on Military Armament](#), Alexandra Sakaki, Stiftung Wissenschaft und Politik

LATIN AMERICA

[Latin America Outlook 2023 : EU-LAC relations at a time of geopolitical upheaval](#), Angelos Delivorias & Marc Jütten, European Parliamentary Research Service

NATO

[Special Relationships ? US, UK and NATO](#) (6° Report), UK House of Commons Defence Committee

[Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer](#), Antwort der Bundesregierung

RUSSIA

[Sanctions against Russia](#) (updated), Claire Mills, UK House of Commons Library

[Russia's war on Ukraine : US sanctions](#), Marcin Szczepański, European Parliamentary Research Service

[Ukraine : Russia's "red line"](#) (updated), Claire Mills, UK House of Commons Library

SYRIA

[Visa und humanitäre Hilfe für Erdbebenopfer aus der Türkei und Syrien](#), Die Linke, Deutscher Bundestag

[Aufnahme von Erdbebenopfern aus der Türkei und Syrien in Deutschland](#), AfD Deutscher Bundestag

UKRAINE

[Ukrainian Holodomor and the war in Ukraine](#), Claire Mills & Nigel Walker, UK House of Commons Library

[Military assistance to Ukraine since the Russian invasion](#) (updated), Claire Mills, UK House of Commons Library

[Conflict in Ukraine : A timeline \(2014 – present\)](#) (updated), Nigel Walker, UK House of Commons Library

[Conflict in Ukraine : A parliamentary reading list \(2014 – present\)](#) (updates), Nigel Walker & Timothy Robinson, UK House of Commons Library

[Friedensbemühungen des ehemaligen israelischen Premierministers Naftali Bennett in der Ukraine und der Haltung der Bundesregierung](#), AfD, Deutscher Bundestag

[Kenntnisse und Position der Bundesregierung zum Vorgehen gegen Oppositionspolitiker und Oppositionsparteien sowie die Ukrainische Orthodoxe Kirche in der Ukraine](#), Antwort der Bundesregierung

[Position der Bundesregierung zu einem möglichen Waffenstillstand und den Vermittlungsbemühungen in der Ukraine](#), Antwort der Bundesregierung

[Seeking justice in Ukraine : A year's worth of efforts to ensure that core international crimes do not go unpunished](#), Micaela Del Monte & Katrien Luyten, European Parliamentary Research Service

[Multilateral financial assistance to Ukraine](#), Drazen Rakic & Vasileios Psarras, European Parliamentary Research Service

[Russia's war against Ukraine : US support](#), Gisela Grieger, European Parliamentary Research Service

[Russia's War in Ukraine : Military and Intelligence Aspects](#), Andrew S. Bowen, US Congressional Research Service

[Ukraine : un an de guerre. Quels enseignements pour la France ?](#), Commission des affaires étrangères, de la défense et des forces armées du Sénat, France

UNITED KINGDOM

[The Windsor Framework : a new way forward](#), Rishi Sunak, UK Prime minister

CLIMATE

[Aggiornamento sulle sfide climatiche a seguito della COP27](#), Osservatorio di Politica Internazionale, Parlamento italiano

[The power shift : The impact of the low carbon transition on the oil and gas economy](#), Yana Popkostova, European Union Institute for Security Studies (EUISS)

COMMUNICATION

[Social Media Manipulation 2022/2023 : Assessing the Ability of Social Media Companies to Combat Platform Manipulation](#), Rolf Fredheim, Sebastian Bay ; Anton Dek, Martha Stolze & Tetiana Haiduchyk, StratCom, NATO

[Strategic Communications and COVID-19 : Exploring and Exploiting a Global Crisis](#), Neville Bolt, James P. Farwell, Vera Michlin Shapir, Karen Allen, Vinicius Mariano De Carvalho, Paul Bell, Aurelio Insisa & Martin Innes, StratCom, NATO

[„Propaganda Awareness“ – Operation der Bundeswehr](#), Antwort der Bundesregierung

[Safeguarding media freedom and pluralism in the internal market \(Media Freedom Act\)](#), Aušra Rakštelytė, European Parliamentary Research Service

[Enhancing the capabilities of CSDP missions and operations to identify and respond to disinformation attacks](#), Ofer Fridman, Virginie Baudais & Givi Gigitashvili, European Parliamentary Research Service

ENERGY

[Sicurezza energetica](#), Istituto per gli Studi di Politica Internazionale (ISPI), Parlamento italiano

[Reforming the EU electricity market](#), Agnieszka Widuto, European Parliamentary Research Service

[EU energy security and the war in Ukraine : From sprint to marathon](#), Lasse Boehm & Alex Wilson, European Parliamentary Research Service

INTELLIGENCE

[Treffen von Regierungsmitgliedern mit Alexander Soros](#), Antwort der Bundesregierung

MILITARY AFFAIRS

[The unwilling and the reluctant : theoretical perspectives on disobedience in the military](#), edited by Craig Leslie Mantle, Canadian Defence Academy Press

[Military strategy : a primer](#), Bill Bentley, Canadian Defence Academy Press

WEAPONS

[Prévention et lutte contre les trafics d'armes classiques le détournement d'armes : acteurs, contrôle, objets](#), Édouard Jolly, Institut de recherche stratégique de l'École militaire (IRSEM)

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°32 - 17. März 2023

LEITARTIKEL

Globale Entwicklungen auf dem Energiemarkt

S&P Global veranstaltete die CERAWeek vom 6. bis 10. März in Houston. 7000 Teilnehmer, darunter 1100 Referenten, aus 80 Ländern nahmen daran teil. Der diesjährige Titel lautete "Navigating a Turbulent World : Energy, Climate and Security".

S&P Global ist die Muttergesellschaft der Finanzratingagentur Standard & Poor's (S&P). Jedes Jahr organisiert sie das größte Treffen von Kohlenwasserstoffindustriellen :

Der Krieg in der Ukraine zwingt transnationale Konzerne, fossile Brennstoffe aufzugeben, nicht um die globale Erwärmung zu bekämpfen, sondern um eine Forderung nach nationaler Sicherheit zu erfüllen. Infolgedessen seien Investitionen für Ölprojekte selten, außer in westlichen Ländern. Dies werde in einigen Jahren aber zu einer Verknappung führen, es sei denn, der Markt wende sich einer anderen Energiequelle zu.

Die Debatten wurden vom neuen Wasserstoffmarkt dominiert. Es gibt drei Arten von Wasserstoff : Grauwasserstoff, er wird hauptsächlich mit fossilen Brennstoffen wie Erdgas hergestellt, ohne andere Technologien zur CO₂-Emissionsreduzierung anzuwenden ; der „Blaue“ wird aus fossilen Brennstoffen hergestellt, mit reduzierten Kohlenstoffemissionen dank der CCUS-Technologie (*Carbon Capture, Storage and Sequestration*). Und schließlich wird der „Grüne“ durch Elektrolyse erzeugt, die [grünen] Strom verwendet, um Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff elektrolytisch zu trennen.

Die derzeitige Weltproduktion beträgt 59 Millionen Tonnen, während die Nachfrage bereits 94 Millionen Tonnen ausmache. Die Produktion werde im Jahr 2030 voraussichtlich zwischen 115 und 130 Millionen Tonnen erreichen.

Der *Inflation Reduction Act* (IRA) der US-Demokraten führte Steueranreize für Energieunternehmen ein, damit man sich so schnell wie möglich dazu verpflichtet. (...)

(...) Das US-Repräsentantenhaus wird in Kürze mit der Prüfung des Flaggschiff-Gesetzentwurfs der Republikaner, Bill H.R. 1, beginnen. Er zielt darauf ab, Hindernisse für Bergbau- und Erdölaktivitäten in den Vereinigten Staaten abzubauen, um die Zeit für die Erteilung von Betriebsgenehmigungen von 5 auf 1 Jahr zu verkürzen. Es wird nicht erwartet, dass dieser Text den Senat passiert, wo die demokratische Mehrheit ihn als "Verschmutzergesetz für schmutzige Energie" bezeichnet.

In völligem Widerspruch zu ihrer Rede gegen fossile Brennstoffe genehmigte US-Innenministerin Deb Haaland jedoch das Bohrprojekt Conoco Phillips in Alaska. 8 Milliarden Dollar werden investiert werden, um das Öl der Region auszubeuten. Die Biden-Regierung hofft damit den Republikanern den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Traditionelle Gasinvestitionen, die in Lateinamerika, Afrika und dem Nahen Osten selten sind, sind im Chinesischen Meer jedoch sehr bedeutend. Die *China National Offshore Oil Corporation* (CNOOC) hat den Betrieb von zwei Gasfeldern im Yinggehai-Becken aufgenommen. Indonesien beginnt mit dem von Tuna, das mit Hilfe des russischen *Zarubeschneft* für Vietnam bestimmt sein wird. Japan hat stillschweigend mit der Ausbeutung des Nam Con Son-Beckens durch Idemitsu Kosan begonnen. *Harbour Energy* und *ExxonMobil* sind an diesen Operationen beteiligt. Die malaysischen Unternehmen *Petronas* und *TotalEnergie* haben ein neues malaysisches Feld entdeckt. Die Philippinen versuchen, das Callao-Feld zu reaktivieren, aber ohne großen Erfolg.

AMERIKA

Kanadas Kriegsziel in der Ukraine ist der Sturz von Wladimir Putin in Moskau

Laut der kanadischen Außenministerin Mélanie Joly besteht das Ziel des Krieges in der Ukraine nicht nur darin, das russische Militär zu vertreiben, sondern einen Regimewechsel in Moskau herbeizuführen.

US-Amerikaner unzufrieden mit Biden-Präsidentschaft

Laut einer Umfrage von Associated Press / NORC

- sagen 71 Prozent der Erwachsenen in den USA, dass das Land "in die falsche Richtung geht".
- 61% missbilligen Präsident Bidens Umgang mit der US-Wirtschaft.
- 59% missbilligen die Art und Weise, wie er die Grenzsicherheit verwaltet.
- 58% missbilligen die Art und Weise, wie er mit Einwanderung umgeht.
- 58% missbilligen die Art und Weise, wie er mit den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und China umgeht.
- 54% missbilligen die Art und Weise, wie er seine gesamte Arbeit als Präsident handhabt.
- 51% missbilligen die Art und Weise, wie er mit der Außenpolitik umgeht.

Parlamentarische Untersuchung von einer parlamentarischen Untersuchung

Republikanische Kongressabgeordnete haben beschlossen, eine parlamentarische Untersuchung der parlamentarischen Untersuchung des Sturms auf das Kapitol am 6. Januar 2021 einzuleiten.

Nach der Veröffentlichung neuer Videos, Tausende Stunden von Aufnahmen, glauben sie, dass die vorherige Arbeit, die von den Demokraten geleistet wurde, voreingenommen war. Unabhängig davon enthüllte einer der Anwälte der Proud Boys, Nick Smith,

während eines Prozesses gegen Personen, die beschuldigt wurden, an der Erstürmung des Kapitols teilgenommen zu haben, geheime FBI-E-Mails, die in einer Registerkarte einer Excel-Tabelle versteckt waren. Dazu gehörte eine Anweisung von Special Constable Nicole Miller, die die "Vernichtung" von 338 Beweisstücken anordnete.

Die Vernichtung von Beweismitteln ist ein Bundesverbrechen.

Neue Enthüllungen über die Aktivitäten der Biden-Familie

Der Finanzminister hat damit begonnen, die ersten Dokumente, die er angefordert hat, an das *House of Oversight and Accountability Committee* weiterzuleiten. Sie enthüllen einen 3-Millionen-Dollar-Transfer von der chinesischen Firma CEFC an Hunter Biden (Joe Bidens Sohn) und zahlreiche Überweisungen unbekannter Herkunft an Mitglieder der Biden-Familie in den Monaten nach dem Ende von Joe Bidens Vizepräsidentschaft.

Die Kommission versucht festzustellen, ob Vizepräsident Joe Biden von einem fremden Staat bestochen wurde.

Das Präsidentenprivileg des Krieges erneut in Frage gestellt

Der demokratische Mehrheits Sprecher im Senat, Charles E. Schumer, hat vorgeschlagen, die Gesetze von 1991 und 2002 aufzuheben, die den Präsident der Vereinigten Staaten ermächtigen, in den Krieg zu ziehen, ohne die *Genehmigung für den Einsatz militärischer Gewalt* (*Authorization for Use of Military Force- AUMF*) beantragen zu müssen. Präsident Barack Obama benutzte sie, um in Syrien einzumarschieren, und Präsident Donald Trump, um den iranischen General Qassem Soleimani im Irak zu ermorden.

Die Aufhebung dieser Gesetze ist eine ewige Diskussion im Kongress. Wiederholt im

Repräsentantenhaus angekündigt, wurde es nie vom Senat abgestimmt.

Kongress will mehr über den Ursprung von Covid-19 wissen

Der Senat hat einen Gesetzentwurf des Repräsentantenhauses verabschiedet, um alle Dokumente im Zusammenhang mit dem Ursprung von Covid-19 freizugeben. Der Text wird sowohl von Republikanern als auch von Demokraten unterstützt. Er verpflichtet die Direktorin des Nationalen Geheimdienstes, Avril Haines, innerhalb von 90 Tagen alle Dokumente der verschiedenen Geheimdienste zu diesem Thema vorzulegen.

Zwei Monate vor Beginn des Covid-Ausbruchs in China nahm Avril Haines am 18. Oktober 2019 in New York an einer Simulation des Davos-Forums teil, die darauf abzielte, "die Reaktion transnationaler Unternehmen und Regierungen auf einen Ausbruch des Coronavirus zu planen".

Lage an der mexikanischen Grenze

Der Kommandeur der Grenzpatrouille, Raul Ortiz, wurde vom Heimatschutzausschuss des Repräsentantenhauses angehört. Er steht an der Spitze einer Agentur, die 22 000 Mann brauchen würde. Im Jahr 2012 waren 21 370 Mitarbeiter beschäftigt, heute sind es nur noch 19 016.

Die US-Zoll- und Grenzschutzbehörde (*U.S. Customs and Border Protection*) sagte, dass 155 000 Ausländer letzten Monat beim illegalen Überqueren der mexikanischen Grenze festgenommen wurden. Die Ankünfte sind stark gestiegen, seitdem die Biden-Regierung Staatsangehörigen von Kuba, Venezuela, Haiti und Nicaragua die Einreise in das Land erlaubt hat, wenn sie einen einfachen vorherigen Antrag gestellt haben.

Diese Anhörung widerspricht den Worten des Heimatschutzministers Alejandro Mayorkas. Sie

wurde von demokratischen Gesetzgebern boykottiert.

US-Bankensystem sei "negativ", sagt Moody

Nach den Insolvenzen der Silicon Valley Bank (SVB), der Silvergate Bank und der Signature Bank (SNY) stuft die Ratingfirma Moody das US-Bankensystem von "stabil" auf "negativ" herab. Das Unternehmen sagte, First Republic, Intrust Financial, UMB, Zions Bancorp, Western Alliance und Comerica Banken seien besonders fragil.

Viele Analysten sagen, dass die Insolvenz der Silicon Valley Bank (SVB) auf ihre Anlagepolitik zurückzuführen sei, die Woke-Kriterien statt Finanzstandards benutzte.

US-Regierung subventioniert britische Agentur, um Werbungen auszutrocknen, die die republikanische Presse finanzieren

Der republikanische Abgeordnete Ken Buck (Colorado) hat an Außenminister Antony Blinken geschrieben und ihn gebeten, die derzeitige und zukünftige öffentliche Finanzierung des Global Desinformation Index (GDI) einzustellen. "GDI hat diese Mittel verwendet, um eine Liste von Nachrichtenorganisationen zu erstellen, mit denen Werbetreibende und kommerzielle Interessen keine Geschäfte machen dürfen, um die Teilnahme dieser Organisationen am Marktplatz der Ideen zu begrenzen ... Diese Organisation hat Hunderttausende Dollar von der vom Steuerzahler finanzierten National Endowment for Democracy (NED) und dem Global Engagement Center des Außenministeriums erhalten. Die öffentlichen Mittel der USA belaufen sich auf etwa 545 000 US-Dollar von der (NED) und 100 000 US-Dollar vom GEC, berichtete Fox News Digital.

Der US-amerikanische "Industrielle Zensur-Komplex"

Der Sonderausschuss des Repräsentantenhauses für Militarisierung interviewte die beiden Journalisten Matt Taibbi und Michael Shellenberger, die *auf die Twitter-Dateien* zugegriffen und diese veröffentlicht hatten. Sie bezeugten die Existenz eines von der Bundesregierung errichteten "Industriellen Zensur-Komplexes".

Ist der Krieg in der Ukraine ein strategisches Interesse der USA ?

Der Fox News-Reporter Tucker Carlson schickte jedem Präsidentschaftskandidaten einen Fragebogen. Acht Personen haben eine Antwort gegeben. Die Fragen waren :

- 1) Ist der Widerstand gegen Russland in der Ukraine ein vitales nationales strategisches Interesse für die Vereinigten Staaten ?
- 2) Was genau ist unser Ziel in der Ukraine und woher werden wir wissen, dass wir es erreicht haben ?
- 3) Was ist die Grenze der Finanzierung und Materialien, die Sie bereit wären, der ukrainischen Regierung zu senden ?
- 4) Sollten die USA einen Regimewechsel in Russland unterstützen ?
- 5) Angesichts der Tatsache, dass Russlands Wirtschaft und Währung stärker sind als vor dem Krieg, glauben Sie, dass die US-Sanktionen wirksam waren ?
- 6) Glauben Sie, dass die Vereinigten Staaten Gefahr laufen, einen Atomkrieg mit Russland zu führen ?

Floridas republikanischer Gouverneur Ron DeSantis und der Anti-Woke-Unternehmer Vivek Ramaswamy überraschten mit ihren Antworten. Für sie wie für Donald Trump : Der Krieg in der Ukraine stellt kein nationales strategisches Interesse der USA dar. Der texanische Gouverneur Greg Abbott sagte, "Geld auf die Ukraine zu werfen" sei ein Misserfolg, und South Dakotas Gouverneurin

Kristi Noem sagte, die Opposition gegen Russland habe die Bedrohung durch China nur erhöht.

90 demokratische US-Parlamentarier gegen Benjamin Netanjahu

90 demokratische Abgeordnete, angeführt von Rosa DeLauro, Jan Schakowsky und Jim McGovern, haben an Präsident Joe Biden geschrieben. Sie erklären : "Wir fordern Sie auf, alle verfügbaren diplomatischen Instrumente zu nutzen, um zu verhindern, dass Israels rechtsextreme Regierung die demokratischen Institutionen des Landes weiter schädigt und die potenzielle Zwei-Staaten-Zwei-Völker-Lösung untergräbt."

Stellt ein mexikanisches Kartell Fentanyl her ?

Die Heimatschutzberaterin des Weißen Hauses, Liz Sherwood-Randall, reiste nach Mexiko-Stadt, um den Schmuggel mit Fentanyl (Opioid-Schmerzmittel) zu bekämpfen. Der mexikanische Präsident Manuel Lopez Obrador antwortete : "Hier produzieren wir kein Fentanyl, und wir haben kein Fentanyl ... Warum befassen sich [die USA] nicht mit ihrem Problem der sozialen Dekadenz ? ».

Im Jahr 2021 machte das mexikanische Militär in einem Labor in Culiacán eine Razzia, Hauptstadt des Bundesstaates Sinaloa, von dem es sagte, dass es wahrscheinlich jeden Monat etwa 70 Millionen blaue Fentanylpillen für das Sinaloa-Kartell herstellte. Im Februar 2023 beschlagnahmte es mehr als eine halbe Million Fentanylpillen aus dem größten bisher entdeckten Labor für synthetische Drogen. Präsident Manuel López Obrador versucht, sein Land von der Drogenwirtschaft zu befreien. Um effektiv zu sein, darf diese Transformation niemanden bevorzugen. Jede Intervention von außen gegen eine bestimmte Produktion würde konkurrierenden Kartellen zugutekommen.

Honduras erkennt die Volksrepublik China an

Honduras brach die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan ab und erkannte die Volksrepublik China an.

Taiwan wird heute nur noch von 13 unter den 193 UN-Mitgliedstaaten anerkannt.

Migration über Lateinamerika in die USA

Die *Daily Caller News Foundation* enthüllte ein kleines Büchlein, das vom Amerikanischen Roten Kreuz an Migranten in ganz Lateinamerika verteilt wurde. Es enthält eine Liste von Ressourcen, darunter Hotels, Kliniken und Unterkünfte, in denen Migranten in Mittelamerika und Mexiko Hilfe erhalten können. Die Karten enthalten klar definierte Routen, die zu US-Städten entlang der Grenze führen. Die Organisation hat auch einen "Self-Care" -Leitfaden während der gesamten Reise, der Tipps enthält, wie man die Wüste überlebt, und Krankheiten vermeidet, wie man sicher in Züge springt und wie man Verhütungsmittel bekommt.

Dieses Programm wird von der US-Regierung finanziert.

Nichts läuft mehr zwischen Nicaragua und dem Vatikan

Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega sagte Ende Februar : "Das Volk sollte Kardinäle wählen und es sollte eine Abstimmung unter dem katholischen Volk geben ... damit auch der Papst gewählt wird, durch eine direkte Abstimmung des Volkes, so dass es das Volk ist, das entscheidet und nicht die Mafia, die dort im Vatikan organisiert ist".

In einem Interview mit der argentinischen Website *Infobae* antwortete Papst Franziskus : "Bei allem Respekt habe ich keine andere Wahl, als zu denken, dass dieser Staatsmann an einem Ungleichgewicht leidet (...) Es ist, als wollte man die kommunistische Diktatur von 1917 oder die

Hitlerdiktatur von 1935 errichten (...) Es [Nicaragua] ist eine grobe Diktatur." Nicaragua erwägt, die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan auszusetzen.

Ecuador weist argentinischen Botschafter aus

Der linken Regierung von Rafael Correa (2007-17) wurde vorgeworfen, "freiwillige Beiträge" von transnationalen Konzernen, darunter Brasiliens Odebrecht, zur Finanzierung ihrer Wahlkampagnen erhalten zu haben. Zahlreiche Minister und Präsident Correa selbst wurden wegen Korruption strafrechtlich verfolgt. Ministerin Maria de los Angeles Duarte wurde zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt, suchte aber im März 2020 mit ihren Kindern Zuflucht in der argentinischen Botschaft in Quito. Argentinien, dessen Regierungspartei ebenfalls von Odebrechts Großzügigkeit profitierte, argumentiert, dass es sich nicht um Geld handle, das an Persönlichkeiten gezahlt wurde, sondern um "Spenden", die eine politische Partei ohne Entschädigung fördern.

Ohne zu wissen wie, verließ Maria de los Angeles Duarte die Botschaft in Äquator und stellte sich zwei Tage später in der argentinischen Botschaft in Venezuela vor. Als Vergeltung wies die ecuadorianische Regierung des Bankiers Guillermo Lasso den argentinischen Botschafter in Quito aus. Argentinien betont seinerseits, dass es keine internationale Norm gibt, die die argentinischen diplomatischen Behörden verpflichtet, eine Wache auf Frau Duarte auszuüben.

EUROPA

Franziskus und der Zölibat der Priester

In einem Interview mit der argentinischen Website [Infobae](#) sagte Papst Franziskus, dass das priesterliche Zölibat nur eine Disziplin und vorübergehend sei, im Gegensatz zu ihrer

Ordination, die als Weihung, definitiv ewig ist. Diese Frage wird innerhalb der katholischen Kirche regelmäßig diskutiert. Kürzlich wurde die Ordination von verheirateten Männern als Lösung für die Rekrutierung von Priestern im Amazonasgebiet erwähnt, oder die Deutsche Bischofskonferenz hat darüber nachgedacht. Historisch gesehen gab es die priesterliche Funktion bei den ersten Christen nicht, oder besser gesagt, sie war vorübergehend wie bei den Imamen im Islam. Es war ein Mann, der das Gebet leitete, gelegentlich von seiner Gruppe bestimmt.

Der Zölibat der Priester wurde erst im vierten Jahrhundert zu einer Disziplin in der römischen Kirche (aber nicht in der Orient-Kirche, die verheiratete Männer als Priester akzeptiert), um zu verhindern, dass diese Funktion erblich wurde.

Der Dritte Weltkrieg hat begonnen

In einem Interview mit dem [Schweizer Radio und Fernsehen](#) sagte Papst Franziskus : Es gebe in der Ukraine "imperiale Interessen, nicht nur des Russischen Reiches, sondern auch der Imperien anderer Parteien. Es ist charakteristisch für ein Imperium, Nationen in den Hintergrund zu rücken (...) In etwas mehr als hundert Jahren gab es drei Weltkriege : 1914-18, 1939-45 und diesen jetzt, der ein Weltkrieg ist. Er begann in Stücken und jetzt kann niemand mehr sagen, dass es kein Weltkrieg ist."

Alain Berset bekräftigt Schweizer Neutralität

Bundespräsident Alain Berset sagte in einem Interview mit der [NZZ am Sonntag](#) : « Ich spüre in gewissen Kreisen einen Kriegsrausch. Und darüber mache ich mir große Sorgen, denn dieses Gefühl basiert auf einer kurzfristigen Vision (...) Schweizer Waffen dürfen nicht in Kriegen eingesetzt werden (...) Jetzt einfach zu sagen, dass die Situation anders ist, dass die

Schweiz alles ändern muss, ohne die Rechtsgrundlage zu berücksichtigen, ist nicht möglich."

Die Schweiz plant, 60 *Rapier*-Boden-Luft-Verteidigungssysteme (von British Aircraft entwickelte Flugabwehrbatterien) abzuschaffen. Nachdem Bern seine neutrale Position bekräftigt hat, werden sie nicht in die Ukraine geschickt, sondern vernichtet.

Demonstration für Neutralität in Bulgarien

Tausende Bulgaren nahmen am 12. März in Sofia an einer Demonstration mit dem Titel "Bulgarien - Friedenszone" teil. Sie fordern strikte Neutralität angesichts des Krieges in der Ukraine.

Risse im Bündnis zwischen den USA und der Ukraine

- Laut *Politico* ist das Pentagon besorgt, dass die Ukraine, die so viele Waffen in Bachmut verschwendet, diese nicht mehr haben wird, um im Frühjahr eine Gegenoffensive durchzuführen. Die Risse innerhalb des Bündnisses zwischen den USA und der Ukraine vertiefen sich.
- Die Biden-Regierung weigert sich, dem Internationalen Strafgerichtshof Beweise für russische Kriegsverbrechen zu übergeben. Offiziell wäre es, weil Washington dieses Gericht nicht anerkennt, aber jeder fragt sich, ob diese Beweise wirklich existieren.
- Die Vereinigten Staaten werden die Ukraine auf diesem Niveau nicht weiter finanzieren können. Die neue republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus ist dagegen.
- Viele Experten in der Biden-Regierung äußern sich besorgt über Präsident Wolodymyr Selenskyjs Vorgabe, die Krim vor Beginn der Friedensverhandlungen zurückzugewinnen.

Rosatom Lieferant für chinesische Atombomben

Rosatom liefert hochangereichertes Uran für schnelle Brüter in China. Das Pentagon stellt mit Besorgnis fest, dass Brutreaktoren zur Herstellung von Plutonium verwendet werden, das nur für militärische Zwecke verwendet wird.

Schwerer Zwischenfall zwischen Russland und den Vereinigten Staaten im Schwarzen Meer

Zwei *SU-27* Jäger der russischen Luftwaffe versuchten am 14. März 2023 im internationalen Luftraum des Schwarzen Meeres eine US-amerikanische *MQ-9* Reaper-Drohne abzufangen.

Sie gossen Treibstoff auf die Drohne, deren Kontrolle dem *US Forces Europe Command* (EuCom) entging. Nach Angaben der US-Seite berührten sie auch den Propeller des *MQ-9*, was die russische Seite bestreitet.

Das EuCom-Kommando in Deutschland befahl den US-Piloten in Rumänien, die Drohne im Flug zu zerstören, was auch geschah.

Das US-amerikanische und russische Militär sucht derzeit aktiv nach den Trümmern der Spionagedrohne. Es geht nicht darum, dass Moskau die Pläne des Flugzeugs findet, es hat schon bessere, sondern die gemachten Spionage-Aufzeichnung.

Das US-Außenministerium bestellte den russischen Botschafter in Washington, Anatoli Antonow ein, um "unprofessionelles Verhalten" anzuprangern, während die US-Botschafterin in Moskau, Lynne M. Tracy, beim russischen Außenministerium protestierte.

Nach Angaben der russischen Seite flog die US-Drohne entlang der russischen Grenze, um Informationen über Ziele in Russland zu sammeln und sie an die ukrainische Armee weiterzuleiten. In den Wochen zuvor hatte eine besonders gut informierte ukrainische Gruppe schwere Sabotage in Russland verübt.

Nach Angaben der US-Seite führte die Drohne

nur eine "Routinemission" durch.
Am Ende kontaktierte der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu seinen US-Amtskollegen Lloyd Austin telefonisch. Er erinnerte daran, dass die US-Spionagedrohne die eingeschränkte Flugzone verletzt habe, die seit Beginn der militärischen Spezialoperation für alle Fluggeräte eingerichtet wurde. Llyod Austin hat dies zur Kenntnis genommen und sich verpflichtet, seine Flüge in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht fortzusetzen.

Georgische Regierung verzichtet auf Gesetz über ausländisch finanzierte Vereine

Nach Protesten kündigte der georgische Premierminister Irakli Garibashvili die Rücknahme seines Gesetzentwurfs an, um NGOs, die Geld aus dem Ausland erhalten, zu zwingen, die Öffentlichkeit darüber zu informieren.

Irakli Garibashvili, der seine gesamte Karriere dem ehemaligen Ministerpräsidenten, dem Franzosen Bidzina Ivanishvili verdankt, gilt als sein Strohmann. Das politische Leben Georgiens ist in die pro-amerikanischen Anhänger des ehemaligen Präsidenten Micheil Saakaschwili, der jetzt inhaftiert ist, und die anti-amerikanischen Anhänger von Irakli Garibashvili gespalten. Es wird von Präsidentin Salome Zurabischwili, ehemalige Botschafterin Frankreichs in diesem Land, geschlichtet. Im Jahr 2003 wurde Präsident Eduard Schewardnadse in einer Farbrevolution, der "Rosenrevolution", gestürzt, die von Verbänden orchestriert wurde, die von der National Endowment for Democracy (NED) finanziert wurden.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

AFRIKA

Wie viele Subsahara-Menschen sind bereit, aus Libyen auszuwandern ?

Der Abgeordnete Tommaso Foti, Vorsitzender der Parlamentsfraktion der *Bruder Italiens*, sagte gegenüber *Tgcom24*, dass der italienische Geheimdienst schätzt, dass derzeit 680 000 Migranten in Libyen festgehalten werden, während sie versuchen, Europa zu erreichen. Der Sprecher der Internationalen Organisation für Migration sagte, dass er glaubt, dass die Zahl den Migranten in Libyen entspricht, aber die meisten Wanderarbeiter seien und nur sehr wenige versuchten, nach Italien zu gelangen. Vor der Eroberung Libyens durch die NATO lebten in dem Land eine Million Wanderarbeiter, die hauptsächlich aus Subsahara-Afrika kamen. Heute ist ihre Anwesenheit jedoch sehr gefährlich für sie, da die NATO der Bruderschaft von Sanoussi erlaubt hat, die Sklaverei der Schwarzen wiederherzustellen.

Zwei französische Journalisten wegen Erpressung des Königs von Marokko verurteilt

Zwei französische Journalisten, Eric Laurent und Catherine Graciet, wurden vom Pariser Strafgericht wegen Erpressung gegen den König von Marokko, Mohammed VI., zu einer einjährigen Bewährungsstrafe und einer Geldstrafe von 10 000 Euro verurteilt. Sie

hatten versucht, 2 Millionen Euro im Austausch für die Nichtveröffentlichung ihres Buches *The Predator King. Main basse sur le Maroc* zu erhalten, das endlich bei Eyrolles erschien.

Éric Laurent ist auch Autor eines Bestsellers über die Anschläge vom 11. September. Er übernimmt das Werk von Thierry Meyssan, ohne seinen Namen zu nennen und ohne seine politische Botschaft zu verantworten.

Reaktivierung des Khatumo-Konflikts

Somalia (Verwaltungsregion Äthiopiens) bestritt die Entsendung von Soldaten in den Kampf gegen Somaliland (ein von den Vereinten Nationen nicht anerkannter Staat). In Somaliland brachen Kämpfe aus, nachdem die Stadt Las Anod ihre Sezession erklärt hatte und sich Somalia (einem von der UNO anerkannten Staat) anschließen wollte.

Dies ist die Reaktivierung des Konflikts um den Dhulbahante-Clan, der in den drei Staaten Somaliland, Puntland und Somalia lebt. Die Vereinbarung von 2017 ist umstritten. Sie führte zur Gründung des Autonomen Staates Khatumo, der an Somalia angeschlossen ist.

AfriCom in Ghana

Das *U.S. Africa Command* (AFRICom) bildet in Ghana und Côte d'Ivoire 1300 Militärangehörige aus 29 Ländern für den Kampf gegen Dschihadisten aus.

Verfassungsreferendum in Mali vertagt

Malis Übergangsregierung kündigte an, das ursprünglich für den 19. März geplante Verfassungsreferendum etwas zu verschieben. Sie wollte jedoch die Bevölkerung über ihren Willen beruhigen, demokratische Prozesse wiederherzustellen.

Die ECOWAS hatte ihre Sanktionen gegen Mali nur unter der Bedingung aufgehoben, dass sich die Militärjunta zur Wiederherstellung der Demokratie verpflichtet.

"Ras Bath" in Mali inhaftiert

Youssouf Bathily, bekannt als "Ras Bath", sagte auf einer Kundgebung : "[Der ehemalige Premierminister] Soumeylou Boubeye Maïga [...] wurde ermordet, das ist das Wort das [verwendet werden muss]. Er wurde [im Gefängnis] getötet ! Ermordet ! ». Er wurde sofort wegen "Untergrabung des Kredits des Staates" verhaftet und unter Haftbefehl gestellt.

Benin prangert die Voreingenommenheit von RFI an

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz des beninischen Präsidenten Patrice Talon und des nigrischen Präsidenten Mohamed Bazoum verspotteten die beiden Männer, wie *Radio France International* (RFI) deren Anti-Terror-Bemühungen ohne Rückgriff auf das französische Militär behandelte.

"Wir alle haben heute Morgen auf Ihrem Sender gehört, dass der W-Nationalpark regelmäßig angegriffen wird. Ich weiß nicht, ob das Wort "regelmäßig" dasselbe bedeutet wie "sporadisch" oder eher "selten", aber von dem, was wir sehen, ist es jetzt eher selten. Leider ist das, was Sie interessiert und was Sie verherrlichen, nur die sehr schlechten Dinge oder Dinge, die nur in Ihrer Vorstellung existieren. Die Presse hat die Pflicht, die Dinge so einzuschätzen, wie sie sind, und die richtigen Worte zu verwenden", sagte Präsident Talon. Im März 2022 bestritt Mali die Vorwürfe von RFI über Massaker, die angeblich der Übergangsregierung und der Wagner-Gruppe zugeschrieben wurden. Im Dezember 2022 unterbrach Burkina Faso die RFI-Sendungen, nachdem der Sender des französischen Außenministeriums einem "Terroristenführer" das Wort erteilt hatte.

Uganda gelingt es nicht, diskriminierende schwulenfeindliche Vorurteile zu überwinden

Ugandas Parlament, das von evangelikalischen Kirchen dominiert wird, debattiert über die Strafen für Männer, die Sex mit Männern haben. Gleichzeitig hat die Gewalt gegen Männer, die als homosexuell gelten, erheblich zugenommen.

Washington ist noch nicht fertig mit den Unruhen in Äthiopien

Die USA werden ihre Beziehungen zu Äthiopien erst dann vollständig normalisieren, wenn sie das Tigray-Problem endlich gelöst haben, kündigte US-Außenminister Antony Blinken zu Beginn seiner Reise in das Land an. Der Tigray-Krieg wurde von dem Straussianer [Jeffrey Feltman](#) organisiert. Der äthiopische Premierminister Abiy Ahmed ist der Friedensnobelpreisträger 2019.

UN-Sicherheitsrat wirft Ruanda Unterstützung der M23 vor

Eine Mission des UN-Sicherheitsrats besuchte den Kongo unter dem Vorsitz des Ständigen Vertreters Frankreichs, Nicolas de Rivière. Auf seiner letzten Pressekonferenz in Goma sagte Botschafter de Rivière: "Es besteht keine Notwendigkeit mehr zu zeigen, dass Ruanda die M23 unterstützt. Es ist auch eindeutig erwiesen, dass es regelmäßige Einfälle der ruandischen Armee im Nord-Kivu gibt. Auch das ist inakzeptabel (...) Es gibt Druck, Zwangsmaßnahmen, die unter anderem gegen die Führer der M23 ergriffen werden. Dies ist eine Strategie, die fortgesetzt und wachsen wird und der wir uns verpflichtet fühlen."

ASIEN

Benjamin Netanjahus schwierige Reise nach Rom

Für den Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu in Rom haben El-Al-Piloten angekündigt, dass sie streiken werden. Am Ende fand das Unternehmen eine Besatzung, allerdings nur für eine Boeing 737 und nicht für die geplante Boeing 777.

Bei seiner Ankunft in Italien wurde der Premierminister von der Präsidentin der jüdischen Gemeinde, Noemi Di Segni, begrüßt. Doch in der Synagoge kritisierte sie seine neue Politik scharf.

Bezalel Smotrichs schwierige Reise nach Washington

Wenn Washington die Idee aufgegeben hat, den Besuch des israelischen Finanzministers Bezalel Smotrich zu verbieten, verspricht er schwierig zu werden. Kein US-Beamter von nationalem Format wird an dem Empfang zu seinen Ehren im Grand Hyatt Hotel teilnehmen. Vor dem Gebäude wird das *Progressive Israel Network* (12 US-jüdische Organisationen, die sich dem Streben nach Demokratie in Israel verschrieben haben) eine Demonstration "Nein zu Smotrich, Nein zum Hass" organisieren, ebenso wie *UnXeptable*, eine extremistischere Gruppe oder *Jewish Voice for Peace* und *IfNotNow*.

Weit davon entfernt, die Strafaktion der Har Bracha-Siedler gegen die palästinensische Stadt Huwara zu verurteilen, bedauerte Bezalel Smotrich, dass Privatpersonen sich an die Stelle des Staates gesetzt hätten, um dieses Dorf zu "vernichten".

Itamar Ben-Gvir versucht, den Polizeichef von Tel Aviv abzusetzen

Der Generalinspekteur der israelischen Polizei, Kobi Shabatai, informierte Generalstaatsanwalt Gali Baharav-Miara, dass der Minister für

nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, ihn gezwungen habe, den Polizeichef von Tel Aviv, Ami Eshed, zu entlassen, den er während der Proteste der Opposition als zu nachsichtig empfand.

Itamar Ben-Gvir sagte auf *Channel 12* : "Ich weiß, dass der Generalinspekteur der Polizei unter verschiedenen Arten von Druck steht (...) Die radikale Linke übt Druck auf ihn aus. Ich hoffe, er wird sich nicht ergeben. Es gibt eine Politik der israelischen Regierung, und der Generalinspekteur der Polizei muss die Politik des Ministers umsetzen."

Er sagte weiter zu der General Staatsanwältin, die ihn vorgeladen hatte : "Ich vertraue Ihnen nicht, weder in Ihren Überlegungen noch in Ihren Entscheidungen."

Nach dem geltenden Grundgesetz kann die General-Staatsanwältin vor dem Obersten Gerichtshof intervenieren, damit er die Entlassung des Ministers erreicht, aber diese Befugnis wird in Kürze entzogen werden.

Riesen-Demo gegen Benjamin Netanjahus Koalition

Hunderttausende Israelis demonstrierten im Land gegen den Staatsstreich der Koalitionsregierung von Benjamin Netanjahu. Yair Lapid, der Oppositionsführer, sagte der Menge, dass Israel "vor der größten Krise in seiner Geschichte steht... Eine Welle des Terrorismus trifft uns, unsere Wirtschaft bricht zusammen, Geld flieht aus dem Land. Der Iran hat gestern ein neues Abkommen mit Saudi-Arabien unterzeichnet. Aber das einzige, worum sich diese Regierung kümmert, ist die Zerschlagung der israelischen Demokratie." Moshe Karadi, ein ehemaliger Polizeichef, sagte : "Israel steht vor einer Gefahr, der es seit dem Unabhängigkeitskrieg von 1948 nicht mehr ausgesetzt war... Ben-Gvir, ein verurteilter Krimineller, geht mit einer feindlichen Übernahme der Polizei voran und versucht, sie in eine private Miliz zu verwandeln, um seinen

politischen Zwecken zu dienen."

Kobi Shabtai, Generalinspekteur der Polizei, sprach ebenfalls, als der suspendierte Polizeichef von Tel Aviv, Ami Eshed, von der Menge, die seinen Namen skandierte, bejubelt wurde.

Israelische Opposition kündigt Rückzug aus dem Parlament an

Die israelischen Oppositionsführer Yair Lapid, Benny Gantz, Merav Michaeli und Avigdor Lieberman unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung, in der sie ankündigten, dass sie die Knesset-Abstimmung boykottieren würden, wenn das Gesetz zum Sturz des Institutionengesetzes in dritter Lesung eingebracht wird.

Israel hat keine Verfassung. Sein Regime ist durch 12 Grundgesetze organisiert, die Benjamin Netanjahus Koalition gerade aufheben will.

Der Knesset-Sonderausschuss zur Änderung des Grundgesetzes über die Regierung unter dem Vorsitz von Ofir Katz, einem Mitglied der Partei des Premierministers, verabschiedete einen Änderungsantrag, der es dem Generalstaatsanwalt verbietet, den Premierminister für regierungsunfähig zu erklären. Er sieht vor, dass ein Premierminister nicht für amtsunfähig erklärt werden kann, außer wegen körperlicher oder geistiger Unfähigkeit.

Das letzte Mal, als er Premierminister war, unterzeichnete Benjamin Netanyahu ein Abkommen mit der Justiz, um im Amt zu bleiben. Er respektiert es heute nicht mehr. Der Oberste Gerichtshof könnte ihn daher für untauglich erklären.

Premierminister Benjamin Netanyahu kommentierte : "Wir sind Zeugen eines beispiellosen Angriffs von Medienkanälen, die gegen die Regierung mobilisiert sind, voll mobilisiert zugunsten von Reformgegnern. Live-Übertragungen, voreingemerkte Analysen,

voreingenommene Umfragen, Fake News, 24 Stunden am Tag."

Benjamin Netanyahu wird durchhalten

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat den Vermittlungsvorschlag von Präsident Isaac Hertzog mit seiner Opposition scharf zurückgewiesen.

Israelische Reaktionen auf das saudisch-iranische Abkommen

- Der israelische Oppositionsführer Yair Lapid sagte, der saudisch-iranische Vertrag stelle "ein großes und schwerwiegendes Versagen der Außenpolitik der Regierung" dar. Er schrieb auf seiner Twitter-Seite : "Diese Entwicklung stellt den Zusammenbruch der regionalen Schutzmauer dar, die wir gegen den Iran zu bauen begonnen hatten."
- Der ehemalige israelische Premierminister Naftali Bennett beschrieb das Abkommen als "ein durchschlagender Misserfolg, der aus diplomatischer Vernachlässigung, allgemeiner Schwäche und internen Kämpfen innerhalb Israels resultiert".
- Der derzeitige Premierminister Benjamin Netanyahu beschuldigte seine Vorgänger und beschuldigte ihre Regierung sowie die von US-Präsident Joe Biden, den Iran und Saudi-Arabien mehr als ein Jahr lang verhandelt haben zu lassen und schließlich mit Chinas Hilfe zu einer Einigung zu kommen. Ihm zufolge erweckten sie den Eindruck, dass Israel und die Vereinigten Staaten schwach seien.

Für Hassan Nasrallah kehrt Syrien zurück, ohne sich selbst zu verlieren

In einer Fernsehansprache erklärte der Generalsekretär der Hisbollah, Sayyed Hassan Nasrallah, dass, wenn Syrien bald der Arabischen Liga beitrifft, wie alle Kommentatoren es erwarten, sie sich dennoch nicht ändern werde. "Syrien ist das Herz der Achse des Widerstands. Während des zweiten

Jahres des Weltkriegs gegen Syrien wurde ihm angeboten, auf seinen historischen Status im Konflikt mit dem Feind zu verzichten, aber das syrische Kommando lehnte ab. Dieser Vorschlag wurde Syrien mehrmals gemacht, auch mit verlockenden Vorteilen, aber es hat immer abgelehnt ", sagte er.

Jordanien setzt sich für Syrien ein

Jordanien hat die Vereinigten Staaten gebeten, Syrien bei der Bekämpfung des Drogenhandels zu helfen, anstatt es weiter zu isolieren. In den letzten Monaten hat Washington eine Medienkampagne gestartet, in der behauptet wird, dass Syrien zu einem Drogenstaat geworden sei und dass Präsident Bashar al-Assad diesen Handel leite. Im Gegenteil, Jordanien behauptet, er sei das einzige, der in der Lage sei, ihn zu bekämpfen.

Baschar al-Assad in Moskau

Der syrische Präsident Baschar al-Assad führte eine große Delegation nach Moskau. Er traf die Außenminister Sergej Lawrow und Michail Bogdanow sowie Präsident Wladimir Putin. Im Mittelpunkt der Gespräche stand insbesondere die Aussöhnung mit der Türkei und der Arabischen Liga.

Der syrische Verteidigungsminister General Ali Abbas traf sich mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Schoigu. Der syrische Minister für auswärtige Angelegenheiten und Expatrierte, Faisal Al-Mikdad, traf sich mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow. Andere Minister nahmen an Sitzungen zum Wiederaufbau teil.

Dmitri Peskow, Sprecher der russischen Präsidentschaft, betonte, dass "die Souveränität und territoriale Integrität Syriens für die Russische Föderation oberste Priorität hat". Konstantin Kosatschew, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, sagte : "Russland hat keinen Zweifel an der Richtigkeit seiner Entscheidung, mit Syrien

zusammenzuarbeiten und seine Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu verteidigen."

Wie weit wird die saudisch-iranische Zusammenarbeit gehen ?

Der berühmte Kolumnist Abdul Bari Atwan erwähnt in der elektronischen Tageszeitung *Rai al-Yaum* die Möglichkeit einer saudisch-iranischen militärischen und nuklearen Zusammenarbeit.

Saudi-Arabien stellt sich die Frage der Wiedereingliederung Syriens

Prinz Faysal bin Farhan, saudischer Außenminister, enthüllte die Existenz arabischer Bemühungen, einen Dialog aufzubauen, der in Abstimmung "mit der internationalen Gemeinschaft" "unvermeidlich" mit Damaskus stattfinden wird. Er fuhr fort : "Wir müssen einen Weg finden, die Herausforderungen zu meistern, die dieser Status quo in Bezug auf Flüchtlinge und die humanitäre Situation in Syrien mit sich bringt."

Saudi-Arabien kauft US-Zivilflugzeuge im Wert von 37 Milliarden US-Dollar

Saudi-Arabien hat die Gründung einer zweiten nationalen Fluggesellschaft angekündigt. Riad hofft, mit den Emiraten wettstreiten zu können. Saudische Unternehmen werden mit US-Langstreckenflugzeugen ausgestattet. Ein 37-Milliarden-Dollar-Vertrag wurde mit Boeing unterzeichnet.

Iranisch-bahrainische Annäherung

Der bahrainische Parlamentspräsident Ahmed Al-Musallam empfing eine iranische Delegation des Schura-Rates unter der Leitung von Mojtaba Rezakhawa. Sie erörterten Möglichkeiten der Zusammenarbeit und gemeinsamen Koordinierung in internationalen parlamentarischen Foren.

Analysen des Voltaire-Netzwerks

- Geburt der multipolaren Welt (1) : "[Der Nahe Osten befreit sich vom Westen](#)", von Thierry Meyssan

Die Versöhnung zwischen Saudi-Arabien, dem Führer der sunnitisch-muslimischen Welt, und dem Iran, dem Führer der schiitisch-muslimischen Welt, ermöglicht endlich eine Ära des Friedens im Nahen Osten. Sie wurde von Russland, einem Verbündeten der beiden feindlichen Brüder, ermöglicht und zuerst im Irak und im Oman verhandelt, bevor sie von China, einem tausend Jahre alten Verbündeten des Iran, aber unparteiisch handelnd, abgeschlossen wurde. Dieses Abkommen beendete elf Jahre Krieg und westlichen Einfluss, der Raub und viele Blut und Zerstörung verursachte. Dieses Abkommen gehört zu den Handlungen, die die Multi-Polarität fördern.

- "[Die EU leert die Arsenale... um die Arsenale zu füllen](#)", von Manlio Dinucci

Die Europäische Union stürzt sich in den US-Unterstützungsplan für die Ukraine. Sie entwickelt ihre Rüstungsproduktion ausschließlich zu diesem Zweck. Tatsächlich engagiert sie sich im Krieg gegen die Russische Föderation. Sie hat jedoch über dieses Ziel nie diskutiert.

Dies ist die erste Konsequenz des Abkommens zwischen Saudi-Arabien und dem Iran.

Recep Tayyip Erdoğan als Verlierer der Präsidentschaftswahl ?

Eine Umfrage von Aksoy Research zu den Präsidentschaftswahlen in der Türkei, die für den 14. Mai geplant sind, sieht den Kandidaten des Oppositionsbündnisses Kemal Kılıçdaroğlu bei 55,6 Prozent und die des amtierenden Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan bei nur 44,4 Prozent. Piar Research findet 57,1%, für Kılıçdaroğlu und 42,9% für Erdoğan.

EU schließt Handelsregelung mit Iran

Die Europäische Union hat die Auflösung des INSTEX-Systems (Instrument zur Unterstützung des Handelsaustauschs) angekündigt, das darauf abzielt, US-Sanktionen zu umgehen, um Geschäfte mit dem Iran zu tätigen. Dieses System, das von 10 Staaten (Belgien, Großbritannien, Deutschland, Finnland, Dänemark, Frankreich, Niederlande, Norwegen, Spanien und Schweden) eingerichtet wurde, hat nie funktioniert.

Ali Khamenei begnadigt 22 000 Gefangene

Der Oberste Führer der Revolution, Ayatollah Ali Khamenei, begnadigte 22 000 Menschen, die während der Proteste gegen die Schleierpflicht verhaftet und inhaftiert worden waren.

Das US-Außenministerium bestreitet die Unterzeichnung eines Gefangenenaustauschabkommens mit dem Iran

Ned Price, Sprecher des Außenministeriums, wies die Behauptung des iranischen Außenministers Hossein Amir-Abdollahian zurück, dass ein Gefangenenaustauschabkommen zwischen den beiden Ländern geschlossen worden sei. Am selben Tag sagte sein iranischer Amtskollege Naser Kanaani, dass der US-Vertreter das Abkommen unterzeichnet habe, das aber derzeit nicht umgesetzt werde. Teheran hatte sich auf die Freilassung von drei US-Spionen vorbereitet, Siamek Namazi, Emad Sharghi und Murad Tahbazi.

Iranische Reaktion auf das Abkommen mit Saudi-Arabien

General Yahya Rahim Safavi, ein Berater des iranischen Obersten Führers für militärische Angelegenheiten, nannte das iranisch-saudische Abkommen "ein politisches Erdbeben für die

Vereinigten Staaten... Dieses politische Abkommen markiert den Anfang vom Ende der US-Hegemonie in der Region (...) Mit dem Abkommen zwischen Teheran und Riad hat die post-amerikanische Phase in der Golfregion begonnen."

Der General erwähnte den bevorstehenden Beitritt Saudi-Arabiens zur Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ).

Pakistanische Regierung bereit, Imran Khan zu liquidieren

Bewaffnete Leute und Polizisten eröffneten das Feuer auf die Residenz des ehemaligen Premierministers Imran Khan im Zaman Park in Lahore.

Imran Khan ist ein Schüler des iranischen Philosophen Ali Shariati, Freund von Jean-Paul Sartre und Franz Fanon. Für sein politisches Programm ließ er sich von den Prinzipien inspirieren, nach denen der Staat Medina von Mohammed geschaffen wurde : Gerechtigkeit, Gleichheit, Mitgefühl und das Wohlergehen aller Bürger, unabhängig von ihrem religiösen, ethnischen oder sozialen Hintergrund. Er konzentrierte sich auf zwei vorrangige Bereiche : den Zugang zu Bildung und die Bekämpfung der Korruption.

Er wurde vom Parlament zugunsten von Shehbaz Sharif gestürzt, der in vielen Korruptionsfällen strafrechtlich verfolgt und vom Westen unterstützt wurde.

Indien und die Homo-Ehe

Der Oberste Gerichtshof Indiens wird sich am 18. April mit der Frage der gleichgeschlechtlichen Ehe befassen. Alle ehemaligen britischen Kolonien erbten die viktorianische Kriminalisierung männlicher Homosexualität. Eine nach der anderen stellen sie sich die Frage nach ihrer Aufhebung, dann nach der Gleichheit vor dem Gesetz, unabhängig von der sexuellen Orientierung. Im

angelsächsischen System kann dies nur durch die Homo-Ehe erreicht werden.

Nordkorea feuert zwei ballistische Raketen ab

Nordkorea hat mindestens zwei ballistische Kurzstreckenraketen von einem U-Boot in das Japanische Meer abgefeuert. Diese Starts bestätigen, dass Pjöngjang jedes Ziel in Japan treffen könnte.

Sie finden statt, während Südkorea und die Vereinigten Staaten die größten Militärübungen seit fünf Jahren begonnen haben, *Freedom Shield*.

Yoon Suk-Yeol in Tokio

Der südkoreanische Präsident Yoon Suk-Yeol reiste nach Tokio, um den japanischen Premierminister Fumio Kishida zu treffen. Dies ist der erste Besuch auf dieser Ebene zwischen den beiden Ländern seit 12 Jahren. Vor seiner Abreise gab der Präsident ein Interview und sagte : "Es besteht ein zunehmender Bedarf für Korea und Japan, in dieser Zeit der Polykrise zusammenzuarbeiten, mit Nordkoreas eskalierenden Atom- und Raketenbedrohungen und der Störung der globalen Lieferketten... Wir können es uns nicht leisten, Zeit zu verlieren, indem wir die angespannten Beziehungen zwischen Korea und Japan unbeachtet lassen." In Bezug auf die japanische Kolonisierung fuhr er fort : "Es ist an der Zeit, dass die Menschen beider Länder voranschreiten, anstatt sich der Vergangenheit zu stellen." Ihm zufolge drückte Japan "tiefe Reue und aufrichtige Entschuldigung für seine vergangene Kolonialherrschaft durch die Position seiner früheren Regierungen" aus.

Laut einer Umfrage von Gallup Korea sind 59 Prozent der Südkoreaner mit dem Plan ihrer eigenen Regierung zur Beilegung des Konflikts nicht zufrieden, während laut einer Umfrage von *Kyodo News* 57 Prozent der Japaner ihn ausgezeichnet finden.

Erholung der chinesischen Wirtschaft

Chinas Wirtschaft hat begonnen, sich zu erholen, nachdem viele Städte während des Covid-19-Ausbruchs geschlossen wurden. Die Industrieproduktion lag von Januar bis Februar um 2,4% höher als ein Jahr zuvor. Die Regierung hofft, in diesem Jahr 5% zu erreichen. Im Gaststättengewerbe (+9,2%) ist die Erholung sehr deutlich, aber der Immobilienbau erholt sich nur langsam. "Die Wirtschaft erholt sich in diesem Jahr allmählich, aber es sollte beachtet werden, dass die Pandemie die Bilanzen von Unternehmen und Einzelpersonen über mehrere Jahre hinweg beschädigt hat und sie immer noch Zeit brauchen, um sich selbst zu reparieren", sagte Fu Linghui, Sprecher des *National Bureau of Statistics* (NBS).

OZEANIEN

Australien wird mit Atom-U-Booten ausgerüstet werden

Der australische Premierminister Anthony Albanese und sein britischer Amtskollege Rishi Sunak trafen sich mit US-Präsident Joe Biden auf der Militärbasis San Diego (Kalifornien). Sie einigten sich als Teil der AUKUS-Allianz darauf, dass Australien Atom-U-Boote (aber keine Atomwaffen) erhalten und mindestens fünf kaufen würde.

In ihrem Abschlusskommuniqué schrieben sie : "Unser Plan erhöht die industriellen Kapazitäten der drei Länder, um interoperable Atom-U-Boote für die kommenden Jahrzehnte zu produzieren und zu warten, erweitert unsere individuelle und kollektive U-Boot-Präsenz im Indopazifik und trägt zur globalen Sicherheit und Stabilität bei (...) Wir glauben an eine Welt, die die Freiheit schützt und die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit, die Unabhängigkeit souveräner Staaten und die regelbasierte internationale Ordnung achtet.

Die *Submarine Rotational Force West* wird voraussichtlich bereits 2027 einsatzbereit sein, auch wenn manche U-Boote später geliefert werden.

Für China ist AUKUS ein typisches Instrument der Mentalität des Kalten Krieges. Es stellt eine ernste Gefahr der Verbreitung von Kernwaffen dar und verstößt sowohl gegen das Ziel und Zweck des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen.

Paul Keating prangert die Logik von AUKUS an

Der ehemalige Labour-Premierminister Paul Keating (1991-96) verurteilte das AUKUS-Abkommen scharf und beschuldigte seinen Labour-Nachfolger Anthony Albanese, sich auf "zwei ernsthaft rücksichtslose Minister, Penny Wong [Außenpolitik] und Richard Marles [Verteidigung]" zu verlassen. Ihm zufolge "bedroht China Australien nicht und die Chinesen haben nie vorgeschlagen oder gesagt, dass sie Australien bedrohen würden ; Australien zu bedrohen würde eine Invasion bedeuten. Taiwan war kein lebenswichtiges Interesse für Australien – und das bleibt es auch." Er kritisierte die hegemoniale Ideologie der USA und forderte "den Premierminister heraus, die Frage ausdrücklich vorzuschlagen oder offen zu lassen, ob Australien gegen Taiwan in den Krieg ziehen könnte - auf Geheiß der USA oder irgendjemand anderem".

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltaire.net.org

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltaire.net.org

46 Ausgaben pro Jahr.

Jahresabonnement : 150 Euro

Monatsabonnement : 15 Euro

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Dokumentations beilage

3- Think Tanks

CHINA

[The Sino-Russian Partnership : Assumptions, Myths and Realities](#), Bobo Lo, Institut français des relations internationales (IFRI)

[China, climate change and the energy transition](#), Xu Yi-Chong, The Australian Strategic Policy Institute (ASPI)

[China, climate and conflict in the Indo-Pacific](#), Anastasia Kapetas, The Australian Strategic Policy Institute (ASPI)

[Countering China's coercive diplomacy](#), Fergus Hunter, Daria Impiombato, Yvonne Lau, Adam Triggs, Albert Zhang & Urmika Deb, The Australian Strategic Policy Institute (ASPI)

[Gaining Victory in Systems Warfare. China's Perspective on the U.S.-China Military Balance](#), Mark Cozad, Jeffrey Engstrom, Scott W. Harold, Timothy R. Heath, Sale Lilly, Edmund J. Burke, Julia Brackup & Derek Grossman, Rand Corporation

COLOMBIA

[Protecting Colombia's Most Vulnerable on the Road to "Total Peace"](#), International Crisis Group

ETHIOPIA

[African Media Cultures and Chinese Public Relations Strategies in Kenya and Ethiopia](#), Hangwei Li & Yuan Wang, Carnegie Endowment for International Peace

EUROPEAN UNION

[Opening the Global Gateway : Why the EU should invest more in the southern neighbourhood](#), Alberto Rizzi & Arturo Varvelli, European Council on Foreign Relations

[US Inflation Reduction Act demands quick strategic action from the EU](#), Kerstin Bernoth & Josefin Meyer, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

[Phased European Union electricity market reform](#), Georg Zachmann & Conall Heussaff, Brueghel

[How Europe should answer the US Inflation Reduction Act](#), David Kleimann, Niclas Poitiers, André Sapir, Simone Tagliapietra, Nicolas Véron, Reinhilde Veugelaers & Jeromin Zettelmeyer, Brueghel

[L'Europe garde les faveurs de l'opinion face à la guerre en Ukraine](#), Daniel Debomy, Institut Jacques Delors

[The management of the COVID Crisis in 2020 : a case study on EU governance](#), Jim Cloos, Egmont

FINLAND

[Ideational trends in American grand strategy : Future implications for Europe and Finland](#), Ville Sinkkonen, Finnish Institute of International Affairs

[Multilateral cooperation in an era of strategic competition. Options for influence for Finland and the European Union](#), Juha Jokela, Katja Creutz, Alana Saul, Niklas Helwig, Ville Sinkkonen, Anna Kronlund, Jyrki Kallio, Ryhor Nizhnikau & Johanna Ketol, Finnish Institute of International Affairs

GERMANY

[Centre-right parties in Germany and Sweden : Challenges and strategies in a changing political landscape](#), Sanna Salo & Tuomas Iso-Markku, Finnish Institute of International Affairs

GULF

[Improving Gulf security : A framework to enhance air, missile, and maritime defenses](#), Scowcroft Middle East Security Initiative's Gulf Security Task Force, Atlantic Council

INDIA

[Role of Semiconductors in India's National Security](#), Akshat Upadhyay, Manohar Parrikar Institute for Defence Studies and Analyses (MP-IDSA)

[Strategies for an Uncertain World : Indian Perceptions and Responses](#), Sinderpal Singh, S. Rajaratnam School of International Studies (RSIS)

[The I2U2 \(India, Israel, United States and UAE\) : Where Geography and Economics Meet](#), Navdeep Suri & Hargun Sethi, Observer Research Foundation

[Building on the Pillars of the India-US Defence Relationship in the 21st Century](#), Vivek Mishra, Observer Research Foundation

INDONESIA

[Indonesia's Triumphs and Limitations as It Stakes Claim to Leadership in Southeast Asia](#), Don McLain Gill, Observer Research Foundation

INDO-PACIFIC

[Systèmes alimentaires dans le Pacifique : Relever les défis en coopération avec l'Europe](#), Céline Pajon, Institut français des relations internationales (IFRI)

[Understanding America's Enduring Interest in the Indo-Pacific](#), Harsh V. Pant & Anant Singh Mann, Observer Research Foundation

[The EU's Naval Presence in the Indo-Pacific : What Is It Worth ?](#), Eva Pejsova, The Hague Centre for Strategic Studies

[Towards a Sustainable and Meaningful European Naval Presence in the Indo-Pacific Region : A Southeast Asian Perspective](#), Collin Koh, The Hague Centre for Strategic Studies

IRAN

[Protests in Iran in comparative perspective. A revolutionary state in trouble](#), Hamidreza Azizi & Erwin van Veen, Netherlands Institute of International Relations 'Clingendael'

ISRAEL

[Events in Israel Reinforce Nasrallah's "Spider Web" Theory](#), Orna Mizrahi & Yoram Schweitzer, Institute for National Security Studies (INSS)

[Israel's Judicial Revolution, Social Resilience, and National Security](#), Meir Elran & Mora Deitch, Institute for National Security Studies (INSS)

[Israel's Arab Society Following the Establishment of the 37th Israelian Government](#), Ephraim Lavie, Mohammed Wattad, Orit Perlov, Mora Deitch & Meir Elran, Institute for National Security Studies (INSS)

[China, Israel, and the Palestinians : Navigating Politics and Economics](#), Galia Lavi & Oded Eran, Institute for National Security Studies (INSS)

[One Year into the War in Ukraine : Israel's Preparedness for the Changing Aerial Threat](#), Liran Antebi & Amikam Norkin, Institute for National Security Studies (INSS)

[Israel im Schatten der Justizreform – aktuelle Herausforderungen für die Demokratie](#), Beatrice Gorawantschy, Political, Security and Economic Consultancy (ISPSW)

[After Huwara : Public Palestinian Opinion Pool](#), Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR)

[Confronting the New Israeli Government](#), Ashraf Ajrami, Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR)

KOSOVO

[The politics of dialogue : How the EU can change the conversation in Kosovo and Serbia](#), Engjellushe Morina, European Council on Foreign Relations

MYANMAR

[India's Connectivity Projects with Myanmar, Post-Coup : A Stocktaking](#), Sreeparna Banerjee, Observer Research Foundation

[A Silent Sangha ? Buddhist Monks in Post-coup Myanmar](#), International Crisis Group

NATO

[The future of NATO C4ISR : Assessment and recommendations after Madrid](#), Gordon B. "Skip" Davis Jr., Atlantic Council

RUSSIA

[Russia's regime transformation and the invasion of Ukraine : From a failed blitzkrieg to war as the new normal](#), Jussi Lassila, Finnish Institute of International Affairs

[The Sino-Russian Partnership : Assumptions, Myths and Realities](#), Bobo Lo, Institut français des relations internationales (IFRI)

[Russia's Asymmetric Response to 21st Century Strategic Competition. Robotization of the Armed Forces](#), Krystyna Marcinek & Eugeniu Han, Rand Corporation

[Captivated by war : The Russian People in the face of the Ukraine War, Mobilization, and Tactical Defeat](#), Joris Van Bladel, Egmont

SAUDI ARABIA

[Iran and Saudi Arabia Renew Relations](#), Sima Shine, Yoel Guzansky & Eldad Shavit, Institute for National Security Studies (INSS)

[L'Arabie saoudite face à la compétition sino-américaine. La tentation du pivot de Mohammed bin Salman](#), Jean-Loup Samaan, Institut français des relations internationales (IFRI)

SOUTH AFRICA

[Scaling violence prevention in South Africa](#), Matodzi M Amisi, Gwen Dereymaeker, Jody

van der Heyde & Nicolette Roman, Institute for Security Studies (ISS)

SOUTH ASIA

[End of the Afghanistan Era in Washington's South Asia Strategy](#), Monish Tourangbam, Institute of South Asian Studie

SOUTH KOREA

[Peninsula Plus : Enhancing U.S.–South Korea Alliance Cooperation on China. Multilateralism, and Military and Security Technologies](#), Jacob Stokes & Joshua Fitt, Center for a New American Security (CNAS)

[Securing its Interests : Explaining South Korea's Slow Pivot to China](#), Amlan Dutta, Observer Research Foundation

[Structure and Contingency : War Onset in the East China Sea](#), Korea Institute for maritime Strategy (KIMS)

SYRIA

[The Campaign between the Wars in Syria : What Was, What Is, and What Lies Ahead](#), Eden Kaduri, Institute for National Security Studies (INSS)

[In the Wreckage of ISIS. An Examination of Challenges Confronting Detained and Displaced Populations in Northeastern Syria](#), Karen M. Sudkamp, Nathan Vest, Erik E. Mueller & Todd C. Helmus, Rand Corporation

[Containing Transnational Jihadists in Syria's North West](#), International Crisis Group

UKRAINE

[A Year Of Foreign Fighting For Ukraine](#), Kacper Rekawek, Counter Extremism Project

[Fragile unity : Why Europeans are coming together on Ukraine \(and what might drive them apart\)](#), Ivan Krastev, Mark Leonard, European Council on Foreign Relations

[Weltkrieg in anderer Form : Papst Franziskus zum Krieg in der Ukraine](#), Hans-Ulrich Seidt, Political, Security and Economic Consultancy (ISPSW)

[Ein Jahr nach Kriegsbeginn – Worum geht es in der Ukraine ?](#), Andrew B. Denison, Political, Security and Economic Consultancy (ISPSW)

[The Ukraine Support Tracker : Which countries help Ukraine](#), Christoph Trebesch, Arianna Antezza, Katelyn Bushnell, André Frank, Pascal Frank, Lukas Franz, Ivan Kharitonov, Bharath Kumar, Ekaterina Rebinskaya & Stefan Schramm, Kiel Institute Economic

UNITED STATES

[Report : What a failed response to the Chinese spy balloon should tell state leaders](#), Tommy Waller & Christopher Holton, Center for Security Policy, (CSP)

[A Matter of Life and Death : The Importance of the Death in Custody Reporting Act](#), Project On Government Oversight (POGO)

[Model Code of Conduct for U.S. Supreme Court Justices](#), Project On Government Oversight (POGO)

[Proxy Warfare in Strategic Competition. State Motivations and Future Trends](#), Rand Corporation

[Strategic advantage in a competitive age. Definitions, dynamics and implications](#), Rand Corporation

[Vanishing Trade Space. Assessing the Prospects for Great Power Cooperation in an Era of Competition — A Project Overview](#), Rand Corporation

[Assessing the Prospects for Great Power Cooperation in the Indo-Pacific](#), Rand Corporation

[Assessing the Prospects for Great Power Cooperation in Europe and the Middle East](#), Rand Corporation

[Assessing the Prospects for Great Power Cooperation in the Global Commons](#), Rand Corporation

[Understanding, Managing, and Reporting U.S. Space Force Readiness](#), Brian Dolan, Bonnie L. Triezenberg, Emmi Yonekura, Sandra Kay Evans, Moon Kim, Dwayne M. Butler, Sarah W. Denton & Shreyas Bharadwaj, Rand Corporation

[Uncle Sucker. Why U.S. Efforts at Defense Burdensharing Fail](#), Justin Logan, Cato Institute

WEST

[United West, divided from the rest : Global public opinion one year into Russia's war on Ukraine](#), Timothy Garton Ash, Ivan Krastev & Mark Leonard, European Council on Foreign Relations

[Bruchstellen im westlichen Bündnis](#), Josef Braml, Political, Security and Economic Consultancy (ISPSW)

ZAMBIA

[Zambia's developing international relations. 'Positive neutrality' and global partnerships](#), Christopher Vandome, Chatam House

DEMOCRACY

[Democracy under Threat. How the Personalization of Political Parties Undermines Democracy](#), Erica Frantz, Andrea Kendall-Taylor, Joseph Wright, Jia Li, Carisa Nietsche, Nicholas Lokker & Nicolas Rice, Center for a New American Security (CNAS)

ECONOMY

[Most green funds do not have a sustainability impact](#), Jan Fichtner, Robin Jaspert & Johannes

Petry, Danish Institute for International Studies (DIIS)

[World economy in spring 2023 : Stubborn inflation, moderate growth](#), Klaus-Jürgen Gern, Stefan Kooths & Ulrich Stolzenburg, Kiel Institute Economic

[Euro Area Economy Spring 2023 : Energy crisis subsides, prospects brighten up](#), Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll & Stefan Kooths, Kiel Institute Economic

INTELLIGENCE

[Why Does the Global Spyware Industry Continue to Thrive ? Trends, Explanations, and Responses](#), Steven Feldstein & Brian (Chun Hey) Kot, Carnegie Endowment for International Peace

[The Promise and Peril of Wargaming](#), Taylor Grossman, Center for Security Studies (CSS) at ETH Zürich

[Absorption of Emerging Technologies in Armed Forces](#), Akshat Upadhyay, Manohar Parrikar Institute for Defence Studies and Analyses (MP-IDSA)

POLICY

[Is Realism Policy Relevant ? Evidence from Ukraine and Taiwan](#), Nikolaos Lampas, Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP)

TERRORISM

[Gulf of Guinea Countries and Terrorism Threat](#), Sindhu Dinesh, Manohar Parrikar Institute for Defence Studies and Analyses (MP-IDSA)

[Counter Terrorist Trends and Analyses \(CTTA\) – Volume 15 Issue 02](#), James M. Dorsey, Jacob Zenn, Atta Barkindo & Raffaello Pantucci, S. Rajaratnam School of International Studies (RSIS)

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°33 - 24. März 2023

Dieser Newsletter wurde in Frankreich in einer Atmosphäre der Unruhen erstellt. Wir waren nicht in der Lage, unsere dokumentarische Beilage zu erstellen. Sie werden sie nächste Woche finden.

LEITARTIKEL

Der Internationale Strafgerichtshof im Dienste der NATO, nicht der Justiz

Der Internationale Strafgerichtshof hat zwei Haftbefehle gegen Maria Lwowa-Bełowa, Vorsitzende der russischen Föderalen Kommission für die Rechte des Kindes, und den russischen Präsidenten Wladimir Putin erlassen. Er verdächtigt sie, die Entführung ukrainischer Kinder organisiert und nach Russland entführt zu haben.

Ab den ersten Wochen der russischen Militärspezialoperation wurden die Kinder der Bewohner des Donbass mit Zustimmung ihrer Eltern nach Russland geschickt, um sie vor den Kämpfen zu schützen.

Im März 2022 verurteilte die US-Botschaft in Kiew unter Weiterleitung von Vorwürfen der ukrainischen Regierung die Entführung von 2389 Kindern.

Ende April unterzeichnete Präsident Wladimir Putin ein Dekret, das den Prozess der Verleihung der russischen Staatsbürgerschaft an ukrainische Waisen und solche ohne elterliche Fürsorge erleichtert. Ende Mai zitierte der ukrainische Botschafter bei der OSZE den Fall eines Kindes, das seine Eltern verloren hatte, aber noch seine Großeltern hatte, das von den russischen Behörden zum Waisen erklärt und deportiert wurde. Das ukrainische Außenministerium warf Russland vor, sich gegenüber den Kindern des Donbass so zu verhalten, als wären sie Russen.

Im September stimmten vier ukrainische Oblaste, darunter zwei im Donbass, in einem Referendum für den Beitritt zur Russischen Föderation.

Nach der Definition wird das vom Internationalen Strafgerichtshof verfolgte Verbrechen nicht mehr existieren, wenn die Vereinten Nationen diese Referenden anerkennen.

123 Staaten (von den 193 Mitgliedern der Vereinten Nationen) sind diesem Gerichtshof beigetreten. Als Beispiel aber haben weder die Vereinigten Staaten, noch Russland, noch China, noch Indien

ihre Mitgliedschaft ratifiziert. Darüber hinaus haben die meisten Mitgliedstaaten, einschließlich aller NATO-Mitglieder (mit Ausnahme der USA), ein Dokument unterzeichnet, in dem sie sich verpflichten, das *amerikanische Gesetz zum Schutz von Militärangehörigen* (auch bekannt als *Haager Invasionsgesetz*) einzuhalten. Das heißt, sie verstoßen gegen die Statuten (von Rom) dieses Gerichts und wenden keinen von ihm ausgestellten Haftbefehl an, wenn er sich auf US-Bürger bezieht. Das US-Recht geht dagegen noch weiter, da es den Niederlanden im Falle einer Auslieferung und Inhaftierung von US-Verdächtigen ausdrücklich mit einer militärischen Invasion droht.

US-Präsident Joe Biden, dessen Land also nicht Mitglied dieses Gerichtshofs ist, begrüßte jedoch die internationalen Haftbefehle gegen Maria Lwowa-Belowa und Wladimir Putin.

Darüber hinaus erschien sehr schnell, dass dieser Gerichtshof sowohl der Europäischen Union als auch der NATO untergeordnet war.

- Weil er jahrelang nur afrikanische Staatsmänner verfolgte und nicht in US-Kriege eingriff, zogen sich Burundi, Südafrika und Gambia davon zurück.

- Während der Zerstörung der Libysch-Arabische Dschamahirija durch die NATO, behauptete der Ankläger des Gerichtshofs Saif al-Islam Gaddafi verhaftet und nach Den Haag überstellt zu haben, um dem Volkswiderstand ein Ende zu setzen. Die Kämpfe hörten zwar für ein paar Stunden auf, aber noch am selben Abend schloss sich Saif al-Islam live im Fernsehen seinen Anhängern an.

- Während des französischen Staatsstreichs in Côte d'Ivoire klagte das Gericht Präsident Laurent Gbagbo wegen Völkermords an, was die französische These einer militärischen Intervention rechtfertigte, um das Massaker zu stoppen. Aber nach drei Jahren Prozess war das Gericht, das nicht in der Lage war, seine Schuld zu beweisen, gezwungen, ihn freizusprechen. Da

diese Inszenierung nicht ausreichte, stellte ihn das Gericht unter Hausarrest, um ihn daran zu hindern, bei den Präsidentschaftswahlen 2020 zu kandidieren.

- Als Abschluss dieser Liste untersuchte das Gericht die Verbrechen der USA in Afghanistan, bevor es sein Verfahren im "Interesse der Gerechtigkeit" (sic) einstellte. Laut EU-Kommissar Didier Reynders hat die Europäische Union im Jahr 2022 10 Millionen Euro an den IStGH für seine "Arbeit an der Ukraine" gezahlt und wird bis 2025 mindestens 3 Millionen Euro pro Jahr bereitstellen. Als Reaktion auf den IStGH kündigte nun die russische Staatsanwaltschaft gegen dessen Staatsanwalt Karim Ahmad Khan und deren Richter Tomoko Akane, Rosario Salvatore Aitala und Sergio Gerardo Ugalde Godinez die Eröffnung eines Strafverfahrens an.

AMERIKA

Washington gegen einen Waffenstillstand in der Ukraine

Der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates, Konteradmiral John Kirby, kommentierte das Gipfeltreffen zwischen dem russischen und dem chinesischen Präsidenten auf *Fox News* : "Wir haben schon früher gesagt, und wir wiederholen es heute, dass, wenn dieses Treffen zu einem Aufruf zu einem Waffenstillstand führt, es inakzeptabel sein wird, weil es nur die russische Eroberung bis heute ratifizieren wird." Russland und China "sind zwei Länder, die sich der regelbasierten internationalen Ordnung widersetzen, die die Vereinigten Staaten und so viele unserer Verbündeten und Partner seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs aufgebaut haben", sagte er.

US-Repräsentantenhaus stellt Korruption in der Biden-Familie fest

Der demokratische Abgeordnete Jamie Raskin (Maryland) enthüllte die Vorladung der Republikaner von Rob Walker, einem ehemaligen Mitarbeiter von Hunter Biden (dem Sohn von Präsident Joe Biden).

Als Reaktion darauf veröffentlichte der Vorsitzende des Aufsichts- und Rechenschaftsausschusses des Repräsentantenhauses, der Republikaner James Comer, die Ermittlungselemente, die aus den ersten vom Finanzministerium übermittelten Dokumenten verifiziert wurden. Es scheint, dass Rob Walker, als er mit Mitgliedern der Biden-Familie und dem halbstaatlichen Unternehmen CEFC China ein Unternehmen gründete, 3 Millionen Dollar einlöste. Ein Drittel dieser Summe wurde an seine Mitarbeiter gezahlt, nämlich 35000 Dollar an Hallie Biden (eine Schwiegertochter des Präsidenten, mit der Hunter eine Affäre hatte), 70000 Dollar auf ein Biden-Konto (keine weiteren Details), 360.000 Dollar an James Biden (den Bruder des Präsidenten) und 610 692 Dollar an Hunter Biden (eines der Kinder des Präsidenten). Das Finanzministerium weigert sich immer noch, mehr als 150 Akten offenzulegen, die von Parlamentariern angefordert wurden.

Präsident Joe Biden weigert sich, ein Gesetz zu unterzeichnen

Präsident Joe Biden weigerte sich zum ersten Mal in seiner Amtszeit, ein vom Kongress verabschiedetes Gesetz zu unterzeichnen. Dieses verbietet es Pensionskassen, Umwelt-, Sozial- und Corporate-Governance-Faktoren (ESG) zu nutzen, um ihre Anlageentscheidungen zu beeinflussen.

Bilanz der Propagandakanäle der US-Regierung

Die US-Agentur für globale Medien (USAGM) versichert, dass sie im Jahr 2022 410 Millionen

regelmäßige Hörer hatte. Sie beglückwünscht sich besonders für die Entwicklung ihren Kanal, vor allem dem in russischer Sprache, *Current Time*, welcher dem Krieg in der Ukraine gewidmet ist. Sie behauptet, dass ihre Online-Videos 4 Milliarden Aufrufe erreicht haben.

Antikriegsproteste in den USA

Die ANSWER-Koalition, die wenige Tage nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gegründet wurde, organisierte Demonstrationen in einem Dutzend Städten in den Vereinigten Staaten unter den Slogans : "Frieden in der Ukraine", "Sag Nein zu endlosen amerikanischen Kriegen" und "Geld für unsere Bedürfnisse, nicht für die Kriegsmaschinerie".

Verstöße gegen die US-amerikanischen Gesetze zur politischen Finanzierung

Laut *The Epoch Times*, unter Berufung auf den Verein *Election Watch*, haben in vier Jahren mehr als 10 000 US-Bürger Mikrospenden an Persönlichkeiten oder politische Parteien geleistet. Die Zeitung interviewte mehrere von ihnen, die laut den Akten der Bundeswahlkommission (FEC) mehr als 50 000-mal Beiträge geleistet hätten. Sie bestritten, irgendetwas bezahlt zu haben und prangerten einen Diebstahl ihrer Identität an. Die FEC soll die Einhaltung der Spendenlimits überprüfen.

Selbstzensur in US-amerikanischen Universitäten

Laut einer Ipsos-Umfrage in Universitäten geben 54% der Befragten an, dass die Veröffentlichung nicht konformer religiöser oder politischer Ansichten in sozialen Medien "negative Konsequenzen" am Arbeitsplatz haben könnte.

Noch mehr US-Waffen für die Ukraine

Das Pentagon bot der Ukraine 350 Millionen Dollar an Sicherheitshilfe an - "der vierunddreißigste Abzug von Ausrüstung aus

den Lagerbeständen des Verteidigungsministeriums seit August 2021". Zu den Gegenständen auf der Liste gehören Munition für High Mobility Artillery Rocket Systems (HIMARS) ; Hochgeschwindigkeits-Anti-Strahlungs-Raketen (HARM) ; 81-mm- und 60-mm-Mörser mit ihren Granaten ; AT-4 Panzerabwehrwaffensysteme ; Granatwerfer, Handfeuerwaffen und Munition. Ebenfalls enthalten : Sprengmunition und Ausrüstung zum Überqueren von Hindernissen ; Minenräumgeräte ; Schweröltankschiffe ; Wärmebildsysteme, optische und Laser-Entfernungsmesser ; Flusspatrouillenboote ; Prüf- und Diagnosegeräte für die Wartung und Reparatur von Fahrzeugen ; sowie Ersatzteile und andere Feldausrüstung.

Organisation der Zensur durch das Pentagon

Bei einer Anhörung des Unterausschusses des Repräsentantenhauses über die Militarisierung der Regierung behaupteten Zeugen, dass das Pentagon 750 000 Dollar an NewsGuard gegeben habe. Dies stellt ein Verzeichnis von Informations-Websites dar, indem ihre Qualität vermerkt wird. Dieses Verzeichnis steht Verwaltungen und Regierungen (einschließlich der East StratCom Task Force der Europäischen Union) zur Verfügung.

Der Vorstand von NewsGuard ist geheim, aber seinem Beirat gehören einer der Mitbegründer von Wikipedia (Jimmy Wales) sowie der ehemalige Direktor der CIA und NSA (General Michael Hayden), der ehemalige Generalsekretär der NATO (Anders Fogh Rasmussen), der ehemalige Heimatschutzminister (Tom Ridge) und der ehemalige Unterstaatssekretär für öffentliche Diplomatie (Richard Stengel) an. NewsGuard kontaktierte das Voltaire-Netzwerk ein Dutzend Mal, um sich nach seinen Beziehungen zu ausländischen Regierungen zu erkundigen und wer es finanzierte. Sie forderten

es auf, seine Artikel über die Anschläge vom 11. September 2001, die Kriege in Libyen und Syrien usw. zu "korrigieren".

Die Untersuchung des Unterausschusses des Repräsentantenhauses über die Militarisierung der Regierung wirft ein Schlaglicht auf ein System der Zensur, bei dem NGOs und Unternehmen benutzt werden, um alle finanziellen Mittel für nicht konforme Medien im Westen abzuschneiden.

Washington wendet immer noch die Monroe-Doktrin an

Honduras, das gerade die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen hat, steht unter sehr starkem Druck aus Washington, um keine Beziehungen zur Volksrepublik China aufzunehmen.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbi, verurteilte die Haltung der US-Amerikaner und forderte sie auf, die Monroe-Doktrin aufzugeben und die Souveränität von Honduras zu respektieren. Zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts hatte der US-Präsident James Monroe die Welt in zwei Teile geteilt. Er hatte die Europäer aufgefordert, nicht in Lateinamerika zu intervenieren, und versprochen, dass sich die Vereinigten Staaten nicht in Europa engagieren würden. Washington wollte jedoch bald zuerst die Karibik, dann ganz Amerika kontrollieren. Im frühen zwanzigsten Jahrhundert formulierte Präsident Theodore Roosevelt die "Folgerung", die seinen Namen trägt. Von nun an muss die Roosevelt-Doktrin so verstanden werden, dass sie besagt, dass Nord und Süd-Amerika die Domäne der Vereinigten Staaten sind. Gegen diese Doktrin haben sich der kubanische Kommandeur Fidel Castro (1965-2011) und der venezolanische Präsident Hugo Chávez (1999-2013) gestellt.

Aufdeckung eines Korruptionsnetzwerks in Venezuela

Tareck El Aissami, Erdölminister und Direktor der staatlichen Firma *Petróleos de Venezuela* (PdVSA), reichte seinen Rücktritt ein, während mehrere hochrangige Beamte seiner Regierung von der Nationalen Antikorruptionspolizei und dem Nationalen Bolivarischen Geheimdienst (SEBIN) wegen Veruntreuung untersucht werden. Sie hätten 3 Milliarden Dollar gestohlen. 19 Personen wurden festgenommen, darunter ein chavistischer Abgeordneter, nachdem seine parlamentarische Immunität aufgehoben worden war. Unter den Verdächtigen ist Joselit Ramirez Camacho, Direktor der Nationalen Oberüberwachung der Kryptowährungen.

Tareck El Aissami wurde 2017 von Washington des Drogenhandels beschuldigt, aber Präsident Nicolás Maduro bewahrt ihm sein volles Vertrauen. Er ist neben der Polizei und SEBIN aktiv an den Ermittlungen beteiligt.

EUROPA

Britisches Parlament billigt Post-Brexit-Abkommen mit der EU

Das britische Unterhaus hat das von Premierminister Rishi Sunak mit der Europäischen Union ausgehandelte Post-Brexit-Abkommen bestätigt. Die beiden Vorgänger von Herrn Sunak, Boris Johnson und Liz Truss, stimmten jedoch dagegen. In der Tat gelten einige EU-Regeln weiterhin in Nordirland, aber insgesamt erlaubt der Text des Abkommens dem Vereinigten Königreich, Teil des europäischen Binnenmarktes zu sein, ohne Mitglied seiner politisch-militärischen Struktur zu sein.

Großbritannien wird Granaten mit abgereichertem Uran für Kämpfe in der Ukraine liefern

Die britische Verteidigungsministerin Annabel Goldie sagte, das Vereinigte Königreich werde die Ukraine mit panzerbrechenden Granaten aus abgereichertem Uran für die 14 Kampfpanzer des Typs Challenger 2 beliefern. Wenn sie aufprallen, schmelzen und sublimieren die mit abgereichertem Uran versehenen Granatspitzen durch Reibung und setzen schwach-radioaktive Uran-235-Partikel frei, die bei Einatmung besonders gefährlich sind, weil schlecht vom Körper eliminiert, und sie verseuchen das Gebiet für viele, viele Jahre und machen es unbewohnbar. Ihr Einsatz hatte einen dramatischen Anstieg der Krebsfälle und der kongenitalen Geburtsfehler zur Folge. Offensichtlich denken die Ukrainer, die diese Granaten gegen Russland einsetzen werden, nicht, dass sie Territorien zurückgewinnen können, sondern nur um diese unbewohnbar zu machen.

Unruhen in Frankreich und auch in Übersee weit verbreitet

Die Unruhen breiteten sich in Frankreich aus, nachdem Präsident Emmanuel Macron im Fernsehen aufgetreten war. Gewerkschaften organisieren Massendemonstrationen in allen Städten, während sich überall kleine, oft gewalttätige Gruppen bilden. Das Land hatte seit mindestens einem halben Jahrhundert im ganzen Land keine allgemeine Krise dieser Art erlebt.

Nur 8% der Franzosen sagen, dass sie von Emmanuel Macrons Argumenten überzeugt sind.

Dänemark erlaubt Russland nicht, die Sabotage von Nord Stream-Gaspipelines zu untersuchen

Der dänische Außenminister Lars Løkke Rasmussen bestätigte, dass sein Land zusammen

mit Schweden und Deutschland Russland nicht erlauben werde, sich an den Ermittlungen der Explosionen an den Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 zu beteiligen.

Als Reaktion darauf veranschaulichte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, die Verbundenheit des Dänen mit dem Gesetz, indem sie ein bereits bekanntes Foto von ihm veröffentlichte, das während des Krieges gegen die pro-kommunistische afghanische Regierung aufgenommen wurde, die vom russischen Militär in Afghanistan unterstützt wurde. Er trägt darauf eine AK-47 Gewehr in Gesellschaft mit Dschihadisten.

Schweden für den NATO-Beitritt bereit

Das schwedische Parlament stimmte mit sehr großer Mehrheit grundsätzlich für die NATO-Mitgliedschaft. Die Türkei weigert sich jedoch immer noch, sie in den Club aufzunehmen.

Slowakei wird der Ukraine MiG-29 Jäger liefern

Die Slowakei hat nach polnischem Vorbild angekündigt, dass sie sich auf die Lieferung von 13 MiG-29 an die Ukraine vorbereitet.

Die Mig-29 sind sowjetische Kampfflugzeuge mit geringer Reichweite. Dies wird ihnen schwierig machen, Ziele innerhalb von Russland anzugreifen.

Polen wird in den Krieg ziehen, wenn die Ukraine verliert

Polens Botschafter in Frankreich, der Bankier Jan Emeryk Rościszewski, kündigte in einem Interview mit LCI an, dass Polen gegen Russland in den Krieg ziehen werde, wenn die Ukraine gegen Russland verliert.

Polen ist der erste NATO-Mitgliedstaat, der ankündigte, Flugzeuge an die Ukraine zu liefern. Es sollten vier Mig-29 sein.

Angesichts des Skandals, der durch die Äußerungen von Botschafter Rościszewski

ausgelöst wurde, versuchte sein Pressedienst und seine Regierung vergeblich, sie zu widerlegen.

Finnland wird bald Mitglied der NATO

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat den Text des Gesetzes, das Finnland ermächtigt, der NATO beizutreten, zur Ratifizierung an die Große Nationalversammlung in der Türkei weitergeleitet.

Die Europäische Union zahlt immer noch Waffen für die Ukraine

Die Europäische Union hat am 20. März beschlossen, weitere 2 Milliarden Euro für Waffenlieferungen an die Ukraine freizugeben.

Die Europäische Union verwandelt sich in eine militärische Organisation

Der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, hat am 21. März das erste Robert-Schumann-Forum für Sicherheit und Verteidigung organisiert. Zahlreiche Verteidigungs- und Außenminister der Mitgliedstaaten der Union nahmen daran teil. Neben den Nicht-EU-Staaten, aber pro-amerikanischen europäischen Staaten waren viele Staaten auf Ministerebene vertreten, darunter Angola, Ghana, Mosambik, Niger, Nigeria, Ruanda, Senegal, Somalia, Ägypten, Chile, Peru, Georgien, Indonesien und Japan. Neben der NATO waren ASEAN, der Golfkooperationsrat und die Afrikanische Union vertreten. Vor allem schickte die Arabische Liga ihren Generalsekretär.

Das Forum hatte das ausdrückliche Ziel, den "Multilateralismus und eine regelbasierte internationale Ordnung" zu verteidigen ; eine elegante Art, das russisch-chinesische Projekt einer "multipolaren Welt auf der Grundlage des Völkerrechts" anzuprangern.

Die Europäische Union hat sich bereits mit Befugnissen im Gesundheitsbereich ausgestattet, die in den Verträgen nicht vorgesehen waren.

Sie interpretiert die Texte, um eine militärische Macht zu werden, was aber ihrem Geist widerspricht. Die Union koordinierte Waffenspenden an die Ukraine und zahlte astronomische Summen an Unterstützung, obwohl es das einzige Land der Welt ist, das eine explizit rassistische Verfassung hat (vgl. Artikel 16, verfasst von der Witwe des ehemaligen Nazi-Ministerpräsidenten Jaroslaw Stezko). Während des Forums stellte Josep Borrell seinen [ersten Bericht](#) über die Umsetzung des "Strategischen Kompasses" der Europäischen Union vor.

Es geht darum, die Bündelung der nationalen Armeen, einschließlich der Nachrichtendienste, zu koordinieren. "Europäische Verteidigung" erscheint nun als Schlagwort, das nicht nur die Einsatzkräfte der EU-Mitgliedstaaten dem Obersten Alliierten Befehlshaber Europa (SACEUR), heute US-General Christopher G. Cavoli, unterstellen soll, sondern auch die Kontrolle über alle Finanzierungsentscheidungen übernehmen soll, die bisher in die Zuständigkeit der nationalen Parlamente fielen. Und sogar Entscheidungen über Bewaffnung und Organisation, die in die Zuständigkeit der Exekutiven der Mitgliedstaaten fielen.

Die neue Achse der Japaner und der ukrainischen "integralen Nationalisten"

Der japanische Premierminister Fumio Kishida stattete der Ukraine einen Überraschungsbesuch ab. Im Mai soll dort der G7-Gipfel stattfinden. Er ist der erste asiatische Regierungschef, der das Land seit Beginn des Krieges besucht. Herr Kishida besuchte ein Massengrab in Bucha und sprach den Familien der Opfer der russischen Menschenrechtsverletzungen sein Beileid aus.

In ihrem Abschlusskommuniqué betonen Kishida und Selenskyj "die Untrennbarkeit der euro-atlantischen und indopazifischen Sicherheit" und "die Bedeutung von Frieden

und Stabilität über die Taiwanstraße hinweg". Japans Verfassung macht es unmöglich, tödliche Verteidigungsausrüstung zu transferieren, so dass es Kiew bereits rund 7,1 Milliarden Dollar an humanitärer und finanzieller Hilfe angeboten hat. Herr Kishida konnte nur die Lieferung von nicht-tödlicher militärischer Ausrüstung im Wert von 30 Millionen Dollar ankündigen. Das Bündnis zwischen Japan und den ukrainischen "integralen Nationalisten" erinnert an das Bündnis Japans mit den Nazis. Russland schickte zwei strategische Bomber für etwa sieben Stunden über das Japanische Meer.

Das Transkarpatien-Problem zwischen Ungarn und der Ukraine

Vor einigen Monaten ließ Andrij Baloha, Bürgermeister eines der fünf Kantone Transkarpatiens, Mukatschewo, die Statue des mythischen Vogels "Turul", die den Eingang zur mittelalterlichen Burg schmückte, entfernen und durch einen anderen des ukrainischen Dreizacks ersetzen.

Transkarpatien ist eine ukrainische, historisch ungarische Region. Der Turul ist das Staatswappen Ungarns. Seit Beginn des Krieges ist die Mehrheit der Männer der ungarischen Minderheit geflohen. Bürgermeister Andrij Baloha ist der Sohn des Zigarettenschmugglers Viktor Bahola, der jetzt in Polen Zuflucht gefunden hat.

Dieser Fall wird zu einem Konfliktpunkt zwischen der Ukraine und Ungarn.

Besuch von Wladimir Putin auf der Krim und in Mariupol

Präsident Wladimir Putin begab sich auf die Krim. Dort besuchte er das Kinderzentrum "Korsoun", eine Filiale des Ferienlagers Artek, und das Kunst- und Schönheitszentrum für Kinder. Er feierte den 9. Jahrestag des Beitritts der Krim zur Russischen Föderation und reagierte damit im Vorbeigang auf den Internationalen Strafgerichtshof, der ihn wegen

Entführung und Abschiebung von Kindern angeklagt hat.

Dann ging er nach Mariupol und stattete einen Besuch ab. Die Stadt, von der mehrere Viertel während der Kämpfe in der Asowstal-Fabrik zerstört wurden, ist bereits weitgehend wieder aufgebaut.

Er beendete seine Reise auf dem Befehlsstand der militärischen Spezialoperation in Rostow am Don.

Ausweitung des Gesetzes zum Schutz der russischen Armee

Ein neues Gesetz erstreckt sich nun auch auf Personen, die an der militärischen Sonderoperation in der Ukraine teilnehmen, um die Rolle der Armee bei dieser Operation zu schützen. Wer Falschnachrichten verbreitet, die darauf abzielen, ihn zu diskreditieren, wird mit bis zu 15 Jahren Gefängnis bestraft.

Wladimir Putin zur Volks-Tageszeitung

Am Vorabend seines Treffens mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping gab der russische Präsident Wladimir Putin der chinesischen Tageszeitung *People's Daily* (人民日报) ein Interview. Nachdem er daran erinnert hatte, dass er sich mit seinem Amtskollegen bereits vierzig Mal getroffen und die wachsende Annäherung der Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern gefeiert hatte, stellte er fest, dass "China und Russland Brücken bauen", im realen und im übertragenen Sinne. Er erinnerte daran, dass Russland vom US-Außenministerium als "unmittelbare Bedrohung" und China als "strategischer Konkurrent" bezeichnet wurden. Dann prangerte er die Politik der Vereinigten Staaten an, die "immer heftiger und aggressiver wird".

Jelzins Rolle bei der Nato-Erweiterung

[Britische Archive](#) bezeugen, dass der russische Präsident Boris Jelzin 1993 seinen westlichen Gesprächspartnern wiederholt sagte, dass er

persönlich nicht gegen den Beitritt Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns zur Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) sei ; Aussagen, die seine eigenen Teams offensichtlich schockierten.

Boris Jelzin zögerte, am NATO-Gipfel in Madrid teilzunehmen. Er sicherte die Annahme der Grundakte durch den Rat, in der die Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen dem Bündnis und der Russischen Föderation festgelegt werden sollten. Aber dieser Text hat keinen verbindlichen Wert, er war nur ein Kommunikationsmittel, das eine Annäherung der öffentlichen und privaten Positionen des russischen Präsidenten rechtfertigen sollte. Während dieser Zeit warnte der russische Ministerpräsident Viktor Tschernomyrdin seine Gesprächspartner ständig vor der privaten Position von Präsident Boris Jelzin und betonte, dass die Erweiterung der NATO den europäischen Kontinent "explodieren" lassen würde.

Europäische Union versucht, Armenien und Russland zu trennen

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz verurteilten die Außenminister Armeniens und Russlands, Ararat Mirzojan und Sergej Lawrow, die Versuche der Europäischen Union, ihre beiden Länder gegeneinander aufzuwiegeln. Letzterem zufolge versuchen die westlichen Länder, "die regionale Sicherheitsarchitektur zu untergraben", um ihre eigenen "geopolitischen Interessen" unter Missachtung der Interessen der Länder der Region zu befriedigen.

AFRIKA

Afrika-Russland-Gipfel

Auf dem Afrika-Russland-Gipfel in Moskau sagte der russische Präsident Wladimir Putin : "Die afrikanischen Staaten erhöhen ständig ihr Gewicht und ihre Rolle auf der internationalen

Bühne. Sie manifestieren sich selbstbewusster in Politik und Wirtschaft. Wir sind sicher, dass Afrika zu einem der kreativen Führer der multipolaren Welt werden wird, die sich im Entstehen befindet (...) Russland und die afrikanischen Länder verteidigen für uns moralische Normen und traditionelle soziale Werte und stellen sich der aufgezwungenen neokolonialen Ideologie entgegen. Viele Länder in Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten vertreten ähnliche Positionen. Wir alle sind eine globale Mehrheit. Ich habe bereits mehrfach gesagt, dass unser Land fest entschlossen ist, weiterhin eine strategische Partnerschaft mit unseren afrikanischen Freunden im wahrsten Sinne des Wortes aufzubauen. Wir sind bereit, gemeinsam eine Weltordnung zu schaffen."

Urandiebstahl in Libyen

Nach Angaben der Internationalen Atomenergiebehörde wurden 2,5 Tonnen Natururan aus Libyen gestohlen. Feldmarschall Khalifa Haftar sagte, er habe sie unweit der Einrichtung, in der sie gestohlen worden waren, wiedergefunden.

Die Europäische Union verurteilt Tunesiens "autoritäres Abdriften"

Das Europäische Parlament sagte, es sei "zutiefst besorgt über das autoritäre Abdriften des tunesischen Präsidenten Kaïs Saïed und seine Instrumentalisierung der katastrophalen sozioökonomischen Situation Tunesiens, um den historischen demokratischen Übergang des Landes rückgängig zu machen".

Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, erklärte : "Wenn Tunesien zusammenbricht, besteht die Gefahr, dass Migrationsströme in die EU entstehen und zu Instabilität im Nahen Osten und in Nordafrika führen. Das wollen wir vermeiden."

Das tunesische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, Migration und Tunesier im

Ausland sagte, die "Bemerkungen sind unverhältnismäßig, sowohl angesichts der gut etablierten Widerstandsfähigkeit des tunesischen Volkes im Laufe seiner Geschichte, als auch in Bezug auf eine Migrationsbedrohung für Europa aus dem Süden".

Guinea denkt über afrikanisch-russische Beziehungen nach

Dansa Kourouma, Präsident des Nationalen Rates für den Übergang der Republik Guinea, sagte am Rande des Afrika-Russland-Gipfels in Moskau : "Afrika muss zusammenarbeiten, indem es mit allen Ländern der Welt ein vereinter Block ist." Die russisch-afrikanischen Beziehungen müssten "auf einer wirtschaftlichen Beziehung basieren, die es allen Staaten ermöglicht, zu gewinnen, während sie in vorrangige Bereiche für den afrikanischen Kontinent investieren und nicht gewollt durch jene, die in technologischer Dominanzposition sind", sagte er.

Mali von Russland und der Türkei bewaffnet

General Alou Boï Diarra, Stabschef der malischen Luftwaffe, sagte, er habe während einer Zeremonie, an der der Chef der Übergangsregierung, Oberst Assimi Goïta, und der russische und der türkische Botschafter teilnahmen, eine Charge von etwa zwanzig russischen Flugzeugen und ein Dutzend türkischer Drohnen erhalten.

Uganda geht hart gegen Homosexuelle vor

Das ugandische Parlament verabschiedete mit überwältigender Mehrheit ein Gesetz, das homosexuelle Praktiken zu bis zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Präsident Yoweri Museveni unterstützte unter Hand diesen Text. Es ist eine Wiederaufnahme eines früheren viktorianischen Gesetzes, das aufgehoben worden war.

London und Ruanda

Die britische Innenministerin Swella Braverman hat an der Grundsteinlegung für den Bau von mindestens 500 Häusern, Freizeiteinrichtungen und einem Zentrum für frühkindliche Entwicklung in Ruanda teilgenommen. Die Regierung Ihrer Majestät beabsichtigt, jeden abzuschieben, der illegal in das Vereinigte Königreich eingereist ist.

Dürreopfer in Somalia

Die Vereinten Nationen schätzen, dass 43 000 Menschen an den Folgen der Dürre in Somalia im vergangenen Jahr gestorben sind. Sie prognostizieren, dass es in diesem Jahr mindestens 18 000 sein werden.

ASIEN

Die Vereinigten Arabischen Emirate finanzieren den Wiederaufbau von Huwara

Die Vereinigten Arabischen Emirate haben 3 Millionen Dollar gespendet, um das palästinensische Dorf Huwara wieder aufzubauen, das von israelischen Siedlern zerstört wurde.

Israel beginnt wieder zu kolonisieren

Die Änderung des Abkoppelungsgesetzes, die von der Knesset verabschiedet wurde, erlaubt den Israelis, in vier zuvor aufgelöste Siedlungen im Westjordanland zurückzukehren. Kadim, Ganim, Sa-Nur und Homesh wurden jedoch nie von der Liste von *Yésha Council of Settlements* entfernt. Alles geschieht, so die Opposition, als ob private Organisationen sich darauf vorbereiten, neue Siedler anzusiedeln und damit gegen internationale Verpflichtungen zu verstoßen.

Washington verurteilt israelisches Siedlungsprojekt

US-Unterstaatssekretärin Wendy Sherman bestellte den israelischen Botschafter in den USA, Mike Herzog, ein. Sie drückte Washingtons Besorgnis über ein von der israelischen Knesset verabschiedetes Gesetz aus, das wichtige Aspekte des Abkoppelungsgesetzes von 2005 rückgängig macht, einschließlich des Verbots von Siedlungsaktivitäten im nördlichen Westjordanland.

Der Sprecher des US-Außenministeriums, Vedant Patel, sagte : "Die Vereinigten Staaten fordern Israel auf, den Siedlern nicht zu erlauben, in das von der Gesetzgebung abgedeckte Gebiet zurückzukehren, im Einklang mit dem Engagement des ehemaligen Premierminister Sharon und der derzeitigen israelischen Regierung gegenüber den Vereinigten Staaten. Die Kommentare, die [von Finanzminister Bezalel Smotrich] auf einer Plattform gemacht wurden, die mit einer ungenauen und provokativen Karte geschmückt war, sind beleidigend, zutiefst besorgniserregend und, offen gesagt, gefährlich. Die Palästinenser haben eine reiche Geschichte und Kultur, und die Vereinigten Staaten schätzen unsere Partnerschaft mit dem palästinensischen Volk sehr.

Der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu sagte als Antwort, dass die Verabschiedung des neuen Gesetzes durch die Knesset zwar ein "diskriminierendes und demütigendes Gesetz" beende, das Juden verbietet, in Nord-Samaria zu leben, die Regierung aber nicht die Absicht habe, neue Siedlungen in diesen Gebieten zu bauen.

Die geheime Kommunikation von Tsahal

Laut [*Ha'aretz*](#) verbreiteten die israelischen Streitkräfte während der "Operation Wächter der Mauern" im Mai 2021 Nachrichten unter dem Deckmantel gefälschter Twitter-, Facebook-, Instagram- und TikTok-Konten.

Dazu gehörte die Verbreitung von Fotos der Bombenanschläge mit Botschaften wie :
"Warum zeigen sie nicht, dass Israel angegriffen wird, anstatt unsere eigenen Angriffe in Gaza ? Wir müssen allen zeigen, wie stark wir sind ! ». Tsahal hat auch Journalisten und Blogger wie Abu Ali Express Telegram (mit mehr als 100000 Abonnenten) eingestellt. Diese große Propagandaoperation fand jedoch in der palästinensischen Öffentlichkeit wenig Widerhall.

Nach dem Ende des Gaza-Krieges 2021 erhielt die Tsahal-Einheit, die für diese Kommunikation verantwortlich war, die Auszeichnung "Beste operative Kampagne" von Oberstleutnant Merav Stollar-Granot, Leiter der Medienabteilung von Tsahal.

Syrien und die arabische Einheit

Der syrische Präsident Baschar al-Assad wurde von seinem emiratischen Amtskollegen, Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan, in Abu Dhabi empfangen.

Der diplomatische Berater des Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate, Anwar bin Mohammed Gargash, betonte, wie wichtig es für die Vereinigten Arabischen Emirate sei, die führende Rolle der arabischen Einheit Syriens wiederherzustellen.

Baschar al-Assad ist Präsident der internationalen Baath-Partei, deren Ziel es ist, eine Föderation aller arabischen Staaten zu schaffen.

Das Ägypten von Gamal Abdel Nasser und Syrien von Shukri al-Kuattis bildeten 1958 die Vereinigte Arabische Republik. Die beiden Staaten haben jetzt nur noch eine Vertretung bei den Vereinten Nationen. 300 000 Libanesen reisen nach Damaskus, um die Gründung dieses neuen Staates zu feiern. Sie versuchten, den Libanon zum Beitritt zu bewegen, aber der

Analysen des Voltaire-Netzwerks

- "[Frankreich für 4 Jahre blockiert](#) ", von Thierry Meyssan

Die Krise, die Frankreich jetzt durchmacht, ist nicht noch eine zusätzliche Episode in einem ewig turbulenten Land. Es ist eine tiefe Krise des Regimes, die nur mit dem Beginn einer neuen Gesellschaft gelöst werden kann. Das Land wird mehrere Jahre lang eine Blockade durchlaufen, bevor es sich auf eine vollständige Transformation einlässt, eine Revolution, die mindestens eine Generation dauern wird.

- "[Die US-Eskalation in Richtung Osten](#)", von Manlio Dinucci

Die Vereinigten Staaten, die dachten, sie würden nach der Auflösung der UdSSR die Welt dominieren, sind heute nicht mehr in der Lage, Kriege im Nahen Osten zu führen, wo China Friedensabkommen unterzeichnet. So wandten sie sich mit ihrem privilegierten Partner, dem Vereinigten Königreich, nach Ozeanien, wo die Regierung von Albanese akzeptierte, was ihre Vorgänger während des Vietnamkrieges abgelehnt hatten. Noch ist nicht alles vorbei für Washington und London, die immer noch auf ein paar naive Leute zählen können.

libanesischer Präsident Camille Chamoun (ein Mitglied der Antikommunistischen Weltliga) war dagegen. Abdel Karim Kassem Irak zögert, dem neuen Staat beizutreten. Um eine Ansteckung zu vermeiden, schickte Washington 5400 Marines zur Landung nach Beirut, während London Truppen nach Jordanien schickte. 1961 trat das mutawakkilitische Königreich Jemen der Vereinigten Arabischen Republik bei, zog sich aber angesichts des Zögerns Ägyptens, sich am Unabhängigkeitskrieg gegen die britischen Besatzer zu beteiligen, zurück. Die Vereinigte Arabische Republik wird aufgelöst. 1971 versuchte Hafez al-Assads Syrien erneut,

die arabische Einheit zu erreichen. Mit Libyen von Muammar al-Gaddafi und Ägypten von Anwar Sadat rief er die Union der Arabischen Republiken aus. Gaafar Nimeirys Sudan und Ahmad Hassan al-Bakrs Irak sollten der Union beitreten. Aber dieser zweite Versuch widersteht nicht dem ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat, der sich der Muslimbruderschaft und damit dem Westen näherte.

Heute sieht die internationale Baath-Partei die arabische Einheit in Form einer flexiblen Föderation vor und nicht mehr in der Form eines einzigen Staates.

Verseuchter Irak

Der niederländische Verband PAX verschaffte sich geheime Daten der US-Luftwaffe über den Einsatz von Munition mit abgereichertem Uran während des Krieges gegen den Irak im Jahr 2003. Diese Dokumente zeigen, dass das Pentagon unter Verletzung der offiziellen Doktrin, die ein solches Feuer nur gegen schwierige Ziele wie Panzer und gepanzerte Fahrzeuge erlaubt, solches Feuer gegen Soldaten und bewohnte Gebiete, einschließlich As-Samawah, Nasiriyah und Basra, eingesetzt hat. PAX schätzt, dass mehr als 300 Standorte im Irak mit abgereichertem Uran kontaminiert wurden, deren Sanierung mindestens 30 Millionen US-Dollar kosten wird.

Abgereichertes Uran ist ein chemisch giftiges und radioaktives Schwermetall, aber es ist extrem hart und kann die Panzerung durchbrechen.

Schätzungsweise wurden 782 414 solcher abgereicherten U-Granaten während des Konflikts von 1991 und etwa 300 000 im Jahr 2003 abgefeuert.

Der Krieg von 2003 wurde von den Straussianern Paul Wolfowitz, Richard Perle, Scooter Libby, Robert Kagan und Bill Kristol gestartet.

Die Emirate und das saudisch-iranische Abkommen

Der Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate, Scheich Mohamed bin Zayed, empfing den Gesandten der iranischen Regierung, Admiral Ali Shamkhani. Er war es, der das saudisch-iranische Abkommen in Peking ausgehandelt und unterzeichnet hat.

Die großen Bauwerke der Türkei

Die Türkei und der Irak werden einen Land- und Schienenverkehrskorridor bauen, der sich von der irakischen Provinz Basra bis zur türkischen Grenze erstreckt, sagte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Darüber hinaus wird die Türkei die Wassermenge erhöhen, die aus dem Tigris freigesetzt wird, um dem Irak bei der Bewältigung seiner Wasserknappheit zu helfen. Der türkische Präsident sagte : "Wir erwarten von unseren irakischen Brüdern, dass sie die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) als terroristische Organisation bezeichnen und ihr Land von dieser blutigen Terrororganisation befreien."

Moskau hat seinerseits bestätigt, dass es mit Ankara zusammenarbeitet, um eine Gasdrehscheibe in der Türkei zu schaffen. Das Projekt wurde im Oktober 2022 diskutiert.

Indien startet ein Treffen der Geheimdienste von 25 Ländern

Anfang dieses Monats hielt Indien ein Treffen hinter verschlossenen Türen von Geheimdienstmitarbeitern aus 25 Staaten ab. Der Direktor des britischen MI6, Richard Moore, war anwesend. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Entwicklung der geopolitischen Beziehungen. Dieses Forum sollte alljährlich stattfinden.

Indonesien will auf US-Bankkarten verzichten

Der indonesische Präsident Joko Widodo hat seine Mitbürger aufgefordert, auf ausländische

Bankkarten wie Visa und MasterCard zu verzichten. "Jeder [in Indonesien] sollte in der Lage sein, hausgemachte Kreditkarten zu verwenden, damit wir unabhängig sein können. Seien Sie sehr vorsichtig. Wir müssen uns an die Sanktionen erinnern, die die Vereinigten Staaten gegen Russland verhängt haben. Visa und Mastercard könnten ein Problem sein. ", warnte er.

Die Bank Indonesia hat die Indonesier bereits ermutigt, keine Dollars mehr zu verwenden.

Washington bereitet eine Revolution in Thailand vor

Washington subventioniert massiv Anti-China-Gruppen in Thailand. Es hofft, die Wahl manipulieren zu können, damit eine Anti-China-Regierung gewählt wird.

Kambodscha bestreitet, einen chinesischen Marinestützpunkt zu beherbergen

Der kambodschanische Premierminister Hun Sen verurteilte die Anschuldigungen der USA, dass der Marinestützpunkt Ream in einen chinesischen Stützpunkt umgewandelt werden würde. Kambodscha modernisiert seinen Marinestützpunkt mit einer Subvention aus China. Das Projekt startete im Juni 2022. "Wir haben den Bau angekündigt und dann eine große Zeremonie zum Spatenstich abgehalten. Es ist klar, dass der Bau im Gange ist, und es ist ebenso klar, dass er nicht im Geheimen stattfindet. Niemand sollte übermäßig besorgt sein. Die Details der Arbeit, die wir machen, sind kostenlos verfügbar, die Leute müssen nur fragen", sagte Hun Sen. "Kambodscha hat das Recht, die Fähigkeiten seiner Seestreitkräfte zu erweitern. Der Stützpunkt war bisher nur 2,7 m tief und musste ausgebaggert werden. Es ist kaum eine Bedrohung für eine andere Nation, geschweige denn für eine Supermacht", fuhr er fort.

Kambodscha über nukleares Risiko der ASEAN besorgt

Der kambodschanische Premierminister Hun Sen erinnerte an die ASEAN als atomwaffenfreie Zone und forderte die großen Länder auf, ihre Macht nicht zu nutzen, um kleine zu missbrauchen. In Bezug auf die Atom-U-Boote von AUKUS sagte er : "Sie behaupten, dass es keine Atomwaffe gibt, aber wenn es Atomwaffen gibt, wie wird es werden ? Sind sie damit einverstanden, dass wir ihre U-Boote kontrollieren dürfen ? »

Nordkoreaner schließen sich massiv den Armeen an

Die Nordkoreaner befinden sich in einer Wehrpflichtwelle. Während die Gesetzgebung alle Männer für 10 Jahre und Frauen für 3 Jahre verpflichtet, treten nun viele Freiwillige den Armeen bei. Beobachtern zufolge ist dieses Phänomen sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten zu beobachten. Am 17. März erschienen 800 000 Frauen zur Einberufung. Die 25 Millionen Nordkoreaner stellen fest, dass die Vereinigten Staaten sie 53 Jahre nach Beginn ihrer Aggression weiterhin bedrohen. Infolge der Feindseligkeiten des Koreakrieges (1950-53) wurde kein Frieden unterzeichnet. Die Vereinigten Staaten führen derzeit große Militärmanöver mit Südkorea durch, während Südkorea ein Bündnis mit seinem Erbfeind Japan besiegelt. Nach Angaben der koreanischen Arbeiterpartei versucht Washington auch Getreideimporte zu stoppen. Im vergangenen Monat wurde ein umfassender Plan zur Nahrungsmittelproduktion eingeführt, um eine neue Hungersnot zu vermeiden, vergleichbar mit der, die der Westen in den 1990er Jahren verschlimmert hatte.

Südkorea stellt Geheimdienstaustausch mit Japan wieder her

Der südkoreanische Präsident Yoon Suk-Yeol informierte Japan über seine Entscheidung, den Pakt über den Austausch militärischer Geheimdienstinformationen zwischen Tokio und Seoul, bekannt als General Security of Military Information Agreement (GSOMIA), vollständig wieder in Kraft zu setzen. Darüber hinaus zog Südkorea seine WTO-Beschwerde gegen Japans Zollbeschränkungen zurück.

Koreanische Regierung versucht, ihre Opposition loszuwerden

Südkoreanische Staatsanwälte haben den progressiven Oppositionsführer Lee Jae-myung wegen Korruption in einem milliardenschweren Immobilienskandal angeklagt, als er Bürgermeister von Seongnam war. Sie beschuldigten ihn auch, mehr als 18 Milliarden Won von vier Unternehmen als Bestechungsgelder erhalten oder gefordert zu haben, um einen finanziell angeschlagenen Profifußballverein mit Sitz in der Stadt im Austausch für administrative Gefälligkeiten zu finanzieren.

Lee Jae-myung, der dies rundheraus bestreitet, sagte, die Regierung habe den Fall erfunden und bereits einen seiner engsten Mitarbeiter inhaftiert. Er versprach, alle Teile dieser Verschwörung aufzudecken und zu enthüllen.

Japan gründet den "Westdemokratischen Block"

Der japanische Premierminister Fumio Kishida unternimmt intensive diplomatische Anstrengungen. Er traf sich in weniger als einer Woche mit Staats- und Regierungschefs aus Südkorea, Deutschland, Indien und der Ukraine. Er beabsichtigt, Japans Position als Säule des "westlichen demokratischen Blocks" zu festigen.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Japan ist Verbündeter der Ukraine

"Premierminister Kishida ist zu einem historischen Besuch in der Ukraine, um das ukrainische Volk zu schützen und die universellen Werte zu fördern, die in der Charta der Vereinten Nationen verankert sind... In etwa 900 Kilometer Entfernung nimmt in Moskau eine andere und schädlichere Partnerschaft Gestalt an", twitterte der US-Botschafter in Tokio, Rahm Emmanuel.

Herr Emmanuel war der Autor des Berichts der Präsidentenkommission über die Anschläge vom 11. September, damals Generalsekretär des Weißen Hauses unter der Präsidentschaft von Barack Obama.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Weibin, sagte dagegen über die Reise des Premiers, er "hoffe, dass Japan auf eine Entspannung der Situation drängen wird, und nicht umgekehrt".

Fukushima wieder teilweise bewohnbar

12 Jahre nach der Katastrophe von Fukushima wird die japanische Regierung am 31. März um 10.00 Uhr die Evakuierungsbefehle in manchen Teilen von Namie und am 1. April um 9.00 Uhr in der nahe gelegenen Stadt Tomioka aufheben. Ebenso will sie einen solchen im verbleibenden Ort Iitate im Frühling erlassen.

China und Russland haben ein neues Modell geschaffen

Der chinesische Präsident Xi Jinping veröffentlichte am Vorabend seines Treffens mit seinem russischen Amtskollegen einen Kommentar in der *Rossijskaja Gaset*. Er betonte, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern dazu beitragen, eine neue Architektur für die internationalen Beziehungen zu schaffen. Er schrieb : "Es gibt tiefgreifende Veränderungen in der modernen Welt. Frieden, Entwicklung, Zusammenarbeit und gegenseitiger Nutzen sind ein unaufhaltsamer historischer Trend. Multipolarität, wirtschaftliche Globalisierung und die Demokratisierung der internationalen Beziehungen sind eine unumkehrbarer Tendenz."

Ehemaliger taiwanesischer Präsident besucht das kommunistische China

Taiwans ehemaliger Präsident Ma Ying-Jeon (2006-2016) wird das kommunistische China besuchen. Als ehemaliger Präsident der Kuomintang (2009-2014) ist er bekannt für seine Bereitschaft, eine Einigung mit Peking zu erzielen. Während seiner Amtszeit erlaubte er Flüge zwischen Taipeh und dem Festland und förderte den chinesischen Tourismus.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

Jahresabonnement : 150 Euro

Monatsabonnement : 15 Euro

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°34 - 31. März 2023

LEITARTIKEL

Angriff auf illegale US-Militäreinrichtungen in Syrien

Drohnen haben ein Wohnheim der Nebengebäude des US-Militärstützpunkts in Kharb el-Jir in der Nähe von Hasaka angegriffen. Dieser wahrscheinlich von einer vom Iran unterstützten Miliz durchgeführte Angriff tötete einen US-Auftragnehmer und verwundete fünf Soldaten und einen weiteren Auftragnehmer. Das [Pentagon](#) betrachtete diese Drohnen als vom Iran hergestellt. US-Präsident Joe Biden hat Präzisionsluftangriffe in Ostsyrien gegen Einrichtungen angeordnet, die von Gruppen genutzt werden, die er als mit den Revolutionsgarden "verbunden" betrachtet. Die Anwesenheit von US-Soldaten in Syrien ist illegal und verstößt gegen das Völkerrecht. US-Truppen sollten Daesch bekämpfen. In Wirklichkeit unterstützen diese Truppen jedoch die hauptsächlich kurdischen Söldner der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF). Diese bildeten einen autonomen Staat unter dem Namen Rojava. Er lähmt den Getreideanbau, beutet aber das Öl aus. Die Einnahmen werden in zwei gleiche Teile geteilt. Der erste geht an die Kurden der PKK/YPG, der zweite an die CIA. Letztere nutzt ihn als schwarze Kassa, um seine verdeckten Operationen auf der ganzen Welt zu finanzieren, ohne dem Kongress Bericht erstatten zu müssen.

Seit mehreren Monaten versucht Russland, Syrien und die Türkei zu versöhnen, um die PKK zu vertreiben und gleichzeitig die Sicherheit der kurdischen Bevölkerung zu gewährleisten. Darüber hinaus hat China in den letzten drei Wochen in die gleiche Richtung hingearbeitet, in der Hoffnung, die Region zu sichern und seine "Seidenstraße" durch sie einrichten zu können. Die Anwesenheit von US-Truppen entzieht Syrien seine wichtigsten Agrar- und Öleinnahmen. Der Chef der republikanischen Minderheit im Senat, Mitch McConnell, hat sofort die vorgeschlagene Aufhebung der beiden *Authorization for Use of Military Forces* (von 1991 und 2001) in Frage gestellt. Sie wurden jedoch von der Hohen Versammlung aufgehoben. (...)

(...) Der Angriff auf Kharb el-Jir bestätigt, dass es dem Volkswiderstand gelungen ist, das High-Tech-Überwachungssystem zu infiltrieren, das Radar, Wärmebildkameras und ein Luftverteidigungssystem umfasst, das die USA in all ihren Stützpunkten in Syrien und im Nahen Osten eingerichtet haben. Von nun an sind die US-Streitkräfte in der Region alle in Gefahr.

AMERIKA

Das Kriegsziel der USA in der Ukraine

General Mark A. Milley, Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs, wurde vom Kongress angehört. Die Parlamentarier baten ihn, zu klären, was das Kriegsziel in der Ukraine ist. Er antwortete, dass die Vereinigten Staaten daran arbeiten, die russische Invasion zu besiegen und die internationale Ordnung aufrechtzuerhalten, die am Ende des Zweiten Weltkriegs aufgebaut wurde.

US-Hyperschallwaffentest gescheitert

Luftwaffenminister Frank Kendall III sagte bei einer Kongressanhörung : "Der Test einer Hyperschallwaffe durch die US-Luftwaffe am 13. März war kein Erfolg. Wir haben nicht die Daten bekommen, die wir brauchten." Die ARRW, Akronym für Lockheed Martins luftgestützte schnelle Eingreifwaffe, muss 4 aufeinanderfolgende Flüge erfolgreich durchführen, bevor sie am Laufband produziert wird. Dies war ihr zweiter Test. Im vergangenen Jahr scheiterten vier Tests, bevor einer erfolgreich war.

Colonel Frank Kendall III ist Luftfahrtingenieur. Die Vereinigten Staaten hinken weit hinter China und Russland hinterher, wenn es um Hyperschallwaffen geht. Das russische Militär beherrscht diese Waffen seit mehreren Jahren und arbeitet daran, ihre Genauigkeit zu erhöhen, während das Pentagon immer noch nicht in der Lage ist, ihre Stabilität zu

gewährleisten.

In diesem Monat sagte Paul Freisthler, Chefwissenschaftler der Analyseabteilung der *Defense Intelligence Agency* (DIA) dem Kongress, dass China Russland bei der Entwicklung von Hyperschallwaffen voraus sei und möglicherweise bereits eine Waffe eingesetzt habe, die fähig ist, US-Stützpunkte im Pazifik zu treffen. Er versicherte auch, dass China weiterhin eine Interkontinentalrakete mit einem gleitenden Hyperschallkopf herstellt, die seit 2014 getestet wird und bereits die Welt umrunden konnte.

Laut General Glen VanHerck werden die Vereinigten Staaten bald belagert werden

Laut General Glen VanHerck, Kommandeur des North American Aerospace Defense Command, werde Russland innerhalb von ein oder zwei Jahren fähig sein, nuklear angetriebene Angriffs-U-Boote (NSS) vor den USA im Pazifik und im Atlantik dauerhaft zu stationieren.

Die russischen U-Boote der Yasen-Klasse sind in der Lage, eine Reihe von Missionen durchzuführen, darunter Anti-Schiffs- und Anti-U-Boot-Kriegsführung, Informationsbeschaffung und Unterstützung von Spezialoperationen.

Was ist laut Trump die größte Bedrohung für die USA ?

Bei einer Kundgebung in Waco sagte der ehemalige Präsident Donald Trump unter Applaus : "Ich wurde neulich gefragt ..." Was ist unsere größte Bedrohung ? Es ist China, sicher ? Ist es Russland ?" Ich sagte : "Nein, unsere größte Bedrohung sind die hochrangigen Politiker, die die Vereinigten Staaten regieren : Mitch McConnell, Nancy Pelosi, [Chuck] Schumer, [Joe] Biden, das Justizministerium."

Joe Biden verbietet bestimmte Spionagesoftware

Präsident Joe Biden unterzeichnete eine "[Executive Order](#)", die die Verwendung kommerzieller Spyware durch die Regierung der Vereinigten Staaten verbietet, die ein Risiko für die nationale Sicherheit darstellt". Die Order verbietet die Verwendung von Spyware durch Regierungsbehörden nur, wenn sie Bedenken hinsichtlich der nationalen Sicherheit aufwirft. Das heißt, wenn ausländische Staaten Daten einfangen können, die sie dann ausspionieren.

Fortsetzung der parlamentarischen Untersuchung zur Korruption der Bidens

Der Unterausschuss des Repräsentantenhauses für die Militarisierung der Regierung untersucht die mögliche Verwicklung von Präsident Joe Biden in die illegalen Finanzangelegenheiten seines Sohnes Hunter Biden. Derzeit wendet er sich an seine vielen Mitarbeiter, darunter John Robinson "Rob" Walker, Tony Bobulinski, Devon Archer und James Gillier. Einer von ihnen, Eric Schwerin, erklärte sich zur Zusammenarbeit bereit.

In einer E-Mail aus dem Jahr 2017 schlug Tony Bobulinski vor : "10 held for H for the great guy ?" Er anerkannte, dass "H" für Hunter Biden stehe und "der große Kerl" den ehemaligen

Vizepräsidenten Joe Biden vertrete, der gerade Barack Obamas Weißes Haus verlassen hatte und als wahrscheinlicher demokratischer Präsidentschaftskandidat für 2020 galt. Von Reportern befragt nach den Vorwürfen der Medienberichte über die Zahlung von 1 Million US-Dollar an die Konten seines Sohnes und Bruders durch ein chinesisches Unternehmen, bestritt Präsident Joe Biden dies und antwortete : "Das ist nicht wahr !" Der Unterausschuss des Repräsentantenhauses schickte daraufhin die entsprechenden Beweise an das Weiße Haus.

Zwei Vorstellungen von Meinungsfreiheit in den USA

Studenten der Stanford University (Silicon Valley) beschimpften Richter Kyle Duncan, der auf Ersuchen der örtlichen Sektion der *Federalist Society* einen Vortrag über Meinungsfreiheit halten sollte. Sie beleidigten ihn und hinderten ihn am Sprechen. In der Folge entwickelte sich eine Debatte darüber, ob diese Beleidigungen eine Manifestation der Meinungsfreiheit der Studenten waren oder im Gegenteil eine Schlägerhaltung, die darauf abzielte, den Richter selbst daran zu hindern, seine Meinungsfreiheit auszuüben. Am Ende war Richter Duncan der Ansicht, dass es sich um einen Druck der randalierenden Studenten gegen diejenigen ihrer Klassenkameraden handelte, die an der Konferenz teilnehmen wollten. Die Dekanin der Universität, Jenny Martinez, veröffentlichte eine Notiz, in der sie diesen Zwischenruf verurteilte und zwischen Meinungsfreiheit und dem "Veto des Zwischenrufers" unterschied. Sie ging nicht gegen Zwischenrufer vor, sondern verpflichtete alle Studenten, an einer halbtägigen Sitzung über die Meinungsfreiheit und die Standards der Anwaltschaft teilzunehmen.

Prüfung der US-Hilfe für die Ukraine in Frage gestellt

Die republikanische Abgeordnete Marjorie Taylor Greene (Georgia) brachte im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses eine Resolution durch, in der eine vollständige Prüfung von den 113 Milliarden Dollar an militärischer und ziviler Hilfe für die Ukraine gefordert wird. Generalinspektoren des Pentagons, des Außenministeriums und der Agentur für internationale Entwicklung (USAID) haben gesagt, dass eine solche Prüfung unnötig sei.

Wahrnehmung der Bedeutung der Ukraine für die Amerikaner

Laut einer [Umfrage](#) des *Associated Press-NORC Center for Public Affairs Research*, die im Januar durchgeführt wurde,

- sind 26% der Amerikaner der Meinung, dass ihr Land eine wichtige Rolle in der Ukraine spielen soll.
- 37% denken, dass die USA Geld direkt an die Ukraine liefern sollen,
- 59% denken, dass es wichtiger ist, die US-Wirtschaft zu reparieren, als Russland zu sanktionieren.

Fox News wieder pro-Trump

Steve Bannon's Beschimpfungen gegen Rupert Murdoch scheinen sich ausgezahlt zu haben. Der Fernsehsender Fox News hat den ehemaligen Präsidenten Donald Trump interviewt und scheint ihn erneut zu unterstützen, es sei denn, aus Publikums-Gründen : Weil nur Trumps Rückschläge und Gegenschläge die Zuschauer faszinieren.

Alexandria Ocasio-Cortez und TikTok

Die demokratische Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez (New York) eröffnete einen TikTok-Account, um gegen die Zensur dieses sozialen Netzwerks in den USA zu protestieren. Ihre Kritiker weisen darauf hin, dass die Muttergesellschaft von TikTok, Chinas ByteDance, im Dezember 2020 150 000 US-Dollar an das *Congressional Hispanic Caucus Institute* gezahlt habe, zu dessen Beirat Ocasio-Cortez gehört.

Wird Kevin McCarthy die Präsidentin von Taiwan empfangen ?

China drohte den Vereinigten Staaten mit Vergeltungsmaßnahmen, sollte der Sprecher des Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy, die taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-wen während ihres Besuchs im Land offiziell empfangen. Die Taiwan-Reise von Nancy Pelosi, McCarthy's

Vorgängerin, hatte weitreichende Folgen ausgelöst.

Rückschläge der Rekrutierungskampagne der US-Armee

Der Schauspieler Jonathan Majors (*The Last Black Man in San Francisco*, *Creed III*, *Ant-Man and the Wasp : Quantumania*) wurde wegen Vergewaltigung verhaftet. Er drehte Werbespots für die U.S. Army, die keine Soldaten mehr rekrutieren vermag. Das Pentagon, das ihn für unschuldig hielt, zog die Spots dennoch aus der Verteilung zurück.

Projekt des salvadorianischen Präsidenten

El Salvadors konservativer Präsident Nayib Bukele wird von seinem Volk mit überwältigender Mehrheit unterstützt. Diese Popularität kommt nicht von seiner konservativen Politik, sondern von seinem Kampf gegen Banden. Kriminelle Organisationen bildeten sich in den 70er und 80er Jahren unter den in die Vereinigten Staaten ausgewanderten. Als sie ausgewiesen wurden, kehrten sie nach El Salvador zurück, wo sie die Macht auf lokaler Ebene übernahmen. Präsident Bukele stellte das Land unter einen Ausnahmezustand, der es seiner Polizei erlaubte, 63 000 Leute zu verhaften und die Zahl der Tötungsdelikte zu halbieren. Viele Fälle von polizeilichen Fehlern sind dokumentiert, aber diese Personen sind dennoch repräsentativ für Gangster. Er baute ein gigantisches High-Tech-Gefängnis mit 40 000 Plätzen, das *Terrorism Containment Center*, das größte der Welt. Die Zahl der Inhaftierten im Land wird auf 100 000 geschätzt und ist damit der repressivste Staat der Welt.

Präsident Nayib Bukele nennt sich selbst "den coolsten Diktator der Welt". Er gehört keiner Religion an, betet aber sowohl in Kirchen als auch in Moscheen. Obwohl er palästinensischer Abstammung ist, weigerte er sich, eine

palästinensische Botschaft zu eröffnen. Er sprach sich gegen die Regierungen Kubas und Venezuelas aus.

Stolz auf seine Popularität, verkündete Präsident Bukele diese Woche den Beginn seines politischen Programms : die Abschaffung der Steuern auf die High-Tech.

Chinesisch-brasilianischer Handel über Yuan und Real

Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva war gezwungen, seine Reise nach China wegen Krankheit zu verschieben, wenn es nicht wegen der Rückkehr des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro war. Jedenfalls hat die brasilianische Delegation bereits in Peking angekündigt, dass der Handel zwischen Brasilien und China nicht mehr in Dollar, sondern in Yuan oder brasilianischem Real stattfinden wird.

EUROPA

Verschuldung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften

Nach Angaben des *Institute of International Finance* (IIF) und von *S&P Global* stieg die Verschuldung von vielen Nichtfinanz-Unternehmen von 75% des gesamten globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2007 auf 98% im vergangenen Jahr (was zusammen mit der Verschuldung von Regierungen, Haushalten und Finanzunternehmen die globale Gesamtverschuldung auf einen Rekordwert von 300 Billionen US-Dollar bringt, d.h. eine Hebelwirkung von 349 % auf das globale Bruttoinlandsprodukt).

Die wichtigsten betroffenen Unternehmen sind :

- Toyota Motor Corporation (Japan, 217 Milliarden US-Dollar Schulden)
- Evergrande Group (China, 174 Milliarden US-Dollar Schulden)
- Volkswagen AG (Deutschland, 166 Milliarden

US-Dollar Schulden)

- Verizon Communications (USA, 151 Milliarden US-Dollar Schulden)
- Deutsche Bank (Deutschland, 150 Milliarden US-Dollar Schulden)
- Ford Motor Company (USA, 139 Milliarden US-Dollar Schulden)
- Softbank (Japan, 138 Milliarden US-Dollar Schulden)
- AT&T (USA, 136 Milliarden US-Dollar)
- Deutsche Telekom AG (Deutschland, 115 Milliarden US-Dollar Schulden)
- Frankreich Elektrizität (Frankreich, 108 Milliarden US-Dollar Schulden)

Prinz Harry gegen die *Daily Mail*

Vor dem High Court in London hat eine Klage gegen die *Daily Mail* und *The Mail on Sunday* begonnen, die vor 2018 prominente Persönlichkeiten ausspioniert haben. Prinz Harry und Sir Elton John waren unter den Opfern und waren vor dem High Court anwesend. Berichten zufolge heuerten die Boulevardzeitungen Privatdetektive an, stahlen Dokumente und platzierten Mikrofone in den Autos und Häusern ihrer Ziele.

Der Prinz sagte, der königliche Hof, der von der Spionage gegen ihn wusste, habe ihn nicht informiert.

Im Jahr 2011 wurde *News of the World* wegen ähnlicher Straftaten verurteilt. Sein Besitzer, Rupert Murdoch, schloss es und musste 388 Millionen Dollar an Schadenersatz und Prozesskosten zahlen. Der ehemalige Herausgeber der Boulevardzeitung, der zum Kommunikationsbeauftragten von Premierminister David Cameron geworden war, war verhaftet und inhaftiert worden.

Ein neuer schottischer Erster Minister

Die *Scottish National Party* (SNP) ernannte Humza Yousaf zum Vorsitzenden, und das schottische Parlament wählte ihn zum Ersten Minister. Ursprünglich aus dem pakistanischen Punjab

stammend, ist er der erste muslimische Premierminister in Westeuropa. Er hat keine Mehrheit in der Bevölkerung, ist aber zum Führer der SNP geworden, indem er versprach, Teenagern das Recht zu geben, ihr Geschlecht zu ändern.

Heiliger Stuhl erweitert Verantwortung für die Anzeige von Sexualstraftätern

Papst Franziskus, der es den Ordensleuten bereits zur Pflicht gemacht hat, jeden Verdacht auf sexuellen Missbrauch ihrer Hierarchie zu melden und jeden Vertuschungsversuch dieser Hierarchie, eines sexuellen Missbrauchs durch einen Geistlichen zu melden, hat diese Verpflichtung auf die Präsidenten der vom Heiligen Stuhl anerkannten Vereinigungen erweitert.

Europarat besorgt über Unterdrückung von Demonstrationen in Frankreich

Die Menschenrechtskommissarin des Europarates, Dunja Mijatović aus Bosnien, äußerte sich besorgt über die Polizeiarbeit in Frankreich. Sie sagte: "Es liegt an den Behörden, diese Freiheiten wirksam ausüben zu lassen, indem sie friedliche Demonstranten und Journalisten, die über diese Proteste berichten, vor Polizeigewalt und gewalttätigen Personen schützen, die in oder am Rande der Prozessionen handeln."

Vor drei Jahren hatte sie ein [Memorandum](#) im Zusammenhang mit der Unterdrückung der Gelbwestenbewegung veröffentlicht.

Infragestellung der Polizei ersetzt Rentenreformkritik in französischer Presse

Sehr gewalttätige Zusammenstöße ereigneten sich zwischen einigen tausend Menschen, darunter die Black-Block, und der Polizei rund um einen künstlichen Teich in Sainte-Soline (Vendée). Die Videos der Gendarmen zeigen einen Regen von Projektilen, die mit der Absicht

abgefeuert wurden, um zu verwunden oder sogar zu töten. 47 Gendarmen wurden ins Krankenhaus eingeliefert. 200 Demonstranten wurden verletzt, 40 von ihnen schwer und 2 liegen im Koma.

Die Demonstration war vom Präfekten verboten worden. Nach französischem Recht können nur die Organisatoren dieser Versammlung strafrechtlich verfolgt werden. Die Demonstranten hingegen sind keine Demonstranten im Sinne des Verfassungsprinzips der Meinungsfreiheit. Sie können höchstens mit einer Geldstrafe von 11 Euro für die Nichtbefolgung der Präfekturverbotsverfügung bestraft werden. Ist die Demonstration hingegen entartet und haben die Gendarmen die üblichen Vorladungen ausgesprochen, wird der Aufenthalt vor Ort mit einem Jahr Gefängnis und einer Geldstrafe von 15 000 Euro bestraft. Diese Strafen können auf bis zu 5 Jahre Gefängnis und eine Geldstrafe von 75 000 Euro für das Tragen einer Waffe erhöht werden.

Die große Mehrheit der französischen Presse stellt sich heute auf die Seite der Eco-Demonstranten gegen die Gendarmen. Nach zwei Wochen Demonstrationen gegen den Missbrauch durch die Regierung des Ausnahmeartikels 49-3 unter Verletzung demokratischer Prinzipien, wurden sie also in den Zeitungen durch eine Beschuldigung der Polizeiaktionen ersetzt.

Verschiebung des Besuchs Karls III. in Frankreich

Der Besuch von König Karl III. von England in Frankreich wurde auf Wunsch von Präsident Emmanuel Macron auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Strafverfolgungsbehörden sind nicht in der Lage, seine Sicherheit in einer Zeit weit verbreiteter Unruhen zu gewährleisten. Der König wird eine Rede im Deutschen Bundestag statt im französischen Senat halten.

Frankreich übernimmt „Global Gateway“ der Europäischen Union

Der beigeordnete Minister für Außenhandel, Olivier Becht, leitete in Paris ein europäisches Treffen zum Projekt "Global Gateway". Es war im Dezember 2021 von der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, mit großem Tamtam angekündigt worden. Es ging darum, den Verkehr und die Kommunikation in der Dritten Welt zu entwickeln, um mit dem chinesischen Projekt der "Seidenstraßen" zu konkurrieren. Es war mit 150 Milliarden Euro ausgestattet. Mehr als ein Jahr später ist nichts vorangekommen. Erfolge sind nicht in Sicht. Die französische Regierung schlägt vor, eine öffentlich-private Partnerschaft zu organisieren, nicht durch Einführung einiger konkreter Anwendungen, sondern durch die Kennzeichnung als "Global Gateway" von bereits laufenden Projekten.

Weltbank unterstützt Rentenreform von Präsident Macron

In Bezug auf den Widerstand der Franzosen gegen die Verlängerung ihrer Arbeitszeit bedauerte der Chefökonom der Weltbank, Indermit Gill, dass "die Leute sich weigern, auch nur zwei weitere Jahre zu arbeiten, obwohl ihre Lebenserwartung um zwei Jahrzehnte gestiegen ist".

Entgegen dem, was er behauptet, hat die Verlängerung der Lebenserwartung nur einen entfernten Zusammenhang mit der Finanzierung der umlagefinanzierten Renten. Wenn die arbeitende Bevölkerung Renten zahlen muss, liegt das Problem hauptsächlich an der Alterspyramide der Bevölkerung, die von Land zu Land sehr unterschiedlich ist, und an der Höhe der Renten, proportional oder egalitär.

Durchsuchung von fünf französischen Banken

Im Rahmen einer deutsch-französischen Operation durchsuchte die nationale Finanzstaatsanwaltschaft (PNF) die Hauptsitze von fünf Banken : BNP Paribas, Exane (Fondsmanager, Tochtergesellschaft von BNP), Société Générale, Natixis und HSBC. Sie stehen im Verdacht, einen Betrug ("CumCum") begangen zu haben, der darauf abzielte, ausländischen Inhabern von Anteilen an börsennotierten französischen Unternehmen zu helfen, die Besteuerung der von ihnen zu zahlenden Dividenden zu umgehen. Unter den Banken, die 2018 in den "CumEx Files" erwähnt wurden, gehört *Crédit Agricole* über seine Tochtergesellschaft Cacib nicht zu den Einrichtungen, die von den Durchsuchungen betroffen waren.

Frankreich erkennt den Holodomor an

Die Nationalversammlung verabschiedete die [Resolution Nr. 97](#) über "die Anerkennung und Verurteilung der Großen Hungersnot von 1932-1933, bekannt als Holodomor, als Völkermord". Gestützt auf die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Dezember 2022 (2022/3001 [RSP]). Sie sagt : "In Anbetracht der Durchführung einer erzwungenen Hungersnot in der Ukraine durch die sowjetischen Behörden, die den Tod von mehreren Millionen Ukrainern verursachte, um ihre Politik der Kollektivierung mit Gewalt und Terror durchzusetzen ; den vorsätzlichen Charakter feststellend, um die nationale Identität und das ukrainische Volk und insbesondere die ukrainische Bauernschaft ganz oder teilweise zu zerstören, indem Ernten und Saatgut beschlagnahmt, die Repression verschärft, die Grenzen geschlossen und Dörfer blockiert werden".

Die Interpretation dieser Hungersnot als sowjetischer Plan zur Zerstörung der ukrainischen Identität ist jedoch ein Mythos, der

von Professor Lev Dobriansky (Mitglied der Antikommunistischen Weltliga) geschaffen und heute von seiner Tochter Paula Dobriansky (Gründungsmitglied des *Project for the New American Century* PNAC) unterstützt wird. Historikern zufolge war diese Hungersnot sowohl auf schlechte Wetterbedingungen als auch auf die Rückschläge der Zwangskollektivierung zurückzuführen. Sie betraf andere Regionen der UdSSR und kann weder als Wunsch zu töten noch als eine Politik interpretiert werden, die sich ausschließlich gegen die Ukrainer richtete.

Total Energies kauft Emirates-Gas in Yuan

Die französische Firma *Total Energies* hat gerade emiratisches Flüssiggas von der China National Offshore Oil Corporation gekauft. Die Transaktion fand nicht in Dollar, sondern in Yuan statt.

Die chinesische Währung ist heute die fünfthäufigste Währung der Welt nach dem Dollar, dem Pfund Sterling, dem Euro und dem Yen.

Maßnahmen zugunsten der Verbraucher in Portugal

Die portugiesische Regierung von António Costa hat die Mehrwertsteuer (MwSt.) auf alle Grundnahrungsmittel aufgehoben. Außerdem wurden die Familienbeihilfen erhöht. Die Inflation ist auf mehr als 10% gestiegen und beginnt gerade abzunehmen.

Mega-Streik in Deutschland

Ende 2022 erkämpften sich fast vier Millionen deutsche Industriearbeiter eine Lohnerhöhung von 8,5 Prozent in zwei Jahren, nachdem sie mehrere Wochen lang Arbeitsniederlegungen gemacht haben. Die 160 000 Mitarbeiter der Deutschen Post erhielten Anfang März eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 11,5 Prozent. Beschäftigte von Flughäfen, Bahn,

Seefracht, Autobahngesellschaften, Nahverkehr, rund 2,8 Millionen Beschäftigte machten einen eintägigen Streik am 28. März 2023. Sie fordern eine Gehaltserhöhung von 10%.

Der Konsens zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebergewerkschaften scheint vorbei zu sein.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Russland warnt Schweden

"Wenn es immer noch jemandem erscheint, als würde dies die Sicherheit Europas irgendwie verbessern, seien Sie versichert, dass die neuen Mitglieder [Schweden und Finnland] des feindlichen Blocks [NATO] ein legitimes Ziel für russische Vergeltungsmaßnahmen werden, einschließlich solcher militärischer Natur", warnte Wiktor Tatarinzew, der russische Botschafter in Stockholm.

Ungarn wird Wladimir Putin nicht festnehmen

Ungarn werde Präsident Wladimir Putin nicht verhaften, wenn er das Land besucht, sagte Gergely Gulyas, Stabschef von Ministerpräsident Viktor Orbán. Die ungarischen Gesetze erlauben dies nicht, und der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs sei bedauerlich, weil er "eher in Richtung Eskalation als in Richtung Frieden" geht.

Ungarn gegen Schwedens NATO-Beitritt

Budapest bekräftigte seine Ablehnung der NATO-Mitgliedschaft Schwedens. Es wirft

Schweden sein angebliches Engagement für die "Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn" vor. Dagegen unterstützte es Finnland. Die Türkei wird daher nicht die Einzige sein, die Stockholm innerhalb des Atlantischen Bündnisses blockiert.

Serbien vergisst die illegalen Bombenangriffe der NATO nicht

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić feierte den 24. Jahrestag der Bombardierung des ehemaligen Jugoslawien durch die Atlantische Allianz. Er sagte : "24 Jahre sind vergangen. Sie haben Teile unseres Territoriums herausgerissen. Sie töteten 79 Kinder, 2500 Menschen und nicht nur Zivilisten, sondern auch Soldaten und Polizisten. Wer seid ihr, dass ihr unsere Soldaten und Polizisten auf ihrem Territorium und in ihrem Land tötet ? Woher habt ihr das Recht, unsere Soldaten und Polizisten zu töten ? Wer hat Ihnen dieses Recht gegeben ? ».

Die NATO hatte Jugoslawien ohne Mandat des Sicherheitsrates angegriffen, angeblich um einen Völkermord zu stoppen. Am Ende des Krieges wurde ein Sondertribunal eingesetzt, um Präsident Slobodan Milošević zu verurteilen, was jedoch nicht gelang. Schließlich starb er in der Haft und die NATO weigerte sich, ihn obduzieren zu lassen, während seine Anhänger von Ermordung sprachen und Russland sie unterstützte.

Präsident Wolodymyr Selenskyj am Rande des Nervenzusammenbruchs

Präsident Wolodymyr Selenskyj sprach am 23. März 2023 per Video auf dem Europäischen Rat. Umringt von Soldaten bat er noch einmal um Waffenlieferungen. Mit zitternder Stimme, den Tränen nahe, betonte er die Dringlichkeit der Lage und erklärte, dass sein Land nicht in der Lage sein würde, sich zu halten, wenn die Waffen nicht sofort einträfen.

Die Europäische Union hat beschlossen, diese

Intervention, die eindeutig ein ernstes Problem aufzeigt, nicht zu verbreiten, auch wenn sie verschiedentlich gedeutet werden könnte.

Ukraine weist Kleriker aus, die dem Moskauer Patriarchat angehören

Die ukrainische Regierung hat beschlossen, den Pachtvertrag der orthodoxen Kirche in den Lares von Kiew nicht zu verlängern.

Infolgedessen müssen sich 500 Menschen, darunter 200 Mönche, entweder der Ukrainischen Orthodoxen Kirche anschließen oder das Land verlassen. Bis dahin verbieten sie ihnen den Zugang zu den Hauptgebäuden, aus Angst, dass sie mit Reliquien, darunter dem Schädel des heiligen Papstes Clemens, fliehen würden.

Die Pfarrer und Mönche der orthodoxen Kirche unter dem Moskauer Patriarchat sind alle Russische Angestellte (auch in Westeuropa). Die Ukrainische Orthodoxe Kirche ist nicht nur eine lokale Kirche, die von den Vereinigten Staaten organisiert wird, sie ist die Nachfolgerin einer anderen, die die schlimmsten Verbrechen der "integralen Nationalisten" vor und während des Zweiten Weltkriegs unterstützte, einschließlich der Massaker an Juden.

Geheime ukrainische Einheit, um russische Soldaten zu verletzen

Laut *The Times* und dem *Daily Express* haben die US-amerikanische CIA und die ukrainische GRU eine geheime Einheit, die *Thor*, mit 27 Mann gebildet. Ihre Mission ist nicht zu töten, sondern so viel wie möglich Russen schwer zu verletzen.

Es scheint, dass ihre Mitglieder alle "integrale Nationalisten" sind, die im Donbass gekämpft haben.

Russland testet sein Arsenal

Russland hat Anti-Schiffs-Hyperschall-Marschflugkörper Moskit im Japanischen Meer getestet. Diese Raketen der Sowjetzeit wurden

modernisiert, sie haben die Besonderheit, dass sie sich viel schneller bewegen als die US-Harpunen. Sie werden koordiniert zugleich von mehreren Schiffen oder Flugzeugen abgefeuert und erreichen gleichzeitig ihr Ziel, was ein Abfangen nahezu unmöglich macht.

Russland hat auch Militärübungen mit thermonuklearen Interkontinentalraketen vom Typ IARS durchgeführt.

Russische Atomraketen in Weißrussland

Russland hat auf Ersuchen von Präsident Alexander Lukaschenko ballistische Kurzstreckenraketen des Typs Iskander stationiert, die mit taktischen Atomsprenköpfen ausgestattet sind. Moskau beabsichtigt, seine Verbündeten so zu bewaffnen, wie Washington es mit den Seinen tut : Seit Jahren hat das Pentagon B-61-Bomben, also nukleare Wasserstoffbomben, in Deutschland, Belgien, Italien, den Niederlanden und der Türkei stationiert.

Bisher betrachtete Russland die Stationierung von B-61 durch die Vereinigten Staaten bei ihren Verbündeten als Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag. Es beschloss jedoch, sie nachzuahmen, was ihnen also Besorgnis bereitet.

"Die Stationierung russischer Atomwaffen durch Weißrussland würde eine unverantwortliche Eskalation und eine Bedrohung für die europäische Sicherheit bedeuten. Weißrussland kann sie immer noch stoppen, es ist seine Entscheidung (...) Die Europäische Union ist bereit, mit neuen Sanktionen zu reagieren", schrieb der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell.

AFRIKA

Fischereiverhandlungen zwischen der EU und Marokko

Das Fischereiabkommen zwischen der EU und Marokko sieht vor, dass 128 Schiffe aus elf EU-Mitgliedstaaten (Spanien, Portugal, Frankreich, Deutschland, Litauen, Lettland, Polen, Niederlande, Irland, Italien und das Vereinigte Königreich, das die EU nach dem Brexit verlassen hat) in marokkanischen Hoheitsgewässern gegen eine Entschädigung von rund 50 Millionen Euro pro Jahr fischen dürfen. Das Hauptfanggebiet liegt jedoch an der Atlantikküste, in den Hoheitsgewässern der (von den Vereinten Nationen nicht anerkannten) Demokratischen Arabischen Republik Sahara. Dieses Abkommen wurde vom Gerichtshof der Europäischen Union für ungültig erklärt und kann in seiner jetzigen Form nicht verlängert werden.

Laut Gilles Devers, dem Anwalt der Saharawis, würde ein neues Abkommen, wenn es ohne Berücksichtigung des Urteilsgrundsatzes angenommen würde, sofort von der *Front Polisario* angegriffen werden, welche berechtigt wäre, Schadenersatz für "den Schaden, den das saharauische Volk erlitten hat", zu verlangen. In Erwartung eines Scheiterns der Verhandlungen wandte sich Marokko an Russland und Japan, um die Führung zu übernehmen, während Spanien sich darauf vorbereitet, seinen Fischern zu Hilfe zu kommen.

Marokko, und die indischen und chinesischen Investoren

Marokko wird voraussichtlich von indischen Investitionen zur Herstellung von grünem Wasserstoff profitieren und baut eine Industriezone, die Mohammed VI Tanger Tech City, für 200 chinesische Unternehmen. Man erwartet, dass 100 000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Reform der sudanesischen Armee

Der Vorsitzende des sudanesischen Übergangsrates für Souveränität, General Abdel Fattah al-Burhan, hat seine Absicht angekündigt, den gesamten Staat zu reformieren und eine Berufsmarine unter der Kontrolle einer gewählten zivilen Autorität aufzubauen. Gemäß dem Rahmenabkommen vom 5. Dezember 2022 muss der Souveränitäts- und Übergangsrat die Armee reformieren und die Armeen vereinheitlichen, indem er das paramilitärische Korps der Schnellen Unterstützungskräfte von General Mohamed Hamdan Dogolo (bekannt als "Hemeti") der regulären Armee einverleibt. Die Unterscheidung zwischen militärischem und zivilem Sektor ist zu einer Bedingung für die finanzielle Unterstützung Saudi-Arabiens und Kuwaits geworden.

Treffen der Armeen der beiden Libyen

Der Gemeinsame Militärausschuss (fünf Mitglieder der militärischen Institution Westlibyens und fünf weitere Mitglieder der östlichen Streitkräfte) organisiert seit zwei Jahren unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen Dialogtreffen innerhalb und außerhalb Libyens, um die Armee in Anwendung des im Oktober 2020 in Genf unterzeichneten Waffenstillstandsabkommens zu vereinen. Ein Treffen zwischen dem Generalstabschef der libyschen Armee, Mohamed Al-Haddad, und dem Stabschef der Streitkräfte von Feldmarschall Khalifa Haftar, Abderrazak Nadhour, fand in Anwesenheit des UN-Gesandten Abdoulaye Bathily statt.

Burkina Faso über Interview von France24 mit Terroristenführer schockiert

Am 6. März strahlte *France24* schriftliche Antworten von Abu Obeida Youssef al-Annabi, dem Führer von Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM), auf etwa fünfzehn Fragen

des Journalisten Wassim Nasr aus.

In einer Erklärung vom 27. März kommentierte der burkinische Regierungssprecher Jean-Emmanuel Ouedraogo: "Durch die Öffnung seiner Zweigstellen für den ersten Leiter der AQIM fungiert *France24* nicht nur als Kommunikationsagentur für diese Terroristen, schlimmer noch, es bietet einen Raum zur Legitimierung terroristischer Aktionen und Hassreden, die zur Befriedigung der bösen Ziele dieser Organisation in Burkina Faso vermittelt werden (...) Die Regierung hat daher verantwortungsvoll und im Namen des besten Interesses der Nation beschlossen, die Ausstrahlung von *France24*-Programmen auf dem gesamten Staatsgebiet auf *unbestimmte Zeit* auszusetzen.

Im Dezember 2022 hatte Burkina Faso aus ähnlichen Gründen identisch die Zensur von *Radio France International* angekündigt. Die Europäische Union protestierte.

France24 schrieb in einer Erklärung, in der es "diese Entscheidung bedauerte und die grundlosen Anschuldigungen bestreitet, die die Professionalität des Senders in Frage stellen". Der Sender behauptet, dass "[er] ihm [Abu Obeida Youssef al-Annabi] nie direkt das Wort erteilte und darauf achtete, seine Bemerkungen in Form einer Chronik wiederzugeben, die die notwendige Distanzierung und Kontextualisierung ermöglichte". Und zu bemerken, dass "diese Chronik zum ersten Mal bestätigte, dass die französische Geisel Olivier Dubois, die inzwischen freigelassen wurde, von AQIM festgehalten wurde".

Laut dem [*Global Terrorism Index \(GTI\) 2023*](#) des *Institute for Economics and Peace*, Sydney, Australien, ist die Sahelzone zum Zentrum des internationalen Terrorismus geworden und Burkina Faso und Mali sind die am stärksten betroffenen Länder.

Die Vereinigten Staaten kündigten eine Hilfe in Höhe von 100 Millionen US-Dollar zur Bekämpfung von Extremismus und Instabilität

Die Rückkehr von Jean-Pierre Bemba (RDC)

Jean-Pierre Bemba, der fast zehn Jahre lang vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit inhaftiert war, bevor er 2018 freigesprochen wurde, ist gerade zum stellvertretenden Premierminister und Verteidigungsminister der Demokratischen Republik Kongo ernannt worden. Er wird einen Weg finden müssen, um den Frieden im Osten wiederherzustellen, insbesondere in Nord-Kivu, einer Provinz, die größtenteils von ruandischen M23-Rebellen besetzt wird.

Präsident Felix Tshisekedi hat seine Regierung umgebildet, indem er viele politische Schwergewichte eingeführt hat.

Südafrika und der IStGH

Südafrika, Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs, hat den russischen Präsidenten Wladimir Putin zum BRICS-Gipfel (22. bis 24. August) eingeladen. Letzterer ist jedoch Gegenstand eines internationalen Haftbefehls des IStGH, den Pretoria vollstrecken muss.

Im Jahr 2015 empfing Südafrika den sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir auf einem Gipfel der Afrikanischen Union. Im Jahr 2016 erwog Präsident Jacob Zuma, den IStGH zu verlassen.

Im Jahr 2017 belehrte der IStGH Südafrika, ohne Sanktionen zu verhängen.

ASIEN

Israelische NGOs werfen ihrem Land Folter vor

Addameer Prisoner Support, die sich für die Rechte palästinensischer Gefangener einsetzt, und die Rechtshilfegruppe *al-Haq* gaben auf der 52. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats eine gemeinsame Erklärung ab. Sie behaupteten, dass die israelischen Behörden palästinensische

Gefangene systematisch foltern. Darüber hinaus verweigern die Gerichte Spuren von Misshandlungen an den Körpern palästinensischer Gefangener zu beobachten.

Knesset schützt Benjamin Netanjahu

Die Knesset verabschiedete ein Unfähigkeitsgesetz, das den Generalstaatsanwalt daran hindert, einen amtierenden Premierminister für amtsunfähig zu erklären. Premierminister Benjamin Netanjahu würde wahrscheinlich für untauglich erklärt werden.

Benjamin Netanjahu entlässt seinen Verteidigungsminister

General Yoav Gallant, Israels Verteidigungsminister, äußerte Vorbehalte gegen die von seinem Premierminister Benjamin Netanjahu vorangetriebene Justizreform. Vor dem Hintergrund der israelischen Spaltung stellte er fest, dass eine solche Reform nur durch Dialog stattfinden könne. Er wurde sofort entlassen.

Nächste Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Syrien

Laut *Reuters* stehen Saudi-Arabien und Syrien kurz davor, die diplomatischen Beziehungen nach dem Eid al-Fitr Fest am Ende des Ramadan (22. April) wieder aufzunehmen. Eine syrische Delegation, darunter auch Sicherheitsbeamte, besuchte Riad für mehrere Tage. Diese Wiederherstellung wird den Weg für Syriens Präsenz in der Arabischen Liga ebnen.

Barbara Leaf erwähnt den völligen Zusammenbruch des Libanon

Die US-Unterstaatssekretärin für den Nahen Osten, Barbara Leaf, hat den libanesischen Führern gesagt, dass Washington ihnen nicht helfen wird, bis sie eine Einigung mit dem Internationalen Währungsfonds erzielt hätten. In ihren Interviews warnte sie ihre

Gesprächspartner davor, dass ihr Land noch vor Ende des Jahres endgültig zusammenbrechen würde, wenn sie die westlichen Verhältnisse jetzt nicht akzeptierten. "Das Schlimmste steht noch bevor", schloss sie.

Iran ändert seine Wirtschaftsstrategie in Syrien

Der Iran, der plante, eine gemeinsame Bank mit Syrien aufzubauen und dort ein Mobilfunknetz zu betreiben, schränkt seine wirtschaftlichen Ambitionen ein. Teheran stellte sich eine Form der wirtschaftlichen Dominanz in allen Bereichen vor. Er konzentriert sich jetzt auf einige und zieht andere zurück.

Iranisch-jordanische Verhandlungen

Teheran hat über irakische Vermittler Verhandlungen mit Amman aufgenommen. Im Moment scheint die jordanische Seite skeptisch zu sein, was die Nachhaltigkeit des iranisch-saudischen Abkommens angeht. Während die Gespräche zwischen Katar und Saudi-Arabien noch schwierig waren, begannen sie mit einem Empfang des iranischen Geschäftsträgers und des saudischen Botschafters durch ihren katarischen Amtskollegen in Amman.

Türkei soll den Export von Öl, das von der kurdischen Regionalregierung im Irak gestohlen wurde, einstellen

Ein internationales Schiedsgericht hat der Türkei verboten, Öl aus der autonomen Region Irakisch-Kurdistan zu transportieren. Seit Jahren bezeichnen aufeinanderfolgende irakische Regierungen die Ausbeutung des Öls durch die autonome Region als "Diebstahl", da die Verfassung es zu einem nationalen Gut macht, während Kurdistan keine Einnahmen an den nationalen Staatshaushalt zurückführt. Das Gericht vertrat die Auffassung, dass der Transit durch die Türkei eine Form des "Schmuggels" sei.

Saudi SNB-Präsident tritt zurück

Der Vorsitzende der saudischen Nationalbank, Ammar al-Khudairy, ist zurückgetreten. Die SNB war mit 9,8% der Aktien die grösste Aktionärin der *Credit Suisse*. Die Schweizer Bank war Anfang März für einen Pappenstiel von der UBS gekauft worden.

Saudi-Arabien kooperiert mit SOZ

Die saudische Regierung hat beschlossen, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit beizutreten. Ein Treffen mit König Salman soll den Antrag auf Assoziierungsstatus bei der SOZ formalisieren. Diese Ankündigung kommt drei Wochen nach der Unterzeichnung eines saudisch-iranischen Abkommens in Peking.

Türkei über Terroristen Empfang im französischen Senat schockiert

Das türkische Außenministerium bestellte den französischen Botschafter in Ankara, Hervé Magro, ein, um ihn um Erklärungen für den Empfang von Führern der "terroristischen" Organisation PKK/YPG im französischen Senat zu bitten.

Am 24. März 2023 wurde eine Delegation vom Vizepräsidenten des Senats, dem Kommunisten Pierre Laurent, empfangen. Am nächsten Tag wurde in den Räumlichkeiten der Hohen Versammlung von der Union der frankokurdischen Unternehmer (UEFK) anlässlich des Newroz-Festes (persisches Neujahr) ein Empfang organisiert. Unter den Gästen befanden sich Kommandeure der Volksverteidigungseinheiten (YPG) und Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) in Kampfuniform. YPJ-Sprecher Ruksan Mihemed und YPG-Sprecher Nuri Mahmoud erhielten Ehrenmedaillen.

Die türkische Diplomatie forderte Frankreich auf, den Bemühungen der PKK, internationale Legitimität für ihre Ableger in Syrien zu erlangen, keinen Glauben zu schenken, den Schutz der Grenzen der Türkei, die Sicherheit

des türkischen Volkes, die Einheit und territoriale Integrität Syriens zu unterstützen und Solidarität im Einklang mit dem Geist der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) zu zeigen.

Klage beim IStGH wegen des Erdbebens in der Türkei und in Syrien

In einem offenen Brief an den Internationalen Strafgerichtshof, der im [*Advances in Social Sciences Research Journal*](#) veröffentlicht wurde, verurteilen drei Persönlichkeiten das Erdbeben in der Türkei und in Syrien als einen Akt des Geo-Engineering.

Der Artikel stützt sich auf zahlreiche Presseartikel (u.a. des Voltaire Netzwerks).

Myanmar löst Partei von Aung San Suu Kyi auf

In Anbetracht der Tatsache, dass 40 politische Parteien ihre Registrierung nicht innerhalb der vorgeschriebenen zwei Monate verlängert hatten, lösten die Behörden von Myanmar sie auf. Unter ihnen ist die Nationale Liga für Demokratie (NLD), die unter der Führung der Friedensnobelpreisträgerin von 1991 und ehemaligen Staatsrätin Aung San Suu Kyi, die seit April 2021 inhaftiert ist, die letzten Parlamentswahlen des Landes gewann. 63 politische Parteien wurden registriert, von denen 50 bereits existieren.

Südkorea über japanische Schulbücher schockiert

Die Republik Korea (bekannt als Südkorea) hat einen offiziellen Protest gegen Japan wegen der Art und Weise eingereicht, wie japanische Schulbücher die Probleme des Territorialstreits zwischen den beiden Ländern und der Zwangsarbeit von Koreanern während des Zweiten Weltkriegs behandeln.

Die Schulbücher, die von der Kishida-Regierung genehmigt wurden, beschreiben Südkoreas Anspruch auf die Takeshima-Inseln (Dokdo auf

Koreanisch) als "unangemessen". Sie verharmlosen auch die Zwangsarbeit.

Nordkoreas Arsenal

Die Demokratische Volksrepublik Korea (bekannt als "Nordkorea") testete zwei Unterwasserdrohnen, Tsunami ("Haeil" auf Koreanisch). Sie seien in der Lage, einen radioaktiven Tsunami auszulösen. Im Test manövierten die Drohnen 41 Stunden unter Wasser, bevor sie ihre Ziele vor der Provinz Hamgyong zerstörten. Nach Ansicht von Experten hätte Nordkorea von der russischen Entwicklung seiner Poseidon-Drohnen profitieren können, würde aber noch nicht alle Aspekte beherrschen.

"Nordkorea" veröffentlichte auch Fotos von 10 taktischen Atombomben, Hwasan-31, die in Washington für Aufsehen sorgten. Pjöngjang hat seit 2016 sechs strategische Atombomben getestet, aber es war unklar, ob sie auch taktische hatte.

Voltaire-Netzwerkanalyse

["Geburt der multipolaren Welt \(2\). Vorbereitung auf einen neuen Weltkrieg"](#) ; von Thierry Meyssan

Die Vereinigten Staaten drängen ihre Verbündeten der Europäischen Union, sich auf einen Dritten Weltkrieg vorzubereiten. Sie haben keine andere Wahl, als sich ihm zu stellen, wenn sie aus der "Thukydides-Falle" siegreich hervorgehen wollen. Es sei denn, dieses ganze Getue ist nur eine Inszenierung, um die Verbündeten in ihrem Lager zu "halten", während sich viele Staaten in Südamerika, Afrika und Asien für "neutral" erklären. Kriegsgerüchte erwecken zur selben Zeit japanische Militaristen, die wie die "radikalen Nationalisten" in der Ukraine jetzt zurückgekehrt sind.

Philippinen treten dem *Regional Comprehensive Economic Partnership* bei

Der philippinische Senat hat die Unterzeichnung der *Regional Comprehensive Economic Partnership* (RCEP) bestätigt. Dieses Handelsabkommen, das größte der Welt (ein Drittel des globalen BIP), wurde bereits von den 15 ASEAN-Staaten sowie Australien, China, Japan, Südkorea und Neuseeland unterzeichnet. Indien und Myanmar sind nicht beigetreten.

Diskrete Reise eines Beamten des US-Außenministeriums nach China

Nachdem die Reise von Außenminister Antony Blinken nach Peking abgesagt worden war, unternahm einer seiner Stellvertreter, Rick Waters, Leiter des China House, eine diskrete Reise nach Hongkong, Shanghai und Peking. Die chinesischen Behörden sahen die Reise nicht als Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern, aber sie waren bestrebt, die Tür offen zu halten.

Die chinesische Armee unsichtbar unter Wasser ?

Nachdem China im Februar seine Unterwasserdrohnen auf der Messe NAVDEX 2023 in den Vereinigten Arabischen Emiraten vorgestellt hatte, behauptet es, eine bestimmte Beschichtung entwickelt zu haben, die das Sonar täuscht. Es könnte sich jedem U-Boot unbemerkt nähern und es versenken.

BYD weit vor Tesla

Laut Charlie Munger, dem Partner von Warren Buffet, liegt der chinesische Autohersteller BYD deutlich vor dem US-amerikanischen Tesla. "Es ist fast lächerlich", sagte er. BYD ist der weltweit führende Hersteller von Elektroautos. Dieses Unternehmen zeichnet sich durch seine vertikale Integration von Lithiumbergbau bis zum fertigen Produkt aus.

Viele Europäische Staats- und Regierungschefs in China

Der spanische Ministerpräsident Pedro Sanchez wurde vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping empfangen. Nächste Woche werden der französische Präsident Emmanuel Macron und die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen folgen. Der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, wird voraussichtlich anlässlich seines Besuchs beim G7-Außenministertreffen am 16. April in Japan, nach Peking reisen.

Beide werden versuchen, China davon zu überzeugen, keine Waffen an Russland zu liefern, und seine Bereitschaft zu Friedensverhandlungen in der Ukraine zu testen.

Ehemaliger taiwanesischer Präsident unterstützt Vereinigung der beiden Chinas

Ma Ying-jeou, ehemaliger Präsident von Taiwan und der Kuomintang, ist zu einem privaten Besuch im kommunistischen China. Er besuchte Sun Yat-sens Mausoleum und betonte, dass die Vereinigung das ist, was alle Chinesen wollen, und dass der Konsens von 1992, in dem beide Seiten anerkannten, dass sie Teil desselben Chinas sind, aber mit unterschiedlichen Interpretationen dessen, was das bedeutet, die Grundlage für den Frieden sein sollte.

Boao-Forum für Asien 2023

Die geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Kristalina Georgieva, und die Premierminister von Singapur Lee Hsien Loong, Spanien Pedro Sanchez, Côte d'Ivoire Patrick Achi, Kasachstan Alikhan Smailov, Malaysia Anwar Ibrahim und natürlich von China, Li Qiang, nehmen am *Boao Forum for Asia* (BFA 2023), dem "chinesischen Davos", teil.

Einberufung des ersten China-Zentralasien-Gipfels

Im Mai werden die Staats- und Regierungschefs Chinas, Kasachstans, Kirgisistans, Tadschikistans, Turkmenistans und Usbekistans auf einem China-Zentralasien-Gipfel zusammenkommen. In 30 Jahren hat sich der Handel zwischen diesen Ländern um das 100fache vergrößert. Eine gemeinsame Erklärung, die derzeit diskutiert wird, sollte um die folgenden fünf Punkte herum verfasst werden :

Stärkung der Vorbildfunktion der gutnachbarlichen Freundschaft ;
Aufbau eines Kooperationsgürtels für eine qualitativ hochwertige Entwicklung ;
Stärkung des friedlichen Schutzschildes ;
eine Familie mit vielfältigen Interaktionen aufbauen ;
Das globale Dorf schützen, damit es Frieden und Entwicklung genießen kann.

China hilft armen Ländern

Laut einer [Studie](#) von Forschern der Weltbank und Forschern der Harvard University in Zusammenarbeit mit *Aid Data* und dem Institut für Weltwirtschaft in Kiel gab China zwischen 2008 und 2021 240 Milliarden Dollar aus, um 22 Entwicklungsländer zu retten. Peking stellt keine politischen Bedingungen an seine Kreditverträge. Darüber hinaus forderte es die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds auf, seinem Beispiel zu folgen und den ärmsten Ländern Schuldenerleichterungen zu gewähren. Die atlantische Propaganda versichert jedoch, dass die chinesischen Verträge über die Seidenstraßen Fallen seien, die die Länder, die sich daran beteiligen, verarmen.

Japanische Reaktionen auf die Politik ihres Premierministers

Laut einer Nikkei-Umfrage befürworten 63 Prozent der Japaner die Annäherung Japans und

Südkoreas an China, während sich 71 Prozent mit Japans Bündnis mit der Ukraine identifizieren.

USA warnen Japaner

Auf einer Konferenz an der Universität Tokio rief US-Botschafter Rahm Emmanuel zur Schaffung einer "globalen Koalition" auf, die fähig sei, auf den "wirtschaftlichen Zwang Chinas" (sic) zu reagieren. Er warf Peking vor, "sanften Zwang" auszuüben, den er als Nutzung des wirtschaftlichen Einflusses und der Größe seines Marktes bezeichnete, um Unternehmen und Ländern, die befürchten, den Zugang zum chinesischen Markt zu verlieren, Zugeständnisse abzurufen.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltaire.net.org

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltaire.net.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Dokumentations beilage

4 - Bücher

AFRICA

United Nations Peace Operations in Africa Civil-Military Coordination and State-Building, By Saleem Ahmad Khan, Routledge (120 £)

Resource Conflict and Environmental Relations in Africa, Kelechi Johnmary Ani, Palgrave Macmillan (96 €)

AUSTRALIA

Australia's Security in China's Shadow, By Euan Graham, Routledge (27 £)

AUSTRIA

Der Professor und der Wolf : Das 1 x 1 der österreichischen Politik, von Peter Filzmaier & Armin Wolf, Christian Brandstätter Verlag (25 €)

CANADA

Canadian Conservative Political Thought, Edited By Lee Trepanier, Richard Avramenko, Routledge (120 £)

CHINA

China, Media, and International Conflicts, Edited By Shixin Ivy Zhang, Altman Yuzhu Peng, Routledge (120 £)

Deliberation with Chinese Characteristics A Tale of Two Chinese Cities' Participatory Budgeting Experiences, By Su Yun Woo, Routledge (120 £)

The Palgrave Handbook of Globalization with Chinese Characteristics. The Case of the Belt and Road Initiative, Paulo Afonso B. Duarte, Francisco José B. S. Leandro, Enrique Martínez Galán, Palgrave Macmillan (160 €)

The New China Playbook : Beyond Socialism and Capitalism, Keyu Jin, Viking (\$29)

EUROPEAN UNION

The Nordic, Baltic and Visegrád Small Powers in Europe A Dance with Giants for Survival and Prosperity, By Hilmar Hilmarsson, Routledge (120 £)

Frontex and the Rising of a New Border Control Culture in Europe, By Antonia-Maria Sarantaki, Routledge (120 £)

The EU Political System After the 2019 European Elections, Olivier Costa, Steven Van Hecke, Palgrave Macmillan (107 €)

Politics and Security of Central and Eastern Europe. Contemporary Challenges, Ryszard Zięba, Palgrave Macmillan (107 €)

FINLAND

Cultural Diplomacy in Cold War Finland. Identity, Geopolitics and the Welfare State, Louis Clerc, Palgrave Macmillan (42 €)

FRANCE

Je n'ai pas dit mon dernier mot, de Éric Zemmour , Rubempre (22 €)

En bande organisée : Mitterrand, le pacte secret, de Sébastien Le Fol , Albin Michel (22 €)

GERMANY

Die Moskau-Connection : Das Schröder-Netzwerk und Deutschlands Weg in die Abhängigkeit, von Reinhard Bingener & Markus Wehner, C.H.Beck (18 €)

HOLY SEE

L'atlante, di Francesco. Vaticano e politica internazionale, di Antonio Spadaro, Marsilio (13,30 €)

INDIA

How Realist Is India's National Security Policy ?, Edited By Kanti Bajpai, Routledge (35 £)

INDO-PACIFIC

Handbook of Indo-Pacific Studies, Edited By Barbara Kratiuk, Jeroen Van den Bosch, Aleksandra Jaskólska, Yoichiro Sato, Routledge (120 £)

IRAN

Power of Bonding and Non-Western Soft Power Strategy in Iran. Comparing China and India's

Engagement, Md. Nazmul Islam, Palgrave Macmillan (97 €)

IRAQ

Iraq Power, Institutions, and Identities, By Andrew J. Flibbert, Routledge (120 £)

Power and Paranoia in Syria-Iraq Relations The Impact of Hafez Assad and Saddam Hussain, By Amjed Rasheed, Routledge (120 £)

ITALY

La via italiana alle relazioni internazionali. La lezione di Enrico Mattei, di Luca Pinasco, Meltemi (17 €)

JAPAN

Fighting Japan's Cold War Prime Minister Yasuhiro Nakasone and His Times, By Ryuji Hattori, Routledge (120 £)

Japan Decides 2021. The Japanese General Election, Robert J. Pekkanen, Steven R. Reed, Daniel M. Smith, Palgrave Macmillan (27 €)

NIGERIA

Nigerian Foreign Policy 60 Years After Independence, Usman A. Tar, Sharkdam Wapmuk, Palgrave Macmillan (107 €)

NATO

Evaluating NATO Enlargement. From Cold War Victory to the Russia-Ukraine War, James Goldgeier, Joshua R. Itzkowitz Shiffrin, Palgrave Macmillan (93 €)

NORTH KOREA

Pyongyang, de Guy Delisle, Astiberri (17,€)

SHANGHAI COOPERATION ORGANIZATION

The Shanghai Cooperation Organization and Conflict De-escalation Trust Building and Interstate Rivalries, By James MacHaffie, Routledge (120 £)

SINGAPORE

Reassessing Lee Kuan Yew's Strategic Thought, By Ang Cheng Guan, Routledge (120 £)

SOUTH KOREA

Two-Track Democracy in South Korea The Interplay Between Institutional Politics and Contentious Politics, By Seongyi Yun, Routledge (120 £)

SPAIN

El alzamiento, de Pilar Urbano, Editorial Planeta (22,70 €)

La España en la que creo : En defensa de la Constitución, de Alfonso Guerra, La esfera de los libros (17 €)

Patria digna : La España que intentaron robarnos, de Alán Barroso, 001 edición (17,95 €)

UNITED STATES

Trump Was a Joke How Satire Made Sense of a President Who Didn't, By Sophia A McClennen, Routledge (120 £)

Plunder : Private Equity's Plan to Pillage America, Brendan Ballou, PublicAffairs (\$30)

Christian Supremacy : Reckoning with the Roots of Antisemitism and Racism, by Magda Teter, Princeton University Press (\$35)

Age of Danger : Keeping America Safe in an Era of New Superpowers, New Weapons, and New Threats, Andrew Hoehn, Thom Shanker, Hachette (\$30)

Poverty, by America, by Matthew Desmond, Crown (\$27)

Unscripted : The Epic Battle for a Media Empire and the Redstone Family Legacy, by James B Stewart & Rachel Abrams, Penguin (\$25)

ZAMBIA

Postcolonial Legality : Law, Power and Politics in Zambia, Jeremy Gould, Routledge (140 £)

COMMUNICATION

Politics, Propaganda and the Press International Reactions to the Falklands/Malvinas Conflict, By Louise A. Clare, Routledge (120 £)

Minorities, Free Speech and the Internet, Edited By Oscar Pérez de la Fuente, Alexander Tsesis, Jędrzej Skrzypczak, Routledge (120 £)

The Palgrave Handbook of Media Misinformation, Karen Fowler-Watt, Julian McDougall, Palgrave Macmillan (160 €)

Infocracia : La digitalización y la crisis de la democracia, de Byung-Chul Han, Taurus (13,20 €)

COVID

Les apprentis sorciers, de Alexandra Henrion Caude , Albin Michel (17 €)

Covid 19, ce que révèlent les chiffres officiels : Mortalité, tests, vaccins, hôpitaux, la vérité émerge, de Pierre Chaillot, L'artilleur (22 €)

The South African Response to COVID-19 The Early Years, Edited By Pieter Fourie, Guy Lamb, Routledge (120 £)

ECONOMY

Economic Policy and the History of Economic Thought, Edited By Stavros Drakopoulos, Ioannis Katselidis, Routledge (120 £)

ENERGY

Die große Energiekrise : ... und wie wir sie bewältigen können, von Fritz Vahrenholt, Langen-Müller (22 €)

INTERNATIONAL RELATIONS

Examining US-China-Russia Foreign Relations Power Relations in a Post-Obama Era, By Gregory O. Hall, Routledge (120 £)

The Palgrave Encyclopedia of Global Security Studies, Scott N. Romaniuk, Péter N. Marton, Palgrave Macmillan (481 €)

The Palgrave Handbook of Diplomatic Reform and Innovation, Paul Webster Hare, Juan Luis Manfredi-Sánchez, Kenneth Weisbrode, Palgrave Macmillan (160 €)

The Palgrave Handbook of Global Politics in the 22nd Century, Laura Horn, Ayşem Mert, Franziska Müller, Palgrave Macmillan (150 €)

Polycentric World Order in the Making, Andrey Baykov, Tatiana Shakleina, Palgrave Macmillan (93 €)

Securitization and Democracy in Eurasia.

Transformation and Development in the OSCE Region, Anja Mihr, Paolo Sorbello, Brigitte Weiffen (42 €)

Cina, Europa, Stati Uniti. Dalla Guerra fredda a un mondo multipolare, di Agostino Giovagnoli, Elisa Giunipero, Guerini e Associati (19,50 €)

2100 : Una historia del futuro. Claves geopolíticas y tecnológicas para entender el mundo que vivirán tus nietos, de Borja Fernández Zurrón, HarperCollins (18,90 €)

El mundo está en venta : La cara oculta del negocio de las materias primas, de Javier Blas & Jack Farchy, Ediciones Península (21,75 €)

POLITICS

Routledge Handbook of Asian Parliaments, Edited By Po Jen Yap, Rehan Abeyratne, Routledge (190 £)

Populism, Punishment and the Threat to Democratic Order The Return of the Strong Men, By John Pratt, Routledge (49 £)

The Inter- and Transnational Politics of Populism. Foreign Policy, Identity and Popular Sovereignty, Thorsten Wojczewski, Palgrave Macmillan (93 €)

End Times : Elites, Counter-Elites, and the Path of Political Disintegration, Peter Turchin, Penguin, (\$28)

Los dueños del planeta, de Cristina Martín Jiménez, Ediciones Martínez Roca (18,90 €)

La democrazia militarizzata. Quando la politica cede il passo alle armi, di Sergio Romano, Longanesi (18,90 €)

True Believers and the Great Replacement Understanding Anomie and Alienation, By Alf H. Walle, Routledge (120 £)

Le Frérisme et ses réseaux, de Florence Bergeaud-Blackler, Odile Jacob (25 €)

SPACE

The Commercialisation of Space Politics, Economics and Ethics, Edited By Sarah Lieberman, Harald Köpping Athanasopoulos, Thomas Hoerber, Routledge (120 £)

When the Heavens Went on Sale : The Misfits and Geniuses Racing to Put Space Within Reach, Ashlee Vance, Ecco (\$31,50)

Australian Perspectives on Global Air and Space Power Past, Present, Future, Edited By Nicole Townsend, Kus Pandey, Jarrod Pendlebury, Routledge (120 £)

TRADE

International Trade Regulation Evolving Dynamics and Shifting Foundations, By Zhiqiong June Wang, Jianfu Chen, Routledge (45 £)

WARFARE

Blood Revenge in Irregular Warfare Causes and Consequences of a Lingering Custom, Roberto Colombo, Emil Souleimanov, Routledge (49 £)

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°35 - 7. April 2023

LEITARTIKEL

USA auf dem Weg zu einem Kriegszensurgesetz?

Im Senat wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, um jegliche Einmischung von Gegnern der Vereinigten Staaten in das Internet der Vereinigten Staaten zu kontrollieren. (*Restriktionsgesetz, Restrict Act*, § 686)

Die ersten Debatten drehen sich um die mögliche Anwendung dieses Gesetzes auf das chinesische Unternehmen *ByteDance*, Eigentümer des sozialen Netzwerks TikTok. Das Verbot würde darauf abzielen, Kinder vor dem Diebstahl ihrer Login-Daten durch die Kommunistische Partei Chinas zu schützen. Die *Electronic Frontier Foundation* (EFF) hat vor einem Gesetz gewarnt, das sein beabsichtigtes Ziel verfehlen würde, um Grundfreiheiten zu erreichen.

Alle chinesischen, kubanischen, iranischen, nordkoreanischen, russischen und venezolanischen Unternehmen sind derzeit betroffen, die "an einem langfristigen Modell arbeiten, das der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten oder der Sicherheit der US-Bürger erheblich abträglich ist". Es ginge nicht darum, bestimmte Informationen zu zensieren, sondern ganze Informationsquellen. Obwohl nach dem Text die Macht der Zensur beim Handelsminister liegt, wäre es ein Kriegsrecht. Die derzeitige Handelsministerin, Gina Raimondo, wurde berühmt, indem sie während des Covid-19-Ausbruchs die Einreise in den Bundesstaat Rhode Island, dessen Gouverneurin sie war, einschränkte. In der letzten Rede zur Lage der Nation wurde sie von Präsident Joe Biden als seine *designated survivor* (*designierte Überlebende*) für den Fall eines tödlichen Angriffs auf ihn und seine verfassungsmäßigen Nachfolger (Vizepräsidentin und Präsidenten der Versammlungen) bezeichnet.

Falls dieses Gesetz verabschiedet und durchgesetzt würde, könnte die Handelsministerin es nicht nur auf ein Unternehmen, sondern auf alle Unternehmen des selben Landes anwenden. Dieses Land würde also der Gelegenheit beraubt, seinen Standpunkt dem amerikanischen Volk mitzuteilen. Auf der anderen Seite könnten die US-Abgeordneten es aller Übel beschuldigen und die US-Presse könnte das Land grenzenlos diffamieren. Ein [Krieg](#) könnte gegen das Land schnell als legitim erscheinen.

AMERIKA

Anklage gegen Donald Trump durch den Staat New York

Der New Yorker Bezirksstaatsanwalt Alvin Bragg hat den ehemaligen Präsidenten Donald Trump angeklagt. Er hat ihm insbesondere vorgeworfen, die Summe, die er durch seinen Anwalt an die Pornodarstellerin "Stormy Daniels" zahlen ließ, als "Anwaltskosten" deklariert zu haben, was eine Beziehung zwischen den beiden nach Trumps Ehe mit Melania Knauss hätte offenbaren können. Nun ist dieser Buchhaltungsfehler, wenn überhaupt einer, in New York jedoch nur ein geringfügiges Vergehen, das nach zwei Jahren verjährt. Die Tatsache, dass Trump nicht mehr in New York, sondern in Washington lebte, hebt nach Ansicht der Staatsanwaltschaft die Verjährung jedoch auf. Er argumentiert vor allem, dass dieser Buchhaltungsfehler einen Verstoß gegen das Wahlkampffinanzierungsgesetz verschleierte, der eine Bundesstraftat darstellt, die mit 4 Jahren Gefängnis bestraft werden kann. Er gibt jedoch nicht an, worin dieser Verstoß gegen das Bundesrecht besteht. Übrigens, wenn es ein Bundesverbrechen ist, hat er als New Yorker Staatsanwalt nicht das Recht, ihn zu verfolgen. Dieses alberne Rechtsgefüge basiert allein auf den Vorwürfen von Donald Trumps ehemaligem Anwalt Michael Cohen. Er ist der einzige Zeuge der Zahlung von "Stormy Daniels", die laut ihm, vom CEO des *National Enquirer* in bar geleistet wurde. Michael Cohen macht Donald Trump jedoch für seinen Ausschluss von der Anwaltskammer verantwortlich und hasst ihn tief. Im Jahr 2012 wurde der Präsidentschaftskandidat John Edwards wegen ähnlicher Straftaten strafrechtlich verfolgt. Die Anklage war im Sande verlaufen. Man sieht nicht, warum sie gegen Donald Trump halten sollte. Zwischen 1997 und 2017 gaben die US-Gesetzgeber 17 Millionen US-Dollar aus, um Fälle von sexuellem Fehlverhalten beizulegen. Keines von ihnen wurde strafrechtlich verfolgt. Donald Trump sagte in einer Erklärung, dass die Anklage die Fortsetzung einer langen Reihe grundloser Ermittlungen gegen ihn sei. Er

zitierte die Spionage des FBI über seinen Wahlkampf 2016, die Untersuchung des Sonderermittlers Robert Mueller, die keine Absprachen zwischen seiner Kampagne und Russland fand, die zwei parlamentarischen Amtsenthebungsversuche und die laufende Ermittlung gegen seine schlechte Handhabung von geheimen Dokumenten nach seinem Ausscheiden aus dem Amt. Staatsanwalt Alvin Bragg brüstet sich damit, Donald Trump mehr als hundert Mal verfolgt zu haben. Mehrere Mitglieder der Familie von George Soros unterstützten Alvin Braggs Wahlkampagne, darunter Soros' Sohn Jonathan Soros und seine Schwiegertochter Jennifer Allan Soros, die ihm insgesamt etwa 20 000 Dollar gaben, aber George Soros selbst behauptet, ihn nicht zu kennen. Eine seiner Vereinigungen unterstützte jedoch die Kampagne von Alvin Bragg mit einer Spende von 1 Million US-Dollar. Laut einer [CNN-Umfrage](#) beurteilen sechs von zehn Wählern diese Angelegenheit als politisch, während nur drei von zehn Wählern eine gute Meinung von Herrn Trump haben.

Von einer 17 Autos langen Prozession und einer beeindruckenden Menge von Unterstützern während der Reise begleitet, verwandelte der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten seine Anklage in eine große Show, bei der 50 000 Polizisten für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen mussten. Innerhalb von vier Tagen verzeichnete Donald Trumps Kampagne Spenden in Höhe von 8 Millionen US-Dollar, von denen ein Viertel von neuen Spendern stammte. In einer E-Mail an die Unterstützer schrieb das Wahlkampfbüro: "Diese unglaubliche Welle von Basis-Spenden bestätigt, dass das amerikanische Volk die Anklage gegen Präsident Trump als eine beschämende Militarisierung unseres Justizsystems durch einen von Soros finanzierten Staatsanwalt betrachtet." Vor Beginn seiner Kampagne der Präsidentschaftswahl hatte das Büro von Donald Trump beschlossen, all jene zum Schweigen zu bringen, die die Debatte stören könnten (die *Catch-and-Kill*-Strategie). Die Geschichten mehrerer Personen, darunter die von "Stormy Daniels", wurden exklusiv gekauft und nicht veröffentlicht. Donald Trump stellte den

ehemaligen New Yorker Bundesstaatsanwalt Todd Blanche an, um ihn zu verteidigen. Dieser Fall erinnert an den viel schwerwiegenderen Fall, der 2005 gegen den Vorsitzenden der Republikaner im Repräsentantenhaus, Tom DeLay, vorgebracht wurde. Er wurde der Geldwäsche und des Betrugs beschuldigt, in erster Instanz verurteilt, gezwungen, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen, nur um in der Berufung schließlich freigesprochen zu werden.

Vorschlag, keine US-Visa mehr an Chinesen auszustellen

Der republikanische Abgeordnete Thomas Tiffany (Wisconsin) fordert, dass die Vereinigten Staaten sich weigern, chinesischen Bürgern Visa auszustellen, solange Peking seine illegalen Einwanderer nicht wieder aufnimmt. Seit dem Besuch der ehemaligen Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi in Taiwan, weigert sich China als Vergeltung sie zurückzunehmen.

Freilassung des Hauptangeklagten des "Sturms auf das Kapitol"

Jacob Chansley, 35, alias "QAnon-Schamane", der während der Unruhen am 6. Januar 2021 auf dem Capitol Hill einen gehörnten Kopfschmuck trug, wurde 14 Monate früher aus dem Gefängnis entlassen und in ein Übergangszentrum verlegt. Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy, enthüllte eine große Anzahl von Videos, die vom parlamentarischen Untersuchungsausschuss der vorherigen Versammlung geschwärzt worden waren, darunter eines, das zeigt, wie der Angeklagte von der Polizei im Kapitol friedlich eskortiert wird. Sein Anwalt strebt Sanktionen gegen die Staatsanwaltschaft des Justizministeriums wegen eines versteckten Videos an, das zu seiner Verteidigung hätte beitragen können.

Sollte man Beamte verurteilen, die Informationen zensiert haben?

Der Generalstaatsanwalt von Louisiana, Jeff Landry, schlug während seiner Kongressanhörung vor dem Unterausschuss des Repräsentantenhauses, der die "Militarisierung" der Bundesregierung untersuchte, vor, Beamte zu bestrafen, die am Zensursystem beteiligt waren. Die Untersuchungen des Unterausschusses haben bereits gezeigt, dass das FBI, die Centers for Disease Control and Prevention, das Census Bureau, Dr. Anthony Fauci und mehrere Personen im Weißen Haus Social-Media-Unternehmen dazu gebracht haben, abweichende Meinungen zu Covid-19 und Informationen über die Bidens zu zensieren. Der 1. Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten besagt: "Der Kongress darf kein Gesetz verabschieden, das sich auf die Gründung einer Religion oder auf das Verbot ihrer freien Ausübung bezieht; oder um die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit oder das Recht der Bürger, sich friedlich zu versammeln oder die Regierung um Wiedergutmachung zu bitten, einzuschränken." Dieser Text wird allgemein so interpretiert, dass er jede Form der Zensur verbietet, auch die der Exekutive.

Neue Enthüllungen über die Untersuchungskommission zu den Ereignissen vom 6. Jänner 2021

Der republikanische Abgeordnete Barry Loudermilk (Georgia) eröffnete die Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum "Sturm auf das Kapitol". Er wies darauf hin, dass der ursprüngliche Bericht der Kommission ihn beschuldige, einen Besuch durchgeführt zu haben, um das Gebäude in Vorbereitung auf einen Staatsstreich zu lokalisieren, obwohl sie Polizeidokumente hatte, die das Gegenteil bestätigten. Er hatte nämlich am Vortag für eine Familie seines Amtsbezirkes mit Kindern eine Visite des erlaubten Teils des Kapitols organisiert. Dieser Fall kommt noch zu den verworfenen Videos, die vom neuen Sprecher des Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy, enthüllt wurden.

General Milley glaubt weder an einen ukrainischen Sieg noch an einen Angriff von Peking auf Taiwan im Jahr 2023

General Mark Milley, Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs, hielt eine wichtige Rede auf dem *Forum des Magazins Defense One*. Nachdem er die Idee zurückgewiesen hatte, dass die Ukraine Russland in diesem Jahr besiegen könnte, bestand er darauf, dass China wahrscheinlich auch in diesem Jahr nicht in Taiwan einfallen würde. Dieser Krieg sei "weder unvermeidlich noch unmittelbar bevorstehend", sagte er.

Bill Clinton bereut seine Denuklearisierung der Ukraine

Der ehemalige Präsident Bill Clinton sagte auf *Radio and Television Ireland (RTÉ)*, er bedauere, die Ukrainer dazu gedrängt zu haben, ihr von der UdSSR geerbtes Atomwaffenarsenal aufzugeben.

Fortsetzung der Anti-Korruptions-Ermittlungen in Venezuela

Die Anti-Korruptions-Ermittlungen der Nationalen Polizei und des Nationalen Bolivarischen Geheimdienstes (SEBIN) haben bereits zur Festnahme von 42 Verdächtigen geführt, darunter der Präsident des staatlichen Unternehmens Corporación Venezolana de Guayana (CVG), Pedro Maldonado, Beamte des venezolanischen Stahlgiganten Sidor und vor allem der ehemalige pro-Chavez Minister Hugbel Roa. Im Jahr 2017 wurden bei einer ähnlichen Untersuchung mehr als 200 Personen festgenommen.

EUROPA

Finanzhochburg des Vereinigten Königreichs bedroht

Die City von London ist nicht mehr das führende Finanzzentrum der Welt. Sie teilt sich

diese Rolle mit Wall Street, vor Singapur. Die Finanz- und professionellen Dienstleistungen des Vereinigten Königreichs erwirtschafteten jedoch im Jahr 2022 einen Handelsüberschuss von 64 Milliarden Pfund. Nach Angaben der *City of London Corporation* ist "Londons Wettbewerbsvorteil bedroht" (...) Wir brauchen einen langfristigen Plan, um das Wachstum im Finanz- und Dienstleistungssektor voranzutreiben."

Die französische Regierung kommuniziert in der Sex-Presse

Den Kommunikationsdiensten des Élysée gelang es, Marlène Schiappa, Staatssekretärin für Sozial- und Solidarwirtschaft und Gemeinschaftsleben, auf dem Cover des Erotikmagazins *Playboy* und Olivier Dussopt, Arbeitsminister, auf dem Cover des Schwulenmagazins *Télu* zu platzieren.

Ehemaliger Lafarge-CEO bestreitet, Daesch in Syrien unterstützt zu haben

Der ehemalige CEO von *Lafarge*, Bruno Lafont, gab *Libération* ein Interview. Er sagte: "Es ist klar, dass zwischen der Geschichte, die wir am Anfang erzählt haben, der Geschichte, die besagt, dass Lafarge aus rein lukrativen Gründen zwischen 2013 und 2014 terroristische Gruppen in Syrien finanziert hat, und dem, was wir heute entdecken, die Situation völlig anders ist (...) Wir erfahren, dass es eine besondere Beziehung zwischen dem französischen Staat und seinen Diensten und Lafarge gab, und deshalb wollte ich dem Richter berichten, was ich in den letzten Jahren erfahren habe (...) Ich wusste nichts über Zahlungen an terroristische Gruppen und staatliche Aktivitäten in unserer Fabrik." Er wird im Rahmen der seit 2017 in Paris eingeleiteten gerichtlichen Ermittlungen wegen "Finanzierung eines terroristischen Unternehmens" und "Gefährdung" seiner Mitarbeiter angeklagt. Das [Voltaire-Netzwerk](#) hatte aus Syrien die Einzelheiten dieses Falles veröffentlicht, wurde aber nie von der Justiz angehört.

Frankreich wird drei syrische Persönlichkeiten vor Gericht stellen

Frankreich wird wegen "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" General Ali Mamlouk, Chef der nationalen Sicherheit, der als syrische Nr. 2 gilt, Jamil Hassan, Direktor des Nachrichtendienstes der Luftwaffe, und Abdel Salah Mahmoud, einer seiner Untergebenen, der für die Ermittlungen zuständig ist, vor Gericht stellen. Die drei Männer sind in Damaskus im Amt und werden *in absentia* vor Gericht gestellt. Wenn die Methoden der syrischen Geheimdienste auch gewalttätig sind, ist das Gerede von "Folter" und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" Propaganda, keine Fakten. Deutschland verurteilte im Januar 2022 in Koblenz den syrischen Geheimdienstler Anwar Rasland wegen 27 Morden. Er war aus seinem Land geflohen, wo er wegen der gleichen Taten gesucht wurde.

Emmanuel Macrons Reise nach China

Der französische Präsident Emmanuel Macron reist nach China. Begleitet wird er auf seinen Wunsch von der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen. Er hat sich trotz des Drucks der USA immer antichinesischer Äußerungen enthalten. Er genießt daher in Peking Ansehen.

Finnland tritt der NATO bei

Finnland wurde das 31. Mitglied der Nordatlantischen Organisation. Die Operation wurde in aller Eile durchgeführt, kurz bevor Premierministerin Sanna Marin die Parlamentswahlen verlor und daher dieses Thema nicht mehr voranbringen konnte. Der Jahrestag des Bündnisses am 4. April verbirgt diesen Taschenspielertrick. Zum Zeitpunkt seiner Gründung hatte das Atlantische Bündnis nur 12 Mitglieder. Bis zur Auflösung der Sowjetunion stieg es auf 16 an. 1999 begann der Prozess der Erweiterung auf die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten und die UdSSR, die heute 31 Mitglieder zählt. Das Funktionieren des Bündnisses, das für 12 gedacht war, kann

nach den Prinzipien der Gruppendynamik nicht über 16 hinaus funktionieren. Der Atlantische Rat, d. h. die oberste Autorität des Bündnisses, kann kein Ort der Diskussion und Entscheidungsfindung mehr sein, und er wurde auch während des Angriffs auf Libyen nicht mehr konsultiert. In der Praxis sind die Vereinigten Staaten nicht mehr nur der Herrscher über andere, sie entscheiden allein, beraten vom Vereinigten Königreich. Zwei Mitglieder des Bündnisses liegen jedoch nicht mehr auf gleicher Wellenlänge mit Washington: Budapest und Ankara. Diese Situation muss unbedingt geklärt werden.

Polen diskriminiert russische Fechter

Der polnische Fechtverband hat gefordert, dass russische Athleten, die an den Selektionswettbewerben der Olympischen Spiele teilnehmen, ein Dokument unterschreiben, in dem sie bestätigen, dass sie die russische Offensive in der Ukraine verurteilen und dass sie nicht bei der russischen Armee oder einem russischen Sicherheitsorgan angestellt sind. Russische Athleten wurden im Zuge der russischen Militäroperation in der Ukraine vom internationalen Wettkampf ausgeschlossen. Der Internationale Fechtverband (FIE) kündigte jedoch Anfang März die Wiedereinstellung russischer Fechter an, eine Premiere im internationalen Sport seit mehr als einem Jahr. Die polnische Föderation macht diese Entscheidung daher rückgängig. Am 28. März 2023 empfahl das Internationale Olympische Komitee (IOC) die Rückkehr russischer und belarussischer Athleten unter neutralem Banner und als Einzelpersonen, entschied aber zu diesem Zeitpunkt nicht über ihre mögliche Teilnahme an den Olympischen Spielen 2024 in Paris.

Ungarn beobachtet Entwicklung der EU in Bezug auf die Ukraine

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sagte dem Radiosender Kossuth, die europäischen Staats- und Regierungschefs diskutierten nicht mehr über Waffenlieferungen

für die Ukraine, sondern über den möglichen Einsatz von Interpositionstruppen. Der ungarische Außenminister Peter Szijjarto erklärte, sein Land wolle keine Waffen in die Ukraine schicken, weil er glaube, dass dies die magyarische Minderheit in Transkarpatien gefährden würde.

Ursula von der Leyen prangert die „gelbe Gefahr“ an

Vor ihrer Abreise mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron nach China hielt die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, im *European Policy Center* eine wichtige Rede zu den Beziehungen zwischen der EU und China. Mit sehr aggressiven Äußerungen wollte sie sich vom französischen Präsidenten distanzieren. Sie sagte: "[Chinas] Demonstration militärischer Stärke im Südchinesischen Meer und im Ostchinesischen Meer, sowie an der Grenze zu Indien, wirkt sich direkt auf unsere Partner und ihre legitimen Interessen aus. Wir betonen auch die Bedeutung von Frieden und Stabilität in der Straße von Taiwan. Jede Schwächung der regionalen Stabilität in Asien, der am schnellsten wachsenden Region der Welt, beeinträchtigt die globale Sicherheit, den freien Handelsfluss und unsere eigenen Interessen in der Region. Auch die schweren Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang geben Anlass zu großer Sorge. So wie China seine militärische Haltung gestärkt hat, hat es auch seine Politik der Desinformation und des wirtschaftlichen und kommerziellen Zwangs intensiviert. Diese Eskalationsmaßnahmen deuten darauf hin, dass China im Inland repressiver und im Ausland selbstbewusster wird. China hat nun das Blatt der "Reform und Öffnung" gedreht und tritt in eine neue Ära der Sicherheit und Kontrolle ein. Alle Unternehmen in China zum Beispiel sind bereits gesetzlich verpflichtet, staatliche Geheimdienste zu unterstützen und die Ermittlungen geheim zu halten. Der Imperativ von Sicherheit und Kontrolle übertrumpft jetzt die Logik der freien Märkte und des offenen Handels. Das klare Ziel der Kommunistischen Partei Chinas ist ein systemischer Wandel der internationalen

Ordnung mit China im Zentrum." Frau von der Leyen wird also in Peking kühl empfangen werden.

Ukraine stellt den orthodoxen Metropoliten der Kiewer Höhlen unter Hausarrest

Die ukrainische Justiz hat Metropolit Pavel, der das Kiewer Höhlenkloster leitet, unter Hausarrest gestellt. Ihm wird vorgeworfen, "die bewaffnete Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine zu rechtfertigen und ihre Teilnehmer zu verherrlichen" und "die Gleichheit der Bürger auf der Grundlage ihrer rassischen, nationalen, regionalen [und] religiösen Überzeugungen zu verletzen". Für diese Anschuldigungen wurden keine Beweise vorgelegt. Der Metropolit ist, wie alle Kleriker der orthodoxen Kirche, die vom Moskauer Patriarchat abhängig sind, ein Beamter der Russischen Föderation. In einem Video, das von *Telegram* ausgestrahlt wurde, sagte Metropolit Pavel: "Es gibt kein Motiv ... Ich habe nichts getan. Ich weiß, dass es sich um einen politischen Befehl handelt, weil ich bedroht wurde. Der Sicherheitsdienst der Ukraine rief mich beim Direktor des Museums an. Er sagte mir, dass wir einen Prozess eröffnen müssten ... Ich weiß, um wen es sich handelt, aber ich werde mich nicht damit beschäftigen, es ist nicht mein Stil (...) Sie sagen, ich unterstütze Russlands Aggression gegen die Ukraine. Ich habe gesagt, ich sage und ich werde sagen: Ich verurteile alle Versuche gegen unseren Staat, und was Russland [und Wladimir] Putin getan haben, ist nicht zu rechtfertigen." Das russische Außenministerium verurteilte seinerseits die religiöse Verfolgung in der Ukraine.

Oleksij Danilow präsentiert ukrainischen Plan für "The Day After"

Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Oleksij Danilow, veröffentlichte den Entwurf des Reformplans, der nach dem Sieg über die Russische Föderation durchgeführt werden soll.

- Strafrechtliche Verfolgung von Kollaborateuren und Verrätern.

-Russland oder sein Nachfolgestaat wird alle seine Kriegsverbrecher ausliefern müssen.

-Was Richter und Strafverfolgungsbehörden betrifft, so verlieren sie im Falle einer Verurteilung ihre Rente und werden vom Staat und den lokalen Behörden von der Beschäftigung ausgeschlossen.

-Was Journalisten betrifft, so werden sie, wenn sie verurteilt werden, ihrer Freiheit, ihres Titels, ihrer Pensionen, ihres Eigentums, ihrer Ehre und ihres Respekts beraubt.

-Russische Staatsangehörige, die seit 2014 die Krim besetzt halten, werden ausgewiesen. Sämtliches Eigentum, das sie erworben haben, wird beschlagnahmt und an ihre ukrainischen Eigentümer zurückgegeben.

-Die Kertsch-Brücke wird zerstört, um die völlige Freiheit der Schifffahrt im Asowschen Meer zu gewährleisten.

-Ein umfangreiches Programm der Entrussifizierung wird in Angriff genommen werden. Dazu gehört auch die Zwangsarbeit für den Wiederaufbau des Landes durch diejenigen, die es zerstört haben.

-Schaffung einer Dokumentationsdatenbank über russische Verbrechen in der Ukraine.

-Sofortige Freilassung aller ukrainischen Staatsbürger und Krimtataren, die von den Russen inhaftiert wurden. Ein offizielles Dokument ist in Vorbereitung. Es wird auf jeden dieser Punkte näher eingehen.

Eine NATO-Kommandozentrale in der Ukraine zerstört

Laut der griechischen Website *ProNews*, die von der russischen Presse aufgegriffen wurde, zerstörten die Kinzhal-Hyperschallraketen, die

Analysen des Voltaire-Netzwerks

- "[Geburt der multipolaren Welt \(3\): Wie Russland seine Rolle beim Aufbau der multipolaren Welt sieht](#)", von Thierry Meyssan

Russland hat gerade sein "Außenpolitisches Konzept" veröffentlicht. Nachdem es seine Position in der Welt in Erinnerung gerufen hat, beschreibt dieses Dokument das Ende der westlichen Vorherrschaft und die Bemühungen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten, Washingtons Hegemonie aufrechtzuerhalten. Es ist die Liste der Interessen und Ziele Moskaus. Es betont das Primat des zeitgenössischen Völkerrechts (eine Schöpfung von Zar Nikolaus II.) und schließt mit einer Beschreibung der sich verändernden Welt.

- "[Putins nukleare rote Linie](#)" von Manlio Dinucci

Russland hat angekündigt, Atomwaffen nach Belarus zu verlegen. Im Gegensatz zu dem, was man denken könnte, ist dies keine besonders aggressive Haltung Russlands, sondern eine defensive Reaktion auf die Stationierung von US-Atomwaffen in den Nachbarländern Russlands. Wenn Moskau Washington ebenbürtig hätte reagieren wollen, hätte es seine Atomsprengköpfe in Kuba installieren müssen.

am 9. März von Russland auf die Ukraine abgefeuert wurden, einen unterirdischen Bunker in 120 Meter Tiefe. Die Luftverteidigungssysteme Iris-R und NASAMS des Bunkers wurden ebenfalls zerstört. Der Bunker war eine sehr wichtige Kommandozentrale. Er beherbergte etwa 300 Personen, darunter Telekommunikationstechniker und NATO-Berater, hauptsächlich Briten und Polen. Präsident Wolodymyr Selenskyj sprach von einem "schweren Schlag", ohne Details zu nennen. Die Informationen wurden im Westen zensiert, wo die direkte Beteiligung der NATO an dem Konflikt geleugnet wird.

Ukraine nimmt mit dem Kreml heimlich wieder Kontakte auf

Während das ukrainische Recht bis zum Sturz von Präsident Wladimir Putin jeden Kontakt mit dem Kreml verbietet, hat Kiew den Kontakt mit ihm über einen Mittelsmann wieder aufgenommen. Es handelt sich noch nicht um Verhandlungen, aber man kommt ihnen näher.

Weißrussland bereitet sich auf Krieg vor

Belarus hat mit der Generalinspektion seiner Streitkräfte begonnen. Es geht darum, ihre Bereitschaft zu überprüfen und sie für den Fall eines bevorstehenden Krieges zu mobilisieren. Diese Inspektion wird sowohl die Einberufung von Wehrpflichtigen als auch die Ausgabe von Kampfaffen umfassen.

Russland übernimmt turnusmäßig den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat

Die Russische Föderation hat die rotierende Präsidentschaft des UN-Sicherheitsrates für den Monat April übernommen. Sie kündigte an, sich so neutral wie möglich zu verhalten. Vor einigen Tagen hat die russische Delegation im Rat ein Schreiben an die anderen Abgeordneten gerichtet, in dem sie die Art und Weise kritisierte, in der Albanien im Februar die Präsidentschaft innehatte. Tirana hatte in der Tat mehrfach gegen die interne Geschäftsordnung des Rates verstoßen. Am 7. Februar hatte es Seiner Exzellenz Oñate Laborde das Wort für das Untersuchungs- und Identifizierungsteam der Organisation für das Verbot chemischer Waffen erteilt, obwohl mehrere Mitglieder des Rates die Rechtmäßigkeit dieser Struktur in Frage stellten, die unter Verletzung des Chemiewaffenübereinkommens errichtet worden war. Am 24. Februar empfing es den ukrainischen Außenminister Dmitri Kuleba und gewährte ihm einen privilegierten Status, den andere Außenminister, insbesondere die der afrikanischen und lateinamerikanischen Länder, nicht genießen. Auf der gleichen Sitzung am 24. Februar hat der albanische Ratsvorsitz

neben dem Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik auch eine übermäßige Anzahl von Delegationen aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union eingeladen, um gemäß Artikel 37 der Geschäftsordnung das Wort zu ergreifen. Während seiner Präsidentschaft wird Russland unter dem Vorsitz seines Außenministers Sergej Lawrow eine Debatte auf Ministerebene über den Multilateralismus im Rahmen der UN-Charta abhalten.

US-Journalist bei Spionage in Russland verhaftet

Der Journalist Evan Gershkovich, der für das *Wall Street Journal* arbeitete, nachdem er für die *Moscow Times* und AFP gearbeitet hatte, wurde *in flagranti* bei Spionage verhaftet. Er ist der erste amerikanische Journalist seit der Gründung des Staates im Jahr 1991, der aus diesem Grund in Russland verhaftet wurde. Nachdem der US-Außenminister gegen illegale Verhaftung aufgerufen hatte, kontaktierte er seinen russischen Amtskollegen telefonisch. Nach diesem Treffen mit Sergej Lawrow sagte Antony Blinken, er prüfe die russischen Informationen, bevor er Stellung nehme.

Ein Mitglied von Nawalnys Organisation verübt einen Anschlag in St. Petersburg

Der Militärjournalist Maksim Fomin, alias "Vladlen Tatarsky", wurde bei einem Bombenanschlag in einem Café in St. Petersburg ermordet. 32 Menschen wurden dabei verletzt. Nach Angaben des russischen Anti-Terror-Komitees wurde der Angriff "von den Geheimdiensten der Ukraine unter Beteiligung von Agenten geplant, die mit dem Anti-Korruptions-Fonds von [Alexej] Nawalny zusammenarbeiten". Laut Videos aus dem Café brachte Daria Trepova die Schachtel mit dem Sprengstoff und reichte sie dem Opfer. Sie ist eine Unterstützerin dieser Organisation. Sie wurde festgenommen. Die Bombe hatte eine Sprengkraft von mehr als 200 Gramm TNT-Äquivalent. "Vladlen Tatarsky" war ein hoch angesehener Kommentator, das *Voltaire*

Netzwerk verdankt ihm einige wichtige Informationen. Es ist nicht unmöglich, dass er nicht das Ziel dieser Operation gewesen war. Er sollte in diesem Café einen Vortrag halten, an dem Jewgeni Prigoschin, der Gründer der Wagner-Gruppe, teilnehmen sollte.

Die NATO gibt mehr für die Ukraine aus, als Russlands Militärhaushalt

Nach Angaben der NATO hat das Bündnis der Ukraine im Jahr 2022 65 Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestellt. Russland plant seinerseits, im Jahr 2023 5000 Milliarden Rubel oder 63,7 Milliarden Dollar für seinen Verteidigungshaushalt bereitzustellen.

AFRIKA

Algerien lehnt jede ausländische Militärintervention in der Sahelzone ab

Der algerische Generalstabschef, General Saïd Chengriha, betonte in einer Ansprache an Armeeeoffiziere, dass sein Land jede militärische Intervention in der Region unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus ablehne. 2013 hatte er sich gegen eine französische Militärintervention in Mali ausgesprochen.

Burkina Faso weist zwei französische Journalisten aus

Burkina Faso verurteilte die Veröffentlichung eines belastenden Artikels in *Libération* am 27. März mit dem Titel "In Burkina Faso ein Video von hingerichteten Kindern, die in einem Militärlager erschossen wurden". Die Übergangsregierung weist darauf hin, dass Terroristen oft offizielle Uniformen benutzen, um ihre Verbrechen zu verschleiern, und dass der Journalist diese Hypothese nicht in Betracht gezogen habe, sondern sich auf eine ethnische Interpretation der Fakten eingelassen habe. Agnès Faivre (*Libération* und *Radio France*) und Sophie Douce (*Le Monde* und *Ouest-France*) wurden ausgewiesen. In den vergangenen

Monaten hat Burkina Faso französische Soldaten der *Operation Sabre* ausgewiesen, die Ablösung von Botschafter Luc Hallade (jetzt "in Beratung" in Paris) gefordert und die Sendungen von *Radio France International* (RFI) und *France24*, einem Radio- und Fernsehsender des französischen Außenministeriums, abgestellt. Die burkinische Übergangsregierung beruft sich auf das Exempel des antiimperialistischen Revolutionärs Thomas Sankara, der am 15. Oktober 1987 vermutlich von Blaise Compaoré auf Befehl des französischen Präsidenten François Mitterrand ermordet wurde.

Uganda unterstützt Russland

Muhoozi Kainerugaba, Sohn des ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni, sagte: "Nennen Sie mich einen 'Putinisten', wenn Sie wollen, wir, Uganda sollten Soldaten schicken, um Moskau zu verteidigen, wenn es jemals von den Imperialisten bedroht wird. Der Westen verschwendet seine Zeit mit nutzloser pro-ukrainischer Propaganda". Uganda enthielt sich bei verschiedenen Abstimmungen gegen Russland in der UN-Generalversammlung.

M23 zieht sich nur langsam aus dem Kongo zurück

Während der Fahrplan zur Beendigung der Krise, auf den sich die Armeechefs der ostafrikanischen Länder und die Präsidenten der Länder der Region geeinigt hatten, Ende März den Abzug der *M23*-Truppen und ihre Ersetzung durch ugandische Zwischentruppen vorsah, besetzen sie die Demokratische Republik Kongo (DRK) weiterhin. Die *M23* ist eine von Ruanda unterstützte Miliz. Das Gebiet, das es einnimmt, ist teilweise von Tutsis bevölkert. Diese Besetzung ermöglicht es Ruanda, sich dort Coltan-Minen anzueignen. Coltan, dessen Niob-Tantal Metalle für die Elektronik und Mobiltelefonproduktion unerlässlich ist.

ASIEN

Große Ölproduzenten reduzieren Produktion

Mehrere Ölförderländer, Algerien, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait, Oman und Russland haben angekündigt, die Produktion bis Ende des Jahres zu drosseln.

Dieser Rückgang von etwa 1 Million Barrel pro Tag kommt zu dem im Oktober angekündigten Rückgang von 2 Millionen Barrel pro Tag hinzu. Insgesamt entspricht dieser Rückgang 3% der Weltproduktion.

Zunahme der israelischen Angriffe auf Syrien

Israel hat Syrien am 18. Februar (Damaskus), am 7. März (Flughafen Aleppo), am 12. März (Hama und Tartus), am 30. März (Damaskus), am 31. März (Damaskus) und am 2. April angegriffen.

Israel nimmt Feindseligkeiten in der Al-Aqsa-Moschee wieder auf

Jüdische Siedler kündigten an, dass sie ein Tier auf der Esplanade von Moscheen opfern würden, an einem Ort, der für jüdische Gottesdienste verboten ist. Viele muslimische Gläubige versammelten sich, um in der Al-Aqsa-Moschee (Jerusalem) zu beten, um den Ramadan zu feiern. Die israelische Polizei evakuierte das Moscheegelände spät am Tag mit Tränengas. Die Gläubigen, die sich weigerten, hinauszugehen, wurden geschlagen. Um sich versammeln zu können (Itikāf), verbarrikierten sich einige in der Moschee. Die israelische Polizei, die diesen Ritus nicht anerkennt, beschuldigte sie, Waffen zu besitzen und stürmte sie. Mindestens 350 Menschen wurden festgenommen. Die Aufrufe zur Verteidigung der Al-Aqsa-Moschee häufen sich, insbesondere seit der israelische Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, das Moscheegelände besuchte und dort sagte: "Juden werden hierherkommen und diejenigen, die sie bedrohen, werden mit eiserner Faust

behandelt werden." Alle arabischen Staaten verurteilten die israelische Intervention in der Al-Aqsa-Moschee. Washington hat seine Besorgnis zum Ausdruck gebracht.

Libanon

Die Vereinigten Staaten kündigten "Sanktionen" gegen zwei libanesischen Milliardäre, die Brüder Teddy und Raymond Rahmé, an. Das US-Finanzministerium wirft ihnen nicht ihre Aktivitäten im Rüstungsbereich und an der Seite des Barzani-Clans im Irak vor, sondern beschuldigt sie ohne Beweise, "mangelhaften Treibstoff" an *Electricité du Liban* geliefert zu haben. Sie würden damit eine Mitverantwortung bei der Energiekrise des Landes tragen. Diese merkwürdigen Sanktionen werden im Libanon als Ablehnung der Kandidatur von Sleiman Frangié, einem Freund von Raymond Rahmé, für das Präsidentenamt interpretiert. Sleiman Frangié wird nicht nur von seiner politischen Partei, den Maradas, und von Frankreich unterstützt, sondern auch von allen Schiiten, einschließlich der Hisbollah. Er ist ein Jugendfreund des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad. Washington hat bereits Sanktionen verhängt, um den französischen Einfluss zu unterbinden, unter anderem Ende 2020, als der französische Präsident Emmanuel Macron nach der Explosion im Hafen von Beirut intervenierte. Saudi-Arabien wiederum behauptet, seine politische Auffassung geändert zu haben und unterstützt keinen Kandidaten mehr nach seiner Herkunftsgemeinschaft – der Präsident der Libanesischen Republik ist notwendigerweise ein Christ, der den Sunniten mehr oder weniger nahestehen kann – aber nur ihrem Programm.

Syrischer Außenminister in Ägypten

Der syrische Außenminister Faisal al-Meqdad besuchte Kairo am 1. April. "Die Diskussionen konzentrierten sich auf die möglichen Mittel, dem syrischen Volk zu helfen, seine Einheit und Souveränität über sein gesamtes Territorium wiederherzustellen." Am 27. Februar besuchte der ägyptische Außenminister Sameh Shoukri

Damaskus, ein erster Besuch seit einem Jahrzehnt, obwohl die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nie vollständig abgebrochen wurden. Ägypten ist der Sitz der Arabischen Liga.

Saudi-Arabien wird Syrien zum nächsten Arabischen-Liga-Gipfel einladen

Laut Reuters wird der saudische Außenminister Prinz Faisal bin Farhan in den kommenden Wochen nach Damaskus reisen. Er wird Präsident Bashar al-Assad eine offizielle Einladung zur Teilnahme am Gipfel der Arabischen Liga, der für den 19. Mai in Riad geplant ist, überreichen. Syrien ist einer der Gründer der Arabischen Liga. Es wurde während der alliierten Operation zum Sturz der Arabischen Republik Syrien und zur Ersetzung durch ein von der Muslimbruderschaft geführtes Regime unter Verletzung ihrer Statuten ausgeschlossen. Als die Arabische Liga mehr oder weniger wieder zu ihren Statuten zurückkehrte, hatte sie akzeptiert, dass die syrische (pro-amerikanische) Opposition Syrien in der Liga vertritt. Aber sie erkannte schnell ihre Widersprüchlichkeit und ließ dann den Sitz frei. Syrien selbst tritt der Arabischen Liga nicht wieder bei, es ist die Liga, die Syrien wieder hineinholt. Syrien hat seine Position nie geändert, es sind seine arabischen Partner, die wieder vernünftig werden.

Emirate helfen vom Erdbeben betroffenen Syrern

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) haben den Syrern, die von dem verheerenden Erdbeben vom 6. Februar heimgesucht wurden, mehr als 2200 Tonnen humanitäre Hilfe über den Hafen von Latakia geschickt. Die humanitäre Hilfe des Westens beschränkt sich unterdessen auf das von den Dschihadisten besetzte Gebiet.

TotalEnergies wieder im Irak

Während der Irak, das ölreiche Land, mehr als 12 Stunden am Tag keinen Strom hat, ist das

Projekt, das sich der französische Präsident Emmanuel Macron auf dem Gipfel in Bagdad vorgestellt hat, seit einem Jahr ins Stocken geraten. Am Ende wurde eine Einigung für die nächsten 25 Jahre erzielt. Ein Konsortium aus *TotalEnergies* (45 Prozent), *Basrah Oil Company* (30 Prozent) und *QatarEnergy* (25 Prozent) wird Kohlenwasserstofffelder erschließen und ein riesiges Solarkraftwerk errichten, um das Land mit Strom zu versorgen.

Recep Tayyip Erdoğan profitiert von einem Ausrutscher von Kemal Kılıçdaroğlu

Der US-Botschafter in Ankara traf sich mit dem Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei (CHP) und Präsidentschaftskandidaten der Nationalen Allianz, Kemal Kılıçdaroğlu. Die AKP-Presse wetterte gegen diese Einmischung. Es unterstreiche die Abhängigkeit von Kemal Kılıçdaroğlu, im Gegensatz zum souveränen Nationalismus von Recep Tayyip Erdoğan. Die türkische Bevölkerung ist jetzt sehr anti-amerikanisch eingestellt, angesichts der Rolle der CIA beim Putschversuch vom 15. Juli 2016, der Unterstützung Washingtons der PKK und der möglichen Beteiligung des HAARP-Systems an dem Erdbeben, das das Land gerade getroffen hat.

Erdoğan lädt Putin ein

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan lud seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin ein, an der Zeremonie zur Verladung von Kernbrennstoff aus dem Kernkraftwerk Akkuyu teilzunehmen. Die Veranstaltung findet am 27. April statt, zwei Wochen vor der türkischen Präsidentschaftswahl. Die Türkei ist kein Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), der einen internationalen Haftbefehl gegen Wladimir Putin erlassen hat.

Erratum

Die russische Moskit-Rakete ist keine Hyperschall, sondern nur eine Überschallrakete.

Offensichtlich ist Ankara nicht mehr Teil des westlichen Blocks, obwohl immer noch Mitglied des Atlantischen Bündnisses.

Der Internationale Gerichtshof gibt USA Unrecht gegenüber Iran

Der Internationale Gerichtshof, ein internes Organ der Vereinten Nationen, hat 2016 über die Klage des Iran gegen die Vereinigten Staaten entschieden. Er entschied, dass das Einfrieren iranischer Vermögenswerte von US-Banken gegen internationales Recht verstößt. Er ordnete ihre sofortige Rückgabe nicht an, aber gab beiden Parteien zwei Jahre Zeit, um eine Entschädigungsvereinbarung zu treffen, andernfalls werde der Hof die Höhe des Schadensersatzes festlegen.

Haftstrafe für Rahul Gandhi ausgesetzt

Ein Gericht verurteilte Rahul Gandhi (Enkel von Premierministerin Indira Gandhi und Urenkel eines anderen Premierministers, Pandit Jawaharlal Nehru) zu zwei Jahren Gefängnis, weil er drei Persönlichkeiten mit dem Nachnamen Modi verspottet hatte (zwei Gauner und der derzeitige Premierminister). Auf der Grundlage dieses Urteils schloss der Parlamentspräsident ihn aus der Versammlung aus. Diese Strafe wurde jedoch in der Berufung zur Bewährung ausgesetzt, was Rahul Gandhis Rückkehr ins Parlament und seine Teilnahme an den nächsten Parlamentswahlen ermöglicht.

Emmanuel Macrons China-Reise mit Ursula von der Leyen

Peking empfängt den französischen Präsidenten Emmanuel Macron und die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen. Von China aus gesehen, erscheint Ersterer versöhnlich, während Letztere hart auf Seiten der Vereinigten Staaten steht. Vor einigen Monaten hatte Emmanuel Macron dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz ebenfalls vorgeschlagen, nach Peking zu kommen, aber dieser hatte abgelehnt und zog es vor, alleine dorthin zu gehen. Viele EU-Experten plädieren

für eine Neuausrichtung der chinesischen Europapolitik, die bisher auf einem privilegierten Bündnis mit Deutschland beruhte. Sie sind der Ansicht, dass Frankreich weniger abhängig von den USA ist als Deutschland. Nach seiner Ankunft in China warnte Präsident Macron zunächst vor den Folgen einer möglichen militärischen Beteiligung Pekings am Ukraine-Konflikt und lobte gleichzeitig die friedensstiftenden Fähigkeiten, die China dort einsetzen könnte. Ursula von der Leyen dagegen kritisierte die *National Defense Times* scharf dafür, dass sie Präsident Macron eingeladen hatte, die Aktion der nationalen Unabhängigkeit seines Vorgängers Charles De Gaulle wieder aufzunehmen.

Peking interpretiert sein Abkommen mit dem Heiligen Stuhl

Peking kündigte an, dass der katholische Bischof von Heimen nun für die Diözese Shanghai zuständig sein werde. Chinas Abkommen mit dem Vatikan sieht vor, dass Bischöfe im gegenseitigen Einvernehmen gewählt werden, spezifiziert jedoch nicht diese Situation, in der ein einvernehmlich gewählter Bischof in eine andere Diözese versetzt wird.

Japan ergreift eine Anti-China-Maßnahme

Die Regierung von Fumio Kishida hat Schritte unternommen, um den Export von Apparaten zur Herstellung von Computerchips einzuschränken. Der Schritt ergänzt den US-Plan, Chinas Halbleiterindustrie auszutrocknen.

OZEANIEN

US-Einfluss auf die australische Verteidigung

Peter Dean, Professor für Außen- und Verteidigungspolitik an der Universität Sydney, wurde mit der Entwicklung der Überprüfung der australischen Verteidigungsstrategie beauftragt. Er ist Mitglied des Atlantic Council und leitet mehrere "Public Diplomacy"-

Programme im US-Außenministerium und im Pentagon. Er spielte eine zentrale Rolle beim Kauf von US-U-Booten aus der AUKUS-Allianz und wirbt heute für Langstreckenbomber.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

Jahresabonnement : 150 Euro

Monatsabonnement : 15 Euro

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°36 - 14. April 2023

LEITARTIKEL

Die verblüffenden Pentagon-Lecks

Während pro-amerikanische Journalisten, wie die von Bellingcat, versuchten, das Durchsickern von Pentagon-Dokumenten herunterzuspielen, indem sie behaupteten, sie seien manipuliert worden, machte das US-Verteidigungsministerium zum Gefecht klar, um die Whistleblower zu identifizieren und zu verhaften. Das Leck scheint nicht von ausländischen Hackern zu stammen, sondern von internen Quellen. Dieser Fall ist für die Vereinigten Staaten schwerwiegender als die Wikileaks-Enthüllungen, weil es sich um Dokumente mit einem viel höheren Maß an Geheimhaltung handelt. Charles E. Schumer (New York), der Mehrheitsführer der Demokraten im Senat, hat eine geschlossene Sitzung des Oberhauses beantragt, um Regierungsbeamte anzuhören. Die Dokumente scheinen fotografiert worden zu sein. Sie enthalten neben Informationen über Truppenbewegungen und Verluste in der Ukraine auch tägliche Geheimdienstbriefings. Es ist eine Sammlung von kurzen Informationen aus verschiedenen Quellen der ganzen Welt. Diese Briefings wurden von der NSA (PRISM-Programm) im Rahmen der "Five Eyes"-Allianz gesammelt und sind daher nicht nur autorisierten US-Persönlichkeiten und US-Beamten, sondern auch ihren australischen, britischen, kanadischen und neuseeländischen Kollegen zugänglich. Einige Dokumente sind jedoch mit einem speziellen Code versehen, der die Kommunikation mit den Five Eyes verbietet. Diese Dokumente erschienen im sozialen Netzwerk *Discord*. Dann waren sie Gegenstand eines Artikels in der *New York Times* und haben sich seitdem sehr weit verbreitet. Den US-Behörden ist es gelungen, diese Leaks aus den von ihnen kontrollierten sozialen Netzwerken zu entfernen. Zusätzlich zu der Tatsache, dass dieses Leck die erschütternden Sicherheitsmängel des Pentagons bezeugt, deutet sein Inhalt auf den Mangel an Professionalität der US-Dienste hin, die alles glauben, was sie hören, ohne irgendetwas zu überprüfen. So wiederholen sie in ihren täglichen Briefings, dass Nikolai Patruschew, Sekretär des russischen Nationalen Sicherheitsrates, und Walerij Gerassimow, Stabschef der Streitkräfte, einen Plan haben, Kiew anzugreifen, während Präsident Wladimir Putin sich einer Chemotherapie gegen seinen Krebs unterzieht. Im Wesentlichen widersprechen diese Dokumente den NATO-Zahlen über ukrainische und russische Verluste und bestätigen die des israelischen Mossad, die von *Hürseda Haber* in der Türkei enthüllt wurden (vgl. *Voltaire Actualité Internationale* (VAI): Newsletter Nr. 27). Im Februar schätzte Israel die russischen Verluste auf 18 480, während die NATO sie von außen auf mehr als 200 000 schätzte. Heute wissen wir, dass es nach Angaben des Pentagons, von innen, etwa 16 000 waren. Was die ukrainischen Verluste betrifft, so schätzte der Mossad sie auf 157 000, während das Pentagon intern 71 500 anerkennt. Die Verteidigung der Ukraine soll noch vor Ende Mai zusammenbrechen. (...)

(...) Mit anderen Worten, es ist klar, dass das Atlantische Bündnis Unsinn über die Geschehnisse auf dem Schlachtfeld erzählt, während Russland der Wahrheit und wahrscheinlich dem Sieg nahe ist. Nebenbei bezeugen diese Enthüllungen die Allgegenwart von US-Truppen ohne Uniformen auf dem Schlachtfeld, sehr weit entfernt von der Nicht-Einbindung, auf die der US-Verteidigungsminister so stolz ist. Durch diese Lawine von Dokumenten sehen wir, dass die Vereinigten Staaten auch heute noch schamlos ihre Verbündeten ausspionieren (das PRISM-Programm der NSA). Wir erfahren, dass in Südkorea die internen Debatten der Führer ausspioniert wurden. Washington verfolgt aufmerksam die koreanischen Bedenken, dass ihre Waffen und Munition, die an die USA verkauft werden sollen, für einen Krieg gegen Russland in der Ukraine verwendet werden. Wir erfahren auch, dass der Mossad in Israel zu Demonstrationen gegen die Netanjahu-Regierung ermutigt habe, was natürlich an höchster Stelle geleugnet wurde. Ebenso offenbaren diese Dokumente Kontakte der Wagner-Gruppe zu türkischen Waffenherstellern, um Nato-Waffen über Mali zu kaufen. Oder dass der serbische Präsident Aleksandar Vučić bereit ist, Waffen nach Russland zu exportieren (Serbien wurde 1999 von der NATO bombardiert). Alle möglichen Themen werden diskutiert, wie ein möglicher Verkauf von 40 000 ägyptischen Raketen an das russische Militär und ein mögliches Hacken einer kanadischen Pipeline durch russische Cyberspionage-Agenten. Und vor allem der mögliche Schwenk Ungarns, der Europäischen Union, in Richtung Russland und China.

Korrupter Richter am Obersten Gerichtshof

ProPublica enthüllte, dass der Richter des Obersten Gerichtshofs, Clarence Thomas, und seine Frau Privatjet-Reisen und Urlaube auf der Yacht des Milliardärs Harlan Crown genossen. Sie erhielten auch üppige Geschenke. Und das alles, ohne diese Vorteile zu deklarieren, was gegen den grundlegendsten Ethikkodex verstößt. Richter Thomas plädierte für Freundschaft,

aber demokratische Gesetzgeber sollten den Fall aufgreifen. Clarence Thomas ist einer der konservativsten Richter. Er interpretiert die Verfassung ausschließlich in ihrem ursprünglichen Sinn (Originalismus).

Parlamentarische Untersuchung gegen Staatsanwalt Alvin Bragg

Der Rechtsausschuss des Repräsentantenhauses beabsichtigt Matthew Colangelo anzuhören, einen ehemaligen Beamten des Justizministeriums, der an den Ermittlungen gegen Donald Trump beteiligt war, der vom Bezirksstaatsanwalt von Manhattan (New York), Alvin Bragg, am Vorabend der Anklage gegen den ehemaligen Präsidenten angestellt wurde. Am 20. April erließ der Rechtsausschuss auch eine Vorladung an Mark Pomerantz, einen ehemaligen Staatsanwalt der Bezirksstaatsanwaltschaft von Bragg. Pomerantz veröffentlichte letzten Monat ein Buch mit dem Titel *People vs. Donald Trump: An Inside Account*, in dem er Braggs Arbeitsmethoden beschreibt. Staatsanwalt Bragg hat bei einem New Yorker Gericht eine Klage gegen den Kongress eingereicht, wegen Einmischung in die gerichtlichen Ermittlungen gegen Donald Trump. Er bestreitet, dass Parlamentarier die Befugnis haben, Personen, die an dieser Untersuchung beteiligt sind, vorzuladen. Darüber hinaus hat Donald Trump eine Beschwerde gegen seinen ehemaligen Anwalt Michael Cohen eingereicht, der über den *National Enquirer*, am Ursprung der Affäre, behauptet, Zeuge einer Barzahlung von Herrn Trump an "Stormy Daniels" zu sein. Er fordert 500.000 Dollar Schadenersatz.

Eine Bank kooperiert mit parlamentarischer Untersuchung der Biden-Familie

Die Cathay Bank, eine in Los Angeles ansässige Bank mit Niederlassungen in China, übergab freiwillig Dokumente, die von den republikanischen Senatoren Ron Johnson (Wisconsin) und Charles E. Grassley (Iowa) im Rahmen der Ermittlungen gegen die Biden-Familie angefordert wurden. Alle anderen US-

Banken haben die Anfragen der beiden Parlamentarier nach Finanzdokumenten abgelehnt. Diese Kontoauszüge wurden von den Senatoren an David Weiss, Staatsanwalt von Delaware, dem Wohnsitzstaat der Bidens, weitergeleitet. Sie bestätigen, dass *CEFC China Energy* 1 Million US-Dollar an *Hudson West III* überwiesen hat, ein Unternehmen von Hunter Biden und Gongwen Dong, einem Geschäftspartner des CEFC-Gründers und Vorsitzenden, Ye Jianming. Ein zweites chinesisches Energieunternehmen, *Northern International Capital Holdings*, das mit CEFC verbunden ist, überwies 5 Millionen US-Dollar an *Hudson West III*. Das Geld, das von den beiden Unternehmen geschickt wurde, finanzierte eine Banküberweisung in Höhe von 4,8 Millionen US-Dollar von *Hudson West III* an die Unternehmen von Hunter Biden, *Owasco PC*, *Owasco LLC* und an *Lion Hall Group*, im Besitz des Bruders von Präsident James Biden. *Owasco PC* schickte 20 Überweisungen in Höhe von insgesamt fast 1,4 Millionen US-Dollar an die *Lion Hall Group*. *Hudson West III* zahlte Hunter Biden einen Vorschuss von 500 000 US-Dollar plus 100 000 US-Dollar pro Monat. James Biden erhielt 65 000 Dollar pro Monat. Die Transaktionen wurden von August 2017 bis Oktober 2018 getätigt, nachdem Joe Biden das Weiße Haus von Obama verlassen hatte. Darüber hinaus eröffneten Hunter Biden und Gongwen Dong eine Kreditlinie in Höhe von 99 000 US-Dollar für Hunter Biden, James Biden und seine Frau Sara Biden.

CIA-Propaganda

CIA-Direktor William Burns hielt einen [Vortrag](#) am *James A. Baker III Institute for Public Policy*. Er behauptet darin, Russland sei zu einer "wirtschaftlichen Kolonie" Chinas geworden. Moderiert wurde die Veranstaltung vom Direktor des Instituts, dem „Straussianer“ David M. Satterfield, Der Direktor der CIA braucht nicht die Wahrheit sagen. Es ist nicht sein Job, eher im Gegenteil. William Burns zum Beispiel behauptete letztes Jahr, dass Russland den Einsatz der Atombombe in der Ukraine in Betracht ziehe, was den Kreml zu zahlreichen Dementis zwang. Seine Aussage über den

"chinesischen Kolonialismus" soll manche von Russlands Verbündeten erschrecken, die Peking fürchten, wie etwa Indien.

Rupert Murdochs Entschuldigungen

Fox News gibt zu, falsche Informationen über die Firma, die die Dominion-Wahlmaschinen herstellt, verbreitet zu haben, die Fox News nun wegen Verleumdung verklagt. Der Eigentümer von Fox News, Rupert Murdoch, hat jedoch argumentiert, dass er nicht für das verantwortlich ist, was seine Journalisten behaupten. Es ist nicht seine Schuld, dass sie davon überzeugt waren, dass Donald Trump die Präsidentschaftswahl 2020 gewonnen hat. Fox News verdient Geld und rekrutiert Leute, die gerade nur einen Abitur-Abschluss haben. So könnte das Gericht Rupert Murdoch freilassen, der gerade die Meinungsfreiheit seiner Mitarbeiter respektiert hat und dem es leidtut, dass sie gelogen haben.

Bekämpfung russischer und chinesischer Informationen auf dem Balkan

James Rubin, ehemaliger Leiter der öffentlichen Propaganda (*Public diplomacy*) in der Clinton-Regierung und derzeitiger Sondergesandter des Außenministeriums für strategische Kommunikation, wurde damit beauftragt, Ordnung in den Balkan zu bringen, wo Informationen aus Russland und China ungehindert zirkulieren.

Zweites Gipfeltreffen für Demokratie

Der zweite Gipfel für Demokratie blieb unbeachtet. Viele Staaten, die nicht eingeladen worden waren, waren empört darüber, dass Washington die Welt in zwei Lager spalten konnte, in Demokratien und die anderen, um sie einander entgegenzustellen. Die Beteiligung der Völker an den Regierungen ist ein Ideal, das fast überall geteilt wird. Es macht jedoch keinen Sinn, dieses Kriterium allein für die Rangfolge der verschiedenen Länder zu wählen, und im Gegensatz zu dem, was sie behaupten, sind die Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht kein

Vorbild. Richard Haas, Präsident des *Council on Foreign Relations*, sagte, der "Demokratiegipfel" sei eine "schlechte Idee" und dass "die US-Demokratie kaum ein Modell für andere Länder sein kann".

Lula da Silvas Friedensplan für die Ukraine

Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva wird während seiner Reise nach China seinen Friedensplan für die Ukraine vorstellen. Sein oberster Auslandsberater, Celso Amorim, traf Ende März mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem russischen Außenminister Sergej Lawrow zusammen. Es scheint, dass Präsident Lula da Silva die Anerkennung des Beitritts der Krim zu Russland im Austausch für den Rückzug Russlands aus dem Donbass und Neurussland vorschlägt.

Gründung der Allianz der lateinamerikanischen und karibischen Länder gegen Inflation

Elf Staaten (Brasilien, Mexiko, Argentinien, Belize, Bolivien, Chile, Kolumbien, Kuba, Honduras, Venezuela und St. Vincent und die Grenadinen) haben die "Allianz der lateinamerikanischen und karibischen Länder gegen die Inflation" gegründet, teilte der mexikanische Präsident Andres Manuel Lopez Obrador mit. Sie werden am 6. und 7. Mai in Cancún zusammenkommen. Der Zweck ist, den Handel mit Lebensmitteln, Rohstoffen und Zwischenprodukten durch die Beseitigung von "Barrieren, Zöllen und sanitären Maßnahmen" zu erleichtern. Die Priorität wird sein, "die Kosten dieser Produkte für die ärmste und am stärksten gefährdete Bevölkerung zu senken".

EUROPA

Angelsächsische Sanktionen gegen Alisher Usmanow und Roman Abramowitsch

Die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich haben Sanktionen gegen die russischen Oligarchen Alisher Usmanow und

Roman Abramowitsch angekündigt. Ihnen wird ausschließlich vorgeworfen, Russen zu sein.

Der Metalloinvest-Tycoon Alisher Usmanov ist der ehemalige Präsident des Internationalen Fechtverbandes (FIE), welcher russische Athleten (VAI 35) wieder aufgenommen hat. Er investierte in die Fußballvereine Arsenal und Everton. Er soll der Besitzer der Yacht Dilbar sein, die von den deutschen Behörden nach der russischen Militärspezialoperation in der Ukraine beschlagnahmt wurde. Er besitzt auch Kommersant, 7 nationale Fernsehsender und 33 regionale Kanäle in Russland. Roman Abramowitsch, ein ehemaliger Vertrauter von Präsident Boris Jelzin und seiner Familie, ist ein russisch-israelisch-portugiesischer Ölmagnat. Er ist der Besitzer des FC Chelsea. Zu Beginn des Ukraine-Konflikts bot er sich als Vermittler zwischen den Präsidenten Selenskyj und Putin an, musste sich aber nach einer Vergiftung zurückziehen.

"Ukrainischer Völkermord" und "Vendée-Völkermord"

Nach der Anerkennung Josef Stalins "ukrainischen Völkermordes" der 1930er Jahre durch die französische Nationalversammlung (VAI Newsletter Nr. 34) schlug der in Moskau lebende Franzose Xavier Moreau der russischen Duma vor, den "Vendée-Völkermord" der 1790er Jahre durch das Komitee für öffentliche Sicherheit anzuerkennen. Im Jahr 1932 war die Hungersnot sowohl auf eine Klimakatastrophe als auch auf eine erzwungene Reorganisation der landwirtschaftlichen Produktion zurückzuführen. Sie betraf nur Bauern, nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Kasachstan. Es gibt keine Spur von einem Willen, das eigene Volk zu töten, der von sowjetischen Behörden gekommen wäre. Auf der anderen Seite wurde der "Vendée-Genozid" von Gracchus Babeuf schon während der Französischen Revolution unter dem Namen "Populicide" angeprangert. Diese These stützt sich auf zahlreiche Reden und Schriften von Politikern. Sie stößt jedoch auf die Abwesenheit der Vendée-Bevölkerung vor den Massakern.

Gaullistischer Emmanuel Macron in China

Während seiner Reise nach Peking mit der Präsidentin der Europäischen Kommission hielt der französische Präsident Emmanuel Macron eine unabhängige Rede, die von seinen chinesischen Gastgebern sehr geschätzt wurde. Laut Xinhua "betonte er, dass Frankreich eine unabhängige Diplomatie hat und sich für die strategische Autonomie Europas und gegen Akte des Antagonismus, der Spaltung und der Konfrontation von „Block gegen Block“ einsetzt. Er bekräftigte, dass Frankreich, anstatt eine Strategie der Angleichung zu verfolgen, Solidarität und Zusammenarbeit befürwortet und die Stabilität in den Beziehungen zwischen den wichtigsten Ländern aufrechterhält. Er sagte, wahre Freundschaft bedeute gegenseitiges Verständnis und Respekt. Frankreich schätzt Chinas fortgesetzte Unterstützung für die Unabhängigkeit und Einheit Frankreichs und Europas und ist bereit, mit China zusammenzuarbeiten, um die Kerninteressen des jeweils anderen wie Souveränität und territoriale Integrität zu achten, ihre Märkte füreinander zu öffnen und die technologische und industrielle Zusammenarbeit sowie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz zu stärken, um sich gegenseitig zu helfen, Entwicklung und Wohlstand zu erreichen." Frankreich ist die einzige europäische Macht, die im Indopazifik mit vorpositionierten Streitkräften präsent ist. Emmanuel Macrons Äußerungen beziehen sich nicht auf die Macht des Dollars, sondern auf extraterritoriale Gesetze der USA, die Frankreich schaden. Das *Wall Street Journal* prangerte in seinem Leitartikel die "Ausrutscher" von Emmanuel Macron an. Es warf ihm vor, "die Abschreckung gegen die chinesische Aggression zu schwächen und die US-Unterstützung für Europa zu untergraben". Die *New York Times* warf ihm unterdessen vor, die "gaullistische Karte" zu spielen. Die Äußerungen von Emmanuel Macron sind mit Vorsicht zu genießen: Er hat oft widersprüchliche Dinge gesagt und getan.

François Hollande in der Falle von Vovan und Lexus

Der ehemalige französische Präsident François Hollande wurde von den russischen Imitatoren Wladimir Kusnezow (alias "Vovan") und Alexei Stolyarov (alias "Lexus") in die Falle gelockt. Sie inszenierten eine Diskussion, in der sie sich als der ehemalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko ausgaben. Hollande erzählte eine Anekdote: "Ich erinnere mich noch, als Sie mit Bernard Henri-Lévy in den Élysée-Palast kamen, wurden Sie von Vitali Klitschko [dem derzeitigen Bürgermeister von Kiew] begleitet, es war ganz am Anfang des Vorganges: Wenn Sie nicht dort gewesen wären, hätte es keinen Maidan gegeben."

Italien von einem Migrantenzustrom überflutet

Die Regierung von Giorgia Meloni hat für sechs Monate den Ausnahmezustand ausgerufen, um dem Zustrom von Migranten zu begegnen. 31 000 Menschen wurden seit Anfang des Jahres auf See gerettet und sind nach Italien eingereist, dreimal so viele wie in den Vorjahren. 3000 von ihnen hielten sich im Durchgangslager Lampedusa auf, das nur für 400 Menschen ausgelegt war.

Deutschland wird seine Bundeswehr nicht rechtzeitig ausrüsten

General Alfons Mais, Kommandeur des Heeres der Bundeswehr, schickte einen 14-seitigen Bericht an den Generalstab, wie *Bild* berichtet. Er sagt darin, dass die deutsche Armee in Ermangelung notwendiger Ausrüstung und angesichts des Personalmangels nicht in der Lage sein werde, eine komplette Division auszurüsten, die für den Kampf bereit ist, im Gegensatz zu dem, was der NATO versprochen wurde. Gleichzeitig erfahren wir, dass der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Eberhard Zorn, abgelöst wird. Er hatte den wichtigsten Posten der Bundeswehr inne, das Äquivalent eines Generalstabschefs der Bundeswehr. Sein Nachfolger wurde General Carsten Breuer. Er war es, der für die

Überwachung der Bundespolitik zur Bekämpfung von Covid-19 und nach der Sabotage der Nord-Stream-Pipelines für die Sicherheit der Infrastruktur verantwortlich war. Er hat den Ruf, atlantischer zu sein als sein Vorgänger.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Ungarn unterzeichnet mit Gazprom

Der ungarische Außenminister Peter Szijjarto unterzeichnete in Moskau einen Gaskaufvertrag mit Gazprom. Er ist einer der wenigen Minister der Europäischen Union, die Russland seit Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine besucht haben. Der unterzeichnete Vertrag ändert den vorherigen, indem er zusätzliche Lieferungen vorsieht und deren Preisdeckel bei 150 Euro pro Kubikmeter liegt.

Die Europäische Union von ukrainischem Getreide und Hühnern überfallen

Die Märkte der Europäischen Union werden mit ukrainischen Hühnern und Getreide überschwemmt, die überhaupt nicht den europäischen Standards entsprechen. Der polnische Landwirtschaftsminister Henryk Kowalczyk trat zurück und prangerte die Nachlässigkeit Brüssels an.

Ursula von der Leyen von Peking entlassen

Die chinesischen Behörden begrüßten sehr kühl die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die den französischen Präsidenten begleitete. Sie wollten ihre

Missbilligung über die Rivalitätsrede zum Ausdruck bringen, die sie in Brüssel gehalten hatte (VAI 35). Nach dem Empfang durch Präsident Xi Jinping traf sich von der Leyen nur mit dem Umweltminister und war gezwungen, das Land mit einem Linienflug zu verlassen.

G7 fordert die Schweiz auf, Vermögenswerte russischer Staatsbürger zu konfiszieren

Die G7-Botschafter haben einen vertraulichen Brief an den Bundesrat geschickt. Sie stellten fest, dass die Schweiz zwar 8,3 Milliarden Dollar an russischen öffentlichen Geldern eingefroren hat, aber noch weitere 50 bis 100 Milliarden Dollar an russischen Vermögenswerten einfrieren könnte. Helene Budliger Artieda, Wirtschaftsministerin, antwortete ihnen: «Die Beschlagnahme von Privateigentum ist in der Schweiz nicht erlaubt, wenn es legalen Ursprungs ist und keine nachgewiesene Vorstrafe hat.»

Serbien bestreitet, der Ukraine oder Russland Waffen geliefert zu haben

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić hat Spekulationen aus durchgesickerten Pentagon-Dokumenten zurückgewiesen, dass Serbien Waffen an Russland verkauft habe. "Wir haben diese Lügen mehr als ein Dutzend Mal dementiert und hier sind wir, wir tun es wieder. Serbien hat und wird keine Waffen an die Ukraine oder Russland oder an Länder verkaufen, die diesen Konflikt umgeben", sagte er. Die Referenzdokumente beziehen sich nicht auf getätigte Verkäufe, sondern auf die grundsätzliche Zustimmung Serbiens, diese zu tätigen.

Emmanuel Macron lässt den ukrainischen Diskurs in China fallen

Das Treffen zwischen dem französischen und dem chinesischen Präsidenten über die Ukraine-Krise verlief ganz und gar nicht so, wie es sich die NATO erhofft hatte: Beide Seiten bezeichneten Russland nicht als Eindringling, sondern erwähnten dessen legitime Bedenken.

Der chinesische Präsident Xi Jinping sagte seinem französischen Amtskollegen, dass die Ursache des Ukraine-Konflikts komplex sei und dass eine langwierige Krise niemandem diene. Er erklärte, dass ein möglichst rascher Waffenstillstand den Interessen aller Beteiligten diene und dass eine politische Lösung die einzig richtige Lösung sei. Der französische Präsident Emmanuel Macron antwortete ihm, dass Frankreich auch der Meinung sei, dass eine politische Lösung der Ukraine-Krise die legitimen Anliegen aller Parteien berücksichtigen müsse. Frankreich misst dem internationalen Einfluss Chinas große Bedeutung bei und ist bereit, eng mit China zusammenzuarbeiten, um eine baldige politische Lösung der Krise zu ermöglichen.

Gefangenenaustausch zwischen Russland und der Ukraine

Russland und die Ukraine führten einen Gefangenenaustausch durch. 100 Menschen auf jeder Seite konnten in ihr Heim zurückkehren.

Überlaufen eines Ingenieurs des russischen Präsidentenschutzes

Gleb Karakulov, ein Ingenieur des Präsidialschutzes, lief vor drei Monaten während einer Reise nach Astana über. Im Dezember gab er dem Dossier-Zentrum des Milliardärs Michail Chodorkowski ein einstündiges Interview. Er lebt nun unter Schutz an einem unbekanntem Ort. Nach seiner Aussage tauschen sich Präsident Wladimir Putin und Ministerpräsident Michail Mischustin nur über verschlüsselte Netzwerke aus. Der Präsident reist mit einem nicht gekennzeichneten gepanzerten Zug. Das Interview gibt nur Details, die bereits bekannt sind. Es könnte sein, dass der Überläufer Gleb Karakulov den USA geholfen habe, die verschlüsselte Kommunikation des Kremls abzufangen.

Russland erklärt *Forum der Zivilgesellschaft EU-Russland* für unerwünscht

Der russische Generalstaatsanwalt hat das in Berlin ansässige *EU-Russland-Forum der Zivilgesellschaft* als "unerwünscht" bezeichnet. Der Auswärtige Dienst der Europäischen Union hat einen [Protest](#) veröffentlicht, den der Hohe Vertreter Josep Borrell nicht unterzeichnet hat. Dieses Forum war eine Gelegenheit für die EU, in Russland die [Propaganda](#) des Atlantischen Bündnisses über die russische Militärspezialoperation in der Ukraine zu verbreiten.

Schaffung eines computergestützten Registers russischer Wehrpflichtiger

Die Staatsduma verabschiedete ein Gesetz zur Schaffung eines einheitlichen Wehrpflichtregisters. Von nun an können Verweigerer nicht mehr reisen, Kredite aufnehmen oder ein Auto fahren.

Russland überprüft US-Biowaffenlabors in der Ukraine

Der Kommandeur der russischen Strahlenschutz-, Chemikalien- und Bioschutztruppen, Igor Kirillov, sagte auf einer Plenarsitzung der Staatsduma, dass die biologischen Einrichtungen der USA in der Ukraine gezeigt hätten, dass "die Vereinigten Staaten biologische Waffenkomponenten in der Nähe der russischen Grenze herstellen". Am nächsten Tag erhielt Moskau Unterstützung aus Peking. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, [Wang Wenbin](#), sagte, seine Regierung habe alle vom russischen Verteidigungsministerium zur Verfügung gestellten Dokumente geprüft. Für sie ist klar, dass die Vereinigten Staaten der einzige Staat der Welt sind, der sich hartnäckig jedem internationalen Prozess der Überprüfung seiner Aktivitäten in diesem Bereich entzieht. Daher die Frage, was versuchen sie zu verbergen?

AFRIKA

Ägypten zögert, seine Beziehungen zu Syrien zu formalisieren

Ägypten zögert, seine Beziehungen zu Syrien zu formalisieren. Es befürchtet, dass die Vereinigten Staaten und die Europäische Union Vergeltung üben könnten, indem sie die Nahrungsmittelversorgung einstellen. Darüber hinaus lehnen drei Mitgliedstaaten der Arabischen Liga die Arabische Republik Syrien weiterhin ab. Zudem steht Ägypten unter dem Druck Saudi-Arabiens, der Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwaits. Diese drei Monarchien investierten stark in das Land des Nils. Wenn sie sich zurückziehen, wird es sehr schnell zusammenbrechen und Präsident Abdel Fattah al-Sisi mitreißen.

Die Reorganisation der sudanesischen Armee wird Zeit brauchen

Der Prozess der Verschmelzung der regulären sudanesischen Armee und der Rapid Action Forces-Miliz zieht sich in die Länge. Man spricht jetzt von 5 Jahren, um dies zu erreichen.

Algerien kürzt die Ölförderung, erhöht aber die Gasproduktion

Sonatrach hat sechs neue Gasfelder in Algerien entdeckt. Algier hat seine Ölproduktion von Mai bis Ende 2023 freiwillig um 48 000 Barrel pro Tag reduziert, um den Markt zu stabilisieren. Ihr Ziel ist es, ihre Gasproduktion zu steigern und ihre Exporte in die Europäische Union, die sich nun weigert, russisches Gas zu importieren, zu verdoppeln.

Tschad und Deutschland zerstreiten sich

Der Tschad wies den deutschen Botschafter, Jean Christian Gordon Kricke, wegen "unhöflichen Verhaltens" und "Missachtung der diplomatischen Gepflogenheiten gemäß der Wiener Konvention" aus. Berlin seinerseits wies im Gegenzug die tschadische Botschafterin Mariam Ali Moussa aus.

Voltaire-Netzwerkanalyse

"Krieg, Trennung der Welt, oder das Ende eines Imperiums?", von Thierry Meyssan

Viele sagen einen Weltkrieg voraus. In der Tat bereiten sich einige Gruppen darauf auch vor. Aber viele Staaten sind vernünftig und sehen stattdessen eher eine einvernehmliche Trennung vor, eine Teilung der Welt in zwei verschiedene Welten, eine unipolare und eine multipolare. Vielleicht erleben wir jedoch ein drittes Szenario: Das "amerikanische Imperium" in seiner Thukydides-Falle kämpft nicht, es bricht so zusammen, wie einst sein ehemaliger sowjetischer Rivale zusammengebrochen ist.

Piraten im Golf von Guinea

Am 25. März griffen Piraten einen dänischen Öltanker vor der Küste des Kongo an. Französische Seestreitkräfte lokalisierten das Schiff und eskortierten es in die togoische Hauptstadt Lomé. Am 11. April griffen Piraten einen chinesischen Öltanker vor der Küste der Elfenbeinküste an.

Komoren prangern französische Projekte in Mayotte an

Die französische Regierung bereitet sich darauf vor, die Slums von Mayotte zu zerstören und illegale Migranten auf die autonome Insel Anjouan abzuschicken. Die Komoren sprechen von einem bevorstehenden Massaker. Sie forderten Frankreich auf, nichts zu unternehmen. Mayotte und Anjouan sind Inseln des Komoren-Archipels. Gemäß der Resolution 3385 der Generalversammlung der Vereinten Nationen (12. November 1975) ist Mayotte ein Gebiet der Union der Komoren, das von Frankreich kolonisiert wurde. Unter Verletzung des Völkerrechts hielt Paris dort 2009 ein Referendum ab, um es zu einem französischen Departement zu machen. Dieses Statut wurde mit sehr großer Mehrheit angenommen. Angesichts des unterschiedlichen Lebensstandards wanderten viele anjouanische Staatsangehörige illegal nach Mayotte ein, was dort zu ernsthaften Sicherheitsproblemen führte.

Mayotte ist für die französische Armee unentbehrlich. Sie stationierte dort eine Einheit der Fremdenlegion, die die Glorreichen Inseln kontrollierte (selbst Territorium von Madagaskar, das illegal von Frankreich besetzt wurde). Vor allem verfügt sie über ein elektromagnetisches Abhörzentrum, das mit dem US-amerikanischen Echelon-Netzwerk verbunden ist.

Entsendung der Regionalstreitkräfte der Ostafrikanischen Gemeinschaft in die Demokratische Republik Kongo

Ugandische, kenianische und südsudanesishe Einsatztruppen sind als Teil der East African Community Regional Force (EACRF) in die Demokratische Republik Kongo (DRK) entsandt worden. Die Ugander machten deutlich, dass sie nicht gegen die M23 kämpfen, sondern die Positionen besetzen würden, die die M23 ihnen bei ihrem Abzug übergeben würde. Im Dezember behauptete die UN-Expertengruppe für die Demokratische Republik Kongo, dass Uganda als rückwärtige Basis der M23 diene.

ASIEN

Israels Niederschlagung einer Demonstration in den palästinensischen Gebieten

Tausende Israelis, angeführt von 7 Ministern der Koalitionsregierung (darunter Finanzminister Bezalel Smotrich und Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir), marschierten durch palästinensisches Gebiet zu einer Siedlung, Eviatar, die am Ende der militärischen Besetzung evakuiert worden war. Sie forderten die Wiedereröffnung der Kolonie. Anwohner, die entschlossen waren, ihr Land zu verteidigen, organisierten eine Gegendemonstration. Sie wurden von der israelischen Armee mit Tränengas auseinandergetrieben. Das Rote Kreuz musste mehr als hundert von ihnen behandeln. Mehr als zwei Dutzend Palästinenser wurden durch Gummigeschosse verletzt. Itamar Ben-Gvir sagte: "Wir sind hier, um zu sagen, dass die

israelische Nation stark ist. Wir sind hier und wir werden hier bleiben."

Benjamin Netanyahu ändert seine Meinung

Premierminister Benjamin Netanjahu, der die Entlassung von Verteidigungsminister Yoav Gallant angekündigt hatte, änderte seine Meinung. General Gallant hatte ein Moratorium für die laufende Justizreform gefordert.

Seltsames israelisch-polnisches Abkommen

Das von den israelischen und polnischen Außenministern Eli Cohen und Zbigniew Rau unterzeichnete Abkommen wurde offengelegt und der Knesset zur Genehmigung vorgelegt. Es organisiert Ausflüge für israelische Studenten zu den Ruinen des Holocaust. Es verursachte jedoch Ärger, weil die polnischen Behörden eine Liste von Orten eingeführt hatten, an denen die Nazis nichtjüdische Polen massakriert haben. Einige der Museen an diesen Orten "verherrlichen die Polen, die bis zum Hals in der Ermordung von Juden verwickelt waren".

Israelische Spyware für iPhones

Laut *Citizen Lab* (University of Toronto) hat sich die israelische Firma QuaDream (Konkurrent von NSO, bekannt für seine Pegasus-Spyware) auf die Infektion von iPhones spezialisiert. Die Software wurde in Israel, Saudi-Arabien, Singapur, Bulgarien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Ghana, Ungarn, Mexiko, Usbekistan, Rumänien und der Tschechischen Republik verkauft. Sie ermöglicht, iPhone-Benutzer auszuspionieren, ohne dass sie etwas unternehmen müssen ("Null-Klick").

Palästinensische Flüchtlinge aus dem Libanon koordinieren sich mit der Hamas

Einer der Hamas-Führer, Ismail Haniyya, reiste in den Libanon, um sich mit dem Generalsekretär der Hisbollah, Hassan

Nasrallah, zu treffen. Das Interview kommt, nachdem palästinensische Flüchtlinge Raketen auf Israel abgefeuert haben. Es scheint, dass die Hisbollah diese Abschüsse unter der doppelten Bedingung genehmigt habe, dass sie nicht gegen Israel, sondern gegen illegale Siedlungen in den palästinensischen Gebieten gerichtet werden und dass die Palästinenser der UNIFIL bestätigen, dass die Hisbollah in keiner Weise beteiligt sei. Es war der erste groß angelegte Angriff auf palästinensische Flüchtlinge im Libanon seit 2006. Er wurde mit den Widerstandskräften in den palästinensischen Gebieten und Israel koordiniert. Es ist Teil einer laufenden Verhandlung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, das nicht nur Palästina, den Libanon, sondern auch Syrien, den Irak und den Jemen betrifft.

Syrien antwortet den USA

Die Vereinigten Staaten behaupteten vor dem UN-Sicherheitsrat, dass sie nach einem Drohnenangriff auf sein Personal und seine Einrichtungen in diesem Land Syrien am 23. März in "Selbstverteidigung" angegriffen hätten (S/2023/227). Syrien hat diese Vorwürfe zurückgewiesen und betont, dass sich die US-Streitkräfte illegal in Syrien aufhalten und sich daher nicht auf Selbstverteidigung berufen könnten (S/2023/240). Die US-Regierung benutzt schamlos das Argument, dass ihre Truppen dort präsent sind, wenn auch illegal, aber um den Terrorismus zu bekämpfen, den Syrien nicht ausrotten kann. Viele Zeugen bezeugen jedoch, dass die US-Streitkräfte im Gegenteil manche Terroristen schützen, während Syrien es geschafft hat, sie alle aus den befreiten Gebieten zu eliminieren.

Jordanien durch Netanjahu-Regierung gelähmt

Amman beobachtete mit Entsetzen die Bilder der israelischen Armee und der Polizei, die die Al-Aqsa-Moschee stürmten. Es ist überzeugt, dass die Missbräuche der israelischen Rechten gerade erst begonnen haben und die Zerstörung Jordaniens einschließen werden. Allerdings ist noch keine Reaktion der Regierung zu sehen,

während die Straße beginnt, ungeduldig zu werden.

Iraker gegen die Demokratischen Kräfte Syriens

Eine Explosion ereignete sich in der Nähe des Flughafens Sulaimaniyah in der autonomen Provinz Kurdistan. Ziel war es, den Kommandeur der Demokratischen Kräfte Syriens, Mazlum Abdi, einen kurdischen Söldner der türkischen PKK, zu ermorden. Der Präsident der irakischen Republik, Abdel Latif Rashid, beschuldigte die Türkei und forderte eine Entschuldigung von Ankara. Es scheint jedoch, dass die Operation der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) des Talabani-Clans zuzuschreiben sei, dem der Präsident angehört. Die Demokratischen Kräfte Syriens von Mazlum Abdi sind nicht nur Feinde Syriens, sondern auch der Türkei und der autonomen Provinz Irakisch-Kurdistan.

Umkehrung der Lage im Irak

Zurück zum Anfang in Bagdad. Der Koordinierungsrahmen, ein pro-iranisches schiitisches Bündnis um den ehemaligen Premierminister Nuri al-Maliki, hat seine Zusage, vorgezogene Parlamentswahlen abzuhalten, gebrochen. Diese werden seit einem Jahr von der nationalistischen Bewegung von Hodjatoleslam Moqtada el-Sadr gefordert.

Kuwait errichtet Bohrrinsel in der ausschließlichen Wirtschaftszone des Irak

Kuwait hat illegaler Weise eine Bohrplattform, die Oriental Phoenix, in der im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (1982) dem Irak zugestanden ausschließlichen Wirtschaftszone installiert. Bagdad legte vor dem UN-Sicherheitsrat Protest ein (S/2023/241).

Sergej Lawrow in der Türkei

Der russische Außenminister Sergej Lawrow besuchte die Türkei. Er plädierte für den

Aufbau einer multipolaren Welt, die nicht mehr dem alleinigen Hegemon, den Vereinigten Staaten von Amerika, unterworfen sein sollte.

Stellt Myanmar seine Abhörstation auf den Kokosinseln in den Dienst Chinas?

Indien wirft Myanmar vor, ein chinesisches Abhörzentrum auf der Kokosinsel im Golf von Bengalen zu entwickeln. Satellitenbilder von den Inseln wurden den Burmesen präsentiert. Man sieht dort die Entwicklung der Abhörstation und einer Start- und Landebahn des Flughafens. Ohne die Abhörstation zu kommentieren, bestreitet Naypyidaw die Anwesenheit von Chinesen vor Ort. Der Westen ist überzeugt, dass China seit den 90er Jahren ein Abhörnetzwerk in der Region installiert hat, die "Perlenkette".

Afghanistan und China verbinden sich wieder

Peking hat seine [Position](#) zu Afghanistan veröffentlicht: "Drei Respekte" und "drei niemals": China respektiert die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Afghanistans, respektiert die unabhängigen Entscheidungen des afghanischen Volkes und respektiert die religiösen Überzeugungen und nationalen Bräuche Afghanistans. China mischt sich niemals in die inneren Angelegenheiten Afghanistans ein, verfolgt nie egoistische Interessen in Afghanistan und verfolgt nie das, was man eine Einflussphäre nennt. Peking ist der Ansicht, dass ausländische Militärinterventionen dieses Land verwüstet haben und dass niemand von nun an Truppen für irgendeinen Zweck dort installieren sollte. China gibt daher weder der sowjetischen Intervention (auf Ersuchen der pro-kommunistischen Regierung in Kabul) noch jener der Vereinigten Staaten (ohne Genehmigung der Afghanen oder der Vereinten Nationen) Recht. Darüber hinaus ist China sich der Doppelmoral im Kampf gegen den Terrorismus voll bewusst, wie nämlich Washington seine guten und bösen Mudschaheddin auswählt.

Die Taliban und die UNO

Die Taliban verboten den Frauen ganz allgemein, für UN-Organisationen zu arbeiten. Als Vergeltung plant diese, sich aus dem Land zurückzuziehen.

Gemeinsame Militärübung der USA, der Philippinen und Australiens

Die USA und die Philippinen veranstalten unter dem Codenamen "Balikatan 2023" ("Balikatan" bedeutet "Schulter an Schulter" in Tagalog) die größten Militärmanöver ihrer Geschichte. 12 200 US-Soldaten, 5 400 philippinische Soldaten und 111 australische Soldaten nehmen daran teil. Ein altes Boot wurde versenkt und eine amphibische Landung wurde auf einer Insel im Südchinesischen Meer simuliert. Viele ausländische Staaten, darunter auch ASEAN-Mitglieder, wurden als Beobachter zugelassen. Darunter Australien, Kanada, Frankreich, Indien, Japan und das Vereinigte Königreich. Im Februar warf Manila der chinesischen Volksbefreiungsarmee vor, ihre Küstenwache mit einer Laserwaffe geblendet zu haben (VAI-Newsletter 28).

Nordkorea würde Interkontinentalraketen beherrschen

Nordkorea habe eine ballistische Festbrennstoffrakete abgefeuert, die zwischen der koreanischen Halbinsel und Japan landete, was Befürchtungen über mögliche technische Fortschritte in seinem Waffenprogramm aufkommen ließ. Eine Propergol-Festbrennstoff-Interkontinentalrakete (ICBM) ist eine der wichtigsten Waffen auf der Wunschliste des Obersten Führers Kim Jong-un.

Südkorea überdenkt seine Beziehungen zum Norden und zu den USA

Das Büro des südkoreanischen Präsidenten Yoon Suk Yeol sagte: "Die ständigen Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) betonten, dass Nordkoreas jüngste aufeinanderfolgende Provokationen und Drohgebärden einmal mehr zeigen, wie wichtig ein starkes Bündnis zwischen

Südkorea und den Vereinigten Staaten und die unerschütterliche Aufrechterhaltung des Vertrauens sind." Er bezog sich sowohl auf die nordkoreanischen Experimente als auch auf die US-Spionage.

Erratum

US-Handelsministerin Gina Raimondo wurde in der Rede zur Lage der Nation (und nicht in seiner Rede) von Präsident Joe Biden zur *designierten Überlebenden* (*designated survivor*) befördert.

Xi-Jinping belebt patriotische Ausbildung

Präsident Xi Jinping inspizierte die Seestreitkräfte des Südkommandos. Er hielt eine Rede, in der er die Notwendigkeit einer politischen Ausbildung der Truppen betonte. Er kündigte ein Programm an, um patriotische und heroische Werte in Schulen auf allen Ebenen zu vermitteln. China betrachtet seine Soldaten nicht als Kriegsarbeiter, sondern als hingebungsvolle Nationalisten.

Volksbefreiungsarmee reformiert ihre Rekrutierung

Die Regeln der Wehrpflicht wurden geändert. Bisher konnten alle Chinesen über 18 Jahre Soldaten werden, aber nur sehr wenige wurden für diese Position ausgewählt. Soldat zu sein, eröffnet lebenslange Privilegien. Das intellektuelle Niveau der Streitkräfte ist daher viel höher als das der durchschnittlichen Chinesen und der ausländischen Kollegen. Die neuen Regeln fügen anspruchsvollere physikalische Kriterien hinzu. Zum Beispiel müssen Soldaten jetzt größer sein. Darüber hinaus sind Kranke und Delinquenten vom Wehrdienst ausgeschlossen. Die Armee muss die Elite der Elite versammeln.

Japanischer Irredentismus auf den Liancourt-Felsen

Der japanische Außenminister stellte das Diplomatische Blaubuch vor. Darin bekräftigte

er Japans Ansprüche auf die von Südkorea besetzten Takeshima-Inseln. Sie werden von Koreanern als Dokdo-Inseln und vom Westen als Liancourt-Felsen bezeichnet. Wenn diese Inseln in der Vergangenheit auch nur ein symbolisches Interesse hatten, bestimmen sie jetzt, nach ihrem Besitzer, die Hoheitsgewässer Koreas und Japans. Beide Koreas betrachteten sie bis zur japanischen Invasion von 1905 als koreanisch, während Japan sie seit dem siebzehnten Jahrhundert als japanisch betrachtete, obwohl der Shogun als Teil der isolationistischen Abschottungspolitik Japans ihren Zugang verboten hatte. Südkorea bestellte den japanischen Botschafter ein, um zu protestieren.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Debatte des Sicherheitsrats über den Multilateralismus

Am 24. April wird Russland als rotierender Präsident des Sicherheitsrates unter dem Vorsitz seines Außenministers Sergej Lawrow eine Debatte zum Thema "Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit: wirksamer Multilateralismus auf der Grundlage der Wahrung der in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Prinzipien" abhalten. Drei Fragen werden behandelt: 1. Wie können die Vereinten Nationen zu einem reibungslosen Übergang zu einer gerechten und gleichberechtigten Weltordnung beitragen? 2. Die Charta und das Völkerrecht dienen den Mitgliedstaaten während des Übergangszeitraums als Orientierungshilfe. Was könnte getan werden, um die Kultur des Dialogs und des Konsenses innerhalb der Organisation, einschließlich des Sicherheitsrats, wiederherzustellen? Was ist der beste Weg, um zu zeigen, dass die gegenwärtige Situation, die durch einen selektiven Umgang mit den Normen und Grundsätzen des Völkerrechts, einschließlich der Charta, gekennzeichnet ist, inakzeptabel ist und nicht länger andauern darf? 3. Wie können Initiativen wie "Unsere Gemeinsame Agenda" und die "Neue Agenda für den Frieden" zu einem reibungslosen

Wandel beitragen und die Grundlage für einen effektiveren Multilateralismus legen?

Das Masketragen gegen Covid ist nutzlos

Laut einer Analyse von 2168 Studien zu den Folgen des Maskentragens während der Covid-19-Pandemie ([DOI 10.3389/fpubh.2023.1125150](https://doi.org/10.3389/fpubh.2023.1125150)) verursacht diese Praxis viele gesundheitliche Probleme. Die N95-Maske (in Europa FFP2 genannt) ist noch gefährlicher als einfache chirurgische Masken. Das Tragen von Masken verursacht Juckreiz, Kopfschmerzen und Sauerstoffmangel. Bis heute gibt es keine Hinweise darauf, dass das Tragen einer Maske die Ausbreitung eines Atemwegsvirus wirksam bekämpfen kann.

IWF senkt seine Prognosen

Laut dem Franzosen Pierre-Olivier Gourinchas, Chefökonom des Internationalen Währungsfonds, verlangsamt sich die Konjunktur. Der IWF erwartet nun für 2023 ein globales Wachstum von 2,8%, gegenüber 3,4% im Jahr 2022. Steigende Zinsen könnten eine Rezession auslösen.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

Jahresabonnement : 150 Euro

Monatsabonnement : 15 Euro

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°37 - 21. April 2023

LEITARTIKEL

Die G7 bleibt sich selbst treu und taub für die Welt

Die G7-Außenminister trafen sich im zentraljapanischen Karuizawa. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Taiwanstraße und die Ukraine. Die sieben Teilnehmer waren sich einig, den US-Diskurs zu rechtfertigen, trafen aber keine Entscheidung. Was China betrifft, warfen die G7 China "unfaire, wettbewerbswidrige und nicht marktwirtschaftliche Praktiken vor, unter anderem durch unrechtmäßigen Technologietransfer oder die Offenlegung von Daten im Austausch für den Marktzugang". Über Chinas Gebietsansprüche schrieb die G7: "Es gibt keine Rechtsgrundlage für Chinas riesige Meeresansprüche im Südchinesischen Meer" und bekräftigte, dass "der Schiedsspruch des Schiedsgerichts vom 12. Juli 2016 ein wichtiger Schritt sei, der für die Parteien dieses Verfahrens rechtsverbindlich ist und eine nützliche Grundlage für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Parteien darstellt". Sie bezieht sich dabei auf das Haager Schiedsgericht, das keine Zuständigkeit für Grenzen hat, im Gegensatz zum Internationalen Gerichtshof, einem Organ der Vereinten Nationen, das dafür allein zuständig ist. In ihrer öffentlichen Kommunikation haben die Mitglieder der G7 versucht, geeinter denn je zu erscheinen, da der französische Präsident Emmanuel Macron gerade erklärt hat, dass es notwendig sei, sich von China und den Vereinigten Staaten gleich weit zu distanzieren. Die meisten Journalisten ließen sich jedoch nicht täuschen und wiesen auf die sichtbaren Brüche innerhalb der G7 hin. Die Umweltminister der G7 trafen sich ebenfalls, aber in Sapporo. Präsident Bidens Sondergesandter für Klima, John Kerry, konnte kein Datum für den Ausstieg aus der Kohlenutzung durchsetzen, erhielt aber gute Absichtserklärungen für die Windkraft. Das chinesische Außenministerium kommentierte: "Wir fordern die G7 erneut auf, die Verleumdung anderer Länder zu beenden und aufzuhören, Antagonismus und Konfrontation zu schüren. Sie muss ihre eigene strategische Sicherheitspolitik reflektieren, die entsprechenden internationalen Rüstungskontrollverpflichtungen ernsthaft umsetzen und ihrer Verantwortung für Frieden und Sicherheit in der Welt gerecht werden. »

AMERIKA

Die US-Strategie für eine erdnahe Umlaufbahn

Das Weiße Haus hat im vergangenen Monat seine [Strategie für eine niedrige Erdumlaufbahn](#) (LEO) veröffentlicht.

Es bekräftigt die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten in diesem Bereich und befürwortet ihre Beibehaltung.

Donald Trump Feuerwaffen-Champion

Bei der Kundgebung der *National Rifle Association* in Indianapolis sagte Trump: "Wenn Sie mich wieder ins Weiße Haus bringen, ist deren Herrschaft vorbei und Amerika wird wieder eine freie Nation, und ich verspreche Ihnen: Mit mir in der Pennsylvania Avenue 1600 wird niemand Ihre Waffen in Frage stellen ... Am ersten Tag meiner neuen Amtszeit werde ich Joe Bidens Krieg gegen legitime Waffenbesitzer beenden." Der zweite Zusatzartikel der US-Verfassung legt die Pflicht der Bürger fest, bewaffnete Milizen zu bilden, die imstande sind, eine Regierung zu stürzen, wenn sie wieder zu einer Diktatur werden sollte. Er überlässt es den Staaten oder sogar den Landkreisen, das Tragen von Schusswaffen zu regulieren.

Tom Perriello tritt als Direktor der Soros-Stiftung zurück

Tom Perriello, der die George Soros Foundation in den letzten fünf Jahren geleitet hat, wird Mitte Juli zurücktreten. Unter seiner Führung hat die Soros-Stiftung ihre gesamte Finanzierung umgeleitet. Sie ließ 47 subalterne Sachen fallen und konzentrierte sich auf grundlegende Veränderungen in der amerikanischen Gesellschaft. Sie war besonders aktiv in den Bereichen Klimaagenda, globale Gesundheit und die US-Wahlen. Besonders war es Tom Perriello gelungen, 700 000 Wahlhelfer für die Präsidentschaftskampagne von Joe Biden zu rekrutieren. Tom Perriello war demokratischer Abgeordneter aus Virginia (2009-11), Direktor des Fonds des *Center for American Progress Action* (der Denkfabrik der

Obamas) (2011-17), *Chief Planning Officer* des Außenministeriums und der United States Agency for International Development (USAID) und Sondergesandter der Vereinigten Staaten in der Region der Großen Seen (Ostafrika). In dieser Position beaufsichtigte er die Opposition gegen die Wahlzählung in der Demokratischen Republik Kongo, den Sturz des pro-iranischen Präsidenten Joseph Kabila und den Sieg des pro-westlichen Präsidenten Felix Tshisekedi.

Washington macht China für die Fentanyl-Katastrophe verantwortlich

Washington verstärkt seinen Kampf gegen Fentanyl, die heute in den Vereinigten Staaten am weitesten verbreitete Droge. Der Hauptimporteur scheint das Sinaloa-Kartell zu sein (ebenfalls ein Opium- und Marihuana-Produzent). US-Beamte weisen darauf hin, dass dieses Kartell von China exportierte Synthese-Ausgangsstoffe verwende und beschuldigt es der Komplizenschaft mit Drogenhändlern. Fentanyl ist ein analgetisches Opioid. Es wird seit Jahren in den USA von Ärzten legal missbraucht und verursacht Sucht und Abhängigkeit von Millionen von Patienten. Es wird jetzt von kriminellen Organisationen hergestellt, die diese Abhängigkeit ausnutzen. Als Reaktion auf diese Anschuldigungen bemerkt China, dass dies durchaus möglich sei, aber nicht dafür verantwortlich sei. Im internationalen Handel ist es die alleinige Verantwortung des Importeurs (in diesem Fall Mexiko), der prüfen muss, wer die Endnutzer (die Kartelle) sein werden. China verurteilt Washingtons Strategie, seine Verantwortung auf ausländische Staaten abzuwälzen, als pervers. Nach Pekings Ansicht sollten die Vereinigten Staaten der Aufklärung ihrer Bevölkerung über die Gefahren von Drogen Priorität einräumen und den Fluss ihrer Medikamente viel besser kontrollieren.

Die USA könnten von Hyperschallraketen getroffen werden

Vizeadmiral Jon A. Hill, Direktor der *Missile Defense Agency* des Pentagon, sagte bei einer Anhörung vor dem Unterausschuss der Streitkräfte des Repräsentantenhauses:

"Ballistische und Hyperschallraketen, die zu Hochgeschwindigkeitsmanövern fähig sind, ihr Einsatz in großer Zahl mit kombinierten Angriffen, die auch Marschflugkörper und Drohnen beinhalten können, könnte die Wirksamkeit unserer Raketenabwehr ohne Weiterentwicklung untergraben." Mit anderen Worten, angesichts russischer, chinesischer und nordkoreanischer Raketen ist die US-Verteidigung heute ein Versager; es ist dringend notwendig, sie zu verbessern.

China beherrscht ballistische Hyperschallraketen

Während einer Anhörung von Admiral John Aquilino, dem Kommandeur der US-indopazifischen Streitkräfte, durch den Streitkräfteausschuss des Senats, präsentierte der Abgeordnete Matt Gaetz (Florida) eines der geheimen Pentagon-Dokumente, das gerade durchgesickert ist. Es bestätigt, dass die chinesische Volksbefreiungsarmee erfolgreich eine neue ballistische Hyperschallrakete DF-27 getestet hat, die von der NATO als CSS-X-24 bezeichnet wird. Der Admiral bestätigte, dass die Vereinigten Staaten noch keine Möglichkeit haben, sie abzuwehren.

Ilan Goldenberg zum Berater von Kamala Harris ernannt

Ilan Goldenberg wurde zum Berater von Vizepräsidentin Kamala Harris für den Nahen Osten, Verteidigung und Technologie ernannt. Im Jahr 2013 entwarf Ilan Goldenberg für Senator John Kerry den *Syria Transition Support Act*, der es dem Weißen Haus ermöglichte, die Bewaffnung von Dschihadisten gegen die Arabische Republik Syrien rechtlich zu finanzieren.

Senator Roger Marshall und die Ursprünge von Covid

Der republikanische Senator Roger Marshall veröffentlichte *The Muddy Waters, einen Bericht über die Ursprünge von Covid*. Ihm zufolge, angesichts aller verfügbaren Unterlagen tauchte Covid in

Wuhan (China) nach ein oder zwei Lecks aus einem Labor auf.

Dr. Robert Redfield, ehemaliger Direktor der *Centers for Disease Control and Prevention* (CDC) und andere haben gesagt, dass das Virus Eigenschaften habe, die in anderen Coronaviren nicht zu finden sind, was die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass es vom Menschen fabriziert wurde.

Biden-Regierung behindert Ermittlungen über den US-Abzug aus Afghanistan

Der Sondergeneralinspekteur für den Wiederaufbau Afghanistans, John Sopko, sagte vor dem Ausschuss für Aufsicht und Rechenschaftspflicht des Repräsentantenhauses aus. Er sagte, das Außenministerium habe eine systematische Obstruktion praktiziert, die seit mindestens drei Jahrzehnten beispiellos sei.

Laut vier Abgeordneten stehen die Bidens an der Spitze von Prostitutionsnetzen

Laut vier Mitgliedern des Repräsentantenhauses, James Comer (Kentucky), Marjorie Taylor Greene (Georgia), Nancy Mace (South Carolina) und Byron Donalds (Florida), würde die Untersuchung der Steuerunterlagen von Hunter Biden bestätigen, dass neun Mitglieder der Familie Biden in den Vereinigten Staaten ein riesiges Prostitutionsnetz mit Mädchen betreiben, die aus der Ukraine und Russland importiert wurden. Die Gesetzgeber warfen den Bidens auch vor, Präsident Bidens Büro zu nutzen, um Geschäfte mit Staats- und Regierungschefs in mindestens vier Ländern zu tätigen. Demokratische Abgeordnete wiesen die Vorwürfe der Republikaner sofort zurück und warfen ihnen vor, Kontoauszugsinformationen verzerrt zu haben. Seit dem Präsidentschaftswahlkampf 2020 hat die Demokratische Partei alle möglichen Manöver ausprobiert, um die Aktivitäten von Hunter Biden, dem Sohn ihres Kandidaten, zu verbergen. Viele Dokumente wurden schließlich in einem Computer von Hunter gefunden und veröffentlicht. Sie zeugen von seinen Beziehungen zu Prostituierten, seinem massiven Drogenkonsum und seinen

lukrativen Verträgen mit ausländischen Unternehmen, insbesondere in der Ukraine. Prostitution wurde bereits im Dezember 2022 erwähnt, aber ohne Beweise. Die Vorwürfe breiteten sich schnell auf den Bruder des Präsidenten, James Biden, und nun auf sieben weitere Familienmitglieder aus. Das Repräsentantenhaus hat einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der seine verfassungsmäßigen Befugnisse nutzt, um Licht in die Angelegenheit zu bringen. In seiner Rede zur Ankündigung der russischen militärischen Spezialoperation in der Ukraine, nannte Präsident Wladimir Putin die kriminellen Aktivitäten der Bidens als Beispiel für die Illegitimität der Macht in Kiew.

Abgleich zwischen Dominion und Fox News

Wir werden nie erfahren, ob Rupert Murdochs Plädoyer – wonach er sich auf Fox News damit begnügte, die Meinungsfreiheit seiner Journalisten zu respektieren und es bedauerte, dass sie gelogen hatten – die US-Justiz überzeugt hat oder nicht. Er verhandelte eine außergerichtliche Einigung mit dem Wahlgerätehersteller *Dominion*, damit er seine Klage zurückzieht. Es wird ihn 787 Millionen Dollar kosten, d.h. die Hälfte dessen, was der Beschwerdeführer gefordert hat. Es wird keine Entschuldigung auf Fox News geben. Ein weiterer Wahlgerätehersteller, *Smartmatic USA*, wartet darauf, an die Reihe zu kommen. Er fordert Schadensersatz in Höhe von 2,7 Milliarden US-Dollar. Die Aktionäre von Fox News könnten auch Rupert Murdoch verklagen, weil er das Unternehmen in diesen Angelegenheiten versinken ließ.

Die Pentagon-Leaks zeigen ein beunruhigendes Maß an Inkompetenz

Das FBI hat Jack Teixeira verhaftet, von dem angenommen wird, dass er für das größte Leck geheimer Dokumente in den letzten Jahren der Vereinigten Staaten verantwortlich ist. Der junge Mann (21) soll Hunderte geheimste Dokumente in den Vereinigten Staaten fotografiert und sie sechs Monate lang auf

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Discord, einem Online-Gaming-Forum, ausgestellt haben. Letztendlich wanderten einige dieser Dokumente Anfang April in soziale Netzwerke und verursachten militärische und diplomatische Auswirkungen auf der ganzen Welt. Im Handumdrehen hat die Biden-Administration all diese Netzwerke dazu gebracht, sie dort zu entfernen. Nach Angaben der US-Behörden handelt es sich bei Jack Teixeira um einen 21-jährigen Informatiker, der dem Geheimdienst der Nationalgarde zugeteilt ist. Er hatte den Rang eines Fliegers 1. Klasse inne. Diese Affäre ist vollkommen unverständlich: Wie konnte ein junger Soldat der Nationalgarde streng geheime Dokumente fotografieren, von denen einige nur für Präsident Joe Biden und eine Handvoll seiner Berater bestimmt waren? Entgegen anfänglicher Informationen seien nicht hundert, sondern Hunderte von Dokumenten durchgesickert. Alle identifizierten Personen haben extrem hohe Geheimhaltungsgrade, die weitaus geheimer sind als die *Pentagon Papers* oder die Wikileaks-Leaks. Neben der unglaublichen Schwäche der US-Sicherheitsverfahren offenbaren die darin enthaltenen Informationen (VAI 36) die unglaubliche Naivität von Geheimdienstanalysten und US-Führern: Für sie ist jede abgefangene Kommunikation Evangelium.

FBI löst "chinesisches Polizeibüro" in New York auf

Das FBI sagte, es habe ein "geheimes chinesisches Polizeibüro" in New York aufgelöst. Es verhaftete zwei US-Bürger, die ein

chinesisches Hilfsbüro für Einwanderer organisiert hatten. Ihnen wird vorgeworfen, zwei politische Gegner von China identifiziert und ihre Adressen an die chinesische Polizei weitergegeben zu haben. Inzwischen hören die "Five Eyes" (USA, Großbritannien, Kanada, Neuseeland, Australien) die gesamte Mobilfunkkommunikation aller Bürger der Welt ab.

Der Oberste Gerichtshof Mexikos erklärt die Bindung der Nationalgarde an die Streitkräfte für ungültig

Der Oberste Gerichtshof Mexikos hat entschieden, dass die dem Ministerium der Streitkräfte angegliederte *Guardia Civil* des Innenministeriums verfassungswidrig sei. Präsident Andrés Manuel López Obrador unternahm den Schritt, um die Korruption in der Polizei zu bekämpfen.

Chinesisch-brasilianische Beziehungen

Die ehemalige brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff hat die Führung der Neuen Entwicklungsbank (NDB), der Bank of BRICS, übernommen. Der derzeitige brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva stellte seinem chinesischen Amtskollegen sein Projekt des "Club for Peace" vor. Der chinesische Präsident Xi Jinping ignorierte seinen Vorschlag und konzentrierte sich auf seinen eigenen Plan, in lokalen Währungen zu handeln.

Russisch-brasilianische Beziehungen

Der russische Außenminister Sergej Lawrow reiste nach seiner Rückkehr aus China nach Brasilia, um Präsident Luiz Inácio Lula da Silva zu treffen. Die beiden Männer stellten fest, dass sich die Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern während der Amtszeit von Jair Bolsonaro weiter vertieft hätten. Die russische Seite dankte Brasilien für sein Verständnis für die Entstehung des ukrainischen Problems und für sein Engagement für den Frieden, auch wenn sie seine Schlussfolgerungen nicht teilt. Laut Präsident Lula versucht Brasilien, "eine Gruppe von Ländern aufzubauen, die nicht in

einen Krieg verwickelt sind, die keinen Krieg wollen, den Weltfrieden verteidigen und sowohl mit Russland als auch mit der Ukraine diskutieren können".

EUROPA

Tony Blair wusste bereits 1998 von der illegalen Invasion des Irak

Declassified UK studierte Dokumente aus dem Büro von Premierminister Tony Blair (1997-2007). Sie bezeugen, dass ihn bereits 1998 mehrere Berater vor der Illegalität der Bombardierung des Irak gewarnt hatten. Die Chilcot-Kommission, die den Krieg gegen den Irak im Jahr 2003 überprüfte, kannte die Akten von 1998 nicht. Sie hat daher nicht entschieden, ob Tony Blair wusste oder nicht wusste, dass er gegen das Völkerrecht verstieß.

Westliche Spezialeinheiten in der Ukraine

Laut durchgesickerten Pentagon-Dokumenten hat der britische Premierminister Rishi Sunak im Februar heimlich 50 Mitglieder seiner Spezialeinheiten in die Ukraine entsandt. Lettland schickte 17, Frankreich 15, die Vereinigten Staaten 14 und die Niederländer nur 1.

Drei französische Parlamentarier reisen illegal in Syrien ein

Nachdem sie am 24. März einen Empfang kurdischer Söldner in Kampfuniform im Senat organisiert hatten (VAI 34), reisten Pierre Laurent und Laurence Cohen (kommunistische PCF Senatoren) am 31. März mit Marie Pochon (Europaabgeordnete für Europa Ökologie-Die Grünen) nach Syrien. Die drei Parlamentarier beantragten kein Visum für Syrien, sondern reisten mit Hilfe der USA und des Atlantischen Bündnisses ein. Sie wurden von den Behörden von Rojava, dem von den Vereinigten Staaten geschaffenen autonomen Staat in Syrien, empfangen. Diese Unterstützung der Demokratischen Kräfte Syriens, d.h. der PKK/YPG-Söldner, die für sich und die CIA Öl

aus Nordostsyrien stehen, stellt einen Verstoß dar gegen die Grundsätze der UN-Charta und der Resolutionen des Sicherheitsrats, die die Notwendigkeit betonen, die Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territoriale Integrität Syriens zu respektieren. Wenn das Engagement der französischen EELV-Anhänger an der Seite der Vereinigten Staaten und der NATO nicht mehr überraschend ist, zeigt das der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) jedoch eine ideologische Wende. Die Türkei hatte den französischen Botschafter einbestellt, nachdem die Separatisten im Senat empfangen worden waren. [Syrien](#) hat die Angelegenheit sofort nach dem Einmarsch französischer Parlamentarier an den Sicherheitsrat verwiesen. Darüber hinaus verurteilte das Pariser Strafgericht elf kurdische Einwanderer wegen Erpressung und Terrorismusfinanzierung. Sie erhielten Bewährungsstrafen von bis zu fünf Jahren Gefängnis, aber entgegen der Gewohnheit, kein Territorium-Verbot. Die Verteidiger prangerten die "vollkommene Zweideutigkeit" des französischen Staates in seinen Beziehungen zur PKK/YPG an und stellten fest, dass die PKK als "Verbündete" bezeichnet wird, wenn sie gegen Syrien kämpft, aber als "Terrorist", wenn sie die Türkei angreift. Der kommunistische Senator Pierre Laurent kam, um zugunsten der Angeklagten auszusagen. Seit der Verhaftung von Abdullah Öcalan (alias "Apo") im Jahr 1999 ist die [PKK](#) vom sowjetischen Lager ins westliche Lager gewechselt. Sie ist jetzt eine Söldnerarmee, die in ihrem Namen und dem der Vereinigten Staaten arbeitet.

Frankreich zunehmend instabil

Der französische Verfassungsrat entschied, dass das Rentenreformgesetz mit der Verfassung vereinbar sei. Er verwarf die Frage der Verfassungsmäßigkeit des für diese Annahme gewählten Verfahrens und strich lediglich sechs Artikel. Innerhalb einer Stunde ging das Land in Flammen auf. Als die Gewerkschaften zu Kundgebungen aufriefen, setzten unkontrollierte Elemente staatliche Symbole in Brand, darunter eine Polizeistation. Der Präsident der Republik, Emmanuel Macron, verkündete das Gesetz

noch über Nacht. Während seine Auftritte auf der Straße jetzt sehr schwierig sind, entschied er sich, drei Tage später im Fernsehen zu den Wählern zu sprechen. Nur 7% der Wähler waren von seiner Leistung überzeugt. Das Land versinkt in einer tiefen Krise, die nichts mehr mit den Debatten zu tun hat, die sie ausgelöst haben.

Dänemark schützt eine islamfeindliche und antitürkische Demonstration

Mitglieder einer extremistischen Gruppe, *Payrioterne Gar Live*, zerrissen während einer inszenierten Ausstellung vor der türkischen Botschaft in Kopenhagen eine Kopie des Korans und die türkische Flagge, bevor sie alles auf ihrem Facebook-Account live streamten. Der Protest wurde von der dänischen Polizei geschützt. Das [türkische Außenministerium](#) bestellte den dänischen Botschafter in Ankara ein und verurteilte ihn aufs Schärfste.

Finnland schließt sich NATO-Manövern an

Im Finnischen Meerbusen nahm Finnland an NATO-Marinemanövern teil, den ersten seit dem Beitritt zum Atlantischen Bündnis.

Finnland und die zivile Kernenergie

Finnland hat sein von der französischen Gruppe *Areva* konstruiertes Kernkraftwerk EPR (European Pressurized Reactor) mit 13 Jahren Verspätung in Betrieb genommen, zu einer Zeit, in der Deutschland alle seine Atom-Reaktoren abschaltet.

Jurij Kosjuk überschwemmt EU mit Hühnern

Nach dem Rücktritt seines Landwirtschaftsministers Henryk Kowalczyk verbot Polen, dann Ungarn, die Einfuhr von ukrainischem Geflügel und Weizen. Seit dem Maidan-Putsch (2014) sind 93% des ukrainischen Agrarsektors unter die Kontrolle des ersten stellvertretenden Leiters der Präsidentschaftsverwaltung des Milliardärs Petro

Poroschenko, Jurij Kosjuk, geraten. Er wurde auch Milliardär an der Spitze der MHP-Gruppe (Mironivsky HliboProduct). Gleiches wurde die landwirtschaftlichen Böden dank einer Gesetzesänderung (VAI 6) hauptsächlich von drei US-Unternehmen (Cargill, Dupont und Monsanto) erworben. Ukrainisches Getreide und Hühner, die nach Angaben Moskaus entgegen den Istanbul Vereinbarungen nicht in Ländern der Dritten Welt ankommen, erreichen tatsächlich die Europäische Union. Wenn das pro-russische Ungarn es zuerst gesagt hat, hat das pro-amerikanische Polen es nun gerade bestätigt. Derzeit fließen ukrainische Hühner, die unter beklagenswerten hygienischen Bedingungen gezüchtet wurden und einst für die Dritte Welt bestimmt waren, in die EU, wo sie mehr als die Hälfte des Verbrauchs ausmachen. Jurij Kosjuk wurde 2008 vom prowestlichen Präsidenten Viktor Juschtschenko für die Einführung zahlreicher Maschinen in den Agrarsektor mit dem Titel "[Held der Ukraine](#)" ausgezeichnet. MHP ist an der Londoner Börse notiert, wo es von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) unterstützt wird.

Slowakei liefert Kampffjets an die Ukraine

Die Slowakei hat 13 *MI-29* Jäger an die Ukraine geliefert. Diese *MI-29* stammen aus der Sowjetzeit. Sie können leicht von der russischen Luftverteidigung abgeschossen werden. Sie können daher nur auf dem ukrainischen Schlachtfeld und nicht bei einem Angriff auf Russland eingesetzt werden.

Ursula von der Leyen Kandidatin für das Amt des NATO-Generalsekretärs?

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, kandidiert für die Nachfolge von Jens Stoltenberg im Sekretariat des Atlantischen Bündnisses. Sie würde damit einer "integralen Nationalistin", der ukrainisch-kanadischen Chrystia Freeland, den Boden unter den Füßen entziehen.

Wladimir Putin feiert mit seinen Soldaten das orthodoxe Osterfest

Anlässlich des orthodoxen Osterfestes besuchte der russische Präsident Wladimir Putin das Hauptquartier in Cherson und Luhansk, um seine Soldaten zu treffen, denen er eine Ikone schenkte. Er beabsichtigte, die Aussagen seiner Offiziere über die Situation der Kämpfe direkt zu hören. Er wurde weder von seinem Verteidigungsminister noch vom Generalstabschef der Streitkräfte begleitet. Beide nahmen jedoch mit ihm und den Soldaten an einem Video-Briefing teil. Seit dem Krieg in Tschetschenien hat Wladimir Putin die Gewohnheit, seine Soldaten zu Weihnachten und Ostern zu besuchen.

Li Shangfu in Moskau

Der chinesische Verteidigungsminister Li Shangfu besuchte Russland. Er wurde von seinem Amtskollegen Sergej Schoigu empfangen und traf sich mit Präsident Wladimir Putin. Li sagte: "China ist bereit, mit Russland zusammenzuarbeiten, um den von den beiden Staatsoberhäuptern erzielten Konsens vollständig umzusetzen, die strategische Kommunikation zwischen den beiden Militärs weiter zu stärken und die multilaterale Koordination und Zusammenarbeit zu stärken, um neue Beiträge zur Gewährleistung der globalen und regionalen Sicherheit und Stabilität zu leisten." Eine konkrete Ankündigung wurde jedoch nicht gemacht.

AFRIKA

Marokko und Tunesien übernehmen die Union des Arabischen Maghreb

Die Union des Arabischen Maghreb (AMU) hat die Marokkanerin Amina Selman ernannt, um sie bei der Afrikanischen Union (AU) zu vertreten. Letztere akzeptierte ihr Beglaubigungsschreiben und erregte damit die Empörung Algeriens. Algerien, das bei der Ernennung nie konsultiert wurde, weist darauf hin, dass dies gegen die Statuten der AMU verstößt, die vorschreiben, dass sie vom Rat der

Außenminister einstimmig ernannt werden muss. Um diese Ernennung vorzunehmen, erklärte sich der scheidende Generalsekretär der AMU, der Tunesier Taieb Baccouche, dessen Mandat im August 2022 auslief, für "interimistisch", was die Statuten der AMU nicht vorsehen.

Tunesien verhaftet die Führer der Muslimbruderschaft

Die tunesische Justiz verhaftete den Gründer der Muslimbruderschaft Ennahda, Rached Ghannouchi, in seinem Haus. Dann zwei weitere Führer der Partei in ihrem nationalen Hauptquartier. Die westliche Presse prangert den tunesischen Präsidenten Kais Saïed als Diktator an. Dieser versucht tatsächlich, sowohl die allgegenwärtige Korruption im Land, als auch den Einfluss der Muslimbruderschaft auszurotten. Zu diesem Zweck zögerte er nicht, das Parlament zu suspendieren. Die tunesische Muslimbruderschaft wird vom britischen MI6 überwacht, der Scheich Rached Ghannouchi, einen Weggefährten von Osama bin Laden, in einen perfekten Demokraten verwandelt hat. Rached Ghanoucci kontrollierte nicht nur die Ennahda-Partei, sondern auch die "[Liga zum Schutz der Revolution](#)", die politische Morde vervielfacht hat.

Tunesien stellt seine Beziehungen zu Syrien wieder her

Der tunesische Präsident Kais Saïed kündigte die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Syrien an. Beide Botschaften in Tunis und Damaskus wurden wiedereröffnet. Nach Algerien stattet der syrische Außenminister Faisal al-Meqdad Tunesien einen offiziellen Besuch ab, den ersten seit einem Jahrzehnt. Dieser Besuch kommt zu einem Zeitpunkt, an dem die tunesische Justiz gerade die Führer der Muslimbruderschaft verhaftet hat, eine vom Westen unterstützte Organisation, gegen die Syrien zehn Jahre lang gekämpft und letztlich gewonnen hat. Am 4. Februar 2012 brach Präsident Mohamed Moncef Marzouki (Trotzkist, Verbündeter der Muslimbruderschaft) alle Beziehungen zu seinem syrischen

Amtskollegen ab, den er den "Schlächter von Damaskus" nannte.

Krieg der Chefs im Sudan

Die Männer der *Rapid Support Forces* (RSF) von "General" Mohamed Hamdan Dagalo (alias "Hemedti") sollen sich rund um einen provinziellen Luftwaffenstützpunkt der sudanesischen Streitkräfte (ISAF) von General Abdel Fattah al-Burhan stationiert haben. Diese hätten ihrem Rückzugsantrag ein Ultimatum beigelegt. Berichten zufolge nahm die RSF dann mehrere strategische Punkte ein, darunter den Flughafen von Khartum. Die im Regierungsabkommen vorgesehene Vereinigung der sudanesischen Streitkräfte wird daher nicht stattfinden. ISAF und RSF führen einen gnadenlosen Krieg inmitten der Zivilbevölkerung. Mindestens hundert Menschen wurden getötet und vierhundert verwundet. Dieser Konflikt drückt die uralte Rivalität zwischen dem Niltal-Establishment, das von Abdel Fattah al-Burhan repräsentiert wird, und den Vergessenen aus dem Darfur aus, dessen Held Mohamed Hamdan Dagalo ist. Das Pentagon plant, den Sudan in fünf verschiedene Staaten aufzuteilen (Rumsfeld/Cebrowski-Strategie). Es möchte die Feindseligkeiten im Land wiederbeleben, zumal beide Regierungschefs mit Russland verbunden sind, das seit 2015 darauf wartet, in Port Sudan eine Militärbasis am Roten Meer eröffnen zu können. Der UN-Sondergesandte für den Sudan, [Volker Perthes](#) aus Deutschland, sagte, er sei entsetzt über die Plünderung einer UN-Einrichtung nach seiner Bombardierung. Auf Grund seines guten und loyalen Dienstes gegen die Arabische Republik Syrien wurde er auf Druck der Vereinigten Staaten, auf diesen Posten berufen, um den Konflikt zu fördern. Der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union warnte vor einer Einmischung von außen in die Krise und forderte die Kriegsparteien auf, "rasch eine friedliche Lösung und einen inklusiven Dialog anzunehmen". Die *Intergovernmental Authority on Development* (IGAD) hat die Präsidenten Salva Kiir (Südsudan), William Ruto (Kenia) und Ismail Omar Guelleh (Dschibuti) ernannt, um

die Protagonisten zu versöhnen. Der saudische Außenminister Faisal bin Farhan bin Al-Saud erreichte telefonisch die Generäle Burhan und Hemedti, aber getrennt voneinander. Er forderte ein Ende der militärischen Eskalation. Saudi-Arabien hatte das neue zweiköpfige Regime nach dem Sturz der Muslimbruderschaft Omar al-Bashir unterstützt. "General" Mohamed Hamdan Dagalo (alias "Hemedti") war so etwas wie ein Adoptivsohn von Omar al-Bashir geworden. Seine Truppen, die ISAF, sind eng mit Ägypten verbunden, während die RSF eng mit den Vereinigten Arabischen Emiraten verbunden ist. Diese Miliz, die von den Dschandschaweed des Darfur-Krieges stammt, lieferte im Auftrag des Sudan Söldner an die Emirate im Jemen und in Libyen. Im Jemen kämpften ihre Männer unter dem Kommando seines Rivalen, General Abdel Fattah al-Burhan. Seine Männer wurden kürzlich von der russischen privaten Militärfirma Wagner ausgebildet.

Paul Kagame erklärt den Kampf zwischen M23 gegen die Demokratische Republik Kongo

Bei einem Besuch in Benin sagte der ruandische Präsident Paul Kagame: "In Bezug auf die M23 und alle, die mit der M23 verbunden sind, die Kongolesen, die vom ruandischen Erbe profitiert haben, haben die Grenzen, die während der Kolonialzeit gebaut wurden, unsere Völker beeinflusst und gespalten. Ein Teil Ruandas, der an den Kongo ging, der Süden an Uganda... usw." Der Kongo und der Westen werfen Ruanda vor, die M23 zu unterstützen, was Präsident Kagame bestreitet.

Somalia am Rande einer Hungersnot

UN-Generalsekretär António Guterres kündigte in Mogadischu an, dass die Hälfte der sudanesischen Bevölkerung, mindestens 8,3 Millionen Menschen, in diesem Jahr Nahrungsmittelhilfe benötigen werde, um zu überleben. Teile von Somalia, Kenia und Äthiopien haben gerade vier Jahre Dürre hinter sich, die das Vieh tötete und das Exil von 1,7 Millionen Menschen verursachte.

Komoren demonstrieren gegen die französische Kolonisation

Bei einer historischen Demonstration am 15. April versammelten sich Zehntausende von Menschen in Moroni, um "Nein zu Frankreich" und "Nein zur französischen Präsenz in Mayotte" zu rufen. Das französische Innenministerium plante die Operation Wuambushu. Sie sieht vor, täglich mehr als 250 Ausländer, hauptsächlich Komoren, auszuweisen, um sie auf die Insel Anjouan zurückzuschicken. Aber auch, um eine riesige Hauszerstörungsaktion durchzuführen, dh die massive Zerstörung von etwa 10% der illegalen Hütten von Mayotte. Nach internationalem Recht (Resolution der [Generalversammlung der Vereinten Nationen](#) vom 19. Januar 1994) ist Mayotte ein von Frankreich illegal besetztes komorisches Gebiet (VAI 36).

ASIEN

Jabotinsky hat den Holocaust nie vorausgesehen

Laut dem Historiker Amir Goldstein, Professor am Tel-Hai College und Efi Hoory, ist Jeev Jabotinskys Zitat "Eliminiert die Diaspora, oder die Diaspora wird euch sicherlich eliminieren" falsch. Es wurde von [Bension Natanyahu](#) (dem Vater des Premierministers) erfunden, um glauben zu machen, dass Jabotinsky den Holocaust vorausgesehen hätte.

China fordert Palästina und Israel zur "Zwei-Staaten-Lösung" auf

Der chinesische Außenminister Qin Gang empfing seinen palästinensischen Amtskollegen Riad Al-Maliki in Peking. Er telefonierte auch mit seinem israelischen Amtskollegen Elie Cohen. Er lud seine beiden Gesprächspartner ein, den Dialog wieder aufzunehmen, und sagte ihnen, dass es nie zu spät sei, es gut zu machen. China, das über die Eskalation der Gewalt sehr besorgt ist, unterstützt immer die "Zwei-Staaten-Lösung".

Saudi-Arabien stellt seine Beziehungen zu Syrien wieder her

Während der syrische Außenminister Faisal Mekdad letzte Woche Saudi-Arabien besuchte, stattete der saudische Außenminister Prinz Faisal bin Farhan bin Abdullah Damaskus einen offiziellen Besuch ab. Er wurde von Präsident Bashar al-Assad empfangen und beendete damit die 11-jährige Isolierung der Arabischen Republik Syrien. Der Saudi sprach von einer möglichen Aufnahme innerhalb der Arabischen Liga. Der Syrer betonte die Notwendigkeit, die arabische Einheit in dieser Zeit des raschen Wandels der internationalen Beziehungen wiederherzustellen. Saudi-Arabien erwägt, Präsident Bashar al-Assad trotz des Widerstands Katars zum Gipfel der Arabischen Liga am 19. Mai nach Riad einzuladen, im Gegenzug für eine Geste gegenüber der von Katar unterstützten pro-westlichen Opposition. Diese Geste würde sich auf die kurdischen Söldner der PKK richten, was die Annäherung Syriens an die Türkei zum Scheitern bringen würde.

Auflösung des Parlaments in Kuwait

Kuwaits Kronprinz Scheich Mashal al-Ahmed kündigte die Auflösung des Parlaments an. Seit drei Jahren ist die Monarchie nicht in der Lage, Stabilität zu garantieren.

Istanbul nächstes Finanzzentrum zwischen Ost und West?

Einen Monat vor den Parlamentswahlen eröffnete Präsident Recep Tayyip Erdoğan die erste Phase des Istanbul Finanzzentrums. Die Türkei hofft, von ihrer geografischen Lage zwischen zwei Kontinenten, Europa und Asien, zu profitieren, um die Vorteile der Verschiebung des Gleichgewichts der Welt von West nach Ost zu nutzen. Die im Bau befindlichen Anlagen werden voraussichtlich 3,3 Milliarden US-Dollar kosten.

Myanmar lässt Gefangene frei

Myanmar hat anlässlich der burmesischen Neujahrsfeierlichkeiten 3113 Gefangene,

Voltaire-Netzwerkanalyse

"Alle Imperien sind vergänglich, auch das amerikanische Imperium", von Thierry

Meysan

Letzte Woche habe ich über die Realität der Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und China nachgedacht. Vielleicht ist die "Thukydides-Falle" nur ein Vorwand, der den bevorstehenden Zerfall des "amerikanischen Imperiums" verschleiert. In diesem Artikel fasse ich dessen Geschichte zusammen, die der Westen nicht verstanden hat, und bitte Sie, darüber nachzudenken, was passieren könnte, wenn dieses Imperium verschwindet.

darunter 98 Ausländer, freigelassen. Nach Angaben der Opposition sind immer noch 17 460 Menschen inhaftiert, weil sie 2021 an Protesten zur Unterstützung der Staatsrätin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi teilgenommen haben.

China über westliche Blockade gegen Nordkorea verärgert

Liu Xiaoming, Chinas Botschafter auf der koreanischen Halbinsel, sagte in Paris: "Wir sind besorgt über die Absicht der USA, die Probleme auf der koreanischen Halbinsel als Instrument zur Eindämmung Chinas zu nutzen. Es ist Teil ihrer Indo-Pazifik-Strategie... Verbündete zu bilden, ihr Bündnis mit (Südkorea) und Japan zu stärken (...) Die Menschen konzentrieren sich auf die Atomstarts und -tests der Demokratischen Volksrepublik Korea, aber sie wissen nicht, dass der Grund dafür das Fehlen eines Mechanismus, einer Sicherheitsstruktur ist." Peking drängt auf einen "zweigleisigen" Ansatz, um Pjöngjangs Atomkampagne zu beenden, und sagt, die Weltmächte sollten die UN-Sanktionen im Austausch für konkrete Abrüstungsmaßnahmen reduzieren. Die Vereinigten Staaten befinden sich immer noch im Krieg mit Nordkorea. Sie halten einen Waffenstillstand ein, weigern sich aber, über einen Frieden zu verhandeln.

Südkorea spielt Enthüllungen geheimer Pentagon-Dokumente herunter

Der südkoreanische Präsident Yoon Suk Yeol hat versucht, die Folgen der Verbreitung geheimer Pentagon-Dokumente herunterzuspielen, die belegen, dass seine Regierung von der US-amerikanischen NSA ausspioniert wird. Sein Sprecher sagte über das Bündnis zwischen Südkorea und den USA: "Es ist ein Bündnis, das auf den universellen Werten der liberalen Demokratie und der Marktwirtschaft basiert, und es ist ein widerstandsfähiges Bündnis, das auf Werten basiert, die Probleme in ihren Beziehungen lösen können."

Nordkorea gewinnt Cyber-Diebstahl des Jahres 2022

Nach Angaben der National Police Agency (NPA) infiltrierte die nordkoreanische Hackergruppe Lazarus im Jahr 2021 ININISAFE, einen südkoreanischen Entwickler von persönlicher Authentifizierungssoftware, der auf 10 Millionen Computern in Südkorea verwendet wird. Lazarus untersuchte die Schwächen der Software und entwickelte eine eigene Malware. Bis 2022 war sie in 207 Computer in acht Nachrichtenagenturen und 53 anderen Agenturen eingedrungen. Lazarus wurde von der US-Regierung beschuldigt, eine astronomische Menge an Kryptowährung durch ein vietnamesisches Online-Spiel, *Axie Infinity*, gestohlen zu haben. Das US-Finanzministerium teilte am 6. April mit, dass die Hacker 620 Millionen US-Dollar unehrlich gewonnen hätten. Dies wäre einer der größten Cyber-Diebstahlfälle des Jahres.

Chinesen zögern bei westlichem Vorgehen in der Ukraine

Peking fragt sich, warum der französische Präsident Emmanuel Macron an der Spitze eines souveränen Staates eine Beamtin, Ursula von der Leyen, gebeten hat, ihn zu begleiten? Ist seine blockfreie Rede aufrichtig? Warum beharrt der Westen, der auf dem ukrainischen

Schlachtfeld verliert, auf diesem nutzlosen Konflikt?

KPCh verurteilt US-Sabotage der Menschenrechte

Die *People's Daily* veröffentlichte eine Serie von zehn Artikeln, die dem Einfluss der Vereinigten Staaten auf die internationalen Beziehungen gewidmet waren. Sie sind mit Zhong Sheng signiert, einem Pseudonym für Funktionäre der Kommunistischen Partei. Darin heißt es, die Vereinigten Staaten seien "der größte Saboteur der internationalen Menschenrechtssache und sollten als Angeklagte im Gerichtssaal der globalen Menschenrechte sitzen".

Was das Attentat auf Fumio Kishida verbirgt

Bei einer Wahlkundgebung in Wakayama wurde Premierminister Fumio Kishida Opfer eines Anschlags. Ein 24-jähriger Mann, Ryuji Kimura, warf einen Sprengsatz. Er wurde eingeschlossen, bevor er einen zweiten starten konnte. Es wären zwei Feuerwerke gewesen. Nach Angaben der konservativen Tageszeitung *Yomiuri Shimbun* wurde die Kandidatur von Ryuji Kimura bei den Parlamentswahlen im vergangenen Juli wegen seines Alters und seiner Unfähigkeit, eine Anleihe in Höhe von 3 Millionen US-Dollar zu hinterlegen, für ungültig erklärt. Berichten zufolge reichte er eine Beschwerde bei einem Gericht in Kobe ein, das seine Klage aber ablehnte. Der Fall befindet sich in Berufung vor dem Obersten Gerichtshof von Osaka. Er plädierte auf psychologischen Schaden und fordert 100.000 US-Dollar Schadenersatz. Das japanische Gesetz sieht ein Mindestalter von 30 Jahren vor, um im Repräsentantenhaus zu sitzen, aber die Verfassung proklamiert die Gleichheit aller Bürger. Der Vorgänger von Fumio Kishida, Shinzo Abe, wurde am 8. Juli 2022 von jemandem ermordet, der ihn für seine geheimen Verbindungen zur Vereinigungskirche (bekannt als "Moon Sekte") verantwortlich machte. Beide Männer gehörten der Strömung von Yoshio Kodama an, einem Kriegsverbrecher, der von den Vereinigten Staaten recycelt wurde. Sie

sprachen sich für die Remilitarisierung Japans aus. Während seines Verhörs durch die Polizei hätte Ryuji Kimura, Berichten zufolge, die Mitgliedschaft der Premierminister in der Vereinigungskirche widerrufen.

OZEANIEN

Paul Keating kritisiert australische Außenpolitik

Der ehemalige australische Premierminister Paul Keating kritisierte die Äußerungen von Außenministerin Penny Wong scharf zugunsten eines "Gleichgewichts der Kräfte". Er wies darauf hin, dass Australien damit nicht auf halbem Weg zwischen den USA und China stehen würde, sondern hinter Washington stünde.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Menschenrechtsrat verurteilt einseitige Zwangsmaßnahmen

Der Genfer Menschenrechtsrat nahm mit 33 Ja-Stimmen und 13 Neinstimmen und 1 Enthaltung eine Resolution (A/HRC/52/L.18) an, in der die Anwendung "einseitiger Zwangsmaßnahmen" als "nicht im Einklang mit dem Völkerrecht, dem humanitären Völkerrecht, der Charta der Vereinten Nationen und den Normen und Grundsätzen der friedlichen Beziehungen zwischen Staaten" verurteilt wird. Der Text war von Russland und Aserbaidshan eingereicht worden. Einseitige Zwangsmaßnahmen werden von der westlichen Propaganda als "Sanktionen" bezeichnet. Gegen die Entschließung und damit gegen das Völkerrecht haben gestimmt: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Georgien, Litauen, Luxemburg, Montenegro, Rumänien, die Tschechische Republik, die Ukraine, Großbritannien und die Vereinigten Staaten.

Nach Angaben des IWF werden die BRICS die G7 im Jahr 2023 übertreffen

Nach Angaben des IWF wird Chinas Anteil am Wachstum des globalen Bruttoinlandsprodukts bis 2023 22,6 %, Indiens Anteil 12,9 % und der Anteil der Vereinigten Staaten nur noch 11,3 % betragen. Der IWF geht davon aus, dass die Wachstumsbeiträge Brasiliens, Russlands, Indiens und Chinas jene der Gruppe der sieben Länder übertreffen werden.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°38 - 28. April 2023

LEITARTIKEL

Frankreich besteht auf die Kolonisierung der Insel Mayotte

Ein beträchtlicher Zustrom illegaler, mittelloser Komoren-Einwohner, hat zu einem erschütternden Anstieg von Gewalt und Kriminalität in Mayotte geführt. Das französische Innenministerium hat die "Operation Wuambushu" gestartet, die darauf abzielt, die Slums von Mayotte zu zerstören und illegale Einwanderer auf die Insel Anjouan abzuschieben. Die Sicherheitskräfte wurden jedoch durch ein Gerichtsurteil, das die Zerstörung von Slums verbietet, verhindert, da dies aufgrund der Form ihrer Konstruktion legal errichtete Gebäude beschädigen könnte. Darüber hinaus haben die Komoren ihre Häfen für französische Schiffe geschlossen. Zu Beginn der Operation feuerten 1800 Polizisten 650 Tränengasgranaten, 85 Einkreisungsgranaten und 60 LBD-Schüsse ab. Sie waren gezwungen, 12 scharfe Munitionen als Warnung auf den Boden abzufeuern, obwohl die Gefahr bestand, dass sie abprallten und töteten. Der Komoren-Archipel wurde 1974 von Frankreich in zwei Teile geteilt. Auf der einen Seite die heutige Union der Komoren, auf der anderen das heutige französische Département Mayotte. Diese Teilung verstößt einerseits gegen die Verpflichtung, die Frankreich in den Abkommen vom 15. Juni 1973 eingegangen ist, die vom Minister für Übersee Frankreich, Bernard Stasi, und dem Präsidenten der Regierung des Territoriums, Ahmed Abdallah Abderaman, unterzeichnet wurden, und andererseits gegen den Grundsatz der Unteilbarkeit des Archipels, der durch das Völkerrecht festgelegt wurde. Die Frage nach dem Wesen der aufeinanderfolgenden Regime auf den Komoren sollte nicht berücksichtigt werden, ebenso wenig wie die Frage der jahrhundertelangen mangelnden Einheit der Komoren, geschweige denn die Operationen der irregulären Truppen von Bob Denard. Frankreich weiß nicht mehr, wie es seine Bürger von Mayotte und sein Engagement für die Dekolonisierung des vereinten Archipels zufriedenstellen soll. Es versucht, die Insel Mayotte zu behalten, die sie zur Kontrolle der Scattered Islands (ebenfalls illegal besetzt) nutzt, und unterhält dort eine elektromagnetische Abhörbasis. Anstatt mit der Union der Komoren zu verhandeln, ignoriert Frankreich die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu diesem Thema ausgesprochenen Mahnungen an das Völkerrecht und beharrt hartnäckig darauf, sich auf der Insel zu behaupten, wobei die Gefahr besteht, dass es schließlich zu einer Situation führt, die mit der in Algerien vergleichbar ist.

AMERIKA

Die Entdollarisierung der Welt

Der Anteil des Dollars an den globalen Reserven betrug im Jahr 2022 47 %, verglichen mit 71 % im Jahr 2001. Es gibt eine allmähliche Beschleunigung des Phänomens mit einem Paroxysmus im letzten Jahr. Das Tempo der Entdollarisierung ist heute 10-mal schneller als vor zwanzig Jahren. Die Phase von 2022 erklärt sich damit, dass eine Reihe von Ländern nach Alternativen suchte, nachdem der Westen versucht hatte, einseitige Zwangsmaßnahmen gegen Russland zu verallgemeinern. Finanzministerin Janet Yellen sagte: "Wenn wir Finanzsanktionen im Zusammenhang mit der Rolle des Dollars anwenden, besteht die Gefahr, dass sie im Laufe der Zeit die Hegemonie des Dollars untergraben könnten." Laut *Bloomberg Intelligence* ist der Anteil des Dollars niedriger geworden als der Anteil des Yuan am internationalen Handel Chinas. Ende März waren es nur noch 47 Prozent, 2010 waren es noch 83 Prozent.

Wie man bei US-Wahlen abstimmt, ohne Staatsbürger zu sein

Die *Public Interest Legal Foundation* hat gezeigt, dass es möglich ist, sich mit seinem Führerschein für die Stimmabgabe in den USA zu registrieren, auch wenn es sich nicht um einen Nachweis der Staatsangehörigkeit handelt. In den Vereinigten Staaten liegen Wahlen in der Verantwortung der Bundesstaaten, nicht der Bundesregierung. Einige Staaten haben jedoch eine gemeinsame Agentur geschaffen, um Registranten in zwei verschiedenen Staaten aufzuspüren, (das *Electronic Registration Information Center (ERIC)*). Es ist offensichtlich einfach, sich für Kommunalwahlen zu registrieren, und es ist durchaus möglich, ohne Staatsbürgerschaftsnachweis an Bundestagswahlen teilzunehmen.

James im Zentrum der Ermittlungen der Familie Biden

Der Unterausschuss des Repräsentantenhauses, der die Familie Biden untersucht, sammelte verschiedene Zeugenaussagen in Bezug auf den jüngeren Bruder von Präsident Joe Biden (80), James Biden (73). Sie scheinen einander sehr nahe zu stehen, bis zu dem Punkt, dass es James war, der das Oval Office des Weißen Hauses für Joe ausstattete. Der Unterausschuss hat konstatiert, dass James oft seine Verwandtschaft mit Joe genutzt hat, um seine Geschäfte zu führen. Obwohl viele Zahlungen identifiziert wurden, wissen die Parlamentarier immer noch nicht, für welche Arbeit James sie erhalten hat. Jetzt steht er, und nicht mehr sein Neffe Hunter Biden, im Mittelpunkt der Ermittlungen.

Hunter Bidens rechtliche Antwort

Der Anwalt von Hunter Biden, Abbe Lowell, hat an den Finanzminister geschrieben und ihn gebeten, eine Untersuchung einzuleiten, um zu erfahren wie Garrett Ziegler fünf vertrauliche Verwaltungsberichte über die Aktivitäten seines Mandanten erhalten und sie im [Internet](#) veröffentlichen konnte. Diese Dokumente wurden an den Unterausschuss des Repräsentantenhauses weitergeleitet, der die Aktivitäten der Familie Biden untersucht. Sie soll sie einem Zeugen zur Stellungnahme gezeigt haben. Das Bankgeheimnis verbietet den Parlamentariern jedoch, die bisher untersuchten Daten mit anderen zu diskutieren. Darüber hinaus wurde Hunter Biden von einem Richter in Arkansas vorgeladen, um Steuerelemente über sein Einkommen vorzulegen, um den Unterhalt zu beurteilen, den er an die Mutter seiner Tochter zahlen muss.

Whistleblower wirft Generalstaatsanwalt vor, gelogen zu haben, um Hunter Biden zu schützen

Ein IRS (Steuerdienst-Whistleblower hat die Aussage von Generalstaatsanwalt Merrick Garland in Frage gestellt. Er wirft ihm vor, gelogen zu haben, um die Verbrechen von Hunter Biden zu minimieren. Nach seiner

Aussage behauptet dieser Sonderbeauftragte der strafrechtlichen Steueraufsicht, politische Anweisungen erhalten zu haben, den Fall Hunter Biden nicht weiter zu untersuchen. Merrick Garland steht seit April 2021 unter Sanktionen Russlands. Moskau wirft ihm vor, falsche Anschuldigungen bestätigt zu haben, um 10 russische Diplomaten auszuweisen.

Kandidatur de Robert Francis Kennedy Jr.

Robert Francis Kennedy Jr., Sohn des ehemaligen Generalstaatsanwalts Bob Kennedy und Neffe von Präsident John Fitzgerald Kennedy, kandidierte jetzt für die Nominierung der US-Demokratischen Partei gegen den amtierenden Präsidenten Joe Biden. Umfragen zeigen heute, dass Joe Biden gegen Donald Trump verliert. Robert Kennedy Jr. ist ein Umweltschützer. Er gewann eine hochkarätige Klage gegen Monsanto. Im Namen der Wissenschaft führte er während des Covid-Ausbruchs den Kampf gegen Dr. Anthony Fauci und Pharmaunternehmen. Wie Bernie Sanders im Jahr 2020 versucht dieser linke Mann, der nicht aufgehört hat, gegen die Führer der Demokratischen Partei zu kämpfen, diese Partei so zu übernehmen, wie der Jacksonianer Donald Trump die Republikanische Partei übernommen hat. Kennedy hat den Kampf gegen die Korruption der Institutionen und gegen die Macht transnationaler Konzerne zu seinem Ziel gemacht. Er verkörpert eine nicht-sektiererische Linke, die sich dem Gemeinwohl widmet. Im Juli 2021 nahm Robert Kennedy Jr. an der *ReAwaken America Tour* teil, die von der Presse als rechtsextreme christliche Bewegung beschrieben wurde. Er wurde dort zusammen mit General Michael Flynn und dem Wahlstrategen Roger Stone fotografiert. Der Republikaner Roger Stone, der an den Kampagnen von Richard Nixon, Ronald Reagan und George W. Bush teilnahm und die von Donald Trump leitete, versichert, dass unabhängig von den Differenzen zwischen Trump und Kennedy (insbesondere in Bezug auf Waffen und Abtreibung) eine Kandidatur der nationalen Einheit der beiden Männer eine Lösung bieten würde, um auf die Teilung des Landes zu reagieren und die

Existenz der Vereinigten Staaten zu erhalten. Steve Bannon seinerseits ermutigte Robert Kennedy zur Kandidatur.

Ein Gesetz zum Schutz von Frauen im Sport

Das Repräsentantenhaus verabschiedete das Gesetz zum Schutz von *Frauen und Mädchen im Sport Act of 2023*. Es verlangt von Athleten, dass sie auf der Grundlage ihrer "reproduktiven und genetischen Biologie bei der Geburt" antreten, nicht auf der Grundlage ihrer Geschlechtsidentität.

Angriffe auf die Meinungsfreiheit an US-Universitäten

Nach Angaben der *Foundation for Individual Rights and Expression* (FIRE), die gegen die "Kultur der Annullierung" [*cancel-culture*] kämpft, gab es im Jahr 2017 83, im Jahr 2018 82 und im Jahr 2019 87 Sanktionen, um Universitätsprofessoren zum Schweigen zu bringen. Sie stiegen an auf 151 im Jahr 2020, 213 im Jahr 2021 und nur noch 145 im Jahr 2022. Es wird angenommen, dass die Zunahme dieser Zensuroperationen mit den *Woke-Reaktionen* auf die Ermordung von George Floyd im Jahr 2020, sowie mit der Kampagne zur Transgender-Identität, der Präsidentschaft von Donald Trump und der #MeToo-Bewegung zusammenhängt. Die am stärksten betroffenen Universitäten sind Harvard (23 Aktien), gefolgt von Stanford (22), Kalifornien in Los Angeles (19) und Georgetown (16).

Die sechs Bedrohungen für die innere Sicherheit der USA

Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas kündigte eine 90-tägige Überprüfung der US-Schwachstellen an. Sie umfasst sechs Themen: - Migration. Er sagte, das Ziel seiner Regierung sei es, "legale Wege zu schaffen, um Einzelpersonen die Möglichkeit zu geben, die Vereinigten Staaten sicher und auf geordnete Weise zu erreichen, um die humanitäre Hilfe in Anspruch zu nehmen, die unsere Gesetze bieten, und dann eine Konsequenz [des Wohnsitzes, sogar der Nationalität] für

diejenigen zu erhalten, die diesen legalen Kanälen folgen." - Künstliche Intelligenz. Innerhalb der Abteilung wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um die Anwendungen von KI in der inneren Sicherheit zu untersuchen. - China. Er beschuldigte das Land, Angriffe zu sponsern, "die darauf abzielen, die Bereitstellung kritischer inländischer Funktionen zu stören oder zu verschlechtern, Zwietracht zu säen, Panik zu erzeugen und die Mobilisierung der militärischen Fähigkeiten der USA zu verhindern". - Inländischer Extremismus. "Einzeltäter und kleine Zellen von Individuen, die von einer Vielzahl gewalttätiger extremistischer Beschwerden und Ideologien motiviert sind, von weißer Vorherrschaft über Antisemitismus bis hin zu regierungsfeindlichen Einstellungen, sind die hartnäckigste und tödlichste Bedrohung für den Terrorismus in den Vereinigten Staaten." - Fentanyl-Handel. - Die Auswirkungen des Klimawandels.

Fox News feuert Tucker Carlson

Fox News hat seine Zusammenarbeit mit Tucker Carlson, dem berühmtesten Rundfunkjournalisten der Vereinigten Staaten, ohne Vorankündigung oder Grund beendet. Justin Wells, der leitende ausführende Produzent der Show, hat Berichten zufolge ebenfalls das Netzwerk verlassen. Diese Entlassung folgt auf die Klage von Fox News gegen *Dominion Voting Systems* (die Fox News 787 Millionen US-Dollar gekostet hat) und ist der Auftakt der Klage von Smartmatic gegen das Netzwerk. Entgegen dem Anschein gab Fox News *Dominion* grundlos nach: Tucker Carlson hatte den Hersteller von Wahlgeräten nicht diffamiert, sondern Experten das Wort erteilt, die erklärten, dass diese Maschinen mit dem Internet verbunden seien und daher während der Abstimmung ferngesteuert werden könnten; was niemand bestreitet. Tucker Carlson Tonight war die am zweithäufigsten gesehene politische Show in den Vereinigten Staaten. Die Presse berichtet über eine Klage wegen sexueller Belästigung, die vor einem Monat von einer Sekretärin von Tucker Carlsons Show, Abby Grossberg, eingereicht wurde. Aber diese Aktion betrifft ihn nicht

direkt, sie richtet sich gegen einige seiner anderen Mitarbeiter. Der Abgang des Starjournalisten wurde von den Demokraten mit Applaus und von den Republikanern mit großer Enttäuschung begrüßt. Steve Bannon sagte, Tucker Carlson sei "der" Grund, *Fox News* anzusehen. Die Aktien von Fox Corp, dem der Kanal gehört, fielen nach Bekanntwerden der Nachricht um 5%.

US-Außenministerium widerspricht Weißem Haus wegen Rückzug aus Afghanistan

Michael T. McCaul, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, enthüllte die Existenz eines internen Berichts des Außenministers über den Sturz von Kabul. Er würde die Schuld sowohl auf die Trump- als auch auf die Biden-Regierung abwälzen. Er sagte, der vollständige Bericht würde das 12-seitige [Dokument](#) untergraben, das das Weiße Haus gerade veröffentlicht hat und das darauf abzielt, Bidens Entscheidung zur einzigen verfügbaren Option zu machen, sobald Trump den Rückzug ausgelöst hatte.

Michael T. McCaul forderte die Veröffentlichung der Ergebnisse des Berichts, die nicht mehr klassifiziert werden würden.

Alejandro Toledo in Peru inhaftiert

Der ehemalige peruanische Präsident Alejandro Toledo ist von den USA an sein Land ausgeliefert worden. Er wird beschuldigt, während des Baus der *Inter-Oceanic Highway* ein Bestechungsgeld in Höhe von 20 Millionen US-Dollar von der brasilianischen Firma Odebrecht erhalten zu haben. Alejandro Toledo war pro-amerikanisch und Mitglied der Initiative "Freunde Israels" des ehemaligen spanischen Premierministers José María Aznar.

Guatemala unterstützt Taiwan

Der guatemaltekeische Präsident Alejandro Giammattei hat Taiwan bei einem offiziellen Besuch auf der Insel bedingungslos Unterstützung zugesagt. Nur 13 von 193

Staaten unterhalten diplomatische Beziehungen zu dem nicht anerkannten Staat der "Republik China". Die anderen 180 betrachten Taiwan als aufständische Provinz der "Volksrepublik China". Davon unterhalten 59 nicht-diplomatische Beziehungen zur Republik China.

Kolumbien ist Gastgeber einer Konferenz zu Venezuela

Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro berief ein internationales Treffen ein, um die Fortsetzung oder Aufhebung einseitiger Zwangsmaßnahmen (fälschlicherweise als "Sanktionen" bezeichnet) gegen Venezuela zu erörtern. Vor dem Treffen wurde Juan Guaidó, der am Vortag illegal nach Kolumbien eingereist war, abgeschoben. Seine Regierung wird seit Ende 2022 von der venezolanischen Opposition nicht mehr anerkannt. Gustavo Petro hat US-Präsident Joe Biden aufgefordert, die Sanktionen gegen Venezuela im Austausch für Garantien für die für 2024 geplanten Präsidentschaftswahlen schrittweise aufzuheben. Das Treffen fand in Anwesenheit des stellvertretenden Nationalen Sicherheitsberaters der USA, Jonathan Finer, und des EU-Außenministers Josep Borrell statt. Der Gipfel brachte die Standpunkte näher zusammen. Er schloss mit der Feststellung, dass nur die Veröffentlichung eines genauen Zeitplans für die venezolanischen Präsidentschaftswahlen in der Lage sei, die Dinge zu ändern.

Angriff auf die argentinische Wirtschaft

Laut einem der 24 Direktoren des IWF, dem Argentinier Sergio Chodos, haben drei argentinische Persönlichkeiten den IWF gebeten, dem Land nicht zu helfen, solange es von Peronisten regiert wird und keine liberalen Prinzipien anwendet. Diese drei Persönlichkeiten wären der ehemalige Finanzminister Hernonza, der ehemalige Zentralbankgouverneur und ehemalige Finanzminister Alfonso Prat Gay und der ehemalige Zentralbankgouverneur Guido Sandleris, alle Mitglieder der Regierungen von Mauricio Macri (liberale PRO). Der Präsident der argentinischen Nation, Alberto Fernández

(Peronist), bestätigte die Fakten. Diese Enthüllungen kommen zu einem Zeitpunkt, an dem nicht identifizierte Betreiber den argentinischen Peso angreifen, dessen Wert sie Anfang dieser Woche zu einem Rückgang von 11% geführt haben. Es ist der derzeitige Wirtschaftsminister Sergio Massa, der die peronistischen Farben bei der nächsten Präsidentschaftswahl tragen wird und nicht Präsident Alberto Fernández und Vizepräsidentin Cristina Fernández de Kirchner. Es wird erwartet, dass er gegen die ehemalige Sicherheitsministerin Patricia Bullrich antritt, die sich für einen weit verbreiteten Waffenbesitz ausspricht. Laut Human Rights Watch war sie an der Erpressung der indiskreten Videos von Marcelo D'Alessio beteiligt.

EUROPA

Katholische Synode öffnet sich für Frauen

Papst Franziskus wird 70 "nicht-bischöfliche" Mitglieder - von denen 35 Frauen und "viele" "Jugendliche" sein werden - als Delegierte für die Synode mit dem gleichen Verhandlungs- und Stimmrecht ernennen, das die 300 Bischöfe genießen werden. 10 Mitglieder religiöser Orden beiderlei Geschlechts werden ebenfalls ernannt, um an der Veranstaltung teilzunehmen und abzustimmen.

Ungarn bestreitet geheime Pentagon-Dokumente

Die ungarische Regierung hat die Behauptungen der geheimen Pentagon-Dokumenten zurückgewiesen, die von Jack Teixeira geleakt wurden, dass Ministerpräsident Viktor Orbán die Vereinigten Staaten zu den Hauptgegnern seiner Partei Fidesz gezählt habe.

EU gegen Desinformation und Hass im Internet

Die Europäische Union wird ab August 19 soziale Netzwerke mit jeweils mehr als 45 Millionen Nutzern überwachen. Es geht darum, sicherzustellen, dass sie Fehlinformationen und

Hass im Internet effektiv bekämpfen.
Zu widerhandlungen werden mit einer
Geldstrafe von bis zu 6% ihres Umsatzes
geahndet.

EU und Japan gegen US- Sanktionsvorschlag

Laut der [Financial Times](#) hätten die EU und Japan auf dem G7-Außenministertreffen in Japan einen US-Plan vereitelt, alle Exporte nach Russland zu verbieten.

Auf Einladung Washingtons verhängen die EU und Japan Einfuhrverbote für russische Kohlenwasserstoffe, die weitaus restriktiver sind als die in den Vereinigten Staaten.

Josep Borrell gegen China

Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, der Spanier Josep Borrell, veröffentlichte in Frankreich einen Gastbeitrag im *Journal du Dimanche*. Dies ist eine Reaktion auf Äußerungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron während seiner Reise nach Peking. Josep Borrell posiert: "Ein kalter Blick auf China". Er präsentiert sie als Partner, Konkurrent und Rivale. Er schreibt: "In unseren Augen gibt es nur ein China. Aber nicht unter irgendwelchen Bedingungen. Und schon gar nicht durch Gewaltanwendung. Europa muss in der Tat in dieser Frage, die uns wirtschaftlich, kommerziell und technologisch betrifft, sehr präsent sein. Deshalb fordere ich die europäischen Marinen auf, in der Taiwanstraße zu patrouillieren, um Europas Engagement für die Freiheit der Schifffahrt in diesem absolut entscheidenden Bereich zu zeigen." Darüber hinaus sagte Josep Borrell vor dem Europäischen Parlament: "Taiwan ist eindeutig Teil unseres geostrategischen Perimeters, um den Frieden zu garantieren (...) Nicht nur aus moralischen Gründen muss eine Aktion [von China] gegen Taiwan unbedingt abgelehnt werden. Es liegt auch daran, dass es in wirtschaftlicher Hinsicht für uns äußerst ernst wäre, weil Taiwan eine strategische Rolle bei der Herstellung der fortschrittlichsten Halbleiter spielt." Die Europäische Union versucht, den Mitgliedstaaten ihre Politik aufzuzwingen.

Frankreich plädiert angesichts der chinesisch-amerikanischen Rivalität für Neutralität, während Brüssel sich nicht anders verhält, als mit Washington verbündet zu sein.

Weltweite Erhöhung der Rüstungsbudgets

Nach Angaben des [Stockholm International Peace Institute](#) (SIPRI) stiegen die weltweiten Rüstungsausgaben im Jahr 2023 um 3,7 % auf 2,24 Billionen US-Dollar. Dieser Anstieg erklärt sich durch den bewaffneten Konflikt in der Ukraine. Er betrifft hauptsächlich Finnland mit 36 %, Litauen mit 27 %, Schweden mit 12% und Polen mit 11 %; das bringt diese Länder zu den Ausgaben des Kalten Krieges zurück. Dies war der größte Anstieg seit der Auflösung der Sowjetunion.

Jens Stoltenberg in Kiew

Der Generalsekretär des Atlantischen Bündnisses, der Norweger Jens Stoltenberg, wurde in Kiew vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj empfangen. Auf der anschließenden Pressekonferenz sagte er: "Lassen Sie uns klar sein: Der Platz der Ukraine ist in der euro-atlantischen Familie (...) Die NATO steht Ihnen heute, morgen und so lange zur Seite, wie es nötig ist (...) So wie die russische Aggression negative und sehr schmerzhaft globale Folgen hatte, sollte der Sieg der Ukraine der Welt neue Sicherheitsstandards, eine neue Erfahrung gemeinsamen Handelns und wirtschaftlichen Potenzials, neue Möglichkeiten zum Aufbau und zur Verteidigung bringen – gemeinsam."

Gespräch zwischen Xi und Selenskyj

Der chinesische Präsident Xi Jinping telefonierte mehr als eine Stunde lang mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj. Er bestätigte die Bedingungen von Pekings 12-Punkte-Friedensplan und lud ihn zu Verhandlungen ein. Er hat angekündigt, einen Sondergesandten zu entsenden, um Gespräche mit allen Parteien zu führen. Seine Mission wird es nicht sein, den Krieg zu nutzen, um

Geschäfte zu machen, sondern für den Frieden zu arbeiten. Herr Selenskyj zeigte sich höflich und versicherte ihm, dass die Ukraine die Auffassung Pekings teile, dass es nur ein China gibt, von dem Taiwan eine Provinz ist. Er lehnt jedoch einen Waffenstillstand mit Russland ab. Kiew ist der Ansicht, dass nicht nur Neurussland, sondern auch Donbass und Krim ukrainische Gebiete seien. Ein Waffenstillstand wäre eine teilweise Anerkennung eines russischen Sieges. Selenskyj ernannte den Minister für strategische Industrien, Pawlo Rjabikin, zum Botschafter in Peking. Die USA äußerten sich skeptisch und sagten, China sei nicht in der Lage, Friedensstifter zu spielen, weil es die "Invasion" der Ukraine nicht verurteilt habe. Im Gegenteil, Frankreich und Deutschland haben sich am chinesischen Ansatz aufmerksam und interessiert gezeigt. Vor dem Telefonat führte Xi Gespräche mit vielen Führern relevanter Parteien, darunter Russland, Deutschland, Frankreich und die EU sowie neutrale Dritte wie Brasilien.

Verbrechen französischer Söldner in der Ukraine

Die russische Kommission zur Untersuchung der in der Ukraine begangenen Verbrechen sagte, sie habe französische Söldner unter den Verantwortlichen für die Ermordung von 25 russischen Kriegsgefangenen identifiziert. Sie sollen als Teil des Asowschen Bataillons und der 92. Brigade der ukrainischen Streitkräfte gehandelt haben. Die Untersuchungskommission wird alle Umstände der Vorfälle ermitteln, um die an der Begehung der Verbrechen Beteiligten vor Gericht zu stellen. An der ukrainischen Front befinden sich 8000 ausländische Söldner, hauptsächlich Polen, Amerikaner, Kanadier, Rumänen und Briten. Nach Angaben des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCH), Volker Türk, aus Österreich, verfolgt die Ukraine nicht ihre Soldaten, die dokumentierte Kriegsverbrechen begangen haben. Das französische Strafbuch bestraft Söldnertumsaktivitäten mit 5 Jahren Gefängnis und dem Verbot von zivilen-, bürgerlichen- und Familien-Rechten (Art. 436). Sowohl Söldner als

auch reguläre Soldaten müssen für Folter und Mord an Gefangenen zur Rechenschaft gezogen werden. Ihnen droht dann lebenslange Haft.

AFRIKA

Freilassung tschadischer Verschwörer

Der tschadische Präsident Mahamat Idriss Déby Itnol hat angekündigt, die zwölf Personen, die an dem Putschversuch gegen ihn im Dezember 2022 beteiligt waren, freizulassen.

Verschwinden des meistgesuchten Gefangenen des Sudan

Das Gefängnis, in dem der ehemalige Präsident Omar al-Bashir festgehalten wurde, wurde angegriffen. Berichten zufolge verschwand er zusammen mit Abdel-Rahim Muhammad Hussein und Ahmed Haroun. Die drei Männer wären nach Angaben einiger in ein Militärkrankenhaus verlegt worden, das von den Männern von "General" Mohammed Hamdan Dagalo (alias "Hemedti") befreit wurde. Omar al-Bashir wird weiterhin mit Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gesucht

Äthiopien verhandelt mit Oromo-Rebellion

Der äthiopische Premierminister Abiy Ahmed hat die Aufnahme von Verhandlungen mit der Oromo-Befreiungsfront in Tansania angekündigt. Oromo liegt im Süden des Landes, während Tigray im Norden liegt. Abiy Ahmed stammt selbst aus Oromo.

Video

Wir haben an der Sendung [À la recherche de la vérité](#) (nur auf Französisch) teilgenommen.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Verhaftung des ehemaligen burundischen Premierministers

Der ehemalige Premierminister Alain-Guillaume Bunyoni (2020-22) wurde verhaftet. Die Vorwürfe gegen ihn sind unbekannt. Die Vereinigten Staaten beschuldigten ihn, für den Bürgerkrieg im Jahr 2015 verantwortlich zu sein. Sie verhängten Sanktionen gegen ihn von 2015 bis 2021.

Yoweri Museveni lehnt Todesstrafe für Homosexuelle ab

Der ugandische Präsident Yoweri Museveni hat sich geweigert, das Gesetz zu erlassen, das Homosexualität mit Todesurteilen bestraft. Dieses Gesetz, das unter dem Einfluss evangelikaler christlicher Kirchen erlassen wurde, griff das alte viktorianische Gesetz auf und verschärfte es, das von den britischen Kolonisten auferlegt wurde.

Südafrika und der IStGH

Während der Internationale Strafgerichtshof fordert, dass alle seine Mitglieder, einschließlich Südafrika, Wladimir Putin verhaften, damit er in Den Haag vor Gericht gestellt wird, hat der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa den Rückzug seines Landes aus dem Gerichtshof angekündigt. Präsident Putin wird in Pretoria zum BRICS-Gipfel erwartet. Angesichts des Drucks von außen und innen hat Südafrika jedoch einen Rückzieher gemacht und bleibt im IStGH.

Analysen des Voltaire-Netzwerks

• "[Türkei gegen das amerikanische Imperium](#)" von Thierry Meyssan
Drei Wochen vor den türkischen Präsidentschaftswahlen ändert sich die Debatte. Aus einer Debatte des für oder gegen den Islamismus von Recep Tayyip Erdoğan wird eine solche des für oder gegen das Bündnis mit den Vereinigten Staaten. Der scheidende Präsident gewinnt nun wieder Punkte in den Umfragen, die ihm bis jetzt eine Niederlage voraussagten. Vom Islamisten wurde er nun zum Nationalisten. Es ist im Moment unklar, ob dies ausreichen wird, um ihm einen Sieg zu ermöglichen, aber es ist zu erwarten, dass er im Falle eines Sieges die Türkei aus der NATO zurückzieht.

• "[Die Rebellion gegen das Dollar-Imperium weitet sich aus](#)", von Manlio Dinucci
Innerhalb weniger Monate wurde die Rebellion gegen das US-Imperium in die Tat umgesetzt: Der Anteil des Dollars an den globalen Reserven sank im Jahr 2022 auf 47 %. US-Finanzministerin Janet Yellen war gezwungen zu erklären: "Wenn wir Finanzsanktionen im Zusammenhang mit der Rolle des Dollars anwenden, besteht das Risiko, dass sie im Laufe der Zeit die Hegemonie des Dollars untergraben könnten."

ASIEN

Adwan-Stammesführer wegen Schmuggels verhaftet

Der jordanische Abgeordnete Imad Adwan wurde in Israel verhaftet. Er hätte fünfzehn Pistolen, zwölf Maschinengewehre und etwa 100 Kilo Gold bei sich gehabt. Die Bedingungen seiner Verhaftung sind unklar und die offiziellen Erklärungen widersprüchlich. Eine Revolte ist absehbar, wenn Israel ihn anklagt, während seine Freilassung als Zeichen der Schwäche erscheinen wird. Imad Adwan ist ein Anführer des Adwan-Stammes mit über 100 000 Einwohnern. Der Stamm ist in Jordanien und Israel präsent, besitzt den größten Teil des

Landes im Jordantal und ist einer der patriotischsten und grausamsten Stämme.

Treffen der syrischen und türkischen Verteidigungsminister

Verteidigungsminister und Chefs russischer, iranischer, türkischer und syrischer Sicherheitsdienste trafen sich in Moskau, um Damaskus und Ankara näher zusammenzubringen. Syrien fordert immer noch den Abzug der türkischen Streitkräfte vor einem Friedensgipfel zwischen den Präsidenten Bashar al-Assad und Recep Tayyip Erdoğan. Dies ist das erste Mal, dass der Iran zu diesen Verhandlungen eingeladen wird. Sie werden stattfinden, obwohl sich das Gerücht über eine schwere Krankheit von Präsident Recep Tayyip Erdoğan verbreitet.

Ermordung des Vertreters des Obersten Führers des Iran

Der Vertreter des Obersten Führers beim Dienstagsgebet, Ayatollah Abbas Ali Soleimani, wurde kaltblütig von einem Bankwächter ermordet. Er hatte ihn auch in den Provinzen Sistan und Belutschistan vertreten. Dieser vorsätzliche Mord ist noch nicht aufgeklärt.

Mögliches Abkommen über die Entkolonialisierung der Chagos-Inseln

Die Insel Mauritius hätte sich bereit erklärt, den illegalen Pachtvertrag für den US-Stützpunkt *Diego Garcia* im Falle einer Rückgabe der von den Briten kolonisierten Chagos-Inseln, zu verlängern. Die Reaktion der Vereinigten Staaten ist unbekannt, da sie wissen, dass Mauritius eine besondere Beziehung zu China hat. Im Mai 2019 gab die Generalversammlung der Vereinten Nationen dem Vereinigten Königreich 6 Monate Zeit, um die Chagos-Inseln, einschließlich des Stützpunkts Diego Garcia, zu verlassen und an Mauritius zurückzugeben.

Fortsetzung der französischen Ermittlungen gegen Riad Salamé

Französische Richter, die sich in Beirut aufhalten, um die Aktivitäten des Gouverneurs der libanesischen Zentralbank, Riad Salamé, zu untersuchen, haben ihre Anhörungen begonnen. Der Bruder des Verdächtigen, Raja Salamé, erschien aus gesundheitlichen Gründen nicht vor den Richtern, sondern wurde von seinem Anwalt vertreten.

Taliban halten ihr Versprechen

Ein zentrales Element des US-Abzugsabkommens aus Afghanistan mit den Taliban war das Versprechen, dass sie nie wieder zulassen würden, dass das Land als Basis genutzt wird, von der aus Dschihadisten Terroranschläge gegen den Westen verüben könnten. Washington hat gerade bestätigt, dass die Taliban vor zwei Wochen einen ISIS-Khorasan-Chef getötet haben, der direkt für das Selbstmordattentat vom August 2021 verantwortlich ist, bei dem 13 US-Marines und 170 Afghanen am Flughafen von Kabul getötet wurden.

Sikh-Unabhängigkeitsführer verhaftet

Amritpal Singh, der Anführer der Unabhängigkeitsbewegung der Punjab Sikhs, wurde verhaftet. Der Polizei gelang es, ihn aus einem Schrein zu holen, in dem er betete, ohne stürmen zu müssen. Amritpal Singh war seit dem Unfalltod des Schauspielers Deep Sidhu zum Anführer der Bewegung für die Schaffung des "Khalistan" geworden. Das Sikh-Reich wurde 1849 von den Briten besiegt. Angesichts des englischen Reiches, dann Indiens, bildete sich jedoch eine Bewegung, um es im Punjab wiederherzustellen. 1984 ordnete Premierministerin Indira Gandhi die "Operation Blue Star" an. Es ging darum, hundert Unabhängigkeitsbefürworter zu verhaften, die sich im Goldenen Tempel von Amritsar verschanzt hatten. Die Operation, an der Sikh-Soldaten teilnahmen, wurde zu einem Gemetzel und hinterließ mehr als 500 Tote, hauptsächlich Pilger, die vor Ort anwesend

waren. Zwei Monate später wurde Indira Gandhi von ihren Sikh-Leibwächtern ermordet.

Russland fordert Indien auf, dem Afghanistan-Quartett beizutreten

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat Indien vorgeschlagen, dem Afghanistan-Quartett beizutreten. Zu diesem Quartett gehören neben Russland auch China, Iran und Pakistan. Dieser Vorschlag wurde vorgelegt, da China insgeheim versucht, den Streit zwischen Indien und Pakistan zu lösen.

Attentat in Myanmar mit Hilfe der CIA

In Yangon ermordeten die Volksverteidigungskräfte Sai Kyaw Thu, den stellvertretenden Generaldirektor der burmesischen Wahlkommission. Über die Volksverteidigungskräfte ist wenig bekannt, außer dass sie sich als bewaffneter Flügel einer mysteriösen, von der CIA unterstützten "Regierung der nationalen Einheit" präsentieren. Diese Kräfte versuchen, die Abhaltung von Neuwahlen zu sabotieren, während sie sich für pro-demokratisch erklären.

Mögliche Rückkehr der Shinawatras nach Thailand

Paetongtarn Shinawatra, Tochter des ehemaligen Premierministers Thaksin Shinawatra (2001-06) und Nichte der ehemaligen Premierministerin Yingluck Shinawatra (2011-14), könnte die thailändischen Wahlen gewinnen. Als er Premierminister war, schuf Thaksin ein 1-Dollar-Sozialversicherungssystem. Er hatte auch Maßnahmen zugunsten der Bauern und der Armen im Allgemeinen ergriffen. Seine Amtszeit endete jedoch mit Korruptionsvorwürfen. Die Rückkehr seiner Familie wird von den politischen Mitarbeitern Bangkoks als Grauen empfunden. Seine Partei schlägt vor, den Mindestlohn von 10 auf 18 Dollar pro Tag anzuheben.

Die NATO im indopazifischen Raum

Die NATO-Partner im indopazifischen Raum (darunter Südkorea, Japan, Australien und Neuseeland) trafen sich in Litauen. Der stellvertretende Generalsekretär des Bündnisses, Mircea Geoană aus Rumänien, eröffnete das Treffen mit den Worten: "Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist langwierig. Autoritäre Regime in Moskau, Peking und anderswo stellen die regelbasierte internationale Ordnung offen in Frage." Er betonte, dass China nicht der Gegner der NATO sei, sondern dass es durch den Versuch, sich zu behaupten und eine Zwangspolitik anwende, "unsere Interessen, unsere Sicherheit und unsere Werte" bedrohe. Er sagte, die wachsende Annäherung Russlands und Chinas sei besorgniserregend, da China sich weigere, Russland für den Krieg zu verurteilen, den es "ohne Rechtfertigung und ohne Provokation gegen die Ukraine begonnen hat". "China versucht also, sich weiterhin als Vorbild für Neutralität zu inszenieren, während es dennoch Russlands falsche Thesen und Desinformationskampagnen weitergibt." Die Teilnehmer einigten sich darauf, eine gemeinsame Position zur nuklearen Bedrohung durch Nordkorea zu entwickeln.

Nordkorea bereitet sich auf den Start eines Spionagesatelliten vor

Der nordkoreanische Oberste Führer Kim Jong-un befahl den Beginn eines militärischen Spionagesatelliten. Er erklärte, dass die Entwicklung des Weltraums für die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes "unverzichtbar" sei.

Nordkorea aus der Sicht Südkoreas

Das südkoreanische Vereinigungsministerium hat einen 553-seitigen [Bericht](#) in englischer Sprache über die Menschenrechte in Nordkorea veröffentlicht. Er basiert auf den Zeugenaussagen von mehr als 500 nordkoreanischen Überläufern und beleuchtet weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Behörden, darunter Tötungen, Folter und öffentliche Hinrichtungen.

Südkorea wird unter dem nuklearen Schirm der USA bleiben

Während [71% der Südkoreaner](#) der Meinung sind, dass ihr Land Atomwaffen erwerben sollte, hat Präsident Yoon Suk-yeol bei einem Besuch in Washington versprochen, unter dem nuklearen Schutzschirm der USA zu bleiben. Im September 2022 verabschiedete Nordkorea ein Gesetz, das seinen Status als Atommacht als "unumkehrbar" erklärte. Obwohl sie die "Invasion" Russlands in der Ukraine verurteilten, sprachen Präsident Joe Biden und Präsident Yoon Suk-yeol nicht offiziell über die Hilfe für die Ukraine. Die geheimen Pentagon-Dokumente, die Jack Teixeira durchsickern ließ, bezeugen, dass die NSA der südkoreanischen Regierung zu diesem Thema zuhörte. Südkorea hat sich mit den Vereinigten Staaten verbündet, wenn es um den Indopazifik und Taiwan geht.

Erratum

Die Kautionssumme, die bei den japanischen Parlamentswahlen verlangt wird, beträgt 3 Millionen Yen (nicht Dollar).

China bereitet Berichten zufolge eine Seeblockade Taiwans vor

Laut IndoPaCom, dem US-Kommando für den indopazifischen Raum, bereitet China eine vollständige Seeblockade Taiwans vor. Es wurden verdächtige Aktivitäten von Hubschraubern festgestellt, die auf den U-Boot-Krieg spezialisiert sind, sowie Störungen von GPS-Signalen.

China testet seinen dritten Flugzeugträger

Die Marine der chinesischen Volksbefreiungsarmee feiert ihr 74-jähriges Bestehen. Bei dieser Gelegenheit öffnete sie dem Publikum einige ihrer brandneuen Schiffe für die Öffentlichkeit (fast die gesamte Flotte wurde in den letzten 20 Jahren vom Stapel gelassen). Sie gab auch bekannt, dass sie die

Navigationstests ihres 3. Flugzeugträgers, der *Fujian*, abschließt, damit er in den kommenden Monaten einsatzbereit sein könnte.

Flugzeugträger sind Waffen, die zur Projektion von Kräften und nicht zur Verteidigung von Territorien bestimmt sind. Die Vereinigten Staaten haben davon die größte Zahl: 21. Diese Waffen sind jetzt durch Hyperschallraketen gefährdet und können daher nicht gegen moderne Militärs wie die Russlands und Chinas eingesetzt werden.

Die 10 Jahre der "Gürtel und Straße"

China feiert den 10. Jahrestag seines Belt and Road (BRI)-Projekts. In diesem Zeitraum hatte es mehr als 200 Kooperationsdokumente mit 151 Staaten und 32 zwischenstaatlichen Organisationen unterzeichnet.

Prozess in China

Dong Yuyu (61), ein liberaler Journalist der *Guangming Daily*, wird wegen Spionage für Japan vor Gericht gestellt. Er wurde letzte Woche verhaftet, als er mit einem japanischen Diplomaten zu Mittag aß. Yang Chih-yuan (33), ein taiwanesischer Unabhängigkeitspolitiker, wurde im August verhaftet. Er wird auch als Gründer der in der Volksrepublik China verbotenen taiwanesischen Nationalpartei vor Gericht gestellt.

China verschärft seine Gesetzgebung gegen Cyberspionage

Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses hat einen Vorschlag von Präsident Xi Jinping zur Reform des Spionageabwehrgesetzes angenommen. Cyberangriffe, die auf staatliche Stellen und kritische Informationsinfrastrukturen abzielen, werden davon betroffen. Die Internetdiensteanbieter werden verpflichtet sein, die für die Spionageabwehr zuständigen Behörden zu unterstützen und über mögliche Probleme zu berichten. Die US-amerikanische *National Security Agency* (NSA) hat die Kontrolle über Teile des chinesischen Telekommunikationsnetzes übernommen,

nachdem sie sich in eine staatlich finanzierte Universität gehackt hatte, berichtete die *Global Times*. Es ist nicht bekannt, ob China seine Netze reinigen konnte.

China erlässt Gesetze zu KI

China hat sein erstes Gesetz zur künstlichen Intelligenz (KI) ausgearbeitet. Ziel ist es, jede Errungenschaft zu verhindern, die die sozialistischen Werte und die Geschichte des Landes untergraben würde. Nachrichten, die die staatliche Autorität untergraben oder Separatismus fördern, werden ebenfalls verboten. Darüber hinaus müssen KI-Unternehmen das geistige Eigentum respektieren und ihre Algorithmen bei den Regulierungsbehörden registrieren. Diese Reaktion unterscheidet sich sehr von dem westlichen „laissez-faire“.

Die umstrittenen Äußerungen des chinesischen Botschafters in Paris

Auf die Frage von Darius Rochebin des LCI-Senders sagte der chinesische Botschafter in Frankreich, [Lu Shaye](#): "Es hängt davon ab, wie Sie dieses Problem [der Krim] wahrnehmen. Es gibt Geschichte. Die Krim gehörte ganz am Anfang zu Russland. Es war Chruschtschow, der die Krim der Ukraine während der Sowjetunion gab. [die Länder die aus der UdSSR entstanden] haben keinen effektiven Status im Völkerrecht, weil es kein internationales Abkommen gibt, um ihren Status als souveräne Länder zu konkretisieren."

Die europäischen Staaten haben diese Äußerungen nacheinander als "inakzeptabel" bezeichnet. Die Sowjetunion betrachtete die Länder, die sie annektierte, als Provinzen, deren Verwaltungsgrenzen sie oft änderte. Die Grenzen der neuen unabhängigen Staaten wurden innerhalb ihrer sowjetischen Verwaltungsgrenzen proklamiert, nicht innerhalb ihrer ursprünglichen historischen Grenzen. So wurde die Krim vom Ersten Sekretär der KPdSU, Nikita Chruschtschow, selbst Ukrainer, an die Ukraine angeschlossen.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATION

WHO über Marburg-Virus besorgt

Die Weltgesundheitsorganisation ist in Alarmbereitschaft. Ein Ausbruch der Marburg-Viruskrankheit wird sowohl in Guinea als auch in Tansania gemeldet. Es ist nicht bekannt, wie es geheilt werden kann, und seine Sterblichkeitsrate durch Blutungen kann mit der von Ebola verglichen werden. Das Marburg-Virus tauchte 1967 in einem Labor in Marburg (Deutschland) auf. Es wird angenommen, dass dieses Virus in seinem natürlichen Zustand von Fledermäusen, dann zwischen Menschen, durch verschiedene Schleimhäute und andere Körperflüssigkeiten übertragen wird.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°39 - 5. Mai 2023

LEITARTIKEL

Ermittlungen gegen Hunter Biden bedrohen nun Antony Blinken und selbst Joe Biden

Der Fall Hunter Biden ist ein Fass ohne Boden. Die Ermittlungen bedrohen nun Außenminister Antony Blinken und selbst Präsident Joe Biden:

- Der ehemalige CIA-Nr. 2, Michael Morell, sagte aus, dass Antony Blinken den Brief von 51 Beamten der Nationalen Sicherheit initiiert habe, in dem er mitten im Präsidentschaftswahlkampf behauptete, Hunter Bidens Lapp-Top Geschichte sei eine "russische Desinformations"-Operation. Auch die republikanischen Senatoren Ron Johnson (Wisconsin) und Charles E. Grassley (Iowa) haben anhand von E-Mails von Hunter Bidens Computer festgestellt, dass Außenminister Antony Blinken den Kongress zweimal belogen hat. Er hatte behauptet, die Funktion von Hunter Biden im Verwaltungsrat des ukrainischen Kohlenwasserstoffunternehmens Burisma nicht zu kennen. Die politische Tradition der USA würde vorschreiben, dass Herr Blinken zurücktritt. In der Zwischenzeit haben die beiden Senatoren von ihm gefordert, die gesamte Korrespondenz vorzulegen, die er mit Hunter Biden geführt hat.
- Der republikanische Senator Charles E. Grassley (Iowa) und der republikanische Abgeordnete James Comer (Kentucky) haben gesagt: "Basierend auf Enthüllungen [eines Whistleblowers] wurden wir darauf aufmerksam gemacht, dass das Justizministerium (DOJ) und das *Bureau of Investigation* (FBI) über ein nicht klassifiziertes (Denunzierungs-)Formular FD-1023 verfügt, das ein mutmaßliches kriminelles Schema beschreibt, an dem der damalige Vizepräsident Joe Biden und ein ausländischer Staatsangehöriger in Bezug auf den Austausch von Geld für politische Entscheidungen beteiligt waren. Es wurde behauptet, dass das Dokument eine genaue Beschreibung enthält, wie das angebliche kriminelle System verwendet wurde und welchen Zweck es hat". Herr Comer, der als Vorsitzender des Ausschusses für Aufsicht und Rechenschaftspflicht des Repräsentantenhauses fungiert, erließ eine Vorladung, in der er FBI-Direktor Christopher A. Wray anwies, das Formular bis zum 10. Mai auszuhändigen.

AMERIKA

Das Nationalarchiv weigerte sich, Präsident Trump am Ende seiner Amtszeit beim Auszug aus dem Weißen Haus zu helfen

In einem Brief an den Vorsitzenden des Geheimdienstausschusses des Repräsentantenhauses sagt der Anwalt des ehemaligen Präsidenten Donald Trump, das Nationalarchiv habe sich geweigert, seinem Mandanten am Ende seiner Amtszeit bei der Vorbereitung auf seinen Umzug im Dezember 2021 zu helfen. Infolgedessen nahm er unwissentlich geheime Dokumente mit. Der Anwalt beantragt die Aussetzung des Strafverfahrens.

Hass verbreitende Verbände werden aus politischen Gründen angeklagt

Das *Southern Poverty Law Center*, eine berühmte Organisation, die eine Liste von Hassgruppen veröffentlicht, wird verklagt, weil sie die *Dustin Inman Society*, eine Anti-Einwanderungsgruppe, aufgelistet hat. Letztere betont, dass sie nie Diskurse gegen Einwanderer entwickelt habe, sondern nur gegen Einwanderungsgesetze. Ein legaler Einwanderer sitzt sogar im Vorstand und der Präsident ist mit einer Einwanderin verheiratet. Nach US-Recht ist es sehr selten, eine Verleumdungsklage zu gewinnen. Der Beschwerdeführer muss nachweisen, dass der Verleumder sich der Lüge und der Schädigungsabsicht bewusst war. Das *Southern Poverty Law Center* hat schon zuvor argumentiert, dass seine Klassifizierung möglicherweise falsch sei, aber dass es sich nicht um eine wissenschaftliche Wahrheit handle. Seine Liste sei nur eine Meinung, die durch den 1. Verfassungszusatz geschützt ist.

Wer ist für die Leaks des Obersten Gerichtshofs verantwortlich?

In einem Interview mit dem *Wall Street Journal* sagte Richter Samuel Alito, er glaube zu wissen, wer die vorgeschlagene Entscheidung des letzten Jahres offengelegt hatte, dass die Frage der

Abtreibung keine Bundesangelegenheit sei. Er wies die Idee zurück, dass es sich um einen der fünf konservativen Richter handeln könnte:

"Schauen Sie, das hat uns zu Zielen von Attentaten gemacht. Würde ich mir das antun? Hätten wir fünf so etwas uns selbst angetan? Das ist absolut unwahrscheinlich."

Politico veröffentlichte den Text einige Wochen vor seiner Veröffentlichung. Senator Ted Cruz bat das FBI, den Informanten zu identifizieren. Ein Memo von Generalstaatsanwalt Merrick Garland an die *Marshals*, die mit dem Schutz der Richter des Obersten Gerichtshofs beauftragt waren, hatte ihnen befohlen, keine Leute zu verhaften, die gegen sie protestieren.

Entschließungsantrag an den Kongress für den Sieg der Ukraine

Ein Resolutionsentwurf über die Bedeutung des Sieges der Ukraine (H.Res.322) wurde sowohl dem Repräsentantenhaus als auch dem Senat vorgelegt. Er "bekräftigt, dass es die Politik der Vereinigten Staaten ist, die Ukraine gegen die Invasion siegreich zu sehen und die international anerkannten Grenzen von 1991 wiederherzustellen; Er vertritt die Auffassung, dass der durch den Sieg der Ukraine gewonnene Frieden durch die Integration der Ukraine in die Nordatlantikpakt-Organisation und andere euro-atlantische Institutionen im Einklang mit der in der Erklärung des Bukarester Gipfels von 2008 dargelegten Politik der USA gewährleistet werden muss; Darin heißt es, dass die Vereinigten Staaten mit Verbündeten und Partnern zusammenarbeiten müssen, um sicherzustellen, dass: (A) die Russische Föderation der Ukraine Reparationen zahlt; (B) die Weltgemeinschaft beim Wiederaufbau der Ukraine hilft; (C) die Führer der Russischen Föderation für diesen Angriffskrieg zur Rechenschaft gezogen werden; und (D) die Opfer der Verbrechen, die die Russische Föderation während ihrer Invasion begangen hat, Gerechtigkeit erfahren. »

US-Armeen gegen ein russisch-chinesisches Militärbündnis

General Mark A. Milley, Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff, sagte gegenüber *Foreign Affairs*, der Zeitschrift des *Council on Foreign Relations*, dass sein Hauptanliegen darin bestehe, ein Militärbündnis zwischen Russland und China zu verhindern, das die derzeitige "tripolare Welt" wieder in eine "bipolare Welt" verwandeln würde. Moskau und Peking haben jedoch bereits im Februar 2022 einen "Pakt ohne Grenzen" geschlossen. Darüber hinaus riefen sie im März 2023 zum Sturz der westlichen Weltordnung auf.

Die US-Führung ist in der Welt nicht mehr beliebt

Laut einer Gallup-Umfrage in 140 Ländern ist das Vertrauen in die US-Führung von 49 Prozent vor dem Abzug aus Afghanistan auf heute nur noch 41 Prozent gesunken.

Erratum

Der ehemalige argentinische Finanzminister, der beim IWF intervenierte, um ihn davon abzuhalten, seinem Land zu helfen, ist Hernán Lacunza (nicht Hersonza).

Brasilianische Polizei durchsucht Jair Bolsonaros Wohnung

Die brasilianische Polizei durchsuchte das Haus des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro nach seinem Impfpass. Sie verdächtigt ihn, diesen gefälscht zu haben, um während des Covid-19-Ausbruchs in die Vereinigten Staaten reisen zu können. In den Vereinigten Staaten unterliegt die Reise von Staatsoberhäuptern einem speziellen Protokoll, das sie von der Vorlage ihrer Impfpässe befreit.

Colorado-Partei in Paraguay bleibt an der Macht

Der Ökonom Santiago Peña (44) gewann die Präsidentschaftswahlen in Paraguay mit fast 43 Prozent der Stimmen, verglichen mit den 27,5

Prozent für seinen Mitte-Links-Rivalen Efraín Alegre und fast 23 Prozent für den Anti-Establishment-Kandidaten Payo Cubas. Umfragen zufolge waren Santiago Peña und Efraín Alegre während des gesamten Wahlkampfes Kopf an Kopf, aber der Auftritt von Payo Cubas im letzten Moment spaltete die Linke zugunsten des einzigen Kandidaten der Rechten. Der ehemalige Beamte des Internationalen Währungsfonds, Santiago Peña, ist der Begünstigte des ehemaligen Präsidenten Horacio Cartes von der unabsetzbaren Colorado-Partei. Herr Cartes wurde gerade von den Vereinigten Staaten sanktioniert, offiziell wegen Korruption, in Wirklichkeit wegen seiner Verbindungen zur libanesischen Hisbollah. Neben den Präsidentschaftswahlen gewann die Colorado Party fünfzehn der siebzehn Gouverneursposten des Landes und eine Mehrheit in beiden Kammern des Nationalkongresses sowie in den Departementsräten. Nach seiner Wahl kündigte Präsident Santiago Peña an, die paraguayische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen und diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufrechtzuerhalten. Viele Beobachter glauben jedoch, dass Santiago Peña trotz seiner Äußerungen nicht mit Taiwan verbunden ist, wie es der Vater von Präsident Mario Abdo Benítez (ehemaliges Mitglied der Antikommunistischen Weltliga von Chiang Kai-Shek und Stepan Bandera) war. Pragmatisch eingestellt, könnte er sich schließlich China zuwenden und Paraguay aus seiner Position als einziges Mercosur-Mitglied herausholen, das die Volksrepublik China nicht anerkennt. Die *China Oilseeds and Foodstuffs Corporation* (COFCO) hat ein Auge auf das Land geworfen, das von den transnationalen US-Konzernen ADM, Bunge, Dreyfuss und Cargill ausgebeutet wird. Chinesische Logistikunternehmen sind bereit, den Bau des inter-ozeanischen Korridors und seiner Häfen zu übernehmen. Huawei, Xiaomi und Oppo hoffen, die Kontrolle über den Telekommunikationssektor zu übernehmen.

EUROPA

London unterstützte Juan Guaidós versuchten Diebstahl

Das britische Außenministerium hat 80 697 Pfund ausgegeben, um den Anwälten von Juan Guaidó bei seinem Versuch zu helfen, venezolanische, bei der *Bank of England* hinterlegte Vermögenswerte in Höhe von 2 Milliarden US-Dollar zu beschlagnahmen, meldet *Declassified UK*.

Gebet von Papst Franziskus für die Ukraine und Russland

Während seiner Reise nach Ungarn sagte Papst Franziskus: "Ich möchte den Glauben und die Zukunft des gesamten europäischen Kontinents, an die ich in diesen Tagen gedacht habe, und in besonderer Weise die Sache des Friedens in ihr Herz [von Maria] legen." Er erinnerte daran, dass er "das sehr nahestehende ukrainische Volk und das russische Volk" Maria anvertraut habe, und Franziskus bat um die Fürsprache der "Königin des Friedens", damit sie "in den Herzen der Menschen und Führer der Nationen den Wunsch verbreiten möge, Frieden aufzubauen, um den jüngeren Generationen eine Zukunft der Hoffnung und nicht des Krieges zu geben; eine Zukunft voller Wiegen, nicht Gräber; eine Welt von Brüdern, nicht von Mauern."

Fitch Ratings stuft Frankreich auf "AA-" herab

Die Ratingagentur *Fitch Ratings* hat die Note französischer Staatsanleihen von "AA" auf "AA-" mit stabilem Ausblick herabgestuft. Sie schätzt die Auswirkungen der Rentenreform auf "17,7 Milliarden Euro an Ersparnissen bis 2030", während dieses Gesetz mit einer vollständigen Diskreditierung von Präsident Emmanuel Macron einhergeht. Von nun an folgen jede Woche landesweite Demonstrationen aufeinander. Fitch erwartet bis 2027 einen durchschnittlichen jährlichen Anstieg des BIP von 1,1 %, während Bercy (franz. Wirtschaftsministerium) 1,7 % bis 1,8 %

erwartet. Was das Defizit betrifft, so prognostiziert die Agentur 4,7 % im Jahr 2022 und 5 % im Jahr 2023.

Jetzt lehnen die Katalanen die Unabhängigkeit ab

Laut einer Umfrage des [Zentrums für Meinungsstudien](#) (CEO) der Generalitat von Katalonien lehnen 50% der Katalanen die Unabhängigkeit ab, 43% wollen sie und 7% wissen es nicht oder antworten nicht. Der einseitige Weg, der von Carles Puigdemont und einem Teil der *Junts* und der CUP verteidigt wird, erhält nur 9% Unterstützung.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Deutschland kauft F-35 US-Jäger fast um das Vierfache des Preises

Die Regierung von Olaf Scholz kaufte 35 Stück *F-35* zu je 237 Millionen. Neben der Tatsache, dass diese Flugzeuge nicht ihren Spezifikationen entsprechen und das Pentagon beschlossen hat, sie für seine Armeen durch alte *F-16* zu ersetzen, hat ihr Serienverkauf ihren Preis seit Juli 2022 auf 62 Millionen US-Dollar pro Einheit gesenkt. Mit diesem Zuschlag soll Deutschland für Ausgaben der USA aufkommen.

Polnischer Generalstabschef rechnet mit Niederlage der Ukraine

Laut *Do Rzeczy* sagte der polnische Generalstabschef General Rajmund Andrzejczak dem Nationalen Sicherheitsbüro, dass Krieg in erster Linie eine wirtschaftliche vor einer militärischen Frage sei. So gesehen

sind die Möglichkeiten Russlands viel größer als die der Ukraine. Eine Niederlage Kiews ist daher wahrscheinlich. Er warnte seine Gesprächspartner vor der Situation in Polen, dessen Waffenlager wie Schnee in der Sonne schmelzen.

Der stellvertretende polnische Ministerpräsident erinnert daran, dass die Hälfte der Europäer nicht anti-russisch ist

In einem Interview mit *Kurier Lubelski* betonte der stellvertretende polnische Ministerpräsident Piotr Gliński, dass die Hälfte der Europäer finanziell an Russland gebunden sei. Diese Realität, die den Bau der North Stream-Gaspipelines ermöglichte, lähmt die Maßnahmen gegen die russische Invasion in der Ukraine.

Selbst wenn Piotr Gliński die europäische Unterstützung von Russland durch finanzielle Argumente erklärt, beweist er ihre Existenz, die von der atlantischen Propaganda aber verneint wird.

Warschau weist eine Schule der russischen Botschaft in Polen aus

Das Warschauer Rathaus hat die Schule, welche Teil der Botschaft der Russischen Föderation ist, ausgewiesen. Seit dem 1. März hat der polnische Staat alle russischen Immobilien beschlagnahmt. Die Botschaft hatte argumentiert, dass sie zwei Grundstücke für nicht-diplomatische Zwecke nutzte, darunter die Gebäude dieser Schule. Die polnische Regierung hat die russische Beschwerde nicht berücksichtigt.

Papst Franziskus verteidigt vor Viktor Orbán die Migranten

Während seiner Reise nach Ungarn sagte Papst Franziskus zu politischen und religiösen Führern, darunter Ministerpräsident Viktor Orbán: "Es ist traurig und schmerzhaft, verschlossene Türen zu sehen: die verschlossenen Türen unseres Egoismus gegenüber denen, die jeden Tag an unserer Seite gehen (...) die verschlossenen Türen

unserer Gleichgültigkeit gegenüber den Leidenden und der Armut (...) Bitte, öffnen wir die Türen! ». Viktor Orbán ist ein Christdemokrat, der gegen Masseneinwanderung ist.

Schweden verabschiedet hartes Anti-Terror-Gesetz

Schweden hat ein viel strengeres Anti-Terror-Gesetz verabschiedet als das vorherige. Es verurteilt die öffentliche Finanzierung, Anwerbung oder Förderung einer terroristischen Vereinigung, sowie die Auslandsreise mit der Absicht, sich einer solchen Vereinigung anzuschließen. Es sieht eine Freiheitsstrafe von 4 Jahren für Personen vor, die wegen Beteiligung an oder Unterstützung einer extremistischen Organisation verurteilt wurden. Die Strafe kann auf acht Jahre erhöht werden, wenn eine Straftat als schwerwiegend eingestuft wird. Die Gesetzgebung erlaubt, eine Person, die als Anführer einer terroristischen Vereinigung identifiziert wurde, zu lebenslanger Haft zu verurteilen, was in Schweden in der Regel mindestens 20 bis 25 Jahre bedeutet. Auf diese Weise hofft Stockholm, die Türkei, die gegen die PKK und die Gülen-Anhänger kämpft, zufrieden zu stellen und so die Aufhebung des Vetos Ankaras gegen seine NATO-Mitgliedschaft zu erreichen.

Andrij Melnyk interessiert sich für den chinesischen Friedensvorschlag

In einem Interview mit der *Berliner Morgenpost* sagte der stellvertretende ukrainische Außenminister und ehemalige Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk: "Die Chinesen verfolgen natürlich ihre eigenen Interessen. Aber ich glaube, dass eine gerechte und friedliche Lösung und ein Ende der Feindseligkeiten mehr im Interesse Pekings sind, als dieses schreckliche und endlose Erdbeben für die gesamte Weltordnung. Natürlich könnte die chinesische Sichtweise dazu anders sein als unsere. Für Kiew ist der Abzug aller russischen Truppen aus den besetzten Gebieten eine *conditio sine qua non*. Der Teufel steckt im Detail, daher sind wir

gespannt, was Chinas Sondergesandter, der bald zu uns kommen wird, bringen wird."

Andrij Melnyk ist ein polnischer "integraler Nationalist". Als er Botschafter in Berlin war, erregten sein Lob für den Nazi Stepan Bandera und seine leugnenden Aussagen über Massaker an Juden Empörung (Newsletter 20) Er hat gerade im ukrainischen Fernsehen erklärt, dass die westliche Hilfe mit 10 multipliziert werden muss (bis zu 1% des westlichen BIP), um ein signifikantes Ergebnis gegen Russland zu erzielen.

500 000 Dollar für die Ermordung von Präsident Putin

Wolodymyr Jazenko, ein ukrainischer Filmproduzent, bot jedem, der eine Drohne schicken könnte, um Präsident Wladimir Putin zu ermorden, 500 000 Dollar an. Zwei Drohnen griffen tatsächlich die Residenz des Präsidenten im Kreml an. Sie wurden von den Sicherheitsdiensten zerstört. Wladimir Putin war zum Zeitpunkt des Vorfalls nicht in Moskau. Die Pläne für die Siegesparade am 9. Mai auf dem Roten Platz wurden beibehalten, aber in etwa zwanzig Städten nahe der ukrainischen Grenze abgesagt. Die Parade der Unsterblichen, die jährlich an die Toten des "Großen Vaterländischen Krieges" (im Westen als "Zweiter Weltkrieg" bekannt) erinnert, wurde jedoch teilweise eingeschränkt. Russland hat angekündigt, dass es sich die Wahl des Datums und der Gelegenheit seiner Reaktion auf diesen Angriff vorbehält. Der US-Außenminister deutete an, dass dieser gescheiterte Angriff von den russischen Geheimdiensten durchgeführt worden sein könnte, damit Präsident Putin das Opfer spielen könnte.

Drohnenangriff auf Kohlenwasserstoffdepot in Russland

Drohnen griffen eine Kohlenwasserstoffreserve in Russland im Hafen von Sewastopol (Krim) an und verursachten ein gigantisches Feuer.

Die ukrainischen, aus dem Staatsstreich (von der Nato als Würdenrevolution bezeichnet) hervorgegangenen Behörden betrachten die

Analysen des Voltaire-Netzwerks

- "[Wozu benutzen Russland und China ihre militärische Überlegenheit?](#)", von Thierry Meyssan

Im Gegensatz zu dem, was der Westen denkt, hat er die militärische Überlegenheit Russlands und Chinas nicht zu fürchten, aber schon den Einsatz ihrer militärischen Macht, um den Westen zu zwingen, seine Unterschrift zu respektieren.

- "[Waffe des Krieges: Die Auslöschung der Geschichte](#)" von Manlio Dinucci

Wir alle erinnern uns, wie die Sowjets historische Persönlichkeiten verschwinden ließen und sie sogar von offiziellen Fotos löschten. Wir dachten, es gäbe sie nur unter Diktaturen und in unruhigen Zeiten. Zu unserer Schande ist es genau das, was die ukrainischen und westlichen Regierungen im Allgemeinen tun.

Krim als ukrainisches, von Russland besetztes Territorium. Historiker haben eine andere Meinung: fünf Tage nach dem Putsch gegen Michail Gorbatschow proklamierte die Krim ihre Unabhängigkeit, so dass sie bei der Auflösung der Sowjetunion bereits ein freier und souveräner Staat war. Sie strebte jedoch danach, an Russland angeschlossen zu werden, aber nachdem Russland mehr als ein Jahr lang die Gehälter der Krimbeamten bezahlt hatte, beschloss der Präsident von Neurussland, Boris Jelzin, allein, sie den Ukrainern zu überlassen. Während des Putsches gegen den ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch im Jahr 2014 beschloss die Krim, ihre Unabhängigkeit wiederzuerlangen und sich Russland anzuschließen, was dann schließlich akzeptiert wurde.

Jewgeni Prigoschin über den Ukraine-Konflikt besorgt

Der Gründer des privaten Militärunternehmens Wagner, Jewgeni Prigoschin, gab *War Gonzo* ein langes Interview. Er prangerte den Munitionsmangel an der ukrainischen Front und

die Rolle einiger Generäle an. Er ist äußerst kritisch, was das Funktionieren der russischen Armeen angeht.

Das größte Minenfeld der Welt

Der Konflikt in der Ukraine hat ein Territorium, vergleichbar mit der Hälfte Frankreichs, in das größte Minenfeld der Welt verwandelt. Die gefährlichsten Regionen sind die des Donbass, weil der Krieg dort seit 9 Jahren andauert, und die von Charkow, weil sich die Frontlinie oft dorthin verlagert hat.

Die Kiewer spielen diese Tatsache herunter, wenn sie sich an ihre Bevölkerung wenden und betonen sie, wenn sie mit ihren Verbündeten sprechen. Die Moskauer Behörden dagegen, sprechen mit ihrer Bevölkerung darüber und schweigen darüber mit ihren ausländischen Gesprächspartnern.

AFRIKA

Algerischer Präsident gibt seine Sonderbeauftragten auf

Der algerische Präsident Abdelmadschid Tebbun entließ 5 seiner 7 Sondergesandten. Es handelt sich um Ahmed Benyamina (Internationale Sicherheit), Abdelkrim Harchaoui (Wirtschaftsdiplomatie), Noureddine Auam (Palästinensische Sache, Nahost- und Libyenfrage), Leila Zerrougui (Wichtige Partnerschaften) und Taos Haddadi-Djellouli (Nationale Gemeinschaft im Ausland). Amar Belani, ernannter Generalsekretär des Außenministeriums, Sondergesandter für die Westsahara und die Maghreb-Länder, und Budschema Delmi (afrikanische Fragen) und Vorsitzender des Begleitausschusses für die Umsetzung des Abkommens von Algier über Frieden und Versöhnung in Mali bleiben im Amt.

Marschall Haftar interveniert von Libyen aus im Sudan

Feldmarschall Khalifa Haftar, der den Osten Libyens kontrolliert, hilft dem privaten

russischen Militärunternehmen Wagner, Logistik durch die Wüste zu transportieren, um die Truppen von "General" Mohamed Hamdan Dogolo (alias "Hemedti") im Sudan zu versorgen.

Sudan-Konflikt nützt al-Kaida

Der Konflikt, der im Sudan von den US-Straussianern zwischen den Khartum-Armeen von General Abdel Fattah Abdelrahman al-Burhan und der Darfur-Armee von "General" Mohamed Hamdan Dogolo (alias "Hemedti") organisiert wurde, kommt Al-Kaida zugute, die immer noch im Land präsent ist. Diese Situation veranlasst Ägypten, sofort zu intervenieren, um die Wiederherstellung des Terrornetzwerks im eigenen Land zu verhindern.

Ugandisches Parlament berät erneut über Kriminalisierung von Homosexualität

Der Gesetzentwurf, der Homosexualität kriminalisiert, kehrte in das ugandische Parlament zurück, nachdem Präsident Yoweri Museveni sich geweigert hatte, seinen ersten Entwurf zu unterzeichnen. Das Anwendungsgebiet der Verbrechen wurde überarbeitet und die Strafen wurden aufrechterhalten. Die zweite Version kriminalisiert nur homosexuelle Handlungen und nicht mehr homosexuelle Personen. Sie verurteilt Straftäter zu lebenslanger Haft und bei Mehrfachbeziehungen zur Todesstrafe. Sie verurteilt homosexuelle Handlungen zu einer Freiheitsstrafe von 5 Jahren, die beobachtet werden, nur wenn sie Minderjährige betreffen, und nicht mehr im Allgemeinen wie zuvor. Die Verurteilung von Besitzern, deren Häuser für das Verbrechen der Homosexualität genutzt werden, wurde fallen gelassen. Die Parlamentarier diskutierten über die Verteidigung der ugandischen Kultur gegenüber der westlichen Freizügigkeit. In Wirklichkeit war Homosexualität im Land nur seit der britischen Kolonialisierung verboten.

Freundschaft zwischen China und den Komoren

Der chinesische Botschafter auf den Komoren betonte den sichtbaren Charakter der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Chinesische Unternehmen bauen ein Stadion, den Sitz des Parlaments, das nationale Radio- und Fernsehzentrum und das China-Komoren-Freundschaftskrankenhaus. Darüber hinaus hat China 15 Gruppen von medizinischen Teams entsandt, um Zehntausende von Patienten zu behandeln. Diese Äußerungen sollten mit der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Komoren und Frankreich über die komorische Insel Mayotte relativiert werden, die von Frankreich unter Verletzung des Völkerrechts besetzt ist.

ASIEN

Pro- und Anti-Netanjahu-Proteste in Israel

Die massiven Proteste dauern seit 17 Wochen ununterbrochen in Israel an. Die Opposition verurteilt die Reform des Justizsystems durch die Koalitionsregierung von Benjamin Netanjahu. "In der Knesset gibt es nur eine Stimme, die den jüdischen Staat von einer gefährlichen messianischen Diktatur trennt", sagten die Organisatoren. Die Koalition dagegen unterstützt die Reform und fordert, dass sie vollkommen abgeschlossen wird. Sie prangert die Richter des Obersten Gerichtshofs an.

Die US-Amerikaner wissen nicht mehr, ob Israel eine Demokratie ist oder nicht

Laut einer [Ipsos-Umfrage](#) wissen 56% der Amerikaner nicht mehr, ob Israel eine Demokratie ist oder nicht.

Israelischer Justizminister glaubt, dass die Biden-Regierung die Opposition unterstützt

Laut einer Aufzeichnung, die der *Walla*-Website vorliegt, bestätigte der israelische Justizminister Yariv Levin die Äußerungen von Nair

Netanyahu, dem Sohn des Premierministers, dass die Biden-Regierung die Opposition unter der Hand unterstützt. Er deutete jedoch an, dass er dem guten Glauben der Biden-Regierung traue, und wies Thierry Meyssans Theorie zurück, dass es sich um einen Konflikt zwischen den Demokraten und den „Straussianern“ handelt.

Offizielle Reisen von US-Persönlichkeiten nach Israel

Eine überparteiliche Delegation des US-Repräsentantenhauses unter der Leitung seines Präsidenten Kevin McCarthy besuchte Israel. McCarthy sagte, er habe genauso schlechte Beziehungen zu Präsident Joe Biden wie Benjamin Netanjahu. Er versicherte, dass, wenn Joe Biden den Premierminister nicht ins Weiße Haus einlädt, er ihn in den Kongress einladen würde.

Seinerseits, besuchte auch der republikanische Gouverneur von Florida, Ron DeSantis, Israel an denselben Tagen.

Benjamin Netanjahu ist bereits 2015 gegen den Rat von Präsident Barack Obama im Kongress erschienen, um das 5+1-Abkommen über das iranische Atomprogramm zu kündigen.

Knesset debattiert über israelischen Haushalt

Die Knesset setzte die Beratungen über die Justizreform aus, die noch unter dem israelischen Präsidenten Isaac Herzog verhandelt wird, um der Haushaltsabstimmung Priorität einzuräumen. Nach dem Gesetz wird die Versammlung automatisch aufgelöst, wenn sie nicht vor dem 29. Mai verabschiedet wird. Es wird erwartet, dass die Haushaltsdebatte eine Diskussion über die Bedingungen für die Befreiung der Studenten ultraorthodoxer Jeschivas vom Militärdienst und der Todesstrafe beinhalten wird. In der Tat haben ultraorthodoxe Parteien ihre Unterstützung von einer Justizreform abhängig gemacht. Sie fordern, dass das Tora-Studium als ebenso wichtig für den Staat Israel anerkannt wird wie der Militärdienst. In ähnlicher Weise hat die Partei Jüdische Kraft (Otzma Yehudit) des

Ministers für Nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, ihre Unterstützung für die Reform von der Einführung der Todesstrafe für diejenigen abhängig gemacht, die wegen Terrorismus verurteilt wurden.

Netanjahu-Regierung will keine Frauen in der obersten Verwaltung

Die Koalitionsregierung entließ die 9 zentralen Direktoren der Ministerien, die Frauen waren. Sie sind noch nicht alle ersetzt, aber die ersten designierten Nachfolger sind alle Männer.

Israelische Drusen am Rande der Revolte

Die israelische drusische Gemeinschaft, die bisher sogar in den Sicherheitskräften und in Tsahal perfekt integriert war, steht kurz vor der Explosion. Sie reagierte verärgert auf das Gesetz der Jewish Force, den Zionismus als "Leitwert" der israelischen Politik zu proklamieren, was eine Bevorzugung jüdischer Gemeinden gegenüber drusischen, muslimischen und christlichen Frauen implizieren würde. Mehrere drusische Führer, darunter Brigadegeneral Amal Asad, haben behauptet: "Wenn dieses Gesetz wie vorgeschlagen verabschiedet wird, wäre es eine öffentliche Behauptung, dass dies ein rassistischer Staat ist, der offiziell zwischen Juden und Nichtjuden diskriminiert."

Enthüllungen: Shimon Peres unterstützte Diktaturen in Liberia

Laut *Ha'aretz* zeigen kürzlich freigegebene Dokumente, dass Shimon Peres nicht nur die Unterstützung für die Apartheid in Südafrika organisierte, sondern auch die Unterstützung für das autoritäre Regime von William Tubman und die Diktatur von Samuel Doe in Liberia. Verfügbare Dokumente zeigen auch, dass Tel Aviv sich der Verfolgung bewusst war, die mit seiner Hilfe der ehemaligen Präsidentin Liberias, der Friedensnobelpreisträgerin von 2011, Ellen Johnson Sirleaf, verübt wurde. Diese Operationen, die von Gefälligkeiten für liberianische Diplomaten bis hin zu direkter

militärischer Unterstützung reichten, wurden organisiert, um Liberias Hilfe bei den Vereinten Nationen zu sichern. Sie wurden in ständiger Verbindung mit der CIA geführt.

Die Haft von Imad al-Adwan wurde verlängert

Ein israelisches Gericht hat die Haft des jordanischen Abgeordneten Imad al-Adwan verlängert, der wegen Waffen- und Goldschmuggels festgenommen wurde (Newsletter 38). Es hat in diesem Fall auch eine Zensuranordnung erlassen, die für alle Medien des Landes gilt. Der Stamm der al-Adwan, der den größten Teil des Landes im Jordantal besitzt, appellierte an den König von Jordanien.

Fahrlässiger Tod eines palästinensischen Gefangenen

Ein palästinensischer Gefangener, Khodr Adnan, starb in einem israelischen Gefängnis, während er sich seit dem 5. Februar im Hungerstreik befand. Sein Tod scheint auf schlechte Haftbedingungen zurückzuführen zu sein. Seit Itamar Ben-Gvir Minister für Nationale Sicherheit wurde, wurden die Wärter angewiesen, den Willen der Gefangenen zu brechen. Die Dauer der Spaziergänge und Duschen wurde gekürzt. Die sanitären Anlagen sind schlecht gereinigt usw. Khodr Adnan war in Einzelhaft in einer kleinen Zelle ohne Fenster untergebracht worden. Die Wärter aßen während seines Hungerstreiks vor seinen Augen. Er hatte keinen Zugang zu einem Arzt usw.

Hamas setzt Gaza mit Steuern unter Druck

Im Juli 2020 hatte die Hamas Steuern auf 24 Produkte eingeführt, die aus dem Gazastreifen importiert und exportiert wurden, was zu einer sehr hohen Inflation führte: Der Preis für Säuglingsnahrung war um das 4-fache und der Preis für abgefülltes Wasser um das 15-fache gestiegen. Die Händler legten gegen die Entscheidung beim Hamas-Gericht Berufung ein, das sie dann aussetzte. Die Kleidersteuer wurde dann für 600 000 Jeans und 150 000

lange Damentuniken aufgegeben. Im März 2023 kündigte die Hamas neue Steuern auf Fischexporte und Obstimporte an. Nach zweiwöchigen Streiks hob die Hamas die Obststeuer auf, behielt aber die Fischsteuer bei. Aus Angst, dass die Hamas die Juli-Steuern rückwirkend wieder einführen würde, weigern sich die meisten Händler, die umstrittenen Waren zu verkaufen. Die Anzahl der verfügbaren Wasserflaschen hat sich halbiert.

Hamas kommt in den Libanon

Nachdem die Hamas von Präsident Baschar al-Assad in Damaskus empfangen worden war, verlegte sie ihre Vermögenswerte und Männer aus der Türkei und Katar in den Libanon. Katar, das zusammen mit Marokko und Kuwait immer noch gegen die Rückkehr Syriens in die Arabische Liga ist, führt nun eine Pressekampagne gegen die neue Strategie des palästinensischen Widerstands, die Katar als „historischen Fehler“ bezeichnet.

Rückführung syrischer Flüchtlinge

Es gibt drei Kategorien von syrischen Flüchtlingen:

- Terroristen. Sie sind zahlenmäßig sehr wenige und werden in Syrien vor Gericht gestellt, wenn sie zurückkehren.
- Politiker. Es gibt kaum mehr davon. Präsident Baschar al-Assad hat versprochen, sie in das politische Leben des Landes einzubeziehen.
- Die Vertriebenen. Sie sind Millionen in der Türkei, im Libanon und in Jordanien. Sie werden nun von den Vereinten Nationen ernährt und können nur mit externer Wirtschaftshilfe in ihre Heimat zurückkehren.

Libanon und Syrien hoffen syrische Flüchtlinge rückführen zu können

Der libanesische Generaldirektor für Sicherheit, General Elias Baissari, besuchte Damaskus, um über die Rückkehr der 2 Millionen Flüchtlinge zu sprechen. Etwa 500 000 sind bereits zurückgekehrt, aber die Vereinten Nationen, die sie mit Nahrungsmittelhilfe versorgen, sind weiterhin dagegen.

Jordanien könnte mit der Rückführung syrischer Flüchtlinge beginnen

Auf dem Gipfel in Amman zur Versöhnung zwischen der Arabischen Liga und Syrien schlug Jordanien vor, schrittweise vorzugehen. Es könnte mit der Rückführung syrischer Flüchtlinge langsam beginnen. Vielleicht mit Tausend, am Anfang.

Syrien reduziert Präsenz der Hisbollah und iranischer Truppen

Syrien hat vor dem 18. April, also noch vor dem Besuch des saudischen Außenministers Prinz Faisal bin Farhan, zahlreiche Straßensperren in Damaskus aufgehoben. Sie wurden entweder von der Hisbollah oder von der vierten Division des Bruders des Präsidenten, General Maher al-Assad, gehalten. Die Hisbollah hat ihre Präsenz rund um den schiitischen Schrein von Sayeda Zeinab in Damaskus reduziert, während der Iran seinen Militäreinsatz rund um die Hauptstadt neu organisiert hat. Man bewegt sich auf einen gleichzeitigen Abzug aller ausländischen Truppen, ob US-amerikanische oder russische, iranische oder türkische, aus dem Land zu. Die einzigen verbliebenen Oppositionellen sind die der Vereinigten Staaten und der Muslimbruderschaft, vertreten durch Katar.

Baschar al-Assad empfängt Ebrahim Raissi

Der syrische Präsident Baschar al-Assad hat seinen iranischen Amtskollegen Ebrahim Raissi in Damaskus empfangen. Es war der erste Besuch eines iranischen Präsidenten in Syrien seit 2011.

Raissi erkannte an, dass das Land nach einem Jahrzehnt Krieg gewonnen habe, während Assad die iranische Hilfe während des Konflikts begrüßte.

Die beiden Länder unterzeichneten ein strategisches Abkommen, das Landwirtschaft, Eisenbahn, Zivilluftfahrt, Öl und Freizonen umfasst.

Die Vereinigten Arabischen Emirate wechseln über auf die russisch-chinesische Seite

Die Vereinigten Staaten sind sehr besorgt über den Wandel der Vereinigten Arabischen Emirate. Diese haben bei sich den Bau einer chinesischen Militäranlage wieder aufgenommen und exportieren strategische Ausrüstung, wie in den USA hergestellte Halbleiter, nach Russland. Die Vereinigten Arabischen Emirate waren sich immer über die Realität des US-Imperialismus im Klaren. Sie unterwarfen sich jedoch, solange Washington die Welt militärisch beherrschte. So haben sie ihren Kopf gebeugt, als Washington sie zwang, den Think-Tank der Arabischen Liga zu schließen, weil sie Thierry Meyssan über die Anschläge vom 11. September mit allen Ehren empfangen hatten. Sie schwiegen, als die CIA 2010 Prinz Sheikh Ahmed bin Zayed al-Nahyan in Marokko ermordete, weil er heimlich den palästinensischen Widerstand finanziert hatte.

Sie distanzieren sich von Washington, als die USA, die sie schützen sollten, Ende Januar 2022 jemenitische Drohnen Saudi-Arabien überfliegen ließen und sie angriffen.

Wird der Jemen geteilt werden?

Am 4. Mai fand ein Treffen mit allen politischen Teilen des Südjemen statt. Es ging darum, eine Friedensformel vorzulegen, die die Teilung des Jemen in zwei getrennte souveräne Staaten beinhaltet. Diese auf den ersten Blick attraktive Formel würde den Jemen von seinen externen Sponsoren extrem abhängig machen.

Türkei eliminiert Daesch-Kalifen

Präsident Recep Tayyip Erdoğan gab am 30. April bekannt, dass seine Spezialeinheiten den Daesch-Kalifen Abu al-Hussein al-Husseini al-Qurashi in der Nähe von Afrin in der Nacht zuvor eliminiert hätten. Er war der fünfte Kalif der Organisation. Seltsamerweise reagierten die westlichen Staats- und Regierungschefs nicht auf diese Ankündigung. Daesch wird als antiwestliche Organisation dargestellt. Seine

Siege im Irak und in Syrien wurden jedoch vom Pentagon vom NATO-Stützpunkt Izmir aus organisiert, finanziert und bewaffnet. Sein Fahrplan bestand darin, einen sunnitischen Staat zu schaffen, der sich über den Irak und Syrien erstreckt, in Übereinstimmung mit dem von Robin Wright enthüllten US-Plan.

Iran entert einen Öltanker

Die iranische Marine beschlagnahmte den Öltanker *Advantage Sweet* im Meer von Oman. Er war auf dem Weg in die USA, als er mit einem iranischen Schiff kollidierte und zwei Menschen tötete. Die Vereinigten Staaten bezeichneten die Beschlagnahme als "völkerrechtswidrig" (sic), ohne näher darauf einzugehen. Die Europäische Union leitete eine siebte Sanktionswelle gegen den Iran ein, der mit Sanktionen gegen europäische Persönlichkeiten reagierte.

Der Iran festigt seine Besetzung von drei Golfinseln

Der Oberste Führer Ayatollah Ali Khamenei befahl den Revolutionsgarden, die Präsenz des Iran auf den Inseln Abu Musa, dem Großen Grab und dem Kleinen Grab zu konsolidieren. Sie wurden 1971 von Schah Reza Pahlevi auf Kosten des britischen Empire besetzt. Sie werden von den Vereinigten Arabischen Emiraten beansprucht. Auf dem Gipfel in Riad unterstützte China Abu Dhabi in dieser Frage und forderte die Emiratis auf, mit dem Iran über ihre Rückgabe zu verhandeln.

Iran verurteilt US-Militärpräsenz im Nahen Osten

Der iranische Präsident Ebrahim Raissi empfing seinen irakischen Amtskollegen Abdul Latif Rashid in Teheran und stellte die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten im Nahen Osten in Frage. Er betonte, dass die iranisch-irakischen Beziehungen auf gemeinsamen Interessen beruhen, während "die Amerikaner an ihre Interessen denken und nicht an die der Länder der Region"; Ihre Streitkräfte "stören die Sicherheit der Region". Der Oberste Führer Ali

Khamenei sagte: "Die Amerikaner sind mit niemandem befreundet und nicht einmal loyal gegenüber ihren europäischen Verbündeten. Selbst die Anwesenheit eines einzigen Amerikaners im Irak ist zu viel."

Pakistans Außenminister in Indien

Der pakistanische Außenminister Bilawal Bhutto Zardari nimmt am Außenministertreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) in Goa teil. Dies ist das erste Mal seit 2011, dass ein pakistanischer Minister Indien besucht. Wir hatten berichtet, dass China heimlich über ein dauerhaftes Friedensabkommen zwischen Indien und Pakistan verhandelt.

China renoviert den Hafen von Colombo

China baut im Hafen von Colombo in Sri Lanka das größte Logistikkreuz Südasiens. Die *China Merchants Group* investiert da 400 Millionen US-Dollar. Sie verwaltet bereits den Hafen von Hambantota im Süden der Insel und bietet chinesischen Tankern einen Zwischenstopp auf der Route des Persischen Golfs.

Referendum zur Annahme der neuen usbekischen Verfassung

Das Verfassungsreferendum in Usbekistan wurde von 90,21% bei einer Beteiligung von 84,54% angenommen. Es wurden 27 neue Artikel und 159 neue Bestimmungen eingeführt, wie z. B. das Verbot der Todesstrafe, der Schutz von Menschen vor dem Abriss ihrer Wohnungen, das Verbot der Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz während der Schwangerschaft, das Aussageverweigerungsrecht für Personen, die eines Verbrechens beschuldigt werden, etc. Darüber hinaus wird die Amtszeit des Präsidenten von 5 auf 7 Jahre verlängert und kann zweimal verlängert werden. Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bedauerten einen "Mangel an echtem Pluralismus und Wettbewerb". Sie stellten fest, dass es keine

"organisierte Opposition gegen die Änderungsanträge" gegeben habe, und betonten, dass es noch "ein weiter Weg ist, bis die Grundrechte (...) respektiert werden." Der Westen verurteilt eine Reform, die Präsident Shavkat Mirziyoyev bis 2040 an der Macht halten könnte.

Südkorea kritisiert Chinas Haltung zum nordkoreanischen Atomprogramm

Zurück aus Washington, verurteilte der südkoreanische Präsident Yoon Suk-yeol Chinas Position gegenüber Nordkorea, weil Peking die von den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen nicht anwendet. Er machte China für die zunehmenden Spannungen in der Region verantwortlich. Er sagte: "Wenn sie uns für die Annahme der Washingtoner Erklärung und die Verbesserung unserer Sicherheitskooperation zu einer nuklearen Zusammenarbeit ablehnen und kritisieren wollen, sollten sie die nukleare Bedrohung verringern oder sich zumindest an das Völkerrecht halten und sich an die Sanktionen des UN-Sicherheitsrats gegen die nukleare Bedrohung halten." Der Anstieg der Spannungen wurde jedoch nicht durch Chinas Versäumnis verursacht, die UN-Sanktionen durchzusetzen, sondern durch gemeinsame Militärmanöver Südkoreas und der Vereinigten Staaten, die sich seit 1950 beide im Krieg mit Nordkorea befinden.

Nordkorea baut seine Atombasis Yongbyon aus

Aufgrund der Untersuchung von Satellitenbildern versichern [Peter Makowsky](#), [Jack Liu](#) und [Olli Heinonen](#), dass Nordkorea seine Arbeit zum Ausbau und zur Modernisierung seiner militärischen Nuklearbasis in Yongbyon fortsetze.

Kim Yo-Jong kritisiert Südkorea-US-Gipfel

Die Schwester des nordkoreanischen Obersten Führers, Kim Yo-Jong, hat die Einigung zwischen dem US-amerikanischen und dem

südkoreanischen Präsidenten kritisiert. Ihrer Meinung nach könnten diese aggressiven Maßnahmen nur den Frieden in der Region bedrohen.

China würde Ausreiseverbote vervielfachen

Laut dem Bericht des Vereins *Safeguard Defenders*, *Trapped: China's expanding use of Exit Bans*, würde China die Ausreiseverbote vervielfachen. Sie würden von verschiedenen Gerichtsbarkeiten ausgestellt und könnten nicht angefochten werden.

Qin Gang bestätigt chinesische Unterstützung von Myanmar

Der chinesische Außenminister Qin Gang besuchte Myanmar, wo er mit Premierminister Min Aung Hlaing zusammentraf. Er versicherte seinem Gesprächspartner, dass China seine Entwicklung und nationale Aussöhnung weiterhin unterstützen und gleichzeitig seine Souveränität respektieren werde. Er wird zum Außenministertreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit nach Goa (Indien) reisen.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Albanien, Frankreich und die Vereinigten Staaten gegen Russland bei der UNO

Albanien, Frankreich und die Vereinigten Staaten organisierten am 28. April am Rande des UN-Sicherheitsrats eine Debatte nach der Arria-Formel mit dem Titel: "Maßnahmen gegen die Entführung und Abschiebung von Kindern in bewaffneten Konflikten: konkrete Maßnahmen für eine wirksame Rechenschaftspflicht und Prävention". Damit soll offensichtlich der Vorwurf des Internationalen Strafgerichtshofs unterstrichen werden, wonach Präsident Wladimir Putin und die Kommissarin für die Rechte des Kindes, Maria Lvova-Belova, Kinder in der Ukraine entführen ließen. Wir haben hier (Newsletter 33) bereits erklärt, dass dieser Vorwurf nur dann

gilt, wenn man Donbass und Neurussland als ukrainische Gebiete betrachtet. Dieser Vorwurf ist aus russischer Sicht absurd.

45 afrikanische Minister fordern Reform des Internationalen Währungsfonds

45 afrikanische Minister für Finanzen, Planung und wirtschaftliche Entwicklung forderten auf der Frühjahrstagung eine Reform des Internationalen Währungsfonds. Sie forderten eine deutliche Aufstockung des Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (PRGT). Sie forderten auch das Ende der Erstattung der Verwaltungskosten (Personal- und Betriebskosten) dieser Fazilität, den Verkauf eines Teils der Goldreserven des IWF und eine vorübergehende Verdreifachung der jährlichen Zugangsbeschränkungen für Notkredite.

IWF prognostiziert, dass eine Teilung der Welt für Afrika katastrophal wäre

Der Internationale Währungsfonds prognostiziert, dass eine Teilung der Welt in zwei Blöcke (USA-EU/Russland-China) in den nächsten 10 Jahren zu einem Rückgang des afrikanischen BIP um mindestens 4% führen würde.

IWF prognostiziert Rekordwachstum in Asien-Pazifik

Der Internationale Währungsfonds prognostiziert für das Jahr 2023 ein Wachstum von 4,6 % im asiatisch-pazifischen Raum und 5,2 % in China, während er weltweit nur 2,8 % prognostiziert.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltage.net

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°40 - 12. Mai 2023

LEITARTIKEL

Die Korruption der Biden-Familie

Der Unterausschuss des US-Repräsentantenhauses, der die Angelegenheiten der Familie Biden untersucht, überprüfte Tausende von Bankdokumenten und hörte mehrere Zeugen an. Er hat seine ersten Schlussfolgerungen gezogen. Zwischen 2015 und 2017 organisierte die Familie Biden ein komplexes Netzwerk von 20 Unternehmen, die mehr als 10 Millionen US-Dollar an 9 ihrer Mitglieder zahlten. Diese Einnahmen wurden hauptsächlich in China und Rumänien erzielt. Es konnte nicht mit Sicherheit festgestellt werden, welche spezifischen Dienstleistungen sie vergüteten.

Der Vorsitzende des Unterausschusses, James Comer, sagte: "Ich denke, das amerikanische Volk versteht, dass es stinkt. Und ich denke, er weiß zu schätzen, was wir hier tun."

Der Vorsitzende der Demokraten im Unterausschuss, Jamie Raskin (Maryland), sagte: "[Die Republikaner] bombardieren die Öffentlichkeit weiterhin mit Andeutungen, falschen Behauptungen und offenen Lügen und recyceln unbegründete Behauptungen aus Geschichten, die vor Jahren entlarvt wurden. Da die Republikaner des Ausschusses nicht in der Lage waren, den Präsidenten direkt zu verwickeln, griffen sie auf handverlesene Bankunterlagen, falsche Aussagen über vertrauliche und unbestätigte Bankberichte, die als SAR bekannt sind, und auf unbegründete Verschwörungstheorien zurück, um die Familie des Präsidenten, einschließlich seiner Enkelkinder, anzugreifen.

Das FBI soll einen Bericht über Joe Bidens "kriminellen Plan" haben, um Geld im Austausch für politische Gefälligkeiten zu erhalten. Yuriy Lutsenko, der damalige Generalstaatsanwalt der Ukraine (2016-19), hatte im Oktober 2018 versucht, das US-Justizministerium zu kontaktieren. Er sagte, er sei bereit, Beweise dafür vorzulegen, dass Vizepräsident Joe Biden und Außenminister John Kerry ihren Einfluss geltend gemacht hätten, um Burisma Holdings im Austausch für Zahlungen an Hunter Biden, Devon Archer und Joe Biden zu schützen. Die beiden Anwälte, Bud Cummins und Geoffroy Berman, die Herrn Lutsenko vertraten, bezeugten die Richtigkeit dieser Kontakte. Die Parlamentarier versuchen, den FBI-Bericht zu erhalten und zu verstehen, warum die Bundespolizei die Informationen nicht überprüft hat, sondern gegen die Anwälte ermittelt hat, die sich ihnen vorgestellt haben. FBI-Direktor Christopher A. Wray hat sich offiziell geweigert, ihnen diesen Bericht auszuhändigen.

Am 14. Oktober 2020 enthüllte die *New York Post*, dass Hunter Bidens Computer vom FBI beschlagnahmt worden war. Das Federal Bureau of Investigation bestritt dies zunächst.

AMERIKA

Verschlechterung der Beziehungen zwischen Kanada und China

Am 15. März ernannte der kanadische Premierminister Justin Trudeau einen Sonderberichterstatter, um die Vorwürfe der chinesischen Einmischung in die Wahl zu untersuchen. Dabei handelt es sich um den ehemaligen Generalgouverneur (der damals Königin Elizabeth II. vertrat), David Lloyd Johnston.

Laut *Globe and Mail* vom 5. Mai hätte ein chinesischer Diplomat mit Sitz in Toronto, Zhao Wei, Druck auf den kanadischen Abgeordneten und ehemaligen konservativen Minister Michael Chong ausgeübt. Er soll ihm mit Sanktionen gegen seine in Hongkong lebenden Familienangehörigen gedroht haben. Michael Chong ist der Befürworter eines Gesetzes, das das Vorgehen der Kommunistischen Partei Chinas gegen muslimische Uiguren anerkennt. Die Konservative Partei warf dem Premierminister vor, sich nicht um seinen Abgeordneten zu kümmern. Am Ende wies die Regierung Zhao Wie aus. Im Gegenzug warf China Kanada "ungerechtfertigte" Initiative vor und wies die kanadische Generalkonsulin in Shanghai, Jennifer Lynn Lalonde, aus.

Justin Trudeau behauptete, der Geheimdienstbericht zu diesem Fall sei ihm nicht mitgeteilt worden und er habe aus der Presse davon erfahren.

Das Parlament nahm mit 170 gegen 150 Stimmen eine EntschlieÙung an, in der die Einrichtung eines Registers ausländischer Agenten gefordert wird und die Schließung von "Polizeistationen, die in Kanada von der Volksrepublik China betrieben werden".

Es scheint, dass einer der Berater des Premierministers, Morris Rosenberg, den Bericht der Geheimdienste über den Druck erhalten hatte, der angeblich auf den Abgeordneten und seine Familie ausgeübt wurde. Als er Direktor der *Pierre Elliott Trudeau Foundation* war, nahm Morris Rosenberg jedoch Spenden von einem chinesischen

Geschäftsmann Zhang Bin an, der mit der Kommunistischen Partei verbunden ist. Bis heute bleibt unklar, ob die dem chinesischen Diplomaten zugeschriebenen Drohungen weiterverfolgt wurden und ob sie auch ausgesprochen wurden. Auf der anderen Seite ist es sicher, dass sich die Beziehungen zwischen Kanada und China im Dezember 2018 mit der Verhaftung der Tochter des Huawei-Gründers und Finanzchefs des Unternehmens, Meng Wanzhou, die von den Vereinigten Staaten beschuldigt wurde, ihre "Sanktionen" gegen den Iran umgangen zu haben, zu verschlechtern begannen. Diese Handlungen stellen nach US-Recht Finanzbetrug dar. Frau Meng wurde nicht ausgeliefert, sondern nach drei Jahren Hausarrest freigelassen.

Avril Haines glaubt nicht, dass Russland eine Atombombe einsetzen wird

Die Direktorin des Nationalen Geheimdienstes, Avril, Haines, wurde vom Streitkräfteausschuss des Senats angehört. Sie sagte, Russlands Einsatz von Atomwaffen sei "höchst unwahrscheinlich, basierend auf seiner aktuellen Einschätzung".

Grenzschutz maskierte Chaos an der mexikanischen Grenze

Nach Angaben des Generalinspektors konnten angesehene Besucher (einschließlich Kongressmitglieder) das Chaos an der mexikanischen Grenze nicht sehen, weil die Grenzschutzbeamten ihnen eine Inszenierung präsentierten, die von der Realität weit entfernt war.

Voreingenommenheit der Richter des Obersten Gerichtshofs

Nach den Enthüllungen über die Korruption des Richters des Obersten Gerichtshofs, Clarence Thomas (Newsletter 36), leitete der Justizausschuss des Senats unter dem Vorsitz des Demokraten Richard J. Durbin (Illinois) eine Untersuchung ein. Er bat um eine Liste aller Geschenke an Richter des Obersten

Gerichtshofs im Wert von mehr als 415 US-Dollar.

Ein anderer Richter desselben Gerichts wurde vom *Daily Wire* in Frage gestellt. Sonia Sotomayor zog sich nicht von einer Klage zurück, an der ihr Verleger Penguin Random House beteiligt war. Sie erhielt jedoch 2 Millionen US-Dollar davon, was sie in die Lage versetzte, sowohl Richterin als auch Partei zu sein.

Darüber hinaus wird der Oberste Gerichtshof in den nächsten drei Monaten über lang erwartete Fälle entscheiden müssen, in denen es um "Rasse", Religionsfreiheit, Wahlrecht, soziale Medien und Homosexuellenrechte geht. Die Gesetze, die die Korruption regeln, gelten nur für Richter der unteren Gerichte. Insbesondere müssen sie jede Spende oder Leistung von mehr als 415 US-Dollar deklarieren. Diese Regel gilt jedoch nicht für Richter des Obersten Gerichtshofs.

Donald Trump wegen Verleumdung und sexueller Nötigung verurteilt

Ein New Yorker Gericht hat den ehemaligen Präsidenten von der Anklage wegen Vergewaltigung freigesprochen, die die Schriftstellerin und Journalistin E. Jean Carroll gegen ihn erhoben hatte. Stattdessen verhängte er eine Geldstrafe von 2 Millionen US-Dollar wegen "sexueller Übergriffe", nachdem sie ihre Aussage ernsthaft verändert hatte, und eine weitere von 3 Millionen US-Dollar wegen Verleumdung.

Die Jury, die sich aus einer sehr Anti-Trump-Bevölkerung zusammensetzte, hatte sich ein bereits bekanntes Tonband angehört, in dem er damit prahlte, dass er Frauen an die Genitalien greifen könne, ohne sie um ihre Zustimmung zu bitten, weil er ein TV-Star sei. Er nannte Carrolls Beschwerde auch einen Erpressungsversuch.

In Anbetracht der Tatsache, dass der Vorwurf der sexuellen Belästigung nicht wahrer ist als der der Vergewaltigung und dass der Vorwurf der Verleumdung nur auf dieser Überzeugung beruht, legte Donald Trump Berufung ein.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Robert Kennedy Jr. beschuldigt die CIA, seinen Onkel ermordet zu haben

Der demokratische Präsidentschaftskandidat Robert Kennedy Jr. gab John Catsimatidis am 6. Mai 2023 ein Interview.

Zur Ermordung seines Onkels, Präsident John F. Kennedy, im Jahr 1963 sagte er: "Es gibt überwältigende Beweise dafür, dass die CIA an seiner Ermordung beteiligt war. Ich denke, an diesem Punkt ist es über jeden vernünftigen Zweifel erhaben."

Er verwies seine Zuhörer auf das Buch von James W. Douglass, *JFK and the Unspeakable*.

Verwirrung in Chile

Die Chilenen wählten eine verfassunggebende Versammlung, nachdem sie die vorherige Verfassungsreform als zu minderheitenfreundlich abgelehnt hatten. Für sie geht es darum, den Regeln der Pinochet-Ära ein Ende zu setzen. Die Verfassunggebende Versammlung muss den Verfassungsentwurf nicht selbst verfassen, sondern einen Text ändern, der von 24 von Parlamentariern ernannten Experten verfasst wurde. Die Änderungsanträge müssen mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen werden. 84% der Wähler stimmten ab. Viele Chilenen stimmten jedoch leer (21% der abgegebenen Stimmen) oder gegen die linke Regierung von Gabriel Boric. Infolgedessen gehen von 51 Sitzen 23 an die Republikanische Partei (nostalgisch für das Militärregime von General Augusto Pinochet), 16 an Einheit für Chile (Unterstützer der Regierung von Gabriel Boric)

und 11 an *Chile ohne Gefahr* (des ehemaligen liberalen Präsidenten Sebastián Piñera). Daher werden nur Unterstützer des Pinochet-Regimes ein Vetorecht haben und in der Lage sein, jede Änderung zu blockieren. Die Republikanische Partei wird von José Antonio Kast, dem Sohn eines Nazi-Offiziers, geführt.

EUROPA

Der Niedergang der Autorität des französischen Staates zeigt sich in der Rekrutierung seiner Armeen

Die Kündigungsrate von Verträgen in der französischen Armee vor Ablauf ihrer 5-Jahres-Laufzeit erreichte 32%. Die Armeen erleben eine wachsende Unzufriedenheit und sind nicht mehr in der Lage, ausreichend Personal zu rekrutieren. Das gleiche Phänomen ist bei der Polizei und der Gefängnisverwaltung zu beobachten.

Es handelt sich also nicht so sehr um ein Problem, auch wenn es real ist, das mit den Arbeitsbedingungen zusammenhängt, sondern mit dem Auftrag des Staates. Die einzigen Antworten, die das Ministerium der Streitkräfte gibt, betreffen die Gehaltsskala und die Zulassungsbedingungen. Niemand will über die Autorität des Staates debattieren.

Französische Abgeordnete stufen Russlands Wagner-Gruppe als "terroristisch" ein

Die französische Nationalversammlung hat einstimmig einen Resolutionsantrag (R. 111) angenommen, in dem die Regierung aufgefordert wird, auf europäischer Ebene zu intervenieren, damit das russische private Militärunternehmen Wagner als "terroristisch" eingestuft wird.

In ihren Erwägungsgründen wirft die Resolution dem russischen privaten Militärunternehmen vor,

-versucht zu haben, den Präsidenten der Republik Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, sowie dreiundzwanzig weitere politische Führer zu ermorden, um den ukrainischen Staat zu destabilisieren;

-nach Angaben des deutschen Geheimdienstes an summarischen Hinrichtungen, Verstümmelten und Folterhandlungen gegen Zivilisten in der ukrainischen Ortschaft Butscha teilgenommen zu haben [Informationen, die nicht mit internationalen forensischen Untersuchungen vor Ort übereinstimmen];
-für die Folter und Enthauptung des syrischen Staatsbürgers Mohammed Taha Ismail Al-Abdullah im Juni 2017 in Syrien, bevor er Videos von der Hinrichtung veröffentlichte [Informationen zurückgehalten];

-nach Angaben des italienischen Geheimdienstes einen Preis auf den Kopf des italienischen Verteidigungsministers, Herrn Guido Crosetto, gesetzt zu haben, weil er auf die Verantwortung dieser Einheit für den Exodus von Bevölkerungen in den afrikanischen Ländern, in denen sie ansässig ist, hingewiesen hat;

-nach Angaben des französischen Geheimdienstes regelmäßig Desinformationskampagnen und -operationen gegen die französische Armee durchgeführt haben, wie z. B. das künstliche Massengrab in der Nähe des Militärstützpunkts Gossi im April 2022, mit dem Ziel, französische Truppen fälschlicherweise zu beschuldigen;

-nach Angaben des US-Geheimdienstes über Briefkastenfirmen umfangreiche Desinformationskampagnen durchgeführt zu haben, um den Wahlprozess der Präsidentschaftswahlen von 2016 in den Vereinigten Staaten und 2017 in Frankreich zu beeinflussen [Anspielung auf die Verbreitung von E-Mails aus der Kampagne von Emmanuel Macron];

-nach Angaben des französischen Außenministeriums Aktionen durchzuführen, die darauf abzielen, eine Strategie des Terrors gegen die Zivilbevölkerung und ihre Gegner umzusetzen, Behörden zu zwingen oder die grundlegenden Strukturen eines Landes zu destabilisieren. Über den Ukraine-Konflikt hinaus zielt der Ansatz der Abgeordneten vor allem darauf ab, auf Wagners Aktivitäten im französischsprachigen Afrika und die angebliche Rolle von Jewgeni Prigoschin beim Hacken von

Emmanuel Macrons Wahlkampf-E-Mails zu reagieren.

Silvio Berlusconi bedauert die militärische Verteidigungs-Unfähigkeit der EU gegen China

Silvio Berlusconi, ehemaliger italienischer Ministerpräsident, sagte Sky-TG24, dass die EU sich nicht verteidigen könne, wenn sie von China angegriffen werde. Die Europäer könnten nur Chinesisch lernen.

Die erwähnte Situation wurde nie ins Auge gefasst und stellt sich auch nicht. Herr Berlusconi wollte wahrscheinlich betonen, dass die EU nicht nur nicht fähig ist, sich gegen Russland zu verteidigen, sondern auch militärisch völlig von China überholt ist. Diese Äußerungen kommen zu einem Zeitpunkt, an dem Berlusconi seit einem Monat wegen Herzproblemen und chronischer Leukämie im Krankenhaus liegt. Auf der anderen Seite deutete die derzeitige Premierministerin Giorgia Meloni im vergangenen Monat an, dass sie erwäge, Italien aus Chinas Seidenstraßenprogramm zurückzuziehen.

Erinnerungsstücke der Roten Armee, die sie befreit hat, in Berlin verboten

Aus Gründen der öffentlichen Ordnung wurden in Berlin am 8. und 9. Mai, dem Datum der Befreiung der Stadt durch die Rote Armee, russische und sowjetische Flaggen sowie St.-Georgs-Bänder verboten. Ukrainische Flaggen waren jedoch erlaubt.

Qin Gang in Deutschland

Der chinesische Außenminister Qin Gang besuchte Berlin. Er sagte: "Das Erreichen gemeinsamer Sicherheit und dauerhaften Friedens war der Traum des deutschen Denkers Immanuel Kant, und dauerhafter Frieden sei das wichtige Ziel, eine Gemeinschaft mit einer geteilten Zukunft für die Menschheit aufzubauen. China und Europa sollten gemeinsam eine glänzende Zukunft mit dauerhaftem Frieden und universeller Sicherheit

aufbauen. Taiwans Rückkehr nach China ist ein integraler Bestandteil der internationalen Nachkriegsordnung. Jede Seite, die aufrichtig auf Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße hofft und sich aufrichtig zur Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung verpflichtet, sollte sich ernsthaft an das Ein-China-Prinzip halten und sich entschieden gegen alle Akte der Unabhängigkeit Taiwans stellen.

Qin Gang besuchte auch den Ort der alliierten Potsdamer Konferenz von 1945. Er erinnerte daran, dass das damalige Abschlusskommuniqué die Rückgabe chinesischer Gebiete an China, einschließlich der Provinz Taiwan, forderte, die China von den Japanern gestohlen worden waren. Er bedauerte, dass die Vereinigten Staaten heute ihre Unterschrift vergessen hätten.

Qin Gang sagte auch: Es gibt eine Gemeinsamkeit zwischen dem strategischen Urteil des chinesischen Präsidenten Xi Jinping über die "Welt, die in einem Jahrhundert tiefgreifende unsichtbare Veränderungen durchmacht" und der "Zeitenwende" von Bundeskanzler Olaf Scholz. Angesichts einer unruhigen Welt sollte die internationale Gemeinschaft ihre Zusammenarbeit verstärken und ihre Kräfte bündeln, um die Herausforderungen zu meistern.

Frank-Walter Steinmeier hält die europäische Sicherheitsordnung für tot

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte im Bayerischen Rundfunk: "Die europäische Sicherheitsordnung existiert leider nicht mehr (...) Nicht jeder will meine Prognose für die nahe Zukunft hören (...) [Am Ende des Konflikts in der Ukraine] Es wird eine neue Situation entstehen, in der sich Europa auf der einen Seite und Russland auf der anderen Seite vor allem gegeneinander verteidigen werden."

EU "sanktioniert" 7 chinesische Unternehmen

Die Europäische Union hat ihr 11. Paket einseitiger Zwangsmaßnahmen (fälschlicherweise als "Sanktionen" bezeichnet) gegen Russland ergriffen. Sie beschloss auch,

ausländische Unternehmen zu bestrafen, die es Russland ermöglichen, seine einseitigen Zwangsmaßnahmen zu umgehen (ein armenisches Unternehmen, zwei Usbeken, zwei Emirate, ein iranisches und ein syrisches und insbesondere sieben chinesische Unternehmen). Peking reagierte sofort und drohte der EU mit Gegenmaßnahmen.

Brüssel erwägt nun, Maßnahmen gegen Drittstaaten zu ergreifen, die es Russland ermöglichen, seine "Sanktionen" zu umgehen, allen voran China.

Peking prangerte daher sofort einen Vorwand an, den internationalen Handel zum alleinigen Vorteil der Westler einzuschränken.

Die EU will Künstliche Intelligenz regulieren, allerdings mit anderen Kriterien als China

Nach China ist es die EU, die ein Gesetz zur Regulierung der künstlichen Intelligenz ausarbeitet (Newsletter 38). Für Brüssel geht es nicht um den Schutz der Rechte der Gemeinschaft (Manipulationen der Geschichte oder der nationalen Identität), sondern um den Schutz der Rechte des Einzelnen.

Israel liefert Waffen an ukrainische "Massakrierer von Juden"

Da der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu mit der Politik seines Vorgängers Naftali Bennett brach, beschloss er die ukrainischen "integralen Nationalisten" zu unterstützen. Benjamin Netanjahu ist ein "revisionistischer Zionist". Sein Vater, Benzion Netanyahu, war der Privatsekretär von Vladimir Jabotinsky, einem langjährigen Verbündeten der "Massakrierer von Juden". Er lobte immer das [Bündnis, das 1921 mit Simon Petljura gegen die Russen](#) geschlossen wurde. Israel würde voraussichtlich in Kürze Radargeräte von RADA Electronic Industries liefern. Dies sind die ersten Elemente eines größeren Luftverteidigungssystems. Als Reaktion darauf prüft der Kreml die mögliche Lieferung von Luftverteidigungssystemen an den Staat Palästina.

Zu diesem Zeitpunkt ist unklar, ob Tel Aviv diesen Waffenverkauf genehmigt hat oder ob es diese Waffen der Ukraine angeboten hat.

Voltaire-Netzwerkanalyse

["Zwei Welten, die sich am 6. und 9. Mai in Szene setzen"](#) von Thierry Meyssan

London und Moskau sind Schauplatz großer kollektiver Ereignisse. Jeder drückt seine eigenen Werte aus. In England verbirgt die Pracht die Herkunft reicher Ornamente, die oft skrupellos gestohlen wurden. In Russland ist die Feier der Märtyrer des Zweiten Weltkriegs eine Pflicht des Vaterlandes. In London wird der Erfolg an dem gemessen, was man erbeutet hat. In Moskau wird er an dem gemessen, was man für die Seinen getan hat.

Kyrylo Budanov wird Russen auf der ganzen Welt töten

General Kyrylo Budanov, Leiter der ukrainischen Hauptdirektion des militärischen Nachrichtendienstes (HUR), gab [YahooNews](#) ein Interview. Er lehnte ab, Fragen zu bestimmten Operationen wie der Ermordung von Darja Dugina oder der Explosion der Krimbrücke zu beantworten, sagte aber: "Alles, was ich kommentieren werde, ist, dass wir Russen getötet haben und wir weiterhin Russen auf der ganzen Welt töten werden, bis die Ukraine vollständig siegreich ist." Er machte sich über die Anschuldigungen des Kremls gegen sein Vorgehen lustig und nannte das in seinen Augen absurde Beispiel eines möglichen gescheiterten Drohnenangriffs im Kreml, den die Russen nicht versäumen würden, anzuprangern. Dieses Interview wurde am 24. April geführt... d.h. vor dem gescheiterten Drohnenangriff im Kreml.

Die Ukraine behauptet, eine Kinzhal-Hyperschallrakete abgeschossen zu haben

Die Ukraine behauptet, eine russische Kinzhal-Hyperschallrakete mit einer US-Patriot-Rakete abgeschossen zu haben. Das Pentagon hat diese

Version bestätigt. Der Bürgermeister von Kiew, Vitaly Klitschko, präsentierte der Presse die Trümmer der Kinzhal.

Kinzhal-Raketen fliegen mit Mach 10, während Patriot-Raketen bestenfalls nur mit Mach 4,1 fliegen. Es ist daher unmöglich für einen Patriot, einen Kinzhal einzuholen.

Die Kinzhal sind etwa 30-mal größer als die Trümmer, die Herr Klitschko präsentiert hat.

Die Ukraine weigert sich, die NATO über ihre Gegenoffensive zu informieren

Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, General Valery Zaluzhnyi, teilte dem Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, dem niederländischen Admiral Rob Bauer, schriftlich mit, dass er nicht an dem in Brüssel geplanten Treffen teilnehmen könne.

Der ukrainische General erklärte, dass diese Unmöglichkeit auf die „Schwierigkeiten der Verteidigung gegen die russische Aggression“ zurückzuführen sei. Er weigerte sich jedoch auch, per Videoverbindung an der Sitzung teilzunehmen. General Zaluzhnyi sollte die NATO-Mitglieder über die von ihm angekündigte Gegenoffensive informieren. Seine Weigerung kann auf zwei Arten interpretiert werden: Entweder befürchtet er Lecks innerhalb des NATO-Militärausschusses, oder er blufft über seine große Gegenoffensive.

Admiral Rob Bauer hat sich vielleicht ein bisschen vergriffen, als er den Sieg des "ukrainischen David gegen den russischen Goliath" vorhersagte.

Ehrengäste bei der Zeremonie am 9. Mai in Moskau

Der armenische Premierminister Nikol Paschinjan, der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko, der kasachische Präsident Kassym-Schomart Tokajew, der kirgisische Präsident Sadyr Japarov, der tadschikische Präsident Emomali Rahmon, der turkmenische Präsident Serdar Berdimuhamedow und der usbekische Präsident Shavkat Mirziyoyev nahmen an den Feierlichkeiten zum Jahrestag des Sieges vom 9.

Mai 1945 in Moskau teil. Aus Sicherheitsgründen war jedoch niemand auf dem offiziellen Podium neben dem russischen Präsidenten Wladimir Putin anwesend.

AFRIKA

Verhaftung des malischen Generals Souleymane Doucouré

General Souleymane Doucouré, ehemaliger Stabschef der malischen Luftwaffe, wurde von der Staatssicherheit festgenommen. Nach mehrtägigem Verhör wurde er freigelassen.

Treffen der komorischen und französischen Präsidenten

Der Präsident der Komoren, Azali Assoumani, reiste nach Paris, wo er von seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron empfangen wurde. Er bekräftigte, dass die Insel Mayotte komorisch und von Frankreich besetzt ist. Als solcher sagte er *Le Figaro*, dass die Vertreibung der Komoren aus Mayotte inakzeptabel sei.

Er stellte fest, dass es auf den übrigen Komoren kein Problem der Gewalt gebe, und forderte die französische Regierung auf, mit ihm zusammenzuarbeiten, um eine Lösung für die Gewalt auf der komorischen Insel Mayotte zu finden. Lediglich eine Einrede der Unzulässigkeit wurde ihm verweigert. Präsident Assoumani erinnerte daran, dass er der Verbündete Frankreichs sei und die "Invasion" der Ukraine verurteilt hätte, dass Russland jedoch die Rückführung von Mayotte an die Komoren unterstütze.

Video

Thierry Meyssan beantwortete die Fragen von [Studio One](#). Dieses Interview vermischt politische und persönliche Themen (nur auf Französisch).

ASIEN

Israel greift Palästina an

Während der Islamische Dschihad einem von Ägypten vorgeschlagenen Waffenstillstand zugestimmt und ihn dann nach dem Tod eines seiner Führer, Khodr Adnan (Newsletter 39) in einem israelischen Gefängnis, gebrochen hatte, startete die israelische Armee die Operation *Shield and Arrow* mit 40 Flugzeugen, um ihre obersten Führer zu liquidieren und ihre Waffenbestände zu zerstören.

Im vergangenen August ermordete Tsahal die obersten Führer des Islamischen Dschihad. Sie wurden ersetzt. Diejenigen, die während der aktuellen Operation getötet werden, werden sicherlich auch getötet werden. Das Problem bleibt bestehen, solange Israel die Rechte der Palästinenser schmählt.

Im Rahmen der Operation "Pfeil und Schild" gelang es, Jihad Ghannam, den Chef der Al-Quds-Brigaden für den Gazastreifen, Khalil Al-Bahitini, den Kommandeur der Brigaden für den nördlichen Gazastreifen, und Tareq Ezzedine, "einen Anführer der Militäraktion" der Bewegung im besetzten Westjordanland, zu ermorden, die er von Gaza aus koordinierte. Darüber hinaus sollen mindestens vier Fünftel der Raketenbestände des Islamischen Dschihad zerstört und Ali Hassan Muhammad Ghali, der Leiter des Raketenprogramms, ermordet worden sein. Die Operation forderte viele Kollateralopfer: 25 Tote und 76 Schwerverletzte.

Israel trage "die Verantwortung für die Folgen dieser Eskalation", sagte Hamas-Sprecher Hazem Qassem. "Der Feind wird den Preis für sein Verbrechen zahlen", heißt es in einer Erklärung von Ismail Haniyye, "die Ermordung von Führern [palästinensischer Gruppen] wird den Besatzern keine Sicherheit bringen, sondern den Widerstand stärken."

Angesichts der Zahl der palästinensischen zivilen Opfer und nicht um den Islamischen Dschihad zu retten, trat die Hamas aus ihrer Reserve heraus und feuerte mehr als 500 Raketen ab. Die israelische Operation wurde von Premierminister Benjamin Netanjahu angeordnet und durch den Rücktritt des

Verteidigungsministers General Yoav Gallant mit Zustimmung des Generalstaatsanwalts Gali Baharav-Miara beaufsichtigt, ohne jedoch den Minister für Nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, zu informieren.

Die Operation geht weit über ihr ursprüngliches Ziel hinaus und nimmt nun den Anschein eines neuen Krieges an.

Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sagte im Fernsehen: "Wir sagen den Terroristen und denen, die sie schicken: Wir sehen dich überall. Du kannst dich nicht verstecken, und wir wählen den Ort und die Zeit, um dich zu schlagen."

Der israelische Nationale Sicherheitsberater Tzachi Hanegbi sprach mit seinem US-Amtskollegen Jacob "Jake" Sullivan. Laut einer Erklärung des Weißen Hauses bekräftigte er "die Unterstützung der Biden-Regierung für die Sicherheit Israels sowie sein Recht, sein Volk vor wahllosen Raketenangriffen zu verteidigen". 14 demokratische US-Abgeordnete haben an Präsident Joe Biden geschrieben und ihn gebeten, seine israelische Politik zu überprüfen. Angeführt von Bernie Sanders (Vermont) und Jamaal Bowman (New York) rufen sie dazu auf, Gewalt, Landbeschlagnahme und die Verweigerung der Rechte der Palästinenser in Betracht zu ziehen. Sie fordern, dass US-Waffen, die nach Israel geliefert werden, in Übereinstimmung mit US-Recht nur noch für legitime Zwecke verwendet werden dürfen und nicht mehr, um die Rechte der Palästinenser zu verletzen. 145 progressive jüdische Führer in den USA unterstützten den Ansatz des Gesetzgebers.

Israel vertreibt Imad el-Adwan

Israel übergab den Knesset-Abgeordneten Imad el-Adwan (Newsletter 38) an die jordanischen Behörden. Seine parlamentarische Immunität wurde aufgehoben. Er war auf frischer Tat wegen Waffenschmuggels festgenommen worden. Der Adwan-Stamm ist in Israel und Jordanien mächtig.

IWF warnt vor rückläufiger israelischer Wirtschaft

IWF warnt vor wirtschaftlichen Folgen der politischen Unsicherheit in Israel. Die Ratingagentur Moody's stuft Israel im vergangenen Monat auf "A1" herab.

Scheitern der geheimen Verhandlungen zwischen den USA und Syrien

Laut *L'Orient-Le Jour* verhandelten die Vereinigten Staaten im Februar und März im Oman mit Syrien. Präsident Bashar al-Assad besuchte Oman am 23. Februar. Die Verhandlungen scheiterten, da Washington sich weigerte, seine Truppen aus dem Nordosten des Landes abzuziehen. Die Vereinigten Staaten rechtfertigen ihre Präsenz in Syrien damit, dass sie gegen Daesch kämpfen, wozu die Syrer nicht in der Lage wären. Die syrische und die russische Armee sind jedoch die einzigen, die Daesch siegreich abgewehrt haben, während die US-Armeen sich damit begnügten, es in dem "Sunnistan" einzudämmen, das ihm vom Pentagon zugewiesen worden war (Robin-Wright-Plan). Der fünfte Kalif von Daesch, Abu al-Hussein al-Qurashi, wurde am 30. April von der Türkei und nicht von den US-Streitkräften eliminiert.

Beseitigung der Hindernisse für die Wiedereingliederung Syriens in die Arabische Liga

Bei ihrem Treffen in Amman einigten sich die wichtigsten arabischen Länder darauf, Syrien in die Arabische Liga aufzunehmen. Der Kompromiss kollidiert mit den Vereinigten Staaten, die sich immer noch weigern, das von ihnen illegal besetzte Gebiet zu verlassen und ihre "Sanktionen" aufzuheben ("Caesar Act"). Katar, Kuwait und Marokko haben angedeutet, dass sie sich einem Kompromiss, den sie bedauern, nicht widersetzen werden. Der Kompromiss stützt sich auf die Resolution 2254 des Sicherheitsrats vom 18. Dezember 2015, die als "Syrien-Friedensplan" bekannt ist; eine Resolution, die von Russland auferlegt worden war und die die Vereinigten Staaten nicht

blockiert hatten. Die meisten ihrer Entscheidungen betreffen die Beendigung des Krieges. Seine Bestimmungen über das Regime nach dem Krieg sehen jedoch vor:

- dass die Zukunft Syriens nur von den Syrern entschieden wird (eine Klausel, die von Damaskus beansprucht wird);
 - , dass eine neue Verfassung durch ein Referendum angenommen wird (die einzigen Fragen, die sich stellen, sind das religiöse Kriterium für die Kandidatur für das Präsidentenamt und die regionale Organisation des Staates);
 - , dass die Regierung nicht nach religiösen Kriterien gewählt wird (eine Klausel, die von der Ba'as-Partei beansprucht wird)
 - , dass die Behörden unter der Aufsicht der Vereinten Nationen gewählt werden (eine Klausel, die von Russland gewünscht wird).
- Es sollte auch daran erinnert werden, dass der Ausschluss Syriens aus der Arabischen Liga unter Verletzung seiner eigenen Statuten ausgesprochen wurde.

Baschar al-Assad zum Gipfel der Arabischen Liga eingeladen

König Salman bin Abdulaziz Al Saud von Saudi-Arabien hat den syrischen Präsidenten Bashar al-Assad zum Gipfel der Arabischen Liga nach Riad eingeladen. Es ist noch nicht bekannt, ob er dorthin gehen wird. Das US-Außenministerium sagte: "Syrien verdient nicht, sich wieder in die Arabische Liga zu integrieren, und wir glauben weiterhin, dass wir unsere Beziehungen zum Assad-Regime nicht normalisieren werden, noch unterstützen wir unsere Verbündeten und Partner in diesem Bestreben."

Das chinesische Außenministerium kommentierte: "Der Nahe Osten gehört den Völkern des Nahen Ostens, und seine Angelegenheiten sollten unabhängig von den Völkern des Nahen Ostens entschieden werden."

Süleyman Soyly wirft den USA und der EU vor, den Terrorismus gegen die Türkei zu unterstützen

Auf einer Wahlkampfkundgebung sagte der türkische Innenminister Süleyman Soyly: "Als ich [2016] Innenminister wurde, hat mich unser Präsident vorgeladen. Er sagte mir: "Süleyman, ich kann die Gemeinden der HDP [Demokratische Volkspartei] und der PKK [Arbeiterpartei Kurdistans] im Südosten nicht ausstehen. Weil sie Kinder haben und sie mit in die Berge nehmen. Sie geben der PKK staatliche Steuern. Und diese kommen in Form von Kugeln auf unsere Soldaten zurück. Sie müssen sie sofort von ihrer Funktion entbinden." Was ich wollte, war ein Auge, Erdoğan gab mir zwei Augen. Zwei Tage vergingen und um 8 Uhr morgens haben wir sie alle widerrufen." Er fuhr fort: "Der Kampf gegen den Terrorismus in der Türkei ist keine leichte Aufgabe. Denn wenn man den Terrorismus in der Türkei bekämpft, kämpft man nicht gegen eine terroristische Organisation. Sie tun es gegen diejenigen, die Ärger verursachen [indem Sie es unterstützen]. Es sind die Vereinigten Staaten und die Europäer, die die Türkei beunruhigen. Und einige Länder in der Region versuchen, davon zu profitieren. Wir kämpfen gegen sie einen großen Kampf." Genauer gesagt fügte er hinzu: "Der 15. Juli [2016] war ihr versuchter Militärputsch. Der 14. Mai [2023] ist ihr politischer Putschversuch. Das ist klar und unmissverständlich. [Die Wahlen sind] ein politischer Putschversuch des Westens."

Türkei revolutioniert Personal-Ausweispapiere

Der türkische Innenminister Süleyman Soyly revolutionierte die Ausweispapiere. Die Türkei ist nun in der Lage, Führerscheine, Personalausweise und Reisepässe einschließlich des Fotos des Inhabers und eines Mikrochips in weniger als einem Tag auszustellen. Alles wird direkt an die Person nach Hause gesendet, die die Anfrage gestellt hat. Die Türkei stellt bereits Ausweispapiere für die (nicht anerkannte) Türkische Republik Nordzypern aus und bereitet sich darauf vor, dies für Libyen (oder

zumindest Tripolitanien) und Aserbaidschan zu tun. Darüber hinaus stellte der Minister eine App vor, mit der jeder anhand eines einfachen Fotos identifiziert werden kann.

Qin Gang verdeutlicht vor pakistanischen Diplomaten die chinesische Sicht

Während seiner Reise nach Pakistan sagte der chinesische Außenminister Qin Gang: "Die heutige Welt hat in einem Jahrhundert tiefgreifende unsichtbare Veränderungen durchgemacht. Der kollektive Aufstieg Chinas, Pakistans und anderer Entwicklungsländer hat tiefgreifende Auswirkungen auf die internationale Landschaft und die Weltordnung. China plädiert dafür, dass alle Länder unabhängig sein und einen Entwicklungspfad einschlagen sollten, der ihren nationalen Realitäten entspricht. China setzt sich für gegenseitigen Respekt, Gleichberechtigung und Win-Win-Kooperation zwischen den Ländern ein ("Win-Win" ist ein Satz, der sich auf die chinesische Geschichte bezieht, wonach der Kaiser alle seine Gouverneure für seine Entscheidungen interessieren und die kleinen nicht ignorieren sollte); China verfolgt keine eigenen egoistischen Interessen, stellt sich nicht an die erste Stelle, zwingt anderen nicht sein eigenes System und seine eigene Kultur auf und schüchtert schwache Länder nicht ein. China unterstützt die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten durch Dialog und Konsultation, ohne auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt zurückzugreifen. China ruft alle Länder auf, zusammenzuarbeiten, um globale Herausforderungen anzugehen, eine offene, integrative, saubere und schöne Welt mit dauerhaftem Frieden, universeller Sicherheit und Wohlstand aufzubauen und eine Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit aufzubauen. Chinas Modernisierung bedeutet das Wachstum der globalen Friedens- und Gerechtigkeitskräfte. Junge chinesische und pakistanische Diplomaten sollten den Trend klar erkennen, richtig von falsch unterscheiden, entsprechend den sich ändernden Zeiten und den Bestrebungen der

Menschen aller Länder handeln und sich der Errichtung von Barrieren, der Aufstachelung zur Konfrontation und der Bildung eines neuen Kalten Krieges widersetzen.

Pakistans Engagement gegenüber China

Der pakistanische Außenminister Bilawal Bhutto Zardari sagte: "Die pakistanische Seite wird ihr Möglichstes tun, um Verdächtige aufzuspüren, die an Terroranschlägen gegen China beteiligt sind, terroristische Organisationen wie die Befreiungsarmee von Belutschistan entschlossen zu unterdrücken und die Sicherheit des chinesischen Personals, der Projekte und der Institutionen in Pakistan zu gewährleisten."

Entwicklung der pakistanischen Position zur Kaschmir-Krise

Der chinesische Außenminister Qin Gang hat von seinem pakistanischen Amtskollegen eine bemerkenswerte Änderung seiner Position zu Kaschmir erhalten.

Die chinesische Seite bekräftigte, dass der Kaschmir-Konflikt seinen Ursprung in der Geschichte [und nicht in der Haltung Indiens] hat und in Übereinstimmung mit der UN-Charta, den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats und bilateralen Abkommen ordnungsgemäß und friedlich gelöst werden sollte. Beide Seiten lehnten jede einseitige Maßnahme ab, die eine bereits instabile Situation weiter verkomplizieren würde. Diese Entwicklung erinnert an Riads chinesisch-arabische Erklärung zum Territorialstreit zwischen dem Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten; Eine Erklärung, die der Ankündigung der iranisch-saudischen Versöhnung vier Monate später vorausging. In ähnlicher Weise führt China derzeit heimlich Friedensverhandlungen zwischen Pakistan und Indien.

Pakistan-China-Allianz

In ihrem Abschlusskommuniqué stellten der pakistanische und der chinesische Außenminister fest:

"Die chinesische Seite bekräftigte Pakistans besondere Stellung in Chinas Nachbarschaftsdiplomatie und bekräftigte ihre feste Unterstützung für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität Pakistans sowie für seine Einheit, Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstand. Die pakistanische Seite bekräftigte ihr Bekenntnis zur Ein-China-Politik und ihre feste Unterstützung für China in allen Fragen, die sie betreffen, einschließlich Taiwan, Xinjiang, Tibet, Hongkong und dem Südchinesischen Meer.

Verhaftung von Imran Khan

In einem Korruptionsfall ist der ehemalige Ministerpräsident und Oppositionsführer Imran Khan (Newsletter 32) von paramilitärischen Kräften vor Gericht festgenommen worden. Als die Wachen sich weigerten, die Türen des Gerichtssaals zu öffnen, brach die Armee die Tür ein. Es besteht kein Zweifel, dass die pro-amerikanische Regierung von Shehbaz Sharif, die ihn mit allen Mitteln entfernen will, diesen Fall erfunden hat, nachdem sie vergeblich versucht hatte, ihn zu ermorden. Sofort brachen im ganzen Land Demonstrationen aus.

Dutzende Menschen wurden schwer verletzt und mindestens einer starb.

Imran Khan hat weitaus mehr Unterstützung in der Bevölkerung als Shehbaz Sharif, aber er wurde von Parlamentariern und dem Militär gestürzt.

Die Armee wurde in Großstädten eingesetzt. Die Sprecherin des Weißen Hauses, Karine Jean-Pierre, sagte: "Wie wir bereits gesagt haben, haben die Vereinigten Staaten keine Position zu einem Kandidaten oder einer politischen Partei gegenüber einer anderen." Die EU sagte: "Zurückhaltung und Gelassenheit sind notwendig (...) Pakistans Herausforderungen können nicht bewältigt werden, und sein Weg kann nur von den Pakistanern selbst bestimmt werden, durch einen aufrichtigen Dialog und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit."

Afghanisch-pakistanisch-chinesisches Treffen

Die Außenminister Afghanistans, Pakistans und Chinas haben einen trilateralen Gipfel abgehalten. Es wurden 3 Verpflichtungen eingegangen: Achtung der Souveränität und territorialen Integrität des jeweils anderen und angemessene Beilegung von Streitigkeiten durch Konsultationen, bei denen jede Partei gleichermaßen gehört wird (einschließlich der Freigabe der finanziellen Vermögenswerte Afghanistans).

Stärkung der Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung (einschließlich der Bekämpfung der Islamischen Bewegung Ostturkestans, die die Integrität Chinas bedroht).

Förderung der Zusammenarbeit im Rahmen der Belt and Road Initiative, Unterstützung der Ausweitung des chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridors nach Afghanistan, Förderung der Konnektivität zwischen den drei Nachbarn durch Verbesserung des grenzüberschreitenden Handelssystems.

Nordkorea nutzt Berichten zufolge von Südkorea aufgegebene Fabriken

Berichten zufolge nutzt Nordkorea die von Südkorea verlassenen Fabriken im Grenzgebiet des Industriekomplexes Gaesong ohne Genehmigung. Zumindest scheinen US-Satellitenbilder darauf hinzudeuten. Dieser Komplex wurde 2016 von Südkorea als Reaktion auf Nordkoreas Atom- und Langstreckenraketenstarts aufgegeben.

Die "Moon Sekte" und die CIA gegen China

Die Vereinigungskirche (bekannt als die "Moon Sekte") organisierte durch ihre Verbindung mit den Vereinten Nationen, der Universellen Friedensföderation, ein Treffen in Seoul mit dem Titel "Auf dem Weg zum Frieden im Indopazifik".

Zu den Rednern gehörten der Österreicher Werner Fasslabend (ehemaliger Verteidigungsminister und ehemaliger Präsident

des Unterhauses), Albin Kurti (ehemaliger Premierminister des Kosovo), der US-Amerikaner Newt Gingrich (ehemaliger Sprecher des Repräsentantenhauses) und vor allem Mike Pompeo (ehemaliger Direktor der CIA und ehemaliger Außenminister). Ziel des Treffens war es, China zu beschuldigen, für die Krisen in Taiwan, im Chinesischen Meer und in Nordkorea verantwortlich zu sein.

Fumio Kishida entschuldigt sich bei Südkorea

Der japanische Ministerpräsident Fumio Kishida sagte während seiner Reise nach Seoul: "Mein Herz schmerzt, weil viele Menschen damals unter schwierigen Bedingungen eine äußerst schmerzhaft und traurige Erfahrung gemacht haben."

75 Jahre später entschuldigt sich Japan immer noch nicht klar für die Verbrechen seiner "Militaristen" während der Besetzung Koreas. Die konservative Partei der koreanischen Volksmacht zögerte nicht, diese japanische Untätigkeit in dieser Frage anzuprangern. Der Verband der koreanischen Industrie (FKI) und der japanische Unternehmensverband (Keidanren) kündigten in Tokio die Gründung eines Komitees für den "Future Partnership Fund" an. Es geht darum, eine Regelung für die Entschädigung koreanischer Zwangsarbeiter während der japanischen Besatzung zu finden.

Militärische Koordinierung zwischen den USA, Japan und Südkorea

Die Vereinigten Staaten, Japan und Südkorea wollen ihre Radarsysteme vernetzen, um Raketen aus Nordkorea besser verfolgen zu können. Ein Treffen findet im Juni in Singapur am Rande des Shangri-La-Dialogs statt, der vom Vereinigten Königreich ausgerichtet wird. Es wird erwartet, dass die drei Militärs vom US-Indo-Pazifik-Kommando (IndPaCom) koordiniert werden.

Im Jahr 2017 reagierte China auf die geplante Stationierung von US-Raketenabwehrwaffen Thaad, indem es einen Teil des Handels mit Südkorea abbrach. Südkorea hatte einen Rückzieher gemacht.

Waren Buffet sieht nationales Sicherheitsproblem in Taiwan voraus

Der Milliardär Waren Buffet hat seine Investition in *Taiwan Semiconductor Manufacturing Co* (TSMC) aufgegeben, weil seiner Ansicht nach die Sicherheit in Taiwan angesichts der chinesisch-amerikanischen Spannungen nicht gewährleistet sei. Er sagte, obwohl es sich um ein "wunderbares Unternehmen" handele, halte er es für klüger, in Japan zu investieren.

Japanisch-Französischer Rat

Der japanische Außenminister Yoshimasa Hayashi und Verteidigungsminister Yasukazu Hamada sowie ihre französischen Amtskollegen Catherine Colonna und Sébastien Lecornu hielten eine Videokonferenz ab. Die beiden Staaten haben sich verpflichtet, den Frieden im Südchinesischen Meer aufrechtzuerhalten, einschließlich Taiwan.

Weder Japan noch Frankreich werden Taiwan anerkennen. Beide unterhalten diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China und betrachten Taiwan offiziell als rebellische chinesische Provinz. Aber sie positionieren sich jetzt in der Anti-China-Perspektive der Vereinigten Staaten.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Die Frage der ukrainischen Kinder bei den Vereinten Nationen

Das von Albanien, Frankreich und den Vereinigten Staaten gegen Russland bei den Vereinten Nationen organisierte Treffen mit dem Titel "Maßnahmen gegen die Entführung und Deportation von Kindern in bewaffneten Konflikten: konkrete Maßnahmen für eine wirksame Rechenschaftspflicht und Prävention" (Newsletter 39) war eine Reaktion auf das am 5. April von Russland organisierte Treffen "Kinder und bewaffnete Konflikte: die Ukraine-Krise – Evakuierung von Kindern aus der Konfliktzone". Aber es war von der Verwaltung der Vereinten Nationen zensiert worden, die es weder aufzeichnete noch verbreitete. Es scheint,

dass zwei Mitglieder des Sicherheitsrats intervenierten, um UN-Beamte an der Ausübung ihrer Arbeit zu hindern. Man erinnere sich, dass von 2014 bis 2022 viele ukrainische Kinder bei den Kämpfen im Donbass zur Gleichgültigkeit der "internationalen Gemeinschaft" getötet wurden. Maria Lvova-Belova (Newsletter 33), Kommissarin des Präsidiums für die Rechte des Kindes der Russischen Föderation, sprach per Videokonferenz. Sie erklärte, dass die Kinder von Donbass und Neurussland nicht von Russland entführt, sondern geschützt worden seien, indem sie aus den Konfliktgebieten gebracht wurden. Keines wurde adoptiert, aber alle wurden vom Staat Pflegefamilien anvertraut. Der russische Botschafter, Wassili Nebenzia, bestätigte, dass Kinder von den ukrainischen Behörden aufgenommen und in Pflegefamilien untergebracht worden seien, ohne dass jemand etwas Falsches daran gesehen habe.

Die NATO beabsichtigt, weiterhin gegen die Verpflichtungen ihrer Mitglieder zu verstoßen

In einem Interview mit der *Washington Post* sagte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg: "Alle NATO-Verbündeten sind sich einig, dass die Ukraine Mitglied des Bündnisses wird. Alle Verbündeten sind sich einig, dass die Ukraine das Recht hat, ihren eigenen Weg zu wählen, dass es nicht an Moskau, sondern an Kiew liegt, zu entscheiden." Im Gegensatz zu dem, was Herr Stoltenberg vorschlägt, erkannte Russland das Recht der Ukraine an, ihre Verbündeten zu wählen, indem es 1999 die OSZE-Erklärung von Istanbul unterzeichnete. Dies ist überhaupt nicht Gegenstand des Rechtsstreits. Die NATO-Mitglieder verpflichteten sich mit der Unterzeichnung derselben Istanbul-Erklärung auch, ihre Sicherheit nicht auf Kosten anderer zu gewährleisten, was bedeutet, dass sie es unterlassen müssen, auf ihrem Territorium Waffen ihrer Verbündeten zu lagern. Seit 2014 hortet die Ukraine jedoch westliche Waffen für den aktuellen Krieg. Um Zweifel auszuschließen, sagt Jens Stoltenberg im selben Interview: "Der Krieg hat

nicht im Jahr 2022 begonnen. Der Krieg begann 2014. Und seitdem hat die NATO die größte Stärkung unserer kollektiven Verteidigung seit dem Ende des Kalten Krieges umgesetzt. »

Die NATO sollte ein Büro in Tokio eröffnen

Laut Koji Tomica, Japans Botschafter in den Vereinigten Staaten, soll die NATO bald ein Büro in Tokio eröffnen. Seit 2019 hofft die NATO, nach Australien und Japan, dann nach Neuseeland und Südkorea zu expandieren, um [ein globales Bündnis zu werden](#).

Treffen der Außenminister der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit

Die Außenminister der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit trafen sich in Goa, Indien.

Der chinesische Außenminister Qin Gang betonte, dass "die Welt mit zahlreichen Krisen und Herausforderungen konfrontiert ist, darunter das Wiederaufleben des Kalten Krieges, der gegenläufige Aufstieg zum Unilateralismus und Protektionismus und das Aufkommen des Machtkults".

Er nannte fünf Punkte, um sie zu beantworten:

- 1 - Stärkung der strategischen Autonomie;
- 2 - Kampf gegen die drei Kräfte Terrorismus, Extremismus und Separatismus;
- 3 - Schutz der internationalen Wirtschafts- und Handelsordnung sowie der Marktregeln und Verteidigung stabiler und harmonischer Industrie- und Lieferketten;
- 4 - Streben nach Gleichheit und Gerechtigkeit und Verbesserung der globalen Governance; im Geiste der "Globalen Entwicklungsinitiative", der "Globalen Sicherheitsinitiative" und der "Globalen Initiative für die Zivilisation".
- 5 - Stärkung der Etablierung von Mechanismen mit langfristiger Perspektive. Zum Beispiel: Abschluss des Beitritts des Iran und von Belarus zur SOZ und Aufnahme von Kuwait, den Malediven, Myanmar und den Vereinigten Arabischen Emiraten als SOZ-Dialogpartner.

Washington stellt chinesische Präsenz bei der WHO in Frage

Die Vereinigten Staaten haben Taiwan aufgefordert, sich als souveräner Staat an der Weltgesundheitsorganisation zu beteiligen. China antwortete, dass Taiwan nach dem Prinzip der chinesischen Einheit nur als Provinz der Volksrepublik China teilnehmen könne. Dies ist die Bedeutung der Resolution 2758 der Generalversammlung der Vereinten Nationen (25. Oktober 1971) und die WHO ist eine UN-Agentur.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°41 - 19 Mai 2023

LEITARTIKEL

Israels Teilnahme an den Vereinten Nationen könnte wegen Nichteinhaltung seiner Verpflichtungen ausgesetzt werden

Der UN-Ausschuss für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes gedachte am 15. Mai 2023 des fünfundsiebzigsten Jahrestages der "Nakba" (Katastrophe), die sich 1948 ereignete, als mehrere hunderttausend Palästinenser von ihrem Land vertrieben wurden. Es war die erste Veranstaltung, die jemals in den Vereinten Nationen zum Gedenken an diese Tragödie abgehalten wurde. Sie wurde auf Weisung der Generalversammlung geplant (Beschluss 77 vom 5. Dezember 2022). Den Vorsitz hatte Cheikh Niang, Ständiger Vertreter Senegals, inne. "Die Position der Vereinten Nationen ist klar, die israelische Besatzung muss beendet werden und die Zwei-Staaten-Lösung muss zustande kommen", sagte die US-Untergeneralsekretärin für politische Angelegenheiten, Rosemary DiCarlo. Der Generalkommissar des UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten), Philippe Lazzarini, erinnerte daran, dass die Nakba die längste Flüchtlingskrise der Geschichte verursacht habe, bevor er auf die schwierige Situation seines Hilfswerks hinwies.

Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, betonte in seiner Rede, dass die Resolution 77 eine formelle Anerkennung der Nakba durch die Vereinten Nationen sei. Er erinnerte daran, dass die Vereinten Nationen im Laufe der Jahre Hunderte von Resolutionen verabschiedet haben, in denen das Recht der Palästinenser auf Wiedererlangung ihres Landes anerkannt wird, einige von der Generalversammlung, andere vom Sicherheitsrat oder dem Menschenrechtsrat. Keine dieser Hunderte Resolutionen wurde umgesetzt, weder die Resolution 181 (von 1947), die die Gründung eines arabisch-palästinensischen Staates forderte, noch die Resolution 194 (von 1948), die die Rückkehr von Flüchtlingen forderte. Die Achtung der UN-Beschlüsse war eine Voraussetzung dafür, dass Israel Mitglied werden konnte. Daraufhin forderte er "offiziell und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht", dass Israel sich an diese Resolutionen halte oder riskiere, dass seine Teilnahme an der UNO ausgesetzt werde.

Der Golf-Kooperationsrat, die Gruppe der 77, die Liga der arabischen Staaten, die Organisation für Islamische Zusammenarbeit und China unterstützten Israels Antrag auf Aussetzung. ☞ Israel hat jetzt blinden Schutz von den Vereinigten Staaten und Unterstützung von Russland. Es ist der einzige Staat, der UN-Resolutionen verletzen kann, ohne jemals die Konsequenzen tragen zu müssen. Dies könnte sich mit der Lieferung israelischer Waffen an ukrainische "integrale Nationalisten" ändern.

AMERIKA

Ausländische Einflüsse bei US-Wahlen

Bei einer Anhörung am 14. Mai kündigte die Direktorin des Nationalen Geheimdienstes, Avril Haines, an, dass China sich darauf vorbereite, die Spaltungen in den Vereinigten Staaten auszunutzen, um die bevorstehenden Wahlen zu stören. Sie wird in Kürze einen dritten Bericht über ausländische Einflussnahme und Einmischung in US-Wahlen veröffentlichen. 🖱️ Seit ihrer Gründung am Ende des Zweiten Weltkriegs hat die CIA ihr eigenes System der Einmischung in die Wahlen ihrer Verbündeten eingeführt. Darüber hinaus hat sie seit 1988 ein Know-how in Bezug auf Pseudorevolutionen entwickelt, die bei ihren Gegnern organisiert werden.

Einschränkung des Wahlrechts in den USA

Der republikanische Präsidentschaftskandidat Vivek Ramaswamy hat vorgeschlagen, das Wahlrecht für US-Bürger von 18 auf 25 Jahre anzuheben, die ihren Militär- oder Zivildienst nicht abgeleistet haben und den für Migranten erforderlichen Test nicht bestehen können.

USA überarbeiten Klassifizierungssystem für Staatsgeheimnisse

Demokraten und Republikaner im Senat erwägen, das Klassifizierungssystem für offizielle Dokumente zu reformieren. Der Fall Jack Teixeira zeigte, dass streng geheime Dokumente nicht geschützt waren, während viele andere Fälle zeigten, dass wertlose Dokumente als geheim eingestuft wurden.

Ende der Ermittlungen zur Rolle des FBI in "Russiagate"

Sonderermittler John Durham veröffentlichte einen [320-seitigen Bericht](#), bevor er seine vierjährige Untersuchung des FBI-Verhaltens bei der angeblichen russischen Einmischung in den Wahlkampf des Kandidaten Donald Trump beendete.

Er zeigt darin, dass das FBI seinen Verpflichtungen ernsthaft nicht nachgekommen ist, weist aber nicht auf einen Gesetzesverstoß hin. Sein Bericht schließt mit einer Reihe von Empfehlungen an das FBI und das Justizministerium, um sicherzustellen, dass dies nicht noch einmal passiert. Die "Russiagate"-Vorwürfe des FBI lösten ein *parlamentarisches Amtsenthebungsverfahren (impeachment)* gegen den Präsidenten aus. Viele Persönlichkeiten und Verbände reagierten überrascht auf diesen Bericht. Sie weisen darauf hin, dass er Fehler feststellt, diese aber nicht als strafrechtlich verfolgbar betrachtet. So ist es möglich, einen riesigen Schwindel zu montieren, ohne die Konsequenzen tragen zu müssen. Dagegen verurteilen viele demokratische Persönlichkeiten und Verbände denselben Bericht und betonen, dass die Untersuchung des FBI nicht absurd sei, weil die Vorschriften nicht eingehalten wurden. Für sie ist es daher angebracht, sie fortzusetzen.

Das Repräsentantenhaus könnte Antony Blinken am 24. Mai wegen "Missachtung" anklagen

Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, Michael T. McCaul (Texas), sagte, wenn Außenminister Antony Blinken die von ihm angeforderten Dokumente zum Fall von Kabul am 24. Mai nicht liefere, werde der Ausschuss dafür stimmen, ihn wegen "Missachtung" strafrechtlich zu verfolgen.

Diese Dokumente wurden vor mehr als drei Monaten verlangt. Das US-Außenministerium deutete im April an, dass es sie nicht ausliefern würde. Der US-Außenminister lehnte eine Vorladung am 11. Mai ab.

Washington Post wirft Jewgeni Prigoschin Verrat an seiner Heimat vor

Die *Washington Post* behauptete, der Gründer des privaten Militärunternehmens Wagner, Jewgeni Prigoschin, sei vom ukrainischen Geheimdienst angesprochen worden. Berichten zufolge forderte er die ukrainische Armee auf, sich aus Artjomowsk zurückzuziehen, um im Gegenzug Informationen über russische Verteidigungssysteme zu erhalten.

In Russland werden diese Enthüllungen als Versuch der CIA gewertet, das Land zu spalten, indem sie sich in den Konflikt zwischen Wagner und dem Verteidigungsministerium einmisch.

CIA rekrutiert Spione in Russland

Die CIA hat über *Telegram* eine Kampagne gestartet, die sich an die Russen richtet. Es geht darum, sie davon zu überzeugen, an der Verbesserung ihres Landes zu arbeiten, indem sie den USA Informationen zum Sturz von Präsident Wladimir Putin geben.

Die CIA sagt ihnen, wie man die Tor-Software benutzt, ins Darknet kommt und verschlüsselt kommuniziert.

Selbstverständlich setzt sich die Agentur für den Schutz ihrer Beamten ein.

Präsident Gabriel Boric gelingt es nicht, das Problem der Verschwundenen aus der Pinochet-Diktatur zu lösen

Der chilenische Präsident Gabriel Boric kündigte zum 49. Jahrestag des Sturzes von Salvador Allende an, dass er die Überreste der 1112 aus der Diktatur von General Augusto Pinochet verschwundenen Menschen entdecken wolle. Nach dem Scheitern des Verfassungsreferendums (Newsletter *Voltaire* 40) tauchte die Frage der Verschwundenen wieder auf. Aber nichts ist vorangekommen.

EUROPA

Europarat richtet ein Register der von Russland verursachten Schäden in der Ukraine ein

Der Europarat hat ein "Register der durch die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine verursachten Schäden" eingerichtet. Dieses Gremium wird seinen Sitz in Den Haag und Kiew haben.

40 Mitgliedstaaten des Rates sind ihm beigetreten, zu denen die 4 Beobachterstaaten des Rates (Kanada, Vereinigte Staaten, Japan und Mexiko) hinzukommen. Auch die Europäische Union ist ihm beigetreten.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Am 14. November 2022 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution (A/ES-11/L.6), in der die Einrichtung eines solchen Registers empfohlen wurde, die jedoch nicht umgesetzt wurde. Die Generalversammlung hatte sich schließlich als gesetzgebendes Organ betrachtet und sollte sich nicht in ein rechtsprechendes Organ umwandeln.

Europarat proklamiert "Reykjavik Principles for Democracy"

Der Europarat hat bekräftigt, "die drei grundlegenden, voneinander abhängigen und unveräußerlichen Prinzipien der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte zu schützen und zu fördern".

- 1- Demokratische Partizipation
- 2- Organisation von Wahlen und Referenden
- 3- Parlamente
- 4- Gewaltenteilung
- 5- Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Effizienz der Justiz
- 6- Unermüdlicher Kampf gegen Korruption
- 7- Meinungsfreiheit
- 8- Investitionen in eine demokratische Zukunft
- 9- Unverzichtbare Zivilgesellschaft

10- Volle, gleichberechtigte und sinnvolle Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben. ☞ Man kann nur von der Heterogenität dieses Katalogs überrascht sein. Der Europarat, nachdem er Russland tatsächlich ausgeschlossen hatte, gleicht sich hinter einem demokratischen Gerede einfach der EU an.

Großbritannien und die Niederlande engagieren sich für die Lieferung von F-16 Jets an die Ukraine

Der britische Premierminister Rishi Sunak und der niederländische Premierminister Mark Rutte, die sich in Reykjavik zu einem Gipfeltreffen des Europarats trafen, kündigten die Bildung einer internationalen Koalition zur Lieferung von F-16-Flugzeugen an die Ukraine an.

Frankreich, das sich weigert, Flugzeuge zur Verfügung zu stellen, die Ziele in Russland erreichen können, kündigte an, F-16-Piloten auszubilden.

Die Ukraine verfügt derzeit nur über MiG-29, die von Polen und der Slowakei geliefert wurden.

☞ Laut Völkerrecht werden Staaten, die irgendjemandem Flugzeuge liefern, um einen anderen Staat anzugreifen, Mittäter sein und daher auch Kriegsteilnehmer. Dieses Prinzip gilt nicht für die Pilotenausbildung.

Französische Spione im Iran

Der Iran hat zwei Franzosen, Benjamin Brière und Bernard Phelan, freigelassen, die der Spionage beschuldigt wurden. Drei Franzosen bleiben wegen Spionage im Iran gefangen. Das französische Fernsehen widmete eine lange Sendung, um sicherzustellen, dass diese Anschuldigungen nur Absurditäten der paranoiden Behörden Teherans waren.

Doch Cécile Kohler, eine junge Lehrerin, und ihr Begleiter Jacques Paris, gestanden im Oktober 2022 im iranischen Fernsehen, Agenten der DGSE zu sein. Die Gewerkschaftsdelegierte Cécile Kohler hatte

sich privat mit Anführern der Demonstrationen gegen die Islamische Republik getroffen, die ebenfalls Gewerkschafter waren. ☞ Im Gegensatz zu einer westlichen Selbstverständlichkeit hat der Iran nicht die Angewohnheit, unschuldige Menschen zu verhaften. 1979 wurden die sogenannten "Geiseln" der US-Botschaft auf frischer Tat ertappt. Das gepanzerte Stockwerk der Botschaft und die CIA-Einrichtungen wurde in ein Museum umgewandelt. Die Vereinigten Staaten haben nie eine Entschädigung gefordert, weil sie es waren, die schuldig waren. Zwei Botschaftswärter, die freigelassen wurden, bezeugten den Vereinigten Staaten, dass die Iraner Recht hatten.

Die Nationalversammlung will die Europaflagge auf dem Giebel von Rathäusern verpflichtend machen

Die französische Nationalversammlung verabschiedete in erster Lesung einen Gesetzentwurf, der das Anbringen französischer und europäischer Flaggen auf dem Giebel von Rathäusern vorschreibt ([Nr. 114](#)). Dieses Gesetz gilt nicht für Städte und Dörfer mit weniger als 1500 Einwohnern.

Die französische Flagge repräsentiert die französische Nation, während die europäische Flagge nicht die einer Nation, sondern einer internationalen Institution ist. ☞ Im Jahr 2005 lehnten die Franzosen den Entwurf der Europäischen Verfassung per Referendum ab. Doch 2008 ratifizierten die französischen Parlamentarier den Vertrag von Lissabon, der praktisch dem Text entsprach, den die Wähler drei Jahre zuvor abgelehnt hatten.

Das Gesetz über die Schmückung der Giebel von Rathäusern ergibt sich aus der gleichen Logik. Bisher hat kein Mitgliedstaat der Europäischen Union die Europaflagge in seinen Rathäusern zur Pflicht gemacht.

Verrücktes Urteil gegen Nicolas Sarkozy

Das Pariser Berufungsgericht verurteilte den ehemaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, seinen Anwalt Thierry Herzog und den Richter Gilbert Azibert wegen Korruption und

Einflussnahme zu drei Jahren Haft, davon ein Jahr Gefängnis. Herzog wurde mit Berufsverbot belegt, während seine beiden "Komplizen" ihrer Bürgerrechte beraubt wurden.

Das Urteil beruht auf dem Abhören von Telefongesprächen zwischen Herrn Herzog und seinem Mandanten, Herrn Sarkozy. Es handelt sich um ein Korruptionsprojekt, das nie auch nur den geringsten Beginn der Ausführung gefunden hat. Richter Azibert erhielt keinen Vorteil, wurde aber in einem Gespräch zitiert, an dem er nicht teilnahm.

Die Rechtmäßigkeit des Abhörens von Anwalt Hertzog verstößt gegen die Rechtsprechung. Sie wurde jedoch vom Kassationsgerichtshof bestätigt, der drei Monate später zu seiner ursprünglichen Doktrin zurückkehrte.

Das Urteil ignoriert juristische Argumente und entwickelt moralische Überlegungen: Es bedauert "einen ernsthaften Angriff auf das Vertrauen der Öffentlichkeit" in die Justiz und suggeriert, dass "versteckte Vereinbarungen zur Befriedigung privater Interessen" möglich seien. Nicolas Sarkozy legte Berufung beim Kassationsgerichtshof ein.

Für Emmanuel Macron ist Russland Chinas Vasall

In einem Interview mit *L'Opinion* sagte der französische Präsident Emmanuel Macron: Russland hat geopolitisch bereits verloren. Um es klar zu sagen, dies ist keine "Spezialoperation", da Wladimir Putin beschlossen hat, zu mobilisieren. Darüber hinaus hat Russland seine historischen Verbündeten, sein erstrangiges Korsett, in Zweifel gezogen. Russland hat de facto eine Form der Vasallisierung gegenüber China begonnen, und es hat den für sich entscheidenden Zugang zur Ostsee verloren, da es die schwedische und finnische Entscheidung, der NATO beizutreten, beschleunigt hat."

Man beachte, dass sich der Begriff "Spezialoperation" im russischen Diskurs nicht auf eine kleine Operation ohne Mobilmachung bezieht, sondern auf den rechtlichen Status einer Operation zum Schutz der Bevölkerung

des Donbass und nicht auf einen Invasionskrieg in der Ukraine.

Moskau reagierte, indem es sein Verständnis der Sache als "falsch" bezeichnete, während Peking daran erinnerte, dass es in einer multipolaren Welt keine Militärkoalition gibt.

Wolodymyr Selenskyj gewinnt den Karlspreis 2023

Der Karlspreis 2023 ging an den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Er zeichnet eine Persönlichkeit für herausragende Verdienste für die europäische Einigung aus.

Die Jury ist ein Verein aus Aachen, bestehend aus dem Oberbürgermeister, dem katholischen Bischof und dem Rektor der Universität. Sie wird in der Regel an ein europäisches Staats- oder Regierungsoberhaupt vergeben, manchmal aber auch an ausländische Persönlichkeiten wie Henry Kissinger (1987) oder Präsident Bill Clinton (2000).

Neben Präsident Selenskyj nahmen auch die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, und der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz an der Preisverleihung teil.

Die Versprechen von Recht und Gerechtigkeit

Auf dem Kongress der Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) sagte ihr Vorsitzender, Jaroslaw Kaczynski, dass sie im Falle einer Wiederwahl der Regierung die Familienzulagen von 500 auf 800 Zloty pro Kind erhöhen würde. Sie würde auch kostenlose Medikamente für Minderjährige und ältere Menschen anbieten.

EU-Indo-Pazifik-Gipfel scheitert

Die Europäische Union veranstaltete in Stockholm ein EU-Indo-Pazifik-Forum. Trotz der Einladungsunterlagen ging es darum, eine Koalition gegen Russland... und China zu bilden. 13 von 27 europäischen Staaten haben auf die Entsendung ihrer Außenminister verzichtet.

Die anwesenden Minister zeigten sich gespalten: Gabrielius Landsbergis (Litauen) sprach sich für eine Abkopplung von China aus, Annalena Baerbock (Deutschland) bezog Stellung für kleine Sanktionen und Constantinos Kombos (Zypern) bezeichnete China als "großen Partner".

Joseph Borrells Bemühungen, sicherzustellen, dass die EU nicht zu einem Kreuzzug aufruft, waren wirkungslos. Allen war aufgefallen, dass wenn Russland und China nicht eingeladen worden waren, Dmytro Kuleba (Ukraine) aber anwesend war.

Mit Ausnahme Japans waren die Gäste alle vorsichtig, wenn nicht sogar der Denkweise der Europäischen Union völlig entgegengesetzt. Hina Rabbani Khar (Pakistan) sagte, eine Eskalation sei kein Weg, um den Konflikt anzugehen. Im Gegenteil, sie rief zur Einstellung der Feindseligkeiten und zu Friedensverhandlungen auf. Retno Marsudi (Indonesien) erinnerte daran, dass sein Land gegen eine Logik der Blöcke sei und dass die ASEAN sich gerade geweigert habe, Asien in einen "Schauplatz der Rivalität" zu verwandeln. Azali Assoumani (Komoren) erinnerte daran, dass sich sein Land bereits für China und gegen die Unabhängigkeit Taiwans ausgesprochen habe, was zu seiner Wahl zum Vorsitzenden der Afrikanischen Union geführt habe. Vivian Balakrishnan (Singapur) erinnerte daran, dass das Prinzip Südasiens darin bestehe, sich als integrative Region zu behaupten, sei es in den USA, in der EU oder in China und Russland. Subrahmanyam Jaishankar (Indien) sagte, nur weil Indien und China einen Grenzstreit haben, bedeute das nicht, dass sein Land jeglichen Kontakt mit China ablehnen werde; was Russland betrifft, ist es eine langjährige befreundete Macht.

Eurovision lehnt Interventionsantrag von Wolodymyr Selenskyj ab

Der für den Eurovision Song Contest zuständige Verband European Broadcasting Union lehnte den Vorschlag des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj ab, sich bei der Bekanntgabe der Ergebnisse an die Öffentlichkeit zu wenden. Wütend prangerte er

die Wahl von Liverpool als Austragungsort des Wettbewerbs an und stellte sicher, dass es für die Ukrainer ein zu weit entfernter Ort sei.

Die Eurovision will ein nichtpolitischer Wettstreit sein. Die Ukraine gewann jedoch die Ausgaben 2004 (Orangene Revolution), 2016 (Annexion der Krim durch Russland) und 2022 (russische Intervention als "Invasion" bezeichnet).

Freigegebene Dokumente vom [30. November 1955](#) und [17. Februar 1956](#) bezeugen, dass der Eurovision Song Contest nicht nur ein Spektakel, sondern auch eine Propagandaaktion ist. Der Wettbewerb wurde nicht vom Fernsehen, sondern von der Nordatlantikpakt-Organisation ins Leben gerufen.

Russland zerstört größten Vorrat an westlicher Munition in der Ukraine

Am 13. Mai sprengten russische Drohnen das Munitionsdepot in Chmelnyzkyj (Westukraine). Es scheint, dass der ukrainischen Armee die Munition ausgegangen ist, um die westlichen Waffen einzusetzen, die sie erhalten hat.

Am Vorabend der ukrainischen Gegenoffensive zerstört Moskau also nacheinander alle Munitionsvorräte Kiews.

Die Ukraine könnte Russland und ungarische Interessen angreifen

Laut der *Washington Post* vom 14. Mai, die sich auf geheime Dokumente von Mitte Februar stützt, habe die Ukraine den Vereinigten Staaten vorgeschlagen, westliche Waffen zu verwenden, um russisch besetzte Dörfer oder sogar solche auf russischem Territorium vor 2014 zu erobern, um die Pipeline zu sabotieren, die Russland mit Ungarn verbindet (EU-Mitglied wie die Eigentümer von *Nord Stream*) und Langstreckenraketen auf Russland zu richten.

Präsident Wolodymyr Selenskyj hat diese Informationen abgestritten. Die Ukraine hatte ihren europäischen Gebern versprochen, dass sie die Waffen, die sie ihr geben, nur zur Selbstverteidigung einsetzen und niemals Russland angreifen würde.

5 EU-Staaten fordern Selenskyj zu Friedensverhandlungen auf

Laut dem US-Journalisten [Seymour Hersh](#), der sich auf US-Geheimdienstquellen stützt, forderte eine Gruppe von Staaten, angeführt von Polen, Präsident Selenskyj auf, unverzüglich über Frieden zu verhandeln.

Der polnische Schritt ist schon einige Tage alt. Er wird von der Tschechischen Republik, Ungarn und den drei baltischen Staaten unterstützt.

Seymour Hersh stellt klar, dass er die russische Armee nicht für gefährlich und wirksam hält, sondern dass diese Staaten auf die erheblichen menschlichen Verluste reagieren, insbesondere in Bachmut, die er mit der Schlacht von Verdun vergleicht.

Im Moment verbietet das ukrainische Gesetz Präsident Selenskyj, mit dem russischen "Feind" zu verhandeln, solange er ein Stück "ukrainisches Territorium" (im Sinne der Grenzen von 1991) "besetzt". Selenskyj hat jedoch bereits Kontakt zu Moskau über einen Dritten aufgenommen.

Der Westen liefert der Ukraine noch immer Waffen

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj besuchte nacheinander Italien, Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich. In jeder Etappe kündigte er an, dass er eine Gegenoffensive vorbereite und zusätzliche Waffen benötige. Alle seine Gesprächspartner boten es ihm an. Erstmals ist von der Ausbildung von Flugzeugpiloten die Rede, auch wenn die Lieferung der Flugzeuge noch nicht auf der Tagesordnung steht.

Präsident des Obersten Gerichtshofs der Ukraine wegen "Korruption" inhaftiert

Der Präsident des Obersten Gerichtshofs der Ukraine, Wsewolod Kniasew, wurde wegen "Korruption" verhaftet und inhaftiert. Berichten zufolge wurde er gekauft, um ein Urteil zugunsten des Oligarchen Kostiantin Jevago, eines Flüchtlings in Frankreich, zu fällen. Er soll 2,7 Millionen Dollar gezahlt haben, von denen

ein Drittel von seinen Anwälten eingenommen wurde.

Ohne Nachrichten von den Generälen Oleksandr Syrsky und Valerii Zaluzhnyi

Man hat keine Nachrichten von Kommandeur der ukrainischen Armee, General Oleksandr Syrsky, oder von Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Valerii Zaluzhnyi.

Das ukrainische Verteidigungsministerium hat die Gerüchte über ihren Tod dementiert.

China beginnt seine Mission der guten Dienste im Ukraine-Konflikt

China hat seinen Sonderbeauftragten für Eurasien, Li Hui, ernannt, um die Kluft zwischen ukrainischen und russischen Ansichten zu überbrücken. Er wird nach Kiew, Moskau, Paris, Berlin und Warschau reisen.

Vier russische Flugzeuge in Russland von der Ukraine zerstört

Am 12. Mai wurden vier russische Militärflugzeuge (eine Su34, eine Su35 und zwei Mi-8-Hubschrauber) von den Ukrainern in der Region Brjansk (Russland) zerstört.

Die wahrscheinlichste Hypothese ist, dass sie von französisch-britischen SCALP-EG-Raketen, die vom Vereinigten Königreich geschenkt und am 10. Mai offiziell geliefert wurden, abgeschossen wurden. Der russische Luftraum an der ukrainischen Grenze ist nicht mehr sicher.

Ramsan Kadyrow sagt, er habe ukrainische Spione bezahlt

Präsident Ramsan Kadyrow, Präsident der tschetschenische Republik sagte, er habe ukrainischen Spionen 18 000 Dollar gezahlt, um sein Rennpferd wiederzuerhalten, das seit 2014 in Tschechien blockiert war.

Russland zieht sich aus KSE-Vertrag zurück

Das russische Unterhaus stimmte für den Rückzug aus dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE). Dieser Text legte

die Menge der Waffen fest, die in bestimmten Staaten des Warschauer Paktes und der NATO zugelassen sind.

Angesichts der Weigerung der NATO, 1999 eine aktualisierte Fassung zu ratifizieren, und der Forderung des Westens, nach einem Abzug der russischen Streitkräfte aus Transnistrien, Abchasien und Südossetien, setzte Russland 2007 seine Teilnahme am Vertrag aus.

Russland und Iran unterzeichnen Abkommen über einen Abschnitt des Nord-Süd-Korridors

Während Kommunikationsachsen seit mehreren Jahrhunderten Russlands Schwachstellen sind, hatte Präsident Wladimir Putin 2018 ein umfangreiches [russisches Programm geplant, das die chinesischen Seidenstraßen ergänzt](#). Das wichtigste Programm ist der mehr als 8000 Kilometer lange Nord-Süd-Korridor, der St. Petersburg über Neurussland mit Damaskus verbindet. Dies ist die Wiederaufnahme eines Projekts von Zarin Katharina II. Es wurde vom Westen als "unrealistisch" angesehen, als es der UN-Generalversammlung vorgelegt wurde. Die Präsidenten Russlands, Wladimir Putin, und von Iran, Ebrahim Raissi, sponserten per Videoschaltung die Unterzeichnung eines Abkommens über den Astara-Rasht-Abschnitt.

AFRIKA

Gute-Dienste-Mission der Afrikanischen Union in der Ukraine und in Russland

Senegal, Sambia, Kongo, Ägypten, Südafrika und Uganda haben die Delegation gebildet, die im Namen der Afrikanischen Union Kiew und Moskau im Rahmen einer Mission der guten Dienste besuchen wird. Afrikanische Staaten verzichteten darauf, die russische Intervention in der Ukraine zu verurteilen und proklamierten ihre Neutralität. Kenia und Ruanda stellten sich jedoch auf die Seite des Westens, während Eritrea sich auf die Seite Russlands stellte.

Ägypten nähert sich dem Iran an

Ägypten und der Iran nähern sich nach dem saudisch-iranischen Abkommen. Die beiden Länder sprechen über den Irak.

Ägypten blieb lange Zeit ein Verbündeter von Schah Reza Pahlevi nach dessen Flucht und der Gründung der Islamischen Republik. Kairo hat die Beziehungen Teherans zur Muslimbruderschaft stets mit Sorge beobachtet und nie einen Botschafter in der Islamischen Republik ernannt, sondern nur einen "Geschäftsträger". Am Ende des zweiten Weltkrieges hatte sich Ayatollah Ruhollah Khomeini nach Ägypten begeben. Er hatte sich mit Hassan Al-Banna darauf geeinigt, nicht miteinander wettzustreiten, sondern die muslimische Welt in Schiiten und Sunniten aufzuteilen. Der derzeitige Führer, Ayatollah Ali Khamenei, setzte diese Vereinbarung fort und lud eine Delegation der Bruderschaft zu allen internationalen Konferenzen ein.

Bruder Rached Ghannouchi zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt

Die tunesische Justiz verurteilte Rached Ghannouchi zu einer Geldstrafe von 1000 Dinar und einem Jahr Gefängnis, weil er bei der Beerdigung eines Vorsitzenden seiner Partei Anfang 2022 zum Bürgerkrieg aufgerufen hatte.

Der Westen interpretiert diese Entscheidung als Beweis dafür, dass die tunesische Justiz dem Präsidenten Kaïs Saïed untersteht und an der Errichtung einer Diktatur beteiligt ist. ☞ Tunesien versucht verzweifelt, die Periode des "Arabischen Frühlings" zu beenden, d.h. der "Farbrevolutionen", die von den Briten zugunsten der Muslimbruderschaft organisiert wurden. Die vom MI6 finanzierte und strukturierte Ennahda-Partei von Rached Ghannouchi ist nur die lokale Version der Muslimbruderschaft. Mehrere Jahre lang ermordete die Bruderschaft ungestraft politische Führer durch ihre Angriffsabteilung, die "Liga zum Schutz der Revolution".

Versprechen beider sudanesischer Parteien zum Schutz der Zivilbevölkerung

Die beiden sudanesischen Seiten, die Khartum-Armeen von General Abdel Fattah Abdelrahman al-Burhan und die Darfur-Armeen von "General" Mohamed Hamdan Dogolo (alias "Hemedti") unterzeichneten eine Verpflichtungserklärung zum Schutz der sudanesischen Zivilbevölkerung in Riad.

Der deutsche Botschafter im Tschad bereitete im Auftrag der USA eine Farbrevolution vor

Die Gründe für die Ausweisung des deutschen Botschafters Jan-Christian Gordon Kricke aus dem Tschad im April sind nun klar. Er sollte sich mit dem US-amerikanischen *National Endowment for Democracy* (NED) an einem Sturz der Regierung, der durch einen falschen Putsch vorbereitet wurde, beteiligen, für den das private russische Militärunternehmen Wagner verantwortlich gemacht worden wäre.

UN-Generalsekretär wirft Wagner und malischer Armee Mord, Vergewaltigung und Folter vor

Laut dem *Bericht* des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte [über die Ereignisse in Moura vom 27. bis 31. März 2022](#) wurden während einer fünftägigen Militäroperation im Dorf Moura in Zentralmali mehr als 500 Menschen von malischen Soldaten und weißen Ausländern getötet. Mindestens 58 Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt oder anderen Formen sexueller Gewalt ausgesetzt. Einige Menschen wurden während des Verhörs und der Inhaftierung in Moura, Sévaré, sowie in der Nationalen Agentur für Staatssicherheit (ANSE) in der Hauptstadt Bamako gefoltert und anderweitig misshandelt.

Obwohl der Bericht dies nicht näher spezifiziert, wird angenommen, dass es sich bei den weißen Ausländern um Soldaten der Wagner-Gruppe handelt.

Diese Operation wird von den Behörden als militärische Anti-Terror-Operation gegen eine Al-Qaida-nahe Gruppe beschrieben, die als Katiba Macina bekannt ist.

Isaias Afwerki in Peking

Der eritreische Präsident Isaias Afwerki stattete Peking einen offiziellen Besuch ab. Er kommt aus einer maoistischen Bewegung und fühlt sich in China wohl.

Mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping begrüßte er das chinesische Vorbild für Entwicklungsländer.

Gemeinsam mit Premierminister Li Qiang erörterte er Bereiche, in denen China Eritrea im Rahmen seiner Zuständigkeit helfen kann, darunter Infrastruktur, Schifffahrts- und Fischereiindustrie, Wasserressourcen, Energieentwicklung, Bergbau und die Förderung der Zusammenarbeit in digitalen, grünen und blauen Volkswirtschaften.

Südafrika versichert, keine Waffen an Russland geliefert zu haben

Der US-Botschafter in Pretoria, Reuben Brigety II, warf Südafrika vor, heimlich Waffen nach Russland zu schicken. Ein russischer Frachter, die *Lady R*, hatte in Simon's Town Halt gemacht.

Die Regierung erinnerte an ihre Neutralität in der Ukraine-Angelegenheit und bestritt das ihr zugeschriebene Doppelspiel. Sie leitete eine Untersuchung ein und forderte die Vereinigten Staaten auf, die in ihrem Besitz befindlichen Beweise vorzulegen, um die notwendigen Folgemaßnahmen zu dem Fall zu ergreifen.

Südafrikanische Armeen kooperieren mit russischen Kollegen, ohne sich hinter Moskau aufzustellen

General Oleg Saljukow, Kommandeur der russischen Bodentruppen, traf sich mit dem Chef der südafrikanischen Armee, General Lawrence Mbatha, im Hauptquartier des russischen Generalkommandos in Moskau. Dieses Treffen führte zu einem Kooperationsabkommen zwischen den

Landstreitkräften der beiden souveränen Nationen.

In seiner wöchentlichen Ansprache bekräftigte der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa die blockfreie Haltung seines Landes im Ukraine-Konflikt. Südafrika werde sich nicht hinter den einen oder anderen Block ziehen lassen, sagte er.

ASIEN

Internationaler Haftbefehl gegen Riad Salamé

Eine französische Ermittlungsrichterin, Aude Buresi, hat einen internationalen Haftbefehl gegen Riad Salamé, dreißig Jahre lang Gouverneur der libanesischen Zentralbank, wegen "krimineller Vereinigung" erlassen. Letzterer beanstandet die Art und Weise, wie das Verfahren durchgeführt wird.

Im März 2022 blockierten Deutschland, Frankreich und Luxemburg 120 Millionen Euro, die im Libanon von Riad Salamé veruntreut worden sein sollen.

Anfang 2023 reisten deutsche, französische (darunter Aude Buresi) und luxemburgische Richter in den Libanon, um Salamé und mehrere seiner Nahestehenden zu befragen.

Der französische internationale Haftbefehl kann im Libanon erst angewendet werden, wenn Interpol eine Rote Note herausgegeben hat und die libanesischen Justiz die Auslieferung genehmigt hat. Diese muss durch ein Dekret der libanesischen Regierung bestätigt werden, was umso unwahrscheinlicher ist, als der Libanon noch nie Staatsangehörige ausgeliefert hat.

Syrien offiziell wieder in die Arabische Liga integriert

In Dschidda fand ein Vorbereitungstreffen für den Gipfel der Arabischen Liga statt, das von El-Ekbarriya TV live übertragen wurde.

Der saudische Finanzminister Mohamed Al-Jaddan hieß die syrische Delegation herzlich willkommen. Dazu gehörten der Minister für

auswärtige Angelegenheiten und Expatriierten, Faisal Miqdad, der Informationsminister Boutros Al-Hallaq, der stellvertretende Minister für auswärtige Angelegenheiten und Expatriierten, Ayman Soussan, sowie der Direktor des Büros des Außenministers, Jamal Najib.

Der syrische Präsident Baschar al-Assad wurde zu dem Gipfel eingeladen, zu dem mehrere westliche Staats- und Regierungschefs erwartet werden. ☞ Die Anerkennung des Sieges der Arabischen Republik Syrien über die vom Westen unterstützten Dschihadisten und ihre Wiedereingliederung in die *Liga der Arabischen Staaten* markiert das Ende der Fremdherrschaft über die Region.

US-Abgeordnete sind gegen Normalisierung der Beziehungen zu Syrien

Als Reaktion auf die Wiedereingliederung der Arabischen Republik Syrien in die *Liga der Arabischen Staaten* hat der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des US-Repräsentantenhauses am 16. Mai den *Assad Regime Anti-Normalization Act of 2023* (H.R.3202) verabschiedet.

Am Ende des Krieges gegen Syrien im Jahr 2016 erkannten die Vereinigten Staaten ihre Niederlage nicht an. Sie verhinderten den Wiederaufbau des Landes und versuchten, die Bevölkerung durch das Verbrennen der Ernten auszuhungern. Sie haben ein juridisches Instrument installiert, das allmählich untergraben wird:

- Im Jahr 2017 [verboten sie UN-Organisationen](#), sich in irgendeiner Weise am Wiederaufbau Syriens zu beteiligen.
- Im Jahr 2019 verabschiedeten sie den [Caesar Syria Civilian Protection Act](#), der drastische Sanktionen gegen die gesamte syrische Wirtschaft einführte.

Katarische Präsidentschaft des Gipfels der Internationalen Arbeitsorganisation 2023 in Frage gestellt

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) bestreitet, dass der katarische Arbeitsminister Ali bin Saeed bin Samikh al-Marri in Ermangelung eines anderen Kandidaten Präsident des Gipfels der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) 2023 werden könnte.

Katar wurde beschuldigt, seine Arbeitsmigranten schamlos auszubeuten, um Anlagen für die Fußballweltmeisterschaft 2022 zu bauen. Etwa 6500 von ihnen sollen auf Baustellen gestorben sein. Dann änderte Katar seine Gesetzgebung zur Kafala, einem System, das Wanderarbeitern alle ihre Rechte entzog. Nach Ansicht vieler Beobachter hat sich dieser Wandel jedoch nie in der Realität niedergeschlagen. Diese Information wurde von Sharan Burrow, der ehemaligen IGB-Generalsekretärin, dementiert. Ali bin Saïd ben Samikh al-Marri wurde jedoch in Brüssel mit dem Italiener Pier-Antonio Panzeri, dem ehemaligen Europaabgeordneten im Zentrum des Korruptionsskandals, gesehen, der jetzt inhaftiert ist. Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, die Griechin Eva Kaili, hatte damals zur Überraschung aller versichert, dass "Katar bei den Arbeitnehmerrechten führend ist". Sie steht nun wegen Korruption unter Hausarrest.

Recep Tayyip Erdogans Wiederwahl erwartet

In der ersten Runde der türkischen Präsidentschaftswahlen gewann Recep Tayyip Erdogan (Volksallianz) 49,5 % der Stimmen, Kemal Kilicdaroglu (Nationale Allianz) 44,8 % und Sinan Ogan (Angestammte Allianz) 5,1%.

Recep Tayyip Erdogan setzte auf türkischen Nationalismus gegen den Westen. Kemal Kilicdaroglu auf die Gleichberechtigung aller und die vollständige Wiedereingliederung von Kurden und Aleviten. Sinan Ogan auf Xenophobie gegen syrische Einwanderer und den Nationalismus gegen kurdische Separatisten. Er gewann einen Teil der Wählerschaft, die von Präsident Erdogan

enttäuscht war, sich aber entschieden gegen die Kandidatur von Kemal Kilicdaroglu aussprach, weil er von der kurdischen Partei HDP unterstützt wird. Seine Wähler sollten sich entweder der Stimme enthalten oder im zweiten Wahlgang für Erdogan stimmen.

Die Wiederwahl von Präsident Recep Tayyip Erdogan am 28. Mai steht außer Frage. Er wird daher in der Lage sein, seine Wette zu gewinnen und den hundertsten Jahrestag des Vertrags von Lausanne und die Gründung der Republik Türkei zu feiern, wenn seine Gesundheit es erlaubt.

Iran erneut von USA und Israel bedroht

Der Iran hat nach Äußerungen des Nationalen Sicherheitsberaters der USA, Jacob "Jake" Sullivan, einen offiziellen Protest an den UN-Sicherheitsrat geschickt (S/2023/339). Er hatte dem [Washingtoner Institut für Nahostpolitik](#) gesagt: "Wir haben dem Iran klar gemacht, dass es ihm niemals erlaubt sein wird, eine Atomwaffe zu erlangen. Wie Präsident Biden wiederholt bekräftigt hat, wird er die notwendigen Schritte unternehmen, um diese Erklärung einzuhalten, einschließlich der Anerkennung der Handlungsfreiheit Israels."

Iran beendete 1988 auf Wunsch von Ayatollah Ruhollah Khomeini sein militärisches Atomprogramm und nahm es nie wieder auf. Israel hat viele Male versucht, etwas anderes vorzutauschen. Es veröffentlichte Dokumente, von denen es sagte, dass sie bewiesen, dass der Iran lüge, aber als sie untersucht wurden, zeigte sich das Gegenteil. Benjamin Netanjahu hat wiederholt eine Bombardierung der zivilen iranischen Atomanlagen vorbereitet, zuletzt diejenige, die mit Präsident George W. Bush Jr. organisiert wurde. Seit vielen Jahren werden 5+1-Verhandlungen geführt, um ein Abkommen zwischen den USA und dem Iran abzuschließen, welches Präsident Donald Trump zerrissen hat. Als Ergebnis dieser Verhandlungen bestätigten die russische und die chinesische Seite, dass es kein iranisches militärisches Atomprogramm gäbe, außer in der Vorstellung des Westens.

Eine neue Wahlkarte in Indien

Die Wähler in Karnataka (Südwestindien), der einzigen Region, die von der BJP regiert wird, die in Neu-Delhi an der Macht ist, stimmten bei Nachwahlen mit überwältigender Mehrheit für die säkulare Kongresspartei. Sie gewann 135 der 224 Sitze und die absolute Mehrheit. Die BJP, die die Hindu-Herrschaft unterstützt, hat nur 65 Sitze. Sie hatte im Staat ein Gesetz erlassen, das die Möglichkeiten der Konversion zum Christentum einschränkte.

Eine neue Wahlkarte zeichnet sich ab. Die BJP- und Hindutva-Ideologie blühte in den Hindi-sprachigen Regionen auf, der Kongress setzte sich in allen anderen durch.

Imran Khan immer noch von der pakistanischen Regierung bedroht

Die Verhaftung des ehemaligen Premierministers Imran Khan durch Hunderte von Polizisten mitten im Gerichtssaal während eines Prozesses wurde vom Obersten Gerichtshof für rechtswidrig erklärt. Zwei Tage nach seiner Freilassung beschuldigte ihn das Innenministerium, Personen in seinem Familienpalast beherbergt zu haben, die die Polizei angegriffen hatten. Letztere umstellte den Palast und gab Herrn Khan 24 Stunden Zeit, um ihr etwa vierzig seiner Aktivisten auszuliefern.

Thais stimmen gegen Junta

Bei den thailändischen Parlamentswahlen am 14. Mai gewann die Vorwärtspartei (unter der Führung von Pita Limjaroenrat) 36 % der abgegebenen Stimmen, Pheu Thai (Paethongtarn Shinawatra) 27 % und die United Thai Nation Party (Prayut Chan-o-cha) 11 %. Parteien, die die Militärjunta unterstützen, erhielten nur 6% der Stimmen.

Der große Sieg von *Moving Forward* ist für alle Beobachter eine Überraschung. Pheu Thai sagte, er freue sich auf die Zusammenarbeit mit ihm und kündigte an, dass er die Kandidatur von Pita Limjaroenrat für das Amt des Premierministers unterstütze.

Voltaire-Netzwerkanalyse

["Imran Khan und die Unabhängigkeit Pakistans"](#) von Thierry Meyssan

Pakistan war nie unabhängig. Es ist immer ein Spielzeug in den Händen des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten geblieben. Während des westlichen Krieges gegen das afghanische kommunistische Regime wurde es zu einem Rückzugsstützpunkt für die Mudschaheddin und die arabischen Kämpfer von bin Laden. Doch seit einem Jahrzehnt versucht ein außergewöhnlicher Cricket-Champion, Pakistan zu befreien, Frieden mit Indien zu schließen und soziale Dienste zu schaffen. Sein Name ist Imran Khan.

Südkorea empfängt Frau Selenskyj

Olena Zelenska, die ukrainische First Lady (nicht gewählte Bürgerin), reiste nach Südkorea, um über die Unterstützung von Präsident Yoon Suk Yeol zu verhandeln. Sie hat ein vorläufiges Abkommen über umfangreiche Finanzhilfen für die Ukraine unterzeichnet. Zu ihrer Delegation gehörte auch die stellvertretende Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin Julia Sviridenko, die sich mit dem Minister für Luftfahrt, Infrastruktur und Verkehr, Won Hee-ryong, traf, um zu erörtern, wie Südkorea den Wiederaufbau der Ukraine unterstützen könnte. Es wurden keine Zahlen veröffentlicht.

Nordkorea bereitet den Start seines 1. Spionagesatelliten vor

Nordkorea könnte seinen Spionagesatelliten am 27. Juli starten, dem 70. Jahrestag des Waffenstillstands, der von Pjöngjang als "Sieg" bezeichnet wird. Laut der Website von US 38 North wurde neben dem bestehenden Turm auf dem Stützpunkt Sohae ein etwa 90 Meter hoher Startturm errichtet.

Der Oberste Führer Kim Jong-un inspizierte in Begleitung seiner Tochter Ju-ae die gesamte Anlage und unterzeichnete den Startbefehl.

USA/China Treffen

Wang Yi, Direktor für auswärtige Angelegenheiten der Kommunistischen Partei

Chinas, traf sich mehr als 10 Stunden lang mit Jake Sullivan, dem nationalen Sicherheitsberater der USA, in Wien. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die bilateralen Beziehungen, die Taiwan-Frage, die Lage im asiatisch-pazifischen Raum und die Ukraine-Krise. Die US-Seite erklärte, ihre Ein-China-Politik habe sich nicht geändert und unterstütze die Unabhängigkeit Taiwans nicht.

Chinas Bevölkerungspolitik

Die [People's Daily](#) vom 16. Mai stellt Chinas Bevölkerungspolitik vor.

"China hat das größte Berufsbildungssystem der Welt und bildet jedes Jahr etwa 10 Millionen technische Fachkräfte aus (...) Mittlerweile gibt es mehr als 200 Millionen Fachkräfte und mehr als 60 Millionen hochqualifizierte Fachkräfte. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt heute bei über 78 Jahren, und das Land gehört zu den Ländern mit mittlerem und hohem Einkommen, was die wichtigsten Gesundheitsindikatoren angeht. Etwa 240 Millionen Chinesen haben eine höhere Bildung durchgemacht. Die durchschnittliche Ausbildungsdauer der neuen Arbeitskräfte beträgt etwa 14 Jahre (...) China steht weltweit an erster Stelle, gemessen an der Gesamtzahl der Forschungs- und Entwicklungsmitarbeiter. Es ist notwendig, Bildung zu einem strategischen Projekt für die Entwicklung einer qualitativ hochwertigen Bevölkerung zu machen und die wissenschaftliche, kulturelle, gesundheitliche, ideologische und moralische Qualität der Bevölkerung insgesamt zu verbessern. Es ist notwendig, das System der Fruchtbarkeitsförderung zu etablieren und zu verbessern, das Kinderbetreuungssystem energisch zu entwickeln und den Aufbau einer geburtenfreundlichen Gesellschaft zu fördern. Es ist notwendig, ein Altersversicherungssystem zu entwickeln und sich um ein Gefühl der Sicherheit, des Wertes und des Glücks für ältere Menschen zu bemühen. "

Für Japan bilden China und Russland einen Militärblock

Der japanische Außenminister Yoshimasa Hayashi sagte in einer Rede auf dem Indo-

Pazifik-Ministerforum der EU (Stockholm), dass Russland und China militärische Verbündete seien. Die offizielle chinesische Presse wies diese Interpretation entschieden zurück und bekräftigte, dass Russland und China zwei Länder seien, die politisch freundlich, aber militärisch unabhängig voneinander seien.

Einrichtung einer Hotline zwischen dem japanischen und dem chinesischen Verteidigungsministerium

Der japanische Verteidigungsminister Yasukazu Hamada und sein chinesischer Amtskollege Li Shangfu haben eine direkte Telefonverbindung zwischen ihren Regierungen eingerichtet. Beide Staaten sind sich der Gefahren von Missverständnissen bewusst, die durch die zunehmenden politischen Spannungen verursacht werden.

OZEANIEN

Australische Regionalregierung befürchtet Verurteilung für Covid-Lockdown-Maßnahmen

Die Regierung des Bundesstaates Victoria bot 3000 Einwohnern von Melbourne 5 Millionen US-Dollar als Gegenleistung für die Rücknahme ihrer Beschwerde an.

Während der Covid-19-Epidemie stellte der Bundesstaat Victoria seine Bürger unter Hausarrest. Im Juli 2020, nach der Entdeckung von 23 Fällen in Sozialwohnungen, ließ er neun Gebäude von der Polizei umstellen und hinderte ihre Bewohner fünf Tage und sogar zwei Wochen lang, einen der Türme zu verlassen.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Beraterin von Joe Biden zum Direktor der Internationalen Organisation für Migration gewählt

Die Amerikanerin Amy Pope ist zur Generaldirektorin der Internationalen Organisation für Migration (IOM) gewählt

worden. Zuvor war sie stellvertretende Direktorin der Organisation. Sie besiegte ihren Direktor Antonio Vitorino, der sich zur Wiederwahl stellte. In dieser Funktion führte sie eine Reihe von Haushaltsreformen durch, um die Ausführung und das Risikomanagement vor Ort zu optimieren, die operativen Ergebnisse zu verbessern und die Koordination mit dem System der Vereinten Nationen zu stärken.

In Jahr 2021 fungierte Amy Pope als Beraterin von Präsident Joe Biden für Migration. Er unterstützte öffentlich ihre Kandidatur. Sie hat auch bei Chatham House, dem britischen Think Tank, gearbeitet.

Es ist das erste Mal, dass es zu einem Duell zwischen einem Generaldirektor und seinem stellvertretenden Leiter einer zwischenstaatlichen Organisation kommt. Antonio Vitorino hatte bereits vor der Abstimmung das IOM-Hauptquartier verlassen.

ASEAN-Gipfel

Der 42. Gipfel des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) fand in Indonesien statt. Besonderes Augenmerk wurde auf den Schutz von Wanderarbeitnehmern und Opfern von Menschenhandel gelegt. Die Staats- und Regierungschefs gaben auch eine Erklärung zur Förderung der regionalen Zahlungsanbindung und zur Förderung von Transaktionen in Landeswährung ab.

Absage des Quad-Gipfels

Der Quad-Gipfel, an dem australische, amerikanische, indische und japanische Staats- und Regierungschefs in Sydney teilnehmen sollten, wurde abgesagt. Präsident Joe Biden wird aufgrund der Schwierigkeiten, mit denen der Kongress im Zusammenhang mit der gesetzlichen Schuldenobergrenze konfrontiert ist, nicht kommen können. Dieses Ereignis, das als das Wichtigste in Australien seit dem G20-Gipfel im Jahr 2014 bezeichnet wurde, hat dem Rückzug der USA nicht standgehalten. Dies ist ein Schlag gegen die westliche Strategie im Indopazifik.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°42 - 26 Mai 2023

LEITARTIKEL

69. Treffen der Bilderberg-Gruppe

Die [Bilderberg-Gruppe](#) hielt vom 18. bis 21. Mai ihr 69. Jahrestreffen in Lissabon, Portugal, ab. Die Sicherheit der Veranstaltung wurde von der portugiesischen Polizei in der Nähe und von der Nordatlantikpakt-Organisation für das Treffen selbst gewährleistet.

Die Gespräche wurden nach dem Protokoll von Chatham House geführt. Die Themen auf der Tagesordnung waren:

- Künstliche Intelligenz
- Das Bankensystem
- China
- Energiewende
- Europa
- Steuerliche Herausforderungen
- Indien
- Industriepolitik und Handel
- NATO
- Russland
- Transnationale Bedrohungen
- Ukraine
- US-Führung

Dieser Club wurde von den US-amerikanischen und britischen Geheimdiensten gegründet. Den Vorsitz führte zunächst Prinz Bernhard der Niederlande, heute der niederländische Ökonom Victor Halberstadt und Marie-Josée Kravis (Ehefrau des Finanziers Henry Kravis).

Die Teilnehmer werden von einem Vorstand ausgewählt, um ihr Engagement im Atlantik zu testen. Die Karrieren jener, die den Test bestehen, werden von der NATO unterstützt.

Bei allen Treffen anwesend, gab der unvermeidliche [Henry Kissinger](#) (der am Samstag hundertjährig wird) dem *Economist*, der das Sekretariat der Bilderberger stellt, ein langes Interview. Wie schon im Januar vor dem Davoser Forum sprach er sich für den NATO-Beitritt der Ukraine aus. Unter den 130 Gästen befand sich in diesem Jahr auch der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba.

AMERIKA

Die US-Geheimdienste schätzen die globale Erwärmung nicht als existenzielle Bedrohung ein

Die Direktorin des US-Geheimdienstes, Avril Haines, betrachtet die globale Erwärmung nicht als Bedrohung für die Sicherheit des Landes. Höchstens: "Der Klimawandel wird die Risiken für die nationalen Sicherheitsinteressen der USA zunehmend verschärfen, wenn die physischen Auswirkungen zunehmen werden und die geopolitischen Spannungen über die globale Reaktion auf die Herausforderung zunehmen werden." Auch der Anstieg des Meeresspiegels, der im indopazifischen Raum besonders besorgniserregend sein soll, wird in ihrem jüngsten Bericht nicht erwähnt.

Die USA gegenüber nicht-kinetischen Waffen

Laut [Robert McCreight](#) entwickeln mehrere Staaten nicht-kinetische Waffen. Dabei handelt es sich um stille, weitgehend nicht nachweisbare Technologien, die in der Lage sind, schädliche, schwächende und erniedrigende physische und neuronale Auswirkungen auf ihre Ziele zu haben. Sie können drei Arten von strategischen Effekten hervorrufen: einen Enthauptungsblitz gegen Anführer; einen geheimen und unentdeckten Überraschungsangriff, um die Führung außer Gefecht zu setzen; und heimtückische laufende Angriffe, die die Analyse der Führung, die Verteidigungssysteme und die strategische Warnung beeinträchtigen. Sie wären besonders wirksam bei "verbesserten Soldaten" und würden die Forschung an Exoskeletten, modifizierten Diäten, Cyborg-Add-ons, speziellen biophysikalischen Interventionen, KI-Augmentation und anderen Technologien zunichtemachen.

Interpretation des Durham-Berichts

John Durhams Bericht über die FBI-Untersuchung über geheime Absprachen zwischen Donald Trump und Russland deutet darauf hin, dass Hillary Clintons

Wahlkampfteam hinter der Verleumdung steckt. Die Republikaner im Repräsentantenhaus wollen diesen Aspekt noch einmal aufgreifen. Zumal der Clinton-Wahlkampfmanager kein Geringerer als Jacob "Jake" Sullivan, der derzeitige Nationale Sicherheitsberater von Präsident Biden, war.

NAACP verurteilt Ron DeSantis' "Angriffe" auf schwarze Amerikaner

Die [National Association for the Advancement of Colored People](#) (NAACP) hat eine Reisewarnung herausgegeben. Ihr Präsident erklärt darin: "Wieder einmal haben sich die Führer des Staates, vom Hass beseelt, dafür entschieden, die Politik über das Volk zu stellen. Gouverneur Ron DeSantis und der Bundesstaat Florida haben sich in einen unverhohlenen Krieg gegen die Prinzipien von Vielfalt und Inklusion engagiert und unsere gemeinsamen Identitäten abgelehnt, um eine gefährliche extremistische Minderheit anzusprechen. Wir werden nicht zulassen, dass unsere Rechte und unsere Geschichte durch die Politik unserer Großeltern als Geiseln genommen werden. Die NAACP kämpft stolz gegen böswillige Angriffe in Florida, gegen schwarze Amerikaner. Ich ermutige meine Landsleute in Florida, sich diesem Kampf anzuschließen, um uns und unsere Demokratie zu schützen. Angesichts der wokistischen Interpretation verbot Gouverneur DeSantis den Unterricht über Sklaverei an Schulen in Florida.

Jeffrey Epstein erpresste Bill Gates

Laut dem *Wall Street Journal* vom 22. Mai versuchte Jeffrey Epstein, Bill Gates wegen seiner außerehelichen Beziehung mit einer russischen Bridge-Spielerin, der sehr jungen Mila Antonova, zu erpressen.

Die Navy wird Verbündete im Persischen Golf ausbilden

Die Fünfte Flotte, die in Bahrain stationiert ist, hat die Task Force CTF 154 eingerichtet. Im Gegensatz zu anderen Spezialeinheiten in der Region wird sie nicht die Piraterie bekämpfen,

sondern die internationalen Bodentruppen der 38 Staaten der Combined Maritime Force (CMF) unterstützen. Sie wird sie in Seerecht und Führung ausbilden.

US-Veteranen weniger geneigt zu extremistischem Denken

Eine Studie der [Rand Corporation](#) bei 1000 Veteranen zeigt, dass sie eher weniger sensibel für extremistisches Gedankengut sind als der Rest der Bevölkerung. Unter ihnen sind die *Marines* jedoch am ehesten bereit, sich Rassistengruppen anzuschließen.

Gegenüber China sind die Vereinigten Staaten Gefangene ihrer Politik

Das angekündigte Treffen zwischen den Verteidigungsministern der USA und Chinas, den Generälen Lloyd Austin und Li Shangfu, am Rande des Shangri-La-Dialogs des IISS, stolpert über die US-Sanktionen gegen Li Shangfu.

Das US-Außenministerium bestätigte, dass sie nicht aufgehoben würden. Peking betont, dass man nicht mit einseitigen Zwangsmaßnahmen (von Washington als "Sanktionen" bezeichnet) verhandeln könne. Es ist daher notwendig, sich zu entscheiden zwischen ihrer Aufrechterhaltung oder dem Treffen.

Wolodymyr Selenskyj gibt Luiz Inácio Lula da Silva einen Korb

Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, der sich am Rande des G7-Gipfels in Hiroshima auf ein Treffen mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj geeinigt hatte, wartete vergeblich. Das Interview wurde abgesagt, ohne Erklärung oder Entschuldigung.

In einem [Tweet](#) vom 22. Mai behauptete Letzterer, Brasilien, China, Indien und Indonesien verurteilten die Besetzung ukrainischen Territoriums durch Russland. Entweder hat Präsident Lula seine Partner nicht verstanden oder er lügt.

EUROPA

Charles III. ließ alle Archive über die britische Königsfamilie verschwinden

Das [britische Königshaus](#) hat mehr als 500 Akten aus dem Nationalarchiv entfernt. Bisher waren diese Akten geschlossen und konnten nicht eingesehen werden. Heute gibt es sie nicht mehr. Die königliche Familie intervenierte sogar, um Dokumente zu vernichten, die sich im Besitz des FBI in den Vereinigten Staaten befanden.

Bis heute haben Historiker keine Aufzeichnungen über das Privatleben der Monarchen seit Königin Victoria. Biografien von Mitgliedern der königlichen Familie basieren ausschließlich auf Zeitungsausschnitten und Palastkommuniqués.

Es wird angenommen, dass Königin Victoria heimlich einen ihrer Diener, John Brown, geheiratet hatte; dass Edward VIII. zurücktrat, weil er ein Nazi war; dass Vizekönig Lord Mountbatten ein Pädophiler war, usw. Nichts ist überprüfbar. König Charles III. ist der Meister der Geheimhaltung.

Meinungsfreiheit in Oxford in Frage gestellt

Die Kontroverse, die von einer Gruppe anti-TERF-Studentinnen (Trans-exclusionary radical feminist) gegen eine Vorlesung der feministischen Philosophin Kathleen Stock an der Universität Oxford eröffnet wurde, nimmt zu. Einer nach dem anderen, viele Akademiker positionieren sich zur Meinungsfreiheit angesichts von Theorien, die sich negativ auf die Gesellschaft auswirken würden.

Die Konferenz wurde nicht abgesagt.

Frankreich wird den freiwilligen Militärdienst einführen

Die französische Armee möchte ihr Einsatzangebot ausweiten. Sie möchte einen sechsmonatigen freiwilligen Militärdienst einführen, um bis spätestens 2035 ein Regiment von Reservisten zu schaffen.

Frankreich wird seine Rinderherde verkleinern

Der [Rechnungshof](#) fordert Frankreich auf, seinen Viehbestand zu reduzieren, um seinen Verpflichtungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen nachzukommen.

Die Viehzucht ist eine stark vom Staat unterstützte Tätigkeit, die den Landwirten finanziell nicht viel einbringt. Sie erzeugt auch eine große Menge Methan. Ihre Reduzierung wäre daher gut für die öffentlichen Finanzen.

Gérald Darmanin prangert die Gefahr des islamistischen Terrorismus in Frankreich an

Der französische Innenminister Gérald Darmanin besuchte die Vereinigten Staaten, um daran zu erinnern, "dass für die Europäer und für Frankreich das Hauptrisiko der sunnitisch-islamistische Terrorismus ist und dass die Zusammenarbeit der Geheimdienste bei der Terrorismusbekämpfung absolut unerlässlich ist". Er bedauerte den "Abzug der Amerikaner aus Afghanistan" und den von Frankreich vom "Sahel-Sahara-Streifen", "die Rekonstitution von Daesch-Zellen in der Levante, die diese exogenen Bedrohungen im Hinblick auf die Großveranstaltungen, die von Frankreich organisiert werden, zu Momenten erheblicher Gefahr von Terroranschlägen machen".

Unzureichender Sieg von Kyriacos Mitsotakis bei den griechischen Parlamentswahlen

Bei den griechischen Parlamentswahlen erhielt die Nea Dimokratia (unter der Führung von Ministerpräsident Kyriacos Mitsotakis) 40,7 % der abgegebenen Stimmen, verglichen mit nur 20,0 % für SYRIZA (Alexys Tsipras), 11,4 % für PASOK/Bewegung für den Wandel (Nikos Androulakis), 7,2 % für die Kommunistische Partei (Dimitris Koutsoumbas) und 4,4 % für Greek Solution (Kyriacos Velópoulos). Das Abstimmungs-system war diesmal etwas komplexer als sonst. Es handelte sich um ein Listensystem, bei dem die Wähler Persönlichkeiten unabhängig von ihrem Platz

auf der von ihnen gewählten Liste bevorzugen konnten. Neuwahlen finden im Juli statt, allerdings mit einem Mehrheitsbonus, der der Partei, die gewinnt, 50 Sitze einräumt. Kyriacos Mitsotakis soll dann die Mehrheit in Bezug auf die Anzahl der Sitze stellen und erneut Ministerpräsident werden.

Bis dahin hat die griechische Präsidentin Katerina Sakellaropoulou den Richter Ioannis Sarmas zum Ministerpräsidenten ernannt.

Polen besorgt über Folgen des Ukraine-Konflikts für seine Landwirtschaft

"Wir wollen unsere Unterstützung für die Ukraine fortsetzen. Aber wenn dies zum Bankrott von Millionen von Bauern führt, wird es nicht möglich sein. Nicht nur in Polen, sondern auch in vielen anderen Ländern", sagte Andrzej Sados, Polens Botschafter bei der EU (*Le Figaro*, 24. Mai).

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Armenien bereitet sich auf den Verzicht auf Bergkarabach vor

Der armenische Ministerpräsident Nikol Paschinjan erklärte, er sei bereit, Bergkarabach als aserbaidshisches Territorium anzuerkennen, unter der Bedingung, dass Baku die ethnische Säuberung der Region einstelle. Seit 1994 wurde Bergkarabach von Jerewan als Territorium der Republik Arzach betrachtet (von den Vereinten Nationen nicht anerkannt). Im Jahr 2018 stürzte eine von George Soros finanzierte Farbrevolution Präsident Sersch Sarkisian und seine pro-russischen Top-Generäle. Sie brachte den liberalen Journalisten Nikol Paschinjan an die Macht. Letzterer wurde

2020 während des Krieges von Aserbaidschan zur Rückeroberung Bergkarabachs besiegt. Nikol Paschinjan wird am 25. Mai in Moskau mit dem aserbaidchanischen Präsidenten Ilham Aliyev zusammentreffen.

Laut Gallup wird Nikol Paschinjan nur noch von 13,9 Prozent der Armenier unterstützt. Überall in Armenien und Arzach kam es zu Protesten gegen ihn.

Walerij Zaluzhnyi taucht wieder auf

Nach 12 Tagen ohne Nachricht von ihm nahm der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, General Valerii Zaluzhnyi, an einer Videokonferenz teil. Dieser Auftritt beendete Gerüchte, er sei schwer verletzt worden. General Walerij Zaluzhnyi verschwand gerade zu dem Zeitpunkt, als Präsident Wolodymyr Selenskyj zu einer langen Auslandsreise aufbrach. Mehrere Tage lang schien niemand das Land zu regieren, obwohl es sich im Krieg befand.

Erratum

Die vier Flugzeuge, die in Russland zerstört wurden, wurden nicht am Boden durch französisch-britische Scalp/Storm Shadow-Raketen zerstört, sondern im Flug, wahrscheinlich durch norwegische NASAMS-Boden-Luft-Raketen. Auf der anderen Seite haben die Westler viele Waffensysteme in den Flugzeugen demontiert, die sie gerade an die Ukraine geliefert haben. Grundsätzlich werden sie nicht in der Lage sein, Raketen aus der Ukraine auf wichtige Ziele in Russland abzufeuern.

Dmitri Rogosin glaubt nicht, dass "die Amerikaner den Mond betreten haben"

Dmitri Rogosin, ehemaliger russischer Botschafter bei der NATO und damaliger Direktor der Raumfahrtbehörde Roskosmos, sagte, er glaube nicht, dass die Vereinigten Staaten jemals mondgelandet seien. Es gibt keine Beweise dafür, dass die Apollo-Missionen auf der Rückseite des Mondes gelandet sind. Keine fremde Macht durfte die angeblich

mitgebrachten Mondbodenproben untersuchen (außer Japan für weniger als 1 Gramm).

Russische Kämpfer gegen Russland

Russland bombardierte auf ukrainischem Territorium die Legion "Freiheit für Russland" (*Swobo-da Rossi*), eine Gruppe russischer Dissidenten, die den ukrainischen integralen Nationalisten nahestehen. Sie hatte sich nach Russland eingeschlichen und mehrere Einrichtungen in Belgorod sabotiert. *Le Figaro* vom 24. Mai versichert, dass es sich um eine heterogene Legion handelt, ohne wirkliche Ideologie, außer dem Sturz von Präsident Wladimir Putin.

Russland verhängt Sanktionen gegen 500 US-Persönlichkeiten

Als Vergeltung hat Russland 500 US-Persönlichkeiten, vor allem aus Politik und Medien, den Zugang zu seinem Territorium verwehrt.

Russland lehnt westliche Umweltverbände ab

Die russische Generalstaatsanwaltschaft erklärte Greenpeace für "unerwünscht". Im vergangenen März wurde die World Wildlife Foundation (WWF) als "ausländischer Agent" eingestuft.

Russland steigert Exporte nach China

Die russischen Energielieferungen nach China werden 2023 im Vergleich zu 2022 um 40 Prozent steigen, sagte Alexander Nowak, stellvertretender Ministerpräsident für Energie.

AFRIKA

Waffenruhe im Sudan

Am 20. Mai einigten sich die Armee von General Abdel Fattah al-Burhan und die Rapid Support Forces (RSF) von "General" Mohamed Hamdan Daglo in Dschidda auf einen neuen 7-tägigen humanitären Waffenstillstand. Mehr als eine Million Menschen wären bereits vor den

Kämpfen geflohen. Die katarische Botschaft in Khartum wurde nach Angaben der Truppen von General al-Burhan von der RSF verwüstet.

Demokratische Republik Kongo setzt auf China

Der Präsident der Demokratischen Republik Kongo (DRK), Felix Tshisekedi, besuchte China, um seine Gesprächspartner davon zu überzeugen, zusätzliche 6 Milliarden Dollar in sein Land zu investieren, verglichen mit den 17 Milliarden, die sein Vorgänger Joseph Kabila 2008 ausgehandelt hatte. Die Demokratische Republik Kongo ist der weltweit führende Produzent von Rohstoffen für die Herstellung von Batterien. Sie verfügt auch über bedeutende Vorkommen an Diamanten, Gold, Lithium und Tantal.

ASIEN

Israels QuaDream produzierte Spyware "ohne Klicks"

Das israelische Spyware-Unternehmen QuaDream kündigte seine Schließung an, weil es keine Erlaubnis erhalten hatte, seine Produkte im Ausland, einschließlich Marokko, zu verkaufen. Es verfügt über Technologien, die weltweit ihresgleichen suchen, und war der ernsthafteste Konkurrent von NSO (Pegasus). Laut [Ha'aretz](#) schnappen sich viele Unternehmen seine Techniker. Ein Leck, wahrscheinlich zufällig, enthüllte die Existenz von zwei seiner Software: Reign und Blue Spear. Dabei handelt es sich um No-Click-Technologien, d. h. die Infektion eines Telefons ohne das vollständige Wissen seines Besitzers.

Benjamin Netanjahu führt homophobe Noam-Partei wieder in die Koalition ein

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat einen Deal mit der Noam-Partei geschlossen, um seinen Haushalt durch die Knesset zu bringen. Vor drei Monaten verließ Noam die Regierungskoalition, weil Netanjahu zögerte, sein Bekenntnis zur "jüdischen Identität" umzusetzen. Das Budget umfasst

jedoch 285 Millionen Schekel (76 Millionen US-Dollar) für die Schaffung einer Hohen Behörde für jüdische Identität. Noam ist eine wirklich sehr homophobe Partei. Sie will die Lehrpläne der Schulen streng zensieren.

FATF benennt Libanon

Die für die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zuständige Financial Action Task Force (FATF) hat den Libanon soeben auf ihre graue Liste gesetzt. Diese Entscheidung folgt auf den Erlass eines Haftbefehls der französischen Justiz und eines weiteren durch die deutsche Justiz gegen den Gouverneur der libanesischen Zentralbank, Riad Salamé.

Machtdemonstration der Hisbollah

Anlässlich des 23. Jahrestages der Befreiung des Südlibanon organisierte die Hisbollah in Amarata, zehn Kilometer von der israelischen Grenze entfernt, vor Hunderten von Journalisten ein riesiges Spektakel von Manövern mit scharfer Munition. Auf Schildern stand: "Wir schwören, dass wir kommen werden", "Wir schwören, dass wir überqueren werden", "Wir schwören, dass wir in al-Quds beten werden". Der israelische Generalstab reagierte auf diese Machtdemonstration mit der Erklärung, dass ein Angriff der Partei Gottes für sie "70-mal" schwieriger wäre als im letzten Krieg im Jahr 2006.

Der stellvertretende Generalsekretär der Hisbollah, Scheich Naim Qassem, kommentierte auf AlManarTV, dass der nächste Krieg im besetzten Palästina stattfinden würde.

Innerkurdischer Konflikt eskaliert im Parlament

Im Regionalparlament von Irakisch-Kurdistan kam es zu einer schweren Auseinandersetzung zwischen den Abgeordneten der KDP (Barzani-Clan, Mehrheit) und denen der PUK (Khalabani-Clan, Minderheit). Der Sitzungsleiter hatte es abgelehnt, die Tagesordnung zu überprüfen.

Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien

Nach 7 Jahren Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen hat der Iran Alireza Enayati zum Botschafter in Saudi-Arabien ernannt. Er war stellvertretender Außenminister.

Saudi-Arabien verhandelt über chinesischen Waffenkauf

Laut *Tactical Report* verhandelt Saudi-Arabien mit der China North Industries Group Corporation (Norinco) über den Kauf: von Sky Saker FX80 (UAV)- senkrechtstartenden und -landenden Drohnen (CR500-VTOL), von Cruise Dragon Suicide 5 und 10 und von QG-17AE Kurzstrecken-Luftverteidigungssystem (SHORAD).

Das Kaufverbot russischer und chinesischer Waffen für US-Verbündete funktioniert also nicht mehr.

Sinan Oğan soutient Recep Tayyip Erdoğan

Obwohl Kemal Kilicdaroglu plötzlich einen einwanderungsfeindlichen Diskurs annahm, rief Sinan Oğan offiziell dazu auf, für Recep Tayyip Erdoğan zu stimmen. Der alternative Diskurs der Koalition aus sechs Oppositionsparteien ging in einem nationalistischen Konsens unter. Die Wiederwahl von Recep Tayyip Erdoğan ist daher fraglos.

Türkei bereitet Normalisierung mit Syrien vor

Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu sagte, er habe eine Kommission gebildet, um eine Normalisierung mit Syrien vorzubereiten.

Diese Normalisierung wurde durch die türkischen Präsidentschaftswahlen verzögert. Sie setzt den Rückzug der türkischen Armee aus dem syrischen Territorium voraus und impliziert das Ende der islamischen Emirate, die in der Region Idlib geschaffen wurden.

Ali Shamkhani seines Amtes enthoben

Ali Akbar Ahmadian, ehemaliger Kommandeur der paramilitärischen Kräfte der Revolutionsgarden, ist zum Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats des Iran ernannt worden. Er ist eine sehr antiwestliche Persönlichkeit. Er ersetzt Ali Shamkhani, dem seine Verbindungen zu Alireza Akbari vorgeworfen werden, einem ehemaligen stellvertretenden Verteidigungsminister, der der Spionage für die Briten beschuldigt und im Januar 2023 hingerichtet wurde. Er wurde hauptsächlich für die angebliche Korruption seines Sohnes verantwortlich gemacht. Ali Shamkhani war Irans oberster arabischer Beamter.

Iran nimmt den Bau eines zivilen Atomkraftwerks wieder auf

Laut Reuters baut der Iran ein unterirdisches ziviles Atomzentrum im Zagros-Gebirge. Mohamad Eslami, Direktor der iranischen Atomenergieorganisation (AEOI), kommentierte die Nachricht wie folgt: "Die Zionisten erheben solche Anschuldigungen jedes Mal, wenn ihre Position in der Region oder ihre interne Situation in einem kritischen Zustand ist." Ihm zufolge begnüge sich der Iran damit, den Bau des zivilen Kernkraftwerks Darkhovyn wieder aufzunehmen, das in den 90er Jahren aufgegeben wurde. "Wir hoffen, dass wir in der ersten Phase des Baus von Kleinkraftwerken das 300-MW-Kraftwerk Darkhovyn bauen können, um ein neues Kapitel in der industriellen und technologischen Kapazität des Landes aufzuschlagen und diese Technologie auch auf das allgemeine Niveau auszuweiten", schloss er.

China und Türkei weigern sich, am G20-Treffen in Srinagar teilzunehmen

Das Treffen der G20-Arbeitsgruppe für Tourismus fand vom 22. bis 24. Mai in Srinagar statt. China und die Türkei haben erklärt, dass sie nicht an einem internationalen Gipfel in einem umstrittenen Gebiet teilnehmen werden. Srinagar, die Hauptstadt Kaschmirs mit

muslimischer Bevölkerung, wird von Pakistan beansprucht.

Bankrott der Juweliere in Gujarat

Während Gujarat 90 % der weltweit entdeckten Rohdiamanten schnitt, trockneten die Bankensanktionen gegen Russland den Markt um 39 % aus. Die Knappheit des Rohstoffs wird auf 800 Millionen Dollar jährlich geschätzt. Moskau, das ein Drittel der weltweiten Diamanten produziert, kann diese aufgrund mangelnder Kompatibilität zwischen indischen und russischen Banken nicht mehr exportieren. Westliche Juweliere weigern sich sowieso jetzt russische Diamanten zu kaufen. Das Vereinigte Königreich könnte sie bald im eigenen Land verbieten.

Kasachstan lehnt ukrainischen Botschafter ab

Im August 2022 sorgte der ukrainische Botschafter in Kasachstan, Pjotr Wroblewski, für einen Skandal, als er erklärte, sein Land versuche, "so viele Russen wie möglich zu töten". Er wurde im Oktober von Präsident Selenskyj seines Amtes enthoben, verbrachte aber seine Ferien in Kasachstan, was eine empörte Intervention des russischen Außenministeriums provozierte. Der neue designierte Botschafter, Sergej Gaidai, wurde gerade von Astana zurückgewiesen. Er ist kein professioneller Diplomat, sondern ehemaliger Gouverneur des von Kiew kontrollierten Teils des Gebiets Luhansk.

Südkorea exportiert Munition in die Ukraine

Nach Angaben des *Wall Street Journal* vom 24. Mai exportiert Südkorea Hunderttausende Patronen in die Vereinigten Staaten, die dann der Ukraine übergeben werden. Obwohl der Verteidigungsminister die Informationen dementierte, herrscht in Seoul eine gewisse Verlegenheit: Das südkoreanische Parlament berät derzeit über mögliche Militärhilfe für die Ukraine.

USA verurteilen nordkoreanische Informatiker

Die USA haben einseitige Zwangsmaßnahmen (von Washington als "Sanktionen" bezeichnet) gegen nordkoreanische Informatiker ergriffen. Nach Angaben des Außenministeriums: "Die Demokratische Volksrepublik Korea führt böswillige Cyberaktivitäten durch und setzt IT-Mitarbeiter ein, die auf betrügerische Weise Arbeitsplätze erhalten, um Einnahmen zu erzielen, auch in virtueller Währung, um das Kim-Regime und seine Prioritäten, wie seine illegalen Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketenprogramme, zu unterstützen." Dazu gehören das von Großbritannien kontrollierte Technical Reconnaissance Bureau und seine untergeordnete Cyber-Einheit, das I10. Forschungszentrum und die Jinryong IT Cooperation Company.

China überwacht "angemessene Überprüfungen" ausländischer Unternehmen

Chen Yixin, der im vergangenen Oktober Minister für Staatssicherheit wurde, führt eine umfangreiche Überwachungsoperation gegen ausländische Unternehmen in seinem Land durch, insbesondere gegen angelsächsische Unternehmen. China ist der Ansicht, dass soziologische Umfragen, die für ausländische Investoren im Namen der "*Due Diligence*" der Daten chinesischer Unternehmen durchgeführt werden, gegen seine nationalen Sicherheitsanforderungen verstoßen.

China und die USA sind nicht mehr so wichtige Handelspartner

Der Anteil des Handels zwischen China und den Vereinigten Staaten an ihren Exporten und Importen ist seit 2017 im Vergleich zu den Statistiken von 2022 stetig zurückgegangen. Damals machten sie 14,21 % des chinesischen Handels aus, jetzt sind es nur noch 12,04 %. Ebenfalls machten sie 16,34% des US-Handels aus, jetzt sind sie nur noch 13,08%. Der Handel zwischen den beiden Ländern beläuft sich

jedoch immer noch auf 690 Milliarden US-Dollar.

Gao Zugui erklärt Chinas Vision der multipolaren Welt

Die Kommunistische Partei Chinas hat eine umfangreiche Kampagne gestartet, um das Bewusstsein für die aktuelle Außenpolitik der Chinesen in China und jenen der Diaspora zu schärfen. In [People's Daily](#) vom 22. Mai beschreibt Professor Gao Zugui, Dekan des Internationalen Instituts für Strategische Studien an der Zentralschule der Kommunistischen Partei, das Konzept der "geteilten Gemeinschaft" in einem multipolaren Modus. Er muss basieren auf

- 1 Dialog und Konsultation zur Schaffung eines dauerhaften Friedens;
- 2 Geteilte Vorteile;
- 3. "Win-Win"-Abkommen (zur Erinnerung: Dieser Ausdruck bedeutet nicht, dass jede Partei ein Interesse an dem Abkommen haben muss, sondern dass kein internationales Abkommen gültig ist, wenn nur einer der Akteure ein Interesse daran hat);
- 4. Gegenseitiger Austausch und Lernen;
- 5. Ein ökologisches Anliegen.

Um dies zu erreichen, setzt China vier Instrumente um:

- Die Neuen Seidenstraßen (ungehinderte Vernetzung und Handel);
- Die Globale Entwicklungsinitiative (GDI), die betont, dass jeder Staat seinen eigenen Entwicklungsweg finden muss, ohne das westliche Modell der Kolonisierung zu kopieren;
- Die Globale Sicherheitsinitiative (GSI), die die spezifischen Sicherheitsanforderungen jedes Staates berücksichtigen muss;
- Die Global Civilization Initiative (GCI), die betont, dass Einheit nur in Vielfalt existieren kann. Diese Initiative wurde auf dem Weltkongress der politischen Parteien vorgestellt, der von Peking als Reaktion auf den zweiten von Washington organisierten Gipfel für Demokratie organisiert wurde.

Aus chinesischer Sicht ist jedes Volk, ohne Ausnahme, auf der Suche nach Frieden, Entwicklung, Gleichheit, Gerechtigkeit,

Voltaire-Netzwerkanalyse

• "[Die Stunde der Wahrheit in der Ukraine](#)" von Thierry Meyssan

Seit dem 24. Februar 2022 sind die Augen der Welt auf den Ukraine-Konflikt gerichtet. Der Westen unterstützt Kiew finanziell, liefert unglaubliche Mengen an Waffen und Munition, hütet sich aber davor, sich direkt in das Einsatzgebiet einzumischen. Moskau bleibt geduldig und tut so, als sähe es keine ausländischen Militärberater vor Ort. Wir erreichen einen Wendepunkt, an dem der Westen durch den vorsätzlichen Einsatz seiner Waffen gegen Russland auf seinem Territorium vor 2014 in einen Krieg gedrängt werden könnte. Deshalb empfehlen plötzlich sechs EU-Staaten Friedensverhandlungen und China und die Afrikanische Union entsenden zwei Friedensmissionen.

• "[Die steigenden Kosten des Krieges auf unseren Schultern](#)", von Manlio Dinucci

Im Moment hat sich der Krieg in der Ukraine nicht in einen Dritten Weltkrieg verwandelt. Die Westmächte begnügen sich damit, für den Konflikt zu zahlen, ertragen ihn aber nicht zu Hause. Die Kosten dieses Krieges steigen jedoch weiter.

Demokratie und Freiheit. Die Aufteilung der Welt in "demokratische" und "nicht-demokratische" Länder widerspricht daher den Interessen der Menschheit.

Michail Mischustin und Xi Jinping bekräftigen den Charakter des russisch-chinesischen politischen Bündnisses

Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin und der chinesische Präsident Michail Mischustin bekräftigten bei ihren Gesprächen die Bedeutung des russisch-chinesischen politischen Bündnisses. Michail Mischustin sagte: "Russland ist bereit, mit China zusammenzuarbeiten, um die Multipolarisierung der Welt zu fördern und die internationale Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts zu festigen... Unsere beiden

Länder haben versucht, den Versuchen des kollektiven Westens, seine globale Dominanz zu bewahren, entgegenzuwirken, indem sie illegale Sanktionen ausnutzen, um unabhängigen Staaten ihren Willen aufzuzwingen."

Xi Jinping seinerseits fuhr fort: "China und Russland sollten sich weiterhin gegenseitig in Fragen unterstützen, die die Kerninteressen des jeweils anderen betreffen, und die Koordination in multilateralen Arenen wie den Vereinten Nationen, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, den BRICS und der G20 stärken. Sie sollten das Potenzial zur Anhebung des Niveaus der Wirtschafts-, Handels- und Investitionszusammenarbeit, zur Verbesserung der Institutionen und Mechanismen für die bilaterale Zusammenarbeit sowie zur Konsolidierung und Ausweitung der Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Konnektivität weiter ausschöpfen."

Die Verhandlungen zwischen den beiden Männern und ihren Mannschaften umfassten 79 gemeinsame Projekte im Wert von mehr als 165 Milliarden US-Dollar.

Für Michail Mischustin schützt die NBD Russland vor westlichen "Sanktionen"

Während seines Besuchs in China besuchte der russische Ministerpräsident Michail Mischustin die Neue Entwicklungsbank (NDB); eine BRICS-Organisation, die von der ehemaligen brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff geleitet wird. Er sagte, das Gremium solle "die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen der BRICS-Länder vor dem Einfluss und den illegitimen Sanktionen des Westens schützen".

Xie Feng neuer chinesischer Botschafter in den USA

Der stellvertretende chinesische Außenminister Xie Feng ist zum Botschafter in den Vereinigten Staaten ernannt worden. Die Ernennung dieses sehr professionellen Diplomaten wurde vor dem G7-Gipfel beschlossen, als Peking noch glaubte, die Beziehungen zu Washington könnten beschwichtigt werden.

Gleichzeitig unternahm der ehemalige Botschafter in Washington, Cui Tiankai (2013-

21), eine Tour der nationalen Sicherheitsbeamten. Er erklärte ihnen, dass sein Land unabhängig sei und dass es kontraproduktiv sei, Druck auf das Land auszuüben, damit es einen seiner Verbündeten verurteilt. Schließlich bekräftigte er, dass China aktiv handelt, um Frieden in der Ukraine zu verhandeln.

Japan rückt näher an die NATO-Mitgliedschaft heran

Der japanische Ministerpräsident Fumio Kishida könnte im Juli am Nato-Gipfel in Litauen teilnehmen, wie er es im vergangenen Jahr in Spanien getan hat. Das Verbindungsbüro, das von der Nordatlantikpakt-Organisation in Tokio eröffnet werden soll, würde dort bekannt gegeben.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

G7-Gipfel gegen Russland und China

Der G7-Gipfel fand in Hiroshima statt. Neben den 7 Staats- und Regierungschefs, aus denen sich diese Gruppe zusammensetzt, waren auch die Staats- und Regierungschefs Indiens, Australiens, Brasiliens, Südkoreas, Vietnams, Indonesiens, der Cookinseln und der Union der Komoren eingeladen. Der ukrainische Präsident schloss sich ihnen an.

Als Reaktion auf das Abschlusskommuniqué der G7 vom 20. Mai erklärte das chinesische Außenministerium: "Die Zeit ist vorbei, in der sich eine Handvoll westlicher Länder absichtlich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen und das Weltgeschehen manipulieren kann. Wir fordern die G7-Mitglieder auf, ihren Rückstand aufzuholen, die verschiedenen Probleme, die sie zu Hause haben, anzugehen, die Bildung exklusiver Blöcke zu beenden, andere Länder nicht mehr einzudämmen und zu misshandeln, die Konfrontationen des Blocks nicht mehr zu schaffen und zu schüren, und den richtigen Weg des Dialogs und der Zusammenarbeit einzuschlagen."

China betont, dass die G7, indem sie sich an der Position der Vereinigten Staaten zu Taiwan orientiert, die Weltordnung der Nachkriegszeit in Frage stellt (Potsdamer Konferenz 1945 und Resolution 2758 der UN-Generalversammlung 1971). Der russische Außenminister Sergej Lawrow kommentierte seinerseits: "[Die G7-Mächte] machen keinen Hehl daraus, dass die Existenz Russlands als unabhängiges Zentrum nicht mit dem Ziel des Westens vereinbar ist, die Weltherrschaft zu erlangen."

☞ Der G7-Gipfel verwandelte sich in die Unterstützung der Ukraine gegen Russland und die Verurteilung Chinas. Damit vollendete die G7 ihren Wandel, der 2014 mit dem Ausschluss Russlands begann. Diese Gruppe ist nicht länger ein wirtschaftliches Konsultationstreffen zwischen gleichberechtigten Staatsoberhäuptern, sondern zu einem Gipfel geworden, bei dem die Westmächte politische Befehle von ihrem Oberherrn, den Vereinigten Staaten, erhalten. Trotz der Einladung ausländischer Staats- und Regierungschefs scheint die G7 keine Faszination mehr auf die rund hundert Staaten des "Globalen Südens" auszuüben.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

Jahresabonnement : 150 Euro

Monatsabonnement : 15 Euro

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°43 - 2. Juni 2023

LEITARTIKEL

Narendra Modi kapert die Einweihung des neuen indischen Parlaments

Premierminister Narendra Modi, umgeben von vielen hinduistischen Priestern, weihte am 28. Mai 2023, dem 140. Geburtstag von Vinayak Damodar Savarkar, dem Denker von *Hindutva*, der Bezugsideologie der regierenden Bharatiya Janata Party (BJP), die neuen Räumlichkeiten des indischen Parlaments ein.

Im Gegensatz zu seinem Namen ist *Hindutva* (das Hindutum) keine Verherrlichung der Aufgeschlossenheit des Hinduismus, sondern eine vorherrscherische Sicht seiner Erscheinungen. Das Denken von VD Savarkar ist eine Einladung zum Massaker an Muslimen und Christen im reinsten Stil der dreißiger Jahre.

Präsident Droupadi Murmu, obwohl ein BJP-Mitglied, wurde von der Zeremonie ausgeschlossen, damit der Premierminister den ersten Platz einnehmen konnte.

Alle Parlamentarier von einem Dutzend Oppositionsparteien erinnerten daran, dass die indische Verfassung säkular sei, und boykottierten die Zeremonie.

Während dieser nun entdeckte Narendra Modi feierlich ein goldenes Zepter des Bundesstaates Tamil Nadu, das der erste Premierminister Indiens, Jawaharlal Nehru, als Symbol für die Machtübergabe bei der Unabhängigkeit im Jahr 1947 erhalten hätte. Er konzentrierte seine Rede auf die Demokratie.

Oppositionsführer Rahul Gandhi wies darauf hin, dass das Zepter nicht die Unabhängigkeit, sondern das Ende der Maharadschas symbolisiere. Es wurde nur ausgestellt, um die monarchischen Ambitionen des Premierministers zu markieren. Er wunderte sich, dass der indische Charakter des neuen Parlaments begrüßt werden konnte, wo doch sein architektonischer Stil westlich war und die Demokratie in Abwesenheit der Opposition gefeiert werden konnte.

Das alte Parlament wurde für 500 Parlamentarier gebaut. Die beiden Kammern haben jetzt 788 Parlamentarier. Das neue Parlament wird voraussichtlich 1172 Sitze haben. Die Kosten werden auf 120 Millionen US-Dollar geschätzt.

Die Pläne der Lok Sabha (Unterhaus) sind von einem Pfau, dem Nationalvogel Indiens, inspiriert. Die der Rajya Sabha (Oberhaus) sind nach dem Vorbild des Lotus, der Nationalblume Indiens, gestaltet.

AMERIKA

Kanada nimmt wieder seine diplomatischen Beziehungen zu Saudi-Arabien auf

Der kanadische Premierminister Justin Trudeau und der saudische Kronprinz Mohamed Ben Salman haben am Rande des APEC-Forums die diplomatischen Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern wieder aufgenommen. Ottawa hatte sich im Zuge der Affäre Samar Badawi, dessen Schwägerin und Kinder kanadische Staatsbürger sind, mit Riad überworfen.

☞ Diese Versöhnung markiert das Ende der Menschenrechtsdiplomatie, bei der der Westen die diplomatischen Beziehungen zu Staaten abbricht, deren gerichtliche Entscheidungen er missbilligt. Niemand hat jemals an die Aufrichtigkeit des Westens geglaubt, der doch in den letzten dreißig Jahren Millionen Zivilisten massakriert und seine Verbrechen hinter der Achtung der Menschenrechte jener versteckt hat, die ihn unterstützt haben.

Ernennung des nächsten Vorsitzenden der US-Generalstabschefs

Präsident Joe Biden hat den nächsten Vorsitzenden der Joint Chiefs of Staff nominiert. Es wird General Charles Q. Brown (bekannt als "CQ") sein, vorbehaltlich der Zustimmung des Senats. Er wird sein Amt im September am Ende der Amtszeit seines Vorgängers, General Mark Milley, antreten.

General Brown ist der derzeitige Stabschef der Luftstreitkräfte. Er diente im Indopazifik. Er gilt als feiner Stratege.

General Mark Milley unterstreicht, dass die F-16 nicht viel gegen die russische Luftstreitkräfte ausrichten können

General Mark Milley, derzeitiger Vorsitzender der Vereinigten Generalstabschefs der USA, sagte: "Die Russen haben 1000 Kampffjets der vierten Generation ... Wenn Sie Russland in der Luft kontern wollen, benötigen Sie eine

beträchtliche Anzahl von Kampfflugzeugen der vierten und fünften Generation. Wenn man sich also die Kostenkurve anschaut und die Analyse durchführt, ist es am klügsten, genau das zu tun, was wir getan haben, nämlich eine beträchtliche Menge an integrierter Flak-Einheiten bereitzustellen, um den Kampfraum abzudecken und den Russen den Luftraum zu entziehen. Im Krieg gibt es keine magischen Waffen, die F-16 sind es nicht und andere auch nicht."

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Die US-Abschreckungsmacht schreckt weder Russland noch China ab

Im Auftrag von Admiral Charles Richard, dem ehemaligen Kommandeur des US Strategic Command (StratCom), untersuchten Experten des *Lawrence Livermore National Laboratory* die Wirkung der US-Abschreckung auf die chinesische Verteidigung. Ihrer Meinung nach ist sie veraltet.

Das chinesische Militär hat nicht nur die Zahl seiner strategischen Sprengköpfe um das 6,5-fache erhöht, sondern investiert auch in viele Einsatzgebiete, was ihm eine Reihe von Optionen bietet, die es bisher nicht hatte.

Darüber hinaus glauben Experten, dass die Abschreckung der USA auf Russland kaum effektiver ist, weil nicht bekannt ist, ob Moskau an seiner Doktrin der "toten Hand" (einer automatischen und nicht menschlichen Reaktion auf einen Atomangriff) festhält und dessen Kriterien man ignoriert.

Experten zufolge ist es dringend notwendig, die Optionen der USA zu erweitern, indem sie U-

Boot-gestützte ballistische Raketen mit Atomsprengköpfen ausstatten, eine neue Atom-U-Boot-gestützte ballistische Rakete bauen und neue Sentinel-Interkontinentalraketen mit großer Reichweite auf mobilen Straßenwerfern vorbereiten.

COVID-19-Patienten sind durch die medizinische Behandlung dieser Krankheit getötet worden

Laut einer vom *Journal of Clinical Investigation* veröffentlichten Studie, die durch Autopsien von Patienten durchgeführt wurde, die in Chicago an Covid-19 gestorben sind, liegt in mindestens 40 % der Fälle eine sekundäre Lungenentzündung und in mehr als 90 % eine Lungenentzündung oder eine diffuse Alveolar-Erkrankung vor.

Diese Beobachtung deutet darauf hin, dass ein großer Teil der Covid-Patienten, die an Beatmungsgeräten starben, nicht an Covid, sondern an einer induzierten Lungenentzündung starben.

Drei US-Zuschüsse an das Labor in Wuhan nicht deklariert

Der Verein *Open the Books* enthüllte im Jahr 2021, dass die *National Institutes of Health* (NIH) der *EcoHealth Alliance* einen Zuschuss in Höhe von 600.000 US-Dollar gewährt hatten, um ihn an das Labor in Wuhan weiterzuleiten. Diese Geld wurde für gewagte „gain of function“-Forschung der Coronaviren von Fledermäusen benutzt. *Open the Books* hat drei weitere Geldbewegungen für das Labor in Wuhan identifiziert:

- Einen Unter-Zuschuss in Höhe von 216.000 US-Dollar von den NIH, diesmal über die University of California, für die Forschung an transgenen Mäusen.
- 1,1 Millionen US-Dollar von der US-Agentur für internationale Entwicklung (USAID), im Rahmen einer "Untervereinbarung" mit der EcoHealth Alliance zur Erforschung von Viren.

- Ein nicht näher spezifizierten NIH-Unter-Zuschuss über das Cold Spring Harbor Laboratory zur Durchführung von Elektroschockexperimenten an Mäusen.

Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union respektieren die Eigentumsrechte nicht mehr

Die Vereinigten Staaten schickten der Ukraine 5,4 Milliarden US-Dollar, die im Rahmen einseitiger Zwangsmaßnahmen gegen Russland (fälschlicherweise als "Sanktionen" bezeichnet), beschlagnahmt wurden.

Dieses Geld wurde von den Konten des Milliardärs Konstantin Malofejew (Eigentümer der *Mediengruppe Zargrad*) beschlagnahmt. ☞ Bis jetzt unterschied die westliche Justiz im Namen der Eigentumsrechte zwischen "beschlagnahmtem" Eigentum und "konfisziertem" Eigentum. Sie konnte niemandem das zuschreiben, was beschlagnahmt wurde, sondern nur das, was konfisziert wurde. Die Europäische Union hat 200 Milliarden Euro russischer öffentlicher Vermögenswerten blockiert, die in der Euroclear-Clearingstelle platziert sind. Belgien, das Euroclear betreibt, beschlagnahmte Zinsen in Höhe von 650 Millionen Euro auf die gesperrte Summe und zahlte die Hälfte davon an die Ukraine.

Bereits in den Jahren 2012/13 hatte die Europäische Union Eigentumsrechte verletzt, indem sie die Beschlagnahmung aller zypriotischen Bankeinlagen über 100.000 Euro ohne gerichtliche Grundlage für gültig erklärte. Das gestohlene Geld wurde der Rettung der Finanzen des Landes der Eurozone zugeschrieben.

Das US-Konzept von Handelsverhandlungen mit China

Die G7 in Hiroshima verpflichteten sich, Chinas "wirtschaftlichem Zwang" zu widerstehen. Gleichzeitig haben die Vereinigten Staaten Südkorea aufgefordert, seine Exporte von elektronischen Chips nach China zu drosseln (es

deckt 40 % dessen Bedarfs). Peking reagierte, indem es den US-Speicherchiphersteller Micron Technology als "Risiko für seine nationale Sicherheit" bezeichnete. Es hat seine Verkäufe an wichtige inländische Industrien verboten.

Das Treffen zwischen dem chinesischen Handelsminister Wang Wentao und seiner US-Amtskollegin Gina Raimondo am 25. Mai in Washington führte jedoch zu "offenen und substanziellen Diskussionen über Fragen im Zusammenhang mit den Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und China, einschließlich des allgemeinen Umfelds in den beiden Ländern für Handel und Investitionen und Bereiche einer möglichen Zusammenarbeit", heißt es in der US-Pressemitteilung.

Doch drei Tage später führte Handelsministerin Gina Raimondo auf dem Treffen des Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF) ihre Partner dazu, anti-chinesische Maßnahmen in Bezug auf Lieferketten zu ergreifen, was Peking verärgerte.

Der chinesische Handelsminister Wang Wentao beschuldigte Washington der doppelzüngigen Sprache. Er rief alle Mitglieder des Forums der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation (APEC) dazu auf, sich mit niemandem zu verbünden und unabhängig zu bleiben.

Russland setzt seine Forschung an US-Biowaffenprogrammen fort

Das russische Verteidigungsministerium setzt seine Ermittlungen zu den biologischen Programmen des US-Militärs fort. Nachdem es im August 2022 behauptet hatte, Covid-19 sei eine "biologische Waffe der USA", untersucht es die Gründe, warum das US-Militär massiv DNA-Proben genommen hat, auch von ukrainischen Soldaten. Seine Arbeitshypothese ist, dass das US-Militär die Erforschung von Krankheiten verfolgte, die bestimmte ethnische Gruppen invalid machen oder töten könnten.

☞ Während die überwiegende Mehrheit der Biologen der Meinung ist, dass diese Art von

Krankheit nicht existiert und nicht existieren kann, wurde in der Vergangenheit von Südafrika und Israel unter dem Namen "Coast Project" Forschungen in diese Richtung durchgeführt. Sie wurden von Präsident Pieter Botha's persönlichem Kardiologen, Wouter Basson (bekannt als "Doktor Tod"), durchgeführt. Es war in der Nähe seines Hauptlabors in Guinea, wo AIDS und Ebola zum ersten Mal beim Menschen auftraten.

Es wäre jedoch laut dem *Aspen Security Forum* möglich, bestimmte Krankheiten auf der Grundlage der Analyse ihrer DNA auf Einzelpersonen auszurichten.

Kamala Harris stellt ihre Weltanschauung auf West Point vor

Vizepräsidentin Kamala Harris war die erste Frau, die die Abschlussrede an der Militärakademie West Point hielt. Vor den 950 Offiziers-Bewerberinnen und Bewerbern zeichnete sie ein Bild aktueller Bedrohungen: "Eine zunehmend instabile Welt, in der althergebrachte Prinzipien in Gefahr sind". Sie sagte: "Russlands Aggression ist ein Angriff auf das Leben und die Freiheit des ukrainischen Volkes und ein Angriff auf internationale Regeln und Normen, die seit Generationen als Grundlage für internationale Sicherheit und Wohlstand dienen... China modernisiert sein Militär rasant und bedroht sowohl die Freiheit der Meere als auch die Regeln des internationalen Handels (...). Die Autokraten sind mutiger geworden, die Bedrohung durch den Terrorismus hält an, und die sich beschleunigende Klimakrise zerstört weiterhin Leben und Lebensgrundlagen."

Meinungsfreiheit: Tauziehen zwischen Twitter und der Europäischen Kommission

Elon Musk, Eigentümer des sozialen Netzwerks Twitter, kündigte an, sich aus dem *Verhaltenskodex der Europäischen Union* zurückzuziehen, und provozierte damit den Zorn Brüssels.

Ab dem 25. Juni gilt der Digital Services Act (DSA) der EU für 19 große Internetunternehmen (AliExpress, App Store, Bing, Booking.com, Facebook, Google Maps, Google Play, Google Search, Google Shopping, Instagram, LinkedIn, Marketplace, Pinterest, Snapchat, TikTok, Twitter, YouTube, Wikipedia und Zalando). Sie müssen sich an die Gesetze der Mitgliedstaaten der Europäischen Union halten oder müssen mit einer Geldbuße von bis zu 6 % ihres Gesamtumsatzes rechnen. Der DSA enthält vor allem Wettbewerbsregeln, aber auch einen Mechanismus zur Bekämpfung von "Desinformation".

Der *Verhaltenskodex* ist nicht Teil des DSA. Es handelt sich um eine freiwillige Selbstverpflichtung.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wenden unterschiedliche Rechtsvorschriften an. So ist Blasphemie in Österreich und Finnland illegal, während der Vergleich eines Politikers mit Hitler in Frankreich illegal ist.

Twitter lehnt grundsätzlich die Zensur seiner Nutzer ab und verweist die Justizbehörden auf ihre Verantwortung. Darüber hinaus hat Elon Musk die Hälfte der Mitarbeiter dieser Firma entlassen, was es unmöglich macht, die im Netzwerk ausgetauschten Nachrichten zu verfolgen.

EU-Wettbewerbskommissar [Thierry Breton](#) antwortete: "Twitter verlässt den freiwilligen Verhaltenskodex der EU gegen Desinformation. Aber die Verpflichtungen bleiben. Du kannst weglaufen, aber du kannst dich nicht verstecken."

Amtsenthörung des Generalstaatsanwalts von Texas

Das Repräsentantenhaus von Texas stimmte mit überwältigender Mehrheit für die Suspendierung des örtlichen Generalstaatsanwalts Ken Paxton. Diesem Anwalt wird vorgeworfen, seine Position missbraucht zu haben, um die Handlungen des Immobilienentwicklers Nate Paul aus Austin zu

vertuschen. Der texanische Senat muss ihn nun vor Gericht stellen und schließlich über sein endgültiges Amtsenthebungsverfahren entscheiden.

Zwei Milizen bei der Erstürmung des Kapitols wegen aufrührerischer Verschwörung verurteilt

Am 4. Mai befand ein Gericht die bewaffnete Miliz der *Proud Boys* der "aufrührerischen Verschwörung" im Fall der "Erstürmung des Kapitols" für schuldig. Am 25. Mai waren es die *Oath Keepers*. Ihr Anführer, Stewart Rhodes, wurde zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt.

Diese Milizionäre denunzierten diese Urteile und warnten vor der Art und Weise, wie der Prozess gegen Donald Trump verlaufen würde, von dem sie glauben, dass er geführt werden würde.

Laut Telefonabhörungen hatten die beiden Gruppen einen Angriff auf das Kapitol geplant, aber keiner von ihnen führte ihren Plan aus.

Republikaner fordern mehr Informationen über Durham-Bericht

Die republikanischen Senatoren Ron Johnson und Charles E. Grassley wünschen, dass Sonderermittler John Durham erklärt, warum sein Bericht die Befragung von Personen nicht erwähnt, die an der *Crossfire Hurricane*-Untersuchung gegen Donald Trump beteiligt waren.

In der Tat ist es sehr seltsam, dass zum Beispiel aufeinanderfolgende Direktoren des FBI nicht an seinen Ermittlungen beteiligt waren.

Er wird die Fragen des Geheimdienstausschusses des Repräsentantenhauses hinter verschlossenen Türen beantworten und dann öffentlich vor einem anderen Ausschuss.

Die Unparteilichkeit des IRS, des FBI und der Justiz im Fall der Biden-Familie

Der IRS-Supervisor, Gary Shapley, sagte sechs Stunden lang hinter verschlossenen Türen vor einem Ausschuss des Repräsentantenhauses aus. Er wiederholte unter Eid seine Aussage, dass alle Steuerermittlungen, die nach Warnungen von Banken über die Aktivitäten der Biden-Familie begannen, ohne Erklärung eingestellt wurden. Darüber hinaus haben sich zwei von Joe Biden ernannte Staatsanwälte trotz zunehmender Beweise geweigert, eine Strafverfolgung durchzuführen.

Die Republikaner im Repräsentantenhaus suchen weiterhin nach Hunderten von Bankdokumenten im Zusammenhang mit den Handelsabkommen der Biden-Familie, an denen Russland, die Ukraine, China und andere Staaten beteiligt sind.

US-Weltraumdiplomatie

Das US-Außenministerium hat seinen Strategischen Rahmen für die [Weltraumdiplomatie](#) veröffentlicht. Es zielt nicht nur darauf ab, die Führungsrolle der USA in der Raumfahrt zu fördern, sondern auch die Politik der Biden-Regierung in Bezug auf Geschlechts-Gleichstellung, -Vielfalt, -Gleichberechtigung und -Inklusion in die Praxis umzusetzen.

Mexikanische Armee spioniert einen engen Vertrauten von Präsident López Obrador aus

Der Unterstaatssekretär für Menschenrechte, Alejandro Encinas Rodríguez, wurde mit der israelischen Software Pegasus ausspioniert. In Mexiko ist diese Software nur für Polizei und Armee zugelassen. Präsident Andrés Manuel López Obrador (bekannt als "AMLO") beschloss, die Affäre herunterzuspielen.

Die Vereinigten Staaten versuchen, Darién zu überwachen

Die Biden-Administration verhandelt über die Überwachung des Grenzgebiets zwischen Panama und Kolumbien, das Darién. Diese Sümpfe und Wälder sind die obligatorische Passage vom Süden in den Norden des Kontinents, haben aber keine Straßen. Migranten müssen auf eigene Gefahr passieren. Das Gebiet wird von der Nationalen Befreiungsarmee (Ejército Liberación Nacional ELN, linke christliche Rebellen von Pater Camilo Torres Restrepo) und dem Golf-Clan (Drogenhändler, aus den rechtsextremen Paramilitärs der Vereinigten Selbstverteidigung Kolumbiens) kontrolliert.

Die ELN wurde von den Vereinigten Staaten, Kanada und der Europäischen Union als terroristische Organisation eingestuft. Der Golf Clan arbeitet mit der Moccasin Mafia in Europa.

General Laura J. Richardson, Kommandeurin des U.S. Southern Command (SouthCom), und Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas besuchten die Region im April. Eine US-Militärmission wurde für 2 Monate entsandt, um zu untersuchen, wie man der Region die *Pax Americana* aufzwingen kann.

Uncle Sam wird peruanische Polizei leiten

Während indigene Völker und die linke Opposition in Peru für Juli Demonstrationen ankündigen, hat der Kongress präventiv für die Zusammenarbeit der Polizei mit dem US-Militär gestimmt. Für Washington geht es sowohl darum,

- in dieses Land an der Grenze zu Kolumbien und Bolivien einzudringen,
- die illegitime Präsidentschaft von Dina Boluarte zu unterstützen als auch
- die natürlichen Ressourcen des Landes, einschließlich Lithium, zu kontrollieren. ☞ Seit dem Putsch, der Präsident Pedro Castillo im

Dezember 2022 stürzte, erlebt Peru tödliche Unruhen. Die Vereinigten Staaten mischten sich in soziale Konflikte ein, insbesondere zwischen der indigenen Bevölkerung und der europäischen Einwanderung, und dehnten ihre Kontrolle über das Land aus.

Um diese Gewaltanwendung zu rechtfertigen, verändert die US-Propaganda die Realität, indem sie Präsident Pedro Castillo beschuldigt, versucht zu haben, einen "Selbstputsch" (sic) anzuzetteln; ein dummes Konzept, das ein echtes verfassungsrechtliches Problem verschleiert, nämlich das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative.

Die Vereinigten Staaten werden den venezolanischen Sozialfonds nicht plündern

Laut *Reuters* hat der US-Außenminister die Vereinten Nationen darüber informiert, dass er sicherstellen wird, dass der venezolanische Sozialfonds bei seiner Freigabe nicht von Anspruchserhebern gegen den venezolanischen Staat geleert wird.

Die Bolivarische Republik Venezuela ist nicht in der Lage, ihre Schulden zurückzuzahlen, weil ihre internationalen Vermögenswerte eingefroren sind. Darüber hinaus ist es den Führern der pro-US-venezolanischen Opposition, Juan Guaidó und dann Dinorah Figuera (im Exil in Spanien), bereits gelungen, einen Teil der venezolanischen Vermögenswerte zurückzugewinnen, da sie vom Westen als Vertreter Venezuelas und nicht des gewählten Präsidenten Nicolás Maduro anerkannt wurden.

Wiederherstellung des regelmäßigen Linienfluges Caracas-Damaskus

Venezuelas nationale Fluggesellschaft Conviasa hat ihre Verbindung Caracas-Damaskus nach einer 12-jährigen Pause wiederhergestellt.

EUROPA

Emmanuel Macron hält das Scheitern der ukrainischen Gegenoffensive für möglich

Der französische Präsident Emmanuel Macron war auf dem *Global Security Forum (GlobSec)* in Bratislava für Verhandlungen zwischen allen NATO-Mitgliedern aus, um der Ukraine im Falle eines Scheiterns ihrer Gegenoffensive "greifbare und glaubwürdige Sicherheitsgarantien" zu bieten. Er sagte, er befürworte ein System, das mit dem vergleichbar sei, das die NATO an die Sicherheit Israels binde, obwohl der jüdische Staat kein Mitglied ist. GlobSec ist das NATO-Forum in der Slowakei.

Gefangenenaustausch zwischen Belgien und Iran

Belgien und der Iran tauschten zwei Gefangene aus. Der belgische humanitäre Helfer Olivier Vandecasteele, der im Iran des Terrorismus beschuldigt wird, gegen den iranischen Diplomaten in Österreich, Assadollah Assadi, der in Frankreich des versuchten Mordes angeklagt und in Belgien inhaftiert ist.

Die Durchsuchung der Wohnung von Alisher Usmanov in Deutschland war illegal

Das Frankfurter Gericht hat die Durchsuchung des Anwesens des russischen Milliardärs Alisher Usmanov (Eigentümer von *Kommersant*) für rechtswidrig erklärt. Die deutsche Polizei versuchte, die Vorwürfe des russischen Gegners Alexej Nawalny gegen ihn zu überprüfen.

Usmanow unterliegt auch Sanktionen der Europäischen Union.

Olaf Scholz wünscht mit Wladimir Putin bald zu telefonieren

Bundeskanzler Olaf Scholz gab dem [Kölner Stadt-Anzeiger](#) ein Interview. Er erklärte seine Absicht, wieder mit dem russischen Präsidenten

Wladimir Putin in Kontakt zu treten, mit dem er seit sechs Monaten keinen Kontakt mehr hatte.

Mit 17,4 Milliarden Euro wurde Deutschland nach den USA zum zweitgrößten Unterstützer der Ukraine. Nach der Sabotage der North-Stream-Pipelines, wahrscheinlich durch die USA und Norwegen, geriet Deutschland in eine Rezession. Die Inflation liegt nun bei 7,6 % auf Jahresbasis.

Weder Russland noch Putins "Regime" schwächeln, so der BND

Bruno Kal, Direktor des Bundesnachrichtendienstes (BND), sagte vor der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in Berlin, Russland zeige keine Anzeichen einer Schwächung: "Wir sehen keine Fehler in Putins System. Kritik am Krieg gegen die Ukraine ist eine gewöhnliche Meinungsverschiedenheit, die für das Regime harmlos ist. Russland ist noch lange fähig Krieg zu führen. Es hat noch viele Waffen und Munition."

Ihm zufolge war die Bereitschaft Russlands, die Ukraine anzugreifen, zwei Wochen vor dem Angriff auf sie sichtbar. Er verwies auch auf die Sabotage der Nord-Stream-Gaspipelines, um festzustellen, dass die Ermittlungen fortgesetzt würden, und weigerte sich, die Hypothese der ukrainischen Schuld zu diskutieren.

☞ Die USA haben spekuliert, dass die Sabotage von North Stream eine Aktion der Ukraine war. Diese Version hat den Vorteil, dass sie Washington und Oslo entlastet. Aber es wirft ein neues Problem auf: Wenn Kiew verantwortlich ist, ist das nicht nur eine Kriegshandlung der Ukraine gegen Russland, sondern auch gegen Deutschland, Frankreich und die Niederlande.

Seltsame Todesfälle in Italien

Ein Vergnügungsboot, auf dem 23 Personen feierten, sank auf dem Lago Maggiore. Ein Mossad-Agent, Erez Shimoni, zwei italienische Geheimdienstagenten und die russische Ehefrau eines italienischen Hauptmanns ertranken. Alle

anderen Passagiere holten ihre Habseligkeiten aus dem Hotel und verschwanden. Nach Angaben der italienischen Behörden wurden sie vor ihrer Abreise verhört.

Unruhen im Kosovo

In der serbisch besiedelten Region Zvečan kam es zu gewalttätigen Unruhen. Der nicht anerkannte Staat Kosovo versuchte, Bürgermeister nach Kommunalwahlen aufzuzwingen. Diese wurden jedoch von der Bevölkerung boykottiert, wobei diese neuen Bürgermeister nur die Stimmen von 3,5 % der registrierten Wähler erhielten.

Mindestens 52 Serben wurden bei diesen Vorfällen verletzt. Nach Angaben des ungarischen Verteidigungsministeriums waren auch mehr als 20 ungarische KFOR-Soldaten betroffen, von denen sieben schwer verletzt wurden. Nach Angaben des italienischen Außenministers Antonio Tajani wurden weitere 11 italienische Soldaten verwundet. Der serbische Präsident Aleksandar Vučić traf die Botschafter der "Quint", die Paten von Pristina (Deutschland, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich). In der Nacht zuvor hatte er sie aufgefordert, "mit ihrem Kind zu reden" (d.h. mit den Kosovaren).

Reinigung in Polen

Das polnische Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, mit dem eine Untersuchungskommission zur "russischen Einflussnahme in Polen" in den Jahren 2007-2020 geschaffen wird. Den für schuldig befundenen Personen kann es für zehn Jahre untersagt werden, öffentliche Ämter im Zusammenhang mit dem Zugang zu öffentlichen Finanzen und Verschlusssachen zu bekleiden, um "zu verhindern, dass sie erneut unter russischem Einfluss zum Nachteil der Interessen der Republik Polen handeln". Präsident Andrzej Duda kündigte an, dass er den Text zur Einsetzung dieser Kommission an das Verfassungsgericht weiterleiten werde, um seine Einhaltung zu überprüfen. Diese

Kommission sollte sowohl über exekutive als auch über judikative Befugnisse verfügen, was gegen das Prinzip der Gewaltenteilung verstößt.

Polen plant den Erwerb von atomgetriebenen U-Booten

Der polnische Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak hat angekündigt, seine Armee mit U-Booten auszustatten, weil die Flotte auf ein U-Boot und vier kleine Einheiten reduziert ist. Oberstleutnant [Krzysztof Płatek](#), Sprecher der polnischen Rüstungsbehörde, sagte: "Wir sprechen auch von einem Stealth-Angriff überall auf der Welt zu jeder Zeit, bei dem Marschflugkörper eingesetzt werden, die von der Wasseroberfläche abgefeuert werden... Nukleare Antriebslösungen können jedoch nie ausgeschlossen werden, da diese Technologie vollständige Meeresfähigkeiten bietet. Dieser Fall wird eine offene Frage sein und sich auf die finanziellen Möglichkeiten und letztlich auf die spezifischen Anforderungen der polnischen Marine beziehen."

General Karel Řehka bereitet Tschechien auf Krieg vor

General [Karel Řehka](#), Generalstabschef der tschechischen Streitkräfte, sagte, dass Vorbereitungen für einen Krieg mit hoher Intensität zwischen Russland und der NATO getroffen werden müssen. Gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrags sollten tschechische Truppen teilnehmen.

54 Interessenkonflikte vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in zwei Jahren

Das Europäische Zentrum für Recht und Justiz (ECLJ), das 2020 einen Bericht über die Interessenkonflikte von Richtern des Europäischen Gerichtshofs und der Organisationen von George Soros veröffentlicht hat, hat soeben einen Folgebericht veröffentlicht: *Die Unparteilichkeit des EGMR – Fragen und Empfehlungen*. Es zeigt, dass sich trotz der Skandale, die in seinem ersten Bericht angeprangert wurden, nichts wirklich geändert

hat. Während die ethischen Regeln geändert wurden, hat das ECLJ in den letzten zwei Jahren 54 Interessenkonflikte festgestellt.

Voltaire-Netzwerkanalyse

Die Stunde der Wahrheit in der Ukraine (2): "[Der Westen lehnt den Frieden in der Ukraine ab](#)", von Thierry Meyssan

Im Namen Chinas kam Li Hui, um dem Westen vorzuschlagen, seine Fehler zuzugeben und Frieden in der Ukraine zu schließen. Diese Analyse ist zutreffend und begründet. Aber der Westen hörte nicht auf ihn. Er verfolgt unerbittlich das Narrativ, das er während des Kalten Krieges entwickelt hat: Die Westmächte sind Demokraten, während die anderen, alle anderen, es nicht sind. Sie werden ihre Unterstützung für die Ukraine fortsetzen, auch wenn die Ukraine kaum noch Soldaten hat und bereits vor Ort verloren hat.

Ukraine: Die "Revolution" frisst ihre Kinder auf

Geo Leros, ein ukrainischer Parlamentarier und ehemaliges Mitglied des "Diener des Volkes" (Wolodymyr Selenskyjs Partei), reichte eine Beschwerde gegen Wolodymyr Selenskyj (Präsident), Andrij Jermak (Leiter der Präsidialverwaltung) und seinen Stellvertreter Roman Mashowez, Iwan Bakanow (ehemaliger Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine - SBU) und Ruslan Demtschenko (ehemaliger stellvertretender Sekretär des Sicherheits- und Verteidigungsrates) ein. Er wirft ihnen vor, innerhalb der Sicherheitsdienste mehrere Agenten Russlands ernannt zu haben, die gegen die Ukraine arbeiteten und Tausende von Toten verursachten. Ein Richter im Rajon Petschersk (Kiew) ordnete die Einleitung einer Voruntersuchung wegen "Hochverrats" an.

Michail Galuzin warnt davor, den Ukraine-Konflikt auf Transnistrien auszudehnen

Der stellvertretende russische Außenminister [Michail Galuzin](#) gab der Nachrichtenagentur

Tass ein Interview. Er warnt davor, den Konflikt auf Transnistrien auszuweiten. Es scheint, dass Moskau nach der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs vom 16. März 2022 die Befreiung Odessas und die Verbindung zwischen der Krim und Transnistrien aufgegeben habe. Die neuesten Karten, die in Russland gedruckt wurden, legen den Dnjepr als Grenze zwischen der Föderation und der Ukraine fest.

Angriff auf ein russisches Schiff im Schwarzen Meer

Die *Ivan Khours*, ein russisches Geheimdienstschiff, das Wartungsarbeiten an den Gaspipelines Turkish Stream und Blue Stream durchführte, wurde am 25. Mai zweieinhalb Stunden lang im Schwarzen Meer von Drohnen angegriffen. Es gelang ihm, alle Angriffsgeräte zu zerstören und trotz eines beschädigten Rumpfes in den Hafen von Sewastopol zurückzukehren.

Luftangriff auf Moskau

Am 30. Mai griffen acht Drohnen Moskau an. Fünf wurden von der Luftabwehr abgeschossen, die anderen drei wurden durch die elektronische Abwehr von ihrem Kurs abgelenkt. Zuvor hatte Washington den Angriff auf den Kreml nicht verurteilt, weil er mit nicht-westlichen Mitteln durchgeführt wurde. Andererseits verurteilte er den Angriff in Belgorod, weil er von der Legion russischer Kämpfer in der Ukraine mit westlichen Mitteln verübt wurde. Dagegen hat London der Ukraine offen dazu gratuliert, dass sie sich mit einem Angriff auf Moskau verteidigt hat.

Das Völkerrecht sieht Waffenhersteller für ihren Einsatz verantwortlich. Die Westmächte wollen nicht für Anschläge innerhalb der Grenzen Russlands von 2014 verantwortlich gemacht werden.

Russischer Haftbefehl gegen US-Senator Lindsey Graham

Das russische Innenministerium hat einen Haftbefehl gegen US-Senator Lindsey Graham (North Carolina) erlassen.

In einem von der ukrainischen Präsidentschaft veröffentlichten Video spricht er mit Präsident Wolodymyr Selenskyj und erklärt, dass „die Russen sterben“ und dass die US-Hilfe für die Ukraine „das beste Geld ist, das wir je ausgegeben haben“.

In einem Tweet kommentierte Senator Graham: "Ich werde weiterhin mit und für die Freiheit der Ukraine stehen, bis jeder russische Soldat von ukrainischem Territorium vertrieben wird... Ich werde den Haftbefehl von Putins korrupter und unmoralischer Regierung als Ehrenabzeichen tragen."

☞ Lindsey Graham und John McCain nahmen am 4. Februar 2011 an dem Treffen in Kairo teil, bei dem der Sturz der libysch-arabischen Dschamahirija eingeleitet wurde. Sie waren auch am 22. Februar 2011 im Libanon anwesend, wo sie nach Arsal gingen, um das zu errichten, was die rückwärtige Basis der Dschihadisten werden sollte, als der Krieg gegen Syrien begann. Sie waren 2016 wieder mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko zusammen, als sie sich an die "integralen Nationalisten" der Aow-Division wandten, um ihnen mitzuteilen, dass die Vereinigten Staaten ihnen Waffen schicken würden, um Russland zu besiegen.

Deutsche, dänische und schwedische Ermittlungen zur Sabotage der North-Stream-Pipeline sind weiter im Stocken

Acht Monate nach der Sabotage der russisch-deutsch-französisch-niederländischen Nord-Stream-Gaspipelines "wurden die Botschafter Deutschlands, Dänemarks und Schwedens ins russische Außenministerium einbestellt, wo sie heftig gegen das völlige Fehlen von Ergebnissen der angeblich von den Behörden dieser Länder

durchgeführten nationalen Untersuchungen hören mussten".

Diese Staaten lehnen zwar jede russische Beteiligung an ihren nationalen Ermittlungen ab, haben aber ihre Ergebnisse noch nicht vorgelegt.

Laut Sergej Lawrow bedroht Washington afrikanische und lateinamerikanische Staaten

Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte: "Einige meiner Freunde in Afrika und Lateinamerika beschwerten sich, dass sie die westlichen Forderungen satt haben, sich ihren 'Sanktionen' anzuschließen. Ich fragte sie, was ihnen im Gegenzug in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht angeboten werde. Sie bekennen mit gesenktem Auge, dass ihnen im Gegenzug versprochen wird, sie nicht zu bestrafen."

AFRIKA

Mevlüt Çavuşoğlu in Kairo

Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu besuchte Kairo kurz nach der Wiederwahl von Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Die Beziehungen zwischen Ägypten und der Türkei sind seit dem Sturz von Präsident Mohammed Mursi im Jahr 2013 wirklich schlecht. Ankara und der Westen sind der Ansicht, dass er demokratisch gewählt wurde aber sein Nachfolger, Präsident Abdel Fattah al-Sisi, illegitim sei. Letzterer veröffentlichte dagegen Dokumente, die belegen, dass die Muslimbruderschaft die Abstimmung manipuliert und die Mitglieder der [Wahlkommission](#) bedroht hatte. Es war also Mursi, der illegitim war, und die Armee kümmerte sich nicht darum, die Legalität auf Wunsch des Volkes wiederherzustellen.

Das ägyptisch-türkische Problem ist heute besonders in Libyen sichtbar, wo Kairo Bengasi unterstützt, während Ankara Tripolis unterstützt.

Zusammenstöße in Tripolis

Am Abend des 28. Mai brachen in Tripolis Kämpfe aus. Die Zusammenstöße zwischen zwei bewaffneten Gruppen, die mit der Regierung der Nationalen Einheit verbunden sind, der al-Radaa (Abschreckungstruppe) und der Brigade 444, dauerten bis spät in die Nacht an. Seit dem Sturz der libysch-arabischen Dschamahirija im Jahr 2011 ist das Land zu seiner Revolution vor 1969 zurückgekehrt, als es zu Stammeskonflikten kam.

Zentralafrikanische Republik will russischen Militärstützpunkt beherbergen

Der Botschafter der Zentralafrikanischen Republik in Moskau, Léon Dodonou, gab der *Iswestija* ein Interview. Er enthüllt darin, dass der Präsident der zentralafrikanischen Nationalversammlung, Simplicie Mathieu Sarandj, während seines Besuchs im Oktober 2022 Moskau gebeten hatte, eine Militärbasis in seinem Land zu errichten. Dieses Projekt, das für die Befreiung der Zentralafrikanischen Republik vom französischen und amerikanischen Kolonialismus unerlässlich ist, könnte bald das Licht der Welt erblicken.

Thabo Mbeki will die Schaffung eines afrikanischen Strafgerichtshofs beschleunigen

Der ehemalige südafrikanische Präsident Thabo Mbeki sagte: "Die Dokumente zur Einrichtung eines Afrikanischen Strafgerichtshofs müssen so schnell wie möglich von den Ländern des Kontinents ratifiziert werden, damit sie ihre eigenen Entscheidungen über die Ausstellung von Haftbefehlen treffen können, anstatt dem Internationalen Strafgerichtshof zu folgen." Das Prinzip eines afrikanischen Strafgerichtshofs wurde von der afrikanischen Union in 2014 adoptiert. Es wurde bisher nicht weiterverfolgt.

Südafrika ist Gastgeber des nächsten BRICS-Gipfels und wurde vom Internationalen Strafgerichtshof angewiesen, den russischen Präsidenten Wladimir Putin dort zu verhaften.

ASIEN

Riad Salamé wird nicht ausgeliefert werden

Der Gouverneur der libanesischen Zentralbank, Riad Salamé, teilt sich mit dem ehemaligen Renault-Nissan-Chef Carlos Ghosn das Privileg, zu den sechs Libanesen zu gehören, die von Interpol gesucht werden. Er ist sogar Gegenstand von zwei "Red Notices". Er wurde gerade von einem libanesischen Richter vorgeladen, der bis zur Überprüfung der Gültigkeit des Auslieferungsersuchens gegen ihn seine libanesischen und französischen Pässe beschlagnahmt hat. Riad Salamé protestierte mit seinen guten Glauben und behauptete, die 120 Millionen Euro, die in Europa gesperrt waren, gewonnen zu haben, als er von 1973 bis 1993 bei der Merrill Lynch Bank arbeitete. Jetzt kann er wie Herr Ghosn friedlich im Libanon leben, da die europäischen Richter sie nicht vor Gericht bringen können.

Der Sprecher des Außenministeriums hoffte, dass die libanesischen Behörden das Verfahren zur Ernennung seines Nachfolgers respektieren würden. Die Amtszeit von Riad Salamé endet am 30. Juni.

Gipfeltreffen zwischen Baschar al-Assad und Hassan Nasrallah

Hassan Nasrallah, Generalsekretär der libanesischen Hisbollah, wurde in Damaskus von Präsident Baschar al-Assad empfangen.

Der Sultan von Oman im Iran

Der Sultan von Oman, Haitham bin Tariq, stattete dem Iran einen offiziellen Besuch ab. Oman bietet seine guten Dienste für alle Arten von internationalen Verhandlungen an.

Die iranischen Volksmudschaheddin erhalten die Unterstützung gegen Ebrahim Raisi von hundert ehemaligen Staats- und Regierungschefs

Gerechtigkeit für die Opfer des Massakers von 1988 im Iran, einem Ableger der Volksmudschaheddin des Iran, gelang es, eine Petition von 50 ehemaligen Präsidenten, 47 ehemaligen Premierministern, einem ehemaligen Kanzler und 9 anderen ehemaligen Staatsoberhäuptern aus der ganzen Welt zu sammeln, um "das iranische Regime zur Rechenschaft zu ziehen". 1988 ordnete Ayatollah Ruhollah Khomeini die Hinrichtung der Verräter an, die zusammen mit der irakischen Armee gerade an einer Militäroperation gegen den Iran teilgenommen hatten. Diese Anordnung wurde von Gerichten dahingehend ausgelegt, dass sie für alle bereits inhaftierten Mitglieder der Volksmudschaheddin des Iran gilt, und noch umfassender für inhaftierte Mitglieder linker Parteien. Diese Hinrichtungen forderten nach damaligen Quellen 2500 bis 5000 Opfer. Heute behaupten die Volksmudschaheddin des Iran, ohne den geringsten Beweis zu liefern, dass es sich um 30 000 handelte.

Der Fall ist umso heikler, als unter den damaligen Richtern der heutige Präsident Ebrahim Raisi war, der eine sehr "harte" Hand gehabt hätte.

Recep Tayyip Erdoğan gewinnt Parlaments- und Präsidentschaftswahlen

Recep Tayyip Erdoğan (Volksallianz) hat in der zweiten Runde der türkischen Präsidentschaftswahlen 52,1% der abgegebenen Stimmen erhalten. Sein Konkurrent Kemal Kılıçdaroğlu (Nationale Allianz) erhielt nur 47,8 Prozent.

Bei den Parlamentswahlen, die der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen entsprachen, gewann die Volksallianz (Recep Tayyip Erdoğan) 323 Sitze, die Nationalallianz (Kemal Kılıçdaroğlu) 212, während die Allianz der Arbeit und Freiheit (Pervin Buldan und Mithat Sancar) 65 Sitze gewann.

Die Nationale Volksallianz behält die Präsidentschaft der Republik und eine große Mehrheit im Parlament. Noch vor einem Monat hatte Recep Tayyip Erdoğan, der in allen Umfragen als Verlierer galt, seine Mitbürger mit einem Programm überzeugt, das auf der Unabhängigkeit seines Landes vom Westen basiert. Das hatte [Thierry Meyssan](#) im vergangenen Monat gegen den Strom angekündigt.

Die Wiederwahl von Recep Tayyip Erdoğan wurde nicht nur von den Türken in ihrem Land und ihrer Diaspora gefeiert, sondern auch von allen Anhängern der Muslimbruderschaft in der arabischen Welt und im Westen.

Recep Tayyip Erdoğan kommentierte das Wahlergebnis vor einer Menge seiner Anhänger und hielt eine Rede gegen sexuelle Minderheiten. Er fragte: "Ist die CHP [Kılıçdaroğlus Partei] pro-LGBT?" Worauf die Menge antwortete: "Evet!!! (Ja!!!)". "Ist die HDP [kurdischer Autonomist] pro-LGBT?" Die Menge antwortet: "Evet!!! (Ja!!!)". "Ist die AKP pro-LGBT?" Seine Anhänger rufen: "Hayir!!! (Nein!)." -

Zerschlagung der Mossad-Zelle in der Türkei

Der türkische Geheimdienst (MIT) hat 15 Personen verhaftet, die beschuldigt sind, einer israelischen Mossad-Zelle anzugehören. Sie waren aus den Reihen der Anhänger von Fethullah Gülen rekrutiert worden, um iranische Unternehmen auszuspionieren.

Nordkorea baut Mauer an der chinesischen Grenze

Laut [Reuters](#) baut Nordkorea eine Mauer entlang seiner Grenze zu China. Die befragten Expertinnen und Experten interpretieren sie als Schutz vor Pandemien.

Nordkorea scheitert beim Start eines Spionagesatelliten

Der nordkoreanische Spionagesatellit stürzte vor der Westküste der koreanischen Halbinsel ab.

Japan hatte allen Einwohnern von Okinawa befohlen, sich während des Starts in die Luftschutzkeller zu begeben.

Drei bis fünf Spionagesatelliten wären nötig, um die gesamte koreanische Halbinsel zu überwachen.

Kim Yo-Jong, die Schwester des Obersten Führers, versicherte, dass es nur verschoben wurde. Sie verspottete die Vereinigten Staaten dafür, dass der Start gegen das Völkerrecht verstoßen würde, während sie Tausende von Spionagesatelliten gestartet haben.

Warum die Chinesen ihre Demokratie dem westlichen System vorziehen

Auf dem "Zweiten Internationalen Forum für Demokratie: Gemeinsame menschliche Werte" erklärten die Redner in Anwesenheit von Li Shulei, Mitglied des Politbüros und derzeitigen Leiter der Propagandaabteilung, warum sie die chinesische Demokratie der westlichen Demokratie vorziehen:

- Die chinesische Demokratie ist für alle ihre Bürger bestimmt, während die westliche Demokratie nur den reichsten 1% die Macht gibt.
- Die chinesische Demokratie wählt ihre Führer auf der Grundlage ihrer Ergebnisse aus, während die westliche Demokratie sie auf der Grundlage ihrer Talente durch Wahlen auswählt.

Xi Jinping will China zum Zentrum der IT-Revolution machen

Die Kommunistische Partei Chinas hat gerade eine Sammlung von Reden von Präsident Xi Jinping über wissenschaftliche Forschung veröffentlicht. Er erklärte, dass die Macht einer

Nation weder von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit noch von der Größe ihrer Bevölkerung abhängt, sondern von ihren wissenschaftlichen Fähigkeiten. Nachdem er beklagt hat, dass China in der industriellen Revolution des neunzehnten Jahrhunderts abwesend war, ruft er seine Landsleute auf, die treibende Kraft der aktuellen Computerrevolution zu sein, auch in Bezug auf Big Data und künstliche Intelligenz.

Heute hat Huawei seine Produktion mit der Halbleiterkrise nicht gestoppt. China ist nach wie vor der weltweit führende Hersteller von Supercomputern.

Xi Jinping warnt auch davor, wie der Westen seinen wissenschaftlichen und technologischen Vorsprung genutzt hat, um die Welt zu beherrschen. Im

Gegenteil, er ruft die Chinesen auf, im Interesse der Menschheit zu handeln.

China fängt US-Spionageflugzeug im Chinesischen Meer ab

Chinesische Militärflugzeuge haben ein US-Spionageflugzeug im Südchinesischen Meer abgefangen. Admiral John C. Aquilino, Kommandeur des Indo-Pazifik-Kommandos der USA, nannte die Aktion "unnötig aggressiv". Unterdessen sagte die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, Mao Ning: "Die Vereinigten Staaten sollten diese gefährlichen Provokationen sofort einstellen."

Laut George Gao kann ein Austritt des Covid-Virus aus dem Labor in Wuhan nicht ausgeschlossen werden

In einer [BBC-Dokumentation](#), die am 30. Mai ausgestrahlt wurde enthüllte Professor George Gao, ehemaliger Direktor des chinesischen Zentrums für die Kontrolle und Prävention von Krankheiten, dass Peking eine eigene Untersuchung über ein mögliches Leck aus dem Labor in Wuhan durchgeführt, aber nichts gefunden habe. Er fügte jedoch hinzu: "Man kann immer etwas vermuten. Es ist

wissenschaftlich. Schließen Sie nichts aus."

[George Gao](#) hatte am 18. Oktober 2019 in New York mit Hilfe des *Johns-Hopkins-Center for Health Security* und der Bill & Melinda Gates Foundation an einer Übung des Davos Forums teilgenommen, bei der eine globale Pandemie simuliert wurde.

Treffen zwischen Lloyd Austin und Li Shangfu abgesagt

Der chinesische Verteidigungsminister General Li Shangfu hat die Einladung seines US-Amtskollegen, General Lloyd Austin, zu einem Treffen in Singapur am Rande der Shangri-La offiziell abgelehnt.

China reagiert auf die antichinesischen Äußerungen der USA und beabsichtigt nicht, sie in Doppelzüngigkeit, Drohungen in der Öffentlichkeit und versöhnlich im Privaten ansprechen zu lassen.

Die Vereinigten Staaten haben im vergangenen Jahr Sanktionen gegen General Li Shangfu verhängt. Sie weigern sich, sie aufzuheben.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

US-Demokraten fordern COP28-Präsidentschaft heraus

Parlamentarier aus den USA und der Europäischen Union haben den UN-Generalsekretär in einem Schreiben aufgefordert, die Präsidentschaft der COP28 in Dubai nicht Sultan al-Jaber anzuvertrauen. Er ist Industrieminister der Vereinigten Arabischen Emirate und Vorsitzender der Abu Dhabi National Oil Company (Adnoc).

Die Unterzeichner protestieren gegen die Vergabe der Präsidentschaft an einen Lobbyisten für fossile Energieträger. Sie sind im Gegenteil der Meinung, dass sie einem Lobbyisten für alternative Energiequellen anvertraut werden sollte.

Versicherer beugen sich dem Druck der US-Republikaner

Am 15. Mai 2023 schrieben 23 republikanische US-Generalstaatsanwälte an Versicherer und Rückversicherer, die Mitglieder der Net-Zero Insurance Alliance (NZIA) sind, um ihnen mitzuteilen, dass die Dekarbonisierungssammelklage gegen das US-Kartellrecht verstößt. In der Folge verließen Munich Re, Zurich Re, Hannover Re, Swiss Re, dann Scor, Axa und Alliance das Unternehmen.

Umgekehrt führten 2017 der Sierra Club und Amazon Watch, zwei demokratische NGOs, eine Kampagne gegen den BlackRock-Investmentfonds, weil dieser in fossile Brennstoffe investierte. BlackRock stellte daraufhin den Hauptverfasser des Pariser Abkommens von 2015, Brian Deese, ein und zog seine Investitionen in fossile Brennstoffe im Jahr 2020 zurück.

Saudi-Arabien verhandelt über Beitritt zur New Development Bank

Die Neue Entwicklungsbank (NDB), bekannt als BRICS-Bank, hat Verhandlungen mit Saudi-Arabien aufgenommen, um Mitglied zu werden.

Die NDB ist eine Alternative zu den Instrumenten von Breton Woods (Weltbank und Internationaler Währungsfonds). Es verfügt über ein Kapital von 100 Milliarden US-Dollar. Neben den fünf BRICS-Mächten sind bereits Bangladesch, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate und Uruguay Mitglieder. Sie hat ihren Sitz in Shanghai und wird von der ehemaligen brasilianischen Präsidentin Dilma geleitet Rousseff.

Der Wert des saudischen Riyal ist an den des Dollars gekoppelt.

Gipfeltreffen der Eurasischen Wirtschaftsunion

Die Präsidenten Russlands, Weißrusslands, Kasachstans und Kirgisistans sowie der armenische Ministerpräsident trafen sich im

Kreml, um die mittel- und langfristigen Schwerpunkte ihrer Zollunion (Eurasische Wirtschaftsunion - EAWU) festzulegen. Der russische Präsident Wladimir Putin bekräftigte, dass "die Union der Fünf weiterhin auf den Prinzipien des gegenseitigen Nutzens beruht". Er rief zur Zusammenarbeit mit ähnlichen Gremien in anderen Teilen der Welt auf.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°44 - 9. Juni 2023

LEITARTIKEL

Der 20. Dialog des Shangri-La Hotels

Der 20. Dialog im Shangri-La Hotel in Singapur brachte auf Initiative des *International Institute for Strategic Studies* (IISS) in London alle militärischen Führer aus dem asiatisch-pazifischen Raum zusammen.

Der US-Verteidigungsminister, General Lloyd Austin, und sein chinesischer Amtskollege, General Li Shangfu, geben sich am Eingang höflich die Hände, trotz der Zwangsmaßnahmen (fälschlicherweise als "Sanktionen" bezeichnet), die die Vereinigten Staaten den Chinesen auferlegen.

Ein Redner bemerkte, dass das bevorstehende Duell, ob die Vereinigten Staaten oder China gewinnen würden, keine Bedeutung habe, wohl aber, wer von den beiden das Publikum überzeugen würde.

Das IISS hat seinen Bericht für 2023 ausgeteilt, in dem es China die volle Verantwortung für die Spannungen zuweist, weil es die regionale Ordnung in Frage stellt. Chinesische Beamte haben darauf hingewiesen, dass es die US-Amerikaner waren, die die internationale Nachkriegsordnung in Frage stellten, indem sie die Ein-China-Politik in Frage stellten, die sich aus dem Potsdamer Abkommen (1945) und der Resolution 2758 (1971) der UN-Generalversammlung ergab.

Zum ersten Mal seiner Geschichte war der Shangri-La-Dialog Schauplatz einer diplomatischen Konfrontation

- Der australische Premierminister Anthony Albanese hielt die Eröffnungsrede. Er betonte, dass ein Abbruch des Dialogs zwischen Washington und Peking verheerende Folgen für die Welt haben könnte.
- US-Verteidigungsminister General Lloyd Austin hielt eine Rede mit dem Titel: "US-Führung in der indopazifischen Region". Er betonte die vielen regionalen Kooperationen und den Willen aller, eine friedliche Welt zu gestalten.
- Der indonesische Verteidigungsminister Prabowo Subianto stellte den Friedensplan seines Landes zur Beendigung des Ukraine-Konflikts vor. Gefordert werden ein Waffenstillstand, ein gegenseitiger militärischer Rückzug 15 Kilometer von der Kontaktlinie, die Entsendung von UN-Friedenstruppen in die entmilitarisierte Zone dazwischen und UN-überwachte Referenden in umstrittenen Gebieten. Der indonesische Plan wurde von Kiew verurteilt, während Russland nicht reagierte.
- Indiens stellvertretender nationaler Sicherheitsberater, Vikram Misri, setzte die Punkte auf das i. Er sagte, selbst wenn Indien Waffen von Russland kaufe und dessen Vorgehen in der Ukraine nicht verurteile, sei es kein militärischer Verbündeter (...)

(...) Indien verurteilt Militärbündnisse, weil es unabhängig bleiben will. Dies ist die Bedeutung der Blockfreiheit, die Premierminister Jawaharlal Nehru 1955 in Bandung darlegte.

- Der japanische Verteidigungsminister Yasukazu Hamada betonte, dass die Wiederbewaffnung seines Landes im Einklang mit dem Völkerrecht stehe. Dann prangerte er einseitige Versuche an, den *Status quo* mit Gewalt zu ändern. Er bezog sich auf die Stationierung chinesischer Streitkräfte rund um die unbewohnten Senkaku-Diaoyu-Inseln, die 1972 von den Vereinigten Staaten an Japan übergeben wurden, aber von Japan, China und Taiwan gleichermaßen beansprucht werden.
- Der chinesische Verteidigungsminister General Li Shangfu fragte, wer den Frieden in der Region störe. Dann machte er vier Bemerkungen: (1) Der gegenseitige Respekt muss über die Hegemonie siegen; (2) Das Völkerrecht (nicht die westlichen Regeln) sollte das Recht des Dschungels ersetzen, (3) gegenseitiges Vertrauen und Konsultation lösen Probleme, (4) wir brauchen Flexibilität, Offenheit und Inklusivität; alles Dinge, die unmöglich werden, wenn militärische Bündnisse geschlossen werden. Abschließend rief er alle dazu auf, sich an dieser kollektiven Arbeit in zwischenstaatlichen Foren zu beteiligen.
- General Li Shangfu erläuterte auch die Position Chinas gegenüber Taiwan. Peking wird an seiner Doktrin festhalten, China friedlich wieder zu vereinen, aber wenn eine dritte Partei versucht, die Insel von ihrem Mutterland zu trennen, wird das chinesische Militär sofort eingreifen. "Wir werden keinen Gegner fürchten und die nationale Souveränität und territoriale Integrität entschlossen verteidigen, koste es, was es wolle", sagte er.

AMERIKA

Kongress hebt US-Schuldenobergrenze an

Nach einem sehr langen parlamentarischen Kampf hob der Kongress die Schuldenobergrenze der USA auf 31,4 Billionen US-Dollar an, was mehr als 120 % des BIP entspricht. Dieser Betrag entspricht einer

Staatsverschuldung von 94.000 US-Dollar pro US-Bürger, einschließlich der Kinder. Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy, hat sich gegen eine weitere Erhöhung des Verteidigungshaushalts zur Unterstützung der Ukraine ausgesprochen. Befürworter dieser Unterstützung argumentieren jedoch, dass die Erhöhung des Verteidigungshaushalts bei steigenden Preisen tatsächlich ein Rückgang der Kaufkraft ist.

Zusammen-Treffen der Anti-Daesh-Koalition

US-Außenminister Antony Blinken und der saudische Außenminister Faisal bin Farhan bin Abdullah al-Saud veranstalteten gemeinsam ein Treffen der Globalen Koalition zur Bekämpfung des Islamischen Staates (ISIS), um "die anhaltende Bedrohung durch ISIS anzugehen und unser Engagement für dessen dauerhafte Niederlage zu bekräftigen".

Die Nationale Sicherheitsgemeinschaft der USA in Aufruhr

Einzelpersonen benützen fälschlicherweise die Identität von US-Experten für nationale Sicherheit, um in ihrem Namen E-Mails an andere Persönlichkeiten zu senden. Nach Angaben der CIA würde diese Kampagne von der Kimsuky-Gruppe durchgeführt, die mit dem General Bureau of Reconnaissance (BGR), einem nordkoreanischen Geheimdienst, verbunden ist.

Die Vereinigten Staaten verletzen massiv die Persönlichkeitsrechte ihrer Bürger

Der statistische [Bericht](#) der US-amerikanischen Direktorin des Nationalen Geheimdienstes, Avril Haines, über die im Jahr 2021 durchgeführten Nominativerhebungen im Internet, bescheinigt eine sehr weitreichende Verletzung des Rechts der US-Bürger auf Privatsphäre. Jeder Geheimdienst hat die Möglichkeit, Internetunternehmen aufzufordern, ihm Zugang zu den namentlich genannten Informationen zu gewähren, die sie von ausländischen Internetnutzern oder US-

Internetnutzern besitzen, die einer Straftat verdächtigt werden. Edward Snowden hat gezeigt, dass diese Daten E-Mails, Video- und Voice-Chats, Fotos, Dateiübertragungen, Anmeldungen, Details zu Social-Media-Konten usw. umfassen.

Dank dem *Foreign Intelligence Surveillance Act* (FISA) kann nicht nur der US-Generalstaatsanwalt solche Durchsuchungen genehmigen, sondern auch ein Beamter, der Director of National Intelligence.

In 2021 führte die CIA etwa 4000 Durchsuchungen durch... während das FBI 3.394.053 unternahm. Es kann die erhobenen Daten für andere Zwecke verwenden als die, die seine Anfragen begründet haben.

Die US-Amerikaner glauben, dass die Dinge außer Kontrolle geraten sind

Laut einer Umfrage von *The Economist/YouGov* glauben 71 % der amerikanischen Erwachsenen, dass die Dinge in ihrem Land außer Kontrolle geraten sind. Nur 14 % glauben, dass die Dinge unter Kontrolle sind. Die restlichen 15% haben keine Meinung.

Joe Biden hat über das Geschäft seines Sohnes Hunter gelogen

Die *Daily Mail* veröffentlichte Auszüge aus Textnachrichten und Sprachgesprächen, die auf Hunter Bidens Computer aufgezeichnet waren. Sie vermischen familiäre und finanzielle Angelegenheiten.

Sie attestieren, dass Joe Biden entgegen seinen Aussagen wusste, dass sein Sohn Geschäfte mit einem chinesischen Unternehmen machte, das der Kommunistischen Partei nahesteht.

FBI weigert sich, seine Informationen über die Biden-Familie preiszugeben

Eine FBI-Delegation kam, um einer Delegation des Unterausschusses des Kongresses, die gegen die Biden-Familie ermittelt, ein geheimes Dokument zu zeigen. Dies ist ein Dossier über unbestätigte Enthüllungen einer anonymen Quelle. Das FBI weigerte sich, eine Kopie des

Dokuments bei den Gesetzgebern zu hinterlassen.

Der Vorsitzende des Unterausschusses, James Comer, rief zu einer Abstimmung am 8. Juni auf, um eine Anklage wegen Missachtung des FBI-Direktors Christopher A. Wray einzureichen, der die Zurückhaltung von Informationen beaufsichtigt.

Erratum

Wir berichteten fälschlicherweise, dass Jacob "Jake" Sullivan Hillary Clintons Wahlkampfmanager war. Er war in der Tat ihr wichtigster Berater. Sein Wahlkampfmanager war John Podesta.

Washington überwacht die Positionen von sechs Staaten, die die Welt kippen könnten

Laut *Foreign Policy* wird die Führung der Vereinigten Staaten durch Russland und China nur bestritten werden können, wenn sechs mittelgroße Staaten auf deren Seite wechseln. Dies sind Brasilien, Indien, Indonesien, Saudi-Arabien, Südafrika und die Türkei.

Eric Adams und die illegale Einwanderung

Der demokratische Bürgermeister von New York City, Eric Adams, hat den New Yorkern Stipendien angeboten, wenn sie illegale Einwanderer in ihren Wohnungen unterbringen.

AMLO gewinnt die wichtige PRI-Region

Delfina Gómez de Morena, der Partei von Präsident Andrés Manuel López Obrador, gewann die Gouvernements Wahlen in Mexiko-Stadt mit 52,7 % der Stimmen. Ihre Gegnerin, Alejandra del Moral, erhielt nur 44,3 %.

Die Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) verliert damit die bevölkerungsreichste Region Mexikos, die sie 94 Jahre lang kontrollierte. Andrés Manuel López Obrador

(bekannt als "AMLO") ist eines der beliebtesten Staatsoberhäupter der Welt.

AMLO duldet keine außergerichtlichen Hinrichtungen

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador (bekannt als "AMLO") reagierte heftig auf ein Video, das zeigt, wie Soldaten 5 Menschen hinrichten. Er sagte, sie würden identifiziert und vor Gericht gestellt. AMLO hat der Armee eine große Verantwortung übertragen und fordert das Ende der außergerichtlichen Hinrichtungen.

EUROPA

MI5 verhaftet Kit Klarenberg, den Journalisten, der die Aussage enthüllt hat, die die offizielle Version des 11. September widerlegt

Der britische Spionageabwehrdienst MI5 verhaftete den Journalisten Kit Klarenberg bei seiner Ankunft in Großbritannien. Er wurde einem fünfstündigen Verhör unterzogen. Alle seine Papiere und Notizen sowie seine Computer, Festplatten und Speicherkarten wurden beschlagnahmt. Kit Klarenberg ist ein britischer Journalist, der in Serbien lebt. Er arbeitete für die russische Agentur *Sputnik* und jetzt für das investigative Medium *The Grayzone*. Insbesondere hat er die [Aussage von Donald Canestraro](#), einem Agenten des US-Justizministeriums, der für die Überwachung der Fälle der Angeklagten vom 11. September zuständig ist, am 20. Juli 2021 enthüllt. Dieses unbestreitbare Dokument bezeugt, dass mindestens zwei der mutmaßlichen Entführer der Anschläge vom 11. September 2001, Nawaf al-Hazmi und Khalid al-Mihdhar, CIA-Agenten waren. Laut der offiziellen Version entführten sie den Flug 77 der American Airlines und stürzten in das Pentagon; Eine Version, die mit dem Tatort nicht kompatibel ist.

Kit Klarenberg enthüllte auch britische Pläne zur Bombardierung der Kertsch-Brücke und Paul Massons Verbindungen zum Geheimdienst Ihrer Majestät. Paul Masson ist ein

Starjournalist von *Channel 4*, der für *The Spectator* und *Le Monde diplomatique* schreibt.

Großbritannien fordert Schließung der sogenannten "chinesischen Polizeistationen"

Sicherheitsminister Tom Tugendhat hat die chinesische Regierung in einem Schreiben aufgefordert, ihre vier Polizeistationen in Großbritannien zu schließen.

Die USA haben bereits Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit verhaftet, die unter dem Vorwand, der Diaspora zu helfen, Peking Informationen über seine politischen Gegner lieferten. Solche Einheiten gäbe es auch in Frankreich.

Peking hat diese Spekulationen stets dementiert.

Video

Thierry Meyssan nahm an der Sendung "[Libre parole](#)" von TV-ADP teil (nur auf Französisch). Dies ist ein kostenloser Kommentar zu den Nachrichten des Monats.

Belgien lehnt den Einsatz seiner Sturmgewehre für Angriffe auf Russland ab

Belgische SCAR-Sturmgewehre wurden von den Legionären der "Freiheit Russlands" und dem "Russischen Freiwilligenkorps" verwendet, um Angriffe auf russisches Territorium in der Region Belgorod durchzuführen. Einige dieser Legionäre im Dienst des ukrainischen Verteidigungsministeriums sind integrale Nationalisten oder Neonazis. Verteidigungsministerin Ludivine Dedonder und Außenministerin Hadja Lahbib kündigten an, die ukrainische Regierung um Aufklärung zu bitten.

"Diese Lieferungen sind für die ukrainischen Streitkräfte bestimmt, um ihr Territorium und ihre Bevölkerung vor der russischen Invasion zu schützen. Dies wird in den jeder Lieferung beigefügten Dokumenten ausdrücklich

angegeben (...) Diese Waffen sind daher nicht für isolierte Gruppen zugelassen, die eine interne russische Agenda haben. »

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Italien hebt Sanktionen gegen Saudi-Arabien auf

Die Regierung von Giorgia Meloni hat ihr Verbot von Waffenverkäufen an Saudi-Arabien aufgehoben. Es war eine Reaktion auf das saudische Vorgehen im Jemen.

Italien hatte seine Sanktionen gegen die Vereinigten Arabischen Emirate, die sich zunächst aus dem Konflikt zurückgezogen hatten, bereits aufgehoben.

Diese Entscheidungen folgen der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran.

Schweden verschärft seine Gesetzgebung gegen die PKK

"Förderung, Stärkung oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" ist in Schweden von nun an strafbar. Das neue Gesetz sieht vor, die PKK zu sanktionieren, um die Zustimmung der Türkei zum NATO-Beitritt des Landes zu erhalten. Premierminister Ulf Kristersson veröffentlichte einen Kommentar in der *Financial Times*, in dem er das Engagement seines Landes im Kampf gegen den Terrorismus bekräftigte.

Justizminister Gunnar Strömmer hat im türkischen Fernsehen versprochen, die PKK-Flagge von Parteidemonstrationen zu

verbannen, welche aber nach den Bestimmungen der Verfassung nicht verboten werden können.

Der Generalsekretär des Atlantischen Bündnisses, Jens Stoltenberg, reiste anlässlich der Amtseinführung von Präsident Erdoğan nach Ankara, um die Zustimmung der Türkei entgegenzunehmen.

Donald Tusk bedroht die Macht in Polen

Dem ehemaligen Ministerpräsidenten, damaligen Präsidenten der Europäischen Kommission und heutigen Vorsitzenden der Partei Bürgerplattform, Donald Tusk, gelang es, 500 000 Demonstranten in Warschau zu mobilisieren. Sie sprachen sich für ein europäisches und demokratisches Polen gegen den derzeitigen Ministerpräsidenten aus, dem vorgeworfen wurde, nationalistisch und illiberal zu sein.

Die Blockade der Verfassungsreform, die im Februar von beiden Kammern verabschiedet wurde, verhindert, dass Polen die 23,9 Milliarden Euro erhält, die Brüssel zahlen muss. Sie ist auf eine Krise zwischen der Präsidentin desselben Gerichtshofs, Julia Przyłębska, und fünf seiner Richter zurückzuführen, nach denen ihr Mandat am 20. Dezember 2022 endete. Sie weigern sich, sich hinzusetzen und daher die anhängigen Texte, einschließlich dieser Reform, zu validieren. Frau Przyłębska, die sich weigert, nachzugeben, steht dem Vorsitzenden der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit, Jarosław Kaczyński, nahe, den die Polen als "Puppenspieler" ihres politischen Lebens sehen.

Peter Szijjártó glaubt, dass russisches Gas bald Südosteuropa überschwemmen wird

Laut dem ungarischen Außenminister Peter Szijjártó wird die Türkei in den kommenden Jahren zum Gaslieferanten im Südosten der Europäischen Union werden.

Ungarn erklärt die Krim nicht spontan als "ukrainisch"

Ungarn hat am 3. Juni ein Video über den Ukraine-Konflikt mit einer Karte ohne Krim veröffentlicht. Angesichts der Proteste wurde es korrigiert und am 4. Juni erneut veröffentlicht, diesmal mit der ukrainischen Krim.

Europäisches Parlament fordert Abschaffung des Vorsitzes Ungarns im Europäischen Rat im Jahr 2024

In einer [Entscheidung](#) (P9_TA (2023)0216) stellt das Europäische Parlament fest, dass die Regierung von Viktor Orbán "die Grundwerte der Union untergräbt" und "die Situation der Grundrechte in Ungarn" verschlechtert. Vor allem stellt es "in Frage, wie Ungarn in der Lage sein wird, die Präsidentschaft [des Europäischen Rates] im Jahr 2024 [zweite Jahreshälfte] glaubwürdig zu halten" und fordert die Kommission auf, die von ihr zu zahlenden Gelder weiterhin einzufrieren, bis sein Land sich konform behält.

Europäisches Parlament befürwortet System zur Bekämpfung russischer und chinesischer Einmischung nach dem Vorbild der Antikommunistischen Weltliga

Das Europäische Parlament [schlägt](#) die Einrichtung eines Systems zur Bekämpfung ausländischer Einmischung in die Wahlen 2024 vor. Die Berichterstatterin, die Lettin Sandra Kalniete, verwies auf die Beispiele des Kampfes der Ukrainer und Taiwans, ohne sie namentlich zu nennen, auf die Antikommunistische Weltliga (unter dem gemeinsamen Vorsitz des Ukrainers Jaroslaw Stetsko und des Chinesen Chiang Kai-Schek).

Sandra Kalniete ist eine der Gründerinnen der lettischen Unabhängigkeit. Sie ist auch Vorsitzende der Gruppe für die Versöhnung der europäischen Geschichten, die seit 2008 den Prager Prozess umsetzt, der [den Kommunismus mit dem Nationalsozialismus gleichsetzt](#).

Das Europäische Parlament fordert die Schaffung von

- (1) einer EU-Struktur, die als Anlaufstelle und spezialisiertes Wissenszentrum fungiert,
- (2) eines Zentrums für den Austausch und die Analyse (ISIC) für die gemeinsame Entwicklung von Methoden und
- (3) eines Frühwarnsystems für (nationale und europäische) Parlamentarier.

Sandra Kalniete ist stolz darauf, bereits mehrere Resolutionen gegen Russland verabschiedet zu haben und sich erfolgreich für die Zensur von *Sputnik* und *Russia Today* eingesetzt zu haben.

Die Europäische Union richtet ein Patentgericht ein

Die Europäische Union, die ein europäisches Patentgesetz geschaffen hat, das frühere nationale Gesetze ersetzt, hat gerade ein einziges Gericht für Streitigkeiten geschaffen. Die erstinstanzlichen Richter werden in jeden Mitgliedstaat entsandt, aber von der Zentrale in Paris koordiniert. Das Beschwerdeverfahren findet jedoch in Luxemburg statt.

Brüssel verbietet ukrainisches Getreide in 5 EU-Staaten

Die Europäische Kommission hat die Einfuhr von ukrainischem Getreide nach Polen, in die Slowakei, nach Ungarn, Rumänien und Bulgarien verboten. Da es mit zu niedrigen Preisen verkauft wurde, bedroht es das Überleben der Bauern.

Proteste in Serbien

In Serbien folgen nach zwei Schießereien Demonstrationen aufeinander. Die Demonstranten fordern den Entzug der Lizenzen von Fernsehsendern, die gewalttätige Programme ausstrahlen, wie z. B. Reality-Shows mit ehemaligen Kriminellen, die zu Stars wurden; Verbot von Medien, die Hass gegen abweichende Stimmen schüren; den Rücktritt des Innenministers und des Direktors der Geheimdienste.

Angesichts der Trägheit der Regierung fordern einige den Rücktritt von Präsident Aleksandar Vučić.

Türkische NATO-Truppen im Kosovo stationiert

Um die Ordnung im nicht anerkannten Staat Kosovo wiederherzustellen, hat die NATO die Entsendung von 700 weiteren Soldaten, darunter 500 Türken, angekündigt. Die Unruhen wurden von Kosovo-Serben verursacht. Die Türkei ist der Erbe des Osmanischen Reiches, das das "Amselfeld" Kosovo erobert hat.

Die kosovarische Regierung hat angekündigt, dass sie bereit ist, neue Kommunalwahlen für die serbische Bevölkerung auszurufen. Sie zu organisieren, wird jedoch keinen Sinn machen, solange die Führer dieser Bevölkerung zum Boykott aufrufen.

Li Hui erläutert seine Methode

Li Hui, der chinesische Unterhändler der Ukraine-Krise, reagierte scharf auf den Artikel des *Wall Street Journal* und versicherte, er habe seine westlichen Gesprächspartner gebeten, sich für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und die besetzten Gebiete als russisch anzuerkennen. Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba bestätigte, dass dies überhaupt nicht zutreffe.

Li Hui konzentriert sich in seinen Vorträgen auf die Anerkennung von Prinzipien, aus denen sich Grenzen entwickeln werden, und nicht auf militärische Aktionen. Durch diese Kurzdarstellung erkennt das *Wall Street Journal* daher doch an, dass diese weisen Prinzipien Russland Recht geben.

Die CIA soll im Juni 2022 Wind von dem Plan der Ukraine, Nord Stream zu sabotieren, bekommen haben

Laut einem *Discord-Leaks*-Dokument, das die *Washington Post* von einem Freund von Jack Teixeira erhalten hat, bekam die CIA im Juni

Analysen des Voltaire-Netzwerks

- "[Globale Erwärmung und die Konfrontation des Westens mit dem Rest der Welt](#)", von Thierry Meyssan

Die Theorie der anthropogenen Ursache der globalen Erwärmung wird bald im Zentrum der Konfrontation zwischen dem Westen und Russland stehen. Zwar bestreitet niemand, dass sich manche Teile der Welt erwärmen, aber es gibt derzeit keine alternative Erklärung für dieses Phänomen. Renommiertere Wissenschaftler werden auf der COP-28 in Dubai eine andere vorstellen. Sie sind Mitglieder der Russischen Akademie der Wissenschaften.

- "[Die Reorganisation der russischen Armeen](#)" von Thierry Meyssan

Inmitten des Ukraine-Konflikts beschloss die Russische Föderation, die Reorganisation ihrer Armeen zu vollenden. Es ist eine riesige Aufgabe, die seit der Auflösung der Sowjetunion und der darauffolgenden völligen Anarchie bewältigt wurde. Trotz der sehr ernstesten Probleme, die im vergangenen Jahr aufgetreten sind, sukzessive mit der Entsendung junger Menschen an die Front ohne militärische Ausbildung, dann mit Verzögerungen bei der Versorgung bestimmter Einheiten, ist eine Professionalisierung des Systems bereits deutlich erkennbar. Die angekündigte Reform zielt nicht nur darauf ab, die Streitkräfte nach oben zu vereinheitlichen, sondern auch die Führungsmethoden grundlegend zu verändern.

2022 Wind von einem ukrainischen Plan, Nord Stream zu sabotieren. Die CIA soll diese Informationen vor der Sabotage am 26. September 2022 an den deutschen Geheimdienst (BND) weitergegeben haben, was Geheimdienstmitarbeiter, Berichten zufolge, bestätigten. Zur gleichen Zeit fand eine private Expedition mit einem *The Grayzone*-Journalisten am Ort des Angriffs einen Taucherstiefel, der mit denen ukrainischer Kampfschwimmer übereinstimmte. Mehrere hochrangige

europäische und US-amerikanische Beamte erklärten im Dezember, es gebe keine Beweise, um Russland zu belasten.

Die Saboteure würden unter dem direkten Befehl von General Walerij Saluschnyj, dem Oberbefehlshaber der ukrainischen Armeen, und seinem Stellvertreter, dem integralen Nationalisten Dmytro Jarosch, stehen.

Anders als man auf den ersten Blick denken könnte, spricht diese Nachricht die Vereinigten Staaten nicht frei, denn Dmytro Jarosch ist ein historisches Mitglied der NATO-Geheimdienste. Er hat seit den 2000er Jahren eine Reihe von verdeckten Operationen für das Atlantische Bündnis gegen Russland durchgeführt.

Die Nord Stream-Gaspipelines gehören einem internationalen russisch-deutsch-französisch-niederländischen Konsortium. Die Sabotage dieser Pipelines ist ein Kriegsakt gegen Russland, Deutschland, Frankreich und die Niederlande.

Ukrainische Integrale Nationalisten sabotieren Kachowka-Staudamm

Die ukrainischen Behörden scheinen eine Gegenoffensive gegen Russland aufgegeben und durch groß angelegte Sabotage in der Tradition der "integralen Nationalisten" (sogenannte "Banderisten" oder "Ukro-Nazis") ersetzt zu haben. So sprengten sie teilweise den Kachowka-Staudamm (hundert Kilometer von Cherson entfernt), gemäß ihrem Plan, den General Andrej Kowaltschuk der *Washington Post* am 30. Dezember 2022 enthüllt hatte.

Russische Akademie der Wissenschaften schlägt neue Interpretation der globalen Erwärmung vor

Nach Angaben der Akademie der Wissenschaften der Russischen Föderation "ist die Hauptursache für lokale Klimakatastrophen die zunehmende Emission von natürlichem Wasserstoff aufgrund der abwechselnden Gravitationskräfte von Mond und Sonne, welche auf Erden Löcher in der Ozonschicht

verursachen. Der daraus resultierende Temperaturanstieg und das Gemisch von Ozon und Wasserstoff sind die Hauptursachen für Wald- und Steppenbrände (...) Diese Feststellung widerlegt das Konzept des Montrealer Protokolls, dessen Umsetzung ganze Teilindustrien der chemischen Industrie ausgelöscht hat, ohne die Größe der Ozonlöcher zu verändern, die nur zugenommen haben. Wir veröffentlichen die Entscheidung des Verwaltungsrats und die Präsentationen der Berichte."

Diese neue Theorie widerspricht den Schlussfolgerungen des IPCC, des Weltklimarats, der auf Initiative von Margaret Thatcher innerhalb der Vereinten Nationen gegründet wurde, um ihren Konflikt gegen die britischen Bergarbeitergewerkschaften zu unterstützen.

Dieser Bericht wird im September auf der COP-28 in Dubai vorgestellt.

Moskau ist bereit mit Kiew zu verhandeln

"Präsident Putin war, ist und wird für jeden Kontakt offen sein, um unsere Ziele mit anderen Mitteln als der militärischen Spezialoperation zu erreichen. Wenn es möglich ist, wäre es vorzuziehen", sagte sein Sprecher Dmitri Peskow dem Fernsehsender *Rossija-1*.

Soweit man weiss, lehnt Russland *von vornherein* jede Diskussion über die Gebiete ab, die ihre Annexion durch ein Referendum bestätigt haben, die Krim, den Donbass und einen Teil Neurusslands.

Die iPhones der russischen Führungsleute von der NSA kompromittiert

Der FSB beschuldigte die US-amerikanische National Security Agency (NSA), die Apple-Telefone von russischen Top-Managern infiltriert zu haben.

Der CEO der Internet-Sicherheitsfirma Kaspersky, Eugene Kaspersky, sagte, die iPhones der Führungskräfte seines Unternehmens seien gehackt worden. Darin wurde eine Spyware entdeckt. Es sammelt Audioaufnahmen, Fotos, Standort und andere Daten.

Dies ist das erste Mal, dass Apple wegen seiner Beziehungen zu den US-Geheimdiensten in Frage gestellt wurde.

AFRIKA

Israel nimmt am *African Lion 2023* teil

Erstmals nehmen 12 israelische Soldaten an den Übungen *African Lion 2023* teil, die derzeit auf marokkanischem Territorium stattfinden.

18 Länder und 8000 Soldaten sind an dieser Übung des *United States Africa Command* (AfriCom) mit Sitz in Deutschland beteiligt.

Giorgia Meloni in Tunesien

Während ihres Besuchs in Tunis skizzierte die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni eine Achse Algier-Tunis-Rom.

Italien beabsichtigt, Gaslieferungen aus Nordafrika zu beziehen und die Länder der Region dazu zu bringen, ihre Auswanderung zu kontrollieren. Im Gegenzug bittet sie vergeblich um eine ohne politische Kompensation enthaltende IWF-Hilfe für sie.

General al-Burhan und Islamisten fordern die Entlassung von Volker Perthes

General Abdel Fattah al-Burhan hat UN-Generalsekretär António Guterres in einem Schreiben aufgefordert, seinen Sonderbeauftragten im Sudan, Volker Perthes, zu entlassen.

Seit einigen Wochen organisieren Islamisten Demonstrationen gegen ihn. Der ehemalige Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), [Volker Perthes](#), wurde während des

Krieges gegen Syrien Berater von Jeffrey Feltman.

Er wurde Repräsentant des UN-Generalsekretärs im Sudan, als Feltman, nachdem er den Posten des Untergeneralsekretärs für politische Angelegenheiten aufgegeben hatte, wieder US-Diplomat am Horn von Afrika wurde.

Zudem hatten die USA aus Protest gegen die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen beider sudanesischer Seiten ihre Teilnahme an den Gesprächen ausgesetzt. Sie verhängten einseitige Sanktionen gegen vier Unternehmen, von denen zwei mit dem Militär und zwei mit der SAF in Verbindung stehen. Es scheint jedoch, dass die Sanktionen für die Armee von General Abdel Fattah al-Burhan viel schwerwiegender wären als für die *Rapid Action Forces*. Washington übt Druck auf das Militär aus, das sich als erstes aus den saudischen Verhandlungen zurückgezogen hat.

Revolten im Senegal

Die Verurteilung von Ousmane Sonko zu zwei Jahren Haft wegen "Korruption der Jugend" löste Unruhen in der Casamance und in Dakar aus, die viel gewalttätiger waren als bei seiner Anklage im Jahr 2021. Im Ausland wurden die Konsulate von Paris, Bordeaux, Mailand und New York angegriffen. Die Regierung hat vorübergehend alle ihre Konsulate geschlossen, bis ihre Sicherheit verstärkt ist.

Die Anklage wegen Vergewaltigung gegen Ousmane Sonko wurde fallen gelassen.

Sein französisch-spanischer Anwalt, Juan Branco, wurde an der Grenze zurückgewiesen und konnte ihm während seines Prozesses nicht helfen.

Ousmane Sonko ist der Autor von *Oil and Gas in Senegal: Chronicle of a Spoliation*, einem Buch, in dem er Präsident Macky Sall und seine Entourage der Veruntreuung im Umgang mit Kohlenwasserstoffen beschuldigt. Er ist Gründer und Präsident der Partei für Arbeit, Ethik und

Brüderlichkeit der African Patriots of Senegal (PASTEF). Er ist Abgeordneter und Bürgermeister von Ziguinchor und kandidierte bei den Präsidentschaftswahlen 2019.

Als hochrangiger Zollbeamter vertritt er eine nationalistische Linie. Er prangert sowohl Korruption als auch Homosexuelle an.

Offenbar Scheinwahlen in Äquatorialguinea

Teodoro Obiang Nguema Mbasogo (80) wurde nach Angaben der Wahlkommission mit 94,9% für eine 6. Amtszeit als Präsident von Äquatorialguinea wiedergewählt. Die Wahlbeteiligung lag offiziell bei 98 Prozent. Andrés Esono Ondo von der Konvergenz für Sozialdemokratie (CPDS) erhielt Berichten zufolge 9684 Stimmen, während Bonaventura Monsuy Asumu von der Sozialdemokratischen Koalitionspartei (PCSD) Berichten zufolge 2855 Stimmen erhielt.

General Teodoro Obiang Nguema Mbasogo kam 1979 nach einem Militärputsch an die Macht. In Äquatorialguinea leben 1,4 Millionen Menschen.

Wladimir Putin wird in Südafrika nicht verhaftet werden

Südafrika kündigte Ende August die Veröffentlichung von Dekreten an, die den Teilnehmern des BRICS-Gipfels Immunität gewähren.

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) forderte die Verhaftung von Präsident Wladimir Putin.

ASIEN

In Israel gab es keine Covid-Todesfälle bei Patienten im Alter zwischen 18 und 49 Jahren ohne zugrunde liegende Morbositäten.

Das israelische Gesundheitsministerium hat bisher mehr als 12 500 Todesfälle durch Covid-

19 registriert. Jeder Fall war Gegenstand eines ärztlichen Gutachtens. Alle diese Berichte wurden in der Abteilung zentralisiert.

Das Ministerium bestätigte, dass 356 Patienten im Alter zwischen 18 und 49 Jahren an COVID-19 gestorben sind. Ausnahmslos hatten alle zugrunde liegende Morbositäten.

Antony Blinken auf der AIPAC

Am 5. Juni sprach Außenminister [Antony Blinken](#) in Washington vor dem *American Israel Public Affairs Committee Policy* (AIPAC), der Pro-Israel-Lobby in den Vereinigten Staaten. In seiner Rede machte er deutlich, dass Washington sein Bündnis mit Saudi-Arabien als eine Frage der nationalen Sicherheit betrachte und alles tun werde, um die saudisch-israelische Normalisierung voranzutreiben.

Er bekräftigte auch das Engagement der Vereinigten Staaten für die "Zwei-Staaten-Lösung", obwohl sie von manchen Mitgliedern der israelischen Regierung abgelehnt wird. Wenn Washington auch die Initiative für die saudisch-israelische Annäherung ergreift, überlässt es Tel Aviv die palästinensisch-israelische Annäherung.

Zwischenfall zwischen Ägypten und Israel

Auf Ersuchen des ägyptischen Geheimdienstleiters Abbas Kamel eilten eine Hamas-Delegation unter der Leitung von Khaled Meshad und eine weitere Delegation des Islamischen Dschihad unter der Führung von Al-Nakhalah nach Kairo.

Ägypten will die sich verschlechternde Sicherheitslage erörtern und einen Friedenskurs einschlagen, bevor es zu spät ist.

Bei einem tödlichen Zwischenfall traf ein ägyptischer Polizist an der ägyptisch-palästinensischen Grenze auf israelische Soldaten, wobei drei auf israelischer und einer auf ägyptischer Seite getötet wurden. Die

beiden Seiten geben sehr unterschiedliche Versionen desselben Vorfalls wieder.

Der ägyptische Präsident Abdel Fatah al-Sisi telefonierte mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Er sprach sein Beileid aus.

Hochzeit von Prinz Hussein von Jordanien

Der jordanische Kronprinz Hussein heiratete mit großem Aufwand die jordanische Architektin Rajwa Al Saif. Das Paar hatte sich während seiner Studienzeit in den USA kennengelernt.

Im April 2021 versuchten jordanische Persönlichkeiten, die mit Saudi-Arabien in Verbindung stehen, [König Abdullah II. von Jordanien zu stürzen](#).

Wie kann man die US-Besatzungstruppen aus Syrien vertreiben?

Laut der *Washington Post*, die sich auf geheime Pentagon-Dokumente stützt, die durch die *Discords Leaks* enthüllt wurden, bildet der Iran zu einer Zeit, in der Syrien und Russland eine Revolte der lokalen Bevölkerung gegen die US-Präsenz vorbereiten, Milizionäre aus, um GIs in die Falle zu locken. Sprengsätze, die auf den Straßen platziert werden, sind fähig, US-Panzer zu durchschlagen.

Pentagon liefert HIMARS an seine kurdischen Söldner, um die Türkei zu bedrohen

HIMARS-Mehrfachraketenwerfer wurden Berichten zufolge vom Pentagon an die Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) geliefert. Dabei handelt es sich um Basismodelle mit einer Reichweite von 80 Kilometern, nicht um verbesserte Modelle mit einer Reichweite von 300 Kilometern.

Das Pentagon nutzt sie seit 2017 für seinen Stützpunkt in Al-Tanf an der jordanischen

Grenze. Es hat gerade einige in die Ukraine geliefert. Es ist nicht bekannt, ob die HIMARS aus Nordsyrien direkt von kurdischen Söldnern oder unter US-Aufsicht eingesetzt werden. In jedem Fall stellt die Anwesenheit von HIMARS das Prinzip eines Verfolgungsrechts der türkischen Armee auf syrischem Territorium innerhalb eines Streifens von 40 Kilometern in Frage. Dieses Recht wurde 1998 durch das Adana-Abkommen anerkannt und dient als Grundlage für die aktuellen Verhandlungen zwischen Syrien und der Türkei.

Syrien und Irak gegen Drogenhandel

Die Außenminister Syriens und Iraks trafen sich in Bagdad. Sie einigten sich auf eine grenzüberschreitende Koordinierung zur Bekämpfung des Drogenhandels.

Nachdem die Vereinigten Staaten Syrien der Folter beschuldigt haben, beschuldigen sie es, den Drogenhandel zu organisieren und gleichzeitig Präsident Baschar al-Assad daran zu hindern, diese Geißel zu bekämpfen.

In der Antike befand sich das wichtigste religiöse Zentrum des Römischen Reiches in Baalbek (heutiger Libanon). Der Tempel des Bacchus ist mit Flachreliefs und Fresken aus Mohnblumen geschmückt.

Während des libanesischen Bürgerkriegs wurde der syrische Vizepräsident Rifaat al-Assad zum Anführer der libanesischen Drogenhändler, bis er entlassen wurde, als er versuchte, seinen Bruder, Präsident Hafez al-Assad, zu stürzen. Er flüchtete dann nach Paris unter den Schutz seines Freundes, Präsident François Mitterrand.

Heute sind die Hauptproduzenten von Cannabis und Opium in der Bekaa Schiiten, die ihre *Zakat* (Religionssteuer) an die Hisbollah zahlen. Letztere, als sie das Landwirtschaftsministerium innehatte, versuchte mehrmals, ihnen alternative Kulturen anzubieten, was ihr aber nur teilweise gelang. Die USA werfen der Hisbollah vor, ein internationales Kartell zu sein, was sie zurückweist. Keiner der Hisbollah-Mitglieder,

die von der US-amerikanischen DEA angeklagt wurden, wurde in irgendeinem Land der Welt wegen Drogenhandels verurteilt.

Zu Beginn des Krieges gegen Syrien (2012) versorgten die USA die Dschihadisten mit einer synthetischen Droge, dem Captagon. Hergestellt wurde es in Bulgarien von SIC, dem Netzwerk von Ministerpräsident [Bojko Borissow](#). Heute wird Captagon vor Ort von ehemaligen Dschihadisten und Verbündeten der Vereinigten Staaten hergestellt. Es überschwemmt den Markt im Nahen Osten, insbesondere Saudi-Arabien.

Irak beginnt nach der westlichen Ära nun seinen Wiederaufbau

Der Irak wird nach seiner Zerstörung durch den Westen im Jahr 2003 nun mit seinem Wiederaufbau beginnen. Bagdad hat gerade einen Milliardenvertrag mit Saudi-Arabien unterzeichnet, um ein neues Viertel mit 4000 Wohnungen und 250 Villen zu bauen. Es wird viele Geschäfte beherbergen und soll dazu beitragen, dem Land neues Leben einzuhauchen.

Washington versucht, sich wieder mit Riad zu verbinden

- Im November 2022 besuchte Präsident Joe Biden Riad, um Saudi-Arabien davon zu überzeugen, die Ölproduktion inmitten der einseitigen Zwangsmaßnahmen des Westens gegen Russland zu erhöhen.
- Im Oktober reagierten die Vereinigten Staaten sehr negativ auf die Entscheidung Saudi-Arabiens, die Ölproduktion zu drosseln. Präsident Biden hat sofort einen Bericht über die Ermordung des Muslimbruders Jamal Khashoggi in Istanbul durch die Männer des Kronprinzen freigegeben.
- Im April 2023 besuchten der Gesandte für Energiesicherheit des Weißen Hauses, Amos Hochstein, und der Nahostkoordinator Brett McGurk Saudi-Arabien und Israel. Dann reiste der Generaldirektor des israelischen

Außenministeriums, Ronen Levy, nach Washington, um sich mit dem Außenminister zu treffen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand das zivile Nuklearprojekt Saudi-Arabiens, das Tel Aviv als ersten Schritt in Richtung militärischer Atomkraft sieht.

- Anfang Mai traf sich der Nationale Sicherheitsberater des Weißen Hauses, Jacob "Jake" Sullivan, in Dschidda mit dem saudischen Kronprinzen Mohammad bin Salman (MBS). Die Saudis stellten ihren Friedensplan im Jemen vor, während die USA eine mögliche Normalisierung mit Israel anpriesen.
- Anfang Juni nahm US-Außenminister Antony Blinken an einem Treffen der Außenminister des Golf-Kooperationsrats teil. 🗨️ Die Vereinigten Staaten sind gekommen, um ihre Beziehungen zu den Golfstaaten, die nacheinander auf China blicken, zu stärken. Jetzt ist Washington für den Frieden ganz allgemein. Es predigt ihm jetzt im Jemen und versichert, dass sein einziges Ziel gegenüber dem Iran darin bestünde, ihn am Bau der Atombombe zu hindern (was der Iran laut China und Russland aber nicht tut).

Neues Parlament in Kuwait

Bei den Parlamentswahlen in Kuwait kamen 12 reformistische Abgeordnete und eine Frau ins Parlament.

Das kuwaitische Parlament ist im Gegensatz zu den anderen Golfmonarchien der Ort echter Diskussionen. Es ist auch der Ursprung mehrerer politischer Krisen und wird nach wie vor von Islamisten dominiert.

Die neue Erdoğan-Regierung

Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat seine neue Regierung gebildet. Mehmet Simsek kehrt in das Wirtschaftsministerium zurück, das er 2018 verlassen hat. Hakan Fidan wurde Außenminister und überließ seinen Posten als Chef des Geheimdienstes (MIT) seinem Stellvertreter Ibrahim Kalin. General Yasar

Güler, Generalstabschef der Streitkräfte, wird Verteidigungsminister.

Spionageaustausch mit dem Iran

Belgien und Oman haben im Rahmen der Operation Blackstone einen neuen Gefangenaustausch mit dem Iran organisiert. Ein Däne, Thomas Kjems, und zwei iranisch-österreichische Männer, Karam Ghaderi und Massud Mossaheb, wurden von Teheran freigelassen. Es ist nicht bekannt, wer auf europäischer Seite freigelassen wurde.

Eine Flottenkoalition im Golf und im Arabischen Meer

Admiral Shahram Irani, ein kurdischer Sunnit, der die iranische Marine befehligt, kündigte an, dass Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und Katar (zusätzlich zu Oman, das bereits einen Vertrag mit dem Iran unterzeichnet hat) ein Seebündnis bilden werden, um die US-Präsenz im Golf zu ersetzen. Dieses Bündnis könnte sich auf Indien und Pakistan ausdehnen, um die USA aus dem Arabischen Meer zu vertreiben. Der Iran entwickelt sich wieder zu einer regionalen Drehscheibe.

Ebrahim Raisi in Lateinamerika

Der iranische Präsident Ebrahim Raisi wird nächste Woche auf Einladung der Präsidenten Nicolás Maduro, Daniel Ortega und Miguel Díaz-Canel nach Lateinamerika reisen, um Venezuela, Nicaragua und Kuba zu besuchen.

Neue einseitige Zwangsmaßnahmen der USA gegen Iran und China

Die Vereinigten Staaten haben einseitige Zwangsmaßnahmen (fälschlicherweise als "Sanktionen" bezeichnet) gegen eine Gruppe von Personen und Unternehmen aus dem Iran, China und Hongkong angekündigt, die mit der angeblichen Entwicklung des iranischen ballistischen Raketenprogramms in Verbindung stehen. Darüber hinaus gab Teheran bekannt, Hyperschallraketen getestet zu haben.

Afghanistan produziert kaum mehr Opium

Nach der Entscheidung des Obersten Taliban-Führers Haibatullah Akhundzada vom April 2022 wurden die Mohnfelder weitgehend ausgerottet. Ein solches Verbot war bereits im Jahr 2000 von den Taliban verhängt worden, konnte aber aufgrund der angelsächsischen Invasion nicht durchgesetzt werden.

Seit der angelsächsischen Invasion im Jahr 2001 hatte sich Afghanistan mit mehr als 80 Prozent des weltweiten Opiums und 95 Prozent des europäischen Heroins zu einem der weltweit führenden Drogenproduzenten entwickelt. Bald hatte der Drogenkonsum unter den Afghanen selbst massive Verwüstungen angerichtet. Heute sind schätzungsweise 4 Millionen Afghanen drogenabhängig.

Während die Vereinigten Staaten behaupteten, diese Ernte zu bekämpfen, war sie voll blühend während ihrer Besatzung. In Wirklichkeit flog das US-Verteidigungsministerium Opium unter der Kontrolle des US-Außenministeriums über den Kosovo nach Europa. Die Taliban setzten diesem Handel ein Ende.

Thierry Meyssan, erster Geopolitiker im globalen Internet

Das Team des Statistikers Juan C. Díaz-Herrera der mexikanischen Universität in Guadalajara (Centro Universitario De Ciencias Sociales) hat zum zweiten Mal in Folge festgestellt, dass Thierry Meyssan im Jahr 2022 der meistgelesene geopolitische Analyst im Internet war. Er misst den Einfluss auf globaler Ebene.

Gescheiterter Versuch einer Farbrevolution in Kirgisistan

Der kirgisische Geheimdienst, das Staatliche Komitee für Nationale Sicherheit (GKNB), gab bekannt, dass er 30 Personen verhaftet habe, die mit ausländischem Geld eine Farbrevolution im Land vorbereiteten.

Das Kirgisistan von Präsident Sadyr Dschaparow nähert sich China an.

Bangladesch wird russischen Dünger importieren

Bangladesch hat ein Abkommen mit Russland unterzeichnet. Es wird im laufenden Geschäftsjahr 180 000 Tonnen russischen Dünger importieren und damit gegen einseitige Zwangsmaßnahmen des Westens (fälschlicherweise als "Sanktionen" bezeichnet) kämpfen.

Xi Jinping und die chinesische Identität

Präsident Xi Jinping eröffnete verschiedene kulturelle Veranstaltungen und betonte sein persönliches Engagement für den Aufbau des Nationalarchivs und ein ehrgeiziges archäologisches Programm. Er hielt eine wichtige Rede über seine Interpretation der chinesischen Kultur im Laufe der Jahrtausende. Ihm zufolge zeichnet sie sich durch eine "kohärente, innovative, starke, integrative und friedliche Entwicklung" aus. Auf politischer Ebene ist sie republikanisch und vervielfacht die Formen der Konsultationen. Er sieht keinen Widerspruch zwischen der uralten chinesischen Kultur und dem Kommunismus chinesischer Prägung.

Frankreich ist gegen die Eröffnung eines NATO-Büros in Japan

Laut der *Financial Times* vom 5. Juni würden sich die Franzosen gegen die Eröffnung eines NATO-Büros in Tokio aussprechen. Frankreich würde es für die Europäische Union und für sich selbst als gefährlich erachten, sich auf einen Konflikt mit China einzulassen, insbesondere wenn China sich Russland annähert.

Laut der *People's Daily* sprach Emmanuel Bonne, diplomatischer Berater von Präsident Emmanuel Macron, mit Wang Li. Er versicherte ihm, dass Frankreich daran arbeite, die Europäische Union geeint zu halten und mit China zusammenzuarbeiten. Berichten zufolge einigten sich beide Seiten auch darauf, sich

gegenseitig bei der Lösung der Ukraine-Krise zu helfen. Das heißt, den Ansatz von Li Hui zu unterstützen, der von den Prinzipien ausgeht, um zu ihrer konkreten Umsetzung zu gelangen.

Chinesisch-russische Patrouille im Chinesischen und Japanischen Meer

Zwei chinesische strategische H-6-Bomber schlossen sich zwei anderen russischen strategischen Bombern vom Typ Tu-95 an, um im Chinesischen Meer und in Japan zu patrouillieren.

Obwohl sie weder den Raum Südkoreas noch Japans verletzen, betrachteten Seoul und Tokio diese Machtdemonstration als Bedrohung und versetzten ihre Luftwaffe in Alarmbereitschaft.

Japan beteiligt sich indirekt an der Bewaffnung der Ukraine

Japan hat den Verkauf von TNT an die Vereinigten Staaten genehmigt. Jeder weiß jedoch, dass es nicht für zivile Zwecke verwendet wird, sondern zur Bewaffnung von Artilleriegranaten der ukrainischen Armee.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

2. Gipfeltreffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft

Die Europäische Politische Gemeinschaft (EPC) hielt ihre zweite Tagung in der Republik Moldau an der Grenze zwischen der Ukraine und dem nicht anerkannten Staat Transnistrien (der sogenannten "Moldauischen Republik Dnjestr") ab. Alle europäischen Staaten nahmen teil, mit Ausnahme von Russland und Weißrussland, die nicht eingeladen waren, und der Türkei, deren neu gewählter Präsident nicht anreiste.

Während des Gipfels gab Frankreich seine neue Position zur Erweiterung der Europäischen Union bekannt. Paris befürwortet nun den raschen Beitritt der Ukraine und der Republik Moldau sowie einen beschleunigten Beitritt

Albaniens, Bosnien-Herzegowinas, Nordmazedoniens, Montenegros, Serbiens und sogar Georgiens und des nicht anerkannten Staates Kosovo. Es geht darum, die Europäische Union in ein antirussisches wirtschaftliches und politisches Bündnis zu verwandeln.

NATO verabschiedet Aktionspläne für den Fall eines Krieges gegen Russland

Auf seiner Sitzung hinter verschlossenen Türen am 10. Mai in Brüssel verabschiedete der NATO-Militärausschuss eine Reihe von Plänen. Zum ersten Mal seit der Auflösung der UdSSR sehen sie alles vor, was im Falle eines Konflikts mit Russland unternommen werden muss.

Sie unterliegen keiner parlamentarischen Kontrolle und werden den Regierungen erst auf dem Gipfeltreffen der Nordatlantikorganisation am 11. und 12. Juli in Vilnius formell zur Kenntnis gegeben.

Nordkorea weist die Weltseeschifffahrtsorganisation wieder in die Schranken

Die Weltseeschifffahrtsorganisation hat Nordkorea scharf verurteilt, weil es am 31. Mai einen Spionagesatelliten gestartet hat, ohne sie zu informieren, und damit die Navigation gefährdet hat. Der Satellit explodierte im Flug.

Nordkorea antwortete, dass sich die IMO in Angelegenheiten einmische, die sie nichts angingen, da die Schiffe direkt über das *Global Navigation Warning System* benachrichtigt worden seien.

IMO ist eine Organisation der Vereinten Nationen, deren Generalsekretär Kitack Lim aus Südkorea ist.

Sitzung der OPEC+ vor geschlossenen Türen

Medien durften nicht am OPEC+-Treffen in Wien teilnehmen. Die 13 Mitglieder der Organisation der Erdölproduzenten und ihre 10 Partner berieten hinter verschlossenen Türen.

Saudi-Arabien hat sich für eine weitere Kürzung der Produktion ausgesprochen, während die Vereinigten Arabischen Emirate, die stark in die Ölinfrastruktur investiert haben, dagegen sind.

Im Gegensatz zu dem, was die NATO-Medien behaupten, sind Russland Produktionsquoten gleichgültig: Es gelingt ihm, den ihm vom Westen auferlegten Verkaufspreis (60 US-Dollar pro Barrel) zu umgehen.

Schließlich werden die Förderungsregeln von jedem Mitglied kleiner ausfallen. Nur Saudi-Arabien wird seine Produktion um 1 Million Barrel pro Tag reduzieren.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltaire.net

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°45 - 16. Juni 2023

LEITARTIKEL

Mahmud Abbas in China

Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, unternimmt eine offizielle Reise nach China. Peking stellt fest, dass die Friedensbemühungen der USA mit Israel ins Leere gelaufen sind, und schlägt vor, es besser zu machen, so wie es das für Saudi-Arabien und den Iran getan hat und wie es für Indien und Pakistan versucht.

China war eines der ersten Länder, das die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) im Mai 1965 anerkannt hat und dann auch den Staat Palästina im November 1988.

In den letzten Jahren schlug China drei Wege zur Umsetzung der "Zwei-Staaten-Lösung" vor und organisierte ein Seminar für Friedensaktivisten aus Palästina und Israel. Fünf chinesische Sondergesandte haben Palästina, Israel, Ägypten, Jordanien und andere Länder in der Region besucht, um im israelisch-palästinensischen Konflikt zu vermitteln.

China unterstützt Palästina um Vollmitglied der Vereinten Nationen zu werden und die Friedensgespräche mit Israel auf der Grundlage des Prinzips "Land für Frieden", der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats und der "Zwei-Staaten-Lösung" wieder aufzunehmen.

Für China liegt erstens die grundsätzliche Lösung zunächst in der Gründung eines unabhängigen Staates Palästina, der auf der Grundlage der Grenzen von 1967 und mit Ostjerusalem als Hauptstadt die volle Souveränität genießt.

Zweitens müssen die wirtschaftlichen und Subsistenzbedürfnisse Palästinas befriedigt werden, und die internationale Gemeinschaft muss die Entwicklungs- und humanitäre Hilfe für Palästina verstärken.

Drittens muss der historische *Status quo* der heiligen Stätten in Jerusalem respektiert und übertriebene und provokative Worte und Taten vermieden werden. Es sollte eine groß angelegte internationale Friedenskonferenz einberufen werden, um die notwendigen Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Friedensgespräche zu schaffen.

Mahmud Abbas dankte China für seine langjährige Unterstützung und selbstlose Hilfe für die gerechte Sache des palästinensischen Volkes, nämlich die Wiederherstellung seiner legitimen nationalen Rechte. Er bekräftigte seine Unterstützung für das Ein-China-Prinzip und alle aktuellen chinesischen Initiativen (Global Security Initiative, Global Development Initiative und Global Civilization Initiative).

AMERIKA

Kanada beschlagnahmt eine Antonov-124

Die kanadische Regierung beschlagnahmte ein in Russland registriertes Frachtflugzeug, das auf dem Flughafen Toronto Pearson immobil stand. Diese Antonov 124 befindet sich angeblich im Besitz einer Tochtergesellschaft von Volga-Dnepr Airlines LLC und der Volga-Dnepr Group, zwei Unternehmen, gegen die Kanada einseitige Zwangsmaßnahmen ergriffen hat (fälschlicherweise als "Sanktionen" bezeichnet). Im Dezember 2022 blockierte Kanada 26 Millionen US-Dollar von Granite Capital Holdings Ltd., einem Unternehmen, von dem Kanada glaubt, dass es Roman Abramowitsch gehört, einem russisch-israelisch-portugiesischen Milliardär, der ebenfalls einseitigen Zwangsmaßnahmen unterliegt.

Ottawa beabsichtigt, die Antonov 124 unter Verletzung von Eigentumsrechten an die Ukraine abzugeben.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, kommentierte: "Das Regime von Justin Trudeau, unter der Führung der Vereinigten Staaten, setzt die Tradition seiner Vorgänger, die ja Nazi-Komplizen unter den berühmten Banderisten in Kanada Zuflucht gewährten, fort und stachelt die ukrainischen Behörden zum Krieg gegen Russland bis zum 'letzten Ukrainer' an. Dies geschieht mit Versprechungen militärischer und finanzieller Hilfe, die sich in Wirklichkeit als unseriös erweisen, und mit dem Versprechen, den Eifer mit gestohlenem russischem Eigentum zu belohnen."

Kanada und die Niederlande verfolgen Syrien wegen Folter

Die kanadische Außenministerin Mélanie Joly und ihr niederländischer Amtskollege Wopke Hoekstra erklärten: "Am 8. Juni haben Kanada und die Niederlande ein Gerichtsverfahren vor dem Internationalen Gerichtshof eingeleitet, um Syrien für Folter und grausame,

unmenschliche und erniedrigende Behandlung und Bestrafung seines eigenen Volkes zur Rechenschaft zu ziehen. Seit 2011 werden Syrerinnen und Syrer gefoltert, ermordet, sexuell missbraucht, gewaltsam entführt und groß angelegten Chemiewaffenangriffen ausgesetzt. Zwölf Jahre später begeht das syrische Regime immer noch Menschenrechtsverletzungen."

Der Internationale Gerichtshof ist das interne Gericht der Vereinten Nationen. Es ist nicht in Strafsachen zuständig, sondern ausschließlich in Streitigkeiten zwischen Staaten.

Antony Blinken reist unter chinesischen Bedingungen nach Peking

US-Außenminister Antony Blinken wird nach China reisen. Ungewöhnlicherweise rief der chinesische Außenminister Qin Gang gleich nach der Ankündigung des Besuchs seinen Amtskollegen an, um die Bedingungen für diese Reise festzulegen: sich nicht in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen. Der Außenminister sollte keine Erklärungen über die Unabhängigkeit Taiwans, die Situation in Tibet und Hongkong, unangemessene Bemerkungen über angebliche kubanische Spionageballons und andere Stützpunkte sowie Anschuldigungen gegen chinesische Unternehmen machen.

Vorsprechen von Janet Yellen

Finanzministerin Janet Yellen erschien vor dem Finanzausschuss des Repräsentantenhauses. Sie sagte, der IWF und die Weltbank spiegelten "amerikanische Werte" wider und dienten beispielsweise als Gegengewicht zu Chinas nicht nachhaltigen Krediten. Sie plädierte dafür, China kein Geld zu leihen, und betonte, dass eine Entkopplung zwischen den USA und China für alle katastrophal wäre.

Die *People's Daily* kommentierte die Anhörung wie folgt: "Seit letztem Jahr haben die USA beispiellose massive Zinserhöhungen eingeleitet, die die Schuldenprobleme einiger Länder noch gravierender machen und weitere Schockwellen durch den globalen Finanzmarkt senden. Die

Vereinigten Staaten müssen konkrete Schritte unternehmen, um Entwicklungsländer zu unterstützen und multilaterale Finanzinstitutionen in Lösungen zur Schuldenbehandlung einzubeziehen, anstatt eine geopolitische Konfrontation in multilaterale Finanzinstitutionen einzuführen."

Das Hyperschall-Wettrüsten

Die USA versichern, dass sie nicht hinter Russland im Rückstand stehen und führen ein Programm zur Herstellung von Hyperschallwaffen durch. Viele US-Denkfabriken behaupten beharrlich, dass es den Ukrainern gelungen sei, sechs russische Kinschal-Hyperschallraketen zu zerstören, was Russland bestreitet. Russland zufolge fliegen diese Raketen mit Mach 10, was ihr Abfangen unmöglich macht. Die von Kiew veröffentlichten Fotos belegen nicht, dass Kinschal abgeschossen wurden.

In der NATO-Literatur wird zwischen Hyperschall-Gleitfahrzeugen (HGV) und Hyperschall-Marschflugkörpern (HCM) unterschieden. Die Kinschal ist jedoch weder das eine noch das andere, sie ist nur eine sehr schnelle luftgestützte ballistische Rakete. Trotz aller Provokationen in der Ukraine hat die russische Armee immer noch nicht gezeigt, über welches Arsenal sie verfügt. Nach Angaben des [Congressional Research Service](#) (CRS) verfolgen die Marine, das Heer, die Luftwaffe und die DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency) separate Hyperschallraketenprogramme.

Im Sommer 2021 schoss China eine Hyperschallrakete ins All, die eine nukleare Nutzlast tragen kann. Im vergangenen Monat kündigte das Unternehmen an, dass seine Hyperschallwaffen eine Gruppe von US-Flugzeugträgern "mit Sicherheit" zerstören könnten.

In der vergangenen Woche präsentierte der Iran die erste im Land produzierte Hyperschallrakete, die "Fattah", mit einer Reichweite von mehr als 1400 km.

US-Amerikaner sind der Meinung, dass Joe Biden nicht noch einmal kandidieren sollte

Laut einer CBS-Umfrage sagen 67 Prozent der Erwachsenen in den USA, dass Präsident Biden 2024 nicht für das Präsidentenamt kandidieren sollte.

- 58% dieser Gruppe sagen, dass er wegen seiner "Leistung in seiner ersten Amtszeit" nicht kandidieren sollte.
- 21 Prozent machen sich Sorgen, ob er eine weitere Amtszeit beenden könnte.
- 12 Prozent machen sich Sorgen darüber, "was er in seiner zweiten Amtszeit tun könnte, wenn er wiedergewählt wird".
- 9 % machen sich Sorgen um "seine Gewinnchancen im Jahr 2024".

Die Existenz von Joe Bidens korruptem Plan ist nun erwiesen

Das FBI legte den Abgeordneten des Unterausschusses der Biden-Familie am 8. Juni ein Dokument vor. Es bestätigt, dass ein "vertrauenswürdiger" und "höchst glaubwürdiger" Informant sagte, dass das ukrainische Gasunternehmen Burisma zwischen 2015 und 2016 Bestechungsgelder in Höhe von 10 Millionen US-Dollar gezahlt habe, um Hilfe vom damaligen US-Vizepräsidenten Joe Biden zu kaufen, damit er den ukrainischen Generalstaatsanwalt Viktor Shokin daran hindert gegen das Unternehmen zu ermitteln. 5 Millionen wären Hunter Biden, dem Verwalter von Burisma, zugutegekommen, während 5 Millionen andere für Joe Biden selbst bestimmt gewesen wären. Die Zahlungen sollen über eine Vielzahl von Briefkastenfirmen abgewickelt worden sein.

Diese Informationen verdeutlichen und bestätigen vor allem ein Korruptionmuster, dessen Prinzip bereits seit 2017 bekannt war. Auf der Senatstribüne sagte der Republikaner Chuck Grassley (Iowa), dass der Eigentümer von Burisma Holdings, Mykola Zlochevsky, Beweise habe: 15 Aufnahmen seiner Gespräche mit Hunter Biden und 2 weitere mit Joe Biden.

Anklage gegen Donald Trump

Donald Trump und sein Kammerdiener Walt Nauta wurden angeklagt. Die meisten der 37 Anklagepunkte beziehen sich auf Verschwörung zum Besitz von Dokumenten im Zusammenhang mit der Landesverteidigung, entgegen dem *Spionagegesetz* von 1917.

Der *Espionage Act* war noch nie auf diese Weise ausgelegt worden, außer gegen Präsident Trumps ersten Nationalen Sicherheitsberater, General Michael T. Flynn.

Honduras eröffnet Botschaft in China

Honduras eröffnete in Peking eine Botschaft in Anwesenheit des chinesischen Ministers für äußere Angelegenheiten, Qin Gang. Präsidentin Iris Xiomara Castro Sarmiento wurde von ihrem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping empfangen.

Washington spricht von einem chinesischen Stützpunkt in Kuba

Nach Angaben des *Wall Street Journal* habe China eine US-Spionagebasis in Kuba eingerichtet. Die US-Behörden sagten, die Informationen in dem Artikel seien nicht "richtig", was einige der Anschuldigungen der Zeitung zu bestätigen schien. Anschließend gab ein hochrangiger Beamter an, dass es sich bei diesem Stützpunkt nicht um ein Projekt handele, sondern schon seit 2019 in Betrieb sei. Er fängt die gesamte elektronische Kommunikation im Süden der USA ab.

Diese Beschuldigung folgt auf die des "chinesischen Spionageballons". Angekündigt wurde ein Besuch von Außenminister Antony Blinken in Peking.

Die kubanische Regierung veröffentlichte Plakate des Navy-gefängnisses in Guantánamo mit der Überschrift: "Es gibt keinen chinesischen Stützpunkt in Kuba. Es gibt eine illegale Besetzung von Guantánamo durch die Vereinigten Staaten."

Der stellvertretende kubanische Außenminister Carlos Fernández de Cossío erklärte: "Kuba ist Unterzeichner der Erklärung Lateinamerikas und der Karibik als Zone des Friedens, die im Januar 2014 in Havanna unterzeichnet wurde. Im Rahmen dieser Erklärung lehnen wir jede ausländische Militärpräsenz in der Region ab, einschließlich des Militärpersonals der Vereinigten Staaten, einschließlich der Militärbasis, die einen Teil unseres Staatsgebiets in der Provinz Guantánamo illegal besetzt."

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, sagte: "Es ist bekannt, dass die USA Experten darin sind, Schatten zu werfen und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Die Vereinigten Staaten sind der globale Champion des Hackings und die Supermacht der Überwachung. Die Vereinigten Staaten haben Guantánamo Bay auf Kuba seit langem für verdeckte Aktivitäten besetzt und Kuba seit mehr als 60 Jahren einer Blockade unterworfen."

Die Vereinigten Staaten müssen auf sich selbst schauen, aufhören, sich unter dem Vorwand der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte in die inneren Angelegenheiten Kubas einzumischen, ihre Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba sofort aufheben und so handeln, dass sie die Beziehungen zu Kuba und den Frieden und die Stabilität in der Region verbessern, nicht anders."

EUROPA

Boris Johnson tritt als Abgeordneter zurück

Der ehemalige britische Premierminister Boris Johnson, der konservative Abgeordnete Nigel Adams und die ehemalige Kulturministerin Nadine Dorries sind aus dem Unterhaus zurückgetreten. Diese Ankündigung kam kurz bevor der parlamentarische Untersuchungsausschuss von Partygate Boris Johnson sanktionierte, indem er ihn für 10 Tage seines Mandats suspendierte.

Nicola Sturgeon von der Polizei vernommen

Die ehemalige Premier-Ministerin Schottlands, Nicola Sturgeon, wurde sechs Stunden lang festgehalten, weil sie über die Finanzierung ihrer Partei befragt worden war.

Treffen des Weimarer Dreiecks

Der französische Präsident Emmanuel Macron empfing Bundeskanzler Olaf Scholz und den polnischen Präsidenten Andrzej Duda zum Abendessen im sogenannten Weimarer Format.

SGDN wirft Pjotr Tolstoi vor Fake-News-Websites organisiert zu haben

Nach Angaben der Viginium-Einheit des französischen Generalsekretariats für Nationale Verteidigung (SGDN) haben zwei russische Unternehmen, Struktura und ASP, vier französischsprachige Websites eingerichtet, die darauf abzielen, falsche Informationen über den Krieg in der Ukraine zu verbreiten. Sie werden von Ilja Andrejewitsch Gambaschidze geleitet, einem Kommunikationsspezialisten, der mit Pjotr Tolstoi, dem derzeitigen Sprecher der Duma, zusammengearbeitet hat. Sie hätten zwei gefälschte Artikel in *Le Monde* und *Le Figaro* veröffentlicht.

Emmanuel Macron möchte am BRICS-Gipfel teilnehmen

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat an Südafrika geschrieben, um am BRICS-Gipfel teilzunehmen, der im August in Pretoria stattfinden wird. Die Kommission behielt sich ihre Antwort vor.

Präsident Macron hat Brasilien, Indien, China und Südafrika zum Finanzgipfel in der kommenden Woche nach Paris eingeladen. Die Franzosen erklärten sich bereit, mit Russland zu sprechen, weigerten sich aber, mit Russland Handel zu treiben.

Dem französischen Vorschlag ging Berichten zufolge ein geheimes Treffen mit der

chinesischen Delegation während des 20. Dialogs im Shangri-La Hotel voraus.

Olaf Scholz' Partei von der AfD überholt

Laut einer YouGov-Umfrage vom 9. Juni würden 20 Prozent der deutschen Wähler ihre Stimme der AfD geben, womit sie hinter der CDU (28 Prozent) und vor der SPD von Bundeskanzler Olaf Scholz (19 Prozent) an zweiter Stelle steht.

Die Europäische Union gerät in Rezession

Infolge der deutschen Rezession ist auch die Europäische Union insgesamt in eine Rezession geraten. Das BIP schrumpfte im ersten Quartal um 0,1%.

Belarus klärt Bedingungen für den Einsatz von Atomwaffen

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko gab Russlands führendem Fernsehsender ein Interview. Er sagte, er betrachte jede Invasion seines Landes durch seine Nachbarn als rote Linie. Ein Verstoß dagegen würde den Einsatz von Atomwaffen rechtfertigen.

US-Energiekonzerne profitieren vom Krieg in der Ukraine

Nach Angaben des ukrainischen Atomunternehmens Energoatom wurden im Juni 2022 Vereinbarungen mit der US-amerikanischen Westinghouse Electric Company unterzeichnet, um die Zahl der neuen AP1000-Reaktoren für die Ukraine von fünf auf neun zu erhöhen und "alle Atomkraftwerke mit Brennstoff zu versorgen". Es geht darum, dass die Ukraine vollständig auf russischen Treibstoff verzichtet. Das staatliche ukrainische Gasunternehmen Naftogaz führte im April Gespräche mit großen US-Ölkonzernen, darunter ExxonMobil, Halliburton und Chevron, mit dem Ziel, die Erdgasproduktion in diesem Jahr auf 13,5 Milliarden Kubikmeter zu steigern.

Ukrainische Verantwortung für die Sabotage von Nord Stream wird deutlicher

Laut einer gemeinsamen Untersuchung von *ARD*, *Die Zeit* und der niederländischen Sendung *Nieuwsuur* informierte der niederländische Geheimdienst (*Militaire Inlichtingen- en Veiligheidsdienst* - MIVD) die CIA im Juni 2022, drei Monate vor der Sabotage, dass die ukrainische Armee die Zerstörung der Nord-Stream-Gaspipelines vorbereite. Die Operation wurde von General Walerij Saluschnyj, Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, geplant.

Laut dem *Wall Street Journal* forderte die CIA das ukrainische Militär auf, sein Projekt aufzugeben.

Die niederländische Verteidigungsministerin Kajsa Ollongren lehnte eine Stellungnahme ab. "Ich kann die Arbeit unserer Geheimdienste nicht kommentieren."

Die Enthüllungen der *Washington Post* vom 7. Juni (Newsletter Nr. 44) stimmen mit Informationen deutscher Ermittler überein, dass ein Team von sechs Personen, die mit falschen Pässen ausgestattet waren, ein Segelboot im Hafen von Rostock gemietet hätte, um die Operation durchzuführen. Es wird angenommen, dass die polnische Firma, die das Segelboot gemietet hat, im Besitz von Ukrainern ist.

Erinnern wir uns daran, dass die Sabotage von Nord Stream ein Kriegsakt gegen seine Eigentümer ist: Russland, Deutschland, Frankreich und die Niederlande.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, kommentierte die Nachricht mit den Worten: "Verglichen mit ihrer aggressiven Reaktion auf Syrien scheint die Untätigkeit der USA bei den Explosionen der Nord-Stream-Gaspipeline ziemlich fraglich. Warum haben die USA geschwiegen? Was können sie nicht dazu sagen? Wann genau werden die USA auf die Zweifel und Sorgen der internationalen Gemeinschaft

reagieren? Die Vereinigten Staaten schulden der internationalen Gemeinschaft eine Erklärung."

Wer ist Denis Kapustin?

Denis Kapustin (bekannt als der "Weiße König"), der das russische Freiwilligenkorps befehligt, ist für Angriffe und Sabotageaktionen im russischen Belgorod (ukrainisch-russische Grenze) verantwortlich. Er ist ein Neonazi, wenn auch ethnisch jüdisch. Er hat 45000 Follower in den sozialen Medien.

Im August 2014 unterrichtete er am Sigurd Cultural Camp (Wales). Er schlug vor, die SS neu zu gründen. Er trainierte etwa dreißig Teilnehmer in Messerkämpfen. Zwei seiner Schüler, Christopher Lythgoe und Matthew Hankinson, wurden später wegen ihrer Beteiligung an der Gruppe für insgesamt 14 Jahre inhaftiert. Das Camp war eine Initiative von National Action, einer Neonazi-Gruppe, die später in Großbritannien unter dem *Terrorism Act* verboten wurde, weil sie den Mord an der Abgeordneten Jo Cox verherrlicht hatte.

Deutschland hat Kapustin 2019 die Einreise nach Europa verboten, wie aus seinen Internet-Posts und Zeugenaussagen von Kriegsberichterstellern hervorgeht. Er war derjenige, der die Schlangeninsel in Gewahrsam nahm, als sie von der russischen Marine wieder übernommen wurde. Er war auch im Kernkraftwerk Saporischschja, als es von der russischen Armee besetzt wurde. Für ihre Aktionen in Belgorod verfügte seine Gruppe über US-Raketenwerfer – bekannt als *High Mobility Artillery Rocket Systems* (HIMARS) –, die jeweils etwa 5 Millionen Dollar kosten. Seine Männer waren mit belgischen FN-SCAR-Sturmgewehren und schwedischen Pansarsbott-Raketenwerfern bewaffnet.

Chinas Methode für den Frieden in der Ukraine

Chinas Sondergesandter für die Ukraine, Li Hui, zog Bilanz über seine Kontakte. Er versuchte, nicht auf praktische Anwendungen einzugehen, sondern einen Konsens über

Chinas [12 Prinzipien](#) zu erreichen, darunter die Achtung der Souveränität aller Staaten, die Abkehr von der Mentalität des Kalten Krieges, die Einstellung der Feindseligkeiten und die Aufnahme von Friedensgesprächen.

"China hat kein egoistisches Interesse an der Ukraine-Frage; Es beteiligt sich nicht an der Bildung von Cliques, gießt kein Öl ins Feuer und nutzt die Situation nicht aus", sagte er.

Die Gespräche könnten nur geführt werden, wenn alle Akteure eine umfassende Sicht auf das Problem hätten: "Es ist notwendig, nicht nur Friedensgespräche für einen baldigen Waffenstillstand zu fördern, sondern auch die Schaffung einer ausgewogenen, effektiven und nachhaltigen europäischen Sicherheitsarchitektur zu fördern und sich zu langfristiger Stabilität zu verpflichten. Zu diesem Zweck sollte die internationale Gemeinschaft am Konzept der gemeinsamen, umfassenden, kooperativen und nachhaltigen Sicherheit festhalten und den Weltfrieden und die Stabilität besser schützen."

Cyber Anarchy Squad greift russische Banken an

Die pro-ukrainische Gruppe *Cyber Anarchy Squad* griff das Kommunikationssystem Infotel JSC an, das von russischen Banken genutzt wird. Hundert Banken wären betroffen gewesen.

Sergej Lawrow über die Sabotage des Wasserkraftwerks Kachowka

Der russische Außenminister Sergej Lawrow erinnerte in einem Interview mit *Mezhdunarodnaya Zhizn* daran, dass das Kiewer Regime wiederholt Wasserkraftwerke bombardiert hat, unter anderem mit US-amerikanischen Himars-Mehrfachraketenwerfern. Darüber hinaus hatte Russland nach den Enthüllungen der Washington Post die Aufmerksamkeit der Vereinten Nationen auf die erklärten Pläne des Kiewer Regimes zur Zerstörung des Wasserkraftwerks Kachowka gelenkt.

Voltaire-Netzwerkanalyse

"[Der Zusammenbruch von Kiew](#)", von Thierry Meyssan

Das Waffengeschick hat entschieden. Die Stunde der Wahrheit hat gesprochen. Die ukrainische Gegenoffensive ist kläglich gescheitert. Die beträchtliche Bewaffnung der NATO war nutzlos. Das Schlachtfeld ist übersät mit Leichen. Für nichts. Die Gebiete, die der Russischen Föderation durch ein Referendum beigetreten sind, bleiben russisch. Dieses "Schachmatt" markiert nicht nur das Ende der Ukraine, wie wir sie kannten, sondern auch das Ende der Vorherrschaft des Westens, der auf seine Lügen gesetzt hatte. Die multipolare Welt wird in diesem Sommer anlässlich mehrerer internationaler Gipfeltreffen entstehen können. Eine neue Denkweise, in der die Gewalt nicht mehr das Gesetz macht.

Unter Hinweis darauf, dass weder das UN-Generalsekretariat noch die Internationale Atomenergiebehörde auf die wöchentlichen russischen Notizen zu den Bombardierungen und Sabotageversuchen gegen das Kernkraftwerk Saporoschje reagieren, kam er zu dem Schluss, dass der Westen "alle Fakten und Ereignisse zu ignorieren scheint, die ihn und seine Schützlinge in Kiew beunruhigen".

Moskau zieht Konsequenzen aus Sabotage der Togliatti-Odessa-Pipeline

Moskau beabsichtigt nicht, das Istanbul-Abkommen (22. Juli 2022) über Getreide nach der Sabotage der Ammoniakpipeline Togliatti-Odessa am 7. Juni zu erneuern 2023.

La Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, sagte: "Dieser Ort war von entscheidender Bedeutung für die Gewährleistung der globalen Ernährungssicherheit. In einem Jahr wurden 2 Millionen Tonnen Rohstoffe für die Düngemittelproduktion bereitgestellt, genug, um 45 Millionen Menschen zu ernähren. So hat das Kiewer Regime nicht nur die physische

Möglichkeit ausgeschlossen, die Weltmärkte mit Ammoniak zu beliefern, das für die Herstellung von Mineräldüngern unerlässlich ist. Den gemeinsamen Anstrengungen zur Bekämpfung der drohenden Hungersnot und zur Unterstützung bedürftiger Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie den persönlichen Bemühungen von UN-Generalsekretär António Guterres ist ein Schlag versetzt worden."

Das 26. Internationale Wirtschaftsforum St. Petersburg (SPIEF)

Vom 14. bis 17. Juni findet das 26. Internationale Wirtschaftsforum (SPIEF) in St. Petersburg statt, mit dem Thema: "Souveräne Entwicklung, die Grundlage einer gerechten Welt. Lassen Sie uns gemeinsam für zukünftige Generationen arbeiten."

AFRIKA

Europäische Philanthropie gegenüber Tunesien

Die Europäische Union hat Tunesien inmitten einer Wirtschaftskrise eine Milliarde US-Dollar als Gegenleistung für die Überwachung der Migrantenströme von seinen Küsten angeboten.

ASIEN

Netanjahu-Regierung schlägt auf J Street ein

Israels Minister für Diaspora-Angelegenheiten, Amichai Chikli, nannte die US-ONG Organisation *J Street* eine "feindliche Organisation", die von George Soros finanziert wird.

- *J Street* veröffentlichte ein [Foto](#), auf dem der Minister Israels zeigt, die gegen die Justizreform protestieren.
- *J Street* unterstützt den Goldstone-Bericht des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen, der zu dem Schluss kommt, dass Israel während der Operation "Gegossenes Blei" (2008-09)

Kriegsverbrechen begangen hat. Sie ist der Hauptkonkurrent von AIPAC in der jüdischen Gemeinschaft der USA.

Archäologen schreiben die Geschichte Jerusalems neu

Eine neue archäologische Studie, die von Professor Nadav Na'aman durchgeführt und im [Tel Aviv Journal des Instituts für Archäologie der Universität Tel Aviv](#) veröffentlicht wurde, versichert, dass die Stadt Jerusalem/Al Quds wahrscheinlich nicht in der "Stadt Davids" gegründet wurde, sondern auf dem "Tempelberg/Esplanade der Moscheen". Auf dem Tempelberg/der Esplanade der Moscheen ist jedoch keine Ausgrabung möglich.

Diese neue Theorie widerspricht der *Bibel*, wenn wir sie wörtlich lesen, nicht, wenn man zugibt, dass sie 500 Jahre nach der Gründung der Stadt geschrieben wurde. Sie ist daher keine Zeitung, sondern eine intellektuelle Konstruktion.

Lobbyarbeit in den USA für israelische Spionagesoftware

Der israelische Spyware-Hersteller NSO (Pegasus) zahlte Paul Hastings LLP, Chartwell Strategy Group, Pillsbury Winthrop Shaw Pittman und Bluelight Strategies mehr als 1 Million US-Dollar, um Lobbyarbeit in Washington zu betreiben. Sie überschwemmten US-Führungskräfte mit Dokumenten, in denen behauptet wurde, dass "alle Verkäufe von Technologien der NSO Group der Genehmigung durch die israelische Regierung unterliegen und alle seine Kunden Koalitionsregierungen westlicher Länder sind" und dass NSO ein "Programm zur Einhaltung der Einhaltung der Menschenrechte" entwickelt hat.

Die Unterseite des Untergangs der Goduria

Am 28. Mai sank die *Goduria*, ein Vergnügungsboot, auf dem 23 Personen, darunter mindestens 20 Spione aus verschiedenen Ländern, im Lago Maggiore

feierten. Ein Mossad-Agent, Erez Shimoni, zwei italienische Geheimdienstagenten der Agenzia Informazioni e Sicurezza Esterna (Aise), Tiziana Barnobi und Claudio Alonzi, sowie die russische Ehefrau des italienischen Hauptmanns, Anna Bozhkova, ertranken (Newsletter 43).

Die *Corriere della Sera* enthüllte, dass *Il Verano*, das Restaurant, in dem die Mossad-Agenten Stunden vor der Tragödie das Mittagessen zum Ende der Mission mit ihren italienischen Kollegen aus Aise veranstalteten, auch den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu viele Male heimlich empfangen hatte. Wenn er dorthin fliegt, kommt er mit dem Hubschrauber an und schläft nicht.

Nach Angaben der italienischen Presse bestand der Zweck dieses mysteriösen Treffens darin, vor dem Hintergrund von Waffentransfers Kontakte zu russischen Oligarchen zu knüpfen. In der Provinz Varese sind viele Unternehmen in verschiedenen strategischen Militärspektoren ansässig.

Doch laut *La Cruna dell'Ago* sollte das Treffen eine Provokation in der Region Kosovo planen, in einem Gebiet, das Serbien 2008 von der NATO abgerungen wurde, und damit eine neue Eskalation auf dem Balkan auslösen.

Kurz vor ihrer Wahl gab die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni *Israel Hayom*, der Tageszeitung, die vom Casinobetreiber Sheldon Adelson ins Leben gerufen wurde, ein Interview, um Benjamin Netanjahu zu unterstützen. Sie drückte ihre bedingungslose Unterstützung für Israel aus.

Hisbollah bereitet sich auf Krieg gegen Israel in Palästina vor

Ausnahmsweise gab Hashem Safieddine, der Militärführer der libanesischen Hisbollah, der iranischen Nachrichtenagentur Tasnim ein Interview. Er erklärt darin, dass jeder falsch eingeschätzte "Fehler" Israels eine sofortige Reaktion hervorrufen werde. Dazu gehören nicht nur Aktionen auf palästinensischem Gebiet, sondern auch auf das Eindringen von

Elite-Spezialeinheiten von al-Radwan in das palästinensische Gebiet, Galilée.

Die Hisbollah hat letzte Woche eine Übung mit etwa tausend Drohnen in der Nähe der Nordgrenze Palästinas durchgeführt. Sie wurde nicht im Fernsehen übertragen.

Arabisch-Chinesische Unternehmenskonferenz

Die 10. Arabisch-Chinesische Wirtschaftskonferenz, die als das größte Geschäftstreffen zwischen China und arabischen Ländern gilt, begann in Riad, Saudi-Arabien.

Gleichzeitig wurden in Peking Diplomaten aus 15 arabischen Staaten zu einem Kurs über die chinesische Diplomatie, ihre Geschichte, Ziele und Methoden eingeladen.

Zwischen Abu Dhabi und Washington läuft nichts mehr gut

- Im November 2021 unterzeichnen die VAE ein Wirtschaftsabkommen mit dem Iran.
- Im Jahr 2022 schickt die jemenitische Ansar Allah (pro-iranisch) Drohnen entlang des Golfs und greift die Emirate an, ohne dass die USA eingreifen.
- Im Februar 2022 verhandeln die VAE mit China über den Kauf von Kampffjets.
- Im März 2022 begrüßen die VAE den syrischen Präsidenten, Baschar al-Assad unter Verletzung der einseitigen Zwangsmaßnahmen der USA.
- Gleichzeitig beginnen die VAE, Russland bei der Umgehung der einseitigen Zwangsmaßnahmen der USA zu helfen.
- Die VAE bauen ihr G5-Netzwerk mit Chinas Huawei weiter aus.
- Ende Mai 2023 ziehen sich die VAE aus der von den USA geführten maritimen

Koordination zurück, was die Fünfte Flotte bestreitet.

- Anfang Juni 2023 treten die Vereinigten Arabischen Emirate der iranischen Seekoalition bei.

- Der Iran hat gerade zwei Öltanker beschlagnahmt, die das Emirat Dubai (am Persischen Golf) mit dem von Fujairah (am Arabischen Meer) verbunden haben, ohne dass die Vereinigten Staaten eingegriffen haben.

Die Beziehungen zwischen Washington und Riad sind nicht das, was man denkt

Die *Washington Post* hat ein geheimes Pentagon-Dokument gesehen, das während der *Discords-Leaks* enthüllt wurde. Als Präsident Joe Biden Saudi-Arabien drohte, weil es seine Ölproduktion drosselte, anstatt Russland zu ersetzen, reagierte Kronprinz Mohammed bin Salman mit der Ankündigung, er werde den Vereinigten Staaten erhebliche wirtschaftliche Kosten auferlegen.

Die Tageszeitung gibt an, dass es sich bei diesem Dokument um eine Momentaufnahme der Beziehungen zwischen Washington und Riad handelt und dass es nicht weiterverfolgt wurde.

Irans Bedingung für ein Atomabkommen

Der Oberste Führer der Revolution, Ayatollah Ali Khamenei, sagte, ein Abkommen über das iranische Atomprogramm mit dem Westen sei immer noch möglich. Er stellte nur eine Bedingung: die iranische Infrastruktur nicht anzutasten. Er erinnerte daran, dass sein Land 1988 sein militärisches Atomprogramm eingestellt hatte.

Indisch-pakistanische Geheimverhandlungen in China

China setzt seine Bemühungen um eine Versöhnung zwischen Indien und Pakistan fort. Die Anti-Terror-Gespräche finden im Geheimen in Peking statt, wohl wissend, dass der Hauptstreit zwischen den beiden Ländern der

kaschmirische Terrorismus (unterstützt von Pakistan gegen Indien) und der belutschische Terrorismus (unterstützt von Indien gegen Pakistan) ist.

Parallel dazu finden in Peking weitere Anti-Terror-Gespräche zwischen Pakistan und dem Iran statt. China versucht, seinen chinesisch-pakistanischen Korridor zu sichern.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Pakistan importiert russisches Öl, ... ja ein wenig

Der pakistanische Premierminister Shehbaz Sharif feierte den Import von russischem Öl. Es sollte sich jedoch nicht um eine große Menge handeln. Der Handel, der gegen einseitige Zwangsmaßnahmen der USA verstößt, ist eine Möglichkeit für die Sharif-Regierung, Vorwürfe zu entkräften, sie habe Imran Khan gestürzt, um ihn daran zu hindern, sich mit Russland zu verbünden.

Pita Limjaroenrat immer noch nicht zum Premierminister von Thailand ernannt

Die Partei Move Forward von Pita Limjaroenrat war der Überraschungssieger der thailändischen Parlamentswahlen vom 14. Mai (Newsletter 41), aber die Wahlkommission beschuldigte Limjaroenrat des Wahlbetrugs. Anstatt Premierminister zu werden, drohen ihm 10 Jahre Gefängnis und 20 Jahre Nichtwählbarkeit. Ihm wird vorgeworfen, Anteile am Fernsehen seines verstorbenen Vaters, ITV, gehalten zu haben.

Nordkorea sammelt personenbezogene Daten von Südkoreanern

Nach Angaben des südkoreanischen Geheimdienstes (NEI) hat der nordkoreanische Geheimdienst die südkoreanische Online-Plattform *Naver* gefälscht. Auf diese Weise sammelte er alle Arten von persönlichen Daten von südkoreanischen Internetnutzern.

Manöver der USA, Japans und Frankreichs im Südchinesischen Meer

Die USA, Japan und Frankreich haben mit den Flugzeugträgern *USS Nimitz* und *USS Ronald Reagan*, sowie dem japanischen Hubschrauberträger *JS Izumo* Marinemanöver im Südchinesischen Meer durchgeführt. China hat sie mit einem neuen Aufklärungsflugzeug, der PLA Y-9, beobachtet.

Sicherheitsgipfel USA/Philippinen/Japan

Japan, die Vereinigten Staaten und die Philippinen werden am 16. Juni in Tokio die ersten trilateralen Gespräche ihrer Sicherheitsberater (Takeo Akiba, Jake Sullivan und Eduardo Ano) führen, um Chinas wachsende militärische Aktivitäten im indopazifischen Raum anzugehen.

1200 chinesische Unternehmen unter "Sanktionen"

Die USA haben 31 chinesische Unternehmen auf ihre Liste der "sanktionierten" Unternehmen gesetzt. Damit steigt die Zahl der chinesischen Unternehmen und Persönlichkeiten, die einseitigen Zwangsmaßnahmen ausgesetzt sind, auf 1200. Für Peking zielen diese völkerrechtswidrigen Maßnahmen ausschließlich darauf ab, ein Wirtschaftssystem zu organisieren, das nur für die Vereinigten Staaten günstig ist.

China feiert Menschenrechte

Anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der UN-Konferenz in Wien veranstaltet Peking ein

Forum on Global Human Rights Governance. Es geht darum, auf der Wiener Erklärung und dem Wiener Prozess (1993) aufzubauen, wonach die Menschenrechte unteilbar sind. Natürlich beharrte ein großer Teil der Redner auf wirtschaftlichen und sozialen Rechten und bekräftigte, dass das erste Menschenrecht das Recht auf Nahrung ist. In einem Brief, der den Teilnehmern vorgelesen wurde, schrieb der chinesische Präsident Xi Jinping: "China setzt sich dafür ein, die Menschenrechte mit Entwicklung zu fördern, die Globale Initiative für Entwicklung umzusetzen und ein gerechtes Recht auf Menschenrechte für Menschen aller Länder durch Modernisierungspfade mit ihren eigenen Merkmalen zu gewährleisten." Peking beabsichtigt, die Vereinigten Staaten als Förderer der Menschenrechte zu ersetzen, ohne sie jedoch instrumentalisieren, priorisieren und bewerten zu wollen.

Tsai Ing-wen sabotiert das 15. Strait Forum

Das 15. *Straits* Forum wurde in der Provinz Fujian im Osten Chinas eröffnet. Es ist die größte Kommunikationsveranstaltung zwischen den beiden Ufern der Meerenge, der Volksrepublik China und der Republik China. Zum ersten Mal wurde es jedoch von den Behörden der Progressiven Demokratischen Partei (DPP) behindert; von der politischen Partei der taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-wen.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Wahl der nächsten rotierenden Mitglieder des Sicherheitsrats

Die UN-Generalversammlung hat fünf neue nichtständige Mitglieder des Sicherheitsrats gewählt, die ihre Amtszeit am 1. Januar 2024 für eine Amtszeit von zwei Jahren antreten. Guyana wurde mit 191 Stimmen gewählt und wird den Sitz einnehmen, der für lateinamerikanische und karibische Staaten reserviert ist. Die drei Sitze für afrikanische und asiatisch-pazifische Staaten gingen an Algerien, Sierra Leone und

die Republik Korea, die mit 184, 188 bzw. 180 Stimmen gewählt wurden.

Der für die osteuropäischen Staaten reservierte Sitz würde an Slowenien gehen, das 153 Stimmen erhalten hatte. Achtunddreißig (38) Delegationen stimmten für Belarus, das ebenfalls kandidierte, das aber mit einer erforderlichen Zweidrittelmehrheit von 128 Stimmen nicht in den Rat eintreten wird.

Die USA kehren in die UNESCO zurück

Die Vereinigten Staaten reichten einen Brief an die UNESCO ein, in dem sie ankündigten, dass sie nach 5 Jahren Abwesenheit beitreten würden. Ihre Rückkehr muss noch von der Generalversammlung der Organisation genehmigt werden.

2023-Sitzung des Sonderausschusses zur Dekolonisierung

Der Sonderausschuss zur Dekolonisierung eröffnete seine Sitzung 2023.

- Insbesondere hörte er den Bericht Frankreichs über die Referenden, die es in Neukaledonien organisiert hatte und die zu seinem Verbleib im Land geführt hatten. Der FLNKS-Vertreter focht das Referendum vom Dezember 2021 inmitten des Covid-Ausbruchs an.
- Der Premierminister von Gibraltar befürwortete seine weitere Mitgliedschaft im Vereinigten Königreich, was Spanien bestritt.
- Der Premierminister der Britischen Jungferninseln prangerte die Dominanz des Vereinigten Königreichs an und forderte die Entsendung einer Komitee-Mission in das Territorium.
- Die Frage der Turks- und Caicosinseln, der Amerikanischen Jungferninseln, Französisch-Polynesien und Tokelau wurden ebenfalls auf dieser Sitzung erörtert.

Der Ausschuss hatte eine Entschließung angenommen, in der er die betreffenden

Verwaltungsmächte aufforderte, regelmäßig über die wirtschaftlichen, sozialen und bildungspolitischen Bedingungen sowie über die politischen und verfassungsmäßigen Entwicklungen in den Gebieten, für die sie zuständig sind, zu informieren.

Schwierige Vorbereitung der COP-28

Die Vorbereitungssitzung für die COP-28, die in Berlin stattfindet, ist ins Stocken geraten. Die Teilnehmer können sich weder auf die Tagesordnung noch auf den Vorsitzenden einigen. Der Westen drängt auf die Umsetzung des Pariser Abkommens, während der globale Süden von der Finanzierung der Energiewende hört und [Russland](#) seine wissenschaftlichen Arbeiten zur globalen Erwärmung vorstellen will.

Im Sicherheitsrat sagte der chinesische Vertreter: "Die Industrieländer hinken bei der Klimafinanzierung hinterher. Die jährliche Lücke von 100 Milliarden US-Dollar muss so schnell wie möglich geschlossen und das neue quantifizierte kollektive Ziel für die Zeit nach 2025 festgelegt werden. Im vergangenen Jahr wurde auf der COP27 in Sharm el-Sheikh der Fonds für Verluste und Schäden eingerichtet, und die Entwicklungsländer warten gespannt auf die Umsetzung des Fonds." Viele Industriestaaten haben die Energiewende ihrer Industrien subventioniert, ohne ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen, was zu einer ernsthaften Verzerrung des Handels geführt hat.

Das Atlantische Bündnis vervielfacht Großmanöver

In der vergangenen Woche fand die Arctic Challenge statt, eine NATO-Übung 23 in Finnland, Norwegen und Schweden. 150 Flugzeuge und 3000 Soldaten aus vierzehn Ländern. Es war die größte Übung, die seit Jahren von den Luftstreitkräften Nordeuropas organisiert wurde.

Diese Woche nehmen 250 Militärflugzeuge und 10.000 Personen aus fünfundzwanzig NATO-

Mitglieds- und Partnerländern, darunter Japan und Schweden, an den Übungen Air Defender 23 unter deutschem Kommando teil.

Das Atlantische Bündnis wird seine Expansion in Richtung China fortsetzen

Nach Angaben von Nikkei Asia wird die NATO ihre Zusammenarbeit mit den vier wichtigsten Partnern im indopazifischen Raum, nämlich Australien, Japan, Südkorea und Philippinen, vertiefen und mit ihnen ein maßgeschneidertes Partnerschaftsprogramm (Customized Partnership Program, PIPP) entwickeln.

Brüssel will seine Osterweiterung trotz des Widerstands Frankreichs fortsetzen.

Die NATO-Mitglieder haben vorgeschlagen, das künftige Büro in Tokio "Aktionszentrum für die reibungslose Umsetzung des personalisierten Partnerschaftsprogramms" zu nennen, in der Hoffnung, sich die Unterstützung Frankreichs zu sichern.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltaire.net

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°46 - 23. Juni 2023

LEITARTIKEL

Internationales Getreideabkommen in Frage gestellt

Das am 17. Juli 2022 unterzeichnete Abkommen über den Transit von ukrainischem Getreide zielte darauf ab, den Preisanstieg zu stoppen und die Bevölkerung der Dritten Welt weiterhin zu versorgen. In den letzten 10 Monaten wurden 31,7 Millionen Tonnen Getreide exportiert.

Nach Angaben des Gemeinsamen Koordinierungszentrums wurden jedoch 97 Prozent davon an reiche Länder und nur 3 Prozent armen Ländern geliefert.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte: "Die Welt braucht russischen Dünger und Weizen genauso wie ukrainisches Futtergetreide, das von amerikanischen Unternehmen produziert und von den Europäern mit einem Rabatt gekauft wird, indem sie sich heuchlerisch hinter humanitären Vorwänden verstecken (...) Ich bekräftige, dass eine Verlängerung des Abkommens undenkbar ist, wenn bis zum 17. Juli nicht alle Klauseln des Istanbul-Getreideabkommens umgesetzt werden, wie es UN-Generalsekretär Antonio Guterres definiert hat".

Moskau fordert die Aufhebung der westlichen Sanktionen gegen seine Exporte von Düngemitteln und Lebensmitteln, den Wiederanschluss an das Swift-System der Rosselkhozbank – einer öffentlichen Investitionsbank im Agrarsektor –, die Wiederaufnahme der Lieferungen von landwirtschaftlichen Geräten und Ersatzteilen sowie den Betrieb der Ammoniakpipeline Togliatti-Odessa (sabotiert von ukrainischen integralen Nationalisten), deren Gas ein essentieller chemischer Bestandteil von Mineraldünger ist.

Der russische Präsident Wladimir Putin kommentierte: "Diese europäischen neokolonialen Behörden, aber in Wirklichkeit amerikanische, haben zum x-ten Mal die internationale Gemeinschaft und die bedürftigen afrikanischen Länder getäuscht: 31,7 Millionen Tonnen wurden evakuiert, aber nur 3% erreichten die Länder Afrikas. Ist das nicht ein Betrug? Sie haben jahrhundertlang die ganze Welt belogen und tun es auch heute noch."

AMERIKA

Kanada betrachtet die Dominikanische Republik als seinen Hinterhof

Die kanadische Außenministerin Mélanie Joly dankte öffentlich ihrem Amtskollegen in der Dominikanischen Republik, Roberto Alvarez, für seine Unterstützung bei der Eröffnung eines Koordinierungsbüros der kanadischen Streitkräfte in Haiti.

Wütend leugnete dieser, seine Zustimmung gegeben zu haben. Er erklärte: "Die dominikanische Regierung bestätigt, dass sie die Einrichtung eines [kanadischen] Koordinierungsbüros zur Unterstützung der haitianischen Nationalpolizei auf unserem Territorium nicht diskutiert, vereinbart oder genehmigt hat."

Die Vereinigten Staaten haben Kanada beauftragt, die Situation in Haiti zu lösen, die seit der Entführung von Präsident Jean-Bertrand Aristide durch Frankreich im Jahr 2004 unruhig ist. Es entstehen dort immer mehr Banden wegen Landflucht. Das Ausmaß der Ernährungsunsicherheit ist zu einem der höchsten der Welt geworden, während das landwirtschaftliche Potenzial "immens" ist, auf einer Halbinsel, auf der normalerweise "alles wächst".

Aber das Vorhaben der Kanadier ist nicht gelungen. Sie kennen die Geschichte der Region nicht einmal und ignorieren zum Beispiel, dass die Dominikanische Republik 20 000 Haitianer im Jahr 1937 massakriert hat und sich nie dafür entschuldigt hat.

Antony Blinken in China

Außenminister Antony Blinken stattete China einen offiziellen Besuch ab. Begleitet wurde er von Kurt Campbell, einem Berater von Präsident Joe Biden und Experten für den Indopazifik.

Campbell sagte: "Wir kommen mit einer realistischen und selbstbewussten

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Herangehensweise nach Peking und dem aufrichtigen Wunsch, unsere Rivalität so verantwortungsvoll wie möglich zu managen... Wir sind mit China im Wettstreit, aber wir suchen keine Konfrontation oder einen neuen Kalten Krieg."

Die chinesische Regierung hatte ein minimales Empfangsprotokoll entfaltet, das im Gegensatz zu dem Aufwand des Empfangs stand, den sie dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron vorbehalten hatte.

Im Rahmen Antony Blinkens Gespräche traf er Wang Yi, den Leiter der Abteilung für internationale Politik der Kommunistischen Partei. Laut CCTV warnte dieser ihn, "zwischen Dialog und Konfrontation, Zusammenarbeit und Konflikt zu wählen".

Am Ende bekräftigten beide Seiten lediglich ihre früheren gemeinsamen Kommunikés. China misst den eingegangenen Verpflichtungen jedoch zeitlich die höchste Bedeutung bei, während die Vereinigten Staaten sie als Spiegelbild der Interessen des Augenblicks betrachten. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um die Ansichten über die Grundsätze in Einklang zu bringen.

Antony Blinken lud seinen Amtskollegen Qin Gang zu einem Besuch in Washington ein.

Präsident Joe Biden verstieß jedoch sofort gegen die Verpflichtungen seines Außenministers und sagte am nächsten Tag bei einer Spendenaktion für seinen Wahlkampf: "Der Grund, warum Xi

Jinping über den Ballon sehr verärgert war, der zwei Lastwagen-große Spionageausrüstung enthielt; er wusste nicht, dass er da war. Nein, ich meine es ernst. Es ist eine große Peinlichkeit für Diktatoren, wenn sie nicht wissen, was passiert ist."

Die Vereinigten Staaten geben fast die Hälfte des weltweiten Verteidigungshaushalts aus

Die Vereinigten Staaten haben den größten Verteidigungshaushalt der Welt mit 1200 Milliarden Dollar (einschließlich 886 Milliarden für das Pentagon, zu denen Nuklear-, Geheimdienst- und Veteranenangelegenheiten hinzukommen) gegenüber 1300 Milliarden für den Rest der Welt. Ihr Budget ist 5-mal größer als das von China und 15-mal größer als das von Russland.

Wenn sie auch die führende Macht in Bezug auf die Ausgaben sind, haben sie schlechte Ergebnisse, wie man in Korea, Vietnam, Irak, Syrien und Afghanistan gesehen hat.

Oberster Gerichtshof entscheidet zugunsten der Indianerstämme

Indianerstämme gewannen drei Prozesse vor dem Obersten Gerichtshof mit 7 Richterstimmen gegen 2. Sie erklärten, dass nach dem *Indian Child Welfare Act von 1978* indianische Kinder nicht außerhalb ihres Stammes untergebracht werden dürften. Die beiden abweichenden Richter vertraten dagegen die Auffassung, dass das Bundesrecht nicht über den durch einen Richter bestimmten Interessen des Kindes stehen könne und dass die örtlichen Gerichte sie außerhalb ihres Stammes platzieren könnten.

US-Vizepräsidentin Kamala Harris sagte, das Bundesgesetz von 1978 und der Oberste Gerichtshof befassten sich mit der "systemischen Ungerechtigkeit", der Indianer.

In einer gemeinsamen Erklärung sagten Chuck Hoskin Jr., Häuptling der Cherokee Nation, Charles Martin, Vorsitzender der Morongo

Band der Mission Indianer, Tehassi Hill, Präsident der Oneida Nation, und Guy Capoeman, Präsident der Quinault Nation: "Wir hoffen, dass diese Entscheidung den politischen Angriffen ein Ende setzen wird, die darauf abzielen, die Souveränität der Stämme zu schwächen und Instabilität in der indischen Gesetzgebung zu schaffen, die schon zu lange andauern."

Eine demokratische Mandatsträgerin ruft dazu auf, Donald Trump zu erschießen

Stacey Plaskett, demokratische Delegierte der US-Amerikanischen Jungferninseln, sagte: "Die Tatsache, dass Trump nicht nur die Schlüssel hatte, sondern jetzt auch die für Amerikaner geheimen Informationen hat und in der Lage ist, sie zu veröffentlichen und sie mit jedem der vorbeikommt zu teilen, sollte für alle Amerikaner erschreckend sein. Er sollte erschossen werden, na, festgenommen."

Donald Trump hat kein Recht, sich öffentlich zu verteidigen

Bundesrichter Bruce E. Reinhart hat eine Anordnung erlassen, die es Donald Trump und seinem Mitangeklagten, seinem Butler Waltine Nauta, verbietet, Beweise im Zusammenhang mit ihrem Fall, egal mit welchen Mitteln, zu verbreiten.

Hunter Biden einigt sich mit der Staatsanwaltschaft

Hunter Biden, Sohn von Präsident Joe Biden, hat sich in zwei Affären, Steuerhinterziehung und illegalem Waffenbesitz, für schuldig bekannt. Eine Ausnahmeregelung ermöglicht der Staatsanwaltschaft, das Verfahren zu beenden, ohne dass der Angeklagte seine Einkommenshöhe rechtfertigen muss.

Abgeordnete, die Korruption in der Biden-Familie untersuchen, hatten gehofft, Zeuge der Veröffentlichung ihrer Bankkonten zu werden, die die Großbanken und das FBI ihnen nicht aushändigen wollten.

US-Repräsentantenhaus verabschiedet Resolution zur Verurteilung von Adam B. Schiff

Das Repräsentantenhaus verabschiedete eine Resolution, in der eines seiner Mitglieder, Adam B. Schiff, verurteilt wurde, weil er seine Eigenschaft als Mitglied des Geheimdienstausschusses genutzt hatte, um Donald Trump zu diffamieren.

Adam B. Schiff hatte "falsche Anschuldigungen erhoben, dass die Trump-Kampagne mit Russland konspirierte". Es wurde jetzt festgestellt, dass diese Anschuldigungen falsch und ohne wirkliche Grundlage waren.

YouTube zensiert Robert Kennedy Jr.

YouTube hat ein Video des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Robert Kennedy Jr. zensiert. Er ist der Anwalt von Patienten, die unter Nebenwirkungen bestimmter Impfstoffe leiden. Er verwies in einem Interview auf dem Sender Jordan Peterson auf chronische Nebenwirkungen, die von den US-Gesundheitsbehörden nicht anerkannt werden.

EUROPA

Internationale Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine

Am 21. und 22. Juni fand in London in Anwesenheit des ukrainischen Premierministers Denys Schmyhal die Internationale Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine statt.

Entgegen dem, was man denken könnte, folgt diese Konferenz nicht der russischen Spezialoperation von 2022, sondern dem Maidan-Putsch von 2014. Die erste Ausgabe dieser Konferenz fand im Juli 2017 in London unter dem gemeinsamen Vorsitz des ukrainischen Premierministers Wolodymyr Groysman und des britischen Außenministers Boris Johnson statt. Damals hieß sie „Konferenz für die Reform der Ukraine“.

Sie fand nacheinander in Kopenhagen (2018) und Vilnius (2019 und 2021) statt und änderte ihren Namen erst 2022 während der Lugano-Session.

Boris Johnson geht zu *Daily Mail*

Der ehemalige Premierminister Boris Johnson wurde nun Kolumnist für die *Daily Mail*. Er kehrte zu seinem Beruf als Journalist zurück, den er bei der Times, dann als Brüssel-Korrespondent für The *Daily Telegraph* und The *Spectator* ausgeübt hatte.

Er soll jeden Samstag eine Kolumne schreiben und dafür 1 Million Pfund pro Jahr erhalten.

Französische SGDN-Vorwürfe gegen Russland sind Teil der NATO-Verleumdungskampagne

Die russische Botschaft in Frankreich wies die vom Außenminister übermittelten Vorwürfe des Generalsekretariats für Nationale Verteidigung zurück, Russland habe unter der Aufsicht von Pjotr Tolstoi gefälschte französische Nachrichtenseiten eingerichtet (Newsletter 45).

„Es genügt zu sagen, dass die Grundlage dieser Behauptungen der Bericht der Nationalen Agentur zur Bekämpfung ausländischer digitaler Einflüsse (Viginum) ist, die behauptet, an einer Desinformationskampagne unserer diplomatischen Vertretungen und Kulturzentren im Ausland, einschließlich der russischen Botschaft in Paris, teilgenommen zu haben“, teilte die Botschaft in ihrem Telegram-Netzwerk mit.

Der Richter, der das „Qatargate“ untersucht, hat seine Zuständigkeit aufgegeben

Der belgische Richter Michel Claise, der die zahlreichen Korruptionsfälle im Europäischen Parlament untersucht, hat seine Zuständigkeit für diese Fälle aufgegeben. Ein Anwalt der Angeklagten, Maxim Töller, enthüllte, dass der Sohn des Richters mit dem Sohn der Europaabgeordneten Marie Arena, deren Büro

durchsucht worden war, eine Firma gegründet hatte.

Deutsche Nationale Sicherheitsstrategie

Die Regierung von Olaf Scholz hat die *Nationale Sicherheitsstrategie* veröffentlicht.

Dieser Text greift die Rhetorik der NATO auf. Er wirft Russland vor, einen Krieg begonnen zu haben, und China, ein strategischer Rivale zu sein.

Li Qiang in Deutschland

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte beim Empfang des chinesischen Ministerpräsidenten Li Qiang, Deutschland lehne eine Entkopplung und jede Form der Blockkonfrontation ab und sei bereit, die Kommunikation mit China zu stärken, um den Weltfrieden und die Entwicklung mit China zu fördern.

Bundeskanzler Olaf Scholz sagte, die deutsche Seite sei bereit, zwischen den beiden Ländern einen engen Austausch mit China in allen Fragen zu pflegen und globale Herausforderungen wie Klimawandel, Ernährungssicherheit und Schuldenprobleme gemeinsam anzugehen. Deutschland habe nicht die Absicht, sich von China abzukoppeln, und ist bereit, die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit mit China zu stärken, um Entwicklung und Wohlstand in der Welt zu fördern.

Li sagte, er hoffe, dass die deutsche Seite weiterhin offenbleibe, eine unabhängige Politik vertrete und auf der Grundlage des Völkerrechts und in Übereinstimmung mit Verträgen handle.

Schweden liefert PKK-Sympathisanten aus

Schweden hat einen türkischen Staatsbürger ausgeliefert, der in seinem Land wegen des Transports von 1,8 kg Cannabis zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Er hatte nur 6

Monate abgesessen, bevor er entlassen wurde. Aufgrund seiner Verbindungen zur PKK beantragte der türkische Generalstaatsanwalt jedoch seine Auslieferung, um den Rest seiner Strafe zu verbüßen.

Schweden hat am 4. Juni eine Demonstration zur Unterstützung der PKK genehmigt.

Die Türkei kritisiert Schweden immer noch für seine Unterstützung der PKK und blockiert weiterhin seine Mitgliedschaft in der NATO.

Geheime Konferenz in Norwegen

Norwegen hielt ein Treffen hinter verschlossenen Türen in einer isolierten Residenz mit internationalen Persönlichkeiten ab, die sich für die Befreiung von Geiseln oder die Lösung von Konflikten eingesetzt hatten. Dazu gehörten Robert Malley (ehemaliger Unterhändler des Atomabkommens mit dem Iran und George Soros nahestehend), Colonel Douglas MacGregor (ehemaliger Berater der Trump-Regierung) und Abbas Ibrahim (ehemaliger Direktor der libanesischen Allgemeinen Sicherheit).

Die Europäische Union wird zum Munitionshersteller für die Ukraine

Thierry Breton, EU-Kommissar für Industrie, bestätigte gegenüber *Le Parisien*, dass die Europäische Union in den nächsten 12 Monaten 1 Million hochwertige Munition an die Ukraine liefern werde. Jedes Detail über diese Munition ist jedoch durch "Verteidigungsgeheimnisse" abgedeckt.

Das Europäische Parlament hat 500 Millionen Euro für die Modernisierung der Rüstungsindustrie beschlossen. Die angekündigten Ziele setzen den Bau vieler Fabriken voraus.

Europäisches Parlament wünscht Regulierung von Spyware

Aufbauend auf einer einjährigen Untersuchung des Einsatzes von *Pegasus* und ähnlicher Spyware

sagen die europäischen Abgeordneten, dass der illegale Einsatz von Spyware die Demokratie gefährdet hat. Sie fordern glaubwürdige Untersuchungen, Gesetzesänderungen und eine bessere Durchsetzung bestehender Vorschriften zur Bekämpfung von Missbrauch. Sie nahmen eine EntschlieÙung mit 411 Stimmen bei 97 Gegenstimmen und 37 Enthaltungen an.

Albanien durchsucht die Volksmudschaheddin

Die albanische Polizei durchsuchte das Lager der Volksmudschaheddin Aschraf-3 in der Nähe von Manze (westlich von Tirana), um zu überprüfen, ob sie an terroristischen Aktivitäten beteiligt waren oder nicht. Mitglieder der Sekte leisteten Widerstand und eine Person wurde Berichten zufolge getötet. 150 Computer wurden beschlagnahmt.

Die Volksmudschaheddin sind seit 2013 unter dem Schutz Washingtons in Albanien stationiert. Aber gerade laufen geheime Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran. Die Volksmudschaheddin haben im Iran viele Verbrechen und Morde begangen. Ein Bericht des Pentagon hat gezeigt, dass sie, trotz ihrer Behauptungen, für die US-Armeen nie eine große Hilfe waren. Teheran hat ihre Verhaftung bisher vergeblich gefordert.

Die Ukraine wird zum Hauptzentrum des Organhandels

Der Handel mit menschlichen Organen wurde durch das Gesetz vom 5. Januar 2022 in der Ukraine legalisiert. Das Land wurde schnell zum führenden Exporteur menschlicher Organe. Es ist nun möglich, Kindern und Verstorbenen, die zu Lebzeiten nicht zugestimmt haben, Organe zu entnehmen. Organentnahme und -transplantation wurden im April von der Mehrwertsteuer befreit (Gesetz 5610).

Das gleiche Phänomen ereignete sich im Kosovo während des NATO-Krieges gegen Jugoslawien.

Der menschliche Tribut der Operationen nach Angaben des ukrainischen Verteidigungsministeriums

Die stellvertretende Verteidigungsministerin Ganna Maliar sagte auf dem nationalen Telethon: "In den letzten anderthalb Wochen haben wir eine Intensivierung der russischen Propagandabemühungen auf zwei Achsen gesehen. Sie versuchen, Informationen über offenbar große Verluste auf ukrainischer Seite in Umlauf zu bringen und die westliche Hilfe zu diskreditieren. Tatsächlich haben die Russen nach militärischen Berechnungen in einigen Gebieten der Frontlinie sechs- bis neunmal größere Verluste erlitten als die Ukraine. Deshalb sind Fake News leicht zu widerlegen."

Das Gebiet Iwano-Frankiwsk (im Westen des Landes) verfügte über die Generalmobilmachung. Sie gilt für alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren, die zehn Tage Zeit haben, um ihren Einberufungsort zu erreichen. Die Behörden behalten sich das Recht vor, alle Fahrzeuge zu beschlagnahmen.

Das ukrainische Kommando behauptet, Kinschal-Raketen im Flug zerstört zu haben

Laut einem Zwischenbericht des Luftwaffenkommandos hätten die Luftverteidigungskräfte insgesamt "sechs luftgestützte ballistische *Kinschal*-Raketen, sechs *Kalibre*-Marschflugkörper und zwei Aufklärungsdrohnen" abgeschossen.

Gregory J. Hayes, der CEO von Raytheon, versicherte, dass es den Ukrainern gelungen sei, "die Software des Patriot-Systems so zu verändern, dass es den Richtungsänderungen der Hyperschallraketen" folgen und sie zerstören könne.

Selbst mit Patriot-Raketen ist es unmöglich, *Kinschal*-Hyperschallraketen im Flug zu zerstören. Diese fliegen mit Mach 10 gegenüber Mach 4,1 für die effizientesten konventionellen Raketen. Sie können ihre Flugbahn ändern.

Das Bündnis von "revisionistischen Zionisten" und "integralen Nationalisten" wird bestätigt

Natan Scharansky, der ehemalige sowjetische Dissident, der von Ronald Reagan ausgezeichnet wurde, bevor er Minister von Ariel Sharon und Benjamin Netanjahu wurde, organisierte eine Videokonferenz zwischen vielen jüdischen Persönlichkeiten und Andrij Jermak, dem Stabschef des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj.

Natan Scharansky wurde in Donezk (UdSSR) geboren. Er ist ein Schüler von Lev Schabotinsky, der in Cherson geboren wurde. 1921 schloss Schabotinsky ein Bündnis mit dem "integralen Nationalisten" Simon Petljura gegen die Bolschewiken. Als die Affäre bekannt wurde, entzog ihm die Zionistische Weltorganisation sein Mandat als Administrator und schloss ihn aus ihren Reihen aus, weil Petljura ein heftiger Antisemit war und riesige Juden-Massaker organisiert hatte. Als Schabotinsky 1940 in New York starb, widersetzte sich David Ben-Gurion dem Sekretär von Schabotinsky, Bension Netanjahu (Benjamin Netanjahus Vater), und weigerte sich, ihn in Israel begraben zu lassen.

Andriy Yermak ist Kind eines jüdischen Vaters, steht aber der Scientology Kirche nahe. Er diente mit Rudy Giuliani als Vermittler während Donald Trumps Versuchen, die Burisma-Korruption von Joe Biden zu untersuchen. Er erinnerte daran, dass die Werchowna Rada mit Unterstützung von Präsident Selenskyj ein Gesetz zur Bekämpfung des Antisemitismus verabschiedet hatte.

Die Teilnehmer dieses Treffens einigten sich darauf, *Holodomor* weiterhin mit dem Holocaust gleichzusetzen und gegen die iranischen Drohnenlieferungen an Russland vorzugehen.

Die ukrainischen „integralen Nationalisten“ behaupten trotz jeder Offensichtlichkeit, dass die Hungersnot der 30er Jahre im Süden der Sowjetunion von Stalin gewollt war, um die Ukrainer zu töten, während die „integralen Nationalisten“ die Rolle von Dmytro Donzow,

Analysen des Voltaire-Netzwerks

- "[Die Ukraine: Die falsche Gegenoffensive und die Verweigerung guter Dienste](#)" von Thierry Meyssan

Es ist ein Narrenspiel. In der Mitteilung Kiews heißt es, seine Armee habe seit zwei Wochen eine Gegenoffensive gestartet. Aber das entspricht nicht dem, was auf dem Schlachtfeld zu sehen ist. Kiew behauptet auch die beiden Missionen der gut gemeinten Vermittlungen Chinas und der Afrikanischen Union mit Hoffnung entgegen zu nehmen. Aber Wolodymyr Selenskyj hat die Verhandlungen, die er mit Moskau führte unterbrochen, und ein Gesetz erlassen, das deren Wiederaufnahme verbietet.

- "[Die NATO greift die Europäische Union an](#)", von Manlio Dinucci

Laut dem *Wall Street Journal* wurde die Rezession, die gerade in der Europäischen Union begonnen hat, durch die Sabotage der Nord-Stream-Gaspipelines verursacht. Da dies dem Atlantischen Bündnis zuzuschreiben ist, muss daraus geschlossen werden, dass die NATO der Europäischen Union den Krieg erklärt hat, wie es der Straussianer Paul Wolfowitz befürwortete, und zwar bereits im Jahr 1991.

dem Theoretiker des „integralen Nationalismus“ und Verwalter des Reinhard- Heydrich-Instituts verschleiern; er war der wichtige Umsetzer der „Endlösung“ der Juden und Zigeunerfrage.

Zu den Teilnehmern des Treffens gehörten:

- Der Rabbiner David Niederman, Präsident der United Jewish Organizations of Williamsburg und Rabbiner von North Brooklyn;
- Der Oligarch Boris Loschkin, Präsident der Jüdischen Konföderation der Ukraine;
- Prof. Dr. Hannah Lessing, Generalsekretärin des Allgemeinen Fonds zur Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus;
- Der lubawitscher Rabbiner Raphael Rutman, geschäftsführender Vorsitzender der Föderation der jüdischen Gemeinden der Ukraine.

Tod von General Sergej Gorjatschew

Den ukrainischen integralen Nationalisten gelang es, General Sergej Gorjatschew, den Befehlshaber der russischen 35. Armee, während eines Raketenangriffs in der Region Donezk auf sein Hauptquartier zu ermorden. Er ist der fünfte russische Generalmajor, der seit Beginn der militärischen Spezialoperation im Dienst gefallen ist.

St. Petersburger Wirtschaftsforum

Das St. Petersburger Wirtschaftsforum (SPIEF) hat es in diesem Jahr nicht geschafft, die Stars zusammenzubringen, die zu früheren Ausgaben her geströmt waren. Nicht nur westliche Unternehmer waren abwesend, sondern auch Chinesen und Inder. Die meisten Teilnehmer kamen aus den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, afrikanischen Ländern, Kuba und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Während der Rede von Präsident Wladimir Putin wurden die Internetverbindungen unterbrochen, damit die Sicherheitskräfte jede Drohne kontrollieren konnten, die erschien. Er sagte bei der Eröffnung: "Das von Natur aus hässliche neokoloniale internationale System hat aufgehört zu existieren, und die multipolare Welt wird im Gegenteil stärker."

Austausch von Freundlichkeiten zwischen Gegnern

Der russische Präsident Wladimir Putin sagte auf dem St. Petersburger Wirtschaftsforum (SPIEF) über seinen ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj: "Ich habe viele jüdische Freunde. Sie sagen, er sei kein Jude, er sei eine Schande für das jüdische Volk."

In der Presse antwortete der in der Ukraine geborene israelische Minister Natan Scharansky: "Selenskyj vereint das ukrainische Volk gegen barbarische Aggression, und wir Juden können stolz darauf sein, dass ein Vertreter unseres Volkes eine historische und wichtige Rolle dabei spielt, die ganze Welt zu vereinen, um unsere

Zukunft zu schützen." Scharansky hatte letzten Monat in einem [Gastbeitrag](#) der *Washington Post* gesagt, Putin sei schlimmer als die Sowjets.

In einem Interview auf der BBC antwortete Wolodymyr Selenskyj: "Es ist, als ob er nicht ganz versteht, was er sagt. Entschuldigen Sie, aber es ist, als wäre er der zweite König des Antisemitismus nach Hitler."

Selbstmord eines russischen Oppositionellen während seiner Haft

Der 40-jährige Anatoli Berezikow wurde im vergangenen Monat unter dem Verdacht festgenommen, in der Stadt Rostow am Don, etwa 60 Kilometer südlich der Ostukraine, in der Region Donezk, pro-ukrainische Flugblätter plakatiert zu haben. Nach Angaben der Polizei beging er in der Haft Selbstmord.

AFRIKA

Algerien wendet sich von Frankreich ab und Russland zu

Auf Dekret des algerischen Präsidenten Abdelmaschid Tebbun wurde die 3. Strophe der Nationalhymne wiederhergestellt. Es ist ein Lied, das während des Unabhängigkeitskrieges geschrieben wurde und den Feind bezeichnet: den französischen Besatzer. Hier ist der Text:

"O Frankreich! Die Zeit der Palaver ist vorbei;
Wir haben sie beendet, wie man ein Buch schließt
O Frankreich! hier kommt der Tag, an dem du
Rechenschaft ablegen musst
Mach dich bereit! Hier ist unsere Antwort,
Das Urteil, unsere Revolution wird es fällen
Weil wir beschlossen haben, dass Algerien leben wird
Seien Sie Zeuge! Seien Sie Zeuge! Seien Sie Zeuge! ».

Diese Strophe wurde seit der Unabhängigkeit in offiziellen Gegebenheiten nicht mehr gesungen, außer anlässlich der Einweihung des Präsidenten der Republik.

Diese Initiative kommt zu einem Zeitpunkt, an dem Frankreich die Neuverhandlung der Privilegien für algerische Einwanderer gefordert hat und der Besuch von Präsident Tebbun in Paris zugunsten einer Reise nach Moskau abgesagt wurde. Er hat dort mehrere Abkommen unterzeichnet und die Kandidatur Algeriens dem BRICS vorgelegt.

Russland ist derzeit der zweite Handelspartner Algeriens nach China und vor Frankreich.

Mali fordert Abzug der "UN-Blauhelme"

Der malische Außenminister [Abdoulaye Diop](#) forderte am 16. Juni vor dem Sicherheitsrat der UNO den "sofortigen Rückzug" der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA).

Der Vertreter Frankreichs prangerte die Präsenz der russischen Privatarmee Wagner und die mangelnde Kooperation der malischen Regierung an. Der Vertreter des Generalsekretärs und Leiter der MINUSMA, der Senegalese El-Ghassim Wane, plädierte für die Fortsetzung der Mission. Im vergangenen Monat schrieb er einen Bericht (N° 41), in dem er versicherte, dass die malische Armee und Wagner mehr als 500 Malier in Moura massakriert hätten.

Der russische Vertreter prangerte die negative Reaktion auf die Stärkung der russisch-malischen Zusammenarbeit an und demonstrierte damit einen neokolonialen Ansatz nach einer Lesart der "Doppelmoral". Abdoulaye Diop prangerte den Wunsch einiger Staaten an, die Vereinten Nationen zu instrumentalisieren, um "Mali für seine souveränen Entscheidungen zu schaden und zu bestrafen".

Dschihadistischer Anschlag in Uganda

Die Allied Democratic Forces (ADF), eine islamistische Miliz, die Daesch seit 2019 die Treue geschworen hat, griffen eine High School in Kasese, Uganda, an, bevor sie sich in einen

Naturpark in der Demokratischen Republik Kongo zurückzogen. Sie plünderten Lebensmittelvorräte und ermordeten 41 Menschen, vor allem Schüler.

Im Juni 1998 verbrannten die ADV 80 Studenten bei lebendigem Leib in ihren Wohnheimen und entführte hundert weitere.

Somalia fordert Aufhebung der Sanktionen

Am 15. Juni nahm der UN-Sicherheitsrat den Bericht des Sanktionsausschusses zur Kenntnis, der gemäß der Resolution 751 (1992) betreffend die *Shababs* eingesetzt wurde. Er nahm auch den Bericht eines Expertengremiums über den Konflikt in Laascaanood im Norden des Landes entgegen, wo es zu Zusammenstößen zwischen der SCS-Miliz (benannt nach den Regionen Sool, Sanaag und Cayn) und somalischen Streitkräften kam.

Der Vertreter Somalias forderte die Aufhebung der Sanktionen (zum Waffenimport und Holzkohle Export), die seine Regierung betreffen. "Wir müssen diejenigen ins Visier nehmen, die den Frieden und die Sicherheit Somalias bedrohen, und gleichzeitig die Bundesregierung mit starken Sicherheitsmaßnahmen unterstützen", sagte er.

ASIEN

Israel rüstet arabische Länder auf

Im Jahr 2022 beliefen sich die [israelischen Waffenexporte](#) auf 12,556 Milliarden US-Dollar, von denen 24 % in arabische Staaten, 30 % in den asiatisch-pazifischen Raum, 29 % nach Europa und 11 % nach Amerika gingen.

Die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Marokko und der Sudan unterzeichneten das Abraham-Abkommen mit Israel.

Israel entwickelt Abfangsystem für Hyperschallraketen

Das israelische Unternehmen *Rafael Advanced Defence Systems Ltd* erklärte, es entwickle ein Sky-Sonic-System, das fähig sei, iranische Fattah-Hyperschallraketen abzufangen. Es muss sowohl ihre Flugbahnänderungen überwachen als auch auf ihre Geschwindigkeit reagieren.

Um ehrlich zu sein, weiß niemand genau, was die Fattah-Fähigkeiten sind, und das Sky Sonic-System wurde noch nie in Kampfsituationen eingesetzt.

Geheime Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran

Israel versucht mit allen Mitteln herauszufinden, was Washington im Geheimen mit dem Iran verhandelt.

Europa befürchtet, dass die militärische Konfrontation Israels mit dem Iran Washington dazu zwingen wird, seine Hilfe für die Ukraine zu kürzen.

Wer profitiert von den Einnahmen von Gaza Marine 1?

Die zukünftigen Einnahmen aus dem Gasfeld Gaza Marine 1 werden auf drei Teile aufgeteilt: Der palästinensische Investitionsfonds erhält 20 % (die Palästinensische Autonomiebehörde ist ein Partner), die ägyptische Gasgesellschaft, die die Explorationsarbeiten durchführen wird, erhält 40 %, während die restlichen 40 % an die zypriotische transnationale *Consolidated Contractors Company* CCC gehen, die von dem palästinensischen Milliardär Said Khury geleitet wird.

Diese Vereinbarung wäre bereits vor einigen Monaten getroffen worden. Sie hätte vom israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu angekündigt werden sollen.

USA verweigern immer noch den Wiederaufbau Syriens

Der Sprecher des Internationalen Roten Kreuzes, Suhair Zaqout, erklärte: "Fast 90% der Syrer leben heute unterhalb der Armutsgrenze (...) Mehr als 15 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, ein Trend, der in den letzten Jahren konstant geblieben ist."

Das Welternährungsprogramm berichtet: "Eine beispiellose Finanzierungskrise in Syrien zwingt das Welternährungsprogramm (WFP), seine Grundnahrungsmittelhilfe auf 2,5 Millionen Menschen zu reduzieren, verglichen mit 5,5 Millionen, die bisher gerettet wurden."

Auf der 7. Brüsseler Konferenz zum Thema "Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region" wurden 4,6 Mrd. EUR für 2023 und 1 Mrd. EUR für 2024 zugesagt. Sie werden an syrische Flüchtlinge im Ausland und Dschihadisten in Idlib verteilt werden, nicht aber an die syrische Bevölkerung, die Damaskus treu ist.

Seit 2017 weigern sich die Vereinten Nationen, irgendetwas zum Wiederaufbau Syriens zu unternehmen, gemäß einer [Note](#), die von dem US-Amerikaner Jeffrey Feltman, der damaligen Nummer 2 der Organisation, unterzeichnet wurde.

Die Vereinigten Staaten haben im Jahr 2023 mehr als [1,1 Milliarden US-Dollar](#) an Exil-Syrer und Dschihadisten vergeben.

Am 30. Mai sagte der regionale Sprecher des US-Außenministeriums, Samuel Warburg: "Unsere Position wird sich nicht ändern, bis wir konkrete Schritte in Richtung einer politischen Lösung in Übereinstimmung mit der Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrats sehen. Infolgedessen werden die Sanktionen gegen das Assad-Regime fortgesetzt, solange es keine wirklichen Fortschritte gibt." ☞ Diese Situation ist verwunderlich: Im Jahr 2016 gewann Syrien den Krieg, den die von der NATO unterstützten Dschihadisten geliefert haben. Aber 7 Jahre später ist die Lage immer noch die gleiche. Von

nun an reicht es also nicht mehr, einen Krieg zu gewinnen. Die Syrer werden nur überleben, wenn das unipolare System der westlichen Herrschaft selbst besiegt ist.

Die EU verweigert immer noch den Wiederaufbau Syriens

Der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, erklärte: "Die Delegation der syrischen Opposition betonte während ihres Besuchs die Notwendigkeit, eine Normalisierung mit dem Regime abzulehnen, nachdem sich die Mitglieder des Verhandlungskomitees Anfang Juni in Genf getroffen und einstimmig ihre Weigerung verkündet hatten, das syrische Regime zu normalisieren." Er bestätigte, dass die Wiederaufnahme der Beziehungen zum Regime derzeit nicht auf der Tagesordnung stehe.

Pentagon entsendet F-22A Raptor nach Syrien

Die Position der US-Besatzungstruppen in Syrien würde sowohl durch vom Iran ausgebildete Milizen, die Syrisch-Arabische Armee, als auch durch russische Kampfflugzeuge bedroht. So kündigte das Pentagon den Einsatz von *F-22A Raptor*-Flugzeugen an. Sie sollten auf dem US-Stützpunkt in Muwaffaq Salti (Jordanien) eintreffen, bevor sie im besetzten Syrien stationiert werden.

Das US-Kommando für den Nahen und Mittleren Osten (CentCom) ist der Ansicht, dass die Konfliktlösungsabkommen zwischen Russland und den USA aus der Vorkriegszeit in der Ukraine immer noch gelten. Syrien und Russland behaupten dagegen, dass die Vereinigten Staaten eine Besatzungsmacht sind und das Territorium verlassen müssen.

Westliche Kommunikatoren behaupten, dass die US-Präsenz darauf abziele, Daesch zu bekämpfen, während die lokalen Medien über die Unterstützung berichten, die sie den Dschihadisten zukommen lassen.

Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Katar und den Emiraten

Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate haben ihre jeweiligen Botschaften wiedereröffnet. Dabei handelt es sich um eine verspätete Anwendung des Al-Ula-Abkommens, das bei der Eröffnung des 41. Gipfeltreffens des Golf-Kooperationsrats (GCC) zwischen Katar, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Oman und Kuwait im Januar 2021 auf Druck von Jared Kushner, dem Berater von US-Präsident Donald Trump, unterzeichnet wurde.

Flugwiederherstellung zwischen Jemen/Saudi-Arabien

Zum ersten Mal seit 2016 verband ein kommerzieller Flug den Jemen mit Saudi-Arabien. Er transportierte 277 Pilger, die ihren Hadsch verrichteten, nach Mekka.

Iranische Banken vernetzen sich im Ausland

Indische, pakistanische, burmesische, maledivische, nepalesische, sri-lankische und bhutanesischen Banken werden über SEPAM, das Äquivalent zu westlichem SWIFT, mit iranischen Banken verbunden werden, teilte die *Asian Clearing Union* mit.

Saudisch-iranisches Protokollproblem

Die Pressekonferenz des saudischen Außenministers Prinz Fayal Bin Farhan und seines iranischen Amtskollegen Hossein Amir Abdollahyan fand nicht im Pressekonferenzraum des Ministeriums in Teheran statt. Sie wurde im letzten Moment in einen anderen verschoben, als die Saudis feststellten, dass der Raum General Qassem Soleimani gewidmet war, dem Symbol des iranischen Widerstands gegen den US-Imperialismus, der damals von Saudi-Arabien unterstützt wurde.

Abkommen zwischen Peking und der Kuomintang

Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas und Präsident der Volksrepublik China, Xi Jinping, schickte einen Brief an das "Straits Forum" der chinesischen und taiwanesischen Führer. Er schrieb darin: "Die Chinesische Volksvereinigung für Freundschaft mit dem Ausland wird weiterhin die Vitalität des Ausbaus des nichtstaatlichen Austauschs zwischen den beiden Seiten und die Vertiefung der Integration und Entwicklung der überquerten Meerenge fördern."

Der Vizepräsident der Kuomintang (Chiang Kai-Scheks Partei), Andrew Hsia, der an dem Forum teilnahm, versprach, den Konsens von 1992 zu unterstützen und die "Unabhängigkeit Taiwans" abzulehnen.

Es ist klar, dass sich die taiwanesisch-präsidentin Tsai Ing-wen mit ihrer Angleichung an die Position der Vereinigten Staaten von der Mehrheitsmeinung ihres Volkes distanziert hat.

1992 einigten sich Peking und Taiwan darauf, Zeit verstreichen zu lassen und eine eventuelle Wiedervereinigung friedlich durchzuführen. In den letzten zwei Jahren hat die Biden-Regierung stattdessen Unabhängigkeitsbefürworter in Taiwan unterstützt, gegen frühere Verpflichtungen der USA verstoßen und den Frieden in der Region bedroht. Peking reagierte mit der Betonung, dass, wenn dieses Projekt fortgesetzt wird, es die chinesische Einheit durch eine Invasion der Insel bewahren werde.

Wie China die Gleichheit zwischen den Zivilisationen sieht

Die Chinesische Volksvereinigung für Freundschaft mit fremden Völkern hielt einen Kongress ab, auf dem sie die Globale Zivilisationsinitiative erläuterte.

- Respekt vor der Vielfalt der Zivilisationen der Welt
Keine Zivilisation sollte ihre eigenen Kriterien verwenden, um andere Zivilisationen zu messen,

und jeder Versuch, Differenzen zwischen Zivilisationen mit Zwangsmitteln zu lösen, wird nur katastrophale Folgen für die Weltzivilisation haben.

- Förderung der gemeinsamen Werte der gesamten Menschheit
Jedes Land muss die gemeinsamen Werte der Menschheit fördern und darauf verzichten, anderen seine eigenen Werte und Modelle aufzuzwingen. Es muss einen echten Multilateralismus praktizieren, sich dem Hegemonismus, dem Unilateralismus und der Machtpolitik widersetzen, und die Theorie der "Überlegenheit einer Zivilisation" und des "Kampfes der Kulturen" aufgeben.

- Das Erbe der Zivilisation ist mit der Innovation vereinbar
Es ist notwendig, geschickt darin zu sein, das Alte aufzugeben und das Neue aufzunehmen, aber die Kontinuität des nationalen Kulturerbes zu wahren, um sich von den Stärken anderer Zivilisationen zu inspirieren.

Japanisches Doppelspiel in der Ukraine

Japan hat der Ukraine etwa 100 Fahrzeuge für militärische Zwecke zugesagt. Es hat ihr bereits Schutzausrüstung, wie Helme und kugelsichere Westen, zur Verfügung gestellt.

Moskau hat jedoch erfahren, dass Tokio tatsächlich gepanzerte Fahrzeuge schickt und damit gegen seine verfassungsmäßige Neutralität verstößt.

Das russische Außenministerium bestellte den japanischen Botschafter ein. Es teilte ihm mit, dass diese Maßnahme zu einer Eskalation der Feindseligkeiten und einem weiteren Anstieg der Zahl der Opfer von Kiew führen würde.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Türkei stellt einige der Sofortaktionspläne der NATO in Frage

Neue Pläne der Krisenreaktion der NATO auf dem Gipfel in Vilnius am 11. und 12. Juli sollten angenommen werden, wenn alle Mitgliedstaaten ihnen zustimmen. Die Türkei ist vorerst dagegen. Insbesondere stellt sie die Elemente in Frage, die die britischen Stützpunkte in Zypern, Akrotiri und Dhekelia betreffen.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

Jahresabonnement : 150 Euro

Monatsabonnement : 15 Euro

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°47 - 30 Juni 2023

LEITARTIKEL

Ukrainische Regierung verkauft billig russische Kunstwerksammlungen ihres Landes

Laut Sergej Naryschkin, dem Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes (SVR), haben die ukrainischen Behörden beschlossen, Kulturgüter zu exportieren und damit gegen die Internationale Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten zu verstoßen. Das Protokoll verbietet die Entnahme von Kulturschätzen aus einem Land während eines Krieges.

- 70 Gemälde wurden im November 2022 aus dem Nationalen Kunstmuseum in Kiew in das Thyssen-Bornemisza-Museum in Madrid überführt.
- 11 Werke, darunter fünf Ikonen, und 11 Gemälde aus dem Nationalmuseum für Ukrainische Kunst in Kiew wurden in das Louvre-Museum in Paris überführt.
- Weitere Sendungen an den Vatikan und Deutschland würden verhandelt.

„Die globalistischen Eliten, die für ihre Gewohnheit, sich das Wohl anderer anzueignen, bekannt sind, verdoppeln ihre Bemühungen, die Ukraine auszuplündern. Wenn sie sich früher mit finanziellen und materiellen Ressourcen begnügten, einschließlich Getreide und Ackerland, greifen sie jetzt orthodoxe Heiligtümer auf ukrainischem Territorium an“, erklärte Sergej Naryschkin. Ihm zufolge wäre diese Operation von der *International Alliance for the Protection of Heritage in Conflict Areas* (ALIPH) unter der Leitung des amerikanischen Sammlers Thomas Kaplan organisiert worden.

Das Oberhaupt der ukrainisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Onufrij von Kiew, wurde Berichten zufolge darauf hingewiesen, dass Ikonen, Kultgegenstände und Reliquien vorübergehend übertragen würden, "bis zur Normalisierung (?) der Situation in der Ukraine".

AMERIKA

US-Geheimdienstbericht über Wuhan-Labor

Die US-Geheimdienstdirektorin Avril Haines veröffentlichte einen Bericht über ["Die möglichen Verbindungen zwischen dem Wuhan Institute of Virology und dem Ursprung der COVID-19-Pandemie"](#).

Dieses Dokument versichert, dass Covid-19 wahrscheinlich natürlichen Ursprungs ist, während das Geheimdienstbüro des Energieministeriums und das FBI glauben, dass es sich um ein Leck aus dem Labor in Wuhan handelt.

Wir erinnern daran, dass das P4-Labor in Wuhan von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und nicht von der chinesischen Regierung abhängig war. Es wurde an mehreren Viren geforscht, darunter SARS-CoV, welches China als biologische Waffe der USA betrachtet. *The People's Daily* kommentiert: "Die USA müssen sofort aufhören, die Debatte über die Ursprünge von Covid zu politisieren und zu militarisieren, aufhören nach Sündenböcken zu suchen und Fragen über ihre Rolle seiner Ausbreitung zu beantworten. Sie müssen auf die legitimen Bedenken der internationalen Gemeinschaft eingehen, Daten über die ersten Verdachtsfälle in den Vereinigten Staaten mit der WHO teilen, aufdecken, was in Fort Detrick und in den biologischen Labors der USA auf der ganzen Welt vor sich geht."

USA übergeben der Ukraine Abrams-Panzer

Die USA haben der Ukraine ein Dutzend der 31 angekündigten M1-Abrams-Panzer geliefert. Sie kamen in Szczecin (polnischer Hafen an der Ostsee) an.

Diese Panzer der zweiten Generation sind sehr leistungsstark, aber schwer zu warten.

Beamte der Nationalen Sicherheit haben im Fall Biden gelogen

Anhörungen von Steuerbeamten, die vor dem [Kongressausschuss](#), der gegen die Familie Biden ermittelt, unter Eid aussagten, zeigen, dass das FBI Hunter Bidens Computer seit 2019 besessen hatte, brauchte aber Zeit um seinen Inhalt zu entschlüsseln.

Wie auch immer, die [Bundesagentur](#) hatte ihn von Anfang an authentifiziert, während die Erklärung von Beamten der Nationalen Sicherheit, dass es sich um russische

Desinformation handelte, erst viel später kam. Sie datiert vom 19. Oktober 2020.

Generalstaatsanwalt hat im Fall Biden gelogen

Generalstaatsanwalt Merrick Garland hat gelogen, als er behauptete, er habe die Ermittlungen der Verbrechen von Hunter Biden, dem Sohn von Präsident Joe Biden, nicht behindert.

Der republikanische Senator Ted Cruz (Texas) hat eine Kampagne gestartet, um ihn wegen "Behinderung der Justiz und Meineid" strafrechtlich verfolgen zu lassen.

US-Senatoren stellen Klimanotstand in Frage

Der republikanische Senator Kevin Cramer (North Dakota) und neun seiner Kollegen haben den Gesetzentwurf *Real Emergencies Act* erneut in den Senat eingebracht. Es geht darum, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zu verbieten, sich auf den Klimanotstand zu berufen, um außergewöhnliche Maßnahmen zu rechtfertigen.

Nach Angaben der Russischen Akademie der Wissenschaften erklärt sich die globale Erwärmung nicht durch den Ausstoß von Treibhausgasen, wie es die IPCC-Beamten behaupten, sondern durch den zunehmenden Ausstoß von irdischem molekularem Wasserstoff, aufgrund der abwechselnden Gravitationskräfte von Mond und Sonne, welcher Löcher in der Ozonschicht der Erde verursacht.

USA verletzen weiterhin Menschenrechte in Guantánamo

Die irische Premierministerin Fionnuala N'Aol'in, Sonderberichterstatte für Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte besuchte den Marinestützpunkt Guantánamo im besetzten Kuba. Sie legte ihren Bericht dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte vor.

Sie stellte fest, dass die Rechte der Verdächtigen respektiert werden müssen, selbst wenn die Anschläge vom 11. September als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet werden. Doch trotz deutlicher Verbesserungen "beinhaltet die Haftinfrastruktur eine nahezu ständige Überwachung, erzwungene Zellenentnahmen, einen unsachgemäßen Einsatz von Fesselungsmitteln und andere willkürliche und nicht menschenrechtskonforme Betriebsverfahren, die sich aus unzureichender Ausbildung des Personals ergeben; strukturelle Defizite in der Gesundheitsversorgung; unzureichender Zugang zur Familie, einschließlich des Mangels an sinnvoller Kommunikation; und willkürliche Inhaftierungen, die gegen den Grundsatz eines fairen Verfahrens verstoßen."

Oberster Gerichtshof bestimmt die Grenzen der Meinungsfreiheit

In der [Counterman/Colorado](#) Affäre stellte der Oberste Gerichtshof der USA klar, dass der erste Verfassungszusatz, der die freie Meinungsäußerung schützt, nicht für "bedrohliche Äußerungen" gilt. Eine Nachricht, die von dem Empfänger als solche interpretiert wird, muss nicht als "bedrohlich" angesehen werden, sondern nur eine Nachricht, die im Kopf ihres Absenders dazu bestimmt ist, eine Person oder Gruppe zu bedrohen.

Die US-Verfassung schützt die Vielfalt der Argumente und Meinungen in religiösen und politischen Angelegenheiten.

Können die USA vermeiden, dass China Öl erhält?

Das Repräsentantenhaus könnte den *Defense Finance Act* dahingehend ändern, dass der Verteidigungsminister verpflichtet wird, innerhalb von sechs Monaten über Optionen Bericht zu erstatten, um eine Seeblockade gegen China einrichten zu können. Es ginge darum, im Kriegsfall China das Öl zu entziehen.

Staatliche Zensur in den USA

Der Unterausschuss des Repräsentantenhauses, der die Biden-Familie untersucht, veröffentlichte einen Bericht mit dem Titel "Die *Militarisierung der CISA: Wie eine 'Cybersicherheits'-Behörde mit Big-Tech- und 'Desinformations'-Partnern zusammenarbeitete, um Amerikaner zu zensieren*". (*The Weaponization of CISA : How a 'Cybersecurity' Agency Colluded with Big Tech and 'Disinformation' Partners to Censor Americans*).

Der Bericht fasst zusammen, wie sich die *Cybersecurity and Infrastructure Security Agency* (CISA), eine Behörde des Justizministers, in eine Zensurbehörde verwandelt hat.

Klage gegen Jair Bolsonaro

Der Oberste Gerichtshof Brasiliens untersucht mehrere Fälle gegen den ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro. Ihm wird vorgeworfen, Regierungsmedien genutzt zu haben, um für seine Kampagne zu werben und unbegründete Zweifel am E-Voting-System des Landes zu säen.

EUROPA

Die Bank of England erhöht ihren Leitzins

Die *Bank of England* hob ihren Leitzins um ganze 0,5 Prozentpunkte auf 5% an. Ihr Verwaltungsrat beabsichtigt, die anhaltende Inflation im Vereinigten Königreich einzudämmen, während sie im Rest des europäischen Kontinents zurückgeht. Die Briten, die Immobilien kaufen, werden sehen, dass ihre Kreditkosten also mehr steigen, weil sie an den Leitzins gekoppelt sind.

Kirche Englands zieht sich aus Shell zurück

Der 10 Milliarden Pfund schwere Investmentfonds der britischen anglikanischen Kirche, *Church Commissioners for England* (CCE), hat beschlossen, sich aus den Ölkonzernen zurückzuziehen.

Der Erzbischof von Canterbury, Justin Welby, forderte seine Gläubigen auf, "die globale Klima-Erwärmung ernst zu nehmen und sich an den Zielen des Pariser Abkommens auszurichten".

Die CCEs hielten signifikante Anteile bei Shell.

Kongress der Volksmudschaheddin in Paris verboten

Die französische Regierung verbot das große Treffen, das die Volksmudschaheddin des Iran mitten in Paris am 1. Juli organisieren wollten. Das Polizeipräsidium berief sich auf eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Ordnung.

Am 20. Juni führten albanische Behörden eine Razzia im Lager Ashraf-3, dem Welthauptquartier der Volksmudschaheddin, unweit von Tirana, durch.

Ungarn gegen den EU-Beitritt der Ukraine

Ungarn lehnt den Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union ab, solange sie den Forderungen des Europarats zu Minderheitenrechten nicht nachkommt.

In ihrem Bericht vom 12. Juni 2023 zur Ukraine hat die Venedig-Kommission mehrere "Empfehlungen" ausgesprochen. Dazu gehören die Ausweitung des "Rechts jeder Person, Veranstaltungen in einer Minderheitensprache zu organisieren" und die Abschaffung der "Verpflichtung, bei öffentlichen Veranstaltungen auf Wunsch der Besucher eine Übersetzung ins Ukrainische vorzulegen".

Die Selenskyj-Regierung kündigte die Schließung von hundert ungarischen Schulen in Transkarpatien an. Angesichts der ungarischen Opposition versichert sie, dass die Umsetzung dieser Maßnahme verschoben wurde.

Die extreme Rechte zieht in die finnische Regierung ein

Der finnische Abgeordnete der „Wahren Finnen“, Vilhelm Junnila, wurde zum Wirtschaftsminister ernannt. Die Presse bemerkte seine Verbindungen zur Nordischen Widerstandsbewegung (eine Neonazi-Partei, die vom Obersten Gerichtshof verboten wurde) und seine "Witze" über die Zahl 88 (in Anlehnung an die Initialen von Heil Hitler). Jussi Halla-aho, ein ehemaliges Mitglied der nationalistischen Suomen Sisu-Gruppe, wurde zum Parlamentspräsidenten gewählt. Vor 20 Jahren wurde er vom Obersten Gerichtshof wegen "Anstiftung zum Rassenhass" und "Verletzung der Religionsfreiheit" verurteilt.

Kyriákos Mitsotákis gewinnt griechische Parlamentswahlen

Nach den Parlamentswahlen im Mai, bei denen es keine Mehrheit gab, wurden die Griechen erneut an die Urnen gerufen, allerdings mit einem neuen Wahlsystem, das der Partei, die den ersten Platz belegt, einen Bonus gibt.

-Die Nea Dimokratia (Kyriákos Mitsotákis) erhielt 40,55% der Stimmen und 158 Sitze,
-SYRIZA (Aléxis Tsipras) 17,84% und 48 Sitze.

-Die PASOK - Bewegung für den Wandel (Níkos Androulákis) gewann 11,85% und 32 Sitze,
-Die Spartaner (Vasilis Stigkas) 4,64% und 12 Sitze,
-Die Griechische Lösung (Kyriákos Velópoulos) 4,44% und ebenfalls 12 Sitze.

Bilaterale Konsultationen der Ukraine einerseits und der Vereinigten Staaten andererseits, mit der EU, Japan, Indien und Südafrika

Der Leiter der ukrainischen Präsidialverwaltung, Andrij Jermak, traf sich bilateral in Kopenhagen mit Simon Mordue, dem außenpolitischen Chefberater des Präsidenten des Europäischen Rates; Takeo Akiba, Generalsekretär für Nationale Sicherheit Japans;

Sanjay Verma, Direktor des indischen Außenministeriums; und Sydney Mufamadi, Nationaler Sicherheitsberater des südafrikanischen Präsidenten.

Ebenfalls in Kopenhagen trafen sich der US-Sicherheitsberater Jacob "Jake" Sullivan und die Unterstaatssekretärin für politische Angelegenheiten, Victoria Nuland, getrennt mit der europäischen, japanischen, indischen und südafrikanischen Delegation.

Die Europäische Union adoptiert die Extraterritorialität ihrer einseitigen Zwangsmaßnahmen

Die EU, die bereits einseitige Zwangsmaßnahmen (fälschlicherweise als "Sanktionen" bezeichnet) praktiziert, hat beschlossen, auch das ebenfalls völkerrechtswidrige Prinzip der Extraterritorialität zu übernehmen.

Brüssel beabsichtigt, Unternehmen aus Drittländern auf eine schwarze Liste zu setzen, die im Verdacht stehen, verbotene Waren nach Russland zu re-exportieren oder an Aktivitäten wie dem Seetransport von russischem Öl beteiligt zu sein.

87 Unternehmen, mit Sitz in Armenien, China, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Usbekistan und Syrien, wird vorgeworfen, den russischen militärisch-industriellen Komplex "direkt zu unterstützen", wurden auf diese schwarze Liste gesetzt.

„Es ist kaum zu erwarten, dass Brüssel Drittländer durch diplomatische Bemühungen dazu bewegt, sich den Sanktionen anzuschließen. Die EU zieht immer vor, auf Erpressung und Zwang zurückzugreifen“, sagte der russische Botschafter bei der EU, Kirill Logwinow.

Wie steht es um den EU-Beitritt der Ukraine und der Republik Moldau?

Der EU-Kommissar für Erweiterung, der Ungar Olivér Várhelyi, legte den Außenministern der

EU seinen Bericht über einen möglichen Beitritt der Ukraine vor. Von sieben Kriterien würde sie nicht mehr als zwei erfüllen.

Eine der ungeschriebenen Bedingungen der EU ist, dass die Ukraine Richter für den Obersten Gerichtshof ernannt, die "von der internationalen Gemeinschaft empfohlen werden" (sic). Diese Bestimmung wurde nur in erster Lesung angenommen.

Entgegen der Gewohnheit wurde kein schriftlicher, sondern nur ein mündlicher Bericht vorgelegt.

Die baltischen Staaten und Polen wollen den Beitritt beschleunigen. Schweden, Österreich und Rumänien stimmen dem Beitritt unter der Bedingung zu, dass auch der der Balkanländer, die seit zwei Jahrzehnten warten, beschleunigt wird. Deutschland, Italien und Frankreich wünschen, dass man das Verfahren einhält.

EU-Abgeordnete uneins über die Wiederherstellung der Natur

Das Europäische Parlament ist gespalten über das Projekt "Wiederherstellung der Natur", welches der Litauische EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius vorgestellt hat. Es geht darum, 20 % der Fläche der Union wieder der Natur zuzuführen. Laut der Gruppe der UN-Beamten für globale Erwärmung, dem IPCC, wäre dies der beste Weg, um dieses Phänomen zu bekämpfen.

Victoria Nuland in Brüssel, um der EU zu sagen, wie sie mit China umgehen soll

Der Generalsekretär des Auswärtigen Dienstes der Europäischen Union, Stefano Sannino, empfing die US-Unterstaatssekretärin, die „Straussianerin“ Victoria Nuland.

Der Zweck des Besuchs von Frau Nuland scheint darin zu bestehen, der EU zu zeigen, was die Vereinigten Staaten von ihr gegenüber China erwarten.

US-Präsident Joe Biden hat die "Risikominderung" mit China als eine Form des Protektionismus gegenüber Spitzen-Technologien definiert, die das militärische Gleichgewicht kippen könnte.

China interpretiert diesen Slogan als Versuch, seine wirtschaftliche Entwicklung zu behindern. Stattdessen befürwortet es, dass globale Lieferketten für alle Produkte aufrechterhalten werden.

Kosovarische Polizisten in Serbien freigestellt

Drei kosovarische, von Serbien festgenommene Polizisten, wurden von einem serbischen Gericht freigelassen, das sie dennoch anklagte. Der Kosovo behauptet, sie hätten keine Straftat begangen, sondern seien von Serbien entführt worden.

Die Interpretation der Ereignisse ist unterschiedlich, je nachdem, ob der Staat Kosovo und seine Grenzen anerkannt werden oder nicht.

Aleksandar Vučić macht Westen für Wagners Rebellion verantwortlich

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić beschuldigte den Westen, eine Rolle bei der Rebellion der Wagner-Gruppe, des privaten russischen Militärunternehmens von Jewgeni Prigoschin, gespielt zu haben.

Ukrainischer Druck für NATO-Beitritt

Der Däne Anders Fogh Rasmussen, ehemaliger NATO-Generalsekretär und ehemaliger Berater des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, und der Ukrainer Andrij Jermak, Direktor der ukrainischen Präsidialverwaltung, unterzeichneten einen gemeinsamen Kommentar in großen Tageszeitungen. Er trägt den Titel: "Die Ukraine muss der NATO beitreten, es gibt keine andere Lösung".

US-Präsident Joe Biden hat sich gegen eine solche Mitgliedschaft ausgesprochen.

Ursula von der Leyen verspricht Beschränkungen für ukrainisches Getreide aufzuheben

Nach Angaben des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj habe die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, versprochen, dass das Importverbot für ukrainisches Getreide in einige EU-Länder bis spätestens 15. September aufgehoben wird.

Englisch bald Verwaltungssprache in der Ukraine

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat der Werchowna Rada dringend einen Gesetzentwurf zur Genehmigung vorgelegt, der darauf abzielt, die englische Sprache in den Status einer "Sprache der internationalen Kommunikation" zu erheben.

Englischkenntnisse wären für die Leiter der Kommunalverwaltungen und ihre Stellvertreter, Militärs, Staatsanwälte, Steuer- und Zollbeamte, mittlere und höhere Polizeibeamte, leitende Beamte anderer Strafverfolgungsbehörden und Zivilschutzdienste obligatorisch.

Diese Reform erscheint, während die Verwaltungen keine Minderheitensprachen mehr verwenden.

Für Wolodymyr Selenskyj stamme die erste ukrainische Verfassung aus dem achtzehnten Jahrhundert

Anlässlich des 27. Jahrestages der ukrainischen Verfassung hielt Präsident Wolodymyr Selenskyj eine lebhafte Rede in der Werchowna Rada. Er versuchte, die aktuelle Verfassung mit der des Hetmans der Kosaken, Pylyp Orlyk, vom achtzehnten Jahrhundert zu verbinden. Dieser Verweis hat den Vorteil, dass der Ursprung des aktuellen Textes, der seinen explizit rassistischen Artikel Slava Stetsko, Ehefrau des Nazi-Ministerpräsidenten und Co-Präsidentin der Antikommunistischen Weltliga, verdankt, ausgelöscht wird. In diesem Artikel heißt es, dass "die Bewahrung des genetischen Erbes des ukrainischen Volkes der Verantwortung des Staates obliegt".

Darüber hinaus ermöglicht dieser Verweis eine Umschreibung der Geschichte: Pylyp Orlyk Dokument ist streng genommen keine Verfassung und wurde nie umgesetzt. Es trägt den Titel "Pakte und Gesetze der Rechte und Freiheiten der Saporischschja-Armee" (*Contenta Pattern inter Ducem et Exercitum Conventorum*). Es schränkt die Vorrechte des Hetmans ein, bewahrt den Sonderstatus der Kosaken und bekräftigt die politische und kirchliche Trennung von Moskau. Das Dokument setzte sich auch die Ausrottung der Juden zum Ziel.

Die Soldaten die sich in den Dienst von Pylyp Orlyk gestellt hatten, waren Chasaren, die sowohl das Staatsjudentum als auch die Kiewer Rus ablehnten. Das Gebiet, das dieser beanspruchte, umfasste die Ostukraine, Westkasachstan, den Nordwesten Usbekistans, die Osttürkei, Georgien, Armenien und Aserbaidschan.

Im Jahr 2021 wurde eine gekürzte Fassung der "Pakte und Gesetze" von Schweden geliehen, um im Rahmen der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Unabhängigkeit in der Sophienkathedrale in Kiew ausgestellt zu werden.

Warum hat Russland den WWF gerade für "unerwünscht" erklärt?

Nach einer Untersuchung des russischen Generalstaatsanwalts nutzt der *World Wide Fund for Nature* (WWF) seine Aktivitäten im Bereich Umweltschutz und Ökoerziehung nur als Deckmantel für Projekte, die die wirtschaftliche Sicherheit Russlands bedrohen.

Eines der Ziele der WWF-Aktivitäten wäre, die Politik der russischen Regierung für die industrielle Entwicklung der Arktik zu stören. Der WWF legitimiert Beschränkungen, um die Nordostpassage in die ausschließliche Wirtschaftszone der Vereinigten Staaten zu verlegen. Die Initiativen des WWF richten sich gegen große Öl-, Gas- und Energiekonzerne sowie Produzenten von Edelmetallen und anderen Bodenschätzen.

Voltaire-Netzwerkanalyse

- "[Jewgeni Prigoschins Aufstand](#)" von Thierry Meyssan
Entgegen den Kommentaren der westlichen Presse hat Jewgeni Prigoschin nie einen Putschversuch gegen Wladimir Putin unternommen. Er wollte ihn erpressen, um die exorbitanten Privilegien zu behalten, die er seit der Gründung seines privaten Militärunternehmens angehäuft hat. Dann ist er zur Vernunft gekommen und auf seinen Posten zurückgekehrt.

- "[Die 'koreanische Lösung' für Europa](#)" von Manlio Dinucci
Der Westen hat seine aufeinanderfolgenden Niederlagen in Osteuropa, China, Korea, Vietnam, Syrien und jetzt in der Ukraine zur Kenntnis genommen. So wie er Deutschland, China und Korea geteilt hat, hat er gerade die Teilung der Ukraine abgeschrieben, in der Hoffnung, zu überleben, indem er den Kalten Krieg noch ein wenig verlängert.

Zwei russische Persönlichkeiten plädieren für eine andere Doktrin der Atomschlagkraft

Sergej Karaganow, Ehrenvorsitzender des Rates für Außenpolitik und Verteidigung (Swop), und

Dmitri Trenin, ehemaliger Direktor des russischen Büros des Carnegie-Instituts, haben Artikel veröffentlicht, in denen sie sich für einen möglichen Atomschlag aussprechen.

„Es muss ein unmissverständliches – und nicht mehr verbales – Signal an den Hauptgegner gesendet werden, dass Moskau nicht glückspielartig und nach den von der Gegenseite festgelegten Regeln spielen wird (...) Die Furcht muss zurück in die Politik und ins öffentliche Bewusstsein: Im Atomzeitalter ist das die einzige Garantie für den Erhalt der Menschheit.“

Margarita Simonjan wirft USA, Großbritannien und Israel vor, Wagner manipuliert zu haben

Margarita Simonjan, Direktorin des staatlichen Senders Russia Today, beschuldigte die USA, Großbritannien und den Mossad, eine Rolle bei der Rebellion der Wagner-Gruppe, Prigoschins privatem Militärunternehmen, gespielt zu haben.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- Deutsch ;
- Englisch ;
- Spanisch ;
- Französisch ;
- Italienisch ;
- Holländisch.

AFRIKA

Emmanuel Macron wirft Russland vor, Afrika zu destabilisieren

Der französische Präsident Emmanuel Macron sagte in einem Interview mit *FranceInfo/RFI/France24*: "[Russland] ist eine Macht, die Afrika durch private Milizen destabilisiert, die für Ausbeutung und Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung dorthin kommen, (...) Dies wurde von den Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik durch die Wagner-Miliz dokumentiert."

Ägypten beginnt mit der Montage des MisrSat-2-Satelliten

Die ägyptische Raumfahrtbehörde (EgSA) hat die Elemente ihres Satelliten MisrSat-2 aus China erhalten. Sie wird sie selbst zusammenbauen, um mit diesen Materialien zu experimentieren und ihre Autonomie in dieser Angelegenheit zu erlangen.

Ägypten ist der erste afrikanische Staat, der eine Raumfahrtindustrie aufbaut.

ASIEN

Israels weitere Expansion

Das israelische Verteidigungsministerium hat bekannt gegeben, dass es rund 5700 neue Häuser in Siedlungen im Westjordanland genehmigt habe.

Seit einem Dreivierteljahrhundert kolonisiert Israel die palästinensischen Gebiete und verstößt damit gegen die Resolutionen der Vereinten Nationen.

Auf dem Weg zu einer multinationalen Interpositionstruppe im Westjordanland?

Nach den antiarabischen Pogromen in Hawara, Turmus Ayya und Umm Safa brachten westliche Diplomaten die Möglichkeit ins Spiel, eine multinationale Eingreiftruppe im Westjordanland zu schaffen, um die palästinensische Bevölkerung vor den Misshandlungen jüdischer Siedler zu schützen. Sie würde sich aus den Unterzeichnerstaaten oder assoziierten Staaten des Abraham-Abkommens zusammensetzen, nämlich den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Marokko, sowie aus Ägypten, Jordanien und der Türkei und vielleicht sogar aus Saudi-Arabien.

Mit dieser Möglichkeit soll auch die Bildung einer Eingreiftruppe der Vereinten Nationen verhindert werden.

Netanjahus Regierung greift die angelsächsische Presse an

Die israelische Ministerin für öffentliche Diplomatie, Galit Distal Atbaryan, hat Israels Staatsdienste gebeten, so viel wie möglich ein Video zu senden, das mehrere große Medien in Frage stellt: die BBC, die *New York Times*, CNN, der Guardian, Reuters und AP. Sie würden Fake News gegen Israel verbreiten.

Ukraine übt erneut Druck auf Israel aus

Der ukrainische Botschafter in Tel Aviv, Jewgeni Korniytschuk, sagte: "Die israelische Führung, die sich hinter einem demagogischen Diskurs über ihre Neutralität versteckt (und obwohl sie sich nicht mehr verbirgt), baut aktiv Beziehungen zur Russischen Föderation auf... In Wirklichkeit ist die sogenannte "Neutralität" der israelischen Regierung vor Ort eine klare pro-russische Position. Wir fordern die israelische Regierung auf, ihre Position zu ändern und die Ukraine mit defensiven Mitteln zu unterstützen."

Der Botschafter bezog sich auf die Äußerungen von Premierminister Benjamin Netanjahu gegenüber der *Jerusalem Post*. Er behauptete, Israel brauche Russland, um iranische Ziele in Syrien ungehindert angreifen zu können.

Das israelische Außenministerium hat den Botschafter sofort vorgeladen. "Die israelische Regierung setzt ihre Zusammenarbeit mit der Ukraine fort, wie zwischen den beiden Ländern vereinbart ... Das Verhalten des Botschafters hilft nicht", sagte er. Der ehemalige Premierminister Naftali Bennett und der ehemalige Verteidigungsminister Benny Gantz waren über die Rolle der "integralen Nationalisten" in der ukrainischen Regierung informiert worden. Sie erklärten: "Israelische Waffen werden niemals an die Mörder von Juden geschickt werden!"

Israel toleriert "Judenmörder"

Der israelische Botschafter in der Ukraine, Michael Brodsky, gab dem russischsprachigen israelischen Internetsender Iton TV ein Interview. Er sagte: "Natürlich mögen wir diese Helden [Banderas Männer] nicht, aber für die Mehrheit der Ukrainer sind sie Helden, die für die Unabhängigkeit gekämpft haben... Daher wäre es falsch, unsere Unterstützung für die Ukraine (...) davon abhängig zu machen, dass sie aufhört, Straßen umzubenennen oder Bandera oder Melnik nicht mehr als Helden zu bezeichnen."

Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, kommentierte: "Niemand hat Recht auf solche Helden. Denn sie sind keine Helden, sie sind Kreaturen der Hölle, und das ist keine Identität, sondern eine Schande für das ukrainische Volk. Es ist die Verherrlichung des Nationalsozialismus."

Hisbollah schießt israelische Drohne ab

Die Hisbollah teilte mit, sie habe "eine israelische Drohne abgeschossen, die in den libanesischen Luftraum im Grenzdorf Zebqin eingedrungen war. Die Hisbollah hatte seit dem 30. September 2021 im Rahmen des inzwischen beigelegten Gaskonflikts keine israelische Drohne mehr abgeschossen.

Hisbollah gegen Homosexuelle, wenn sie mit dem Westen verbunden sind

Libanesische Homosexuelle, die 2017 eine Gay Pride organisiert hatten, werden allgemein verurteilt. Das libanesisches Recht, das vom französischen Mandat übernommen wurde, unterdrückt "sexuelle Beziehungen, die der Natur widersprechen".

Nach den Sunniten und den Christen sind es nun die Schiiten, die sie verurteilen, während die Botschaften der Vereinigten Staaten und Deutschlands sie unterstützen.

Mohammad Hussein Fadlallah, der geistliche Führer der Hisbollah, fand nicht genügend scharfe Worte gegen diese moralische Abweichung. Kurz vor seinem Tod gestanden ihm Aktivisten der Partei Gottes jedoch ihre Homosexualität. Er tat dann alles, damit sie als solche in die Hisbollah integriert wurden.

Als Reaktion auf die westliche Unterstützung für LGBTQI+ hat sich die Hisbollah-Fraktion heute dagegen ausgesprochen. Sie sagte: "Dies ist ein ernstes Problem, das die libanesisches Gesellschaft bedroht und sie für die blinde Nachahmung eines westlichen Modells anfällig macht, dessen moralische Struktur zusammenbricht und dessen Verbrechen gegen

Völker und Staaten alle wirtschaftlichen, Bildungs- und Verhaltensebenen betreffen."

Mohamed Ben Salman in Paris

Von einer großen Delegation begleitet, verbrachte der saudische Kronprinz und Premierminister Mohamed Ben Salman eine Woche in Paris. Er eröffnete ein Büro des *Public Investment Fund* (PIF), des Staatsfonds der Monarchie. Auf dem Pariser „salon aéronautique“ in Bourget kaufte er 30 Airbus A320 für die Billigfluggesellschaft Fly Nas für 3 Milliarden Euro und hundert Airbus-Hubschrauber für die Firma Ajlan. Er hielt eine Gala auf dem Champ-de-Mars ab, um für Riads Bewerbung um die Organisation der Weltausstellung 2030 zu werben. Schließlich traf er sich zweimal mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und nahm am Gipfel des Globalen Finanzpakts teil.

Erdoğan's neue Wirtschafts- und Währungspolitik

Der Kurde Mehmet Simsek wurde zum türkischen Finanzminister ernannt. Er machte Karriere im US-Außenministerium und bei Merrill Lynch. Er genießt das Vertrauen der Geschäftswelt. Hafize Gaye Erkan wurde zur Direktorin der Zentralbank der Türkei ernannt. Die 44-Jährige hat ihre gesamte Karriere an der Spitze von US-Banken verbracht. Gleich nach ihrem Amtsantritt hob sie den Leitzins von 8,5 % auf 15 % an.

Narendra Modi zu Staatsbesuch in Washington

Der indische Premierminister Narendra Modi stattete den USA einen Staatsbesuch ab. Dies ist der dritte Besuch dieser Art in Washington nach dem des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und seines ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj.

Diese Reise hat nicht viel aufgeklärt, aber sie hat gezeigt, dass für viele US-Politiker Indien bereits die Europäische Union überflügelt hat. Indien

ist gemessen an der Kaufkraftparität die vierte Weltmacht (nach China, der EU und den USA).

Die beiden Länder haben mehrere Rüstungsgeschäfte unterzeichnet und US-Firmen haben Investitionen in Hochtechnologie in Indien angekündigt. Washington ist zu Vielem bereit, um Indien von China zu entfernen.

Am Ende des Staatsbesuchs bestätigte der indische Außenminister Subramanyam Jaishankar, dass Indien mit niemandem verbündet sei, sondern ausgezeichnete Beziehungen zu Russland, gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, schwierige Beziehungen zu China und Pakistan und schlechte Beziehungen zu Kanada habe.

Barack Obama erwägt eine mögliche Teilung Indiens

In einem [Interview](#) mit Christiane Amanpour auf CNN sagte der ehemalige US-Präsident Barack Obama: "Ich denke, es ist wahr, dass, wenn Präsident [Biden] sich mit Premierminister Modi trifft, der Schutz der muslimischen Minderheit in einem mehrheitlich hinduistischen Indien erwähnenswert ist.

Und übrigens, wenn ich ein Gespräch mit Premierminister Modi führen würde, den ich gut kenne, wäre ein Teil meiner Argumentation, dass es eine große Wahrscheinlichkeit gibt, dass Indien eine Teilung erlebt, wenn man die Rechte der ethnischen Minderheiten in Indien nicht schützt.

Und wir haben gesehen, was passiert, wenn man anfängt, diese Art von erheblichen internen Konflikten zu haben. Es würde daher nicht nur den Interessen des muslimischen, sondern auch des hinduistischen Indiens zuwiderlaufen."

Pakistan beginnt russisches Öl zu importieren

Nach dem Tanker *Pure Point* und seinen 45142 Tonnen russischem Rohöl Mitte Juni ist es nun

die *Clyde Noble* mit ihren 56000 Tonnen russischem Rohöl, die in Karatschi eintraf.

Die Vereinigten Staaten genehmigten diese Transfers, um die Regierung von Shehbaz Sharif vor seinem Herausforderer Imran Khan zu retten.

Wagners Rebellion stärkt Kasachstans und Usbekistans Misstrauen gegenüber dem Westen

Die meisten asiatischen Beobachter sind überzeugt, dass die westlichen Geheimdienste Jewgeni Prigoschin gegen Wladimir Putin manipuliert haben.

Letzterer hat auf dieser Grundlage seit Beginn der Rebellion mit den kasachischen und usbekischen Präsidenten Kassym-Schomart Tokajew und Shavkat Mirziyoyev telefoniert. Beide sahen sich auch Putschversuchen ausgesetzt, die von den Angelsachsen manipuliert wurden. Er versicherte ihnen, dass er die Situation unter Kontrolle habe, und forderte sie auf, sich noch mehr vor dem Westen in Acht zu nehmen.

Der FSB fürchtete ähnliche Aufstände in mehreren Staaten der Region. Die ukrainischen Behörden hatten nämlich zum Sturz des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko aufgerufen.

Nordkoreaner spionieren nicht aus, was man glaubt

Laut dem Cyber-Intelligence-Unternehmen *Recorded* geben nordkoreanische Cyberspione vor zerstörerischen digitalen Angriffen, eher der Cyberspionage den Vorrang. Von den 273 Transaktionen, die in den letzten 14 Jahren durchgeführt wurden, waren ihre vorrangigen Ziele in absteigender Reihenfolge: Regierung, Kryptowährung, Medien, traditionelles Finanzwesen und zuletzt der Verteidigungssektor.

Das Davoser Sommerforum in China

Der chinesische Ministerpräsident Li Qiang traf sich mit dem Direktor des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab. Die beiden Männer begrüßten ihre Zusammenarbeit, da das Forum in den letzten 40 Jahren ein Raum für Diskussionen zwischen dem Westen und China war.

Das Davos Forum ist eine Institution, die vom National Endowment for Democracy (NED) über das Center for International Private Enterprise (CIPE) kontrolliert wird, das wiederum selbst von der Handelskammer der USA abhängt.

Die 14. Jahrestagung der neuen Champions, bekannt als das "Davos Summer Forum", fand in Tianjin (Nordchina) statt. Li Qiang kündigte die wirtschaftliche Erholung Chinas mit einem prognostizierten Wachstum von 5% an.

Fentanyl noch immer der Zankapfel zwischen USA und China

China hat nach der Verhaftung mehrerer seiner Bürger durch die Vereinigten Staaten heftig protestiert. Ihnen wird vorgeworfen, Kartelle mit Vorprodukten zur Herstellung von Fentanyl, eine Droge, die Chaos anrichtet, geliefert zu haben.

Peking argumentiert, dass "die Hauptursache des Drogenproblems in den Vereinigten Staaten innerhalb seiner eigenen Grenzen liegt. Die Vereinigten Staaten versuchen, ihre Drogenprobleme durch Druck, Zwang und illegale Mittel zu lösen, indem sie externe Maßnahmen anwenden, um ihre inneren Krankheiten zu behandeln. Es wird sich einfach als wirkungslos erweisen."

Der Handel mit diesen Vorprodukten ist völlig legal. China betont, dass seine Unternehmen nicht für ihre Kunden verantwortlich sind." Anstatt inländische Unternehmen und Einzelpersonen zu beaufsichtigen, haben die USA unangemessene Sanktionen gegen chinesische Institutionen verhängt, chinesische

Unternehmen illegal sanktioniert und chinesische Bürger offen angeklagt und strafrechtlich verfolgt. Dieser willkürliche Akt tritt das Völkerrecht mit Füßen und untergräbt ernsthaft die Grundlage der chinesisch-amerikanischen Zusammenarbeit bei der Drogenkontrolle."

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

UN-Generalversammlung erneut gespalten über "Schutzverantwortung"

Die UN-Generalversammlung hat sich über die Vorlage des Berichts 2023 zur "Schutzverantwortung" (R2P) gespalten. Generalsekretär António Guterres wollte eine Verpflichtung der Staaten zur Verhinderung von Massengräueltaten völkerrechtlich verankern (Az.: United Nations [A/77/910-S/2023/409](#)).

Seine Büros schlugen vor: "Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die Wechselbeziehung zwischen Entwicklung und der Schutzverantwortung anzuerkennen und auf Entwicklungsprogrammen in allen Bereichen der Risikobewertung, Frühwarnung, Vorsorge und Reaktion auf Gräueltaten aufzubauen, um die Risiken von Gräueltaten und ihre Auswirkungen zu vermeiden, zu verringern oder zu schwächen."

In der Debatte standen sich die Gruppe der Freunde der Schutzverantwortung unter der Führung Kroatiens und die Gruppe der Freunde zur Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen unter der Führung Venezuelas gegenüber.

Costa Rica merkte an, dass es seltsam sei, die Auswirkungen mangelnder Entwicklung auf die Begehung von Gräueltaten zu berücksichtigen und nicht die Auswirkungen von Gräueltaten auf die Unmöglichkeit der Entwicklung zu untersuchen. Russland kritisierte die Initiative des Generalsekretärs scharf und war der Ansicht, dass er ein modisches Thema verwendet, um zu versuchen, "die berühmte humanitäre Intervention" neu zu definieren, die

den ehemaligen Kolonialmächten am Herzen liegt. ☞ Diese Kritik erklärt, warum Russland sich nur auf die Minsk-Abkommen beruft und nicht auf die Schutzverantwortung beruft, um seine Intervention in der Ukraine zu rechtfertigen, obwohl dieses Prinzip dort perfekt zutrifft.

Einrichtung des "Registers der durch die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine verursachten Schäden"

Die Konferenz der Teilnehmer des „Registers der durch die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine verursachten Schäden" hielt ihre konstituierende Sitzung im Rahmen des Europarats ab. Sie brachte Vertreter aus mehr als 40 Ländern zusammen.

"Die Täter von Kriegsverbrechen – einschließlich des Verbrechens der Aggression – müssen zur Rechenschaft gezogen werden, und den Opfern, Überlebenden, Familien derer, die nicht überlebt haben und dem ukrainischen Staat muss Gerechtigkeit widerfahren. Unsere Versammlung betonte, dass Gerechtigkeit und die Gesamtverantwortung für die Aggression und ihre Folgen nicht erreicht werden können, ohne dass die Schäden, die der Ukraine und ihren Bürgern zugefügt wurden, vollständig wiedergutmacht werden", sagte der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der niederländische Tiny Kox.

Die Konferenz wählte
-ihren Präsidenten: Sandy Moss (Ständige Vertreterin des Vereinigten Königreichs)
-ihre Vizepräsidenten: Tanja Gonggrijp (Ständige Vertreterin der Niederlande) und Emil Ruffer (Direktor der Abteilung für Völkerrecht im Außenministerium der Tschechischen Republik)
-und ihren Exekutivdirektor: Markiyan Kliuchkovskiy (Berater von Präsident Wolodymyr Selenskyj).

Globaler Finanzpakt

Frankreich organisierte einen Gipfel um einen globalen Finanzpakt zu schaffen. Die rund fünfzig Staats- und Regierungschefs, die in Paris anwesend waren, waren sich zwar einig, dass die Bretton-Woods-Institutionen nicht mehr funktionieren, aber es ist ihnen nicht gelungen, die Kluft darüber zu schließen, was an ihre Stelle treten sollte.

Das Treffen konnte allenfalls eine Vereinbarung über einen Schuldenerlass erzielen zwischen den westlichen und chinesischen Gläubigern Sambias.

Was soll aus den BRICS werden?

Südafrika stellte den Außenministern der Organisation die 19 BRICS-Beitrittsanträge vor. Laut Pretoria haben einseitige Zwangsmaßnahmen der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union viele Staaten verängstigt und von einer Zusammenarbeit mit ihnen abgehalten.

Diese Volkswirtschaften sind sehr unterschiedlich. Ihr Beitritt würde die BRICS-Staaten tiefgreifend von einer Entwicklungsländervereinigung in einen nicht-westlichen Block verwandeln.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltaire.net.org

46 Ausgaben pro Jahr.

Jahresabonnement : 150 Euro

Monatsabonnement : 15 Euro

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°48 - 7. Juli 2023

LEITARTIKEL

Die Mission der guten Dienste des Heiligen Stuhls

- Am 25. Februar 2022, dem Tag nach der russischen Intervention in der Ukraine, begab sich Papst Franziskus in die russische Botschaft beim Heiligen Stuhl, um eine Vermittlung zu versuchen.
- Kurz darauf jedoch übernahm er die westliche Version der Fakten, die er als "inakzeptable bewaffnete Aggression" bezeichnete. Auf Anregung des britischen Erzbischofs Paul Gallagher, Sekretär für die Beziehungen mit den Staaten, kündigte er an, dass er die Ukraine und Russland dem [Herzen der Jungfrau Maria weihen werde, wie es Fatima wünscht](#). Die Zeremonie fand Berichten zufolge am Tag nach der Teilnahme von Präsident Biden am NATO-Gipfel statt. Andere Mitarbeiter des Heiligen Vaters aber argumentierten ihm gegenüber, dass dies als Aufruf zu einem Kreuzzug gegen Russland interpretiert werden würde. Dann machte er einen Rückzieher und weihte die ganze Welt dem Herzen Mariens.
- Am 24. August 2022 verurteilte er dagegen die Ermordung von Daria Dugina, der Tochter des Philosophen Alexander Dugin. Der ukrainische Botschafter beim Heiligen Stuhl, Andrij Juratsch, warf ihm vor, "Aggressoren und Opfer" gleichzusetzen.
- Im November 2023 sagte Papst Franziskus in einem Interview mit *America*, dass, wenn er über die Ukraine sprach: "Ich spreche von Grausamkeit, weil ich viele Informationen über die Grausamkeit der Truppen habe (...) Am grausamsten sind vielleicht diejenigen, die aus Russland kommen, aber nicht russischer Tradition sind, wie Tschetschenen, Burjaten usw. ». Angesichts der Reaktionen des russischen Außenministeriums entschuldigte er sich. Der argentinische Papst verzichtete daraufhin auf jede öffentliche Initiative. Er vervielfachte allerdings indirekte Kontakte zu beiden Seiten.
- Am 13. Mai 2023 besuchte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den Vatikan, wo er von Papst Franziskus empfangen wurde.
- Am 16. Mai 2023 ernannte Wladimir Putin Iwan Soltanowski zum neuen russischen Botschafter beim Heiligen Stuhl. Letzterer war Botschafter beim Europarat und steht dem orthodoxen Patriarchen von Moskau, Kyrill I., sehr nahe.
- Kardinal Matteo Zuppi, Präsident der Italienischen Bischofskonferenz und Generalreferent der Gemeinschaft Sant'Egidio, besuchte am 5. und 6. Juni Kiew und am 28. und 29. Juni Moskau, um die Mission des Heiligen Stuhls der guten Dienste vorzustellen. Der Heilige Stuhl weigert sich letztlich Partei zu ergreifen und entwickelt seinen eigenen Ansatz. Sein Pressedienst erklärte: "Das Hauptziel der Initiative ist es, Gesten der Menschlichkeit zu fördern, die dazu beitragen können, eine Lösung für die derzeitige tragische Situation zu finden und Wege zu einem gerechten Frieden zu finden." Kardinal Matteo Zuppi traf sich kurz mit dem ukrainischen Präsidenten und schließlich mit dem Patriarchen von Moskau.

AMERIKA

Das US-Militär ist in Sachen Raumfahrt vom chinesischen Militär deutlich überfordert

Das *Mitchell Institute for Aerospace Studies* hat einen Bericht mit dem Titel "*Building U.S. Space Force Counterspace Capabilities: An Imperative for America's Defense*" veröffentlicht. Er postuliert, dass die Verteidigungsmittel der US-Luft- und Raumfahrt eindeutig unzureichend sind.

„China hat ein offensives Weltraumarsenal aufgebaut, das bodengestützte Raketen umfasst, die Satelliten auf allen Umlaufbahnen treffen können, Satelliten mit Roboterarmen, die manövrieren und andere zerquetschen können, Laser und Störsender, die Satelliten stören oder beschädigen können, und Cyberwaffen, die fähig sind, Satelliten-Bodenverbindungen zu kappen.

Durch den Angriff auf US-Weltraumsysteme könnte China die allgemeine Fähigkeit des US-Militärs, zu sehen, zu kommunizieren, zu navigieren, Macht zu projizieren, zu befehligen und zu kontrollieren, verringern."

Die Prüfung der US-Rüstungsausgaben in der Ukraine durch *The Grayzone* wurde dem Sicherheitsrat vorgelegt

Max Blumenthal, Herausgeber von *The Grayzone* und Sohn eines Clinton-Beraters, sagte vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aus. Er stellte seine Prüfung der US-Rüstungsausgaben für die Ukraine vor.

Er wies darauf hin, dass nur 30 Prozent der US-Militärhilfe für die Ukraine im Land ankommen. "Wo sind die anderen 70%? Niemand weiß es", sagte er (Quelle: S/PV.9364).

Oberster Gerichtshof der USA demontiert progressistische Politik

Der Oberste Gerichtshof der USA hat die Praxis der *Affirmative Action* in den Zulassungsprogrammen einiger Universitäten

für verfassungswidrig erklärt. Er sagte, eine christliche Grafikerin habe das Recht, sich trotz Antidiskriminierungsgesetzen zu weigern, Ehe-Websites für gleichgeschlechtliche Paare zu erstellen. Schließlich blockierte das Gericht den Plan der Biden-Regierung, einen Teil der Schulden einkommensschwacher Studenten zu erlassen.

Richter Terry Doughty verbietet der Bundesregierung, soziale Medien aufzufordern, Argumente oder Meinungen zu zensieren

Richter Terry Doughty hat als Reaktion auf die Beschwerde der Generalstaatsanwälte von Louisiana und Missouri aus dem Jahr 2022 eine einstweilige Verfügung gegen etwa 30 Persönlichkeiten erlassen. Er verbot der Bundesregierung, mit sozialen Medien zusammenzuarbeiten, um eine "geschützte Meinungsäußerung" zu etablieren.

Zu den in der Anordnung genannten Beispielen für Zensur gehören Meinungen zu Anti-Covid-Maßnahmen und dem Tragen von Masken, Theorien über den Ursprung des Virus, die Impfanforderungen, die Integrität der Wahl 2020, die Politik von Präsident Joe Biden und der Laptop seines Sohnes Hunter Biden.

Die Sprecherin des Weißen Hauses, Karine Jean-Pierre, kommentierte: "Wir werden weiterhin verantwortungsvolles Handeln fördern ... um sicherzustellen, dass wir die öffentliche Gesundheit schützen, um Sicherheit und Schutz zu gewährleisten."

Die *New York Times* bedauerte eine Verfügung, die "die Bemühungen zur Bekämpfung von Desinformation einschränken könnte".

Joe Biden und die Entlassung des ukrainischen Generalstaatsanwalts

Ein Detektiv erhielt aus dem Nationalarchiv eine Planungs-E-Mail des Weißen Hauses, die am 26. Mai 2016 vom Assistenten des Vizepräsident Joe Biden gesendet wurde. Darin heißt es, dass Herr Biden ein Telefongespräch

mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko führen sollte. Aus irgendeinem Grund wurde diese E-Mail an den Sohn des Vizepräsidenten, Hunter Biden, geschickt.

Zwei Monate später wurde der ukrainische Generalstaatsanwalt Viktor Schokin entlassen. Während einer Debatte im *Council of Foreign Relations* prahlte Joe Biden damit, dass er diese Entlassung erwirkt habe, indem er Präsident Poroschenko gedroht habe, die seinem Land versprochene Milliarde Dollar nicht zu zahlen, wenn er sich nicht daran halte. Dieser Staatsanwalt untersuchte die Aktivitäten von Burisma Holdings, deren Direktor Hunter Biden war.

Joe Biden hat stets bestritten, von den Aktivitäten seines Sohnes gewusst zu haben.

"Putin zur Kasse bitten"

Der ehemalige Schachweltmeister Garri Kasparow, Präsident der *"Renew Democracy Initiative"*, startete im April die Kampagne *"Putin zahlen lassen"*. Er bat die Anwaltskanzlei Kaplan Hecker & Fink LLP, ihren Plan zur Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte im Westen zu aktualisieren.

Die [Arbeit](#) wurde auf der Konferenz für den Wiederaufbau der Ukraine in London vorgestellt wurde.

Die *Renew Democracy Initiative* und Kaplan Hecker & Fink LLP waren bereits in das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Donald Trump verwickelt, weil er die Ukraine aufgefordert hatte, die illegalen Aktivitäten von Burisma Holding und Hunter Biden zu untersuchen.

Russland bereit, US-Spion zu befreien, der Wagner infiltriert hat

Die Vereinigten Staaten und Russland haben Verhandlungen über die gleichzeitige Freilassung von Wladimir Dunajew und Evan Gerschkowitsch aufgenommen. Der erste ist ein russischer Staatsbürger, der in Südkorea

festgenommen und an die USA ausgeliefert wurde. Er wird beschuldigt, die Trickbot-Software entwickelt und damit Unternehmen erpresst zu haben. Der zweite ist ein Reporter des *Wall Street Journal*. Er wurde wegen Spionage verhaftet, als er Kontakt zu Mitgliedern der Wagner-Gruppe von Jewgeni Prigoschin aufnahm.

Robert Malley vom Außenministerium entbunden

Robert Malley, der Sondergesandte des US-Außenministeriums für den Iran, wurde von seinen Aufgaben entbunden. Es scheint, dass er beschuldigt wird, Informationen über geheime Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran an die israelische Presse weitergegeben zu haben.

Robert Malley ist ein ehemaliger Mitarbeiter von George Soros. Er ist gegen die Netanyahu-Regierung.

Gleichzeitig erfahren wir, dass Daniel Shapiro, derzeitiger US-Botschafter in Israel und persönlicher Freund von Benjamin Netanjahu, ernannt wird, um die Umsetzung des Abraham-Abkommens zu überwachen.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- Deutsch ;
- Englisch ;
- Spanisch ;
- Französisch ;
- Italienisch ;
- Holländisch.

Bolivien holt seinen Rückstand beim Lithiumabbau auf

Das chinesische Unternehmen *Citic Guoan* und das russische Unternehmen *Uranium One*, zwei halbstaatliche Unternehmen, werden sich mit dem börsennotierten Unternehmen *Yacimientos de Litio Bolivianos* (für 857 Millionen Euro) zusammenschließen, um (in Höhe von 532

Millionen Euro) zwei Anlagen zur Herstellung von 100.000 Tonnen Lithiumcarbonat pro Jahr zu bauen, und zwar ab 2025.

Die britischen Geheimdienste hatten den [Sturz von Evo Morales](#) organisiert, um sich bolivianisches Lithium anzueignen. Doch dieser Putsch war nicht von Dauer.

Die britische Justiz blockiert weiterhin Venezuelas Gold

Das Londoner Berufungsgericht hat eine Berufung der venezolanischen Zentralbank zurückgewiesen. Venezuela hat nach wie vor keinen Zugang zu seinen auf der *Bank of England* hinterlegten Goldreserven, gemäß einem Urteil des Obersten Gerichtshofs vom 29. Juli 2022.

Damals erkannte die britische Regierung Nicolás Maduro nicht als Präsidenten Venezuelas an, sondern dessen Oppositionsführer Juan Guaidó. Heute erkennt sie diesen jedoch nicht mehr an. Das Berufungsgericht war jedoch der Ansicht, dass die Ernennungen von "Präsident" Guaidó nicht in Frage gestellt wurden.

Dieses Gold wurde in England deponiert, um venezolanisches Öl während seines Transports zu garantieren. Die Blockade verbietet Caracas weiter, seinen Ölhandel zu betreiben.

EUROPA

Die britische Justiz gegen das Gesetz zur Überstellung illegaler Einwanderer

Das Londoner Berufungsgericht war der Meinung, dass "es ernsthafte Gründe für die Annahme gäbe, dass nach Ruanda geschickte Leute in ihr Herkunftsland, zurückgeschickt werden könnten, von dem sie geflohen waren, selbst wenn sie gute Gründe haben, Asyl zu beantragen". Daher ist das britische Gesetz über die Überstellung illegaler Einwanderer nach Ruanda illegal.

Ein Bericht versichert, dass sich die Kosten für eine Überstellung auf 169.000 Pfund pro

illegalem Einwanderer belaufen werden. Das Gesetz sieht vor, dass es nicht möglich sein wird, im Vereinigten Königreich Asyl zu beantragen, sondern nur in Konsulaten vor der Einreise in das Königreich,

Justin Welby, Erzbischof von Canterbury und Primas der anglikanischen Kirche, verurteilte das Gesetz als eine Politik, die er als "unmoralisch und beschämt unser Land" bezeichnete.

Der Orkney-Archipel beantragt seinen Anschluss an Norwegen

Die Orkney-Inseln sind der Ansicht, dass sie sowohl von Schottland als auch von London aufgegeben wurden. Sie fordern ihren Anschluss an Norwegen. Letzteres weigert sich, Stellung zu beziehen und versichert, dass es sich um ein innerstaatliches Problem Großbritanniens handle.

Der norwegische Kronprinz Haakon und Kronprinzessin Mette-Marit statteten den Orkney-Inseln 2017 einen offiziellen Besuch ab.

Unruhen in Frankreich

In Frankreich kam es nach dem Tod eines jungen Mannes, der von einem Polizisten getötet wurde, eine Woche lang zu Unruhen. Eine Untersuchung ist im Gange, um die Umstände der Tragödie zu ermitteln. In jedem Fall diente sie als Auslöser für städtische Unruhen in mehr als 300 Gemeinden. Am 6. Juli wurden 5892 Fahrzeuge in Brand gesetzt, 12202 Mülltonnenbrände verübt, 1105 Gebäude niedergebrannt, verunstaltet oder geplündert, 269 Angriffe auf Polizeistationen oder Gendarmerien verübt, 5800 Geschäfte geplündert und 808 Polizisten verletzt. 3486 Menschen wurden in Gewahrsam genommen. Der Schaden würde sich auf mehr als 1,6 Milliarden Euro belaufen.

Ein 54-jähriger Mann starb nach Angaben der Polizei in Guyana, als er von einer verirrten Kugel getroffen wurde, die von einem Randalierer abgefeuert wurde.

In einer beispiellosen Aktion griffen Randalierer gewählte Amtsträger an und brannten 210 Schulen nieder. Mindestens ein Drittel der Randalierer waren Minderjährige. Sie zeigten große Entschlossenheit und griffen alle Symbole des Staates und Geschäfte an. Die Jungen griffen die Gebäude an und wurden von den Mädchen begleitet, um sie zu plündern.

Der Polizist, der den jungen Mann getötet hatte, wurde in Untersuchungshaft genommen. Eine Spendenaktion wurde gestartet, um seiner Familie zu helfen. In wenigen Tagen sammelte sie mehr als 1 Million Euro.

Präsident Emmanuel Macron hat erklärt, seine Regierung erwäge, die sozialen Medien abzuschalten, wenn weitere Unruhen ausbrechen.

Die angelsächsische Presse vergleicht diese Unruhen mit jenen nach dem Tod von George Floyd in den USA. Sie projiziert den amerikanischen Rassismus auf die Franzosen und glaubt, in der französischen Polizei die gleiche Gewalt zu erkennen wie in ihrer eigenen.

In Wirklichkeit scheinen diese Unruhen die Folge des Zusammenbruchs des Nationalen Bildungswesens zu sein. Junge Leute, die die Wertlosigkeit dieser Institution feststellten, griffen die Schulen an. Es war, als ob eine Generation versuchte, die Macht mit Gewalt an sich zu reißen.

Emmanuel Macron verschiebt seine Reise nach Deutschland

Unruhen, die mehr als 300 französische Städte erschütterten, zwangen Präsident Emmanuel Macron, seinen geplanten dreitägigen Besuch in Deutschland zu verschieben.

Im März hatte der Elysée-Palast bereits den Frankreich-Besuch des britischen Herrschers Charles III. wegen Streiks und Demonstrationen, die das Land im Rahmen der Rentenreform erschütterten, absagen müssen.

Die Aufhebung der parlamentarischen Immunität der katalanischen Separatisten bestätigt

Der Gerichtshof von Luxemburg hat den Antrag der drei spanischen Europaabgeordneten Carles Puigdemont, Antoni Comin und Clara Ponsati, die die Aufhebung ihrer parlamentarischen Immunität beantragt hatten, zurückgewiesen.

Die drei katalanischen Separatisten, weit davon entfernt ihre Niederlage einzugestehen, haben jedoch angekündigt, Zeit gewinnen zu wollen und gegen diese Entscheidung Berufung einzulegen.

Giorgia Meloni glaubt, dass Frankreich Afrika ausbeute

Während einer Sendung von *La 7* am 19. Januar 2019 erklärte Giorgia Meloni, die zukünftige italienische Premierministerin: "50% von allem, was Burkina Faso exportiert, landet in... dem französischen Finanzministerium", dann schwang sie CFA-Francs-Banknoten, indem sie sie als "Kolonialwährung" bezeichnete. Sie schloss mit den Worten: "Die Lösung besteht nicht darin, Afrikaner nach Europa zu bringen, sondern darin, Afrika von einigen Europäern zu befreien, die es ausbeuten."

Die deutsche Vision einer europäischen Verteidigung

Die [Münchener Sicherheitskonferenz](#) hat einen Bericht zur Europäischen Verteidigung veröffentlicht. Er plädiert für die Schaffung eines gemeinsamen Rüstungsmarktes in der Europäischen Union. Es geht darum, unter dem "amerikanischen Dach" zu arbeiten und nicht um eine unabhängige Verteidigung zu organisieren. Dieses Projekt hat eine verblüffende Ähnlichkeit mit der ersten Phase der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft der 1950er Jahre.

Eröffnung eines Büros zur Untersuchung russischer Verbrechen in der Ukraine

Das Internationale Zentrum für die Verfolgung des Verbrechens der Aggression gegen die Ukraine (ICPA) hat in Den Haag seine Türen geöffnet. Es vereint Staatsanwälte aus Kiew, der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten und dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH).

Es ist nur ein Ermittlungsbüro, kein Gericht. Es ist nicht bekannt, welches Recht bei der Bildung eines Gerichts angewendet werden könnte.

Autodafé des Korans in Schweden

In Stockholm, am Tag des Eid al-Kebir, jonglierte ein irakischer Flüchtling, Salwan Momika, mit dem *Koran*, bevor er ihn in Brand steckte, und dann hinter einer Sicherheitsabspernung seinen Fuß daraufsetzte.

Der Irak forderte seine Auslieferung, während ein Mob die schwedische Botschaft in Bagdad angriff.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan sagte im Fernsehen: "Wir werden dem arroganten Westen schließlich beibringen, dass die Beleidigung von Muslimen keine Meinungsfreiheit ist." Angesichts dieses Autodafés lehnt Ankara den NATO-Beitritt Schwedens weiterhin ab. Marokko rief seinen Botschafter in Stockholm zurück und verurteilte einen "beleidigenden und unverantwortlichen" Akt.

Bereits am 21. Januar zündete ein schwedisch-dänischer Extremist ein Exemplar des Korans an und löste damit eine erste diplomatische Krise mit Ankara aus.

Schweden kämpfte gegen die Verbreitung von Informationen über ukrainische integrale Nationalisten

Die schwedische Agentur für psychologische Verteidigung, eine Behörde des Verteidigungsministeriums, hat von Beginn der

russischen Militäroperation an der ukrainischen Regierung Analysen und Ratschläge gegeben.

Die Agentur sagte, sie habe geholfen, russische Desinformation zu bekämpfen.

Sie hütete sich jedoch, konkrete Beispiele für diese Fehlinformationen zu nennen. Sie scheint dazu beigetragen zu haben, Informationen über "integrale Nationalisten" zu unterdrücken.

Viktor Orbán konstatiert das Scheitern des Projekts der Europäischen Union

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban hat am 29. Juni in Brüssel erklärt, dass die Europäische Union die Mitgliedstaaten um zusätzliche Milliarden Euro bittet, darunter 50 Milliarden für die Ukraine, sich aber weigert, offenzulegen, was sie mit ihrem vorherigen Haushalt gemacht hat. Er warf der Kommission vor, die Europäische Union in den Bankrott getrieben zu haben.

„Die Europäische Union wurde aus zwei Gründen gegründet. Der erste ist der Frieden, und jetzt tobt dort ein Krieg. Der zweite ist der Wohlstand, aber heute gibt die Wirtschaft immer mehr Grund zur Sorge“, schloss er.

Spaniens sechsmonatiger EU-Ratsvorsitz

Spanien hat am 1. Juli turnusgemäß die EU-Ratspräsidentschaft übernommen.

Premierminister Pedro Sánchez bereitet sich darauf vor, die Moncloa bei den nächsten Parlamentswahlen zu verlassen. Es ist nicht das erste Mal, dass nationale Wahlen die europäischen Institutionen stören.

Spanien hat angekündigt, die Unterstützung der Ukraine vorerst ganz oben auf seine Prioritäten zu setzen. Dann die Entwicklung des Handels mit Lateinamerika im Allgemeinen und dem Mercosur im Besonderen. Der wahrscheinliche Sieg der spanischen rechten Koalition sollte daran nichts ändern.

EVP fordert Pause beim Green-Deal der EU

Mehrere Staats- und Regierungschefs der Europäischen Volkspartei (EVP) haben ihre Amtskollegen im Europäischen Rat schriftlich aufgefordert, eine Pause in der ökologischen Agenda der Europäischen Union einzulegen. Sie argumentieren, dass der Krieg in der Ukraine enorme Kosten verursacht habe und dass es nicht möglich sei, alles zu erreichen, was im verabschiedeten Green Deal vorgesehen war.

Die Unterzeichner sind: Nikos Christodoulides (Zypern), Krisjanis Karins (Lettland), Ulf Kristersson (Schweden), Kyriakos Mitsotakis (Griechenland), Karl Nehammer (Österreich), Petteri Orpo (Finnland), Andrej Plenkovic (Kroatien) und Leo Varadkar (Irland).

Die EVP kämpft im Parlament für die Wiederherstellung der Natur und die Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden; zwei Teile des Green Deal von Präsidentin Ursula von der Leyen.

Europäische Kommission wird alle Ausschreibungen im Verteidigungsbereich in Europa mit 20 % subventionieren

Das Europäische Parlament und der Rat haben sich darauf geeinigt, eine Einrichtung zu schaffen, die die Ausschreibungen der Mitgliedstaaten im Verteidigungsbereich verwaltet.

Nur Industrielle, die in der EU oder der EFTA (d. h. Island, Liechtenstein und Norwegen) niedergelassen sind, können sich um diese öffentlichen Aufträge bewerben.

Die Kommission wird alle diese Aufträge mit 20 % subventionieren.

EU will beschlagnahmte russische Vermögenswerte konfiszieren

Die Europäische Union sollte eine Steuer einführen, um die Erträge aus eingefrorenen

Voltaire-Netzwerkanalyse

"Russische und westliche Geheimdienste angesichts der Rebellion von Jewgeni Prigoschin", von Thierry Meyssan

Als Jewgeni Prigoschin mitten im Krieg rebellierte, um die ihm anvertrauten Güter in eigenem Namen zu behalten, gefährdete er den Zusammenhalt seines Landes. Dieser Fall, der dramatisch hätte enden können, ging jedoch gut aus. Unabhängig von dieser Initiative hatten die westlichen und russischen Geheimdienste unabhängig voneinander antizipiert, welche Vorteile sie aus der Situation ziehen könnten.

russischen Vermögenswerten zu konfiszieren. Im Moment ist nur Deutschland dagegen.

Ukraine versucht, Michail Saakaschwili zu schützen

Michail Saakaschwili, ehemaliger georgischer Präsident (2004-13), wurde aus dem Gefängnis geholt und erschien vor einem Gericht in Tiflis. Er wurde wegen "Machtmissbrauchs" zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Jahr 2008 begann er einen Krieg gegen Südossetien.

Bei der Anhörung hob er sein T-Shirt an und zeigte seine Brust mit entblößten Rippen und einem ausgehöhlten Bauch.

Im Jahr 2015 hatte er die ukrainische Staatsbürgerschaft erworben und ist von Präsident Petro Poroschenko zum Gouverneur von Odessa ernannt worden. Er verwarf sich jedoch bald mit ihm und trat zurück.

Die Selenskyj-Regierung hat den georgischen Botschafter in Kiew aufgefordert, die Ukraine innerhalb von 48 Stunden zu verlassen.

Attentatsversuch auf den Gouverneur der Krim

Die Ukraine hat ein Attentat auf den Gouverneur der Krim, Sergej Aksjonow, organisiert. Dabei stützte sie sich auf einen

russischen Staatsbürger, den sie im Umgang mit Sprengstoff ausgebildet hatte.

Die Krim war von 1991 bis 2014 ukrainisch. Ihre Bürger wurden russisch, als die Krim in einem Referendum den Anschluss an die Russische Föderation beantragte.

Michel McFaul zeigt, wie man Russland seiner Raketen beraubt

Die westlichen Sanktionen gegen Russland werden seit April 2022 durch den ehemaligen US-Botschafter in Moskau, Michael McFaul, vom Freeman-Spogli-Institut für Internationale Studien an der Universität Stanford aus, koordiniert. Er kam nach Kiew, um seinen letzten Bericht an Andrij Jermak, den Direktor der Präsidentschaftsverwaltung, zu übergeben.

Der [Bericht](#) untersuchte 1057 ausländische Komponenten russischer Militärausrüstung. Er stellte fest, dass sie von 155 Unternehmen hergestellt werden. Die Ukraine hat diese Liste an die NATO-Mitglieder übermittelt, damit weitere Sanktionen gegen sie verhängt werden.

Laut Michael McFaul wäre ein Lieferstopp an Russland gleichbedeutend mit dem Entzug seiner Raketen.

Prügel für eine Journalistin nach Prozess einer Ramsan Kadyrow- Gegnerin

Die Journalistin Elena Milaschina (Nowaja Gaseta) und der Anwalt Alexander Nемов wurden verprügelt, als sie über den Prozess gegen die Mutter zweier Gegner des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow berichteten. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow verurteilte einen "sehr ernsten Angriff, der energische Maßnahmen erfordert".

AFRIKA

Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Ägypten und der Türkei

Ägypten und die Türkei haben ihre diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen. Sie wurden beim Sturz von Präsident Mohammed Mursi im Jahr 2013 unterbrochen.

Nach Angaben der Muslimbruderschaft, der Türkei und des Westens war Mohammed Mursi demokratisch gewählt worden, aber massive Demonstrationen hatten die Armee aufgefordert, ihn zu stürzen. Ein [Dokument](#) wurde jedoch veröffentlicht, das Mursis Wahl als Betrug bescheinigte: Die Muslimbruderschaft hatte gedroht, Mitglieder der Wahlkommission und ihre Familien zu töten, wenn sie ihn nicht zum Präsidenten ausriefen.

Verwirrung im Senegal

Während Ousmane Sonko zu 2 Jahren Haft verurteilt wurde (*Newsletter* 44), aber immer noch nicht inhaftiert ist, hat der senegalesische Präsident Macky Sall seine Kandidatur für eine dritte Amtszeit aufgegeben.

Die UNO wird sich aus Mali nicht in sechs Monaten zurückziehen können

Der Fünfte Ausschuss für Verwaltungs- und Haushaltsfragen der Vereinten Nationen hat erklärt, dass es unmöglich sei, das gesamte MINUSMA-Personal innerhalb von sechs Monaten abzuziehen, wie dies kürzlich vom Sicherheitsrat beschlossen wurde. Es verfügt über 12420 Uniformierte, 4313 Zivilisten und 12000 Stück schweres Gerät. MINUSMA hat jedoch nur 590 Millionen US-Dollar, um seinen Rückzug zu organisieren.

Mali war es gerade gelungen, die französischen Truppen zu vertreiben, wird aber noch lange jene der UNO ertragen müssen.

ASIEN

Benjamin Netanjahu ändert sein Justizreformprojekt

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu sagte dem *Wall Street Journal*, dass er die Pläne aufgäbe, die der Knesset erlauben, Urteile des Obersten Gerichtshofs außer Kraft zu setzen. Es gäbe also keinen Grund mehr, ihm einen "Justizputsch" vorzuwerfen.

Das ändert jedoch nichts. Der Premierminister plant, dem Obersten Gerichtshof sein Argument der "Angemessenheit" zu entziehen, das er immer dann verwendete, wenn er die Regierungspolitik zensierte.

Man denke daran, dass die Reform der israelischen Institutionen im Schatten des US-amerikanischen Straussianers [Elliott Abrams](#) geleitet wird.

Im selben Interview sagte Benjamin Netanjahu: "Wenn dieses System [der *Iron Dome*] in die Hände des Iran fallen würde, dann wären Millionen von Israelis wehrlos und in Gefahr." Infolgedessen wird Israel ihn trotz der Forderungen der Biden-Regierung nicht an die Ukraine ausliefern.

Der ehemalige Premierminister Naftali Bennett und der ehemalige Verteidigungsminister Benny Gantz hatten gesagt, dass israelische Waffen niemals an "Mörder von Juden" (d.h. an ukrainische "integrale Nationalisten") geliefert werden sollten.

Polizeikommandant von Tel Aviv tritt zurück

Der Polizeikommandant des Bezirks Tel Aviv, Ami Eshed, zog es vor, zurückzutreten, anstatt die Proteste der Opposition blutig zu unterdrücken. Eine neue Demonstration versammelte sich, um ihn zu unterstützen. Sie wurde von der Polizei brutal unterdrückt und verursachte 14 Schwerverletzte.

Knesset genehmigt Inhaftierung von Minderjährigen zwischen 12 und 14 Jahren

Die Knesset billigte mit 44 gegen 28 Stimmen ein Gesetz, das Gefängnisstrafen für Minderjährige zwischen 12 und 14 Jahren vorsieht, die an "terroristischen" Handlungen beteiligt sind, die mindestens ein Tötungsdelikt verursacht haben.

Israel startet Strafexpedition im Westjordanland

Israel hat eine groß angelegte Operation gegen den Widerstand in Dschenin (Westjordanland) gestartet. Etwa ein Tausend Soldaten nahmen daran teil. Ein Israeli und 12 Palästinenser starben. Weitere 3000 flohen aus der Stadt. Es gibt eine große Zerstörung von Straßen und Häusern.

Tel Aviv versucht, eine Transformation des Westjordanlandes nach dem Vorbild des Gazastreifens zu verhindern. Angriffe gegen den Widerstand, wenn sie vorübergehend Netzwerke zerstören, verstärken diese jedoch nur auf lange Sicht.

Australien, Kanada und Großbritannien verurteilen Israels Politik

Die Außenminister Australiens, Kanadas und des Vereinigten Königreichs gaben eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie bekräftigten, dass ihre Staaten über den Bau von mehr als 5700 neuen Siedlungseinheiten im Westjordanland besorgt sind. Die drei Staaten bekräftigten ihre Verurteilung der verwerflichen und anhaltenden Gewalt israelischer Siedler gegen Palästinenser.

UNO besorgt über "vermisste Syrer"

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen nahm mit 82 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 62 Enthaltungen einen Antrag zur Schaffung einer unabhängigen Institution zur Untersuchung des Schicksals der vermissten

Personen in der Arabischen Republik Syrien in den 80er Jahren an.

Alle arabischen Staaten stimmten dagegen, mit Ausnahme von Katar und Kuwait.

Geringere Ölproduktion und -exporte

Saudi-Arabien hat angekündigt, die Reduzierung seiner Ölproduktion von einer Million Barrel pro Tag weiter zu verlängern.

Russland hat angekündigt, seine Exporte (nicht die Produktion) im August um 500 000 Barrel pro Tag zu kürzen.

Katar foltert französisch-algerischen Lobbyisten

Im Büro von Rachida Dati, der ehemaligen französischen Justizministerin und Bürgermeisterin des siebten Arrondissements von Paris, sowie in den Büros der Rechtsanwälte Francis Szpiner, Renaud Semerdjian und Olivier Pardo wurde eine Durchsuchung durchgeführt. Die Polizei suchte nach Dokumenten über die Entführung des Lobbyisten Tayeb Benabderrahmane in Katar, der Folter erlitten hatte und ein Versprechen unterschreiben musste.

Tayeb Benabderrahmane hatte, Berichten zufolge, Beweise für Katars Korruption von Funktionären des Fußballverbands bei der Organisation der Weltmeisterschaft 2022.

Türkei unterstützt Russland

Nach Angaben des *Wall Street Journal* haben seit Beginn der Sonderoperation in der Ukraine hundert russische Frachtschiffe in der Türkei Halt gemacht.

Die Türkei ist das einzige Nato-Mitglied, das nicht mit Maßnahmen gegen Russland vorgegangen ist. Washington droht, seine einseitigen Zwangsmaßnahmen (von der US-Propaganda missbräuchlich als "Sanktionen" bezeichnet) gegen türkische Unternehmen, die

mit Russland unter Verstoß gegen sein Embargo Handel treiben, auszuweiten.

Disney feiert das hundertjährige Bestehen der türkischen Republik

Disney hat eine Serie zum Ruhm von Mustafa Kemal Atatürk gedreht. Sie wird ab dem hundertsten Jahrestag der türkischen Republik am 29. Oktober, 2023 ausgestrahlt.

Wenn das Ereignis von vielen türkischen Organisationen begrüßt wird, wird es von armenischen und kurdischen Gruppen als Entschuldigung eines Verbrechers angeprangert.

Erratum

- In einigen Ausgaben des *Newsletter* 45 haben wir darauf hingewiesen, dass die NATO ihre Zusammenarbeit mit den vier wichtigsten Partnern im indopazifischen Raum vertiefen wird. Diese sind Australien, Japan, Südkorea und Neuseeland.
- In einigen Ausgaben von *Newsletter* 46 verschwand ein Satz, in dem wir darauf hinweisen wollten, dass die Türkei gegen NATO-Pläne ist, die eine schnelle Eingreiftruppe auf den britischen Stützpunkten in Zypern vorsehen. In der Tat besetzt Ankara den Norden der Insel.

Die Volksmudschaheddin bringen immer noch politische Persönlichkeiten aus der Welt zusammen

Die Massendemonstration der Volksmudschaheddin, die in Paris verboten wurde, verwandelte sich in eine Videokonferenz am Hauptsitz der Sekte in Auvers-sur-Oise und eine genehmigte Demonstration auf *Place Vauban*.

Zu den Rednern der Videokonferenz gehörten Mike Pence (ehemaliger US-Vizepräsident), Stephen Harper (ehemaliger Premierminister Kanadas), Guy Verhofstadt (ehemaliger Premierminister Belgiens), Rita Süssmuth (ehemalige Präsidentin des Deutschen

Bundestages), John Bercow (ehemaliger Sprecher des britischen Unterhauses), Botschafter John Bolton und General James Jones (ehemalige Berater des US-Präsidenten). Michèle Alliot-Marie, Bernard Kouchner und Hubert Védrine (ehemalige französische Außenminister), Senator Giulio Terzi (ehemaliger italienischer Außenminister), John Baird (ehemaliger kanadischer Außenminister), Dr. Liam Fox (ehemaliger britischer Verteidigungsminister), US-General Wesley Clark (ehemaliger Befehlshaber der Nordatlantikpakt-Organisation) und US-Senator Joseph Lieberman.

IAEO interveniert bei Fukushima

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) hat die Ableitung von Wasser aus dem zivilen Kernkraftwerk Fukushima gegen den Widerstand japanischer, südkoreanischer und chinesischer Verbände genehmigt. Sie garantierte, dass die Wasserverschmutzung unter den internationalen Standards lag. Die IAEO stützte sich jedoch auf Dokumente, die von der japanischen Regierung zur Verfügung gestellt wurden, und führte keine eigene Untersuchungen durch.

"Die IAEO ist keine Behörde, die die Gesundheit und die Umwelt der Menschen analysiert. Es ist eine Agentur, die der Erzeugung von Kernenergie Bedeutung beimisst (...). Die Ergebnisse ihrer Untersuchung können nur unglaublich sein", sagte Park Kwang-on, Vorsitzender der DPK-Fraktion im koreanischen Parlament.

Südkorea hat angekündigt, das Importverbot für Meeresfrüchte aus Fukushima aufrechtzuerhalten, bis die gesundheitliche Sicherheit wissenschaftlich bestätigt ist.

Treffen zwischen Japan und Südkorea

Der japanische Premierminister Fumio Kishida und der südkoreanische Präsident Yoon Suk-yeol werden am Rande des NATO-Gipfels in Vilnius (Litauen) erwartet.

Der chinesische Außenminister Wang Yi kommentierte die Ankündigung auf einem trilateralen Forum: "Egal, wie blond wir unsere Haare färben, oder wie wir unsere Nasen operieren lassen, wir werden niemals Europäer oder Amerikaner werden, wir können niemals Abendländern gleichen. Wir müssen wissen wo unsere Wurzeln sind."

Wang forderte Japan und Süd-Korea auf, "mit China zusammen zu arbeiten, zusammen zu gedeihen, Ostasien aufleben zu lassen, Asien zu fördern and der Welt zu nutzen."

Eskalation zwischen USA und China

Die Vereinigten Staaten, Japan und die Niederlande haben einige Exporte verboten, um die Lieferung an China fortschrittlicher Halbleiter einzuschränken.

Als Vergeltung hat China Exportbeschränkungen für Gallium und Germanium, zwei seltene Erden, verhängt.

Laut dem *Wall Street Journal* erwägt die Biden-Administration eine Eskalation. Berichten zufolge beabsichtige er, den Zugang chinesischer Unternehmen zu US-Cloud-Diensten mithilfe fortschrittlicher Chips für künstliche Intelligenz einzuschränken.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Vanessa Kerry zur "Sonderkommissarin der WHO für Klimawandel und Gesundheit" ernannt

Dr. Vanessa Kerry ist zur "[Sonderbeauftragten für Klimawandel und Gesundheit](#)" der Weltgesundheitsorganisation ernannt worden.

Sie ist die Tochter von John Kerry, dem ehemaligen Außenminister und jetzigen Sondergesandten für den Klimawandel unter Präsident Joe Biden. Während ihres Studiums auf Harvard und in London absolvierte sie ein Praktikum bei der *Global Alliance for Vaccines and Immunization* der Bill and Melinda Gates

Foundation. In Zusammenarbeit mit dem *U.S. Peace Corps* war sie Mitbegründerin eines internationalen medizinischen Hilfsprogramms, das bereits in Malawi, Uganda, Sierra Leone und Sambia aktiv ist, genannt Seed Global Health.

Jens Stoltenberg erneut zum NATO-Generalsekretär ernannt

Die Rivalitäten zwischen den Kandidaten für das NATO-Generalsekretariat scheinen unüberwindbar. Viele Mitgliedstaaten lehnten die Kandidatur der stellvertretenden kanadischen Premierministerin, der "ukrainischen integralen Nationalistin" Chrystia Freeland, ab. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, lehnte den Posten ab. Am Ende wurde Jens Stoltenberg für ein weiteres Jahr wiederbestellt.

Iran, Vollmitglied der SCO

Der Online-Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, der in New York stattfand, hat den Iran offiziell als Vollmitglied aufgenommen.

Türkei übernimmt für sechs Monate den Vorsitz der BSEC

Die Türkei hat am 1. Juli 2023 für eine sechsmonatige Amtszeit den derzeitigen Vorsitz der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (BSEC) übernommen. Die BSEC hat 12 Mitglieder, darunter Russland und die Ukraine, und hat ihren Hauptsitz in Istanbul.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltage.net.org

46 Ausgaben pro Jahr.

Jahresabonnement : 150 Euro

Monatsabonnement : 15 Euro

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°49 - 14. Juli 2023

LEITARTIKEL

Die Kakophonie des NATO-Gipfels

Die Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) hat am 11. und 12. Juli in Vilnius (Litauen) das jährliche Gipfeltreffen ihrer Staats- und Regierungschefs abgehalten. Neben den Mitgliedstaaten nahmen die Ukraine und vier assoziierte Staaten aus dem indopazifischen Raum (Australien, Südkorea, Japan und Neuseeland) teil.

Die Bündnispartner billigten die Verteidigungspläne für Friedenszeiten, verpflichteten sich Investitionen der Verteidigung zu verstärken, unternahmen Schritte, um die Ukraine näher an das Bündnis heranzuführen, und stärkten die Partnerschaften mit den Ländern des indopazifischen Raums.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj setzte seine Lobbyarbeit für die NATO-Mitgliedschaft seines Landes gleich nach seiner Ankunft in Vilnius fort. Insbesondere schenkte er Litauen eine ukrainische Flagge von Bachmut. Für ihn ging es vor allem darum, vom Scheitern seiner "Gegenoffensive" abzulenken.

Darüber hinaus wurde die Ukraine, wie bereits von US-Präsident Joe Biden angekündigt, nicht in das Bündnis aufgenommen, aber es wurden ihr Sicherheitsgarantien für das Ende des laufenden Krieges versprochen. In der Vergangenheit war diese Art von Versprechen eine elegante Möglichkeit für Kolonialstaaten, eine Ablehnung auszudrücken. Die Bündnispartner haben auch nicht festgelegt, ob diese Sicherheitsgarantie mit derjenigen vergleichbar wäre, die Israel (eine militärische Unterstützung) oder Südkorea (physische Präsenz der GI's) gewährt wird. Die erste Lösung würde für Russland ein Dorn im Auge sein, während die zweite eine Weltteilung verankern würde, die mit der des Kalten Krieges vergleichbar ist.

Ein Wortwechsel entstand zwischen Präsident Selenskyj und dem britischen Verteidigungsminister Ben Wallace, der daraufhin wies, dass die Ukraine nie die geringste Dankbarkeit für die Hilfe zeigt, die sie erhält.

Die Überraschung ergab sich aus der Tatsache, dass die Ankündigung der Politik gegenüber der Ukraine nicht innerhalb der NATO erfolgte, sondern durch einen spontanen Gipfel der G7 (in Anwesenheit Japans); eine Intervention, die de facto eine Ausdehnung der NATO auf den Indopazifik widerspiegeln könnte. Es sei denn, sie veranschauliche die Spaltung der Mitgliedstaaten in dieser Frage und die Unmöglichkeit der Vereinigten Staaten, Ordnung unter ihren Verbündeten aufrechtzuerhalten (...)

(...) Als Trostpreis hat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan sein Veto gegen die Mitgliedschaft Schwedens aufgehoben, was als Fallenlassen von Russland durch Ankara angesehen wird. Daran ändert sich jedoch nicht viel, da Moskau nicht die Absicht hat, Stockholm anzugreifen, und Ankara seine industrielle Unterstützung für Moskau fortsetzt. Die Türkei schlug Kapital aus ihrem Positionswechsel mit dem Ende der Bestellungsblockierung von *F-16* Jägern im Wert von 20 Milliarden US-Dollar, während Recep Tayyip Erdoğan vorgab, enttäuscht zu sein, dass sein Land der Europäischen Union nicht beitreten könnte, um die gute Miene seiner Partner zu wahren.

Die Verabschiedung von Verteidigungsplänen zielt darauf ab, die NATO tiefgreifend zu verändern. Es geht darum, von der nuklearen Abschreckung zur Abschreckung durch Behinderung überzugehen. Bisher waren die Armeen der Alliierten nur Hilfstruppen der Armeen der Vereinigten Staaten. Am Ende zählte nur die US-Bombe. Heute ist Russland in dieser Hinsicht weit überlegen, da seine Hyperschallraketen ihre Ziele treffen können, bevor die Vereinigten Staaten Vergeltung üben. Zwar kann Washington auch seine Ziele treffen und sehr großen Schaden anrichten, aber es kann nicht mehr den Sieg erringen.

Die Abschlusserklärung der Staats- und Regierungschefs enthält eine Hetzrede gegen Chinas wirtschaftliche Absichten, gegen sein Bündnis mit Russland und die Stärkung seines Militärs. In Peking verglich der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, die Art der chinesisch-russischen Beziehungen mit der sehr unterschiedlichen Natur der NATO-Mitgliedsstaaten. In Bezug auf die Entwicklung von Atomwaffen erinnerte er daran, dass China die einzige Atommacht sei, die sich verpflichtet hat, niemals mit dem Einsatz dieser Waffe in nicht-nuklearen Ländern oder atomwaffenfreien Zonen zu drohen. Er vergaß auch nicht, die Besorgnis der NATO über die wirtschaftliche Entwicklung Chinas und ihren Anspruch, das Völkerrecht durch

westliche Regeln zu ersetzen, ins Lächerliche zu ziehen.

Am Rande des Gipfels lobte die NATO ihre Nichtregierungsorganisation Nafo (North Atlantic Fellas Organization) [Die Kumpel der NATO]. Sie ist dafür verantwortlich, die "russische Propaganda" in den sozialen Medien lächerlich zu machen. Grundlage ihrer Arbeit ist, die Widersprüche zwischen dem, was Russland sagt, und der Wahrnehmung, die der Westen von dem Konflikt hat, zu inszenieren. Es geht also nicht darum, russische "Lügen" zu stigmatisieren, sondern die Zuschreibungen westlicher Staats- und Regierungschefs mit Humor zu bestätigen.

AMERIKA

Janet Yellens Reise nach Peking

Finanzministerin Janet Yellen stattete China einen 4-tägigen Besuch ab. Sie versuchte, die Reibungspunkte zwischen den beiden Ländern zu klären.

Sie bestätigte zunächst, dass Präsident Joe Biden das Verhältnis zwischen den USA und China nicht als Machtkonflikt (die berühmte "Thukydides-Falle") sieht. "Wir glauben, dass die Welt groß genug ist, damit unsere beiden Länder gedeihen können. Beide Nationen haben die Verpflichtung, diese Beziehung verantwortungsvoll zu gestalten", sagte sie.

Sie wies darauf hin, dass ihr Land einen "gesunden Wettbewerb" einer "Win-Win-Beziehung" vorziehe. Diese kapitalistische Sichtweise deutet darauf hin, dass die beiden Staaten danach streben sollten, es besser als der andere zu machen, während die chinesische Formel bedeutet, dass niemand fallengelassen werden sollte.

Schließlich versicherte sie, dass es sich bei den Exportbeschränkungen für Halbleiter um Maßnahmen der "nationalen Sicherheit" und nicht um getarnten "Protektionismus" handele. Sie werden daher "sehr zielgerichtet" sein.

Beide Seiten schienen mit diesen Gesprächen zufrieden zu sein. China sieht Janet Yellen als Sprecherin der US-Geschäftswelt.

"Die chinesische Kultur schätzt den Frieden über alles andere, im Gegensatz zu Hegemonie und Einschüchterung", sagte Ministerpräsident Li Qiang.

Die US-Seite versucht nicht, Lieferketten zu entkoppeln oder zu unterbrechen, und hat nicht die Absicht, Chinas Modernisierungsprozess zu behindern", sagte Yellen.

Schisma in der Evangelisch-methodistischen Kirche

Ein Fünftel der Gemeinden der *United Methodist Church* beschloss, die zweite U.S. Protestantische Kirche zu verlassen und die *Methodist World Church* zu gründen.

Methodisten verbieten die Heirat oder Ordination von "bekennenden praktizierenden Homosexuellen", aber viele halten diese Regel für nicht umgesetzt. Also entschieden sie sich für ein Schisma.

Das chinesische Militär hätte Waffen, die die Funktion des menschlichen Gehirns angreifen könnten

Die *KPCh BioThreats Initiative* (KPCh BTI), ein anti-chinesischer Think Tank der USA, hat einen Bericht mit dem Titel "Aufzählen, Anvisieren und Zusammenbrechen des NeuroStrike-Programms der Kommunistischen Partei Chinas" veröffentlicht. Er wurde von Ryan Clarke, einem leitenden Forscher am Ostasieninstitut der *National University of Singapore*, Xiaoxu Sean Lin, ehemaliger Mikrobiologe der Armee, jetzt am Feitan College und LJ Eads, ehemaliger Geheimdienstoffizier der Luftwaffe und derzeitiger Spezialist für künstliche Intelligenz für die US-Geheimdienste geschrieben.

Er versichert, dass die Volksbefreiungsarmee über Waffen verfüge, um Gehirne mit Mikrowellen oder anderen gerichteten Energiewaffen in tragbaren Pistolen oder

größeren Waffen, die elektromagnetische Strahlen abfeuern, direkt anzugreifen. China wäre jedoch vorerst nicht in der Lage, diese Waffen in großem Maßstab zu produzieren.

Joe Biden und der Klimawandel

In Anwesenheit von Sultan Ahmed al-Jaber (Präsident der COP28), Alastair Borthwick (Direktor der Bank of America), Anil Wadhvani (Direktor der Prudential plc), Larry Fink (Direktor von BlackRock), Oliver Bäte (Direktor der Allianz), John Neal (Direktor von Lloyds of London), Alison Rose (Direktor der NatWest Group) und Tony O. Elumelu (Direktor der United Bank of Africa), haben Präsident Joe Biden, sein Sondergesandter für den Klimaschutz, John Kerry, und König Charles III. ihre Entschlossenheit, den Klimawandel zu "bekämpfen", wieder bekräftigt.

Die Vorstellung, dass man gegen die globale Erwärmung "kämpfen" (und sich nicht anpassen) könnte, geht davon aus, dass sie vom Menschen verursacht wird (wie es der IPCC behauptet) und nicht natürlich ist (wie von der Russischen Akademie der Wissenschaften demonstriert wird).

Neue Spur im Fall der Biden Familie

Gal Luft, 57, ist ein israelisch-amerikanischer Doppelbürger. Er war Berater einer chinesischen Scheinfirma, *CEFC China Energy*, als diese Firma mit Präsident Joe Bidens Sohn, Hunter Biden, Geschäfte machte. Er wurde wegen Verschwörung für illegalen Verkauf von Waffen an chinesische Einzelpersonen und Unternehmen, für Verkauf von Bomben und Raketen an die Vereinigten Arabischen Emirate und Verkauf chinesischer Waffen an Kenia und Verkauf von iranischem Öl unter Verstoß gegen "Sanktionen" angeklagt. Ihm drohen bis zu 100 Jahre Haft.

Er sollte im Auftrag Pekings den ehemaligen Direktor der CIA, R. James Woolsey, und den ehemaligen nationalen Sicherheitsberater Robert C. McFarlane, mit dem er das *Institute for*

the Analysis of Global Security (IAGS) leitet, rekrutieren. Diese Denkfabrik hat von einer Präsident Xi Jinping nahestehenden Person 350000 Dollar erhalten.

Laut der *New York Post* erklärte sie 2019 der FBI-Staatsanwaltschaft in Brüssel, dass die CEFC Hunter Biden und seinem Onkel James Biden 100000 Dollar pro Monat zahlte, damit sie ihre Namen benutzten, um chinesische Geschäftsinteressen zu fördern.

Wer hat die sozialen Medien in den Vereinigten Staaten zensiert?

Die Beschwerde der Generalstaatsanwälte von Louisiana und Missouri (Newsletter 48) gestattete die Zusammensetzung des Teams des Weißen Hauses, das Argumente und Meinungen in den sozialen Medien über Covid, die Angelegenheiten der Biden-Familie und die Wahl 2020 zensierte, zu identifizieren.

Sie sind:

- Clarke Humphrey
- Rob Flaherty
- Andy Slavitt

Mit ihnen haben zusammengearbeitet:

- Vivek Murthy (Allgemeinchirurg)
- Center for Countering Digital Hate (British Association)
- Carol Crawford (Direktorin für digitale Medien, Centers for Disease Control and Prevention).

Christopher A. Wray weigert sich, den Parlamentariern zu antworten

Vor dem Justizausschuss des Repräsentantenhauses lehnte FBI-Direktor Christopher A. Wray ab, Fragen zu den Ermittlungen der Behörde gegen den ehemaligen Präsidenten Donald Trump und Hunter Biden zu beantworten. Er antwortete auch nicht auf jene über die angebliche Anwesenheit von „agents provocateurs“ während der Erstürmung des Kapitols am 6. Januar 2021 oder auf die Aussagen des FBI-

Memo, in dem Katholiken als inländische Terroristen bezeichnet werden.

EUROPA

Tobias Ellwood fordert London auf, gegen Russland Krieg zu machen

Laut YPA (Jemenitische Presseagentur) sagte Oberst Tobias Ellwood, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und Vorsitzender der konservativen Fraktion im britischen Unterhaus, auf Sky News: "Großbritannien muss einen direkten Krieg gegen Russland beginnen, wir kämpfen in Europa, wir müssen das Kriegsrecht anwenden."

Auf die Frage, ob er seine Äußerungen bestätigen oder dementieren soll, wollte der Abgeordnete uns nicht antworten.

Frankreich repatriiert Daesch-Familien

Frankreich repatrierte zehn, in Syrien gefangengenommene Daesch-Frauen und 25 Kinder.

Es gibt immer noch etwa 80 Frauen, die dem IS treu ergeben sind und nicht nach Frankreich zurückkehren wollen, und hundert Kinder.

Michael Kretschmer fordert Schadenersatz für Nord Stream

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) sagte gegenüber WeltTV: "Es gibt keinen Grund, warum wir nicht jetzt mit der Sicherung und Reparatur dieser [Nord Stream-] Pipeline beginnen sollten."

Deutschland ist nach der Sabotage von Nord Stream in eine Rezession geraten.

Michael Kretschmer beruft sich darauf, dass deutsche Geheimdienste vor dem Angriff von der CIA gewarnt wurden, dass die Ukraine eine solche Sabotage plante. Er fordert daher die Bundesregierung auf, öffentlich über ihre Ermittlungen zu informieren.

Der Ministerpräsident stellt die Ukraine-Politik von Bundeskanzler Olaf Scholz in Frage.

Es gibt drei Möglichkeiten:

- Wenn seine Regierung eine mögliche ukrainische Beteiligung vermutet, wird sie Kiew nicht mehr militärisch unterstützen können.
- Wenn sie Beweise für Kiews Beteiligung hat, wird sie ihm den Krieg erklären müssen.
- Wenn sie sich weigert, Nord Stream zu reparieren, wird sie implizit die Verantwortung der Vereinigten Staaten anerkennen.

Rheinmetall produziert Munition in der Ukraine

Rheinmetall wird im August eine Munitionsfabrik in der Ukraine eröffnen. Darüber hinaus werden gepanzerte Fahrzeuge des Typs Fuchs repariert und ukrainische Arbeiter geschult.

Deutschland ist nach den USA der zweitgrößte Waffenlieferant der Ukraine.

Verhaftung von Daesch-Mitgliedern in Deutschland und den Niederlanden

Ein turkmenischer Staatsangehöriger, ein Kirgise und fünf Tadschiken wurden in Deutschland festgenommen. Ein Tadschike und eine Kirgisin in den Niederlanden. Sie waren Mitglieder des Islamischen Emirats in Khorasan und sammelten Spenden in Europa.

Mark Rutte tritt zurück und verlässt die Politik

Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte reichte bei König Willem-Alexander seinen Rücktritt ein. Für ihn ging es darum, vorgezogene Parlamentswahlen zu provozieren, in der Hoffnung, sie zu gewinnen, bevor die Bauernbürgerbewegung (BBB) strukturiert war und den Sieg davontrug. Der Zusammenschluss der Parteien der Linken und der Opposition der Rechten (die von der Mainstream-Presse als rechtsextrem bezeichnet wird) hat ihm jedoch die Mehrheit genommen und jede Möglichkeit verwehrt, erneut zu regieren.

Westlich-chinesische Eskalation

Die Niederlande haben angekündigt, ab September die Ausfuhr von ihren Halbleitermaschinen einzuschränken.

Als Vergeltung kündigte China an, den Export von Germanium und Gallium, zwei Rohstoffen, die für die Herstellung von Halbleitern benötigt werden, einzuschränken.

Polen ist auf dem besten Weg, die wichtigste konventionelle Militärmacht in Europa zu werden

In einer [Rede](#) am 20. März 2023 an der Universität Heidelberg sagte der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki: "Europa steht an einem historischen Wendepunkt. Wir müssen den Status quo in Brüssel erschüttern und diejenigen einhalten, die einen Superstaat wollen, der von einer kleinen Elite regiert wird. Nur Nationalstaaten können Nationen schützen – ihre Kultur, ihre Gesellschaft, ihre Wirtschaft, ihre Politik, ihre militärische Sicherheit. Die Alternativen sind illusorisch und utopisch."

Das Ausmaß der derzeitigen Wiederbewaffnung Polens ist beispiellos. Seine Armee war im Begriff, die stärkste in West- und Mitteleuropa zu werden, noch vor den deutschen, britischen und französischen Armeen. Die Ausstattung ist komplett neu und reichhaltig.

Polen sollte ab 2025 4 % seines BIP für Verteidigung ausgeben, der höchste Prozentsatz in Europa (das Schwierigkeiten hat, die Hälfte, d.h. 2% zu erreichen).

11 000 US-Soldaten sind derzeit in Polen stationiert.

Bulgarien gegenüber der Ukraine gespalten

Der bulgarische Präsident Rumen Radew hat seinen ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj empfangen. Die Ukraine hat Bulgarien natürlich gebeten, ihr Waffen und

Munition zu schicken. Sofia, obwohl es Mitglied der Europäischen Union ist, hat sich jedoch gewehrt.

"Für diesen Konflikt gibt es keine militärische Lösung", sagte Rumen Radev. "Ich erlaube keine Munitionslieferungen, vor allem nicht aus den Reserven der bulgarischen Armee. (...) Gerade jetzt hören wir das Wort "Sieg, Sieg, Sieg". Ich verstehe, dass dies für ein Land, das sich im Krieg befindet, das wichtigste Wort ist. Aber wir würden auch gerne mehr von dem Wort 'Frieden' hören", fügte er hinzu.

Der bulgarische Ministerpräsident Nikolai Denkow ist anderer Meinung. Seit Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine betreibt er Waffenfabriken mit voller Kapazität für Kiew.

Darüber hinaus haben Sofia und Kiew eine Zusammenarbeit im Energiesektor vereinbart, wobei Bulgarien der Ukraine anbietet, zwei Atomreaktoren zu verkaufen, die es bei Russland für ein inzwischen aufgegebenes Projekt bestellt hatte.

Europäische Union heuert eine US-Lobbyistin von Apple und Amazon an, um angeblich monopolistische Praktiken zu bekämpfen

Die dänische EU-Kommissarin für Wettbewerb, Margrethe Vestager, hat Fiona Scott Morton aus den USA in die EU-Generaldirektion Wettbewerb berufen. Margrethe Vestager wartet auf ihre Ernennung zur Direktorin der Europäischen Investitionsbank. Sie wird daher nicht die Konsequenzen dieser Ernennung tragen müssen.

Fiona Scott Morton ist eine weltweit anerkannte Spezialistin für angelsächsisches Wettbewerbsrecht. Sie leitet das Thurman-Arnold-Projekt an der Yale University, das dafür berühmt ist. Sie hat für den US-Justizminister, den Kongress und das Weiße Haus gearbeitet.

Sie wird EU-Untersuchungen zur Anwendung des Wettbewerbsrechts auf Alphabet/Google,

Apple, Meta Platforms und Microsoft sowie hochkarätige Fusionen wie die Übernahme von iRobot durch Amazon und von Adobe durch Figma beaufsichtigen.

Fiona Scott Morton ist in Wirklichkeit laut [American Prospect](#), sowohl die US-Expertin für Wettbewerbsrecht, als auch insgeheim die bezahlte Beraterin von Apple und Amazon beim Ausbau ihrer Monopole. Weit davon entfernt, neutral zu sein, richteten sich ihre wissenschaftlichen Veröffentlichungen immer an die Rivalen ihrer geheimen Arbeitgeber, insbesondere Google.

Verschiedene Verbände (Balanced Economy Project, Corporate Europe Observatory, European Digital SME Alliance, Irish Council for Civil Liberties, LobbyControl und Open Markets Institute Europe) haben ihre Besorgnis über einen klaren Interessenkonflikt zum Ausdruck gebracht.

Christine Anderson reicht Klage gegen YouTube ein

Die deutsche AfD-Europaabgeordnete Christine Anderson reichte eine Beschwerde gegen YouTube ein, nachdem die Plattform zwei ihrer Videos wegen "medizinischer Fehlinformationen" zensiert und sich geweigert hatte, zu erklären, was sie mit dem Satz gemeint hatte.

Bei beiden Videos handelte es sich um öffentliche Sitzungen des Sonderausschusses des Europäischen Parlaments zu Covid-19.

YouTube stellte sie schließlich wieder ein, aber die Abgeordnete hielt an ihrer Beschwerde fest.

Ukraine und Türkei

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ist von seiner offiziellen Reise in die Türkei mit ukrainischen Soldaten zurückgekehrt, die von Russland in Mariupol gefangen genommen worden waren.

Im Gegensatz zu dem, was zum Zeitpunkt des Falls von Mariupol gesagt wurde, hatten die Vereinigten Staaten interveniert, damit das ukrainische Militär kapituliert und Russland sie verschonen würde. Nach diesem Abkommen wurden einige von ihnen der Türkei anvertraut, unter der Bedingung, dass sie bis zum Ende des Krieges in Haft blieben.

Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat sein Wort bewusst gebrochen, weil er dachte, dass sein Amtskollege Wladimir Putin es tolerieren würde. Dies scheint der Fall zu sein, da Moskau diese vorzeitige Freilassung verurteilte, aber keine Vergeltungsmaßnahmen ergriff, da es glaubte, dass Ankara alles in seiner Macht Stehende tat, um weder auf der einen noch auf der anderen Seite Partei zu ergreifen.

Unter den befreiten Soldaten befand sich auch Oberst Denys Prokopenko. Er war der Enkel eines finnischen Karelen, der am Winterkrieg (1939-40) teilnahm. Er hat aus seinem derzeitigen Engagement eine persönliche Angelegenheit gemacht und versichert, den Kampf seiner Familie fortzusetzen.

1939 versuchte die Sowjetunion, mit Finnland über einen Weg zu verhandeln, Leningrad (das heutige St. Petersburg), ab den Inseln des Finnischen Meerbusens [Hanko], vor einer Nazi-Invasion zu schützen, aber die Finnen verstanden die sowjetischen Bedenken nicht. Die UdSSR marschierte dann gezwungen in einen Teil des finnischen Isthmus [Karelien] ein ("Winterkrieg" 1939/40), Krieg, welcher vom Westen dazu benutzt wurde, um die UdSSR aus dem Völkerbund (Vorläufer der heutigen UNO) auszuschließen. Nach dem Weltkrieg erkannte Finnland, dass es die sowjetischen Analysen vernachlässigt hatte und dass die UdSSR keine andere Wahl hatte, als Finnland anzugreifen. Die Frage der verlorenen Gebiete Kareliens ist nach wie vor aktuell.

Darüber hinaus war Oberst Denys Prokopenko ein Beamter des Asow-Regiments. Die Dienstordnung dieser Einheit sieht die obligatorische Lektüre der Werke von Dmytro Donzow vor, dem Begründer des "integralen

Nationalismus" und Mitorganisator der „Endlösung“ der Zigeuner- und Judenfrage in Europa. Prokopenko ist also ein Neonazi im engeren Sinne. Seit 2014 nahm er auch am Krieg im Donbass teil.

USA werden der Ukraine Streumunition geben

Die Vereinigten Staaten haben beschlossen, der Ukraine Streumunition zu liefern.

Streumunition ist nicht mit Fragmentierungsmunition zu verwechseln. Sie dient dazu, Minen auf Landebahnen zu verteilen oder um Armeen in Bewegung zu lähmen.

Wenn sie in Zivil besiedelten Gebieten eingesetzt werden, sind sie lange Zeit sehr gefährlich. In der Regel dauert es ein bis zwei Generationen, um sie zu neutralisieren. Daher das Übereinkommen über Streumunition, das ihren Einsatz verbietet. Allerdings haben es nur 103 Staaten ratifiziert, aber weder die Vereinigten Staaten, noch die Russische Föderation noch die Ukraine.

Wladimir Putin empfängt die Wagner-Gruppe

Der russische Präsident Wladimir Putin empfing am 29. Juni den ehemaligen Kommandeur der Wagner-Gruppe, Jewgeni Prigoschin, und etwa dreißig seiner Leutnants für drei Stunden.

Sie präsentierten die Bilanz ihrer Taten in der Welt und ihre Beschwerden gegen das Verteidigungsministerium.

AFRIKA

Unterstützung für Mohamed Hamdan Dogolo

Arabische Stammesführer in Darfur haben ein Video aufgenommen, in dem sie zur Unterstützung der *Schnellen Unterstützungstruppen* von "General" Mohamed Hamdan Dogolo

gegen die Armee von General Abdel Fattah Abdelrahman al-Burhan aufrufen.

ASIEN

Eine Studie über die öffentliche Meinung im Nahen Osten

Die deutsche sozialdemokratische Denkfabrik [Friedrich Ebert Stiftung](#) hat die öffentliche Meinung im Nahen Osten angesichts des Krieges in der Ukraine untersucht und belegt, dass die ausgeglichene Politik zwischen dem Westen und Russland von der Bevölkerung breit unterstützt wird.

Ausnahmen sind jedoch zwei nicht-arabische Länder: Israel und der Iran. In diesen beiden Fällen, und nur für sie, ist die Bevölkerung überwiegend pro-amerikanisch und daher anti-russisch. Beide Völker sind auch der Meinung, dass Wirtschaftssanktionen moralisch vertretbar, wenn auch unwirksam sind und fortgesetzt werden sollten.

Alle Bevölkerungen des Nahen Ostens glauben, dass die Vereinigten Staaten der Hauptnutznießer des Krieges sind, weit vor Russland.

Diese Studie könnte meinen, dass die arabischen Länder demokratischer seien als die jüdischen und iranischen Staaten.

UN-Generalsekretär kritisiert Israel

UN-Generalsekretär António Guterres betonte, dass alle Militäroperationen unter uneingeschränkter Achtung des humanitären Völkerrechts durchgeführt werden müssen.

Er kritisierte Israels Militäroperation in Dschenin, bei der mehr als 100 Zivilisten verletzt, 3000 Menschen zur Flucht gezwungen, Schulen und Krankenhäuser beschädigt und Wasser- und Stromnetze unterbrochen wurden.

Die Vereinten Nationen haben seit mehreren Monaten eine langsame Wende vollzogen, die

sie dazu veranlassen sollte, Israel aus der Organisation auszuschließen.

Das Gerede der CIJA

Die *Commission for International Justice and Accountability* (CIJA), eine vermeintliche Nichtregierungsorganisation, wurde 2011 gegründet. Sie wurde von den Mitgliedsstaaten der "Freunde Syriens" unterstützt. Im Jahr 2014 hörten die Vereinigten Staaten jedoch auf, sie zu subventionieren, und im Jahr 2020 auch die Europäische Union.

Im Jahr 2017 betrug das Budget 10,5 Millionen US-Dollar. Sie beschäftigte 150 Ermittler, mehr als der Internationale Strafgerichtshof. Ihr einziger Zweck war, die Unterdrückung des "Schlächters von Damaskus" gegen sein eigenes Volk zu dokumentieren.

Auf der Suche nach neuen Finanzmitteln behauptet sie nun, Dokumente aus der Arabischen Republik Syrien zu besitzen, in denen Misshandlungen und Folter angeordnet werden.

Angesichts dessen, was diese NGO über den Islamischen Staat von Baba Amr behauptet, wo Thierry Meyssan eine vertrauenswürdige dritte Partei zwischen der Sonderverwaltungszone und Frankreich war, ist all dies jedoch nur böswilliges Gerede.

US-amerikanisch-russische Turbulenzen in Syrien

Nach Angaben des russischen Militärs in Syrien haben die Drohnen der Internationalen Koalition in dieser Woche 9-mal gegen die Konfliktvermeidungsprotokolle verstoßen, indem sie über ein geschlossenes Gebiet geflogen sind.

Vereinigte Arabische Emirate geben Untersuchung der Muslimbruderschaft in Europa in Auftrag

Nach Angaben der französischen elektronischen Tageszeitung *Mediapart* habe das in Genf

ansässige Unternehmen Alp Services im Auftrag der Vereinigten Arabischen Emirate eine Studie über Vereinigungen und Persönlichkeiten durchgeführt, die mit der Muslimbruderschaft und Katar in Verbindung stehen.

Die Muslimbruderschaft ist eine geheime politische Organisation, die vom britischen Geheimdienst kontrolliert und von Katar finanziert wird. Fast alle Führer islamistischer Terrororganisationen, von Osama bin Laden bis zum Kalifen Abu Bakr al-Baghdadi, waren Mitglieder (siehe [Sous nos yeux](#) (*Vor unseren Augen*)). Viele europäische Politiker unterstützen sie, ohne sie zu kennen.

Nach China unterstützt auch Russland die Ansprüche der Emirate am Golf

In einer gemeinsamen Erklärung erklärten der Golf-Kooperationsrat und Russland, dass sie die Ansprüche der Emirate auf die vom Iran besetzten Inseln Grosse Tomb, Kleine Tomb und Abu Musa unterstützen.

Der Iran bestellte den russischen Botschafter in Teheran ein, um Erklärungen zu erhalten.

Türkischer Journalist verhaftet

Die türkische Justiz hat den Journalisten Merdan Yanardag verhaftet und wegen Verherrlichung des Terrorismus angeklagt.

Gleichzeitig leitete der höhere Radio-TV Überwachungsrat (RTÜK) eine Untersuchung seines Senders Télél ein und verhängte eine Geldbuße in Höhe von 5 % seiner monatlichen Werbeeinnahmen. Merdan Yanardag prangerte den Umgang der Regierung mit der Kurdenfrage an.

Türkisch-ukrainische Rüstungsproduktion

Der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, stattete der Türkei einen offiziellen Besuch ab.

Es wurde ein Memorandum unterzeichnet über:

-die Entwicklung von Fähigkeiten und Fertigungsmöglichkeiten für autonome Fahrzeuge, insbesondere unbemannte Luftfahrzeuge,

-die Steigerung der Produktion verschiedener Arten von Drohnen;

-die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der autonomen Systeme, der Raumfahrt und anderer technologischer Sektoren der strategischen Industrien der beiden Länder;

-andere Formen der technischen Zusammenarbeit, die für die Entwicklung strategischer Industrien erforderlich sind.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Iran nimmt alten Grenzstreit wieder auf

Der Iran hat angekündigt, beträchtliche Summen in die Ausbeutung des Offshore-Ölfeldes Arash/Al-Dura zu investieren. Es wird jedoch sowohl von Saudi-Arabien als auch von Kuwait beansprucht.

Die Eigentumsverhältnisse des 1960 entdeckten Feldes wurden nie festgestellt. Die Seegrenzen der drei Länder sind ungewiss.

Diese Ankündigung zielt wahrscheinlich auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen im Zusammenhang mit dem iranisch-saudischen Abkommen von Peking ab.

Wiederwahl von Shavkat Mirziyoyev

Der usbekische Präsident Shavkat Mirziyoyev wurde mit 87,05 % der abgegebenen Stimmen

für eine weitere Amtszeit von 7 Jahren wiedergewählt. Nach der Verfassungsreform wurden vorgezogene Präsidentschaftswahlen ausgerufen.

Pakistan erhält 5 Milliarden US-Dollar

Pakistan erhielt 2 Milliarden Dollar von Saudi-Arabien und weitere 3 Milliarden Dollar vom IWF. Das Land ist nicht in der Lage, sich zu erholen.

Nordkorea und das US-Spionageflugzeug

Kim Yo-jong, die Schwester des obersten Führers Nordkoreas, sagte, Kampjets hätten ein US-Spionageflugzeug abgewehrt. Sie warnte Washington vor den "schockierenden Konsequenzen", mit denen es rechnen müsse, wenn sich solche Aktionen wiederholen würden.

China bekräftigt seine Offenheit gegenüber ausländischen Unternehmen

Das chinesische Außenministerium hat scharf auf die Vorwürfe des US-Außenministeriums reagiert. Das chinesische Ministerium hatte seine Staatsangehörigen vor missbräuchlichen Verhaftungen in China gewarnt.

Das chinesische Ministerium erinnerte daran, dass sein Land der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet sei. Sicherheitsüberprüfungen ausländischer Unternehmen werden im Rahmen des Gesetzes und unter Wahrung der legitimen Interessen der Bürger durchgeführt.

Westliche Geheimdienste haben kommerzielle Unternehmen benutzt, um soziologische Studien über die chinesische Bevölkerung, nicht zu kommerziellen, sondern zu militärischen Zwecken durchzuführen.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Russisches Veto im Sicherheitsrat

Der UN-Sicherheitsrat konnte sich nicht einigen, die humanitäre Hilfe für die Dschihadisten im Norden Syriens zu erneuern.

Russland, das im Gegenzug die Aufhebung der einseitigen Zwangsmaßnahmen (vom Westen missbräuchlich als "Sanktionen" bezeichnet) gegen die Arabische Republik Syrien gefordert hatte, konnte den Text nicht neu ausbalancieren und hat schließlich sein Veto eingelegt, und zwar zum 11. Mal seit Beginn der Aggression gegen Syrien.

Sultan Al-Jaber setzt sich für kohlenstofffreie Energie ein

Sultan Al-Jaber, der emiratische Präsident der COP28, gab seinen Gegnern Zusagen. Er nahm ein Video auf, in dem er die Ölkonzerne aufforderte, kohlenstofffreie Energie zu nutzen. Er ist Vorsitzender der emiratischen Ölgesellschaft.

Die Zukunft der SOZ, der BRICS und der EAWU

Auf dem virtuellen Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) in Neu-Delhi schlug Präsident Alexander Lukaschenko, gekrönt durch seinen Erfolg bei der Vermittlung mit Jewgeni Prigoschin, den Zusammenschluss der SOZ, der BRICS und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) vor.

Seine Losung war nichts Geringeres, als den Westen zu vergessen und den Globalen Süden zu vereinen.

Die neue Organisation wird in den kommenden Jahren eine gemeinsame Währung haben, die von Russland für die EAWU entwickelt wird.

31 Staaten haben bereits offiziell die Mitgliedschaft in den BRICS beantragt. Schließlich könnte die neue Organisation alle

Staaten zusammenbringen, die das Völkerrecht (und nicht die westlichen Regeln) befürworten, und sich an die Stelle der Vereinten Nationen setzen.

Aussetzung unserer Veröffentlichungen

Voltaire, internationale Nachrichten, wird in den nächsten vier Wochen nicht erscheinen. Wir werden den Versand am Freitag, den 18. August, wieder aufnehmen.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

Jahresabonnement : 150 Euro

Monatsabonnement : 15 Euro

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°50 – 1. September 2023

LEITARTIKEL

BRICS-Gipfel

Der BRICS-Gipfel (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) in Johannesburg (Südafrika) bot die Gelegenheit, den Beitritt von sechs neuen Staaten ab dem 1. Januar 2024 zu verabschieden. Diese sind Iran, Argentinien, Ägypten, Äthiopien, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Ab diesem Moment wird die Organisation mehr als 35 % des weltweiten BIP und fast die Hälfte der Weltbevölkerung darstellen. Siebzehn weitere Beitritts-Anträge wurden aufgeschoben.

Der chinesische Präsident Xi Jinping betonte, dass die BRICS-Erweiterung einen historischen Meilenstein markiere. Diese Organisation hat sich bereits bewährt und wichtige Entwicklungsergebnisse erzielt. Sie wird nun auf andere Schwellenländer ausgeweitet, die in den internationalen Beziehungen eine größere Rolle spielen werden. Seiner Meinung nach treten wir in eine Ära der Zusammenarbeit ein.

Die westlichen Medien behaupteten, dass China und Russland ihren Partnern die Erweiterung aufgezwungen hätten, was sie wiederholt bestritten haben.

Der russische Präsident Wladimir Putin nahm nicht persönlich an dem Gipfel teil, sondern nur per Videokonferenz, weil er Südafrika nicht in Verlegenheit bringen wollte, da es vom Internationalen Strafgerichtshof angewiesen wurde, ihn zu verhaften. Er erläuterte die Tagesordnung für das kommende Jahr, wohl wissend, dass Russland die rotierende Präsidentschaft der BRICS-Staaten übernimmt. Der Schwerpunkt wird dann auf der finanziellen Zusammenarbeit liegen, einschließlich der "Ausweitung der Verwendung nationaler Währungen", sowie auf der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur. Dazu schlug er die Schaffung eines Ständigen BRICS-Ausschusses für Verkehr vor, der darauf abzielt, "interregionale und globale Logistik- und Transportkorridore zu entwickeln".

Am Rande des Gipfels traf sich der indische Premierminister Narendra Modi mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping über die ungelöste Frage der Grenzgebiete zwischen den beiden Ländern. Sie einigten sich auf einen Rückzug und eine rasche Deeskalation. Es folgten Konsultationen zwischen den Militärs. Die beiden Staatschefs werden sich am 9. September am Rande des G20-Gipfels in Delhi erneut treffen. Dieser Verhandlungsprozess erinnert an den, der 2017 den Streit um das Doklam-Plateau beilegen konnte. Die beiden Staatschefs hatten den Vertrag am Rande des G20- und der BRICS-Gipfel ausgehandelt.

AMERIKA

Kanada bereitet sich auf die Rückkehr von Donald Trump vor

Kanada untersucht, was eine mögliche Wahl von Donald Trump in den USA für das Land bedeuten würde. Was würde passieren, wenn Washington die NATO und Norad verachtet oder die Handelsabkommen der NAFTA in Frage stellt? Außenministerin Mélanie Joly sagte in einem Radiosender in Montreal, dass die Trudeau-Regierung bereits einen umfassenden Plan entwickelt habe, um damit umzugehen.

Joe Bidens psychische Störungen häufen sich

In einer Rede in Milwaukee in diesem Monat amüsierte Biden das Publikum mit schon zuvor erzählten Geschichten über den Tod seines Großvaters, mit einem Gespräch mit einem Amtrak-Schaffner, über das Studium seines Vaters und Augenzeugenaussagen über einen Brückeneinsturz in Pittsburgh.

Eine Woche später nahm Biden an einer Spendenaktion für den Wahlkampf teil, bei der er die Geschichte von Amtrak wiederholte, dann erzählte er seine Begegnung mit einem gleichgeschlechtlichen Paar im Delaware der 1960er Jahre. Obwohl es unmöglich ist, diese Geschichte zu beweisen oder zu widerlegen, reagierten mehrere Faktenprüfer, darunter die Washington Post, mit Skepsis.

Auf Hawaii sprach Biden letzte Woche zu Überlebenden von einem Feuer in seinem Haus, das seine Frau, Corvette und seine Katze bedrohte. Die Medien berichteten damals von einem kleinen Küchenbrand, der in etwa 20 Minuten unter Kontrolle gebracht werden konnte.

Experten zufolge sind dieses Fabulieren überwältigende Beweise. Das Fabulieren ist am engsten mit demenzbedingtem Gedächtnisverlust verbunden. Man versucht eine Geschichte zu erzählen, aber das Gehirn

kann nicht mitmachen, also schützt Sie ihr Gehirn, indem es sich Dinge ausdenkt.

Fortschritte bei den Korruptionsermittlungen gegen Joe Biden

Die Ermittler des Repräsentantenhauses haben festgestellt, dass Joe Biden, als er Vizepräsident von Barack Obama war, Pseudonyme verwendete, um sich in die finanziellen Angelegenheiten seines Sohnes Hunter Biden einzumischen. Seine Pseudonyme waren "Robert L. Peters", "Robin Ware" und "JRB Ware". Zeugen sagten, Vizepräsident Biden habe an mindestens 20 Finanzsitzungen seines Sohnes teilgenommen. Er sagte nie etwas über das Thema des Treffens und sprach nur über uninteressante Dinge, aber seine Anwesenheit bestätigte die Forderungen seines Sohnes.

Das Nationalarchiv identifizierte 5138 E-Mails und 25 Anhänge, die mit diesen Pseudonymen gesendet oder empfangen wurden. Es schickte sie an Präsident Joe Biden, um ihre Übermittlung an den Kongress zu genehmigen.

Die Ermittler haben auch festgestellt, dass neun Mitglieder der Biden-Familie, darunter eine seiner Enkelinnen, 20 Millionen Dollar ungerechtfertigt eingesteckt haben.

Schließlich erklärte der ehemalige Generalstaatsanwalt der Ukraine, Viktor Shokin, dessen Entlassung Präsident Biden im Austausch für 1 Milliarde Dollar an Hilfe für die Ukraine gefordert hatte, in der Sendung "One Nation With Brian Kilmeade" (Fox News), dass er bereit sei, vor dem Kongress über seine Ermittlungen gegen die Burisma Holding auszusagen, deren Direktor Hunter Biden war. Ihm zufolge habe Hunter Biden Bestechungsgelder angenommen und den Grundstein für den Einmarsch Russlands in die Ukraine gelegt.

Wie Amerikaner ihr politisches System bewerten

Laut einer Umfrage von CBS News, bei der eine Stichprobe amerikanischer Erwachsener gebeten wurde, die Qualifizierungen anzukreuzen, die auf ihr politisches System zutreffen:

- 64% antworteten mit "dysfunktional",
- 58 % "korrupt",
- 37 % "unfair",
- 14 % "effektiv",
- 12 % "fair",
- 7 % "ehrlich".

Dramatischer Anstieg der Selbstmorde bei US-Veteranen

Eine Studie, die zwischen 2006 und 2020 an US-Veteranen durchgeführt wurde, bescheinigt, dass die Selbstmordrate der Amerikaner bei 18,42 pro 100 000 liegt, während sie bei Veteranen bei 42,13 pro 100 000 liegt.

Die Militärbehörden erklären diesen Unterschied damit, dass viele selbstmordgefährdete Veteranen im Kampf verwundet worden seien. Eine andere Erklärung ist, dass sie vor Ort verstanden haben, dass ihre Regierung sie belügt und sie aus schändlichen Gründen schickt, um Menschen zu töten.

USA empfangen 200 000 Ukrainer für 18 Monate

Alejandro Mayorkas, Minister für Heimat-Sicherheit, gewährte 200 000 ukrainischen Einwanderern einen zusätzlichen vorläufigen Rechtsstatus und eine Arbeitserlaubnis für weitere 18 Monate.

Insgesamt sind 600 000 illegale Einwanderer durch diesen Status geschützt.

Die Biden-Verwaltung gegen die Proud Boys

Das Justizministerium fordert 33 Jahre Haft gegen Enrique Tarrio, den ehemaligen Anführer

der Proud Boys, wegen "aufrührerischer Verschwörung". Tarrio war während des Sturms auf das Kapitol nicht in Washington, aber die Biden-Regierung sagt, er habe den Angriff geplant und organisiert.

Die Prouds Boys gelten als neofaschistisch, weil sie Gewalt verherrlichen, um die Ideale der USA wiederherzustellen.

Wird es einen Prozess für die Anschläge vom 11. September geben oder nicht?

Das Justizministerium hat den Häftlingen, die beschuldigt werden, die Anschläge vom 11. September 2001 geplant oder daran teilgenommen zu haben, eine Vereinbarung vorgeschlagen, wie aus einem Brief hervorgeht, den der Anwalt von Khalid Sheikh Mohammed der Presse vorgelegt hat.

Die Verwaltung weigert sich jedoch diese zu bestätigen. Sie macht geltend, dass vorerst kein Verhandlungstermin festgelegt worden sei.

Die öffentliche Meinung der USA gegen den Krieg in der Ukraine

Eine [SSRS-Umfrage](#) für CNN, die Anfang August durchgeführt wurde, zeigt, dass die Amerikaner die Außenpolitik der Biden-Regierung missbilligen, sei es in Bezug auf China, Russland oder die Ukraine.

Sie befürworten, die Ukraine bei der Aufklärung und Ausbildung zu unterstützen, aber keine Waffenlieferung und vor allem keine Soldaten zu schicken.

Die Amerikaner befürchten, dass eine Verlängerung dieses Krieges

- auf unbestimmte Zeit andauert (77 %),
- die Demokratie auf der ganzen Welt bedroht (65 %),
- Russland zu weiteren Angriffen drängt (64 %),
- ihn auf Europa ausdehnt (59 %),
- die Sicherheit der Vereinigten Staaten bedroht (56 %).

Heritage Foundation versichert, dass der Krieg in der Ukraine bereits 900 US-Dollar pro amerikanischem Haushalt gekostet hat.

Präsidentschaftswahlen in Guatemala

Der scheidende guatemaltekeische Präsident Alejandro Giammattei ist in einen schweren Korruptionsfall verwickelt.

In der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen haben die Wähler den Überraschungskandidaten Bernardo Arévalo (Semilla) mit 60,9% der abgegebenen Stimmen versehen.

Die politische Klasse Guatemalas lehnt diesen Kandidaten strikt ab. Der Oberste Gerichtshof hatte gezögert, den ersten Wahlgang für ungültig zu erklären und dann die politische Partei Semilla zu suspendieren. Bernardo Arévalo sollte in sechs Monaten sein Amt antreten, wenn seine Partei bis dahin nicht verboten ist.

Die Tochter des ehemaligen Diktators Efraín Ríos Montt, Zury Ríos (Valor-PU), erhielt nur 8,7 Prozent der Stimmen und schied damit im ersten Wahlgang aus.

Erste Runde der Präsidentschaftswahlen in Ecuador

Der scheidende Präsident Guillermo Lasso entging einem möglichen Amtsenthebungsverfahren, indem er die Nationalversammlung auflöste und zurücktrat ("Kreuztod"-Verfahren). Für seine Nachfolge waren acht Kandidaten im Rennen. Keiner von ihnen erhielt die Mehrheit von 50 % der abgegebenen Stimmen oder die von der Verfassung vorgeschriebenen 40 % mit 10 % Vorsprung vor den nächsten.

Der Kandidat Fernando Villavicencio wurde am 9. August mitten im Wahlkampf ermordet. Er war ein investigativer Journalist, dem es gelang, die Verantwortung des ehemaligen Präsidenten Rafael Correa in einem Korruptionsfall aufzuzeigen.

• Luisa González (Bewegung der Bürgerrevolution - RC) und ihr Vizekandidat Andrés Arauz, beide erklärte Erben von Rafael Correa, erhielten 33,6% der abgegebenen Stimmen.

• Daniel Noboa, Sohn des reichsten Mannes des Landes (Álvaro Noboa, der "Bananenkönig"), qualifizierte sich mit 23,4 % der Stimmen. Als jüngster der acht Kandidaten hätte er von seinem guten Abschneiden in der sechs Tage zuvor übertragenen Fernsehdebatte profitiert.

EUROPA

Papst Franziskus und Russland

Papst Franziskus sagte am 25. August per Videokonferenz zu einer Gruppe junger Gläubiger, die sich in einer Kirche in St. Petersburg versammelt hatten: "Ihr seid die Kinder Großrusslands, der großen Heiligen, der Könige, Peters des Großen, Katharinas II., eines russischen Volkes von großer Kultur und Menschlichkeit (...) Vergesst nie dieses große Vermächtnis. Ihr seid die Erben der großen Mutter Russland, macht so weiter."

Oleg Nikolenko, Sprecher des ukrainischen Außenministeriums, nannte die Sprache des Papstes "sehr bedauerlich" und sagte, mit "dieser Art von imperialistischer Propaganda, zur Unterstützung von 'spirituellen Säulen' und im Namen der 'Notwendigkeit', 'große Mutter Russland' zu retten, rechtfertigt der Kreml die Ermordung Tausender Ukrainer und die Zerstörung von Hunderten von ukrainischen Städten und Dörfern". Die Mission des Papstes bestehe jedoch darin, "der russischen Jugend die Augen für den zerstörerischen Weg der russischen Machthaber zu öffnen".

Dagegen sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow: "Der Pontifex kennt die russische Geschichte. Das ist sehr gut. Sie ist tiefgründig, und das Vermächtnis beschränkt sich nicht auf Peter und Katharina. Es ist erfreulich, dass der Pontifex im Einklang ist."

Nicolas Sarkozy für Aussöhnung mit Russland

In einem Buch mit dem Titel *Le temps des combats*, das bei Fayard erschienen ist, argumentiert der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy, dass Frankreich und Russland eine gemeinsame Basis finden müssen. "Wir brauchen sie und sie brauchen uns", sagte er, während er eine Rückkehr der Krim in den ukrainischen Schoß für "illusorisch" hält. Die "Mehrheit der Bevölkerung hat sich schon immer als Russe gefühlt".

Der ukrainische Botschafter in Frankreich, Vadym Omeltschenko, reagierte in *Ouest-France*: "Ich wäre nicht überrascht, wenn der Generalstaatsanwalt der Ukraine an den Äußerungen interessiert wäre, um zu sehen, ob es Elemente eines Verbrechens [nach ukrainischem Recht] gibt."

Martinique stimmt für die Anerkennung der Kreolischen Sprache

Die Insel Martinique, die wie Mayotte, Guyana und Korsika eine einzigartige Gebietskollektivität hat, hat neben Französisch nun das Kreolisch als Amtssprache anerkannt. Der Präfekt beantragte sofort die Aufhebung dieses Textes, der gegen Artikel 2 der Verfassung verstößt. Der Präsident des Exekutivrats von Martinique, Serge Letchimy (Martinikanische Fortschrittspartei), lehnte dies ab.

In absehbarer Zeit keine Regierung in Spanien

König Felipe VI. ernannte Alberto Nuñez Feijoo (Volkspartei - PP) zur Bildung einer neuen Regierung. Er steht der Partei vor, die die Wahlen gewann. Mit 172 Abgeordneten scheint seine Koalition jedoch nicht in der Lage zu sein, eine Mehrheit zu erringen (die Versammlung besteht aus 350 Sitzen). Im Schatten versucht auch der scheidende Ministerpräsident Pedro Sánchez (Sozialistische Partei), eine Mehrheit zu bilden, was ihm offenbar bereits gelungen ist. Er hätte bereits die Unterstützung der anderen 178 Abgeordneten.

Vorfall in Zypern

Die türkisch-zypriotische Polizei griff UN-Soldaten im Dorf Pyla an. Der UN-Sicherheitsrat hat sich hinter verschlossenen Türen versammelt. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan beschuldigte die Friedenstruppen, zu versuchen, türkische Zyprioten daran zu hindern, ihren Boden zu betreten.

Die Türkische Republik Nordzypern ist ein Marionettenstaat, der die Besetzung eines Teils Zyperns durch die Türkei verschleiert. Zypern ist Mitglied der Europäischen Union, die angeblich gegründet wurde, um den Frieden in Europa zu sichern, aber Brüssel hütet sich, sich einzumischen.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Die Schweiz ergreift Partei gegen Russland

Der Bundesrat hat die einseitigen Zwangsmaßnahmen des 11. Sanktionspakets der Europäischen Union gegen Russland übernommen.

Moskau bedauerte umgehend die Aufgabe der Neutralität der Schweiz.

Die Niederlande und Dänemark rüsten die ukrainische Luftwaffe auf

Washington hat den Niederlanden und Dänemark erlaubt, der Ukraine Flugzeuge aus US-Produktion zu liefern. Sie werden also 42 F-16 Maschinen geben.

Präsident Wolodymyr Selenskyj wurde von der dänischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen zusammen mit der Außenministerin, der Verteidigungsministerin und Kronprinzessin Mary auf dem Luftwaffenstützpunkt Skrydstrup in Süddänemark empfangen.

Die *F-16* sind Mehrzweckkampfflugzeuge aus den 70er Jahren. Sie sind zweifellos von besserer Qualität als die, die heute der ukrainischen Luftwaffe zur Verfügung stehen, aber ohne Vergleich mit der russischen Flotte.

Der Spiegel und das ZDF auf den Spuren von Saboteuren

Der *Spiegel* (#35 vom 25. August) und das ZDF haben eine sehr umfassende Untersuchung zur Sabotage der Nord-Stream-Pipelines durchgeführt. Journalisten zeigen, dass das Segelboot *Andromeda Oktogen* (HMX) mit sich führte, als es sich zum Zeitpunkt der Operation in der Gegend befand. Es wurden 40 kg dieses Unterwassersprengstoffs benötigt. Die Vermietung des Bootes wurde in Warschau im Namen eines fiktiven ukrainischen Unternehmens von einem Berufssoldaten der 93. Ukrainischen Mechanisierten Brigade vorgenommen. Er hätte Tauchkurse besucht, die wahrscheinlich von der britischen SAS angeboten wurden. Die Besatzung bestand aus 6 Personen.

Journalisten verlieren sich in Vermutungen, ob die Operation tatsächlich vom Oberbefehlshaber der ukrainischen Armeen, General Waleri Saluschnyj, gesteuert wurde, ohne Präsident Wolodymyr Selenskyj zu informieren.

Diese Schlussfolgerungen bestreitet der Schweizer Physiker Hans-Benjamin Braun. Ihm zufolge, nach der Untersuchung der seismischen Daten mit zwei Methoden, der Analyse der Entwicklung von Aerosolwolken nach der Detonation, der Untersuchung von Unterwasserströmungen in der Ostsee, insbesondere in einer Unterwasserschlucht zwischen Bornholm und Kaliningrad in den

folgenden Tagen, der Temperaturänderungen auf dem Meeresboden und der Ausbreitung einer möglichen radioaktiven Explosion, deutet die Explosion auf eine Sprengkraft hin, die 1 bis 4 Kilotonnen TNT entspricht. Das ist mindestens viermal mehr als bisher geschätzt.

Olaf Scholz verblüfft über Wladimir Putins Gleichgültigkeit gegenüber westlichen Sanktionen

Laut *Bild* sagte Bundeskanzler Olaf Scholz dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron im März über seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin: "Etwas stört mich mehr als die Verhandlungen: Er beschwert sich nicht über all diese Sanktionen."

Annalena Baerbock konstatiert das Scheitern der wirtschaftlichen "Sanktionen" gegen Russland

In dem Buch *Ernstfall. Regieren in Zeiten des Krieges* von C.H. Beck Verlag, erklärt die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock: "Grundsätzlich sollten Wirtschaftssanktionen wirtschaftliche Konsequenzen haben, aber [im Falle Russlands] ist dies nicht der Fall."

Erinnern wir uns daran, dass die "einseitigen Zwangsmaßnahmen" des Westens gegen das Völkerrecht verstoßen und daher streng genommen keine "Sanktionen" darstellen.

Parlamentswahlen in den Niederlanden

Bei den Parlamentswahlen in den Niederlanden wird die Justizministerin und Zweitplatzierte der scheidenden Ministerpräsidentin Dilan Yeşilgöz-Zegerius gegen den ehemaligen EU-Kommissar für Klimapolitik Frans Timmermans antreten. Dilan Yeşilgöz-Zegerius (Volkspartei für Freiheit und Demokratie - VVD) befürwortet Integration (sie ist kurdischer Herkunft) und Atomkraft. Sie hat bereits ein Bündnis mit der rechtsextremen pro-israelischen Freiheitspartei von Geert Wilders geschlossen.

Frans Timmermans tritt für die Arbeiterpartei (PvdA) und die Grüne Linke (GL) an.

Das Spiel wird von zwei Persönlichkeiten gestört werden:

- Pieter Omtzigt (Neuer Gesellschaftsvertrag), der Mark Rutte (2021) zu Fall brachte, als seine Regierung zu Unrecht die Erstattung von Familienzulagen forderte.
- Caroline van der Plas (Farmer-Citizen Movement - BBB), die die Revolte der von der Europäischen Union als nutzlos erachteten Bauern anführte.

Winkelzuges Referendum in Polen

Die polnische Regierung rief am Tag der Parlamentswahlen ein Referendum ein. Die Wähler müssen vor der Ernennung ihrer Abgeordneten und Senatoren vier voreingenommene Fragen beantworten:

- Wollen Sie staatliches Vermögen verkaufen, indem Sie es an ausländische Unternehmen verkaufen?
- Wollen Sie eine Erhöhung des Rentenalters?
- Sind Sie damit einverstanden, die Barriere an der Grenze zu Belarus zu entfernen?
- Befürworten Sie die Aufnahme Tausender illegaler Einwanderer aus dem Nahen Osten und Afrika gemäß dem von der europäischen Bürokratie auferlegten
- Zwangsumsiedlungsmechanismus?

Die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) unterstützt die Drei-Meere-Initiative (Intermarium), also ein Mitteleuropa frei von den Einflüssen Russlands und Deutschlands. Die größte Oppositionspartei, die Bürgerplattform, befürwortet dagegen die Europäische Union, d.h. ein von Deutschland dominiertes Mittel- und Osteuropa gegen Russland.

Polen drängt Belarus zum Ausschluss der Wagner-Gruppe

Polen hat Belarus angewiesen, die Wagner-Gruppe auszuweisen. Innenminister Mariusz Kaminski hat damit gedroht, die Grenzen zu schließen, sollte Minsk sich nicht daran halten.

Illiberaler Gipfel in Budapest

Die Leichtathletik-Weltmeisterschaften waren für den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán eine Gelegenheit, viele europäische und asiatische Staatsoberhäupter nach Budapest einzuladen. Die Presse konnte von einem "illiberalen Gipfel" sprechen.

Ungarn fordert Schutz vor ukrainischer Agrarkonkurrenz

Der ungarische Landwirtschaftsminister István Nagy sagte gegenüber *Agrarszektor.hu*, dass er im Namen seiner Regierung handeln werde, wenn die Europäische Union ihre Beschränkungen für ukrainischen Weizen, Mais, Raps und Sonnenblumen nicht über den 15. September hinaus verlängert.

Nach einem Streit verbot die Europäische Kommission die Einfuhr dieser Getreidesorten nach Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien und der Slowakei, mit Ausnahme der Durchfuhr in andere Länder. Außerdem hatte sie 100 Millionen Euro an Hilfen für Landwirte in diesen Ländern freigegeben.

Die ungarische Regierung könnte Verbote für 24 weitere ukrainische Agrarprodukte verhängen.

Viktor Orbán warnt davor, dass Turkish Stream nicht sabotiert werden kann, ohne Reaktionen auszulösen

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán gab Tucker Carlson auf X (ehemals Twitter) ein Interview. Er erklärt, wenn man versuchen sollte, die südliche Gaspipeline zu sabotieren, wie man es mit dem Norden getan haben, werden die Türkei, Bulgarien, Serbien und Ungarn im Gegensatz zu Deutschland Vergeltung üben.

Als Tucker Carlson ihn fragte, ob die Botschaft Russland erreicht habe, antwortete Viktor Orbán, dass sie ihm nicht bestimmt sei. Der Journalist erklärte seinen Zuhörern dann, dass es offensichtlich sei, dass die Sabotage von Nord

Stream von den Vereinigten Staaten mit oder ohne die Ukraine durchgeführt worden sei.

Kaja Kallas durch Enthüllungen über die Aktivitäten ihres Mannes geschwächt

Die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas ist durch eine Enthüllung des öffentlich-rechtlichen Radiosenders ERA geschwächt. Ihr Ehemann, Arvo Hallik, Teilhaber von Stark Logistics, setzte seine Konvois in Russland trotz des Embargos der Europäischen Union fort.

Rücktritt der Nr. 2 der Europäischen Kommission

Der Erste Vizepräsident der Europäischen Kommission und EU-Kommissar für Klimapolitik, Frans Timmermans, ist von seinem Amt zurückgetreten. Er will bei den niederländischen Wahlen als Nachfolger von Ministerpräsident Mark Rutte kandidieren.

Ausbildung von EU-Diplomaten

Die Europäische Union beginnt mit der Ausbildung ihres diplomatischen Personals. Das erste Jahr ist gerade zu Ende gegangen. Etwa fünfzig hochrangige Beamte werden dem zweiten folgen.

Russland bestreitet Version des Todes von General Jean-Louis Georgelin

Nach Angaben des stellvertretenden russischen Vertreters im Sicherheitsrat, Dmitri Poljanski, starb der französische General Jean-Louis Georgelin nicht, wie in der offiziellen Version behauptet, beim Wandern in den Pyräneen, sondern bei einer Mission in der Ukraine.

Der ehemalige Generalstabschef der Streitkräfte, General Jean-Louis Georgelin, war für den Wiederaufbau der Kathedrale Notre-Dame verantwortlich.

Offiziell schickt die NATO keine Soldaten in die Ukraine.

Russische Sanktionen gegen Staatsfeinde

Russland hat Sanktionen verhängt gegen:

- Karim Khan, den Generalstaatsanwalt des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), der Präsident Wladimir Putin wegen Kindesentführung angeklagt hat,
- Lucy Fraser, britische Staatssekretärin für Kultur, Medien und Sport, die daran arbeitet, russischen Athleten die Teilnahme an den Olympischen Spielen in Paris zu verbieten,
- Annabel Goldie, Britische Staatsministerin für Verteidigung, der sich für die Bewaffnung der Ukraine einsetzt.

Ermordung der Führer der Wagner-Gruppe

Das Privatflugzeug der Wagner-Gruppe explodierte im Flug. Russische Ermittler favorisieren die These des Attentats. Unter den Opfern befanden sich sowohl der Besitzer von Wagner, Jewgeni Prigoschin, als auch der Kommandeur des privaten Militärunternehmens, der Neonazi Dmitri Utkin.

Eine russische Quelle berichtet uns, dass Utkin Prigoschin davon überzeugt habe, in einen Konflikt mit dem Generalstab der Streitkräfte einzutreten und schließlich gegen den Kreml zu rebellieren.

Präsident Wladimir Putin habe Wagners Männern versichert, dass er sie nicht wegen ihrer Rebellion verfolgen werde. Diese Amnestie galt nicht für ein nationalsozialistisches Engagement.

AFRIKA

Rücktritt von Najla Mangoush, die sich mit ihrem israelischen Amtskollegen getroffen hatte

In Übereinstimmung mit den Forderungen des CIA-Direktors William Burns traf sich die

libysche Außenministerin (Tripolis-Regierung) Najla Mangoush (pro-US) diskret in Rom mit ihrem israelischen Amtskollegen Eli Cohen. Doch sobald Israel das Treffen öffentlich machte, erhitzten sich die Gemüter in Tripolitanien. Öffentliche Gebäude und die Residenz des Premierministers wurden in Brand gesetzt. Najla Mangoush wurde zum Rücktritt gezwungen und verließ das Land in Richtung Türkei.

Die tripolitanische Öffentlichkeit betrachtet diesen Kontakt als Verletzung arabischer und islamischer Positionen gegenüber dem zionistischen Feind.

Entgegen der landläufigen Meinung vertrieb Muammar al-Gaddafi zwar einige hundert Juden und beschlagnahmte ihr Eigentum, unterhielt aber stets geheime diplomatische Kontakte zu Israel.

Gemeinsame Operation von Libyen und dem Tschad gegen tschadische Rebellen

Libyen (Regierung der Kyrenaika) und der Tschad führten eine gemeinsame Operation gegen tschadische Rebellen durch. Die Armee von Marschall Haftar bombardierte tschadische Rebellenlager auf libyschem Boden, während die Armee von Präsident Mahamat Idriss Déby ihren Rückzug in den Tschad verhinderte.

Äthiopien tritt den BRICS bei

Addis Abeba hatte in den letzten Jahren mit dem Tigray-Krieg zu kämpfen, der von US-Botschafter Jeffrey Feltman angezettelt wurde. Äthiopien ist deshalb den BRICS-Staaten beigetreten. Nigeria dagegen wurde wegen seiner untergeordneten Beziehungen zu Washington nicht aufgenommen.

Staatsstreich in Niger

Niger befindet sich in einer Sicherheits- und Wirtschaftskrise. Die multinationale Truppe (Frankreich, USA, Belgien, Italien, Deutschland) konnte die Sahelkrise nicht lösen. Die

wirtschaftliche Entwicklung wird durch die weit verbreitete Korruption blockiert.

General Abdourahamane Tchiani stürzte am 26. Juli den verfassungsmäßigen Präsidenten Mohamed Bazoum und beendete damit den Einfluss seines Vorgängers Mahamadou Issoufou, der faktisch regierte.

Nach Mali, Guinea und Burkina Faso ist dies die vierte Militärjunta, die feststellt, dass die französische Militärpräsenz nicht die erwarteten Ergebnisse bringt. Demonstranten haben die französische Botschaft beschädigt.

Frankreich und die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) wollen die verfassungsmäßige Ordnung unterstützen. Von den anderen 14 Mitgliedern der ECOWAS sind die drei oben genannten von der Teilnahme ausgeschlossen. Die anderen 11 (Benin, Kap Verde, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea-Bissau, Liberia, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo) forderten jedoch am 31. Juli die sofortige Freilassung von Präsident Bazoum und die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung innerhalb einer Woche. Dabei haben nicht nur Mali, Guinea und Burkina Faso, sondern auch Algerien vor einer militärischen Intervention gewarnt.

Am 10. August behielt sich die ECOWAS die Option einer militärischen Intervention in Niger vor. Sie mobilisiert die Truppen ihrer Mitgliedsstaaten.

20 000 Menschen versammelten sich im Niamey-Stadion, um die Putschisten, den Nationalen Rat für den Schutz des Vaterlandes (CNSP) zu unterstützen. Während des Treffens erklärte Oberst Ibro Amadou: "Der Kampf wird erst an dem Tag enden, an dem es keine französischen Soldaten mehr in Niger gibt."

Die Vereinigten Staaten haben über General Moussa Salaou Barmou einen Kommunikationskanal mit der Junta. Der Kommandeur der nigerianischen Spezialeinheiten studierte an der National Defense University in der Nähe von

Washington. Er empfing die Unterstaatssekretärin Victoria Nuland, die Straussianerin. Die Verhandlungen scheinen jedoch nicht erfolgreich gewesen zu sein.

Die Junta kündigt eine dreijährige Übergangszeit an, bevor sie wieder demokratisch funktioniert. Die ECOWAS fordert die sofortige Wiederherstellung der Institutionen.

Die Junta erklärte den französischen Botschafter Sylvain Itté zur *Personna non grata*, nachdem er sich geweigert hatte, zu einem Interview zu kommen. Doch dieser gibt sich als Garant der Verfassungsmäßigkeit aus und weigert sich, das Land zu verlassen. Während seiner Konferenz vor den französischen Botschaftern hebt Präsident Emmanuel Macron hervor, was Frankreich dem Niger gebracht hat. Er betont, dass sein Botschafter sein Beglaubigungsschreiben dem verfassungsmäßigen Präsidenten vorgelegt habe und dass er den Putschisten nicht nachgeben werde.

Die Junta forderte auch den teilweisen Rückzug des französischen Militärs bis zum 4. November.

Was auch immer die Argumente des französischen Präsidenten sein mögen, sie rechtfertigen nicht seine Weigerung, den nigerianischen Behörden zu gehorchen, deren Legitimität er nicht anerkennt.

Die USA enthalten sich bis jetzt der Bezeichnung des Staatsstreichs. Wenn sie dies nach Kapitel 7008 ihres Kooperationskodex täten, würden sie gezwungen sein, alle ihre Aktivitäten in Niger einzustellen, einschließlich der Militärbasis in Agadez.

Staatsstreich in Gabun

Nach Angaben der Wahlkommission ergaben die Parlamentswahlen in Gabun (Präsidentschaft und Legislative) 64,2 Prozent der abgegebenen Stimmen für Ali Bongo Ondimba und 30,7 Prozent für Albert Ondo Ossa. 12 weitere Kandidaten teilten sich die restlichen 5 %.

Wenige Stunden später stürzte ein Komitee für den Übergang und die Wiederherstellung der Institutionen den scheidenden Präsidenten Ali Bongo Ondimba, annullierte die Wahlen und löste alle Institutionen der Republik auf.

In einer Erklärung, die auf *Gabun 24* aus dem Präsidentenpalast ausgestrahlt wurde, erklärte die Junta: nachdem sie "eine unverantwortliche, unberechenbare Regierungsführung festgestellt hatte, die zu einer kontinuierlichen Verschlechterung des sozialen Zusammenhalts führt, die das Land ins Chaos führen könnte (...) haben wir beschlossen, den Frieden zu verteidigen, indem wir dem Regime ein Ende setzen."

Sofort ging die Bevölkerung auf die Straße, um der Junta zuzujubeln, die sie von Ali Bongo befreit hatte. Gabun ist nach Mali, Guinea, Burkina Faso und Niger der 5. französische Dominostein, der fällt.

Die Kämpfe im Sudan dauern an

Der Vorsitzende des sudanesischen Souveränitätsrates, General Abdel Fattah el-Burhan, stattete Kairo einen offiziellen Besuch ab. Er wird von Ägypten und der Türkei unterstützt.

Währenddessen dauern die Kämpfe im Sudan an, insbesondere in Darfur. Die RSF-Truppen von "General" Mohamed Hamdan Dogolo (alias Hemedti) gewinnen auf Kosten eines nun ethnischen Krieges an Boden. Unterstützt werden sie von den Vereinigten Arabischen Emiraten und Russland.

Umstrittene Präsidentschaftswahl in Simbabwe

Die Wahlkommission erklärte den amtierenden Präsidenten Emmerson Mnangagwa (auch bekannt als "das Krokodil") mit 52,5 % der Stimmen für wiedergewählt, verglichen mit 44 % für seinen Hauptkonkurrenten Nelson Chamisa, Kandidat der *Citizens Coalition for Change*.

Ihm zufolge seien die Ergebnisse "hastig zusammengetragen worden, ohne angemessene Überprüfung". Er twitterte an seine Wähler: "Sie haben eure Stimme und euren Wahlzettel gestohlen, aber niemals eure Hoffnung... Das ist ein eklatanter und gigantischer Betrug."

ASIEN

Spaltung innerhalb von Netanjahus Regierung

Der israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant bat die Biden-Regierung um eine Erklärung zu den Verhandlungen zwischen den USA und Saudi-Arabien. Die Verteidigung wollte wissen, wie Washington zu Riads zivilen Atomprojekten steht.

Ein anderer Zweig der israelischen Regierung, der von Ron Dermer, Sonderberater des Premierministers, hatte Washington jedoch bereits aufgefordert, die Erwartungen Saudi-Arabiens zu erfüllen.

Frankreich gerät im Libanon ins Straucheln

Nach einem Treffen der Gruppe der Fünf (Ägypten, Saudi-Arabien, USA, Frankreich, Katar) in Doha ist der Sondergesandte von Präsident Emmanuel Macron, Jean-Yves Le Drian, in den Libanon zurückgekehrt. Nachdem es ihm nicht gelungen war, die Ernennung eines (sunnitischen) Premierministers seiner Wahl im Austausch für die Wahl von Sleiman Frangieh (Maronit) durchzusetzen, hat Herr Le Drian einen Fragebogen an die verschiedenen politischen Parteien geschickt, um ihnen zu helfen, zu bestimmen, wer der nächste Präsident der Republik sein wird. Ein Ansatz, der von allen sehr schlecht aufgenommen wurde.

Beim Empfang der französischen Botschafter sagte der französische Präsident, dass die Situation im Libanon nur geklärt werden könne, wenn der Iran seine Position geklärt hat.

Nachrichten aus der syrischen Opposition

- Frankreich organisierte ein Treffen ehemaliger syrischer Armeeoffiziere um General Manaf Tlass in Syrien.

- Drei US-Vertreter reisten illegal nach Syrien. Joe Wilson (South Carolina), Victoria Spartz (Indiana) und Dean Philipps reisten illegal über den Grenzübergang Bab al-Salama ein und kamen ins Azaz-Krankenhaus. Sie wurden von der Dschihadistengruppe Hayat Tahrir al-Sham (ex-al-Qaida) empfangen.

- Seit zwei Wochen haben vierhundert Drusen in Sweida (im Süden des Landes) Demonstrationen gegen Präsident Baschar al-Assad organisiert.

Washington verschont Riad

Berichten zufolge hätten saudische Grenzschutzbeamte Hunderte von Migranten massakriert, die versuchten, über den Jemen in das Königreich einzureisen. Laut der *New York Times* wurde die Biden-Regierung sofort benachrichtigt, hätte aber nichts unternommen.

Saudi-Arabien tritt den BRICS bei

Mit dem Beitritt zu den BRICS-Staaten hat sich Saudi-Arabien von den Vereinigten Staaten abgegrenzt, die seit dem Zweiten Weltkrieg sein treuer Verbündeter sind.

- Riad ist bereits Moskaus Ölpartner
- Riad rückt immer näher an Peking heran
- Schließlich weigert sich Riad, seine Ölproduktion anzukurbeln, sehr zum Leidwesen Washingtons.

Vereinigte Arabische Emirate und Indien

Die Vereinigten Arabischen Emirate, einst eine britische Kolonie, die von London an das Indische Reich angeschlossen wurde, haben ein Abkommen mit Neu-Delhi unterzeichnet, um ihren gesamten Handel in lokalen Währungen abzuwickeln.

Iranisches Öl in den USA blockiert

Im April beschlagnahmten die Vereinigten Staaten einen griechischen Öltanker mit iranischem Öl vor der Küste von Texas im Rahmen ihrer einseitigen Zwangsmaßnahmen (die von den NATO-Mitgliedstaaten fälschlicherweise als "Sanktionen" bezeichnet werden). Das Korps der Revolutionsgarden drohte jeder Person oder Firma, die an dem Diebstahl beteiligt war, mit Vergeltung. Darüber hinaus hat es im Golf von Oman einen US-Tanker beschlagnahmt, der im Marshall-Islands registriert ist.

Bis heute hat sich keine US-Ölgesellschaft bereit erklärt, die 800 000 Barrel zu entladen, die der griechische Tanker enthält, obwohl sie einen Wert von 60 Millionen Dollar haben.

Iran verurteilt USA zu 330 Millionen Dollar Schadenersatz für gescheiterten Putsch von 1980

Der Internationale Gerichtshof in Teheran verurteilte die Vereinigten Staaten zur Zahlung von 330 Millionen Dollar an die Opfer des gescheiterten Putsches von 1980. Die CIA hatte eine Gruppe von Offizieren der Luftwaffe angeheuert, um die Residenz und die Militärzentren von Ayatollah Ruhollah Khomeini zu bombardieren und die Kontrolle über das Staatsfernsehen zu übernehmen. Die Operation scheiterte, am Vortag waren 120 Personen festgenommen worden. Bei einem Zusammenstoß waren drei Menschen ums Leben gekommen, deren Familien den Fall im Jahr 2020 eingereicht haben.

Iran tritt den BRICS bei

Iran ist seit Jahrtausenden kulturell eng mit China verbunden. Peking hat kürzlich über eine Annäherung des Iran mit Saudi-Arabien verhandelt. Iran ist auch für Russland unverzichtbar. Die Straßen, die St. Petersburg mit Indien verbinden, führen durch den Iran.

Iranische Justiz verfolgt Sänger Mehdi Yarrahi

Popsänger Mehdi Yarrahi hat ein 3-minütiges Musikvideo veröffentlicht. Sein Lied *Rousarito* ("Dein Schal") plädiert für das optionale Tragen des Kopftuchs. Er hatte bereits im Oktober Soroode Zan ("Hymne an die Frau") komponiert, die zum Chor der Demonstranten wurde.

Das Religionsgericht beschloss, ihn strafrechtlich zu verfolgen.

Iran droht mit Vergeltung für israelische Angriffe

Der iranische Außenminister Hossein Amirabdollahian sagte auf einer Pressekonferenz in Damaskus, dass die israelische Bombardierung Syriens nicht immer ungestraft bleiben werde. Es kam, nachdem Israel den Flughafen von Aleppo bombardiert und ihn vorübergehend unbrauchbar gemacht hatte.

Imran Khan endlich frei!

Der Oberste Gerichtshof von Islamabad hat die Verurteilung des Oppositionsführers Imran Khan wegen Korruption ausgesetzt. Er gewährte eine vorläufige Freilassung gegen Kaution. Der Hof wird zu einem späteren Zeitpunkt in der Sache entscheiden.

Nach dem Gesetz wird Imran Khan bei den Parlamentswahlen im November nicht kandidieren können, wenn seine Verurteilung nicht aufgehoben ist.

Indien schickt Raumschiff zum Mond

Indien ist die vierte Macht (nach den Vereinigten Staaten, Russland und China), der es gelungen ist, ein Raumschiff zum Mond zu schicken.

Bangladesch von Jamaat-e-Islami bedroht

Indien hat die USA gewarnt, dass das geheime Abkommen zwischen Washington und Kabul einem Aufstieg des Islamismus in der Region fördern würde. Dies dürfte bald in Bangladesch der Fall sein, zum Nachteil Indiens und zum Vorteil Chinas.

Die Vereinigten Staaten haben in Jamaat-e-Islami, die indische Version der Muslimbruderschaft, investiert. Neu-Delhi glaubt jedoch, dass Washingtons Einfluss auf die Bruderschaft geringer ist als der von Islamabad.

Politischer Umsturz in Thailand

Nach drei Monaten der Blockierung war Pita Limjaroenrat (Vorwärts) nicht in der Lage, eine Regierung zu bilden, da die Armee ("Rothemden") ihren Weg mit Fallstricken übersät hatte. Am Ende war es sein ehemaliger Verbündeter, der Immobilienmagnat Srettha Thavisin (Pheu Thai), der ernannt wurde.

Er liess sofort den ehemaligen Premierminister Thaksin Shinawa ("Gelbhemd") verhaften, der gerade in sein Land zurückgekehrt ist. Er wurde zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt und sollte bald von einer königlichen Begnadigung profitieren.

Die "Gelbhemden" (Volksallianz für Demokratie) und die "Rothemden" (Vereinigte Nationale Front für Demokratie und gegen die Diktatur), die sich ein Jahrzehnt lang bekämpften, versöhnen sich daher auf Kosten von Pita Limjaroenrat.

Dynastische Machtübertragung in Kambodscha

Nach seinem Sieg bei den Parlamentswahlen reichte der kambodschanische Premierminister Hun Sen seinen Rücktritt ein. Es überrascht nicht, dass sein Sohn Hun Manet seine Nachfolge antrat. Während Hun Sen im Widerstand gegen die Roten Khmer ausgebildet worden war, wuchs Hun Manet im Ausland und im Luxus auf.

Der junge Mann absolvierte die US-Militärakademie in West Point.

China-USA Verhandlungen

Der chinesische Handelsminister Wang Wentao empfing US-Handelsministerin Gina Raimondo in Peking.

Beide Seiten kündigten

- die Einrichtung neuer Kommunikationskanäle an;
- die Einsetzung einer halbjährlichen Arbeitsgruppe, die nach Lösungen für spezifische Handelsfragen suchen soll;
- die Einrichtung eines Mechanismus für den Austausch von Informationen über Ausfuhrkontrollen;
- Experten aus beiden Ländern werden im Rahmen der Verbesserung der Verwaltungslizenzen technische Konsultationen zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen und vertraulichen Geschäftsinformationen durchführen.

Es ist offensichtlich diese letzte Entscheidung, die die wichtigste ist. Peking hat US-Unternehmen in China unter Beobachtung gestellt. Es scheint, dass das Unternehmen WestExec Advisors von Außenminister Anthony Blinken in den letzten 7 Jahren seine Verbindungen zu US-Unternehmen genutzt hat, um China auszuspionieren.

Peking spioniert Taiwan aus

Laut *Microsoft Threat Intelligence* ist es einer Gruppe chinesischer Hacker namens Flax Typhoon gelungen, Taiwans Computersysteme auf nachhaltige Weise auszuspionieren. Der Angriffsmodus verwendet Spyware, um in sie einzudringen, aber er ist so konzipiert, dass er sich in die Länge zieht, indem er die Funktionen der Betriebssysteme selbst nutzt, um den Zugriff offen zu halten.

China kann Atom-U-Boote lokalisieren

Nach Angaben des *Chinese Journal of Ship Research* hat China ein System zur Erkennung

von Atom-U-Booten entwickelt. Es würde nicht auf Sonar basieren, sondern auf der Beobachtung der Blasen, die durch die Bewegung dieser Maschinen entstehen.

Japan beginnt mit dem Ablassen von Fukushima-Wasser

Japan hat damit begonnen, das Wasser, das zur Kühlung des Atomkraftwerks Fukushima verwendet wird, ins Meer zu kippen. Es stützt sich auf den Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), die dieses ins Meer Ablassen als sicher einstufte.

Südkorea, Nordkorea und China kritisieren dies scharf. Sie argumentieren, dass sich die IAEA ausschließlich auf Dokumente gestützt habe, die von Japan zur Verfügung gestellt wurden, und das Gelände nicht inspiziert habe. Darüber hinaus hat Japan jede ausländische Inspektion verweigert. Infolgedessen haben alle Anrainerstaaten die Einfuhr von Fischereiprodukten rund um das möglicherweise kontaminierte Gebiet verboten.

OZEANIEN

Australien erklärt AUKUS

Die australische Bundesregierung verteidigt das AUKUS-Bündnis vor ihren Wählern. Sie argumentiert, dass die Vereinigten Staaten die 9-fach größere Leistung bei Raketen haben und in Bezug auf Cyber weitaus stärker sind. Sie beruft sich auf einem [Bericht](#) des US Congressional Research Service vom vergangenen Mai.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Auf dem Weg zu einer fernöstlichen NATO

Präsident Joe Biden empfing den südkoreanischen Präsidenten Yoon Suk Yeol und den japanischen Premierminister Fumio Kishida in Camp David. Er will die Bildung einer NATO-ähnlichen Militärallianz vorantreiben.

Die südkoreanische und die japanische Regierung unterhalten ausgezeichnete Beziehungen, obwohl die südkoreanische Öffentlichkeit immer noch über Japans mangelnde Entschuldigung für seine Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs schockiert ist.

Yoon Suk Yeol ist ein ehemaliger Staatsanwalt, der den ehemaligen Präsidenten zu Fall gebracht hat. Er steht jedoch im Verdacht, seine Ermittlungen unter politischen Voraussetzungen durchgeführt zu haben. Er soll auch ein Unterstützer des ehemaligen Diktators Chun Doo-hwan (Mitglied der Antikommunistischen Weltliga) sein.

Fumio Kishida verdankt seine Wahl der Moon-Sekte (Mitglied der Antikommunistischen Weltliga). Er schickte zwei seiner Minister, um den Gräbern japanischer Massenverbrecher am Yasukuni-Schrein die letzte Ehre zu erweisen, was China und das koreanische Volk verärgerte. Er reiste überraschend nach Kiew, um mit Präsident Selenskyj das Bündnis der Gründer seiner Partei, der Massenverbrecher Ryiochi Sasakawa und Yoshio Kodama, mit Jaroslaw Stetsko (dem ukrainischen Nazi-Ministerpräsidenten) während der Gründung der Antikommunistischen Weltliga zu schmieden.

Die drei Männer debattierten über Unterstützung für die Ukraine und Taiwan.

China beschuldigte die Vereinigten Staaten, Südkorea und Japan zu instrumentalisieren, um "den asiatisch-pazifischen Raum in einen neuen Kalten Krieg zu stürzen".

1600 Wissenschaftler gegen COP-Ziele

Die beiden Physik-Nobelpreisträger John Clauser und Ivar Giaever sammelten die Unterschriften von 1600 Wissenschaftlerpersönlichkeiten, um eine globale Erklärung zum Klima zu unterzeichnen: "[Es gibt keinen Klimanotstand](#)".

Diese Wissenschaftler argumentieren, dass:

- Die natürlichen Ursachen der globalen Erwärmung ausreichen, um sie zu erklären;
- die globale Erwärmung langsamer ist als erwartet;
- die Klimapolitik auf höchst fragwürdigen Modellen basiert;
- CO2 ist ein lebensnotwendiges Gas;
- Es gibt keine Beweise, dass Naturkatastrophen zugenommen haben;

Ihrer Meinung nach ist es notwendig, sich an den Klimawandel anzupassen und nicht bis 2050 eine Null-Kohlenstoffemissionen anzustreben.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
[thierry.meyssan@voltaire.net.org](mailto:thierry.meyssan@voltaire.net)

46 Ausgaben pro Jahr.

Jahresabonnement : 150 Euro

Monatsabonnement : 15 Euro

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°51 - 8. September 2023

LEITARTIKEL

Die ECOWAS-Sanktionen und das Vorgehen Frankreichs gegen Niger sind Kriegshandlungen.

In einem Brief vom 28. August, der am 6. September verteilt wurde, macht der nigerianische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Zusammenarbeit und Nigerianer im Ausland, Yaou Sangaré Bakar, den Sicherheitsrat auf die Verletzung des Völkerrechts aufmerksam, der Niger durch die Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) und der französischen Regierung unterliegt.

Er stellt Folgendes fest:

- Das Zusatzgesetz vom 17. Februar 2012 über Sanktionen gegen Mitgliedstaaten, die ihren Verpflichtungen gegenüber der ECOWAS nicht nachkommen, sieht keine Sanktionen der ECOWAS gegen Niger vor. Wie etwa „das Einfrieren aller Dienstleistungsgeschäfte, einschließlich öffentlicher Dienstleistungen“ oder „die Aussetzung aller Handelsgeschäfte und Finanzgeschäfte zwischen ECOWAS-Mitgliedstaaten“.

Ebenso stellen „die Schließung der Land- und Luftgrenzen zwischen ECOWAS-Ländern“ und dem sanktionierten Mitgliedsstaat oder sogar „die Einrichtung einer ECOWAS-Sperrzone für alle kommerziellen Flüge von oder nach diesem“, eine Machtüberschreitung dar.

- Die Androhung einer militärischen Intervention durch die ECOWAS, die Truppen mobilisiert hat, verstößt gegen das Verbot der Gewaltanwendung ohne vorherige Zustimmung des Sicherheitsrats.

- Bei den Treffen der Staatsoberhäupter und Stabschefs der ECOWAS-Armeen handelt es sich um Planungs- und Vorbereitungsakte mit dem Ziel, die ECOWAS-Bereitschaftskräfte in Aktion zu setzen oder einzusetzen. Dies ist ein Verbrechen der Aggression im Sinne von Artikel 8 bis § 1 des überarbeiteten Römischen Statuts.

- Frankreich ließ inhaftierte Terroristen frei. Sie wurden in einem Tal des Dorfes Fitili (28 km nordwestlich von Yatakala) versammelt, wo ein Planungstreffen mit dem Ziel abgehalten wurde, militärische Stellungen im Dreiländereck anzugreifen. Sechzehn Terroristenführer wurden bei drei Einsätzen festgenommen, zwei davon auf nigerianischem Gebiet und eines auf malischem Gebiet. Dabei handelt es sich um schwerwiegende Taten der Französischen Republik, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährden könnten.

AMERIKA

US-Gesundheitsbehörden zensierten authentische COVID-Informationen

Senator Ron Johnson warf den *Centers for Disease Control and Prevention* (CDC) vor, ihre Autorität missbraucht zu haben, indem sie sich mit Social-Media-Plattformen abstimmten, um Informationen über Boten-RNA-Medikamente (nach US-Steuerrecht als "Impfstoffe" bezeichnet) gegen COVID-19 zu zensieren.

Twitter hatte die Äußerungen des Senators über die unerwünschten Nebenwirkungen verschiedener COVID-Medikamente zensiert. In der Folge hatte Twitter auf Intervention von Elon Musk bekannt gegeben, auf Anforderung des CDC reagiert zu haben.

Langsame Fortschritte bei den Korruptionsermittlungen gegen Joe Biden

Der Kongressausschuss, der die Handlungen der Biden-Familie untersucht, stößt auf den Schutz der vertraulichen Regierungsinformationen. Er kann nicht beweisen, dass Barack Obamas Vizepräsident Joe Biden in die finanziellen Angelegenheiten seines Sohnes Hunter Biden verwickelt war.

Der Verein *America First Legal* versucht dagegen den umgekehrten Gang. Das Gesetz erlaubt nicht, Dokumente über eine Person, die nicht an der Regierung beteiligt ist, geheim zu halten. Hunter Biden war jedoch nie Teil des offiziellen Teams.

Mehr als 5000 E-Mails wurden zwischen Joe Biden und seinem Sohn während seiner Vizepräsidentschaft ausgetauscht. Diejenigen, die bereits bekannt sind, bezeugen, dass sie allegorisch geschrieben wurden. Zum Beispiel bittet Hunter Biden darum, die Weihnachtsdekoration des Weißen Hauses zu sehen, um sein Kommen in die Räumlichkeiten zu rechtfertigen. Es bleibt zu entdecken, was diese Codes verbergen sollten. Gleichzeitig versuchen die Parlamentarier eine neue

Strategie. Sie untersuchen das Vermögen von Präsident Joe Biden. Es würde sich auf nur 10 Millionen US-Dollar belaufen.

Berichten zufolge wurden zwei Neonazi-Demonstrationen von der Demokratischen Partei veranstaltet

Ein Protest vor Disney World brachte ein Dutzend weißer Rassisten zusammen, die mit dem Orden der Schwarzen Sonne, dem Aryan Freedom Network und der National Social Movement verbunden sind. Mehr als 50 weiße Rassisten des Blutstammes und der Goyim Defense League demonstrierten später in Orlando, schwenkten Hakenkreuzfahnen, riefen "Heil Hitler" und skandierten "Juden werden uns nicht ersetzen".

Der republikanische Senator Cory Mills (Florida) teilte eine Nachricht mit, laut der diese Demonstrationen durch von der Demokratischen Partei bezahlten Schauspieler inszeniert worden seien. Er forderte den Kongress auf, eine Untersuchung durchzuführen.

Jack Lew neuer US-Botschafter in Tel Aviv

Präsident Joe Biden hat Jacob "Jack" Lew zu seinem nächsten Botschafter in Tel Aviv ernannt. Seine Bestätigung durch den Senat sollte kein Problem sein.

Jack Lew, ein orthodoxer Jude, diente als Stabschef von Präsident Barack Obama und dann als Finanzminister. Er war Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates.

Aufhebung der Verurteilung und Inhaftierung von Luiz Inacio Lula da Silva

Das brasilianische Bundesgericht (STF) hat entschieden, dass die im Fall Lava Jato gegen Luiz Inacio Lula da Silva gesammelten Beweise annulliert werden müssen, da sie von Richter Sergio Moro illegaler Weise erhalten wurden. Das Gericht erklärte außerdem, dass die

Inhaftierung des derzeitigen Präsidenten in diesem Fall ein „historischer Fehler“ sei. Schließlich verurteilte das Gericht die politische Gerechtigkeit und verglich den psychologischen Druck, der auf Zeugen ausgeübt wurde, mit der Folter der Militärdiktatur.

EUROPA

Die britische Regierung hat die BBC und die sozialen Medien in Bezug auf Covid manipuliert

Die britische Regierung hatte zu Beginn der Covid-Pandemie eine Counter Desinformation Unit (CDU) eingerichtet. Eine parlamentarische Untersuchung ergab, dass diese öffentliche Einrichtung abweichende Meinungen zensiert hatte. Geleitet wird die CDU von Sarah Connolly, Menschenrechtsexpertin an der Universität Cambridge. Das Budget ist unbekannt, aber man spricht jetzt von mindestens fünfzig Mitarbeitern, zu denen die eines Subunternehmers für künstliche Intelligenz hinzukommen müssen.

Laut dem [Daily Telegraph](#) vom 1. September 2023 gehören der CDU Vertreter der Geheimdienste (MI5, MI6, GCHQ) und der BBC an.

Unter Verletzung des Grundsatzes der freien Meinungsäußerung hat diese Behörde abweichende Meinungen zu Covid, wie die der Professoren Carl Heneghan und Alexandre de Figueiredo zu den Maßnahmen in Bezug auf Minderjährige aus dem Internet und aus den Radio- und Fernsehprogrammen der BBC entfernen lassen.

Diese Agentur übte heimlich Druck auf die sozialen Medien im Allgemeinen aus. Berichten zufolge hatte sie jedoch Schwierigkeiten mit Twitter.

Stadt Birmingham bankrott

Die zweitgrößte Stadt Großbritanniens, Birmingham, hat Insolvenz angemeldet. Sie wurde unter den Schutz des "§ 114" gestellt.

Dies bedeutet, dass nur die Grund-Ausgaben beibehalten werden.

Wer hat 1980 die DC9 von Itavia abgeschossen?

In einem Interview mit [La Repubblica](#) warf der ehemalige italienische Ministerpräsident und jetzige Präsident des Verfassungsgerichts, Giuliano Amato (Mitte-links), Frankreich vor, die Umstände des Absturzes der DC9 Bologna-Palermo von Itavia in der Nähe von Ustica am 27. Juni 1980 zu verheimlichen.

Zwei Monate vor diesem Ereignis hatten Libyen und der Tschad ihren Zusammenschluss angekündigt, was bei Frankreich heftige Missbilligung hervorrief.

Nach Angaben der italienischen Seite hatte die NATO, die glaubte, dass Muammar al-Gaddafi an Bord sein würde, den Abschuss dieses Flugzeugs geplant. Eine große Luftübung wurde geplant, um den Abschuss durch eine Rakete zu verschleiern. Bei der Zerstörung des Zivilflugzeugs kamen 81 Menschen ums Leben.

Eine Firma, die mit dem französischen Geheimdienst in Verbindung steht, hatte die Trümmer des Flugzeugs eingesammelt. Die Rekonstruktion hatte ergeben, dass das Flugzeug von einer französischen oder amerikanischen Rakete abgeschossen worden war. Zu diesem Zeitpunkt nahm Frankreich jedoch nicht an NATO-Übungen teil.

Die Schweiz könnte General Khaled Nezzar vor Gericht stellen

Die Schweiz hat ein Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen den algerischen General Khaled Nezzar eingeleitet.

Letzterer, heute 85 Jahre alt, war von 1992 bis 1994 Verteidigungsminister und Mitglied des Hohen Staatsausschusses. Er hat eine zentrale Rolle im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus gespielt und sich stets gegen Folter ausgesprochen.

Die Kläger behaupten, Islamisten zu sein. Sie unterstützten alle Aktionen des Krieges gegen Algerien.

Polen liefert ukrainische Straffällige und Kriminelle aus

Polen hat damit begonnen, Flüchtlinge, die wegen Menschenhandels und Betrugs verurteilt wurden, an die Ukraine auszuliefern. Warschau übt Druck auf Kiew aus, damit es seine bis zu 40000 Straffällige zurücknimmt.

Europäische Union investiert in Weltraumüberwachung

Die Verteidigungs- und Außenminister der Europäischen Union haben sich am 29. und 30. August in Toledo (Spanien) [informell getroffen](#). Die Verträge räumen der Europäischen Union keine Verteidigungskompetenz ein.

Die Minister beschlossen, die Ressourcen des [Satellitenzentrums](#) der Union aufzustocken.

Der Erdbeobachtungsdienst [Copernicus](#) wurde mit dem Satellitenzentrum koordiniert.

895 000 Obdachlose in der EU und im Vereinigten Königreich

Nach einer Schätzung der Europäischen Föderation der Organisationen, die mit Obdachlosen arbeiten (Feantsa) sind in der Europäischen Union und im Vereinigten Königreich mindestens 895 000 Menschen obdachlos.

EU-Abgeordnete empfangen Jens Stoltenberg

Die EU-Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses haben am 7. September NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg empfangen.

Europäisches Parlament schlägt Zensurregel für Internetmedien vor

Der Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments hat in den Entwurf

des Mediengesetzes "ein Selbsterklärungs- und Überprüfungsverfahren eingeführt, um die Unterscheidung zwischen unabhängigen und unlauteren Medien zu erleichtern. Der Ausschuss schlägt auch ein 24-Stunden-Handelsfenster unter Einbeziehung der nationalen Regulierungsbehörden vor, bevor eine große Online-Plattform Inhalte aussetzen oder einschränken kann."

Nikol Paschinjan wendet sich von Russland und der OVKS ab

Der armenische Premierminister Nikol Paschinjan (der dank einer vom Oligarchen George Soros finanzierten Revolution an die Macht kam) gab [La Repubblica](#) ein Interview. Er wirft Russland und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) vor, die Verpflichtungen nicht erfüllt zu haben, die ihnen in der dreiseitigen Erklärung zur [Beendigung des Krieges](#) mit Aserbaidschan auferlegt wurden.

Moskau reagierte insofern peinlich berührt, da es nicht die Russen waren, die ihre Verpflichtungen nicht einhielten, sondern sowohl die Aseri, als auch die Armenier. Erstere haben damit gedroht, ihren Vormarsch fortzusetzen, während letztere weiterhin behaupten, ein Recht auf das Territorium von Bergkarabach zu haben, was gegen das Völkerrecht und ihre eigene Unterschrift verstößt. Russland argumentiert, dass es Armenien vor dem Zorn Aserbaidschans geschützt habe, weigert sich aber, in seinem Namen militärisch zu intervenieren, sowohl wegen seiner zugewiesenen Vermittlerrolle als auch wegen des Völkerrechts.

Armenien kündigte die Abberufung seines Vertreters bei der OVKS an. Es hat die Anweisung erteilt, den russischen Präsidenten Wladimir Putin aufgrund des Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs festzunehmen. Es hat seine Kandidatur für die NATO noch nicht angekündigt, wird aber Militärübungen mit den Vereinigten Staaten durchführen.

Belarus reagiert nicht auf polnisches Eindringen

Ein polnischer Hubschrauber drang einen Kilometer in belarussisches Territorium ein. Der belarussische Verteidigungsminister Viktor Khrenin beschloss, das Eindringen auf die mangelnde Ausbildung des polnischen Piloten zurückzuführen und verstärkte seine Grenze nicht.

Tatarischer Terrorist Rustem Umerow neuer ukrainischer Verteidigungsminister

Präsident Wolodymyr Selenskyj ernannte Rustem Umerow zum Verteidigungsminister und löste damit Oleksij Resnikow ab. Es ist bekannt, dass der neue Minister im September 2022 an die Spitze des Staatsvermögensfonds berufen wurde. In dieser Funktion beaufsichtigte er den Verkauf und die Umstrukturierung von mehr als 3600 Unternehmen, von Eisenminen über Seehäfen bis hin zu Fabriken, im Rahmen der größten Privatisierung in der Geschichte der Ukraine. Rustem Umerov war bis 2014 ein tatarischer Kämpfer für die Unabhängigkeit der Krim und seit dem Beitritt dieser Region zur Russischen Föderation für die Befreiung der Krim innerhalb der Ukraine. Er steht Mustafa Dschemilew nahe. Letzterer kollaborierte unter seinem türkischen Namen Mustafa Abdülcemil Cemiloğlu während des gesamten Kalten Krieges mit der CIA.

Im Jahr 2007 beteiligte sich ihre Organisation, der Weltkongress der Tataren, an der Gründung der Antiimperialistischen (Antirussischen) Front mit verschiedenen neonazistischen und islamistischen Organisationen. 2015 gründeten sie eine [Internationale Islamische Brigade](#) im Kampf gegen Russland.

Wolodymyr Selenskyj zeigt sich neben dem „weißen Führer“

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj veröffentlichte auf seinem Telegram-Konto ein kurzes [Video](#), in dem er mit seinem Stabschef

neben dem Chef der Sonderoperationen in Bachmut auftritt.

Dabei handelt es sich jedoch um niemand anderen als den „weißen Führer“ Andriy Biletsky, den Gründer des integralen nationalistischen Asov-Regiments. Biletsky verordnete seinen Männern eine Pflichtschulung in den antisemitischen und antirussischen Schriften von Dmytro Donzow (mitverantwortlich für die Endlösung) und zelebrierte einen regelrechten Kult um Stepan Bandera (Nazi-Kollaborateur). Wolodymyr Selenskyj dagegen ist Jude.

Verhaftung von Ihor Kolomojskyj

Der ukrainische Oligarch Ihor Kolomojskyj wurde vom [SBU](#) verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, 13 Millionen Euro im Ausland gewaschen zu haben.

Ein Gericht entschied sich für eine vorbeugende Maßnahme, indem es ihm eine Freiheitsstrafe von zwei Monaten anordnete und seine Kaution auf mehr als 509 Millionen Griwna (etwa 12,7 Millionen Euro) festsetzte. Ihor Kolomojskyj ist der [Hauptpartner von Hunter Biden](#), dem Sohn von Präsident Joe Biden.

Er war es, der die Verwandlung des Komikers Wolodymyr Zelensky in den Präsidenten der Ukraine finanzierte, ohne eine politische Schulung zu besitzen.

Ukraine beendet die meisten Fälle von Wehrpflichtbefreiung

Leichte Infektionen wie Virushepatitis, langsam fortschreitende Blutkrankheiten, Schilddrüsenerkrankungen, HIV und leichte psychische Erkrankungen sind nicht mehr vom Militärdienst befreit.

In der vergangenen Woche wurden viele Offiziere des Wehrpflichtdienstes entlassen, um die Korruption zu bekämpfen. Ausnahmen vom Dienst unterlagen einer starken Korruption.

Der marode Sanitätsdienst der ukrainischen Armeen

Nach Angaben von *Globe & Mail* ist die Gesundheitsversorgung der ukrainischen Armeen sehr mangelhaft. Sie verfügte nicht über die notwendige Ausrüstung für die Kriegschirurgie. Eine große Anzahl von Soldatenleben hätte mit so einfachen Mitteln wie gute Abschnürbinden gerettet werden können.

Großbritannien sagt, ukrainische Verluste seien "untragbar"

Laut einem Bericht des *Royal United Services Institute (RUSI)* mit dem Titel: *Stormbreak : Fighting Through Russian Defences in Ukraine's 2023 Offensive* "erleidet die Ukraine erhebliche Ausrüstungsverluste (...) Versuche, einen schnellen Durchbruch zu erzielen, haben zu einer unhaltbaren Opferrate geführt."

Die Bedingungen Russlands

Der russische Präsident Wladimir Putin kündigte bei seinem Treffen mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan an, dass er das Abkommen über den Transport von ukrainischem Getreide über das Schwarze Meer nicht verlängern werde, solange die Europäer ihre Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten.

Der Westen beschuldigt Russland der Welt mit Hunger zu drohen. Doch nur ein sehr kleiner Teil des ukrainischen Getreides ist für Entwicklungsländer bestimmt. Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden von den 35 Millionen Tonnen ukrainischer Lebensmittel 12 Millionen Tonnen über das Schwarze Meer in die Europäische Union und 8 Millionen Tonnen nach China verschifft.

Schließlich wurde über Katar eine Vereinbarung gefunden.

Wladimir Putin stigmatisiert die Rolle von Präsident Selenskyj bei der Verherrlichung des Nationalsozialismus

Der russische Präsident Wladimir Putin leitete die jährliche Sitzung des "Pobeeda"-Komitees, das sich dem Bau und der Erhaltung von Denkmälern zum Gedenken an die sowjetischen Opfer des Nationalsozialismus widmet.

"Indem sie einen Mann jüdischer Herkunft mit jüdischem Hintergrund an die Spitze der Ukraine stellten, wollten die westlichen Führer das unmenschliche Wesen verbergen, das heute das Fundament des ukrainischen Staates bildet (...) Das macht diese ganze Situation in höchstem Maße verabscheuungswürdig. Denn hier haben wir einen Juden, der die Verherrlichung des Nationalsozialismus und derjenigen befürwortet, die den jüdischen Völkermord in der Ukraine orchestriert haben, der den Tod von anderthalb Millionen Menschen verursacht hat", sagte er.

Die ukrainische Verfassung ist die einzige explizit rassistische der Welt (Art. 16). Denkmäler, die den [Nationalsozialismus verherrlichen](#), gibt es jetzt überall in der Ukraine.

Voltaire-Netzwerkanalyse

["Die CIA belebt den ukrainischen Nazismus wieder"](#), von Thierry Meyssan

Es ist kein Wunder, dass die CIA antirussische Organisationen aufbaut. Es ist jedoch überraschend, dass sie nicht davor zurückschreckt, sich Nazis und integrale Nationalisten auszusuchen, um angeblich Freiheit und Demokratie zu verteidigen.

Russische Vision der ukrainischen "Gegenoffensive"

Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu zog vor seinen Spitzenoffizieren Bilanz über die militärische Sonderoperation in der Ukraine. Ihm zufolge belaufen sich die ukrainischen Verluste seit Beginn der

Gegenoffensive auf 66 000 Mann. Nirgends gelang es den ukrainischen Truppen, die russischen Verteidigungslinien zu durchdringen.

Schaffung einer baschkirischen Befreiungsarmee

Mit Hilfe der CIA wurde eine Baschkirische Befreiungsarmee gegründet. Innerhalb der Russischen Föderation wird die Republik Baschkortostan (bekannt als Baschkirien) hauptsächlich von Russen (36,32 %), Baschkiren (29,76 %) und Tataren (24,14 %) bevölkert.

AFRIKA

Ennahda-Chef unter Hausarrest gestellt

Abdelkarim Harouni, Vorsitzender des Schura-Rates der islamistischen Ennahda-Partei, ist von den tunesischen Behörden unter Hausarrest gestellt worden.

IRENA organisiert den ersten afrikanischen Klimagipfel

Die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) organisierte mit Hilfe von Dänemark, Deutschland und den Vereinigten Arabischen Emiraten den ersten *Africa Climate Summit* (ACS) in Kenia.

IRENA war lange Zeit und ist vielleicht immer noch ein Werkzeug der israelischen Präsenz.

ASIEN

Tamir Pardo nennt das von Ben Gvir im Westjordanland errichtete Regime "Apartheid"

Tamir Pardo, ehemaliger Mossad-Direktor (2011-16) und jetzt ein Gegner der Verfassungsreform, sagte der Associated Press über das Westjordanland: "Es gibt hier einen Apartheidstaat, in einem Gebiet, in dem zwei Menschen unter zwei Rechtssystemen vor Gericht gestellt werden, es ist ein Apartheidstaat." Er wies darauf hin, dass

israelische Bürger in ein Auto steigen und fahren könnten, wohin sie wollten, mit Ausnahme des Gazastreifens, aber dass die Palästinenser dies nicht tun könnten. Er fuhr fort, dass seine Sicht auf das System im Westjordanland "nicht extrem" sei. Das ist eine Tatsache."

Das Römische Statut zur Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs definiert Apartheid als "ein institutionalisiertes Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung einer rassischen Gruppe über jede andere rassische Gruppe". Tamir Pardo befürwortet eine klare Trennung Israels und Palästinas in zwei getrennte Staaten mit präzisen Grenzen.

Die saudisch-israelische Normalisierung und die Palästinenser

Die Normalisierungsgespräche zwischen Saudi-Arabien und Israel über die Vereinigten Staaten werden fortgesetzt. Tsahal legte der Koalitionsregierung einen Plan zur Verbesserung der Situation der Palästinenser vor, im Austausch für einen saudischen Verzicht auf die Urananreicherung.

Ministerpräsident Benjamin Netanjahu weigerte sich, die Verhandlungen mit dem Schicksal der Palästinenser in Verbindung zu bringen.

Der Islamische Dschihad (pro-iranisch) verurteilte das für Palästinenser nachteilige Abkommen.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Zusammenstöße zwischen Migranten in Tel Aviv

Migranten stießen in Tel Aviv bei einer von der Botschaft organisierten Veranstaltung zum 30. Jahrestag der Unabhängigkeit Eritreas zusammen, wobei 160 verletzt wurden, 15 von ihnen in kritischem Zustand.

Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat angekündigt, dass er tausend Eritreer, die Präsident Isaias Afwerki unterstützen, ausweisen werde. "Sie können natürlich nicht behaupten, Flüchtlinge zu sein. Sie unterstützen dieses Regime. Wenn sie ihn so sehr unterstützen, können sie in ihr Land zurückkehren", sagte er.

Laut einer Statistik von Juni gibt es 17850 eritreische Asylsuchende in Israel. Die meisten von ihnen kamen vor einigen Jahren illegal über die ägyptische Sinai-Halbinsel und ließen sich in armen Vierteln von Tel Aviv nieder, um vor dem Regime von Präsident Afwerki zu fliehen.

Die Realität weicht vielleicht von dieser Erzählung ab: Überall auf der Welt wurden die Feierlichkeiten zum eritreischen Unabhängigkeitstag nicht von eritreischen Gegnern, sondern von Sympathisanten der Tigray Liberation Front gestört. In den letzten zwei Jahren hat die [CIA](#) Tigrays Aufstand gegen den äthiopischen Bundesstaat angezettelt und Eritrea hat an der Seite Äthiopiens interveniert.

König Hussein warnte Israel vor syrischen Plänen für einen Jom-Kippur-Krieg

Ein [Dokument aus den israelischen Archiven](#), das anlässlich des 50. Jahrestages des Krieges vom Oktober 1973 (bekannt als "Jom-Kippur-Krieg") enthüllt wurde, bezeugt, dass Israel von König Hussein von Jordanien vor dem syrischen Angriff gewarnt worden war.

Libanesische Christen werden angegriffen, weil sie die Entkriminalisierung von Homosexualität fordern

Der libanesische christliche Sender MTV strahlte einen Clip zur Entkriminalisierung von Homosexualität aus. Er verkündet: "Liebe ist kein Verbrechen. Diebstahl ist ein Verbrechen. Vergewaltigung ist ein Verbrechen. Aber Liebe ist kein Verbrechen. Kampagne für die Aufhebung des Artikels 534 des Strafgesetzbuches".

Angesichts der empörten Reaktionen aller Religionsgemeinschaften änderte der Sender seinen Text in "In den Worten Seiner Heiligkeit Papst Franziskus ... ist Homosexualität kein Verbrechen... Für die Aufhebung des Artikels 534 des Strafgesetzbuches, der Homosexualität unter Strafe stellt". Nichts hilft. Seit drei Monaten hetzt eine Medienkampagne den ganzen Libanon gegen Homosexuelle auf und eine christliche Miliz hat eine schwule Bar angegriffen.

Baschar al-Assad hebt Militärgerichte auf

Präsident Baschar al-Assad hat die Militärgerichte per Dekret aufgehoben. Diese Gremien, die nach dem Putschversuch der Muslimbruderschaft in Hama (1980) geschaffen wurden, wurden während des Krieges 2011-16 entwickelt. Die Angeklagten hatten keinen Anwalt und konnten keine Berufung einlegen. Die Gerichtsbarkeit der Gremien war auf Zivilisten ausgeweitet worden, damit sie die Dschihadisten vor Gericht stellen konnten.

Interne Auseinandersetzungen innerhalb der DFS

Der stellvertretende US-Außenminister für Angelegenheiten des Nahen Ostens, Ethan A. Goldrich, und der Kommandeur der internationalen Koalition gegen den IS, General Joel Vowell, reisten illegal in den Nordosten Syriens, um die inneren Spannungen der Demokratischen Kräfte Syriens (DFS) zu

beruhigen. Am 27. August verhafteten kurdische Söldner den Stammesführer des Militärrats von Deir ez-Zor. Da hatte sich sein Stamm aufgelehnt. Bei den Zusammenstößen kamen mindestens 90 Menschen ums Leben. Die Kurden riefen ihrer Truppen zurück, während sich mehrere Stämme für neutral erklärten.

Washington versucht mit allen Mitteln, die Reihen seiner Verbündeten zu befrieden, um in dieser Region bleiben zu können und Damaskus daran zu hindern, seine dortigen Ölvorkommen auszubeuten. Das Pentagon befürchtet, dass dieser Aufstand im Geheimen von Präsident Baschar al-Assad orchestriert wurde.

Zusammenstöße in Kirkuk

In Kirkuk kam es zu Zusammenstößen zwischen der arabischen und turkmenischen Bevölkerung einerseits, und der kurdischen Bevölkerung andererseits. Diese ölreiche Region wird von der Bundesregierung in Bagdad und der kurdischen Lokalregierung in Erbil beansprucht. 15 Menschen wurden verletzt und 4 getötet, nachdem die Nachricht von einer Übergabe der Stadt durch Bagdad an Erbil die Runde machte.

Kritische Lage der jemenitischen Bevölkerung

Nach Angaben des Welternährungsprogramms werden bis Ende des Jahres 21,6 Millionen Jemeniten humanitäre Hilfe benötigen, während 17 Millionen Menschen bereits von Ernährungsunsicherheit betroffen sind.

Nach Angaben des UN-Kinderhilfswerks UNICEF sind mehr als 540 000 Kinder unter 5 Jahren im Jemen schwer unterernährt.

Die Kürzung der humanitären Programme der Vereinten Nationen im Jemen folgt dem Druck der Vereinigten Staaten, die Probleme und das Leid der Jemeniten zu vergrößern, um ihre Führer zu unterwerfen.

Die Vereinigten Arabischen Emirate bereiten sich auf die Legalisierung von Casinos vor

In den Vereinigten Arabischen Emiraten gibt es eine Behörde zur Regulierung des Glücksspiels. Sie wird von dem Amerikaner Kevin Mullally (ehemaliger Assistent des demokratischen Senators Harry Wiggins aus Missouri) geleitet und soll Casinos legalisieren. Eines der 7 Emirate, Ras el-Khaimah, baut bereits mit der *Wynn Resorts* Gruppe ein Megacasino auf der künstlichen Insel Al-Marjan.

EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei ins Stocken geraten

"Die Verhandlungen über den Beitritt [der Türkei zur Europäischen Union] sind derzeit ins Stocken geraten. Damit sie wieder aufgenommen werden können, soll sie sehr klare Kriterien, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit definieren", sagte der EU-Kommissar für Erweiterung, der Ungar Oliver Varhelyi, bei einem Besuch in Ankara.

Schwedischer EU-Diplomat im Iran inhaftiert

Nach Angaben der *New York Times* ist der schwedische Diplomat Johan Floredus seit einem Jahr im Iran inhaftiert. Stockholm bestätigte, dass einer seiner Staatsangehörigen inhaftiert wurde, aber ohne seine Identität oder Funktion. Es soll sich um einen Mitarbeiter der Europäischen Kommission handeln, der auf einer Vergnügungsreise in den Iran gereist ist. Berichten zufolge wurde er am Ende seiner Reise am Flughafen wegen Spionage verhaftet.

Iran kooperiert nicht mehr mit der IAEA

Laut AFP stellt die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) fest, dass der Iran zögert, Überwachungskameras in seinen Atomzentren wiederherzustellen. Sie waren im Juni 2022 abgeschaltet worden und sind immer noch nicht alle eingeschaltet.

Darüber hinaus beklagt die Agentur, dass sie immer noch keine Antworten auf ihre Fragen über die Gegenwart von Uranpartikeln in zwei nicht deklarierten Atomanlagen, Turquzabad und Varamin, erhalten habe.

Der Iran hält die mit dem JCPoA eingegangenen Verpflichtungen seit dem Rückzug der Vereinigten Staaten nicht mehr ein.

Israel versuchte, die iranische Raketenproduktion zu sabotieren

Nach Angaben des iranischen Fernsehens wurde ein israelisches Spionagenetzwerk zerschlagen, als versucht wurde, die Raketenproduktion zu sabotieren. Spione hatten damit begonnen, kleine, 7 mal 3 Zentimeter große Teile in die Fließbänder einzubringen, die so programmiert waren, dass sie zu bestimmten Terminen und Uhrzeiten explodierten. Dies ist der schwerste Fall von Sabotage im Iran seit einem Jahrhundert.

Indien wird Bharat heissen

Die Einladungen zum G20-Gipfel in Neu-Delhi wurden von Droupadi Murmu als Präsident von Bharat und nicht als Präsident Indiens verschickt. Seine Partei, die Bharatiya Janata Party (BJP), will zum Sanskrit-Namen ihres Landes zurückkehren.

Versöhnung in Thailand auf Kosten des Wahlsiegers

Wie erwartet wurde der ehemalige Premierminister Thaksin Shinawatra ("Rothemd"), der aus 15 Jahren Exil zurückgekehrt war, zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt, mit der Möglichkeit, nach 3 Monaten eine Begnadigung zu beantragen. Kaum inhaftiert, wurde er ins Krankenhaus gebracht, um seine gesundheitlichen Probleme zu behandeln. Er empfing dann die wichtigsten politischen Führer des Königreichs. Seine Gesundheit sollte sich erholen... in 3 Monaten. Bis dahin regiert er das Land von seinem Zimmer im Gefängniskrankenhaus aus. Er teilt

sich die Macht mit dem neuen Premierminister, dem Immobilienmagnaten Srettha Thavisin.

Der ehemalige Gesundheitsminister Anutin Charnvirakul wird zum stellvertretenden Premierminister befördert, während der neue Polizeichef kein Geringerer als der Bruder von General Prawit Wongsuwan ("Gelbhemd"), dem Architekten des Putsches von 2022, ist.

Diese Inszenierung zielt darauf ab, den klar sprechenden Pita Limjaroenrat (Move forward) zu entfernen, der die letzten Wahlen gewonnen hat, aber sich nicht die Unterstützung der vom Militär ernannten Senatoren sichern konnte.

Auf dem Weg zu einer militärischen Annäherung zwischen Nordkorea und Russland

Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu bot Ende Juli bei einem Vier-Augen-Gespräch mit dem Direktor des nordkoreanischen Geheimdienstes (NIS), Kim Kyou-hyun, gemeinsame Militärübungen Nordkoreas, Chinas und Russlands an.

Pjôngjang hat angekündigt, dass der Oberste Führer Kim Jong Un nach Russland reisen wird, um sich mit Präsident Wladimir Putin zu treffen.

Es ist wahrscheinlich, dass Pjôngjang Munition liefern wird, während Moskau sie gegen Schlüsseltechnologien mit nuklear angetriebenen Satelliten und U-Booten austauschen wird.

Der südkoreanische Präsident Yoon Suk Yeol und der Koordinator des Nationalen Sicherheitsrats der USA, Admiral John Kirby, haben davor gewarnt, das Militärbündnis zwischen Nordkorea und Russland zu stärken. Sie versicherten, dass dies nicht unbeantwortet bleiben würde.

China beansprucht indische und russische Territorien

Das chinesische Ministerium für natürliche Ressourcen hat die Karte Chinas für 2023 veröffentlicht, was indische und russische Reaktionen hervorruft. Sie umfasst den indischen Bundesstaat Arunachal Pradesh (Nordosten der Indischen Union) sowie das gebirgige Plateau von Aksai.

China beansprucht Gebiete, die auch Indien und Russland beanspruchen. Neu-Delhi und Moskau haben jedoch beschlossen, ihre Stimme nicht zu erheben.

Angesichts der Kontroverse in Indien beschloss Präsident Xi Jinping, nicht zum G20-Gipfel am 9. und 10. September zu reisen.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Russland stellt bei den Vereinten Nationen sein Programm zur Stärkung des Multilateralismus vor

Vor der Parade der Staats- und Regierungschefs (19.-26. September) begann die UN-Generalversammlung mit ihren Debatten. Die russische Delegation stellte offiziell ihre [Agenda zur Stärkung des Multilateralismus](#) in 81 Punkten vor.

Sie betonte auch die Notwendigkeit, Informationen, die für die öffentliche Debatte unerlässlich sind, nicht zu zensieren, und spielte damit auf das Verbot ihres internationalen Fernsehsenders *Russia Today* und ihrer Nachrichtenagentur *Sputnik* an.

Die fraglichen Verfahren des UN-Sicherheitsrats

Am 5. September debattierte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über sein Verfahren. Die inzwischen häufige Anwendung des Vetos wird vom Westen als Blockade normaler Verfahren dargestellt, während Russland und China es als integralen Bestandteil davon betrachten. Offensichtlich haben die beiden

Lager nicht die gleiche Auffassung von der Rolle des Rates.

Das ist die Kluft, die sich bei der Gründung der Vereinten Nationen aufgetan hat. Während der Vorbereitungsarbeiten wollten US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premierminister Winston Churchill eine globale angelsächsische Regierungsführung schaffen. Während der Erste Sekretär der KPdSU, Josef Stalin, beabsichtigte, ein Gremium zu schaffen, um neue Kriege zu verhindern. Offensichtlich ist diese Debatte noch nicht vorbei.

ASEAN, Produkt des Kalten Krieges oder unabhängige Organisation?

Der Verband Südostasiatischer Nationen (ANASE/ASEAN) wurde mitten im Kalten Krieg von fünf antikommunistischen Diktaturen gegründet und hat sich nach und nach in eine regionale Organisation verwandelt. Er hielt ein Gipfeltreffen ab, an dem die Staatsoberhäupter der 10 Mitgliedsländer und ihre Gäste bei aufeinanderfolgenden Treffen teilnahmen: China, Japan, Südkorea und die Vereinigten Staaten.

Die Treffen der ANASE haben jedoch immer eine westliche Tagesordnung. In diesem Jahr: die Menschenrechte in Myanmar und Chinas umstrittene Karte der Meeresgebiete, dann die russische Invasion in der Ukraine und die mögliche chinesische Invasion von Taiwan.

Indonesien, das Gastgeberland, sagte, die Mitgliedstaaten sollten nicht als Vermittler für Großmächte fungieren.

Die rotierende ANASE-Präsidentschaft wird 2026 aufgrund der Innenpolitik nicht nach Myanmar zurückkehren, sondern in die Philippinen.

In seiner Rede forderte der chinesische Ministerpräsident Li Qiang die Mitgliedstaaten auf, wirtschaftlich zusammenzuarbeiten, anstatt sich in ihre jeweilige Politik einzumischen. Er sagte: "Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten zwischen Ländern können

aufgrund von Missverständnissen, divergierenden Interessen oder externer Einmischung entstehen... Um diese Auseinandersetzungen unter Kontrolle zu halten, kommt es jetzt darauf an, sich nicht für eine Seite zu entscheiden, sich der Konfrontation zwischen den Blöcken zu widersetzen und einen neuen Kalten Krieg zu verhindern."

EU-AU-Mini-Gipfel am Rande des G20-Gipfels

Die Europäische Union wird die Abwesenheit der Präsidenten Chinas und Russlands, Xi Jinping und Wladimir Putin, beim G20-Gipfel in Indien nutzen, um am Rande des Gipfels ein hochrangiges Treffen mit afrikanischen Staats- und Regierungschefs abzuhalten.

OPEC+ senkt Produktion weiter

Saudi-Arabien und Russland haben angekündigt, ihre Ölproduktion für weitere drei Monate, bis Ende 2023, weiter zu reduzieren. Die Entscheidung fiel während des Besuchs des saudischen Premierministers Prinz Mohamed bin Salman in Sotschi.

Sofort stiegen die Märkte um 1,43%. Das Barrel von West Texas Intermediate (WTI) wurde für 86,77 \$ verkauft.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltaire.net

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°52 - 15. September 2023

LEITARTIKEL

Amtsenthobungsverfahren gegen Präsident Joe Biden

Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy, kündigte die Eröffnung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsident Joe Biden an. Seit Anfang des Jahres untersuchen republikanische Abgeordnete, wie Hunter Biden seinen Vater, den damaligen Vizepräsidenten von Barack Obama, nutzte, um lukrative Geschäfte zu machen. Sie konnten nachweisen, dass Joe Biden entgegen seinen Behauptungen eine zentrale Rolle in den Angelegenheiten seines Sohnes gespielt hatte, konnten aber nicht feststellen, ob er selbst korrupt war oder nicht.

Der Schwerpunkt der Untersuchung des Repräsentantenhauses wird sein, festzustellen, ob es einen Zusammenhang zwischen der Ernennung von Hunter Biden in den Vorstand des ukrainischen Kohlenwasserstoffunternehmens Burisma gibt, obwohl er in diesem Bereich nicht zuständig war, und Joe Bidens Interventionen, um den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko zu zwingen, den Staatsanwalt Viktor Shokin zu entlassen, der gegen Burisma ermittelte.

Viktor Shokin hatte in der Vorwoche angekündigt, dass er bereit sei, vor dem US-Kongress auszusagen.

Ein ehemaliger Mitarbeiter von Hunter Biden, Devon Archer, hatte bereits vor dem Kongress über ein Komplott von Burisma ausgesagt, um den Staatsanwalt Viktor Shokin abzusetzen, oder sogar zu eliminieren.

Generalstaatsanwalt Merrick Garland, der sich bereit erklärt hatte, vor der Ankündigung der Eröffnung des *Amtsenthobungsverfahrens* vor dem Kongress zu erscheinen, wird am Mittwoch angehört, da er weiß, dass seine Regierung nun selbst darin verwickelt ist.

Dieses Amtsenthebungsverfahren ist das dritte innerhalb von vier Jahren. Es hat keine Chance auf Erfolg, da die Demokraten die Mehrheit im Senat haben, könnte aber die Korruption der Bidens öffentlich aufdecken. Eine dieser Gerichtsverfahren wurde gegen Präsident Donald Trump benutzt, weil er die Ukraine unter Druck gesetzt hatte, der Geschichte von Biden und Burisma auf den Grund zu gehen.

Das Weiße Haus hat sofort ein Memo an die großen Medien geschickt, um das Narrativ zu koordinieren, mit dem sie über die Untersuchung des Kongresses berichten werden.

AMERIKA

US-Luftwaffe von China überholt

In einer geheimen Notiz, die von *Inside the Ring* zitiert wird, sagte Frank Kendall, US-Luftwaffenminister: "Während China sich darauf konzentriert hat, die regionalen konventionellen Streitkräfte zu schaffen, von denen es glaubt, dass es sie braucht, baut es auch seine Atomstreitkräfte und militärischen Weltraumkapazitäten erheblich aus. Wir können die Abschreckung nicht aufrechterhalten, indem wir stillstehen." Er plädiert daher für eine sofortige Aufstockung des US-Arsenals. Nach Angaben des Pentagons hat Chinas Volksbefreiungsarmee eine Raketentruppe geschaffen, die darauf ausgelegt ist, "hochwertige [US-]Vermögenswerte, Flugzeugträger, vorgeschobene Flugplätze und wichtige [Kommando- und Kontroll-] und logistische Knotenpunkte anzugreifen". Darüber hinaus strebt China eine "Informationsdominanz" im Weltraum und in der Cyberkriegsführung an.

Verurteilung von Peter Navaro

Peter Navaro, ein ehemaliger Berater von Präsident Donald Trump, ist wegen Missachtung des Kongresses verurteilt worden. Ihm droht ein Jahr Gefängnis.

Der Richter, der entschied, erkannte nicht an, dass Präsident Donald Trump sein Exekutivprivileg aktiviert hatte und dass Peter Navaro sich daher nicht darauf berufen konnte, um die Aussage vor dem Kongress zu verweigern.

Dies ist nach Steve Bannon Donald Trumps zweiter Kollaborateur, der auf diese Weise verurteilt wurde.

Peter Navaro ist Spezialist für den internationalen Handel und insbesondere für die Handelsbeziehungen mit China und Deutschland. Einer breiten Öffentlichkeit wurde er während der Covid-Pandemie bekannt. Er war mit Dr. Anthony Fauci in Streit geraten. Er

hatte sich nämlich gegen den Hausarrest und für die Verwendung von Hydroxychloroquin ausgesprochen.

Präsident Biden übergeht Gedenkfeiern zum 11. September in New York

Auf einer Asienreise machte Präsident Joe Biden einen Zwischenstopp in Alaska, um der Anschläge vom 11. September 2001 zu gedenken.

Vizepräsidentin Kamala Harris, die ihn bei den Zeremonien in New York vertrat, verließ den Platz nach einer Stunde, während noch die Namen der Opfer genannt wurden.

Ron DeSantis stellt Verurteilung des Sturms auf das Kapitol in Frage

Der Gouverneur von Florida, Ron DeSantis, ein Präsidentschaftskandidat für 2024, sagte, dass er im Falle seiner Wahl die Urteile oder sogar die Begnadigung von Bürgern, die wegen des Angriffs auf den Capitol Hill am 6. Januar 2021 verurteilt wurden, umwandeln oder sogar begnadigen würde. Ihm zufolge sind alle verhängten Urteile übertrieben, wobei einige zu 17 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, obwohl sie sich nicht in den Räumlichkeiten aufhielten und keine Gewalt ausgeübt hatten.

Größtes Anti-Kartellverfahren der Geschichte eröffnet

In den USA beginnt ein gigantischer Anti-Kartellprozess gegen das Unternehmen Alphabet. Es wird beschuldigt, seine Produkte, seine Google-Suchmaschine, seinen Chrome-Browser, seine Mail-Software Gmail, seine YouTube-Videos und seine Online-Karten so zu organisieren, dass sie auf Kosten seiner Konkurrenten unverzichtbar werden.

Das Gericht hat die Klage von 38 Bundesstaaten, sowohl von Demokraten als auch von Republikanern, bereits zurückgewiesen. Es wies die Vorwürfe über Werbeeinnahmen zurück, um nur die bei der Suchmaschine beizubehalten.

Die Direktorin der *Federal Trade Commission*, Lina Khan, hat stark auf diesen Prozess gesetzt. Journalisten, die von ihren vier früheren Misserfolgen im Kampf gegen Trusts überrascht waren, behaupten jedoch, dass sie eine Expertin auf diesem Gebiet war... für einige GAFA.

Gouverneur von New Mexico verstößt gegen US-Verfassung

Michelle Lujan Grisham, demokratische Gouverneurin von New Mexico, hat als Reaktion auf eine Schießerei in Albuquerque das Recht, Schusswaffen an öffentlichen Orten zu tragen, für 30 Tage ausgesetzt.

Sofort wurden Klagen wegen Verstoß gegen den Artikel 2 der US-Verfassung eingereicht. Gegen sie wurde im örtlichen Senat ein Abberufungsverfahren eingeleitet.

Veröffentlichung des Berichts der Special Grand Jury von Georgia

Die Special Grand Jury von Georgia, die die Einmischung in die Wahlen 2020 untersucht, empfahl die Anklage gegen 39 Personen, darunter Präsident Donald Trump und seinen Anwalt, den ehemaligen New Yorker Bürgermeister Rudy Giuliani, Senator Lindsey Graham, die ehemaligen Senatoren Kelly Loeffler und David Perdue, sowie den ehemaligen Nationalen Sicherheitsberater Michael T. Flynn.

Die Empfehlungen der Grand-Jury wurden bekannt, als der [komplette Bericht](#) veröffentlicht wurde. Er zeugt auch, dass die Geschworenen sehr gespalten waren und dass einer von ihnen gegen alle Anklagepunkte gestimmt hat.

US-Kriege im Ausland sind von innenpolitischen Wahlstrategien geprägt

Laut dem neuesten Buch des britischen Historikers Andrew Payne führen US-Präsidenten ihre Kriege im Ausland, während ihre Augen auf die Umfragen im eigenen Land gerichtet sind. In *War on the Ballot: How the Election Cycle Shapes Presidential Decision-Making in*

War, [Krieg gegen Wahl: Wie der Wahlzyklus die Präsidentenbeschlüsse bezüglich des Krieges beeinflusst] Columbia University Press, zeigt er anhand freigegebener Dokumente aus den Kriegen in Korea, Vietnam und Irak, dass präsidentiale Entscheidungen nicht von Fakten vor Ort geleitet werden, noch von dem Wunsch, Leben zu retten, sondern aus wahlstrategischen Überlegungen.

Bisher verteilten sich die Historiker auf jene, die entweder die Entscheidungen des Präsidenten nach ideologischen Faktoren oder nach dem Druck der Waffenhersteller interpretierten.

CIA-Bericht über Ursprung von Covid angeblich gefälscht

Ein CIA-Agent prangerte vor dem Kongress eine Fälschung innerhalb des Geheimdienstes an. Ihm zufolge hätten sechs seiner Kollegen von einem großen Bonus profitiert, als sie ihre Analysen zum Ursprung von Covid modifizierten. Auf Einladung des Vorstandsvorsitzenden William Burns erklärten sie schließlich, dass das Virus nicht im Wuhan-Labor hergestellt worden sei, sondern wahrscheinlich tierischen Ursprungs sei.

CIA-Sprecherin Tammy Kupperman wies die Vorwürfe zurück. Sie sagte, die Agentur bezahle ihre Analysten nicht, um zu bestimmten Schlussfolgerungen zu kommen.

Es sei daran erinnert, dass das Wuhan P4-Labor eine internationale Einrichtung der Weltgesundheitsorganisation war, die zusammen mit Frankreich gebaut wurde. Teams aus der ganzen Welt arbeiteten dort, darunter natürlich auch chinesische. Zwei Untersuchungen zu Covid wurden dort durchgeführt, eine von Chinesen, die andere von Amerikanern, die illegal von Dr. Anthony Fauci finanziert wurden.

Brasilien lädt Wladimir Putin ein

Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, der neue Präsident des G20, hat die Einladung seines russischen Amtskollegen

Wladimir Putin im Jahr 2024 zum Gipfel in Brasilia bestätigt.

Die brasilianische Präsidentschaft wird ein diplomatisches Immunitätsdekret erlassen, das garantiert, dass Präsident Putin entgegen den Forderungen des Internationalen Strafgerichtshofs nicht verhaftet wird.

Im Gegensatz zu dem, was die westliche Presse berichtete, genoss Präsident Putin die gleiche Zusicherung auf dem BRICS-Gipfel in Südafrika und dem G20-Gipfel in Neu-Delhi. Das ist also nicht der Grund, warum er nicht dorthin gegangen ist.

Venezuela sucht seinen Entwicklungsweg nach dem Vorbild Chinas

Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro ist zu seiner fünften offiziellen Reise nach China aufgebrochen. Sein chinesischer Amtskollege Xi Jinping hob den gemeinsamen Kampf der beiden Völker für die Unabhängigkeit hervor. Die beiden Länder kooperieren bereits bei den Vereinten Nationen in der Gruppe der 77. Venezuela, das wirtschaftlich gescheitert ist, den "Sozialismus des einundzwanzigsten Jahrhunderts" zu führen, war bestrebt, das Modell der "Entwicklung chinesischer Art" zu verstehen.

EUROPA

Inhaftierung von Daniel Khalife

Der Gefreite Seiner Majestät, Daniel Khalife, wurde in Untersuchungshaft genommen, nachdem er beschuldigt wurde, geheime Informationen an den Iran weitergegeben zu haben. Seine Flucht am 6. September löste in Großbritannien Panik und eine massive Fahndung aus. Der Angeklagte wurde erneut widerstandslos festgenommen.

Es bleibt unklar, welche Informationen er dem Iran gegeben haben soll und warum.

Verhaftung eines britischen parlamentarischen Assistenten wegen Spionage

Nach Angaben der *Sunday Times* wurde ein parlamentarischer Assistent, der für den Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Unterhauses arbeitete, unter dem Vorwurf der Spionage für China verhaftet. Er wurde nicht angeklagt und vorläufig freigelassen.

Eine zweite Person wurde Berichten zufolge im selben Fall festgenommen.

Premierminister Rishi Sunak äußerte gegenüber dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Qiang seine "sehr tiefe Besorgnis über jede Einmischung in unsere parlamentarische Demokratie, die offensichtlich inakzeptabel ist".

Der Parlaments-Assistent hat die Klage in Abrede gestellt. Die Tatsache, dass niemand angeklagt wurde, deutet darauf hin, dass nichts gegen britisches Recht verstoßen hat.

Video: Interview mit Studio One, Teil zwei

Studio One hat den [zweiten Teil](#) des Interviews veröffentlicht, das es vor einem halben Jahr mit Thierry Meyssan geführt hat.

Der [erste Teil](#) wurde 460.000 Mal angesehen.

Dieses Interview ist nur auf Französisch verfügbar.

Ausländische Journalisten von der Pressekonferenz von Emmanuel Macron ausgeschlossen

Der Pressedienst des Elysée-Palastes verweigerte nicht-französischen Journalisten den Zutritt zur Pressekonferenz von Präsident Emmanuel Macron beim G20-Gipfel in Neu-Delhi.

Das schadet dem Ansehen Frankreichs im Ausland schwer.

Polen wird Verbot für ukrainisches Getreide fortsetzen

Die polnische Regierung hat angekündigt, dass es nationale Maßnahmen ergreifen werde, wenn die Europäische Kommission das Verbot der Vermarktung von ukrainischem Weizen, Mais, Raps und Sonnenblumen in Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien und der Slowakei nicht über den 15. September hinaus verlängert.

Die ukrainische Regierung hat damit gedroht, Polen vor dem Tribunal der Welthandelsorganisation (WTO) zu verklagen.

Open Society Foundation verlässt Westeuropa

Die Open Society Foundation von George Soros hat die Umschichtung ihrer Hilfen angekündigt. Sie wird Westeuropa im nächsten Jahr verlassen und sich auf die Vereinigten Staaten und Osteuropa konzentrieren, vor allem auf Polen, Tschechien und die Ukraine.

Durch die Verlegung von 186 Millionen Euro an Spenden pro Jahr wird erwartet, dass die Open Society Foundation den Bankrott einer Vielzahl linker Vereinigungen (NGOs) verursachen wird. Sie sollte gleichzeitig das Glück anderer NGOs in anderen Ländern machen.

EU erwirbt erstes Verteidigungsinstrument

Das Europäische Parlament hat der Schaffung einer Agentur zugestimmt, die es mindestens drei Mitgliedstaaten ermöglicht, gemeinsam Verteidigungsgüter zu kaufen.

Die europäischen Verträge stellen die europäische Verteidigung unter das Dach der NATO.

Ukraine überwirft sich mit dem Heiligen Stuhl

Der ukrainische Regierungssprecher Mychajlo Podoljak sagte, Papst Franziskus vertrete "eine pro-russische Position, die für jeden

offensichtlich ist ... Ein völlig unbewusster Ansatz (...), der den Ruf des Heiligen Stuhls auf Null setzt".

Er kommentierte die Worte des Papstes einer Videomitteilung für in Sankt Petersburg versammelte Jugendliche.

Der Sprecher des Vatikans, Matteo Bruni, erklärte schriftlich: "Der Papst möchte die jungen Menschen ermutigen, alles Positive im russischen kulturellen und spirituellen Erbe zu bewahren und zu fördern, sicherlich nicht, um die imperialistische Logik und die Regierungsfiguren zu verherrlichen, [die er] erwähnt hat, um auf bestimmte historische Perioden hinzuweisen."

Die Ukrainischen integralen Nationalisten, darunter der Journalist Mychajlo Podoljak, sind in Übereinstimmung mit den Schriften von Dmytro Donzow der Ansicht, dass die russische Kultur eine Inkarnation des Bösen ist und dass es die Pflicht der Ukrainer ist, die russische Bevölkerung als Ganzes auszurotten. Während des Zweiten Weltkriegs verübten sie Massentötungen, vor allem in der Ukraine und in Polen. Die unierte katholische Kirche hatte diese Missbräuche unterstützt. Papst Johannes Paul II. war es schließlich gelungen, die Unierten von diesen Verbrechen zu distanzieren und sie wieder vollständig in die katholische Kirche zu integrieren.

Regionalwahlen in Russland

Bei den Regionalwahlen in Russland haben sich nur 43 Prozent der Wähler mobilisiert. Das ist allerdings ein Viertel mehr als üblich.

Die Wahlbeteiligung in den Republiken, die der Russischen Föderation kürzlich beigetreten waren, war deutlich höher, insbesondere im Donbass (72,5 Prozent in Luhansk und 75 Prozent in Donezk).

Bei den Wahlen wurden 21 Gouverneure der Oblaste (Regionen) und Abgeordnete von 20 regionalen und lokalen Parlamenten ernannt.

Die Partei "Einiges Russland" von Präsident Wladimir Putin schnitt mit 75 Prozent deutlich besser ab als 2019, nachdem das Gesetz das Renteneintrittsalter nach hinten verschoben hatte. Die Ukraine-Frage wurde nicht erörtert.

Der Sicherheitsrat stellt fest, dass das Ergebnis der von Russland organisierten Wahlen in den umstrittenen Gebieten der Ukraine keine Rechtsgrundlage hat

Der UN-Sicherheitsrat beriet über die von Moskau organisierten Regionalwahlen in den umstrittenen Gebieten der Ukraine.

Die Generalversammlung hatte am 12. Oktober 2022 eine Resolution A/RES/ES-11/4 verabschiedet, in der sie die Abhaltung illegaler Referenden in Regionen innerhalb der international anerkannten Grenzen der Ukraine durch die Russische Föderation und die versuchte illegale Annexion der ukrainischen Regionen Donezk, Cherson, Luhansk und Saporischschja verurteilte. Auf der Grundlage dieses Textes betonte der stellvertretende Generalsekretär für Europa, Zentralasien und Amerika, Miroslav Jenča aus der Slowakei, dass diese Wahlen keine rechtliche Grundlage hätten.

Die russische Delegation stellte ihrerseits fest, dass im Jahr 2022 viel passiert sei. Es ist nicht sicher, ob heute über diese Entschliebung ebenso abgestimmt würde.

Dennoch ist es bei der derzeitigen Lage des Völkerrechts, die sich naturgemäß weiterentwickelt, nicht möglich, das Ergebnis dieser Wahlen in den umstrittenen Gebieten anzuerkennen.

Russland wird TurkStream und Blue Stream schützen

In einer Rede in Bangladesch sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow, er habe Informationen über Versuche, die Gaspipelines TurkStream und Blue Stream zu sabotieren.

Ungarn hatte diese Operationen bereits erwähnt und angedeutet, dass es im Gegensatz zu

Deutschland nicht zögern würde, auf diejenigen zu reagieren, die es wagen würden.

Die Nord-Stream-Pipelines wurden 2022 wahrscheinlich von den Vereinigten Staaten und/oder der Ukraine sabotiert.

Russische Rüstungsproduktion grösser als die der USA und der EU zusammen

Nach Angaben der *New York Times* sind Russlands Waffenproduktionskapazitäten denen der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union überlegen, trotz der einseitigen Zwangsmaßnahmen (fälschlicherweise als "Sanktionen" bezeichnet), die gegen Russland verhängt wurden.

Dieses erstaunliche Ergebnis erklärt sich durch die russische Technologie, die es ermöglicht, die gleichen Waffen zu Kosten herzustellen, die oft zehnmal niedriger sind als die ihrer westlichen Pendanten. Es sei denn, es liege an der viel größeren Korruption der Westländer.

Hinzu kommt, dass die in Russland fehlenden Bestandteile bei kleinen Staaten wie Nordkorea leicht zu erwerben sind.

AFRIKA

Ägypten verbietet den Niqab in Schulen

Die ägyptische Regierung hat das Tragen des Niqab in Schulen verboten.

Der Niqab oder Vollgesichtsschleier bedeckt das gesamte Gesicht, mit Ausnahme der Augen. Es ist eine Tradition der freien Frauen Arabiens in vorislamischer Zeit. Damals war er jedoch Sklaven verboten.

Obwohl der Schleier kein muslimisches Kleidungsstück ist, wurde er in Ägypten und dann in arabischen Ländern von der Muslimbruderschaft als Symbol für die Islamisierung von Gesellschaften aufgezwungen.

Im Iran hingegen bezieht sich das Schleiervorbot auf das pro-britische Regime des Schahs.

10 000 Tote in Libyen

Hurrikan Daniel zerstörte zwei Staudämme in Libyen und verursachte gigantische Wellen, die mindestens 10 000 Menschen ins Mittelmeer mitrissen.

Rücktritt des deutschen Straussianers Volker Perthes

Volker Perthes, Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs für den Sudan und Leiter der Integrierten Hilfsmission der Vereinten Nationen für die Zeit der Unterstützung der Übergangszeit im Sudan (UNITAMS), ist zurückgetreten. Präsident Abdel Fattah al-Burhan warf ihm vor, Waffenlieferungen an seinen Rivalen, "General" Mohamed Hamdan Dogolo, bekannt als "Hemeti", organisiert zu haben. Der Sudan erklärte ihn dann zur *Personna non grata*.

Volker Perthes hatte als Mitarbeiter von Jeffrey Feltman, der Nummer 2 der Vereinten Nationen, an der Ausarbeitung des [Plans für die Kapitulation der Arabischen Republik Syrien](#) gearbeitet.

Später, als Jeffrey Feltman die UNO verließ und Sondergesandter von Präsident Joe Biden für das Horn von Afrika wurde, wurde Volker Perthes zum UN-Sondergesandten für den Sudan ernannt. Die beiden Männer haben dann die [Destabilisierung der Region](#), einschließlich des Tigray-Krieges und des Sudan-Konflikts organisiert.

Debatte der UN-Generalversammlung über die Position der Großmächte angesichts der Krise in Mali

Die UN-Generalversammlung debattierte über das Veto gegen den Antrag auf eine Resolution zur Verlängerung der internationalen Sanktionen gegen Personen, die den Frieden, die Sicherheit oder die Stabilität Malis bedrohen.

Von nun an überwacht die Generalversammlung tatsächlich Meinungsverschiedenheiten zwischen Großmächten und Debatten bei jedem Veto. Das vom 30. August wurde von Russland getätigt.

Während der Debatte äußerte sich die Delegation Malis überrascht darüber, dass die vom Generalsekretär im Namen des Sicherheitsrats eingesetzte Expertengruppe ihre Aufgaben überschritten habe. Diese Gruppe, die für die Definition der sanktionierten Personen zuständig ist, hat illegal versucht, detaillierte Informationen über die militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und der Republik Mali zu erhalten. Die Delegation Malis zeigte sich empört darüber, dass der Sicherheitsrat – angeblich im Interesse Malis – erwogen habe, Sanktionen gegen ihn zu verhängen.

Voltaire-Netzwerkanalyse

„[Die Zurückweisung von Frankreich durch das frankophone Afrika sanktioniert 12 Jahre Verrat](#)“, von Thierry Meyssan.

Nichts geschieht zufällig in der Politik. Die Franzosen verstehen nicht, warum französischsprachige Afrikaner sie plötzlich zurückweisen. Sie trösten sich, indem sie Russland finsterner Mächtschaften bezichtigen. In Wirklichkeit ernten sie nur die Früchte dessen, was sie in den letzten 12 Jahren gesät haben. Das hat nichts mit Kolonialismus und Françafrique zu tun. Dies ist ausschließlich die Folge, die französische Armee der US-Strategie unterstellt zu haben.

Gabun-Regierung schlägt vor, den Wahlprozess in 24 Monaten wiederherzustellen

Der gabunische Premierminister Raymond Ndong Sima sagte: "Es ist eine gute Idee, mit einem vernünftigen Ziel zu beginnen und zu sagen: Wir hoffen, dass der Prozess in 24 Monaten abgeschlossen ist, damit wir zu den Wahlen zurückkehren können", wohl wissend,

dass dieser Zeitraum "etwas länger oder kürzer" sein könnte.

Unter der Kontrolle der Junta ernannte er die Regierung, indem er Persönlichkeiten des früheren Regimes und seiner Opposition mischte.

Russland und Mali zur Nigerfrage

Nach einem Telefongespräch appellierten der russische Präsident Wladimir Putin und der malische Übergangspräsident Assimi Goïta für eine politische Lösung in Niger.

Uran aus Niger

Die französische Regierung kommuniziert nicht über die Herkunft ihrer radioaktiven Stoffe. Laut einem Bericht des Hohen Ausschusses für Transparenz und Information über nukleare Sicherheit lieferte Niger im Jahr 2021 jedoch 34 % der französischen Importe von konzentriertem Uran.

Nach Angaben der nigrischen Behörden bereitet Frankreich eine militärische Intervention in Niger vor

Nach Angaben von Oberst Amadou Abdraman wurden "zwei militärische Transportflugzeuge vom Typ A400M und eine Dornier 328 [von Frankreich] als Verstärkung nach Côte d'Ivoire verlegt", "zwei Mehrzweckhubschrauber des Typs Super Puma" und "etwa vierzig gepanzerte Fahrzeuge", "nach Kandi und Malanville in Benin". Darüber hinaus "legte ein französisches Militärschiff mit Militärpersonal und Mitteln an Bord in Cotonou [Benin] an". "Frankreich stationiert weiterhin seine Streitkräfte in mehreren Ländern der ECOWAS [Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten] als Teil der Vorbereitungen für eine Aggression gegen Niger, die es in Zusammenarbeit mit dieser Gemeinschaftsorganisation in Betracht zieht."

Die Militärpartnerschaft ist ausgesetzt, so dass die französischen Truppen auf ihren möglichen Abzug aus Niger warten. Bei dem Schiff vor

Cotonou handelt es sich um den amphibischen Hubschrauberträger *Mistral*, der an der seit langem geplanten Operation *Corymbe* beteiligt ist und für die maritime Sicherheit sorgt. Es handelt sich um die Zusammenarbeit mit den Anrainerstaaten des Golfs von Guinea gegen den illegalen Handel (illegale Fischerei, Drogenhandel usw.). ", sagte eine französische Militärquelle gegenüber *Russia Today*.

Niger hat seinen Militärpakt mit Benin gekündigt, weil Benin an den Invasionsvorbereitungen beteiligt ist.

Olam wegen 50-Milliarden-Dollar-Betrugs angeklagt

Die *Daily Nigerian* und *Prime Business Africa* berichteten, dass die Geheimpolizei von Nigeria die Aktivitäten des singapurischen Agrarkonzerns *Olam International* wegen eines Betrugs von mehr als 50 Milliarden US-Dollar untersucht.

Olam bestreitet dies kategorisch. Dieser multinationale Konzern scheint große Anstrengungen unternommen zu haben, um Kinderzwangsarbeit zu bekämpfen und spekulative Reis- und Kakaomärkte zu regulieren.

Nigeria und Kamerun versuchen, die von der Kolonialisierung geerbten Grenzen genau festzulegen

Nachdem der Internationale Gerichtshof, also das interne Schiedsgericht der Vereinten Nationen, Nigeria und Kamerun im Jahr 2002 aufgefordert hatte, ihre Truppen von der Nähe des Tschadsees abzuziehen und ihre Grenzen festzulegen, ist noch nichts entschieden.

Die nigerianische Parlamentskommission hat gerade ihre Arbeit eingestellt, nachdem sie das kamerunische Militärgerät entdeckt hatte.

Die Grenzen wurden durch zwei koloniale Abkommen festgelegt: die englisch-französische Thomson-Marchand-Erklärung von 1929-1930 und durch die englisch-deutschen Abkommen

vom 11. März und 12. April 1913. Diese Texte ziehen jedoch gerade Linien, die nichts mit dem zu tun haben, was die Menschen erleben.

Präsidentenwahlen in Madagaskar

Der madagassische Präsident Andry Rajoelina ist zurückgetreten, um sich zur Wiederwahl zu stellen.

Andry Rajoelina, der in Anlehnung an seine Karriere bei Veranstaltungen den Spitznamen "DJ" trägt, gelang es, Madagaskar teilweise zu entwickeln, konnte aber die Ernährungskrise von 2021 nicht vorhersehen.

Er wird seinem historischen Gegner, dem ehemaligen Präsidenten Marc Ravalomanana (2002-09), und seinem ehemaligen Erben Hery Rajaonarimampianina (2014-18) gegenüberstehen.

Nach der Verfassung sollte die Macht während einer Vakanz durch den Präsidenten des Senats ausgeübt werden. Er lehnte dies jedoch aus persönlichen Gründen ab und ließ die Regierung in der Zwischenzeit fungieren. Die Opposition prangerte eine Inszenierung an, die es Andry Rajoelina ermöglichte, das Ergebnis der bevorstehenden Wahlen zu manipulieren.

ASIEN

Die israelische Regierungskoalition wird nicht zögern, ein Verfassungsgericht einzurichten

Der Sprecher der Knesset, Amir Ohana, sagte gegenüber *Yedioth Ahronoth*, dass die Regierungskoalition nicht zögern würde, ein Verfassungsgericht zu schaffen, wenn der derzeitige Oberste Gerichtshof sich weiterhin dagegen ausspreche.

Der derzeitige Oberste Gerichtshof hat als Hoher Gerichtshof die Befugnis, über "unangemessene" Gesetze und Regierungsentscheidungen zu entscheiden. Die laufende Justizreform zielt darauf ab, ihr diese zu entziehen. Das Gericht hat jedoch gerade

den Justizminister Yariv Levin angewiesen, keine Richter zu ernennen, ohne die Kommission für die Ernennung von Richtern einzuberufen.

Benjamin Netanjahu bezeichnet eine Debatte seines eigenen Kabinetts als Fake News

In der WhatsApp-Diskussionsgruppe der israelischen Regierung ist eine hitzige Kontroverse über mögliche Waffenlieferungen an die palästinensische Regierung von Mahmud Abbas entbrannt. Für die einen wäre es eine Gelegenheit, die Hamas zu besiegen, für die anderen wäre es eine selbstmörderische Strategie.

Premierminister Benjamin Netanjahu schloss die Debatte mit der Aussage, dass es sich bei dieser Möglichkeit um *Fake News* handle.

Israelische Bombardierung Syriens

Zum zweiten Mal innerhalb von 24 Stunden griffen israelische Kampfflugzeuge Ziele in Syrien an.

Saudis investieren in Israel

Das Unternehmen Affinity Partners von Jared Kushner (Schwiegersohn des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump) hat 3 Milliarden US-Dollar aufgebracht, hauptsächlich saudischer Herkunft, die in Israel investiert werden. Er hat gerade eine Minderheitsbeteiligung am Automobilhersteller Shlomo Group genommen.

Innerpalästinensische Zusammenstöße im Libanon

Im palästinensischen Lager Ain el-Helou (Sidon, Südlibanon) kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Fatah von Präsident Mahmud Abbas und den Dschihadisten Jund el-Shabab al-Moslem – zwei Gruppen, die sich an der Seite der NATO gegen die Arabische Republik Syrien eingesetzt hatten. Sie verursachten ein Dutzend Tote und erhebliche materielle Schäden.

70 000 von den 400 000 im Libanon lebenden palästinensische Flüchtlinge wohnen in diesem Lager.

Offenbar wurden die Kämpfe nach einem Monat Ruhe wieder aufgenommen, da sich die Islamisten geweigert hatten, ihre Zusage einzuhalten, den Attentäter des Fateh-Führers Abu Ashraf el-Armuchi auszuliefern. Es gibt jedoch zwei Anzeichen dafür, dass sich dieser Fall noch in einem frühen Stadium befindet und zu einem viel ernsteren Konflikt führen könnte: Erstens gelang es den aus dem Lager vertriebenen Flüchtlingen, fast sofort und nicht weit davon entfernt, Zelte aufzuschlagen. Sie befinden sich vor der Autobahn, die Beirut mit dem Südlibanon verbindet und durch sie leicht gekappt werden könnte. Zweitens wurden Raketen auf einen Kontrollpunkt der libanesischen Armee abgefeuert. All dies erinnert an die Besetzung des palästinensischen Lagers Nahr el-Bared (Nordlibanon) im Jahr 2007. Eine schreckliche Schlacht hatte eine islamistische Gruppe der libanesischen Armee gegenübergestellt, die hundert Soldaten tötete und das gesamte Lager zerstörte.

US-Finanzministerium verhängt in Lateinamerika Sanktionen gegen Hisbollah

Das US-Finanzministerium hat einseitige [Zwangssanktionen](#) gegen mehrere Mitglieder der libanesischen Hisbollah in Lateinamerika verhängt. Bei dieser Gelegenheit bezeichnete es Amer Mohamed Akil Rada als den Verantwortlichen für den Bombenanschlag auf AMIA in Buenos Aires im Jahr 1994.

Unsere Befragung jüdischer Opferfamilien in Argentinien und der Hisbollah im Libanon zeigte, dass der libanesischer Widerstand in keiner Weise an den Anschlägen von Buenos Aires von 1992 und 1994 beteiligt war. Die argentinische Justiz hat widersprüchliche Urteile gefällt, aber die Vereinigten Staaten und einige argentinische Richter schreiben diese Angriffe ohne Beweise der Hisbollah zu.

Eine israelische Delegation in Saudi-Arabien

Eine israelische Delegation von 4 Personen nimmt an einem Treffen des UNESCO-Welterbekomitees in Riad teil.

Bereits am 23. November 2020 war der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu nach Neom gereist, um sich mit Kronprinz Mohammed bin Salman zu treffen.

Iran stellt fünf US-Spione frei

Präsident Joe Biden hat sich bereit erklärt, iranische Vermögenswerte in Höhe von 6 Milliarden US-Dollar, die in Südkorea beschlagnahmt wurden, im Gegenzug für die Freilassung von fünf im Iran inhaftierten US-Spionen freizugeben.

Das Abkommen sieht vor, dass die Gelder nur für den Kauf von Konsumgütern, nicht für Waffen ausgegeben werden können.

Die Namen der fünf Spione wurden nicht bekannt gegeben. Drei von ihnen wurden jedoch identifiziert: Siamak Namazi, Emad Sharghi und Morad Tahbaz.

Das Einfrieren iranischer Vermögenswerte in Südkorea ist eine einseitige Zwangsmaßnahme der Vereinigten Staaten, die fälschlicherweise als internationale Sanktion dargestellt wird.

Verdeckte NATO-Operationen im Iran

Nach Angaben des iranischen Sicherheitsministers Ismail Khatib wurden in diesem Jahr "200 Terroristen im Land verhaftet".

Er sagte, ihre Gruppe sei nach dem Vorbild von Daesch neu gegründet worden. "Sie werden in den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Deutschland ausgebildet und mit Waffen versorgt", sagte er.

Taliban verengern ihre Beziehungen zu China

Die Taliban unterzeichneten im vergangenen Monat einen Vertrag über 700 Millionen US-Dollar mit der Xinjiang Central Asia Petroleum and Gas Company (CAPEIC), einer Tochtergesellschaft von CNPC. Dann baten sie Huawei, einen Vertrag über die Installation von Überwachungskameras im ganzen Land abzuschließen. Schließlich begrüßten sie mit Pomp den neuen chinesischen Botschafter Zhao Sheng.

Anscheinend hat sich die Art der chinesisch-afghanischen Beziehungen geändert, wenn auch immer noch keine offizielle diplomatische Anerkennung stattgefunden hat.

Washington plant den Sturz von Joko Widodo

Laut Kit Klarenberg (MintPress) bereiten die CIA und das National Endowment for Democracy eine [Farbrevolution](#) in Indonesien gegen Präsident Joko Widodo vor.

In der Tradition des ersten Präsidenten Indonesiens, Ahmad Sukarno, behauptete Joko Widodo die Souveränität seines Landes gegenüber den Vereinigten Staaten. Er empfing Präsident Wladimir Putin beim G20-Gipfel in Jakarta und setzt sich für die Rechte der Palästinenser ein. Als entschiedener Gegner der Islamisten verbietet er Hib ut-Tahrir, eine lokale Version der Muslimbruderschaft.

Russland schickt mit Nordkorea eine Botschaft an Südkorea

Der nordkoreanische Oberste Machthaber Kim Jong-un hat Russland einen offiziellen Besuch abgestattet. Der genaue Zweck seines Treffens mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ist nicht bekannt. Die beiden Männer feierten die Freundschaft zwischen ihren beiden Ländern. Internationale Beobachter befürchteten, dass Nordkorea Russland Munition liefern würde, um seine militärische Intervention in der Ukraine fortzusetzen, und

dass Moskau im Gegenzug die Nukleartechnologie mit Pjöngjang teilen würde.

Sie sprachen höchstens von Weltraumkooperationen.

Die Details dessen, was beschlossen wurde, sind noch unbekannt, aber die Südkoreaner haben verstanden, dass sie sich nicht ohne Konsequenzen auf Seiten der Ukraine engagieren können.

Der Gipfel endete symbolisch mit einer Einladung von Präsident Putin nach Nordkorea, die er annahm... ohne ein Datum festzulegen.

China erlaubt ein drittes Kind pro Familie

Die chinesische Regierung hat ihre Bevölkerungspolitik geändert. Ab sofort dürfen Paare unter bestimmten Voraussetzungen drei Kinder bekommen.

Zum ersten Mal in diesem Jahr hat Chinas Bevölkerung begonnen, zu schrumpfen. Die von Den Xiaoping eingeführte Ein-Kind-Politik hatte seit 2002 keinen Grund mehr. Die Regierung erlaubte also unter Vorbehalt ein zweites Kind pro Familie.

Die Volksrepublik China setzt den Prozess der friedlichen Wiedervereinigung mit Taiwan fort

Der Chinesische Rat zur Förderung der friedlichen nationalen Wiedervereinigung wählte Wang Huning zu seinem Präsidenten. In seiner Sitzung wurde betont, dass die friedliche Wiedervereinigung Zeit brauchen werde und dass es in der Zwischenzeit notwendig sei, die beiden Seiten der Meerenge einander anzunähern, insbesondere durch eine Ausweitung des Handels. Dieser Prozess erfordert die Hilfe fremder Länder.

In der Provinz Fujian wird eine große "Demonstrationszone" errichtet. Sie wird taiwanesischen Unternehmen willkommen heißen, die mit der Volksrepublik China

zusammenarbeiten möchten. Es geht darum, die beiden Bevölkerungsgruppen in ihren gemeinsamen Anstrengungen einander näher zu bringen.

Chinas Vorschlag für eine Reform der Global Governance

China hat seinen *Vorschlag der Volksrepublik China zur Reform und Entwicklung der Global Governance* veröffentlicht.

Wir hatten noch keine Zeit, ihn zu studieren. Wir werden darauf zurückkommen.

OZEANIEN

Der australische Premierminister Anthony Albanese traf sich mit seinem chinesischen Amtskollegen Li Qiang. Die beiden Männer waren sich einig, dass seit dem Treffen in Bali große Fortschritte erzielt wurden und dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nun auf Vertrauen basieren.

Beim hochrangigen chinesisch-australischen Dialog in Peking einigten sich beide Seiten darauf, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

54. Sitzung des Menschenrechtsrats

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat seine 54. Tagung in Genf unter dem Vorsitz von Václav Bálek aus der Tschechischen Republik begonnen und wird sich mit regelmäßigen Berichten über die Menschenrechtssituation in mehreren Staaten befassen: Frankreich (A/HRC/54/5), Tonga (A/HRC/54/6), Rumänien (A/HRC/54/7), Mali (A/HRC/54/8), Botswana (A/HRC/54/9), Bahamas (A/HRC/54/10), Burundi (A/HRC/54/11), Luxemburg (A/HRC/54/12), Barbados (A/HRC/54/13), Montenegro (A/HRC/54/14), Israel (A/HRC/54/16), Liechtenstein

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

(A/HRC/54/17) und Serbien (A/HRC/54/18) und Vereinigte Arabische Emirate.

Afrikanische Union tritt G20 bei

Der Premierminister von Bharat [vorher genannt Indien], Narendra Modi, begrüßte die Afrikanische Union in der G20, der heutigen G21.

Die Afrikanische Union vereint die 55 Staaten des Kontinents. Bisher vertrat ihn nur Südafrika in dieser Organisation.

China fordert Reformen von IWF und Weltbank

China betonte auf dem G20/21-Gipfel, wie wichtig es sei, die Reform des Systems der globalen wirtschaftspolitischen Steuerung zu intensivieren und die Vertretung und Stimme der Entwicklungsländer in den internationalen Finanzinstitutionen effektiv zu erhöhen.

Auf dem G20/21-Gipfel wirbt Washington für einen Korridor, der Bharat/Indien über den Nahen Osten mit Europa verbindet

Während des G20/21-Gipfels haben die Vereinigten Staaten ein ehrgeiziges Projekt für einen Logistikkorridor vorangetrieben, der Indien/Bharat über den Nahen Osten mit Europa verbinden soll. In Neu-Delhi wurde ein grundsätzliches Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Bharat, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, der

Europäischen Union, Frankreich, Deutschland und Italien unterzeichnet, wie aus einer vom [Weißen Haus](#) veröffentlichten Erklärung hervorhegt.

Dieses pharaonische Projekt würde den Spieß umdrehen. Es würde den Suezkanal an den Rand drängen und eine neue Transitroute schaffen, die mit Chinas neuen Seidenstraßen konkurriert. Es wiederholt teilweise ein altes israelisches Projekt, das bewusst den Irak, Syrien, Ägypten, die Türkei und den Iran ausschließt. Daher die Freudenschreie des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu.

G20/21 greift russische Argumente zur Ukraine wieder auf

Nach 200-stündigen Verhandlungen betont die G20/21-Erklärung zum Ukraine-Konflikt die "Notwendigkeit, alle Konflikte in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der UN-Charta beizulegen" und besteht auf "dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung".

Sie beschuldigt Russland nicht in die Ukraine eingefallen zu sein.

Genau das ist die Position Moskaus, das behauptet, nicht militärisch in die Ukraine eingedrungen zu sein, um dieses Gebiet zu erobern, sondern um die Resolution 2202 des Sicherheitsrats (mit den Minsker Vereinbarungen im Anhang) kraft seiner "Schutzverpflichtung" umzusetzen. Der Kreml weist auch darauf hin, dass die Regionen Krim, Donbass und Neurussland Bevölkerungen zusammenbringen, die sich historisch von denen des Rests der Ukraine unterscheiden und daher das Recht auf Selbstbestimmung haben. Sie haben daher legal Unabhängigkeitsreferenden abgehalten und dann für ihren Beitritt zur Russischen Föderation gestimmt.

Die Westmächte haben sich bereit erklärt, dieses Dokument zu unterzeichnen, weil sie die UN-Charta so interpretieren, dass sie Krieg verbietet (was ausdrücklich nicht der Fall ist) und das

Recht auf Selbstbestimmung, wie das der ukrainischen Bevölkerung, nicht russisch zu sein.

G20/21-Hommage an Mahatma Gandhi

Bharat hielt eine Ehrungszeremonie für Mahatma Mohandas Karamchand Gandhi ab, an der alle Staats- und Regierungschefs der G20/21 teilnahmen. Der britische Premierminister Rishi Sunak und der indonesische Präsident Joko Widodo nahmen daran barfuß teil.

Doch in Bharat spielt nun die Regierung von Narendra Modi die Rolle von M.K. Gandhi bei der Unabhängigkeit Indiens herunter und betont die seines Vorgängers Aurobindo Gosh.

Der Mörder des Mahatma, Nathuram Godse, war Mitglied der Rashtriya Swayamsevak Sangh, der Miliz der Bharatiya Janata Party, die jetzt an der Macht ist.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°53 - 22. September 2023

LEITARTIKEL

Entwicklung der westlichen Position zum Krieg in der Ukraine

Der Westen hat festgestellt,

- dass es an Munition mangelt und die westliche Rüstungsindustrie weder kurz- noch mittelfristig mit Russland konkurrieren kann;
- dass die Rebellion des Eigentümers der Wagner-Gruppe, Jewgeni Prigoschin, und des Leiters dieser Einheit, Dmitri Utkin, gegen den Kreml gescheitert ist;
- dass die ukrainische Gegenoffensive extrem tödlich ist, ohne nennenswerte Erfolge zu erzielen.

Es werden Stimmen laut, um eine Verhandlung mit Russland zu fordern. Dies ist jedoch aufgrund des ukrainischen Gesetzes, das diese verbietet, nicht möglich. In den USA entwickelt sich eine Debatte über eine regelmäßige Subvention für die Ukraine anstelle einer Abfolge separater mit dem Kongress ausgehandelten Zahlungen.

Eine Versammlung der G7 am Rande der 78. Generalversammlung der Vereinten Nationen hat zugegeben, dass der Krieg mindestens die nächsten 6 oder 7 Jahre weitergehen wird.

AMERIKA

Kanada wirft Bharat/Indien vor, Oppositionelle auf seinem Territorium ermordet zu haben

Der kanadische Premierminister Justin Trudeau beschuldigte den indischen Geheimdienst (R&AW), Hardeep Singh Nijjar am 18. Juni in British Columbia ermordet zu haben.

Der Verstorbene war der Anführer der Khalistan Tiger Force; eine bewaffnete Gruppe, die für die Schaffung eines unabhängigen Sikh-Staates auf indischem Territorium kämpft.

Kanada ist die Heimat der größten Sikh-Gemeinschaft außerhalb von Bharat.

Der Vorsitzende der Neuen Demokratischen Partei, Jagmeet Singh, sagte vor dem kanadischen Unterhaus: "Als Kinder wussten wir, dass die indische Regierung viele Gräueltaten beging. Aber wir hätten nie gedacht, dass wir dieser Gefahr ausgesetzt sein würden, nachdem wir hierher nach Kanada gekommen waren. Ich möchte allen sagen, dass ich hier bin. Ich werde nicht weggehen, bis

der Gerechtigkeit in diesem Fall Genüge getan ist."

Ein anderer Sikh-Separatist, der Multimillionär Ripudaman Singh Malik, wurde im vergangenen Jahr ebenfalls ermordet. Er war beschuldigt worden, am 23. Juni 1985 einen ersten Anschlag auf ein Air-India-Flugzeug angeordnet zu haben, bei dem 329 Menschen getötet wurden, und einen zweiten auf ein anderes Air-India-Flugzeug. Die Bombe explodierte am Flughafen Tokio und tötete zwei Gepäckabfertiger. Die kanadische Polizei hatte zwei Verdächtige festgenommen, die beschuldigt wurden, ihn erschossen zu haben. Sie wären Auftragskiller.

Justin Trudeau sprach Berichten zufolge auf dem G20-Gipfel mit seinem indischen Amtskollegen Narendra Modi über diese beiden Attentate. Letzterer soll ihn daraufhin gerügt haben, weil er einer secessionistischen und terroristischen Gruppe Unterschlupf gewährt habe.

Kanada hat gerade einen indischen Diplomaten, Pavan Kumar Rai, ausgewiesen, der ein R&AW-Geheimdienst-Offizier sein soll. Bharat antwortete: "Die Anschuldigungen, dass die indische Regierung in irgendeine Gewalttat in Kanada verwickelt ist, sind absurd und unbegründet." Kanada würde versuchen, die Aufmerksamkeit abzulenken, um seine Unterstützung für Sikh-Separatisten zu verschleiern. Als Vergeltung wies Neu-Delhi einen kanadischen Diplomaten aus.

Die Verteidigungsstrategie von Präsident Joe Biden verurteilt unvermeidbar seinen Sohn Hunter

Um sich von Korruptionsvorwürfen zu entlasten, sagt Präsident Joe Biden, er wisse nichts über die finanziellen Angelegenheiten seines Sohnes. Gleichzeitig tat er alles, um einer Strafverfolgung zu entgehen.

Die republikanischen Kongressabgeordneten eröffneten jedoch am 12. September ein *Amtsenthungsverfahren*. Die Daten, die sie bereits

gesammelt haben, bringen Präsident Biden in eine Lage, entweder zurückzutreten oder seinen Sohn fallen zu lassen. Die erste Anhörung findet am 28. September statt.

Gegen Hunter Biden wurde vor dem Bundesgericht von Delaware ein Gerichtsverfahren wegen des Besitzes von Schusswaffen mit Drogenkonsum eingeleitet. Ihm drohen bis zu 25 Jahre Haft. Darüber hinaus könnte ein zweites Verfahren gegen ihn wegen Nichtzahlung von Steuern in Höhe von 200.000 US-Dollar in den Jahren 2017 und 2018 eröffnet werden. Frühere Betrugereien sind verjährt. Schließlich könnte eine dritte Klage wegen nicht deklarerter Lobbyarbeit für ausländische Staaten (Ukraine, China und Burma) eingereicht werden. Dies ist eine seit langem bestehende Anklage, die jedoch erst durchgesetzt wurde, als der Nationale Sicherheitsberater von Präsident Trump, General Michael T. Flynn, angeklagt wurde, Lobbyarbeit für die Türkei gemacht zu haben.

Das Verfahren gegen Hunter Biden hätte nach einer Einigung zwischen dem Sohn des Präsidenten und der Staatsanwaltschaft eingestellt werden sollen. Letztere wurde jedoch nicht unterzeichnet. Sie ist daher null und nichtig.

Wenn er seinen Sohn fallen lässt, könnte sich Präsident Joe Biden vor einem Amtsenthebungsverfahren retten.

Allerdings würde er dann jede Chance auf eine Wiederwahl verlieren.

Hunter Biden reicht Klage gegen zwei Whistleblower ein

Hunter Biden reichte eine Klage gegen die Steuerbehörde und zwei Whistleblower, Gary Shapley und Joseph Ziegler, wegen der Offenlegung von Steuerelementen ein.

Die Anwälte des Klägers sagten, die beiden Beamten hätten den "ersten Sohn" "ins Visier genommen und versucht, ihn in Verlegenheit zu bringen", indem sie "vertrauliche Informationen

über seine privaten Steuerangelegenheiten an die Medien weitergegeben haben".

Die Anwälte der Angeklagten haben erklärt, niemals heimliche Informationen über Steuerpflichtige enthüllt zu haben, außer gesetzlich erlaubte Enthüllungen. Nachdem der Kongress seine Zeugenaussage öffentlich gemacht hatte, machten sie wie jeder andere Bürger von ihrem Recht Gebrauch, diese öffentlich gewordenen Informationen in Fernsehprogrammen zu diskutieren.

Gleichzeitig wurde der Staatsanwalt von Delaware, David Weiss, der vorsichtig gegen Hunter Biden ermittelte, von US-Justizminister Merrick Garland zum Sonderermittler befördert. Da hat er dann die Steuerbehörde gezwungen, Gary Shapley und Joseph Ziegler aus den Ermittlungen gegen Hunter Biden zu entfernen.

Anhörung des Generalstaatsanwalts

Während seiner Anhörung vor dem Justizausschuss des Repräsentantenhauses sagte Generalstaatsanwalt Merrick Garland, er wisse nichts über die laufenden Ermittlungen seiner Verwaltung.

Er erfuhr nichts von den Ermittlungen über die Anwesenheit von FBI-Agenten unter den Demonstranten, die am 6. Januar 2021 den Kongress stürmten. Von den Ermittlungen gegen Ex-Präsident Donald Trump weiß er auch nichts. Er wurde nicht über die Ermittlungen gegen Hunter Biden informiert.

Er hat seine Gespräche mit seinen Untergebenen vergessen.

Nach Angaben des Polizeichefs des Kapitols ist Nancy Pelosi in erster Linie für die Ereignisse vom 6. Januar 2021 verantwortlich

Steven A. Sund, ehemaliger Chef der Kapitol Polizei, sagte vor dem Kongress aus. Seiner Meinung nach hätten die Ereignisse, die sich am 6. Januar 2021 ereigneten, niemals passieren

dürfen. Die Hauptverantwortung liegt bei der Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, die sich weigerte, die Nationalgarde zu rufen.

Alaskas Ölexploration ist erneut ein Wahlkampfangument

Die US-Ölproduktion erreichte im Dezember 1970 mit 9,9 Millionen Barrel pro Tag ihren Höhepunkt. Bis November 2008 sank sie weiter auf 5,0 Millionen Barrel pro Tag. Im April 2023 expandierte sie dann wieder mit Schieferöl auf 12,6 Millionen Barrel.

Die Umweltpolitik der Biden-Regierung verbot jedoch die von der Trump-Regierung genehmigte Explorationen in Alaska. Es wird daher erwartet, dass die US-Produktion wieder zurückgehen wird, da die derzeit ausgebeuteten Vorkommen erschöpft sind.

Schon jetzt spüren die US-Verbraucher einen Preisanstieg. Die Wiederbelebung der Forschung wird wieder zum Thema des Bundestagswahlkampfes. Alle republikanischen Kandidaten haben erklärt, dass sie die Exploration und damit die Produktion wiederbeleben wollen. Die demokratischen Kandidaten dagegen stellen ökologische Forderungen und unterstützen die aktuelle Politik.

Die US-Militärflotte und ihr chinesischer Rivale

Die Anhörung zur Bestätigung der nächsten Chefin des Marinestabs, Admiral Lisa M. Franchetti, führte zu unerwarteten Angriffen des republikanischen Senators Roger Wicker (Mississippi). Ihm zufolge ist Chinas Schiffbaukapazität mehr als 230 Mal (sic! der Redner war selbst erstaunt über die Zahl. Vielleicht handelt es sich über Prozente. Anm. d. Ü) größer als die der Vereinigten Staaten. "Wir müssten zwischen 2,3 und 2,5 Angriffs-U-Boote pro Jahr produzieren, um unseren eigenen Bedarf zu decken. Stattdessen werden wir auf den Bau von 1,2 Angriffs-U-Booten pro Jahr reduziert. Die Rückkehr zu 2 pro Jahr basiert

nur auf Hoffnungen und Wünschen", sagte er. Darüber hinaus sind Wartungsprobleme sehr wichtig, da ein Drittel der US-Militärflotte am Boden bleibt.

Admiral Lisa M. Franchetti erkannte die Tatsachen quantitativ an und betonte, dass ihrer Meinung nach die Fähigkeiten der US-Flotte qualitativ denen der chinesischen Flotte weit überlegen sind.

Erklärung zur atlantischen Zusammenarbeit

Am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen haben die Vereinigten Staaten eine *Erklärung über die atlantische Zusammenarbeit* zur Unterzeichnung freigegeben, die von 32 Staaten unterzeichnet wurde (Angola, Argentinien, Brasilien, Kap Verde, Kanada, Costa Rica, Dominikanische Republik, Côte d'Ivoire, Dominica, Gabun, Gambia, Ghana, Guatemala, Guinea, Guyana, Island, Irland, Liberia, Mauretanien, Marokko, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Portugal, Senegal, Vereinigtes Königreich).

Zunächst müssen die Unterzeichnerstaaten gemeinsame ozeanographische Forschung betreiben und Nachwuchswissenschaftler ausbilden.

Das Pentagon bestätigt nicht, noch dementiert es seine Position gegenüber Taiwan

Ely Ratner, stellvertretender Verteidigungsminister für indopazifische Sicherheitsangelegenheiten, wurde vom Repräsentantenhaus angehört.

Taipeh wartet auf die notwendigen Ersatzteile für die alten F-16-Flugzeuge, mit denen die zunehmenden Einflüge chinesischer Flugzeuge abgefangen werden sollen. Die Lieferung von 66 neuen F-16 und Harpoon-Schiffsabwehrraketen verzögert sich seit mehreren Jahren, da dem Krieg gegen Russland in der Ukraine Priorität eingeräumt wird.

Das Pentagon hat die unglücklichen Worte von Präsident Joe Biden rückgängig gemacht, der versicherte, dass die Vereinigten Staaten im Falle einer chinesischen Invasion Taiwans sofort zur Rettung der Insel eilen würden. Es beschloss, seine strategische Zweideutigkeit über seine mögliche Intervention aufrechtzuerhalten. Das Außenministerium bestätigte jedoch seinerseits, dass es Taiwan als Region der Volksrepublik China anerkennt.

Erratum:

In der Ausgabe N° 52 wurde der Name von Peter Navarro falsch orthografiert.

US-psychologische Analyse von Wladimir Putin

Auf dem Symposium des Strategischen Kommandos (StratCom) 2023, das im August stattfand, präsentierte die Psychologin Nirit G. Pisano die Ergebnisse einer Verhaltensanalyse der Reden von Wladimir Putin.

Ihr Labor bewertete 10 Gefühle des "Patienten" während seiner Reden zur Ankündigung seiner militärischen Sonderoperation in der Ukraine am 22. und 24. Februar 2022: Freude, Wut, Ekel, Angst, Trauer, Überraschung, Belustigung, Verachtung, Hoffnung und Zuversicht.

Es stellte fest, dass Präsident Putin von großer Wut, Abscheu und Verachtung erfüllt war, aber niemals von Angst. Die Untersuchung der nachfolgenden Pressekonferenzen bestätigte diese Ergebnisse.

Das StratCom ist hilflos: Die nukleare Abschreckung, für die es verantwortlich ist, beruht auf der Angst, die sie hervorruft.

Schaffung einer Beratergruppe von Geheimdienstexperten für das Ministerium für Innere Sicherheit

Das Heimatschutzministerium hat eine Beratergruppe von Geheimdienstexperten eingerichtet.

Es wird von der gemeinnützigen Gesellschaft MITRE betrieben.

MITRE ist eine Kreation der Rüstungsindustrie aus einem Computerlabor des MIT. Insbesondere organisierte dieses Unternehmen das Computersystem für den nachrichtendienstlichen Austausch der NATO. Sie organisierte auch die Standards von mehr als 300 Gesundheitsbeobachtungsorganisationen während der Covid-19-Pandemie, um ihre Statistiken zu harmonisieren.

Argentinien gedenkt der Opfer der Diktatur

Das argentinische Sekretariat für Menschenrechte beabsichtigt, Gedenktafeln in den Kasernen anzubringen, die während der letzten Militärdiktatur als illegale Haft- und Folterzentren dienten.

Vor diesen Kasernen gibt es bereits Gedenktafeln. Sie im Inneren zu installieren, würde das Militär selbst an diese Misshandlungen erinnern und Zeremonien an genau den Orten erleichtern, an denen sie begangen wurden.

Luiz Inácio Lula da Silva erklärt: "Brasilien ist zurück"

Bei der Eröffnung der Debatte der Staats- und Regierungschefs bei der 78. Generalversammlung der Vereinten Nationen erklärte Präsident Luiz Inácio Lula da Silva: "Brasilien ist zurück". Er plädierte für höhere finanzielle Beiträge der reichsten Bürger; für den Kampf gegen die Entwaldung; und für eine verstärkte multilaterale Zusammenarbeit, wie sie von den BRICS-Staaten praktiziert wird.

EUROPA

Großbritannien legte dem Sicherheitsrat einen falschen Bericht vor

Das Vereinigte Königreich berichtete über seine Präsidentschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen während des ganzen Monats Juli 2023

(Referenz: S/2023/622). Darin heißt es: "Die meisten Mitglieder des Rates haben ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Islamische Republik Iran den gemeinsamen umfassenden Aktionsplan immer noch nicht einhält." Diese Behauptung ist sachlich unzutreffend.

Großbritannien verschiebt das Ende von Benzin- und Dieselaautos

Der britische Premierminister Rishi Sunak hat das Verkaufsverbot für Benzin- und Dieselaautos, das 2030 in Kraft treten sollte, um fünf Jahre verschoben. Ihm zufolge verursachen diese Maßnahmen "inakzeptable Kosten" für die normalen Bürger. Um Netto-Null-Emissionen zu erreichen, wird die Regierung den Bau von Windparks und Kernreaktoren weiter fördern, in neue grüne Technologien investieren und neue Maßnahmen zum Schutz der Natur einführen.

Frankreich unterstützt sexuelle Minderheiten auf der ganzen Welt

Die französische Außenministerin Catherine Colonna nahm am Rande der 78. Generalversammlung an der Sitzung der LGBT+ Gruppe der Vereinten Nationen teil.

Sie kündigte die Einrichtung eines Fonds in Höhe von 2 Millionen Euro durch Frankreich an, der "diejenigen unterstützen soll, die die Rechte von LGBT+ Personen, sexuellen Minderheiten, auf der ganzen Welt verteidigen".

Im Jahr 2022 ernannte Frankreich mit Jean-Marc Berthon einen Sonderbotschafter für LGBT+ Rechte.

Erdoğan plädiert für Anerkennung der Türkischen Republik Nordzypern

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat vor der UN-Generalversammlung für das Ende des derzeitigen zyprischen Systems und die Anerkennung der Türkischen Republik Nordzypern plädiert.

Heute ist die Türkei das einzige Land, das es anerkennt.

Polen, Ungarn und die Slowakei trotzen der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission hat am 15. September die Vermarktungsverbote für ukrainischen Weizen, Mais, Raps und Sonnenblumen in Polen, Ungarn, der Slowakei, Bulgarien und Rumänien aufgehoben.

Drei dieser Staaten, Polen, Ungarn und die Slowakei, haben diese Verbote jedoch sofort wieder in Kraft gesetzt und damit gegen die europäischen Verträge verstoßen. Darüber hinaus dehnten sie sie auf 20 weitere landwirtschaftliche Produkte aus.

Die Kommission hat Verhandlungen mit der Ukraine über diese Agrarexporte aufgenommen, aber Kiew droht, die Angelegenheit an die Welthandelsorganisation (WTO) zu verweisen, selbst gegen seinen polnischen Verbündeten.

Polnisches Heer erwirbt High-Tech-Ausrüstung

Polen, das bereits über das größte Heer Europas verfügt, plant massive Ausrüstungskäufe, um es zum mächtigsten Europas zu machen.

Es sollte Apache-Hubschrauber, Abrams-Panzer und HIMARS im Wert von mehreren Milliarden Dollar bestellen.

Polen stoppt Waffenlieferungen an die Ukraine

Polen hat angekündigt, keine Waffen mehr an die Ukraine zu liefern, um die eigene Aufrüstung finanzieren zu können.

Der polnische Präsident Andrzej Duda hat angesichts des Widerstands, dem er in der öffentlichen Meinung ausgesetzt ist, von einem möglichen Stopp der Hilfe für ukrainische Flüchtlinge gesprochen. Er verglich die Ukraine mit einem ertrinkenden Land, das eine Gefahr

für seinen Retter darstellt: Manchmal kämpft ein Ertrunkener ungeordnet und zieht seinen Retter mit sich.

Präsident Andrzej Duda, der bisher ein wichtiger Partner der Selenskyj-Regierung war, distanziert sich von ihr. Es ist möglich, dass diese Kehrtwende vorübergehend ist und sich durch den Kontext der polnischen Parlamentswahlen vom 15. Oktober erklären lässt, oder dass es sich um eine langfristige Strategie handelt.

Historisch gesehen massakrierten ukrainische integrale Nationalisten in der Zwischenkriegszeit und im Zweiten Weltkrieg zusammen mit den Nazis mindestens eine Million Polen.

Bulgarische Bauern protestieren gegen ukrainische Getreideimporte

Bulgarien verzichtete schließlich auf den Erlass von Vorschriften, die die Einfuhr von ukrainischem Getreide über den 15. September hinaus verbieten.

Die Bauern demonstrierten sofort gegen die Regierung. Sie argumentieren, dass sie nicht gegen ihre ukrainischen Konkurrenten, die ihr Saatgut kostenlos erhalten, kämpfen können.

Europäisches Parlament stellt Strompreiserhöhungen in Frage

Das Europäische Parlament hat Verhandlungen mit der Kommission über eine Reform des Strommarktes in der Union aufgenommen.

Derzeit werden die Energiepreise zwangsweise auf die des teuersten Energieträgers festgelegt. Die einseitigen Zwangsmaßnahmen der EU gegen russische Kohlenwasserstoffe haben jedoch mechanisch zu einem drastischen Anstieg der Strompreise geführt.

Die Ukraine beginnt mit ihrer Ent-Oligarchisierung

Die ukrainische Regierung hat mit einer Ent-Oligarchisierung des Landes begonnen, indem

sie sie als Maßnahme zur "Stärkung der Nachhaltigkeit der Demokratie" darstellt.

Faschistische Parteien haben in der Vergangenheit sowohl Konglomerate begünstigt, als auch gegen oligarchische Systeme gekämpft.

Ukrainische Regierung inszeniert Mythos von Kiews Sieg

Die ukrainische Regierung versammelte die in Kiew anwesenden Botschafter auf dem Antonow-Flughafen in Hostomel. Sie zeigte ihnen die durch die russische Armee verursachte Zerstörungen und entwickelte den Mythos, dass Moskau Kiew einnehmen wollte, aber zurückgeschlagen wurde.

In Wirklichkeit begann Russland seine militärische Spezialoperation mit der Zerstörung des Kiewer Frachtflughafens. Er war der Einzige im Land, der in der Lage war, militärische Fracht aufzunehmen, also eine westliche Luftunterstützung.

Russland wollte Kiew nie einnehmen, weshalb seine militärische Spezialoperation dort nie aufgehalt werden konnte.

Nordmazedonien weist russische Diplomaten aus

Nordmazedonien hat drei neue russische Diplomaten ausgewiesen. Sie addieren sich zu den elf anderen, die bereits seit Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine ausgewiesen wurden.

Nordmazedonien ist ein Beitrittskandidat zur Europäischen Union. Es hat die einseitigen westlichen Zwangsmaßnahmen gegen Russland übernommen.

Russland entschärft die Lage in Berg-Karabach

Die aserbaidchanische Armee hat einen militärischen Blitzangriff gegen die Separatisten gestartet. Sie tötete mehr als 200 Menschen an

einem einzigen Tag und führte zu einem unbestreitbaren Sieg.

Russische Friedenstruppen verhandelten über die Durchfahrt eines Konvois des Internationalen Roten Kreuzes (IKRK) durch den Latschin-Korridor. 23 Tonnen Weizen und Medikamente wurden zum aserbaidchanischen Bergkarabach transportiert. Ein zweiter Konvoi sollte folgen.

Die armenische Bevölkerung von Bergkarabach begann an Hunger zu leiden. Sie weigerte sich, über eine Straße durch Aserbaidshan einkaufen zu gehen, weil sie sich nicht als aserbaidchanisch, sondern immer noch armenisch betrachtet.

Armenien hat jedoch ein Friedensabkommen unterzeichnet, in dem anerkannt wird, dass die Republik Artsach nicht mehr existiert und dass Bergkarabach tatsächlich aserbaidchanisches Territorium ist.

Die armenische Diaspora für einen Krieg des Westens gegen Aserbaidshan

Die armenische Diaspora in den Vereinigten Staaten übt sehr starken Druck auf das Weiße Haus aus, in Bergkarabach militärisch zu intervenieren. Ihre Propaganda prangert einen "Völkermord" an, der von Aserbaidshanern an Armeniern in der ehemaligen Republik Artsach begangen würde.

Alle westlichen Mächte, die sich gegen Russland zusammengeschlossen haben, wiederholen diese Propaganda.

Kein Staat der Welt, nicht einmal Armenien, behauptet, Bergkarabach sei armenisches Territorium.

Die armenischen Behörden in Bergkarabach haben einen Waffenstillstand mit der aserbaidchanischen Armee geschlossen. Armenien nahm nicht an den Verhandlungen teil.

Ukraine und USA beschuldigt, Putsch in Georgien zu planen

Der georgische Nationale Sicherheitsdienst beschuldigte Georgi Lortkipanidze, stellvertretender Leiter der ukrainischen Militärspionageabwehr und ehemaliger stellvertretender georgischer Innenminister, einer "Verschwörung", um den „gewaltsamen Sturz der Regierung“ zu erreichen.

Die Verschwörung sah regierungsfeindliche Proteste in Tiflis vor, "im Oktober und Dezember", wenn die nächsten Einschätzungen zu Georgiens Fortschritten auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft veröffentlicht werden sollten.

Penny Pritzker soll den Wiederaufbau der Ukraine leiten

US-Präsident Joe Biden hat Penny Pritzker für die Leitung des Wiederaufbaus der Ukraine nominiert.

Frau Pritzker stammt aus einer großen jüdischen Familie in Chicago. Nachdem sie das Familienunternehmen Superior Bank of Chicago geleitet hatte, wurde sie Handelsministerin von Präsident Barack Obama. Seit fünf Jahren ist sie Präsidentin des Carnegie Endowment for International Peace. Ihr Bruder, J. B. Pritzker, war Gouverneur von Illinois.

Penny Pritzker stellte sich Präsident Wolodymyr Selenskyj am Rande der 78. Generalversammlung der Vereinten Nationen vor.

Ukraine gegen Russland vor dem Internationalen Gerichtshof

Am 26. Februar 2022 reichte die Ukraine eine Beschwerde beim Internationalen Gerichtshof (IGH), dem internen Rechtsorgan der Vereinten Nationen, ein. Sie stellte die von Russland benutzten "Vorwürfe des Völkermords nach der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" in Frage, mit denen Russland seine militärische Sonderintervention

rechtfertigt. Da Russland nicht an der Sitzung teilnahm, erließ der IGH vor Beginn des Prozesses eine Schutzanordnung. Darin heißt es:

"(1) Die Russische Föderation soll die am 24. Februar 2022 begonnenen Militäroperationen auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine unverzüglich aussetzen;

(2) Die Russische Föderation soll beachten, dass keine der militärischen Einheiten oder irregulären bewaffneten Einheiten, die unter ihrer Leitung handeln oder von ihrer Unterstützung profitieren können, noch eine Organisation oder Person, die unter ihrer Kontrolle oder Leitung steht, Handlungen begeht, die auf die Fortsetzung der in Absatz 1 genannten militärischen Operationen abzielen;

(3) Beide Parteien haben jegliche Handlung zu unterlassen, die geeignet ist, den Streit vor dem Gerichtshof zu verschärfen, zu verlängern oder seine Beilegung zu erschweren. "

Der Prozess wurde am 20. September 2023 eröffnet. Russland sollte Beweise für den Völkermord an der Bevölkerung des Donbass vorlegen. Nach Angaben der russischen Ermittlungskommission wurden mindestens 20 000 Menschen gefoltert oder ermordet. Russland behauptet, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, die durch die Resolution 2202 des Sicherheitsrats bestätigt wurden. Es vermeidet, die "Schutzpflicht" als ein zweideutiges Konzept der imperialistischen Mächte zu zitieren. Es wurde tatsächlich zum ersten Mal vom britischen Empire gegen die Osmanen in Griechenland eingesetzt.

Säuberung im ukrainischen Verteidigungsministerium

Oleh Nemchinov, Generalsekretär des ukrainischen Ministerkabinetts, kündigte eine Säuberung im Verteidigungsministerium an. Die sechs stellvertretenden Minister wurden entlassen: Hanna Maliar, Wolodymyr Hawrylow, Rostyslav Zamlynski, Denys Scharapow, Andrij Schewtschenko und Witalij Deynega.

Keine Erklärung dieser Personalbewegung wurde veröffentlicht. Sie findet kurz vor der Reise von Präsident Wolodymyr Selenskyj in die Vereinigten Staaten statt, während die Kritik an der Korruption im Verteidigungsministerium zunimmt.

Zwei Wochen zuvor hatte Präsident Selenskyj Rustem Umerow zum Verteidigungsminister ernannt.

Der Schuss auf den Konstantinowka-Markt war auf einen ukrainischen Fehler zurückzuführen

Laut einer Untersuchung der [New York Times](#) war der Raketenbeschuss auf den Konstantinowka-Markt am 6. September nicht, wie von Präsident Wolodymyr Selenskyj behauptet, der russischen Armee zuzuschreiben, sondern einem Fehler der ukrainischen Armee.

Bei den versehentlichen Schüssen kamen 16 Menschen ums Leben.

Zwei US-Diplomaten aus Russland ausgewiesen

Moskau erklärte den Ersten Sekretär der US-Botschaft, Jeffrey Sillin, und den Zweiten Sekretär der US-Botschaft, David Bernstein, zur *Persona non grata*. Sie hatten sich wieder mit einem ehemaligen Mitarbeiter des US-Konsulats in Wladiwostok in Verbindung gesetzt, der Anfang des Jahres unter dem Vorwurf der Militärsplionage verhaftet worden war.

AFRIKA

Tunesien verhaftet Auswanderer in die Europäische Union

Die tunesische Regierung begann eine massive Anti-Einwanderungsoperation, nachdem mehr als 10 000 Migranten auf der Insel Lampedusa (Italien) angekommen waren. Mindestens 2000 Menschen wurden verhaftet und in die Wüste deportiert.

Migranten fliehen vor den Kämpfen in Burkina Faso, Mali, Sudan und Kamerun oder vor den wirtschaftlichen Bedingungen in Côte d'Ivoire, Guinea, Eritrea, Tunesien und Ägypten.

Die aktuelle Welle lässt vorhersehen, wie die Migration in der Region aussehen wird, wenn der vom Westen geplante Krieg in der Sahelzone und im Tschadseebecken beginnen wird.

Die Europäische Union wird Tunis in diesem Jahr 840 Mio. EUR zur Verfügung stellen, um seine Volkswirtschaften und optische Faser- und Stromkabelprojekte zwischen der EU und Nordafrika zu unterstützen.

Das Antimigrationsabkommen zwischen der EU und Tunesien soll als Vorbild für ähnliche Abkommen mit anderen nordafrikanischen Staaten dienen.

EU-Politik im französischsprachigen Afrika

Die Europäische Union versucht ihre Politik in Afrika neu zu definieren. Sie ergriff einseitige Zwangsmaßnahmen gegen die Junten, die die angeblich gewählten Präsidenten in Mali, Guinea-Bissau und Guinea, Burkina Faso, Niger und Gabun stürzten und wiederholt damit die französische Haltung.

Sie ist sich jedoch bewusst, dass ihre militärischen Bemühungen alle gescheitert sind. Die Soldaten, die sie ausgebildet hat, unterstützen überall die Putsche. Sie soll eine neue zivil-militärische Ausbildungsmission mit Polizei und Soldaten in Ghana, Togo, Benin und Côte d'Ivoire starten.

ASIEN

Treffen von Benjamin Netanjahu und Wolodymyr Selenskyj

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und Mossad-Direktor David Barnea trafen sich am Rande der UN-

Generalversammlung mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj.

Israel hat versprochen, seine humanitäre Unterstützung für die Ukrainer fortzusetzen, aber keine *Iron Dome* zur Verfügung zu stellen, der fähig ist, Mittelstreckenraketen abzufangen.

Die Vertrautheit zwischen den beiden Männern verriet eine frühere Übereinkunft. Benjamin Netanjahu ist ein revisionistischer Zionist, d.h. ein Schüler von Wladimir Schabotinsky, der sich mit den ukrainischen integralen Nationalisten verbündete und später aus der Zionistischen Weltorganisation ausgeschlossen wurde. Die israelische Armee lehnt jegliche Militärhilfe für die Nachfolger der "Judenmassakrierer" vehement ab. Die Koalitionsregierung agiert daher vorsichtig.

Das Quintett ungeduldig, im Libanon einen Präsident wählen

Das Quintett (Ägypten, Frankreich, Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Staaten) traf sich am Rande der 78. Generalversammlung der Vereinten Nationen. Am Ende des Gipfels wurde kein Kommuniké veröffentlicht.

Das Quintett sucht nach einer Lösung, um einen Präsidenten der Libanesischen Republik zu wählen. Es scheint, dass Saudi-Arabien und die Vereinigten Staaten mit der französischen Initiative (der Mission, die dem ehemaligen Außenminister Jean-Yves Le Drian anvertraut wurde) unzufrieden sind und einen Zeitplan gefordert haben.

Baschar al-Assad in China

Der syrische Präsident Baschar al-Assad wird voraussichtlich an der internationalen Konferenz der *Belt and Road Initiative* (BRI) in China teilnehmen. Er sollte dort vorschlagen, den Hafen von Latakia mit chinesischen Projekten zu verbinden.

Er wird bereits mit anderen Staatsoberhäuptern an der Eröffnungsfeier der Asienspiele in Hangzhou teilnehmen.

Da China ihn empfängt, durchbricht es die vom Westen verordnete Isolation, deren Opfer Syrien ist.

Baschar al-Assad besuchte China im Jahr 2004. Syrien hat sich vor einigen Jahren verpflichtet, sich an den Seidenstraßen zu beteiligen. Jahrhundertlang und bis zur Eröffnung des Suezkanals war Syrien die obligatorische Passage zwischen dem Indischen Ozean und dem Mittelmeer. Eines der Ziele des westlichen Krieges gegen Syrien war, diesen Weg abzuschneiden, um den Iran zu isolieren.

Türkei greift PKK im Irak an

Die türkische Armee griff erneut PKK-Stellungen im Irak an. Hubschrauber bombardierten etwa dreißig Ziele.

Saudisch-jemenitische Verhandlungen

Eine Delegation der jemenitischen Rebellen Ansar Allah (sogenannte "Huthis") besuchte Riad, um über einen Ausweg aus der Krise während 5 Tagen zu beraten. Die Gespräche wurden durch das Sultanat Oman ermöglicht. Die Vereinten Nationen schätzen, dass drei Viertel (21,6 Millionen) der jemenitischen Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen sind.

Saudi-Arabien erklärte, ohne Details zu nennen, dass bedeutende Fortschritte vereinbart worden seien.

Der Irak respektiert den Sicherheitspakt nicht, den er mit dem Iran unterzeichnet hat

Im März 2023 unterzeichneten Iran und Irak einen Sicherheitspakt, der festlegt, dass keine bewaffnete Gruppe das Territorium eines der Unterzeichner nutzen darf, um den anderen anzugreifen. Dieses Abkommen beendete die im September 2022 begonnenen Strafexpeditionen der Revolutionsgarden.

Die irakische Regierung in Bagdad forderte die kurdische Regionalregierung in Erbil auf, die

Kasernen der kurdischen bewaffneten Gruppen an der iranischen Grenze zu räumen und sie weiter innerhalb ihrer Region zu verlegen. Nach Angaben des Iran wurden jedoch einige dieser Verpflichtungen immer noch nicht erfüllt.

Der iranische Verteidigungsminister General Mohammad Reza Ashtiani sagte, Teheran werde den Pakt nicht über den 19. September hinaus verlängern und dass eine "Entscheidung in letzter Minute" in dieser Frage getroffen werde.

Iran wirft der IAEO Politisierung vor und zieht daraus die Konsequenzen

Der Iran hat deutschen und französischen Beobachtern die Zustimmung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) entzogen. Laut Teheran politisieren diese beiden Länder und das Vereinigte Königreich die Agentur.

IAEA-Direktor Rafael Grossi nannte die Entscheidung "unverhältnismäßig und beispiellos". Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Nasser Kanaani, betonte jedoch, dass sich sein Land auf Artikel 9 des Abkommens zwischen der Islamischen Republik Iran und der IAEO über die Anwendung von Garantien im Rahmen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen beziehe.

Instrumentierung des Todes von Mahsa Amini

Vier Mitglieder der "Five Eyes", die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Kanada und Australien, haben einseitige Zwangsmaßnahmen (von der westlichen Propaganda als "Sanktionen" bezeichnet) gegen *Press TV*, *Tasnim News Agency* und *Fars News Agency* ergriffen.

Die Angelsachsen wollten den Todestag der jungen iranischen Kurdin Mahsa Amini feiern, die bei ihrer Verhaftung an einem Unwohlsein starb. Neuseeland schloss sich dieser Entscheidung nicht an. Der neue Premierminister Chris Hipkins hat sich bereits

von der üblichen Five-Eyes-Politik in der China-Frage abgewandt.

Viele schiitische Gruppen im Nahen Osten haben diese Zensur und die der verschiedener Medien im Rest der Welt angeprangert. So teilte die libanesische Hisbollah mit: "Die wahre Bedeutung der Sanktionen gegen Intellektuelle, Autoren, Medienschaffende und Medieninstitutionen auf der ganzen Welt ist ein Eingeständnis des Scheiterns der intellektuellen Konfrontation."

Unterdessen verhaftete die iranische Polizei eine Terrorzelle, die die Ermordung von Mahsa Aminis Vater plante.

Schließlich sollte das Europäische Parlament Mahsa Amini, oder iranische Frauen, oder die Bewegung "Frauen, Leben, Freiheit" als Gewinnerin des Sacharow-Preises 2023 nominieren.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Biden-Regierung "sanktioniert" Ex-Präsident Ahmadinedschad

Das US-Finanzministerium verhängte einseitige Zwangsmaßnahmen gegen den ehemaligen iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad (2005-13), weil er ohne weitere Begründung "schlechte Entscheidungen" getroffen hatte.

Präsident Ahmadinedschad hat sich seit mehr als einem Jahr nicht mehr öffentlich geäußert. Er wurde von der Kandidatur bei den letzten Präsidentschaftswahlen ausgeschlossen und seine wichtigsten Berater wurden nach geschlossenen

Verfahren inhaftiert. Es ist unklar, welche Gefahr er heute für den US-Imperialismus darstellt.

Die Entscheidung der Biden-Regierung wurde im Rahmen des Levinson-Geiselnhaftgesetzes getroffen, zu einer Zeit, als Washington und Teheran einen Spionageaustausch abschlossen.

Spionageaustausch zwischen USA und Iran

Der zwischen den USA und dem Iran ausgehandelte Austausch von Spionen ist effektiv. Sechs im Iran inhaftierte Amerikaner wurden gegen fünf in den Vereinigten Staaten inhaftierte Iraner freigelassen und 6 Milliarden US-Dollar an iranischen Einlagen in Südkorea wurden zurückerstellt.

Nur drei Namen der US-Amerikaner und zwei der Iraner wurden bekannt gegeben.

China produziert industriell fortschrittlichere elektronische Chips als die Vereinigten Staaten

Das chinesische Unternehmen Huawei hat ein neues Mobiltelefonmodell, das Mate 60, mit einem Chip auf den Markt gebracht, dessen Fähigkeiten denen seiner US-Kollegen weit überlegen sind. Es ist nicht bekannt, wie und von wem diese Chips hergestellt werden.

Die USA hatten einseitige Zwangsmaßnahmen ergriffen, um die Volksrepublik China daran zu hindern, in Taiwan und den USA hergestellte Chips zu kaufen. Für Washington ging es darum, die Volksrepublik China in einem niedrigeren technischen Stadium zu halten, wie einst London das indische Reich durch das Verbot der dortigen Baumwollspinnerei in Unterentwicklung gehalten hatte. Die indische Produktion sollte nach Manchester exportiert werden, wo sie von Fabriken gesponnen wurde, dann verkauften die Briten die Stoffe in Indien.

Seit Juli versuchen die Vereinigten Staaten, China bestimmte Seltene Erden vorzuenthalten,

von denen es allerdings auf Chinas eigenem Territorium Reserven gibt.

1999 sperrten die Vereinigten Staaten China den Zugang zu ihrem GPS-System. Aber Peking stattete sich mit seinem eigenen Navigationssystem, BeiDou (GNSS) aus. Es ist heute mit 45 Satelliten und etwa dreißig Bodenbasen das genaueste der Welt.

Diese technologischen Fortschritte kehren die Wahlmöglichkeiten um, die anderen Staaten nun zur Verfügung stehen. Bisher waren sie alle von den Vereinigten Staaten abhängig, jetzt haben sie die Wahl. Oder besser gesagt, wenn sie das Beste haben wollen, müssen sie sich an China wenden und mit Washingtons Kolonialpolitik der Isolation brechen.

Der von Washington gewollte technologische Krieg wird wahrscheinlich für die US-Industrien nach hinten losgehen, die von nun an überholt sind.

Strategische Zusammenarbeit zwischen China und Russland

Der chinesische Außenminister Wang Yi empfing den Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew. Die beiden Männer zogen Bilanz über die chinesisch-russischen Beziehungen. Sie begrüßten die Unterstützung beider Seiten bei den grundlegenden Sicherheitsfragen der jeweils anderen Seite. So sollte aus ihrer Sicht die strategische Zusammenarbeit funktionieren.

Für Nikolai Patruschew "ist es inmitten der vom kollektiven Westen entfesselten Kampagne zur Verdoppelung der Eindämmung Russlands und Chinas besonders wichtig, die russisch-chinesische Koordination und Interaktion auf der internationalen Bühne weiter zu vertiefen."

Wang Yi traf auch mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow zusammen. In Bezug auf den Ukraine-Konflikt zeigt sich China strikt neutral. Pekings 12-Punkte-Vorschlag sieht nicht nur einen Waffenstillstand

vor, sondern zielt auch darauf ab, die Ursachen der Krise anzugehen.

Schließlich traf sich Wang Yi mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Dieser lobte China dafür, dass es als erstes das Ausmaß der Veränderungen in der Welt verstanden und die BRICS-Staaten zu ihrer Erweiterung geführt habe. Wang Yi sagte, er sei bereit, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern im Rahmen des von den Präsidenten Putin und Xi festgelegten Konsenses fortzusetzen.

China hat Einheit 731 nicht vergessen

China hat neue Dokumente über die Aktivitäten der japanischen Einheit 731 während des Zweiten Weltkriegs veröffentlicht. Es hat Japan eingeladen, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen und über seine Verbrechen nachzudenken.

Die Einheit 731 war ein medizinisches Forschungsinstitut. Die Japaner seziierten viele lebenden und gesunden Menschen. Am Ende des Krieges stellten die Vereinigten Staaten die Offiziere der Einheit 731 nicht vor das Tokioter Tribunal, sondern stützten sich beim Aufbau des neuen Regimes sogar auf sie. Sie nutzten ihre Erfahrungen, um ihr Biowaffenprogramm durchzuführen, das nach Angaben russischer und chinesischer Behörden noch bis vor kurzem in der Ukraine im Gange war.

Der Massenverbrecher Ryōichi Sasakawa wurde zum reichsten Mann Asiens. Er übernahm die Kontrolle über die Weltgesundheitsorganisation. Seine Statue ziert noch heute die Eingangshalle der WHO in Genf.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Ausweisung des israelischen Botschafters aus dem UN-Plenarsaal

Während der Rede des iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi vor der 78. UN-Generalversammlung erhob sich der israelische Botschafter Gilad Erdan und hielt ein Plakat

hoch. Es war ein Foto von Mahsa Amini mit einem aufgedruckten Slogan: "Iranische Frauen verdienen JETZT Freiheit". Er wurde gemäß der Geschäftsordnung des Plenarsaals verwiesen.

Bevor Präsident Ebrahim Raisi bei den Vereinten Nationen eintraf, hatte Israels Botschafter Plakatwände vor verschiedenen Denkmälern gemietet, um den "Schlächter von

Voltaire-Netzwerkanalyse

["Auf dem G20-Gipfel wenden sich die Entwicklungsländer gegen den Westen"](#), von Thierry Meyssan.

Die G20, die von der G7 geschaffen wurde, um ihr zu gehorchen, emanzipiert sich nun von ihr. Sie stellt das angelsächsische kapitalistische System, das auf der Anonymität des Kapitals beruht, sicherlich nicht in Frage, aber hat jetzt aufgehört, die Washingtoner Texte zu unterzeichnen. Die G20 beteiligt sich immer noch an westlichen Projekten, macht sich aber kaum Illusionen über deren Umsetzung.

Teheran" anzuprangern (eine Anspielung auf seine Rolle bei Hinrichtungen während der Revolution). Diese Anzeigen erinnerten die Spaziergänger daran, dass er (Raisi) immer noch unter Sanktionen stand und diese Orte nicht besuchen dürfte.

Der Vorfall in der Generalversammlung zeigt, dass die UNO vom Westen als moralische Autorität wahrgenommen wird, deren Mitglieder sich seiner Weltanschauung anpassen sollten. Die Vereinten Nationen sind gesetzlich ein Forum zur Lösung von Konflikten, ohne auf Krieg zurückgreifen zu müssen. Per Definition akzeptieren sie bei sich verschiedentliche Staaten, die kulturell anderen Weltanschauungen widerstehen.

Iran, Katar und Türkei prangern europäische Islamophobie an

Während der Generaldebatte der 78. Generalversammlung der Vereinten Nationen

verurteilten die Präsidenten des Iran und der Türkei, sowie der Emir von Katar die Verbrennung des Korans in Schweden und die Kleiderverbote in Frankreich. Generalsekretär António Guterres stimmte ihnen in letzterem Punkt zu und stellte fest, dass diese Verbote nur Frauen betreffen und daher geschlechtsspezifische Diskriminierung darstellten.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°54 - 29. September 2023

LEITARTIKEL

Rede von Sergej Lawrow vor der UNO

In seiner Rede vor der 78. UN-Generalversammlung erinnerte der russische Außenminister Sergej Lawrow zunächst an die Art und Weise, wie der kollektive Westen seine Beziehungen zu Russland seit dem Sieg von 1945 konzipiert hat. Noch vor Kriegsende erwogen London und Berlin, den Krieg gegen Moskau zu verfolgen, dann war es 1949 die Operation Dropshot und die Aussicht auf massive Atombombenabwürfe. 1962 war es die Kubakrise. Nach 1989 waren es die schriftlichen Verpflichtungen vor der OSZE, die NATO nicht zu erweitern. Man weiss, dass sie nicht die Absicht hatten, sie zu respektieren. Und genau das wurde getan. Im Jahr 2021 wurde ein russischer Vorschlag zum Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur grob abgelehnt.

Während großen Militärübungen haben die NATO-Staats- und Regierungschefs ihr Ziel erklärt, Russland eine "strategische Niederlage" zuzufügen. Diese Besessenheit hat die Sicht verantwortungsloser Politiker, die sich an Straflosigkeit und die Aufgabe des grundlegenden Selbsterhaltungstrieb gewöhnt haben, endgültig zerstört.

Sie versuchen nun unter dem Vorwand der "unteilbaren Sicherheit des euro-atlantischen und indopazifischen Raums", ihre Einflussphäre in Asien auszuweiten. In der Erklärung des Atlantischen Bündnisses von Vilnius wird die "wachsende Partnerschaft zwischen Russland und China" als "Bedrohung für die NATO" beschrieben.

Während die BRICS und die SCO-Länder stärker werden, glaubt der Westen weiterhin den anderen überlegen zu sein, während die UN-Charta souveräne Staaten, ob groß oder klein, als gleichberechtigt ansieht. Josep Borrell, der EU-Außenbeauftragte, konnte vom Westen als blühendem Garten sprechen, während der Rest der Welt doch nur ein Dschungel sei.

Der Westen erlässt einseitige Zwangsmaßnahmen, die er missbräuchlich mit internationalen Sanktionen gleichsetzt, zum Nachteil der Schwächsten.

Der westliche Egozentrismus drängt darauf, alle internationalen Gipfel zu "ukrainisieren". Der Nahe Osten strebt nach Frieden, was die Beilegung des 70 Jahre alten israelisch-palästinensischen Konflikts voraussetzt. Mit der Eliminierung durch den Westen von Gaddafi, sobald er sein Atomprogramm aufgab, drängte der Westen auf eine allgemeine Nuklearisierung. Wenn man jetzt die empörten Reaktionen des Westens auf die Staatsstriche in Niger und Gabun sieht, wie kann man nach dem blutigen Putsch in der Ukraine den Jubel des Westens vergessen? (...)

(...) Im Jahr 2009 verpflichtete sich der Westen, jedes Jahr 100 Milliarden US-Dollar auszugeben, um die Energiewende zu finanzieren. Natürlich hat er es nicht getan, denn statt der angekündigten 13000 Milliarden Dollar für das Klima hat er 170 Milliarden Dollar ausgegeben, um das rassistische Regime in Kiew zu unterstützen.

Wir müssen die UNO reformieren, indem wir uns von den Erfahrungen der ASEAN, der OVKS, der EAWU, der GUS und des chinesischen *Belt and Road Project* inspirieren lassen. Die UNO wurde 1945 gegründet, aber heute erleben wir eine Wiederbelebung des Nationalsozialismus. Im vergangenen Jahr stimmten Deutschland, Italien und Japan zum ersten Mal gegen die Resolution der UN-Generalversammlung, die die Verherrlichung des Nationalsozialismus verurteilte.

Wir müssen die UNO wiederbeleben gegen jene, die die Welt in "Demokratien" und "Autokratien" teilen und anderen ihre neokolonialen "Regeln" diktieren.

AMERIKA

Kanadisches Parlament ehrt einen ehemaligen SS

Beim Empfang des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im kanadischen Bundsparlament stellte der Sprecher der Versammlung, Anthony Rota, einen Veteranen vor, der auf der öffentlichen Bank saß.

„Ich bin sehr stolz darauf, sagen zu können, dass er aus North Bay und meinem Wahlbezirk von Nipissing-Timiskaming stammt. Er ist ein ukrainischer Held, ein kanadischer Held, und wir danken ihm für all seinen Dienst.“ Er betonte, er habe in der ersten ukrainischen Division gekämpft. Präsident Selenskyj schwang dann lächelnd die Faust.

Bei diesem Veteranen handelt es sich um Jaroslav Hunk (98 Jahre). Er kämpfte für die Erste Ukrainische Division, besser bekannt als die SS-Division Galizien. Er war an vielen

Massakern beteiligt, vor allem an ukrainischen und polnischen, oft jüdischen Zivilisten.

Nach der Zeremonie erhoben mehrere jüdische Organisationen, darunter die Freunde des Simon-Wiesenthal-Zentrums, vehemente Proteste.

Ein Denkmal in Edmonton zu Ehren der Helden der SS-Division Galizien wurde in Edmonton, Kanada, von Halyna Chomiak, der Mutter der derzeitigen stellvertretenden Premierministerin Kanadas, Chrystia Freeland, errichtet. Es wurde gerade vandalisiert.

Der kanadische Premierminister William Lyon Mackenzie King, ein persönlicher Freund Adolf Hitlers, beherbergte am Ende des Zweiten Weltkriegs viele Kriegsverbrecher, darunter Dmitri Donzow, Begründer des ukrainischen integralen Nationalismus. Donzow, der nicht in Nürnberg vor Gericht gestellt wurde, war als Verwalter des Reinhard-Heydrich-Instituts einer der Hauptorganisatoren der Endlösung der Zigeuner- und Judenfrage. Sein "exekutiver" Arm, Stepan Bandera, besuchte ihn legal in Kanada. Dann wurde Jaroslav Stetsko, der Nazi-Premierminister in Winnipeg mit Triumpf empfangen.

Die derzeitige stellvertretende Premierministerin, Chrystia Freeland, Enkelin von Michael Chomiak, dem Herausgeber der wichtigsten Nazi-Zeitung von Mitteleuropa, arbeitete für eine Gruppe von Kriegsverbrechern, um die Geschichte der Ukraine (Enzyklopädie der Ukraine) umzuschreiben, indem sie den Anschein erweckte, dass ukrainische integrale Nationalisten nie mit den Nazis kollaboriert hätten.

Der Präsident des Unterhauses, Anthony Rota, entschuldigte sich nur bei der jüdischen Gemeinde, drei Tage nach dem von ihm ausgelösten Beifall für Jaroslav Hunk. Angesichts der Proteste des polnischen Botschafters trat er schließlich zurück.

Die Kanada-Indien-Krise, ausgelöst durch die "Five Eyes"

Nach Angaben der *New York Times* hat die US-amerikanische National Security Agency (NSA) abgehörte Gespräche indischer Diplomaten an Kanada weitergeleitet. Auf dieser Grundlage beschuldigte Premierminister Justin Trudeau Indien, die Ermordung von Sikh-Aktivisten auf kanadischem Boden angeordnet zu haben.

Ottawa ist Mitglied der "Five Eyes", der angelsächsischen Allianz zum Abhören von Kommunikation.

Bharat/Indien bestreitet jegliche Ermordung durch seine Geheimdienste in Kanada.

Die Vereinigten Staaten haben in gleicher Weise von russischen Geheimdiensten im Ausland verübte Mordvorwürfe organisiert.

US-Amerikaner für die Republikanische Partei

Laut einer YouGov-Umfrage würden 43 % der amerikanischen Erwachsenen für den Kandidaten der Republikanischen Partei stimmen, wenn heute Kongresswahlen abgehalten würden, verglichen mit 41 % für die Demokraten.

Präsident Wolodymyr Selenskyj im Kongress nicht mehr willkommen

Präsident Wolodymyr Selenskyj, der nach seiner Rede vor der 78. Generalversammlung der Vereinten Nationen Washington besuchte, wurde nicht so empfangen, wie er dachte. Der republikanische Sprecher des Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy verhinderte, dass er vor dem Kongress spricht, anders als es im Dezember 2022 mit der damaligen Präsidentin Nancy Pelosi ablief.

Stattdessen wurde ein Gespräch mit einigen Senatoren organisiert. Präsident Joe Biden empfing ihn im Weißen Haus, um diesen Affront zu beseitigen, und Verteidigungsminister Lloyd Austin im Pentagon. Schließlich verlieh

ihm der Atlantic Council schnell eine Auszeichnung.

Parlamentarier fragen, was aus den Hilfgeldern für die Ukraine geworden ist

28 republikanische Abgeordnete haben sich schriftlich an die Biden-Regierung gewandt, um herauszufinden, was mit der Finanzhilfe für die Ukraine passiert. Die Verwaltung scheint nicht genaue Informationen liefern zu können.

Dieser Schritt zielt darauf ab, das nächste 24-Milliarden-Dollar-Hilfsprojekt für die Ukraine zu blockieren.

Pentagon plant Fortsetzung der Hilfe für die Ukraine

Das Pentagon hat Schritte unternommen, um die Kontinuität seiner Unterstützung für die Ukraine im Falle einer Unterbrechung der Finanzierung durch die US-Regierung aufrechtzuerhalten.

Präsident Joe Biden hat seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj zusätzliche Hilfgelder in Höhe von 325 Millionen US-Dollar angekündigt.

Pentagon zögert, chinesische Zivilbevölkerung ins Visier zu nehmen

Im Mai veröffentlichte der *Atlantic Council* einen [Bericht](#), in dem er dazu aufrief, die nukleare Abschreckung gegenüber China und Russland zu überdenken. Er plädierte für eine Rückkehr zur Doktrin des Kalten Krieges, die Zivilbevölkerung in Großstädten ins Visier zu nehmen.

Das Pentagon erwägt derzeit diese Option. Eine Strategie der Abschreckung gegen Städte ist mit bescheideneren Kosten verbunden, wie ihre Befürworter behaupten, aber das Hauptziel besteht darin, einen Atomkrieg so weit wie möglich abzuwenden, ohne sich auf Haushaltsüberlegungen zu verlassen, schloss es.

Angriffe auf Zivilbevölkerungen, wie es in Hiroshima und Nagasaki der Fall war, sind Kriegsverbrechen.

Pentagon reaktiviert sein Unterwasser-Überwachungssystem

Das Pentagon hat das Kommando der Unterwasserüberwachung reaktiviert. Es hat seinen Sitz in der Nähe von Seattle auf Whidbey Island. Das *Integrated Undersea Surveillance System* (IUSS) plant, das bestehende Netz von akustischen Unterwasser-Spionagekabeln zu modernisieren und eine Flotte von Überwachungsschiffen mit modernsten Sensoren und Unterwassermikrofonen auszustatten.

Der Krieg im Schwarzen Meer hat den U-Boot-Krieg grundlegend erneuert. Unterwasserdrohnen spielen von nun an eine zentrale Rolle.

Washington ergreift einseitige Zwangsmaßnahmen gegen Xinjiangs Wirtschaft

Die Vereinigten Staaten haben einseitige Zwangssanktionen (fälschlicherweise als "internationale Sanktionen" bezeichnet) gegen die Xinjiang Tians Foundation Textile Co Ltd, die Xinjiang Tianshan Wool Textile Co. Ltd und die Xinjiang Zhongtai Group Co. Ltd. verhängt.

Laut Washington geht es darum, die Zwangsarbeit der Uiguren zu sanktionieren.

Laut Peking geht es darum, die Entwicklung Xinjiangs zu verhindern.

Die USA und das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte werfen China vor, 1 Million Uiguren in Umerziehungslagern interniert zu haben. China dagegen gibt zu, einige Dschihadisten interniert zu haben.

Niemand hat Informationen über Chinas Gefängniskapazitäten in Xinjiang veröffentlicht.

Im Gegenteil, Chinas Staatsrat hat ein Weißbuch über die Achtung und den Schutz der Rechte aller ethnischen Gruppen in Xinjiang (*Respecting and Protecting the Rights of All Ethnic Groups in Xinjiang*) herausgegeben.

Das US-Außenministerium, die Israelis und China

Das US-Außenministerium hat israelische Staatsbürger von der Visumpflicht für einen Besuch in den Vereinigten Staaten befreit.

Gleichzeitig hat das Außenministerium US-Bürger, die nach China reisen möchten, vor den Risiken einer willkürlichen Inhaftierung gewarnt.

Oberster Gerichtshof wegen Verurteilung für Teilnahme an Protesten am 6. Januar 2021 beauftragt

Mehrere der Angeklagten, die wegen der Teilnahme am Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 verurteilt wurden, wandten sich an den Obersten Gerichtshof. Sie wollen von ihm hören, ob die Bundesanwaltschaft das Sarbanes-Oxley-Gesetz gegen sie einsetzen könnte oder nicht.

Dieses Gesetz, das 2002 im Zuge des Enron-Skandals verabschiedet wurde, verlangt von Unternehmen und Vorstandsausschüssen, verschiedene Finanzunterlagen zu archivieren. Die Behörden hatten eine politische Demonstration vor dem Regierungssitz nie als "Behinderungsdelikt der Justiz" bezeichnet. Nach US-amerikanischem Recht setzt sich die Regierung nicht nur aus der Exekutive, sondern auch aus der Legislative und der Judikative zusammen.

2° Gipfeltreffen der Vereinigten Staaten und des Forums der Pazifischen Inseln

Die Salomonen entsandten keine Delegation zum 2. Gipfeltreffen der Vereinigten Staaten und des Pazifischen Inselforums.

Ist die F-35 verdammt?

Das *Government Accountability Office* veröffentlichte einen Bericht an den Kongress mit dem Titel "*F-35: Das Verteidigungsministerium und die Armee müssen ihre Machterhaltungsstrategie neu bewerten*".

Seit Beginn der Umsetzung dieses Programms häufen sich die Beschwerden über die Budgetüberschreitungen und die Unfähigkeit, die von diesem Flugzeug versprochene Leistung zu erreichen. Nach Angaben der Aufsichtsbehörde

"sieht sich das Programm mit begrenzten Reparaturkapazitäten, einer zunehmenden Anzahl von Komponenten, die auf eine Reparatur warten, einer zunehmenden Zahl von Menschen, die aufgrund von Lieferverzögerungen nicht in der Lage sind, Missionen durchzuführen, einem mangelnden Zugang zu technischen Daten zur Durchführung von Reparaturen, unzureichenden Mengen an Unterstützungsausrüstung und einer Rekordausfallzeit konfrontiert."

Für Dana Nessel sind Wähler, die glauben, dass Trump ein Sieg gestohlen wurde, einer Gehirnwäsche unterzogen worden

Die Generalstaatsanwältin von Michigan, Dana Nessel, nahm an einer Videokonferenz von *Protectors of Equality in Government* teil. Sie behauptete dabei, dass Donald Trumps Wähler, die sagten, der ehemalige Präsident habe die Wahl gewonnen, einer "Gehirnwäsche" unterzogen worden seien.

Joe Bidens Gesundheit beunruhigt seine Unterstützer

Präsident Joe Biden hat mit mehreren gesundheitlichen Problemen zu kämpfen. Er trägt nachts eine Luftmaske, um Schlafapnoe zu behandeln, wurde kürzlich wegen einer Form von Hautkrebs behandelt und hat Mobilitätsprobleme, die auf Arthritis in seinem Rücken und seiner Fußneuropathie

zurückzuführen sind. Der Präsident wird auch wegen hohem Cholesterinspiegel und Vorhofflimmern behandelt, die einen unregelmäßigen Herzschlag verursachen. Sein Umfeld sorgt sich jedoch vor allem um seine verminderte geistige Schärfe: Er stolpert oft über Worte oder verwechselt Fakten; Vor allem scheint er nicht mehr zwischen wahr und falsch zu unterscheiden.

Als Beispiel sagte Präsident Biden, dass er und der Premierminister der Cookinseln, Mark Brown, aus Baltimore stammten, obwohl keiner der beiden in der Stadt Maryland Wurzeln zu haben scheint.

Sein Gegner, der ehemalige Präsident Donald Trump, bezog sich auf den 25. Verfassungszusatz. Dieser sieht vor, dass sich der Präsident für unfähig erklären kann, sein Amt fortzusetzen. In diesem Fall tritt der Vizepräsident seine Nachfolge an.

Die Schlinge zieht sich um Joe und Hunter Biden zusammen

Das *Ways and Means Committee* des Unterhauses hat Hunderte von Seiten mit E-Mails und anderen Dokumenten im Zusammenhang mit den IRS [Steuer]- und FBI-Ermittlungen gegen Hunter Biden veröffentlicht. Dazu gehört eine WhatsApp-Nachricht, die der Bruder des Präsidenten, James Biden, an Hunter Biden adressiert hat. James Biden verbindet Joe Biden mit der Korruption seiner Familie. Andere Dokumente belegen, dass das Kabinett von Joe Biden interne Memos der US-Präsidentschaft an die Partner seines Sohnes geschickt hat.

US-Wähler unzufrieden mit Joe Bidens Wirtschaftspolitik

44 % der Amerikaner geben in der jüngsten Umfrage von *ABC News/Washington Post* an, dass sich ihre finanzielle Situation unter der Präsidentschaft von Joe Biden verschlechtert habe, während 15 % sagen, dass es ihnen besser geht. 72 % sagen, dass sie wirtschaftlich unzufrieden sind.

US-Kasernen sind unhygienisch

In einem 118-seitigen [Bericht](#) hat das *Government Accountability Office* (GAO) einen Zustand der Kasernen in den Vereinigten Staaten erstellt.

Er zeugt von den beklagenswerten Bedingungen der Unterbringung ohne Heizung oder Klimaanlage, von Präsenz von Nagetieren und Bettwanzen. Er bedauert, dass das Pentagon die zahlreichen Beschwerden junger Menschen nicht berücksichtigt. Er prangert die Lebensbedingungen an, die sich auf die Verfügbarkeit von Personal auswirken.

Der Fall Travis King

Ein Soldat der US-Heeres, Travis King, war nach einem Angriff von einem südkoreanischen Gericht zur Zahlung von 5 Millionen Dollar Schadenersatz verurteilt worden. Er nutzte einen Moment der Unachtsamkeit seiner Vorgesetzten und floh nach Nordkorea, von wo er nach chinesischer und schwedischer Vermittlung durch die Behörden von Pjöngjang abgeschoben und in die USA zurückgeführt wurde, wo er nun inhaftiert wurde.

"Die Macht und das Ziel der amerikanischen Diplomatie in einer neuen Ära"

Zusammenfassung der Rede von Außenminister Antony Blinken am 13. September an der *School of Advanced International Studies* (SAIS) der Johns Hopkins University:

Peking und Moskau arbeiten zusammen, um die Welt durch ihre "unbegrenzte Partnerschaft" für Autokratie sicher zu machen.

Eine Handvoll Regierungen haben Subventionen, gestohlene Rechte von geistigem Eigentum und andere marktverzerrende Praktiken benutzt, um sich in Schlüsselsektoren unfaire Vorteile zu verschaffen.

Die Ungleichheit hat stark zugenommen. Zwischen 1980 und 2020 hat das reichste 1 % genauso viel angehäuft wie die ärmsten 50 %.

Noch mehr Demokratien sind bedroht: Von innen herausgefordert, durch gewählte Führer, die Ressentiments ausnutzen und Angst schüren, werden die unabhängige Justiz und die Medien ausgehöhlt, Kumpanen bereichert, die Zivilgesellschaft und die politische Opposition verhärtet; und durch Autokraten, die Desinformation verbreiten, die Korruption fördern, und die sich in Wahlen einmischen.

Die Vereinigten Staaten befinden sich in einer Position der Stärke.

Unsere Konkurrenten behaupten, dass die gegenwärtige Ordnung eine westliche Zumutung sei, obwohl die Normen und Werte, die sie festigen, universell sind und in dem von ihnen unterzeichneten Völkerrecht verankert sind. Sie behaupten, dass das, was Regierungen innerhalb ihrer Grenzen tun, ihre alleinige Angelegenheit sei und dass Menschenrechte subjektive Werte seien, die von Gesellschaft zu Gesellschaft unterschiedlich wären.

Unsere nationale Wiederbelebung stärkt die amerikanische Führungsrolle in der Welt. Und hier kommt die Macht und der Zweck der amerikanischen Diplomatie ins Spiel: Amerikas Allianzen und Partnerschaften. Wir haben die NATO auf Finnland und Schweden erweitert. Wir verwandeln die G7 in einen Lenkungsausschuss für die fortschrittlichsten Demokratien der Welt. Wir stärken unsere Allianzen und Partnerschaften mit der EU, Japan, Südkorea, Australien, den Philippinen, Indien, Vietnam, Saudi-Arabien... Präsident Biden hat Gipfeltreffen mit Staats- und Regierungschefs aus Amerika, Südostasien, Afrika und den pazifischen Inselstaaten empfangen. Wir haben unsere Verbündeten und Partner zusammengebracht, um die Ukraine angesichts der groß angelegten Aggression Russlands zu unterstützen. Wir haben eine neue Sicherheitspartnerschaft geschaffen – AUKUS – mit Australien und dem Vereinigten Königreich.

Gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern haben wir über die *Global Partnership for Infrastructure and Investment* (IGP) bis 2027 neue

Investitionen in Höhe von 600 Milliarden US-Dollar zugesagt.

Die Vereinigten Staaten sind der weltweit größte Geber des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen und stellen etwa 50 % des Jahresbudgets zur Verfügung. Russland und China? Jeweils weniger als 1 %.

Wir beginnen mit unseren engsten Partnern, wie der G7, mit der wir einen internationalen Verhaltenskodex für private Akteure und Regierungen entwerfen, die fortschrittliche künstliche Intelligenz entwickeln. Gemeinsam mit mehr als hundert Staaten haben wir eine neue globale Koalition geschaffen, um die illegale Herstellung und den illegalen Handel mit synthetischen Drogen zu verhindern.

Sofort nach seinem Amtsantritt trat Präsident Biden schnell dem Pariser Klimaabkommen, der Weltgesundheitsorganisation, dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen und der UNESCO bei.

Präsident Biden arbeitet mit dem Kongress zusammen, um neue Kreditkapazitäten für die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds freizusetzen, um mehr Mittel für Investitionen in den Klimaschutz, die öffentliche Gesundheit bereitzustellen. Wenn also Peking und Moskau versuchen, das multilaterale System zu zerreißen; Wenn sie fälschlicherweise behaupten, dass die Ordnung nur dazu da ist, die Interessen des Westens auf Kosten anderer zu fördern, wird sich ein wachsender globaler Chor von Nationen und Menschen erheben und sagen: Nein, das System, das Sie zu ändern versuchen, ist unser System; Es dient unseren Interessen.

EUROPA

Frankreich zieht sich aus Niger zurück

Der französische Präsident Emmanuel Macron kündigte den Abzug seiner Truppen und seines Botschafters Sylvain Itté an. Die Behörden in Niamey hatten ihn zur *Persona non grata* erklärt und den Abzug der französischen Truppen

gefordert. Präsident Macron hat erklärt, Niger wolle nicht länger gegen Terroristen kämpfen. Genau das Gegenteil ist der Fall: Um gegen Terroristen zu kämpfen, will die nigrische Junta die Geheimdienste ausweisen, die sie überwachen und die Niger nicht von der französischen Armee unterscheiden kann.

Leaks aus der französischen Landesverteidigung

Die Journalistin Ariane Lavrilleux wurde kurzzeitig verhaftet und verhört, weil sie "das Geheimnis der Landesverteidigung gefährdet" und "Informationen preisgegeben hat, die zur Identifizierung eines geschützten Agenten führen könnten". Sie hatte für den öffentlich-rechtlichen Sender *France2* über die "Operation Sirli" berichtet. Sie zeigte dort, dass Informationen, die die Generaldirektion für äußere Sicherheit (DGSE) Ägypten zur Verfügung gestellt hatte, von Kairo zur Begehung von Verbrechen und Vergehen verwendet worden waren.

Ein hochrangiger Beamter des Verteidigungsministeriums wurde ebenfalls festgenommen. Letzterer wurde angeklagt und unter gerichtliche Aufsicht gestellt.

Deutschland verbietet zwei Neonazi-Organisationen

Das deutsche Innenministerium hat im vergangenen Monat die Neonazi-Organisation Hammerskins Deutschland und diese Woche die Artgemeinschaft, den Avatar der nordischen Gemeinschaft, verboten. 39 Durchsuchungen wurden gleichzeitig in 12 Bundesländern durchgeführt.

Berlin gegen Huawei

Die Bundesregierung erwägt, aus Gründen der nationalen Sicherheit alle Bestandteile des chinesischen Konzerns Huawei zu verbieten. Das bedeutet rund 5 Mrd. EUR Arbeitskosten an 60 % der 82 000 Mobilfunkstationen des Landes.

Bis heute sind die von den Vereinigten Staaten angeprangerten Bedrohungen der nationalen Sicherheit unbewiesen.

Berlin mischt sich in polnischen Wahlkampf ein

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz hat die Nachlässigkeit der polnischen Regierung bei der Bekämpfung des Visa-Ausgabe kritisiert.

Der stellvertretende Außenminister Piotr Wawryk ist bereits zurückgetreten, nachdem bekannt wurde, dass die Möglichkeit des Kaufs polnischer Visa für 5000 Euro bekannt wurde. Berlin unterstellt ohne Beweise, dass der Skandal andauere und dass die gekauften Visa sehr zahlreich seien.

Der polnische Außenminister Zbigniew Rau wertete die Äußerungen des Kanzlers als Einmischung in den polnischen Wahlkampf. Er antwortete: "Die jüngste Äußerung des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz verstößt gegen den Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten, der die Grundlage der gutnachbarlichen Beziehungen und der freundschaftlichen Zusammenarbeit ist, die die Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Vertrag von 1991 mit Polen erklärt hat. Es ist klar, dass die Zuständigkeiten des deutschen Bundeskanzlers nicht für die in Polen laufenden Verfahren gelten.

Die Äußerungen zu diesem Thema deuten auf einen Versuch hin, sich in die inneren Angelegenheiten des polnischen Staates und in den laufenden Wahlkampf in Polen einzumischen. Im Namen guter bilateraler Beziehungen appelliere ich an den deutschen Bundeskanzler, damit er die Souveränität Polens respektiert und keine Äußerungen macht, die unseren gegenseitigen Beziehungen schaden.“

Zwischen Polen und der Ukraine läuft nichts mehr gut

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärte vom Rednerpult der 78. Generalversammlung der Vereinten Nationen:

"Einige unserer europäischen Freunde [Polen, Ungarn und die Slowakei] spielen auf der politischen Bühne solidarisch und machen ein ziemliches Drama mit Getreide (...) Sie tun so, als würden sie ihre Rolle spielen, aber in Wirklichkeit bereiten sie den Boden für den Moskauer Schauspieler."

Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki antwortete: "Ich möchte dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj sagen, dass er die Polen nie wieder beleidigen soll, wie er es kürzlich während seiner Rede vor den Vereinten Nationen getan hat, die Polen werden es niemals zulassen."

Bisher war Polen der wichtigste Verbündete der Ukraine. Es hat seit Beginn des Krieges mehr als 1,5 Millionen ukrainische Flüchtlinge aufgenommen und sich bereit erklärt, zu vergeben, dass während des Zweiten Weltkriegs 120 000 Polen von ukrainischen integralen Nationalisten massakriert wurden.

Polen kündigt Bitte für Auslieferung von Jaroslaw Hunk an

Der polnische Bildungsminister Przemyslaw Czarnek kündigte an, dass sein Land Kanada um die Auslieferung des SS-Kämpfers Jaroslaw Hunk bitten werde, der vom Unterhaus Beifall bekam.

Mit seinem Applaus für Jaroslaw Hunk hat Präsident Wolodymyr Selenskyj die Wunde des Massakers von 120 000 Polen durch integrale Nationalisten während des Zweiten Weltkriegs wieder aufgerissen.

Die ehemalige Premierministerin Beata Szydło twitterte: "Der Applaus für den ehemaligen SS Galicia im kanadischen Parlament ist Teil eines größeren Problems.

Kanadische Politiker - obwohl das nicht sehr gut klingt - haben vielleicht nicht gewusst, wem sie applaudierten. Aber hat der ukrainische Präsident nicht geahnt, was der 98-jährige "ukrainische Held" während des Zweiten Weltkriegs tat? Vielleicht hat Präsident Selenskyj

das Problem nicht bemerkt, genauso wie er der Verehrung ukrainischer Formationen des Zweiten Weltkriegs, die mit Nazi-Deutschland kollaborierten, nicht viel Aufmerksamkeit schenkte, was in der Ukraine immer häufiger vorkommt.

Die Ukrainer haben in letzten Monaten tapfer gegen Russland gekämpft, und es scheint, dass sie neue Helden haben. Ich hoffe, dass die ukrainische Identität sich nicht auf die rot-schwarze Tradition stützt."

Die ukrainischen integralen Nationalisten massakrierten vor allem ukrainische und polnische Juden. Im Gegensatz zu den russischen Behörden vermeiden die polnischen Behörden zu erwähnen, dass Präsident Selenskyj Jude ist.

Polen rollt Fall Przewodów wieder auf

Die polnische Untersuchungskommission zu den Explosionen in Przewodów am 15. November 2022 kam zu dem Schluss, dass die Raketen, die zwei Menschen töteten und landwirtschaftliche Einrichtungen zerstörten, von der Ukraine abgefeuert wurden.

Damals hielt US-Präsident Joe Biden dies für eine wahrscheinliche Hypothese. Er intervenierte, um die Polen zu beruhigen.

Die Veröffentlichung dieser offiziellen Informationen erfolgte, nachdem die Ukraine angekündigt hatte, Polen vor der WTO und insbesondere nach der Verherrlichung des SS-mannes Jaroslav Hunk durch das kanadische Parlament und den ukrainischen Präsidenten zu verklagen.

Bulgarien weist russische Priester aus

Bulgarien hat die drei Priester der russischen Kirche wegen Spionage aus Sofia ausgewiesen.

Moskau prangerte die Anwendung der westlichen Politik gegen die russische Kultur "unter einem erfundenen Vorwand, auf

schikanöse Weise und gegen jeden Respekt vor dem Heiligen" an.

Nikol Paschinjan bedroht

Es wurden SMS-Textnachrichten an die armenische Bevölkerung von Bergkarabach geschickt, um sie glauben zu machen, dass Flugzeuge am Flughafen Chodschali auf sie warteten, um sie nach Armenien zu bringen. Als sich dort etwa 10 000 Menschen versammelten, wurden Fotos und Videos aufgenommen und an westliche Medien verteilt, um den armenischen Premierminister Nikol Paschinjan des Verrats zu beschuldigen. Diese Operation fand am 21. September, dem armenischen Nationalfeiertag, statt.

Prowestliche Kräfte versuchen, den Sturz von Nikol Paschinjan vorzubereiten. Er selbst kam mit Hilfe von George Soros an die Macht, indem er das pro-russische Team Sersch Sargsjan stürzte.

Ausspionieren der Kommunikation armenischer Beamter

Dreizehn armenische Regierungsbeamte, Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und Akademiker wurden laut *Amnesty International* und *Citizen Lab* von einem fremden Land mit der israelischen Spyware Pegasus ausspioniert.

In der Vergangenheit hatte Aserbaidshans diese Software eingesetzt, allerdings gegen seine eigenen Bürger.

Flucht der Armenier aus Bergkarabach

2906 Armenier aus der ehemaligen Republik Arzach, die am Tag der Kämpfe ihr Zuhause verloren hatten, kamen in Begleitung russischer Friedenstruppen in die Republik Armenien. Mindestens weitere 50 000 Flüchtlinge trafen kurz darauf ein.

Die Behörden der ehemaligen Republik Arzach scheinen gespalten zu sein zwischen pro-russischen und pro-amerikanischen. Es scheint, dass Letztere die ganze Bevölkerung

aufgefordert haben, Berg-Karabach zu verlassen.

In einer Fernsehansprache sagte der armenische Ministerpräsident Nikol Paschinjan, wenn die Armenier "ihre Heimat als einzige Möglichkeit verlassen müssten, um ihr Leben und ihre Identität zu retten", würde die "Verantwortung für eine solche Entwicklung der Ereignisse vollständig bei Aserbaidtschan liegen, welches eine Politik der ethnischen Säuberung verfolgt hat, und an dem Friedenskontingent der Russischen Föderation in Bergkarabach".

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums beklagte, dass "Versuche unternommen werden, sich von der Verantwortung für das Versagen der Innen- und Außenpolitik freizusprechen und Moskau die Schuld zu geben".

Der ehemalige Präsident der Republik Arzach, der Milliardär Ruben Vardanyan, wurde schließlich von aserbaidtschanischen Streitkräften verhaftet.

Neue Zusammenstöße im Kosovo

Der Konflikt zwischen der serbischen Bevölkerung des Kosovo und den kosovarischen Behörden ist wieder aufgeflammt. Eine bewaffnete Gruppe kosovarischer Serben wurde von der kosovarischen Polizei umzingelt. Sie suchte Zuflucht in einem orthodoxen Kloster. Scharfschützen konnten drei Menschen töten, während Aufständische einen Polizisten töteten. Die kosovarische Polizei verhaftete zwei oder möglicherweise sechs Aufständische.

Die kosovarischen Behörden werfen Serbien vor, den Arm dieser "Terroristen" bewaffnet zu haben. Die Türkei rief beide Seiten zum Dialog auf. Die Europäische Union stellte sich auf die Seite der kosovarischen Behörden, verzichtete aber darauf, die Aufständischen als "Terroristen" zu bezeichnen.

Die chinesische Polizei hat gemeinsame Patrouillen mit der serbischen Polizei an der

nicht anerkannten Grenze zum Kosovo eingerichtet.

Voltaire-Netzwerkanalyse

- „[Die Selenskyj-Lüge neigt sich dem Ende zu](#)“, von Thierry Meyssan,

Die Reise von Präsident Wolodymyr Selenskyj in die Vereinigten Staaten hat die letzten Unklarheiten über seine Strategie beseitigt. Jedermann stellte sich Fragen dazu. Er scheint nicht zu versuchen, die Seinen zu verteidigen, denn er mobilisiert alle ukrainischen Männer und schickt sie ohne Hoffnung auf Sieg an die Front. Ab jetzt scheint er nicht mehr zu zögern, zu lügen, zu betrügen und mit allen Mitteln zu versuchen, bestimmte Staaten aus zwischenstaatlichen Organisationen auszuschließen.

Wie könnte man da nicht eine Parallele zu Stepan Bandera ziehen, der in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs Tausende seiner eigenen Landsleute massakrierte, das heißt, als die Niederlage des Dritten Reiches bereits feststand?

- "[Das große Geschäft mit dem Krieg](#)", von Manlio Dinucci

Historiker sind es gewohnt, manche Kriege als Investitionsoperationen zu bezeichnen. Der Krieg in der Ukraine bricht jedoch alle Rekorde. Seine Verfolgung hat keine andere Bedeutung als das Geschäft, das er erlaubt.

Laut BBC wird der Oberbefehlshaber der ukrainischen Armee des Hochverrats beschuldigt

Nach Angaben der BBC ermitteln der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) und das staatliche Ermittlungsbüro gegen General Waleri Saluschnyj, den Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte.

Ihm wird vorgeworfen, die "Befreiung" des Südens des Landes nicht vorangetrieben zu haben. Das ist eine Anklage wegen Hochverrats.

Mehrere hochrangige Offiziere wurden bereits befragt, darunter der Kommandeur der Verteidigungskräfte Sergej Najew, der ehemalige Kommandeur der Süd Zone und Leiter der Verwaltung der Region Cherson, Andrej Kowaltschuk.

General Waleri Saluschnyj hat nicht mehr genügend Männer, um die Gegenoffensive an allen Fronten fortzusetzen. Seit zwei Wochen verliert seine Armee täglich mehr als tausend Mann. Es wurden Maßnahmen ergriffen, um alle in der Ukraine anwesenden arbeitsfähigen Männer zu requirieren. Die meisten Ausnahmen wurden aufgehoben.

Die Ukraine verzichtet auf die Strafverfolgung bestimmter Verbrechen und Vergehen

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat ein Gesetz zur Aufweichung der strafrechtlichen Sanktionen ratifiziert.

Diejenigen, die wegen 29 Verbrechen oder Vergehen verurteilt wurden, werden unter gerichtliche Aufsicht gestellt und nicht mehr inhaftiert. Sie müssen ihre Adressänderungen melden und dürfen das Land nicht verlassen. Zu diesen Straftaten gehören: Vorsätzliche Körperverletzung, häusliche Gewalt, Ausbeutung von Kindern, Vergewaltigung.

Admiral Viktor Sokolov geht es gut

Admiral Viktor Sokolov, Kommandeur der Schwarzmeerflotte, den die Ukraine nach eigenen Angaben getötet hätte, ist am 26. September während einer Videokonferenz mit dem russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu erschienen.

Die ukrainischen Streitkräfte hatten am 22. September das Hauptquartier der Schwarzmeerflotte in Sewastopol angegriffen. Sie sagten, sie hätten Admiral Viktor Sokolov während einer Sitzung seines Stabes getötet.

AFRIKA

USA und EU drängen VAE, Waffenlieferungen an sudanesische Rebellen einzustellen

Die Schnelleinsatzkräfte von "General" Mohamed Hamdan Dagalo (bekannt als "Hemeti") werden von der Wagner-Gruppe im Sudan unterstützt.

Ein Netzwerk von Unternehmen wird von Hemetis jüngeren Bruder, Algoney Hamdan Dagalo, von Dubai aus geleitet. Es liefert Waffen an die Schnellen Eingreiftruppen, vor allem über den Flughafen Amdjarass im Osten des Tschad.

Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union üben Druck auf die Vereinigten Arabischen Emirate aus, dieses Netzwerk zu beenden.

Mali prangert Frankreichs Unterstützung der Terroristen an

Auf der 78. Generalversammlung der Vereinten Nationen beschuldigte der Interimspremierminister Malis, Abdoulaye Maïga, "die französischen Behörden, zutiefst antifranzösisch, weil sie universelle moralische Werte verleugnen und das schwere humanistische Erbe der Philosophen der Aufklärung verraten haben", sich "in eine Junta im Dienste des Obskurantismus verwandelt zu haben". Er warf der "nostalgischen französischen Junta neokoloniale, herablassende, paternalistische und revanchistische Praktiken vor, die beispiellose, illegale, illegitime und unmenschliche ECOWAS- und UEMOA-Sanktionen" gegen sein Land angeordnet und vorsätzlich verhängt habe. Er beschuldigte Frankreich, mehr als fünfzig Mal den malischen Luftraum verletzt zu haben, indem es "Geheimdienstinformationen, Waffen und Munition an terroristische Gruppen" geliefert habe, und erinnerte daran, dass Mali am 15. August offiziell eine Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrats zu diesem Thema beantragt hatte, und kritisierte Frankreich, weil es eine

solche Debatte verhindert habe, die auf "die Manifestation der Wahrheit" abziele; Treffen, das nie stattgefunden hat.

SSC-Khatumo beansprucht Unabhängigkeit von Somaliland

Die Regionen Sool, Sanaag und Cayn [SSC] erheben sich gegen den nicht anerkannten Staat Somaliland, der mehrheitlich von der ethnischen Gruppe der Isaaq regiert wird. Die SSC-Regionen sind unterdessen überwiegend ethnisch Dhulbahante und werden vom nicht anerkannten Staat Puntland unterstützt.

In den letzten Monaten wurde das Spital von Las Anod (SSC-Khatumo) fünfmal von somaliländischen Truppen getroffen. *Ärzte ohne Grenzen* zog sich im vergangenen Juli zurück. Es wurde gerade wieder bombardiert. Der Präsident von Somaliland, Muse Bihi, wirft dem SSC-Khatumo vor, sich auf Dschihadisten zu verlassen, obwohl es keine Beweise dafür gibt.

Zu Beginn des Krieges im Jemen wurde in Somaliland ein gemeinsamer israelisch-britisch-saudischer Stab installiert.

Der ehemalige britische Verteidigungsminister (2017-19), Sir Gavin Williamson, wurde regelmäßiger Gast in Somaliland und erhielt die Ehrenbürgerschaft. Er setzt sich nun dafür ein, dass Großbritannien das Land anerkennt.

Sir Gavin Williamson war als Verteidigungsminister entlassen worden, weil ihm vorgeworfen wurde, vertrauliche Informationen weitergegeben zu haben, was er stets bestritten hat. Dann musste er als Minister ohne Geschäftsbereich zurücktreten, weil er Parlamentarier erpresst hatte.

Niger sperrt Frankreich seinen Luftraum

Die nigrische Junta kündigte an, ihren Luftraum für von Frankreich gecharterte Flugzeuge zu sperren. Dieses Verbot gilt auch für Militärflüge, die vom Regime von Präsident Mohamed Bazoum genehmigt wurden.

Gewalttaten nach den Parlamentswahlen in Simbabwe

Die simbabwische Abgeordnete Maureen Kademaunga wurde unter Vorspiegelung falscher Tatsachen festgenommen und später wieder freigelassen. Der neue Abgeordnete Gift Ostallos Siziba, der von der Obama-Stiftung unterstützt wird, wurde ebenfalls verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, einen Fußballaufstand in Bulawayo provoziert zu haben. Beide Abgeordneten sind Mitglieder der *Citizens' Coalition for Change* (CCC), einem Ableger der Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC).

Die stellvertretende Bürgermeisterin von Harare, Kudzai Kadzombe, wurde verhaftet, weil sie einen ANU-PF-Funktionär angegriffen hatte. Ein gewählter Beamter, Womberaiishe Nhende, und eine Aktivistin, Sonele Mukhuhlani, wurden entführt und gefoltert. Ihre Anwälte, Douglas Coltart und Tapiwa Muchineripi, wurden verhaftet und wegen Behinderung der Justiz während ihres Besuchs bei ihren Patienten im Krankenhaus angeklagt.

Jugendliche der ANU-PF und Aktivisten der *Forever Associates* (FA) griffen Kandidaten oder ihre Familienangehörigen an und schlugen sie. Sie brannten auch die Farmen von Kandidaten und Funktionären ihrer Parteien nieder.

ASIEN

Israel verkauft Waffen an Deutschland

Israel wird sein Raketenabwehrsystem Arrow-3 für knapp 4 Milliarden Euro an Deutschland verkaufen. Berlin will sich im Falle eines Krieges mit Russland schützen können.

Die Nachfolge von Mahmud Abbas

Während der Gesundheitszustand von Präsident Mahmud Abbas sich am tiefsten Punkt befindet, spaltet sich die Fatah in drei Tendenzen: Die erste bezieht sich auf das traditionelle Kommando unter der Führung von Fathi Abu al-Ardate, dem Chef der nationalen Sicherheit.

Die zweite steht unter der Führung von Mohammad Abdel Hamid Issa (alias "Lino"), dem Kommandeur von Kifah al-Moussallah (dem bewaffneten Kampf). Sie ist Teil der Bewegung des ehemaligen Chefs des palästinensischen Geheimdienstes, Mohammad Dahlan, die jetzt von den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützt wird.

Die dritte wird vom ehemaligen Fateh-Militärchef Mounir Maqdash angeführt, der sich in den letzten Jahren der islamistischen Bewegung angenähert hat.

In diesem Zusammenhang sind die Zusammenstöße im palästinensischen Lager Ain el-Helou im Libanon zu verstehen und nicht im Hinblick auf die Bildung einer neuen islamistischen Gruppe.

Zusammenarbeit zwischen China und Syrien

Der syrische Präsident Baschar al-Assad führte eine große Delegation nach China. Ihr gehören der Minister für auswärtige Angelegenheiten und Expatriates Faysal Mikdad, der Minister für Wirtschaft und Außenhandel Mohammad Samer al-Khalil, der Minister für Präsidialangelegenheiten Mansour Azzam und die Sonderberaterin des Präsidenten der Republik, Buthaina Shaaban an.

Der chinesische Ministerpräsident Li Qiang empfing den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad und sagte, Peking werde Syrien weiterhin bei der Wahrung seiner nationalen Unabhängigkeit unterstützen, seiner Souveränität und territoriale Unversehrtheit und dass es sich einer Einmischung von außen in seine inneren Angelegenheiten widersetzen werde.

China begrüßt die Teilnahme Syriens an der "Belt and Road Initiative". Es wird weiterhin den Wiederaufbau, die Rehabilitation und die Entwicklung Syriens unterstützen und ist bereit, den bilateralen Wirtschafts- und Handelsaustausch auszuweiten.

Li Qiang wies darauf hin, dass China bereit sei, die Koordination mit Syrien zu verstärken, um den Terrorismus effektiv zu bekämpfen.

Während des Treffens mit Zhao Lijian diskutierten die beiden Männer, wie man eine Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit aufbauen kann. Das chinesische nationale Volksparlament ist bereit, mit der syrischen Volksversammlung zusammenzuarbeiten, um den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den gesetzgebenden Organen auf allen Ebenen zu stärken und die traditionelle Freundschaft zu festigen und die praktische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu fördern.

Präsident Baschar al-Assad sagte, Chinas Entwicklung sei das Wachstum der Kraft für Gerechtigkeit in der Welt, und er hoffe, dass China eine größere Rolle bei der Förderung von Frieden, Gerechtigkeit und Fortschritt spielen werde.

Syrien prangert das Prinzip der einseitigen Zwangsmaßnahmen bei den Vereinten Nationen an

Bassam Sabbagh, der Ständige Vertreter Syriens bei den Vereinten Nationen, sagte in seiner Rede vor der 78. UN-Generalversammlung: "Syrien fordert die Aufhebung der Zwangsmaßnahmen gegen Syrien und richtet sich gegen eine Reihe von Ländern, da es sie als Wirtschaftsterrorismus betrachtet, der nicht weniger brutal und gefährlich ist als der bewaffnete Terrorismus (...) Die Politik des konstruktiven Chaos der Vereinigten Staaten hat zu Destabilisierung und Unsicherheit in unserer Region geführt und das Aufkommen des Terrorismus provoziert."

Wiederaufnahme der iranisch-amerikanischen Verhandlungen

Da die UN-Sanktionen gegen den Iran am 18. Oktober auslaufen, hat Revolutionsführer Ayatollah Ali Chamenei neue Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten genehmigt.

Sie werden voraussichtlich in wenigen Wochen im Oman beginnen.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Bharat beschlagnahmt das Vermögen eines Sikh-Terroristen im kanadischen Exil

Indiens Nationale Ermittlungsbehörde (NIA) beschlagnahmte das Anwesen von Gurpatwant Singh Pannun in Chandigarh und Amritsar.

Gurpatwant Singh Pannun ist Anwalt und Befürworter der Unabhängigkeit Khalistans. Er ist Flüchtling in Kanada. Er ist Mitbegründer von *Sikhs For Justice* (SFJ), deren kanadische Sektion vor seiner Ermordung von Hardeep Singh Nijjar geleitet wurde.

Gurpatwant Singh Pannun hat gerade ein Video veröffentlicht, in dem er die Ausweisung kanadischer Hindu-Einwanderer nach Bharat/Indien fordert.

Südkoreanisches Militär schlecht vorbereitet

Südkorea veranstaltete anlässlich des 75. Tages der Streitkräfte eine große Militärparade. Diese Machtdemonstration beunruhigte jedoch eher als dass sie beruhigte: Die Soldaten marschierten nicht wirklich im Gleichschritt; Überflüge von Hubschraubern und Kampffjets wurden wegen Regens abgesagt; Drohnen wurden von der Show ausgeschlossen.

Xi Jinping fordert strikte Einhaltung der WTO-Regeln

Auf einer Sitzung des Zentralkomitees der KPCh sagte Präsident Xi Jinping, Chinas Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) habe eine sehr günstige Rolle für die Entwicklung des Landes gespielt. Er bestand darauf, dass China die Statuten der Organisation strikt respektiert und sich aktiv an ihrer Reform beteiligt.

Chinas Vision einer gemeinsamen Zukunft

Laut *People's Daily* basiert das Konzept einer "gemeinsamen Zukunft für die Menschheit" auf langfristiger Praxis, einem gründlichen Verständnis der Gesetze der Geschichte und einer umfassenden Reflexion über globale Fragen.

Die sechs gemeinsamen Werte sind Frieden, Entwicklung, Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit.

China verdeutlicht seine Kritik an der internationalen Rolle der USA

Chinas Staatsrat hat ein Weißbuch mit dem Titel "[Eine globale Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft: Chinas Vorschläge und Maßnahmen](#)" veröffentlicht.

Das ist, ohne es zu nennen, eine offizielle Position gegen die Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Peking war noch nie so systematisch und explizit gewesen.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Sicherheitsrat angesichts der Sabotage der Nord-Stream-Gaspipelines erneut gelähmt

Der UN-Sicherheitsrat hat seine 4. Sitzung zur Sabotage der Nord-Stream-Gaspipelines abgehalten. Unmöglich zu ignorieren, so der US-Kommentator Jimmy Dore, dass US-

Präsident Joe Biden am 9. Februar 2022 deutlich gemacht habe, dass er die Gaspipeline *Nord Stream 2* angreifen würde, wenn Russland in die Ukraine einmarschieren würde. Der deutsche Journalist Dirk Pohlmann kritisierte die Untersuchung seiner Kollegen beim ZDF und zeigte die Unmöglichkeit einer Operation von einer Vergnügungsyacht aus auf. Die norwegische seismologische Station NORSAR berichtete, dass während der Explosion eine Magnitude von 2,1 bis 2,3 gemessen wurde, was einer Detonation von 650 bis 900 Kilogramm TNT entspricht. Diese Operation erforderte also militärische Mittel.

Nachdem die Russische Föderation von den Ermittlungen des amerikanischen Journalisten Seymour Hersh erfahren hatte, kündigte sie an, dass sie einen Entschließungsantrag ausarbeite.

Am 27. März forderte die Russische Föderation die Einsetzung einer unabhängigen internationalen Kommission, die die Sabotage der Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 aufklären und die "Täter, Sponsoren, Organisatoren und Komplizen" identifizieren soll. Text, der nach nur 3 Ja-Stimmen und 12 Enthaltungen abgelehnt wurde.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

Jahresabonnement : 150 Euro

Monatsabonnement : 15 Euro

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°55 - 6. Oktober 2023

LEITARTIKEL

Selbstversenkung der Republikaner im Repräsentantenhaus

Dies ist eine historische Premiere im US-Kongress. Acht Parlamentarier der Mehrheit schlossen sich der Minderheit an, um den Sprecher des Repräsentantenhauses des Amtes zu entheben. In der jetzigen Situation ist die Wahl eines neuen Präsidenten unmöglich.

Offiziell geht es bei der Meinungsverschiedenheit darum, wie der Sprecher des Repräsentantenhauses dem Weißen Haus erlaubt hat, die Verwaltung nicht zu schließen, indem er einer Budgetverlängerung zustimmte.

Inoffiziell macht die Enthebung des Sprechers des Repräsentantenhauses nun der Kriegspartei Hoffnung, dass die Mittel für die Ukraine wieder bewilligt werden könnten. Sie gibt auch der Demokratischen Partei Hoffnung auf ein Scheitern des Amtsenthebungsverfahrens gegen Joe Biden.

Der Abgeordnete Patrick McHenry (Republikaner aus North Carolina) wurde zum Interimspräsidenten gewählt. Drei Kongressabgeordnete bereit ihm nachzufolgen: Steve Scalise (Louisiana), Jim Jordan (Ohio), sowie Kevin Hern (Oklahoma).

Unmittelbar nach seiner Wahl verkündete der Interimspräsident Patrick McHenry den Ausschluss der ehemaligen Sprecherin des Repräsentantenhauses, der Demokratin Nancy Pelosi, und ihres treuen Mitspielers, des ehemaligen Kongressabgeordneten Steny H. Hoyer aus Maryland.

Die Spaltung der Republikanischen Partei ist ein wirklicher Selbstmord. Sie folgt auf den Selbstmord von Demokraten, die darauf beharren, so zu tun, als sei die Präsidentschaftswahl 2020 demokratisch gewesen, obwohl die Auszählung manchmal hinter verschlossenen Türen stattfand.

Es ist unklar, welche neuen Spielereien das Leben der Institutionen verlängern werden, aber jetzt haben die Amerikaner kein Vertrauen mehr in sie. Sie sind nicht mehr legitim. Das politische System der USA ist tot.

AMERIKA

Justin Trudeau entschuldigt sich

Justin Trudeau, Premierminister von Kanada, hat sich entschuldigt, nachdem ein ehemaliger SS-Mann von seinem Unterhaus bejubelt wurde.

„Ich möchte mich aufrichtig für die Geschehnisse vom Freitag und für die Situation, in der sich Präsident Selenskyj und die ukrainische Delegation befanden, entschuldigen. Es war ein schrecklicher Fehler und eine Verletzung des Andenkens derer, die unter den Händen des Nazi-Regimes grausam gelitten haben.“

Entgegen Trudeaus Andeutungen war weder dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj noch der kanadischen Vizepremierministerin Chrystia Freeland unbekannt, dass sich der Begriff "ukrainische erste Division" auf die *SS-Galizien* bezieht. Selenskyj ist ein Unterstützer der integralen Nationalisten. Letzten Monat ließ er sich an der Seite [ihres "Führers" filmen](#).

Frau [Freeland](#) ist Co-Autor von The Encyclopedia of Ukraine, einem revisionistischen Buch, das den Anschein erwecken soll, dass integrale Nationalisten sowohl gegen die Sowjets als auch gegen die Nazis gekämpft hätten.

"Es gab eine Zeit in unserer Geschichte, in der es einfacher war, als Nazi nach Kanada einzureisen als als Jude. Ich denke, das ist eine Geschichte, die wir miteinander in Einklang bringen müssen", erklärte Marc Miller, Minister für Einwanderung, Flüchtlinge und Staatsbürgerschaft vor der [National Post](#). Kanada könnte Dokumente über die Anwesenheit von Nazi-Kriegsverbrechern im Land freigeben. Mindestens 600 Angehörige der SS-Galizien durften nach dem Zweiten Weltkrieg nach Kanada einwandern.

Kanada hält sich nicht an seine eigenen einseitigen Sanktionsmaßnahmen gegen Russland

Laut *Le Devoir* haben die kanadischen Behörden seit März 2022 "mehr als ein Dutzend Sondergenehmigungen" an heimische Unternehmen erteilt, um ihr eigenes Sanktionsregime gegen Moskau zu umgehen.

Dazu gehören angeblich "Aluminiumteile", "elektrische statische Wandler, Röntgengeräte und Geräte, die Alpha-, Beta-, Gamma- oder andere ionisierende Strahlung verwenden".

Die Kandidatur des schwarzen Philosophen Cornel West

Der linke Philosoph Cornel West hat angekündigt, bei der Präsidentschaftswahl 2024 für die Volkspartei anzutreten. Er könnte auch die Unterstützung der Grünen erhalten:

Der Universitätsprofessor hat ausführlich über die Situation von Afroamerikanern und Armut geschrieben. Er moderierte eine Radiosendung, sang Rap-Songs und war Berater der Matrix-Filmreihe.

Er hatte die Wahl von Barack Obama unterstützt, bevor er sich gegen ihn wandte und erklärte, er sei nur eine Art "republikanischer Rockefeller mit schwarzer Maske".

Er war der Erste gewesen, der den Streik der United Auto Workers unterstützte. Donald Trump und Joe Biden folgten ihm auf diesem Gebiet.

Diese Kandidatur ist eine Ergänzung zu der von Robert F. Kennedy Jr.

Wenn er nicht in der Lage ist, gut abzuschneiden, wird die Kandidatur von Cornel West die Stimmen von Joe Biden abschöpfen, der nicht mehr auf eine Mehrheit der Stimmen hoffen kann.

Rekrutierungskrise des US-Heeres

Das U.S. Heer ist nicht mehr in der Lage, zu rekrutieren. Die Reduzierung der Mitarbeiterzahl gefährdet den gesamten Betrieb und die Ambitionen des Unternehmens.

Das Heer hat nicht die Macht, bestimmte Faktoren zu ändern, wie z.B. die Zunahme von Fettleibigkeit in der Altersgruppe.

Heeresministerin Christine Wormuth und ihr Stabschef, General Randy George, kündigten ein neues Programm an. Von nun an werden die Rekrutierer keine Fußsoldaten mehr sein, sondern Leute von außerhalb der Armee, die auf Personalmanagement spezialisiert sind.

Washington verurteilt chinesische "Propaganda"

Laut einem Bericht des US-Außenministeriums mit dem Titel "*How the People's Republic of China Wants to Reshape the Global Information Environment*" fördert China den "digitalen Autoritarismus". Es finanziert Propaganda, indem es kritische Informationen unterdrückt oder chinesischsprachige Medien kontrolliert.

Laut James Rubin, dem Kommunikationskoordinator des US-Außenministeriums, ist "eine langsame und stetige Zerstörung demokratischer Werte" zu befürchten.

Die chinesische Propaganda würde von der Einheitsfront-Arbeitsabteilung (UFWD) der Kommunistischen Partei, der Zentralen Propagandaabteilung der KPCh und dem Ministerium für Staatssicherheit betrieben.

Peking antwortete: "Die Vereinigten Staaten selbst sind der Pionier der Informationskriegsführung, die auf die öffentliche Meinung abzielt." Es zitiert die CIA-Operation "Mockingbird" während des Kalten Krieges, die darauf abzielte, die US-amerikanischen und ausländischen Medien zu beeinflussen, und zitiert die verlogene Rede des ehemaligen Außenministers Colin Powell vor

dem UN-Sicherheitsrat, in der er die angeblichen irakischen Massenvernichtungswaffen anprangerte. Das chinesische Außenministerium erklärte: "Die Fakten haben immer wieder bewiesen, dass die Vereinigten Staaten ihren Titel als Imperium der Lügen mehr als verdient haben... Immer mehr Menschen durchschauen die dicke Schicht von Lügen, die von den Vereinigten Staaten erfunden werden, um ihre eigenen Missetaten und ihre unrühmliche Art und Weise zu vertuschen, ihre Hegemonie aufrechtzuerhalten, indem sie andere verleumdern."

General Mark Milley wird durch General Charles Q. Brown Jr. ersetzt.

Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General Mark Milley, ist in den Ruhestand getreten. Anlässlich der Machtübergabe an seinen Nachfolger, General Charles Q. Brown Jr., hielt er eine Rede im Beisein von Präsident Joe Biden.

Er bestand darauf, dass das US-Militär keinen Eid auf einen Despoten schwöre, sondern auf die Verfassung. Sie sind ihrer Konzeption der Vereinigten Staaten ergeben und bereiten sich darauf vor, dafür zu sterben.

General Mark Milley hat sich gegen die Pläne von Präsident Donald Trump ausgesprochen, die US-Truppen aus den völkerrechtswidrig besetzten Ländern Irak und Syrien abzuziehen und seine Truppen gegen Rassenproteste in den Vereinigten Staaten einzusetzen. Mitten in den Handelsverhandlungen mit Peking rief er seinen chinesischen Amtskollegen an, um ihm zu versichern, dass Präsident Trump es nicht ernst meinte, als er seinem Land mit Krieg drohte.

Letzte Woche nannte der ehemalige Präsident Donald Trump ihn einen "Verräter" und sagte, dass er zu anderen Zeiten "zum Tode verurteilt" worden wäre. General Mark Milley und seine Familie nahmen diese Bemerkungen ernst und beantragten Polizeischutz, der ihnen auch gewährt wurde.

Massenüberwachung von Amerikanern in Frage gestellt

Das Gericht, das für die Überprüfung der Art und Weise zuständig ist, wie die US-Regierung den *Foreign Intelligence Surveillance Act* von 1978 anwendet, hat seinen Bericht veröffentlicht. Es versichert, dass dieses Gesetz im Kampf gegen den Terrorismus von wesentlicher Bedeutung ist.

Seit den Enthüllungen von Edward Snowden ist bekannt, dass die Geheimdienste den Paragraphen 702 dieses Gesetzes nutzen, um Massenüberwachung zu betreiben.

Prinzipiell gilt dieses Gesetz nur für Ausländer, aber es wurde aus verschiedenen Quellen berichtet, dass das FBI die Möglichkeit hat, auf Daten zuzugreifen und Überwachung anzufordern.

Es ist ziemlich unwahrscheinlich, dass der Kongress für eine Verlängerung dieses Gesetzes stimmen wird, ohne es zu ändern.

Die katholische Diözese von Maryland ist bankrott

Erzbischof William E. Lori von Baltimore hat den Bankrott der größten katholischen Diözese der Vereinigten Staaten verkündet. Dieses Verfahren wird ihm ermöglichen, eine große Anzahl von Klagen wegen früherer Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch besser beizulegen.

"Schwindelerregende Anwaltskosten und Schadenersatz für einige wenige Opfer hätten unsere finanziellen Ressourcen erschöpft und die überwiegende Mehrheit der Opfer nicht entschädigt und gleichzeitig die Dienste beendet, auf die sich die Familien in Maryland verlassen, um materielle und geistliche Unterstützung zu erhalten", sagte der Prälat.

Donald Trump verbietet, die Voreingenommenheit seiner Richter zu kommentieren

Richter Arthur Engoron aus New York hat den ehemaligen Präsidenten Donald Trump wegen

Beleidigung des Gerichts verwarnt. Der Angeklagte hatte ein Foto der stellvertretenden Richterin Allison Greenfield gepostet, auf dem sie mit dem Mehrheitsführer im Senat, dem Demokraten Charles E. Schumer, posierte, mit dem Kommentar "Seine Freundin führt diesen Fall gegen mich".

Trump und seinem Unternehmen wird vorgeworfen, den Wert ihrer Immobilien wiederholt aufgebläht zu haben, um sich bessere finanzielle Bedingungen für Kredite und Versicherungspolice zu sichern.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Biden-Regierung nimmt Mauerbau an der Grenze zu Mexiko wieder auf

Laut Verfassung haben die Bundes-Staaten das Recht, sich gegen eine Invasion zu verteidigen. Laut Texas ist es genau das, was mit den Drogenkartellen und der Flüchtlingskrise geschehen ist, während dieses Gesetz laut dem Weißen Haus nur für eine feindliche Armee gilt, die versucht, die Institutionen zu stürzen.

Der Gouverneur von Texas, Greg Abbott, hat damit begonnen, eine ausgeklügelte schwimmende Barriere auf dem Fluss zu installieren, die als Grenze dient und unmöglich zu überqueren ist. Mehrere Menschen ertranken jedoch bei dem Versuch, sie zu überqueren.

Diese Barriere stellt ein diplomatisches Problem dar, da sie sich teilweise in mexikanischen Gewässern befindet. Sie hat es ermöglicht, den Transport von Drogen und den illegalen Grenzübertritt von Migranten vollständig zu unterbinden.

Im Widerspruch zu Präsident Joe Bidens Versprechen, nie wieder einen Meter mehr von Trumps Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen, sagte Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas, dass es dringend notwendig sei, sie in Texas zu bauen.

Er erließ eine Anordnung, die 26 Bundesgesetze außer Kraft setzt, wie den Endangered Species Act, den Clean Air Act, den Clean Water Act, den Bald Eagle and Golden Eagle Protection Act und den Native American Graves Protection and Repatriation Act.

EUROPA

Synode zur Zukunft der katholischen Kirche

Das Dikasterium für die Glaubenslehre hat die neuen Instruktionen des Heiligen Stuhls über homosexuelle Personen veröffentlicht.

Papst Franziskus, der bereits das Prinzip der Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare akzeptiert hatte, deutet nun seine mögliche Unterstützung für einen kirchlichen "Segen" für diese Paare an, sofern die Partnerschaft nicht dem Sakrament der Ehe ähnelt.

Die katholische Kirche kehrt damit zur Position der ersten Christen zurück. Die Anhänger des Heiligen Paulus (Damaskuskirche) nahmen homosexuelle Paare auf und segneten sie in einer besonderen Zeremonie. Im Gegenteil, die Jünger des heiligen Jakobus (Kirche von Jerusalem) betrachteten sie nicht als Christen.

In diesem Zusammenhang hat Papst Franziskus also für alle eine einfache Bischofs-Generalversammlung „[Für eine synodale Kirche: Kommunion, Mitarbeit und Mission](#)“ eröffnet.

"Wir sind nicht hier, um ein Parlament zu schaffen, sondern um unter dem Blick Jesu gemeinsam zu marschieren“, sagte er. Schon vor Beginn war dieses Treffen historisch, weil Franziskus beschlossen hatte, Frauen und Laien neben den Bischöfen über jedes

Abschlussdokument abstimmen zu lassen. Im Inneren des synodalen Auditoriums saßen Frauen und Laien an runden Tischen neben Kardinälen und Bischöfen und nicht wie bei früheren Synoden in den oberen und hinteren Reihen des vatikanischen Audienzsaals.

Das Vereinigte Königreich kommt der Ukraine zu Hilfe

Die britischen Streitkräfte koordinieren die Ausbildungsprogramme für ukrainische Soldaten, die von 10 NATO-Mitgliedstaaten angeboten werden.

Nach Meinung von Experten sind diese Ausbildungen zwar von hoher Qualität, entsprechen aber nicht den modernen Kriegen, sondern reproduzieren das Beste was sie im Zweiten Weltkrieg gemacht haben. Sie ignorieren moderne Mittel der Luftüberwachung und des Kampfes, einschließlich des Einsatzes von Satelliten und Drohnen, in denen sich die Russen auszeichnen. Dies erklärt die katastrophalen Folgen vor Ort.

Grant Shapps, britischer Verteidigungsminister, und Admiral Sir Tony Radakin, britischer Generalstabschef, besuchten den Ukraine.

In einem Interview mit *War on the Rocks* sagte [Sir Radakin](#): "Dies ist ein instinktiver Krieg, in dem Zeit und Maßnahmen angepasst sind. Was man hier sieht, ist eine Ukraine, die sich an die starke russische Verteidigung anpasst, aber die Initiative behält, sie überwindet und Fortschritte macht." Dennoch: "Nachdem die Simulationen und Schätzungen für Russland abgeschlossen waren, stellte sich heraus, dass einige der russischen Verteidigungslinien robuster waren als erwartet."

Kampf gegen die Pornokriminalität in Frankreich, infiltriert von der moralischen Ordnung

Der französische Hohe Rat für die Gleichstellung von Frauen und Männern hat einen Bericht mit dem Titel "[Pornokriminalität](#):"

Für ein Ende der Straflosigkeit in der Pornoindustrie " veröffentlicht.

Wenn er auch eine vernichtende Bilanz der Praktiken im Internet und Maßnahmen zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Minderjährigen und der Verbreitung vorsätzlicher Angriffe auf die Integrität von Personen vorschlägt, vermischt er dennoch die Arten. So vermittelt er auch Anti-Prostitutions-Moralvorstellungen und sexistische Vorurteile. Er interpretiert homosexuelle Beziehungen nach heterosexuellen Vorurteilen. Die 33. Empfehlung lautet, "den Begriff 'Sexarbeit' aus der öffentlichen Kommunikation zu verbannen, egal ob Staat oder Gemeinschaft".

Robert Fico, Gegner des Selenskyj-Regimes, gewinnt die slowakischen Parlamentswahlen

Entgegen der Umfragen nach der Wahl wurden die slowakischen Parlamentswahlen von der Opposition gewonnen. 13 Parteien traten gegeneinander an.

- Die SMER-SD Partei (Sozialdemokraten, Euroskeptiker) von Robert Fico erhielt 22,95 % der Stimmen und 42 der 150 Sitze;

- Die Sozialistische Partei von Michal Šimečka (sozialliberal, pro-EU) erhielt 17,96 % der Stimmen und 32 Sitze;

- Die HLAS-SD (Sozialdemokraten, pro-EU) von Peter Pellegrini erhielt 14,70 % der Stimmen und 27 Sitze.

Vier andere Parteien ziehen ins Parlament ein, während sechs weitere die 5% Grenze nicht überschreiten.

Der ehemalige Regierungspräsident Robert Fico (2006-10 und 2012-18) ging damit als Sieger hervor. Er führte seinen Wahlkampf, indem er die Unterstützung der EU und der NATO für die Ukraine anprangerte und daran erinnerte, dass die Ukraine seit 2014 von Nazi-Putschisten regiert wird. Der Vorfall im kanadischen Unterhaus gab ihm Recht. Er prangerte auch

den Zustrom von Migranten durch das Land und die Hilfe Brüssels an. Schließlich prangerte er die Gender-Theorie und die gleichgeschlechtliche Ehe an.

Polens Morawiecki warnt Ukraine vor einem Abkommen mit Deutschland

Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagte auf dem Parteitag seiner Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS): "Ich verstehe, dass er [Selenskyj] jetzt denkt, dass es ein enges Bündnis [seines Landes] mit Deutschland geben wird. Ich warne Sie, die Deutschen werden immer über die Köpfe der mitteleuropäischen Staaten hinweg mit den Russen verhandeln wollen... Es war Polen, das ein paar Millionen Ukrainer bei sich aufgenommen hat, es waren die Polen, die die Ukrainer willkommen heißen haben (...), das sollten Sie nicht vergessen, Präsident Selenskyj."

Mateusz Morawiecki überzeugte sein Publikum. Polen verschwand viermal, durch die Hände Deutschlands und Russlands. Auf der anderen Seite hat er die Ukrainer nicht überzeugt: Die integralen Nationalisten denken nicht mehr rational. Während des Ersten Weltkriegs konstituierten sie sich als Deutschlands Agenten. Deutschland hat sie nie verraten, aber beide Weltkriege verloren.

Voltaire-Netzwerkanalyse

"Zwischen Polen und der Ukraine läuft nichts mehr"; von Thierry Meyssan

Polen, das bisher ein treuer Verbündeter der Ukraine war, erkennt plötzlich, wer die Führer dieses Landes wirklich sind. Die Jaroslav Hunk-Affäre im kanadischen Parlament hat ein Feuer entfacht. Die gesamte politische Klasse verurteilt die ukrainischen integralen Nationalisten. Mehrere Streitigkeiten kommen auf. Diese Kehrtwende kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die republikanische Mehrheit im US-Repräsentantenhaus gerade vom Ukraine-Konflikt distanzieren will.

Ungarn und die Slowakei lehnen die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen der Ukraine ab

Der Westen kann keine Munition mehr in die Ukraine schicken, weil er keine mehr hat. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben die Beschleunigung des EU-Beitritts der Ukraine beschlossen, um ihr zu Hilfe zu kommen. Zwei von ihnen, Viktor Orbán (Ungarn) und Robert Fico (Slowakei), fordern jedoch, dass die Verfahren eingehalten werden, was derzeit unmöglich ist.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán meinte: "Ist es angemessen, Verhandlungen mit einem Land aufzunehmen, das sich im Krieg befindet? Wir kennen die Ausmaße des Territoriums [der Ukraine] wegen des anhaltenden Krieges nicht. Auch nicht die Größe der Bevölkerung angesichts der Flüchtlingsströme." Diesen Staat zu integrieren, "ohne sich dieser Parameter bewusst zu sein, wäre eine beispiellose Entscheidung", wenn "das gesamte Entscheidungssystem in der EU auf solchen Elementen basiert". Der Rat der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union hat die Kandidatur der Ukraine im Juni 2022 anerkannt. Die Beitrittsverhandlungen haben jedoch noch nicht begonnen.

Die EU hat ihre Beitrittsbedingungen wie folgt festgelegt:

- Politisches Kriterium: stabile Institutionen, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung und Schutz von Minderheiten gewährleisten;
- Wirtschaftliches Kriterium: eine funktionierende Marktwirtschaft, die in der Lage ist, den Marktkräften und dem Wettbewerbsdruck innerhalb der Union standzuhalten;
- Merkmale der Europäischen Union: Fähigkeit, die sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Verpflichtungen zu übernehmen und insbesondere die Ziele der politischen Union, der Wirtschafts- und Währungsunion zu unterstützen.

- Integrationsfähigkeit der Union. Die NATO arbeitet daran, die Regierungsbildung in der Slowakei zu verhindern und den Wahlsieger Robert Fico zum Rücktritt zu zwingen.

Europäisches Parlament befürwortet Beitritt der Republik Moldau

Das Europäische Parlament hat eine Entschließung angenommen, in der die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Moldova besprochen wird.

Im Völkerrecht umfasst die Republik Moldau das Territorium Transnistriens. Historisch gesehen führte es jedoch eine [Militäroperation](#) mit Rumänien unter NATO-Kommando durch, um diesen Staat während der Auflösung der Sowjetunion zu zerschlagen.

Der Kreml plant, seine militärische Spezialoperation in der Ukraine fortzusetzen und Neurussland mit Transnistrien zu verbinden, indem es Odessa einnimmt.

Transnistrien, ein ehemaliger Erholungsort für sowjetische Wissenschaftler, ist ein nicht anerkannter Staat, der als „Moldauische Republik Dnjestr“ bekannt ist.

Ernennungen in Brüssel

Das Parlament billigte Wopke Hoekstra aus den Niederlanden als Kommissar für Klimapolitik (als Nachfolger von Frans Timmermans, der Premierminister werden will) und Maroš Šefčovič aus der Slowakei als Exekutiv-Vizepräsident für den Grünen Deal.

Europäisches Parlament will die Unabhängigkeit der Presse stärken und schützen

Das Parlament will, dass der Europäische Ausschuss für Mediendienste – ein neues EU-Gremium, das im Rahmen des Media Freedom Act geschaffen wird – rechtlich und funktional unabhängig von der Kommission ist und unabhängig von der Kommission handeln kann. Die Abgeordneten befürworteten auch die

Einrichtung einer "Expertengruppe", die den Mediensektor und die Zivilgesellschaft vertritt und den neuen Ausschuss beraten soll.

Spannungen in Serbien und Kosovo

Der serbische Verteidigungsminister Milos Vučević verglich die im Kosovo getöteten paramilitärischen Kommandomitglieder mit den Serben, die in der Vergangenheit "für die Freiheit des Kosovo und für die Freiheit Serbiens gefallen sind [...] sie sind die neuen Toten in dieser Reihe von Helden oder Opfern.

Der Ministerpräsident des nicht anerkannten Staates Kosovo, Albin Kurti, hatte zuvor gesagt, dass "die Täter nicht alleine, sondern mit staatlicher Unterstützung gehandelt haben". Er fügte sofort hinzu, dass Serbien "voll verantwortlich für die Unterstützung terroristischer Gewalt auf dem Territorium" des Kosovo gemacht werden müsse. "Es sind nicht gewöhnliche serbische Bürger des Kosovo, sondern vom serbischen Staat unterstützte Truppen, die diese Terroranschläge verüben."

Der serbische Präsident Alexander Vučić rief einen nationalen Trauertag aus. Er kommentierte: "Aus der Sicht der serbischen Verfassung ist jeder ein Bürger unseres Landes. In Serbien feiern wir den Tag der Trauer um die drei Serben und den ermordeten [kosovarischen] Polizisten."

Die Republik Arzach existiert nicht mehr

General Samvel Chakhramanian, Präsident der Republik Arzach, unterzeichnete ein Dekret, das die Auflösung aller Institutionen seines Staates bis spätestens 31. Dezember 2023 ankündigt.

Kein Staat der Welt, nicht einmal Armenien, hatte die Republik Arzach (Bergkarabach) anerkannt.

Mindestens 100 000 der 120 000 Armenier aus Bergkarabach gingen nach dem militärischen Blitzsieg Aserbaidschans, bei dem 600 Menschen ums Leben kamen, ins Exil.

Der Milliardär Ruben Vardanian, ehemaliger Staatsminister der Republik Arzach, und David Babayan, ehemaliger Außenminister, wurden in Aserbaidschan verhaftet und unter dem Vorwurf der "Terrorismusfinanzierung" in Untersuchungshaft genommen.

Armenien ersuchte den [Internationalen Gerichtshof \(IGH\)](#), d.h. das Innengericht der Vereinten Nationen, Aserbaidschan an seine Verpflichtungen seiner Anordnungen, insbesondere denen vom 7. Dezember 2021 und vom 22. Februar 2023, zu erinnern.

"Wir wissen, dass die Armenier und die internationalen Medien sagen, dass wir das gesamte Militär verhaften werden. Wenn sie ihre Waffen niederlegen, sind sie frei und haben die Wahl, in die Republik Armenien zu gehen", sagte Hikmet Hajiyev, diplomatischer Berater des aserbaidschanischen Präsidenten Ilham Aliyev. Er betonte, dass es jedem freistehe, in Aserbaidschan zu bleiben und sich zu integrieren oder das Land ohne Zwang zu verlassen. Es ist daher absolut falsch, von "ethnischen Säuberungen" zu sprechen.

Aserbaidschan hat noch nicht erklärt, ob es die russische militärische Friedensmission, die sich nun auf seinem ausschließlichen Territorium befindet, behalten wird.

Das Europäische Parlament ist der Auffassung, dass der Exodus der Armenier aus Bergkarabach an sich schon eine ethnische Säuberung darstellt. Es macht Aserbaidschan dafür verantwortlich, obwohl keine derartigen Aktionen gemeldet wurden. Die Flüchtlinge fürchten, wie ihre Urgroßeltern massakriert zu werden.

Armenien bricht mit Russland

Das armenische Parlament hat für den Beitritt zum Internationalen Strafgerichtshof (ISStGH) gestimmt. Damit unterstützt es den Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und bricht mit Moskau.

Während des Konflikts haben die westliche Staaten die Armenier nicht unterstützt, weil sie dadurch gezwungen worden wären, das Selbstbestimmungsrecht der Krim, des Donbass und Neurusslands anzuerkennen. Was Russland betrifft, hat es Armenien nicht unterstützt, weil Letzteres seine gewählte Regierung zugunsten eines George Soros-Mannes gestürzt hat, der in Russlands Augen nicht legitimer als Petro Poroschenko und Wolodymyr Selenskyj in der Ukraine ist.

Antony Blinken fordert in der Ukraine das Ende des Krieges gegen Russland

US-Außenminister Antony Blinken reiste vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen nach Kiew, um die Regierung von Wolodymyr Selenskyj über die materielle Unmöglichkeit einer Fortsetzung des Krieges gegen Russland zu informieren. Den Alliierten ging die Munition und die Waffen aus. Er forderte die Ukraine auf, den Verlust einiger Gebiete anzuerkennen und mit Russland zu verhandeln.

Während Präsident Selenskyj dies verstanden haben mag, sahen es die integralen Nationalisten nicht so.

Die USA hoffen, den Konflikt so wie er ist einfrieren zu können, so wie sie den Koreakrieg eingefroren haben. Russland will jedoch seine militärische Sonderaktion bis zum Ende durchführen, d.h. die gesamte Ukraine entnazifizieren und nicht nur die Krim, den Donbass und Novorossia.

Das Europäische Parlament hat sich seinerseits für die Konfiszierung beschlagnahmter russischer Vermögenswerte und deren Überführung in die Ukraine ausgesprochen.

Binance zieht sich aus Russland zurück

Die weltweit größte Börse für virtuelle Währungen, Binance, hat angekündigt, dass sie alle Aktivitäten in Russland einstellen werde, um die Anforderungen des US-Rechts zu erfüllen. Sie wird die Vermögenswerte ihrer russischen

Kunden an CommEX übertragen; Dieser Prozess kann bis zu einem Jahr dauern.

EBWE prognostiziert russisches Wirtschaftswachstum von +1,5 % im Jahr 2023

Nach IWF und Weltbank hat auch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) ihre Wachstumsprognosen für Russland angehoben. In einem am 27. September veröffentlichten Prognosebericht prognostiziert das in London ansässige internationale Gremium, dass die russische Wirtschaft im Jahr 2023 um +1,5 % wachsen wird, während eine frühere Prognose einen Rückgang in der gleichen Größenordnung vorhergesagt hatte.

Zum Vergleich: Deutsche Experten prognostizieren für die deutsche Wirtschaft im gleichen Zeitraum eine Rezession zwischen -0,2 und -0,3 Prozent.

Andrej Trotschew übernimmt das Kommando der ehemaligen Mitglieder der Wagner-Gruppe

Präsident Wladimir Putin hat Andrej Trotschew mit der Leitung von Freiwilligeneinheiten der Wagner-Gruppe betraut. Sie werden dem Verteidigungsministerium unterstellt.

Andrej Trotschew, ein Mitglied der Wagner-Gruppe, nahm am Krieg in Syrien und an den Operationen im Donbass teil, bevor die russische militärische Spezialoperation in der Ukraine begann.

Der stellvertretende Verteidigungsminister Yunus-Bek Jewkurow wurde mit der Einrichtung des Fonds "Verteidiger des Vaterlandes" beauftragt, damit alle russischen Kämpfer, unabhängig davon, ob sie für das Verteidigungsministerium oder für ein privates Militärunternehmen arbeiten, den gleichen Sozialversicherungsschutz haben.

Ramsan Kadyrows Sohn verprügelt Gefangenen

Das Staatsoberhaupt der Tschetschenischen Republik, Ramsan Kadyrow, veröffentlichte ein [Video](#), in dem zu sehen ist, wie sein Sohn Adam (15) den Gefangenen Nikita Zuhuravel schlägt. Letzterer sitzt in Untersuchungshaft, weil er auf Ersuchen des ukrainischen Geheimdienstes ein Exemplar des Korans verbrannt hat.

Russland simuliert einen Atomkrieg

Russland hat das größte Atomkriegsmanöver der Geschichte inszeniert. In Anbetracht der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten, die in der Ukraine in die Enge getrieben sind, einen Krieg dieser Art beginnen könnten, hat das russische Verteidigungsministerium die Zerstörung der Hälfte der russischen Einrichtungen und seines Territoriums simuliert.

AFRIKA

Präsidentenwahl in Ägypten

Der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi hat seinen Präsidentenwahlkampf begonnen. Er strebt eine dritte Amtszeit an. Er hob seinen Kampf gegen die islamische Bewegung auf Sinai hervor und die gigantischen Arbeiten, die er begonnen hat, um die Staus in der Stadt Kairo zu vermeiden.

Die Amtszeit des Präsidenten beträgt nicht mehr vier, sondern sechs Jahre. Die Anspruchsvoraussetzungen wurden verschärft.

Ägypten sieht sich mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 72 % konfrontiert

Khalifa Haftar im Kreml

Feldmarschall Khalifa Haftar wurde vom stellvertretenden russischen Verteidigungsminister Yunus-Bek Jewkurow und dann vom russischen Präsidenten Wladimir Putin empfangen.

Khalifa Haftar, ein ehemaliger General von Muammar Gaddafi während des Krieges im Tschad, hatte sich mit ihm überworfen und wurde dann ein CIA-Berater.

Algerien ersetzt den Französischunterricht durch Englischunterricht

Algerien hat den dualen Unterricht laut den algerischen Lehrplänen und den französischen Lehrplänen abgeschafft. Schulen dürfen keine französischen Lehrbücher mehr verwenden. Studierende, die das französische Abitur ablegen möchten, müssen die Prüfungen im Ausland ablegen.

Gleichzeitig hat Algerien zwei wöchentliche Englischstunden in Grundschulen eingeführt.

ASIEN

Russland übt weniger Druck gegen US-Besatzung Syriens aus

Die russischen Streitkräfte in Syrien haben den Druck, den sie auf die US-Besatzungstruppen ausüben, verringert. Während sie weiterhin US-Drohnen abschießen und in den Luftraum illegaler US-Militärbasen eindringen, fliegen sie jedoch nicht mehr über sie.

Keine strafrechtlichen Konsequenzen für die Folter in Abu Ghraib

Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation [Human Rights Watch](#) haben die Opfer der Folter vor 20 Jahren in Abu Ghraib immer noch keine Entschädigung erhalten, noch können sie Anzeige erstatten.

Mindestens 11 US-Soldaten wurden wegen Misshandlungen in Abu Ghraib verurteilt, aber Kritiker der USA sagen, dass die Strafen des Pentagons gering waren und keine Vorgesetzten strafrechtlich verfolgt wurden.

Bald werden Iran und Irak miteinander verbunden sein

Die Bahnstrecke Shalamcheh-Basra soll in zwei Jahren in Betrieb genommen werden. Sie wird sich über 32 Kilometer erstrecken, drei Bahnhöfe und eine Brücke umfassen, die den Iran mit der anderen Seite des Schatt al-Arab verbindet, die alle mit iranischer Unterstützung gebaut wurden.

Der Iran, der am Nord-Süd-Korridor liegt, will zur Drehscheibe des regionalen Handels werden.

Die Türkei hat bereits ein Abkommen mit dem Irak unterzeichnet, um eine 133 km lange Route zwischen den beiden Ländern zu bauen.

Saudi-Arabien prüft seinerseits die Möglichkeit, das Königreich über Kuwait und Basra mit dem Irak zu verbinden.

Saudisch-iranischer Zwischenfall

Karim Benzemas saudische Fußballmannschaft Al-Ittihad weigerte sich, das Spielfeld des iranischen Klubs Sepahan im Naghsh-e-Jahan-Stadion zu betreten, obwohl 60.000 Zuschauer auf sie warteten. Eine Büste von General Qassem Soleimani schmückt den Sportplatz.

Die Behörden beider Länder einigten sich auf eine Wiederholung des Spiels.

Sultan Al-Jaber ist Vorsitzender der ADIPEC 2023

Sultan Al-Jaber leitete in seiner Doppelfunktion als Group CEO der Abu Dhabi National Oil Company und Minister für Industrie und fortschrittliche Technologien der VAE die ADIPEC 2023, eine wichtige Konferenz der Ölindustrie.

Er stellte diese Industrie als unentbehrlich für die wirtschaftliche Entwicklung der Menschheit dar. Er forderte die Teilnehmer auf, die Bemühungen um einen grünen Wandel zu unterstützen, und zwar nicht durch die

Abschaltung, sondern durch Investitionen in saubere Lösungen.

In den letzten fünfzehn Jahren hat die Familie Al-Jaber eine neue Stadt gebaut, Masdar City, ein Modell des Respekts der Natur. Sultan Al-Jaber wird Präsident der COP 28 sein, trotz des Widerstands vieler westlicher NGOs.

Gefälschte GPS-Signale für kommerzielle Flüge und militärische Drohnen

12 Verkehrsflugzeuge, die im türkischen, aserbaidzhanischen und iranischen Luftraum flogen, empfingen gefälschte GPS-Signale. Sie verloren die Kontrolle über ihre Route, von der sie deutlich abwichen.

Der Ursprung dieser falschen Signale ist unbekannt.

Diese Art der elektronischen Kriegsführung kann Militärflugzeuge, die über ein perfektionierteres GPS-System als Privatflugzeuge verfügen, nicht stören. Aber die meisten Drohnen könnten gekapert werden.

Iran schießt Noor-3 ins All

Der Iran hat seinen Satelliten Noor-3 ("Licht-3") in die Umlaufbahn gebracht. Der neue Typ der Trägerrakete ermöglicht ihm auch, Langstreckenraketen auf die Vereinigten Staaten abzufeuern. Der Satellit selbst könnte ein präziseres Beobachtungssystem haben als das von Noor-2. Der Iran ist jetzt eine Satellitenüberwachungsmacht.

Iran protestiert gegen Benjamin Netanjahus Drohungen

Der Iran hat Protest eingelegt, nachdem der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu dem Iran erneut mit einem Atomschlag gedroht hatte, noch dazu am Rednerpult der 78. Generalversammlung (S/2023/697).

Teheran, das den Plan unterstützt, den Nahen Osten zu einer "atomwaffenfreien Zone" zu machen, erinnert daran, dass Israel das einzige Land in der Region ist, das über diese Art von Waffen verfügt.

Artikel 2 Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen bestimmt: "Die Mitglieder der Organisation unterlassen in ihren internationalen Beziehungen die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates oder in sonstiger Weise, die mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist."

Kanada, Schweden, die Ukraine und das Vereinigte Königreich machen den Iran allein für den Abschuss von Flug PS752 verantwortlich

Flug 752 der Ukraine International Airlines wurde am 8. Januar 2020 versehentlich in der Nähe von Teheran zerstört. General Amir Ali Hajizadeh, Kommandeur der Luft- und Raumfahrtstreitkräfte der Revolutionsgarden, hatte menschliches Versagen im Zusammenhang mit dem Krieg, der Ermordung von General Qassem Soleimani durch die Vereinigten Staaten fünf Tage zuvor, gebilligt.

Kanada, Schweden, die Ukraine und das Vereinigte Königreich, die sich diese Woche mit der iranischen Seite trafen, waren der Ansicht, dass die "jeweiligen Positionen zu weit auseinander liegen, um durch Verhandlungen miteinander in Einklang gebracht zu werden". In einer Erklärung hieß es: "Solange der Iran sich weigert, seine volle rechtliche Verantwortung zu übernehmen, wird die Koordinierungsgruppe weiterhin Schritte unternehmen, um diesen Streit in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht beizulegen, auch vor dem Internationalen Gerichtshof. Die Familien der Opfer von Flug PS752 haben ein Recht auf Transparenz, Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht für den tragischen Verlust ihrer Angehörigen und das Leid, das sie weiterhin erleiden, und die

Koordinierungsgruppe setzt sich weiterhin dafür ein.

"Die Hauptfrage ist, ob dieser Fehler in einer Kriegs- oder Friedenssituation aufgetreten ist.

Bharat weist kanadische Diplomaten aus

Bharat erklärte 41 der 62 im Land stationierten kanadischen Diplomaten zur *Persona non grata*.

Neu-Delhi, das die Vorwürfe terroristischer Morde in Kanada bereits als "absurd und grundlos" bezeichnet hat, will deren Fortsetzung durch die Regierung von Justin Trudeau sanktionieren.

Pro-China-Mann zum Präsidenten der Malediven gewählt

Die Ergebnisse der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen auf den Malediven sind:

-Mohamed Muizzu & Hussain Mohamed Latheef (Maledives Progressive Party) mit 54,04% der Stimmen

- Ibrahim Mohamed Solih & Mohamed Aslam (Maledivische Demokratische Partei) mit 45,96% der Stimmen.

Der neue Präsident, Mohamed Muizzu, ist pro-chinesisch. Er könnte Indiens Militärbasen schließen.

Beide Kandidaten wurden von islamischen Fundamentalisten unterstützt, die sich gegen die Rechte von Frauen und Homosexuellen aussprechen.

Chinas Unabhängigkeit bei Mikroprozessoren

China wird einen Teilchenbeschleuniger mit einem Umfang zwischen 100 und 150 Metern bauen. So werden neue Technologien zur Herstellung von Mikrochips eingesetzt.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Russland stellt EU-Migrationspolitik im Sicherheitsrat in Frage

Bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats über Migranten im Mittelmeer hat der Ständige Vertreter Russlands die Politik der Europäischen Union in Frage gestellt. Laut Wassily Nebenzia: "Der Massenexodus von Menschen aus dem Nahen Osten und Nordafrika nach Europa ist eine Folge der unverantwortlichen und rücksichtslosen Einmischung westlicher Länder, einschließlich der EU-Länder, in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten, um sie zu destabilisieren und unerwünschte Regierungen gewaltsam auszutauschen. Diese Länder sind in erster Linie für diese Folgen verantwortlich (...). Es ist an der Zeit, dass Brüssel aufhört, Schleppern die Schuld für den Tod von Menschen zu geben, und Verantwortung übernimmt, anstatt nur das Bedauern über den Tod einer weiteren Gruppe von Migranten und Flüchtlingen zum Ausdruck zu bringen."

"Eine kenianische Friedenstruppe in Haiti"

Der Sicherheitsrat stimmte für die Entsendung einer Mission der kenianischen Streitkräfte zur Wiederherstellung der Ordnung in Haiti. Keine der Großmächte wollte auch nur einen Finger in diese unmögliche Situation legen, also wurde Kenia damit beauftragt.

Die Bevölkerung in Haiti muss sich mit gewalttätigen Operationen von Banden und Drogenkartellen auseinandersetzen.

Kritik am UN-Budget

Der Fünfte Ausschuss der Generalversammlung der Vereinten Nationen, der für Verwaltungs- und Haushaltsfragen zuständig ist, hat die Haushaltsschwierigkeiten der Organisation geprüft. Die Gruppe der 77 und China stellten fest, dass der Leistungsbericht des Generalsekretärs über den Programmhaushalt für 2022 keine Informationen über die

Festlegung von Kriterien für die außergewöhnliche Verwendung von Sondermitteln enthielt, keine Überprüfung des kumulierten Überschusses im Kostendeckungsfonds mit Empfehlungen enthielt und keine Tabelle oder Anlage enthielt, in der alle dem Notfallfonds belasteten Beträge aufgeführt waren. Überrascht waren sie auch von der Abwesenheit von Beamten in ihren Büros, die angeblich aus der Ferne arbeiteten.

Die Kolonisierung Polynesiens durch Frankreich

Der Vierte Ausschuss der Generalversammlung der Vereinten Nationen, der für besondere politische Maßnahmen und Entkolonialisierung zuständig ist, hat eine Petition aus Französisch-Polynesien geprüft. Der Ständige Vertreter Frankreichs erklärte, dass das Territorium autonom sei und daher nicht in die Listen der Länder aufgenommen werden müsse, die sich im Prozess der Entkolonialisierung befänden. Er argumentierte, dass die jüngsten Wahlen der Tavini-Partei, die für die Unabhängigkeit eintritt, die Entwicklung seines Territoriums verdeutlichen.

Der Vertreter der Salomonen rief dann aus: "Die Demokratie hat gesprochen!" und betonte, dass Tavini die Unabhängigkeit fordere.

Die britische Kolonisierung der Falklandinseln

Der Vierte Ausschuss der Generalversammlung der Vereinten Nationen, der für besondere politische Fragen und Entkolonialisierung zuständig ist, befasste sich mit der Frage der Falklandinseln/Maluinen als "eine der letzten kolonialen Fragen des 21. Jahrhunderts".

In diesem speziellen Fall sei es nicht angebracht, sich auf das Prinzip der Selbstbestimmung zu berufen, da die britische Bevölkerung illegal auf diese Inseln eingeführt wurde und "daher kein Volk im rechtlichen Sinne des Wortes darstellt", argumentierte der MERCOSUR. Argentinien bekräftigte, dass die Maluine-Inseln, die Südgeorgien-Inseln und die Südlichen

Sandwichinseln sowie die umliegenden Meeresgebiete integraler Bestandteil seines Hoheitsgebiets seien und dass sie illegal vom Vereinigten Königreich besetzt sind. Das vom Vereinigten Königreich organisierte Referendum sei nach Ansicht der Delegation gleichbedeutend mit der "Frage an die britischen Einwohner, ob sie britisch bleiben wollen", und es gebe in diesem Streit kein "kolonisiertes Volk". Argentinien bedauert daher, dass London unter Verletzung der einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung darauf beharrt hat, den Status der Falklandinseln durch den Willen ihrer derzeitigen Bewohner zu rechtfertigen.

Die Ukraine bat die G7 um Raketen gegen Iran und Syrien

Ein 47-seitiges Dokument, das die Ukraine den G7-Mitgliedern im August vorgelegt hat, mit dem Titel "*Barrage deaths: report on Shahed-136/131 UAV*" fordert die Raketenzerstörung von Drohnenfabriken im Iran, Russland und Syrien. Laut dem Dokument, das der *Guardian* einsehen konnte, würden die Komponenten der russischen Drohnen in den Vereinigten Staaten, der Schweiz, den Niederlanden, Deutschland, Kanada, Japan und Polen hergestellt.

Die G7 haben nicht auf die Bitte um Raketen reagiert, die den Iran und Syrien aus der Ukraine treffen könnten.

Innerhalb der Europäischen Kommission wurde Botschafter [David O'Sullivan](#) damit beauftragt, den Fall zu überwachen und die Unternehmen aufzustöbern, die gegen einseitige Zwangsmaßnahmen des Westens verstoßen.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°56 - 13. Oktober 2023

LEITARTIKEL

Die Hamas und Israels Kriegsverbrechen

Die Hamas hat zum ersten Mal die Bevölkerung auf israelischem Territorium angegriffen. Innerhalb weniger Minuten haben Drohnen alle Wachtürme der Trennungsmauer geblendet. Etwa 2000 Kommandos sind daraufhin mit dem Auftrag, wahllos jeden abzuschlachten, dem sie begegnet sind, in Israel eingefallen. Bei den Opfern handelt es sich meist um Juden, manchmal aber auch um buddhistische Wanderarbeiter. Dieser Angriff war also nicht antisemitisch, sondern supremazistisch muslimisch. Gleichzeitig hat ein Raketenhagel den "Iron Dome" vollkommen gesättigt. Dann nahm die Hamas etwa 150 Geiseln, darunter 81 Militärangehörige, um sie gegen die 1256 palästinensischen Gefangenen in Israels Hochsicherheitsgefängnissen auszutauschen.

Bei dem Angriff der Hamas wurden etwa 1200 Menschen getötet.

Israel, das zehn Tage vorher vom ägyptischen Geheimdienst gewarnt worden war, hat sich nicht verteidigt. Es scheint, dass sich die Koalitionsregierung auf die Situation im Westjordanland konzentriert habe, aber es ist nicht unmöglich, dass sie es geschehen ließ, weil sie dachte, dass der Angriff kleiner ausfallen würde. Eine Untersuchungskommission wird diese Ereignisse aufklären müssen, wenn sie vorüber sind.

Die Koalitionsregierung hat eine Strafexpedition gegen die Bevölkerung des Gazastreifens gestartet. Der israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant hat sein Ziel in einer supremazistischen jüdischen Erklärung angekündigt. Er hat die Versorgung mit Wasser, Strom und Medikamenten unterbrochen und wird sie erst wieder herstellen, wenn die Geiseln freigelassen sind. Er hat Ziele bombardiert, von denen er glaubt, dass sie mit der Hamas in Verbindung stehen. 200 000 zivile Wohnhäuser wurden zerstört, deren Bewohner dann in den Süden des Gazastreifens geflohen sind. Die israelische Armee hat 300 000 Reservisten mobilisiert, um in Gaza einzumarschieren. Sie sollte einen Aufstandsbekämpfungskrieg führen, der mit der Schlacht um Algier und der Operation Phoenix in Vietnam vergleichbar ist. Es geht darum, Hamas-Sympathisanten zu identifizieren und hinzurichten. Diese Strategie hat aber noch nie ein unterdrücktes Volk besiegt, aber kann den Anschein von Ordnung aufrechtzuerhalten.

Israels Angriff hat bis zum 12. Oktober etwa 1200 Menschen getötet, d.h. ebenso viele wie die Hamas. Auf internationaler Ebene, allein der Iran und Katar haben die Hamas unterstützt. Alle westlichen Staaten haben ihre Unterstützung Israel gegen die "Terroristen" zugesagt. Russland und China hingegen haben zur Achtung des Völkerrechts aufgerufen.

Berichten zufolge wurde eine Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und Russland getroffen, sich der israelischen Rache nicht zu widersetzen (siehe unten).

Viele israelische, amerikanische und ukrainische Persönlichkeiten haben den Iran beschuldigt, den Angriff angeordnet zu haben. Diese hatten schon dumme Interpretationen von Beweisen vorgelegt, die den Iran beschuldigten, Drohnen an Russland geliefert zu haben. Sie versuchen, diese Tragödien auszunutzen, um einen Angriff auf Teheran zu rechtfertigen. Es kam zu einem Handgemenge zwischen israelischen und iranischen Vertretern im Ersten Ausschuss der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Israel beschuldigte den Iran, den Angriff der Hamas organisiert zu haben, während der Iran heftig protestierte. Viele demokratische Senatoren haben sich bei Präsident Joe Biden dafür eingesetzt, dass Vermögenswerte, die von Katar an den Iran zurückgegeben werden sollen, eingefroren werden, bis Teherans Unschuld bewiesen ist.

Vor seinem Treffen mit seinen israelischen und palästinensischen Amtskollegen am 6. Oktober telefonierte US-Außenminister Antony Blinken mit seinem türkischen Amtskollegen Hakan Fidan. Am 7. und 8. Oktober sprach er erneut mit ihm. Die Türkei ist die Heimat der Hamas-Spitzenpolitiker.

AMERIKA

Das Repräsentantenhaus hat keinen Präsidenten mehr

Der ehemalige Präsident Donald Trump hat erklärt, er sei bereit, die Präsidentschaft des Repräsentantenhauses zu übernehmen. Er wird diese Woche zum Kongress begeben.

Die Regeln des Repräsentantenhauses sehen nicht vor, dass sein Präsident Mitglied sein muss.

Angesichts der Spaltung der Republikanischen Partei ist es den Abgeordneten nicht gelungen, einen Präsidenten zu wählen.

Voltaire-Netzwerkanalyse

"[Paradigmenwechsel in Palästina](#)" von Thierry Meyssan

Der unerwartet eingetretene blutige Konflikt begann im geografischen Palästina vor 75 Jahren und hat seitdem immer wieder zu tödlichen Ungerechtigkeiten geführt. Vom Standpunkt des Völkerrechts aus haben die Palästinenser das Recht und die Pflicht, sich der israelischen Besatzung zu widersetzen, so wie die Israelis das Recht und die Pflicht haben, auf den Angriff, den sie erleiden, zu reagieren. Es liegt in der Verantwortung aller, zur Lösung der Ungerechtigkeiten beizutragen, die beide Gruppen erlitten haben, was nicht bedeutet, die grausame Rache einiger von ihnen zu unterstützen.

Darüber hinaus darf die Unterstützung, die dem palästinensischen und dem israelischen Volk gewährt werden kann, nicht zu einer Amnestie ihrer jeweiligen Führer für die von ihnen begangenen Verbrechen oder für die Großmächte, die sie manipuliert haben, führen.

Washington weist zwei russische Diplomaten aus

Zwei russische Diplomaten sind von Washington als Vergeltung für die Ausweisung von zwei US-Diplomaten aus Russland zur *Persona non grata* erklärt worden. Diese waren auf frischer Tat ertappt worden. Sie dienten als Verbindungsoffiziere mit dem ehemaligen Mitarbeiter des US-Konsulats in Wladiwostok, Robert Shonov, der wegen Spionage verurteilt wurde.

Anhörung von Präsident Joe Biden durch Sonderermittler Robert K. Hur

Sonderermittler Robert K. Hur hat den amtierenden US-Präsidenten Joe Biden im Rahmen seiner Ermittlungen zu geheimen Dokumenten, die in seinen Häusern gefunden

wurden, befragt. Das Weiße Haus betonte, der Präsident kooperiere freiwillig.

Zuhälterei ist kein Verbrechen, wenn es sich um den Sohn von Präsident Biden handelt

Der Ausschuss für Wege und Mittel des Repräsentantenhauses wies darauf hin, dass die Ermittlungen des Unterausschusses zur Militarisierung der Regierung noch nicht zu mindestens einer Anklage gegen Hunter Biden wegen Zuhälterei geführt haben, und machte die Untätigkeit des Justizministeriums dafür verantwortlich. In einer öffentlichen Sitzung zeigte Marjorie Taylor Greene (Georgia) Fotos von Hunter Bidens sexuellen Spielen. Die Demokraten protestierten, während im Saal Schnappatmung zu hören war. Die Vertreterin stellte fest, dass das Justizministerium auf ihre Schreiben vom 25. Juli und 8. September in dieser Angelegenheit nicht geantwortet hatte. Sie argumentierte, dass Jeffrey Epsteins Assistentin Ghislaine Maxwell für die gleichen Verbrechen zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Ein IRS-Beamter (Steuerbeamter Anm. d. Übers.), Joseph Ziegler, versuchte, die von Hunter Biden beschäftigten Prostituierten ausfindig zu machen, wurde aber von seinen Vorgesetzten entmutigt.

Tucker Carlson macht sich über Kriegsrufe lustig

Der einflussreiche US-Journalist Tucker Carlson machte sich über Äußerungen von US-Politikern lustig, die zur Unterstützung Israels gegen die Hamas aufriefen. Er wies darauf hin, dass es sich im Gegensatz zu dem, was Nikki Haley behauptet, nicht um einen Angriff auf die Vereinigten Staaten, sondern auf Israel handele. Er warnte vor Kriegsaufrufen gegen den Iran durch Senator Lindsey Graham und den Abgeordneten Dan Crenshaw. Er spielte die Äußerungen des Gouverneurs von Florida, Ron DeSantis, herunter, der die israelischen Opfer so betrachtete, als überstiegen sie die 100 000 jährlichen Fentanyl-Todesfälle in den Vereinigten Staaten.

Donald Trump fordert Israel zur Mäßigung auf, und Benjamin Netanjahu seines Amtes zu entheben

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump hat seine Getreuen und Spender aufgefordert, auf die Absetzung des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu hinzuwirken.

Laut seinem Umfeld geht es darum, dessen Passivität angesichts der Enthüllungen der ägyptischen Geheimdienste über den bevorstehenden Hamas-Angriff zu sanktionieren. Laut der Ansicht seiner Gegner sei er jedoch von Rachegelüsten getrieben, nachdem er bei den US-Wahlen 2020 von Netanjahu fallen gelassen wurde.

Darüber hinaus hat Donald Trump seine Vertrauten ermutigt, Druck auf Israel auszuüben, um Vernunft und Mäßigung zu fördern.

Benjamin Netanjahu und sein Verteidigungsminister, General Yoav Gallant, kündigten an, dass sie sich darauf vorbereiteten, die "Tiere" der Hamas zu "vernichten". Sie forderten 1,1 Millionen Palästinenser auf, aus Gaza-Stadt ins Nirgendwo zu fliehen.

Donald Trump galt als persönlicher Freund von Benjamin Netanjahu und als der pro-israelischste US-Präsident. Mit den Abraham-Abkommen hatte er versucht, den israelisch-palästinensischen Konflikt durch *Business* zu ersetzen, ähnlich wie Präsident Andrew Jackson den Völkermord der Indianern beendet hatte.

Angelsächsische Partnerschaft für die Sicherheit von Mineralien

Die USA sichern ihre Versorgung von Seltenen Erden. Sie führten gemeinsam den Vorsitz bei einem Treffen der Minerals Security Partnership (MSP) in London. Ziel war es, angelsächsischen Unternehmen die Ausbeutung von Seltenen Erden auf der ganzen Welt zu ermöglichen.

Den Vorsitz führten Jose W. Fernandez, Unterstaatssekretär für Wirtschaftswachstum, Energie und Umwelt, und Nusrat Ghani, Minister für Wirtschaft und Handel des Vereinigten Königreichs.

US-Außenministerium weitet Informationskontrolle auf den asiatisch-pazifischen Raum aus

Das US-Außenministerium baut sein Digital Communication Network (DCN) im asiatisch-pazifischen Raum aus. Es gründete diese angebliche NGO im Jahr 2016, um Internet-Akteure auszubilden und zu koordinieren. In der Praxis geht es darum, gemeinsam gegen Informationen zu kämpfen, die der Doxa der Vereinigten Staaten widersprechen.

Liz Allen, Unterstaatssekretärin für Propaganda und öffentliche Angelegenheiten, wird eine Zweigstelle des DCN in Australien einweihen.

Wir werden nie erfahren, wer die Ermordung von Fernando Villavicencio angeordnet hat

Die sechs Kolumbianer, die im Zusammenhang mit der Ermordung des ecuadorianischen Präsidentschaftskandidaten, des Journalisten Fernando Villavicencio, festgenommen wurden, wurden selbst in dem Gefängnis ermordet, in dem sie inhaftiert waren. Das Ereignis ereignete sich während eines Aufstandes der Gefängnisinsassen.

Der derzeitige Präsident Guillermo Lasso kündigte auf einer privaten Reise nach New York an, dass er seine Reise nach Korea absage und in sein Land zurückkehre.

Der zweite Wahlgang findet am 15. Oktober statt. Fernando Villavicencios Nachfolger, der Journalist Christian Zurita, schied in der ersten Runde aus.

Mit 6800 Insassen ist das Rehabilitationszentrum der Küste (Guayaquil) das größte Gefängnis Ecuadors. Im Jahr 2021

wurden bei Zusammenstößen zwischen zwei Banden 123 Menschen getötet, mehrere wurden enthauptet und einige geröstet und gegessen.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Kolumbien verhandelt über zivilen Frieden

Die Regierung des kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro und der "Zentralstab der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee" (EMC FARC-EP) haben die Unterzeichnung eines bilateralen Waffenstillstands angekündigt. Er wird am 16. Oktober in Kraft treten.

Hinzu kommen die Fortschritte bei den Verhandlungen mit der Nationalen Befreiungsarmee (ELN), die im August zu einem sechsmonatigen Waffenstillstand führten.

Salvador geht hart gegen Banden vor

Salvador geht hart gegen Banden in den Slums von Popotlan, Valle Verde und La Campanera, vor. 4000 Polizisten waren im Einsatz.

Präsident Nayib Bukele hat die Wiederherstellung der Ordnung zum A und O seines Mandats gemacht.

EUROPA

Deutsch-Französischer Gipfel

Deutschland und Frankreich haben in Hamburg unter dem gemeinsamen Vorsitz von

Bundeskanzler Olaf Scholz und Präsident Emmanuel Macron einen interministeriellen Gipfel abgehalten. Die Debatten standen ganz im Zeichen der Einwanderung. Deutschland macht keinen Hehl daraus, dass es die 13 Millionen Babyboomer, die in Rente gehen werden, durch Zuwanderer ersetzen will. Frankreich will eine europäische Koordinierung, um die illegale Einwanderung zu begrenzen.

Landtagswahlen in Deutschland

Die Wahlergebnisse der 180 Abgeordneten des Bayerischen Landtags (München) sind:

- CSU Markus Söder 37,00% der Stimmen, 85 Sitze
- FW (Freie Wähler) Hubert Aiwanger, 15,80% der Stimmen, 37 Sitze
- AfD Martin Böhm und Katrin Ebner-Steiner, 14,60% der Stimmen, 32 Sitze
- Grünen Katharina Schulze und Ludwig Hartmann, 14,40%, 32 Sitze
- SPD Florian von Brunn, 8,40 % der Stimmen, 17 Sitze
- FDP Martin Hagen, 5,1 %, 11 Sitze
- Die Linke (links) Adelheid Rupp, 3,2 % der Stimmen, 0 Sitze.

Die Wahlergebnisse der 110 Abgeordneten des Hessischen Landtags (Frankfurt) sind:

- CDU (Christdemokraten) Boris Rhein, 34,66% der Stimmen, 52 Sitze
- AfD (Alternative für Deutschland) Robert Lambrou, 18,49% der Stimmen, 28 Sitze
- SPD Nancy Faeser, 15,13% der Stimmen, 23 Sitze
- Grünen Tarek Al-Wazir, 14,82% der Stimmen, 22 Sitze
- FDP Stefan Naas, 5,05% der Stimmen, 8 Sitze
- Die Linke (links) Elisabeth Kula und Jan Schalauske, 3,1% der Stimmen, 0 Sitze.

Zwischenfall auf der Gaspipeline Finnland-Estland

Nach Angaben der finnischen Regierung scheinen der Druckabfall auf der unterseeischen

Gaspipeline und die teilweise Unterbrechung des Telekommunikationskabels, die Finnland mit Estland verbinden, durch "Aktivitäten von außen" verursacht worden zu sein. Es wird noch nicht von Sabotage gesprochen, sondern nur von einem Unfall.

Daphne-Caruana-Galizia-Preis für Journalismus

Der Daphne-Caruana-Galizia-Preis für Journalismus 2023 wird vom Europäischen Parlament verliehen. Die Kandidaten sind:

- OCCRP (Niederlande) für die Rotenberg-Akte,
- Der Spiegel* (Deutschland) für seine Berichterstattung über den Korruptionsskandal im Europäischen Parlament
- Sociedade Independente de Comunicação* (Portugal)
- Le Monde* (Frankreich) für seine Untersuchung der chemischen Verschmutzung
- OCCRP (Estland) für seine Verurteilung der Kreml-Relais zugunsten der Annexion der Krim
- Solomon* (Griechenland) für seine Enthüllungen über die illegale Verschmutzung des Mittelmeers
- Le Soir/Knack* (Belgien), für seine Denunziation von Qatar Gate
- Solomon* (Griechenland), für seine Enthüllungen über islamisches Bankwesen und Migration
- The Shiftnews* (Malta), für seine Verurteilung der Verhandlungen mit Qatar
- Mediapart* (Frankreich) für seine Enthüllungen über die Geheimnisse von Abu Dhabi
- Forbidden Stories* (Frankreich) für ihre Enthüllungen über das Amazonas
- VSquare, Delfi Estland* (Estland), für die Veröffentlichung der Kreml-Papiere

Das Europäische Parlament schafft den European Green Bond Standard

Das Europäische Parlament hat den "European Green Bond" (EuGB-Label) verabschiedet. Er wird von allen Unternehmen genutzt werden können, die sich freiwillig den EU-Taxonomischen Standards für nachhaltiges Handeln anschließen.

Laut Wolodymyr Selenskyj sind die Hamas-Terroristen Instrumente Russlands

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sagte: "Nach den verfügbaren Informationen - sehr klar - versucht Russland, einen Krieg im Nahen Osten zu beginnen, so dass eine neue Quelle von Schmerz und Leid die Einheit der Welt untergraben, Zwietracht und Widersprüche verstärken und so Russland helfen könnte, die Freiheit in Europa zu zerstören. Wir sehen, wie russische Propagandisten jubeln. Wir sehen, wie Moskaus iranische Freunde offen diejenigen unterstützen, die den jüdischen Staat angegriffen haben. Und all dies ist eine viel größere Bedrohung, als die Welt derzeit wahrnimmt. Die Weltkriege der Vergangenheit begannen mit lokaler Aggression (...) Heute habe ich vor der Parlamentarischen Versammlung der NATO vor allem über die Frage der Einheit gesprochen. Alle Staaten der Welt müssen sich jetzt entscheiden, wie sie das Völkerrecht verteidigen werden."

Wolodymyr Selenskyj ruft zur Unterstützung Israels gegen Terroristen auf

Präsident Wolodymyr Selenskyj besuchte Brüssel (Belgien) zu einem NATO-Treffen und anschließend Ramstein (Deutschland) zu einem Treffen der Verbündeten der Ukraine und rief seine Gesprächspartner auf, Israel angesichts der Angriffe der Hamas und Russlands zu unterstützen.

Russland wird bald die Ratifizierung des CTBT annullieren

Auf dem Treffen des Waldai-Club wurde die Frage der Nichtratifizierung des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) durch die Vereinigten Staaten angesprochen. Präsident Wladimir Putin hat angeboten, die russische Ratifizierung zurückzuziehen, ohne aber die Unterschrift zurückzuziehen.

Der CTBT wurde auf der 50.

Generalversammlung der Vereinten Nationen am 24. September 1996 unterzeichnet. Er verbietet die Durchführung von Atomtests in jeder Umgebung. Russland hat ihn am 24. September 1996 unterzeichnet und am 30. Juni 2000 ratifiziert.

Dieser internationale Vertrag ist bis heute noch nicht in Kraft getreten, da mehrere der 44 in Anhang II des Textes aufgeführten Staaten ihn nicht ratifiziert haben. Dies sind die Vereinigten Staaten, Ägypten, der Iran und China. Was Nordkorea, Indien und Pakistan betrifft, so haben sie es nicht einmal unterzeichnet. Der Vorsitzende der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, kündigte an, dass die Versammlung bald über die mögliche Rücknahme der Ratifizierung diskutieren werde.

Russland könnte die Unabhängigkeitserklärung der Ukraine anfechten

In Anbetracht der Tatsache, dass die Unabhängigkeitserklärung der Ukraine vom 4. August 1991 nicht auf einem Referendum über die Selbstbestimmung beruhte und gegen das Gesetz Nr. 1409 vom 3. April 1990 über das Verfahren zur Lösung von Fragen im Zusammenhang mit dem Austritt einer Bundesrepublik aus der UdSSR verstieß, behaupten russische Historiker, dass Russland, als Nachfolger der UdSSR, die Unabhängigkeit der Ukraine wegen eines Verstoßes gegen das Gesetz (und einen Verstoß gegen die Erklärung von 1991) widerrufen könnte, was sie zumindest zu einem umstrittenen Territorium machen würde und es der NATO nicht mehr erlauben würde, rechtmäßig Waffen dorthin zu liefern.

AFRIKA

Kamel Abbas hatte Israel 10 Tage vor Beginn der Hamas-Operation gewarnt

Der ägyptische Geheimdienstminister Abbas Kamel informierte den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu am 30.

September persönlich über die Vorbereitungen der Operation in Gaza.

"Wir haben sie gewarnt, dass eine Explosion der Situation bevorsteht, und zwar sehr bald, und sie wird groß sein. Aber sie haben diese Warnungen unterschätzt."

Ungenannte ägyptische Beamte sagten, sie seien schockiert über Netanjahus Gleichgültigkeit gegenüber den Nachrichten und sagten, der Premierminister habe Abbas Kamel gesagt, dass die Armee durch die Unruhen im Westjordanland "überfordert" sei.

Netanjahus Regierung besteht aus Siedlern im Westjordanland, die angesichts einer wachsenden Welle der Gewalt in den letzten 18 Monaten ein hartes Durchgreifen dort gefordert haben. Benjamin Netanjahu dementierte, dass er eine solche Warnung erhalten habe, und sagte in einer Ansprache an die Nation am 9. Oktober, dass es sich bei der Geschichte um "Fake News" handle. "Es ist keine frühe Nachricht aus Ägypten gekommen und der Premierminister hat seit der Regierungsgründung nicht mit dem Geheimdienstchef gesprochen oder sich mit ihm getroffen – weder indirekt noch direkt", teilte sein Büro am selben Tag mit.

Algerien prangert Doppelmoral im israelisch-palästinensischen Konflikt an

Der algerische Außenminister Ahmed Attaf rief dazu auf, die von der internationalen Gemeinschaft benutzte Politik der "Doppelmoral" im israelisch-palästinensischen Konflikt anzuprangern.

Ali Bongo könnte in Marokko politisches Asyl erhalten

Der marokkanische Geheimdienst hatte am 30. August Wind von dem Staatsstreich in Gabun bekommen. Er hatte seine französischen Kollegen darüber informiert. Diese hatten sich entschieden, Präsident Ali Bongo nicht zu warnen.

Wir wissen jetzt, dass Ali Bongo nach seinem Schlaganfall (2018) seine Fähigkeiten nicht wiedererlangt hatte, und nur mehr halbtags arbeiten konnte. Seine Kabinett hatte dann die Macht über ihn übernommen.

Berichten zufolge wurde eine Vereinbarung getroffen, um ihm politisches Asyl in Marokko zu gewähren. Seine Frau Sylvia Bongo Ondimba und ihr Sohn Nouredin Bongo Valentin könnten jedoch für deren Veruntreuung von Geldern zur Rechenschaft gezogen werden.

Niger bietet Frankreich, der ECOWAS, den USA und der UNO die Stirne

Niger hat eine Kürzung seines Budgets um 40 % angekündigt. Das Land ist Opfer des Wirtschaftskrieges, den Frankreich und die ECOWAS als Vergeltung für den Sturz von Präsident Mohamed Bazoum gegen das Land beschlossen haben.

Offiziell handelt es sich bei diesen einseitigen Zwangsmaßnahmen um Sanktionen gegen den Militärputsch und um die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Kontinuität.

Zudem gaben die USA zwei Monate nach dem Sturz von Präsident Mohamed Bazoum bekannt, dass sie ihn dennoch als "[Staatsstreich](#)" einstufen. Das US-Gesetz verbietet dem Außenministerium, ein Putschregime zu unterstützen. Daher werden alle Hilfsprogramme Washingtons an Niger gestoppt. Mit dieser Entscheidung wird das Abkommen beendet, das die Unterstaatssekretärin Victoria Nuland mit General Moussa Salaou Barmou, dem Kommandeur der nigrischen Spezialeinheiten, auf Kosten der Franzosen ausgehandelt hatte.

Der Nationale Rat für die Bewahrung des Heimatlandes (CNSP) erklärte die Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs, die Kanadierin Louis Aubin, zur *Persona non grata*.

In einer Erklärung verurteilte der CNSP: "Die hinterhältigen Manöver, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen auf Betreiben Frankreichs weiterhin orchestriert, durch alle bereits errichteten Hindernisse, um die volle Teilnahme Nigers an den verschiedenen Sitzungen der 78. Sitzung der UN-Generalversammlung zu vereiteln (...) Diese gesponserte Sabotage wurde anlässlich der IAEO-Generalkonferenz vom 25. bis 29. September 2023 in Wien und des 4. Außerordentlichen Kongresses des Weltpostvereins (UPJ) vom 01. bis 05. Oktober in Riad (Königreich Saudi-Arabien) fortgesetzt.

Nigeria reformiert seine Zentralbank

Nigeria hat Olayemi Cardoso zum Gouverneur seiner Zentralbank gewählt. Nach seinem erfolgreichen Studium auf Harvard war er Direktor der Citybank-Nigeria. Die nigerianische Zentralbank hat gerade einen Korruptionsskandal hinter sich.

Kenias Friedensmission in Haiti in Frage gestellt

Dr. Ekuru Aukot, ein ehemaliger Präsidentschaftskandidat, hat eine Petition beim Obersten Gerichtshof von Kenia eingereicht. Er bestreitet, dass Kenia eine Friedenstruppe nach Haiti entsenden kann, wenn sie nicht imstande ist, die Sicherheit der Bürger angesichts ethnischer Ausschreitungen zu gewährleisten. Das Oberste Gericht hat daher den Einsatz ausgesetzt und wird innerhalb von zwei Wochen entscheiden.

USA bereiten Operation gegen Al-Shabaab vor

Mary Catherine "Molly" Phee, US-Unterstaatssekretärin für afrikanische Angelegenheiten, reiste in die Türkei, um das türkische Militär um Unterstützung gegen die Bewegung junger Kämpfer (Harakat al-Shabab al-Mudschahedin), bekannt als "Al-Shabaab", in Somalia zu bitten.

ASIEN

Kein gemeinsamer Generalstab von Muslim-Brüdern und Khomeinisten

In den vergangenen Monaten haben die iranischen Revolutionsgarden mehrere Koordinierungstreffen in Beirut abgehalten. Hamas, Hisbollah und Islamischer Dschihad nahmen daran teil. Ismail Qaani, der Kommandeur der Al-Quds-Brigaden, führte den Vorsitz.

Ein Treffen davon wurde im Mai 2023 öffentlich gemacht. Es brachte Hassan Nasrallah (Generalsekretär der libanesischen Hisbollah), Saleh al-Arouri (Nr. 2 der Hamas) und Ziad al-Nakala (Kommandeur des Islamischen Dschihad) zusammen.

Ziel dieser Treffen war, Rückmeldungen zu Angriffen auf israelisches Territorium auszutauschen. Wahrscheinlich haben die palästinensischen Teilnehmer während dieser Treffen ihre Auffassung von Krieg geändert.

Es ist jedoch absurd zu glauben, dass Gruppen, die sich auf Imam Ruhollah Khomeini berufen, und diejenigen, die sich auf Hassan el-Banna (Gründer der Muslimbruderschaft) berufen, sich darauf geeinigt haben, einen gemeinsamen Militärstab zu bilden. Khomeini und el-Banna entwickelten konkurrierende Ideologien, die beide die Religion in Politik nutzen. Sie trafen sich und teilten sich die Welt: Die Schiiten sind die Einflusszone der Khomeinisten, die Sunniten die der Bruderschaft. Diese Vereinbarung wird vom derzeitigen Führer der iranischen Revolution, Ayatollah Ali Khamenei, buchstabengetreu respektiert.

Die Hisbollah bekämpfte im Syrienkrieg die Hamas und schloss dann Frieden mit ihr, als sie zugab, einen Fehler gemacht zu haben, und schickte eine Botschaft, um sich in Damaskus zu entschuldigen. Beide Gruppen haben das gleiche Ziel, Palästina zu befreien, aber ein grundlegender ethischer Unterschied trennt sie. Die Hisbollah hat sich der Operation der

Hamas gegen Israel nicht angeschlossen, aber sollte dies tun, wenn Tel Aviv die Prinzipien der Aufstandsbekämpfung anwendet.

Hisbollah und Israel schonen sich gegenseitig

Die Hisbollah bekräftigte ihre Unterstützung des palästinensischen Widerstand, indem sie das umstrittene Gebiet der Sheb'a-Farmen bombardierte. Dieses winzige, unbewohnte Gebiet wird sowohl vom Libanon als auch von Israel beansprucht. Die Hisbollah hat darauf geachtet, nicht an der Seite von Leuten zu intervenieren, die sie bis vor kurzem als Terroristen betrachtete.

Israel reagierte mit der Bombardierung des Hisbollah-Zeltes, das auf den Sheb'a-Farmen errichtet worden war. Dieses Zelt war aufgestellt worden, um den libanesischen Forderungen Ausdruck zu verleihen. Israel hat darauf geachtet, das Vorgehen der Hisbollah nicht als Provokation zu betrachten.

Die Hisbollah hat ein neues Zelt aufgestellt, nicht weit vom ersten, und die Wachen ersetzt, die es verteidigen.

Beide Seiten haben sehr darauf geachtet, keine neuen Feindseligkeiten zu eröffnen. Die Hisbollah und Israel können vorgeben, nur ihr eigenes Territorium bombardiert zu haben und nicht das ihrer Nachbarn.

Bald wird die libanesische Armee keinen Oberbefehlshaber oder Stabschef mehr haben

Während die libanesische Armee seit Dezember 2022 ohne Generalstabschef ist, wird ihr Oberbefehlshaber, General Joseph Aoun, am 10. Januar 2024 in den Ruhestand gehen. Es hat sich kein Kandidat für seine Nachfolge gemeldet.

Angriff auf junge Offiziere der Syrisch-Arabischen Armee

Bei einem nicht beanspruchten Anschlag wurden bei einer Abschlussfeier für junge Offiziere der Syrisch-Arabischen Armee in Homs 80 Menschen getötet und 240 weitere verletzt. Zu dem Anschlag bekannte sich niemand.

Im UN-Sicherheitsrat sprachen sich Frankreich, die USA und Großbritannien gegen die Verabschiedung eines russischen Kommuniqués aus, in dem der Angriff verurteilt wird. Albanien, Malta und Japan unterstützten sie. Der Sondergesandte des Generalsekretärs, Geir Pedersen, lehnte es ab, den Familien der Opfer Beileid zu gewähren.

Syrien bittet Russland bei der Säuberung der israelischen Grenze um Hilfe

Die Arabische Republik Syrien hat nicht die Absicht, sich in den Konflikt zwischen der Muslimbruderschaft und Israel einzumischen. Sie forderte Russland auf, dafür zu sorgen, dass niemand eine gegenteilige Initiative ergreife. Das russische Militär beaufsichtigte die Bewegung antiisraelischer Gruppen, die an der Golan-Grenze stationiert waren. Es stellte sicher, dass sich keiner von ihnen im Umkreis von 140 Kilometern um die Demarkationslinie befand.

Syrien und Russland hätten die Zustimmung der USA erhalten, die Dschihadisten von Idlib zu vernichten

Während die Augen der Welt auf Gaza gerichtet sind, haben die syrischen und russischen Streitkräfte eine gigantische Militäraktion gegen die Dschihadisten gestartet, die sich im Gouvernement Idlib versammelt haben. Ihre Luftwaffe bombardierte etwa fünfzig Ortschaften.

In den letzten sieben Jahren haben Syrien und Russland die ausländischen Dschihadisten im Nordwesten Syriens, im Gouvernement Idlib, versammelt. Die Europäische Union versorgte

sie mit Waffen und Lebensmitteln, während die Türkei sie beschützte. Syrien rief seine Staatsangehörigen zur Flucht auf und hieß sie in Damaskus willkommen. Die ausländischen Dschihadisten haben die Waffen jedoch nie abgelegt. Es gibt keine andere Lösung, als sie zu töten.

Berichten zufolge hätten sich die USA mit Russland darauf geeinigt, dass die Israelis die Hamas in Gaza massakrieren dürfen, im Gegenzug dafür, dass die Syrer ausländische Dschihadisten in Idlib erledigen dürfen.

Internationaler Gerichtshof befasst sich mit mutmaßlicher institutioneller Folter in Syrien

Kanada und die Niederlande haben ihre Klage gegen Syrien vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH), dem internen Gericht der Vereinten Nationen, eingereicht. Kanada und die Niederlande beharren darauf, dass die Arabische Republik Syrien "weiterhin vergewaltigt". Kanada und die Niederlande beabsichtigen, "das Leben und die körperliche und geistige Unversehrtheit von Personen in Syrien zu schützen, die derzeit Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe ausgesetzt sind, oder Gefahr laufen, ausgesetzt zu sein".

Es ist wahrscheinlich, dass Syrien, das bei der Anhörung nicht vertreten war, Kanada und die Niederlande auffordern wird, Beweise für ihre Behauptungen vorzulegen.

Katar wird Frankreich LNG liefern

QatarEnergy wird 27 Jahre lang jährlich 3,5 Millionen Tonnen Flüssiggas (LNG) nach Frankreich liefern. Die Lieferungen beginnen im Jahr 2026. Sie stammen aus den Gasfeldern NorthField East (NFE) und North Field South (NFS), an denen TotalEnergies 6,25 % bzw. 9,375 % der Anteile hält.

Türkische Drohne von USA in Syrien abgeschossen

Die Türkei setzt ihre Strafoperationen gegen die PKK nach dem Anschlag in Ankara bei der Eröffnung der Sitzung der Großen Nationalversammlung der Türkei fort. Die USA schossen jedoch eine türkische Drohne ab, die kurdische Söldnereinrichtungen auf einer illegalen US-Militärbasis in Syrien bedrohte.

Usbekistan und Kasachstan importieren russisches Gas

Der russische Präsident Wladimir Putin, der usbekische Präsident Shavkat Mirziyoyev und der kasachische Präsident Kassym-Jomart Tokajew nahmen in Moskau an der Eröffnungszeremonie der russischen Gaslieferungen teil.

Thailand fordert Freilassung seiner Staatsangehörigen, die von der Hamas als Geiseln gehalten werden

Thailand behauptet, dass 20 seiner Bürger von der Hamas massakriert und 14 weitere gefangen genommen wurden.

Die thailändische Premierministerin Srettha Thavisin besuchte Malaysia, ein muslimisches Land, das diplomatische Beziehungen zur Palästinensischen Autonomiebehörde unterhält, um zu erfahren, wie ihre Freilassung erreicht werden kann.

Mögliche Lieferungen nordkoreanischer Waffen und Munition an Russland

Satellitenbeobachtungen der nordkoreanischen Eisenbahn belegen einen starken Anstieg des Verkehrs nach Russland. Seit der Reise des Obersten Führers nach Moskau befürchtet die NATO, dass Pjöngjang Waffen und Munition an Russland liefern wird.

Eröffnung des Nördlichen Seewegs

Das chinesische Containerschiff "New Polar Bear" ist über den Nord-Seeweg von Shanghai nach Kaliningrad gelangt.

Russland will diese Route ausbauen, um den Atlantik mit dem Pazifik zu verbinden. Diese Route ist kürzer als die durch den Suezkanal. Diese Option wurde von Präsident Wladimir Putin auf dem BRICS-Gipfel in Johannesburg angesprochen.

China reagiert auf den Krieg in Palästina

Das chinesische Außenministerium erklärte: "China ist zutiefst besorgt über die derzeitige Eskalation der Spannungen und der Gewalt zwischen Palästina und Israel. Wir rufen die betroffenen Parteien auf, Ruhe zu bewahren, Zurückhaltung zu üben und die Feindseligkeiten unverzüglich einzustellen, um die Zivilbevölkerung zu schützen und eine weitere Verschlechterung der Lage zu verhindern. Das Wiederaufflammen des Konflikts zeigt einmal mehr, dass der lange Stillstand im Friedensprozess nicht weitergehen kann. Der grundlegende Ausweg aus dem Konflikt ist die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung und die Gründung eines unabhängigen Staates Palästina. Die internationale Gemeinschaft muss mit größerer Dringlichkeit handeln, ihren Beitrag zur Palästinafrage intensivieren, die baldige Wiederaufnahme der Friedensgespräche zwischen Palästina und Israel erleichtern und einen Weg finden, einen dauerhaften Frieden zu erreichen. China wird weiterhin unermüdlich mit der internationalen Gemeinschaft zusammenarbeiten, um dieses Ziel zu erreichen."

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Marokkanisch-algerischer Zusammenstoß vor der UNO

Der Vierte Ausschuss der Generalversammlung der Vereinten Nationen (der sich mit besonderen politischen Angelegenheiten und der Entkolonialisierung befasst) war Schauplatz gewaltsamer Zusammenstöße zwischen Marokko und Algerien.

Marokko erinnerte daran, dass es 1963 die Frage der spanischen Sahara [in der UNO] vorgelegt hat. Sie wurde 1975 durch den Grünen Marsch und das Madrider Abkommen gelöst. Algerien hat dann jedoch die Separatistengruppe POLISARIO gegründet, finanziert und beherbergt.

Algerien hingegen ist der Ansicht, dass Marokko dieses Territorium und seine Bevölkerung aufgeteilt und mit seinem mauretanischen Nachbarn geteilt hat, um die Westsahara zur letzten Kolonie in Afrika zu machen.

Atombomben sind nicht mit dem humanitären Völkerrecht vereinbar

Der Erste Ausschuss der Generalversammlung der Vereinten Nationen (Abrüstung und internationale Sicherheit) stimmte darin überein, dass "es zweifelhaft ist, dass Atomwaffen jemals in Übereinstimmung mit dem humanitären Völkerrecht eingesetzt werden können". Er erinnerte die Unterzeichner des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) an ihre Verpflichtungen.

Die USA lagern illegal Atomwaffen in fünf Ländern ihrer Verbündeten, und Russland jetzt auch in einem.

Russland wurde nicht in den Menschenrechtsrat gewählt

Am 10. Oktober wählte die Generalversammlung der Vereinten Nationen

15 der 47 Mitglieder des Menschenrechtsrats (HRC) für den Zeitraum 2024-2026. Die Wahl erfolgte in geheimer Abstimmung, per Regionen der Welt. Gewählt wurden Indonesien (186 Stimmen), Kuwait (183), Japan (175) und China (154), Malawi (182), Côte d'Ivoire (181), Ghana (179) und Burundi (168), die Niederlande (169) und Frankreich (153), Kuba (146), Brasilien (144) und die Dominikanische Republik (137).

Russland wurde nicht gewählt.

Scheitern des 3. Gipfeltreffens der Europäischen Politischen Gemeinschaft

Das dritte Gipfeltreffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft fand am 6. Oktober in Granada (Spanien) statt. Während das von der Prager Burg (6. Oktober 2022) als Beginn der Vereinigung der Staaten des europäischen Kontinents mit Ausnahme Russlands gefeiert wurde, führte jenes von Chişinău (1. Juni 2023) zu praktisch nichts.

Der 3. Gipfel stand ganz im Zeichen des Bergkarabach-Konflikts. Zwischen Armenien und Aserbaidshan war ein Sondertreffen anberaumt, um über das Schicksal der Bewohner dieser Enklave zu verhandeln. Der aserbaidshanische Präsident Ilham Aliyev sagte seinen Besuch jedoch ab, nachdem Frankreich Waffenlieferungen an Armenien angekündigt und eine Resolution des Europäischen Parlaments verabschiedet hatte, in der das Land der ethnischen Säuberung beschuldigt wurde.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

Jahresabonnement : 150 Euro

Monatsabonnement : 15 Euro

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°57 - 20. Oktober 2023

LEITARTIKEL

Westliches Veto gegen humanitäre Waffenruhe in Gaza ein

Der UN-Sicherheitsrat hielt eine Sitzung hinter verschlossenen Türen zur Lage in Palästina ab. Die USA, Frankreich und Großbritannien waren gegen einen russischen Resolutionsentwurf, der einen humanitären Waffenstillstand forderte. Auch Japan stimmte dagegen. Der russische Text forderte einen "sofortigen, dauerhaften und vollständig respektierten humanitären Waffenstillstand" und einen "ungehinderten" humanitären Zugang zum Gazastreifen.

Die Ständige Vertreterin der USA, Linda Thomas-Greenfield, bestätigte ihr Veto eingelegt zu haben. Sie sagte, der russische Resolutionsentwurf sei ohne jegliche Konsultation vorgelegt worden und erwähne die Hamas nicht. Sie warf Russland vor, einer Terrorgruppe Deckung zu gewähren.

Seit Henry Dunant, der Schlacht von Solferino und der Gründung des Internationalen Roten Kreuzes beruht das humanitäre Recht auf strikter Neutralität: Niemals die eine oder die andere Seite verurteilen, auch wenn man Zeuge von Menschenrechtsverletzungen ist. Das Argument der Vereinigten Staaten, ihr Votum und das ihrer Verbündeten zu rechtfertigen, ist daher bedeutungslos.

Einen humanitären Waffenstillstand zu einer Zeit verweigern, in der sich jeder des Widerwillens der israelischen Armee bewusst ist, ethnische Säuberungen zu begehen, ist ein Blankoscheck für die Begehung von Massen-Verbrechen.

Moskau und Peking haben ihre neutrale Haltung entwickelt, die seit 2003 unverändert geblieben ist. Sie weigern sich, die Hamas oder Israel zu verurteilen. Sie halten sich allein an das Völkerrecht. Wenn es umgesetzt würde, würde es Israel große Opfer auferlegen, aber nicht den Palästinensern. Das ist der Grund, warum der Westen von einer "Neutralität zugunsten Palästinas" spricht.

AMERIKA

Kanada ergreift einseitige Zwangsmaßnahmen gegen moldauische Medien

Kanada hat einseitige Zwangsmaßnahmen (die von der kanadischen Propaganda fälschlicherweise als "internationale Sanktionen" dargestellt werden) gegen 6 Moldauer Fernsehsender ergriffen, die als pro-russisch bezeichnet werden, gegen die Führer einer politischen Partei, der Shor-Partei, die ebenfalls als pro-russisch bezeichnet wird, und gegen Geschäftsleute, darunter Wladimir Plahotniuc und Ilan Mironowitsch Shor, die als pro-russisch bezeichnet werden.

Ein NATO-Mitglied ist zum ersten Mal allein aufgrund einer politischen Meinungsverschiedenheit gegen Medien und eine politische Partei vorgegangen.

Washingtons Ziele im israelisch-palästinensischen Konflikt

US-Außenminister Antony Blinken zählte die vier wichtigsten Ziele Washingtons auf:

- die Unterstützung Israels,
- die Verhinderung der Ausbreitung von Kriegen,
- die Freilassung von Geiseln
- und die Bewältigung der humanitären Krise in Gaza.

Antony Blinkens Reise zu seinen Verbündeten im Nahen Osten

US-Außenminister Antony Blinken reiste in den Nahen Osten.

- In Israel wurde er von Premierminister Benjamin Netanjahu empfangen, traf sich dann mit Regierungsmitgliedern und schließlich mit Präsident Isaac Herzog.
- In Jordanien traf er sich mit König Abdullah II. und Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas.

- In Katar wurde er von Scheich Amir Tamim bin Hamad Al Thani empfangen. dann von Premierminister und Außenminister, Mohammed bin Abdulrahman bin Jassim Al Thani.
- In Bahrain wurde er von Kronprinz Salman bin Hamed Al Khalifa empfangen.
- In den Vereinigten Arabischen Emiraten wurde er von Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan empfangen.
- In Saudi-Arabien wartete er sehr lange auf den Kronprinzen und den Premierminister. Mohammed bin Salman, den er schließlich doch traf.
- In Ägypten traf er sich mit Präsident Abdel Fattah El-Sisi.
- Schließlich kehrte er nach Israel zurück, wo er sich mit Premierminister Benjamin Netanjahu und Mitgliedern des Kriegsrates, dem damaligen Präsidenten Isaac Herzog und schließlich Verteidigungsminister Yoav Gallant traf.

Antony Blinkens Botschaft an die US-Vasallen im Nahen Osten

Antony Blinken hat versucht, ein Bündnis seiner Vasallen gegen die Hamas zu schmieden. Die USA erhielten die Zustimmung der Vereinigten Arabischen Emirate, aber nicht von Ägypten und Saudi-Arabien. Sowohl Jordanien als auch Palästinenserpräsident Mahmud Abbas lehnten den Vorschlag ab.

David Satterfield, "Amtierender Gesandter für humanitäre Angelegenheiten im Nahen Osten"

Präsident Joe Biden hat Botschafter David Satterfield zum amtierenden Gesandten für humanitäre Angelegenheiten im Nahen Osten ernannt.

David Satterfield war US-Botschafter im Libanon (1998-2001) und in der Türkei (2019-22). Von 2017 bis 2019 war er stellvertretender Staatssekretär für Nahost-Angelegenheiten. Er löste als Gesandter von Präsident Biden für das Horn von Afrika den neokonservativen Jeffrey Feltman ab.

15 US-Repräsentanten verurteilen israelische Kriegspropaganda

15 Abgeordnete des Repräsentantenhauses weigerten sich, eine Resolution zu unterstützen, in der die Hamas für die Operation "Al-Aqsa-Sintflut" verurteilt wurde.

Sie entdeckten, dass die Anschuldigungen der Vergewaltigung und Enthauptung von Babys Kriegspropaganda sind, ebenso wie die Behauptung, dass die Operation nicht vom Vereinigten Palästinensischen Widerstand, sondern ausschließlich von der Hamas organisiert wurde.

Diese Abgeordneten sind:

- Jamaal Bowman (Demokrat-New York)
- Cori Bush (D-Mass., Missouri)
- André Carson (D-Indiana).
- Al Green (D- Texas).
- Summer Lee (Demokratin, Pennsylvania).
- Thomas Massie (Republikaner, Kentucky)
- Gwen Moore (Demokratin, Wisconsin).
- Alexandria Ocasio-Cortez (Demokratin, New York).
- Ilhan Omar (Demokratin, Minnesota).
- Stacey Plaskett (Demokratin, Jungferninseln).
- Ayanna Pressley (Demokratin, Massachusetts).
- Delia Ramírez (Demokratin, Illinois).
- Bennie G. Thompson (Demokrat, Mississippi).
- Rashida Tlaib (Demokrat, Michigan).
- Gregorio Sablan (Demokrat, Nördliche Marianen).

Ron DeSantis verurteilt humanitäre Hilfe in Gaza

Präsident Joe Biden hat angekündigt, 100 Millionen Dollar nach Gaza und ins Westjordanland zu schicken, um Zivilisten zu helfen, die mitten im Konflikt zwischen Israel und der Hamas gefangen sind. „Sie sagen, es sei humanitäre Hilfe“, sagte er in einem Online-Video. "Wir wissen, dass die Hamas dieses Geld an sich reißen und es zur Förderung des Terrorismus verwenden wird."

Der Gouverneur von Florida, Ron DeSantis, postete sofort ein Video, in dem er sagte:

"Ich sage, es wird kein Geld der US-Steuerzahler im Gazastreifen geben (...) Ich fordere alle republikanischen Kandidaten heraus: Übernehmen Sie die Sache, schließen Sie sich mir an und lehnen Sie Bidens 100-Millionen-Dollar-Geschenk an die Hamas ab."

Republikaner versuchen, die Nominierung von Jacob J. Lew zu verhindern

Republikanische Senatoren versuchten vergeblich die Ernennung von Jacob J. Lew zum neuen Botschafter in Israel zu verhindern. Herr Lew hatte als Finanzminister in der Obama-Regierung gedient. Im Jahr 2016 genehmigte er einen Transfer von 400 Millionen Dollar an den Iran.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Repräsentantenhaus könnte pro-palästinensische Universitäten sanktionieren

Der Abgeordnete Jason Smith, Vorsitzender des *Ways and Means Committee* des Repräsentantenhauses, schlug vor, die Steuerbefreiungen für Universitäten aufzuheben, wenn diese pro-palästinensische Proteste zulassen.

Verhaftung jüdischer Pazifisten

Die Kapitols Polizei verhaftete mindestens 500 Menschen, darunter mehr als 20 Rabbiner, während eines Protests jüdischer

Friedensaktivisten, die um die demokratische Abgeordnete Rashida Tlaib (D-Michigan) organisiert waren. Sie skandierten "Befreit Palästina!", "Nicht in unserem Namen!" und "Waffenstillstand jetzt!" Die *Anti-Defamation League* beschrieb die *Jewish Voice for Peace* als eine "radikale antiisraelische und antizionistische" Gruppe

Joe Biden nimmt am israelischen Kriegskabinett teil

Präsident Joe Biden reiste nach Israel, wo er an einer Sitzung des Kriegskabinetts teilnahm. Er sagte: "Nach dem schrecklichen Terroranschlag der Hamas – was sie getan haben, war brutal, unmenschlich, fast unglaublich – ist dieses Kabinett zusammengekommen, stark und geeint. Ich möchte, dass Sie wissen, dass Sie nicht allein sind. Sie sind nicht allein! ».

Pentagon will US-Satelliten sichern

Das Pentagon hat einen Bericht mit dem Titel "[Space Policy Review and Strategy on Protection of Satellites](#)" veröffentlicht.

Er hebt die Schaffung von Weltraumstreitkräften durch russische und chinesische Waffen hervor. General B. Chance Saltzman wurde beauftragt, 8600 Soldaten der U.S. Space Force mit der Sicherung von US-Satelliten zu beauftragen, sowohl zivile als auch militärische.

„Die Weltraumstreitkräfte müssen widerstandsfähig, kampfbereit und glaubwürdig sein“, heißt es in dem Bericht, ohne die Waffen zu spezifizieren, die eingesetzt werden sollen. In einem geheimen Anhang sind die Mittel aufgeführt, die Russland und China zur Verfügung stehen.

Koordination der US-amerikanischen und britischen Armeen

Der US-Verteidigungsminister, General Lloyd Austin III, empfing seinen britischen Amtskollegen Grant Shapps. Die beiden Männer harmonisierten ihre Politik angesichts

der israelisch-palästinensischen Krise und angesichts des chinesischen Drucks im Pazifik.

„Five Eyes“ Gipfel in Kalifornien

Begrüßt von FBI-Direktor Christopher Wray gaben die Geheimdienst direktoren aus Kanada, Australien, Neuseeland und dem Vereinigten Königreich eine Konferenz in Palo Alto. Sie versammeln sich auf einem Gipfel der Five Eyes, der globalen Organisation, die alle Kommunikationssignale ausspioniert.

Die Spionagechampions haben Chinas wachsende Einmischung angeprangert.

US-Maßnahmen gegen den Verkauf von Computerchips nach China

US-Handelsministerin Gina M. Raimondo kündigte neue Beschränkungen für Exporte nach China an. Ihr zufolge würden sie darauf abzielen, das chinesische Militär daran zu hindern, kritische Technologien zu erhalten, die es stärken könnten.

US-Maßnahmen gegen den Iran

Die Biden-Regierung hat Sanktionen gegen eine Gruppe von Personen und Unternehmen mit Sitz im Iran, China, Hongkong und Venezuela verhängt, die im Zusammenhang mit der Entwicklung des iranischen Programms für ballistische Raketen und Drohnen stehen.

Die US-Regierung wirft dem Iran vor, Drohnen an Russland geliefert zu haben. Sie hat den Vereinten Nationen ein entsprechendes Dossier vorgelegt, das [Russland](#) ausführlich zurückgewiesen hat.

Die von den Vereinten Nationen verhängten internationalen Sanktionen werden in den kommenden Wochen enden.

Internationaler Gipfel zur Migration in Lateinamerika

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador wird am 22. Oktober in

Palenque einen internationalen Gipfel zur Migration in Lateinamerika ausrichten. Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro, der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel und der haitianische Premierminister Ariel Henry, die honduranische Präsidentin Xiomara Castro und andere mittel- und südamerikanische Staats- und Regierungschefs werden daran teilnehmen.

Daniel Noboa, Präsident von Ecuador

Allen Widrigkeiten zum Trotz gewann Daniel Noboa, der "Bananenkönig", die zweite Runde der ecuadorianischen Präsidentschaftswahlen mit 52,01 % der Stimmen. Seine Konkurrentin Luisa González, die vom ehemaligen Präsidenten Rafael Correa unterstützt wird, erhielt nur 47,99 Prozent der Stimmen.

Der scheidende Präsident hatte vorgezogene Neuwahlen ausgerufen, um ein Amtsenthebungsverfahren zu vermeiden. Der Antikorruptionskandidat Fernando Villavicencio wurde im ersten Wahlgang ermordet, und seine Mörder wurden vor zwei Wochen selbst ermordet.

Präsidentschaftswahlen in Venezuela 2024

Die von Norwegen in Barbados ausgerichteten Verhandlungen über die Lage in Venezuela haben zur Ankündigung von Präsidentschaftswahlen Ende 2024 geführt. Caracas sollte seine Wahlregeln bereinigen und der Oppositionsführerin Maria Corina Machado die Kandidatur ermöglichen.

Die Vereinigten Staaten haben ihre einseitigen Zwangsmaßnahmen teilweise aufgehoben und damit beigetragen, den Ölpreis in einer Zeit der Spannungen im Nahen Osten zu senken.

Argentinien wird Pater Franco Reverberi vor Gericht bringen

Die italienische Justiz hat die Auslieferung des argentinisch-italienischen katholischen Priesters Franco Reverberi genehmigt. Er wird wegen

seiner Rolle bei Folter und Ermordung der Militärjunta von General Videla (1976-83) gesucht. Der ehemalige Militärgeistliche nahm an den Folterungen teil und ermutigte die Gefangenen zu Geständnissen.

In den Videla-Jahren wurde die argentinische Kirche von der *Cité catholique* des Franzosen Jean Ousset (Gefährte von François Mitterrand während des Regimes von Philippe Pétain) und dem schismatischen Bischof Monsignore Marcel Lefebvre beherrscht. Diese Männer, die sich auf die Heilige Inquisition beriefen, waren davon überzeugt, dass Folter ein Mittel zur Aufrechterhaltung von Religion und sozialer Ordnung sei.

EUROPA

London fordert seine Landsleute auf, den Libanon zu verlassen

Das britische Außenministerium hat die Untertanen Ihrer Majestät vor der sich verschlechternden Lage im Libanon gewarnt. Es forderte sie auf, das Territorium sofort zu verlassen.

Rishi Sunak in Israel

Der britische Premierminister Rishi Sunak besuchte Israel, wo er von seinem Amtskollegen Benjamin Netanjahu empfangen wurde. Er traf sich mit Präsident Isaac Herzog, Familien von "Geiseln" und bekräftigte, dass das Vereinigte Königreich mit Israel solidarisch sei und an seiner Seite stünde.

Das Vereinigte Königreich und Israel sind seit 2020 durch einen geheimen Militärvertrag verbunden.

Podemos-Partei will Benjamin Netanjahu und die Hamas vor dem IStGH verklagen

Ione Belarra, Spaniens Ministerin für soziale Rechte und Generalsekretär von Podemos, sagte, sowohl Netanjahu als auch die Hamas sollten vor den Internationalen Strafgerichtshof

gestellt werden. Sie warf Israel vor, einen Völkermord zu planen.

Antonio Tajani kritisiert Verbot pro-palästinensischer Proteste in Frankreich

Antonio Tajani, Italiens stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister, sagte auf dem Radiosender RTL 102.5: "Frankreich trifft seine eigenen Entscheidungen, aber Demonstrationen in einem demokratischen Land zu verbieten, wenn sie nicht gewalttätig sind, scheint mir nicht fair zu sein, wenn es keine Anzeichen dafür gibt, dass die Proteste eskalieren könnten (...) Friedliche Demonstrationen finden in den Vereinigten Staaten statt, dem Land, das sich am meisten für die Verteidigung der Israelis einsetzt, einschließlich der Präsenz der [US]-Marine vor der Küste des Libanon, und auch im Vereinigten Königreich wurden Demonstrationen abgehalten. Wenn Proteste gewalttätig werden, ist das eine andere Frage, wenn es Sicherheitsbedrohungen gibt, ist das eine andere Frage."

Der französische Staatsrat hat später das Verbot für pro-palästinensische Proteste aufgehoben.

Boris Pistorius im Libanon

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius hat den Libanon besucht. Er inspizierte die deutschen UNIFIL-Truppen. Deutschland hat sich verpflichtet, Israel im Namen seiner "historischen Solidarität" zu verteidigen.

Scholz kritisiert Russlands Haltung zum israelisch-palästinensischen Konflikt

Bundeskanzler Olaf Scholz sagte in seiner Rede zum israelisch-palästinensischen Konflikt vor dem Bundestag: "Ich bin mehr als empört, wenn der russische Präsident überall davor warnt, dass es Opfer geben könnte, zivile Opfer, militärische Zusammenstöße. Zynischer geht es wirklich nicht."

Erste Militärübung der Europäischen Union

Die Streitkräfte der Europäischen Union simulierten ab der US-Militärbasis in Rota, Spanien, eine Militäroperation mit einer amphibischen Landung. Dies ist die erste Übung, die von den Streitkräften der Union durchgeführt wird.

Der Hohe Vertreter, Josef Borrell, wurde vom Vorsitzenden des EU-Militärausschusses, General Robert Brieger, und dem spanischen Verteidigungschef, General Teodoro E. López Calderón, begleitet.

An der Übung nahmen 25 Flugzeuge, 6 Schiffe und 2800 Mann teil. Zu den 31 beteiligten Einheiten gehörten Infanterie, Marine, Luft, Spezialoperationen, Weltraum und Cybereinheiten.

Gemäß den Verträgen können die Streitkräfte der Europäischen Union nur unter dem Kommando der NATO handeln, die allein für die Verteidigung der Union verantwortlich ist.

Seit 2019 befindet sich auf diesem US-Stützpunkt das Hauptquartier der Union Naval Force. Es ist dieser Ort, von wo die "Operation Atalanta" geführt wird, um die Piraterie im Golf von Aden und vor der Küste Somalias zu bekämpfen. EU-Schiffe laufen den US-Marinestützpunkt in Dschibuti an.

EU-Rat zu den Auswirkungen des Gaza-Konflikts

Der Präsident des Rates der Europäischen Union, Charles Michel, hat einen Gipfel zu den europäischen Auswirkungen des Krieges in Israel/Palästina einberufen.

Frankreich, das pro-israelische Demonstrationen erlaubte, hat pro-palästinensische Demonstrationen verboten, aber dann aufgehoben

Deutschland hat Israel im Namen seiner "historischen Verantwortung" militärische Unterstützung zugesagt.

Nikol Paschinjan schreibt die Geschichte des Untergangs der Republik Arzach neu

Der armenische Ministerpräsident Nikol Paschinjan sprach vor dem Europäischen Parlament. Er versprach, "bis Ende dieses Jahres ein Friedensabkommen zu unterzeichnen" und die Beziehungen zu Aserbaidschan zu normalisieren, und wiederholte seine Anklage gegen seine Partner in der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS). Ihm zufolge hätten die Länder, die "bilaterale Sicherheitsverpflichtungen" gegenüber Armenien hatten, während der Eskalation an der armenisch-aserbaidschanischen Grenze im Mai 2021 "nichts getan, um uns zu helfen". "Sie haben uns allein gelassen", betonte der armenische Regierungschef.

Er sagte auch, dass Armenien "bereit ist, sich der Europäischen Union anzunähern, soweit die Europäische Union es für möglich hält". Er dankte den Abgeordneten dafür, dass sie den Exodus der Einwohner von Bergkarabach nach dem Blitzsieg der aserbaidschanischen Streitkräfte als "ethnische Säuberung" bezeichnet hatten.

Ein hochrangiger Beamter des russischen Verteidigungsministeriums kommentierte: "Wir halten diese Rede für absolut unverantwortlich und provokativ, insbesondere im Hinblick auf Russland und die russisch-armenischen Beziehungen."

Die Ukraine kann keine Finanzierung mehr bekommen

Der ukrainische Finanzminister Serhij Martschenko sagte Reuters auf dem Gipfel der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds in Marrakesch: "Ich sehe viel Müdigkeit, ich sehe viele Schwächen bei unseren Partnern, sie würden den Krieg gerne vergessen, aber der Krieg geht immer noch weiter, in großem Maßstab."

Die Ukraine hat nur 5,4 Milliarden Dollar erhalten, während ihr Defizit im Jahr 2024 43 Milliarden Dollar betragen wird.

Die USA sind mit den bevorstehenden Wahlen beschäftigt und der Krieg im Nahen Osten hat Vorrang vor dem Krieg in der Ukraine.

Ukraine greift zwei russische Flughäfen an

Die Ukraine behauptet, mehrere Flugzeuge auf zwei von Russland besetzten Flughäfen in Luhansk und Berdjansk zerstört zu haben. Es wird vermutet, dass sie US-Langstreckenraketen eingesetzt hat.

Diese Flughäfen befinden sich in den Regionen der Ukraine, die sich per Referendum für den Beitritt zur Russischen Föderation entschieden haben.

Wolodymyr Selenskyj wird nicht nach Jerusalem reisen

Der ukrainische Präsident [Wolodymyr Selenskyj](#), der Israel besuchen wollte, wurde von der israelischen Einheitsregierung abgewiesen.

Die Oppositionsführer Yair Lapid und Benny Ganz haben sich der Regierung von Benjamin Netanjahu angeschlossen. Sie sehen in ihm einen Verbündeten der ukrainischen "integralen Nationalisten", die sie als "Juden-Massakrierer" bezeichnen.

Am 17. Januar 1923 setzte die Zionistische Weltorganisation (WSO) eine Untersuchungskommission über die Aktivitäten ihres Verwalters, des Ukrainers Wladimir Jabotinsky, ein. Er hatte mit Symon Petljura, dem Präsidenten der Ukrainischen Volksrepublik, und seinem Sonderberater Dmitro Donzow ein Abkommen gegen die Sowjets unterzeichnet. Petljuras Männer massakrierten jedoch weiterhin Juden, während die Sowjets sie schützten. Jabotinsky weigerte sich, sich vor der Kommission zu rechtfertigen und zog vor, zurückzutreten. Anschließend kämpfte er an Seiten der Briten, ging ins Exil

nach New York und nahm Benzion Netanjahu, den Vater von Benjamin Netanjahu, als seinen Privatsekretär.

Neue Archivdokumente zu den Massakern an Juden durch ukrainische Integrale

Russia Today hat zahlreiche Dokumente aus den Archiven des KGB eingesehen. Sie zeugen von den Verbrechen, die von ukrainischen "integralen Nationalisten" an Juden begangen wurden.

Wladimir Putin telefoniert mit den Protagonisten des palästinensisch-israelischen Krieges

Der russische Präsident Wladimir Putin erreichte telefonisch aus dem Kreml alle Protagonisten des israelisch-palästinensischen Krieges, mit Ausnahme der Muslimbruderschaft.

- Den israelischen Ministerpräsident Benjamin Netanjahu.
- Palästinenserpräsident Mahmud Abbas.
- Den ägyptischen Präsident Abdel Fattah al-Sisi.
- Den syrischen Präsident Baschar al-Assad.
- Den iranischen Präsident Ebrahim Raisi.

Russland hebt die Ratifizierung des CTBT auf

Die Staatsduma hat die Ratifizierung des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) widerrufen. Die Russische Föderation hält jedoch an ihrer Unterschrift fest.

AFRIKA

Ägypten strebt umfassende Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts an

Ägypten schlägt einen regionalen und internationalen Gipfel vor, um die Entwicklung und Zukunft der palästinensischen Causa zu

diskutieren, die Kommunikation mit allen Partnern fortzusetzen, um die Gewalt zu reduzieren, die Angriffe auf Zivilisten zu beenden und humanitäre Hilfe zu leisten.

Kairo will, dass die USA, China, Frankreich, Deutschland, die Türkei, Saudi-Arabien, Jordanien und die Vereinigten Arabischen Emirate an dem Gipfel teilnehmen.

Humanitäre Hilfe von Ägypten endlich möglich

Die Vereinigten Arabischen Emirate, Tunesien, die Türkei und Russland haben in Lagerhäusern des ägyptischen Flughafens El-Arish tonnenweise humanitäre Hilfsgüter angehäuft. Diese saßen seit mehreren Tagen dort fest. Sie sollen von der UNRWA und dem Roten Kreuz verteilt werden, nachdem Israel auf Ersuchen der Vereinigten Staaten die Einreise in den Gazastreifen erlaubt hat.

Ägypten seinerseits hat die Grenze geschlossen gehalten, um US-Bürger daran zu hindern, den Gazastreifen auf eigene Faust zu verlassen, was ein Massaker an den Bewohnern des Gazastreifens ermöglicht hätte.

Ägyptisch-türkische Gespräche

Präsident Al-Sisi hielt eine Diskussionsrunde hinter verschlossenen Türen mit seinen wichtigsten Militär- und Sicherheitsberatern und einer hochrangigen türkischen diplomatischen und sicherheitspolitischen Delegation unter der Leitung des türkischen Außenministers Hakan Fidan ab. Beide Seiten einigten sich darauf, engere Sicherheitstreffen über die explosive Situation in Gaza abzuhalten. Die türkische Delegation teilte der ägyptischen Seite mit, dass Präsident Recep Tayyip Erdogan voll und ganz bereit sei, Ägypten in zwei Sachen zu helfen: Wie soll mit dem Druck auf den möglichen Bevölkerungstransfer umgegangen werden? und zweitens über die Bereitstellung von Hilfe für die Menschen in Gaza, falls Ägypten beschließt, seine Grenze zum Gazastreifen zu öffnen.

Beide Seiten einigten sich auf den Bau einer diplomatischen Mauer, um das israelisch-amerikanische Projekt des Bevölkerungstransfers zu blockieren.

Ägypten unterstützt Berichten zufolge die Muslimbruderschaft im Sudan

Nach Angaben des *Wall Street Journal* hat Ägypten türkische Bayraktar-Drohnen an Abdel Fattah al-Burhan, den Befehlshaber der sudanesischen Armee, geliefert, obwohl er mit der Muslimbruderschaft verbündet ist.

Sofort hat die sudanesisch-Armee sie benutzt, um damit vier Stützpunkte der Schnelleinsatzkräfte von Mohamed Hamdan Dogolo (bekannt als "Hemeti") anzugreifen.

Israel evakuiert seine Botschaft in Marokko

Israel hat nach einem aggressiven Volksprotest beschlossen, seine Botschaft in Marokko zu evakuieren und alle seine Mitarbeiter zurückzuholen.

ASIEN

Israelischer Verteidigungsminister vom Amt des Premierministers verbannt

Im Juni verbot der Generalsekretär der Regierung, Tzahi Braverman, dem Verteidigungsminister Yoav Gallant, das Büro des Premierministers im Armeehauptquartier zu betreten. Dieses Verbot ist nach wie vor in Kraft.

Der Premierminister hatte gezögert General Gallant abzusetzen.

Benjamin Netanjahu beschließt, gegen den Rat einiger seiner Minister Gaza zu bombardieren

Premierminister Benjamin Netanjahu brauchte 7 Tage, um seine Oppositionsführer in seine Regierung zu holen und ein Kabinett der nationalen Einheit zu bilden. Er weigerte sich,

Voltaire-Netzwerkanalyse

- Paradigmenwechsel in Palästina (2): "[Die israelische Militärzensur verschweigt Ihnen die Wahrheit](#)", von Thierry Meyssan

Das war die wichtigste Information von der Al-Aqsa-Sintflut Operation, aber sie war uns dennoch entgangen. Der Angriff auf Israel wurde nicht von Hamas-Dschihadisten verübt, sondern von vier vereinten bewaffneten Gruppen. Es ist das erste Mal seit fünfzig Jahren, dass sich die Palästinenser in Gaza zusammenschließen.

- Ob es uns gefällt oder nicht, die langen Jahre der Gleichgültigkeit des Westens gegenüber der Notlage der Palästinenser gehen zu Ende. Von nun an muss man anfangen, das Völkerrecht anzuwenden.

- "[Das 9/11 des Nahen Ostens](#)", von Manlio Dinucci

Die offizielle Version des Angriffs der Hamas auf Israel ist unmöglich. Laut CNN konnte die Hamas seit eineinhalb Jahren in sechs Militäreinrichtungen in Gaza trainieren. Diese Vorbereitung war seit Mai im Libanon Gegenstand von Gerüchten. Dies führte im September zu einer tödlichen Schlacht zwischen palästinensischen Fraktionen in Saida. Am 30. September rief der ägyptische Geheimdienstminister Kamel Abbas persönlich den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu an, um ihn zu warnen. Eine private israelische Sicherheitsfirma beschlagnahmte den Schabak in den folgenden Tagen. Die CIA informierte am 5. Oktober auch den Mossad. Es ist unmöglich, dass Israel überrascht wurde. Darüber hinaus wurden, wie Manlio Dinucci betont, keine routinemäßigen Sicherheitsverfahren angewandt. Und die Armee brauchte 5 Stunden, um einzugreifen. Die Frage ist also, warum Benjamin Netanjahu 1300 seiner Mitbürger sterben ließ?

seine jüdischen Suprematisten zu entlassen, und schuf so einen Kriegsrat innerhalb der Regierung, aus dem sie ausgeschlossen wurden.

Bereits bei der ersten Sitzung des Rates kam es zu einem heftigen Streit zwischen dem derzeitigen Verteidigungsminister Yoav Gallant und seinem Vorgänger und Oppositionsführer Benny Gantz über die Bombardierung des Gazastreifens. Der Premierminister wandte sich daraufhin an den ehemaligen Stabschef Gabi Ashkenazy, einen absoluten Befürworter des Bombardierung. Er wurde als Beobachter in den Kriegsrat aufgenommen.

Die Bombardierung des Gazastreifens konnte also beginnen.

Das Kriegskabinett scheint das Leben der 199 Gefangenen des palästinensischen Widerstands nicht mehr zu berücksichtigen. Das ist eine völlige Kehrtwende seiner Strategie.

Laut Seymour Hersh plane Tsahal einen Bombenteppich durch JDAM

Laut [Seymour Hersh](#) hat das israelische Kriegskabinett beschlossen, Gaza-Stadt zu bombardieren, um es mit durchschlagenden JDAM-Bomben (Joint Direct Attack Munition) in Schutt und Asche zu legen.

Diese GPS-gesteuerten Geräte, bis zu zwei Tonnen schwer, können zwischen 30 und 40 Meter in den Untergrund eindringen und alles im Umkreis von 400 Metern zerstören. Das Heer würde dann entsandt werden, um die Überlebenden zu eliminieren.

Berichten zufolge soll der Generalstab jedoch angedeutet haben, dass die 360 000 Reservisten nicht kampffähig seien. Ihre Ausbildung beschränkt sich auf die Polizeiarbeit und die Bewachung von Grenzposten. Laut Seymour Hersh haben die Vereinigten Staaten vergeblich versucht, Katar davon zu überzeugen, eine Zeltstadt für eine Million Menschen im Süden des Gazastreifens zu finanzieren.

Israels Regierung gelähmt

Israels Koalitionsregierung ist in dieser Krisenzeit gelähmt. Mehrere Schlüsselministerien (Nationale Sicherheit, Bildung, Information, Nachrichtendienste und Kultur) haben immer noch keine Generaldirektoren.

Das Büro des israelischen Premierministers weigert sich, mit General Roni Numa zusammenzuarbeiten

Das Büro des israelischen Premierministers weigert sich, mit dem Team für die Reparatur der Infrastruktur der Streitkräfte zusammenzuarbeiten, das von Reservegeneral Roni Numa befehligt wird.

General Numa hat an zahlreichen Protesten gegen den Putsch von Benjamin Netanjahu teilgenommen. Er reichte zusammen mit anderen pensionierten Beamten beim Obersten Gerichtshof eine Petition gegen das Gesetz ein, das es der Justiz verbietet, unvernünftige Entscheidungen der Exekutive und der Legislative aufzuheben.

Der Premierminister ernannte Moshe Edri, Generaldirektor der israelischen Atomenergiekommission, zum Leiter der Abteilung für die Reparatur der Infrastruktur innerhalb des Finanzministeriums des jüdischen Suprematisten, Bezalel Smotrich. Es gibt jedoch keinen Text, der die Beziehung zwischen den beiden konkurrierenden Einheiten klärt.

Informationskrieg gegen X

Elon Musk, Eigentümer von X (ehemals Twitter), hat seinen Vertrag mit dem israelischen Unternehmen *ActiveFence* gekündigt. Es war dafür verantwortlich, festzustellen, welche Konten anti-israelische Informationen verbreiteten.

Die 2020 gegründete israelische NGO *FakeReporter* prangert eine Reihe von Berichten an, die sie für falsch hält und die

regierungsfeindliche Informationen über Netanjahu wiedergeben. Diese Organisation hat sich auf die Bekämpfung von Netzwerken spezialisiert, die sie für iranisch hält.

Informationsminister verliert gegen Militärzensur

Die Zensur des israelischen Militärs ist derart, dass Informationsminister Distel Atbaryan mitten im Krieg zurücktrat.

Antiarabische Pogrome im besetzten Westjordanland

Nach Angaben der israelischen Menschenrechtsgruppe B'Tselem haben Siedler im Westjordanland seit Beginn der Operation Al-Aqsa-Sintflut 58 Palästinenser getötet.

Israel verhaftet Verdächtige im besetzten Westjordanland

Seit Beginn der Operation Al-Aqsa-Sintflut hat Israel 524 palästinensische Terrorverdächtige im besetzten Westjordanland festgenommen, darunter 330 mutmaßliche Mitglieder der Hamas

Wafa betont, dass das Vorgehen der Hamas nicht das palästinensische Volk repräsentiere

Die offizielle palästinensische Nachrichtenagentur Wafa veröffentlichte einen Bericht über die Gespräche zwischen dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, und dem venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro, in dem es hieß: "Präsident [Abbas] betonte, dass die Politik und die Handlungen der Hamas nicht das palästinensische Volk repräsentieren, und fügte hinzu, dass die PLO die einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes sei."

Die Depesche wurde von der Website der Wafa entfernt.

Mahmud Abbas sanktioniert einen hochrangigen Fatah-Politiker

Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, soll Abbas Zaki, ein Mitglied des Zentralkomitees der Fatah, sanktionieren. Letzterer hat öffentlich die Operation "Al-Aqsa-Sintflut" des Vereinigten Palästinensischen Widerstands gelobt und bedauert, dass nur die Fatah nicht daran teilgenommen hat.

Abbas Zaki wird in die lange Liste der Fatah-Kader aufgenommen, die Gegner der Linie von Präsident Mahmud Abbas sind.

Muslimbruderschaft beklagt schwaches Engagement der Hisbollah

Khaled Meshaal, Vorsitzender des Politbüros der Hamas, machte die libanesische Hisbollah für ihre Untätigkeit verantwortlich. Seiner Meinung nach ist das, was die Hisbollah getan hat, gut, aber immer noch zaghaft und zögerlich.

Hisbollah blendet Tsahal an der Nordgrenze

Scharfschützen der Hisbollah begannen, israelische Überwachungskameras an der libanesischen Grenze zu zerstören.

Israel hat die Bevölkerung von 28 Siedlungen an der Nordgrenze evakuiert, wo es die Armee eingesetzt hat.

Libanons Muslimbruderschaft als Rettung

Jamaa Islamiya, der libanesische Ableger der Muslimbruderschaft, behauptet, an der Operation "Al-Aqsa-Sintflut" beteiligt gewesen zu sein. Er kündigt an, dass er sich auf einen größeren Kampf vorbereite.

Protest vor US-Botschaft im Libanon artet aus

Demonstranten griffen das Campus der US-Botschaft im Libanon an. Die libanesische Armee schützte das Anwesen. Das US-Außenministerium hat beschlossen, nicht unbedingt notwendiges Botschaftspersonal zurückzuholen. Es sprach eine Warnung an US-Bürger aus und forderte sie auf, den Libanon zu verlassen.

Absage des Gipfels von Joe Biden in Jordanien

In Jordanien kam es nach Berichten über einen Besuch von US-Präsident Joe Biden zu Protesten. Die Demonstranten skandierten: "Der Gesandte [Mohammed] ist unser Führer, der Dschihad ist unser Weg, die Hamas ist unsere Bewegung und Al-Qassam ist unsere Armee."

Die Mehrheit der jordanischen Bevölkerung sind palästinensische Einwanderer.

Joe Bidens Reise wurde abgesagt. Er sollte ein Gipfeltreffen mit dem jordanischen König Abdullah, dem ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi und dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, abhalten.

Joe Biden übt Druck auf den Irak aus

US-Präsident Joe Biden rief den irakischen Premierminister Mohammed Shia al-Sudani an damit er als Vermittler mit dem Iran handelt. Er sagte ihm, dass die Vereinigten Staaten "Sanktionen" (d.h. einseitige Zwangsmaßnahmen) gegen die irakische Bevölkerung verhängen würden, wenn iranische Waffen auf ihrem Weg in den Libanon, nach Syrien oder Palästina durch sein Land kämen oder wenn irakische Milizen in den Konflikt eingreifen würden.

Die Presse des Nahen Osten berichtet, dass die iranischen Revolutionsgarden eine gemeinsame Operationskammer des Vereinigten

Palästinensischen Widerstands, der libanesischen Hisbollah, der Syrisch-Arabischen Armee und der irakischen schiitischen Milizen geschaffen haben. Die Existenz dieses gemeinsamen Stabs ist jedoch nicht bestätigt.

Marginalisierte Muslimbruderschaft im Jemen

Ansar Allah (im Westen als "Huthis" bekannt, in Anlehnung an ihren Anführer, den verstorbenen Hussein Badreddine al-Huthi) hat die Verhandlungen mit der Reformpartei (jemenitischer Zweig der Muslimbruderschaft) abgebrochen.

Die Muslimbruderschaft wird sowohl von Saudi-Arabien (Wahhabiten) als auch von Ansar Allah (Zaidi, vom Iran unterstützt) marginalisiert.

Indirekte Verhandlungen zwischen Washington und der Hamas

Washington hat Katar gebeten, ein Abkommen mit der Hamas auszuhandeln. Alle zivilen Geiseln, einschließlich der Amerikaner, würden freigelassen werden... im Gegenzug für eine medizinische und Nahrungsmittelhilfe für Gaza. Die Hamas verlangte daraufhin eine genaue Liste dieser Gefangenen und wies darauf hin, dass nur Zivilisten Gegenstand eines Abkommens sein könnten. Das Militär kann nur mit palästinensischen Gefangenen in Israels Hochsicherheitsgefängnissen ausgetauscht werden. Die Hamas erklärte, dass manche Personen, von denen man denkt, dass sie in Gaza gefangen gehalten würden, möglicherweise in Israel gestorben sind. Sie erinnerte daran, dass die Gefangenen unter den vier Gruppen des Vereinigten Palästinensischen Widerstands aufgeteilt wurden und dass sie nicht befugt sei, diejenigen freizulassen, die von der PFLP oder dem Islamischen Dschihad festgehalten werden. Darüber hinaus erklärte die Hamas, dass einige Gefangene unter israelischem Beschuss gestorben seien und dass es lange dauern werde, eine genaue Liste zu erstellen.

Türkiye übt Mäßigung im israelisch-palästinensischen Konflikt

Allen Widrigkeiten zum Trotz hat sich der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan in seinen öffentlichen Reden der palästinensisch-israelischen Frage mit Mäßigung genähert. Er benutzte nicht seine alte Phrase, dass Israel ein "terroristischer Staat" sei, und ließ den israelischen Botschafter nicht von seinem Außenministerium einbestellen, um seine Empörung auszudrücken.

Die Türkei achtet sehr darauf, nicht so zu erscheinen, als wollte sie die Hamas in eine Konfrontation treiben, und pflegt ihre Beziehungen zu Israel. Diese wurden während des Treffens zwischen Präsident Erdoğan und dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu anlässlich der Generalversammlung der Vereinten Nationen vollkommen wiederhergestellt.

Präsident Erdoğan hatte den letzten Hamas-Kongress in seinem Land organisiert.

US-Marinegruppen sind bereit für ethnische Säuberungen

Nach Angaben der Türkei erklärten die USA ihnen, dass die beiden Flugzeugträger, die *USS Gerald Ford* und die *USS Eisenhower*, und ihre Begleitschiffe, die vor der Küste Israels stationiert wurden, bereit seien, die Zivilbevölkerung aus Gaza zu "evakuieren".

Der Iran übt keinen Druck auf die Hisbollah aus

Der iranische Außenminister Hossein Amirabdollahian besuchte Beirut. Er traf sich mit dem Generalsekretär der Hisbollah, Hassan Nasrallah, der ihn über die Pläne des libanesischen Widerstands für den Fall eines Einmarsches der israelischen Armee in den Gazastreifen informierte.

Der Minister rief die „Einheit Israel“ zur Vorsicht auf.

Im schiitischen Recht ist die Kriegserklärung ein Vorrecht des Revolutionsführers Ayatollah Ali Khamenei (*Velayat-e faqih*). Die Hisbollah ist jedoch autonom. Während des Krieges von 2006 beschloss sie, gegen Israel zu kämpfen, ohne den Ayatollah zu informieren.

Iran bestätigt, dass die Hisbollah bereit ist, die Einwohner des Gazastreifens zu verteidigen

Der iranische Außenminister [Hossein Amir-Abdollahian](#) sagte im Fernsehen: "Für die Hisbollah gibt es alle möglichen Optionen und Szenarien. Alles wurde in ihren Berechnungen richtig berücksichtigt, und die Führer des Widerstands werden nicht zulassen, dass das zionistische Regime in der Region agiert. Vorbeugende Maßnahmen sind in den kommenden Stunden möglich."

Das indische Recht erlaubt keine Legalisierung der Homo-Ehe

Der Oberste Gerichtshof Indiens hat die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen an den Gesetzgeber verwiesen.

Sergey Lawrow in Pyongyang

Der russische Außenminister Sergej Lawrow besuchte Nordkorea. Er versicherte Pjöngjang, dass Russland die Bemühungen des Landes, seine nationalen Interessen zu verteidigen, trotz der Hindernisse, die ihm von den Vereinigten Staaten auferlegt werden, "voll und ganz" unterstütze.

Die russisch-koreanische Annäherung wird im Westen als "Allianz der Diktaturen" interpretiert. Im Gegenteil, Südkorea sieht darin eine Warnung vor einer möglichen Investition Seouls an der Seite Kiews.

China klärt seine Position zum israelisch-palästinensischen Konflikt

Nachdem der chinesische Außenminister Wang Yi die Botschafter der arabischen Länder in Peking auf deren Ersuchen empfangen hatte,

skizzierte er die vier Prioritäten, die China angesichts des Ernstes der aktuellen Lage für dringend hält.

- Erstens: Stoppen Sie die Kämpfe so schnell wie möglich, verhindern Sie, dass sie sich endlos ausbreiten, und verhindern Sie eine weitere Verschlechterung der Situation.
- Zweitens ist es unabdingbar, das humanitäre Völkerrecht zu achten, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, so schnell wie möglich humanitäre Hilfe zu leisten und eine schwere humanitäre Katastrophe zu verhindern.
- Drittens müssen die betroffenen Länder Ruhe bewahren und Zurückhaltung üben, eine objektive und faire Position einnehmen, auf eine Deeskalation des Konflikts hinarbeiten und einen noch größeren Schlag für die regionale und internationale Sicherheit vermeiden.
- Viertens sollte die UNO ihre Rolle bei der Lösung der Palästinenserfrage spielen. Der UN-Sicherheitsrat muss in dieser Hinsicht wichtige Verantwortung übernehmen, so schnell wie möglich einen internationalen Konsens herstellen und konkrete Schritte dazu unternehmen.

China investiert noch mehr in die "Belt and Road"-Initiative

Die wichtigsten Geldgeber der "Belt and Road"-Initiative, die China Development Bank und die Export-Import Bank of China (Eximbank), werden fast 100 Milliarden US-Dollar an zusätzlichen Krediten in das Projekt investieren, kündigte der chinesische Präsident Xi Jinping bei der Eröffnungszereemonie des dritten internationalen Belt and Road Forums an.

Erratum

In einigen Ausgaben haben wir fälschlicherweise die Wahl Perus in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (HRC) angekündigt.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Weltgesundheitsorganisation verurteilt israelischen Befehl zur Evakuierung von Krankenhäusern in Gaza

Die [Weltgesundheitsorganisation](#) (WHO) hat Israels wiederholte Evakuierungsanordnungen für 22 Krankenhäuser im Norden des Gazastreifens, in denen mehr als 2000 Patienten behandelt werden, scharf verurteilt. "Das Leben vieler schwerkranker oder gebrechlicher Patienten steht auf dem Spiel. Menschen auf der Intensivstation oder an Beatmungsgeräten, Menschen mit Hämodialyse, Neugeborene in Inkubatoren, Frauen mit Schwangerschaftskomplikationen und andere Patientengruppen sind unmittelbar von einer Verschlechterung oder vom Tod bedroht, wenn sie gezwungen sind, ihre Einrichtungen zu verlassen und während der Evakuierung von der lebensrettenden Versorgung abgeschnitten zu werden."

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltaire.net.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°58 - 27. Oktober 2023

LEITARTIKEL

Die vorausschauenden Analysen von General Yitzhak Brik

Während die israelische Presse über die "Prophezeiungen" von General Yitzhak Brik spricht, traf sich Premierminister Benjamin Netanjahu am 22. Oktober 2023 mit ihm. Der Inhalt ihres Interviews wurde nicht enthüllt. Wir wissen nur, dass der General den Rücktritt des Chefs des Militärgeheimdienstes (Aman) und des Chefs des Südkommandos forderte.

Seit 2015 warnen viele Spezialisten vor dem Verfall der israelischen Armee. General Yitzhak Brik verursachte ein Trauma, indem er Sachen bei ihrem Namen nannte und den Stabschef, General Gadi Eisenkot, beschuldigte. Die Knesset hörte ihn im Dezember 2018 an.

General Yitzhak Brik beginnt mit einer Feststellung: "Jeder, der heute die Ausbildungsstützpunkte besucht, wird nicht einmal einen Hauch von Kampfgeist verspüren. So lässt sich die geringe Kompetenz der Einheiten und die mangelnde Motivation der Kombattanten, sich gut auf den nächsten Krieg vorzubereiten, nachvollziehen. Noch schlimmer ist die Situation unter den hohen Offizieren: Sie hoffen, dass ein Wunder geschieht und dass während ihrer Amtszeit kein Krieg ausbricht". Es sei daher notwendig, "die Heiligung des Sieges und die Wiederbelebung des Ethos der Selbstaufopferung als Eckpfeiler der Werte von Tsahal zu setzen".

Auf organisatorischer Ebene prangerte er die Art und Weise an, in der der Chef des Verteidigungsstabs vom Verteidigungsminister aus politischen Gründen ernannt wurde. Er prangerte auch die Tatsache an, dass der Befehlshaber des Heeres auch für die Unterbringung der Stäbe der Luftwaffe und der Marine verantwortlich sei. Er habe daher keine Zeit, sich im Detail mit seiner eigenen Armee auseinanderzusetzen. Zudem prangerte er die Aufgabe des stellvertretenden Generalstabschefs der Streitkräfte an. Er sei mit seinem Aufstieg beschäftigt und habe keine Zeit für seine Mission.

Was die Führung betrifft, so wurde die Verjüngung der Armee durch die Entlassung erfahrener Offiziere erreicht. Die jetzigen Offiziere seien nicht in der Lage, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und versteckten sich hinter Lügen. Dies mache sich vor allem bei internen Untersuchungen bemerkbar. (...)

(...) Israels Strategie basiere auf der Idee, dass israelischer Boden niemals zum Schauplatz von Operationen werden würde. Das ist absurd: Morgen werden die Kämpfe von Raketen und Drohnen dominiert sein. Die Eiserne Kuppel [Iron Dome Flak] habe nicht genug Munition. Die ersten Gemeinden, die angegriffen werden, werden nicht auf die Hilfe der Armeen zählen können und müssten sich selbst verteidigen.

AMERIKA

Joe Bidens Rede nach seiner Rückkehr aus Israel

Nach seiner Rückkehr von Israel nach Washington hielt Präsident Joe Biden eine Fernsehansprache an seine Mitbürger. Er zog eine Parallele zwischen der Situation in der Ukraine und der in Israel. Ihm zufolge versucht der russische Präsident Wladimir Putin, die Ukraine zu zerstören, während die Hamas versucht, Israel zu zerstören. Glücklicherweise stehen ihm die Vereinigten Staaten, die unentbehrliche Nation, im Weg. Er sagte, er habe die israelische Regierung davor gewarnt, sich von Wut blenden zu lassen. "Heute Abend gibt es unschuldige Menschen auf der ganzen Welt, die auf uns hoffen, die an ein besseres Leben wegen uns glauben, die verzweifelt sind, die von uns nicht vergessen werden und die auf uns warten."

Bidens Unterstützung für Israel drückte sich durch seine Reise nach Tel Aviv aus, nämlich die Zusage von mehr als 14 Milliarden Dollar an Hilfgeldern und die tägliche telefonische Abstimmung mit dem Premierminister. Der Präsident forderte Israel jedoch auf, die Zivilbevölkerung zu respektieren. Er ist besorgt, nicht so sehr über den Angriff auf Gaza, sondern über die Folgen, die sie für die Vereinigten Staaten haben könnte. Das Pentagon wurde bereits fast auf allen seinen Stützpunkten im Nahen Osten unter Beschuss genommen.

US-Militäreinsatz in der Nähe des Gazastreifens

Seit dem Angriff des vereinigten palästinensischen Widerstands auf Israel haben 97 US-Transportflugzeuge mit Israel eine Luftbrücke errichtet. Sie transportieren Ausrüstung nach Israel selbst (62 Flugzeuge), aber auch nach Zypern (20 Flugzeuge) und Jordanien (15 Transportflugzeuge, 2 Fallschirmstaffeln und Spezialeinheiten).

Diese Kräfte ergänzen die Marinegruppe der USS *Gerald Ford*, die bereits vor Gaza liegt, und die der USS *Eisenhower*, die gerade Gibraltar passiert hat.

Pentagon-Ratschläge an Tsahal

Das Pentagon informierte die IDF über seine Erfahrungen gegen Daesch in Mossul, Irak. Die USA hatten es nur geschafft, die Dschihadisten zu besiegen, indem sie die Stadt dem Erdboden gleichmachten. Die US-Generäle haben sich für die Schaffung eines humanitären Korridors im südlichen Gazastreifen eingesetzt, um die internationale Unterstützung während der Vertreibung der Bevölkerung aus Gaza-Stadt aufrechtzuerhalten. Die Operation wird hauptsächlich aus Luftangriffen, wiederholten Bodenangriffen und der Ermordung hochrangiger Hamas-Mitglieder bestehen. All dies wäre Teil eines langen Krieges, dessen Ziel ist, Tod und Zerstörung in den Reihen der Hamas zu säen.

Rücktritt eines hochrangigen Beamten des US-Außenministeriums

Am 18. Oktober trat Josh Paul als Direktor des Büros für politische und militärische Angelegenheiten des US-Außenministeriums zurück, weil er mit dem "intellektuellen Bankrott" der Biden-Regierung nicht einverstanden war.

Er hatte in Bagdad für die provisorische Koalitionsbehörde gearbeitet (2004-05), als parlamentarischer Assistent des demokratischen Abgeordneten Steve Israel (2006) und dann im

Büro von Verteidigungsminister Robert Gates (2007-08) gearbeitet. Er hatte 11 Jahre lang das Büro für politische und militärische Angelegenheiten des Außenministers geleitet.

In einem Brief, der auf *LinkedIn* veröffentlicht wurde, verurteilte er die Ungeheuerlichkeit des Hamas-Angriffs, um umso besser die Reaktion dieser Regierung zu verurteilen: „Die Reaktion dieser Regierung – und eines Großteils auch des Kongresses– ist eine reflexartige Reaktion, die auf voreingenommenen Bestätigungen, politischer Bequemlichkeit, intellektuellem Bankrott und bürokratischer Trägheit basiert.“

Meuterei im Außenministerium

Nach dem Rücktritt von Josh Paul brach laut *Huffington Post* eine Meuterei im Außenministerium aus.

Sie erstreckt sich auf alle Besoldungsgruppen von Beamten von unten nach oben. Es geht nicht darum, die Hamas zu verteidigen, sondern um auf die Notlage der Palästinenser aufmerksam zu machen.

Seit dem Trauma des Vietnamkriegs hat das US-Außenministerium eine "Kette des Dissidenz" aufgebaut. Es handelt sich um ein internes Forum für den Austausch abweichender Meinungen von Beamten. Normalerweise wagt niemand, das Risiko einzugehen, über die Politik des Ministeriums zu debattieren, aber dieses Mal sind die E-Mails, in denen die Blindheit der Regierung gegenüber dem Leiden der Palästinenser angeprangert wird, viel zahlreicher, und Beamte fügen ihre Unterschriften in Scharen hinzu.

Die Wut richtet sich gegen den Einfluss von Antony Blinkens stellvertretendem Stabschef Tom Sullivan. Er ist der Bruder des Nationalen Sicherheitsberaters Jake Sullivan.

Präsident Joe Biden hatte im Wahlkampf angekündigt, dass kein Mitglied seiner Familie in seiner Regierung arbeiten werde. Seiner Ansicht nach war dies eine Maßnahme, um Korruption zu verhindern. Viele Mitglieder

seines Kabinetts haben jedoch Familienmitglieder, die ebenfalls für die hohe Verwaltung arbeiten.

Rebellion im Kongress

411 Mitarbeiter des Kongresses, sowohl aus der jüdischen als auch aus der muslimischen Gemeinschaft, unterzeichneten eine [Petition](#), in der sie die Gesetzgeber aufforderten, sich für einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza einzusetzen und die wahllosen Aktionen der israelischen Armee nicht zu unterstützen.

"Die Stimmen, die nach Deeskalation und Frieden rufen, wurden von denen übertönt, die die Kriegstrommeln schlagen. Als Muslime und Juden sind wir es leid, generationsübergreifende Ängste vor Völkermord und ethnischer Säuberung wieder zu erleben."

US-amerikanische Muslime und Juden gegen Joe Biden

Die muslimische Minderheit in den USA (4,5 Millionen Menschen) empfindet die Unterstützung Israels durch Präsident Joe Biden als Verrat. Sie stellt nur ein Prozent der Bevölkerung dar, könnte aber verhindern, dass Joe Biden die Präsidentschaftswahl gewinnt.

Die jüdische Minderheit in den USA, die nicht viel größer ist (6 Millionen Menschen), demonstriert weiterhin gegen die Unterstützung von Benjamin Netanjahu, den sie für einen blutrünstigen Diktator hält.

Aber diese beiden Minderheiten repräsentieren nicht viel im Vergleich zu den christlichen Zionisten (20 Millionen Menschen). Sie sind davon überzeugt, dass das jüdische Volk in Palästina versammelt werden muss, damit die letzte Schlacht (Armageddon) stattfinden und das Gute über das Böse triumphieren kann.

Ron DeSantis schließt pro-palästinensischen Verein

Auf Ersuchen des Gouverneurs von Florida, Ron DeSantis, haben Floridas öffentliche

Universitäten die Büros der *Students for Justice in Palestine* (SJP) geschlossen. Sie hatten den Angriff der Hamas am 7. Oktober unterstützt.

Diese Entscheidung gilt für die University of North Florida in Jacksonville und die Florida State University in Tallahassee.

Mike Johnson neuer Sprecher des Repräsentantenhauses

Das Repräsentantenhaus hat endlich seinen Sprecher Mike Johnson gewählt, nachdem Kevin McCarthy' s Amtsenthörung und 22 Tage Wartezeit.

Mike Johnson ist ausgebildeter Jurist. Er ist ein evangelikaler Baptistenchrist aus dem Süden. Er engagierte sich in der Alliance Defending Freedom, einer mächtigen Vereinigung, die christliche Anliegen juristisch unterstützt. Seit 2017 wird er für die Republikanische Partei ins Repräsentantenhaus gewählt. Bekannt wurde er durch seinen Kampf gegen Abtreibung und die Rechte von Homosexuellen.

In seiner Antrittsrede sagte er: "Ich glaube, dass jeder von uns heute eine enorme Verantwortung hat, die Gaben, die Gott uns gegeben hat, zu nutzen, um den außergewöhnlichen Menschen dieses großartigen Landes so zu dienen, wie sie es verdienen, und um sicherzustellen, dass unsere Republik das große Leuchtfeuer des Lichts, der Hoffnung und der Freiheit in einer Welt bleibt, die sie dringend braucht. (...) Mögen die Feinde der Freiheit in der Welt uns laut und deutlich hören: Das Haus des Volkes ist wieder im Geschäft."

Veröffentlichung von Beweis für Joe Bidens Korruption

Der Aufsichts- und Rechenschaftsausschuss des Repräsentantenhauses hat eine Fotokopie eines Schecks in Höhe von 200 000 US-Dollar von James Biden an seinen Bruder Joe Biden vom 1. März 2018 für Provision veröffentlicht.

An diesem Tag hatte James Biden 400 000 US-Dollar und 200 000 US-Dollar von der Firma

Americore einkassiert, der er gesagt hatte, dass der Name "Biden" das Geschäft des Unternehmens im Nahen Osten verbessern würde, wie aus den Dokumenten des Insolvenzverfahrens von Americore hervorgeht. Es ist das erste Mal, dass ein Geldtransfer Licht auf die Korruption von Joe Biden wirft.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Peronistischer Kandidat führt argentinische Präsidentschaftswahlen an

Im ersten Wahlgang des argentinischen Präsidenten und des Vizepräsidenten erhielten:

- Sergio Massa und Agustín Rossi (Peronisten) 36,68 % der Stimmen.

Sergio Massa, Kandidat der Union für das Vaterland (UP), ist der derzeitige Wirtschaftsminister. Er hat die Armen (40 % der Bevölkerung sind von Ernährungsunsicherheit betroffen) in einer Zeit anhaltender Inflation (140 % in einem Jahr) unterstützt. Er versprach, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden.

- Javier Milei und Victoria Villarruel (Libertäre) 29,98% der Stimmen.

Javier Milei, Kandidat von *La libertad avanza* (LLA), will den Peso zugunsten des Dollars aufgeben und damit die Zentralbank auflösen. Er beabsichtigt, mit dem kommunistischen China zu brechen und die Bereiche der staatlichen Eingriffe stark zu reduzieren. Er plädiert dafür, Abtreibung unter Strafe zu stellen und sowohl das Tragen von Waffen als auch den Verkauf von Organen zu erlauben.

EUROPA

100 000 Demonstranten in London gegen den Krieg in Gaza

100 000 Menschen demonstrierten in London gegen den Krieg in Gaza. Die Regierung hatte gewarnt, dass jede Unterstützung für die Verbrechen der Hamas hart bestraft würde. Die Prozession marschierte friedlich.

Die Verteidigung des Vereinigten Königreichs und Israels ist an einen Vertrag gebunden, der 2020 unterzeichnet wurde und dessen Text nie veröffentlicht wurde.

Schottland fordert Waffenruhe in Gaza

Der schottische Premierminister Humza Yousaf wiederholte seinen Aufruf an die britische Regierung, einen Waffenstillstand im Gazastreifen zu unterstützen.

Irish-israelische Auseinandersetzung

Der irische Präsident Michael Higgins sagte über Israels Operation in Gaza: "Zu verkünden, dass Sie das Völkerrecht brechen und dies gegen eine unschuldige Bevölkerung tun werden, bedeutet, alles in Stücke zu reißen, was seit dem Zweiten Weltkrieg zum Schutz der Zivilbevölkerung existiert hat."

Die israelische Botschafterin Dana Erlich antwortete, dass es "eine unbewusste Voreingenommenheit gegen Israel in Irland" gebe.

Die israelische Botschaft veröffentlichte ein Quiz: "Irland fragt sich, wer die Terrortunnel finanziert hat? Eine kurze Anweisung der Untersuchung – 1. Finde einen Spiegel 2. Richte ihn auf dich selbst 3 ... Das war's."

US-Präsident Joe Biden hat Irland als "Heimat seines Herzens" bezeichnet.

Falsche Bombenwarnungen in Frankreich

Viele französische Gymnasien, Flughäfen und Museen mussten aufgrund falscher Bombenwarnungen evakuiert werden. Das Schloss von Versailles musste viermal evakuiert werden. Sieben Teenager wurden wegen der Falschmeldungen verhaftet.

Emmanuel Macron ist bereit, den Gaza-Konflikt auszuweiten

Während seines Treffens mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu sagte der französische Präsident Emmanuel Macron: "Frankreich ist bereit, dass die internationale Koalition gegen Daesch, an der wir für Operationen im Irak und in Syrien teilnehmen, auch gegen die Hamas kämpft."

Der Elysee-Palast hat sofort ein Kommuniqué herausgegeben um das Wort zu relativieren.

Sahra Wagenknecht gründet BSW

Die Linke Passionaria Sahra Wagenknecht, hat ihre eigene Partei gegründet, das Sahra Wagenknecht Bündnis (BSW). Sie will ihren humanistischen Kampf gegen die NATO fortsetzen. Heute ist sie eine der beliebtesten Politikerinnen Deutschlands.

Österreichs Karl Nehammer unterstützt Israel

Der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer sprach bei seinem Besuch in Israel von einem "gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus". Er traf sich mit Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und Präsident Isaac Herzog.

Chinesisches Frachtschiff soll BalticConnector-Pipeline beschädigt haben

Nach Angaben des finnischen Nationalen Ermittlungsbüros (BNI) wurde der Vorfall, bei dem am 8. Oktober die Gaspipeline

BalticConnector und zwei unterseeische Telekommunikationskabel beschädigt wurden, durch einen chinesischen Anker verursacht, der am Tatort gefunden wurde. Das Büro versichert, dass er von dem Frachter NewNew Polar Bear stammen würde.

China hat eine genauere Untersuchung beantragt.

Der BalticConnector verbindet Finnland mit Estland. Seit 2019 werden 2,6 Mio. m³ Gas pro Jahr transportiert.

Tschechiens Petr Fiala unterstützt Israel

Der tschechische Ministerpräsident Petr Fiala nannte die Hamas bei seinem Besuch in Israel einen "gemeinsamen Feind". Er traf sich mit Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und Präsident Isaac Herzog.

Slowakei stoppt Militärhilfe für die Ukraine

Der neue slowakische Ministerpräsident Robert Fico sagte: "Wir betrachten die Hilfe für die Ukraine nur als humanitäre und zivile Hilfe, wir werden keine Waffen mehr an die Ukraine liefern."

Die Slowakei ist das erste Nato-Mitglied, das die Bewaffnung der Ukraine einstellt. Sie gab 0,65 % ihres BIP dafür aus. Nach Angaben des IfW Kiel belief sich der Gesamtwert der angekündigten Hilfen, vor allem militärischer Art, zum 31. Juli auf 680 Millionen.

Bisher hat die Slowakei Kampffjets – MiG-29 sowjetischer Bauart, MANPADS (tragbare Boden-Luft-Abwehrsysteme) und ein Luftverteidigungssystem geliefert – sowie Waffen ukrainischer Soldaten repariert.

Für Viktor Orbán verhält sich die EU wie die UdSSR

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sagte, der Druck der Europäischen Union erinnere ihn an den der Sowjets. Er bemerkte,

dass sich die Geschichte manchmal wiederhole. Ihm zufolge zwingt Brüssel Ungarn ein Modell der liberalen Demokratie auf, das es ablehnt. Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, antwortete: "Um ehrlich zu sein, sehe ich keine Ähnlichkeit zwischen der sowjetischen Besetzung Budapests und dem, was in Berlaymont [dem Sitz der Europäischen Kommission in Brüssel] passiert. Ich habe in Berlaymont keinen einzigen Panzer gesehen. Niemand zwingt Ungarn, Mitglied der EU zu bleiben."

Joseph Borrell versichert, dass die Palästinenserfrage wichtig ist

Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, sagte: "In normalen Zeiten, nicht während des Krieges, kommen jeden Tag etwa hundert Lastwagen mit Hilfsgütern nach Gaza. Es liegt also auf der Hand, dass 20 Lkw nicht ausreichen werden (...) Ohne Wasser und Strom können Krankenhäuser kaum arbeiten. Die Großmächte vergaßen die Palästinenserfrage, weil sie dachten, sie würde sich von selbst lösen oder sie sei nicht wichtig. Sie ist wichtig".

Sanktionen gegen Russland sollten jeden Bürger betreffen

Wladyslaw Wlasjuk, Berater von Präsident Wolodymyr Selenskyj, versammelte die ausländischen Botschafter im Hauptquartier der ukrainischen Präsidentschaft. Er stellte die Sanktionen gegen Russland und den Iran vor. Er sagte: "Sanktionen sollten wirklich jeden russischen Bürger treffen. Das wird deutlich machen, dass mit unserem Land etwas nicht stimmt."

Wladyslaw Wlasjuk ist Rechtsanwalt. Jetzt ist er Koordinator der rund hundert Experten der Yermak-McFaul-Gruppe, die sich mit Sanktionen befasst. Bisher hat die ukrainische Präsidentschaft darauf bestanden, dass sich die Sanktionen gegen das Regime von Präsident Wladimir Putin richten, während die integralen Nationalisten gesagt haben, sie wollten die

russische Kultur und das russische Volk zerstören.

Russland schießt zwei MGM-140 ATACMS ab

Russland gab bekannt, dass es zwei MGM-140 ATACMS-Raketen abgeschossen habe, die vom ukrainischen Militär abgefeuert wurden.

Diese Raketen wurden vor ein oder zwei Wochen vom Pentagon an die Ukraine geliefert. Präsident Wladimir Putin versicherte damals, dass sein Land in der Lage sei, sie zu Fall zu bringen. Jede zerstörte MGM-140 ATACMS kostet den US-Steuerzahler 1 Million Dollar.

Russland bereitet sich auf Atomkrieg vor

Russland hielt am Tag des Widerrufs der Ratifizierung des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) Militärübungen ab, um seine nukleare Verteidigung zu testen. Es fanden Trainingsstarts für ballistische Raketen und Marschflugkörper statt. Am selben Tag erhielt der Kreml Vorschläge aus Washington, um über strategische Stabilität und Rüstungskontrolle zu sprechen, "unabhängig davon, was passiert". Der stellvertretende Außenminister Sergej Rjabkow antwortete: "Wir glauben, dass es ohne eine Änderung der zutiefst und grundlegend feindseligen Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Russland einfach unmöglich ist, den Dialog über strategische Stabilität, einschließlich New START, wieder aufzunehmen."

Wladimir Putin wundert sich über die rassistische Diskriminierung des Internationalen Olympischen Komitees

Präsident Wladimir Putin kommentierte die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), russische Athleten nicht zuzulassen, wie folgt: "Dank mancher Führer des derzeitigen Internationalen Olympischen Komitees haben wir gelernt, dass eine Einladung zu den Olympischen Spielen kein bedingungsloses Recht für die besten Athleten ist, sondern ein Privileg (...) Und dass die Spiele

selbst als politisches Druckmittel gegen Menschen eingesetzt werden können, die nichts mit Politik zu tun haben, als plumpe und de facto rassistische Mittel der ethnischen Diskriminierung."

US-Journalistin in Russland verhaftet

Alsu Kurmasheva, eine russisch-amerikanische Journalistin, wurde in Russland verhaftet. Ihr wird vorgeworfen, militärische Informationen gesammelt und ins Ausland weitergegeben zu haben. Die Mitarbeiterin von Radio Free Europe/Radio Liberty war zuvor zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil sie sich nicht als Mitarbeiterin einer ausländischen Macht ("ausländische Agentin") registriert hatte. Radio Free Europe/Radio Liberty ist ein Radiosender, der ausschließlich von der US-Regierung (Kongress, nicht Weißes Haus) finanziert wird.

Nach Evan Gershkovich (Journalist des *Wall Street Journal*) ist sie die zweite amerikanische Journalistin, die in Russland verhaftet wurde.

Armenisch-aserbaidchanische Verhandlungen

In Teheran trafen sich die Außenminister Armeniens, Aserbaidchans, Irans, Russlands und der Türkei. Nach dem Fall der Republik Arzach (Bergkarabach) befürchtete Armenien, dass Aserbaidchan seinen Vorteil nutzen würde, um einen Korridor zu erobern, der es ihm ermöglichen würde, sein Territorium mit der aserbaidchanischen Bevölkerung der Autonomen Republik Nachitschewan zu verbinden. Diese Region proklamierte ihre Unabhängigkeit am Ende der UdSSR und konstituierte eine nicht anerkannte Republik. Sie wurde von Aserbaidchanern, Armeniern und Kurden gleichermaßen beansprucht.

Darüber hinaus ist Armenien dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) beigetreten. Offiziell geht es darum, sich vor einem aserbaidchanischen Einmarsch strafrechtlich zu schützen. Inoffiziell ginge es eher darum, sich von Moskau zu distanzieren, nicht nach der jüngsten Niederlage, sondern

nach dem Sturz des gewählten Präsidenten und der Machtübernahme des von George Soros geförderten Nikol Paschinjan.

AFRIKA

Ägypten könnte Palästinenser für 135 Millionen Dollar aufnehmen

Obwohl Ägypten wiederholt sein Bekenntnis zur Resolution der Arabischen Liga von 1979 bekräftigt hat, die sich gegen die Umsiedlung der Palästinenser aus ihrer Heimat ausspricht, könnte Kairo den Grenzübergang Rafah öffnen.

Während des Krieges von 2008 hatte Ägypten 35.000 Palästinenser aufgenommen, aber Präsident Hosni Mubarak schickte sie später nach Gaza zurück.

Israel und die Vereinigten Staaten hätten Ägypten angeboten, Palästinenser aus dem Gazastreifen in den Sinai zu verlegen, im Austausch für die Streichung der Auslandsschulden Ägyptens in Höhe von 135 Millionen Dollar.

Algerien und Tunesien erwägen Rückzug aus arabischer Friedensinitiative

Algerien und Tunesien glauben nicht mehr an das Prinzip "Land für Frieden" oder die "Zwei-Staaten-Lösung". Beide Staaten könnten sich aus der saudisch-arabischen Friedensinitiative von 2002 zurückziehen. Ihr Rückzug könnte sich auf andere arabische Staaten ausweiten.

Libyen spaltet sich erneut

Das libysche Parlament hat eine Resolution verabschiedet, in der die sofortige Ausweisung der Botschafter der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Italiens und des Vereinigten Königreichs gefordert wird, die Israels Verbrechen in Gaza unterstützen.

Libyen wurde durch den NATO-Krieg in zwei Teile gespalten: Tripolitanien und die Cyrenaika.

Unmittelbar nach dem Sturz der Libysch-Arabischen Dschamahirija installierte die NATO die Muslimbruderschaft an der Spitze Tripolitaniens. Im Gegenteil, Ägypten und Russland hatten Marschall Haftar in der Cyrenaika an die Macht gebracht.

Schließung des israelischen Verbindungsbüros in Rabat

Die Demonstrationen brachten mehrere hunderttausend Menschen zusammen, die größte Menschenmenge seit Jahrzehnten in Marokko, und skandierten: "Das Volk will die Kriminalisierung der Normalisierung." Organisiert wurden sie von der marokkanischen Front zur Unterstützung Palästinas und gegen die Normalisierung, die rund 20 Parteien, Gewerkschaften und Verbände vertritt, und der oppositionsnahen Nationalen Aktionsgruppe Palästina.

Das israelische Verbindungsbüro in Rabat wurde geschlossen. Es ist unklar, ob es sich dabei um eine Entscheidung Israels handelt, seine Mitarbeiter vor dem Zorn der Straße zu schützen, oder um eine Entscheidung des Königspalastes nach Israels Vergeltungsmaßnahmen gegen die Bevölkerung des Gazastreifens.

Israel hatte gerade den marokkanischen Charakter der ehemaligen spanischen Sahara anerkannt.

Mohamed Bazoum soll versucht haben zu fliehen

Nigers gestürzter Präsident Mohamed Bazoum soll mit seiner Familie, zwei Köchen und zwei Leibwächtern versucht haben, zu fliehen. Zwei Hubschrauber einer „fremden Macht“ standen bereit, um ihn nach Nigeria zu evakuieren.

Betrug bei den Kommunalwahlen in Mosambik

Die mosambikanische Comisso Nacional de Eleições (CNE) hat den Sieg der Frente de Libertação de Moçambique (Frelimo) bei 64 der

65 Regionalwahlen verkündet. Sofort brachen zahlreiche Proteste aus, als sich die Beweise für einen weit verbreiteten Betrug gegen die Resistência Nacional Moçambicana (Renamo) häuften.

Somalia von Dschihadisten überwältigt

Der somalische Präsident Hassan Sheikh Mohamud wird nach seinen militärischen Fehlschlägen im August gegen die Dschihadisten von Al Shabaab nicht mehr in Frage gestellt. Er reformierte seine Armeen, ernannte einen neuen Armeekommandeur, Dayah Abdi Abdullah, und entließ General Ahmed Adan Ali, den er drei Monate zuvor ernannt hatte.

Doch Somalia ist inzwischen von allen im Stich gelassen. Es kann jetzt nur noch auf die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, die Türkei, die Europäische Union und die Vereinigten Arabischen Emirate zählen.

ASIEN

Benjamin Netanjahu Nahestehender, widersetzt sich dem Einmarsch von Tsahal in Gaza

In Israel hat Benjamin Netanjahus ehemaliger Kommunikationschef, Ran Baratz, eine Kampagne gestartet, um den Einmarsch der IDF in Gaza zu verzögern.

Es scheint, der Premierminister versuche sich nicht auf einen Konflikt einzulassen, der für Israel sehr tödlich zu sein scheint. Er könnte seine Zusagen nur unter dem Druck der Bevölkerung absagen.

Israelische Armee präsentiert eine Montage von Übergriffen der Hamas

Das israelische Militär versammelte ausländische Korrespondenten und Sondergesandte, um ihnen eine Videomontage zu präsentieren. Basierend auf Videos, die von GoPro-Kameras der Angreifer vom 7. Oktober und Überwachungskameras aufgenommen

wurden, zeigt die Montage unerträgliche Bilder von grundlosen Misshandlungen.

Die Barbarei der Hamas ist nicht neu. Sie störte Israel nicht, als sie während des Krieges gegen Syrien gegen Jassir Arafats Männer oder in jüngerer Zeit gegen die der PFLP eingesetzt wurde. Damals zögerte Israel nicht, die Hamas zu unterstützen, und Benjamin Netanjahu zögerte nicht, die Al-Qaida-Dschihadisten zu besuchen, die Hamas in Krankenhäusern beherbergte.

Israel legalisiert Folter

Israels Generalstaatsanwältin Galia Baharav-Miara genehmigte die Inhaftierung von Hamas-Terroristen für 90 statt 60 Tage ohne Anwalt.

Es ist allgemein anerkannt, dass der Folter-Schutz von Gefangenen voraussetzt, dass sie innerhalb von 48 Stunden Zugang zu einem Rechtsbeistand haben.

Google deaktiviert GPS-Apps in Israel

Google deaktiviert seine Karten- und GPS-Apps in Israel. Sie könnten vom palästinensischen Widerstand genutzt werden.

Die Geschichte von Yocheved Lifshitz

Zum Zeitpunkt seiner Freilassung durch die Hamas und der Übergabe an das Rote Kreuz wandte sich die israelische Geisel Yocheved Lifshitz (85) an einen ihrer maskierten und bewaffneten Entführer. Sie schüttelte ihm die Hand und sagte: »Schalom!« (Frieden!). Auf einer Pressekonferenz beschrieb sie ihre Entführung: "Als wir fuhren, schlug mich ein Motorradfahrer mit einem Stock. Sie haben mir keine Rippen gebrochen, aber es tat sehr weh in diesem Bereich, was mir das Atmen schwer machte. Sie haben meine Uhr und meinen Schmuck gestohlen (...) Schließlich gingen wir unter Erden und liefen kilometerweit in nassen Tunneln, zwei oder drei Stunden lang in einem Spinnennetz von Tunneln. Wir kamen in einen großen Raum. Wir waren eine Gruppe von 25

Leuten, und sie teilten uns nach unserem Kibbuz auf."

Die Wärter ernährten die Gefangenen mit dem gleichen Essen wie sie selbst. Ein Arzt kam täglich vorbei und versorgte sie mit Medikamenten und Behandlungen, unter anderem eine Geisel, die bei einem Motorradunfall verletzt wurde. "Sie waren sehr besorgt über die Hygiene und machten sich Sorgen über einen Ausbruch einer Epidemie. Wir hatten Toiletten, die sie jeden Tag gereinigt haben." Sie bestand darauf, dass ihre Entführer während ihrer Haft "freundlich" gewesen seien. Sie hätten sich um sie gekümmert und seien "sanft" gewesen. Frau Lifshitz und ihr Mann Oded (83) sind Friedens- und Menschenrechtsaktivisten, die kranke Palästinenser aus dem Gazastreifen zur medizinischen Behandlung nach Israel transportierten.

Mahmoud Abbas brüskiert Joe Biden

Nach Angaben des israelischen Radiosenders *Kan Radio* lehnte Palästinenserpräsident Mahmud Abbas einen Anruf seines US-Amtskollegen Joe Biden während seines Besuchs in Israel ab.

Theophilos III. von Jerusalem verurteilt israelische Bombardierungen

Der griechisch-orthodoxe Patriarch von Jerusalem, [Theophilos III.](#), sagte: "Das griechisch-orthodoxe Patriarchat von Jerusalem verurteilt aufs Schärfste die Bedingungen des israelischen Luftangriffs, der das Territorium seiner Kirche in Gaza-Stadt getroffen hat. Das Patriarchat weist darauf hin, dass die Kirche selbst und ihre Nebengebäude ihre Türen für unschuldige Zivilisten, insbesondere Frauen und Kinder, geöffnet haben, die durch die israelischen Luftangriffe auf Wohnviertel, die in den letzten 13 Tagen fortgesetzt wurden, ihre Häuser verloren haben. Die Bombardierung dieser Einrichtungen ist ein Kriegsverbrechen, das nicht ignoriert werden kann."

Voltaire-Netzwerkanalyse

Paradigmenwechsel in Palästina (3): "[Ein Verbrechen braut sich vor unseren Augen zusammen, werden wir es verhindern?](#)", von Thierry Meyssan

Die israelische Armee bereitet sich vor, in Übereinstimmung mit dem alten Traum der jüdischen Suprematisten den Gazastreifen ethnisch zu säubern. In Israel und in den Vereinigten Staaten erheben sich jedoch viele Bürger gegen dieses Verbrechen. Im Nahen Osten dagegen bereiten sich viele Freiwillige darauf vor, die Bewohner des Gazastreifens zu retten, indem sie den jüdischen Staat angreifen.

Entgegen der Wahrnehmung, die wir von diesem Konflikt haben, ist die Unmöglichkeit, ihn seit 76 Jahren zu lösen, nicht auf den bösen Willen seiner Protagonisten zurückzuführen. Sondern aus der fehlenden Wahl zwischen zwei Systemen: einer „regelbasierten Weltordnung“ oder einer Welt "auf der Grundlage des Völkerrechts".

Israelische Flugblätter zu Gaza

Die israelische Luftwaffe warf Flugblätter auf Arabisch über Gaza ab. Darin heißt es: "Wenn Sie eine bessere Zukunft für sich und Ihre Kinder wollen, geben Sie uns bitte konkrete und nützliche Informationen über die Geiseln, die in Ihrer Gegend festgehalten werden. Die israelische Armee versichert Ihnen, dass sie ihr Bestes tun wird, um Ihre Sicherheit und die Ihres Hauses zu gewährleisten, und bietet Ihnen eine finanzielle Belohnung an. Außerdem garantieren wir absolute Diskretion."

Präsident Joe Biden fragte Premierminister Benjamin Netanjahu während seines Besuchs in Israel: Wenn Sie die Hamas zerstört haben, wer wird sie ersetzen?

Proteste in Israel gegen Benjamin Netanjahu

Während die israelische Militärzensur die Berichterstattung über Proteste gegen Premierminister Benjamin Netanjahu verbietet, vervielfachen sich diese in Israel. Die Proteste werden von den Familien der Opfer organisiert, nachdem bekannt wurde, dass sein Kabinett Dokumente vernichtet hatte, aus denen hervorging, dass er vor der Operation "Al-Aqsa-Sintflut" gewarnt worden war.

Ukrainische westliche Waffen in den Händen von Hamas und Hisbollah

Die Hamas verfügt über ein Arsenal westlicher Waffen, die an die Ukraine geliefert wurden. Es ist nicht bekannt, wie sie an sie gelangten.

Die Untersuchung der Videos der Hamas ist unwiderruflich. Die Organisation verfügt über Panzerabwehrraketenwerfer FGM-148 Javelin (aus US-Produktion) und NLAW (aus schwedischer Produktion) sowie AT4-Raketenwerfer aus schwedischer oder US-amerikanischer Produktion.

Israel muss mit schweren Verlusten rechnen, wenn es seine Armee nach Gaza schickt. Der israelische Generalstab hat bereits bestätigt, dass einer seiner Offiziere bei einer Aufklärung in Gaza durch diese Waffen getötet wurde.

Übrigens hat die Hisbollah sie auch an der Grenze von Israel und Libanon vorsichtshalber benutzt.

Im August 2021 enthüllte Newsweek, dass eine Iljuschin-76 eine Lieferung westlicher Waffen im Wert von 100 Millionen Dollar in Teheran gelandet hatte. Damals glaubte man, dass Russland dem Iran Kopien westlicher Waffen lieferte, damit sein Militär sie kopieren konnte. Sie könnten in die Hände der Hamas gelangt sein. Das Pentagon bestritt dies. Im Ernst: Die ukrainische Armee ist so korrupt, dass es einfach ist, Waffen bei ihr zu kaufen. Diese können das Schwarze Meer durchqueren, ohne Hilfe aus Russland oder dem Iran.

Das Engagement der Hisbollah in Gaza

Die Hisbollah glaubt, dass sie die Bewohner des Gazastreifens schützt, indem sie drei israelische Militärdivisionen mit 30 000 Soldaten an der israelisch-libanesischen Grenze festhält.

Das Engagement der Hisbollah wird durch die Resolution 1701 begrenzt, die am Ende des israelisch-libanesischen Krieges 2006 verabschiedet wurde. Der libanesischer Widerstand hat versprochen, den Fluss Litani nicht zu überqueren. Dieses Engagement kann nur durch ein Vorgehen der israelischen Armee gegen Libanon in Frage gestellt werden.

Darüber hinaus haben alle internationalen Nachrichtenagenturen und Medien nach der Ermordung des Reuters-Fotografen und der Verwundung von sechs seiner Kollegen ihre Korrespondenten und Sonderkorrespondenten aus dem Südlibanon abgezogen. Es wird also keine internationale Berichterstattung darüber geben, was an dieser Front passiert.

Jordanien in einem Schraubstock

7000 junge Iraker campieren an der jordanischen Grenze. Sie warten darauf, sie passieren zu können, um den "israelischen Satan" zu bekämpfen.

Unterdessen befürchtet König Abdullah nach Angaben jordanischer Beamter, dass Ägypten sich dem internationalen Druck beugt und die Rafah-Grenze öffnen wird, was die Übersiedlung von zwei Millionen Bewohnern des Gazastreifens ermöglichen würde.

Während Jordanien zur Ruhe aufruft, fordert die Islamische Aktionsfront, also der jordanische Zweig der Muslimbruderschaft, den vollständigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel. Dies würde den Abzug des jordanischen Botschafters in Tel Aviv und den Bruch der verschiedenen Verträge der beiden Länder, insbesondere im Wasserbereich, bedeuten.

Israelischer Angriff auf Syrien

Die israelische Luftwaffe hat mehrere militärische Ziele in Syrien angegriffen und dabei mindestens 7 Soldaten getötet. Die IDF erklärte, sie reagiere auf den Raketenbeschuss aus Syrien, für den sie Damaskus verantwortlich mache.

Angriffe auf US-Truppen im Irak

Am 19. Oktober schlug eine Rakete im Lager der US-Streitkräfte in Ain al-Assad (West Irak) ein. Zu dem Anschlag bekannte sich die schiitische Miliz Islamischer Widerstand im Irak. Verletzt wurde niemand.

Am 20. Oktober fielen drei Katjuscha-Raketen in der Nähe der internationalen Antidschihad Streitkräfte, zu dem auch US-Soldaten gehören, in der Nähe des internationalen Flughafens von Bagdad.

Diese Angriffe kommen zu einem Zeitpunkt, an dem sich viele irakische Milizen darauf vorbereiten, die Interessen der Vereinigten Staaten und einiger ihrer Verbündeten anzugreifen, falls die israelische Armee in den Gazastreifen einmarschiert.

Etwa 2500 US-Militärangehörige und 1000 Soldaten anderer Koalitionsländer sind derzeit auf drei Stützpunkten der irakischen Streitkräfte stationiert.

Jemeniten greifen illegalen US-Stützpunkt in Syrien an

Jemenitische Milizen, die mit der libanesischen Hisbollah in Verbindung stehen, haben Raketen auf den US-Stützpunkt im Nordosten Syriens abgefeuert.

Scheich Tamim bin Hamad Al-Thani stellt Israels Recht auf Tötung in Frage

Bei der Eröffnung der Jahrestagung der Beratenden Versammlung von Katar sagte Scheich Tamim bin Hamad Al-Thani: "Wir sagen: 'Es reicht! Israel darf weder

bedingungsloses grünes Licht noch eine uneingeschränkte Lizenz zum Töten bekommen."

Katar beherbergt das Politbüro der Hamas. Es tut dies auf Ersuchen des US-Außenministeriums, wie es das schon früher mit den Taliban getan hat. Darüber hinaus zahlt Katar 30 Millionen Dollar pro Monat, um deren Verwaltung in Gaza zu finanzieren, in voller Übereinstimmung mit Israel.

Recep Tayyip Erdoğan verurteilt Haltung des Sicherheitsrats

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan warf dem UN-Sicherheitsrat vor, mit seiner "voreingenommenen" Haltung "die Krise" im Gazastreifen zu "verschärfen" und damit dem Ansehen der UNO "den schlimmsten Schaden" zuzufügen.

Türkei distanziert sich von Hamas

Berichten zufolge hat die Türkei die von ihr beherbergte Hamas gebeten, das Land zu verlassen. Ankara, das den Kampf der Muslimbruderschaft für die Befreiung Palästinas unterstützt, lehnt Angriffe auf Zivilisten ab. Die türkische Presse wirft der Hamas vor, Kriegsverbrechen begangen zu haben, die mit denen der israelischen Armee vergleichbar sind.

Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat auch definiert, dass "die Hamas keine terroristische Gruppe ist, sondern eine Gruppe von Befreiern, die ihr Land schützen".

Recep Tayyip Erdoğan interpretiert den israelisch-palästinensischen Konflikt mit Sicht auf Kolonisierung

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan sagte auf der Sitzung der Fraktion seiner Partei (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung): "Die Täter des Massakers und der Zerstörung von Gaza sind diejenigen, die Israel unbegrenzt unterstützen. Von dort aus wende ich mich sowohl an Israel als auch an diejenigen, die es unterstützen und ermutigen: Solange Muslime

in Gaza sterben, wird kein Schiff, kein Flugzeug, kein politisches Getue Frieden bringen. Die israelische Regierung sollte die Sicherheit nicht 10 000 Kilometer entfernt suchen, sondern bei ihren Nachbarn der Region, insbesondere in der Türkei. Wenn die Mächte, auf die sich Israel heute verlässt, ihre Sachen packen und gehen, um zu Hause den Brand zu löschen, wird die Türkei der erste Ort sein, an dem das israelische Volk Vertrauen und Mitgefühl sucht, wie schon vor 500 Jahren.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Mächte, die uns vor einem Jahrhundert diese Verfolgung auferlegt haben, die das Land, in dem sich die ältesten Kolonien der Welt befinden, in Blut und Feuer ertränkt, heute wie gestern keine Lösung wollen. Diejenigen, die das Problem verursachen, wollen natürlich keine Lösung.

Je mehr sich die Krise verschlimmert, je mehr sie Wurzeln schlägt, desto besser ist es für ihre Interessen. Sie wollen, dass die israelisch-palästinensische Frage eskaliert... Sie wollen, dass Frieden und Stabilität niemals in diese Region kommen... Sie wollen, dass der Schatten des Krieges das östliche Mittelmeer nie verlässt... Sie wollen, dass die Menschen, die dort seit Tausenden Jahren leben, nicht von den Ressourcen dieser Böden profitieren... Sie wollen, dass ihr Ausbeutungssystem, das auf Blut, Verfolgung und Tränen basiert, weitergeht... Das ist es, wogegen wir sind. Wir lehnen dieses System der Ausbeutung ab, für die alle Völker der Region, Muslime, Christen und Juden, den Preis zahlen."

Iran will eine Verallgemeinerung des Konflikts vermeiden

Der Revolutionsführer, Ayatollah Ali Khamenei, hat Berichten zufolge einen Plan der Revolutionsgarden gebilligt, um den Krieg im Nahen Osten nicht auszuweiten, aber den palästinensischen Widerstand im Westjordanland zu unterstützen.

Eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Bhutan und China könnte einen Konflikt zwischen China und Indien auslösen

Verhandlungen über die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen Bhutan und China könnten zur Übergabe eines Teils von Doklam an Peking führen. Diese umstrittene Region wird zugleich von Bhutan, China... und Indien beansprucht.

Dies könnte zu einem stärkeren chinesischen Anspruch auf das indisch verwaltete Territorium Arunachal Pradesh führen. Diese Region, die die Briten kurz vor dem Ersten Weltkrieg Indien angegliedert hatten, ist historisch mit Tibet verbunden und damit mit China, das sie seit der Unabhängigkeit Indiens beansprucht.

Imran Khan angeklagt

Der ehemalige pakistanische Premierminister Imran Khan, der bereits wegen mehr als 200 verschiedenen Fällen im Gefängnis sitzt, wurde angeklagt, geheime Dokumente weitergegeben zu haben. Ihm drohen bis zu 14 Jahre Gefängnis, vielleicht auch die Todesstrafe.

Darüber hinaus entschied der Oberste Gerichtshof, dass die rund 100 Imran-Khan-Anhänger, die vor Militärgerichte gestellt werden sollten, der Ziviljustiz unterliegen.

Der progressive Imran Khan ist nach wie vor der populärste Mann Pakistans.

Pakistan stellt fest, dass der Kampf gegen die Besatzung nicht mit Terrorismus gleichgesetzt werden kann

Bei der Sitzung des Sicherheitsrats zur Palästinenserfrage sagte der pakistanische Botschafter Munir Akram, dass sein Land den Terrorismus in all seinen Formen und Erscheinungsformen verurteile. Nach dem Völkerrecht ist der Kampf gegen die Besatzung, für Selbstbestimmung und nationale Befreiung

jedoch legitim und kann nicht mit Terrorismus gleichgesetzt werden.

Philippinisch-chinesische Spannungen

Ein Gefecht zwischen einem philippinischen und zwei chinesischen Schiffen um das Ren'ai-Riff hat die Spannungen im Südchinesischen Meer neu entfacht. Es sieht jedoch nicht so aus, dass die philippinische Seite ohne die Anwesenheit der US-Marinegruppe der *USS Ronald Reagan* irgendetwas versucht hätte.

Ministerwechsel in China

Chinas Verteidigungsminister Li Shangfu ist vom Ständigen Ausschuss des Volkskongresses seines Amtes enthoben worden. Er war seit dem 29. August nicht mehr in der Öffentlichkeit aufgetreten. Es scheint, dass Li Shangfu in den Korruptionsfall verwickelt war, der das Kommando über strategische Raketen, einschließlich nuklearer, erschütterte.

In ähnlicher Weise wurden auch die Entlassungen von Qin Gang, ehemaliger Außenminister (der bereits von diesem Posten entlassen worden war, aber den Titel eines Ministers ohne Geschäftsbereich behielt), Wang Zhingang, Minister für Wissenschaft und Technologie, und Liu Kun, Finanzminister, bestätigt.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Der IGH ist mit den Rechtsfolgen israelischer Praktiken befasst worden

Der Internationale Gerichtshof (IGH), ein internes Gremium der Vereinten Nationen, wird in beratender Funktion die Folgen israelischer Praktiken in den palästinensischen Gebieten untersuchen. Im Jahr 2004 entschied der IGH, dass der Bau der Trennmauer gegen das Völkerrecht verstoße. Israel hat jedoch seinen Bau fortgesetzt.

António Guterres kritisiert westliche Blindheit

UN-Generalsekretär António Guterres eröffnete eine Sondersitzung des Sicherheitsrats zur Palästinenserfrage und sagte, die Angriffe der Hamas auf Israel seien "nicht in einem Vakuum geschehen... Das palästinensische Volk ist seit 56 Jahren erstickender Besatzung ausgesetzt.

"Die Beschwerden des palästinensischen Volkes können die entsetzlichen Angriffe der Hamas nicht rechtfertigen. Und diese entsetzlichen Angriffe können die kollektive Bestrafung des palästinensischen Volkes nicht rechtfertigen", fügte er hinzu.

Danach twitterte Guterres: "Nichts kann Mord, Verwundung und Entführung von Zivilisten durch die Hamas rechtfertigen."

Israel fordert Rücktritt des UN-Generalsekretärs

Israels Botschafter bei den Vereinten Nationen, Gilad Erdan, forderte den Rücktritt von Generalsekretär António Guterres, weil er gesagt habe, dass der Angriff der Hamas nicht in einem Vakuum stattgefunden habe. "Es gibt keine Rechtfertigung oder kein Interesse daran, mit denen zu sprechen, die Verständnis für die schrecklichsten Taten zeigen, die gegen die Bürger Israels begangen werden – geschweige denn von einer Terrororganisation."

Israel hat UN-Beamten bereits neue Visa verweigert, darunter Martin Griffiths, dem Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten (und berüchtigten MI6-Agenten).

Auf der Pressekonferenz des israelischen Außenministers Eli Cohen vor den Vereinten Nationen prangerte eine Demonstration pazifistischer Juden die Haltung der Netanjahu-Regierung an. Die Menge rief dem Minister "Rücktritt!" zu.



11.00 Uhr Begrüßung

11.15 Uhr Oliver Kirchner (Co-Fraktionsvorsitzender AfD Sachsen-Anhalt): „Frieden mit Russland“ aus der Sicht eines DDR-Bürgers ... und aus der Sicht eines deutschen Patrioten. Unterpunkt: Wirtschaftliche Folgen der Sanktionen

12.00 Uhr Olga Petersen (AfD-Landtagsabgeordnete Hamburg): „Frieden mit Deutschland“ aus der Sicht einer Russlanddeutschen. Mit geschichtlichem Rückblick auf das wechselhafte Schicksal der Deutschen in Russland/der UdSSR. Wichtiger Unterpunkt: Diskriminierung von Russen/Russlanddeutschen in der aktuellen BRD

12.45 Uhr Wladimir Sergijenko (Pen-Vorsitzender Russland): Die russische Sicht auf die Ukraine, die NATO und Deutschland. Einschätzung des Kriegsverlaufes in den nächsten 12 Monaten aus russischer Sicht; Unterpunkt: Die Entwicklung der russischen Wirtschaft unter den Sanktionen.

13.30 Uhr Mittagspause

14.30 Uhr: Martin Sellner (Identitäre Bewegung): Die Konfrontation NATO/Russland und die Aufgabe der Patrioten in Europa. Ami go home/Raus aus der NATO – wie klappt das? Mit Kritik der „Melonisierung des Abendlandes“, also der Amerikanisierung der Rechtsparteien

15.30 Uhr: Jürgen Elsässer: Der Nord-Stream-Krimi. Zum aktuellen Stand der Forschung – und der NATO-Propaganda

16.30 Uhr: Elena Kolbasnikowa: Bericht aus dem Donbass

17:00 Uhr: Thierry Meyssan (Chefredakteur Reseau Voltaire): Ukraine-Krieg plus Nahostkrieg = Weltkrieg? Untergang oder Renaissance des angloamerikanischen Imperiums

18:00 Konferenzende; Gelegenheit zum gemütlichen Beisammensein

Ort und Zeit

Von 11 bis 18 Uhr in der Halle „Halber 85“ in der Halberstädter Straße 85, Magdeburg.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltage.net

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°59 - 3. November 2023

LEITARTIKEL

Die UN-Debatte über die Lage in Gaza

Am 31. Oktober verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolution A/ES-10/L.25, die von Jordanien im Namen der Gruppe der arabischen Staaten und der Russischen Föderation vorgelegt wurde. Unter dem Titel *"Schutz der Zivilbevölkerung und Einhaltung der gesetzlichen und humanitären Verpflichtungen"* fordert sie

- "einen sofortigen, dauerhaften und intensiven humanitären Waffenstillstand, der zur Einstellung der Feindseligkeiten führt",
- die unverzügliche Lieferung von Nahrungsmitteln und Medikamenten,
- die Aufhebung des israelischen Befehls zur Evakuierung des nördlichen Gazastreifens,
- "jeden Versuch der gewaltsamen Umsiedlung der palästinensischen Zivilbevölkerung entschieden abzulehnen",
- "die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Zivilpersonen, die unrechtmäßig in Gefangenschaft gehalten werden"
- und "bekräftigt, dass eine dauerhafte Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts nur mit friedlichen Mitteln auf der Grundlage der einschlägigen Resolutionen der Organe der Vereinten Nationen, im Einklang mit dem Völkerrecht und auf der Grundlage der Zweistaatenlösung erreicht werden kann".

Sie wurde mit 120 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen (einschließlich der Vereinigten Staaten, Israels, aber auch Österreich, Kroatien, Ungarn und Tschechien) und 45 Enthaltungen (worunter Deutschland, Bulgarien, Zypern, Dänemark, Estland, Finnland, Griechenland, Italien, Litauen, Lettland die Niederlande Polen Rumänien Slowakei und Schweden) angenommen.

Sie nennt keine Partei, die gegen das Völkerrecht verstößt, sondern benennt die Handlungen, die gegen das Völkerrecht verstoßen, im Gegensatz zu einem von Kanada vorgeschlagenen Änderungsantrag, der darauf abzielte, die Hamas, aber nicht Israel zu verurteilen. Israels Botschafter Gilad Erdan sagte: "Schande über Sie!" und nannte die Resolution eine "Schande". "Dies ist ein dunkler Tag für die UNO und für die Menschheit", fügte er hinzu und versprach, dass Israel weiterhin "alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel" einsetzen werde, um "die Welt von dem Bösen zu befreien, das die Hamas repräsentiert". Dann setzte er einen gelben Stern auf seine Weste und sagte, er werde ihn nicht entfernen, bis die Versammlung die Hamas verurteilt habe.

AMERIKA

Opposition gegen Antony Blinken und Lloyd Austin im Senat

Außenminister Antony Blinken wurde während seiner Anhörung im Senat am 31. Oktober fünfmal unterbrochen. Die Zuhörer skandierten "Rettet die Kinder von Gaza" und schwenkten ihre rot bemalten Hände, um zu signalisieren, dass die Hände der Regierung mit Blut befleckt waren.

Nichtsdestotrotz sagte Anthony Blinken den Parlamentariern, dass China, Russland, der Iran und die Hamas den gleichen Kampf gegen den Westen führen und dass die Antwort der Vereinigten Staaten darauf einzigartig sein müsse.

Die Parlamentarier scheinen entschlossen zu sein, den ihnen vorgelegten Plan abzulehnen:

- 14,3 Milliarden Dollar für Israel,
- 61 Milliarden Dollar für die Ukraine,
- 7,4 Milliarden Dollar für Taiwan und andere militärische Prioritäten der USA im Pazifik,
- 14 Milliarden Dollar für die Sicherheit der südlichen Grenze,
- 9 Milliarden Dollar für humanitäre Hilfe.

Sie fordern, dass jeder Umschlag separat diskutiert wird.

Die Anhörung des Verteidigungsministers, General Lloyd Austin, verlief kaum ruhiger. Die Senatoren wiesen darauf hin, dass die Hilfe für die Ukraine sie vor der Niederlage bewahrt, aber sie nicht zum Sieg führt.

Von den Senatoren unter Druck gesetzt, gab General Austin keine Richtungslinie im Umgang mit dem Iran vor. Er lehnte es ab, zu sagen, wie die Vergeltung der USA im Falle eines Angriffs auf ihre Interessen durch vom Iran unterstützte Milizen aussehen würde.

Starlink unterstützt palästinensische Zivilisten

Elon Musk hat angekündigt, Starlink-Terminals an humanitäre Organisationen in Gaza zu verteilen, damit diese untereinander und nach außen kommunizieren können.

Mike Johnson befürwortet US-Hilfe für Israel und die Ukraine

Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, sprach mit Premierminister Benjamin Netanjahu in seinem ersten Telefonat mit einem ausländischen Staatsoberhaupt seit seiner Ernennung zum Sprecher. Johnson sagte, er versuche, die 14,3 Milliarden Dollar an Soforthilfe für Israel gegen den Willen der Biden-Regierung getrennt von anderen vom Außenministerium beantragten Zuschüssen abstimmen zu lassen.

Nachdem die Hilfe für Israel verabschiedet war, begann Mike Johnson um für die Wahl von Hilfe an die Ukraine zu arbeiten.

Tucker Carlson prangert Verfolgung der orthodoxen Kirche in der Ukraine an

Der Starjournalist Tucker Carlson hat eine Kampagne gestartet, um die Unterstützung der Biden-Regierung für die Verfolgung der orthodoxen Kirche in der Ukraine hervorzuheben.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte mit Hilfe des ehemaligen US-Botschafters in Kiew, Geoffrey R. Pyatt, eine [autokephale Kirche](#) geschaffen, die mit dem Patriarchat von Konstantinopel verbunden ist, einem Konkurrenten der traditionellen orthodoxen Kirche, die mit dem Moskauer Patriarchat verbunden ist. Am 19. Oktober 2023 verbot die Werchowna Rada die traditionelle Kirche. Der derzeitige Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, beaufsichtigt die Beschlagnahmung ihres Eigentums zugunsten der neuen Kirche. Priester, die Widerstand leisteten, werden inhaftiert.

Jahrestagung der Republican Jewish Coalition

Auf dem Jahrestreffen der Republican Jewish Coalition in Las Vegas sagte der republikanische jüdische Abgeordnete Max Miller (Ohio) in Bezug auf den Krieg gegen Gaza, dass Israel "unser Land" zurückerobert werde.

„Die Vereinigten Staaten stehen ganz an der Seite Israels“, sagte der ehemalige Präsident Donald Trump und nannte es einen "Kampf zwischen Zivilisation und Barbarei". "Die Vereinigten Staaten stehen an der Seite der Israelis in ihrer Mission, um sicherzustellen, dass die Hamas dezimiert wird und dass alle ihre Gräueltaten gerächt werden."

Repräsentantenhaus legt Beweise für Joe Bidens Korruption vor

Der Ausschuss des Repräsentantenhauses, der die Korruption der Biden-Familie untersucht, hatte einen seltsamen Scheck über 40 000 Dollar veröffentlicht, den Joe Biden während seiner Zeit als Vizepräsident über zahlreiche Mittelsmänner erhalten hatte. Der Ausschuss hat ihn nun mit Hunter Bidens WhatsApp-Nachrichten an Raymond Zhao (CEFC) verknüpft.

Diese Summe wurde auf Joe Bidens Konto als "Kreditrückzahlung" gerechtfertigt, während sie für einen Einflussdienst bezahlt wurde.

Kurt Campbell ersetzt Wendy Sherman

US-Präsident Joe Biden hat Kurt Campbell zu seinem stellvertretenden Außenminister ernannt. Er löst Wendy Sherman ab, die im Juli in den Ruhestand ging.

Kurt Campbell, ein Bestsellerautor über China-Themen, war bisher Leiter des Asien-Pazifik-Raums im Nationalen Sicherheitsrat.

US-Geheimdienste haben in diesem Jahr 100 Milliarden Dollar gekostet

Das Budget der US-Geheimdienste für das Haushaltsjahr 2023 wird voraussichtlich 99,6 Milliarden US-Dollar betragen (27,9 Milliarden US-Dollar für das Pentagon und 71,7 Milliarden US-Dollar für die 18 zivilen Behörden).

Keine der zivilen oder militärischen Behörden war in der Lage, die Entstehung von Covid-19 oder die Bedeutung des Hamas-Angriffs zu erkennen.

EUROPA

Franziskus schlägt vor, den Diakonats für Frauen zu öffnen

Die Synode über Synodalität hat ihre Arbeit abgeschlossen. Das Schlussdokument erwähnt viele Punkte, darunter die Öffnung des Diakonats für Frauen. Die Debatte ist im Gange. Die nächste Sitzung findet im Oktober 2024 statt.

Großbritannien fürchtet eine muslimische Revolte

Die britische Regierung von Rishi Sunak hat das COBRA Emergency Response Committee einberufen, um die Risiken der inneren Sicherheit im Zusammenhang mit dem Palästinenserkonflikt zu erörtern.

Britische Labour Party unterstützt Verbrechen der israelischen Armee

Der Vorsitzende der britischen Labour-Partei, der ehemalige Menschenrechtsanwalt Keir Starmer, sagte, Israel habe das Recht, den Bewohnern des Gazastreifens das Wasser und den Strom abzudrehen, um sich zu verteidigen.

Zwei dänische Persönlichkeiten werden hinter verschlossenen Türen vor Gericht gestellt

Zwei dänische Persönlichkeiten werden hinter verschlossenen Türen vor Gericht gestellt.

- Der ehemalige dänische Verteidigungsminister Claus Hjort Frederiksen hatte in mehreren Interviews in den Jahren 2020 und 2021 behauptet, dass der dänische Verteidigungsgeheimdienst im Rahmen der NATO der NSA geholfen habe, politische Führer in Deutschland, Frankreich, Schweden und Norwegen anzuhören. darunter auch die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel.

- Der Chef des Geheimdienstes, Lars Findsen, wird beschuldigt, streng geheime Informationen an sechs verschiedene Personen, darunter zwei Journalisten, weitergegeben zu haben.

Jana Tschernochowa fordert Rückzug Tschechiens aus der UNO

Die tschechische Verteidigungsministerin Jana Tschernochowa forderte die Republik auf, sich wegen der von der Generalversammlung verabschiedeten Resolution zur Lage im Nahen Osten aus der UNO zurückzuziehen.

Slowakei überdenkt Verteidigungsabkommen mit den Vereinigten Staaten

Die Slowakei hat nach dem Wahlsieg des neuen Ministerpräsidenten Robert Fico bereits als erstes Nato-Mitglied Waffenlieferungen an die Ukraine gestoppt. Ihr Verteidigungsminister Robert Kaliniak hat soeben bekannt gegeben, dass er seinen US-Partner darüber informiert habe, dass er das Verteidigungsabkommen zwischen Bratislava und Washington überdenken will. Er hat tatsächlich festgestellt, dass Washington die gleichen Verpflichtungen mit Prag unter ganz anderen Bedingungen eingegangen sei.

Josep Borrell entsetzt über das Massaker von Jabalya

Josep Borrell, Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, erklärte am 1. November: "Aufbauend auf der klaren Position des Rates der EU, dass Israel das

Recht hat, sich unter Achtung des humanitären Völkerrechts und des Schutzes aller Zivilpersonen zu verteidigen, bin ich entsetzt über die hohe Zahl von Opfern nach der israelischen Bombardierung des Flüchtlingslagers in Jabalya.«

Das Reformprojekt der Europäischen Union wurde vom Parlament im Ausschuss gebilligt

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments hat dem Entwurf zur Reform der Verträge zugestimmt.

Diese zielen darauf ab, den supranationalen Charakter der Union zu stärken, indem dem Parlament ein Initiativrecht für Rechtsvorschriften eingeräumt wird, indem die Zahl der Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit und im Wege des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens (OLP) deutlich erhöht wird. Es ist auch geplant, die Brüssel-Kommission in eine echte europäische Exekutive umzuwandeln, deren Präsident vor dem Parlament verantwortlich wäre.

Die Mitgliedstaaten würden übrigens das Recht verlieren, den Energiepreis in ihrem Land festzulegen, unabhängig von ihrer Produktion, und würden eine europäische Armee schaffen.

Der supranationale Charakter der Union wurde von ihren Mitgliedstaaten noch nie akzeptiert.

NATO lehnt Mitgliedschaft der Ukraine ab

Jessica Cox, Leiterin der Nuklearpolitik des Atlantischen Bündnisses, enthüllte bei einem Treffen im Center for Strategic and International Studies (CSIS), dass die NATO die Mitgliedschaft der Ukraine abgelehnt habe.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sprach von einer "Demütigung", nachdem Großbritannien ihm versichert hatte, dass der Beitritt nur eine Formalität sein würde.

Russland, das angekündigt hatte, den Beitritt der Ukraine als Kriegserklärung zu interpretieren, äußerte sich nicht.

Wolodymyr Selenskyj leugnet seine Niederlage

Laut dem *Time Magazine* leugnet Präsident Wolodymyr Selenskyj, dass seine Gegenoffensive gescheitert sei. Seine Mitarbeiter trauen sich nicht mehr, mit ihm darüber zu sprechen.

Die "Friedensformel" der Ukraine

Die Ukraine hat nach Kopenhagen (24. Juni) und Dschidda (5. August) einen dritten Gipfel in Malta organisiert, um sich über ihre "Friedensformel" auszutauschen. 66 Staaten nahmen daran teil. Die Arbeit konzentrierte sich auf fünf der zehn Punkte der Formel:

- Strahlung und nukleare Sicherheit,
- Ernährungssicherheit,
- Energiesicherheit,
- Freilassung aller Gefangenen und Deportierten,
- Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine und der Weltordnung.

Die Ukraine legt ab jetzt großen Wert darauf, sich auf die Charta der Vereinten Nationen zu berufen und ihre Formel als völkerrechtlich begründet darzustellen. Sie hat sich jedoch geweigert, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, die vom Sicherheitsrat gebilligt wurden.

Ukraine erschießt pazifistische Soldaten

Der Gouverneur von Kerschon erklärte: "Heute hat eine Kontrolleinheit, darunter Mitglieder der Nationalgarde und ausländische Söldner, Soldaten erschossen, die sich weigerten, in der Nähe der Dörfer Iwanowka und Nowotjaginka am rechten Ufer den Dnjepr zu überqueren."

Nichts läuft mehr zwischen Israel und Russland

Das israelische Außenministerium nannte den Empfang einer Hamas-Delegation im Kreml

"einen obszönen Schritt, der den Terrorismus unterstützt und den Gräueltaten der Hamas-Terroristen Legitimität verleiht".

Das russische Außenministerium antwortete: "Wir betrachten es als inakzeptablen Versuch, uns der Unterstützung des Terrorismus zu beschuldigen, wodurch unsere prinzipiellen Positionen verzerrt und abgelenkt werden und die entschlossene Arbeit unseres Landes zur Lösung erstklassiger humanitärer Probleme in Frage gestellt werden... Die Position Russlands ist konsistent und unverändert (...) Wir verurteilen aufs Schärfste terroristische Methoden wie die Tötung von Zivilisten und die Geiselnahme von Frauen, alten Menschen und Kindern, die freigelassen werden müssen. Die Kontakte und Aktionen Russlands im Nahen Osten und in internationalen Organisationen zielen in erster Linie auf die sofortige Freilassung der im Gazastreifen festgehaltenen Geiseln und die Evakuierung russischer Staatsbürger und anderer Nationalitäten aus diesen Gebieten."

Hamas-Vertreter in Moskau

Hamas-Vertreter seien in Moskau eingetroffen, sagte die Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa.

„Kontakte mit ihr wurden als Erweiterung der russischen Linie geführt, die auf die sofortige Freilassung ausländischer Geiseln im Gazastreifen abzielt", teilte das Ministerium mit. Es fügte hinzu: "Es wurden auch Fragen im Zusammenhang mit der Evakuierung russischer und ausländischer Staatsbürger aus dem Gebiet der palästinensischen Enklave besprochen."

Sergej Lawrow warnt vor den Folgen des Völkermords an den Bewohnern des Gazastreifens

Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte, Israels Bombardierung des Gazastreifens verstoße gegen das Völkerrecht und riskiere eine Katastrophe, die Jahrzehnte andauern könnte. Wenn Gaza zerstört und 2 Millionen Menschen vertrieben werden, wie es einige

israelische und ausländische Politiker vorschlagen, wird dies eine Katastrophe für viele Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte verursachen. Es ist notwendig den Kampf zu beenden, und humanitäre Programme zur Rettung der blockierten Bevölkerung anzukündigen."

Versuch eines antisemitischen Pogrom in Dagestan

Hunderte antiisraelische Demonstranten stürmten den Flughafen in Machatschkala (Föderierte Republik Dagestan) unter dem Ruf von „Allah Akbar!“. Sie durchsuchten ihn nach Passagieren des RedWings-Fluges von Tel Aviv nach Moskau, der gerade einen Zwischenstopp eingelegt hatte. Etwa 20 Menschen wurden verletzt, darunter neun Polizisten. Die Polizei brauchte drei Stunden, um die Ordnung wiederherzustellen und nahm etwa 60 Randalierer fest.

Gouverneur Sergej Melikow sagte: "Die Initiatoren dieser Aktion sind natürlich unsere Feinde, diejenigen, die diese Aktionen vom Territorium der Ukraine aus organisiert haben." Es mutet überraschend an, dass die lokalen Verbände im Vorfeld über den Zwischenstopp der RedWings-Maschine informiert wurden.

Außerdem wurde ein im Bau befindliches jüdisches Zentrum in Naltschik (Föderierte Republik Kabardino-Balkarien) in Brand gesetzt.

Das Telegramkonto, das zum Pogrom aufrief, ist mit dem ukrainischen Geheimdienst verbunden.

Wladimir Putin prangert Washingtons Einfluss auf Gaza, die Ukraine und Syrien an

Bei der Eröffnung einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats Russlands sagte Präsident Wladimir Putin:

"Die herrschenden Eliten der Vereinigten Staaten und ihrer Satelliten stehen hinter der

Tragödie der Palästinenser, dem Gemetzel im gesamten Nahen Osten, dem Konflikt in der Ukraine und vielen anderen Konflikten auf der ganzen Welt – in Afghanistan, Irak, Syrien usw. Es ist bereits für jedermann offensichtlich. Sie sind es auch, die überall ihre Militärbasen errichten, die gelegentlich und ohne Grund militärische Kräfte einsetzen, die Waffen in Konfliktgebiete schicken. Sie sind auch diejenigen, die unter anderem die finanziellen Ressourcen in der Ukraine und im Nahen Osten verwalten und den Hass in der Ukraine und im Nahen Osten schüren. Ohne Ergebnisse auf dem Schlachtfeld zu erzielen, wollen sie uns von innen heraus spalten, um uns zu schwächen und Unsicherheit zu schaffen."

AFRIKA

Staatsanwalt des IStGH besuchte Rafah

Unabhängig vom Vorgehen des Internationalen Gerichtshofs besuchte der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Karim Khan, am 29. Oktober den Grenzübergang Rafah (an der ägyptischen Grenze zum Gazastreifen), um Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht festzustellen.

USA halten Truppen trotz Evakuierungsbefehl der Junta in Niger

Am 27. Oktober weigerte sich der US-Senat, die US-Truppen aus Niger abzuziehen. Er bestätigte auch die Einstellung der Hilfe für das Land nach dem Putsch. Washington erkennt die Regierung in Niamey, die aus dem Sturz des gewählten Präsidenten Mohamed Bazoum hervorgegangen ist, nicht an. Der Senat ist daher der Ansicht, dass die mit ihr getroffenen Vereinbarungen weiterhin gelten und dass der vom Nationalen Rat zur Sicherung des Vaterlandes erlassene Befehl, zur Evakuierung ihrer Truppen, null und nichtig sei.

Die FAR übernehmen die Kontrolle über Nyala

Während Zehntausende sudanesischer Beamte seit mehr als sechs Monaten keine Gehälter mehr erhalten haben und das Leben völlig lahmgelegt ist, haben die Schnellen Eingreiftruppen FAR die Kontrolle über Nyala, die zweitgrößte Stadt des Landes, und dann über Zingei übernommen.

In Dschidda haben Gespräche zwischen der Armee und der FAR begonnen.

Fast 7 Millionen Vertriebene im Kongo

Nach Angaben der UN-Migrationsbehörde sind 6,9 Millionen Menschen durch den Konflikt im Kongo vertrieben worden, was ihn zu einer der größten humanitären Krisen der Welt macht.

Der jahrzehntelange Konflikt ist der Hauptgrund für die Vertreibung. Mindestens 80 Prozent der Vertriebenen leben in den östlichen kongolesischen Provinzen Nord-Kivu, Süd-Kivu, Ituri und Tanganjika, die seit langem von Dutzenden bewaffneter Gruppen auf der Suche nach Gold und anderen Ressourcen in der Region überrannt werden.

Südafrika veröffentlicht Pfizer-Verträge

Die südafrikanische Regierung hat ihren [Vertrag](#) mit Pfizer veröffentlicht.

Man kann dort lesen: "Der Käufer erkennt an, dass der Impfstoff und die mit dem Impfstoff verbundenen Materialien sowie ihre Komponenten und Inhaltsstoffe aufgrund des Schicksals der COVID-19-Pandemie schnell entwickelt wurden und weiteren Untersuchungen unterzogen werden, nachdem der Impfstoff im Rahmen dieser Vereinbarung an den Käufer geliefert wurde. Der Käufer nimmt auch zur Kenntnis, dass die Langzeitwirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffs zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt sind und dass es Nebenwirkungen des Impfstoffs geben kann, die zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt sind. Darüber hinaus nimmt der

Käufer gegebenenfalls zur Kenntnis, dass das Produkt nicht vervielfältigt werden darf."

Es ist wahrscheinlich, dass es sich um einen Standardvertrag handelt und dass diese Klausel in den von anderen Regierungen unterzeichneten Verträgen enthalten ist.

ASIEN

Memo des israelischen Geheimdienstministeriums, das die Ausweisung von Bewohnern des Gazastreifens empfiehlt

In einem Memo des israelischen Geheimdienstministeriums werden drei Optionen für die Zukunft des Gazastreifens untersucht. Es wurde unter der Aufsicht von Ministerin Gila Gamliel verfasst. Es trägt den Titel „[Alternativen zu einer politischen Direktive für die Zivilbevölkerung in Gaza](#)“. Es befürwortet die Abschiebung der 2,2 Millionen Gaza-Bewohner in den ägyptischen Sinai.

Das Geheimdienstministerium ist eine Denkfabrik und eine zukunftsorientierte Einrichtung. Es übt keine Autorität über die Geheimdienste aus, sondern verlässt sich auf sie. Das Dokument wurde an einige Teilnehmer der Kairoer Konferenz über die Palästinenserfrage verteilt. Im Nachhinein ist es verständlich, warum arabische Staatsoberhäupter immer wieder auf die Resolution der Arabischen Liga von 1969 verwiesen haben, in der die Umsiedlung der Palästinenser mit der Liquidierung ihres Kampfes gleichgesetzt und verurteilt wurde.

Die drei Optionen sind:

- Die Bevölkerung des Gazastreifens unter der Vormundschaft der Palästinensischen Autonomiebehörde zu halten;
- die Bevölkerung des Gazastreifens unter der lokalen Autorität zu halten;
- die Bevölkerung des Gazastreifens in den ägyptischen Sinai zu vertreiben.

Jede Option wird unter drei Gesichtspunkten untersucht:

- Ihre Durchführbarkeit;
- Ihre Legitimität (N.B. An keiner Stelle bezieht sich diese Notiz auf das Völkerrecht);
- Und ihre Folgen auf die Ideologie der Gaza-Einwohner.

Die dritte Option wird als "klarer Sieg für Israel" dargestellt, "der die Abschreckung des gesamten Westens wiederherstellt, die durch den Angriff auf Israel beschädigt wurde". Ägypten sollte vor der ideologischen Kontamination durch die Hamas geschützt werden, indem eine Sicherheitszone auf dem Sinai eingerichtet wird. Ein Teil der Bevölkerung des Gazastreifens könnte nach Griechenland, Spanien, Marokko, Libyen, Tunesien und Kanada umgesiedelt werden.

Sobald die Zivilbevölkerung nach Ägypten evakuiert ist, werden die israelischen Streitkräfte in der Lage sein, die Terroristen in den Ruinen von Gaza zu bekämpfen.

Es sollte eine Kommunikationskampagne durchgeführt werden, um die Bewohner des Gazastreifens davon zu überzeugen, dass Allah entschieden hat, dass sie ihr Land verloren haben und es aufgrund der Verbrechen der Hamas nie zurückbekommen werden.

Es ist uns nicht möglich, dieses Dokument selbst zu beglaubigen, aber israelische Friedensorganisationen betrachten es als solches. Es entspricht eindeutig der Strategie der israelischen Armee heute.

Im Jahr 2007 hatte Israel einen Plan, die Grenze zum Gazastreifen zu öffnen, ein Drittel des Sinai abzutrennen und eine Freihandelszone zwischen Palästina und Ägypten zu schaffen. Auf diese Weise hätte sich die Bevölkerung von Gaza nach und nach selbst in den Sinai deportiert.

Präsident Hosni Mubarak hatte sich geweigert, ungeachtet der für den Deal versprochenen Summen. Auch Präsident Mohammed Mursi (ein Mitglied der Muslimbruderschaft) soll sich 2013 geweigert haben, aber Palästinenserpräsident Mahmud Abbas hatte

damals enthüllt, dass Ägypten sich darauf vorbereite, dies zu akzeptieren.

Voltaire-Netzwerkanalyse

Paradigmenwechsel in Palästina (4): "[Die Aufrechterhaltung der westlichen Vorherrschaft ist jetzt wichtiger als das Leben der Palästinenser](#)", von Thierry Meyssan

Wir sind hilflose Zeugen des Abschlachtens der Bevölkerung von Gaza. Schon 8000 Tote! Die Westmächte haben die Zivilbevölkerung ihrem Schicksal überlassen. Sie kümmern sich nur noch darum, ihre Vorherrschaft über die Welt aufrechtzuerhalten. Was jetzt in Gaza auf dem Spiel steht, ist nicht mehr die palästinensische Frage, sondern die internationale Ordnung. Nach der Niederlage der NATO in der Ukraine würde jene Israels in Gaza das Ende einer Welt bedeuten.

Noch nie, seit einem Dreivierteljahrhundert, waren wir so nah an der allgemeinen Konfrontation.

Das Schicksal der Geisel spaltet Israel

Am 28. Oktober fanden in der dritten Woche in ganz Israel Demonstrationen für die Freilassung der Geiseln und den Rücktritt von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu statt. In der Zwischenzeit empfing er eine Delegation von Geiselfamilien. Er versicherte ihr, dass die Regierung alles in ihrer Macht Stehende tun werde, um die Freilassung aller Geiseln zu erreichen.

Darüber hinaus besuchte ein israelischer Beamter am selben Tag Katar, um über die Freilassung der Geiseln zu verhandeln.

General Herzl Halevi bestätigt IDF-Bodenoperation

Der Generalstabschef der IDF, General Herzl Halevi, sagte am 28. Oktober: "Die Bodentruppen der IDF führen eine wichtige und komplexe Operation durch. Es gibt keine

Errungenschaften ohne Risiko, und wie wir wissen, gibt es keinen Sieg ohne Opfer. Um den Feind zu entlarven, ihn zu vernichten, gibt es keine andere Wahl, als gewaltsam in sein Territorium einzudringen. Diese Operation dient allen Zielen des Krieges."

Der israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant sagte, die Militäroperation im Gazastreifen werde "fortgesetzt, bis ein neuer Befehl erlassen wird". "Wir sind in eine neue Phase des Krieges eingetreten. Heute Nacht bebte der Boden in Gaza. Wir haben über und unter der Erde angegriffen, wir haben Terroristen auf allen Ebenen und an allen Orten angegriffen."

Für Giora Eiland muss Gaza unbewohnbar gemacht werden

General Giora Eiland, ehemaliger Nationaler Sicherheitsberater von Ariel Sharon, sagte: "Gaza muss ein Ort werden, an dem kein menschliches Wesen existieren kann, und ich sage dies eher als ein Mittel als einen Zweck. Ich sage das, weil es keine andere Möglichkeit gibt, die Sicherheit des israelischen Staates zu gewährleisten. Wir kämpfen gegen einen Krieg, der unsere Existenz bedroht."

Nach Angaben des Shin Bet nutzt die Hamas die Keller von Krankenhäusern

Die israelische Armee und der Geheimdienst Shin Bet veröffentlichten am 28. Oktober Videos von einem Teil des Verhörs von zwei Hamas-Terroristen, die gefangen genommen wurden. Darin behaupten sie, dass die Hamas den Untergrund des Al-Shifa-Krankenhauses in Gaza benutzt.

Palästinensische Gefangene in Israel

Nach Angaben der israelischen Regierung am 1. November wurden 6704 Palästinenser wegen Sicherheitsdelikten im Land verurteilt oder verdächtigt, und 1512 von ihnen wurden im vergangenen Monat inhaftiert.

Kontroverse um Benjamin Netanjahus Vorwissen über den Anschlag

Ministerpräsident Benjamin Netanjahu bestritt, von dem Hamas-Angriff gewusst zu haben. Er veröffentlichte am 29. Oktober einen Tweet, in dem er den Kommandeur des Militärgeheimdienstes, Aharon Haliva, und den Chef des Shin Bet, Ronen Bar, beschuldigte, ihm die Vorbereitungen für den Anschlag vom 7. Oktober verheimlicht zu haben.

Oppositionsführer Yair Lapid (der sich geweigert hat, in die Regierung einzutreten, solange jüdische Suprematisten-Minister im Amt sind) kommentierte: "Netanjahu hat eine rote Linie überschritten... Während IDF-Soldaten und -Kommandeure tapfer gegen Hamas und Hisbollah kämpfen, versucht er, ihnen die Schuld zu geben, anstatt sie zu unterstützen."

Der ehemalige Mossad-Direktor Yossi Cohen sagte, der Premierminister sei für alles verantwortlich, was unter seinem Kommando geschehe, und könne daher den Schwarzen Peter nicht auf seine Untergebenen abwälzen.

Der Minister ohne Geschäftsbereich, General Benny Gantz, kommentierte: "Wenn wir uns im Krieg befinden, müssen die Führer Verantwortung zeigen, sich entscheiden, die richtigen Dinge zu tun, und die Streitkräfte so stärken, dass sie das erreichen können, was wir von ihnen verlangen. Jede andere Handlung oder Aussage schadet der Fähigkeit des Volkes, aufrecht zu stehen, und seiner Stärke." Er zwang den Premierminister, seinen Tweet zurückzuziehen und sich zu entschuldigen.

Yogal Carmon hatte Benjamin Netanjahu vor dem Anschlag vom 7. Oktober ausführlich gewarnt

Oberst Yigal Carmon, ehemaliger Anti-Terror-Berater von Yitzhak Shamir und Yitzhak Rabin, Chef der Zivilverwaltung der palästinensischen Gebiete, Oberst von Aman (israelischer Militärgeheimdienst) und stellvertretender Leiter der israelischen Mission für die Madrider

Friedensverhandlungen, ist jetzt der Gründungspräsident der MEMRI.

Er gab dem *Corriere della Sera* ein Interview, in dem er sagte, er habe Benjamin Netanjahu ausführlich vor dem Anschlag vom 7. Oktober gewarnt, bevor er ausgeführt wurde.

Er behauptet auch, dass der Chef des Shin Bet (Spionageabwehr), Ronen Bar, ein Treffen der Sicherheitsdienste für den 6. Oktober, für den nächsten Tag, den 7. Oktober um 8 Uhr morgens einberufen habe. Er schlief in seinem Büro, aber der Angriff begann genau am 7. Oktober vor Sonnenaufgang.

Das Kabinett von Benjamin Netanjahu fordert Journalisten zur Selbstzensur auf

Das Büro von Benjamin Netanjahu hat Journalisten, die ihn interviewten, gebeten, darauf zu achten, nicht den Eindruck zu erwecken, er sei schwach. Nach Ansicht von Beratern würde dies die Hisbollah ermutigen, in den Krieg einzutreten.

Viele Experten bezweifeln diese Behauptung.

Suspension de Tzipi Navon

Tzipi Navon, eine Beraterin der Ehefrau des israelischen Premierministers Sara Netanjahu, wurde am 29. Oktober suspendiert, nachdem sie Tweets gepostet hatte, in denen sie die Opposition beleidigte.

Israelische Zentraleinkäufer stellen Handel mit der Türkei ein

Die Supermarktketten Shufersal, Rami Levy und Yochananof haben den Handel mit der Türkei eingestellt, nachdem diese sich auf die Seite des palästinensischen Widerstands geschlagen hatte. Kleine Unternehmen, die ihre zentralen Einkaufsbüros nutzten, taten dasselbe.

Die Türkei war nach China, den Vereinigten Staaten, der Schweiz und Deutschland der fünfgrößte Importeur in Israel.

Knesset erkennt die Gleichberechtigung der Ehepartner homosexueller Soldaten an

Die Knesset verabschiedete eine Änderung des Gesetzes über die Entschädigung von Familien von vermissten und entführten Personen, indem sie die Vorteile von Ehepartnern auf die Ehepartner homosexueller Soldaten ausweitete.

Ein Israeli verhaftet, weil er zur Tötung von Palästinensern aufgerufen hat

Der israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant hat einen Haftbefehl gegen den rechtsextremen Aktivisten Ariel Danino für vier Monate unterzeichnet. Er hatte zur Ermordung von Bewohnern des palästinensischen Dorfes Beita aufgerufen, die angeblich Witze über israelische Geiseln gemacht hätten.

Das Arsenal der Hamas

Die Hamas hätte nur 8500 der 30 000 Raketen eingesetzt, die sie gelagert hatte. Sie soll über eine Reihe von improvisierten Sprengkörpern (IEDs), Mutabar-1-Flugabwehrraketen, die Hubschrauber abschießen können, und al-Yassin-Panzerabwehrraketen, die Merkava-Panzer zerstören können, verfügen.

Darüber hinaus hätte die Hamas mehr als 500km Tunnel gegraben und verfüge über eine geheime Telefonverbindung.

Hungersnot in Gaza

Im belagerten Gazastreifen hat eine Hungersnot begonnen. Tausende von Bewohnern des Gazastreifens plünderten UNRWA-Lagerhäuser, um ihre Familien zu ernähren.

Mahmoud Abbas ruft zu Treffen der Arabischen Liga auf

Palästinenserpräsident Mahmud Abbas hat eine Dringlichkeitssitzung der Arabischen Liga einberufen. Er sagte: "Das palästinensische Volk erleidet einen Völkermord im Gazastreifen."

Erklärung der Izz al-Din al-Qassam-Brigaden

Laut Abu Ubaida, dem Sprecher der Izz al-Din al-Qassam-Brigaden (Hamas), "zieht der Feind die Verhandlungen in die Länge und zeigt keine Ernsthaftigkeit, um das Ausharren seiner Gefangenen zu beenden... Wenn der Feind die Gefangenenfrage ein für alle Mal beenden will, sind wir dazu bereit. Wenn er sie abschneiden will, sind wir auch bereit, das zu tun. Er muss den Preis zahlen, den er kennt [die Freilassung aller palästinensischen Gefangenen]."

Der Sprecher schloss mit den Worten: "Die Zeit der Illusionen, die der Welt von der 'unbesiegbaren' Armee und der 'unzerstörbaren' Merkava verkauft wurden, ist vorbei, nachdem der Widerstand sie in Gaza zerschlagen hat."

Am 30. Oktober sagte er jedoch, die Hamas plane die Freilassung einer Reihe von Geiseln, die nicht-israelische Pässe besitzen, weil "wir sie nicht im Gazastreifen behalten wollen".

Israel soll weißen Phosphor gegen Zivilisten im Libanon eingesetzt haben

Human Rights Watch beschuldigte die israelischen Streitkräfte, am 10. und 11. Oktober im Libanon weißen Phosphor eingesetzt zu haben. Amnesty International tat dies für Bombenanschläge vom 10. bis 16. Oktober.

„Wenn weißer Phosphor der Luft ausgesetzt ist, verbrennt er bei extrem hohen Temperaturen und löst in den Bereichen, in denen er eingesetzt wird, häufig Brände aus. Menschen, die ihm ausgesetzt sind, können Atemwegsschäden, Organversagen und andere schreckliche lebensbedrohliche Verletzungen erleiden, einschließlich Verbrennungen, die extrem schwer zu behandeln sind und nicht mit Wasser gelöscht werden können. Verbrennungen, auch wenn sie nur 10 % des Körpers betreffen, sind oft tödlich.“

Wie alle Brandwaffen soll weißer Phosphor nicht gegen zivile Ziele eingesetzt werden.

Nagib Mikati's Friedensplan

Der scheidende libanesische Premierminister Nagib Mikati gab dem Economist ein Interview, nachdem er sich in Doha mit dem Emir von Katar und in Beirut mit dem iranischen Außenminister getroffen hatte. Er stellte seinen Drei-Phasen-Friedensplan vor:

- Eine fünftägige humanitäre Pause;
- Einen Gefangenen austausch;
- Ein umfassendes Friedensabkommen, das die arabischen Länder und den Iran einschließt.

Die Jamaa Islamiya erscheint auf dem libanesischen Theater

Die Jamal Islamiya, der libanesische Ableger der Muslimbruderschaft, hat in diesem Land nie viel repräsentiert. Mit der Rolle des palästinensischen Zweigs der Bruderschaft, der Hamas, hat sie jedoch plötzlich ein großes Publikum. Die Hisbollah ist zwar dagegen, wie die Muslimbruderschaft den Islam für politische Zwecke missbraucht, sieht darin aber eine sunnitische Unterstützung der Achse des Widerstands.

Der Libanon und die Presse

Die scheidende libanesische Regierung will der internationalen Presse helfen. Sie sollte Referenzzentren für ausländische Medien einrichten. Das Gesundheitsministerium wird ihnen vorrangigen Zugang zu medizinischer Versorgung gewähren.

Das Außenministerium hat bei der UNO eine Beschwerde gegen die israelische Armee wegen des Mordes an dem Reuters-Videofilmer Issam Abdallah eingereicht.

Russland verurteilt die Zunahme israelischer Angriffe auf Syrien

Der syrische Außenminister Faisal Mekdad hat mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow über den Beschuss syrischer Zivilluftflughäfen telefoniert. Er sagte ihm: "Israelische Angriffe auf syrisches Territorium

sind inakzeptabel. Sie sind im Zusammenhang mit den Ereignissen rund um den Gazastreifen viel häufiger geworden."

Position Saudi-Arabiens

Das saudische Außenministerium veröffentlichte eine Erklärung: "Das Königreich verurteilt und prangert die Bodenoperationen der israelischen Armee im Gazastreifen an und warnt vor dem Risiko, diese flagranten und ungerechtfertigten Verletzungen des Völkerrechts gegen unsere palästinensischen Brüder fortzusetzen."

Das Königreich ruft die internationale Gemeinschaft auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, diese Militäroperation sofort zu beenden und "humanitären Organisationen und Hilfsorganisationen zu erlauben, humanitäre Hilfe für Zivilisten zu leisten".

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Position der Vereinigten Arabischen Emirate

Die Vereinigten Arabischen Emirate, die 2020 im Rahmen des Abraham-Abkommens diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen haben, haben "Israels Bodenoperationen verurteilt" und "einen sofortigen Waffenstillstand gefordert, um sicherzustellen, dass Zivilisten und zivile Einrichtungen nicht ins Visier genommen werden". In einer Erklärung des Außenministeriums der VAE hieß es, dass "die dringende Priorität darin besteht, die Eskalation der Operationen zu beenden".

Kuwaits Stellungnahme

In einer Erklärung des kuwaitischen Außenministeriums heißt es: "Jede Bodeninvasion in Gaza (...) würde die Entschlossenheit der israelischen Besatzung demonstrieren, weiterhin Verbrechen gegen das brüderliche palästinensische Volk zu begehen."

Ehemalige indische Offiziere in Katar wegen Spionage verurteilt

Ein Gericht in Katar hat acht ehemalige Matrosen der indischen Armee, die für das Unternehmen Al-Dahra arbeiteten, zum Tode verurteilt. Letzteres verhandelte über den Kauf von U-Booten für das Emirat. Die Verurteilten sollen für Israel gearbeitet haben.

Die indische Regierung zeigte sich äußerst schockiert über die Urteile. Sie verhandelt mit Katar über deren Freilassung.

Die Position Katars

Katar weist israelische Behauptungen zurück, dass es die Hamas unterstütze und stärke. Katars Botschafter in den Vereinigten Staaten, Meshal bin Hamad Al Thani, behauptet in einem vom *Wall Street Journal* veröffentlichten Artikel, dass "das Politbüro der Hamas in Katar 2012 eröffnet wurde, nachdem Washington darum gebeten hatte, indirekte Kommunikationslinien mit der Hamas einzurichten".

Darin hieß es, dass alle Gelder, die im Laufe der Jahre von Katar in den Gazastreifen transferiert wurden, "in voller Abstimmung mit den Vereinigten Staaten und Organisationen der Vereinten Nationen wie dem Welternährungsprogramm und dem Sonderkoordinator für den Nahost-Friedensprozess" bereitgestellt wurden.

Er sagte, es sei "zutiefst beunruhigend, dass in den Medien falsche Narrative über Katar auftauchten, mit der offensichtlichen Absicht, den Konflikt zu eskalieren. Diese Narrative

behindern konstruktive Vermittlungsbemühungen und zielen darauf ab, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen".

Die Position Omans

Laut einer Erklärung des Außenministeriums von Oman kommt die Eskalation von "Israels brutalem Krieg gegen den Gazastreifen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleich". Es warnte vor den destabilisierenden Auswirkungen einer groß angelegten Bodeninvasion.

USA rufen Staatsangehörige auf, in der Türkei kein Risiko einzugehen

Die US-Botschaft in der Türkei rät US-Bürgern, angesichts der großen pro-palästinensischen Proteste zusätzliche Vorsichtsmaßnahmen zu treffen.

Position von Türkiye

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan sagte auf einer großen pro-palästinensischen Kundgebung in Istanbul, Israel sei ein Besatzer. Er wiederholte seinen Standpunkt, dass die Hamas keine Terrororganisation sei.

Der israelische Außenminister Eli Cohen ordnete an, dass alle israelischen Diplomaten wegen der "ernsten Äußerungen" der Türkei sie verlassen müssten. Diese Entscheidung wurde getroffen, um "eine Neubewertung der Beziehungen zwischen Israel und der Türkei durchzuführen".

Das türkische Außenministerium erklärte: "Wir weisen die verleumderischen und unbegründeten Anschuldigungen einiger israelischer Beamter entschieden zurück. Einige von ihnen, die nicht einmal die Wahrheit oder die Fakten tolerieren können, versuchen, die Tagesordnung mit Verzerrungen und Verleumdungen zu ändern, in der Hoffnung, das brutale Massaker an palästinensischen Zivilisten in Gaza zu vertuschen. Ihre Bemühungen werden zu keinem Ergebnis führen."

Die Tatsache, dass diese Behörden vor der ganzen Welt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen, aber nicht einmal Kritik und Verurteilung aushalten, und die Vereinten Nationen, den Generalsekretär der Vereinten Nationen, S.E. Herrn Antonio Guterres, und unseren Präsidenten, S.E. Herrn Recep Tayyip Erdogan ins Visier nehmen, ist ein klares Zeichen ihrer Ohnmacht."

Kontakte zwischen dem Iran und der Hamas

Der iranische Außenminister Hossein Amirabdollahian traf sich in Doha, Katar, mit Ismail Haniyeh, einem der Führer der politischen Hamas-Gruppe.

US-Anti-Iran-Lobby wirft Teheran vor, die Hamas zu finanzieren

Nach Angaben von *United Against Nuclear Iran* kauft China jetzt mindestens 1 Million Barrel iranisches Öl pro Monat und verstößt damit gegen die US-"Sanktionen" (einseitige Zwangsmaßnahmen). Teheran soll die Hamas jährlich mit 100 Millionen Dollar finanzieren.

Nordkorea und Russland hätten mit dem Austausch von Waffen und Munition begonnen

Grant Shapps, der britische Verteidigungsminister, sagte: "Trotz der offiziellen Zurückweisung der jüngsten Berichte durch Russland ist es fast sicher, dass nordkoreanische Munition jetzt Munitionsdepots im Westen Russlands erreicht hat." Nach Angaben des südkoreanischen Geheimdienstes hat Pjöngjang eine Million Geschosse an Russland geliefert. Moskau soll spezielles Know-how liefern, um Nordkoreas Satellitenprogramm zu unterstützen.

Darüber hinaus wurden nach Angaben des US-öffentlich-rechtlichen Senders *Voice of America* auf der Grundlage von Satellitenbildern russische Container in den nordkoreanischen Hafen Najin geliefert.

Peking bereitet sich im Falle eines Abspaltungsversuchs von Taiwan auf Krieg vor

General Zhang Youxia, stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Militärkommission der Chinesischen Volksbefreiungsarmee, sagte, die Volksbefreiungsarmee werde angesichts der Versuche der US-amerikanischen oder taiwanesischen Streitkräfte, Taiwans Unabhängigkeit zu erklären, "keine Gnade zeigen". "Egal, wer Taiwan in irgendeiner Weise von China trennen will, das chinesische Militär wird das niemals akzeptieren."

Das Publikum setzte sich aus Militärangehörigen aus der gesamten Region und der ganzen Welt zusammen. 90 Staaten waren vertreten.

General Zhang Youxia sprach sich ebenfalls für die Wiederaufnahme direkter Kontakte mit dem Pentagon aus. Sie waren gebrochen worden, als das US-Außenministerium Sanktionen gegen Chinas Verteidigungsminister verhängte.

Kaiserliche Erbfolge in Japan

Da Seine Kaiserliche Hoheit Naruhito nur eine Tochter hat, Prinzessin Aiko von Toshi, wurde vereinbart, dass sein Bruder, Prinz Akishino, ihr Nachfolger werden sollte, und dann sein Sohn Prinz Hisahito. Wenn einer von ihnen jetzt stirbt, würde die Dynastie ausstreben. Premierminister Fumio Kishida wird also einem Parteikomitee vorstehen, das die Nachfolgeregeln ändern soll.

Eine Möglichkeit wäre, Frauen zu erlauben, ihren Status als Mitglieder der kaiserlichen Familie nach der Heirat zu behalten, während eine andere darin bestünde, diesen Status durch Adoption an männliche Mitglieder der väterlichen Linie der ehemaligen Zweige der kaiserlichen Familie zu vergeben, denen der Status 1947 entzogen wurde.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Volker Tork warnt vor humanitärer Lage der Menschen in Gaza

Volker Tork, der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, sagte am 28. Oktober: "Angesichts der Art und Weise, wie die Militäroperationen bisher im Zusammenhang mit der 56-jährigen Besatzung durchgeführt wurden, schlage ich Alarm vor den potenziell katastrophalen Folgen groß angelegter Bodenoperationen in Gaza und dem Risiko, dass Tausende weitere Zivilisten sterben könnten."

Phillipe Lazzarini spricht vor überlebenden UN-Beamten in Gaza

Phillipe Lazzarini, UNRWA-Generalkommissar, schrieb an seine Mitarbeiter: "Ich hoffe ständig, dass diese Hölle auf Erden bald enden wird und dass Sie und Ihre Familien in Sicherheit sind. Ich hoffe immer noch, dass ich Sie bald wiedersehe und Ihnen zuhören werde, wenn Sie mir von dem Schmerz erzählen, den Sie alle durchgemacht haben. Ich versuche, den Gedanken zu vermeiden, dass wir bereits 53 Kolleginnen und Kollegen verloren haben und dass viele von Ihnen Eltern und Angehörige verloren haben. Mögen sie alle in Frieden ruhen."

Laut UNICEF werden in Gaza jeden Tag 400 Kinder getötet oder verletzt

UNICEF erklärte: "Die Zahl der Kinder im Gazastreifen in den letzten 18 Tagen ist erschreckend: 2360 Tote und 5364 Verletzte infolge der unerbittlichen Angriffe, täglich werden mehr als 400 Kinder getötet oder verletzt. Darüber hinaus sollen mehr als 30 israelische Kinder ihr Leben verloren haben, und Dutzende weitere sind nach wie vor nicht in der Lage, den Gazastreifen zu verlassen."

Die Tötungen, Verstümmelungen und Entführungen von Kindern, Angriffe auf

Krankenhäuser und Schulen und die Verweigerung des Zugangs humanitärer Hilfe sind eine schwere Verletzung der Kinderrechte", sagte Adele Khodr, UNICEF-Regionaldirektorin für den Nahen Osten und Nordafrika.

"UNICEF ruft alle Parteien dringend dazu auf, einen Waffenstillstand auszurufen, humanitären Zugang zu gewähren und alle Geiseln freizulassen. Auch Kriege unterliegen Regeln. Es ist unerlässlich, Zivilisten, insbesondere Kinder, zu schützen und sie um jeden Preis zu vermeiden, sie ins Visier zu nehmen, unabhängig von den Umständen."

UN-Sicherheitsrat wird massive Waffenlieferungen an die Ukraine nicht sanktionieren

Der Sicherheitsrat trat am 27. Oktober auf Ersuchen Russlands zusammen, um über Waffentransfers in die Ukraine zu beraten.

Russland hat massive Waffentransfers verurteilt, während der Westen ihm vorwarf, von seiner grundlegenden Verantwortung für den Ausbruch des Krieges abzulenken.

Die Teilnehmer scheinen sich einig zu sein, dass derzeit 15 bis 20 Prozent der westlichen Waffen nicht im Feld eingesetzt werden, sondern auf dem Schwarzmarkt verkauft werden. Diese Zahl ist deutlich niedriger als zu Beginn des Konflikts, als mehr als die Hälfte der Waffen abgezweigt wurden.

Überprüfung durch den Internationalen Gerichtshof

Die Präsidentin des Internationalen Gerichtshofs (des internen Gerichtshofs der Vereinten Nationen), Joan Donoghue aus den Vereinigten Staaten, legte der Generalversammlung ihren Fortschrittsbericht vom 1. August 2022 bis zum 31. Juli 2023 vor.

Im Fall zwischen Armenien und Aserbaidschan beschloss der Gerichtshof, dass Aserbaidschan bis zur endgültigen Entscheidung den Verkehr

entlang des Latschin-Korridors sicherstellen müsse, sagte sie. Der Gerichtshof erklärte auch die Interventionsschriftsätze von 32 Staaten in einem anderen Fall für zulässig, in dem es um den Vorwurf des Völkermords zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation ging.

Die Europäische Union bedauerte, dass die Russische Föderation dem Erlass vom 16. März 2022 nicht nachgekommen sei, in dem die Russische Föderation vorsorglich aufgefordert wurde, ihre Operationen in der Ukraine unverzüglich auszusetzen. Der Fall ist noch nicht entschieden.

Generalversammlung verurteilt Blockade Kubas

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat erneut ihre Verurteilung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade bekräftigt, die die Vereinigten Staaten seit 60 Jahren gegen Kuba verhängt haben, und dazu aufgerufen, Kuba von der Liste der Länder zu streichen, die den Terrorismus unterstützen.

Diese Blockade verursacht für Cuba finanzielle "Verluste" in Höhe von etwa 4,87 Milliarden US-Dollar pro Jahr (1. März 2022 bis 28. Februar 2023).

Weltbank warnt vor möglicher globaler Ölkrise

Nach Angaben der Weltbank würde die Ausweitung des Gaza-Krieges auf den Rest des Nahen Ostens zu einem drastischen Anstieg der Ölpreise führen. Im Gegensatz zu früheren Ölshocks würde dieser sich durch "Sanktionen" (d.h. einseitige Zwangsmaßnahmen) gegen Russland verschärfen. Ein Barrel Rohöl würde von 90 auf 140 oder sogar 157 Dollar steigen.

NATO fordert Israel zur Achtung des humanitären Völkerrechts auf

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte vor dem Nordischen Rat: "Wir verurteilen die Terroranschläge der Hamas auf Israel... Gleichzeitig ist es wichtig, dass die israelische

Reaktion in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht erfolgt, dass das Leben von Zivilisten geschützt wird und dass humanitäre Hilfe Gaza erreicht."

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°60 - 10. November 2023

LEITARTIKEL

Die Strategie der Hisbollah

Hassan Nasrallah, Generalsekretär der Hisbollah, hat eine Rede gehalten, die viel Aufmerksamkeit erregte. Er hat den Gaza-Krieg als palästinensische Initiative dargestellt, für die die Hamas allein die volle Verantwortung trägt. Die Rolle der Hisbollah sei zweitrangig. Sie beschränkt sich darauf, einen Teil der israelischen Armee an der libanesischen Grenze zu fixieren, mehr nicht. Je nachdem, wie sich dieser Krieg entwickelt, behält sich die Hisbollah jedoch das Recht vor, einzugreifen.

Die Rede sollte in dieser Phase weder den Iran noch seine Verbündeten belasten, aber das Heldentum der Sunniten hervorheben.

Einige Kommentatoren glaubten, eine Veränderung in der Position der "Achse des Widerstands" erkennen zu können. Hassan Nasrallah sprach von einer möglichen Entwicklung des Konflikts, was der Idee Glaubwürdigkeit zu verleihen scheint, dass er sich der arabischen Friedensinitiative von 2002 angeschlossen habe. Dieser Vorschlag für einen regionalen Frieden, der von den arabischen Staaten in Beirut auf Betreiben von König Abdullah von Saudi-Arabien formuliert wurde, sah die Errichtung eines palästinensischen Staates vor, der gemäß den Oslo-Abkommen den Gazastreifen und das Westjordanland sowie Ostjerusalem als Hauptstadt umfasste. Im Gegenzug sollten die arabischen Hauptstädte gemeinsam Israel anerkennen und diplomatische Beziehungen zum jüdischen Staat aufnehmen.

Wenn diese Lesart richtig ist, hätte die "Achse des Widerstands" die traditionelle iranische Rhetorik aufgegeben, dass das "zionistische Gebilde" illegitim ist.

Im Jahr 2005 hatte sich Reuters an einer israelischen Manipulationskampagne beteiligt, die darauf abzielte, diese Entwicklung zu verhindern. Die Agentur hatte damals berichtet, bevor sie sich widersprach, dass der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad mit folgenden Worten zitiert wurde: "Israel muss von der Landkarte getilgt werden." Im Gegenteil, Mahmud Ahmadinedschad hatte sich ausgesprochen, um zu sagen, dass der jüdische Staat zum Verschwinden verurteilt sei, so wie die Sowjetunion verschwunden ist, und nicht um anzudeuten, dass die israelische Bevölkerung ausgerottet werden sollte.

AMERIKA

Pentagon schickt ein Marschflugkörper-U-Boot vor Gaza

Das Pentagon hat die *USS Florida*, ein Marschflugkörper-U-Boot der Ohio-Klasse, vor der Küste des Gazastreifens stationiert. Es ist mit 154 Tomahawk-Raketen bewaffnet. Bereits drei Marinegruppen sind vor Israels Küste stationiert.

Mike Lewis und Elon Musk prangern den Einfluss von Soros an

[Mike Lewis](#), Sheriff von Wicomico, Maryland, sagte: "Ich bin in meinem 40. Jahr der Gesetzesumsetzung, und ich habe es noch nie so schlimm gesehen... Ich habe noch nie eine Regierung gesehen, die so tief verwurzelt ist – und offen gesagt mitschuldig ist – an den kriminellen Aktivitäten, die in unserem Land stattfinden." Er bezog sich auf gewählte Vertreter, die von George und Alexander Soros unterstützt werden.

[Elon Musk](#) kommentierte den Fall im Podcast von Joe Rogan: "Soros hat begriffen, dass man Gesetze nicht ändern muss – man muss nur die Art und Weise ändern, wie sie umgesetzt werden – wenn sich niemand dafür entscheidet, das Gesetz durchzusetzen – oder wenn Gesetze unterschiedlich angewendet werden – ist es so wie man Gesetze ändert."

Pentagon plant, Munition im Wert von 320 Millionen Dollar nach Israel zu schicken

Die USA planen, Präzisionsbomben im Wert von 320 Millionen Dollar nach Israel zu schicken. Das Gesetz schreibt dem US-Außenministerium vor, dass der Kongress 15 Tage vor jeder Waffenlieferung informieren werden muss.

Antisemitismus und Islamophobie in den USA

Senator Bernie Sanders, D-Vermont, Vorsitzender des Senatsausschusses für Gesundheit, Bildung, Arbeit und Renten, hat das FBI und das Bildungsministerium aufgefordert, eine Präsentation über den Anstieg von Antisemitismus und Islamophobie in Schulen des ganzen Landes zu machen.

Isaac Herzog fordert US-Universitäten auf, Hamas und Antisemitismus zu verurteilen

In einem Brief an 700 Leiter von US-amerikanischen akademischen Instituten forderte der israelische Präsident Isaac Herzog die Präsidenten von Universitäten und Hochschulen in den Vereinigten Staaten auf, die Hamas-Angriffe vom 7. Oktober zu verurteilen und sich an die Spitze des Kampfes gegen Antisemitismus in ihren Institutionen zu stellen.

Bildungsminister Miguel Cardona hat unterdessen Schulen und Hochschulen gewarnt, dass sie Bundesmittel verlieren könnten, wenn sie nicht gegen antisemitische und islamophobe Diskriminierung vorgehen.

Friedensproteste in New York

Der riesige *Grand Central* Eisenbahnhof in Manhattan wurde Ende Oktober von einem riesigen Sit-in mit mehreren tausend Menschen besetzt.

Vor zehn Tagen versammelten sich in dem großen multikulturellen Bezirk Brooklyn Tausende von pro-palästinensischen Aktivisten, darunter auch amerikanisch-jüdische Organisationen.

Medienaffinere, jüdische pazifistische Aktivisten besetzten die Freiheitsstatue in New York. Sie trugen T-Shirts und Transparente mit der Aufschrift "Juden fordern jetzt Waffenstillstand", "Nicht in unserem Namen" und "Palästinenser sollten frei sein".

Antisemitische Verschwörung in Brasilien

Die brasilianische Polizei behauptet, ein Komplott gegen israelische und jüdische Ziele im Land in Zusammenarbeit mit dem Mossad vereitelt zu haben. Im Rahmen der Operation wurden zwei brasilianische Staatsbürger verhaftet, und in drei Bundesstaaten, darunter Minas Gerais und São Paulo, wurden umfangreiche Durchsuchungen durchgeführt.

Nach Angaben der brasilianischen Nachrichtenseite *Globo* und des Büros des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu sei dieses Komplott von der Hisbollah ausgeheckt worden.

Seit den Bombenanschlägen von Buenos Aires (1992-94), die Israel und einige argentinische Richter der Hisbollah zuschreiben, versichert diese, niemals einen Anschlag gegen israelische Interessen in Lateinamerika geplant zu haben.

EUROPA

Franziskus empfängt europäische Rabbiner

Papst Franziskus hat die europäischen Rabbiner am 6. Oktober im Vatikan empfangen. Er legte Wert darauf, alle persönlich zu begrüßen. Da er sich jedoch nicht wohl fühlte, konnte er die Rede, die er halten sollte, nicht lesen, aber übergab sie seinen Gästen.

124 britische Unternehmen haben gegen Russland-Sanktionen verstoßen

124 britische Unternehmen haben sich vorsorglich schuldig bekannt, gegen die "Sanktionen" des Königreichs gegen die Russische Föderation verstoßen zu haben. Ihr Anwalt [Pinsent Masons](#) argumentierte, dass die Maßnahmen der britischen Regierung nicht mit denen in Bezug auf Nordkorea oder gar den Iran vergleichbar seien: Russland spiele eine sehr wichtige wirtschaftliche Rolle auf dem internationalen Markt. Er hofft, von der Nachsicht der Regierung zu profitieren.

Die westlichen Sanktionen haben seit dem Einfall russischer Truppen in die Ukraine 300 Milliarden Dollar der russischen Zentralbank eingefroren.

Der EU-Rat lehnte Pläne zur Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte ab, billigte aber Pläne, die Zinseinnahmen dieser Vermögen zur Unterstützung der Ukraine zu verwenden.

Rishi Sunak gegen Erlaubnis eines pro-palästinensischen Protests am Waffenstillstandstag

Der Londoner Polizeichef hat einen zweiten pro-palästinensischen Marsch genehmigt. Der erste hatte eine halbe Million Menschen versammelt. Dabei verhaftete die Polizei 188 Menschen wegen Hassverbrechen, darunter 98 wegen angeblicher antisemitischer Straftaten, 21 wegen islamophober Straftaten und 12 wegen "religiöser Hassverbrechen". Der Polizeidirektor präsentierte sich als Garant des demokratischen Demonstrationsrechts.

Premierminister Rishi Sunak bestellte ihn darauf ein. Er sagte, es sei respektlos, am Gedenktag für den Waffenstillstand des Ersten Weltkriegs für so etwas zu protestieren.

Imran Hussain tritt vom Labour-Schattenkabinett zurück

Der Labour-Abgeordnete Imran Hussain ist aus Protest gegen die Politik seiner Partei in Bezug auf die Massaker in Gaza als Schattenminister für den New Deal und die Arbeiterklasse zurückgetreten.

1963 kollaborierten die Briten bei der Zerstörung kurdischer Städte im Irak

Dem Historiker [Mark Curtis](#) zufolge habe die britische Regierung im Oktober 1963 den Export von Sprengstoff für Abriss in den Irak genehmigt, wohlwissend, dass er "wahrscheinlich für die Zerstörung kurdischer Dörfer benützt würde."

Internationale Humanitäre Konferenz für Gaza

Frankreich bereitet in Paris eine internationale Konferenz über die humanitäre Lage in Gaza vor. Gleichzeitig verhandelt es mit Ägypten über die Stationierung eines Feldlazarett für Schwerverwundete von Gaza. Es hat bereits den Hubschrauberträger *Tonnerre* und bald auch die *Dixmude* entsandt, die über modernste chirurgische Einrichtungen verfügen.

Misstrauisch weist die arabische Presse darauf hin, dass diese humanitäre Geste einen Versuch verschleiern könnte, die kranken und verwundeten Palästinenser zum Verlassen des Gazastreifens zu zwingen, und die vollständige Zerstörung von Krankenhäusern ankündigen würde.

Boycott von Dior-Produkten

Das Haus Dior hat das amerikanisch-palästinensische Mannequin Bella Hadid in seiner Werbung durch die Israelin May Tanger ersetzt.

Viele Pro-Gaza-Verbände rufen zum Boycott der Marke auf

Deutschland verbietet Unterstützungsaktionen der Hamas

Deutschland hat Aktivitäten zur Unterstützung der Hamas verboten. Es beruft sich auf die Einstufung der Hamas durch die EU, als terroristische Vereinigung. Dieses Verbot gilt auch für die humanitären Aktionen der terroristischen Vereinigung.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte bei einem Treffen mit Führern arabischer und muslimischer Verbände: "Begeben Sie sich nicht in die Hände der Partner der Hamas. Sprechen Sie für sich selbst. Zeigen Sie eine klare Haltung gegen den Terrorismus." Er forderte sie auf, die Netzwerke der Hamas im Land anzuprangern.

Voltaire-Netzwerkanalyse

"[Welche internationale Ordnung?](#)", von Thierry Meyssan

Wir geben hier den Text der Rede von Thierry Meyssan in Magdeburg (Deutschland) auf der von der Zeitschrift Compact organisierten Konferenz "Freundschaft mit Russland" am 4. November 2023 wieder. Darin erläutert er, was seiner Meinung nach der grundlegende Unterschied zwischen den beiden Konzeptionen der Weltordnung ist, die sich heute vom Donbass bis Gaza gegenüberstehen: die des westlichen Blocks und diejenige, auf die sich der Rest der Welt bezieht. Es geht nicht darum, ob diese Ordnung von einer (unipolaren) Macht oder von einer Gruppe von (multipolaren) Mächten dominiert werden soll, sondern darum, ob sie die Souveränität der anderen Länder respektieren soll oder nicht. Der Autor stützt sich auf die Geschichte des Völkerrechts, wie sie von Zar Nikolaus II. und dem Friedensnobelpreisträger Léon Bourgeois konzipiert wurde.

Italien schickt Lazarettsschiff nach Gaza

Nach Angaben des italienischen Verteidigungsministers Guido Crosetto wird Italien ein Lazarettsschiff mit 170 Mann an Bord vor die Küste des Gazastreifens schicken.

Slowakei verlangsamt Waffenlieferungen an die Ukraine

"Wenn ein [slowakisches] Unternehmen irgendwo Waffen herstellen und sie [an die Ukraine] liefern will, wird niemand es daran hindern", sagte der slowakische Ministerpräsident Robert Fico.

Gleichzeitig strich er das 14. Hilfspaket, das von der ehemaligen Direktion des Verteidigungsministeriums vorbereitet worden war, einschließlich der Lieferung von 7,62-mm-Patronen und großkalibriger Munition für 125-mm-Geschütze.

Polnische Lkw-Fahrer gegenüber ukrainischer Konkurrenz

Polnische Lkw-Fahrer haben ukrainische Grenzübergänge blockiert, um gegen die Konkurrenz ihrer ukrainischen Kollegen zu protestieren. Seit Juni 2022 brauchen die Ukrainer keinen internationalen Führerschein und auch keine Zölle mehr bezahlen.

Die neue polnische Regierung hat wissen lassen, dass sie in diesem Bereich nicht zuständig sei, da das Abkommen auf EU-Ebene unterzeichnet wurde. Es ist ihr nicht möglich, es in Frage zu stellen.

Ursula von der Leyens Sicht der Zukunft des Gazastreifens

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, stellte am 6. Oktober ihre Weltanschauung vor:

• Zur Ukraine:

Sie brauche einen gerechten und dauerhaften Frieden, der auf der Friedensformel von Präsident Selenskyj basiert. Die Ukraine solle Mitglied der Europäischen Union werden, um sie in Zukunft zu stärken und zu schützen. [Die NATO hat den Beitrittsantrag der Ukraine abgelehnt.]

• Zu Gaza:

Die EU stehe in voller Solidarität mit dem israelischen Volk [kein Wort über das palästinensische Volk]. Die Geiseln müssten sofort freigelassen werden, und wir müssten auch "alles tun, um die Zivilbevölkerung zu schützen".

- Gaza kann kein sicherer Hafen für Terroristen sein;
- Die Terrororganisation Hamas kann in Gaza nicht regieren;
- Es kann keine langfristige israelische Präsenz in Gaza geben, das dazu bestimmt ist, das Territorium des palästinensischen Staates zu werden;
- Es darf keine Zwangsvertreibung von Palästinensern aus Gaza geben.

• Zu China:

Die EU wird weiterhin mit China über gemeinsame Herausforderungen wie den Klimawandel sprechen und zusammenarbeiten und sicherstellen, dass ihre Unterstützung für Russland so begrenzt wie möglich bleibt. "Unsere Rivalität kann konstruktiv sein, nicht feindselig."

Erweiterung der Europäischen Union

Die Europäische Kommission hat am 8. Oktober die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau angekündigt.

Bisher schien die NATO-Mitgliedschaft eine Voraussetzung für die EU-Mitgliedschaft zu sein. In der vergangenen Woche hat die NATO jedoch Nein zur Ukraine gesagt. Die Republik Moldau hingegen beansprucht das Territorium des nicht anerkannten Staates Transnistrien.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments hat sich zum ersten Mal für den Erweiterungsprozess interessiert. Er hörte das für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik zuständige Kommissionsmitglied, den Ungarn Olivér Várhelyi an, in Sachen Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Moldawien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, der Türkei und der Ukraine. Diese Frage betrifft auch Georgien, einen potenziellen Kandidaten.

EU reguliert politische Werbung

Politische Werbung muss in der Europäischen Union deutlich gekennzeichnet werden. Nach den neuen Vorschriften wird es für Bürger, Behörden und Journalisten einfacher, Informationen darüber zu erhalten, wer politische Werbung finanziert, wo sie ansässig ist, wie viel sie zahlt und woher die Mittel kommen.

Die EU-Abgeordneten haben für Einrichtungen aus Drittländern ein Verbot erlassen, in den drei Monaten vor einer Wahl oder einem Referendum politische Werbung in der EU zu

sponsoren. Diese Regel sollte auch für Sponsoring aus den Vereinigten Staaten gelten.

Politische Werbung, die auf *Profiling* beruht, unter Verwendung bestimmter Kategorien personenbezogener Daten (z. B. ethnische Zugehörigkeit, Religion, sexuelle Orientierung), ist verboten.

Diese Regeln gelten nur für bezahlte Werbung, nicht für interne Newsletter von Verbänden und politischen Parteien oder für Anzeigen, die nicht Gegenstand eines Handels waren.

Europäisches Parlament befürwortet Einziehung eingefrorener russischer Vermögenswerte

In einer Entschliebung, die am 9. November vom Europäischen Parlament angenommen wurde, wird die EU aufgefordert, mit den G7 zusammenzuarbeiten, um die Obergrenze für die Preisbindung für russisches Öl zu senken. Das Parlament wünscht auch, dass die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten ihre "Sanktionen" auf ein vollständiges Verbot der Vermarktung und des Schleifens von Diamanten russischer Herkunft ausweiten. Die EU wird ferner ersucht, rechtliche Möglichkeiten für die Einziehung eingefrorener russischer Vermögenswerte und deren Verwendung für den Wiederaufbau der Ukraine zu prüfen.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Präsident Selenskyj und seinem Armeechef

Washington sucht nach einem Krisenende-Szenario in der Ukraine. Wie könnte man erklären, dass man verloren hat und dass es nicht mehr wichtig ist? Präsident Wolodymyr Selenskyj sollte für die Niederlage verantwortlich gemacht und durch eine Militärregierung ersetzt werden, die mit der Wiederherstellung der Demokratie beauftragt wird.

In diesem Sinne veröffentlichte die *New York Times*, nach den Enthüllungen des *Time Magazine*

über das Dementi von Präsident Selenskyj, einen Artikel über seine Rivalität mit dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Walerij Zaluzhnyi.

In diesem Zusammenhang sagten mehrere US-amerikanische und russische Beamte, dass Verhandlungen über die Ukraine zwischen Washington und Moskau "nicht unmöglich" seien.

Das Kiewer Rathaus demontiert ein Symbol des ukrainischen Widerstands gegen die Nazis

Am 4. November begannen die Kiewer Behörden mit der Demontage des drei Meter hohen Kupfersterns, der sich an der Spitze des Obeliskens auf dem Galizkaja-Platz, dem ehemaligen Siegesplatz, befand. Er ist 30 Meter hoch und wurde als Hommage an den Widerstand der Einwohner der Stadt gegen die Nazi-Besatzer errichtet.

AFRIKA

Ägypten weigert sich, Gaza zu verwalten

Nach Angaben des *Wall Street Journal* lehnten der ägyptische Präsident Abdel Fattah El-Sisi und Geheimdienstminister Abbas Kamel den Vorschlag von CIA-Direktor William Burns ab, für die Sicherheit in Gaza zu sorgen, bis die Palästinensische Autonomiebehörde die Verantwortung übernimmt.

Tunesien verabschiedet Gesetz zum totalen Kontaktverbot mit Israel

Das tunesische Parlament verabschiedete ein Gesetz, das Haftstrafen von 6 bis 12 Jahren vorsieht für jede "direkte oder indirekte Kommunikation, Kontaktnahme, Propaganda, Vertragsabschluss oder Zusammenarbeit durch natürliche oder juristische Personen tunesischer Nationalität mit allen natürlichen und juristischen Personen, die mit dem zionistischen Gebilde verbunden sind". Tunesiern ist es auch verboten, mit "Einzelpersonen, Institutionen, Organisationen, Regierungs- oder

Nichtregierungsorganisationen" zu interagieren, die mit Israel in Verbindung stehen.

Algeriens Engagement für Palästina

Die Zeitschrift der algerischen Streitkräfte, *El-Djeich Magazine*, schreibt in ihrem Leitartikel: "Auf der Grundlage der edlen Prinzipien unserer glorreichen Revolution haben sich die Positionen unseres Landes entwickelt, um die unter der Besatzung stehenden Bevölkerungen zu unterstützen, die sich verteidigen und kämpfen, um ihr eigenes Schicksal zu bestimmen und ihr legitimes Recht auf Unabhängigkeit in ihrem eigenen Territorium zu garantieren, wie es bei den Saharai und den Palästinensern der Fall ist. Was die palästinensische Sache betrifft, die für Algerien als Sponsor und Volk eine zentrale Sache ist, so bestätigen alle Anzeichen und Fakten, dass die zionistische Besatzung geplant hat, sie zu liquidieren, wie der brutale Völkermordkrieg gegen palästinensische Zivilisten, insbesondere Frauen, und Kinder zeigt, der eine flagrante Verletzung aller internationalen Bräuche und Chartas darstellt, im Zusammenhang der Unfähigkeit des Sicherheitsrats und der Vereinten Nationen, eine Zwei-Staaten-Lösung im internationalen Konsens durchzusetzen."

Am 15. November 1988 hatte Jassir Arafat von Algier aus die Gründung eines palästinensischen Staates verkündet.

Nichts läuft mehr zwischen Südafrika und Israel

Khumbudzo Ntshavheni, Südafrikas Minister für das Präsidentenamt, verwies auf die "abfälligen Bemerkungen des israelischen Botschafters gegenüber Südafrika über diejenigen, die sich den Gräueltaten und dem Völkermord der israelischen Regierung widersetzen".

Er kündigte an, das gesamte südafrikanische diplomatische Personal zu Konsultationen nach Tel Aviv zurückzurufen.

Südafrika bereitet einen offiziellen Protest gegen das Massaker an den Bewohnern des Gazastreifens vor.

ASIEN

Benjamin Netanjahu ruft auf, um Israel bei der Rettung von Geiseln zu helfen

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu traf am 6. November 80 Botschafter auf dem Militärstützpunkt Kirya in Tel Aviv. Er forderte sie auf, "Israels Forderung nach sofortiger Freilassung der Geiseln zu unterstützen und Druck auf Katar auszuüben".

Israels Pro-Gaza-Opposition im Inland von Protesten ausgeschlossen

Eine arabisch-israelische Organisation, Adalah, und die Hadash-Partei reichten eine Klage beim Obersten Gerichtshof ein, um das Verbot der Unterstützung für Araber in Gaza aufzuheben. Sie argumentierten, dass die Meinungsfreiheit ein Recht für jeden sei, unabhängig von seiner Meinung.

Angesichts der "komplizierten Realität, in der wir uns befinden", wies der High Court die Anfrage der Kläger ab.

Schließung von Kafr Aqab

Die Vereinigung für Bürgerrechte in Israel, HaMoked, Ir Amim und Bewohner des Ostjerusalemers Viertels Kafr Aqab forderten den Obersten Gerichtshof auf, das Dekret zur Abriegelung des Viertels für ungültig zu erklären.

In der Beschwerde heißt es: "Fußgänger dürfen den Kontrollpunkt während der Sperrung des Bereichs nicht passieren, und da der öffentliche Verkehr eingestellt wurde... können sie die Nachbarschaft nicht verlassen (...) Wenn der Checkpoint um 17 Uhr komplett geschlossen wird, verwandelt sich Kafr Aqab in ein großes Gefängnis."

Kafr Aqab ist ein Stadtteil von Ost-Jerusalem, in dem die israelische Regierung hoffte, die Hauptstadt eines möglichen palästinensischen Staates isolieren zu können.

Benny Gantz ruft zum Kampf gegen Antisemitismus auf

General Benny Gantz, ein Mitglied des israelischen Kriegskabinetts ohne Geschäftsbereich, sagte auf X, ehemals Twitter: "Die Ermordung des jüdischen Amerikaners Paul Kessler [am Rande einer pro-palästinensischen Demonstration in Los Angeles ermordet] sollte der Welt als eindringliche Warnung dienen." "Ich rufe die Staats- und Regierungschefs der Welt und die internationale Gemeinschaft auf, Terror und Antisemitismus unmissverständlich und proaktiv zu verurteilen."

Itamar Ben-Gvir greift drei arabisch-israelische Richter an

Israels Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir hat nacheinander drei arabisch-israelische Richter angegriffen.

Vor etwa drei Wochen beschimpfte er den Richter des Bezirksgerichts von Nazareth, Arafat Taha, nachdem er die Schauspielerin Maisa Abdel-Had unter Hausarrest gestellt hatte, weil sie an einer Demonstration zur Unterstützung der aus Ostjerusalem vertriebenen Araber teilgenommen hatte.

Letzte Woche nannte er den Richter in Kanaan einen "inneren Feind", nachdem er die Freilassung des 68-jährigen Yoav Bar aus Haifa angeordnet hatte, der angeklagt war, weil er Schilder über Sicherheitsgefangene und Terrororganisationen angefertigt hatte.

Er hat gerade den Richter Ziad Saleh angegriffen und seine Entscheidung als "empörend" bezeichnet, weil dieser verordnete, den Namen eines Anwalts, der wegen seiner Unterstützung der Hamas verhaftet wurde, nicht zu veröffentlichen. Er schrieb auch: "Der Name und das Bild von jedem, der zum Terrorismus aufstachelt und ihn unterstützt,

sollten überall verbreitet werden, damit andere abgeschreckt werden. Null Toleranz für Online- und Vor-Ort-Aufwiegelung."

Yair Lapid über Benjamin Netanjahu

Der ehemalige israelische Ministerpräsident Yair Lapid sagte: "Solange die Kämpfe andauern, werden wir uns nicht mit der Frage der Schuldzuweisungen befassen... Netanjahu nutzt unser Schweigen aus und gibt immer wieder anderen die Schuld für sein eigenes Versagen."

Avigdor Lieberman über Benjamin Netanjahu

Avigdor Lieberman, Vorsitzender der Partei Yisrael Beiteinu, sagte, er erwarte den Rücktritt von Benjamin Netanjahu. Ihm zufolge habe der Premierminister "nicht die Absicht, seinen Fehler zuzugeben... Alles, was er tut, ist, die Verantwortung für den Krieg auf andere abzuwälzen. Es war absurd, als er gestern den Demonstranten [gegen den Justizputsch] die Schuld gab. Dies ist ein schwerer Schlag für die Reservisten der Armee, die dafür gekämpft haben, die Übernahme des Obersten Gerichtshofs zu verhindern, und jetzt gegen die Hamas kämpfen. Er verletzt nur die Sicherheit Israels."

Ehud Barak fordert Aufstellung einer UN-Truppe

Der ehemalige israelische Premierminister Ehud Barak verweist auf die weltweit weit verbreitete Verurteilung der IDF-Operation gegen die Hamas. Gleichzeitig bemerkt er, dass die Schwächung der Hamas Zeit brauche, mindestens ein Jahr. Er fordert daher seine Mitbürger auf, realistisch zu sein. Er sprach sich für die Schaffung einer UN-Truppe aus, die sich hauptsächlich aus arabischen Staaten zusammensetzt, um den Gazastreifen zu verwalten.

Ehud Barak hatte sich in der Vergangenheit gegen eine Intervention der Vereinten Nationen ausgesprochen.

Amichai Eliyahu befürwortet Atombomben auf Gazastreifen

Amichai Eliyahu, Israels Minister für Kulturerbe, sagte gegenüber *Radio Kol Berama*, dass Israel den Einsatz von Atomwaffen in Gaza in Betracht ziehe: "Das ist eine Lösung... Es ist eine Option." Dann verglich er die Bewohner des Gazastreifens mit "Nazis" und versicherte, dass es "keine Nichtkombattanten in Gaza gibt" und dass das Gebiet keine humanitäre Hilfe verdiene. "Es gibt keine unbeteiligten Menschen in Gaza", sagte er. Die Bewohner des Gazastreifens "können nach Irland oder in die Wüste gehen, die Monster von Gaza sollten selbst eine Lösung finden", sagte er.

Das Büro von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu teilte am 5. Oktober mit, dass der Minister für Kabinettsitzungen "bis auf Weiteres" suspendiert worden sei. Das Büro sagte: "Eliyahus Aussagen basieren nicht auf der Realität. Die israelischen Streitkräfte und die IDF arbeiten in Übereinstimmung mit den höchsten Standards des Völkerrechts, um zu vermeiden, dass unschuldige Menschen zu Schaden kommen. Das werden wir so lange tun, bis wir gewinnen."

In jedem Fall ist es unmöglich, Atombomben in Gaza einzusetzen, ohne ein Übergreifen auf Israel zu riskieren.

Amichai Eliyahu rechtfertigte sich in den sozialen Medien. Er zog seine Bemerkungen über die Nuklearisierung des Gazastreifens zurück, hielt aber an seiner Wiederholung fest: "Eine starke und unverhältnismäßige Antwort auf den Terrorismus ist absolut notwendig, die den Nazis und ihren Unterstützern klar machen wird, dass Terrorismus der Mühe nicht wert ist."

In dieser Woche teilten namentlich nicht genannte Beamte US-Medien, darunter die [New York Times](#), mit, dass ihre israelischen Kollegen sich privat auf die Bombenabwürfe auf Deutschland und Japan während des Zweiten Weltkriegs sowie auf die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und

Nagasaki bezogen hätten, um mögliche große zivile Opfer in Gaza zu rechtfertigen.

Israel hat nie öffentlich über seinen Besitz von Atomwaffen gesprochen. Es gibt etwa 80 davon. Russland reagierte auf dieses Eingeständnis mit der Frage: "Wenn das der Fall ist, wo sind dann die internationalen Organisationen, wo ist die IAEA, wo sind die Inspektoren? (...) Wo wurden die Tests durchgeführt, auf welchen Testgeländen? Anscheinend nicht in der Gegend, also wo? Die Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa, fügte hinzu: "Stecken nicht die Vereinigten Staaten hinter all dem? ». Sie behauptete auch, dass solche Äußerungen israelischer Beamter die wahren Gründe enthüllten, warum Tel Aviv die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten ablehnt.

Der iranische Außenminister Hossein Amirabdollahian kommentierte die Äußerungen des israelischen Ministers über den Einsatz von Atombomben. Ihm zufolge bezeugen sie, dass der Widerstand das "zionistische Gebilde" bereits besiegt habe.

Die Position von Benjamin Netanjahu

Der israelische Premierminister [Benjamin Netanjahu](#) sagte David Muir auf *ABC News* in der Sendung *World News Tonight*, dass es keine Rede von einem Waffenstillstand oder einer humanitären Pause geben werde, bis alle Geiseln freigelassen seien.

Ziele von Yoav Gallant

Der israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant sagte bei einer Sonderanhörung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit der Knesset, dass seine Hauptziele die Beseitigung der Bedrohung für die Sicherheit israelischer Bürger, die Einstellung der militärischen und staatlichen Aktivitäten der Hamas und die Handlungsfreiheit der IDF in Gaza "ohne Einschränkung der Operationen" seien.

Gallant sagt: "Das Sicherheitssystem unter meiner Führung konzentriert sich auf zwei wichtige Dinge: den Sieg im Krieg und die Rückkehr der Geiseln."

Der Minister beschrieb den Gazastreifen als "die größte Terrorbasis aller Zeiten".

Mossad desavouiert Yossi Cohen

Der Mossad veröffentlichte eine vernichtende Erklärung: "Es gibt nur eine Stelle, die die Freilassung von Geiseln verwaltet. Jede andere Partei, die behauptet, etwas damit zu tun zu haben, darf dies nicht tun."

Er distanziert sich von seinem ehemaligen Direktor Yossi Cohen. Er ist eine der Persönlichkeiten, die den Familien der Geiseln helfen und eine Reise nach Katar unternommen hat. Gerüchte hatten sich verbreitet, dass er in offizieller Mission gehandelt habe.

Israel kann ohne Wissen der Besitzer auf Überwachungskameras zugreifen

Das israelische Justizministerium gab am 7. November ein Memorandum heraus, das es der IDF und dem Shin Bet erlaubt, vorübergehend für sechs Monate auf private Überwachungskameras zuzugreifen und die Bilder ohne Wissen der Eigentümer zu untersuchen.

Religiöse Zionisten greifen Charedim-Haushalt an

Finanzminister Bezalel Smotrich hat versucht, die Zustimmung der Knesset zu erhalten, um 1,35 Milliarden Schekel (mehr als 350 Millionen Dollar) für die Unterstützung der durch den Krieg vertriebenen Israelis zu verwenden.

Die Summe umfasst 250 Millionen Schekel für Menschen aus Grenzgemeinden, die selbstständig ausgereist sind und nicht in von der Regierung bereitgestellten Hotels übernachten;

- weitere 200 Millionen für Evakuierungen aus Grenzgemeinden im Gazastreifen im Süden und im Libanon im Norden;

- 174 Millionen zur Unterstützung lokaler Regierungen;
- 100 Millionen Dollar für die Behörde, die eingerichtet wurde, um den Wiederaufbau des Grenzgebiets zu Gaza zu überwachen;
- und der Löwenanteil, 628 Mio. NIS, für die Bezahlung von Hotels.

Ein Teil dieses Geldsegens war jedoch bereits zurückgelegt:

- 200 Millionen Schekel für den Haushalt der staatlichen Religionsschulen;
- 143 Millionen für das charedische Bildungsbudget;
- 120 Millionen für Vorschläge, die sich mit der Stärkung des Judentums befassen;
- und 28 Millionen für Schulen in den Kolonien.

Die ultraorthodoxen (*charedim*) Juden denunzierten sofort die religiösen Zionisten.

"Jüdischer Staat" plant Wiederaufbau von Siedlungen in Gaza

Der israelische Bildungsminister Yoav Kisch sagte, er schließe ein Szenario nicht aus, in dem er die Siedlungen im Gazastreifen wieder aufbauen werde. Sie wurden 2005 abgebaut.

In der Knesset wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, um das Recht auf Bewegungsfreiheit für Israelis im Gazastreifen wiederherzustellen.

Die Unionsregierung hat mehrere alliierte Staaten in dieser Frage auf die Probe gestellt. Es scheint, dass sie ihren Unmut zum Ausdruck bringen, aber ihre Verbindungen zum "jüdischen Staat" nicht abbrechen würden.

Der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich, der für die Zivilverwaltung des Westjordanlandes zuständig ist, forderte seinerseits die Schaffung von Sicherheitszonen um die Siedlungen im Westjordanland. Diese Strategie könnte schließlich zu ihrer Erweiterung führen.

Mahmoud Abbas vergisst Ost-Jerusalem nicht

Mahmud Abbas, Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, schloss die Möglichkeit nicht aus, den Gazastreifen nach dem Ende des Krieges zu verwalten. Er hat jedoch eine legitime Bedingung gestellt, die für Israel aber inakzeptabel ist. Beim Empfang von US-Außenminister Antony Blinken sagte er: "Der Gazastreifen ist ein integraler Bestandteil des Staates Palästina, wir werden die volle Verantwortung für eine umfassende politische Lösung für das Westjordanland, Ostjerusalem und den Gazastreifen übernehmen."

Königin Rania prangert westliche Doppelmoral an

Rania, Königin von Jordanien, gab CNN ein Interview, um die Doppelmoral des Westens angesichts der Massaker in Israel und Palästina anzuprangern.

Pipeline-Projekt zwischen Irak und Jordanien taucht wieder auf

Das Ölpipeline-Projekt, das Basra (Irak) mit Akaba (Jordanien) verbindet, würde es Bagdad und Amman ermöglichen, internationale Energiemärkte zu erreichen, ohne vom Golf abhängig zu sein, indem sie die Barrel über Israel in den Westen transportieren.

Teheran hat das Projekt als Beitrag zur Normalisierung mit Israel bezeichnet. Es wurde im Mai wegen "Bedrohungen durch vom Iran unterstützte schiitische Milizen" verschoben, wie der irakische Premierminister Mohammad Shia' al-Sudani mitteilte.

Dieses Projekt taucht nun im Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg wieder auf.

Maronitischer Patriarch verteidigt libanesischen Generalstabschef

Der maronitische Patriarch, Erzbischof Béchara Raï, sagte: "Es ist notwendig, [im Libanon] um jeden Preis einen Präsidenten zu wählen und die

Institutionen zu schützen, anstatt den Sturz dieser oder jener Person zu planen oder die Führer dieser oder jener Institution zu manipulieren... Es ist beschämend, Worte über den Sturz des Oberbefehlshabers der Armee [General Joseph Aoun] in der kritischsten Phase der libanesischen Geschichte zu hören. Diese Art von Gerede untergräbt die Entschlossenheit des militärischen Establishments, das mehr Unterstützung und Ermutigung braucht."

Gleichzeitige Angriffe von Daesch in Syrien

Der IS tötete acht syrische Soldaten und 26 Angehörige der Nationalen Verteidigungskräfte bei gleichzeitigen Angriffen in der Wüstenregion al-Rasafa.

Die syrische und die russische Luftwaffe beschossen sofort die Stellungen der Dschihadisten.

Der Krieg in Syrien geht weiter

Die Arabische Republik Syrien und die Russische Föderation bombardieren weiterhin dschihadistische Einrichtungen im Nordwesten des Landes, während die Republik Türkei PKK-Einrichtungen im Nordosten bombardiert.

Berichten zufolge wurden innerhalb eines Monats 65 Kinder getötet (im Vergleich zu fast 5000 in Gaza).

Die Dschihadisten werden von der Europäischen Union unterstützt und von den Türken verwaltet, während die PKK von den Vereinigten Staaten unterstützt wird.

Katarische Verhandlungen

Der libanesischer Fernsehsender *Al-Mayadeen* berichtete: "Bei den Gesprächen [zwischen Katar und Israel] geht es um die Freilassung von 12 Geiseln, die Hälfte davon Amerikaner, im Austausch für einen dreitägigen Waffenstillstand, der es der Hamas erlaubt, diese Geiseln freizulassen."

Ansar Allah schießt eine US-Drohne ab

Eine US-Drohne vom Typ MQ-9 Reaper im Wert von 30 Millionen Dollar wurde von Ansar Allah im Jemen (den "Huthis") abgeschossen.

Antony Blinken in der Türkei

US-Außenminister Antony Blinken besuchte Ankara. Er wurde von seinem türkischen Amtskollegen Hakan Fidan empfangen. Die beiden Länder haben nicht die gleiche Ansicht des israelisch-palästinensischen Konflikts. Die Vereinigten Staaten unterstützen Israel, lehnen einen Waffenstillstand ab, erwähnen schüchtern eine "humanitäre Pause", während die Türkei die palästinensische Sache verteidigt, die Hamas als "Widerstandsbewegung" bezeichnet und Israel für seine Angriffe auf die Gaza-Enklave verurteilt, in der 2,4 Millionen Menschen leben.

Indische Muslime für Gaza

Die Jamaat-e-Islami, das Organ der Muslimbruderschaft (Zweig von Syed Abul Ala Maududi), organisierte in Bharat ein Treffen unter dem Titel: "Den Bulldozer der Hindutva und die zionistische Apartheid stürzen".

Khaled Meshaal, der politische Führer der Hamas, sagte per Videokonferenz: "Gemeinsam werden wir die Zionisten besiegen und wir werden vereint für Gaza sein, das für Al Aqsa kämpft."

Bharat für Israel

Narendra Modi, der Premierminister von Bharat/Indien, twitterte an seine israelischen Freunde: "Wir stehen zusammen in dieser schwierigen Stunde!" In einem Telefongespräch mit seinem israelischen Amtskollegen Benjamin Netanjahu sagte er, er verurteile "den Terrorismus in all seinen Formen und Erscheinungsformen aufs Schärfste und unmissverständlich". Die indische Delegation in der UN-Generalversammlung enthielt sich bei der Abstimmung über die Resolution A/ES-10/L.25 zur Unterstützung der Zivilbevölkerung in Gaza.

Religiöser Nationalismus ist eine Idee, die von den Rechtsextremen in beiden Ländern geteilt wird, die Großindien (*Akhand Bharat*) und Großisrael (*Eretz Israel*) anstreben.

Die Regierung Modi hat gerade alle pro-palästinensischen Demonstrationen verboten.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Debatten im Sicherheitsrat

Am 6. November tagte der UN-Sicherheitsrat hinter verschlossenen Türen. Während sich alle einig waren, dass humanitäre Hilfe nach Gaza geschickt werden sollte, waren sich die Mitglieder uneins darüber, ob es sich um eine "humanitäre Pause" oder einen "humanitären Waffenstillstand" handeln sollte.

Ein Waffenstillstand wäre dauerhafter, während eine Pause die Operationen der IDF nicht behindern würde.

Außerordentlicher Gipfel der Organisation für Islamische Zusammenarbeit

Saudi-Arabien und der Iran haben einen Gipfel der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) einberufen. Sie betonten, dass die OIC die Entwicklungen in Palästina überprüfen, den Kriegsverbrechen in Gaza und im Westjordanland ein Ende setzen und humanitäre Hilfe in die Region schicken sollte.

WHO zieht Bilanz der Angriffe auf Krankenhäuser in Gaza

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat von 118 Angriffen auf Krankenhäuser in Gaza berichtet. Sie verursachten 512 Tote, 654 Verletzte, 39 Einrichtungen wurden beschädigt und 36 Krankenwagen getroffen.

UN-Organisationen rufen zu sofortiger humanitärer Waffenruhe auf

Mehrere UN-Organisationen und humanitäre Gruppen haben appelliert: "Wir brauchen einen sofortigen humanitären Waffenstillstand. Es ist 30 Tage her. Jetzt reicht es. Damit muss jetzt Schluss sein."

Die Unterzeichner sind:
Nothilfe Koordinator und Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten (OCHA), CARE International, International Council of Voluntary Agencies (ICVA), InterAction, Internationale Organisation für Migration (IOM), Mercy Corps, Hoher Kommissar für Menschenrechte (OHCHR), Save the Children, Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte Flüchtlingskommissar (UNHCR), Programm der Vereinten Nationen für menschliche Ansiedlung (UN-Habitat), Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), UN Women, Welternährungsprogramm (WFP), Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Die Position der G7 zu Gaza

Nach zweitägigen Gesprächen in Tokio waren sich die G7-Außenminister einig, dass sie "Israels Recht auf Selbstverteidigung" und die Notwendigkeit "humanitärer Pausen" unterstützen, um der Zivilbevölkerung im Gazastreifen zu helfen.

Israels "Recht auf Selbstverteidigung" ist ein Slogan, der darauf abzielt, Israel das Recht zu

geben, zu töten. Mit den humanitären Pausen soll einem "humanitären Waffenstillstand" entgegengewirkt werden. Der Unterschied zwischen den beiden Ausdrücken besteht darin, dass die Kombattanten im zweiten aufhören sollten, ihre Waffen aufeinander zu richten.

Beschwerde gegen Israel beim IStGH

Eine Gruppe von hauptsächlich französischen Vereinigungen hat eine Beschwerde beim Internationalen Strafgerichtshof eingereicht, eine Klage gegen Israel wegen Völkermord, den es absichtlich in Gaza begangen hat.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°61-62 - 17. November 2023

LEITARTIKEL

Verhandlungen mit der Hamas und dem Islamischen Dschihad

- Nach Angaben der Vereinten Nationen haben zwei Drittel der Bewohner des Gazastreifens ihre Heimat verlassen und sind geflohen.

Fast ganz Gaza-Stadt wurde zerstört.

Mehr als 11 000 palästinensische Zivilisten wurden getötet, darunter mehr als 5000 Kinder.

- Am 15. November verabschiedete der [Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seine erste Resolution \(Nr. 2712\)](#) zum israelisch-palästinensischen Krieg in einem fünfwöchigen Konflikt. Er "fordert dringende und längere humanitäre Pausen und Korridore im gesamten Gazastreifen während einer ausreichenden Anzahl von Tagen". Er fordert auch die "sofortige und bedingungslose Freilassung aller Geiseln, die von der Hamas und anderen Gruppen festgehalten werden, insbesondere von Kindern".

Dieser Text erwähnt weder die Hamas noch Israel, wie der russische Resolutionsentwurf, gegen den der Westen sein Veto eingelegt hat. Aber er bittet, nicht verlangt, um eine Pause, und um keinen Waffenstillstand.

Sofort kündigte Israel an, die Aufforderungen des Sicherheitsrats nicht zu akzeptieren. Die IDF ließ den Worten Taten folgen und bombardierte das Haus der Familie des politischen Hamas-Führers Ismail Haniyeh, der jetzt in Katar lebt, bis kein Stein auf dem anderen blieb.

- Laut Associated Press besuchte CIA-Direktor William Burns am 9. November Katar. Berichten zufolge traf er sich mit David Barnea, seinem Mossad-Amtskollegen, und Premierminister Scheich Mohammed bin Abdulrahman Al Thani. Die drei Männer sollen über die Verhandlungen mit der Hamas und dem Islamischen Dschihad gesprochen haben, die auf die Freilassung der Geiseln abzielen.

- Laut einer katarischen Quelle stolpern die Verhandlungen über drei Punkte:

- Der palästinensische Widerstand fordert, dass Israel seine zivilen Gefangenen im Austausch für die Freilassung der zivilen Geiseln freilässt.

- Israel stimmt einem dreitägigen Waffenstillstand nur zu, während der palästinensische Widerstand fünf Tage fordert.

- Der palästinensische Widerstand verlangt, dass die IDF nicht nur ihren Beschuss, sondern auch ihre Drohnenüberwachung des Gazastreifens einstellt. Er weist darauf hin, dass er es nicht riskieren kann, seine Verstecke zu enthüllen, wenn er seine Geiseln befreit (...)

(...) • US-Präsident Joe Biden sagte, er glaube, dass die Freilassung der im Gazastreifen festgehaltenen Geiseln "stattfinden wird, aber ich möchte nicht ins Detail gehen". "Warte mal. Wir kommen! rief er aus.

• In der Zwischenzeit versucht der Mossad, seine westliche Unterstützung zu stärken. Zu diesem Zweck stachelt er in den großen westlichen Hauptstädten zu Demonstrationen gegen den Antisemitismus [der Hamas] auf. Darüber hinaus organisiert er private Vorführungen des IDF-Films über das Massaker vom 7. Oktober. Seine Äußerungen veranlassen unter den Zuschauern die Interpretation, dass nur die Hamas an dem Angriff beteiligt war, dass sie ihre Opfer vergewaltigt und zerstückelt habe (ein Angreifer versuchte vergeblich, ein Opfer zu enthaupten). Vor allem suggeriert er, dass die Opfer, vor allem die verkohlten Menschen, alle von den Palästinensern getötet wurden, während er das Resultat seiner eigenen Raketen zeigt (Hannibal-Direktive). Nur das belgische Parlament weigerte sich, das Video anzusehen. In Wirklichkeit handelte es sich bei dem Angriff des palästinensischen Widerstands um eine Faustschlag-Operation, die darauf abzielte, Geiseln zu entführen, um sie auszutauschen und eine IDF-Kaserne anzugreifen. Die Angreifer hatten keine Zeit, jemanden zu vergewaltigen oder ihre Opfer in Stücke zu schneiden.

AMERIKA

US-Wirtschaft in Gefahr

Die Ratingagentur Fitch hat das Rating der US-Wirtschaft herabgestuft. Moody's hat vor steigender US-Auslandsverschuldung gewarnt. Ihrer Meinung nach wird sich die politische Spaltung in den USA wahrscheinlich fortsetzen und eine Umkehr der Haushaltsdefizite (Anstieg um 23,2 % in einem einzigen Jahr) verhindern.

Der Oberste Gerichtshof verabschiedet einen lockeren Verhaltenskodex

Der U.S. Supreme Court hat nun einen Verhaltenskodex. Er hatte ihn bis dahin noch

nicht. Mehrere Richter waren wegen Geschenken angeklagt worden, die sie von befreundeten Milliardären erhalten hatten.

Der Kodex legt lediglich die Fälle fest, in denen Richter angefochten werden können. Er enthält kein Verfahren, um die Unparteilichkeit eines Richter unter ihnen in Frage zu stellen. Er legt auch keine Regeln für die Geschenke fest, die sie erhalten.

Eric Adams, der türkischen Geheimfinanzierung verdächtig

Das FBI hat, nachdem es das Büro seiner Fundraising-Managerin Brianna Suggs durchsucht hatte, die Mobiltelefone des New Yorker Bürgermeisters Eric Adams (Demokraten) beschlagnahmt.

Bei den laufenden Ermittlungen soll es um geheime Finanzierung durch die türkische Regierung gehen.

Mike Pompeo, Direktor von KievStar

Der ehemalige US-Außenminister Mike Pompeo, ein aktiver Unterstützer des Krieges in der Ukraine, ist zum Direktor des ukrainischen Telekommunikationsbetreibers *KievStar*, einer Tochtergesellschaft der niederländischen Veon, ernannt worden. Er hat keine Erfahrung auf diesem Gebiet, außer dass er Direktor der CIA war.

Das Repräsentantenhaus hat noch immer nicht über die 61 Milliarden Dollar an Hilfgeldern für die Ukraine abgestimmt

Im Gegensatz zu dem, was wir angekündigt hatten, hat das Repräsentantenhaus das Hilfsbudget für die Ukraine in Höhe von 61 Milliarden Dollar nicht verabschiedet. Der neue Sprecher der Versammlung, Mike Johnson, versuchte, die Subvention zu finanzieren, indem er das beschlagnahmte Eigentum russischer Bürger konfiszierte. Aber nach Angaben des Haushaltsbüros würde dieses Manöver nicht

verhindern, dass das Haushaltsdefizit doch um 12 Milliarden Dollar steigt.

Parlamentarier sehen sich Videos des Anschlags vom 7. Oktober an

Etwa 100 US-Abgeordnete sahen sich die 43-minütige Videomontage an, die das israelische Militär aus den Kameras der Attentäter vom 7. Oktober gemacht hatte.

Hillary Clinton vergleicht Donald Trump mit Adolf Hitler

Bei einer Kundgebung in New Hampshire sagte der ehemalige Präsident Donald Trump, er werde "die Kommunisten, Marxisten, Faschisten und Schläger der radikalen Linken eliminieren, die wie Ungeziefer in den entlegensten Winkeln unseres Landes leben".

Präsident Joe Biden bemerkte, dass dies die gleiche Art von Rhetorik war, die die Nazis benutzt hatten.

Hillary Clinton (76), ehemalige Außenministerin und erfolglose Präsidentschaftskandidatin, kommentierte in der Talkshow *The View*: "Ich denke, es wäre das Ende unseres Landes, wie wir es kennen, und ich sage das nicht leichtfertig... Und man konnte es in Ländern sehen, in denen -- nun, Hitler wurde ordnungsgemäß gewählt, nicht wahr? (...) Und plötzlich würde jemand mit diesen Tendenzen, diesen diktatorischen, autoritären Tendenzen sagen: 'Okay', wir werden das abschalten. Wir werden diese Leute ins Gefängnis werfen, und das sagen sie normalerweise nicht... Trump sagt uns, was er zu tun gedenkt. Nehmt ihn beim Wort. Der Mann sagt, er werde Leute ins Gefängnis werfen, die nicht seiner Meinung sind, legitime Medien schließen und tun, was er kann, um die Rechtsstaatlichkeit und die Werte unseres Landes buchstäblich zu untergraben."

☞ Adolf Hitler wurde demokratisch als Abgeordneter gewählt, aber er wurde nur Kanzler, weil die Partei, die an der Spitze stand, das Katholische Zentrum, ihn dazu aufforderte, um gegen die Kommunisten zu kämpfen.

Hillary Clinton setzt die Ziele für Israels Nachkriegsregierung

Hillary Clinton hat die Mission für die nächste israelische Regierung festgelegt. Sie schreibt in *The Atlantic*, dass sie "hart gegen die von extremistischen Siedlern verübte Gewalt vorgehen und den Bau neuer Siedlungen stoppen sollte, die es schwieriger machen, sich einen zukünftigen palästinensischen Staat vorzustellen. Letztlich ist der einzige Weg, Israels Zukunft als sicherer, demokratischer jüdischer Staat, zwei Staaten für zwei Völker zu schaffen. Und in der Region sollte sie ernsthafte Verhandlungen mit Saudi-Arabien und anderen Ländern wieder aufnehmen, um die Beziehungen zu normalisieren und eine breite Koalition gegen den Iran aufzubauen."

☞ Frau Clinton gibt nicht an, wie ein ethnisch-konfessioneller Staat Bürger anderer ethnisch-konfessioneller Gemeinschaften als gleichwertig betrachten und damit "demokratisch" sein könnte.

Jake Sullivan befürwortet die Verwaltung des Gazastreifens durch die Palästinensische Autonomiebehörde

Der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan sagte gegenüber CNN: "Es sollte eine einheitliche politische Führung im Westjordanland und im Gazastreifen geben. Die Palästinensische Autonomiebehörde ist die politische Führung im Westjordanland. Auf lange Sicht wird die Entscheidung, wie das Westjordanland und der Gazastreifen regiert werden, natürlich vom palästinensischen Volk abhängen."

Die USA und die langsame israelische Operation gegen den palästinensischen Widerstand

• General Charles Q. Brown, Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs, sagte, dass die Verzögerung der israelischen Operation in Gaza die Menschen in Gaza ermutige, sich der Hamas anzuschließen.

- Nach Angaben des russischen Geheimdienstes hätten die USA in der Öffentlichkeit und im Privaten ein verschiedenes Narrativ zu Gaza. In der Öffentlichkeit rufen sie zur Mäßigung auf, während sie im Privaten Israel drängen würden, seine Operationen zu verstärken. Es sollte schnell handeln, wohl wissend, dass der Anblick dieses Massakers dem Image von Präsident Joe Biden vor der Präsidentschaftswahl schadet.

115 politische Personen für Joe Biden

115 prominente Demokraten haben sich hinter Präsident Joe Biden gestellt. Ihre Haltung steht im Gegensatz zu den Widerständen, auf die er in politischen Kreisen, in seiner Regierung und in der Bevölkerung stößt.

400 hochrangige Beamte der Biden-Regierung schrieben dem Präsidenten und beschwören ihn, das Massaker in Gaza zu stoppen.

In Washington, 200 000 Leute für den Krieg

Eine große Demonstration von 200 000 Menschen versammelte sich in Washington, D.C., sowohl zur Unterstützung der israelischen Militäroperation als auch gegen Antisemitismus. Zu den Organisatoren und Rednern gehörten der israelische Präsident Isaac Herzog, der Mehrheitsführer im Senat, Chuck Schumer, der Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, Familien amerikanischer Geiseln, die in Gaza festgehalten werden, Verbündete wie Pastor John Hagee (Gründer der evangelikalen Organisation Christians United for Israel), die Schauspielerinnen Debra Messing und Tovah Feldshuh, der ehemalige Refusnik/Verweigerer und israelischer politischer Aktivist Natan Scharansky (der Präsident Selenskyj nahesteht).

- Musikalische Darbietungen der israelischen Popstars Omer Adam und Ishay Ribo verschönerten die Veranstaltung.

☞ Amerikanische Juden sind überwältigend liberal und gegen den Krieg. Dazu gehören Ameinu, Americans for Peace Now, Habonim Dror, J Street, Jewish Democratic Council for

America, National Council of Jewish Women, New York Jewish Agenda, Partners for Progressive Israel, Reconstructing Judaism und T'ruah: The Rabbinic Call for Human Rights. Die Teilnehmer dieser Demonstration waren hauptsächlich christliche Zionisten.

Entlassung eines texanischen Bischofs

Papst Franziskus hat Joseph E. Strickland, Bischof von Tyler, Texas, abgesetzt. Er wurde zunächst zum Rücktritt aufgefordert, was er ablehnte. Es scheint, dass der Prälat eine persönliche Auffassung der Verwaltung des kirchlichen Vermögens habe. Er war jedoch bekannt geworden, weil er an einer Kundgebung für den ehemaligen Präsidenten Donald Trump teilnahm, Präsident Joe Biden als Verkörperung des "Bösen" bezeichnete und erklärte, man könne nicht gleichzeitig Katholik und Demokrat sein.

Libanesisch-Brasilianer bestreiten Beteiligung an antisemitischer Verschwörung

Die beiden libanesisch-brasilianischen Staatsbürger, die im Rahmen der Ermittlungen zu einem terroristischen Komplott gegen brasilianisch-jüdische Interessen verhaftet wurden, bestreiten alle gegen sie erhobenen Vorwürfe. Die israelische Regierung, und nur sie, hat sie als Mitglieder der Hisbollah dargestellt. Brasiliens Justizminister Flavio Dino warf Israel vor, die Ergebnisse einer laufenden Untersuchung zu Propagandazwecken vorwegnehmen zu wollen.

EUROPA

Die katholische Kirche und Transsexuelle

Papst Franziskus hat die Veröffentlichung eines [Briefes des Präfekten für die Glaubenslehre](#) an den brasilianischen Bischof Giuseppe Negri über die Situation von Transsexuellen genehmigt.

Das Dikasterium definiert Transsexuelle als Menschen, die sich einer Hormonbehandlung und einer geschlechtsangleichenden Operation unterzogen haben. Es stellt klar, dass die Änderung des Geschlechts das Sakrament der Taufe nicht berühre. In ähnlicher Weise kann ein Transsexueller Pate oder Patin einer getauften Person oder sogar Trauzeuge einer Hochzeit sein, aber das sei kein Recht und muss daher mit Vorsicht akzeptiert werden, um keinen Skandal zu verursachen. Generell ist das Dikasterium der Ansicht, dass die Rolle eines jeden immer nach seiner Fähigkeit, den Glauben weiterzugeben, beurteilt werden muss, andernfalls sei es besser, um eine andere Person zu bitten.

Ermittlungen gegen Boris Johnsons Kabinett

Eine Verwaltungs- und Justizuntersuchung versucht, Licht ins Dunkel zu bringen, wie das Kabinett von Boris Johnson während des Ausbruchs des Coronavirus reagiert hat. Sie hat bisher viele Beschwerden über die sexistischen Bemerkungen und Pössereien der verschiedenen Berater und Minister angehört. Der ehemalige Premierminister und sein Nachfolger Rishi Sunak sollen in Kürze befragt werden.

In London 300 000 Leute gegen den Krieg

300 000 Menschen demonstrierten in London, um das Massaker in Gaza anzuprangern. Innenministerin Suella Braverman bezeichnete die pro-palästinensischen Proteste als "Hassmärsche". Tommy Robinson, der Gründer der English Defense League, hatte geplant, sie anzugreifen. Der Polizeichef [Mark Rowley](#) hatte sich gegen den Rat von Premierminister Rishi Sunak für den zivilen Frieden verbürgt, der ihn für etwaige Exzesse verantwortlich machte. 2000 Polizisten waren im Einsatz. 82 Gegendemonstranten, die Flaggen Großbritanniens oder Englands schwenkten, wurden verhaftet, "um zu verhindern, dass der Frieden gefährdet wird", als sie "versuchten, dem Marsch" der Pro-Palästinenser entgegenzutreten.

Der Premierminister entließ Suella Braverman am Tag nach dem Protest.

Britische Juden unterstützen mit überwältigender Mehrheit "Freies Palästina" gegen Israel. Viele von ihnen argumentieren, dass der jüdische Staat nicht existieren sollte.

Britische Abgeordnete wollen Revolutionsgarden kriminalisieren

In einem Brief an Premierminister Rishi Sunak schrieben 60 Abgeordnete des britischen Parlaments: "Angesichts der anhaltenden Konflikte im Nahen Osten ist es jetzt dringender denn je, das Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) zu verbieten."

Seit 2019 betrachten die Vereinigten Staaten die Revolutionsgarden als terroristische Organisation. Die Europäische Union folgte ihnen nicht, sondern verhängte Sanktionen gegen 18 ihrer hochrangigen Beamten.

Zusammenbruch des Lebensstandards im Vereinigten Königreich

Nach Angaben des *Guardian* waren rund 2 Millionen britische Haushalte gezwungen, einen Kühl- oder Tiefkühlschrank außer Betrieb zu nehmen, um Geld zu sparen.

Die jüngste CPP-Umfrage ergab, dass im Oktober ein Viertel (2,8 Millionen) der einkommensschwachen britischen Haushalte seine Schulden erhöhte, um Lebensmittel zu bezahlen, ein Drittel verkaufte persönliche Gegenstände, um sich Geld zu beschaffen, und jeder sechste nutzte beheizte Gemeinschaftsräume.

David Cameron zum Minister für auswärtige Angelegenheiten, Commonwealth und Entwicklung ernannt

Der ehemalige britische Premierminister David Cameron ist zum Minister für auswärtige Angelegenheiten, Commonwealth und Entwicklung ernannt worden. Kein einziger

ehemaliger Premierminister hatte sich seit einem halben Jahrhundert bereit erklärt, an einer Regierung teilzunehmen. Außerdem ist David Cameron kein Mitglied des Unterhauses.

☞ Während seiner Amtszeit als Premierminister propagierte er einen "modernen und mitfühlenden Konservatismus". Er setzte einen Sparplan um und kündigte an, sich um die Ärmsten zu kümmern. Gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy hat er den Krieg gegen Libyen begonnen. Er rief auch zu einem Brexit-Referendum auf.

Er stammt von jüdischen Vorfahren ab und sagte: "In mir haben Sie einen Premierminister, dessen Glaube an Israel unzerstörbar ist. Ich werde immer ein standhafter Verteidiger des jüdischen Volkes sein, ein Unterstützer des Staates Israel, und ich werde niemals tatenlos zusehen, wie die jüdische Gemeinschaft in Großbritannien bedroht ist."

Der Oberste Gerichtshof des Vereinigten Königreichs kippt das Gesetz über die illegale Abschiebung von Flüchtlingen

Der britische High Court bestätigte die Entscheidung einer Vorinstanz, dass das Risiko zu groß sei, wenn die illegalen Einwanderer nach Ruanda geschickt würden. Es ist wahrscheinlich, dass dieses Land die Fälle nicht angemessen bearbeiten würde und dass die Antragsteller gezwungen sein könnten, in ihr Herkunftsland zurückzukehren.

Die Entschuldigungen der BBC

Die BBC entschuldigte sich bei ihren Zuschauern. Unter Berufung auf einen Reuters-Bericht berichtete sie, dass die israelischen Streitkräfte während des Angriffs auf das Al-Shifa-Krankenhaus in Gaza medizinisches Personal und Journalisten ins Visier genommen hätten. Es hätte präzisiert werden müssen, dass die IDF von arabischsprachigen Ärzten und Personal begleitet wurde.

Die zweitgrößte britische jüdische Vereinigung, das *Board of Deputies of British Jews*, reichte eine Klage gegen den Sender ein.

Für Emmanuel Macron hat die Bombardierung des Gazastreifens keine Legitimität

Der französische Präsident Emmanuel Macron sagte der BBC, er erkenne "Israels Recht an, sich selbst zu verteidigen, aber wir fordern es auf, diese Bombardierungen zu beenden... Heute werden Zivilisten bombardiert. Diese Babys, diese Frauen, diese alten Menschen werden bombardiert und getötet. Dafür gibt es keinen Grund, und es gibt auch keine Rechtfertigung dafür. Wir ermutigen Israel daher dringend, damit aufzuhören."

Emmanuel Macron unterstützt Israels Recht auf Selbstverteidigung

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat den israelischen Präsidenten Isaac Herzog telefonisch erreicht. Er sagte ihm: "Ich unterstütze unmissverständlich den israelischen Staat und sein Recht auf Selbstverteidigung."

In Frankreich, 100 000 Menschen gegen Antisemitismus

Mehrere zehntausend Menschen, vor allem ältere und bürgerliche Menschen, marschierten in Paris unter dem Motto "Für die Republik und gegen den Antisemitismus", auf Initiative der Präsidenten der Nationalversammlung und des Senats. Alle ehemaligen Präsidenten der Republik, die Präsidenten der Parlamentarischen Versammlungen und des Verfassungsrates nahmen an der Spitze der Prozession teil.

Der Präsident des *Rassemblement National RN*, nahm ebenfalls daran teil, wurde aber nicht in den vorderen Blöcken der politischen Parteien aufgenommen. Der Präsident der Republik, der zu Demonstrationen aufgerufen hatte, und die LFI/Insoumis, die die Bewohner des Gazastreifens verteidigen, enthielten sich, daran

teilzunehmen. Die Veranstaltung wurde von 3000 Polizisten überwacht.

Unter den bemerkenswerten Abwesenden befanden sich zwei ehemalige Außenminister, die für ihren Widerstand gegen den "amerikanischen Imperialismus" bekannt sind: Roland Dumas (ebenfalls ehemaliger Präsident des Verfassungsrates) und Dominique de Villepin (ebenfalls ehemaliger Premierminister).

☞ Die Franzosen haben verstanden, zu Recht oder zu Unrecht, dass dieses Ereignis die Aufmerksamkeit von den Massakern in Palästina ablenken sollte. Der jüdische Antizionist Rony Braumann, ehemaliger Präsident von Ärzte ohne Grenzen (MSF), sagte beispielsweise: "Ich werde am Sonntag nicht protestieren, weil ich denke, dass es völlig unausgewogen ist, und im aktuellen Kontext ist es eher ein Marsch zur Unterstützung Israels als ein Marsch zur Unterstützung der Juden."

Die Anspielung offenbarte einen fundamentalen Widerspruch in der Parole "Für die Republik und gegen Antisemitismus". Sie bezog sich auf die antisemitische Rolle des "französischen Staates" (der die dritte Republik im Zweiten Weltkrieg abgelöst hatte). Die Organisatoren hofften jedoch, 4 Millionen Menschen zusammenzubringen, wie in 2015, nach den *Charlie Hebdo* Attentaten. Sie hätten sich auf die französische Tradition verlassen, importierte Kriege abzulehnen... was der Grund für die Unterstützung des Regimes von Philippe Pétain in der Bevölkerung war.

Die Teilnahme des *Rassemblement National* an einem Marsch gegen den Antisemitismus hat übrigens dessen Verteufelung weiter abgeschwächt.

Französischer Senat erwägt Kriminalisierung der Anfechtung der Existenz des Staates Israel

Der französische Senat wurde mit einem Gesetzentwurf von Stéphane Le Rudulier (Republikaner) befasst, der den Strafrahmen zur

Bestrafung von Antizionismus ergänzt. Dieser Text enthält:

Artikel 25 des Gesetzes vom 29. Juli 1881 über die Pressefreiheit wird wie folgt wiederhergestellt:

"Art. 25. – Diejenigen, die die Existenz des Staates Israel mit einem der in Artikel 23 genannten Mittel bestreiten, werden mit einem Jahr Gefängnis und einer Geldstrafe von 45000 Euro bestraft.

"Beleidigungen gegen den Staat Israel, die mit einem der in Artikel 23 genannten Mittel begangen werden, werden mit zwei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 75000 Euro bestraft.

"Diejenigen, die auf die gleiche Weise direkt Hass oder Gewalt gegen den Staat Israel provoziert haben, werden mit fünf Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 100000 Euro bestraft."

☞ Der Zionismus ist eine Form des Kolonialismus. Er wurde durch die Resolution 3379 der Generalversammlung der Vereinten Nationen (10. November 1975) sanktioniert. Diese Resolution wurde durch die Resolution 46/86 (16. Dezember 1991) aufgehoben, damit Israel sich bereit erklärte, an der Madrider Konferenz (Oktober-November 1991) teilzunehmen. Die Wiedereinsetzung der Resolution 3379 wurde auf der Konferenz in Durban erörtert.

Viele prominente Juden verurteilen die Existenz des Staates Israel in seiner jetzigen Form. Ihre Ansichten würden in den Geltungsbereich dieses Gesetzes fallen, wenn es verabschiedet würde.

Französische Richter erlassen Haftbefehl gegen Baschar al-Assad

Französische Richter haben Haftbefehle gegen den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad, seinen Bruder Maher al-Assad, General Ghassan Abbas, Direktor der Abteilung 450 des Zentrums für wissenschaftliche Studien und Forschung (CERS), und General Bassam al-Hassan, Berater des syrischen Präsidenten in strategischen Angelegenheiten, erlassen. Nach

einer Beschwerde der *Open Society Justice Initiative* und des *Syrian Archives* machen sie diese für den Chemiewaffenangriff in Ost-Ghouta im August 2013 verantwortlich.

Die Richter akzeptierten die zahlreichen Zeugenaussagen und Gutachten, die die Unsinnigkeit dieser Anklage belegen, nicht.

Anschlag auf Alejo Vidal-Quadras

Alejo Vidal-Quadras (78), ehemaliger Vorsitzender der katalanischen Volkspartei, der vor seinem Rücktritt Präsident von Vox wurde, wurde in der Nähe seines Hauses in Madrid, Opfer eines Attentats.

Als Mitglied der *European Friends of Israel* hatte er von *Vox* Geld durch die Volksmudschaheddin des Iran erhalten, einer iranischen Terrororganisation, die von der CIA gesponsert wird und in Albanien ansässig ist.

Pedro Sánchez wird Ministerpräsident durch Amnestie für katalanische Sezessionisten

Trotz des zweiten Platzes bei den Parlamentswahlen bilden nun die Sozialisten von Pedro Sánchez mit Hilfe katalanischer Separatisten die neue spanische Regierung. Diese Koalition wurde mit dem Versprechen einer Amnestie für ihre Führer gebildet, sechs Jahre nach ihrem Sezessionsversuch.

Die SVP und Vox organisierten am 12. November Demonstrationen gegen das Gesetz. Sie sehen darin einen Verstoß gegen die Grundsätze der Gleichheit, der territorialen Einheit und der Gewaltenteilung.

Deutschland will Hilfe für die Ukraine verdoppeln

Die Regierung von Bundeskanzler Olaf Scholz will ihre militärische und finanzielle Unterstützung für die Ukraine erhöhen. Sie hat Kiew bereits 17 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt und möchte ihr im nächsten Jahr 8 Milliarden Euro geben und nicht wie

angekündigt 4 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Die USA haben der Ukraine bereits 42 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt.

Die Hauptnutznießer dieser Großzügigkeit sind die deutschen Rüstungsproduzenten. Das Scheitern der Ukraine auf dem Schlachtfeld erklärt sich jedoch weitgehend durch die neue Art der Kriegsführung. Der weit verbreitete Einsatz von Drohnen macht es viel einfacher, schwere Waffen zu zerstören. Unter diesen Bedingungen nützen die hervorragenden deutschen Waffen im Augenblick wenig. Deutschland, die Ukraine und Google suchen nach Wegen, die technologische Überlegenheit des Westens wiederherzustellen.

Präsident Wolodymyr Selenskyj soll einen sehr konkreten Plan für eine neue Gegenoffensive im kommenden Jahr haben.

Finnland kauft David's Schleuder

Nach Angaben des israelischen Verteidigungsministeriums wurde mit Finnland ein Vertrag über den Verkauf des Raketenabwehrsystems *David's Sling* unterzeichnet. Die Transaktion hat einen Wert von 317 Millionen Euro (339 Millionen US-Dollar).

Finnland plant, seine Grenze zu Russland zu schließen

Die illegalen Grenzübertritte russischer und ukrainischer Staatsbürger über die finnische Grenze haben deutlich zugenommen. Laut dem finnischen Ministerpräsidenten Petteri Orpo ist dies nur auf den Wunsch Moskaus zurückzuführen, die Überprüfung irregulärer Migranten einzustellen. Daraufhin kündigte er an, die Überwachung der Grenze intensivieren oder sogar schließen zu wollen.

Ungarn sagt, die Ukraine sei zu korrupt, um der EU beizutreten

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sagte: "Die Europäische Union darf keine

Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine aufnehmen."

Sein Stabschef Gergely Gulyás sagte in einer im Fernsehen übertragenen Pressekonferenz: "Die Ukraine erfüllt nicht die notwendigen Kriterien [für eine EU-Mitgliedschaft]. Sie hat sie vor Beginn des Konflikts nicht erfüllt und kommt ihnen auch jetzt nicht näher. Wir müssen zugeben, dass die Ukraine total korrupt und noch nicht reif genug ist, um Mitglied der Europäischen Union zu werden."

Der ungarische Außenminister Peter Szijjarto ist der Ansicht, dass Kiew die Rechte der ungarischen Minderheit in Transkarpatien nicht respektiert. Er sagte, dass "die Erweiterung Frieden verbreiten soll, nicht Krieg".

Tschechien reicht 384 Klagen gegen "Unterstützer" Russlands ein

Laut der Website des tschechischen öffentlich-rechtlichen Senders *iRozhlas* verschärft die Staatsanwaltschaft die Strafverfolgung von Bürgern, die die russische Aggression gegen die Ukraine verherrlichen. In diesem Land ist es strafbar, "die Angriffe der Russischen Föderation auf die Ukraine öffentlich zu billigen, anzunehmen oder zu unterstützen". Es verbietet auch die "Unterstützung" oder "Lobpreisung der wichtigsten Vertreter der Russischen Föderation".

Für Jean-Claude Juncker ist die Ukraine zu korrupt, um der EU beizutreten

In einem Interview mit der [Augsburger Allgemeine](#), sagte der Luxemburger Jean-Claude Juncker, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission: "Jeder, der mit der Ukraine zu tun hatte, weiß, dass es sich um ein Land handelt, das auf allen Ebenen der Gesellschaft korrupt ist. Trotz der unternommenen Anstrengungen ist sie nicht förderfähig und erfordert massive interne Reformprozesse (...) Wir haben mit einigen der sogenannten neuen Mitglieder schlechte Erfahrungen gemacht, zum Beispiel im Bereich der Rechtsstaatlichkeit."

Europäische humanitäre Hilfe für Palästina

Seit dem 16. Oktober hat die Europäische Union 8 humanitäre Flüge nach Ägypten in den Gazastreifen entsandt. Sie transportierten 372 Tonnen Hilfsgüter. In Friedenszeiten ist die Europäische Union der größte Geber für das palästinensische Volk. In diesem Jahr werden Spenden in Höhe von 100 Millionen Euro erwartet.

Militärische FuE-Budgets der EU-Mitgliedstaaten sinken

Die EU-Mitgliedstaaten, die an der Ständigen Kooperationsstruktur (SSZ) teilnehmen, sind in Brüssel zusammengekommen. Sie begrüßten sich selbst, dass sie ihre Verteidigungsbudgets in diesem Jahr um 12 Prozent erhöht haben. Die Budgets für militärische Forschung und Entwicklung (FuE) sanken jedoch von 1,7 % auf 1,1 %.

☞ Mit anderen Worten: Die PESCO-Teilnehmer stellen Waffen her, die für den Kampf gegen Dschihadisten entwickelt wurden, und keine Waffen, um Kriege hoher Intensität zu führen. Laut Parlamentsberichten könnte keine europäische Armee länger als zwei Tage gegen Russland oder China kämpfen.

Anders Fogh Rasmussen schlägt vor, die Ukraine ohne die von Russland besetzten Gebiete in die NATO aufzunehmen

[Anders Fogh Rasmussen](#), ehemaliger Generalsekretär der NATO (2009-14) und derzeitiger Berater von Präsident Wolodymyr Selenskyj, hat vorgeschlagen, dass die Ukraine der NATO beitrifft, ohne die von Russland besetzten Gebiete. Auf diese Weise würde Artikel 5 nur im Falle eines russischen Beschusses des Rests der Ukraine gelten.

Ein solcher Beitritt würde es ermöglichen, den gegenwärtigen Krieg zu beenden, ohne förmlich anerkennen zu müssen, dass er verloren war.

James Stavridis schlägt vor, dass die Ukraine nach dem Vorbild Südkoreas und des amerikanisch-koreanischen Vertrags, ohne die von Russland besetzten Gebiete der NATO beitrifft

In einem von *Bloomberg* veröffentlichten Kommentar vergleicht [Admiral James Stavridis](#), ehemaliger NATO-Kommandeur (SACEUR), als Anders Fogh Rasmussen Generalsekretär war, die Zukunft der Ukraine mit dem Schicksal Südkoreas. Seiner Ansicht nach sollte Realismus gezeigt und die Feindseligkeiten eingestellt werden. Was von der Ukraine übrig geblieben ist, muss wieder aufgebaut werden, und es müssen Sicherheitsgarantien auf ihrem derzeitigen Territorium gegeben werden.

Washington Post und Der Spiegel werfen ukrainischem Dissidentenoffizier vor, Sabotage an Nord Stream koordiniert zu haben

Laut einer Umfrage der *Washington Post* und *Der Spiegel*, wird Oberst Roman Czerwinski vorgeworfen, der Koordinator der Sabotage der Nord-Stream-Gaspipelines gewesen zu sein, was er über seine Anwälte jedoch bestritt. Berichten zufolge wurde die Operation durchgeführt, ohne Präsident Wolodymyr Selenskyj zu informieren.

☞ Diese Anklage nützt dem Westen, ohne die technischen Fragen seiner möglichen Umsetzung durch die ukrainischen Dienste zu beantworten. Roman Czerwinski ist ein ukrainischer Offizier der Spezialeinheiten, der mit Präsident Selenskyj in Konflikt geraten ist. Er steht derzeit in Kiew wegen des Vorwurfs des Machtmissbrauchs vor Gericht.

Treffen der Nationalen Sicherheitsberater über die Ukraine

Während eines Arbeitsbesuchs in den Vereinigten Staaten nahm der Leiter des Präsidialamtes der Ukraine, Andrij Jermak, an einem Gipfeltreffen mit dem Nationalen Sicherheitsberater des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Jake Sullivan, dem Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats und Nationalen

Sicherheitsberater des Premierministers des Vereinigten Königreichs, Timothy Barrow, dem außenpolitischen Berater des Bundeskanzlers, Jens Plötner und dem außenpolitischen Berater des französischen Präsidenten Emmanuel Macron teil.

Voltaire-Netzwerkanalyse

"Der Zusammenbruch Israels und der Vereinigten Staaten" von Thierry Meyssan

Zum ersten Mal wird die Welt Zeuge eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit live im Fernsehen. Die Vereinigten Staaten und Israel, die seit langem vereint sind, werden beide für die Massentötungen in Gaza verantwortlich gemacht werden. Überall, außer in Europa, ziehen Washingtons Verbündete ihre Botschafter aus Tel Aviv ab. Morgen werden sie es in Washington tun. Alles geschieht wie beim Zerfall der UdSSR und wird auf die gleiche Weise enden: Das amerikanische Imperium ist in seiner Existenz bedroht. Der Prozess, der gerade erst begonnen hat, kann nicht gestoppt werden.

Geheime Verhandlungen zwischen Prigoschin und der Ukraine

Laut Stephen Bryen, ehemaliger Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium und ehemaliger Präsident des Jüdischen Instituts für Nationale Sicherheitsangelegenheiten (Jinsa), hatte der Chef der Wagner-Gruppe, Jewgeni Prigoschin, während seiner Reisen in Afrika Kontakt mit dem ukrainischen Geheimdienst aufgenommen. Er soll die Rückgabe des Donbass an die Ukraine im Gegenzug für die Verpachtung der Krim ausgehandelt haben.

Verurteilte Verbrecher, die sich an der Front gemeldet haben, sühnen ihre Verbrechen mit ihrem Blut

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte über die von Wagner angeheuerten Kriminellen: "Diejenigen, die verurteilt wurden, auch wegen schwerer Verbrechen, sühnen für ihr

Verbrechen mit Blut auf dem Schlachtfeld (...)
Sie sühnen mit Blut in Sturmeinheiten, unter
Kugeln, unter Granaten."

Russische humanitäre Hilfe für die Bewohner des Gazastreifens

"Ein Spezialflugzeug hat 25 Tonnen humanitäre
Hilfe in die Arabische Republik Ägypten
gebracht", teilte das russische Ministerium für
Notsituationen mit. "Die humanitäre Lieferung
wurde bereits an Vertreter des ägyptischen
Zweigs des Roten Halbmonds übergeben...
mehr russische Hilfe wird an die Bewohner des
Gazastreifens geschickt."

Armenien könnte die OVKS verlassen

Nikol Paschinjan, Premierminister Armeniens,
wird nicht am bevorstehenden Gipfel der
Organisation des Vertrags über kollektive
Sicherheit (OVKS) teilnehmen. Armenien
scheint sich darauf vorzubereiten, die
Organisation zu verlassen. Es war Armenien,
das sich dem Beitritt Syriens widersetzte.

AFRIKA

Kenianische Blauhelm-Friedenstruppen verschieben ihre Entsendung nach Haiti

Kenia, das im vergangenen Monat zugesagt
hatte, eine von den Vereinten Nationen
vermittelte Friedenstruppe nach Haiti zu
entsenden, hat die Mission auf unbestimmte
Zeit verschoben. Es verlangt, dass seine Soldaten
zunächst in dieser Polizeifunktion ausgebildet
werden.

Die Vereinigten Staaten, die in den letzten 100
Jahren 41 Jahre lang militärisch präsent waren,
sind entschlossen, eine achte Mission in Haiti zu
starten. Das Land hat keine Mandatsträger
mehr. Es wird ohne jedes Recht von einem
Gegner von Präsident Aristide, Ariel Henry,
verwaltet. Diese Mission wird als "Multinational
Security Support" (MSS) bezeichnet. Sie sollte
ausgelagert werden, nicht nach Kanada oder
Brasilien, die höflich ablehnten, sondern nach
Kenia, unterstützt von Jamaika, den Bahamas

und Antigua und Barbuda. Die Vereinigten
Staaten haben erklärt, dass sie bereit seien, sie
mit 100 Millionen Dollar zu finanzieren.
Darüber hinaus hat das Pentagon erklärt, es sei
bereit, Kenia im Kampf gegen die
Dschihadisten von al-Shabab zu unterstützen.

Südsudan wählt Russland zur Ausbeutung seiner Ölreserven

Der südsudanesische Präsident Salva Kiir
Mayardit hat Russland als Partner für die
Entwicklung seines Landes ausgewählt. Zum
ersten Mal in der Geschichte wurde es Russland
erlaubt, Landkarten aller natürlichen
Ressourcen des Landes aufzustellen. Moskau soll
eine Ö raffinerie und sogar eine alternative
Pipeline bauen, die das Land mit dem Roten
Meer über Äthiopien und Dschibuti verbindet.

Der Südsudan ist Mitglied der OPEC. Es
verfügt über die drittgrößten Ölreserven in
Subsahara-Afrika, von denen etwa 90 %
unerschlossen sein sollen.

ASIEN

Anti-Netanjahu-Protteste in Israel

Die israelische Opposition protestierte in
Caesarea, wo Benjamin Netanjahu ein
Ferienhaus besitzt. In dem Flugblatt heißt es:
"Jede Minute, die vergeht, steigert die Wut auf
den Angeklagten [gemeint ist Netanjahu, der
wegen Korruption vor Gericht steht], der es
nach 34 Tagen nicht schafft, die Geiseln zu
befreien, Sicherheit für israelische Bürger zu
schaffen, Gemeinden in der Nähe von Gaza zu
rehabilitieren, die Bewohner des Nordens in ihre
Häuser zurückzubringen, und IDF-Soldaten
und ihre Kommandeure im Kampf gegen die
Hamis zu unterstützen."

In Haifa hieß es auf dem Flugblatt: "Wir warten
nicht auf morgen, wir warten nicht auf einen
anderen Tag. Die Regierung und ihr Führer
müssen jetzt gehen."

Einschüchterung von Kriegsgegnern

Laut *Haaretz*, ein Staatsbürgerkunde- und Geschichtslehrer, der israelische Pazifist Meir Baruchin, wurde aufgrund einer Beschwerde der Stadtverwaltung von Petah Tikva vom Shin Bet verhaftet und fünf Tage lang inhaftiert, bevor er freigelassen wurde. Er twitterte die Namen und das Alter von sechs palästinensischen Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 24 Jahren, die in Gaza getötet wurden, mit der Bildunterschrift: "Sie wurden unter Besatzung geboren. Sie haben ihr ganzes Leben dort verbracht. Sie haben nie einen einzigen Tag Freiheit gekannt. Sie wurden von unseren wunderbaren Jungs hingerichtet."

Zwei Knesset-Abgeordnete suspendiert, weil sie die offizielle Version des 7. Oktober und des Gaza-Krieges angefochten haben

Die Knesset-Abgeordneten Aida Touma-Sliman (Hadash-Ta'al) und Iman Khatib-Yassin (Gemeinsame Liste) wurden von der Knesset suspendiert, wobei ihnen ihre Gehälter vorenthalten wurden.

In einem Beitrag auf X schrieb Aida Touma-Sliman: "Und sie bestehen immer darauf, dass 'die moralischste Armee der Welt' unschuldigen Menschen keinen Schaden zufügt oder Krankenhäuser angreift. Heute Abend gab der Armeesprecher eine offizielle Erklärung ab, in der er sagte, dass die Armee Al-Shifa nicht bombardiert."

Khatib-Yassin sagte über den IDF-Film über das Massaker vom 7. Oktober, dass keine Babys abgeschlachtet und keine Frauen von der Hamas vergewaltigt wurden.

Israel zensiert *Al-Mayadeen*

Das Sicherheitskabinett der israelischen Regierung hat der Anordnung des neuen Kommunikationsministers Shlomo Karhi zugestimmt, Rundfunkanstalten, die als Bedrohung für die nationale Sicherheit angesehen werden, zu blockieren, ihre Büros zu

schließen und Rundfunkgeräte zu beschlagnahmen. Daraufhin unterzeichnete der Minister eine Anordnung zur Sperrung der Websites des "mit der Hisbollah verbundenen" Netzwerks *Al-Mayadeen*, sowie die Schließung der Büros des Netzwerks im Westjordanland und die Beschlagnahmung seiner Ausrüstung.

☞ Im Gegensatz zu dem, was das israelische Kommunikationsministerium behauptet, ist *Al-Mayadeen* nicht mit der Hisbollah verbunden, die den *Al-Manar*-Sender besitzt. Aber *Al-Mayadeen*, der sich zum wichtigsten arabischsprachigen Nachrichtensender entwickelt hat, wird hauptsächlich vom Iran finanziert.

General Dominique Delawarde, Thierry Meyssan und Youssef Hindi über Gaza (Video)

[General Dominique Delawarde, Thierry Meyssan und Youssef Hindi](#) beantworteten Boris Astoris Fragen zum israelisch-palästinensischen Konflikt.

Drei Städte vom Opferentschädigungsplan vom 7. Oktober ausgeschlossen

Der Finanzausschuss der Knesset gewährte den Städten, die dem Anschlag vom 7. Oktober zum Opfer fielen, eine höhere Entschädigung, darunter auch Sefer. Diese Entschädigungszahlungen wurden auf Städte ausgeweitet, die 7 km von der Grenze zum Gazastreifen und 9 km von der libanesischen Grenze entfernt sind. Drei Städte des Regionalrats von Eshkol – Tzolim, Gvulot und Urim, die mehr als 7 km von der Grenze entfernt sind – wurden nicht in diese Liste aufgenommen, obwohl sie von der Hamas getroffen und evakuiert wurden.

Der Vorsitzende des Regionalrats von Eshkol, Gadi Yarkoni, kündigte an, dass er beabsichtige, vor der Knesset zu schlafen, um gegen den Ausschluss dieser drei Städte aus dem Regierungsplan zu protestieren.

Nach dem Krieg wird Israel seinen Verteidigungshaushalt erhöhen

Auf einer Pressekonferenz am 11. November sagte Premierminister Benjamin Netanjahu, eine Lehre aus dem Krieg sei, dass der Verteidigungshaushalt erhöht werden müsse und dass auch die IDF ausgebaut werden müsse. Er brachte öffentlich die ersten Überlegungen zum Ausdruck, die im Dialog zwischen der politischen Ebene und den Generalstabschefs nach Ausbruch des Krieges stattfanden.

Die Vereinigten Staaten subventionieren die IDF mit 3,8 Milliarden Dollar jährlich. Sie haben ihnen gerade eine Sondersubvention von 14 Milliarden Dollar gegeben.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Tony Blair könnte humanitärer Koordinator in Gaza werden

Laut *Ynet* steht das Kabinett von Benjamin Netanjahu in Kontakt mit dem ehemaligen britischen Premierminister Tony Blair. Es hofft, dass er sich bereit erklärt, humanitärer Koordinator für Gaza zu werden.

Tony Blair hat seine Antwort noch nicht gegeben. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen der Umfang seines Mandats, die Evakuierung der Verwundeten und natürlich seine Besoldung.

☞ Während seiner ersten Amtszeit hat Tony Blair die britische Labour Party (New Labour) mit den wirtschaftlichen Ansichten von US-Präsident Bill Clinton in Einklang gebracht. Dies ist der Beginn des Aufstiegs der "Superreichen" im Vereinigten Königreich.

Während seiner zweiten Amtszeit richtete er die Außenpolitik des Landes an den imperialistischen Ansichten von US-Präsident George W. Bush aus und wurde in den Augen seiner Opposition zu "Bushs Pudel". Anschließend vertrat Tony Blair das Nahost-Quartett im Nahen Osten. Er machte sein Vermögen mit seinen Beratungsfirmen Blair Inc. und Tony Blair Associates.

"Benjamin Netanjahu macht Hamas für Massaker verantwortlich"

Premierminister Benjamin Netanjahu antwortete dem französischen Präsidenten: "Die Verantwortung für das Leid, das der Zivilbevölkerung zugefügt wurde, liegt bei der Hamas-Daesh und nicht beim jüdischen Staat."

Israelische Abgeordnete wollen Palästinenser ausweisen

Das *Wall Street Journal* veröffentlichte einen Kommentar von Danny Danon (Likud) und Ram Ben-Barak (Yesh Atid) für die Umsiedlung von Palästinensern aus dem Gazastreifen.

Der Abgeordnete Nissim Vaturi (Likud) kommentierte: "Ja, wir müssen sie hier rausholen, es gibt keine Möglichkeit, mit ihnen zu leben." Er fügte hinzu: "Wenn zum Beispiel der schottische Premierminister Flüchtlinge haben wollte, würden wir sie dorthin bringen." Er sprach sich für die Verlegung von Siedlungen im Gazastreifen aus. Schließlich twitterte er: "Rabbi Kahane ist ein Heiliger."

☞ Der New Yorker Rabbiner Meir Kahane, Gründer der Jewish Defense League, war ein "revisionistischer Zionist", der von Yitzhak Shamir gesponsert wurde. Er hat mörderische Anschläge gegen Neonazis in den USA und gegen muslimische Persönlichkeiten organisiert. Er wurde Mitglied der Knesset, wurde aber wegen seiner Hassreden ausgeschlossen. Seine US-Organisation wurde vom FBI als "terroristisch" eingestuft.

Itamar Ben-Gvir ruft zur erneuten Besetzung des Gazastreifens auf

Israels Minister für Nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, sagte in einem Interview mit dem öffentlich-rechtlichen Radiosender *Kan Sunday*: "Nach der Evakuierung der Siedlungen Gush Katif hat sich die Welt verändert; Die Realität hat sich verändert (...) Was wir hier brauchen, ist eine Beschäftigung. Jedes Mal, wenn unsere Feinde Territorium verloren haben, haben sie den Krieg verloren. Wir sollten die volle Kontrolle haben; Das wird unsere Feinde abschrecken und sie wissen lassen, dass wir gewonnen haben und dass wir den Bewohnern erlauben, in ihre Häuser zurückzukehren. Ich habe keine Angst, dass sich die Israelis in Gaza wieder niederlassen."

Eliyahu Revivo will das Wort "Gaza" streichen

Der Knesset-Abgeordnete Eliyahu Revivo (Likud) schrieb an das Ernennungskomitee und bat darum, dass das Wort Gaza keinem Ort mehr entspricht und auch nicht mehr auf Straßenschildern erscheint. Er sagte: "Es besteht kein Zweifel, dass der Name 'Gaza' sofort mit einer negativen und bösen Konnotation assoziiert wird."

Söldner auf der Seite der IDF

Laut *El Mundo* haben die israelischen Streitkräfte (IDF) albanische, deutsche, spanische, amerikanische und französische Söldner eingesetzt, um bestimmte Operationen in Gaza zu überwachen. Das Medienunternehmen interviewte einen von ihnen, Pedro Díaz Flores, der zuvor in der Ukraine in der "integralen nationalistischen" Asow-Division gedient hatte.

Der französische Abgeordnete Thomas Portes (LFI) hat die Angelegenheit an die Staatsanwaltschaft in Paris weitergeleitet. Nach Artikel 436-1 des französischen Strafgesetzbuches wird Söldnertätigkeit mit fünf Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 75000 Euro bestraft.

IDF entdeckt Hamas-Arsenal auf See

Die israelische Marine hat vor der Küste des Gazastreifens ein unterwasser-Waffen-Versteck der Hamas entdeckt. Die Waffen waren so verpackt, dass sie der Korrosion im Meer standhielten.

Hisbollah greift israelische Militärziele an

Laut *Al-Manar* griff die Hisbollah eine israelische Logistiktruppe und einen Bulldozer in der Nähe der Dovev-Kaserne sowie die Zarit-Kaserne und eine israelische Infanterietruppe in Birkat Risha, im Al-Taihat-Dreieck und in Ruwaisat Al-Asi an der libanesischen Grenze an. Es wurden "Lenkraketen" eingesetzt, was zu mehreren Opfern auf israelischer Seite führte.

Diese Angriffe folgten auf eine zweite Rede des Generalsekretärs der Partei, Hassan Nasrallah, am 11. November.

Israel rächt sich für jemenitischen Beschuss... bei Syrien

Milizionäre von Ansar Allah (von der westlichen Presse als "Huthis" bezeichnet) feuerten eine Rakete ab und trafen eine Schule in der israelischen Stadt Eilat am Roten Meer. Als Reaktion darauf startete die IDF einen Angriff... gegen Syrien. Nach Angaben Israels handelte es sich bei ihren Zielen um Waffendepots pro-iranischer Milizen, vergleichbar mit Ansar Allah.

Syrien verurteilte den Angriff, reagierte aber nicht.

GCC erstellt einheitliches Touristenvisum

Der Golf-Kooperationsrat (GCC) hat ein einheitliches Projekt für Touristenvisa für alle Mitgliedstaaten der Organisation genehmigt: Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar, Kuwait, Bahrain und Oman. Es wird voraussichtlich Ende 2024 verfügbar sein.

Iranisch-aserbaidshische Annäherung

Inmitten des israelischen Massakers in Gaza stattete der iranische Präsident Raisi, einem langjährigen Verbündeten des jüdischen Staates, Aserbaidshen, einen offiziellen Besuch ab. Tel Aviv liefert Baku zwei Drittel seiner Waffen.

Die beiden Staatsoberhäupter begrüßten die Annäherung zwischen ihren Ländern. Die Entwicklung Armeniens auf westlicher Seite zwingt die Mitgliedstaaten des Internationalen Nord-Süd-Verkehrskorridors (INSTC) dazu, sich neu zu organisieren.

Der Iran wird sich nicht an der Initiative der Hamas beteiligen

Mehrere hochrangige iranische Beamte berichteten über die Bemerkungen, die während der Audienz des Revolutionsführers, Ayatollah Ali Khamenei, dem politischen Führer der Hamas, Ismail Haniyeh, gewährt wurde. Berichten zufolge erklärte der Staatschef, dass er sich für diese Initiative nicht mitverantwortlich fühle, da er nicht im Voraus über den Anschlag vom 7. Oktober informiert worden sei. Infolgedessen hat der Iran keinen Grund, sich darauf einzulassen.

Übrigens sagte der Imam: "Dies ist kein Krieg zwischen Gaza und dem jüdischen Staat. Es ist ein Krieg zwischen Gut und Böse, zwischen Glaube und Arroganz."

Wiederaufnahme des Bürgerkriegs in Myanmar

Die Arakan Army, die Myanmar National Democratic Alliance Army (MNDAA) und die Ta'ang National Liberation Army haben die "Three Fraternities Alliance" gegründet. Sie starteten am 27. Oktober einen Angriff auf die Regierung von General Min Aung Hlaing im nördlichen Shan-Staat. Da alle Straßen abgeschnitten waren, war die burmesische Armee nicht in der Lage, das Rebellengebiet zu erreichen.

Die MNDAA und die Junta stellten gemeinsam Opium und Heroin her.

Ein Infanteriebataillon der regulären Armee (261 Personen, d.h. 127 Soldaten und 134 Familienangehörige) lief über und schloss sich der Allianz an.

Südkoreas erster öffentlich-rechtlicher Sender entschuldigt sich für Nachrichtenfälschung

Park Min, der neue Präsident von Südkoreas wichtigstem öffentlich-rechtlichen Sender KBS, hat sich für die voreingenommene politische Berichterstattung seiner Verwaltung entschuldigt. "Wir bedauern zutiefst den Verlust des öffentlichen Vertrauens durch die Untergrabung der Fairness, die ein zentraler Wert des öffentlichen Dienstes ist, und wir entschuldigen uns respektvoll", sagte er.

Nordkorea reagiert auf G7-Gipfel

Die Außenminister der fortgeschrittenen G7-Staaten veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung aus Tokio, in der sie Nordkoreas ballistische Raketenprogramme und angebliche Waffenlieferungen an Russland verurteilten.

Jo Chol-su, Zentralkommandant des nordkoreanischen Außenministeriums, nannte die G7 "eine widersprüchliche Gruppe von Zerstörern und Verletzern von Frieden und Stabilität". Seine Anschuldigungen seien "haltlos und unvernünftig".

Nordkorea beschuldigt die USA, für das Massaker in Gaza verantwortlich zu sein

Nordkorea hat bestritten, Waffen an die Hamas geliefert zu haben. *Die Rodong Sinmun* schrieb: "Die USA haben dem jüdischen Staat systematisch Massenmordausrüstung übergeben und ihn gezwungen, einzumarschieren und Massaker zu veranstalten."

Kontroverse in Korea um ein japanisches Massaker

Nordkorea hat den Revisionismus des japanischen Kabinettsministers Hirokazu Matsuno angeprangert. Letzterer soll bei einer Parlamentssitzung gesagt haben, dass es schwierig sei, die Wahrheit über das Massaker von Grand Kanto (1923) zu erfahren, weil die damaligen Gerichtsakten nicht mehr verfügbar seien.

Während des Erdbebens in Japan soll die kaiserliche Armee aus Angst vor einem Aufstand koreanischer Angestellter 6000 von ihnen massakriert haben.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

UNO ehrt in Gaza getötete Beamte

Die Vereinten Nationen legten am 13. November eine Schweigeminute zum Gedenken an die rund 100 in Gaza getöteten Mitarbeiter ein. "Dies ist die höchste Zahl von humanitären Helfern, die in der Geschichte unserer Organisation in so kurzer Zeit getötet wurden", sagte Tatjana Walowaja, Generaldirektorin der Vereinten Nationen in Genf.

UNO: Der humanitäre Plan in 10 Punkten

Die UNO hat einen 10-Punkte-Plan für humanitäre Hilfe in Gaza veröffentlicht:

1. Erleichterung der Bemühungen der Hilfsorganisationen, einen kontinuierlichen Strom von Hilfskonvois anzuziehen, und zwar auf sichere Weise.
2. Öffnung zusätzlicher Grenzübergänge für die Einfahrt von Hilfsgütern und Lastwagen, einschließlich des Grenzübergangs in Kerem Shalom.
3. Bereitstellung des Zugangs zu Treibstoff für die Vereinten Nationen, andere humanitäre Organisationen sowie für öffentliche und private Einrichtungen, um ausreichende Vorräte für die

- Bereitstellung von Hilfsgütern und grundlegenden Dienstleistungen bereitzustellen.
4. Den humanitären Organisationen zu erlauben, Hilfsgüter im gesamten Gazastreifen ohne Behinderung oder Einmischung zu liefern.
5. Die Zahl der sicheren Unterkünfte für Vertriebene in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen in Gaza zu erhöhen und sicherzustellen, dass sie für die Dauer der Feindseligkeiten sichere Orte bleiben.
6. Verbesserung eines humanitären Benachrichtigungsmechanismus, der dazu beitragen würde, Zivilisten und zivile Infrastruktur vor Feindseligkeiten zu bewahren und den humanitären Zugang zu erleichtern.
7. Ermöglichung der Einrichtung von Notfallverteilungszentren für die Zivilbevölkerung, falls erforderlich.
8. Zivilisten erlauben, sich in sicherere Gebiete zu begeben und freiwillig an ihre Wohnorte zurückzukehren.
9. Finanzierung humanitärer Maßnahmen, die sich derzeit auf 1,2 Milliarden US-Dollar belaufen.
10. Umsetzung eines humanitären Waffenstillstands, um die Wiederaufnahme der Grundversorgung und die Wiederaufnahme des wesentlichen Handels zu ermöglichen. Ein solcher Waffenstillstand ist auch von entscheidender Bedeutung, um die Lieferung von Hilfsgütern zu erleichtern, die Freilassung von Geiseln zu ermöglichen und der Zivilbevölkerung eine Atempause zu verschaffen.

57 Staats- und Regierungschefs versammeln sich, um gegen den Völkermord in Gaza zu protestieren

Die Arabische Liga und die Organisation für Islamische Zusammenarbeit haben fünf Wochen nach Ausbruch des israelisch-palästinensischen Krieges einen gemeinsamen Gipfel in Riad abgehalten. 57 Staats- und Regierungschefs, ein Viertel der UN-Generalversammlung, nahmen daran teil.

Der saudische Kronprinz und Premierminister Mohammed bin Salman eröffnete die Sitzung mit den Worten: "Wir ziehen die

Besatzungsbehörden für die Verbrechen gegen das palästinensische Volk zur Rechenschaft ... Wir sind sicher, dass der einzige Weg, Sicherheit, Frieden und Stabilität in der Region zu gewährleisten, darin besteht, die Besatzung, Belagerung und Kolonisierung zu beenden."

Palästinenserpräsident Mahmud Abbas sagte: "Der UN-Sicherheitsrat muss schnell handeln, um die israelische Aggression zu stoppen und humanitäre Hilfe für den Gazastreifen zu ermöglichen und die Vertreibung des palästinensischen Volkes aus Gaza und dem Westjordanland zu verhindern. Wir werden keine militärische oder sicherheitspolitische Lösung für die Palästinenserfrage akzeptieren. Alle diese Lösungen sind gescheitert. Ich kann nicht glauben, dass all diese Verbrechen vor den Augen der Welt stattfinden, ohne dass die internationale Gemeinschaft wirklich etwas unternimmt, um diesen verbrecherischen Krieg zu beenden und Gerechtigkeit für das palästinensische Volk zu erreichen." Er fügte hinzu: "Wir rufen zu einer internationalen Friedenskonferenz auf, die zu einer politischen Lösung führen wird, die auf den Beschlüssen der internationalen Gemeinschaft und der arabischen Friedensinitiative beruht, um dem palästinensischen Volk Schutz zu gewähren. Der Gazastreifen ist Teil des palästinensischen Staates, und die politische Lösung muss ihn einschließen."

Der iranische Präsident Ebrahim Raisi forderte auf seiner ersten Reise nach Saudi-Arabien die Teilnehmer auf, die Israelischen Streitkräfte (IDF) als "Terrororganisation" einzustufen.

[Nach der Hinrichtung von Scheich Nimr Baqr al-Nimr durch Riad brach der Iran die diplomatischen Beziehungen zu Saudi-Arabien ab. Diese stufte dann die Revolutionsgarden als "Terrororganisation" ein. Diese Bezeichnung wurde im März 2023 fallen gelassen, als die diplomatischen Beziehungen unter der Schirmherrschaft Chinas wieder aufgenommen wurden.]

König Abdullah II. von Jordanien sagte, die Palästinenser im Gazastreifen würden "in einem

schrecklichen Krieg sterben, der sofort beendet werden muss". Abdullah fügte hinzu, dass "diese Ungerechtigkeit seit mehr als sieben Jahrzehnten andauert".

Der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi forderte "einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand". Er sagte, die "Vertreibung der Palästinenser von ihrem Land muss verhindert werden". Er forderte "eine Formel für eine Beilegung des Konflikts auf der Grundlage der Zwei-Staaten-Lösung und der Errichtung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967".

Der libanesische Premierminister Nagib Mikati betonte, nachdem er seinen Friedensplan vorgestellt hatte, dass die Hisbollah in ihrer Weisheit nicht auf Israels Provokationen reagiere.

Der Emir von Katar, Tamim bin Hamad Al-Thani, sagte, die internationale Gemeinschaft habe "die Kriegsverbrechen in Gaza nicht gestoppt" und beschuldigte die Welt, Israel zu erlauben, so zu handeln, als stünde es über den Regeln des Völkerrechts. "Die Weltordnung verrät sich selbst, bevor sie uns verrät, indem sie die Bombardierung von Krankenhäusern, Wohnvierteln und Lagern zulässt. Unsere Position ist fest in Bezug auf unsere Unterstützung für den Widerstand des palästinensischen Brudervolkes und seine gerechte Sache."

Der syrische Präsident Baschar al-Assad sagte: "Die jüngste Aggression gegen Gaza ist nur ein Ereignis in einem langen Kontext, der auf 75 Jahre zionistischer Verbrechen und 32 Jahre eines zum Scheitern verurteilten Friedens zurückgeht, dessen einziges absolutes und unwiderlegbares Ergebnis ist, dass das 'Gebilde' aggressiver und die Situation der Palästinenser ungerechter geworden ist, mit noch mehr Unterdrückung und Elend. Das Land wurde nicht zurückgegeben und das Recht wurde weder in Palästina noch auf dem Golan wiederhergestellt."

Manche Länder, darunter Algerien und der Libanon, haben vorgeschlagen, die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Israel abzubrechen und die Öllieferungen an Israel und seine Verbündeten einzustellen. Mindestens drei Länder, darunter die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain, die ihre Beziehungen zu Israel im Jahr 2020 normalisiert haben, haben den Vorschlag jedoch abgelehnt.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan sagte: "Es ist beschämend, dass westliche Länder, die immer von Menschenrechten und Freiheiten sprechen, jetzt angesichts der anhaltenden Massaker in Palästina schweigen." Dann forderte er die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) auf, eine Untersuchung über Israels Besitz von Atomwaffen einzuleiten und ihre Ergebnisse der Welt zu präsentieren.

Der Präsident des größten muslimischen Landes der Welt, Indonesiens Joko Widodo, hat die Internationale Kommission für die besetzten palästinensischen Gebiete (Menschenrechtsrat) dazu aufgerufen und gefordert, die Verhandlungen für die Anerkennung des palästinensischen Staates wieder aufzunehmen.

Der malaysische Premierminister Anwar Ibrahim, der Nachfolger von Mahathir Mohamad, rief alle Teilnehmer dazu auf, Druck auf die USA auszuüben, um das Massaker zu beenden.

Das Schlusskommuniqué erkennt die PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes an. Es erwähnt weder die Hamas noch den Islamischen Dschihad. Es begnügt sich mit Verurteilungen und Forderungen, ohne operative Maßnahmen zu ergreifen. Es weist Israels Argumente zurück, dass es in "Selbstverteidigung" handle, und fordert, dass der UN-Sicherheitsrat eine "verbindliche" Resolution zur Beendigung der israelischen "Aggression" verabschiedet. Es lehnt auch jede künftige politische Lösung des Konflikts ab, die den Gazastreifen vom von Israel besetzten

Westjordanland und Ostjerusalem trennen würde.

In einer Fernsehansprache sagte der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu, arabische und muslimische Führer hätten "gegen die Hamas aufstehen sollen", die er als "integralen Bestandteil der vom Iran geführten Achse des Terrorismus" bezeichnete.

Konferenz über eine kernwaffenfreie Zone im Nahen Osten

Am 13. November wurde am Sitz der Vereinten Nationen in New York die vierte Tagung der Konferenz über die Schaffung einer von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen freien Zone im Nahen Osten eröffnet.

Die Debatten wurden von den jüngsten Äußerungen eines israelischen Ministers dominiert, der sich auf den Besitz der Atombombe in seinem Land bezog. Israel ist kein Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrags.

Die Sozialistische Internationale verurteilt die Hamas und bekräftigt Israels Recht auf Verteidigung

Die Sozialistische Internationale trat am 12. November in Málaga (Spanien) zusammen. Während die Mitgliedsparteien die Idee eines gemeinsamen Kommuniqués zum israelisch-palästinensischen Krieg ablehnten, bestand die Vorsitzende der israelischen Arbeitspartei, Merav Michaeli, darauf, dass sie eine Erklärung abgeben. Diese wurde von den anwesenden Regierungschefs, darunter Bundeskanzler Olaf Scholz und die Ministerpräsidenten Spaniens (Pedro Sánchez), Dänemarks (Mette Frederiksen), Rumäniens (Marcel Ciolacu) und Maltas (Robert Abela), gebilligt. Sie verurteilt den Angriff der Hamas, die grausame Ermordung von Israelis und die Gefangenschaft vieler von ihnen. Sie bekräftigt das Recht Israels, sich im Einklang mit dem Völkerrecht gegen diesen Terroranschlag zu verteidigen. Nach dieser Feststellung bedauert sie die humanitäre

Tragödie in Gaza und fordert die
Wiederherstellung des humanitären Zugangs.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit
einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue
Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°63 - 24. November 2023

LEITARTIKEL

Welcher Waffenstillstand in Gaza?

Die zwischen der Hamas und Israel vereinbarte humanitäre Pause ist kein Waffenstillstand, sondern lediglich eine Einstellung der Kämpfe, um einen Gefangenenaustausch zu ermöglichen.

Ihre Bedingungen wurden Israel, das sie ablehnte, von den Vereinigten Staaten auferlegt. Die genauen Bedingungen sind nicht bekannt. Es ist jedoch bekannt, dass:

- die Pause die Freilassung von 50 Hamas-Gefangenen (die von Israel als Geiseln betrachtet werden) im Austausch gegen 150 Verwaltungsgefangene (d.h. nicht vor Gericht gestellt) Israels (die von der Hamas als Geiseln betrachtet werden) ermöglichen wird.
- die Netanjahu-Regierung eine Liste von 300 palästinensischen Verwaltungsgefangenen veröffentlicht hat, die israelischen Bürgern die Möglichkeit gibt, sich ihrer Freilassung zu widersetzen.
- Israel Drohnen nicht länger als 6 Stunden pro Tag einsetzen dürfen wird. Infolgedessen wird die IDF die Verstecke der Hamas, in denen die Gefangenen festgehalten werden, nicht ausfindig machen können. Die Hamas forderte ein vollständiges Verbot von Drohnenflügen. Israel wird die Hauptstraße in dem Gazastreifen während der vier Tage nicht überwachen dürfen.
- Lastwagen mit Hilfsgütern, Medikamenten und Treibstoff von Ägypten aus in den Gazastreifen einreisen dürfen.
- diese Pause erst ab dem 24. November stattfinden wird. In der Zwischenzeit setzt die IDF die Zerstörung von Gaza-Stadt fort, greift das Al-Shifa-Krankenhaus an und beginnt mit der Zerstörung von Städten im südlichen Gazastreifen. Der palästinensische Widerstand feuert weiterhin Raketen auf Israel ab und führt einen erbitterten Kampf gegen israelische Infanteristen und Panzer.

Diese israelische Operation hat in 48 Tagen bereits mehr als 13000 zivile Opfer in Gaza gefordert.

AMERIKA

Washington lehnt Zwangsumsiedlung von Gaza-Bewohnern nach Ägypten ab

Präsident Joe Biden telefonierte am 22. November mit seinem ägyptischen Amtskollegen Abdel Fatah al-Sisi, um ihm zu versichern, dass die Vereinigten Staaten die Zwangsumsiedlung der Bevölkerung des Gazastreifens ablehnen.

Sein Sondergesandter für humanitäre Angelegenheiten in Gaza, David Satterfield, sagte dem libanesischen Fernsehsender *Al-Jadeed* am selben Tag, dass die vertriebenen Palästinenser "so schnell wie möglich in ihre Häuser im Norden zurückkehren dürfen".

☞ Gaza-Stadt ist bereits vollständig zerstört. Kein Gebäude ist mehr bewohnbar. Innerhalb von 48 Tagen hat die IDF ein Vielfaches der Menge an Bomben auf Gaza abgeworfen, das die russische Armee während des gesamten Krieges in der Ukraine eingesetzt hat.

Jake Sullivan gibt zu, dass Geiseln nicht nur von der Hamas gehalten werden

Der US-Sicherheitsberater Jacob "Jake" Sullivan räumte am 22. November auf CBS ein, dass die in Gaza festgehaltenen Geiseln nicht nur von der Hamas festgehalten werden. Dies ist das erste Mal, dass die Vereinigten Staaten, die ihre israelische Propaganda einschränken, zugeben, dass der Angriff vom 7. Oktober keine Operation der Hamas, sondern des vereinigten palästinensischen Widerstands war.

Bernie Sanders sagt, der Kongress könne nicht für zusätzliche Subventionen für Israel stimmen

Senator Bernie Sanders (Vermont) sagte: "Es gibt eine schreckliche humanitäre Katastrophe in Gaza. Die Bombardierungen müssen jetzt aufhören und es muss möglich werden, dass riesige Mengen an humanitärer Hilfe, einschließlich Treibstoff, den Bedürftigen geschickt werden. Der Kongress darf kein

Gesetz über zusätzliche Ausgaben verabschieden, das erlaubt, diese Maßnahmen fortzusetzen."

Seine extreme Linke wirft ihm jedoch vor, nicht um einen Waffenstillstand gebeten zu haben, und wirft ihm Zweideutigkeit vor.

Patrick Leahy fordert Anwendung seines Gesetzes auf IDF

Patrick Leahy, ein ehemaliger demokratischer Senator, verfasste ein Gesetz, das die Subventionierung von Regimen verbietet, die Menschenrechte verletzen. Er sagte: "Es scheint mir, dass es eine Verletzung der Menschenrechte ist, auf Zivilisten zu schießen und zivile Infrastruktur ins Visier zu nehmen, wenn man nicht beweisen kann, dass sie von der Hamas genutzt wird."

„Was tun, um Leahys Gesetz umzusetzen? Es sollte für die israelischen Streitkräfte gelten, es sei denn, die Regierung, wie viele andere, hätte darauf verzichtet."

Antony Blinken erläutert seine Ziele für Gaza

Im Gespräch mit *World News Tonight* (ABC) sagte US-Außenminister Antony Blinken: "Es kann keine Wiederbesetzung des Gazastreifens durch den israelischen Staat geben." Es könnte jedoch "eine Übergangszeit geben, um die Sicherheit in Gaza zu gewährleisten". "Unserer Meinung nach ist es unerlässlich, dass es dauerhaften Frieden und Sicherheit sowohl für Israelis als auch für Palästinenser gibt; wir bewegen uns tatsächlich vorwärts, um sicherzustellen, dass die Palästinenser politische Rechte haben, dass sie die Fähigkeit haben, sich selbst zu regieren, Entscheidungen für ihre eigene Zukunft in ihrem eigenen Staat zu treffen."

John Finer um das Schicksal der in den Süden geflohenen Bewohner des Gazastreifens besorgt

John Finer, der stellvertretende Nationale Sicherheitsberater der USA, sagte in der

Sendung *Face the Nation* (CBS), dass die Vereinigten Staaten Israels Recht auf Selbstverteidigung nicht bestreiten, aber dass sie sich um das Schicksal der Bevölkerung von Gaza kümmern. Wenn Kämpfe im Süden beginnen, muss Israel zuerst die Flüchtlinge absichern, die es zur Flucht aus dem Norden gezwungen hat.

US-Außenministerium stuft KSS als "terroristische Organisation" ein

Das US-Außenministerium hat Kata'ib Sayyid al-Shuhada (KSS) (Meister der Märtyrerbataillone) als "ausländische Terrororganisation" (FTO) und "Specially Designated Global Terrorist" (SDGT) eingestuft.

KSS ist eine irakische schiitische Miliz, die schiitische Schreine auf der ganzen Welt schützt.

US-Außenminister Antony Blinken sagte: "Der Iran ist der weltweit führende staatliche Sponsor des Terrorismus. Die Vereinigten Staaten sind weiterhin entschlossen, alle verfügbaren Mittel einzusetzen, um der iranischen Unterstützung des Terrorismus entgegenzuwirken und die Fähigkeit der vom Iran unterstützten Gruppen, Terroranschläge zu verüben, zu schwächen und zu stören."

Mike Johnson stellt die Unparteilichkeit der Kommission in Bezug auf die Ereignisse vom 6. Januar 2021 in Frage

Der neue Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, hat eine Untersuchung der Bedingungen genehmigt, unter denen der Ausschuss des Repräsentantenhauses zum Angriff auf das Kapitol am 6. Januar 2021 zu dem Schluss kam, dass es sich um einen Putschversuch handelte.

Die 40 000 Stunden Videomaterial zeugen von einer ganz anderen Version. Der Untersuchungsausschuss wurde von der Republikanerin Liz Cheney aus Wyoming, der Tochter des ehemaligen Vizepräsidenten Dick Cheney, und einem weiteren Republikaner,

Adam Kinzinger aus Illinois, geleitet. Beide sind Gegner von Donald Trump. Cheney und Kinzinger warnten die Amerikaner vor *Fake News* und anderen Fehlinformationen.

House-Speaker Mike Johnson schlägt vor, 5% der verfügbaren Videos zu veröffentlichen, damit jeder die Voreingenommenheit des Repräsentantenhauses unter der Präsidentschaft von Nancy Pelosi beurteilen kann.

☞ Mehrere Bürger wurden wegen Anstiftung oder Beteiligung am "Putschversuch vom 6. Januar" verurteilt. Der bekannteste ist Jacob Chansley, bekannt als QAnon-Schamane, der zu 41 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Der sogenannte "Putschversuch" steht auch im Zentrum der Klagen gegen Donald Trump.

Wie Publicis und die Knight Foundation die Weltpresse kontrollieren

[NewsGuard](#), das die internationale Presse beobachtet und bewertet, ist kein gemeinnütziger Verein, sondern ein erfolgreiches Unternehmen.

Zu seinen Beratern gehören:

- Anders Fogh Rasmussen, ehemaliger Generalsekretär der NATO und derzeitiger Berater des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj;
- Michael Hayden, ehemaliger Direktor der CIA;
- Tom Ridge, ehemaliger Minister für Innere Sicherheit;
- Richard Stengel, ehemaliger Unterstaatssekretär für öffentliche Diplomatie (Propaganda);
- Jimmy Wales (alias Jimbo Wales), Mitbegründer von Wikipedia.

Wir haben daher vor der [politischen Voreingenommenheit](#) von NewsGuard gewarnt.

Während der Covid-Pandemie ging NewsGuard hart gegen Nachrichtenseiten vor, die die Maßnahmen der Regierung kritisierten.

Die politischen Kräfte hinter NewsGuard, die leicht durch ihr Beraterkomitee identifiziert werden können, lassen ihren Kreuzzug von befreundeten kapitalistischen Mächten finanzieren.

Die beiden größten Anteilseigner von NewsGuard sind Publicis und die Knight Foundation.

- Der internationale Werbekonzern Publicis mit Sitz in Paris hat die feministische Philosophin Élisabeth Badinter als Mehrheitsaktionärin (mit 7,10 % der Anteile). Sein Direktor, Arthur Sadoun, ist der Ehemann der Starmoderatorin von *France2*, Anne-Sophie Lapix.

- Die Knight Foundation ist eine philanthropische Stiftung, die Medien- und Kunstzentren finanziert. Sie verteilt kostenlose Notizen an Journalisten über Hygieniker-Reden, die gehalten werden sollen. Die Publicis-Gruppe vertrat die großen Pharmaunternehmen, darunter Pfizer, die Boten-RNA-Medikamente verkauften, die fälschlicherweise als "Impfstoffe" bezeichnet wurden.

Die Knight Foundation hatte Zugang zu Googles geheimem Portal, das sich in Indonesien befindet und von [Mafindos](#) Islamisten betrieben wird. Auf diese Weise konnte sie die Verbreitung von Informationen im Internet im Zusammenhang mit der Pandemie überwachen.

☞ Die Aktionäre haben daher die Politiker, die sie angefordert hatten, hintergangen. Sie sind es, die Websites (einschließlich [Voltaire.net.org](#)) zensurierten, die Dr. Faucis Netzwerk im WHO-Labor in Wuhan, die Unsinnigkeit des Lockdown gesunder Menschen, die Nebenwirkungen der sogenannten Impfstoffe und Informationen über andere verfügbare Medikamente hervorhoben.

David Brock gegen Elon Musk

[David Brock](#), der Spezialist für Medienmanipulation, hat eine riesige Kampagne gegen den Ruf von Elon Musk, dem Chef von SpaceX, und Tesla gestartet.

Er hat etwa zwanzig verschiedene Geschichten in Gang gesetzt, um sein Leben zu ruinieren. Elon Musk hat jedoch eine Klage gegen dessen jüngste Verleumdung eingereicht: Bildschirmfotos, die beweisen würden, dass X (Ex-Twitter) die Konten großer Unternehmen mit Neonazi-Werbung aufputzt.

Nicaragua verlässt die OAS

Nicaragua ist aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ausgetreten.

Guatemaltekische Eliten beginnen mit Angriffen auf Bernardo Arevalo

Der Staatsanwalt Angel Saul Sánchez hat ein Verfahren eingeleitet, um die Immunität von Präsident Bernardo Arevalo und einem Dutzend seiner Abgeordneten aufzuheben.

Gegen Israel vor dem IStGH: Kolumbien schließt sich Algerien an

Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro, der seinen Botschafter in Tel Aviv zurückgerufen hatte, kündigte an, dass seine Regierung prüfe, wie Benjamin Netanjahu für die Gräueltaten an Zivilisten in Gaza strafrechtlich verfolgt werden könne. Er kündigte an, sein Land werde sich der Klage Algeriens wegen Kriegsverbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) anschließen.

Fünf Staaten haben bereits Klage beim IStGH eingereicht: Bangladesch, Bolivien, Komoren, Südafrika und Dschibuti.

Javier Milei, Argentiniens neuer Präsident

Vollkommen überraschend gewann der libertäre Ökonom Javier Milei die zweite Runde der argentinischen Präsidentschaftswahlen mit 55,6 Prozent der Stimmen, gegenüber 44,3 Prozent für den Peronisten Sergio Massa. Gleich nach seiner Wahl kündigte Milei an, sein Programm so schnell wie möglich umsetzen zu wollen: ein Pferdeheilmittel, das auf einer

Abkopplung des Staates von den Künsten, Krankenhäusern, Bildung usw. basiert.

Seine Vizekandidatin und jetzige Vizepräsidentin, die Anwältin Victoria Villarruel, ist Menschenrechtsverteidigerin. Sie warf den argentinischen *Guerillas* jedoch vor, von Fidel Castro instrumentalisiert zu werden und mit Jassir Arafat in Verbindung zu stehen. Sie verteidigte auch Personen, die in die Verbrechen der Diktatur von General Videla verwickelt waren.

EUROPA

Franziskus nennt Gaza-Massaker "Völkermord"

Papst Franziskus empfing eine palästinensische Delegation. "Als wir die Geschichten der Familien erzählten, die [in Gaza] getötet wurden, sagte er: 'Ich sehe den Völkermord'", sagte Shireen Awwad Hilal, die am Bethlehem Bible College lehrt. "Es war ganz klar, das Wort Völkermord kam nicht von uns. Es kommt von Seiner Heiligkeit, Papst Franziskus", sagte sie.

Vatikansprecher Matteo Bruni antwortete auf die Frage nach einer Bestätigung der Verwendung des Wortes "Völkermord": "Ich weiß nicht, ob er [der Papst] ein solches Wort verwendet hat. Er benutzte Begriffe, die er in der Öffentlichkeit geäußert hatte, und Worte, die auf jeden Fall die schreckliche Situation in Gaza repräsentieren." Andere Teilnehmer der palästinensischen Pressekonferenz bestätigten, dass sie gehört hatten, wie der Papst das Wort "Völkermord" benutzte. "Wir waren alle da. Wir haben es gehört und niemand hat ein Hörproblem."

Wiederherstellung der Beziehungen zwischen der Ukraine und dem Heiligen Stuhl

Kardinal Pietro Parolin, Staatssekretär des Heiligen Stuhls, besuchte die Ukraine. Er wurde von Präsident Wolodymyr Selenskyj empfangen. S.E. leitete die Messe zum Gedenken an die

Opfer des *Holodomor*, der Hungersnot von 1932-33.

☞ Integrale Nationalisten bemühen sich, diese Hungersnot als ein Komplott Josef Stalins zur Vernichtung des ukrainischen Volkes zu interpretieren. In den 1980er Jahren gewannen sie dafür die Unterstützung der Vereinigten Staaten und seit der russischen militärischen Spezialoperation die Unterstützung fast aller westlichen Parlamente. Historiker weisen darauf hin, dass die Hungersnot eine klimatische Ursache hatte. Betroffen war nicht nur die Ukraine, sondern auch zum Beispiel Kasachstan. Auch die Art und Weise, wie die KPdSU mit der Bevorzugung der Städte gegenüber dem Land reagierte, sollte nicht als Wunsch nach Völkermord interpretiert werden.

Meuterei in der Labour Party wegen des israelisch-palästinensischen Krieges

Zehn Labour-Abgeordnete verließen die Schattenregierung aus Protest gegen die Politik der Partei zum Massenmord in Gaza. [56 Labour-Abgeordnete](#) stimmten für einen Antrag, der einen Waffenstillstand fordert und sich damit den Anweisungen der Partei widersetzen.

Parteivorsitzende Keir Starmer erklärte sich bereit, seine Rhetorik zu ändern und eine "Einstellung der Kämpfe", aber keinen "Waffenstillstand" zu fordern.

Zionistische extreme Rechte gewinnt Parlamentswahlen in den Niederlanden

Die Parlamentswahlen in den Niederlanden sind am 22. November zu Ende gegangen. Die Ergebnisse sind:

- Partei für die Freiheit - PVV (Geert Wilders), 23,5% der Stimmen, 37 gewählte Abgeordnete;
- Labour Party-Green Left - PvdA-GL (Frans Timmermans), 15,5 % der Stimmen, 25 gewählte Abgeordnete
- Volkspartei für Freiheit und Demokratie - VVD (Dilan Yeşilgöz-Zegerius), 15,1 % der Stimmen, 24 gewählte Abgeordnete;

- Neuer Gesellschaftsvertrag - NSC (Pieter Omtzigt), 12,8% der Stimmen, 20 gewählte Abgeordnete;
- Demokraten 66 - D66 (Rob Jetten), 6,2% der Stimmen, 9 gewählte Abgeordnete.

Der Vorsitzende des Forums für Demokratie (FvD), Thierry Baudet, wurde zwei Tage vor der Wahl während einer Kundgebung von einem jungen Mann angegriffen. Zu den beiden Angriffen durfte er sich nicht äußern.

Geert Wilders, der voraussichtlich von König Wilhelm Alexander zum neuen Premierminister ernannt wird, wird von den amerikanischen Straussianern und vom Staat Israel unterstützt.

Finnland schließt teilweise seine Grenzen zu Russland

Finnland hat vier Grenzübergänge zu Russland geschlossen. Ziel ist es, den massiven Zustrom von Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika zu stoppen, der vor einigen Wochen begonnen hat.

☞ Seit Finnland seinen neutralen Status unter Verletzung seiner schriftlichen Verpflichtungen von 1947 aufgegeben hat, weisen russische Grenzschrützer keine Migranten mehr zurück, die kein Visum für die Europäische Union haben. Der Filter, den sie benutzten, war nicht ihrer. Es war nur eine Geste der Höflichkeit. Infolgedessen gelangen Migranten nun in die Pufferzone und reisen dann illegal nach Finnland ein.

Viktor Orbáns Anti-EU-Konsultation

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat auf seiner Facebook-Seite eine Konsultation gestartet. Darin stellt er 11 Fragen, darunter zum Beispiel: "Brüssel will in Ungarn Migrantenghettos errichten. Was denken Sie davon? ». Oder: "Brüssel will der Ukraine mehr Waffen und Geld geben", "Brüssel will, dass die Ukraine der Europäischen Union beitrifft". In einer Frage zur Hamas behauptet die Konsultation, dass diese palästinensische

islamistische Bewegung finanzielle Hilfe aus Brüssel erhalten habe, was nicht bewiesen sei.

Ungarn hat 8 Millionen Wähler, und es wird erwartet, dass mindestens 1 Million an dieser Konsultation teilnehmen werden.

Die Europäische Union bekräftigt ihre Unterstützung der Zweistaatenlösung

Josep Borrell, der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, sagte: "Ich denke, die beste Garantie für Israels Sicherheit ist die Schaffung eines palästinensischen Staates."

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Ilham Aliyev prangert französischen Kolonialismus an

Der aserbaidchanische Präsident Ilham Aliyev sagte: "Frankreich destabilisiert nicht nur seine früheren und gegenwärtigen Kolonien, sondern auch unsere Region, den Südkaukasus, indem es separatistische Tendenzen und Separatisten unterstützt. Mit der Bewaffnung Armeniens setzt es eine militaristische Politik um, ermutigt die revanchistischen Kräfte in Armenien und bereitet den Boden für den Beginn neuer Kriege in unserer Region vor. Gleichzeitig missbraucht Frankreich seinen Status als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates, um seine einseitige Politik durchzusetzen. Es betreibt geopolitische Intrigen in verschiedenen Regionen und versucht, westliche Organisationen als Druckmittel auf andere Staaten zu nutzen. Die jüngste Vertreibung französischer Truppen aus Mali, Niger und Burkina Faso hat einmal mehr gezeigt, dass Frankreichs rücksichtslose

neokolonialistische Politik in Afrika zum Scheitern verurteilt ist. Frankreich, das sich für seine Geschichte des Kolonialismus schämen sollte, die reich an blutigen Verbrechen ist, spricht von fiktiven ethnischen Säuberungen in anderen Ländern, anstatt sich für die Gräueltaten zu entschuldigen, die es begangen hat."

"Es gibt keine russische Minderheit mehr in der Ukraine"

Olga Stefanishina, stellvertretende Ministerpräsidentin für die europäische Integration, sagte, die Europäische Union solle sich keine Sorgen um die russische Minderheit in der Ukraine machen, da es keine mehr gebe.

Lloyd Austin in Kiew, um Ukrainer zu beruhigen

US-Verteidigungsminister General Lloyd Austin besuchte Polen und dann die Ukraine. Er traf sich mit Präsident Wolodymyr Selenskyj und besprach den Rüstungsbedarf des Landes. Am 1. November sagte der Generalstabschef der ukrainischen Streitkräfte, General Waleri Saluschnyj, gegenüber *The Economist*, dass ihn die Kämpfe in der Ukraine an die blutigen Schlachtfelder des Ersten Weltkriegs erinnern und dass es eines außergewöhnlichen technologischen Sprungs bedürfe, um die Sackgasse zu überwinden.

☞ Der Besuch von General Austin sollte die Ukrainer beruhigen. Er konnte auch den Offizier auswählen, durch den das Außenministerium den Präsidenten, Zelensky, ersetzen könnte.

Der Krieg in der Ukraine hat den Westen bereits 160 Milliarden Dollar gekostet.

Korruption in der Ukraine (Fortsetzung)

Juri Schtschygol, Leiter des staatlichen Kommunikationsschutzdienstes der Ukraine, und sein Stellvertreter wurden von Präsident Wolodymyr Selenskyj entlassen. Ihnen wird vorgeworfen, 62 Millionen Hrywnja (mehr als

1,5 Millionen Euro) aus Softwarekäufen veruntreut zu haben.

Wladimir Putin für Gleichberechtigung der Homosexuellen

Der serbische Filmemacher Emir Kusturica fragte Präsident Wladimir Putin auf dem Forum in St. Petersburg nach den Privilegien, die sexuellen Minderheiten gewährt werden, die alle westlichen Kunstwettbewerbe gewinnen. Herr Putin antwortete: "Ich werde Ihnen etwas Unerwartetes sagen. Auch sie – diese Minderheiten und Menschen – haben das Recht zu gewinnen, zu zeigen und zu erzählen, denn auch sie sind Teil der Gesellschaft. Das ist es, was die Menschen auch durchmachen. Aber es ist schlecht, dass sie alle Wettbewerbe gewinnen, das nützt nichts."

Haftbefehl gegen Susana Jamaladinova

Der russische Generalstaatsanwalt hat einen Haftbefehl gegen die Sängerin Susana Jamaladinova erlassen, die 2016 mit ihrem Song „1944“ über die Deportation der Krimtataren unter Stalin den *Eurovision Song Contest* gewonnen hatte.

Ihr Lied verstößt jedoch gegen ein Gesetz aus dem Jahr 2022, das die Fälschung von Militärgeschichte unter Strafe stellt. „1944“ führt zu dem Glauben, dass es sich um eine rassistische Massendeportation handelte, obwohl es sich in Wirklichkeit um eine Strafe für Personen handelte, die sich freiwillig der SS angeschlossen haben.

☞ Die [Eurovision](#) ist ein Wettbewerb, der vom Informations- und Kulturkomitee der Nordatlantikpakt-Organisation ins Leben gerufen wurde.

AFRIKA

Anhaltender Druck aus Washington und Tel Aviv auf Kairo

Laut *Al-Araby al-Jadeed* haben Washington und Tel Aviv wiederholt Kairo unter Druck gesetzt,

die ägyptische Kritik an Israel abzuschwächen, die Proteste gegen die Besetzung einzudämmen und die Äußerungen religiöser Institutionen zu beruhigen. Nachdem Washington und Paris vorgeschlagen hatten, die Auslandsschulden des Landes (135 Milliarden Dollar) abzuschreiben, forderten sie die Einrichtung eines Evakuierungskorridors für Schwerverwundete über die ägyptische Grenze. Heute setzt Washington die Karte der Stromversorgung gegen Kairo ein.

Der neue Plan zur "Umsiedlung" der Bewohner des Gazastreifens

Der Plan, die Gaza Bewohner zu "transferieren", wird immer klarer. Nach dem Umsiedlungsprojekt in den Sinai, gegen 135 Milliarden Dollar Schuldennachlass, wendet sich Washington der Zerstreuung der Bewohner des Gazastreifens zu. Sie würden in mehrere Gastländer gebracht, während Ägypten nur eine Million von ihnen aufnehmen würde. Die Europäische Union und der IWF würden als Ausgleich deren Wirtschaft helfen. Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, ist nach Kairo gereist, um über mögliche Unterstützung durch die EU zu sprechen. In einem internen EU-Memo hieß es: "Ägyptens Rolle ist entscheidend für die Sicherheit und Stabilität des Nahen Ostens, es beherbergt eine wachsende Zahl von Flüchtlingen, und wir haben die Verantwortung, es zu unterstützen."

Kristalina Georgieva, geschäftsführende Direktorin des IWF, kündigte an, dass sie nach Wegen suche, um der ägyptischen Wirtschaft zu helfen, ihre derzeitige Dollarknappheit zu überwinden.

Die gewaltsame Umsiedlung der Palästinenser wäre eine Verletzung ihrer Rechte, die der "palästinensischen Frage" ein Ende setzen würde.

Die ägyptische Fraktion, die das Projekt befürwortet, verstärkt ihre Kontakte zu möglichen Gastländern, während die Opposition versucht, die Geiseln zu befreien

und einen dauerhaften Waffenstillstand zu erreichen.

Laut Al-Araby al-Jadeed möchte Tel Aviv die Rolle Ägyptens bei den Verhandlungen über die Freilassung der Geiseln stärken.

Algerien organisiert beim IStGH eine Sammelklage gegen Israel

Der algerische Präsident Abdelmajid Tebbun hat angekündigt, dass sein Land vor dem Internationalen Strafgerichtshof gegen Israel vorgehen werde. Er rief alle arabischen Menschenrechtsorganisationen dazu auf, sich in einer gemeinsamen Beschwerde zusammenzuschließen.

Lajmi Lourimi, neuer Generalsekretär der Ennahda

Nach der Verhaftung von Scheich Rached al-Ghannouchi und seinem Interims-Nachfolger Mondher Ounissi hielt die Bruderschaftspartei Ennahda eine Videokonferenz ab und wählte Lajmi Lourimi zu ihrem neuen Generalsekretär.

Ennahda ist der tunesische Ableger der Muslimbruderschaft.

Jean Emmanuel Ouédraogo betont, dass es keine Gemeinsamkeiten zwischen dem politischen Medienverbot in Frankreich und dem Anti-Terror-Medienverbot in Burkina Faso gibt

Jean Emmanuel Ouédraogo, Burkina Fasos Minister für Kommunikation, Kultur, Kunst und Tourismus, wies auf dem Forum von Saint-Petersburg darauf hin, dass Frankreich nicht gezögert habe, *Russia Today* zu zensieren, während es empört gewesen sei, dass Burkina Faso *RFI* und dann *France24* zensiert habe. Das Verbot von *Russia Today* beruht jedoch einzig und allein auf der Tatsache, dass der Sender im Besitz der Russischen Föderation ist. "Wir sahen darin natürlich den Wunsch, sicherzustellen, dass es nur eine Art und Weise gibt, die Welt zu sehen, die verbreitet wird, und dass jede

abweichende Stimme nicht das Recht hat, gehört zu werden."

Im Gegenteil, das Verbot von RFI war eine Strafe für die Veröffentlichung eines Interviews mit dem Führer von Al-Qaida im islamischen Maghreb.

Propagandakampagne der Wagner-Gruppe gegen Frankreich

Ein ehemaliger Agent der Wagner-Gruppe, der anonym bleiben möchte, arbeitete für das Projekt Lakhta, die Propagandaabteilung von Wagner. Er ließ Dokumente auf Russisch und PowerPoint-Folien durchsickern. Dazu gehören Fotos von Banküberweisungen und Quittungen des kamerunischen Unternehmens *Bang and Partners*, das von Jérôme Ebossama, dem Programmdirektor des in Douala ansässigen Senders *Afrique Média TV* (AMTV), kontrolliert wird. Er unterzeichnete im August, Oktober und November 2022 drei Quittungen für eine "digitale Blogger-Kampagne" über 3.400 US-Dollar, 3.000 US-Dollar bzw. 3.000 US-Dollar. Im Rahmen der Kampagne wurde behauptet, Frankreich habe einen Hinterhalt auf malische Soldaten inszeniert, bei dem Dutzende Menschen ums Leben kamen. Die wichtigsten Blogger waren Souleymane Gbagbo, Egountchi Behazin und Drissa Meminta.

Mahamat Kaka in Paris

Der tschadische Präsident Mahamat Kaka besuchte Paris. Er wurde im Élysée-Palast von seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron und im Hauptquartier der Geheimdienste, der Generaldirektion für äußere Sicherheit (DGSE), empfangen. Ein Vertreter der Vereinigten Arabischen Emirate nahm an diesen Treffen teil.

Bei der Finanzierung des Programms zur Demobilisierung, Entwaffnung und Wiedereingliederung (DDR), das während der Doha-Verhandlungen zwischen den bewaffneten Gruppen im Tschad vereinbart wurde, kam es zu Verzögerungen. Der französische Präsident dankte seinem

tschadischen Amtskollegen dafür, dass er dem französischen Kontingent aus Niger erlaubt hatte, den Tschad zu besuchen. Er kündigte an, dass ein Teil der französischen Truppen in andere Teile Westafrikas verlegt werden solle.

Auf dem Weg zur Teilung des Sudan

Die von Saudi-Arabien geführten Gespräche wurden ausgesetzt, obwohl sie wahrscheinlich zu einem späteren Zeitpunkt abgeschlossen werden. Die Rapid Action Forces (FAR) von "General" Mohamed Hamdan Dagalo (genannt "Hemeti") haben die Kontrolle über Darfur übernommen, während die reguläre Armee von Präsident Abdel Fattah al-Burhan den Norden des Landes kontrolliert. Beiden Seiten wird nachgesagt, dass sie an ethnischen Säuberungen beteiligt sind. Man würde auf ein Auseinanderbrechen des Landes zusteuern.

Südafrika reicht Beschwerde gegen israelische Regierung ein

Südafrika hat beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) Klage gegen die israelische Regierung wegen "Kriegsverbrechen" eingereicht, wie Präsident Cyril Ramaphosa während seiner Reise nach Katar mitteilte.

ASIEN

Kontroverse um Treibstofflieferungen nach Gaza

Benny Gantz, Minister ohne Geschäftsbereich, sagte, die Lieferung von zwei LKW-Ladungen Treibstoff pro Tag an humanitäre NGOs für den Gazastreifen sei ein genehmigter Transfer für den Betrieb von Entsalzungsanlagen und Abwasserentsorgung sowie für andere Bedürfnisse internationaler Organisationen. Er betonte, dass "dies keine Änderung der Strategie ist, sondern eine spezifische Antwort, die der Fortsetzung der IDF-Kämpfe dient", und merkte an, dass "die gesamte Politik vom politischen Sicherheitskabinettt diskutiert wird".

Diese Lieferung wurde nicht vom Ministerrat, sondern vom Kriegskabinett auf Ersuchen der Vereinigten Staaten beschlossen.

Finanzminister Bezalel Smotrich versichert, dass diese Entscheidung rechtswidrig sei, weil sie im Widerspruch zu den Beschlüssen des Ministerrats steht. Er verlangt von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, seine Regierung und das Kriegskabinett so zu reformieren, dass alle Führer der Parteien seiner Vorkriegskoalition einbezogen werden.

Ein Minister mit den Rufen "Schande über dich!" begrüßt.

Miki Zohar, dessen Frau Sharon und Tochter Noam entführt wurden, versuchte, sich dem Protest der Opferfamilien, die nach Jerusalem marschierten, anzuschließen. Er wurde mit Rufen wie "Schande über dich!" begrüßt.

Die Familien der Opfer sind überzeugt, dass Ministerpräsident Benjamin Netanjahu den Angriff der Hamas zugelassen hat und nichts unternimmt, um die Geiseln zu befreien, sondern nur, um die Palästinenser zu liquidieren.

Die israelische Luftwaffe hat tatsächlich am 7. Oktober die "Hannibal-Direktive" umgesetzt

Laut *Haaretz* ergab eine Untersuchung der israelischen Polizei, dass das Militärflugzeug, in Übereinstimmung mit der Hannibal-Direktive am 7. Oktober, die Menge, die vor dem Supernova-Musikfestival flüchtete, bombardiert hat, um die wenigen Angreifer zu töten, die sich dort aufhielten.

☞ Die Hannibal-Direktive ist eine israelische Militärdoktrin, die 1986 von General Yossi Peled, dem Befehlshaber der Nordstreitkräfte, entwickelt wurde. Der ursprüngliche Befehl, der zusammen mit Oberst Gabi Ashkenazy (dem späteren Stabschef der IDF und jetzt Mitglied des Kriegskabinetts) und einem Geheimdienstoffizier, Oberst Yaacov Amidror (dem späteren Nationalen Sicherheitsberater),

verfasst wurde, besagte, dass die Hauptaufgabe der IDF im Falle einer Gefangennahme darin bestünde, um jeden Preis zu verhindern, dass Soldaten gefangen genommen würden. Es ist gleichbedeutend mit dem Befehl, auf einen gefangenen Soldaten zu schießen, um zu verhindern, dass er in Gefangenschaft gerät. Nach Ansicht ehemaliger Generäle lässt es sich wie folgt zusammenfassen: "Lieber ein toter Soldat als ein lebender Gefangener." Oder: "Nachdem das Protokoll ausgelöst wurde, konzentrieren wir uns auf einen bestimmten Bereich und mit einem einzigen Ziel: den Feind zu stören und ihn daran zu hindern, mit einem Gefangenen zu entkommen." Im Jahr 2014, als der palästinensische Widerstand den Soldaten Hadar Goldi in Gaza gefangen nahm, bombardierte die IDF Rafah vier Stunden lang mit einer Rakete pro Minute. Sie töteten 150 Zivilisten und erklärten, der Soldat sei an seinen Verletzungen gestorben.

Viele Militärangehörige haben diese Richtlinie, die mehrfach umformuliert wurde, angefochten. Unter ihnen befand sich General Benny Gantz, ein derzeitiges Mitglied des Kriegsrates.

Videos von Thierry Meyssan (auf Französisch)

- Das dritte Video von Thierry Meyssans Kolumne für den *Courrier des Stratèges* ist [hier](#) verfügbar.
- Den zweiten Teil des Gesprächs zwischen General Dominique Delawarde, Thierry Meyssan und Youssef Hindi finden Sie [hier](#).

Simcha Rothman sieht Antikriegsproteste als Unterstützung des Terrorismus

Simcha Rothman, Vorsitzender des Ausschusses für Verfassung, Recht und Justiz der Knesset, sagte, die Antikriegsdemonstration linker Araber und Juden sei eine Förderung des "Terrors" und der "Unterstützung des Feindes und seiner Handlungen in Kriegszeiten".

Er kritisierte die Genehmigung durch den Obersten Gerichtshof und sagte: "Einige Richter halten immer noch an der falschen Herangehensweise der Vergangenheit fest, auf der sich ein Großteil der freien Welt nach dem 7. Oktober weiterentwickelt."

Nassim Vaturi ruft dazu auf, Gaza niederzubrennen

Der Abgeordnete Nissim Vaturi (Likud), stellvertretender Sprecher der Knesset, schrieb auf X: "All diese Besorgnis darüber, ob es in Gaza Internet gibt oder nicht, zeigt, dass wir nichts gelernt haben. Wir sind zu menschlich (...) Brennt Gaza jetzt nieder, nicht weniger! Lasst keinen Treibstoff rein, lasst kein Wasser rein, bis die Geiseln zurückkommen! »

Sicherheitsrat erwägt Todesstrafe für arabische Terroristen

Der Nationale Sicherheitsrat erwägt, das vom Minister für Nationale Sicherheit Itamar Ben-Gvir (Otzma Yehudit) entworfene Gesetz umzusetzen. Es sieht die Todesstrafe für jeden vor, der jüdisches Blut vergießen ließ. Darin heißt es, dass die Todesstrafe nur für Verbrechen gilt, die "rassistisch motiviert sind und das Ziel haben, dem jüdischen Volk zu schaden oder die Wiederauferstehung des jüdischen Volkes in seiner Heimat zu verhindern".

Dieses Gesetz könnte auch für palästinensische Widerstandskämpfer gelten, die derzeit in Israel inhaftiert sind.

Gila Gamliel bestätigt, die Vertreibung der Gaza Bewohner vorzubereiten

In einem Gastbeitrag in der *Jerusalem Post* vom 19. November erläutert die israelische Geheimdienstministerin Gila Gambiliel Israels neue Strategie: die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus dem Gazastreifen.

Darin schreibt sie: "Einige Staats- und Regierungschefs diskutieren bereits über ein globales Programm zur Neuansiedlung von

Flüchtlingen und sagen, dass sie die Bewohner des Gazastreifens wieder in ihrem Land willkommen heißen würden. Dies könnte von vielen Ländern auf der ganzen Welt unterstützt werden, insbesondere von denen, die behaupten, Freunde der Palästinenser zu sein." "Das Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), das globale Gremium der Vereinten Nationen, das sich mit Flüchtlingen befasst, ist durch sein Statut und die Resolutionen der UN-Generalversammlung beauftragt, die Neuansiedlung als eine seiner drei dauerhaften Lösungen durchzuführen." "Wir müssen etwas Neues ausprobieren, und wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, dazu beizutragen. Es könnte eine Win-Win-Lösung sein: ein Sieg für die Zivilisten in Gaza, die ein besseres Leben suchen, und ein Sieg für den jüdischen Staat nach dieser verheerenden Tragödie."

Die Ministerin macht den zentralen Gedanken ihres Memos vom 13. Oktober populär: *Alternativen zu einer politischen Direktive für die Zivilbevölkerung in Gaza.*

Am 17. Oktober veröffentlichte das *Institute for Zionist Strategies* ein Papier, das in die gleiche Richtung ging, sich aber nur auf einen Transfer nach Ägypten konzentrierte. Es schätzt die Kosten für die Umsiedlung von Bewohnern des Gazastreifens auf 19000 Dollar pro Familie. Bei durchschnittlich 5,14 Personen, bedeutet dies etwa 400 000 Wohnungen oder 8 Milliarden US-Dollar.

Bisher Al-Khasawneh, Jordaniens Premierminister, kommentierte: "Jeder Versuch, Palästinenser aus Gaza oder dem Westjordanland zu vertreiben, ist eine Kriegserklärung." Russland verurteilte den Transferplan und sagte: "Wenn er umgesetzt wird, werden die Folgen der Massenvertreibung katastrophal sein und die Situation in der Region nur verschlimmern."

Die israelische Botschaft in Washington stellte klar, dass Gila Gamliel kein Mitglied des Kriegsrats ist. Ihre Meinung als Minister ist für die Regierung nicht bindend. US-Präsident Joe

Biden hat sich für die Wiedervereinigung des Gazastreifens und des Westjordanlandes ausgesprochen. Diese Politik ist unvereinbar mit der des "Transfers" der Bevölkerung.

Forum für Geiseln und vermisste Familien lehnt UN-Sonderberichterstatter ab

Das Forum für Geiseln und vermisste Familien wies die Erklärung der UN-Sonderberichterstatter zurück. "Populistische Rhetorik von Personen, die keinen wesentlichen Einfluss auf die Politik haben, kann nicht als Beweis für die Absicht verwendet werden, Völkermord zu begehen ... Wenn die Sonderberichterstatter die Hilfsmaßnahmen in der Region vorantreiben wollen, sollte ihr Hauptaugenmerk eindeutig auf der sofortigen Freilassung aller Geiseln liegen."

Amir Yaron erneut zum Gouverneur der israelischen Zentralbank ernannt

Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und Finanzminister Bezalel Smotrich haben den Gouverneur der israelischen Zentralbank, Amir Yaron, für eine neue fünfjährige Amtszeit wiederernannt.

Israel greift libanesischen Landwirtschaft an

Die israelischen Angriffe auf den Libanon zielen in erster Linie darauf ab, einen Teil seiner landwirtschaftlichen Ressourcen zu zerstören. Laut Landwirtschaftsminister Dr. Abbas al-Hajj Hassan zeigten Statistiken vom 7. bis 16. November, dass die Brände in 53 Dörfern im Süden und Nabatiyah-Distrikt die Zahl von 351 erreichte. „Bisher kennen wir die genauen Auswirkungen der Phosphorbomben auf den Boden nicht und haben die FAO gebeten, Experten in den Libanon zu entsenden, um die Auswirkungen von weißem Phosphor auf den Boden, die Produkte, die Ernten und das Grundwasser zu untersuchen. Dieses Gift könnte langfristige Schäden verursachen, die noch nicht vollständig untersucht wurden.“

Seit Beginn des Krieges wurden 46000 Libanesen und 70 000 Israelis vertrieben.

Voltaire-Netzwerkanalyse

- "[Wie Netanjahu die Nachrichten fälscht](#)", Thierry Meyssan

Wir glauben im Westen, dass wir über die Geschehnisse in Gaza gut informiert sind. Dies ist nicht der Fall. Die Bilder, die wir sehen, werden ausgewählt. Die Kommentare, die wir hören, erlauben uns nicht, sie zu verstehen. Sie führen uns absichtlich in die Irre. Jede abweichende Meinung wird zensiert.

- "[Die zwei Kriege des Westens](#)", Manlio Dinucci

Seit anderthalb Jahren betonen wir, dass der Krieg der Vereinigten Staaten in der Ukraine schwerwiegende Auswirkungen auf den Lebensstandard der Bürger der Europäischen Union hat. Auch der gegen die Zivilbevölkerung in Gaza. Letzterer wird jedoch auch der EU zugutekommen: Wir werden endlich zu anständigen Gaspreisen zurückkehren können, dank des Gases, das wir den palästinensischen Überlebenden stehlen werden.

Konzentration von NATO-Truppen in der Nähe von Israel

32 Jets, darunter 9 der US-amerikanischen, niederländischen und britischen Luftstreitkräfte, landeten auf dem Luftwaffenstützpunkt Hamat, und 23 Jets der französischen, spanischen, kanadischen, italienischen, spanischen und saudischen Armeen landeten zwischen dem 8. und 10. November auf dem Flughafen von Beirut.

Laut *Al-Ahbar* lehnte der Libanon eine französische Bitte ab, ein Schiff mit etwa 500 Soldaten und etwa 50 Fahrzeugen zu entsenden.

Diese westlichen Waffen kommen zu dem U-Boot dazu, das 154 Tomahawk-Raketen trägt, und zu den drei US-Marinegruppen.

Hassan Nasrallah empfängt Hamas-Vertreter

Hassan Nasrallah, Generalsekretär der Hisbollah, traf sich am 21. November mit Khalil al-Hayyah, dem stellvertretenden Leiter des Politbüros der Hamas, und Osama Hamdan, dem Vertreter der Hamas im Libanon.

Iraks Oberster Gerichtshof enthebt Parlamentspräsident

Der Oberste Gerichtshof des Irak hat den Parlamentspräsidenten Mohamed al-Halbusi wegen Fälschung öffentlicher Dokumente und der Verwendung gefälschter Dokumente verurteilt. Er soll einer Ölfirma, BGR, geholfen haben, die für Israel arbeitet. Er hat seine Verteidigung in der mündlichen Verhandlung nicht vorgetragen und wird sie erst heute vortragen. Aber die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs sind sofort exekutiv und können nicht angefochten werden. Er wurde sowohl seines Amtes als Parlamentspräsident als auch seines Status als Parlamentarier enthoben. Er sollte bei den nächsten Wahlen nicht mehr antreten können. Es wird erwartet, dass ein Strafprozess folgen wird.

Drei Minister der Partei von Mohamed al-Halbusi (Taqadom) reichten aus Protest ihren Rücktritt ein. Dieser wurde abgelehnt. Sie sind zuständig für Kultur, Planung und Industrie.

Ansar Allah beschlagnahmt israelisches Frachtschiff

Yahya Sarea, Sprecher von Ansar Allah (abwertend als "Huthis" bekannt), kündigte an, dass seine Organisation israelische Boote beschlagnahmen werde. Er forderte die internationale Gemeinschaft auf, ihr Personal von diesen Schiffen abzuziehen. Sofort wurde ein Frachtschiff, die *Galaxy Leader*, vor der Küste von Dschidda als Geisel genommen. Es transportiert Fahrzeuge von der Türkei nach Indien. Die 25 Besatzungsmitglieder kommen aus der Ukraine, Mexiko, den Philippinen und Bulgarien. Es fährt unter einer Panama Flagge.

Abraham (Rami) Ungar, ein israelischer Milliardär, soll das Boot über eine britische Firma besitzen und die Besatzung über eine japanische Firma angeheuert haben. Er ist ein enger Freund von Verteidigungsminister Yoav Gallant. Er soll eine Schlüsselrolle bei der Bestechung des israelischen Präsidenten Ezer Weizman gespielt haben, der im Jahr 2000 zum Rücktritt gezwungen wurde, als die Affäre aufflog. Abraham (Rami) Ungar wird auch vorgeworfen, einen Whistleblower bestochen zu haben, der sich darauf vorbereitete, die Verbrechen von Premierminister Ehud Olmert aufzudecken.

Diese Operation, obwohl Ansar Allah den Iran informiert hat, ist rein jemenitisch. Sie ereignet sich im Kontext des Völkermords in Gaza. Der Sprecher der Partei sagte: "Wir sind bereit, eine jemenitische Armee aufzubauen, die sich der Verteidigung der Menschen in Gaza widmet. Und wenn die Staaten, die an Palästina grenzen, es erlauben, werden Tausende von Soldaten dorthin gehen."

Islah für Teilung Jemens

Die Jemenitische Versammlung der Reform (Islah), der jemenitische Ableger der Muslimbruderschaft, hat die inzwischen unwahrscheinliche Idee wiederbelebt, den Jemen in sechs separate Staaten aufzuteilen.

Die Friedensverhandlungen zwischen Riad und Sanaa stehen kurz vor dem Erfolg.

Ali Khamenei sagt, Zionismus sei eine Form von Rassismus

Ayatollah Ali Khamenei, der Oberste Führer der Revolution, sagte: "Das zionistische Regime ist der Inbegriff von Rassendiskriminierung. Die Zionisten betrachten sich selbst als überlegene Rasse und verachten den Rest der Menschheit, weshalb sie viele Tausende Kinder ohne jegliche Reue abschlachten." Er zeigte sich überrascht über die Unterstützung der Vereinigten Staaten, Deutschlands, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs für ein solches "rassistisches Regime", was bezeugt, dass diese Regierungen

die Rassendiskriminierung unterstützen. Er forderte die muslimischen Staaten auf, "die politischen Beziehungen zum jüdischen Staat für einen begrenzten Zeitraum abubrechen".

Pakistans Muslimbruderschaft protestiert für Gaza

Die Jamaat-e-Islami (Islamische Partei), der pakistanische Ableger der Muslimbruderschaft, veranstaltete große Demonstrationen in Karatschi und Islamabad. Angesichts des fehlenden Beschlusses der Organisation für Islamische Zusammenarbeit rief er dazu auf, eine Initiative zur Unterstützung der Hamas zu ergreifen.

Interkoreanisches Abkommen von 2018 ausgesetzt

Nordkorea gelang es, einen Spionagesatelliten zu starten, um die in Südkorea zusammengezogenen US-Streitkräfte zu beobachten. Damit verstieß es gegen Resolutionen des Sicherheitsrats, die den Einsatz ballistischer Raketen verbieten.

Als Vergeltung kündigte Südkorea an, das innerkoreanische Militärabkommen vom 19. September 2018 auszusetzen. Dieses sieht die Beendigung aller feindlichen militärischen Aktivitäten zwischen den Koreas, die Einrichtung von maritimen Pufferzonen und die Einrichtung der entmilitarisierten Zone als Zone des Friedens vor.

Nordkorea bringt etwas Demokratie in die Parlamentswahlen

Bei den ersten Parlamentswahlen in Nordkorea werden in jedem Wahlkreis zwei Kandidaten gegeneinander antreten. Einer von ihnen wird von der Kommunistischen Partei nominiert, der andere von den Bürgern des Wahlkreises. Dies ist das erste Mal, dass diese Art von Wettbewerb in Betracht gezogen wird.

USA-China-Gipfel

Die Präsidenten Chinas und der USA, Xi Jinping und Joe Biden, trafen sich am Rande des Gipfels der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation (APEC) vier Stunden lang in Kalifornien.

Die beiden Männer einigten sich nicht auf konkrete Maßnahmen, sondern auf die Prinzipien, die ihre Beziehungen bestimmen. Der chinesische Präsident versicherte seinem Gastgeber, dass er weder einen Kalten noch einen Heißen Krieg anstrebe. Der US-Präsident hat seine Forderung nach einem Verbot des Verkaufs von Fentanyl-Vorläufersubstanzen fallen gelassen und verlangt, dass China ihm sagt, an wen China es verkauft, damit er diejenigen seiner Kunden bekämpfen kann, die es zur Herstellung von Drogen verwenden. Präsident Xi Jinping erinnerte seinen Amtskollegen daran, dass er die Anerkennung Taiwans als chinesische Provinz unterzeichnet habe und dass jede ausländische Aufstachelung zur Unabhängigkeit einen Krieg provozieren würde.

Die beiden Präsidenten einigten sich auf die Regulierung der künstlichen Intelligenz und die Wiederaufnahme der militärischen Kommunikation auf hoher Ebene im Geiste der Gleichberechtigung und des Respekts.

Fumio Kishidas Popularität sinkt

Drei Umfragen, die von den großen Tageszeitungen Yomiuri, Asahi und Mainichi veröffentlicht wurden, geben nur 24 %, 25 % bzw. 21 % Unterstützung für den japanischen Premierminister Fumio Kishida.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Hungersnot droht in Gaza

Nach Angaben des [Welternährungsprogramms](#) (UN) "gibt es in Gaza praktisch keine Versorgung mit Nahrungsmitteln und Wasser, und nur ein Bruchteil dessen, was wir brauchen,

kommt über die Grenzen an. Angesichts des nahenden Winters, der unsicheren und überfüllten Unterkünfte und des Mangels an sauberem Wasser droht der Zivilbevölkerung unmittelbar der Hungertod."

Die katastrophale Gesundheitssituation in Gaza

Der Äthiopier [Tedros Adhanom Ghebreyesus](#), Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation, gab vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen ein Update zur Lage in Gaza. Er sagte:

"Nur 10 der 36 Krankenhäuser in Gaza sind noch in Betrieb, mit nur 1400 Krankenhausbetten.
Frühgeborene, die sterben;
Mehr als 2000 Krebspatienten, 1000 mit Nierenerkrankungen, 50 000 mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen und 60 000 Patienten mit Diabetes, sind alle gefährdet, da ihre Behandlung abgebrochen wird.
Bis zu 200 Frauen bringen jeden Tag unter den schlimmsten vorstellbaren Bedingungen ein Kind zur Welt;
Schätzungsweise 20 000 Menschen benötigen spezialisierte psychologische Dienste;
Unter den vertriebenen Bevölkerungsgruppen, in überfüllten Unterkünften erleben wir eine zunehmende Zahl von Atemwegs- und Hautinfektionen;
Fälle von wässrigem Durchfall, da das Abwassersystem zusammenbricht und die Menschen gezwungen sind, ihre Notdurft im Freien zu verrichten; Mangelernährung ist auf dem Vormarsch."

Tedros schloss mit den Worten: "Die Angriffe der Hamas und anderer bewaffneter Gruppen auf den jüdischen Staat, die Tötung von 1200 Menschen und die Geiselnahme von mehr als 200 sind völlig ungerechtfertigt. Aber mit mindestens 11500 getöteten Gaza Bewohnern, 70% von ihnen Frauen und Kinder; Mit 1,7 Millionen Vertriebenen; Zwei Drittel der Krankenhäuser in Gaza sind außer Betrieb; Kein Strom, kein Treibstoff, kein Trinkwasser, keine Nahrung; Mit jeder Bombe, die ein Kind

tötet oder verstümmelt; Jede Familie ist unter den Trümmern ihres eigenen Hauses begraben; Das Ausmaß der Reaktion Israels scheint zunehmend nicht mehr zu rechtfertigen." Er rief zu einem sofortigen Waffenstillstand auf.

Die Weltgesundheitsorganisation bereitet sich darauf vor, die verbleibenden 25 Mitarbeiter und 291 Patienten des Al-Shifa-Krankenhauses in Gaza innerhalb von drei Tagen zu evakuieren.

Martin Griffiths nennt Gaza-Krise "die schlimmste aller Zeiten"

Der UN-Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten, Martin Griffiths aus Großbritannien, sagte gegenüber Christiane Amanpour von CNN, die Gaza-Krise sei "die schlimmste aller Zeiten, und ich sage das nicht leichtfertig. Ich begann in meinen Zwanzigern mit den Roten Khmer und den Killing Fields (...) So etwas habe ich vorher noch nie gesehen. Es ist ein komplettes und äußerstes Gemetzel."

Außerordentlicher BRICS-Gipfel zum Völkermord in Gaza

Auf Initiative Südafrikas, das beim IStGH eine Beschwerde gegen die IDF eingereicht hatte, hielten die BRICS-Staaten am 21. November einen virtuellen Gipfel zum Völkermord in Gaza ab. Die fünf Gründerstaaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) nahmen ebenso teil wie die neuen Beitrittsländer (Argentinien, Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate) und der UN-Generalsekretär. Der russische Präsident Wladimir Putin begrüßte die Bedeutung des virtuellen Gipfels, an dem Vertreter von mehr als der Hälfte der Menschheit teilnehmen. Er plädierte dafür, dieses Format für jede internationale Krise zu nutzen, zusammen mit dem UN-Sicherheitsrat.

Der chinesische Präsident Xi Jinping skizzierte die drei dringenden Dringlichkeiten:
1. die Feindseligkeiten einzustellen und einen sofortigen Waffenstillstand zu erreichen;

2. Beendigung aller Formen von Gewalt und Angriffen auf Zivilisten und Freilassung von Zivilisten, die in Gefangenschaft gehalten werden.

3. Die Beendigung der kollektiven Bestrafung der Bevölkerung von Gaza.

Die internationale Gemeinschaft muss mit konkreten Maßnahmen verhindern, dass der Konflikt übergreift und die Stabilität im gesamten Nahen Osten gefährdet.

Xi Jinping wies auch darauf hin, dass die Hauptursache des israelisch-palästinensischen Konflikts in der Unwissenheit liege.

1. das Existenzrecht des palästinensischen Volkes als Volk (das von den "revisionistischen Zionisten" von Ze'ev Jabotinsky bis Benjamin Netanjahu geleugnet wird).

2. sein Recht auf einen Staat (bekräftigt in den Oslo-Abkommen von 1993);

3. und sein Rückkehrrecht (festgelegt in der Resolution 194 der UN-Generalversammlung von 1948).

Es ist daher notwendig, eine internationale Konferenz zu organisieren, um diese Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Der saudische Kronprinz und Premierminister Mohammed bin Salman hat alle Staaten aufgefordert, alle Waffenverkäufe an Israel sofort einzustellen.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltage.net.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°64 - 1° Dezember 2023

LEITARTIKEL

Alles Wissenswerte über die hochrangige Tagung des Sicherheitsrats zur Lage in Gaza am 29. November

China hat im UN-Sicherheitsrat auf Außenminister-Ebene über die Lage in Gaza debattiert.

Vorausgegangen war eine Erklärung des chinesischen Präsidenten Xi Jinping, in der er aufrief, die Rückkehr des Krieges zu stoppen. Laut Peking muss auf die humanitäre Pause, die gemäß der Resolution 2712 verhängt wurde, sofort ein echter endgültiger Waffenstillstand folgen. China hatte ein Fünf-Punkte-Dokument vorbereitet, das nicht diskutiert wurde. Darin heißt es:

"1) Umsetzung eines umfassenden Waffenstillstands und Beendigung der Kämpfe

Die Konfliktparteien sollten die einschlägigen Resolutionen der UN-Generalversammlung und des UN-Sicherheitsrats wirksam umsetzen und unverzüglich einen dauerhaften humanitären Waffenstillstand erreichen. Auf der Grundlage der Resolution 2712 des VN-Sicherheitsrats sollte der Sicherheitsrat als Reaktion auf Aufrufe der internationalen Gemeinschaft ausdrücklich einen umfassenden Waffenstillstand und ein Ende der Kämpfe fordern und auf eine möglichst baldige Deeskalation des Konflikts hinarbeiten.

2) Zivilbevölkerung wirksam beschützen

Die Resolution des Sicherheitsrats fordert alle Parteien ausdrücklich auf, ihren Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht, auch in Bezug auf den Schutz der Zivilbevölkerung, nachzukommen. Es ist unabdingbar, allen gewaltsamen Angriffen auf Zivilpersonen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts ein Ende zu setzen und Angriffe auf zivile Einrichtungen zu vermeiden. Der Sicherheitsrat sollte auch eine klare Botschaft aussenden, dass er sich gegen die gewaltsame Umsiedlung der palästinensischen Zivilbevölkerung ausspricht, die Vertreibung palästinensischer Zivilisten verhindert und die schnellstmögliche Freilassung aller Zivilisten und Geiseln fordert (...)

(...) 3) **Humanitäre Hilfe sicherstellen**

Alle betroffenen Parteien müssen in Übereinstimmung mit den Anforderungen der Resolution des UN-Sicherheitsrats davon absehen, der Zivilbevölkerung von Gaza überlebenswichtige Versorgungsgüter und Dienstleistungen vorzuenthalten, humanitäre Korridore in Gaza schaffen, um einen schnellen, sicheren, ungehinderten und dauerhaften humanitären Zugang zu ermöglichen und eine noch größere humanitäre Katastrophe abzuwenden. Der Sicherheitsrat soll die internationale Gemeinschaft ermutigen, die humanitäre Hilfe zu erhöhen, die humanitäre Lage vor Ort zu verbessern und die Koordinierungsrolle der Vereinten Nationen und des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge (UNHRWA) im gesamten Nahen Osten bei der humanitären Hilfe unterstützen und die internationalen Gemeinschaft auf die Unterstützung des Wiederaufbaus in Gaza nach dem Konflikt vorbereiten.

4) **Stärkung der diplomatischen Vermittlung**

Der Sicherheitsrat sollte seine in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Rolle bei der Erleichterung des Friedens nutzen, um von den Konfliktparteien Zurückhaltung zu verlangen, um eine Ausweitung des Konflikts zu verhindern und Frieden und Stabilität im Nahen Osten zu fördern. Der Sicherheitsrat soll die Rolle der Staaten und regionalen Organisationen würdigen, die Guten Dienste des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und seines Sekretariats unterstützen und die Staaten, die Einfluss auf die Konfliktparteien haben, ermutigen, eine objektive und faire Position zu verteidigen, um gemeinsam eine konstruktive Rolle bei der Deeskalation der Krise zu spielen.

(5) **Suche nach einer politischen Lösung**

Nach den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats und dem internationalen Konsens liegt die grundlegende Lösung der Palästinafrage in der Umsetzung der

Zweistaatenlösung, der Wiederherstellung der legitimen nationalen Rechte Palästinas und der Errichtung eines unabhängigen Staates Palästina mit voller Souveränität auf der Grundlage der Grenzen von 1967 und mit Ostjerusalem als Hauptstadt. Der Sicherheitsrat sollte dazu beitragen, die Zwei-Staaten-Lösung wiederherzustellen. Eine umfassendere, zuverlässigere und wirksamere internationale Friedenskonferenz unter der Leitung und Organisation der Vereinten Nationen sollte so bald wie möglich abgehalten werden, um einen konkreten Zeitplan und Fahrplan für die Umsetzung der Zweistaatenlösung zu formulieren und eine umfassende, gerechte und dauerhafte Lösung der Palästinafrage zu erleichtern. Jede Vereinbarung über die Zukunft des Gazastreifens muss den Willen und die unabhängige Entscheidung des palästinensischen Volkes respektieren und darf ihm nicht aufgezwungen werden.

• UN-Generalsekretär António Guterres zieht Bilanz des Krieges: Mehr als 1200 getötete Israelis, mehr als 14000 getötete Palästinenser und 111 UN-Mitarbeiter sind tot. 80 Prozent der gesamten Bevölkerung des Gazastreifens sind vertrieben worden. 45 Prozent aller Wohnungen im Gazastreifen wurden beschädigt oder zerstört.

• Der palästinensische Außenminister Riad al-Maliki sagte: "Dies ist kein Krieg, es ist ein Gemetzel, das nichts und niemand rechtfertigen kann, es muss enden... Wir werden von der Landkarte getilgt." Er wies darauf hin, dass sich der Krieg bereits auf das Westjordanland ausbreitet, mit mehr als 230 Toten, 3200 weiteren Verwundeten und 1250 Vertriebenen. Er stellte fest, dass "der Mann, der für den Angriff auf die Palästinenser verantwortlich ist [Benjamin Netanjahu], ein Mann ist, dessen politisches Überleben von der Verlängerung der Massaker abhängt".

• Israels ständiger Vertreter, Gilad Erdan, schrieb die Geschichte neu: Er erinnerte daran, dass sich die arabischen Staaten 1947 gegen die Gründung Israels ausgesprochen hatten. Er schwenkte ein historisches Foto des Großmuftis

von Jerusalem, Mohammed Amin al-Husseini, der von Adolf Hitler empfangen wurde, verglich ihn mit den "Huthiten" im Jemen oder den Ayatollahs im Iran und erklärte, dass sie alle die Hüter einer völkermörderischen Ideologie seien, die darauf abziele, Israel zu vernichten und die Juden zu eliminieren. Dann sprach er sich gegen die Idee eines dauerhaften Waffenstillstands aus und fragte, wie ein solcher Schritt Israel ermöglichen würde, seine Bürger zu verteidigen. Er prangerte an, dass es widersprüchlich sei, sowohl Frieden als auch einen Waffenstillstand zu befürworten, da er glaube, dass die Anhänger des Waffenstillstands in Wirklichkeit die Hamas unterstützten. "Nichts kann eine völkermörderische Bewegung ändern, die sich der Erreichung von Hitlers Endlösung verschrieben hat", sagte er. Er fuhr fort und kritisierte den Sicherheitsrat, weil er es versäumt habe, das "absolut Böse" zu verurteilen, das von der Hamas am 7. Oktober begangen wurde. Die UN-Gremien würden benutzt und gegen Israel gerichtet, schloss er.

• Der russische Botschafter Wassili Nebeniza wies darauf hin, dass das Abkommen, das eine humanitäre Pause und die Freilassung von Geiseln im Austausch für die Auslieferung palästinensischer Gefangener erlaubte, das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen regionalen Akteuren sei und nichts mit der Entscheidung des Sicherheitsrats zu tun habe. Er fügte hinzu, dass das Abkommen zwar einen Hoffnungsschimmer biete, aber weder nachhaltig noch umfassend sei. Es hat zum Beispiel den Palästinensern nicht erlaubt, in den Norden der Enklave zurückzukehren, und deckt Syrien oder den Libanon nicht ab. Daher bleibe die Hauptfrage bestehen, was morgen mit Gaza und den anderen besetzten palästinensischen Gebieten geschehen werde.

• Der Generalsekretär der Liga der arabischen Staaten, Aboul Gheit, sagte, wenn die "letzte koloniale militärische Besatzung auf der Erde" nicht beendet werde, werde es "einen sechsten, siebten und achten Krieg bis zum Ende der Zeit" geben. Er sprach auch über die Stimmen der Menschen auf der ganzen Welt sowie über die Wut und Enttäuschung, insbesondere der

arabischen und muslimischen Völker, über diejenigen, die über Werte und Moral sprechen und die "ihre Position umkehren, wenn sich die Umstände ändern". Seiner Ansicht nach ist die Wiederherstellung des Vertrauens in das internationale Recht notwendiger denn je, um die Folgen dieser Wut, die sich im Extremismus ausdrückt, in Zukunft zu vermeiden. Abschließend forderte er die internationale Gemeinschaft auf, das Massaker an der Zivilbevölkerung weder einseitig noch selektiv zu verurteilen, und vertrat die Auffassung, dass der Rat in dieser Hinsicht eine grundlegende Rolle zu spielen habe.

☞ Die arabischen Staaten, die die Gründung Israels 1947 ablehnten, stützten sich auf die Massaker, die von den revisionistischen Zionisten als Reaktion auf die von Großmufti Mohammed Amin al-Husseini organisierten Massaker verübt wurden. Sie führten einen kurzen Krieg gegen Israel. Der Außenminister der israelischen Provisorischen Regierung sandte daraufhin einen [Brief](#) an die Vereinten Nationen, in dem er ihnen seine friedlichen Absichten versicherte und "ohne jeden Vorbehalt die Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen anerkennt und sich verpflichtet, sie von dem Tag an einzuhalten, an dem er Mitglied der Vereinten Nationen wird". Daraufhin stimmte die Generalversammlung der Vereinten Nationen für den Beitritt Israels ([Resolution 273 \(III\)](#)). Die Massaker an den Palästinensern gingen jedoch unvermindert weiter.

AMERIKA

Nach Angaben des Wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses soll der Iran den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen nicht verletzt haben

In einem Bericht mit dem Titel "*Iran's Nuclear Program: Teheran's Compliance with International Obligations*" zieht der Wissenschaftliche Dienst des Kongresses Bilanz über den Streit und kommt nicht zu dem Schluss, dass der Iran den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen verletzt hat.

Repräsentantenhaus vermischt Infragestellung des Existenzrechts Israels mit Antisemitismus

Das Repräsentantenhaus verabschiedete die Resolution 888, in der es:

- 1) das Existenzrecht des israelischen Staates bekräftigt;
- 2) anerkennt, dass die Verweigerung des Existenzrechts eine Form von Antisemitismus ist;
- 3) Aufrufe zur Zerstörung und Eliminierung des jüdischen Staates allein ablehnt; und
- 4) den Terroranschlag der Hamas auf israelisches Territorium verurteilt.

Ein Abgeordneter, der Republikaner Thomas Massie (Kentucky), stimmte dagegen, weil die Resolution das Existenzrecht Israels mit Antisemitismus vermischt.

Thomas Massie ist ein Libertärer, ehemaliges Mitglied der Tea Party.

US-Amerikaner missbilligen das Management von Präsident Biden

Laut einer Gallup-Umfrage:

- 67 % der erwachsenen US-Amerikaner missbilligen Präsident Bidens Umgang mit der US-Wirtschaft.
- 66 % missbilligen seinen Umgang mit auswärtigen Angelegenheiten.
- 64 % missbilligen die Art und Weise, wie er mit dem Krieg zwischen Israel und der Hamas umgeht.
- 59 % missbilligen im Allgemeinen die Art und Weise, wie er mit dem Amt des Präsidenten umgeht.
- 58 % missbilligen die Art und Weise, wie er mit der Situation in der Ukraine umgeht.
- 57 % missbilligen die Art und Weise, wie er mit der amerikanischen Gesundheitspolitik umgeht.

US-Wähler unzufrieden mit den beiden großen Parteien

Laut dem *Siena College Research Institute* repräsentiert die Kandidatur von Robert Kennedy Jr. für das Amt des Präsidenten der

Vereinigten Staaten "das Gefühl, dass keine Partei mich wirklich repräsentiert, dass die Regierung neu erfunden werden muss, dass wir einen neuen und anderen Ansatz brauchen". Laut einer Umfrage der *New York Times* hält etwa ein Viertel der registrierten Wähler ihn für ihre bevorzugte Wahl.

Starlink wird nicht in Gaza eingesetzt

Am Ende beugte sich Elon Musk dem Drängen Israels. Er wird Starlink über Gaza nicht ohne dessen Erlaubnis aktivieren. Er hatte es zu Beginn des Krieges in der Ukraine eingesetzt.

Pentagon ändert seinen Einsatz im Nahen Osten

Die Marinegruppe der *USS Eisenhower*, die vor Israel stationiert war, fuhr über das Rote Meer in den Persischen Golf und positionierte sich vor dem Iran. Einer ihrer Zerstörer blieb im Arabischen Meer, um den israelischen Tanker *Central Park* zu retten.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Ecuador kehrt zum "Krieg gegen die Drogen" zurück

Zwei Tage nach seinem Amtsantritt hat der neue Präsident Ecuadors, Daniel Noboa, die Strafen für Drogenbesitz wieder eingeführt, die sein Vorgänger Rafael Correa gelockert hatte.

Alle Erwachsenen durften 10 Gramm Marihuana, 2 Gramm Coke, 0,10 Gramm Opium und 0,04 Gramm Amphetamin besitzen.

Wer hat Alberto Fernández bedroht?

Alberto Fernández, der scheidende Präsident Argentiniens, sagte der Wochenzeitung *Perfil*: "Als ich Präsident war, erschien zwei- oder dreimal auf dem Weg mit meinem Hubschrauber von der *Casa Rosada* [dem Präsidentenpalast] zu seiner [offiziellen Residenz] *Olivos* [der Laserlichtpunkt] eines Zielfernrohrs im Inneren des Hubschraubers (...). Ich glaube nicht, dass man den Hubschrauber abschießen wollte. Ich weiß es nicht. Die Absicht war, dass ich die Nachricht bekomme, dass ein Zielfernrohr auf den Hubschrauber gerichtet ist."

EUROPA

Spannungen zwischen Israel und Spanien

Das spanische Außenministerium bestellte die israelische Botschafterin Rodica Radian-Gordon ein, um ihr seine Missbilligung der Äußerungen des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu zum Ausdruck zu bringen. Letzterer hatte gesagt, sein spanischer Amtskollege habe die Hamas nicht ausreichend verurteilt.

Deutschland bestraft Unterstützung für Hamas

Am 2. November verbot die Regierung von Olaf Scholz alle Aktionen zugunsten der Hamas. Er löste eine mit der Hamas verbundene Vereinigung, *Samidoun*, auf. Er hat gerade zahlreiche Hausdurchsuchungen bei Bürgern durchgeführt, die mit der Hamas sympathisieren. Nach Angaben der Polizei gibt es 450 Mitglieder der Terrororganisation in Deutschland.

Nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist die Gefahr eines islamistischen Anschlags real. Sie ist die höchste, die das Land je gesehen hat.

Frank-Walter Steinmeier besucht Israel

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte bei seinem Besuch in Israel: "Es geht nicht nur

um den jüdischen Staat als Opfer des Terrors. Unsere Solidarität gilt auch dem jüdischen Staat, der sich gegen eine existenzielle Bedrohung wehrt."

Er kündigte auch an, dass der Bundestag einen Zuschuss von 7 Millionen Euro an den Kibbuz Be'eri für die Restaurierung der von der Hamas zerstörten Kunstgalerie bewilligen werde.

Annalena Baerbock für EU- und NATO-Beitritt der Ukraine

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock sagte auf dem Parteitag ihrer Partei, der Grünen: "Es liegt in unserem geopolitischen Interesse, dass die Ukraine der Europäischen Union beitrifft, deshalb werden wir die Ukraine nicht nur weiter unterstützen, sondern auch innerhalb der EU und der NATO stärken (...). Europa ist unsere Lebensversicherung, und das ist es, was geostrategisch wichtig und entscheidend ist. Heute ist klar, dass die Ukraine die EU in naher Zukunft stärken wird."

Robert Fico fordert Waffenruhe in der Ukraine

Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico hat zu einem Waffenstillstand sowohl in der Ukraine als auch im Gazastreifen aufgerufen. Nur so könne eine halbe Million weitere Tote verhindert werden.

László Kövér kritisiert Deutschland, EU und die UNO

László Kövér, Sprecher des ungarischen Parlaments, sagte,
- dass die deutsche Regierung die Wirtschaft seines Landes schneller als Hitler zerstöre;
- dass die EU die "Souveränität" ihrer Mitgliedstaaten abschaffen werde;
- und dass die Vereinten Nationen eine bloße "Briefkastenfirma" ohne Gewicht seien und nur zu Propagandazwecken benutzt würden.

Die Visegrád-Gruppe gegen illegale Einwanderung

Die Minister der Visegrád-Gruppe (Tschechische Republik, Ungarn, Polen und Slowakei) trafen sich mit ihren Amtskollegen aus Österreich und Deutschland zu einem Gipfeltreffen in der südungarischen Stadt Szeged, 8 km von der serbischen Grenze entfernt. Sie kamen überein, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die Europäische Union vor illegaler Einwanderung zu schützen und gegen Schleuserbanden vorzugehen, die an ihren Grenzen operieren.

Moldawien schließt sich den antirussischen "Sanktionen" der EU an

Das moldauische Parlament hat für europäische "Sanktionen" [in Wirklichkeit, laut Völkerrecht, „einseitige Zwangsmaßnahmen“] gegen Russland gestimmt.

Präsidentin Maia Sandu, obwohl heute in sehr kleiner Minderheit, versucht, die historischen Beziehungen zwischen ihrem Land und Russland zu zerbrechen.

Davyd Arakhamia bestätigt, dass die Ukraine im März 2022 einen Frieden hätte unterzeichnen können

Laut Davyd Arakhamia, einem ukrainischen Parlamentsabgeordneten und ehemaligen Unterhändler in Istanbul im März 2022, hätte die Ukraine Frieden schließen können, wobei Russland dann nur seine Neutralität gefordert hätte. Kiew weigerte sich jedoch, weil es hoffte, der NATO beizutreten. Zudem reiste der britische Premierminister Boris Johnson in die Ukraine, um Präsident Wolodymyr Selenskyj zur Ablehnung des Abkommens zu drängen. Ein Gemetzel hätte vermieden werden können.

Die ukrainische Armee hat nicht mehr genug Soldaten

Die Zahl der im Kampf getöteten und verwundeten Ukrainer ist ein Staatsgeheimnis.

Die Fälle, in denen Wehrpflichtige erschossen werden, weil sie sich weigern, in den Kampf zu ziehen, häufen sich.

Etwa eine halbe Million Männer, die wahrscheinlich in die Armeen eingezogen werden, sind in den letzten Monaten aus der Ukraine geflohen.

General Waleri Saluschnyj, Kommandeur der ukrainischen Streitkräfte, fordert eine neue Welle der Wehrpflicht.

Mariana Besuglaya und Aleksey Danilov kommen Wolodymyr Selenskyj zu Hilfe

Mariana Besuglaya, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Sicherheit, Verteidigung und Geheimdienst der Werchowna Rada, sagte, dass General Waleri Saluschnyj, Kommandeur der ukrainischen Streitkräfte, keine Pläne für das kommende Jahr habe. Unter diesen Umständen stellte sie den Plan, die Wehrpflicht auszuweiten, in Frage und forderte seine Entlassung. Mariana Besuglaya ist eine enge Freundin von Präsident Wolodymyr Selenskyj.

Aleksey Danilov, Sekretär des ukrainischen Sicherheitsrates, sagte der *Times*, dass Wladimir Putin seine Einflussagenten in der Ukraine mobilisiere, um friedliche Proteste zu provozieren.

Kyrylo Budanows Frau vergiftet

Marianna Budanova, die Ehefrau von General Kyrylo Budanow, Direktor des ukrainischen Militärgeheimdienstes, wurde vergiftet und ins Krankenhaus eingeliefert.

Luftverteidigung Russlands und seiner Verbündeten

In den letzten zwanzig Jahren hat Russland bilaterale Luftverteidigungsabkommen mit Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan umgesetzt. Es könnte sie im Rahmen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) formalisieren, die Armenien jedoch zugunsten der

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) verlassen möchte.

AFRIKA

Treffen von Hamas und Fatah-Dissidenten

In Kairo fand ein Treffen zwischen Hamas-Führern, darunter Ismail Haniyeh, und Fatah-Dissidenten statt, darunter Nasser al-Qudwa und Samir al-Mash'harawi, Mohamed Dahlans Stellvertreter.

☞ Die Hamas ist auf der Suche nach Partnern bei der Fatah, um die zukünftige Regierung des Gazastreifens zu etablieren.

Kontroverse in Ägypten: Hamas, Widerstandsbewegung oder Terrororganisation?

Auf dem ägyptischen Medienforum in Kairo lieferten sich der ägyptische Botschafter in Großbritannien, Husam Zolot, und der Journalist Ibrahim Eissa einen scharfen Schlagabtausch. Letzterer sagte: "Ich glaube nicht, dass die Hamas eine Widerstandsbewegung ist. Unterwirft mich das einer Verurteilung?" »

Libyens Treffen der "Big Five" zur Aufhebung der Blockade des Wahlprozesses

Abdoulaye Bathily, der Sondergesandte des UN-Generalsekretärs, hat ein Treffen einberufen, um die Hindernisse für den Wahlprozess zu beseitigen. Er lud die "Big Five" des Landes ein. Das heißt,

- Aguila Saleh, Parlamentspräsident;
- Mohamed Takala, Präsident des Obersten Staatsrates;
- Mohamed al-Menfi, Vorsitzender des Präsidialrates;
- Abdul Hamid Dbeibeh, Premierminister der Regierung der nationalen Einheit;
- Feldmarschall Khalifa Haftar, Kommandeur der östlichen Streitkräfte.

Rücktritte innerhalb des mauretanischen Ablegers der Muslimbruderschaft

Zwei prominente Persönlichkeiten der Nationalen Sammlungsbewegung für Reform und Entwicklung (Tewassoul), dem mauretanischen Ableger der Muslimbruderschaft, sind plötzlich zurückgetreten. Es handelt sich um den Finanzvorstand des Exekutivkomitees und ehemaligen Parlamentsabgeordneten Mohammad al-Mokhtar Ould al-Taleb al-Nafe' und den Leiter der Rechtsabteilung, Dr. Sidi Ab-Ali. Berichten zufolge bereiten sich beide Männer darauf vor, der Partei des Präsidenten beizutreten.

Putschversuch in Sierra Leone

Das Informationsministerium von Sierra Leone teilte mit: "In den frühen Morgenstunden des Sonntags [26. November] ... versuchten Unbekannte in die Waffenkammer der Wilberforce-Kaserne einzudringen. Sie wurden alle zurückgewiesen."

Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) verurteilte den Putschversuch.

☞ Bei den Präsidentschaftswahlen im Juni hatte Samura Kamura, ein 72-jähriger Technokrat, die Stimmenauszählung bestritten, bei der der amtierende Präsident Julius Maada Bio, ein 59-jähriger pensionierter Militäroffizier, zum Sieger erklärt wurde.

ASIEN

Netanjahu hat seinen Verteidigungsminister im Juli gefeuert, weil er vor einem Angriff der Hamas gewarnt hatte

Der israelischen Presse zufolge wurde die Krise der israelischen Regierung im Juli durch Ankündigungen der IDF erklärt, dass die Hamas sich darauf vorbereite, von Gaza aus einen "perfekten Sturm" gegen Israel zu starten.

General Amit Sa'ar, Leiter der Forschungsabteilung des militärischen Geheimdienstes der IDF, schrieb am 19. März und am 16. Juli an den Premierminister und warnte ihn vor einem kommenden Angriff der Hamas. Er hatte erklärt, dass Hamas, Hisbollah und der Iran die innenpolitische Debatte über die Reform der Grundgesetze als Zeichen der inneren Schwäche Israels interpretierten.

Verteidigungsminister General Yoav Gallant forderte Netanjahu auf, die Reformen auszusetzen und sich auf die Bedrohung durch die Hamas zu konzentrieren. Der Premierminister entließ ihn umgehend. Angesichts der Reaktionen auf seine Entlassung setzte er ihn schließlich wieder in seine Ministerämter ein.

Dieses Ereignis ist unbestreitbar. Davon zeugt nun die Veröffentlichung der Briefe von Amir Saar. Er weist die offizielle Darstellung zurück, dass die an die Regierung gerichteten Warnungen den Premierminister nicht erreicht hätten und dass der Premierminister ohnehin zu sehr mit dem Westjordanland beschäftigt gewesen sei, um sich um Gaza zu kümmern.

Die Frage eines Angriffs unter falscher Flagge bleibt bestehen.

Illegale Enteignung des armenischen Patriarchats von Jerusalem

Das [armenische Patriarchat von Jerusalem](#) hat davor gewarnt, dass es mit der "größten existenziellen Bedrohung" in seiner Geschichte konfrontiert sei. Ein israelisch-australischer Bauunternehmer, Daniel Rubenstein, versucht, auf dem Land des Patriarchats ein Luxushotel zu bauen. Unterschriften wurden gefälscht, Schläger angeheuert, um das Patriarchat zu verdrängen. Die israelische Polizei fordert, dass die Gemeinschaft das Gelände verlässt.

Wie Israel sich die Zukunft des Gazastreifens vorstellt

Israel präsentierte den Vereinigten Staaten nach der Offensive neue Ideen für die Verwaltung des

Gazastreifens. Sie basieren auf einer palästinensischen Verwaltung, aber durch einen zivilen Rat, der sich aus lokalen Würdenträgern aus den Reihen der Führer der wichtigsten Familien zusammensetzt, die nicht der Hamas angehören, und Geschäftsleuten, die große Unternehmen im Gazastreifen besitzen, unterstützt von Vertretern internationaler Organisationen, die mit der UNO verbunden sind.

Benny Gantz akzeptiert das israelische Budget

General Benny Gantz, Minister ohne Geschäftsbereich in der Notstandsregierung, wird trotz des Konflikts zwischen ihm und dem revisionistischen Zionisten Bezalel Smotrich, Finanzminister, nicht zurücktreten. Smotrich will den Koalitionshaushalt nur um 20 Prozent kürzen.

Voltaire-Netzwerkanalyse

["Die Ungereimtheiten vom 7. Oktober: Was hinter Benjamin Netanjahus Lügen und Hamas' Ausweichmanövern steckt"](#) von Thierry Meyssan

Die offizielle Version des Krieges zwischen der Hamas und Israel wirft mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Der Autor hebt sieben große Widersprüche hervor. Wenn man darüber nachdenkt, sind die Hamas und Benjamin Netanjahu weit davon entfernt, Feinde zu sein, sondern handeln gemeinsam ohne Rücksicht auf das Leben von Palästinensern und Israelis. Dahinter ziehen die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich die Fäden.

Während des Gaza-Krieges setzt sich der erzwungene Exodus in der C-Zone fort

Nach Angaben von *B'Tselem*, dem israelischen Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten, wurden mehr als 1000 Palästinenser gezwungen, ihre Häuser in der Zone C (besetztes palästinensisches Gebiet im Westjordanland) zu verlassen, während die

israelische Armee den Gazastreifen bombardierte.

Israelische Waffenstillstandsverpflichtungen gelten nicht für die US-Luftwaffe

Laut *Declassified UK* nutzen die USA Berichten zufolge den britischen Stützpunkt Akrotiri auf Zypern, nicht nur, um Waffen nach Israel zu bringen, sondern auch, um Drohnen und andere Spionageflugzeuge in großer Höhe über Gaza fliegen zu lassen. Selbstverständlich würden sie ihre Beobachtungen an den jüdischen Staat weitergeben.

Organhandel in Gaza

Nach Angaben des *Euro-Med Human Rights Monitor* stellten palästinensische Gesundheitshelfer fest, dass Organe aus den Körpern toter Palästinenser im Gazastreifen entnommen worden waren. Berichten zufolge werden die Leichen seit dem 7. Oktober in zwei israelischen Leichenhallen aufbewahrt, von denen eine 145 und die andere, der "Friedhof der Zahlen" (an der jordanischen Grenze, für die Öffentlichkeit geschlossen) 255 beherbergt.

☞ Seit einigen Jahren kursieren Berichte über den durch Israelis gemachten Organhandel.

Im Jahr 2008 behauptete CNN, Israel sei die weltweit größte Drehscheibe für den illegalen Welthandel mit menschlichen Organen.

In ihrem hebräischsprachigen Buch *On Their Corpses, Power, Knowledge and the Institute of Forensic Medicine in Israel* (2014) behauptete die israelische Anthropologin Meira Weiss, dass Organe von Palästinensern, die zwischen 1996 und 2002 starben, entnommen und für die medizinische Forschung an israelischen Universitäten verwendet und/oder israelischen Patienten transplantiert wurden.

Im Jahr 2014 enthielt eine israelische Fernsehuntersuchung Zeugenaussagen von hochrangigen Beamten, dass die Haut von den Körpern toter Palästinenser und afrikanischer

Arbeiter entnommen wurde, um Soldaten mit schweren Verbrennungen zu behandeln.

Im Jahr 2021 verabschiedete die Knesset ein Gesetz, das es dem Militär erlaubt, Organe zu entnehmen.

Mahmoud Abbas fordert Mitgliedschaft Palästinas in den Vereinten Nationen

Anlässlich des Internationalen Tages der Solidarität mit Palästina verlas der Ständige Vertreter Palästinas, Riyad H. Mansour, einen Brief von Präsident Mahmoud Abbas an die Generalversammlung der Vereinten Nationen. Er fordert die Versammlung auf, den Sicherheitsrat aufzufordern, eine Resolution über den Beitritt Palästinas zu verabschieden.

"Die Welt seit 2001 (Video von Thierry Meyssan)"

"[Service Public Libre](#)" hat Thierry Meyssan eingeladen. Es bat ihn, die Geschichte des Landes und die Entwicklung der internationalen Beziehungen in den letzten zwanzig Jahren nachzuzeichnen.

Mohammad Dahlan, wieder zurück

Mohammad Dahlan kehrte während des Krieges gegen die Gaza-Bewohner auf die Bildschirme zurück. Der ehemalige Staatsminister für Sicherheit der Abbas-Regierung, der im Exil in den Vereinigten Arabischen Emiraten lebt, steht heute an der Spitze des demokratischen Reformblocks. Er könnte eine von Israel akzeptierte Lösung für die Regierung des Gazastreifens bieten.

Sein Stellvertreter Samir al-Mash'harawi gab Al-Jazeera ein Interview aus Doha. Er hatte sich bereits mit hochrangigen Hamas-Vertretern in Kairo getroffen.

☞ Die Fatah veröffentlichte eine alte Korrespondenz von Mohammad Dahlan, die darauf hindeutete, dass er Yasir Arafat im Namen Israels vergiften würde.

Katar zeigt seine Trumpf-Karten

Eine katarische Delegation stattete Israel einen offiziellen Besuch ab, um über die Folgen des Waffenstillstands zu verhandeln. Es war das erste Mal, dass katarische Beamte Israel besuchten.

Sie konnten auch nach Gaza reisen. Katars Staatsminister für internationale Zusammenarbeit, Lolwah Al-Khater, ist der erste ausländische Regierungsvertreter, der den belagerten Gazastreifen besucht. Er konnte Wael al-Dahdouh treffen, den Leiter des Gaza-Büros von Al Jazeera, der seine Frau, seinen Sohn und seinen Enkel bei einem israelischen Luftangriff verloren hatte.

Zum Erstaunen des israelischen Kriegskabinetts schien es, als könne Katar im Namen der Hamas Verpflichtungen eingehen, ohne sie zu konsultieren.

☞ Im Gegensatz zu dem, was bisher behauptet wurde, gibt sich Katar nicht damit zufrieden, die politischen Führer der Hamas zu beherbergen, die loyal zur Muslimbruderschaft stehen. Er hat Macht über sie.

Katar beherbergt die größte US-Militärbasis im Nahen Osten. Seit 1995 führt Katar Gespräche mit Israel. 1996 gründete es mit den Brüdern David und Jean Frydman den Fernsehsender [Al-Jazeera](#). Damals ging es darum, Debatten zwischen Israelis und Arabern anzuregen.

Im Jahr 2005 wurde der Sender jedoch vom JTrack-Kabinett von Mahmoud Jibril (zukünftiger NATO-Beamter, der für den Sturz von Muammar al-Gaddafi verantwortlich war) in ein Propagandainstrument der Muslimbruderschaft umgewandelt. Bruder Wadah Khanfar wurde Direktor des Senders. Er wurde 2011 von Premierminister Scheich Hamad bin Jassem bin Jaber Al Thani abgelöst. Al-Jazeera dient nun als Sprachrohr des Emirats. Imam Youssef al-Qaradâwî, ein Star der Muslimbruderschaft, wird offizieller Prediger des Senders. Dieser wird während des "Arabischen Frühlings" eine zentrale Rolle

spielen; eine politische Operation des *Foreign office*, um die Muslimbruderschaft in der arabischen Welt an die Macht zu bringen. Ab 2014 zahlte Katar auf Ersuchen der Vereinigten Staaten und Israels mehr als eine Milliarde Dollar an die Hamas, den palästinensischen Zweig der Muslimbruderschaft.

Israel wird so schnell wie möglich "mit Katar abrechnen"

Joshua Zarka, stellvertretender Generaldirektor für strategische Angelegenheiten im israelischen Außenministerium, sagte, Israel werde "mit Katar abrechnen", sobald es seine Rolle als Vermittler bei den Gesprächen über die Rückkehr der Geiseln aus dem Gazastreifen abgeschlossen habe.

Warum hat die Hamas pazifistische Juden angegriffen?

Yocheved Lifshitz (85) begegnete Bruder Yahya Sinwar, dem Chef des politischen Flügels der Hamas in Gaza, in dem Tunnel, in dem er festgehalten wurde. Er fragte ihn, wie er das mit israelischen Pazifisten machen können? Sinwar antwortete nicht.

☞ Die Kibbuz Bewohner sind linke Juden, die in Opposition zu Benjamin Netanjahus "revisionistischen Zionisten" stehen. Die meisten Menschen in Nir Oz engagieren sich für den Frieden.

Bilanz der "Al-Aqsa-Sintflut" im Libanon

Seit Beginn der Operation "Al-Aqsa-Sintflut" wurden laut AFP 77 Hisbollah-Mitglieder von den Israelis getötet, 85 laut *L'Orient-Le Jour*.

Abbas Raad, Sohn von Mohamed Raad, dem Vorsitzenden des Parlamentsblocks der Hisbollah, wurde in Beit Yahoun (Bint Jbeil) getötet.

Harvard fordert Dollarisierung des Libanon

In einem Bericht mit dem Titel "[Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Erholung der libanesischen Wirtschaft](#)" fordert die Harvard University auf, die libanesische Wirtschaftskrise durch den Übergang von der Landeswährung zum Dollar zu lösen.

Ayman Safadi an die Union für den Mittelmeerraum

Der jordanische Außenminister Ayman Safadi sagte, er beabsichtige, das Treffen der Union für das Mittelmeer zu nutzen, um die 42 anwesenden Staaten dazu zu bringen, sich zu verpflichten, die humanitäre Pause in Gaza in einen dauerhaften Waffenstillstand umzuwandeln.

Pause auch im Irak

Keine irakische Miliz hat während des Waffenstillstands in Gaza einen Angriff auf die Vereinigten Staaten fortgesetzt. Sie alle haben ihn peinlich genau beachtet.

Die saudische Interpretation der Al-Aqsa-Sintflut

Laut der populären saudischen monarchistischen Tageszeitung *Okaz*, die Mahmoud Zahhar, den okkulten Führer der Hamas in Gaza zitierte, war die Al-Aqsa-Flut-Operation nichts anderes als eine Inszenierung der globalistischen Eliten, um zu beweisen:

- dass niemand im Nahen Osten etwas ohne die Vereinigten Staaten tun kann;
- dass dies für Israelis genauso gilt wie für andere;
- um das Image der Muslimbruderschaft im Nahen Osten wiederherzustellen;
- um den Iran, der Beziehungen zur Muslimbruderschaft aufgenommen hat, zu stärken und damit Saudi-Arabien in Verlegenheit zu bringen;
- um die arabischen Regierungen in den Augen ihrer öffentlichen Meinung abzuwerten;

- um den Regimewechsel in der arabischen Welt vorzubereiten.

☞ Der Artikel suggeriert, dass die Hamas sich bewusst ist, dass sie manipuliert wurde, nicht von den Israelis, sondern von den Vereinigten Staaten. Sie sieht Palästina nicht als einen Staat im Entstehen, sondern nur als eine Übergangslösung, ihr Ziel bleibt ein Kalifat über alle arabische Bevölkerungen. Der Artikel interpretiert die Art und Weise, wie in der westlichen Presse über die Ereignisse berichtet wird, als letztlich günstig für die Bruderschaft, auch wenn sie heute mit einer Bande von Barbaren gleichgesetzt wird.

☞ Es ist auch zu beobachten, dass die Kommunikation der Hamas in der muslimischen Welt einen neuen Stil hat. Ihr militärischer Sprecher, Abu Obeida, spricht vorsichtig und mit passenden Symbolen. Er scheint von britischen *Spindoktoren* trainiert worden zu sein und hat eine beispiellose Resonanz gefunden.

Foltervorwurf gegen Interpol-Präsident Ahmed Nasser al-Raisi

In Österreich wurde gegen Ahmed Nasser al-Raisi, den emiratischen Präsidenten von Interpol, Anzeige wegen "Folter" und "willkürlicher Inhaftierung" erstattet. Er wird in Wien zur Generalversammlung der Internationalen Polizeiorganisation erwartet.

Matthew Hedges, ein Forscher, und Ali Issa Ahmad, ein Sicherheitsbeamter, sagten, sie seien von Ahmed Nasser al-Raisi, dem damaligen Generalinspekteur des Innenministeriums, verhaftet, geschlagen und in Einzelhaft genommen worden.

Ansar Allah eröffnet eine neue Front im Roten Meer

Ansar Allah (vom Westen abwertend "Huthis" genannt) nahm die *Galaxy Leader* gefangen, während somalische Piraten versuchten, den Öltanker *Central Park* zu kapern.

Beide sind israelischer Besitz.

Der Zerstörer *USS Mason*, der zur Marinegruppe der *USS Eisenhower* gehört, kam dem *Central Park* zu Hilfe, aber Ansar Allah feuerte zwei ballistische Raketen ab, um den Piraten zu helfen. Die Eröffnung einer neuen Front im Arabischen Meer, wo keine US-Streitkräfte stationiert waren, stellt ein strategisches Problem für die Vereinigten Staaten dar.

In einer Erklärung der G7: "Wir betonen die Bedeutung der maritimen Sicherheit und rufen alle Parteien auf, die rechtmäßige Ausübung der Navigationsrechte und -freiheiten durch alle Schiffe nicht zu bedrohen oder zu beeinträchtigen. Insbesondere fordern wir die Huthis auf, die Angriffe auf Zivilisten und die Bedrohung internationaler Schifffahrtswege und Handelsschiffe sofort einzustellen und die *M/V Galaxy Leader* und ihre Besatzung freizustellen, die am 19. November illegal in internationalen Gewässern beschlagnahmt wurden."

Recep Tayyip Erdoğan fordert unterschiedslose Reaktion auf den Tod von Juden, Muslimen und Christen

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan sagte anlässlich des virtuellen G20-Gipfels: "Die Wirksamkeit des multilateralen Systems wird jeden Tag zunehmend in Frage gestellt. Während der Krieg in der Ukraine andauert, sind wir mit einer anderen Krise aufgewacht, der vom 7. Oktober. Die Tragödie, die sich in den besetzten palästinensischen Gebieten, insbesondere in Gaza, abspielt, hat nun die Grenzen der menschlichen Toleranz überschritten. Am 20. November, also vor 2 Tagen, war Weltkindertag. Leider leben fast 7000 unschuldige palästinensische Kinder an diesem Tag nicht, weil die israelische Regierung diesen Kindern das grundlegendste Recht genommen hat, ihr Recht auf Leben. Sie verurteilte sie zum Tode, indem sie ihnen Wasser, Strom, Nahrung und Treibstoff abstellte. Sie zwang die Palästinenser zur Auswanderung aus ihrer Heimat; Sie bombardierte rücksichtslos Krankenhäuser, Schulen, Lager, Gotteshäuser und Kirchen, in

denen sie Zuflucht suchten, in der letzten Hoffnung, dem Tod zu entkommen. Sie hat sogar mit dem Einsatz von Atombomben gedroht, deren Existenz sie stets bestritten hat. Wie jeder gewissenhafte Mensch bezeugen kann, kann keines dieser Ereignisse mit dem Recht auf Selbstverteidigung erklärt werden. Hier werden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit offen begangen. Diejenigen, die diese Verbrechen begehen, müssen nach dem Völkerrecht und dem Gewissen der Menschlichkeit zur Rechenschaft gezogen werden. Wir rechtfertigen in keiner Weise die Handlungen gegen Zivilisten und halten sie nicht für legitim... Ich appelliere an alle Staats- und Regierungschefs hier, auf den Tod von Zivilisten in gleicher Weise zu reagieren, ohne Diskriminierung zwischen ihnen, als jüdische, muslimische und christliche Israeli-Palästinenser. »

Iran lässt neuen Zerstörer vom Stapel

General Mohammad Hossein Bagheri, Generalstabschef der iranischen Streitkräfte, weihte einen 1400-Tonnen-Zerstörer, die *Deilaman*, ein. Dieses Schiff ist fähig, Torpedos abzufeuern, während es mit 30 Knoten fährt. Es kann 100 Ziele gleichzeitig erkennen, darunter Schiffe, Drohnen, Hubschrauber, U-Boote und Flugzeuge.

Laut General Bagheri wird es "den Frieden und die Sicherheit der Handelsflotten gewährleisten, Terroristen bekämpfen und auf wahrscheinliche Vorfälle in der Zukunft reagieren".

Der Iran spielte eine Rolle bei der Freilassung mancher Geiseln

Die thailändischen Geiseln in Katar wurden freigelassen, nicht nur mit Hilfe Katars, sondern auch des Iran. Die thailändische Regierung gratulierte der Islamischen Republik und entsandte eine hochrangige Delegation nach Teheran.

Dhaka und die Muslimbruderschaft

Mehr als 10 000 Mitglieder der Bangladesh Nationalist Party (BNP) wurden am Vorabend der Wahlen verhaftet. Die BNP ist die Mainstream-Version von Bangladesh Jamaat-e-Islami, dem bengalischen Ableger der Muslimbruderschaft.

Russischen Diplomaten zufolge bereiten die USA eine Farbrevolution in Bangladesch vor.

Burmesische Guerillas erobern Grenzposten

Die Armee der Nationalen Demokratischen Allianz Burmas (MNDAA) hat die Kontrolle über den Grenzposten Kyin San Kyawt übernommen. Der Handel mit China läuft über diesen Weg. Der birmanischen Regierung wird somit jegliche Versorgung mit Werkzeugmaschinen vorenthalten. Peking hat seine Bürger aufgefordert, das Gebiet zu meiden und sich von den Kämpfen fernzuhalten.

Rekordbeteiligung bei Wahlen in Nordkorea

Bei den Kommunalwahlen in Nordkorea lag die Wahlbeteiligung bei 99,63 Prozent. Zum ersten Mal gab es mehrere Kandidaten für jede Position.

Erratum

Wir haben irrtümlicherweise von der Kommunistischen Partei Nordkoreas gesprochen. Es ist natürlich die Arbeiter Partei. In Nordkorea gibt es keine Kommunistische Partei.

Die ersten Fotos von Nordkoreas Spionagesatellit

Die nordkoreanische Presse berichtete, dass der neue Spionagesatellit des Landes, Malligyong-1, dem Obersten Führer Kim Jong Un "detaillierte Satellitenfotos des Marinestützpunkts Norfolk, der Marinewerft Newport News und eines Flugplatzes in Virginia, USA, übermitteln

konnte, die am 27. November um 23:35 Uhr (Ortszeit Pjöngjang) aufgenommen wurden. Auch jene vom Weißen Haus und dem Pentagon in Washington und anderen Objekten am 27. November um 23:36 Uhr (Ortszeit Pjöngjang). Vier nuklear angetriebene Flugzeugträger der U.S. Navy und ein britischer Flugzeugträger wurden auf Fotos der Norfolk Naval Base und der Werft von Newport News gesichtet.

Rücktritt des Chefs des südkoreanischen Geheimdienstes

Der südkoreanische Präsident Yoon Suk Yeol hat den Rücktritt von Kim Kyou-hyun, dem Direktor des Nationalen Geheimdienstes (NIS), und seinen Top-Beratern Kwon Chun-taek und Kim Soo-youn angenommen.

Rivalitäten zwischen den Geheimdienstchefs inmitten einer Krise mit Nordkorea machten seinen Job unmöglich.

Anti-China-Kampagne im Kontext von Pekings Haltung zum israelisch-palästinensischen Konflikt

Laut Human Rights Watch geht China nicht nur in Xinjiang, sondern im ganzen Land hart gegen den Islam vor. Berichten zufolge wurden viele Moscheen geschlossen, während in anderen Moscheen architektonische Merkmale wie Kuppeln und Minarette zerstört wurden.

☞ Die USA behaupten seit mehreren Jahren, dass China hart gegen den Islam vorgehe und sogar eine Million Uiguren inhaftiert habe. Abgesehen davon, dass es keine Infrastruktur gibt, um eine so große Zahl von Menschen festzuhalten, bescheinigen Xinjiang-Reisende, dass der Islam ungehindert gedeiht und die Uiguren sogar religiöse Privilegien genießen. Diese neue Anti-China-Kampagne beginnt im Kontext von Pekings Haltung zugunsten der Anerkennung eines palästinensischen Staates.

Die Frage nach den "Trostfrauen" taucht wieder auf

Japans Außenministerin Yoko Kamikawa nannte die Entscheidung des südkoreanischen Gerichts zugunsten einer Gruppe ehemaliger "Trostrfrauen", die von Tokio eine Entschädigung forderten, "äußerst bedauerlich". Er forderte Seoul auf, das Thema in bilateralen Gesprächen mit Südkoreas Spitzendiplomaten anzusprechen. Japan betrachtet alle Fragen, die sich aus der Kolonisierung der koreanischen Halbinsel ergeben, als "vollständig und endgültig" geregelt im Rahmen eines bilateralen Abkommens von 1965. Darüber hinaus ist er der Meinung, dass ein wegweisendes Abkommen im Jahr 2015 das Problem der Trostrfrauen gelöst habe. Yoko Kamikawa forderte Seoul daher auf, "unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen".

Aber Südkorea interpretiert diese Texte überhaupt nicht auf diese Weise.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

UN-Generalversammlung fordert Israel zur Evakuierung des syrischen Golan auf

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete gemäß der Resolution 497 (1981) des Sicherheitsrats eine Resolution (A/78/L.10), in der der Rückzug Israels aus dem besetzten syrischen Golan gefordert wird. Der Text "erklärt auch, dass der Beschluss vom 14. Dezember 1981, mit dem Israel seine Gesetze, seine Gerichtsbarkeit und seine Verwaltung dem besetzten syrischen Golan aufgezwungen hat, null und nichtig und ohne jeglichen Wert, wie vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 497 (1981) bestätigt, und fordert Israel auf, ihn umzusetzen".

UN-Generalversammlung fordert Mitgliedstaaten zur Einhaltung des Olympischen Waffenstillstands auf

Auf Initiative Frankreichs verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution (A/78/L.9) mit dem Titel "Aufbau einer friedlichen und besseren Welt durch Sport und das olympische Ideal". Sie

fordert die Mitgliedstaaten auf, den Olympischen Waffenstillstand einzuhalten.

☞ Das Internationale Olympische Komitee hat russische Athleten von der Teilnahme an den Spielen 2024 in Paris ausgeschlossen.

Sicherheitsrat verurteilt nicht Nordkoreas Start eines Spionagesatelliten

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hielt eine Dringlichkeitssitzung ab, um auf den Start des nordkoreanischen Spionagesatelliten Malligyong-1 zu reagieren. Zu diesem Zweck setzte Pjöngjang eine ballistische Rakete ein und verstieß damit gegen die Resolution 1718 vom 12. Juni 2009.

Der ständige Vertreter Nordkoreas, Kim Song, wies darauf hin, dass der Start des Satelliten für die Sicherheit seines Landes von entscheidender Bedeutung sei, nachdem die Vereinigten Staaten, Japan und Südkorea, die sich immer noch im Krieg mit dem Land befinden, sechs gemeinsame Übungen durchgeführt hatten. "Dies ist eine legitime und faire Ausübung des Rechts der DVRK auf Selbstverteidigung." Der Rat sollte seine Zeit nicht damit verschwenden, die Ausübung dieses Rechts durch einen souveränen Staat unter feindlichen Kräften in Frage zu stellen, sagte er, sondern forderte ihn stattdessen auf, das Töten von Zivilisten im Nahen Osten zu beenden.

Der hat keine Resolution angenommen.

Bemerkenswerte Abwesenheiten auf der COP28

König Charles III. des Vereinigten Königreichs wird an der COP 28 in Dubai teilnehmen. Aber weder US-Präsident Joe Biden, noch der russische Präsident Wladimir Putin, noch der chinesische Präsident Xi Jinping oder Papst Franziskus werden dabei sein.

Russland wird nicht mehr am OPCW-Exekutivrat teilnehmen

Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) hat ihren Exekutivrat erneuert. Es besteht aus 41 Staaten, die nach Kontinenten benannt sind. Weder Russland noch seine Verbündeten wurden gewählt.

☞ In den letzten Jahren wurde die Unparteilichkeit der OPCW in Frage gestellt. Nachdem sie den Abbau der syrischen Chemiewaffen überwacht hatte, kamen ihre Missionen zu dem Schluss, dass die Arabische Republik Syrien diese gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt hatte. Zahlreiche Zeugenaussagen und Expertenberichte, die von Russland vorgelegt wurden, haben jedoch gezeigt, dass dies falsch war. Der Stabschef des Generaldirektors der Vereinten Nationen, der Franzose [Sébastien Braha](#), wurde beschuldigt, einen Bericht gefälscht zu haben.

Krišjānis Kariņš, Kandidat für das NATO-Generalsekretariat

Der lettische Außenminister und ehemalige Ministerpräsident Krišjānis Kariņš hat seine Kandidatur für das NATO-Generalsekretariat eingereicht. Er besitzt die doppelte Staatsbürgerschaft der Vereinigten Staaten und Lettlands.

Alexander Sollfrank schlägt ein Verteidigungs-Schengen vor

Der deutsche General Alexander Sollfrank, Chef des NATO-Logistikkommandos, das JSEC, sagte der Nachrichtenagentur [Reuters](#): "Uns läuft die Zeit davon. Was wir in Friedenszeiten nicht tun, wird in einer Krise oder einem Krieg nicht getan." Er schlug die Schaffung eines Schengen-Verteidigungsraums vor, der den Transport von Waffen durch Europa ohne Grenzkontrollen ermöglichen würde.

Riad wird Gastgeber der Weltausstellung Expo 2030 sein

Riad (Saudi-Arabien) wurde als Gastgeber für die Weltausstellung 2030 ausgewählt. Es siegte vor Rom (Italien) und Busan (Südkorea). Das saudische Projekt umfasst ein großes öffentliches Verkehrsnetz und eine futuristische runde Fläche mit öffentlichen Parks, elektronischen Spielanlagen, großen Bühnen und Sportstätten. Das Projekt konzentriert sich auf die "Beschleunigung von Innovationen" zum Erhalt natürlicher Ökosysteme.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltage.net

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°65 - 8. Dezember 2023

LEITARTIKEL

Israel wünscht "Pufferzonen" in Gaza und im Libanon einrichten

Israel will eine Pufferzone im Gazastreifen einrichten. Sie ist Teil eines größeren Plans, der (1) die Zerstörung der Hamas, (2) die Entmilitarisierung des Gazastreifens und (3) seine Deradikalisierung umfasst.

☞ John Kirby, Sprecher des US-Sicherheitsrates, sagte: "Wir haben viele Male gesagt, dass wir eine Reduzierung der geografischen Grenzen des Gazastreifens nicht unterstützen. Endpunkt. Wir haben auch gesagt, dass Israel das Recht hat, sich selbst zu schützen, natürlich will niemand, dass der 7. Oktober noch einmal passiert. Wir haben durch die von Außenminister Blinken in Tokio dargelegten Prinzipien sehr deutlich gemacht, dass Gaza nicht länger von der Hamas regiert und kontrolliert werden sollte. Und, wie ich schon sagte, das Territorium von Gaza muss in jedem zukünftigen Szenario palästinensisches Land bleiben und darf nicht verkleinert werden. Aber im Moment sind wir nicht in der Lage, über die Zusammensetzung künftiger Barrieren oder Sicherheitsstrukturen zu spekulieren."

Israel legte Ägypten, Jordanien und den Vereinigten Arabischen Emiraten seinen Plan vor.

Zum Vergleich: Israel hat während des libanesischen Bürgerkriegs eine Pufferzone mit dem Libanon eingerichtet, die sich 15 Kilometer in libanesisches Territorium erstreckte. Eine zweite Pufferzone war in der Resolution 1701 am Ende des Krieges 2006 vorgesehen, aber nie umgesetzt worden. Nach Angaben arabischer Diplomaten, die an den Verhandlungen mit Israel teilnahmen, könnte es sich bei Gaza nur um einen Streifen von nicht mehr als 2 Kilometern handeln.

Ägypten hat seinerseits eine Pufferzone zwischen dem Gazastreifen und dem Sinai eingerichtet. Er ist aber nur 3 Kilometer tief und liegt auf seinem eigenen Territorium. Es geht nicht darum, die Bewohner des Gazastreifens daran zu hindern, nach Ägypten zu kommen, sondern darum, Daesch daran zu hindern, nach Gaza einzudringen.

Die Türkei ihrerseits erhielt 1998, als die PKK noch eine pro-sowjetische Organisation war, von Syrien das Recht, ihrer Armee zu erlauben, in einen Streifen von 5 Kilometern innerhalb ihres Territoriums einzudringen, um kurdische Angriffe zu unterdrücken, denen sie ausgesetzt war.

Gleichzeitig will Israel eine Pufferzone auf libanesischem Territorium einrichten. Laut Moshe Davidovitz, dem Vorsitzenden des Regionalrats von Mateh Asher, hat Verteidigungsminister Yoav Gallant versprochen, die Hisbollah nördlich des Litani-Flusses zurückzudrängen (...)

(...) ☞ Seit Beginn des Krieges beschießt die IDF den Südlibanon, brennt dort Felder nieder und tötet Journalisten, die die Zerstörung des Gebiets zwischen der Waffenstillstandslinie und dem Litani-Fluss dokumentieren.

Eine Pufferzone wurde in der Resolution 1701 vorgesehen, die am Ende des israelischen Krieges gegen den Libanon im Jahr 2006 verabschiedet wurde. Sie wurde nicht umgesetzt, ebenso wenig wie andere Bestimmungen der EntschlieÙung.

AMERIKA

Keine automatischen US-Visa mehr für israelische Extremisten

Das US-Außenministerium wird in den kommenden Wochen keine Visa mehr an extremistische israelische Siedler ausstellen, die Gewalt gegen palästinensische Zivilisten im Westjordanland ausüben

Die Weltanschauung von General Lloyd Austin

In einer Rede auf dem *Reagan National Defense Forum* sagte Verteidigungsminister General Lloyd Austin, die heutigen Herausforderungen seien vielfältig und umfassten "die großen Konflikte, mit denen unsere Schwesterdemokratien Israel und die Ukraine konfrontiert sind; Einschüchterung und Nötigung durch ein zunehmend selbstbewusstes China; und ein globaler Kampf zwischen Demokratie und Autokratie." "Von den Russen bis zu den Chinesen, von der Hamas bis zu den Iranern, wollen unsere Rivalen und Feinde die Vereinigten Staaten spalten und schwächen – und uns von unseren Verbündeten und Partnern trennen."

"In jeder Generation ziehen manche Amerikaner die Isolierung dem Engagement vor, und sie versuchen, die Zugbrücke zu heben, sie versuchen, den Eckpfeiler der amerikanischen Führung niederzureiÙen ... Sie versuchen, die Sicherheitsarchitektur zu untergraben, die Jahrzehnte des Wohlstands

ohne Krieg der Großmächte hervorgebracht hat, und Sie werden hören, wie einige von ihnen versuchen, den Rückzug der USA aus ihrer Verantwortung als mutige neue Führung zu charakterisieren. (...) Wenn Sie das hören, irren Sie sich nicht: es ist nicht mutig. Das ist nichts Neues. Und das ist keine Führung... Die Welt wird nur gefährlicher, wenn Tyrannen und Terroristen glauben, dass sie mit Massenaggression und Massenmord davonkommen. Amerika wird unsicherer werden, wenn Diktatoren und Fanatiker glauben, sie könnten die Demokratie von der Landkarte tilgen."

Nebenbei versicherte er, er habe "der israelischen Führung klar gemacht, dass der Schutz palästinensischer Zivilisten in Gaza sowohl eine moralische Verantwortung als auch ein strategischer Imperativ ist".

George Santos aus dem Repräsentantenhaus ausgeschlossen

Der Ethikausschuss des Repräsentantenhauses hat einen verheerenden Bericht veröffentlicht, der das illegale Verhalten von George Santos (R-NY) enthüllt.

Er wurde von seinen Kollegen aus dem Repräsentantenhaus ausgeschlossen. Er wurde in 23 Punkten angeklagt (Verschwörung, Betrug, Falschauszeichnungen und Identitätsdiebstahl).

Mike Johnson für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Joe Biden

Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, schlägt vor, formell über ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Joe Biden, abzustimmen, obwohl dies keine unmittelbaren rechtlichen Folgen haben wird. Damit soll darauf hingewiesen werden, dass das WeiÙe Haus die laufenden Ermittlungen behindert, dass es drei Zeugen verboten hat, an ihrer Vorladung teilzunehmen, und dass es Tausende von Dokumenten zurückgehalten hat.

Weißes Haus warnt vor Stopp der Ukraine-Subventionen

Die Haushaltsdirektorin des Weißen Hauses, Shalanda Young, schrieb an den Sprecher des Repräsentantenhauses: "Ich möchte klarstellen: Wenn der Kongress nicht handelt, werden uns bis Ende des Jahres die Ressourcen ausgehen, um mehr Waffen und Ausrüstung an die Ukraine zu liefern und Ausrüstung aus den Beständen des US-Militärs bereitzustellen."

Repräsentantenhaus blockiert Subventionen für Israel und die Ukraine

Die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus lehnte das 110-Milliarden-Dollar-Paket der Biden-Regierung für Israel und die Ukraine ab.

Die demokratische Minderheit weigerte sich unterdessen, diese Abstimmung gegen eine Subvention für die mexikanische Grenzsicherung einzutauschen.

Die OxyContin-Affäre

Ein Bundesgericht hat *Purdue Pharma* für schuldig befunden, die Opioidkrise verursacht zu haben, indem es die Ergebnisse seines Medikaments OxyContin gefälscht und verschiedene Experten bestochen hat. Mit dem Vermögen des bankrotten Konzerns wurde ein Entschädigungsfonds in Höhe von 6 Milliarden Dollar eingerichtet.

Eine der Beschwerderinnen lehnt diese Vereinbarung ab. Sie fordert, dass die Familie Sackler, Gründer und Eigentümer von *Purdue Pharma*, strafrechtlich verfolgt werde. Der Fall wurde an den Obersten Gerichtshof verwiesen.

Nach Angaben des Magazins *Forbes*, im Jahr 2015, standen den Sacklers 14 Milliarden Dollar zur Verfügung.

Hunter Biden vor das Repräsentantenhaus geladen

Das Repräsentantenhaus schickte Hunter Biden am 8. November eine Vorladung hinter verschlossenen Türen. Dieser ließ über seinen Anwalt mitteilen, dass er nur vor öffentlichem Gericht erscheinen werde. Der Ausschuss, der ihn vorgeladen hatte, gab eine Erklärung ab: "Wenn Herr Biden am 13. Dezember 2023 nicht zu seiner Aussage erscheint, wird der Ausschuss ein Verfahren wegen Beleidigung des Kongresses einleiten."

Welcher Krieg stellt eine Gefahr für die Vereinigten Staaten dar?

Laut einer Umfrage *News Nation / Decision Desk*,

- glauben 28 Prozent der erwachsenen US-Amerikaner, dass der Krieg zwischen Israel und der Hamas die größte Bedrohung für die nationale Sicherheit sei. 31 Prozent der Republikaner, 24 Prozent der Unabhängigen und 29 Prozent der Demokraten stimmen dem zu.
- 28 % glauben, dass ein möglicher Krieg zwischen China und Taiwan die größte Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA darstelle. 32 Prozent der Republikaner, 29 Prozent der Unabhängigen und 23 Prozent der Demokraten stimmen dem zu.
- 22 % glauben, dass der Krieg zwischen der Ukraine und Russland die größte Bedrohung darstellt; 17 Prozent der Republikaner, 22 Prozent der Unabhängigen und 27 Prozent der Demokraten stimmen dem zu.
- 7 % von ihnen glauben, dass "etwas anderes" die größte Bedrohung ist; 7 % der Republikaner, 10 % der Unabhängigen und 5 % der Demokraten stimmen dem zu.
- 15 % der Befragten haben insgesamt keine Meinung; 13 Prozent der Republikaner, 16 Prozent der Unabhängigen und 15 Prozent der Demokraten stimmen dem zu.

Samantha Power in Gaza

Samantha Power, Direktorin von USAID, traf am 60. Tag des Krieges in Gaza ein. Sie

kündigte sofort an, dass die USA zusätzliche 26 Millionen Dollar für Gaza bereitstellen würden, zusätzlich zu den 100 Millionen Dollar, die Präsident Joe Biden bereits angekündigt hatte.

☞ [Samantha Power](#) machte sich 2002 einen Namen, als sie das Buch schrieb *A Problem from Hell: America in the age of Genocide* (Ein Problem aus der Hölle: Amerika im Zeitalter des Genozids). Darin beschreibt sie die Arbeit von Raphael Lemkins beim Völkerbund für die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern und Assyryern. Sie schließt mit dem Wunsch, dass die Vereinigten Staaten ihre Arbeit wieder aufnehmen, aber sie erwähnt nicht die zahlreichen Völkermorde, in die Washington verwickelt ist. Professor Edward Herman fasste ihre Arbeit folgendermaßen zusammen: "Für sie sind die Vereinigten Staaten nicht das Problem, sondern die Lösung."

In einem Interview mit der Videoserie der UC Berkeley *Conversations with History Gespräche mit der Geschichte* wurde sie gefragt, was die Vereinigten Staaten tun würden, wenn der israelisch-palästinensische Konflikt eskalieren und einen Völkermord ermöglichen würde. Sie plädierte für die Entsendung einer schweren Streitmacht, um die beiden Seiten zu trennen. Diese Antwort wurde benutzt, um sie zu beschuldigen, sich aus Antisemitismus nicht auf die Seite Israels zu stellen. Dann musste sie die Hilfe amerikanischer jüdischer Persönlichkeiten wie Abraham Foxman von der *Anti-Defamation League* in Anspruch nehmen, um sie aus dieser misslichen Lage herauszuholen und ihr Image wiederherzustellen.

Sie wurde Beraterin von Senator [Barack Obama](#), der damals noch wenig bekannt war. Sie bereitete die Darfur-Etappe der Afrikareise des Senators im Auftrag der CIA vor.

Sie schloss sich seiner Präsidentschaftskampagne an. Wegen ihrer persönlichen Konflikte mit Hillary Clinton verließ sie die Wahlkampagne jedoch bald. Als sie in den Nationalen Sicherheitsrat berufen wurde, riet sie Präsident Obama, nicht an der Konferenz der Vereinten Nationen in Durban teilzunehmen, weil dort die

Wiedereinführung der Resolution 3379 diskutiert werden sollte, in der der Zionismus als Rassismus bezeichnet wurde.

Sie heiratet den linksliberalen Juraprofessor [Cass Sunstein](#); Er ist der Haupttheoretiker des "liberalen Paternalismus", einer Methode der Infantilisierung der Massen. Er entwarf auch einen Plan, um der Arbeit von Thierry Meyssan und der von ihm ins Leben gerufenen Protestbewegung etwas entgegenzusetzen.

Samantha Power spielte eine zentrale Rolle bei der Entfesselung des Krieges gegen Libyen und rechtfertigte ihn mit einem einstudierten Diskurs über den Kampf gegen die Tyrannei, obwohl die Tyrannei von Muammar al-Gaddafi nie nachgewiesen wurde. Heute ist sie Botschafterin bei den Vereinten Nationen und rechtfertigt den Krieg gegen Syrien im Namen des Kampfes gegen die Tyrannei von Präsident Baschar al-Assad, dem damals populärsten Staatsoberhaupt der arabischen Welt.

Erratum

In einigen Ausgaben unseres Bulletins 64 schrieben wir fälschlicherweise, dass der ehemalige Präsident Ecuadors Javier Correa war, es war Rafael Correa (2007-17).

Verhaftung von Manuel Rocha, US-Diplomat und kubanischer Agent

Der pensionierte US-Diplomat Manuel Rocha wurde verhaftet. Er wird beschuldigt, ein kubanischer infiltrierter Agent zu sein. Von 1994 bis 1995 war er Direktor für Interamerikanische Angelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat. Bis 2017 war er US-Offizier an der Schweizer Botschaft in Kuba, da es keine US-Botschaft gab. Danach arbeitete er in Buenos Aires, Rom und schließlich als Botschafter in Lima. Im Ruhestand war er Ratsmitglied des *Fastfood MacDonald* für Südamerika und vor allem Sonderberater von General Laura J. Richardson, Kommandeurin der U.S. Forces South America (SouthCom).

☞ Kuba ist es gelungen, die US-Regierung mit berühmten Agenten, wie Ana Belén Montes, in die *Defense Intelligence Agency* zu infiltrieren.

Referendum über die Zukunft von Essequiba

Die Bolivarische Republik Venezuela hat ein [Referendum über den Status von Essequiba](#) abgehalten, wo Exxon-Mobil 2015 gigantische Kohlenwasserstoffreserven in den Hoheitsgewässern entdeckt hatte.

Es bestand aus fünf Fragen:

- 1) Sind Sie damit einverstanden, mit allen Mitteln und in Übereinstimmung mit dem Gesetz, die durch den Pariser Schiedsspruch von 1899 auferlegte Linie zurückzuweisen, die darauf abzielt, uns unserer Guayana Essequiba zu berauben,?
2. Unterstützen Sie den Standpunkt, dass das Genfer Abkommen von 1966 das einzig gültige Rechtsinstrument ist, um eine praktische und zufriedenstellende Lösung für Venezuela und Guyana in Bezug auf ihren Streit um das Territorium von Guayana Essequiba zu erreichen?
- 3) Stimmen Sie mit der historischen Position Venezuelas überein, die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs für die Beilegung des Territorialstreits um die Guayana Essequiba nicht anzuerkennen?
- (4) Erklären Sie sich damit einverstanden, sich mit allen Mitteln und in Übereinstimmung mit dem Gesetz dem Anspruch Guyanas zu widersetzen, einseitig über ein noch nicht abgegrenztes Meer zu verfügen, und zwar auf rechtswidrige Weise und unter Verstoß gegen das Völkerrecht?
- 5) Sind Sie mit der Schaffung des Staates Guayana Essequiba und der Ausarbeitung eines beschleunigten Plans für die umfassende Betreuung der gegenwärtigen und zukünftigen Bevölkerung dieses Territoriums einverstanden, der die Verleihung der venezolanischen Staatsbürgerschaft und des Personalausweises in Übereinstimmung mit dem Genfer Abkommen und dem Völkerrecht beinhalten würde, wodurch dieser Staat auf die Karte des

venezolanischen Territoriums aufgenommen würde?

Am 1. Dezember 2023 hat der [Internationale Gerichtshof](#) ein Urteil gefällt. Er betont, dass die Behauptungen Guyanas plausibel seien, dass er aber erst später beurteilen werde, ob sie begründet seien oder nicht.

Er weist Venezuela daher an, den Status quo nicht zu ändern, bis er über den Fall entschieden hat.

Der Gerichtshof legt nicht fest, ob Guyana die Möglichkeit hat, die in den Hoheitsgewässern des umstrittenen Gebiets entdeckten Ölreserven auszubeuten oder nicht.

Irfaan Ali, Präsident von Guyana, trat in Kampfuniform im Fernsehen auf. Er erklärte, dass sein Land auf alle Eventualitäten vorbereitet sei und dass es zusammen mit Exxon-Mobil weiterhin die Reserven der Hoheitsgewässer des Essequibo ausbeuten werde.

☞ Der Essequibo ist ein sumpfiges, weitgehend unbewohntes Gebiet. Es wird sowohl von Venezuela als auch von Guyana beansprucht. Im neunzehnten Jahrhundert, zur Zeit von Simon Bolívar, war es ein integraler Bestandteil Venezuelas. Das Britische Empire erkannte die Unabhängigkeit Venezuelas mit dem Essequibo jedoch nicht an. Das Pariser Schiedsgericht bestätigte 1899 den Besitz des Britischen Empires, aber der Anwalt Severo Mallet Prevost schrieb einen Brief, in dem er erklärte, wie London das Schiedsverfahren manipuliert hatte. Ein Brief, der erst nach seinem Tod veröffentlicht wurde. 1966, vor der Unabhängigkeit Britisch-Guayanas, wurde in Genf ein Abkommen zwischen Venezuela und dem Britischen Empire geschlossen. Es legte ein Verfahren zur Beilegung des Streits fest; ein Prozess, der vom unabhängigen Guyana nicht respektiert wurde.

Libanons Hisbollah erneut in Brasilien verwickelt

Lucas Passos Lima, einer der drei Männer, die von der brasilianischen Justiz wegen der Planung antisemitischer Anschläge verhaftet wurden, hat seine Ziele ausgekundschaftet. Auf seinem Mobiltelefon und PC wurden Videos gefunden. Er war bei Mohamad Khir Abdulmajid angestellt, den Israel als Mitglied der libanesischen Hisbollah darstellt.

EUROPA

Papst Franziskus ruft Isaac Herzog zur Ordnung

In einem Telefongespräch mit dem israelischen Präsidenten Isaac Herzog sagte Papst Franziskus laut *Washington Post*: "Es ist verboten, auf Terror mit Terror zu antworten." Als Herr Herzog Israels Recht geltend machte, sich selbst zu verteidigen, antwortete der Papst, dass die Terroristen des Massakers vom 7. Oktober zur Rechenschaft gezogen werden sollten, aber nicht die Zivilisten von Gaza.

16,9 Milliarden Pfund Defizit im Ausrüstungsplan der britischen Streitkräfte

Nach Angaben des [National Audit Office](#) (NAO) weist der Kapitalplan der britischen Streitkräfte für 2033 ein Defizit von 16,9 Milliarden Pfund auf. Viele Ausrüstungsgegenstände wurden in der vorangegangenen Periode nicht gewartet, insbesondere gepanzerte Fahrzeuge.

Frankreich erwägt Sanktionen gegen die Hamas

Frankreich verhängte am 12. November landesweite Sanktionen gegen den Militärkommandeur der Hamas, Mohammed Deif, und seinen Stellvertreter Marwan Issa. Am 5. Dezember verhängte es noch mehrere gegen Yahya Sinwar.

Keine dieser drei Personen verfügt über Vermögen in Frankreich, was diese Entscheidung gegenstandslos macht.

Ermittlung zur Korruption im Europäischen Parlament dauert an

Laut [Politico](#) hat die belgische Polizeiuntersuchung zur Korruption im Europäischen Parlament bereits mehr als 300 verschiedene Maßnahmen zugunsten von Katar, Marokko und Mauretanien ermittelt.

Israelische Siedler im Westjordanland in Belgien verboten

Der belgische Premierminister Alexander De Croo kündigte an, dass er Siedlern aus dem Westjordanland die Einreise in sein Land verweigern werde.

Italien zieht sich von den "Seidenstraßen" zurück

Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat die Vereinbarungen zur Teilnahme an den "Seidenstraßen" beendet. Sie wurden 2019 von ihren Vorgängern der *Fünf-Sterne-Bewegung* unterzeichnet.

Italien war der einzige G7-Staat, der ein Handelsbündnis mit China eingegangen ist.

Sachsen verlangt von Einwanderern, dass sie die Existenz Israels anerkennen, um eingebürgert zu werden

Tamara Zieschang, Innenministerin des Landes Sachsen-Anhalt und Mitglied der Christlich Demokratischen Partei (CDU), ordnete an, dass Bewerber um eine deutsche Einbürgerung schriftlich bestätigen müssten, dass sie "das Existenzrecht Israels anerkennen und jede gegen die Existenz des israelischen Staates gerichtete Bestrebungen verurteilen".

Die baltischen Staaten gegen Polen

Die Botschafter Litauens, Lettlands und Estlands haben in Warschau einen Schritt gegen

die monatelange Blockade der polnisch-ukrainischen Grenze unternommen. Polnische Lkw-Fahrer wollen illegale Importe aus der Ukraine blockieren.

EU-Haushaltskontrollausschuss zeigt mit dem Finger auf die Ukraine und die Kommission

Der Haushaltskontrollausschuss der EU hat seinen Jahresbericht vorgelegt. Er bemerkt:

-dass die Verwendung der der Ukraine zugewiesenen Mittel, insbesondere der Vor-Beitritts-hilfen, nicht ordnungsgemäß überwacht wird;

-dass die 6,3 Mrd. EUR für Ungarn, die aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) ausgesetzt wurden, können von der Kommission als Gegenleistung für die Genehmigung der Hilfe für die Ukraine nur für die wirksame Umsetzung der genannten Korrekturmaßnahmen ausgezahlt werden. Nun plant er doch sie zu überweisen, wenn Budapest die Ukraine-Hilfe genehmigt.

Die USA wollen nicht mehr, dass über eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine gesprochen wird

Laut Oleksij Gontscharenko, einem Parlamentsabgeordneten von Odessa, habe US-Außenminister Antony Blinken die europäischen Staaten angewiesen, nicht mehr über einen möglichen NATO-Beitritt der Ukraine zu sprechen.

Ukrainischer Militärgesheimdienst ermordet Ilja Kywa in Moskau

Andrij Jussow, Sprecher des ukrainischen Militärgesheimdienstes, sagte: "Wir können bestätigen, dass Kywa erledigt ist. Ein solches Schicksal wird auch andere Verräter der Ukraine ereilen, ebenso wie die Handlanger des Putin-Regimes. [Er war] einer der größten Bastarde, Verräter und Kollaborateure ... Sein Tod ist nur "Gerechtigkeit".

Ilja Kywa war ein ukrainischer Parlamentarier, der vor der russischen Spezialoperation aus seinem Land floh und in Moskau Zuflucht suchte. Seine Leiche wurde in einem Park in Odintsovo, dem noblen Vorort der russischen Hauptstadt, entdeckt.

Wladimir Putin in den Emiraten und Saudi-Arabien

Der russische Präsident Wladimir Putin hat eine offizielle Reise in die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien begonnen. Abu Dhabi ist Russlands größter arabischer Handelspartner. Die Emirate und Saudi-Arabien sind gerade den BRICS beigetreten.

AFRIKA

Ägypten lehnt EU-Plan für Gaza ab

Auf dem Treffen der 43 Außenminister der *Union für den Mittelmeerraum* in Barcelona bekräftigte der ägyptische Außenminister Sameh Shoukry, dass sein Land alle Pläne zur Vertreibung der Bevölkerung des Gazastreifens ablehne. Die EU hatte angeboten, die 2 Millionen Gaza-Einwohner vorübergehend in einem riesigen Flüchtlingslager in Ägypten unterzubringen und sie dann auf die ganze Welt zu verteilen.

Migration nach Europa in Frage gestellt

Im Maghreb formiert sich eine Bewegung, die die Migration nach Europa in Frage stellt. Als die Bevölkerungen in Nordafrika die Unterstützung der Europäer des Massakers in Gaza sahen, stellten sie die Aufrichtigkeit der europäischen Kultur in Frage.

Muslimbruderschaft im Zentrum des sudanesischen Bürgerkriegs

Im Sudan kristallisiert sich der Konflikt zwischen General Abdel Fattah al-Burhan und "General" Mohamed Hamdan Dogolo (genannt "Hemeti") um Islamisten herum, die während des Bürgerkriegs aus Gefängnissen geflohen sind. General Abdel Fattah al-Burhan weigert

sich, diese ehemaligen Kollaborateure von Omar al-Bashir zu verhaften. Letzterer war ein Dissident der Muslimbruderschaft.

Niger bricht mit der EU

Das nigrische Außenministerium hat das Abkommen seines Landes mit der Europäischen Union über die seit 2012 aktive europäische Zivilmission "EUCAP Sahel Niger" gekündigt.

Burkina Faso verbietet französische Tageszeitung *Le Monde*

Burkina Fasos Übergangsregierung hat die Verteilung der französischen Tageszeitung *Le Monde* ausgesetzt, nachdem diese über den Terroranschlag in Djibo berichtet hatte.

Jean-Emmanuel Ouedraogo, Sprecher der Regierung, sagte: "In einem intellektuellen Balanceakt versucht die Zeitung, den burkinischen Staat mit den Horden von Terroristen in Verbindung zu bringen, die Djibo am 26. November angegriffen haben, tut aber wenig, um ihre Vorliebe für diese gesetzlosen Männer zu verbergen, die unschuldige Menschen vergewaltigen, plündern und töten, indem sie terroristische Diskurse und Propaganda rechtfertigt (...). Im Gegensatz zu dem, was die Zeitung *Le Monde* nachdrücklich behauptet, hat sich die burkinische Regierung in dem Krieg, den wir gegen den Terrorismus führen, nie in eine propagandistische Logik verstrickt. Ganz im Gegenteil hat sie sich immer zur Pflicht gemacht, der Bevölkerung über die Führung des Kampfes gegen den Terrorismus die Wahrheit zu sagen, und ihre Kommunikation zu den Ereignissen in Djibo ist nicht von dieser Regel der Regierungsethik abgewichen."

ASIEN

Benjamin Netanjahu legt seine Ziele für Gaza dar

Das Büro von Benjamin Netanjahu gab eine Erklärung ab: "Die Terrororganisation Hamas-Daesch hat das Abkommen verletzt; Sie ist ihrer

Verpflichtung nicht nachgekommen, alle heute entführten Frauen freizulassen, und hat Raketen auf israelische Bürger abgefeuert... Mit der Rückkehr zu den Kämpfen betonen wir: Die israelische Regierung ist entschlossen, die Ziele des Krieges zu erreichen:

- (1) unsere Entführten zu befreien,
- (2) die Hamas zu eliminieren und
- (3) um sicherzustellen, dass Gaza nie wieder eine Bedrohung für das israelische Volk darstellt."

☞ Punkt 3 ("sicherstellen, dass Gaza nie wieder eine Bedrohung für das israelische Volk darstellt") ist der politisch korrekte Begriff für die Vertreibung der Bevölkerung von Gaza aus ihrem angestammten Land.

Benjamin Netanjahu verspricht, dass es nie einen palästinensischen Staat geben wird

Premierminister Benjamin Netanjahu sagte: "Nur ich [Netanjahu] kann die Schaffung eines palästinensischen Staates in Gaza, Judäa oder Samaria verhindern.": "Es wird nie einen [palästinensischen Staat] geben." "Nur ich kann die Beziehungen zu Biden managen. Nur ich weiß, wie man mit der amerikanischen Psyche umgeht."

Am 2. Oktober wetteten Insider auf einen Einbruch der israelischen Wirtschaft

Laut einer Studie von Jackson, Jr., Robert J. und Mitts, Joshua, mit dem Titel *Trading on Terror?* (*Handeln mit Terror?*), setzten unbekannte Investoren an der Wall Street auf einen kurzfristigen Zusammenbruch der israelischen Aktien im Monat vor dem Angriff des palästinensischen Widerstands.

MSCI verwaltet *Exchange Traded Funds* (Börsengehandelter Fonds). Einer von ihnen folgt allen israelischen Unternehmen. Es ist möglich, nach oben oder unten zu wetten. 5 Tage vor dem Angriff wurden 227 000 Abwärtswetten auf kurzfristige Aktien verzeichnet, verglichen mit den üblichen wenigen Tausend pro Tag.

In den 20 dem Angriff folgenden Tagen verloren diese Aktien durchschnittlich 17,5 % ihres Wertes. Ein kleineres Ereignis fand am 3. April statt, als Verteidigungsminister Yoav Gallant gefeuert wurde. Zu diesem Zeitpunkt wusste die Öffentlichkeit jedoch nicht, dass er entlassen worden war, weil er seine Ministerkollegen vor einem bevorstehenden Angriff der Hamas gewarnt hatte.

Die Investoren, die am 7. Oktober also ein Vermögen gemacht haben, stehen den Organisatoren des Anschlags zwangsläufig nahe.

Ein ähnliches Phänomen war bei den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA zu beobachten: Anleger setzten auf den Zusammenbruch der an den Anschlägen beteiligten Fluggesellschaften und des Managers des World Trade Centers. Die *U.S. Securities and Exchange Commission* hatte sie identifiziert, aber ihre Namen nicht bekannt gegeben oder rechtliche Schritte eingeleitet.

Die New York Times versucht zu zeigen, dass Netanjahu und die Hamas nicht Komplizen sind

Nach Angaben der *New York Times* besaß Israel einen 40-seitigen Bericht über den Angriff, den die Hamas ein Jahr lang vorbereitete. Dieses Dokument wurde unter hochrangigen Offizieren weit verbreitet.

Laut *Haaretz* hatte General Amit Sa'ar, Leiter der Forschungsabteilung des militärischen Geheimdienstes der IDF, am 19. März und am 16. Juli an den Premierminister geschrieben, um ihn vor einem geplanten Angriff der Hamas zu warnen.

Israelischen Medienberichten zufolge hat Ministerpräsident Benjamin Netanjahu im Juli seinen Verteidigungsminister Yoav Gallant entlassen, weil er die Regierung vor dem von der Hamas vorbereiteten "perfekten Sturm" gewarnt hatte. Er setzte ihn schließlich wieder ein.

Nach Angaben der *Corriere della Sera* warnte Oberst Yigal Carmon, Direktor von MEMRI, seinen Freund Benjamin Netanjahu persönlich vor einem großen Angriff der Hamas.

Ägyptischen Medienberichten zufolge telefonierte General Kamel Abbas, Minister des Nationalen Geheimdienstes, einige Wochen vor dem Anschlag persönlich mit Benjamin Netanjahu, um ihn zu warnen, dass die Hamas Maßnahmen ergreifen werde.

Die Presse versucht nun zu erklären, warum die israelische Führung diese Warnungen ignoriert hat. Es geht darum, die Hypothese einer Komplizenschaft zwischen dem Premierminister und der Hamas zu diskreditieren.

Thierry Meyssan und der Kurier der Strategen

Thierry Meyssan wurde vom *Courrier des Stratèges* (Interview nur auf Französisch) über die Verantwortung Benjamin Netanjahus für den Anschlag auf sein eigenes Land am 7. Oktober befragt. Er zieht Bilanz über den israelischen Krieg gegen die Zivilbevölkerung von Gaza.

Die Notizbücher der Attentäter vom 7. Oktober

Die Israelischen Verteidigungskräfte (IDF) beschlagnahmten und untersuchten die Tagebücher der Attentäter vom 7. Oktober. Es scheint, dass die Operation lange im Voraus geplant wurde. Einige der Angreifer besaßen eine Karte einer israelischen Militärbasis, die genauer war als die von der IDF verwendete.

In Bezug auf Geiselnahmen lauten die Anweisungen, "diejenigen zu töten, die Ärger machen, und jeden, der zu fliehen versucht".

Zeitleiste der Nacht vom 6. auf den 7. Oktober

In der Nacht vom 6. auf den 7. Oktober wurde die IDF über einen möglichen Angriff des palästinensischen Widerstands informiert.

Gegen Mitternacht fand ein erstes Telefentreffen statt, an dem hochrangige Persönlichkeiten des Sicherheitsdienstes Shin Bet und des südlichen Distrikts der IDF teilnahmen: Oded Basyuk, Leiter der IDF-Operationsabteilung, General Yaron Finkleman, Chef des Südkommandos, und andere hochrangige Offiziere. Der Stabschef, Herzl Halevi, wurde über die Warnungen und Notfallkonsultationen informiert.

Ein zweites Treffen, an dem auch Shin Bet-Chef Ronen Bar teilnahm, fand gegen 3 Uhr morgens statt. Der Kommandeur der Nördlichen Brigade der Gaza-Division, Oberst Haim Cohen, der die Genehmigung für die Nova-Rave-Party am 5. Oktober unterzeichnete, war sich der Warnungen und der Treffen bewusst.

Die Behörden stimmten jedoch der Behauptung des Shin Bet zu, dass es sich bei den Bewegungen der Hamas nur um Übungen gehandelt habe. Die Organisatoren der Rave-Party wurden daher nicht informiert.

Der Angriff fand gegen 6.30 Uhr statt. Die Organisatoren der Rave-Party versuchten daraufhin, die für ihre Sicherheit zuständige Nordbrigade zu kontaktieren, die jedoch demobilisiert worden war, um einen jüdischen Feiertag zu feiern. [Der diensthabende Offizier befahl ihnen, sich selbst durchzuschlagen.](#)

Ein drittes Treffen fand am 7. Oktober um 8 Uhr morgens im Hauptquartier des Shin Bet statt. Eingeladen waren alle Leiter der Sicherheitsdienste. Die Gespräche sollten sich auf den CIA-Bericht vom 5. Oktober konzentrieren.

Der Angriff des palästinensischen Widerstands ging weiter.

Die Sicherheitsbeamten verließen ihre Sitzung erst um 11 Uhr. Dann begann der israelische Gegenangriff.

Thierry Meyssan auf TV-ADP

Thierry Meyssan wurde von [TV-ADP](#) eingeladen, um eine Bilanz der Ereignisse in Gaza zu ziehen. Er erklärt die Komplizenschaft der Hamas und Benjamin Netanjahus in einer Operation, die nur darauf abzielt, die Zweistaatenlösung zu verhindern. Zum ersten Mal findet ein Massaker live in den sozialen Medien statt. Daraus folgt, dass es langfristige Auswirkungen haben wird. Der Westen, der dieses Verbrechen unterstützt, hat die Wertschätzung, die er genoss, bereits verloren. Bitte beachten Sie: Dieser Völkermord hat nichts mit dem regionalen Kontext zu tun. Dies ist nur eine Episode des "endlosen Krieges". Wenn es auf unserer Ebene zu spät ist, dieses Massaker zu stoppen, können und müssen wir uns von denen distanzieren, die es begehen, um uns nicht an ihrem nächsten Verbrechen zu beteiligen.

Hochrangige Offiziere stellen ihre Niederlage fest

General Israel Ziv, eine populäre Figur der individuellen Initiative, sagte: "Ich glaube, wenn es der Hamas jetzt gelingt, den Krieg zu beenden, wird sie als Sieger hervorgehen (...). Die Entwicklungen vom 7. Oktober in der arabischen Welt, der Hisbollah und der iranischen Achse gelten als sehr wichtige Errungenschaften. Auch die Hamas hat ihre Macht bewahrt. Ihr zentrales Kommando existiert immer noch und hält die Mehrheit der Entführten immer noch fest, was bedeutet, dass die Hamas den Sieg errungen hat".

General Yossi Kuperwasser, ein ehemaliger Forschungschef des Militärgeheimdienstes, wiederholte die Äußerungen seines Kollegen gegenüber der BBC. Darüber hinaus sagte er: "Das ist ein empörender Fehlschlag; Alle israelischen Geheimdienste haben versagt; Sie haben die Hamas so sehr unterschätzt, dass sie den Geheimdienstberichten überhaupt keine Aufmerksamkeit geschenkt haben."

Bezelel Smotrich will Krieg bis zum Ende fortsetzen

Der israelische Finanzminister Bezelel Smotrich sagte: "Wir freuen uns sehr über die Rückkehr der befreiten Geiseln, aber jetzt hat die Idee eines Waffenstillstands an Boden gewonnen. Sich darauf zu einigen, [den Krieg] zu beenden, wäre weiter ein schrecklicher Fehler, der nur Schwäche widerspiegeln würde ... Wir müssen alle Verbindungen und Verhandlungen mit der Hamas und den Vermittlern abbrechen und den Feind nur noch durch das Zielfernrohr eines Gewehrs betrachten."

Israels "totaler Krieg"

Laut [+972 Magazin](#) verwenden die israelischen Streitkräfte (IDF) Software mit künstlicher Intelligenz (KI), um ihre Bombenanschläge zu planen.

Sie sind fähig, mehr als 500 Ziele pro Tag zu bestimmen, anstatt der vom Generalstab festgelegten 100. Die Software schätzt die Anzahl der Kollaterelopfer. Im Jahr 2021 sollten sie 10 Zivilisten nicht überschreiten. Heute sind sie unbegrenzt.

Alle militärischen Ziele wurden in den ersten Kriegstagen zerstört. Jetzt geht es darum, die zivile Infrastruktur zu zerstören, um die Palästinenser zum Aufstand gegen die Hamas aufzustacheln.

Dieses System wurde für den "totalen Krieg" entwickelt.

Der Schaden des "totalen Krieges"

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) (Bulletin vom 29. November):

- 15000 Palästinenser wurden getötet, 41 Prozent davon Kinder;
- Die Leichen von 2700 Palästinensern, die unter Trümmern begraben waren, wurden nicht gefunden;
- 1,8 Millionen Palästinenser wurden vertrieben.

Yair Lapid fordert Entlassung von Benjamin Netanjahu

Yair Lapid, Oppositionsführer, sagte auf einer Kundgebung, dass "die Zeit für denjenigen gekommen ist, ohne den das größte Unglück in der Geschichte Israels [nicht] stattgefunden hätte, uns in Ruhe zu lassen", und fügte hinzu, dass "diejenigen, die so versagen, nicht weitermachen können".

Der Prozess gegen Benjamin Netanjahu wurde wieder aufgenommen

Der Strafprozess gegen Benjamin Netanjahu (74) ist wieder aufgenommen worden. Ihm wird vorgeworfen, große Mengen an Geschenken von wohlhabenden Persönlichkeiten im Wert von etwa 700.000 Schekel (etwa 176.000 Euro) erhalten zu haben. Diese verteilten Bestechungsgelder hatten die Form von Zigarren, Champagnerflaschen und Schmuck zwischen 2007 und 2016.

Ist es möglich, gegen den Krieg zu demonstrieren?

Der Vorsitzende der Arabischen Hohen Aufsichtskommission, Mohammed Barakeh, hat den Obersten Gerichtshof Israels aufgefordert, sich dem Verbot der Äußerung von Oppositionen gegen den Krieg zu widersetzen.

Israel bestellt den spanischen Botschafter ein, um gegen ihn zu protestieren

Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat seinen Außenminister angewiesen, den spanischen Botschafter einzubestellen, um die Unerträglichkeit von Pedro Sánchez' Äußerungen zu vermitteln.

Der spanische Ministerpräsident sagte in einem Interview: "Die Bilder, die wir sehen, und die steigende Zahl sterbender Kinder lassen ernsthafte Zweifel an Israels Einhaltung des humanitären Völkerrechts aufkommen" und "Was wir in Gaza sehen, ist nicht akzeptabel".

Der belgische Botschafter wurde ebenfalls bereits gerügt.

Einige Kibbuzim weigern sich, mit Benjamin Netanjahu zu sprechen

Premierminister Benjamin Netanjahu traf sich mit den Führern mehrerer Grenzgemeinden in Gaza. An dem Treffen nahmen etwa 15 Vertreter aus der südlichen Stadt Sderot und den Kibbuzim Saad, Alumim, Zikim, Karmia, Yad Mordechai, Netiv HaAsara und Mefalsim teil. Vertreter der Kibbuzim Kfar Azza, Be'eri, Nir Oz, Nahal Oz, Re'im, Or Hanar, Ein Hashlosa und Kerem Shalom weigerten sich jedoch, an dem Treffen teilzunehmen.

Benjamin Netanjahu verhandelt über die Lieferung von Medikamenten an Geiseln

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu traf sich mit Miriana Spoljaric, der Präsidentin des Internationalen Roten Kreuzes. Er forderte sie auf, Druck auf Katar auszuüben, um dem Roten Kreuz Zugang zu den Geiseln zu gewähren und sie mit Medikamenten zu versorgen.

Facebook und Instagram schließen Konten auf Ersuchen Israels

Die israelische Generalstaatsanwaltschaft hat Mark Zuckerbergs Meta (Facebook und Instagram) und Shou Zi Chews TikTok aufgefordert, pro-palästinensische Posts und Konten zu entfernen. Laut der Digitalforscherin Mona Shtayeh, die von Al-Jazeera interviewt wurde, hätte die Generalstaatsanwaltschaft in 94 Prozent der Fälle bereits gewonnen.

Isaac Herzog trifft Scheich Tamim bin Hamad Al-Thani

Der israelische Präsident Isaac Herzog und der Emir von Katar, Scheich Tamim bin Hamad Al-Thani, haben sich auf der COP28 in den Vereinigten Arabischen Emiraten die Hände geschüttelt und Gespräche geführt.

Israelis können weniger reisen

Israels nationales Sicherheitskabinett hat seine Bürger vor den Risiken gewarnt, denen sie auf Reisen ausgesetzt sind.

- Stufe 2 - in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Australien, Russland, Brasilien und Argentinien.
- Stufe 3 - in Südafrika und Eritrea, Kasachstan, Kirgisistan, Turkmenistan und Usbekistan.
- Stufe 4 - Arabische Länder, Türkei und Iran, Indonesien.

Palästinensische Autonomiebehörde bedroht

Mohammad Shtayeh, der palästinensische Premierminister, teilte seiner Regierung mit, dass der Angriff vom 7. Oktober von den Vereinigten Staaten autorisiert worden sei, um eine "erneuerte Palästinensische Autonomiebehörde" an die Spitze des Landes zu setzen. Er erläuterte seine Überlegungen mit den Worten: "Der Ministerpräsident der Besatzungsregierung betrachtet die PLO, die Autonomiebehörde und die Regierung als Symbole des palästinensischen Patriotismus, des Staates, der Einheit des politischen Diskurses und der Einheit der palästinensischen Gebiete. Deshalb kämpft er jeden Tag gegen uns."

Danach sagte er: "[Die Israelis] versuchen, die Autonomiebehörde zu untergraben. Sie versuchen, sie im Westjordanland loszuwerden, nicht nur in Gaza. Schauen Sie sich an, wie Netanjahu mit der Idee einer Palästinensischen Autonomiebehörde in Gaza umgeht. Er lehnt jeden Palästinenser dort ab und sagt, die Gründung der Behörde sei ein Fehler gewesen."

Gründung der "Jugend der Al-Aqsa-Sintflut"

Die Hamas kündigte die Gründung der "Jugend der Al-Aqsa-Sintflut" an, aber nicht in Israel, sondern im Libanon. Die gesamte politische Klasse des Libanon verurteilte jedoch diesen Schritt. Die Hamas verdeutlichte daraufhin ihre Position, indem sie darauf hinwies, dass es sich

um eine politische Gruppe und nicht um eine Miliz handle.

☞ 1989 lautete der Slogan der Fatah: "Der Weg nach Jerusalem führt über Dschunja." Das ist eine der Ursachen für den Bürgerkrieg.

Israel greift libanesische Armee an

Unter Verletzung der Resolution 1701 griffen die israelischen Streitkräfte einen Militärposten im Südlibanon an, töteten einen Soldaten und verwundeten drei weitere.

Seit dem 7. Oktober sind bei Kämpfen im Libanon 110 Menschen getötet worden, vor allem Hisbollah-Milizionäre, aber auch 14 Zivilisten und 3 Journalisten. Israel behauptet seinerseits, 6 Soldaten und 3 Zivilisten verloren zu haben.

Der Libanon hat bei den Vereinten Nationen eine Beschwerde gegen Israel eingereicht.

Riad Salamé reist ohne Probleme

Nach Angaben des Anwalts Hassan Bazzi fuhr der ehemalige Gouverneur der Bank of Libanon, Riad Salamé, im vergangenen Monat in einen arabischen Staat. Obwohl gegen ihn zwei internationale Interpol-Haftbefehle vorlagen, soll Salamé am Flughafen von Beirut ein Flugzeug bestiegen haben, ohne die Sicherheitskontrollen zu passieren. Er zeigte dem Zoll jedoch sein Gepäck, das Wertgegenstände enthielt.

Eine gerichtliche Untersuchung wurde eingeleitet.

Die Arabische Republik Syrien wird das beschlagnahmte Eigentum nutzen können

Das syrische Parlament wird demnächst ein Ermächtigungsgesetz verabschieden, das die Bedingungen festlegt, unter denen der Staat konfisziertes Eigentum nutzen darf.

Oft ist nicht bekannt, ob der Eigentümer einer Immobilie noch lebt oder ob er im Krieg gestorben ist. Infolgedessen wurde der Staat ermächtigt, unbewohntes und nicht beanspruchtes Eigentum zu konfiszieren.

Diese Bestimmungen werden von Syrern angefochten, die im Ausland Zuflucht gesucht haben und sich nicht trauen, zu Botschaften und Konsulaten zu gehen, um ihr Eigentum einzufordern.

Syrer erheben sich gegen US-Besatzer und kurdische Söldner

Die syrisch-arabischen Stämme in Nordsyrien haben sich gegen die Demokratischen Kräfte Syriens, also die kurdischen Söldner, und gegen die US-Besatzungstruppen erhoben. Daesch-Einheiten schlossen sich den Kämpfen an.

Jordanien könnte sein Gasabkommen mit Israel abbrechen

Das jordanische Parlament hat mit der Überprüfung der 13 Abkommen zwischen dem Königreich und Israel begonnen.

Die Regierung von Bisher Al-Khasawneh hat eine Lösung für den Fall eines Scheiterns ihrer Gasabkommen mit Israel gefunden. Sie könnte ein jordanisches Unternehmen gebrauchen, das dort anfängt, Bohrungen zu machen. Darüber hinaus könnte Saudi-Arabien dazu beitragen, dessen Bohrlöcher an der Grenze zu sichern.

Gezielte Bombardierung des Pentagons im Irak

Die US-Angriffe im Irak waren nicht dazu gedacht, zu töten, sondern eine Botschaft an die Regierung von Mohammed Shia al-Sudani zu senden: Ihr seid verantwortlich für eure Milizen. Das Pentagon zerstörte eine Drohnenwerkstatt der irakischen Hisbollah.

Die Küste des Roten Meeres

Ansar Allah (vom Westen abwertend "Huthis" genannt, nach ihrem Anführer) übernahm die

Verantwortung für die Angriffe auf die Schiffe *Unit Explorer* und *Number Nine* in der Meerenge von Bab el-Mandeb

Das US-CentCom erklärte, es habe "allen Grund zu der Annahme, dass diese Angriffe, die von den Huthis im Jemen gestartet wurden, vollständig vom Iran ermöglicht werden. Die Vereinigten Staaten werden alle geeigneten Reaktionen in voller Abstimmung mit unseren internationalen Verbündeten und Partnern in Betracht ziehen."

Der Zerstörer *USS Carney*, der zu ihrem Schutz gekommen war, wurde von Raketen beschossen. Nach Angaben des CentCom wurden sie abgeschossen. Lokalen Quellen zufolge traf jedoch eine der Raketen das Schiff der US-Marine.

General Yahya Saree, ein Sprecher der jemenitischen Armee, erwähnte nicht nur zwei Handelsschiffe, um zu bestätigen, dass sie getroffen wurden. Aber nach Angaben angelsächsischer Behörden waren es drei von ihnen, plus das US-Kriegsschiff.

☞ Es ist unwahrscheinlich, dass die *USS Carney* getroffen wurde, weil es über leistungsfähige elektronische Detektions- und Schutzeinrichtungen verfügt. Wenn dies jedoch geschehen wäre, hätte es eine massive Reaktion der USA gegen Ansar Allah provoziert, auf die Gefahr hin, den gesamten Nahen Osten in Aufruhr zu versetzen.

Der Nationale Sicherheitsberater der USA, Jacob "Jake" Sullivan, hat die US-Partner in der Region aufgefordert, eine multinationale Truppe zum Schutz israelischer Schiffe zu bilden.

Amir Saeid Irvani, der Vertreter der Islamischen Republik bei den Vereinten Nationen, sagte, der Iran habe nichts mit den Angriffen zu tun.

Das US-Außenministerium hat Tim Lenderking, der bereits Sondergesandter für den Jemen ist, ernannt, um mit Staaten in der Region über eine Verstärkung der

Voltaire-Netzwerkanalyse

["Die Ungereimtheiten vom 7. Oktober \(II\). Katar, die Muslimbruderschaft, die Hamas und Israel"](#) von Thierry Meyssan

Im Gegensatz zu der Art und Weise, wie Katar dargestellt wird, ist das Emirat in der Geiselangelegenheit der Al-Aqsa-Sintflut Operation kein neutraler Verhandlungspartner. Ein Patzer seiner Ministerin Lolwah Al-Khater, die nach Tel Aviv kam, um die Verhandlungen zu verfolgen, zeigt im Gegenteil, dass Doha über die Hamas Autorität ausübt. Die neuen Mitglieder des israelischen Kriegskabinetts waren überrascht, als sie entdeckten, dass Katar an Benjamin Netanjahus Komplott zur Vorbereitung des Angriffs auf Israel am 7. Oktober 2023 beteiligt war.

Sicherheitsmaßnahmen im Roten Meer zu verhandeln. Washington und Teheran führten über den ehemaligen libanesischen Sicherheitschef, General Abbas Ibrahim, Gespräche. Die USA haben den Iran aufgefordert, Druck auf die Huthis auszuüben, damit sie ihre Angriffe einstellen. Der Iran antwortete, dass er nichts von Ansar Allah verlangen könne und forderte Washington auf, Druck auf Tel Aviv auszuüben, um das Massaker in Gaza zu beenden.

Der ehemalige Präsident Ali Abdullah Saleh pflegte zu sagen: "Wer auch immer die Schlüssel zu Bab el-Mandeb und Hormus hat, braucht keine Atombombe... ».

Für Recep Tayyip Erdoğan hat der Westen dem "Schlächter von Gaza" eine Lizenz zum Töten erteilt

Recep Tayyip Erdoğan, Präsident der Türkei, sagte vor dem Ständigen Ausschuss für wirtschaftliche und kommerzielle Zusammenarbeit der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (COMCEC): "Es obliegt uns allen, als islamische Welt, nicht einmal einen Zentimeter des Gaza-Territoriums an die israelischen Besatzer abzutreten... Wir

müssen dies nicht nur für unsere Brüder und Schwestern in Gaza und die Palästinenser tun, sondern auch für unsere eigene Sicherheit, unsere eigene territoriale Integrität. Wir wissen sehr wohl, dass diejenigen, die heute Gaza besetzen, sich morgen mit dem Wahn des gelobten Landes an andere Orte wenden werden. So sehr, dass sie nicht einmal mehr das Bedürfnis verspüren, ihre Absicht zu verbergen. Netanjahu, der Schlächter von Gaza, enthüllte persönlich vor laufenden Kameras, dass es nicht um Gaza oder Ramallah gehe, sondern dass er expansionistische Ziele verfolge. Gaza und Palästina zu verteidigen bedeutet heute, Al-Quds, Mekka, Medina, Istanbul, Damaskus, Beirut, Bagdad und andere islamische Städte zu verteidigen."

"Westliche Nationen, die Israel unterstützen, geben ihm 'bedingungslose Unterstützung für das Töten von Babys und machen sich mitschuldig an seinen Verbrechen. Abgesehen davon, dass Netanjahu ein Kriegsverbrecher ist, wird er als Schlächter von Gaza vor Gericht gestellt werden."

Die Türkei wird nicht zulassen, dass Palästinenser auf ihrem Boden ermordet werden

Die türkischen Behörden haben ihre israelischen Amtskollegen vor einer Operation ihrer Geheimdienste auf türkischem Territorium gewarnt.

Ronen Bar, Direktor des Mossad, kündigte im Radio an, er bereite die Ermordung von Hamas-Funktionären im Libanon, in Katar und in der Türkei vor.

Türkei gibt finanzielle Unterstützung für Hamas zu

Brian Nelson, Unterstaatssekretär im US-Finanzministerium für Terrorismus und Finanzaufklärung, stellte die Unterstützung der Türkei für die Hamas in Frage.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan erinnerte ihn daran, dass Washington sich

bewusst sei, dass die Türkei im Gegensatz zu den USA die Hamas nicht als Terrororganisation, sondern als Befreiungsbewegung betrachte. "Zunächst einmal ist die Hamas eine Realität in Palästina, sie ist dort eine politische Partei, die bei den Wahlen als politische Partei angetreten ist und sie gewonnen hat", sagte er in einem von seinem Büro veröffentlichten Text.

"Ich bin sicher, dass unsere Gesprächspartner die ständigen und ausgewogenen Bemühungen der türkischen Außenpolitik in solchen humanitären Krisen und Konflikten anerkennen."

Ebrahim Raisi sagt seine Teilnahme an der COP28 ab

Der iranische Präsident Ebrahim Raisi wird aufgrund der Anwesenheit seines israelischen Amtskollegen Isaac Herzog nicht an der COP28 teilnehmen.

Philippinen entfachen den Konflikt um die zweite Thomas-Bank

Nach dem Auftauchen der *USS Gabrielle Giffords* hat die philippinische Regierung etwa 100 zivile Boote ermächtigt, eine Karawane zu bilden, um ihre Matrosen zu unterstützen, die auf der *Second Thomas Bank* stationiert sind.

☞ Die Philippinen besetzen die zweite Thomas-Bank; ein Atoll der Spratly-Inseln. Diese werden von Brunei, China, Malaysia, den Philippinen und Vietnam beansprucht. Dieser Atoll wird jedoch nur von China und den Philippinen beansprucht. Im Jahr 1999 wurde die *BRP-Sierra Madre*, ein Schiff der philippinischen Marine, absichtlich gestrandet. Heute dient es als Militärbasis für ein Dutzend Männer.

Südkorea startet Spionagesatellit

SpaceX hat seinen ersten Spionagesatelliten für Südkorea gestartet. Er reagiert auf Nordkoreas ersten Spionagesatelliten.

China fähig, das Kommunikationssystem des US-Militärs zu zerstören

Laut Bill Gertz von der *Washington Times* veröffentlichte die *China University of Defense Technology* einen Bericht über militärische Operationen im nahen Weltraum. Darin heißt es, dass die Volksbefreiungsarmee nun fähig ist, Hyperschallraketen auf schwer geschützte Ziele abzufeuern, einschließlich der Kommunikationsausrüstung des Gegners. Die Volksbefreiungsarmee betreibt auch "eine große Anzahl" von Spionageballons, solarbetriebenen unbemannten Luftfahrzeugen und anderer Unterstützungsausrüstung.

Das US-Verteidigungsministerium versucht, die internationalen Rechtsnormen zu klären, die für verschiedene Satelliten je nach Höhe ihrer Umlaufbahn gelten.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

António Guterres ergreift den Sicherheitsrat

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, hat die Angelegenheit gemäß Artikel 99 der Charta der Vereinten Nationen an den Sicherheitsrat verwiesen.

Ihm zufolge könnte die Situation "bestehende Bedrohungen für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit verschärfen (...) Mehr als acht Wochen Feindseligkeiten in Gaza und Israel haben entsetzliches menschliches Leid, physische Zerstörung und kollektive Traumata in den israelischen und besetzten palästinensischen Gebieten verursacht. Es ist zu erwarten, dass Recht und Ordnung wegen der verzweifelten Zustände völlig schnell zusammenbrechen werden... [Außerdem] besteht die ernsthafte Gefahr eines Zusammenbruchs der humanitären Hilfe ... Die Situation verschlechtert sich schnell zu einer Katastrophe mit möglicherweise irreversiblen Folgen für alle

Palästinenser und für Frieden und Sicherheit in der Region."

Josep Borrell, Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, und Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation, sagten ihre Unterstützung zu.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Sicherheitsrat prüft Ermittlungen zu den Verbrechen des IS

Christian Ritscher, Referent des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und ehemaliger Ankläger der Bundesrepublik Deutschland, stellte dem Sicherheitsrat seinen Bericht über die Verbrechen des IS (Daesch) vor. Er äußerte Zweifel an der Möglichkeit, innerhalb der gesetzten Frist (weniger als 10 Monate) einen Teil der Ermittlungsarbeit abzuschließen, darunter die Verbrechen in Mossul, die Zerstörung des kulturellen Erbes, die Plünderung von Öl und anderen natürlichen Ressourcen im Irak, die völkermörderischen Absichten des IS gegen die schiitische Gemeinschaft und die Rückkehrer aus Hol.

Der irakische Vertreter äußerte seine Besorgnis darüber, dass die umfangreichen Beweise, die von Ritschers Team gesammelt wurden, nicht an seine Regierung weitergegeben wurden.

Die russische Vertreterin, Maria Zabolotskaya, hat sich öffentlich gefragt, wozu diese geheimen Elemente dienen.

☞ Die UN-Untersuchung läuft bereits seit 7 Jahren. Das Nichtübergeben der gesammelten

Beweise an die irakische Regierung hat sie daran gehindert, selbst Terroristen zu verhaften und strafrechtlich zu verfolgen. Darüber hinaus gab sie dadurch dem IS zu verstehen, dass seine Verbrechen ungestraft bleiben würden. Vor allem, wenn man die Anschuldigungen Russlands vor dem Rat gegen die Türkei und die Anschuldigungen Syriens und des Irak gegen die NATO kennt, erweckt diese nicht enden wollende Untersuchung den Eindruck, dass die Vereinten Nationen die Wahrheit nicht wissen wollen.

Russland beteiligt sich nicht mehr an der Führung der IMO

Die Generalversammlung der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) hat Russland nicht erneut in ihren Verwaltungsrat gewählt. Es hatte dort 40 Jahre lang ununterbrochen gedient.

Internationaler Strafgerichtshof untersucht Terroranschläge vom 7. Oktober

Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Karim Khan, wird auf Einladung von Überlebenden und Angehörigen von Opfern der Anschläge vom 7. Oktober, Israel besuchen

Die umstrittene Formulierung

COP28-Präsident Sultan al-Jaber sagte: "Keine wissenschaftliche Studie, kein Szenario besagt, dass der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen es uns ermöglichen wird, 1,5 °C [globale Temperaturreduktion] zu erreichen."

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°66 - 15. Dezember 2023

LEITARTIKEL

Die Front am Roten Meer

Die Angriffe von Ansar Allah auf Schiffe in der Straße von Bab el-Mandeb vermehren sich. Sie betreffen nicht mehr nur die Schiffe israelischer Reeder, sondern auch andere, die Israel anlaufen. Diese Angriffe haben direkte Auswirkungen auf Israel, dessen Wirtschaft nicht mehr funktioniert, da alle seine Arbeiter an der Gaza-Front mobilisiert wurden. Tel Aviv importiert nun seinen gesamten Verbrauch. Die Schließung der Meerenge zwang es, seine Importe auf anderen, viel teureren Routen zu transportieren. Darüber hinaus steigen die Versicherungsprämien für jedes israelische Schiff oder jenes, das Israel anläuft.

Um ihren israelischen Verbündeten zu sichern, haben die Vereinigten Staaten daher eine neue Strategie gewählt. Timothy A. Lenderking, Präsident Bidens Sondergesandter für den Jemen, hat damit begonnen, die Milizen aufzuwecken, die von den Vereinigten Arabischen Emiraten während des Krieges geschaffen wurden, in dem Saudi-Arabien Israels Verbündeter war. Aber die Bündnisse haben sich geändert. Der Übergangsrat sollte einen unabhängigen Staat proklamieren und damit die Teilung des Landes bestätigen. Washington beabsichtigt, Ansar Allah (vom Westen abwertend "Huthis" genannt) so viel Schaden wie möglich zuzufügen und es schließlich zu zwingen, seine Aktionen in der Straße von Bab el-Mandeb aufzugeben.

Gleichzeitig berät sich "Tim" Lenderking mit seinen Verbündeten in der Region, um zu sehen, welche einseitigen Zwangsmaßnahmen (von der US-Propaganda fälschlicherweise als "Sanktionen" bezeichnet) möglich sind und welche militärische Koordination organisiert werden kann.

Die französische Mehrzweckfregatte (FREMM) *Languedoc*, die der *Strinda*, einem Öltanker der norwegischen Firma Mownickels zu Hilfe kam, der von Malaysia nach Israel und Italien unterwegs war, wurde von einer Ansar-Allah-Rakete angegriffen. Die *Languedoc* musste zwei Boden-See-Raketen abschießen.

Ansar Allah, das vom Iran jahrelang ideologisch geschult wurde, hat seine eigene Logik. Entgegen dem, was der Westen denkt, bestimmt es seine Ziele selbst, obwohl es bei seinen Waffen von Teheran abhängig ist. Derzeit plant es, eine große Anzahl von Kämpfern nach Gaza zu entsenden. Man spricht von 500 000 Mann.

AMERIKA

USA heizen mit russischem Uran

Die USA haben ihren Import von russischem Uran im Oktober auf 43,25 Tonnen erhöht.

Nach Angaben der Energy Information Agentur (EIA) sind in den Vereinigten Staaten 54 Kernkraftwerke und 93 Reaktoren in Betrieb, was sie zur größten Atomkraftwerkflotte der Welt macht.

Ein Fünftel des in den USA produzierten Stroms stammt aus Kernkraft.

Trotz des Ukraine-Konflikts hat Washington bis jetzt nie Sanktionen gegen russische Uranexporte verhängt. [Ein US-Gesetzentwurf gegen diese Einfuhr passierte den Kongress, wurde aber vom Senat zurückgewiesen. Der Übersetzer]

Kongress gegen den Einfluss von NewsGuard

Das Finanzierungsgesetz des Verteidigungsministeriums für 2024 enthält eine Bestimmung, in der der Verteidigungsminister aufgefordert wird, sicherzustellen, dass alle Werbeagenturen, die mit seinem Sekretariat zusammenarbeiten, "keine Werbung in Nachrichtenquellen platzieren, die auf persönlichen oder institutionellen politischen Präferenzen oder Vorurteilen, oder Desinformationsbestimmungen basieren." Außerdem ist der Verteidigungsminister verpflichtet, den Kongress zu benachrichtigen, wenn eine Werbeagentur NewsGuard, Global Disinformation Index oder ähnliche Dienste einsetzt.

NewsGuard ist auch unter Beschuss von Elon Musk geraten, dessen soziales Netzwerk X im November eine Warnung über den Nachrichtenbewertungsdienst herausgegeben hat.

NewsGuard ist ein privat geführtes Unternehmen, das viele ehemalige US-

Geheimdienstmitarbeiter beschäftigt. Es wird von der französischen Publicis und der US-amerikanischen Knight Foundation (Newsletter 63) finanziert.

Die Meinung der US-Amerikaner zum Palästina-Konflikt

Laut einer Umfrage der *Wall Street Journal*,

- 55 Prozent der Amerikaner glauben, dass Israel "die notwendigen militärischen Maßnahmen ergreift, um sich zu verteidigen und einen weiteren Angriff der Hamas zu verhindern".
- 25 Prozent halten die israelische Militäraktion für "unverhältnismäßig und zu weit gehend".

Außerdem

- 42% der Befragten äußerten mehr Sympathie für das israelische Volk
- 12% für das palästinensische Volk
- 33 % für beide Parteien gleichermaßen.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Weißes Haus über Israels möglichen Einsatz von weißem Phosphor besorgt

Der Sprecher des Weißen Hauses, John Kirby, sagte, die Vereinigten Staaten seien besorgt über Berichte, wonach Israel weißen Phosphor im Südlibanon einsetzt. Sie sind auf der Suche nach weiteren Informationen.

☞ Es gibt zahlreiche Zeugenaussagen, dass die IDF unter Verletzung des humanitären Völkerrechts im Südlibanon weißen Phosphor gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt hat.

Soforthilfe für Israel von nordamerikanischen jüdischen Gemeinden

Die *Jewish Federations of North America*, die mehr als 350 jüdische Gemeinden in den Vereinigten Staaten und Kanada vertritt, hat seit dem Anschlag vom 7. Oktober mehr als 700 Millionen Dollar für Israel gesammelt.

Boycott von Marken, die Israel unterstützen

Die wichtigsten multinationalen US-Konzerne, die vom Krieg in Gaza betroffen sind, sind Starbucks und McDonald. Ersteres verzeichnete einen Verlust von 12 Milliarden US-Dollar in drei Wochen, während letzteres 70 % seiner Kunden im Nahen Osten verlor.

Hunter Biden bald wegen "Beleidigung des Kongresses" angeklagt

Das Repräsentantenhaus wird über einen Antrag abstimmen, der Hunter Biden wegen "Beleidigung des Kongresses" anklagt. Der Sohn von Präsident Joe Biden weigerte sich, einer Vorladung zu einer Anhörung hinter verschlossenen Türen beizuwohnen.

Kolumbien stellt den Einsatz ungetesteter Anti-Covid-Medikamente, insbesondere Boten-RNA, in Frage

Professor [Guillermo Alfonso Jaramillo](#), kolumbianischer Gesundheitsminister, wurde vom Senat seines Landes angehört.

Er kritisierte seit langem die Verbreitung von Boten-RNA-Anti-Covid-Medikamenten (fälschlicherweise als "Impfstoffe" bezeichnet). Er sagte: "Wir spielen mit dem Leben der Kolumbianer (...) Wir wollen nicht Teil eines Experiments sein (...) Alle Impfstoffe mit neuer Technologie [Boten-RNA, nicht der chinesische Sinovac] kamen ohne Genehmigung hierher. Es war ein Versuch. Alle geimpften Kolumbianer nahmen am größten Experiment der Menschheitsgeschichte teil. Wir können nicht weiter Experimente an der kolumbianischen

Bevölkerung durchführen und noch weniger an der indigenen Bevölkerung, den Schwarzen, den Ärmsten des Landes, den Bauern."

Venezolanisch-guyanische Mediation

Die Präsidenten Venezuelas, Nicolás Maduro, und Guyanas, Irfaan Ali, werden sich unter der Schirmherrschaft der Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (CELAC) und der Karibischen Gemeinschaft (Caricom) auf Initiative des brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva treffen.

Im Gegensatz zu dem, was wir verstanden hatten, verbietet das vorläufige Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Bezug auf Essequibo Guyana auch, den Status quo zu ändern. Exxon-Mobil kann daher weiter *Offshore* Infrastruktur aufbauen, aber nicht das Öl der Region ausbeuten.

EU-Mercosur-Verhandlungen scheitern

Das seit zwei Jahrzehnten diskutierte Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur ist nicht unterzeichnet worden. Der scheidende argentinische Präsident ist dagegen.

Verbrecher Alberto Fujimori freigelassen

Fast genau ein Jahr, nachdem Dina Boluarte die Macht als Präsidentin Perus übernommen hat, hat das höchste Gericht des Landes ein Urteil gefällt, das von der peruanischen Rechten lange gefordert wurde: die Freilassung des ehemaligen Präsidenten Alberto Fujimori. Er war seit 2005 inhaftiert und seit 2007 verurteilt worden, weil er in den 1990er Jahren, als seine Regierung einen Krieg gegen den *Leuchtenden Pfad* führte, Todesschwadronen anführte.

EUROPA

Boris Johnson erwog, AstraZeneca-Dosen aus den Niederlanden zu stehlen

Nach Angaben der *Daily Mail* hatte Premierminister Boris Johnson den MI6 im März 2021 gebeten, eine Operation

durchzuführen, um Millionen von Dosen des Anti-Covid-Medikaments (fälschlicherweise als "Impfstoff" bezeichnet) aus der AstraZeneca-Fabrik in Leiden, Niederlande, zu beschlagnahmen.

Die Europäische Kommission hatte die Zulassung dieses Medikaments während der Verhandlungen mit dem Konkurrenten Pfizer blockiert.

Pfizer verklagt Polen

[Pfizer](#) verklagt Polen wegen Nichtzahlung von Dosen von Boten-RNA-Covid-Medikamenten (fälschlicherweise als "Impfstoffe" bezeichnet). Der Pharmariese fordert 1,2 Milliarden Dollar.

☞ Polen hat gegen den Vertrag, den die Europäische Kommission für die Mitgliedstaaten unterzeichnet hat, einen Grund höherer Gewalt [raison de force majeure] eingelegt: die Unruhen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Es ist der Ansicht, Pfizer rechtzeitig unterrichtet zu haben, um diese Kosten, die ihm auferlegt wurden und die es nicht selbst ausgehandelt hatte, nicht tragen zu müssen.

Wenn Pfizer diesen Prozess gewinnt, könnte die Firma sich gegen neun weitere EU-Mitgliedstaaten wenden, die nicht alle Bestellungen der Europäischen Kommission übernommen haben.

Ungarn verbietet ausländische Finanzhilfe in der Innenpolitik

Das ungarische Parlament hat in seiner Verfassung die Schaffung eines "Amtes zur Verteidigung der Souveränität" verankert. Es wird "unter die Autorität eines Präsidenten gestellt, der vom Präsidenten der Republik auf Vorschlag des Premierministers ernannt wird". Er wird "die uneingeschränkte Befugnis haben, sensible Daten und private Informationen von jedermann anzufordern, ohne Kontrolle und ohne juristische Einberufung".

Dieses Gremium wird das Verbot überwachen müssen, ausländische Gelder für politische Aktivitäten zu erhalten.

Ungarn bedingt die Unterstützung der Ukraine an den Erhalt ihrer Subventionen

Balázs Orbán, ein unabhängiger Berater des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán und Präsident des Mathias-Corvinus-Kollegiums, kündigte an, dass Ungarn den EU-Plan für die Ukraine nicht unterstützen werde, bis die für Budapest vorgesehenen Gelder ausgezahlt seien.

☞ Die Europäische Kommission hat 22 Mrd. EUR vom Kohäsionsfond blockiert, weil versäumt wurde, die Rechtsstaatlichkeit, die akademische Freiheit und die LGBTQ-Gemeinschaft zu schützen; zuzüglich 6 Mrd. EUR wegen unzureichender Korruptionsbekämpfung; plus 2,6 Milliarden Euro wegen Vorwürfen der Homophobie und Repression gegen Asylsuchende. Also insgesamt 30,6 Milliarden Euro.

Am Ende stimmte die Europäische Kommission zu, am Vorabend des EU-Gipfels 10,2 Milliarden Euro freizugeben. 20,4 Milliarden sind immer noch blockiert.

EU gegenüber Hamas gespalten

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock, die französische Außenministerin Catherine Colonna und der italienische Außenminister Antonio Tajani haben sich in einem Brief an den Hohen Vertreter der Europäischen Union (EU) für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, für eine Verschärfung der europäischen Sanktionen gegen die Hamas und ihre Unterstützer ausgesprochen. Darin schreiben sie: "Die rasche Verabschiedung eines Sanktionsregimes würde es uns ermöglichen, ein starkes politisches Signal des Engagements der Europäischen Union gegen die Hamas und ihrer Solidarität mit Israel zu senden."

"Dies impliziert ein stärkeres europäisches Engagement, sowohl die Infrastruktur und die finanzielle Unterstützung der Hamas zu bekämpfen als auch die Hamas international zu isolieren und zu delegitimieren, die auf keinen Fall die Palästinenser oder ihre legitimen Bestrebungen repräsentiert."

Dagegen haben die Staats- und Regierungschefs Irlands, Spaniens, Maltas und Belgiens zu einem dauerhaften Waffenstillstand in Gaza aufgerufen.

Europäisches Parlament fordert, dass China sich an die "regelbasierte internationale Ordnung" hält

Das Europäische Parlament hat eine Empfehlung zu den Beziehungen der EU zu China angenommen (P9 TA (2023)0469). Es plädiert dafür, "von China zu verlangen, dass es sich an die regelbasierte internationale Ordnung hält".

☞ Das ist genau das Problem: China lehnt westliche Regeln ab und akzeptiert nur eine Welt, die dem Völkerrecht unterliegt, die der Westen seit einem Dreivierteljahrhundert mit Füßen tritt.

Ukraine in Davos

Die Ukraine wird am 14. Januar 2024 im Vorfeld des Davoser Forums in der Schweiz ein Treffen zu ihrem 10-Punkte-Friedensplan abhalten.

Russland und Denmark

Der dänische Botschafter in Moskau, Jakob Henningsen, wurde nach der Veröffentlichung eines Artikels in der dänischen Tageszeitung *Berlingske* in das russische Außenministerium einbestellt. Darin bezeichnete er die "vorübergehende" Übernahme durch den russischen Staat, von 98,56 Prozent der Anteile an der russischen Brauerei *Baltika*, die sich im Besitz von Carlsberg befindet, und bezeichnete sie als "Diebstahl".

Das Ministerium erinnerte an Carlsbergs Absicht, sich aus dem russischen Markt zurückzuziehen, russische Unternehmen in den Bankrott zu treiben und in Russland erzielte Gewinne abzuziehen. "Unternehmer, die beschlossen haben, ihre Tätigkeit in unserem Land fortzusetzen, haben die volle Unterstützung der russischen Behörden"

AFRIKA

Ägypten schützt sich vor der Muslimbruderschaft von Gaza

Der ägyptische Geheimdienst führt eine gründliche Untersuchung durch, bevor er palästinensisch-ägyptischen Doppelstaatsbürgern erlaubt, die Grenze zu Rafah zu überqueren. Er verweigert den Muslimbrüdern jegliche Einreise.

Die Bruderschaft startete daher eine Kampagne, um den Anschein zu erwecken, dass Ägypten sich vom Mossad beraten lasse, wenn es um die Gewährung oder Verweigerung des Durchreiserechts gehe.

Gleichzeitig berichtet die arabische Presse über viele Beispiele von Korruption. Das Überquerungsrecht könnte bis zu mehreren tausend Dollar betragen.

Abkommen zwischen Khalifa Haftar und Russland

Feldmarschall Khalifa Haftar soll mit dem stellvertretenden russischen Verteidigungsminister Yunusbek Jewkurow über die Errichtung einer russischen Militärbasis in Libyen verhandelt haben. Im Gegenzug würde Moskau militärische Unterstützung und Waffen zur Verfügung stellen. Die beiden Männer sollen eine Einigung erzielt haben, die aber noch vom Parlament gebilligt werden muss.

Algier ist Gastgeber eines Treffens der Verfasser der Klage gegen Benjamin Netanjahu beim IStGH

600 Anwälte und 150

Nichtregierungsorganisationen nahmen an dem von Gilles Devers organisierten Treffen in Algier teil, um ihre Klage gegen israelische Führer vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) wegen des Völkermords, den sie in Gaza begehen, zu diskutieren.

Der Anwalt Devers betonte, dass eine Anklage gegen israelische Führer automatisch zu einer Anklage gegen Hamas-Führer führen werde.

Abdel Fattah al-Burhan verbündet sich mit der Muslimbruderschaft

General Abdel Fattah al-Burhan, Kommandeur der sudanesischen Armee, hat beschlossen, fünfzehn emiratische Diplomaten aus Khartum auszuweisen. Er orientiert sich zunehmend an den Positionen seines Vorgängers Bruder Omar al-Bashir.

Dagegen regiert "General" Mohamed Hamdan Dogolo (genannt "Hemeti") den Darfur mit Unterstützung der Vereinigten Arabischen Emirate und den Kampf gegen die Muslimbruderschaft.

Burkina Faso bereitet sich vor, Französisch als Amtssprache aufzugeben

Die Regierung von Burkina Faso hat einen Entwurf zur [Revision der Verfassung](#) des Landes verabschiedet, der darauf abzielt, die Nationalsprachen als Amtssprachen in einem Land zu konsolidieren, das fast sechzig Nationalsprachen hat, auf Kosten des Französischen.

Mali entdeckt Beweise für französische Unterstützung der Dschihadisten

Laut *Africa Media TV*, belegen die Dokumente, die die malische Armee und Russland am 14. November in Kidal beschlagnahmt haben, die Zusammenarbeit zwischen dschihadistischen

Gruppen und den französischen Geheimdiensten. Darin berichten französische Geheimdienstoffiziere, dass die bewaffneten Gruppen CSP und JNIM im Begriff sind, die Schlacht zu verlieren, und die Koordinaten der Stellungen der malischen Armee und der Wagner-PMC-Einheiten notieren.

☞ In Mali kämpfte die französische Armee gegen die Dschihadisten, während der französische Geheimdienst sie bewaffnete und unterstützte. Diese Politik, die sich an der der Vereinigten Staaten orientiert und mit ihr koordiniert wurde, wurde vom Nationalen Komitee zur Rettung des Volkes des Übergangspräsidenten Oberst Assimi Goïta angeprangert, sobald dieser vor zwei Jahren die Macht übernommen hatte. Der damalige Premierminister [Choguel Kokalla Maïga](#) hatte dies in einem Interview mit *RIA-Novosti* erklärt.

Einfluss der Hisbollah in Mali und Benin

Die Verhaftung im vergangenen September von Adama Ben Diarra, dem Präsidenten von *Yewolo-Debout sur les Ramparts*, könnte mit seinen engen Beziehungen zur Hisbollah und zum Iran zusammenhängen. Im August reiste er mit mehreren anderen Führern seiner Vereinigung in Beirut auf Kosten der iranischen Botschaft nach Bamako. Berichten zufolge wurde die Delegation von den Hisbollah-Behörden empfangen. Eine zweite Delegation soll Ende August nach Beirut gereist sein, um sich in Kommunikation und sozialen Netzwerken einschulen zu lassen. Schließlich soll Moussa Diarra, der Generalsekretär des Vereins, im Oktober Teheran besucht haben.

Übrigens hat auch der französisch-beninische Kémi Seba von finanzieller Unterstützung aus dem Iran, wo er sich diese Woche aufhält, und aus Russland profitiert.

ECOWAS-Tribunal lehnt Nigers Antrag ab

Der Gerichtshof der Westafrikanischen Gemeinschaft hat einen Antrag des Nationalen Rates für den Schutz des Heimatlandes

(nigrische Übergangsregierung) abgelehnt, um die Sanktionen im Zusammenhang mit dem Putsch aufzuheben. Die Richter urteilten, dass die amtierende Regierung verfassungswidrig sei und daher nicht befugt sei, einen solchen Antrag zu stellen.

Das Bündnis der Sahel-Staaten könnte sich zu einer Konföderation entwickeln

Die Außenminister von Burkina Faso, Mali und Niger trafen sich zwei Tage lang in Bamako. Sie empfahlen ihren Ländern, die bereits militärisch gegen die Dschihadisten vereint waren, eine Konföderation zu bilden. Die Finanzminister dieser Staaten prüfen die Schaffung einer Investitionsbank und eines Wirtschaftsstabilisierungsfonds sowie einer Währungsunion.

Präsident Cyril Ramaphosa wurde von seiner Partei abgesetzt

Viele Berater des südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa sind von ihren Posten zurückgetreten. Man erwartet, dass der Afrikanische Nationalkongress (ANC) seine Mehrheit verlieren wird, während seine interne Opposition versucht, den Präsidenten zugunsten seines Stellvertreters Paul Mashatile zu stürzen.

ASIEN

Eli Cohen bestätigt, dass der Krieg gegen die Hamas weitergehen wird

Der israelische Außenminister Eli Cohen sagte, er werde seinen Krieg gegen die Hamas fortsetzen, unabhängig davon, egal ob er internationale Unterstützung habe oder nicht: "Ein Waffenstillstand zum jetzigen Zeitpunkt ist ein Geschenk an die Terrororganisation Hamas und wird ihr ermöglichen, zurückzukehren und die Einwohner Israels zu bedrohen."

Die Verhandlungen mit der Hamas gehen weiter, aber anderswo

Die Verhandlungen zwischen Israel und der Hamas gehen weiter. Doch nach dem Patzer der

katarischen Ministerin für internationale Zusammenarbeit, Lolwah Al-Khater, forderten die Mitglieder des Kriegskabinetts, dass sie nicht mehr in Katar, sondern in Europa gehalten werden sollten.

☞ [Lolwah Al-Khater](#) hatte ihre Gesprächspartner entdecken lassen, dass Katar in diesen Verhandlungen nicht neutral ist, sondern politische und militärische Autorität über die Hamas hat.

Ukraine fürchtet, von Benjamin Netanjahu im Stich gelassen zu werden

Als Reaktion auf das lange Telefongespräch zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin sagte der ukrainische Botschafter in Israel, Jewgen Kornijtschuk: Heute steht die Ukraine an der Spitze des globalen Freiheitskrieges gegen die Achse des "Bösen, die von Russland und dem Iran angeführt wird ... Wir fordern die israelische Regierung auf, enger mit der Ukraine zusammenzuarbeiten, gemeinsam gegen diese Terrorallianz zu kämpfen (...) Wenn der israelische Ministerpräsident mit dem Präsidenten Russlands spricht, dann ist das ein Gespräch zwischen dem Oberhaupt eines demokratischen Staates und dem Kopf der Schlange, das eine klare und greifbare Gefahr für die gesamte freie Welt darstellt."

☞ Da Kiew die Chance der Biden-Regierung, sie während einer Wahlperiode zu unterstützen, schwinden sieht, befürchtet es, dass Benjamin Netanjahu, der den Verkauf israelischer Waffen durch private Unternehmen an die Ukraine genehmigt hatte, seinem Beispiel folgen wird.

Yosef Almansi über die "Sinwar Gang"

Der Shin Bet (israelische Spionageabwehr) hat Aufnahmen der Ermittlungen gegen den ehemaligen Kommunikationsminister der Hamas im Gazastreifen, Yosef Almansi, veröffentlicht. Darin versichert er, dass die Menschen im Gazastreifen "sagen, dass Yahya Sinwar und seine Bande uns zerstört haben. Sie

haben uns 200 Jahre zurückversetzt. Wir müssen sie loswerden... Was sie getan haben, wird von Logik, Religion oder Vernunft nicht akzeptiert. Die Verantwortlichen sind Sinwar und seine Bande von Verrückten."

Yair Lapid gegen Hamas-Milliardäre

Oppositionsführer Yair Lapid veröffentlichte einen Gastbeitrag in der *Haaretz*.

Darin erinnert er an die Bemühungen von Naftali Bennett, als er Premierminister war, und an seine Leute, als er sein Nachfolger wurde, um die Finanzierungsquellen für die Hisbollah und die Hamas auszutrocknen. Er bedauerte, dass sie nicht verfolgt wurden. Er erinnert daran, dass Ismail Haniyeh, Moussa Abu Marzouk und Khaled Meshal anerkannte Milliardäre seien, und bittet darum, dass man sie finanziell bestraft.

Ein Hamas-Besuch in Peking verschoben

Die Reise einer Hamas-Delegation nach Peking wurde nach einer Intervention des Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, abgesagt oder verschoben.

China hatte die Hamas bisher noch nie empfangen.

IDF-Kommunikationsfehler

Die IDF hielt eine symbolische Zeremonie an dem Ort ab, an dem die Hamas ihre Geiseln zurückgegeben und Israel gedemütigt hatte. Sie luden eine Reihe von Journalisten ein, um dem Anzünden der ersten Chanukka-Kerze beizuwohnen.

Leider war dies nicht der richtige Ort: Es gibt zwei palästinensische Plätze in Gaza-Stadt.

Soldaten vom Premierminister ferngehalten

Premierminister Benjamin Netanjahu wird die Eliteeinheiten der Luftwaffe, 5101 ("Shaldag") und 669, besuchen. Die Soldaten wurden

angewiesen, sich fernzuhalten. Die Militärbehörden befürchteten, dass sie ihn nicht willkommen heißen würden.

Voltaire-Netzwerkanalyse

- "[Suprematismus führt unweigerlich zu Kriminalität](#)", von Thierry Meyssan

In wenigen Monate ist Israel, das eine lange widersprüchliche, sowohl demokratisch als auch kriminelle Tradition hatte, untergegangen. Seine Verfassung wurde geändert, und sein Premierminister hat mit der Komplizenschaft der Muslimbruderschaft einen blutigen Vorwand für die Liquidierung des palästinensischen Volkes organisiert.

Seither ist die israelische herrschende Klasse von einer Art suprematistischem Wahnsinn ergriffen. Sie spricht nur mehr von der Ausrottung der Hamas und der Zwangsumsiedlung der Bewohner des Gazastreifens. Vor unseren Augen werden wir Zeugen eines Genozids, live in den sozialen Medien.

- "[Israel wusste seit mehr als einem Jahr von Hamas' Angriffsplan](#)" von Manlio Dinucci

Manlio Dinucci blickt auf die Gründe zurück, warum die israelische Regierung den Anschlag vom 7. Oktober wissentlich zugelassen hat.

Pufferzone zwischen Israel und dem Libanon

Die Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL) übermittelte der Hisbollah eine israelische Botschaft. Tel Aviv will eine 3 Kilometer tiefe Pufferzone auf libanesischem Territorium schaffen. Berichten zufolge antwortete die Hisbollah, dass dies eine Verdoppelung der 3-Kilometer-Pufferzone auf israelisches Territorium bedeuten würde.

Die Netanjahu-Regierung glaubt, dass die 100 000 von der Nordgrenze vertriebenen Israelis niemals einer Rückkehr in ihre Heimat zustimmen werden, wenn es der Regierung

nicht gelingt, eine Pufferzone mit dem Libanon zu schaffen.

Die israelische Position ist ein Fortschritt gegenüber Benjamin Netanjahus Rede von einer Pufferzone bis zum Litani-Fluss, d.h. 40 Kilometer.

Bernard Emié im Nahen Osten

Bernard Emié, Direktor des französischen Auslandsgeheimdienstes (DGSE), besuchte Beirut. Er traf sich mit dem Parlamentspräsidenten Nabih Birri, dem Premierminister Najib Mikati und dem Vorsitzenden der Sozialistischen Fortschrittspartei (PSP), Walid Dschumblatt.

Er forderte seine Gesprächspartner auf, sich auf die Folgen des Gaza-Krieges vorzubereiten.

Israels Führer befinden sich in einem Zustand der Hysterie. Überall wird nur von der Vertreibung oder Eliminierung von Bevölkerungen gesprochen. Die Libanesen müssen israelische Interventionen im eigenen Land fürchten. Wie auch immer der Konflikt ausgeht, die Resolution 1701, die seit dem Ende des israelisch-libanesischen Krieges im Jahr 2006 gilt, muss umgesetzt, modifiziert oder für ungültig erklärt werden.

Übrigens war auch von der Verlängerung des Mandats an der Spitze der Streitkräfte von General Joseph Aoun die Rede.

Im Anschluss an diese Gespräche reiste Bernard Emié nach Doha und Tel Aviv.

Er war der Überbringer eines französischen Friedensplans für Gaza, der im Élysée-Palast von Xavier Chatel de Briançon ausgearbeitet wurde und der folgendes vorsah:

- die Freilassung von 5000 palästinensischen Gefangenen aus israelischen Gefängnissen – nicht 10 000, wie die Hamas fordert;
- die Gewährung eines Passierscheins für Hamas-Führer, um sie nach Algerien ins Exil zu schicken;

- die Entsendung einer Friedenstruppe nach Gaza, bestehend aus Frankreich, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten;
- Die Unterstellung des Gazastreifens unter die Verwaltung der Palästinensischen Autonomiebehörde.

Israelische Provokationen gegen den Libanon

Israel versucht, seinen Krieg auf den Libanon auszuweiten. Die Hisbollah und der Iran sind also sehr vorsichtig. Walid Dschumblatt, einer der beiden Führer der kurdischen Gemeinde, traf sich mit jedem von ihnen, um ihn zu warnen.

Jordaniens Sicht von Israel

Der jordanische Außenminister Ayman Safadi warf Israel vor, die Region "tiefer in den Ozean des Todes" zu ziehen. "Israel denkt einfach, dass es das tun kann, dass es nicht rechenschaftspflichtig ist."

Entwicklung der dschihadistischen Gruppierungen in Idlib

Die Falkenbrigaden der Levante (Liwa Suqur al-Sham) spalteten sich von der Syrischen Islamischen Befreiungsfront (Jabhat Tahrir Sūriyā al-Islāmiyyah) ab. Sie könnten sich der Befreiungsorganisation der Levante (Hayat Tahrir al-Sham) anschließen.

☞ Diese Änderung scheint nicht auf ideologische Gründe zurückzuführen zu sein, da es in diesem Punkt keinen Unterschied zwischen den beiden Verbänden gibt. Vielmehr geht es um persönliche Rivalitäten vor dem Hintergrund des langsamen Zerfalls der dschihadistischen Strukturen in Idlib.

Syrien wird Raffinerie in Homs renovieren

Der Iran wird die Raffinerie in Homs renovieren. Seit dem Ende des Krieges im Jahr 2016 konnte sich die syrische Industrie nicht mehr erholen. Der Zugang zu eigenem Öl ist

aufgrund der Besetzung der eigenen Ölfelder durch US-Truppen und ihre kurdischen Söldner nach wie vor unmöglich. Die einzige Lösung wäre, iranisches Rohöl zu importieren und vor Ort zu raffinieren.

US-Lobbybüro-Affäre im Irak taucht wieder auf

Vor dem Sturz von Präsident Saddam Hussein hatten viele irakische Persönlichkeiten und politische Gruppen Verträge mit Lobbyfirmen in den Vereinigten Staaten unterzeichnet, um sie in den Augen der amerikanischen Führung zu fördern. Ziel war es, sie als mögliche Alternativen zum Baath-Regime darzustellen. Diese Verträge wurden später, während der US-Besatzung, fortgesetzt, um sie als die besten lokalen Partner zu präsentieren. Sie dauerten mindestens so lange an, bis der ehemalige Parlamentspräsident Mohamed al-Halbusi sie öffentlich enthüllte. Tatsächlich wäre dies der wahre Grund für seine Amtsenthebung.

Heute, im Zusammenhang mit dem Krieg gegen Gaza, ist dieser Fall wieder aufgetaucht. Die irakische Presse wundert sich nicht mehr darüber, wie diese oder jene Persönlichkeit von der Unterstützung Washingtons profitiert hat, sondern über den Zynismus derer, die immer noch die Unterstützung des Landes suchen, das die Bomben liefert, die die Menschen in Gaza töten.

Saudi-Arabien hält Russland für wichtiger als Großbritannien

Der saudische Kronprinz und Premierminister Mohammed bin Salman hat eine lange geplante Reise nach London abgesagt, um den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu empfangen. Die beiden Männer sprachen über die Verantwortung Saudi-Arabiens innerhalb der BRICS.

Saudi-Arabien und Iran koordinieren sich gegen Israel

Der saudische Außenminister Prinz Faisal bin Farhan und der iranische Außenminister

Hossein Amir Abdollahian trafen sich in Genf. Sie diskutierten über die Koordination der beiden Staaten, um gemeinsam Druck auf Israel in Gaza auszuüben.

Ali Khamenei erinnert an Irans Position gegenüber Israel

Der Führer der Islamischen Revolution, Ayatollah Ali Khamenei, sagte: "Einige in der Welt lügen über den Iran. Ihrer Meinung nach würden wir sagen, dass Juden und Zionisten ins Meer geworfen werden sollten. Das haben in der Vergangenheit einige Araber gesagt. Verstehen Sie mich nicht falsch. Wir werfen niemanden ins Meer."

☞ Der Iran ist der Ansicht, dass der Staat Israel seine Verpflichtungen nicht eingehalten hat, als er den Vereinten Nationen beitrug. Laut Teheran wird er erst dann legitim sein, wenn der UN-Plan vollständig umgesetzt ist, d.h. wenn ein palästinensischer Staat anerkannt ist. Das ist der Grund, warum seine Diplomaten von einem "zionistischen Gebilde" und nicht von einem "Staat Israel" sprechen.

Unter keinen Umständen wollte der Iran die jüdische Bevölkerung von dem geographischen Palästina ausrotten. Die [Reuters](#)-Erklärung von 2005, die Präsident Mahmud Ahmadinedschad zugeschrieben wird, dass "Israel von der Landkarte getilgt werden muss", war ein "Fehler" der Übersetzung, wie die Agentur auch [später] korrigiert hat. Er verglich Israel mit der UdSSR und stellte fest, dass solche Regime, nicht solche Länder, von Dauer sein könnten.

Der Iran ist stolz auf seine ideologische Arbeit

In ihren Erklärungen für den internen Gebrauch betonen die iranischen Führer, dass sie seit Jahren eine gründliche ideologische Arbeit geleistet haben und dass heute die verschiedenen Komponenten der Achse des Widerstands gegen Israel kämpfen, ohne Befehle aus Teheran entgegennehmen zu müssen.

Diese Sichtweise steht in völligem Widerspruch zu der des Westens, für den die Achse des Widerstands nichts anderes ist als eine Ansammlung von Stellvertretern, die ihren Herren blindlings folgen.

Türkei plant Abschiebung von 200 000 syrischen Arbeitsmigranten

In der Türkei leben noch 3,288 Millionen syrische Einwanderer. Die meisten von ihnen sind keine Flüchtlinge per se: Sie wurden zu Beginn des Krieges von Ankara eingeladen, um sich vor den Kämpfen zu schützen. Diese Migration war ein Plan der NATO, um Syrien zu schwächen. In der Folge nutzte die Türkei sie, um ihre Industrie am Laufen zu halten und Druck auf die Europäische Union auszuüben. Mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes sind sie jedoch zu einer Belastung geworden. 200 000 von ihnen will Ankara in den kommenden Monaten ausweisen. Sie könnten in Idlib stabilisiert werden, da dieses dschihadistische Gebiet von der türkischen Armee kontrolliert wird. Sie könnten auch in die von Damaskus kontrollierten Gebiete zurückkehren, riskieren dann aber, ihre finanzielle Unterstützung durch die Vereinten Nationen zu verlieren.

Der Oberste Gerichtshof von Indien/Bharat bestätigt das harte Vorgehen von Narendra Modi in Kaschmir

Der Oberste Gerichtshof von Indien/Bharat hat die Entscheidung der Regierung von Premierminister Narendra Modi bestätigt, den halbautonomen Status Kaschmirs zu beenden, der im Mittelpunkt eines jahrzehntelangen Aufstands stand. Es handelt sich also nur um ein "Unionsterritorium", das unter der direkten Verwaltung von Neu-Delhi steht.

Der Oberste Gerichtshof ordnete außerdem die Abhaltung von Wahlen in Jammu und Kaschmir im Jahr 2024 an und entschied, dass Jammu und Kaschmir "so bald wie möglich" mit anderen indischen Bundesstaaten gleichgestellt werden sollten, wobei eine Wahl

bis zum 30. September 2024 abgehalten werden soll.

Etwas mehr als 120 Menschen sind im Jahr 2023 bei Indiens hartem Vorgehen getötet worden, zwei Drittel von ihnen sind Aufständische.

Bharat erneut beschuldigt, versucht zu haben, Sikh-Separatisten im Ausland zu ermorden

Nach Angaben des FBI, laut der *Financial Times* hätte der indische Geheimdienst einen Handlanger, Nikhil Gupta, rekrutiert haben, um einen Sikh-Unabhängigkeitsführer in den Vereinigten Staaten, Gurpatwant Singh Pannun, zu ermorden; Ein Vertrag im Wert von 100 000 US-Dollar. Der gedungene Mörder wurde im Juni in der Tschechischen Republik festgenommen und später an die USA ausgeliefert. Er wird in Manhattan vor Gericht gestellt.

Im Juni beschuldigte der kanadische Premierminister Justin Trudeau Indien/Bharat, die Ermordung eines anderen Sikh-Unabhängigkeitsführers, Hardeep Singh Nijjar, in Kanada angeordnet zu haben.

William Burns, Direktor der CIA, besuchte Bharat im August und Avril Haines, Direktorin des Nationalen Geheimdienstes, besuchte Bharat im Oktober.

Nachdem die Regierung von Narendra Modi jede Verantwortung in der kanadischen Affäre zurückgewiesen hatte, setzte sie eine spezielle Untersuchungskommission ein, um den Fällen auf den Grund zu gehen.

Unfall zwischen zwei philippinischen und chinesischen Schiffen auf den Spratly-Inseln

Ein Schiff der chinesischen Küstenwache griff eines der philippinischen Schiffe mit Wasserwerfern an, das gekommen war, um die *BRP-Sierra Madre* auf der Bank Second Thomas zu versorgen. Am Ende kollidierte ein

philippinisches Schiff absichtlich mit einem der Schiffe der chinesischen Küstenwache. Beide Staaten beschuldigen sich gegenseitig, den Unfall verursacht zu haben. Der philippinische Zivilkonvoi war mit Unterstützung der Vereinigten Staaten organisiert worden.

☞ Vor 24 Jahren versenkten die Philippinen vorsätzlich die *BRP Sierra Madre* auf diesem Atoll, um die Souveränität über die gesamten Spratly-Inseln zu beanspruchen. Da dieses Gebiet von China verwaltet wird, werden die 11 Soldaten, die das Wrack besetzen, in der Regel durch Luftabwürfe versorgt.

China behauptet, die Philippinen hätten sich verpflichtet, die *BRP-Sierra Madre* abzuschleppen. Wir konnten keine Aufzeichnungen über diese Entscheidung finden.

Weltfriedenskonvention 2023 in Manila

Die World Peace Foundation organisierte einen großen Kongress auf den Philippinen. Ihr Präsident, Hyun Jin Moon, setzte sich entschieden für die Vereinigung der beiden Koreas ein.

Hyun Jin Moon ist der Sohn von Reverend Sun Myung Moon, dem Gründer der "Moon Sect"; eine von der CIA gesponserte antikommunistische religiöse Organisation.

Nordkorea würde erwägen, Russland Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen

Nach Angaben des südkoreanischen Geheimdienstes (NIS) versucht Nordkorea, über die Entsendung von Arbeitsmigranten nach Russland zu verhandeln. Laut Seoul würde eine solche Migration gegen Resolutionen des Sicherheitsrats verstoßen, die am Ende der Feindseligkeiten im Koreakrieg verabschiedet wurden.

Menschenrechte nach Kim Jong-un

Kim Jong-un, der oberste Führer der Demokratischen Volksrepublik Korea (bekannt

als "Nordkorea"), hielt eine Rede auf einem Treffen der Arbeiterpartei. Er kündigte die Veröffentlichung eines Weißbuchs über Menschenrechte anlässlich des 75. Jahrestages der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen an. Dem Dokument zufolge hat die Demokratische Volksrepublik Korea unter seiner Führung in diesem Bereich bedeutende Fortschritte erzielt. Zum Beispiel wird die während der Feindseligkeiten gängige kollektive Bestrafung nicht mehr praktiziert. Der Westen wirft ihm dies jedoch weiterhin vor. Darüber hinaus bekämpfen die Westmächte, die vorgeben, die Menschenrechte zu unterstützen, sie nur, da sie in vielen Fällen die Souveränität der Staaten leugnen, die eine wesentliche Voraussetzung für ihre Ausübung ist.

Veröffentlichung des Buches "Vor unseren Augen"

Das Buch von Thierry Meyssan erscheint am 20. Dezember auf Deutsch bei Zeitgeist mit einem Vorwort von Wolfgang Effenberger.

Sie können es jetzt auf Amazon.de bestellen

Dieses Buch ist bereits erhältlich auf

- Englisch
- Spanisch
- [Französisch](#)
- [Italienisch](#)
- Russisch

Südkorea nimmt Flugblattabwürfe über Nordkorea wieder auf

Das Verfassungsgericht der Republik Korea (bekannt als "Südkorea") hat das Gesetz aufgehoben, das das Versenden von Propagandaflugblättern über das Territorium des nördlichen Nachbarn verbietet.

Dieser Text wurde 2018 auf Druck von Präsident Moon Jae-in verabschiedet, der eine Annäherung zwischen den beiden Koreas befürwortete. Sein Nachfolger, der derzeitige Präsident Yoon Suk-yeol, ein Bewunderer der Diktatur von Chun Doo-Hwan, befürwortet im

Gegenteil die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Allerdings hat er jetzt nur noch 19 % positiver Meinungen.

China beansprucht die Senkaku-Inseln

General He Lei, ehemaliger Vizepräsident der Akademie für Militärwissenschaften der chinesischen Volksbefreiungsarmee, gab der *Kyodo News* ein Gespräch. Er erinnerte dabei, dass Peking die Souveränität über Taiwan und über die Senkaku-Inseln beansprucht und warnte Tokio, das diese ebenfalls für sich beansprucht.

Die Senkaku-Inseln sind heute nicht mehr bewohnt, aber sie erlauben es dem Staat, der sie besitzt, zu behaupten, ein viel größeres Fischereigebiet zu haben oder sogar *Offshore* Ölressourcen auszubeuten.

☞ Im Vertrag von Shimonoseki hat China die Senkaku-Inseln ebenso wie die Formosa-Insel (Taiwan) als japanisch anerkannt. Doch Peking betrachtet diesen Text als einen der "ungleichen Verträge", die von den Kolonialarmeen aufgezwungen wurden. Die Senkakus wurden von dem Industriellen Tatsushirō Koga und später vom Koga-Clan ausgebeutet. Am Ende des Zweiten Weltkriegs erkannten die Alliierten zwar an, dass Taiwan nicht japanisch, sondern chinesisch war, besetzten aber die Senkakus bis 1972. Seitdem gelten sie als japanisch.

Spionage Epidemie in Taiwan zugunsten der Volksrepublik China

Ein Pilot der taiwanesischen Luftwaffe ist hinter verschlossenen Türen wegen Spionagevorwürfen verurteilt worden. „Gemäß den Anweisungen der Agenten des Festlandes [d.h. der Volksrepublik China] wurde Oberstleutnant Hsieh (von den chinesischen Diensten) gebeten, einen Hubschrauber in geringer Höhe entlang der Küste zu dem chinesischen kommunistischen Flugzeugträger zu fliegen, der 24 Seemeilen (44 km) vor der Küste Taiwans Übungen durchführt“, sagte das Gericht. Im Gegenzug, so das Gericht, erhielt er 15 Millionen Dollar, von denen die erste bereits

an ihn gezahlt worden war. Darüber hinaus wurde seine Familie Berichten zufolge nach Thailand evakuiert. Hsieh hat zugegeben, einen Hubschrauberflug geplant zu haben, aber nicht die Bestechung für die er angeklagt wurde.

Hsiehs Fall kam ans Licht, nachdem die taiwanische Staatsanwaltschaft Ende November eine Gruppe aktiver und pensionierter Offiziere wegen angeblicher Spionage für Peking angeklagt hatte.

Japans massiver systemischer Korruptionsskandal

Japan wird von einem riesigen Skandal um illegale Finanzierung der Liberaldemokratischen Partei und vor allem der Fraktion des ehemaligen Premierministers Shinzo Abe erschüttert. Mindestens 500 Millionen US-Dollar sollen zwischen 2018 und 2022 auf geheimen Konten an 99 Abgeordnete laut *Asahi Shimbun* gezahlt worden sein. Mindestens 10 Abgeordnete sollen jeweils mehr als 10 Millionen Dollar eingestrichen haben.

Unter ihnen soll Senator Yasutada Ohno mehr als 50 Millionen Dollar und Senator Seiko Hashimoto, eine ehemalige Ministerin der Olympischen Spiele, mehr als 20 Millionen Dollar erhalten haben.

Die Kritik konzentriert sich auf den Chefsekretär der Regierung, Hirokazu Matsuno, weil er von 2019 bis 2021 auch Generalsekretär der Fraktion von Shinzo Abe war.

Der Abgeordnete Yoshitaka Ikeda hat zugegeben, dass er in den letzten vier Jahren "Spenden" in Höhe von 32 Millionen US-Dollar erhalten aber nicht versteuert habe.

Premierminister Fumio Kishida erwägt nicht nur die Entlassung von Hirokazu Matsuno, sondern auch der drei Minister seiner Fraktion, des Wirtschaftsministers Yasutoshi Nishimura, des Landwirtschaftsministers Ichiro Miyashita und des Innenministers Junji Suzuki. Neben ihnen könnten elf weitere untergeordnete Kabinettsmitglieder – fünf stellvertretende

Minister und sechs Politiker – abgesetzt werden, unabhängig von ihrer Beteiligung an den Vorwürfen. Darüber hinaus sind innerhalb der Partei der Leiter der politischen Angelegenheiten, Koichi Hagiuda, der Generalsekretär des Senats, Hiroshige Seko, und der Leiter der parlamentarischen Angelegenheiten, Tsuyoshi Takagi, bedroht.

In einer gemeinsamen Umfrage der *Sankei Shimbun* und *Fuji TV* fiel die Zustimmungsrate des Kabinetts auf 22,5 %, was einem Rückgang von 5,3 Punkten gegenüber dem Vormonat entspricht. 87,7 Prozent der Befragten gaben an, dass Premierminister Fumio Kishida für den Skandal verantwortlich sei.

☞ Die Mehrheit der Abgeordneten der Liberaldemokraten stammt aus Erbdynastien. Diese Partei wurde von den Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet, um Kriegsverbrecher zu recyceln, die nicht vom Tokioter Tribunal verurteilt worden waren. Sie hat Japan dauerhaft 67 Jahre lang regiert (mit Ausnahme von zwei kurzen Perioden, die insgesamt 4 Jahre nicht überschreiten). Anlässlich der Ermordung von Shinzo Abe im Jahr 2020 erfuhr die Öffentlichkeit, dass seine Fraktion immer noch beträchtliche Mittel von der Vereinigungskirche (bekannt als "Mondsekte") erhielt; eine religiöse Organisation, die historisch mit asiatischen und lateinamerikanischen Diktaturen verbunden ist.

Der Political Funds Control Act sieht vor, dass eine Fundraising-Vereinigung den Namen, die Adresse und den Beruf jedes Spenders – einschließlich privater Organisationen oder anderer Strukturen – melden muss, der mehr als 200 000 US-Dollar spendet. Spendern ist es untersagt, mehr als 1,5 Millionen US-Dollar an dieselbe politische Vereinigung innerhalb einer Partei zu spenden.

Bis heute ist unklar, woher diese Bestechungsgelder kamen und wozu sie bestimmt waren.

OZEANIEN

Australien verschärft seine Einwanderungsbestimmungen

Australien reformiert seine Migrationspolitik. "Das System ist kaputt", sagte Premierminister Anthony Albanese. Von nun an müssen internationale Studenten in ihren Englischprüfungen besser abschneiden, um für ein Visum in Frage zu kommen, und Anträge auf Verlängerung des Aufenthalts werden genauer geprüft. In der Zwischenzeit wird die Regierung ein neues Spezialvisum für hochqualifizierte Arbeitskräfte einführen, das die Rekrutierungsbemühungen verstärken wird, um auf den globalen Märkten besser konkurrieren zu können.

Papua-Neuguinea unterzeichnet Sicherheitsabkommen mit Australien

Australien und Papua-Neuguinea haben am Donnerstag einen Sicherheitspakt unterzeichnet, der es Canberra ermöglicht, Port Moresby bei seiner inneren Sicherheit zu unterstützen. Im Gegenzug hofft Australien, seine Wirtschaft anzukurbeln, indem es mehr in der Region investiert und Papua-Neuguinea ermutigt, sich auf die Seite westlicher Aktionen im Pazifik zu schlagen.

Im Mai unterzeichnete Papua-Neuguinea ein Verteidigungsabkommen mit Washington zur Modernisierung seiner Militärbasen. Dieser Schritt hat jedoch seine Bemühungen, in diesem Jahr größere Handelsabkommen mit Peking abzuschließen, nicht behindert.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

153 Staaten verabschieden UN-Resolution, in der ein sofortiger Waffenstillstand in Gaza gefordert wird

Auf Vorschlag Algeriens, Bahrains, der Komoren, Dschibutis, Ägyptens, Iraks, Jordaniens, Kuwaits, Libanons, Libyens, Mauretaniens, Marokkos, Omans, Katars,

Somalias, Saudi-Arabiens, Sudans, Tunesiens, der Vereinigten Arabischen Emirate, Jemens und des Staates Palästina hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolution mit dem Titel "Schutz der Zivilbevölkerung und Einhaltung der rechtlichen und humanitären Verpflichtungen" (A/ES-10/L.27) angenommen.

"1. Sie fordert einen sofortigen humanitären Waffenstillstand;
2. Sie bekräftigt ihre Forderung, dass alle Parteien ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts, auch in Bezug auf den Schutz von Zivilpersonen, nachkommen;
3. fordert die unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller Geiseln sowie die Gewährleistung des humanitären Zugangs."

10 Staaten stimmten dagegen (Österreich, Tschechien, Guatemala, Israel, Liberia, Mikronesien, Nauru, Papua-Neuguinea, Paraguay, Vereinigte Staaten), 23 enthielten sich, während 153 zustimmten.

Die Staaten, die dagegen gestimmt haben, haben zwei Änderungsanträge eingereicht, die abgelehnt wurden. Sie beabsichtigten, die Hamas allein zu verurteilen, ohne auf israelische Verbrechen hinzuweisen.

Noch immer keine multinationale Truppe in Haiti

In einem kurzen Briefing an den Sicherheitsrat bedauerte der Vorsitzende des mit Resolution 2653 (2022) eingesetzten Sanktionsausschusses betreffend Haiti, dass sich die Entsendung einer spezialisierten multinationalen Truppe zur Unterstützung der haitianischen Nationalpolizei (HNP) verzögert habe, während die Sicherheitslage im Land weiterhin besorgniserregend ist.

WHO-Statistiken zur Lage in Gaza

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vom 7. Dezember

- Berichten zufolge wurden 17 487 Leichen von verstorbenen Palästinensern gefunden (plus die Leichen der Toten, die unter den Trümmern begraben wurden)
- Das Krankenhauskorps nahm Berichten zufolge 46.480 verwundete Palästinenser auf.
- Schätzungsweise 1,9 Millionen Palästinenser wurden vertrieben, wovon 1,2 Millionen von ihnen in UNRWA-Lagern leben.

G7 intensiviert Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden organisierten Betrugs

Die G7-Innenminister haben sich auf ihrer Tagung im japanischen Mito darauf geeinigt, ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden organisierten Betrugs zu intensivieren.

Nach Angaben des deutschen Interpol-Generalsekretärs Jürgen Stock, der an dem Treffen teilnahm, gibt es Stützpunkte in Asien und Westafrika, von denen aus betrügerische Telefonanrufe getätigt werden, die die wirtschaftliche Sicherheit gefährden oder eine Rolle bei Cyberkriminalität, sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch von Kindern, Terrorismus und Veruntreuung von Geldern spielen, die für die Ukraine bestimmt sind.

Im Jahr 2024 wird im Vereinigten Königreich ein globaler Gipfel gegen grenzüberschreitenden Betrug stattfinden.

Das Sondertribunal für den Libanon schließt seine Pforten, ohne dass Licht ins Dunkel gebracht werden konnte

Das Sondertribunal für den Libanon sollte seine Pforten schließen, weil es an finanziellen Mitteln mangelt. Es wurde angeblich ins Leben gerufen, um die Ermordung des ehemaligen libanesischen Premierministers Rafik Hariri und andere Verbrechen aufzuklären. China, Indonesien, Katar, die Russische Föderation und Südafrika prangerten jedoch von Anfang an eine koloniale Institution an, die als

Rechtfertigung für einen zukünftigen Krieg dienen sollte.

Tatsächlich hat sich dieses Tribunal nie bereit erklärt, [forensische Beweise](#) zu untersuchen, sondern sich im Gegenteil immer auf unglaubliche Medienszenarien beschränkt.

In sechzehn Jahren, ist es ihm nur gelungen, zwei libanesische Journalisten zu verurteilen, Ibrahim el-Amine (Tageszeitung *al-Akhbar*) und Karma al-Khayat (TV *al-Jadeed*) wegen Missachtung und Behinderung der Justiz. Außerdem wurden drei Angeklagte in Abwesenheit verurteilt.

☞ Anders als der Name vermuten lässt, handelt es sich bei diesem internationalen Gremium nicht um ein "Gericht" im juristischen Sinne: Es wurde weder von den politischen Gremien der Vereinten Nationen noch vom Libanon geschaffen, sondern durch die Resolution 1757, die eine Vereinbarung zwischen einem hochrangigen internationalen Beamten (Kofi Annan, UN-Generalsekretär) und einem zurückgetretenen Premierminister (Fouad Siniora) bestätigt.

Seine Arbeit wurde durch eine Kaskade von Rücktritten unterbrochen, an denen ihr Präsident, zwei Staatsanwälte und ein Angestellter beteiligt waren, und durch zahlreiche Unregelmäßigkeiten, von denen eine die Bestechung eines Ermittlers war, willkürliche Verhaftungen auf der Grundlage der Aussagen falscher Zeugen, Ermittler Agenten der CIA.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°67 - 22. Dezember 2023

LEITARTIKEL

Der Krieg zur Unterstützung der Bewohner des Gazastreifens entwickelt sich im Roten Meer

Vier der fünf größten Reedereien der Welt, die dänische Maersk, die französische CMA-CGM, die deutsche Hapag-Lloyd und die Schweizer MSC, haben angekündigt, die Meeresenge Bab el-Mandeb und damit den Suezkanal nicht mehr zu nutzen, um keine Angriffe von Ansar Allah zu riskieren. Nur die chinesische Cosco setzt diesen Weg fort. Ölkonzerne wie Shell haben angekündigt, die gleichen Maßnahmen zu ergreifen.

Josef Borrell, Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, und Jens Stoltenberg, Generalsekretär der NATO, kündigten die "Operation Guardian of Prosperity" an.

Bahrain, Kanada, Spanien, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien, die Niederlande, Norwegen, die Seychellen und das Vereinigte Königreich haben sich darauf geeinigt, sich zu koordinieren, um die maritime Sicherheit im Roten Meer und in der Straße von Bab el-Mandeb zu gewährleisten. Andere Staaten unterstützen sie, haben aber Angst, namentlich genannt zu werden. Die Verpflichtungen beider sind operativer oder nachrichtendienstlicher Natur.

Gesteuert wird das Ganze von Northwood aus, in einem Vorort von London (MarCom). Der britische Vizeadmiral Michael Keith Utley und sein Stellvertreter, der französische Konteradmiral Didier Maletterre, standen beide unter dem Kommando von US-General Christopher G. Cavoli (Saceur).

Saudi-Arabien, das mit Ansar Allah/"Huthi" über einen Friedensvertrag verhandelt, und Ägypten haben sich geweigert, ihnen beizutreten, trotz des Drucks des Nationalen Sicherheitsberaters der USA, Jacob "Jake" Sullivan, der hin und her gefahren ist.

☞ Grundsätzlich wird die Sicherheit des Roten Meeres seit April 2022 durch die CTF 153 gewährleistet, in der 39 Staaten auf Befehl des Pentagon der Naval Support Activity Bahrain (NSA Bahrain) zusammengeschlossen sind, einem Stützpunkt, der 2010 für eine halbe Milliarde Dollar renoviert wurde. Ziel war es, ein Übergreifen des jemenitischen Konflikts auf das Rote Meer zu verhindern. Es ist klar, dass der Krieg in Gaza die Situation verändert hat. Wir müssen uns jetzt mit einem Auswuchs des Krieges gegen die Palästinenser auseinandersetzen, ohne ihm ein Ende zu setzen. Insgesamt betrifft das gesamte System mindestens die 44 Staaten, aus denen sich der politische Westen zusammensetzt.

☞ Bis heute ist die Größe der Seestreitkräfte von Ansar Allah unbekannt. Die Partei behauptet, sie während des Krieges entwickelt und geheim gehalten zu haben. Auf jeden Fall verfügt es jetzt über eigene Waffenfabriken und muss sein Arsenal nicht mehr aus dem Iran importieren.

☞ Ansar Allah (Unterstützer Gottes) ist eine politische Organisation, die von der Familie al-Huthi gegründet wurde. Daher auch der abfällige Spitzname, den ihr der Westen gegeben hat: die Huthis (d.h. die Bande der al-Huthi-Familie). Sie bekennen sich zum Zaydismus, einem schiitischen Zweig des Islam, dessen Riten kulturell vom Hinduismus geprägt sind.

☞ Im Jahr 2015 verpflichteten sich Israel und Saudi-Arabien, das [jemenitische] Ölfeld Rub'al-Khali auszubeuten, Saudi-Arabien, Jemen, sogar Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate zu fusionieren, die von Äthiopien kontrollierten Ogaden-Ölfelder auszubeuten, den Hafen von Aden im Jemen zu sichern und eine Brücke zwischen Dschibuti und Jemen zu bauen. Zu diesem Zweck richteten sie ein gemeinsames Hauptquartier im nicht anerkannten Staat Somaliland ein und mischten sich in den Konflikt zwischen der jemenitischen Regierung von Abdrabbo Mansur Hadi und Ansar Allah, das gegen die Fusion war, ein. Da gab es Krieg. Ansar Allah erhielt Unterstützung aus dem Iran, erhielt Waffen und ihre Kämpfer erhielten eine militärische und ideologische Ausbildung im Iran.

☞ Da niemand je in der Lage war, die Jemeniten zu besiegen, konnte dieser Eroberungskrieg von den Saudis und den Emiratis nicht gewonnen werden. Im Rahmen der von China vermittelten saudisch-iranischen Aussöhnung wurde ein Friedensvertrag unterzeichnet. Der Termin für die Zeremonie stand fest. Sie hätte in der vergangenen Woche in Anwesenheit des Sondergesandten des UN-Generalsekretärs, Hans Grünberg aus Deutschland, stattfinden sollen. Sie wurde jedoch auf Druck Washingtons abgesagt.

☞ Der Friedensvertrag stellte die Einheit des Landes wieder her, aber die „Bewegung des Südens“ forderte weiterhin die Teilung des Landes in zwei unabhängige Staaten. In den 2000er Jahren kam es zu einer Wende: Der Süden, ehemals eine marxistisch-leninistische Republik, wird heute von Salafisten beherrscht, während der Norden mit Ansar Allah nationalistisch ist.

☞ Ansar Allah hat angekündigt, dass es israelische Schiffe oder Schiffe, die Israel anlaufen, angreifen werde, solange das Abschlagen der Bewohner des Gazastreifens andauere und sie keinen Zugang zu ausreichender humanitärer Hilfe haben. Die Operation "Guardian of Prosperity" zielt darauf ab, Ansar Allah daran zu hindern, den Verkehr im Roten Meer zu stören, damit das anhaltende Gemetzel in Gaza fortgesetzt werden kann. Alle teilnehmenden Staaten machen sich daher an israelischen Verbrechen mitschuldig.

AMERIKA

US-Demokraten üben Druck auf Benjamin Netanjahu aus

Der jüdische demokratische Abgeordnete Steve Cohen (Tennessee), traf sich mit Präsident Joe Biden zu einer Chanukka-Zeremonie im Weißen Haus. Als er herauskam sagte er, dass der Nationale Sicherheitsberater Jacob "Jake" Sullivan dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu die folgende Botschaft übermitteln werde: Israel müsse seine Bombardierung des Gazastreifens einschränken, sonst werde es seinen letzten wahren Freund, die Vereinigten Staaten, verlieren.

Steve Cohen hatte Benjamin Netanjahus Rede vor dem Kongress im Jahr 2015 boykottiert.

CentCom bereitet sich auf Intervention vor

General Michael Erik Kurilla, Kommandeur der *U.S. Forces for the Greater Middle East* (CentCom), besuchte seine Amtskollegen in Ägypten, Jordanien und Israel.

Parlamentarier verteidigen Presserechte in Gaza

Die fünf demokratischen Senatoren Brian Schatz (Hawaii), Peter Welch (Vermont), Chris Van Hollen (Maryland), Tim Kaine (Virginia) und Cory Booker (New Jersey) haben sich in einem Brief an Präsident Joe Biden gewandt und ihn gebeten, den Zugang der Presse zum Gazastreifen zu gewährleisten. Sie schreiben: "Wir bitten Sie, die israelische Regierung sowie die ägyptische Regierung weiter zu drängen, die Pressefreiheit zu respektieren, indem sie allen interessierten Journalisten die uneingeschränkte Einreise nach Gaza gestatten und ihnen angemessenen Schutz gewähren, damit sie ihre wichtige Arbeit ausführen können."

Chris Van Hollen wünscht ein klareres Bekenntnis von Joe Biden für das humanitäre Recht in Gaza

Senator Chris Van Hollen, Demokrat und Gast in der *ABC-Sendung This Week*, sagte: "Wir haben ein inakzeptables Ausmaß an zivilen Opfern [in Gaza], wir sehen sehr lockere Einsatzregeln – viel lockerer als alles, was die USA akzeptieren würden", was sehr wichtig ist, weil die USA keine Zuschauer sind. Wir sind ein wichtiger Geber militärischer Hilfe für den jüdischen Staat." In dieser Hinsicht ist die Botschaft von Präsident Joe Biden an den jüdischen Staat "nicht klar genug".

Lindsey Graham will eine Lösung in Gaza statt einen Rachezyklus

Der republikanische Senator Lindsey Graham (South Carolina), der in der *NBC-Sendung "Meet the Press"* zu Gast war, sagte: "Wir haben zwei Möglichkeiten: die Todesspirale fortzusetzen oder den 7. Oktober als Katalysator für Veränderungen zu nutzen. Ich denke, die Araber werden eine Form der Zwei-Staaten-Lösung fordern, um den jüdischen Staat anzuerkennen. Ich denke, Israel wird Pufferzonen fordern, um seine Sicherheit zu garantieren... Ich weiß nicht, wie es enden wird, aber ich sage Ihnen: Wenn wir das dieses Mal

nicht hinbekommen, werden wir eine weitere Generation von Toten haben, nur aus Rache."

Debbie Dingell beklagt Joe Bidens Passivität angesichts der Kriegsverbrechen

Die demokratische Abgeordnete Debbie Dingell (Michigan), die in der *NBC-Sendung "Meet the Press"* zu Gast war, äußerte sich besorgt über die Reaktion muslimischer Wähler auf die Passivität von Präsident Joe Biden. Sie sagte: "Ich kann Ihnen nicht sagen, mit wie vielen Wählern ich gesprochen habe, die ganze Familien verloren haben. Wir müssen fühsam und mitfühlend sein. Ein jüdisches Baby und ein palästinensisches Baby sind Babys, ich möchte kein Baby sterben sehen. Wir müssen da raus, wir haben einen Waffenstillstand bekommen, das muss aufhören."

Bernie Sanders will Rechtsvorbehalte für ausländische Beihilfe geltend machen

Senator Bernie Sanders, (D-Vermont), hat einen [Resolutionsentwurf \(S. 504\)](#) eingebracht, um "Informationen über israelische Menschenrechtspraktiken gemäß Abschnitt 502B (c) des Foreign Assistance Act von 1961 anzufordern".

Er sagte: "Wir alle wissen, dass der brutale Terroranschlag der Hamas diesen Krieg ausgelöst hat. Aber die blinde Reaktion der Netanjahu-Regierung ist unmoralisch. Das verstößt gegen das Völkerrecht, und der Kongress muss Antworten über die Durchführung dieser Kampagne verlangen. Ein gerechter Grund für einen Krieg entschuldigt nicht die Gräueltaten der Führung dieses Krieges. Das Ausmaß des Leids in Gaza ist unvorstellbar – es wird als eines der dunkelsten Kapitel unserer modernen Geschichte in Erinnerung bleiben. Es ist eine humanitäre Katastrophe, und sie wird mit US-Bomben und Geld verübt. Wir müssen dieser Tatsache ins Auge sehen – und dann müssen wir unsere Komplizenschaft bei diesen Aktionen beenden."

Das Gesetz über Auslandshilfe verlangt vom US-Außenministerium, innerhalb von 30 Tagen einen Bericht vorzulegen oder alle Formen der Hilfe zu streichen.

Ansichten der US-Amerikaner zum Gaza-Krieg

Laut einer Umfrage der *New York Times* befürworten 44 Prozent der Amerikaner einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza, während 39 Prozent dagegen sind. 57 Prozent der Wähler sind mit Bidens Ansatz unzufrieden, während 33 Prozent ihn unterstützen.

Die Rechnung für den Rückzug der USA aus Russland

Die *New York Times* berichtete: "Westliche Unternehmen, die ihren Rückzug aus Russland angekündigt haben, haben seit Beginn des Krieges Verluste in Höhe von mehr als 103 Milliarden Dollar gemeldet."

300 arbeitslose Millionäre beziehen Sozialhilfe in den USA

In den Vereinigten Staaten, wo 18 Millionen Arbeitslose Leistungen ohne Bedürftigkeitsprüfung erhalten, verdienen 300 von ihnen im Vorjahr mehr als 10 Millionen Dollar. Ihre Entschädigungen belaufen sich im Mittel auf 14000 US-Dollar pro Monat.

Millionen US-Wähler geben Wahlbetrug im Jahr 2020 zu

Laut einer Umfrage des Rasmussen Report über die umstrittene Wahl 2020, bei der 43 % der Wähler per Briefwahl abstimmten, d.h. der höchste Prozentsatz in der Geschichte der USA:

- 17 % der Briefwähler gaben an, in einem Bundesstaat gewählt zu haben, in dem sie nicht mehr dauerhaft lebten
- Weitere 17 % gaben an, einen Stimmzettel für einen Freund oder ein Familienmitglied unterschrieben zu haben.

Also, im Gegensatz zu den Aussagen der Trump-Verwaltung, dass der Betrug nicht

bewiesen sei, geben Millionen Wähler zu, betrogen zu haben.

Der Oberste Gerichtshof von Colorado verbietet Donald Trump die Kandidatur zur Bundespräsidentschaft

Mit einer Mehrheit von vier von sieben Richtern bestätigte der Oberste Gerichtshof von Colorado die Entscheidung des erstinstanzlichen Gerichts, das zu dem Schluss kam, dass Donald Trump während des Sturms auf das Kapitol "am 6. Januar 2021 an einer Rebellion beteiligt war", und vertrat auch die Auffassung, dass der 14. Zusatzartikel zur Verfassung von Colorado, auf den er sich beruft, um seine Unwählbarkeit geltend zu machen, wohl für einen Präsidenten gültig ist.

Die kalifornische stellvertretende Gouverneurin Eleni Kounalakis forderte ihren Bundesstaat auf, dasselbe zu tun.

Schwierige Amtseinführung von Bernardo Arévalo

Staatsanwalt Leonor Morales erklärte, die Wahl des guatemaltekischen Präsidenten, des gemäßigten Liberalen Bernardo Arévalo, sei null und nichtig, weil seine Partei bestimmte Formalitäten nicht erledigt habe.

Der Oberste Gerichtshof wies den Kongress jedoch an, seine Amtseinführung zu garantieren, trotz der politischen Differenzen im Kongress. Das US-Außenministerium hat Sanktionen gegen 300 Guatemalteken verhängt, denen es vorwirft, die institutionellen Grundlagen des Landes zu untergraben. Die Präsidenten von Chile, Brasilien und Kolumbien gaben Erklärungen ab, ebenso wie die Allianz für Entwicklung und Demokratie und die Organisation Amerikanischer Staaten solche zur Unterstützung des Präsidenten gegen den Missbrauch der Justiz abgaben.

☞ Bernardo Arévalo ist ein Soziologe, der gegen Korruption kämpft. Er ist de facto Gegner der Eliten Guatemalas.

Abkommen zwischen Venezuela und Guyana

Die Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuela, Nicolás Maduro, und der Kooperativen Republik Guyana, Irfaan Ali, trafen sich in Anwesenheit von Ralph Gonsalves, Premierminister von St. Vincent und die Grenadinen und Präsident der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC), Roosevelt Skerit, Premierminister von Dominica und Präsident der Karibischen Gemeinschaft (CariCom); und Celso Amorim, Vertreter des brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva.

Sie unterzeichneten ein 11-Punkte-Abkommen:

- Beilegung ihres Streits ohne Anwendung von Gewalt;
- Beilegung ihres Streits in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, einschließlich des Genfer Abkommens von 1966;
- Streben nach friedlicher Koexistenz und Einheit in Lateinamerika und der Karibik;
- Kenntnisnahme der verschiedenen Ansichten im Vergleich zum Schiedsspruch des internationalen Gerichtshofs (CIJ)
- den Dialog fortzusetzen;
- alles zu unterlassen, was den Konflikt verschärfen könnte und CELAC, CariCom und Brasilien über jede Auseinandersetzung zu informieren;
- eine gemeinsame Kommission unter dem Vorsitz der beiden Außenminister einzusetzen;
- sich auf die Vermittlung von Ralph Gonsalves, Roosevelt Skerit und Luiz Inácio Lula da Silva zu verlassen, die in ihrem eigenen Namen und unabhängig von ihren Funktionen handeln.
- Sich innerhalb von drei Monaten wieder in Brasilien treffen;
- Ralph Gonsalves, Roosevelt Skerit und Luiz Inácio Lula da Silva für ihre Initiative danken;
- und den Einwohnern von St. Vincent und den Grenadinen für ihren Empfang danken.

Washington lässt Alex Saab frei

Alex Saab, ein kolumbianischer Mittelsmann, der für Venezuela arbeitet, wurde in seinem Privatjet bei einem Zwischenstopp auf den

Kapverden, auf dem Weg in den Iran, verhaftet. Diese Festnahme wurde von dem Straussianer Elliott Abrams organisiert. Saabs Ehefrau, das italienische Model Camila Fabbri, ist nach Moskau geflohen. Die venezolanische und die nigerianische Regierungen haben eine internationale Kampagne für seine Freilassung gestartet. Der ehemalige spanische Anti-Terror-Richter Baltasar Garzon wurde sein Anwalt auf den Kapverden. Präsident Nicolás Maduro hat Saab zum Botschafter Venezuelas bei der Afrikanischen Union ernannt. Der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen (zuständig für die Überwachung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte) hat Kap Verde aufgefordert, die Auslieferung von Saab auszusetzen. Er wurde jedoch in die Vereinigten Staaten überstellt.

Laut Dokumenten, die während seines Prozesses veröffentlicht wurden, war Alex Saab ein Agent der US-amerikanischen DEA. Berichten zufolge erhielt er 10 Millionen Dollar im Austausch für Informationen über die Verwicklung venezolanischer Beamter in den Drogenhandel. Einer seiner Anwälte erklärte jedoch, dass Alex Saab nicht mit der DEA zusammengearbeitet habe, sondern nur Erklärungen über seine Geschäftsbeziehungen zur venezolanischen Regierung abgegeben habe.

Nachdem die USA im Oktober ihre wirtschaftliche Belagerung Venezuelas (von der US-Propaganda als "Sanktionen" bezeichnet) gelockert hatten, stimmten sie zu, Alex Saab im Austausch gegen ein Dutzend Doppelstaatsbürger und 20 Venezolaner am 1. Dezember freizulassen. Katar half dem Nationalen Sicherheitsberater Jake Sullivan bei der Aushandlung des Abkommens. Unter den Ausgetauschten befand sich auch der Malaysier Leonard Francis (bekannt als "Fat Leonard"), ein flüchtiger Betrüger. Er war auf Ersuchen von Interpol in Caracas festgenommen worden. Ihm wird vorgeworfen, eine gigantische Veruntreuung von Geldern zum Nachteil der US-Marine organisiert zu haben.

Es scheint, dass Washington beschlossen habe, die von Elliott Abrams organisierte Juan-Guaidó-Episode zu beenden. Präsident Nicolás Maduro wurde damals als Drogenbaron und Juan Guaidó als legitimer Präsident des Landes bezeichnet.

Abwertung des Peso und Deregulierung der argentinischen Wirtschaft

Am Tag nach seiner Amtseinführung kündigte der argentinische Präsident Javier Milei eine Abwertung des Peso um 54 Prozent an. Kristalina Georgieva, Präsidentin des Internationalen Währungsfonds, gratulierte ihm dafür.

In einer Fernsehansprache kündigte Präsident Javier Milei per Dekret die Aufhebung des Mietendeckels, die Umwandlung aller staatlichen Unternehmen in Aktiengesellschaften, die alle privatisiert werden sollen, und verschiedene andere Deregulierungsmaßnahmen an.

EUROPA

Katholische Kirche kehrt zur Segnung homosexueller Paare zurück

Papst Franziskus hat Priestern erlaubt, gleichgeschlechtliche Paare zu segnen.

☞ In den ersten Jahrhunderten der Kirche erhielten gleichgeschlechtliche Paare einen Segen in einer Zeremonie, die *Adelphopoia*. Im fünften Jahrhundert widmete die erste christliche Gemeinde, die von Maaloula (Syrien), ein Kloster dem Heiligen Sarkis und dem Heiligen Bacchus, zwei Soldaten der Leibgarde Kaiser Maximilians. Sarkis starb den Märtyrertod in Resafa (Raqqa). Die Zerstörung dieses Klosters, in dem noch heute der Erinnerung an dieses schwule Paar gedacht wird, war während des Krieges in Syrien eines der Ziele von Daesch.

Die Christen von Damaskus waren Gojim, die in griechischer Tradition lebten, während die

von Jerusalem, Juden waren. Letztere blieben dieser Lebensweise fremd.

Verurteilung von Giovanni Angelo Becciu wegen Veruntreuung

Kardinal Giovanni Angelo Becciu, Substitut für Allgemeine Angelegenheiten des Staatssekretariats des Heiligen Stuhls, d.h. Nr. 2 des Außenministeriums des Heiligen Stuhls, ist vom Vatikanischen Strafgericht verurteilt worden. Nach einem langwierigen Prozess wurde er wegen Veruntreuung zu fünfeinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Kardinal hatte eine Konversion mit Papst Franziskus ohne dessen Wissen aufgezeichnet und dann versucht, ihn zu erpressen. Die veruntreuten Gelder kamen seiner Familie zugute.

Ben Wallace warnt vor Benjamin Netanjahus mörderischer Wut

In einem Gastbeitrag wies Ben Wallace, ehemaliger britischer Verteidigungsminister, darauf hin, dass "die ursprüngliche rechtliche Autorität der [israelischen] Selbstverteidigung durch ihre eigenen Handlungen untergraben wird... Netanjahus Fehler bestand darin, den Angriff der Hamas überhaupt erst zu übersehen. Aber wenn er glaubt, dass mörderische Wut die Dinge wieder in Ordnung bringen wird, dann liegt er absolut falsch. Seine Methoden werden dieses Problem nicht lösen. Ich glaube sogar, dass seine Taktik den Konflikt für weitere 50 Jahre anheizen wird."

London sanktioniert Führer der Muslimbruderschaft in Gaza

Das Vereinigte Königreich hat einseitige Zwangsmaßnahmen gegen Mahmoud Zahar, den Führer der Muslimbruderschaft in Gaza und die oberste Autorität der Hamas ergriffen.

Dies ist das erste Mal, dass London "Sanktionen" gegen eine Autorität der Muslimbruderschaft verhängt, welche König

Charles lange unterstützt hat, als er noch Prinz von Wales war.

Anglikanische Kirche segnet eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft

Priester der Church of England haben zum ersten Mal eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft gesegnet, obwohl das Verbot religiöser Ehen für gleichgeschlechtliche Paare in der anglikanischen Religion in Kraft bleibt.

Angelsächsischer Militäreinsatz auf Zypern und Militärzensur im Vereinigten Königreich

Die *Defense Advisory Notice* der britischen Armee schickte am 28. Oktober ein Memo an alle britischen Medien, in dem sie aufgefordert wurden, keine Informationen über die Aktivitäten der SAS (Special Forces) in Gaza zu veröffentlichen.

Es scheint, dass dies nicht die erste "Defense Advisory Notice" sei und dass die britische Armee bereits Artikel zensuriert habe, die sich auf die [Position von 41 Experten](#) der Vereinten Nationen beziehen, die am 16. November die Gefahr eines Völkermords in Gaza angeprangert hatten. Jedenfalls ignorierte die britische Presse dieses Ereignis.

Darüber hinaus hat Großbritannien bereits heimlich mindestens 500 zusätzliche Soldaten zu seinen Stützpunkten auf Zypern entsandt. Weitere britische Truppen wurden nach Ägypten, Israel und in den Libanon entsandt.

Seit dem 7. Oktober hat das Vereinigte Königreich 30 Transportflüge zu seinen Militärbasen auf Zypern entsandt, während die Vereinigten Staaten 40 geschickt haben.

Frankreichs Internationales Treffen gegen Hamas

Frankreich organisierte im Rahmen der *Initiative* von Präsident Emmanuel Macron *für Frieden und Sicherheit für alle*, ein internationales Treffen, um die Hamas zu bekämpfen.

Unter dem Vorsitz von Frédéric Mondoloni arbeiteten Delegierte aus einem Dutzend Ländern "einerseits am Kampf gegen die Finanzierung der Terrororganisation und andererseits an der Bekämpfung terroristischer Inhalte, die von der Hamas online verbreitet werden."

Frankreich wird aufgefordert, im Libanon im Interesse Israels zu handeln

Laut *Al-Akbar* (Libanon) bedankte sich Israel kurz bei Frankreich für seine Initiative gegen die Finanzierung der Hamas, bat es aber, sich eher im Libanon als in Palästina einzumischen. Tel Aviv erwartet, dass Präsident Macron seinen Einfluss in Beirut geltend macht, um die verschiedenen libanesischen Fraktionen davon zu überzeugen, Israels Interpretation der Resolution 1701 umzusetzen, d.h. die Entmilitarisierung des 30 Kilometer tiefen Streifens, der die Waffenstillstandslinie vom Litani-Fluss trennt.

☞ Die Resolution 1701 spricht nicht von einer entmilitarisierten Zone, sondern legt fest, dass "ein dauerhafter Waffenstillstand und eine langfristige Lösung" unter anderem auf der "Annahme einer Sicherheitsvereinbarung beruhen müssen, die die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten verhindert, einschließlich der Einrichtung einer Zone zwischen der Blauen Linie und dem Fluss Litani, die alle bewaffneten Personen, Güter und Waffen ausschließt, die nicht von der Regierung Libanons und den in Ziffer 11 autorisierten, in der Region eingesetzten UNIFIL-Truppen sind." Es gibt jedoch ein Abkommen zwischen der Hisbollah und der libanesischen Armee, das Erstere ermächtigt, sich in diesem Gebiet einzusetzen. Israel erwartet von Frankreich, dass es dieses System aufhebt.

Vier Hamas-Aktivisten in Deutschland und den Niederlanden verhaftet

Vier Hamas-Aktivisten wurden wegen des Verdachts verhaftet, Anschläge auf jüdische Einrichtungen in Europa geplant zu haben, teilte die deutsche Staatsanwaltschaft in einer

Erklärung mit. Drei der Verdächtigen sitzen in Berlin und der vierte in den Niederlanden in Haft.

Vorbereitung eines Anschlags in Dänemark

Die Kopenhagener Polizei und der dänische Sicherheits- und Geheimdienst (PET) erklärten, sie hätten in einer koordinierten Aktion im ganzen Land mehrere Festnahmen vorgenommen. Die Verdächtigen planten einen Terroranschlag.

"Das ist äußerst ernst (...) Seit einigen Jahren sehen wir, dass es in Dänemark Menschen gibt, die uns nichts Gutes wünschen. Die gegen unsere Freiheit sind und die gegen die dänische Gesellschaft sind, mit allem, was dazu gehört", sagte Premierministerin Mette Frederiksen.

Erneuerung des turnusmäßigen Vorsitzes der Europäischen Union

Der rotierende Vorsitz der Europäischen Union wird am 1. Januar 2024 an Belgien und am 1. Juli an Ungarn fallen.

Die Europäische Union bereitet sich auf die Verabschiedung von Rechtsvorschriften zum Presserecht vor

Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission haben sich auf die Grundsätze geeinigt, die für die Presse gelten sollen.

- Die öffentlich-rechtlichen Medien sollten über langfristige Budgets und Verwalter mit langen Mandaten verfügen, um ihre Unabhängigkeit von politischen Mächten zu gewährleisten.
- Es wird verboten sein, Journalisten und Redakteure zu zwingen, ihre Quellen offenzulegen. Sei es durch Inhaftierung, Bestrafung, Bürodurchsuchungen oder die Installation aufdringlicher Überwachungssoftware in ihren Geräten. Abweichend davon ist ein solcher Eingriff nur im Einzelfall "aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses" zulässig, sofern eine

Justizbehörde dies genehmigt. Der Einsatz eindringlicher Überwachungssoftware gegen Journalisten muss auch im Rahmen von Ermittlungen zu schweren Straftaten, die in dem betreffenden Mitgliedstaat mit Freiheitsstrafe bedroht sind, gerechtfertigt werden. In diesem Fall müssen die Überwachungsmaßnahmen regelmäßig von den Justizbehörden überwacht werden. Auch in diesen Fällen gilt das Recht der Betroffenen, über die laufende Überwachung informiert zu werden und gerichtlichen Rechtsschutz zu genießen.

- Medien aller Art müssen ihre wirtschaftlichen Eigentümer und Finanzierungsquellen offenlegen.
- Die Moderation sehr großer Online-Plattformen darf die Pressefreiheit und die Äußerung widersprüchlicher Meinungen nicht einschränken.
- Die Behörden werden ihre bezahlte Werbung fair verteilen und ihre Jahresbudgets veröffentlichen müssen.

Russland warnt Finnland

Das russische Außenministerium hat den finnischen Botschafter in Moskau einbestellt, um ihm mitzuteilen, dass die Aufrüstung der NATO in seinem Land die Sicherheit der Russischen Föderation bedrohe. Finnland hat gerade ein bilaterales Rüstungsabkommen mit den USA unterzeichnet. Der russische Präsident Wladimir Putin hat gesagt, sein Land habe kein Problem mit dem Beitritt Finnlands zur NATO gehabt, aber jetzt habe es ein Problem mit der Lagerung von US-Waffen in Finnland. Er kündigte "die Schaffung einer Infrastruktur für den Militärbezirk des Leningrader Gebiets und die Konzentration einiger militärischer Einheiten dort" an.

☞ Anfangs des Zweiten Weltkriegs bat die UdSSR Finnland um Stationierungsorte von Truppen an seiner Küste, um Leningrad (St. Petersburg) gegen die Nazis zu verteidigen. Als Helsinki sich weigerte, drangen die Sowjets in Finnland ein (Winterkrieg). Später erkannten die Finnen an, dass Moskau keine andere Wahl hatte.

☞ 1947 verpflichtete sich Finnland schriftlich zur Neutralität. Mit dem Beitritt zur NATO verstieß es jedoch nun gegen seine eigene Unterschrift.

AFRIKA

Aguila Salah nähert sich der Türkei

Aguila Salah Issa, Sprecher des libyschen Repräsentantenhauses, besuchte die Türkei. Er lobte Ankara und seine schnelle und großzügige Reaktion auf die Katastrophe von Derna. Er zeigte sich offen für die Ratifizierung des Militär- und Sicherheitsabkommens und des Abkommens über die maritime Wirtschaftspolitik, das 2019 unterzeichnet, aber nie gebilligt wurde.

Darüber hinaus billigte der Sicherheitsrat die zwischen den verschiedenen Behörden erzielte Vereinbarung über die bevorstehenden Wahlen. Sie weigern sich jedoch, sich zu treffen, um sie umzusetzen.

Mysteriöse Zerstörung eines russischen Flugzeugs in der Cyrenaika

Ein russisches Flugzeug ist nach Angaben italienischer Medien auf einem von Feldmarschall Khalifa Haftar kontrollierten Militärflughafen vernichtet worden. Es könnte sich um eine Operation der US-Spezialeinheiten handeln.

Sudanesisch-tschadischer Streit

Yasser al-Ata, Stellvertreter von General Abdel Fattah al-Burhan, hatte im November versichert, dass der Tschad Waffen an die schnellen Eingreiftruppen von "General" Mohamed Hamdan Dogolo (bekannt als "Hemedti") geliefert habe. Seine Äußerungen wurden im Fernsehen von Ali Sadek, dem sudanesischen Außenminister, wiederholt.

Als Vergeltung erklärte der Tschad, der jede Einmischung in das innere Leben des Sudan bestreitet, vier sudanesischen Diplomaten zur *Persona non grata*.

Der Sudan wies umgehend drei tschadische Diplomaten aus.

ASIEN

Isaac Herzog befürwortet Abkommen zur Freilassung von Geiseln

Der israelische Präsident Isaac Herzog sagte vor 80 Botschaftern aus der ganzen Welt, dass "er zu einer neuen humanitären Pause und zusätzlicher humanitärer Hilfe bereit ist, um die Freilassung der Geiseln zu ermöglichen. Die Verantwortung für ein Abkommen liegt voll und ganz bei Sinwar und der Hamas-Führung."

Für Isaac Herzog ist dies nicht der richtige Zeitpunkt, um einen palästinensischen Staat zu gründen

In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Associated Press (AP) sagte der israelische Präsident Isaac Herzog: "Was ich betonen möchte, ist, dass man nicht von einer 'Zwei-Staaten-Lösung' sprechen soll. Warum? Denn hier gibt es ein emotionales Kapitel, das angesprochen werden muss. Meine Nation ist traumatisiert. Um zu der Idee zurückzukehren, das Land zu teilen, Frieden auszuhandeln oder mit den Palästinensern zu reden usw., müssen wir uns in erster Linie dem emotionalen Trauma stellen, das wir durchmachen, und dem Bedürfnis und der Forderung nach einem vollen Gefühl der Sicherheit für alle." Jetzt ist also noch nicht die Zeit, einen palästinensischen Staat zu schaffen, der seit einem Dreivierteljahrhundert geplant ist.

Benjamin Netanjahu will seine Militäraktion nicht unterbrechen

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu empfing den Nationalen Sicherheitsberater der USA, Jacob "Jake" Sullivan, und sagte: "Ich habe unseren amerikanischen Freunden gesagt, dass unsere kämpfenden Helden nicht umsonst gefallen sind. Aus dem tiefen Schmerz ihres Sturzes heraus sind wir entschlossener denn je,

weiterzukämpfen, bis die Hamas eliminiert ist – bis zum absoluten Sieg."

☞ Jake Sullivan hat unumgänglich gefordert, dass das Massaker in Gaza Anfang Februar beendet wird. Benjamin Netanjahu ist sich jedoch bewusst, dass er gestürzt werden könnte, sobald der Frieden zurückkehrt. Der Premierminister versucht daher, den Krieg so lange wie möglich zu verlängern, um seine Macht zu festigen.

David Barnea in Warschau

Laut CNN traf sich Mossad-Direktor David Barnea in Warschau mit dem katarischen Premierminister Mohammad al Thani und CIA-Direktor William Burns, um über einen möglichen Geiseldeal zu sprechen. Das Gespräch wurde als "positiv" bewertet.

Bezalel Smotrich will Hamas vernichten

Der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich sagte dem öffentlich-rechtlichen Radiosender Kan: "Das ist das Ziel: die Hamas zu zerstören, so dass es auf der anderen Seite niemanden mehr gibt, mit dem man reden kann."

Itamar Ben-Gvir lehnt Lieferung humanitärer Hilfe an die Bewohner des Gazastreifens ab

Itamar Ben-Gvir, Minister für Nationale Sicherheit, hat dem Nationalen Sicherheitsberater Tzachi Hanegbi geschrieben und ihn gebeten, das Kriegskabinett einzuberufen, um die zuvor gebilligte Entscheidung zu überprüfen, den Grenzübergang Kerem Shalom in Gaza zu öffnen, um humanitäre Hilfe passieren zu lassen. Er stellt fest, dass diese Entscheidung nach einer einfachen telefonischen Konsultation getroffen wurde. Er schreibt: "Wie ich bereits gesagt habe, bin ich entschieden dagegen. Aber auch diejenigen, die damit einverstanden sind, sollten erst nach einer inhaltlichen Debatte im Kabinett entscheiden."

Voltaire-Netzwerkanalyse

- "[Der Fortbestand der Dominanz Washingtons über die UNO](#)" von Thierry Meyssan

Zur Zeit ihrer Gründung hielten die Vereinten Nationen das Ideal der Gleichheit zwischen den Völkern und Nationen hoch. Doch schon von den ersten Monaten ihres Bestehens an, unterstützten Washington und London Israel gegen das palästinensische Volk. Dann trickste Washington im Sicherheitsrat, indem es Formosa [Taiwan] anstelle Chinas den Sitz gab und damit einen Boykott der UdSSR auslöste. Heute wird die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten über diese Institution von einer großen Mehrheit der Mitgliedstaaten angeprangert. In der Zwischenzeit stellen sich die BRICS-Staaten in Gefechtsbereitschaft, damit diese Institution zum Völkerrecht zurückkehrt.

☞ Thierry Meyssan hätte in diesem Artikel auch den Fall der Abstimmung der Generalversammlung über die jährliche Resolution zur Verurteilung der illegalen Blockade Kubas durch die Vereinigten Staaten anführen können. Es gibt nämlich jetzt 187 Staaten, die für die Verurteilung stimmen, 2 dagegen (die Vereinigten Staaten und Israel) und 4 Enthaltungen.

- "[Gleiche Kriegsstrategie von der Ukraine bis Palästina](#)" von Manlio Dinucci

Die beiden Kriege gegen die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine und die arabische Bevölkerung des Gazastreifens werden von Washington auf die gleiche Weise geführt. Aus seiner Sicht kann das Imperium nicht verlieren, auch wenn alles vor Ort etwas anderes vermuten lässt.

In einem Tweet auf X schrieb er: "Wenn irgendjemand, Gott bewahre, die IDF stoppen will, bevor die Hamas besiegt und alle Entführten zurückgeschickt wurden – dann soll er berücksichtigen, dass [meine Partei] Otzma Yehudit nicht auf seiner Seite ist. Die Idee, die Aktivitäten in Gaza zu reduzieren, wäre ein

Versagen des begrenzten Kriegskabinetts. Dieses Kabinett muss sofort demontiert werden. Es ist an der Zeit, die Zügel dem vergrößerten Kabinett zu übergeben."

Yair Lapid für einen palästinensischen Staat

Der israelische Oppositionsführer Yair Lapid sagte in einem Interview mit dem saudisch-britischen Magazin *Al-Majalla*, es sei "unsere Pflicht gegenüber zukünftigen Generationen" von Palästinensern und Israelis, "Seite an Seite in Frieden zu leben". Über einen palästinensischen Staat sagte er: "Ich glaube nicht, dass die Idee tot ist. Ich denke, es wird sich erheblich verzögern, weil wir Wege finden müssen, um die Sicherheit unserer Leute zu gewährleisten."

Yuli-Yoel Edelstein rettet sanktionierte Soldaten in Jenin

Der Abgeordnete Yuli-Yoel Edelstein, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung der Knesset, forderte den Generalstabschef der IDF, Herzl Halevi, auf, die Entfernung von Soldaten aus der Armee zu überdenken, die in Jenin gefilmt wurden, als sie über Lautsprecher einer Moschee Chanukka-Lieder sangen und sich an die Einwohner der Stadt wandten. In dem Video ist ein Soldat zu hören, der sagt: "Im Namen Gottes, des Barmherzigen. Das ist der Sprecher der IDF" und skandierte: "Wir sind gekommen, um die Dunkelheit zu vertreiben."

In seinem Brief schrieb er: "Ohne die Fehleinschätzung der Soldaten zu verharmlosen, wäre es besser gewesen, wenn ein höherrangiger Offizier ein Gespräch mit ihnen geführt und ein Disziplinarverfahren eingeleitet hätte. Ich fordere den Stabschef auf, diesen Umgang mit den Fakten zu überdenken."

Rabbiner Yitzchak Yosef wünscht Respekt für andere Glaubensrichtungen

Israels sephardischer Oberrabbiner, Yitzchak Yosef, hat an seinen IDF-Kollegen geschrieben

und ihn gebeten, Soldaten Respekt vor anderen Glaubensrichtungen beizubringen.

Amichai Eliyahu will Angst machen

Der Minister für Kulturerbe, Amichai Eliyahu, sagte, er sei für eine Wiederbesetzung des Gazastreifens: "Jeder, der die Illusion verkauft, dass die Hamas zurückkommen wird, um die Dinge zu regeln, will sich nicht daran erinnern, was am Simchat Tora [d.h. am 7. Oktober] passiert ist."

Zuvor hatte er über den möglichen Einsatz einer Atombombe gegen die Bevölkerung des Gazastreifens gesprochen. Er fügte hinzu: "Den ganzen Tag waren wir damit beschäftigt, alle zu beruhigen. Warum schaffen wir keine Abschreckung? (...) Es ist, als ob wir um unserer Moral willen nicht ein bisschen grausam sein wollen. Um zu gewinnen, braucht man ein wenig Grausamkeit. Um zu gewinnen, muss man ein bisschen beängstigend sein."

Nächste Ausgabe

Dieser Newsletter wird während der Ferienzeit nicht veröffentlicht. Nummer 68 ist erst ab dem 12. Januar 2024 erhältlich.

Biden-Regierung verzögert Auslieferung von Sturmgewehren

Laut *Walla News* beliefert die Biden-Regierung die IDF zwar weiterhin mit Granaten und Bomben, hält aber die Lieferung von Sturmgewehren zurück, weil sie befürchtet, dass sie an Siedler gegen Palästinenser im Westjordanland verteilt werden.

Journalisten in Gaza immer noch verboten

Die *Jerusalem Foreign Press Association* hat eine Petition beim Obersten Gerichtshof Israels eingereicht, in der sie den sofortigen Zugang internationaler Medien zum Gazastreifen fordert.

CNN-Journalistin Clarissa Ward gelang es, ohne IDF-Eskorte in den Gazastreifen einzureisen. Sie ist die erste westliche Journalistin, die ohne israelische Genehmigung nach Gaza kam.

IDF kündigt Belohnung für die Gefangennahme von Hamas-Führern an

Die IDF verteilte Flugblätter in Gaza. Sie bietet:

- 100.000 \$ für Mohammed Deif;
- 200.000 \$ für Rafa'a Salameh;
- 300.000 \$ für Mohammed Sinwar;
- 400.000 \$ für seinen älteren Bruder Yahya Sinwar (Hamas-Führer in Gaza).

Drei israelische Geiseln von IDF getötet

Yotam Haim, 28, aus dem Kibbuz Kfar Azza, Samer Fuad El-Talalka, 24, aus Hura und Alon Shamriz, 26, ebenfalls aus Kfar Azza, wurden von der Hamas entführt. Sie hinterließen Botschaften an den Wänden eines Hauses, in dem sie festgehalten wurden, aber die IDF untersuchte den Fall nicht. Zwei Tage später tauchten sie fast nackt und mit erhobenen Armen auf, aber da sie eine Sprengfalle vermuteten, erschoss die IDF zwei von ihnen. Der dritte entkam. Die IDF fand ihn und erschoss ihn ebenfalls.

Alon Shamriz' Vater sagte: "Es war kein Fehler, es war eine Hinrichtung – buchstäblich ... Sie machten alles richtig – zogen ihre Hemden aus, hängten eine weiße Fahne auf und gingen am helllichten Tag mitten auf die Straße. Sie riefen um Hilfe, aber in unserer Armee weiß niemand, wie man die Einsatzregeln befolgt... Selbst wenn er ein Terrorist war, warum sollte man ihn so erschießen? Er war nackt, unbewaffnet, und selbst wenn er ein Terrorist war - warum sollte man ihm nicht in die Beine schießen? Das verstößt gegen alle Regeln, die von der IDF gelehrt werden."

Dann gab er NBC ein Interview. Darin sagte er: "Ich werde es der Regierung sagen. Sie haben meinen Sohn zweimal ermordet: Sie haben zugelassen, dass die Hamas meinen Sohn am 7. Oktober gefangen genommen hat, und Sie haben meinen Sohn am 14. Dezember getötet..."

Netanjahus Regierung kann uns nicht dienen... Sie verdienen uns nicht, als Land, als Gemeinschaft. Sie sind nicht unsere Führer. Sie denken nur an sich selbst, an ihre Stühle, an ihre Gehälter."

Der Minister ohne Geschäftsbereich, Benny Gantz, besuchte die Familie des Beduinen Samer Fuad El-Talalka.

Yossi Cohen fordert Rücktritte

Yossi Cohen, ehemaliger Direktor des Mossad, sagte, Beamte, die vor dem Anschlag vom 7. Oktober gewarnt wurden und nichts unternommen hätten, müssten Verantwortung übernehmen und zurücktreten.

Auf eine Frage zu seiner Verantwortung, nichts gegen das 2018 von ihm aufgedeckte Hamas-Finanzierungsnetzwerk gemacht zu haben, antwortete er: "Der Mossad arbeitet in Übereinstimmung mit den Entscheidungen der israelischen Regierung und des Kabinetts für politische Sicherheit; der Mossad erfindet die Politik nicht selbst."

IDF entdeckt riesigen Hamas-Tunnel

Die IDF entdeckte in Gaza einen etwa 3 Meter breiten und vier Kilometer langen Tunnel. Er wurde unter der Autorität von Mohammed Sinwar, dem Bruder von Yahya Sinwar, mit modernster Technik gebaut. Er ist mit Kommunikationseinrichtungen, einem Stromnetz, einem Belüftungssystem und einer sanitären Infrastruktur ausgestattet. Er liegt 400 m von der Grenze zu Erez entfernt und ist mit dem Auto erreichbar. Er war wahrscheinlich in Vorbereitung auf einen motorisierten Angriff auf Israel gegraben worden.

IDF ermordet Gemeindemitglieder, die in Kirche Schutz suchten

Nach Angaben des Lateinischen Patriarchats von Jerusalem ermordete ein IDF-Scharfschütze zwei christliche Frauen in der Kirche der Heiligen Familie in Gaza, wo die Mehrheit der christlichen Familien in der Gemeinde seit

Beginn des Krieges Zuflucht gesucht hat. Nahida und ihre Tochter Sahar wurden getötet, als sie sich auf den Weg zum Kloster der Barmherzigen Schwestern machten, um sich zu schützen. Weitere 7 Menschen wurden angeschossen und verwundet, als sie versuchten, andere Gemeindemitglieder in der Kirche zu schützen. Es war keine Warnung gegeben worden. Sie wurden kaltblütig auf dem Kirchengelände erschossen, wo es keine Kämpfer gibt.

Hussein al-Sheikh will eine Einschätzung des politischen Handelns für Palästina

Hussein al-Sheikh, Generalsekretär der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und möglicher Nachfolger von Präsident Mahmoud Abbas, sagte, dass es nach dem Ende des Krieges eine "ernsthafte und ehrliche Bewertung und Überprüfung aller Politiken und Methoden" geben sollte, um die Probleme der Palästinenser zu lösen.

Er sagte übrigens, dass die Oslo-Abkommen unter den Ketten israelischer Panzer in Gaza begraben worden seien.

Wiederherstellung der Kommunikation in Gaza

Den Unternehmen Paltel und Jawwal gelang es, die Telefon- und Internetverbindungen im Gazastreifen wiederherzustellen.

Tel Aviv setzt die Waffe des Hungers ein

Nach Angaben von [Human Rights Watch](#) benutzt die israelische Regierung die Hungersnot der Zivilbevölkerung als Methode der Kriegsführung im Gazastreifen, was einem Kriegsverbrechen gleichkommt.

1,3 Millionen Dollar im Haus des Hamas-Führers gefunden

Israelische Soldaten fanden im Haus eines hochrangigen Hamas-Funktionärs in Jabalya, Koffer mit etwa 5 Millionen Schekeln (etwa 1,35

Millionen Dollar) sowie Waffen, sagte der IDF-Sprecher.

Hamas-Tunnel halten Überschwemmungen stand

Osama Hamdan, einer der führenden Köpfe der Hamas, sagte im Libanon: "Die Tunnel wurden von qualifizierten Ingenieuren gebaut, die alle möglichen Angriffe, einschließlich Überschwemmungen, in Betracht gezogen haben."

Veröffentlichung des Buches "Vor unseren Augen"

Das Buch von Thierry Meyssan erscheint am 20. Dezember auf Deutsch bei Zeitgeist mit einem Vorwort von Wolfgang Effenberger. Sie können es jetzt auf [Amazon.de](#) bestellen. Dieses Buch ist bereits erhältlich auf

- [Englisch](#)
- [Französisch](#)
- [Italienisch](#)
- [Russisch](#)
- [Spanisch](#)

Hungernde Gaza-Einwohner plündern humanitären Konvoi, um zu überleben

Bewohner des Gazastreifens griffen einen humanitären Hilfskonvoi an und plünderten ihn, um Lebensmittel an die Bevölkerung zu verteilen. Nach Angaben des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen leidet etwa die Hälfte der Bevölkerung in Gaza Hunger und weiß nicht, wo sie ihre nächste Mahlzeit finden wird.

Mahmoud Abbas bekräftigt seine Ablehnung eines Bevölkerungstransfers

Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, empfing den Nationalen Sicherheitsberater der USA, Jacob "Jake" Sullivan, und sagte, sein Volk sei "gegen jeden Plan, Bewohner des Gazastreifens oder des Westjordanlandes zu vertreiben", und fügte hinzu, dass es im Westjordanland "einen diskreten Transfer durch die Siedler und mit

Unterstützung der Armee" gebe und dass die US-Regierung sofort eingreifen müsse, um diese Politik zu stoppen."

Zwischenfall an der syrisch-jordanischen Grenze

Fünf Tage lang wehrten jordanische Grenzschrützer Versuche syrischer Schmuggler ab. Letztere nutzten die Spannungen um Gaza aus und versuchten, Drogen und Waffen zu schmuggeln. Diese sollten Israel im Westjordanland bekämpfen.

Jordanien warnt vor "Doppelmoral" in Gaza

Der jordanische Außenminister Ayman Safadi warnte, wenn der UN-Sicherheitsrat keine Resolution zur humanitären Hilfe für Gaza annehme, bedeute dies, dass die Institution vom Völkerrecht zu einer Doppelmoral übergehe.

Washington plant, die bewaffnete syrische Opposition zu "sanktionieren"

Schließlich ist die Biden-Regierung besorgt über die Menschenrechtsverletzungen, die von der bewaffneten syrischen Opposition begangen werden. Nikolas Granger, ein Berater des CentCom Generals Michael E. Kurilla, traf sich mit deren Führern in Syrien. Er forderte sie auf, die Achtung der Menschenrechte zu gewährleisten, andernfalls würden sie von den Vereinigten Staaten sanktioniert.

Die NATO wendet sich angesichts Ansar Allah an Saudi-Arabien

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg besuchte Riad. Es ist das erste Mal, dass ein NATO-Beamter dieses Ranges Saudi-Arabien besucht. Diese Reise findet im Kontext der antiisraelischen Angriffe von Ansar Allah im Roten Meer statt.

Jake Sullivan im Nahen und Mittleren Osten

Der Nationale Sicherheitsberater der USA, Jacob "Jake" Sullivan, traf sich in Abu Dhabi mit seinem emiratischen Amtskollegen Tahnun bin Zayed. Die beiden Männer besprachen die Situation in Jemen.

Er traf sich auch mit Benjamin Netanjahu in Tel Aviv. Er soll ihm gesagt haben, dass die Militäroperation in Gaza spätestens Anfang Februar beendet sein müsse.

Erratum

In einigen Ausgaben unseres Newsletter 66 berichteten wir, dass jemenitische Politiker mit der Entsendung von 500 000 Soldaten nach Gaza drohten. Das muss erklärt werden:

500 000 Mann wären die fünftgrößte Armee der Welt (nach den USA, Russland, Indien und China). Das ist natürlich absurd. Ansar Allah zählte nie mehr als 120 000 Mann. In der semitischen (d.h. sowohl arabischen als auch sephardischen) Kultur sind Zahlen nicht nur ein Mittel zum Zählen, sondern auch zum symbolischen Ausdruck von Ideen. "500 000" bedeutet in diesem Zusammenhang "eine Armee, die mächtiger ist als die israelische".

Frieden im Jemen auf Druck Washingtons verschoben

Die Friedensunterzeichnungszereemonie zwischen Saudi-Arabien und Ansar Allah unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen wurde plötzlich abgesagt. Die lokale Presse berichtet, dass die USA Druck auf den Sondergesandten des UN-Generalsekretärs, Hans Grünberg, ausüben. Riad seinerseits ist dem Wunsch Washingtons nicht gefolgt, den Krieg wieder aufzunehmen, um den antiisraelischen Angriffen von Ansar Allah in der Straße von Bab el-Mandeb ein Ende zu setzen.

Das Sultanat Oman hat ein Angebot guter Dienste zwischen Ansar Allah und den Vereinigten Staaten aufgenommen.

***Al-Jazeera* reicht Beschwerde beim IStGH ein**

Al Jazeera will den Tod seines Kameramanns Samer Abu Daqa, der bei einem Luftangriff in Khan Yunis verletzt wurde, an den Internationalen Strafgerichtshof verweisen. Die IDF teilte mit, dass der Krankenwagen, den sie geschickt hatte, um Abu Daqa zu helfen, ihn aufgrund von Straßenschäden nicht erreichen konnte.

Recep Tayyip Erdoğan kündigt Israels diplomatische Isolierung an

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan sagte: "Es ist unmöglich, zum jetzigen Zeitpunkt guten Willen von Israel zu erwarten. Was jedoch wirklich zählt, ist, wie die ganze Welt auf den jüdischen Staat reagiert. Erinnern Sie sich daran, dass sich anfangs in der Generalversammlung der Vereinten Nationen 121 Staaten gegen ihn ausgesprochen haben, und sie haben mit uns gehandelt. Damals enthielten sich 40 Staaten der Stimme, und 10 Länder, darunter die Vereinigten Staaten, unterstützten Israel. Doch heute hat sich das Blatt gewendet, und die Zahl dieser 121 Länder, die mit uns zusammenarbeiten, ist dramatisch gestiegen, was zeigt, dass Israel sich jetzt in Richtung Isolierung bewegt. Diese Isolierung wird in den kommenden Tagen nur noch weiter zunehmen."

Malaysia verbietet israelischen Schiffen das Anlegen in seinen Häfen

In Anbetracht der Wirksamkeit der Bemühungen von Ansar Allah im Jemen, das anhaltende Gemetzel in Gaza zu stoppen, hat die Regierung von Anwar Ibrahim israelische Schiffe aus ihren Häfen verbannt.

Die Mondsekte startet neues Programm

Die Global Peace Foundation (GPF) hat den Start des World Peace Corps in Manila, Philippinen, bekannt gegeben.

☞ Während die japanische Regierung inmitten des 500-Millionen-Dollar-Bestechungsskandals um den Moon-Kult zusammenzubrechen droht, startet die Sekte ein neues Programm in Asien.

Neuer Direktor des südkoreanischen Geheimdienstes

Der ehemalige südkoreanische Botschafter in Washington, Cho Tae-yong, wurde zum Direktor des Büros für Nationale Sicherheit des Landes ernannt.

Südkoreas höchstes Gericht bestätigt Verurteilung japanischer Unternehmen wegen imperialer Verbrechen

Der Oberste Gerichtshof Südkoreas bestätigte Urteile aus den Jahren 2013 und 2014, in denen zwei japanische Unternehmen, Mitsubishi Heavy Industries und Nippon Steel Corp., angewiesen wurden, Koreaner zu entschädigen, die zwischen 1910 und 1945 unter japanischer Besatzung arbeiten mussten. Sie müssen 1,17 Milliarden Won (898.000 US-Dollar) an 11 Opfer oder deren Angehörige zahlen.

Politisches Erdbeben in Japan

Seit der Enthüllung der geheimen Gelder der Liberaldemokratischen Partei (siehe Nummer 66), dem größten Skandal des Landes seit der Lockheed-Affäre vor einem halben Jahrhundert, kommt es in Japan zu Hausdurchsuchungen und Rücktritten. 99 Parlamentarier kassierten Bestechungsgelder in Höhe von 500 Millionen Dollar. Im Moment konzentrieren sich die Ermittlungen auf die Verteilung der Gelder. Ihr Ursprung ist noch nicht geklärt.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Erneuerung des Sicherheitsrats

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen setzt sich am 1. Januar zusammen aus den Ländern:

- Algerien, Guyana, der Republik Korea, Sierra Leone und Slowenien
- Ecuador, Japan, Malta, Mosambik und der Schweiz
- Die Volksrepublik China, die Vereinigten Staaten, die Russische Föderation, Frankreich und das Vereinigte Königreich sind ständige Mitglieder.

Veruntreuung von Geldern bei den Vereinten Nationen

Der ukrainische Untergeneralsekretär für Investitionen, Witali Vanshelboim, ist entlassen worden. Er soll dem Geschäftsmann David Kendrick und seiner 22-jährigen Tochter Daisy Kendrick 58 Millionen Dollar von der UNO gegeben haben. Der Gründer von *Sustainable Housing Solutions* (SHS) sollte diese Summe für Projekte wie den Bau von Häusern in Entwicklungsländern verwenden. Das Unternehmen ist jedoch nicht in der Lage, die Mittel zurückzuzahlen, die es bereits zur Tilgung bereits bestehender Schulden verwendet hat. Andere betrügerische Operationen sind aufgetaucht, wie die 3-Millionen-Dollar-Rechnung für ein Lied von Stone, das für die Vereinten Nationen kostenlos komponiert worden war.

WHO bedauert Angriff auf Kamal-Adwan-Krankenhaus

Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), sagte: "Wir haben erfahren, dass viele Patienten [im Kamal Adwan Krankenhaus im Norden des Gazastreifens] unter großem Risiko für ihre Gesundheit und Sicherheit evakuiert werden mussten, da Krankenwagen die Einrichtung nicht erreichen können. Von den Patienten, die starben, starben mehrere aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung, darunter ein 9-

jähriges Kind. Wir sind sehr besorgt um das Wohlergehen der Vertriebenen, von denen angenommen wird, dass sie im Krankenhausgebäude Zuflucht finden. Das Gesundheitssystem in Gaza war bereits am Boden, und der Verlust eines weiteren Krankenhauses ist ein schwerer Schlag."

In einer am 14. Dezember veröffentlichten Mitteilung teilte die WHO mit, dass in Gaza -18 787 Palästinenser getötet worden seien, darunter 7729 Kinder;
- 50 877 Palästinenser wurden schwer verletzt;
- 1,93 Millionen Palästinenser wurden vertrieben (d.h. 85% der Bewohner des Gazastreifens);
Seit dem 7. Oktober durften 803 Palästinenser den Gazastreifen verlassen.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

UNRWA warnt vor drohender Katastrophe in Gaza

Abi Hasna, Sprecher des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), sagte: "Die Menschen haben nichts, sie haben alle Hoffnung verloren... Wir kamen an den Orten an, an denen Lastwagen ausgeraubt wurden. Wir fanden Leute, die saßen und aßen, was sie gerade gestohlen hatten... Abgesehen von den Bombardements und der Zerstörung gibt es Hunger in Gaza und Krankheiten. Es gibt *Nakba* [Katastrophe] im wahrsten Sinne des Wortes. Wenn die Welt nicht handelt, stehen wir am Rande einer Katastrophe, die niemand beschreiben kann."

Westen gegen extremistische Siedler im Westjordanland

Australien, Belgien, Kanada, die Europäische Union, Dänemark, Finnland, Frankreich, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Spanien, Schweden, die Schweiz, das Vereinigte Königreich und das Vereinigte Königreich haben beschlossen, die Einreise extremistischer Siedler zu verhindern, die an Gewalttaten gegen Palästinenser beteiligt waren. Es wurde jedoch kein Mechanismus definiert, um dieses Prinzip umzusetzen.

In einer gemeinsamen Erklärung hieß es: "[Seit dem 7. Oktober] haben Siedler mehr als 343 gewalttätige Angriffe verübt, bei denen 8 palästinensische Zivilisten getötet, mehr als 83 verletzt und 1026 Palästinenser aus ihren Häusern vertrieben wurden. Diese Zunahme extremistischer Siedlergewalt gegen Palästinenser ist inakzeptabel... Israels Versäumnis, Palästinenser zu schützen und extremistische Siedler strafrechtlich zu verfolgen, hat ein Klima fast völliger Straflosigkeit geschaffen, in dem die Gewalt der Siedler ein beispielloses Ausmaß erreicht hat. Dies untergräbt die Sicherheit im Westjordanland und in der Region und bedroht die Aussichten auf einen dauerhaften Frieden."

G7 könnten Konfiszierung russischer Vermögenswerte legalisieren

Die G7 vervielfachen ihre Gespräche, um eine Rechtfertigung für die Konfiszierung der 300 Milliarden Dollar der russischen Zentralbank und der russischen Milliardäre zu finden, die bereits beschlagnahmt und eingefroren wurden.

Diese Konfiszierung würde den Krieg in der Ukraine für mindestens drei Jahre finanzieren, nachdem die Republikaner im US-Kongress alle Hilfen für die Ukraine blockiert hatten und Ungarn sie auch im Europäischen Rat blockiert hatte. Die allgemeine Meinung von Rechtsexperten ist, dass der Westen wahrscheinlich kein Recht habe, russisches Vermögen zu beschlagnahmen und einzufrieren, und schon gar nicht, es zu konfiszieren. Viele Staaten, die davon überzeugt sind, dass man im Westen das Eigentum nicht mehr respektiert, haben begonnen, ihre Vermögenswerte aus diesen Ländern abzuziehen.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltaire.net

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro